


Digitized by Google


CORNELL UNIVERSITY LIBRARY
3 1924 092 276 587

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Geheim. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor des Königl. Sächsischen Statistischen Landesamtes
in Dresden

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Erster Jahrgang

1909



Druck und Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin

I. Systematisches Register.

Aufsätze.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

II. Bewegung der Bevölkerung.

III. Todesursachenstatistik.

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

V. Preis- und Konsumstatistik.

VI. Vermögen und Einkommen.

VII. Grundbesitzstatistik.

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschl. Viehzählung).

IX. Gewerbestatistik (einschl. Bergbau).

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

XI. Handels- u. Verkehrsstatistik.

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

XIII. Arbeiterstatistik (einschl. Arbeiterversicherung).



1) „1908" in Nr. 7 Sp. 216 ist Druckfehler.

2) Berichtigungen von Druckfehlern siehe Nr. 5 Sp. 157/8.

II. Geographisches Register.

III. Verfasser- und Referenten-Register.

* ist bei Veröffentlichungen, die nicht vom Verfasser besprochen sind, der Spaltenzahl vorgesetzt

Nr. 1 1. Jahrgang **15. Januar 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied
des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor
des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes
in Dresden

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor
des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Zuschriften an die Redaktion wolle man richten:

1. sofern sie die Statistik des Deutschen Reiches betreffen, an Regierungsrat Dr. Feig in Charlottenburg, Berliner Straße 45,
2. sofern sie die Statistik deutscher Bundesstaaten, von anderen Staaten oder von Landesteilen oder statistische Theorie und Technik betreffen, an Geh. Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden-A., Ammonstraße 13,
3. sofern sie die Statistik von (deutschen oder nichtdeutschen) Gemeinden betreffen, an Professor Dr. Schäfer in Dresden-A., Nürnberger Straße 47.

Inhalt:

Zur Einführung.

Dem Deutschen Statistischen Zentralblatte soll im folgenden ein Geleitsbrief mit auf den Weg gegeben werden, der über den Ursprung und Zweck und die Einrichtung des Blattes orientiert und seine Einführung erleichtern kann. Im übrigen mag das Deutsche Statistische Zentralblatt um Freundschaft und Kundschaft selbst werben. Es steht ihm, wie der buchhändlerische Prospekt zeigt, ein großer Kreis von Mitarbeitern zur Seite, der seine Bestrebungen nach Kräften unterstützen wird.

Das Deutsche Statistische Zentralblatt verdankt seine Entstehung in erster Linie praktischen Erwägungen und seine nächsten Ziele sind dementsprechend praktischer Art. Langjährige Erfahrung hat den Herausgebern vornehmlich zwei Tatsachen immer wieder vor Augen gestellt, die den Gedanken an die Gründung eines statistischen Zentralorganes schließlich in ihnen zum Entschlusse reifen ließen. Es ist dies einmal die Wahrnehmung, daß die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik für die Zwecke der öffentlichen Verwaltung nicht in dem Maße ausgenützt werden und nach Lage der Verhältnisse auch nicht in dem Maße ausgenützt werden können, wie es im Interesse der Verwaltung selbst gelegen wäre, und wie diese Arbeiten im allgemeinen es auch verdienen, trotzdem unverkennbar ist, daß der Begehr nach Statistik und der Verbrauch an Statistik bei der Verwaltung in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen hat; und zum andern die Beobachtung, daß, von den Hindernissen, die in der Schwierigkeit des Verständnisses tabellarischer Darstellungen und statistischer Betrachtungen an sich liegen, abgesehen, es in vielen Fällen lediglich die Unbekanntschaft mit der statistischen Literatur ist, die ihrer ausgiebigeren Benützung im Wege steht, und daß dies letztere in dem Anschwellen dieser Literatur und ihrer Unübersichtlichkeit seinen Hauptgrund hat. Wenn es gelänge, so sagen sich die Herausgeber, zunächst die leitenden Kreise der öffentlichen Verwaltung und im weiteren aber auch den großen Kreis von Interessenten an der Statistik, der sich heute überall findet: bei der Presse, in den Parlamenten, im politischen und wirtschaftlichen Vereinsleben und sonst in der Öffentlichkeit, — wenn es gelänge, alle diese nächsten Konsumenten der Statistik, auf die alle das Wort von *Levasseur* zutrifft: *Il n'est pas nécessaire que tous les hommes d'État soient statisticiens, mais il est désirable qu'ils soient tous en état de comprendre la statistique et de s'en servir,* über die Neuerscheinungen der statistischen Literatur ständig auf dem laufenden zu halten, ihnen von der Existenz der Arbeiten, die sie interessieren, regelmäßig wenigstens Kenntnis zu verschaffen, ihnen zum Studium der statistischen Literatur Lust und Mut zu machen, und ihnen deren Verständnis zu erleichtern, so würde der Einfluß und der Nutzen der Statistik sich verhundertfachen. Namentlich im Zeitalter der öffentlichen Massenfürsorge, das naturgemäß auch das Zeitalter der Massenbeobachtung, das heißt eben der Statistik ist. Um nicht

mißverstanden zu werden, sei betont: es liegt nicht an dem, daß die für bestimmte Verwaltungsaufgaben hergestellten Statistiken für diese Zwecke nicht auch verwertet würden, davon ist selbstverständlich keine Rede; worum es sich handelt, ist die Ausnützung der ganz gewaltigen Masse von zahlenmäßigen Tatsachenfeststellungen, die die amtliche Statistik in ihren Quellenwerken in fürsorglicher Weise für die Bedürfnisse der Verwaltung jederzeit bereit hält, ohne selbst darüber entscheiden zu können, wo und wann sie im einzelnen sich praktisch nutzbar machen lassen, und außerdem, und womöglich in noch höherem Maße, die interlokale und internationale Fruktifizierung der Statistik. Die Gelegenheiten zur praktischen Verwertung der Statistik kennt in den meisten Fällen nur die Verwaltung selbst, und sie wird die Ergebnisse der Statistik um so lieber und erschöpfender verwerten, je zugänglicher ihr die statistische Literatur gemacht wird. Und das gleiche gilt von den übrigen Konsumenten der Statistik, unter denen die wissenschaftliche Forschung, eine der ältesten und treuesten Kostgängerinnen der amtlichen Statistik, nur insofern eine Sonderstellung einnimmt, als sie an ein mühsames Literatursammeln von jeher gewöhnt ist. Aber auch ihr kann und sollte die Arbeit erleichtert werden. Auf einen möglichst großen Nutzen aus der Statistik hat aber die öffentliche Verwaltung selbst das größte Anrecht schon um deswillen, weil Staat und Gemeinde es sind, die mit Aufwendung sehr beträchtlicher Mittel die Statistik produzieren. Als Beleg dafür ein paar Zahlen. Für den amtlichen statistischen Dienst werden im Deutschen Reiche jährlich 4½ Mill. ℳ verausgabt. Davon entfallen auf das Kaiserliche Statistische Amt, die statistische Reichsbehörde, 1 900 000 ℳ, auf die 17 landesstatistischen Ämter der Bundesstaaten rund 1 700 000 ℳ und auf den jüngsten Zweig der deutschen amtlichen Statistik, die Städtestatistik, die durch 37 Ämter vertreten ist, rund 900 000 ℳ. Ungerechnet den Sonderaufwand für die periodisch wiederkehrenden Reichszählungen, von denen die beiden letzten, die Volkszählung von 1905 und die Berufs- und Betriebszählung von 1907, z. B. den städtestatistischen Ämtern, denen die Ausführung dieser Zählungen oblag, 1 200 000 ℳ Extrakosten verursachten. Das gesamte ordentliche Personal der genannten Ämter beläuft sich auf rund 1000 Köpfe, darunter etwa 150 Beamte mit wissenschaftlicher Vorbildung. Und ähnlich liegen die Verhältnisse bei der österreichischen amtlichen Statistik. Auch dort ein starker Aufwand — der Etat der k. k. Statistischen Zentralkommission und der statistischen Dienststellen im Ministerium für Handel und Gewerbe beträgt jährlich (1901) rund 1 200 000 fl. — und auch dort, wie die überaus freundliche Aufnahme beweist, die das Deutsche Statistische Zentralblatt gerade auch bei den maßgebenden Vertretern der österreichischen amtlichen Statistik gefunden hat, ein lebhaftes Bedürfnis nach einer besseren Orientierung der Interessenten über die Erzeugnisse der Statistik. Aus den gleichen Gründen hat auch die Städtestatistik der Schweiz das Unternehmen begrüßt und ihm ihre Unterstützung zugesagt.

Es ist schon betont worden, daß die statistische Literatur hoch angeschwollen und für den Nichtfachmann fast unübersehbar geworden ist, und daß ihre Benutzung darunter Not leidet. Eine der nächsten Nummern des Deutschen Statistischen Zentralblattes wird dies im einzelnen dartun. Hier mag deshalb ein Hinweis auf die Titel und den äußeren Umfang der größten standard works der amtlichen Statistik genügen, der dem Laien wenigstens eine äußerliche Vorstellung von ihrer literarischen Fruchtbarkeit ermöglicht. Voransteht die vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Statistik des Deutschen Reiches". Sie umfaßt heute (alte und neue Folge zusammen) 250 Großquartbände mit 130 000 Seiten. Ihr ebenbürtig zur Seite steht die „Österreichische Statistik", die Quellenveröffentlichung der k. k. Statistischen Zentralkommission in Wien; 85 Bände mit 60 000 Seiten. Unter der deutschen Landesstatistik hat den größten Umfang die „Preußische Statistik", die seit dem Jahre 1861 vom Königl. Preußischen Statistischen Landesamte herausgegeben wird und es auf 234 Bände mit 68 000 Seiten gebracht hat. Auch die Hauptquelle für die deutsche Städtestatistik, das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte", das in 15 Bänden vorliegt, sei noch erwähnt. Damit ist jedoch die Reihe der bedeutsamen statistischen Veröffentlichungen, namentlich der der deutschen Landesstatistik, keineswegs abgeschlossen.

Wie nun diesen *embarras de richesse* beseitigen? Wie kann der Reichtum statistischer Erkenntnis, den die statistischen Ämter unablässig zu mehren bestrebt sind, jedermann zugänglicher gemacht werden? Die Antwort auf diese Frage ist im obigen schon gegeben worden. Der Hauptmangel besteht darin, daß die Interessenten von den Veröffentlichungen der Statistik nur unvollständig und verspätet Kenntnis erhalten, und daß sie selbst diese Kenntnis sich mühsam erwerben müssen, indem sie regelmäßig die Literaturanzeigen einer größeren Anzahl von Zeitschriften durchsehen. Daran ist im allgemeinen nur der Gelehrte gewöhnt, und in der Regel ist auch er nur im Besitze aller der einschlägigen Zeitschriften und der für ihre Durchsicht erforderlichen Zeit. Viele verzichten unter diesen Umständen lieber auf die Statistik oder decken ihren Bedarf an Statistik aus abgeleiteten Quellen, häufig genug nicht zum Vorteil der Sache. In dieser Hinsicht weist die Organisation der amtlichen Statistik also unzweifelhaft eine Lücke auf. Darauf ist auch von anderer Seite früher schon hingewiesen worden, und auch verschiedene Mitarbeiter des Deutschen Statistischen Zentralblattes haben diesen Punkt in ihren Zuschriften an die Redaktion hervorgehoben. Es fehlt an einer Sammelstelle, an der die Neuerscheinungen der amtlichen Statistik vollständig und übersichtlich und mit kurzer das Charakteristische betonender Inhaltsangabe registriert werden, und von der aus fortgesetzt auf sie aufmerksam gemacht wird. Man darf dies unbedenklich aussprechen, ohne befürchten zu müssen, den anerkannten Leistungen Dritter damit zunahezutreten. Es gibt, wie schon betont, eine größere Anzahl wissenschaftlicher Zeitschriften (wie z. B.

die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, das bisherige „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, die „Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften“), die die statistische Literatur regelmäßig mitberücksichtigen. Und es gibt auch Spezialorgane für Statistik, wie das „Allgemeine Statistische Archiv“, die preußische „Statistische Korrespondenz“, die „Statistischen Mitteilungen“ der k. k. Statistischen Zentralkommission in Wien, die nicht nur in Fachkreisen gelesen und hochgeschätzt werden. Aber alle diese Zeitschriften verfolgen andersgeartete und zum Teil weitergehende Ziele (die wissenschaftlichen Zeitschriften bezwecken unter anderem auch eine kritische Stellungnahme zu dem Inhalte der statistischen Veröffentlichungen) und ersetzen nicht ein statistisches Zentralblatt. Das Deutsche Statistische Zentralblatt will nun jene Lücke in der Organisation der amtlichen Statistik ausfüllen. Nicht von Amts wegen, um auch dies zu erwähnen, sondern als Privatunternehmen, dem freiwillige Unterstützung von allen Seiten zugesichert worden. Der amtliche Charakter der staatlichen und gemeindlichen Statistik steht dem nicht im Wege. Denn wenn auch die amtliche Statistik durch die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung veranlaßt, aus öffentlichen Mittel hergestellt und durch öffentliche Beamte bearbeitet wird, so steht sie deswegen doch keineswegs im Dienste der jeweiligen Richtung der amtlichen Verwaltungspolitik. Im Gegenteil! Wissenschaftliche Objektivität bei den Erhebungen sowohl, wie bei der Bearbeitung und Darstellung ihrer Ergebnisse, ist die oberste Amtspflicht aller behördlichen Statistik. Aus dem gleichen Grunde lag auch kein Hindernis vor, die Berichterstattung über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus auszudehnen, denn die Statistik ist wie jede Wissenschaft international. Und wenn das Deutsche Statistische Zentralblatt gleichwohl in dieser Richtung der Berichterstattung zunächst eine Schranke setzt, wenn es seine Anzeigen und Besprechungen fürs erste auf die in deutscher Sprache oder zugleich in deutscher Sprache verfaßte statistische Literatur einschränkt, soweit ausländische Literatur in Frage kommt, in der Hauptsache also auf die Statistik in Österreich und der Schweiz, so sind dafür ausschließlich praktische Erwägungen maßgebend gewesen; vor allem der Umstand, daß das Zentralblatt selbst in deutscher Sprache erscheint, dazu der Umfang der Arbeit und der Kosten, die es verursacht, sein Preis u. dgl. Sollte eine Ausdehnung der Referate auf fremdsprachliche Veröffentlichungen sich später ermöglichen lassen, so wäre ein solcher Fortschritt nur mit Freuden zu begrüßen.

Außer der deutschen Sprache zieht auch der Ursprung der Statistik der Berichterstattung in gewissem Umfange eine Grenze. Es gilt als Grundsatz: der amtlichen Statistik, den Veröffentlichungen der statistischen Ämter, im Deutschen Statistischen Zentralblatt die erste Stelle einzuräumen, und andere Statistik nur mit Auswahl heranzuziehen. Eine allzugroße Einschränkung des Gesichtsfeldes bedeutet dies nicht, denn die statistische Urproduktion liegt aus selbstverständlichen Gründen im wesentlichen in den Händen der statistischen Behörden. Auch läßt sich hier die wünschenswerte Vollständigkeit der Berichterstattung am ehesten erzielen. Sie ist so gedacht, daß der abgeschlossene Jahrgang des Statistischen Zentralblattes über alle Zweige der amtlichen Statistik, die im Berichtsjahre (dem Jahrgange des Zentralblattes) Bearbeitung gefunden haben, erschöpfend orientiert, unterstützt durch ein systematisches Sachregister. Ausgenommen werden davon in der Regel nur die vorbereitenden Veröffentlichungen, die später in erweiterter Form wiederkehren, die vorläufigen Mitteilungen über Zählungsergebnisse und ähnliches.

Außer der Reichs-, Landes- und Städtestatistik, die unter dem angeführten Gesichtspunkte in der Berichterstattung überwiegen, werden ferner in sie noch einbezogen die Veröffentlichungen derjenigen nichtstatistischen Amtsstellen, die Statistik nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten produzieren. (Also die Statistik anderer staatlicher Behörden, von Handels- und Gewerbekammern usw.) Diese jedoch nur wahlweise. In gleicher Art werden auch statistische Arbeiten von privater Seite, sofern sie sich mit den Ergebnissen amtlicher Statistik beschäftigen und diese bereichern, nicht bloß paraphrasieren, berücksichtigt. Endlich ist es selbstverständlich, daß das Deutsche Statistische Zentralblatt auch über Arbeiten berichtet, die die Geschichte oder die Theorie oder Technik der Statistik zum Gegenstande haben.

Als Hauptform der Berichterstattung ist die Selbstanzeige der Verfasser ins Auge gefaßt nach dem bewährten ökonomischen Grundsatze, mit möglichst geringem Aufwande möglichst das Beste zu erzielen. So wird die Berichterstattung den sachkundigsten Federn überlassen und zugleich verteilt sich die Arbeit auf viele Schultern, ohne den einzelnen drückend zu belasten. Die Referate selbst sollen sich auf den Standpunkt stellen „jenseits von Gut und Böse“; Tadel und Anerkennung mögen andere an anderem Orte aussprechen. Wo Selbstanzeigen ausbleiben, sorgt die Redaktion für Ersatz.

Den Hauptinhalt des Deutschen Statistischen Zentralblattes bilden Besprechungen und Anzeigen. Zur Besprechung kommen alle in den oben skizzierten Rahmen fallenden statistischen Veröffentlichungen, die in sachlicher oder methodischer Beziehung Neues oder sonst Wissenswertes enthalten. Dabei macht es an sich keinen Unterschied, ob diese Veröffentlichungen aus textlichen Bearbeitungen statistischer Ergebnisse oder ausschließlich aus Tabellenwerken bestehen. Wo etwas Bemerkenswertes sich findet, dahin soll der Blick der Leser gelenkt werden. Entsprechend diesem Grundsatze können auch einzelne Teile von Veröffentlichungen, die als Ganzes nur angezeigt werden, Ausschnitte aus Abhandlungen und einzelne Tabellen, zur Besprechung gelangen. Von praktischer Bedeutung wird dies besonders in den Fällen, wo Tabellenwerke, deren Inhalt in der Hauptsache sich gleichbleibt, wie z. B. bei statistischen Jahrbüchern, in einzelnen Tabellen einen Gegenstand erstmals behandeln oder tabellarische Neukombinationen bringen. Die Besprechungen orientieren über den Anlaß zu der Arbeit, wo ein spezieller

vorliegt, über deren Hauptergebnisse und über die Arbeitsmethode, sofern sie dem Fachmanne Wissenswertes bietet, und sollen im übrigen sich möglichster Kürze befleißigen. Lediglich mit dem Titel und unter Umständen mit kurzer Inhaltsübersicht angezeigt werden alle übrigen Veröffentlichungen.

Was endlich die Stoffgliederung anlangt, so zerfällt das Deutsche Statistische Zentralblatt in 26 nach sachlichen Gesichtspunkten ausgewählte Abschnitte, die zwar nicht alle in jeder einzelnen Nummer des Zentralblattes wiederkehren können — bei der Auswahl der Literatur für die einzelne Nummer wird außer praktischen Rücksichten das aktuelle Interesse am Stoff entscheidend sein —, die aber alle in jedem Jahrgang enthalten sind und der Stoffgliederung im ganzen zugrunde liegen. Auf diese 26 Abschnitte wird die gesamte statistische Literatur verteilt. Auch die statistischen Sammelwerke werden stofflich aufgeteilt, soweit sie Neues oder sonst Bemerkenswertes enthalten. Auf diesen Punkt wird sogar ein besonderer Nachdruck gelegt; es soll damit dem Leser des Deutschen Statistischen Zentralblattes, der sich nur für ein bestimmtes Gebiet der Statistik interessiert, die Möglichkeit geboten werden, sich über einschlägige Arbeiten, die vermengt mit anderem in den statistischen Zeitschriften und sonstigen Publikationsorganen der Statistik erschienen sind, an einer Stelle rasch zu informieren. Im übrigen ist für Sammelwerke eine besondere Rubrik vorgesehen.

Weiter ist beabsichtigt, an der Spitze des Deutschen Statistischen Zentralblattes gelegentlich oder regelmäßig, je nach Möglichkeit, selbständige Aufsätze statistischen Inhaltes zu bringen, die ihr Thema allen Zweigen der Statistik und der öffentlichen Verwaltung entnehmen können. Auch dazu haben Mitarbeiter sich schon bereit erklärt.

Ferner wird das Zentralblatt Personalnachrichten bringen; und endlich ist ihm noch ein Fragekasten beigegeben, mittels dessen die Leser und die Redaktion sich Angaben über statistische Literatur erbitten können.

Dies das umfangreiche Programm des Deutschen Statistischen Zentralblattes, dessen Ausbau im einzelnen der Praxis vorbehalten bleiben muß. Ohne Schwierigkeiten und Mißverständnisse wird es dabei nicht abgehen. Namentlich die angestrebte Vollständigkeit und systematische Eingliederung der Literaturnachweise und die Durchführung der für die Abfassung der Anzeigen und Besprechungen aufgestellten Grundsätze wird sich nur allmählich erreichen lassen. Möge der Leserkreis dem Rechnung tragen und die ersten Nummern des Deutschen Statistischen Zentralblattes auch in diesem Sinne als „Probenummern" gelten lassen.

Die Herausgeber.

Besprechungen.

Vorbemerkung. Nach den Grundsätzen für die Literaturanzeigen, wie sie in dem vorstehenden einleitenden Artikel dargelegt sind, wird eine gewisse Auswahl Platz greifen müssen und werden insbesondere diejenigen amtlichen Nachweisungen, die regelmäßig in ungefähr gleicher Weise und nur mit neuen Zahlen veröffentlicht werden, in der Folge nur gelegentlich angezeigt oder besprochen werden können, weil sonst die nämlichen Dinge ständig wiederholt werden müßten.

Um aber auch über diese sehr wichtige Gruppe von Nachweisungen in genügender Vollständigkeit zu berichten, wird in den nächsten Nummern nach und nach ein Überblick über den regelmäßigen Inhalt der bestehenden statistischen Veröffentlichungsorgane gegeben werden. Ebenso wird erst in der zweiten Nummer mit Literaturanzeigen ohne Besprechung begonnen werden.

I. Bevölkerungsstand.

Die Entwickelung der Reichsbevölkerung seit dem Jahre 1816. (Die Volkszählung am 1. Dezember 1905, 5. [letzte] Mitteilung. **Ref.: Reg.-Rat Dr. Rahts.**) Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 17. Jahrg. 1908. Heft I. 14 S. 3 Kartogramme.

Es werden zunächst für die Staaten und einzelnen Landesteile des Deutschen Reiches die Bevölkerungszahlen seit 1816 sowie die durchschnittliche jährliche Zu- oder Abnahme der Bevölkerung gegeben. Die jährliche Zunahme der Bevölkerung des jetzigen Reichsgebietes in den 89 Jahren schwankt in den einzelnen Volkszählungsperioden zwischen 0,17 % in dem Zeitraume 1852—55 und 1,51 % in der Volkszählungsperiode 1895—1900. Für die Volkszählungsperioden von 1871 an wird sowohl die natürliche Bevölkerungszunahme als auch die Zu- und Abwanderung in ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung dargestellt. Es ergibt sich hier, daß die natürliche Bevölkerungszunahme des Deutschen Reichs in den Jahren 1871—1905 insgesamt 21 895 120 Personen betrug, während sich die tatsächliche Zunahme der Bevölkerung nur auf 19 582 486 stellte. Auf die Abwanderung sind daher 2 312 634 Personen zu rechnen. Über die natürliche Bevölkerungsvermehrung, über das Bevölkerungswachstum und über den Wanderungsgewinn und -verlust in den Jahren 1900—1905, gemessen an der mittleren Bevölkerung, geben die dem Vierteljahrsheft am Schlusse beigefügten 3 farbigen Kartogramme Auskunft.

In der textlichen Darstellung wird dann ferner eine Übersicht der 41 Großstädte des Deutschen Reiches mit mehr als 100 000 Einwohnern nach der Zählung von 1905 gegeben mit gesonderter Darstellung der Zahlen, die auf das tatsächliche Wachstum und auf die Eingemeindungen nach dem Stande von 1900 entfallen. Den Schluß bildet eine Übersicht der 526 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905.

R. Jaeckel.

Statistik der Ehen (im Königreich Sachsen). — Aus der Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jahrgang 1908. 13 S.

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 ist im Königreich Sachsen zur Vornahme einiger

Auszählungen über Ehestatistik benutzt worden, die sich auf das Zusammenleben der Ehepaare überhaupt und auf Alter und Glaubensbekenntnis der zusammenlebenden Ehegatten, sowie auf die konfessionelle Kindererziehung in Mischehen beziehen. Methodisch neu dürften die erstgenannten Ermittelungen sein. Mit Hilfe der Zahl derjenigen verheirateten Personen, die sich als „getrennt lebend" (nach einer nur in Sachsen gestellten Zusatzfrage), und derjenigen, die sich zwar als verheiratet eingetragen haben, in deren Zählungslisten aber der andere Ehegatte weder als anwesend noch als „vorübergehend abwesend" (auch letzteres war Zusatzfrage) verzeichnet war, wurde festgestellt, daß unter 848 432 verheirateten Frauen 19 819, also 2,3 % von ihrem Manne dauernd getrennt lebten, ohne geschieden zu sein; in der Stadt Dresden beträgt dieser Prozentsatz 3,2.

E. Würzburger.

II. Bewegung der Bevölkerung.

Allgemeine Deutsche Sterbetafel. Aus den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs (Ref.: Reg.-Rat Dr. Rahts). Jahrg. 1908. Heft III. 9 S.

Die erste und einzige Sterbetafel des Deutschen Reiches war bisher die vom verstorbenen ersten Direktor des Kaiserl. Statistischen Amtes, Becker, aufgestellte „Deutsche Sterbetafel für 1871/81". Die neue Sterbetafel von Rahts gilt für die Jahre 1891/1900. Die Lücke der Deutschen Sterbetafel für 1881/91 bleibt also bestehen. Die Schwierigkeit einer deutschen Sterbetafelberechnung lag weniger in der Methode als in der Materialbeschaffung infolge der nicht ganz vollständigen Nachweisungen sämtlicher Bundesstaaten. Die neue Sterbetafel bezog sich auf 99 % der ortsanwesenden Bevölkerung des Reiches am 1. Dezember 1900, während die Beckersche Sterbetafel nur für 97 % der Reichsbevölkerung galt. Die Methode ist dieselbe wie die Beckersche, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Sterbefälle von 10 Jahren berücksichtigt wurden, während bei der Beckerschen die Sterbefälle von 11 Kalenderjahren (1871/81) herangezogen wurden, indem vom ersten und letzten Jahre nur etwa die Hälfte der Sterbefälle zur Rechnung gebracht wurde. Die Sterbetafeln sind natürlich für die gesamte Bevölkerung und für beide Geschlechter gesondert aufgestellt. Zunächst in der unausgeglichenen Form, d. h. in ihrer ursprünglichen, lediglich durch die Rechnung erhaltenen Form, also ohne jede Ausgleichung. Es folgen dann die ausgeglichenen Sterbetafeln für das männliche und weibliche Geschlecht für den Gebrauch der Versicherungsgesellschaften.

Die Ausgleichung der Sterbetafeln, d. h. der Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten, ist nach der Formel des österreichischen Versicherungsmathematikers Altenburger erfolgt, nämlich:

$(9)^{(n)} = \left[\frac{1}{2n}(10\,S_2 - S_4)\right]^n$ Für die hohen Lebensjahre ist zur Fortsetzung der Sterbenswahrscheinlichkeiten die Formel von Wittstein angewandt worden, wonach die Sterbenswahrscheinlichkeit $9x$ für das x^{te} Altersjahr sich darstellt durch $9x = b \cdot a^{-(M-x)^n}$ Für M ist das Alter von 105 Jahren gewählt worden, während b die Sterbenswahrscheinlichkeit für dieses Alter bedeutet. In dieser Formel ist $b = 1$, d. h. es wird angenommen, daß in dem Höchstalter die größtmögliche Sterbenswahrscheinlichkeit 1 erreicht wird, was aber nun bekanntlich dem Gange der Sterbenswahrscheinlichkeiten der achtziger Jahre nicht entsprach.

Als Sterbewahrscheinlichkeit für das Alter von 105 Jahren wurde für das männliche Geschlecht der Wert 0,58, für das weibliche der Wert 0,47 festgestellt.

Im Vergleiche mit den Beckerschen Tafeln der siebziger Jahre ergibt sich für die neuen ausgeglichenen, daß die mittlere Lebenserwartung eines lebendgeborenen Kindes sich gesteigert hat. Während nämlich die Beckerschen Tafeln eine Lebensdauer von 35,58 Jahren für das männliche und 38,45 für das weibliche Geschlecht ergeben hatten, stellten die neuen Tafeln eine Lebensdauer von 40,56 Jahren für das männliche und von 43,97 Jahren für das weibliche Geschlecht fest. Hinsichtlich des verschiedenen Absterbens der Geschlechter ergibt sich, daß beim männlichen Geschlecht die Sterblichkeit in den ersten Lebensjahren sehr hoch ist und daß sie dann bis zum 14. Lebensjahre allmählich abnimmt. Vom 14. Lebensjahre nimmt die Sterblichkeit dann zu bis zum 21. Lebensjahre, vom 21. bis zum 27. Lebensjahre bleibt sie auf derselben Höhe, um dann stark anzusteigen bis in die höchsten Altersjahre. Beim weiblichen Geschlecht nimmt dagegen die Sterblichkeit, nachdem sie ungefähr wie bei den Knaben in demselben Alter mit dem 13. Jahre, das Minimum erreicht hat, erst langsam zu bis zum 47. Lebensjahre, also ohne die Stillstandsperiode des männlichen Geschlechts, um erst dann ein beschleunigtes Tempo zu finden.

R. Jaeckel.

Statistik des Wiener Fremdenverkehrs in den Jahren 1888—1907. Vergleich der Fremdenfrequenzen von Wien und Berlin in den Jahren 1888—1907. Bearbeitet von E. L. Grieszelich. Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates für Februar und Juni 1908.

Das durch 20 Jahre aus derselben Quelle — Verarbeitung der polizeilichen Meldungen durch den Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr — stammende Material, betreffend die Zahl und das Herkunftsland der in den Hotels und Gasthöfen mindestens einmal übernachtenden Fremden mit Ausnahme der in Pensionen, Massenquartieren und Privathäusern abgestiegenen, ist in der zweiten Arbeit mit den Berliner Ergebnissen in Vergleich gesetzt; nach Herkunftsländern ist der Vergleich nur für 1905—1907 möglich, da die Berliner Angaben nicht weiter zurückreichen. Der Berliner Fremdenverkehr hat in den 20 Jahren stärker zugenommen — von 418 502 auf 1 082 146 — als der Wiener, der von 238 170 auf 515 315 stieg. Der Anteil der Inländer (Angehörigen des Deutschen Reiches, bzw. Österreichs und Ungarns) beträgt in beiden Städten über 82 % der Fremden. Der Zuzug der Reichsdeutschen nach Wien ist in den Jahren 1905—1907 mit 84 353 kleiner gewesen als der 90 398 betragende Zuzug der Öster-

reicher und Ungarn nach Berlin. Der Zuzug reichsdeutscher Fremder nach Wien zeigt seit 1902 eine stark fallende Tendenz, er sank von 44 163 auf 24 710. Diese Abnahme, die sich auch auf die Ungarn erstreckt (von 76 294 auf 34 018), wird mehr als aufgewogen durch die Frequenzsteigerung der Österreicher von 257 362 auf 395 513. Das Verhältnis des Zuzuges der einzelnen Nationen zu ihrer Volkszahl, d. i. zu je einer Million, wird als ihr spezifischer Zuzugs-Koeffizient bzw. als ihr spezifischer Anziehungskoeffizient der betreffenden Stadt bezeichnet. Der spezifische Anziehungskoeffizient von Berlin beträgt auf die Reichsdeutschen 13 944, auf die Österreicher und Ungarn 568, auf die Russen 568, Engländer 236, Dänen 3519, Türken 71; die entsprechenden Zahlen für Wien lauten 547, 8141, 165, 96, 223, 322.

W. Hecke.

III. Todesursachenstatistik.

Die Sterblichkeit der Stadt Budapest im Jahre 1906. Redigiert von Dr. Julius J. Pikler. Publikationen des Statistischen Bureaus der Haupt- und Residenzstadt Budapest. Nr. 40. 27 Seiten Text und 112 Seiten Tabellen. Budapest 1908. Preis 1 M. (Ungarisch und deutsch.)

Die früher in fünfjährigen Cyklen publizierte Mortalitätsstatistik der Stadt Budapest wird seit 1901 jährlich veröffentlicht und ist aus diesem Anlasse einer systematischen Weiterausbildung unterzogen worden. Die Aufbereitung geschieht gegenwärtig nach 82 Todesursachen, innerhalb welcher alle Gesichtspunkte gegenseitig kombiniert zur Darstellung kommen. Eine methodische Neuerung bietet der „Spezifizierte Nachweis der Krankheitsbezeichnungen", in dem sämtliche als Todesursache angegebenen Krankheiten nebst ihren Vorkrankheiten und Komplikationen in dreifacher Aufarbeitung zusammengestellt sind: 1. Hauptübersicht aller Todesursachen, in der dargelegt ist, wie oft jede Krankheit als Haupttodesursache und wie oft sie als Vorkrankheit oder Komplikation subordiniert auftrat (Pneumonia z. B. war in 972 Fällen als Todesursache angegeben, trat jedoch noch in 195 Fällen als Vorkrankheit oder Komplikation auf); 2. Die Haupttodesursachen („bestimmenden" Todesursachen) mit ihren Vorkrankheiten und Komplikationen kombiniert; 3. Systematische Übersicht der Vorkrankheiten und Komplikationen. Für die Anfertigung der subordinierten Todesursachen dürfte das Piklersche System als vorbildlich gelten.

G. Thirring.

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Lage des Dresdner Wohnungsmarktes im Jahre 1907 mit Rückblicken auf die Vorjahre und Vorbemerkungen über die Methode der Wohnungsstatistik. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden. 17. Heft. 54 S. Verlag von v. Zahn & Jaensch in Dresden. 1908. Preis 1 M.

Auf Grund der Zählung der leerstehenden Wohnungen, die in Dresden seit 1896 alljährlich Mitte Oktober stattfindet, schildert die Arbeit eingehend die dermalige Lage des Wohnungsmarktes und seine Entwickelung seit 1897. Der Wohnungsvorrat ist in Dresden von 1899 bis 1904 sprunghaft in die Höhe gegangen und seitdem ebenso rasch wieder gesunken. Er belief sich im Jahre 1899 auf 3,1 %, 1904 auf 7,3 % (9600 leere Wohnungen) und 1907 auf 3,8 % aller Wohnungen. Die Zunahme des Vorrates wurde durch die allgemeine Wirtschaftskrisis und eine forcierte Bautätigkeit verursacht, seine Abnahme durch die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch Einschränkung der Bautätigkeit (1903 wurden 4369, 1907 986 Wohnungen neuerstellt). Zurzeit herrscht in den Arbeitervierteln in gewissem Umfange Wohnungsmangel; im ganzen ist der Vorrat noch ausreichend.

Von allgemeinerem Interesse dürften die Vorbemerkungen über die Methode der Wohnungsstatistik sein (21 Seiten). Sie befassen sich unter anderem mit den Begriffen Zimmer, Wohnraum, Wohnung, und ausführlicher mit der Frage des Normalvorrates an Wohnungen. Das Ergebnis in dieser Hinsicht ist, daß es einen Normalvorrat im Sinne eines feststehenden ungefähren Prozentsatzes an leeren Wohnungen nicht gibt, daß das Verhältnis zwischen Vorrat und Bedarf für jede Berichtsperiode im einzelnen ermittelt und abgewogen werden muß. Zugleich wird eine Methode vorgeschlagen und erörtert, wie der im Interesse der lokalen Freizügigkeit und der Zunahme der Bevölkerung jeweils notwendige Vorrat sich etwa berechnen läßt.

F. Schäfer.

Der Casseler Wohnungsmarkt am 22. Oktober 1907. Mitteilungen des Statistischen Amts der Residenzstadt Cassel. 2. Heft. 15 S.

In Cassel werden seit dem Jahre 1903 Erhebungen über die Lage des Wohnungsmarktes in zweijährigem Turnus veranstaltet. Infolge einer überaus lebhaften Bautätigkeit hat sich während dieser Zeit der Wohnungsüberschuß in gerader Linie — von 4,0 % aller Wohnungen im Oktober 1903 auf 4,9 % im Oktober 1905 und 6,2 % im Oktober 1907 — vermehrt. Bei einer Gesamtzahl von 2117 leerstehenden Wohnungen war nach der Aufnahme vom Oktober 1907 ein Überangebot auch für jede einzelne der unterschiedenen Größenklassen vorhanden. Am meisten ist die Bautätigkeit in den letzten Jahren dem Bedarf an Kleinwohnungen vorausgeeilt, wobei weniger die ein Hauptfeld der Bautätigkeit bildenden äußeren Arbeiterwohnviertel, als die bereits vollständig bebaute Altstadt trotz ihrer begünstigten zentralen Lage unter der unzureichenden Nachfrage zu leiden hatte. Die im letzten Jahre eingetretene Verminderung der Bautätigkeit läßt erwarten, daß die für den Hausbesitzer ungünstige Entwickelung des Kasseler Wohnungsmarktes ihren Höhepunkt erreicht oder bereits überschritten hat.

H. Riekes.

V. Preis- und Konsumstatistik.

VI. Vermögen und Einkommen.

Die Einkommen der Haushaltungsvorstände nach den Einschätzungen zur Einkommen-



steuer für 1906. — Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes, Jahrgang 1908. 13 S.

Die statistischen Veröffentlichungen über die Einschätzungen zur Einkommensteuer liefern für diejenigen Staaten, in denen alle Einkommen ohne Rücksicht auf ihre Quelle dieser Steuer unterworfen werden, ein Material, das die jeweilige Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Wohlstand sowie die darin im Laufe der Jahre eintretenden Verschiebungen sehr wohl erkennen läßt, wenn man gewisse Umstände im Auge behält, die die Verwertbarkeit der Zahlen zu diesen Zwecken in kleinerem oder größerem Maße beeinträchtigen. Insbesondere ist bei der Benützung der schon seit mehreren Jahrzehnten für jedes Jahr mit gerader Jahreszahl bearbeiteten und veröffentlichten sächsischen Einkommensteuerstatistik zu beachten, daß sie alle Einkommen bis zu den kleinsten herab beziffert, und zwar rein individuell, also unter Trennung der Einkommen der Mitglieder einer und derselben Familie. Um nun die Beurteilung der allgemeinen Wohlstandsverhältnisse aus den Zahlen zu erleichtern, ist für 1904 und 1906 eine besondere Statistik des Einkommens der Haushaltungsvorstände (ohne und mit Zurechnung des Einkommens ihrer Familienangehörigen) aufgestellt worden, unter Ausscheidung der hauswirtschaftlich unselbständigen Personen (Untermieter, Dienstboten). Die Ergebnisse finden sich in der oben genannten Veröffentlichung. Wenn danach für das Jahr 1906 der unbemittelten Klasse mit bis 700 ℳ Einkommen 44,65 % der eingeschätzten physischen Personen, aber nur 16,01 % der Haushaltungsvorstände (bei Einrechnung des Einkommens ihrer Familienmitglieder) angehörten, so zeigt der große Unterschied zwischen diesen beiden Ziffern, zu wie falscher Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse die Benützung der undifferenzierten Gesamt-Einschätzungsergebnisse führen muß. Gleichzeitig aber besitzen die Zahlen eine über Sachsen hinausgehende Bedeutung deswegen, weil die immerhin noch erhebliche Prozentziffer der Haushaltungsvorstände mit kleinen Einkommen, die in anderen Staaten ganz oder teilweise unterhalb der Grenze der Einschätzung liegen und insoweit in deren Statistik überhaupt fehlen, ein Hilfsmittel zu ihrer schätzungsweisen Ergänzung bieten kann.

E. Würzburger.

VII. Grundbesitzstatistik.

Die Gutszertrümmerungen im Herzogtum Braunschweig im Jahrzehnt 1896—1905. Vom Geheimen Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann zu Braunschweig. Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig. Heft XX. 1907. 29 S.

Seit 1896 ist für das Herzogtum Braunschweig eine Statistik über die Gutszertrümmerungen (Hofausschlachtungen) wesentlich zu dem Zweck angeordnet, um die Wirkungen der 1874 erfolgten Aufhebung der früheren landesgesetzlichen Geschlossenheit des bäuerlichen Grundbesitzes zu verfolgen. Als Gutszertrümmerung ist dabei jedes Geschäft anzusehen, welches dazu geführt hat, daß ein bäuerliches Anwesen als solches nicht mehr fortbesteht oder durch Abtrennung von Grundstücken so wesentlich verkleinert worden ist, daß sich hieraus nachteilige Folgen für den Fortbestand und die gedeihliche Fortführung der Wirtschaft ergeben haben. Das Material haben die Gemeindebehörden durch alljährliche Einsendung eines entsprechend formulierten Fragebogens zu liefern. Nachdem bereits über die Festlegungen des ersten Jahres 1896 eine Veröffentlichung (Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig. Heft XV S. 19 ff.) erschienen, gibt die vorliegende die Ergebnisse für die ersten zehn Jahre 1896—1905 unter näherer textlicher Erörterung in drei Haupttabellen; die erste derselben enthält die absoluten Zahlen der Gutszertrümmerungen nach Art bzw. Ursache der Zertrümmerung, die zweite wiederum nach letzterer Ausscheidung die Größen der abgetretenen und der beim Hofe bzw. in der Hand des Zertrümmerers verbliebenen Grundstücke für die bezüglichen Gutszertrümmerungen je in eine Summe zusammengezogen, die dritte die absolute Zahl der Gutszertrümmerungen nach der Größe der zertrümmerten Höfe ohne Rücksichtnahme auf die Ursache der Zertrümmerung, aber unter Ausscheidung von vollständigen und unvollständigen Gutszertrümmerungen; die Tabellen zerfallen sämtlich nach den beiden fünfjährigen Zeitabschnitten in zwei der Form nach unter sich übereinstimmende Teile; als örtliche Bezirke berücksichtigt die Tabelle I die Amtsgerichtsbezirke, die Kreise und das Herzogtum, die Tabellen II und III nur die Kreise und das Herzogtum. Wenn auch die zahlenmäßigen Nachweise die bezügliche Entwickelung nicht in allen Einzelheiten umfassen, so wird man als das Gesamtergebnis derselben doch das mit Sicherheit annehmen können, daß die in den Gutszertrümmerungen zum Ausdruck kommende Grundbesitzbewegung keineswegs einseitig einer extremen Ausgestaltung, sei es des Parzellenbesitzes, sei es des Großgrundbesitzes, zustrebt, da die einzelnen Teile der zertrümmerten Höfe in einer verhältnismäßig bunten Mischung bald großen, bald mittleren, bald kleinen Bauernbesitzungen zugeschlagen, bald auch zur Neubildung von Parzellenbesitzungen oder zur Umbildung von Anbauerbesitzungen in Bauernbesitzungen benutzt werden, für die Regel unter Erhöhung der Leistungsfähigkeit des vergrößerten Anwesens.

F. W. R. Zimmermann.

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Die Forst- und Weide-Servituten in vier Gemeinden Steiermarks. Erhebung, durchgeführt vom Statistischen Landesamte für Steiermark unter der Leitung von Dr. Ernst Mischler, o. ö. Universitätsprofessor und Direktor des Statistischen Amtes. Graz 1908. In Kommission bei Leuscherer und Lubenskys Universitäts-Buchhandlung. 8°. 106 S. Text u. 45 S. Tabellen. Preis 3 Kronen.

Das Statistische Landesamt beschäftigt sich seit einiger Zeit mit landwirtschaftlichen Enqueten auf dem Gebiete der Besitz- und Schuldverhältnisse, Servitutsrechte und der landwirtschaftlichen Dienst-

boten. Dabei gilt als Grundsatz, daß stets einerseits die vorhandenen amtlichen Aufzeichnungen in den Grundbüchern, Grundsteueroperaten, Katastralmappen usw. benützt und anderseits eine persönliche Befragung der Grundbesitzer, Hypothekenschuldner u. dgl. sowie ein persönlicher Augenschein vorgenommen wird. Bei Befolgung dieser Methode steht von vornherein fest, daß stets nur eine beschränkte Anzahl von Untersuchungsobjekten erforscht werden kann, wogegen hinsichtlich dieser bis ins letzte Detail eingedrungen und überdies insbesondere die Rechtslage auf das gründlichste aufgehellt wird. Die vorstehende Schrift bezweckte anläßlich der Beratung eines einschlägigen Gesetzes im steiermärkischen Landtage festzustellen, ob die Ablösung oder die Regulierung der Forst- und Weideservituten auf Grundlage des Kaiserl. Patentes vom Jahre 1853 für den ehemaligen bzw. derzeitigen Servitutsberechtigten von Vorteil oder Nachteil oder sonst irgendwie von Einfluß gewesen ist. Die Ermittelungen bei den 196 servitutsberechtigten Besitzungen der 4 Erhebungsgemeinden wurden durch juristische Beamte des Amtes im Sommer 1907 vorgenommen und von diesen auch die tabellarische und textliche Bearbeitung der an Ort und Stelle gewonnenen Resultate durchgeführt, so daß die gesamte Arbeit von der Planfeststellung bis zum Zeitpunkte der Veröffentlichung ein Jahr dauerte. Das Ergebnis der Enquete war, daß ein Einfluß der Regulierung oder Ablösung in keiner Richtung als maßgebend bezeichnet werden kann. Die Ergebnisse der Erhebung gewannen dadurch allgemeine Bedeutung, daß bei dieser Gelegenheit die Wald- und Weideservituten in ihrer Entstehung im Lande rechtsgeschichtlich verfolgt, in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung aufgehellt, und daß die verschiedenen Phasen der Gesetzgebung auf diesem Gebiete zusammenfassend geschildert wurden. Die Erhebung vermochte dadurch zu zeigen, warum überhaupt eine Einwirkung an sich nicht erfolgen konnte, und daß diese Rechtsverhältnisse angesichts der großen Komplexität der übrigen Beziehungen überhaupt nicht von Einfluß sein können, wenn nicht besondere Umstände vorliegen. Der Gepflogenheit des Statistischen Amtes gemäß wurden auch allgemeiner gehaltene Monographien der Erhebungsgemeinden verfaßt, die Methodik und Technik der Enquete dargelegt und eine genaue Feststellung der Besitzverhältnisse und Hypotheken- sowie Personalschulden der Verkehrswerte der Besitzungen, des Viehstandes, sowie der Dienstbotenverhältnisse vorgenommen. Was das eigentliche Thema, die Forst- und Weideservituten selbst anbelangt, dürfte es in der gesamten statistischen Literatur nur ganz vereinzelte Erhebungen dieser Art geben, so daß die Erhebung ohne Vorbild durchgeführt werden mußte. Die textliche Bearbeitung rührt von dem ehemaligen Konzipisten des Statistischen Amtes, Dr. H. Wimbersky, her. *E. Mischler.*

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Stand und Entwickelung der bayerischen Montanindustrie. Heft 70 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern (Lindauerscher Verlag, München 1908). 67 S. Text, 65 S. Tabellenwerk. Preis 3 *M*.

Gegenstand der Untersuchung dieses vom Königl. Bayr. Statistischen Bureau veröffentlichten Werkes[1]) sind die vier Hauptzweige der Montanindustrie: Bergbau (Mineralkohlen und Bitumen, Erze, Steinsalz, Steine und Erden), Salzgewinnung (Siedesalz, Glaubersalz, schwefelsaure Tonerde usw.), Hüttenwesen (Roheisen, Schwefelsäure, Vitriol und Potés) und Verarbeitung des Roheisens (Guß-, Schweiß- und Flußeisen). Die genannten Montanindustriezweige werden in vorliegender Arbeit geschildert nach der geographischen Verbreitung in Bayern, nach der Größe der einschlägigen Betriebe unter Berücksichtigung der Belegschaft sowie insbesondere nach dem Umfang der Produktion. Soweit tunlich, sind die entsprechenden Zahlen bis zum Jahre 1870 zurück wiedergegeben.

In einem zweiten Abschnitt wird die Belegschaft besonders behandelt, wobei auf die Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken sowie auf das Knappschaftswesen weiter eingegangen wird.

Im ganzen kommen für 1907 1778 Werke mit einer Belegschaft von über 40 000 Arbeitern in Betracht, darunter 21 Staatsbetriebe mit 4147 Arbeitern. Die Produktion bezifferte sich auf rund 6,7 Mill. t mit einem Wert von 109 Mill. *M*.

Unter den Regierungsbezirken steht an erster Stelle die Pfalz mit einer Produktion von 44,3 Mill. *M* oder $^2/_5$ (40,5 %) der gesamten Montanproduktion Bayerns; über 10 Mill. *M* beträgt der Wert der Jahresproduktion noch in den Kreisen Oberpfalz, Oberbayern und Mittelfranken.

Für den bayerischen Kohlenbergbau kommen 20 Werke in Frage mit einer Belegschaft von fast 9000 Mann, einer Produktion von 1,8 Mill. t oder von 18,6 Mill. *M*. Von diesen Zahlen treffen 14 Werke (davon 3 staatliche) mit 8184 Mann und einer Produktion von fast 1½ Mill. t im Werte von 17¾ Mill. *M* auf den Stein- und Pechkohlen-, der Rest auf den Braunkohlenbergbau. Sitz des ersteren sind fast ausschließlich die Kreise Oberbayern und Pfalz.

Die Braunkohlenproduktion, die immer noch — trotz des raschen Aufschwungs in den letzten vier Jahren — von geringer Bedeutung ist, verteilt sich im wesentlichen auf Unterfranken (66 % der Menge nach) und die Oberpfalz (33 %); auf Oberbayern entfällt 1 %.

Rechnet man von der Gesamtproduktion den Haldenverlust und Selbstverbrauch der Werke ab, so ergibt sich für die Steinkohlenbergwerke eine absatzfähige Produktion von 1 327 405 t und für die Braunkohlenbergwerke eine solche von 256 755 t, im ganzen also eine absatzfähige Kohlenproduktion von 1 584 160 t.

Im Gegensatz zu der Braunkohlenproduktion hat die Steinkohlenproduktion Bayerns eine erhebliche Steigerung erfahren, da sie vor 60 Jahren

1) Wegen der übrigen deutschen Bundesstaaten siehe die regelmäßigen Veröffentlichungen über Montanindustrie in den vom Kaiserl. Statistischen Amte in Berlin herausgegebenen „Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs". *Red.*



nur 110 000, und noch im Jahre 1900 nur rund 1 079 000 t betragen hatte.

Allerdings reicht die Kohlenproduktion des Landes bei weitem nicht hin, um den gesamten heimischen Kohlenbedarf — von Gewerbe, Industrie, Eisenbahnen, Privathaushaltungen usw. — selbst zu befriedigen. Es ist hierfür noch eine sehr beträchtliche Zufuhr erforderlich; $^4/_5$ des Steinkohlenbedarfs und nicht weniger als $^{19}/_{20}$ des Braunkohlenbedarfs muß von auswärts bezogen werden.

Durch diese Kohlenarmut befindet sich Bayern in seiner volkswirtschaftlichen Entwickelung sehr im Nachteil gegenüber anderen Gebieten des Reichs, deren Kohlenproduktion zum Teil das Fünffache (Sachsen) und das Hundertfache (Preußen) der bayerischen beträgt.

Bedeutender als Bayerns Kohlenproduktion ist seine Eisenhüttenindustrie. Freilich ist auch sie im Vergleich zur übrigen deutschen Eisenhüttenproduktion nur geringfügig; sie machte im Jahre 1907 2,5 % der Produktion des Deutschen Reiches aus. Den bedeutendsten Anteil an ihr hat die Rheinpfalz (mit 41,3 %), wo die für die Eisenindustrie so wichtige Vorbedingung der billigen Kohle (Produktion im eigenen Lande und im nahegelegenen Saarrevier sowie billiger Transport per Schiff aus dem Ruhrrevier) gegeben ist.

Die Fortschritte, welche die bayerische Hüttenindustrie in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, sind an sich erfreulich, denn die einschlägige Produktion Bayerns hatte im Jahre 1870 erst gegen 70 000 t betragen. *F. Zahn.*

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Beiträge zu einer Individualstatistik der Sparer auf Grund des Materials des Sparkassenamts, bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M. 1906. 15 S.

Während die amtliche Statistik vorzugsweise die finanziellen Ergebnisse, die Anlage von Fonds und den eigentlichen Sparverkehr behandelt, bietet sich der noch recht entwickelungsfähigen, wissenschaftlichen Individualstatistik der Sparer noch eine Menge von Problemen, wie z. B. die Häufigkeit der Ein- und Auszahlungen, die Spardauer und das Verhältnis der eingelegten Summen zu den Abhebungen und zu den angeschriebenen Zinsen usw. In der im Jahre 1905 für Frankfurt bearbeiteten Individualstatistik sind zwei grundverschiedene Berufsgruppen, bei welchen die Berufsbezeichnungen einwandsfrei zu sein pflegen und der Berufswechsel keine Rolle spielt, nämlich: einerseits Beamte und anderseits Dienstboten, zur Bearbeitung herausgegriffen worden. Diese beiden Gruppen beanspruchen die Sparkasse in ganz verschiedener Weise. Ein großer Teil von Beamten benutzt die Sparkasse als Depositenbank für die Gehälter und hebt sie im Laufe des Quartals allmählich wieder ab. Diese Benutzung der Sparkasse wird noch gefördert durch die im Jahre 1907 gestattete Überweisung der Beamtengehälter auf Sparkassenkonten. Den Dienstboten dient die Sparkasse der Hauptsache nach als eigentliches Sparinstitut zur Anlage des für den Lebensunterhalt nicht benötigten Lohnes. Dementsprechend beträgt bei mehr als der Hälfte der Dienstboten die erste Einlage weniger als 60 ℳ, bei den Beamten entfällt auf diese Gruppe nur ein Drittel der Sparer. Das durchschnittliche Guthaben stellt sich bei der Gruppe der Beamten auf 740 ℳ, bei den Dienstboten auf 382 ℳ, bei dem Durchschnitt aller Sparer auf 557 ℳ.

Ein besonderes Interesse bieten die sogenannten toten Konten. Aus ihnen läßt sich die Häufigkeit der Einzahlungen und Abhebungen mit der Spardauer (Alter eines Sparkassenbuches) kombinieren. Die Gesamtzahl der Einzahlungen verhält sich zu den Abhebungen während der ganzen Spardauer durchschnittlich wie 7 : 5. Die Sparkasse wird mithin zur vorübergehenden Anlage von Geldern stärker benutzt als zum eigentlichen Sparzwecke und dient ganz besonders als Bank für die minderbemittelte Bevölkerung. *A. Busch.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reich. Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 8. Bearbeitet im Kaiserl. Statist. Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik (Ref.: Reg.-Rat Dr. Leo). Berlin, Carl Heymanns Verlag. 1908. Preis 4 ℳ.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich waren 1906 Gegenstand einer eingehenden Darstellung in den Beiträgen zur Arbeiterstatistik (Nr. 3—5). Der Zweck war, eine Übersicht über die in Deutschland geltenden Tarifverträge und ihre Verbreitung in den einzelnen Gewerben und zwar in systematischer Bearbeitung zu geben.

Die vorliegende Veröffentlichung bringt nun das Ergebnis einer Erhebung über die Tarifverträge, die im Jahre 1906 entweder neu abgeschlossen oder in abgeänderter Form erneuert worden sind. Es waren 1468 Tarifverträge eingegangen; 178 Tarifverträge konnten nur in gesonderter Darstellung Berücksichtigung finden, da sie erst nach Schluß der Tabellen eintrafen. Die Aufbereitung erfolgte nach Übertrag des Inhalts der Tarifverträge auf Zählblättchen. Die Gesamtzahl der erfaßten Betriebe war 44 000, die der Arbeiter 356 000. Kapitel I bringt die Statistik der Tarifverträge des Jahres 1906. Kapitel II handelt von der Weiterbildung des Tarifvertrags in den einzelnen deutschen Gewerben, Kapitel III von der Technik des Tarifvertrags.

Im vierten Kapitel wird ein Überblick über die Rechtsfragen des Tarifvertrags und im Kapitel V über den Stand der internationalen Gesetzgebung über den Tarifvertrag gegeben. Das Schlußwort kommt zu dem Ergebnis, daß der gegenwärtige Stand der Tarifvertragsentwickelung gekennzeichnet ist:

1. durch die grundsätzliche Ablehnung jeder tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen in der Großindustrie;
2. durch die Entwickelung der Tarifverträge — wenigstens im handwerklichen Gewerbe — vom lokalen Vertragsschluß zum Generaltarife mit örtlicher Feststellung der einzelnen Sätze;
3. durch die Ausdehnung der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen auf die geistigen Arbeiter wie die Ärzte, Schiffsärzte, Privatbeamten überhaupt. Der Anhang bringt die Formulare für die Tarifstatistik, so u. a. das neue der Statistik von 1907, ferner Tarifverträge aus einzelnen Gewerben und sonstiges Verschiedenes. *R. Jaeckel.*

Ergebnisse einer Erhebung über die haupt- bzw. nebenberufliche Tätigkeit der in Dt.-Wilmersdorf beschäftigten Portiers und Hausreiniger. Aus den vom Magistrat der Stadt Deutsch-Wilmersdorf herausgegebenen „Wilmersdorfer Blättern". XI. Jahrgang (1908), Nr. 8.

An den Magistrat der Stadt Deutsch-Wilmersdorf richtete zu Ende vorigen Jahres eine daselbst abgehaltene Versammlung von Portiers und Hausreinigern das Ersuchen, unbeschadet und noch vor der zu erwartenden Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes auch ihnen und ähnlichen Berufskategorien durch den Erlaß eines Ortsstatuts die Wohltaten der Krankenversicherung zuteil werden zu lassen. Dies gab dem Städtischen Statistischen Amte Anlaß auf dem Wege einer besonderen Erhebung festzustellen: 1. inwieweit die von Deutsch-Wilmersdorf beschäftigten Portiers und Hausreiniger zurzeit bereits krankenversicherungspflichtig seien, 2. ob ihre Verhältnisse etwa eine Ausdehnung des Versicherungszwanges durch den Erlaß eines Ortsstatuts angezeigt erscheinen ließen.

Aus den Ergebnissen der im Sommer d. J. mittels Fragebogen veranstalteten Erhebung sei hier das Folgende mitgeteilt:

Die Untersuchung wurde auf die Verhältnisse der in Privathäusern angestellten Portiers und Hausreiniger beschränkt. Grundstücke dieser Art wurden ermittelt 1116 (d. s. 76,91 % aller Privatgrundstücke überhaupt), bearbeitet 1087 (d. s. 97,40 % aller Privatgrundstücke mit Portier). Die Zahl der auf diesen 1087 Grundstücken zusammen beschäftigten Portiers bzw. Hausreiniger beträgt 1453 (darunter 710 männliche und 743 weibliche), von denen 748 (51,48 %) weder einen Fahrstuhl noch eine Heizanlage zu bedienen hatten. Von den übrigen 705 (48,52 %) hatten zu bedienen: nur Fahrstuhl mit elektrischem Antrieb 16 Personen, nur Dampfheizanlage 68, Fahrstuhl mit elektrischem Antrieb und Dampfheizanlage 64, Fahrstuhl mit elektrischem Antrieb und Warmwasserheizanlage 355, nur Warmwasserheizanlage 200, Fahrstuhl ohne elektrischen Antrieb und Warmwasserheizanlage 2 Personen. Neben ihrer Beschäftigung als Portier bzw. Hausreiniger noch hausindustriell tätig waren 7 Personen, von denen nur 1 eine versicherungspflichtig machende Anlage (Fahrstuhl mit elektrischem Antrieb oder Dampfheizanlage) zu bedienen hatte.

Als Antwort auf obige Fragen ergab sich mithin das Folgende. Unter den insgesamt 1453 Personen, deren Berufsverhältnisse Gegenstand der Untersuchung waren, befanden sich nur 6, welche — ausschließlich wegen ihrer im Haupt- oder Nebenberuf ausgeübten hausindustriellen Tätigkeit — durch den Erlaß eines Ortsstatuts der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden konnten. Von den übrigen 1447 aber sind 503 (annähernd ein Drittel) infolge ihrer besonderen Obliegenheiten als Portier bzw. Hausreiniger an sich schon versicherungspflichtig, während für 944 nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung nur die Möglichkeit freiwilliger Versicherung gegeben ist. *R. Dreydorff.*

Städtische Arbeitslosenbeschäftigung der Stadt Düsseldorf im Winter 1907/08. Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf für 1907. 7 S. mit einer graphischen Darstellung.

Vom 15. Januar bis zum 30. März 1908 hat die Stadt Düsseldorf Arbeitslosenbeschäftigungen großen Umfanges veranstaltet. Der Bericht des Statistischen Amts hierüber macht Mitteilungen über die Zusammensetzung der Arbeitslosen nach Beruf, Alter und Familienstand, ihre Arbeitswilligkeit, Arbeitsausdauer und Arbeitsleistung, die Lohnsätze, die gezahlten Löhne, die Art und den Umfang der Arbeiten sowie deren Kosten. Im Vergleich zu früheren Beschäftigungen überwogen unter den sich als arbeitslos Meldenden mit 36,8 % besonders stark die gelernten Arbeiter; recht erheblich war auch der Anteil der jüngeren Arbeiter unter 20 Jahren mit 11,1 %, und der Ledigen mit 45,4 %. Sehr charakteristisch sind die Zusammenstellungen über den Grad der Arbeitswilligkeit, aus denen hervorgeht, wieviel arbeitsunlustige Elemente derlei städtische Einrichtungen zu mißbrauchen pflegen. Von 2105 Personen, die einen Arbeitsschein für Notstandsarbeiten erhielten, traten nicht weniger als 465 = 22,1 % die Arbeit gar nicht an, und etwa ebensoviel hielten es kaum eine Woche aus. Die der Stadt durch die Arbeitslosenbeschäftigung entstandenen Kosten betrugen 138 677 ℳ, wovon 44 227 ℳ als reiner Verlust berechnet werden. Die Ausführung der Arbeiten ist teils in Regie der Stadt, teils bei Unternehmern auf Grund vertraglicher Bestimmungen nach einem bereits Monate zuvor ausgearbeiteten Aktionsplan erfolgt. Die in diesem Berichte niedergelegten Erfahrungen haben zum Erlaß besonderer Grundsätze für die künftigen Beschäftigungen von Arbeitslosen geführt, die ebenfalls mitgeteilt werden und bereits im Winter 1908/09 zur Anwendung gelangen.

Die beigefügte graphische Darstellung macht den engen Zusammenhang zwischen der Bewegung der Temperatur und der Zahl der bei den Notstandsarbeiten Beschäftigten deutlich. *O. Most.*

XIV. Versicherungsstatistik.

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Erhebung über die Wirkungen des Handwerkergesetzes veranstaltet Anfang 1905. Mit Anhang:

Nachträgliche Erhebung über die Tätigkeit und die Erfolge der Handwerkskammern nach dem Stande am 31. Oktober 1907. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik (Ref.: Reg.-Rat Dr. Poensgen). Berlin, Carl Heymanns Verlag. 1908.

Die Berechtigung der Innungen, namentlich der Zwangsinnungen, die ja durch Gesetz vom 26. Juli 1897 als § 100 der G.-O. wieder neu gegeben wurden, ist lebhaft und häufig bestritten worden. Eine eigentliche statistische Grundlegung über die Innungen, ein statistisches Bild über die verwaltungspolitische Tätigkeit der Innungen war — wenn man vielleicht von den älteren Statistiken von Stieda, Pabst (im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte VI, S. 24 ff.), vereinzelten städtischen Statistiken, der mecklenburgischen Statistik, der preußischen Gewerbestatistik, den reichsstatistischen Erhebungen über die Verhältnisse im Handwerk 1875 und 1895 absieht — noch nicht gegeben worden. Die vorliegende Erhebung sollte nun diese längst empfundene Lücke ausfüllen. Ihr Zweck war, nicht allein die zahlenmäßige Erfassung der Innungen und Innungsmitglieder und sonstigen Organisationen zu geben, sondern sie sollte nach dem Erlaß des Staatssekretärs des Innern an das Kaiserl. Statistische Amt vom 8. September 1901 auch einen Überblick gewähren, „in welchem Umfang die einzelnen Organisationen bestrebt gewesen sind, die ihnen durch das Gesetz obligatorisch oder fakultativ zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen, welche besonderen Einrichtungen sie hierfür getroffen haben, und welche Aufwendungen für dieselben gemacht worden sind". Die Ergebnisse dieser Erhebung, die sich mit dem Stichtag des 25. Oktober 1904 über das ganze Reich erstreckte, waren nun folgende: Es wurden in 71 Handwerks- bzw. Gewerbekammerbezirken 11 311 Innungen mit 488 700 Mitgliedern erfaßt. Von diesen 11 311 Innungen waren 3164, das sind 28,0 % der Gesamtzahl, Zwangsinnungen und 8147, das sind 72,0 %, freie Innungen. Die Verteilung der Mitgliederzahl war: 218 468 Mitglieder, das sind 44,7 % sämtlicher Innungsmitglieder, gehörten einer Zwangsinnung und 270 232 Mitglieder, das sind 55,3 %, einer freien Innung an. Fachinnungen waren 6356 Innungen = 56,2 % sämtlicher Innungen. Neben diesen gab es 3607 = 31,9 % Innungen verwandter Gewerbe und 1348 = 11,9 % gemischte Innungen. Die darauf entfallenden Mitgliederzahlen waren Fachinnungen: 292 982 Mitglieder = 59,9 %, Innungen verwandter Gewerbe 138 773 = 28,4 % und 56 945 = 11,7 % aller Innungsmitglieder. Die meisten Innungen, 3975, das sind 35,1 % aller Innungen, hatten 15—29 Mitglieder. Bei den 488 700 Innungsmitgliedern waren 691 569 Gesellen und 264 361 Lehrlinge tätig. 8077 Innungen, das sind 71,4 % der Gesamtzahl, hatten einen Gesellenausschuß, dem 27 436 Personen angehörten. 7319 Innungen, das sind 64,7 % der Gesamtzahl, hatten einen besonderen Ausschuß für die Regelung des Lehrlingswesens eingesetzt, 1437 Innungen hatten gemäß § 130 der G.-O. Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen. Fast zwei Drittel aller Lehrlinge (65,5 %) hatten Wohnung und Kost beim Meister. 791 Innungen hatten 785 Schulen eingerichtet und geleitet. 2374 Innungen, das sind 21,0 % der Gesamtzahl, hatten eigene Arbeitsnachweise und 3869 Innungen einen besonderen Ausschuß für das Herbergswesen eingesetzt. 660 Innungen = 5,8 % hatten eine Innungskrankenkasse. Die Gesamteinnahmen aller Innungen beliefen sich im Jahre 1904 auf 5 150 659 *M*, die Ausgaben auf 3 668 489 *M*. Die Aktiva aller Innungen erreichten die Höhe von 22 525 688 *M*, ihnen standen Passiven in Höhe von 10 752 947 *M* gegenüber. Weder Vermögen noch Schulden besaßen 898 Innungen (= 7,9 %). Innungsausschüsse gab es am 25. Oktober 1904 208 mit 2158 Innungen und 156 176 Mitgliedern.

Von je 100 Innungen gehörten also 18,9 % einem Innungsausschuß an. Es wurden am Stichtage 63 Handwerks- und 8 Gewerbekammern gezählt. Handwerker-Innungsverbände gab es 43 mit 4928 Innungen und 239 262 Mitgliedern, wovon 24 Verbände sich über das Deutsche Reich erstreckten. Die Gliederung der Arbeit ist: textlicher Teil, Tabellenwerk, Anhang. Abschnitt I des ersteren handelt von der Veranlassung der Erhebung, der Gewinnung und Bearbeitung des Materials, während Abschnitt II die Ergebnisse der Erhebung bringt und zwar im ersten Unterteil die über die Handwerkerinnungen, im zweiten die über die Innungsausschüsse, Handwerkskammern, Handwerker-Innungsverbände und höheren Verwaltungsbehörden. Das Tabellenwerk zeigt natürlich dieselbe Gliederung. Im Anhang wird über die Ergebnisse einer Erhebung über die Tätigkeit und Erfolge der Handwerkskammern nach dem Stande am 31. Oktober 1907 berichtet auf Grund von Fragebogen, die seitens der Handwerks- und Gewerbekammer unter Vermittelung des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages dem Kaiserl. Statistischen Amt, als der Ausgabestelle, ausgefüllt wieder zurückgesandt waren. Es wurde hier ermittelt, daß am 31. Oktober 1907 11 995 Innungen, also 656 (= 5,8 %) mehr als im Jahre 1904 bestanden. Die Mitgliederzahl ist dabei von 488 700 Mitgliedern auf 512 713, also um 24 013 oder 4,9 % gestiegen.

R. Jaeckel.

Die Statistik der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Österreich. Statistische Monatschrift. XII. Jahrg., Aprilheft und XIII. Jahrg., Septemberheft.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden in Österreich durch das Gesetz vom 6. März 1906, R.-G.-Bl. Nr. 58, welches sich in seinen Grundzügen an das analoge deutsche Reichsgesetz vom 20. April 1892 anlehnt, ins Leben gerufen.

Ihre Entstehung und weitere Entwickelung wurde über Auftrag des k. k. Justizministeriums seitens der k. k. Statistischen Zentralkommission sofort der Bearbeitung unterzogen, die die statistischen Ergebnisse für das erste Halbjahr ihres Bestandes, das ist in der Zeit vom 15. Juni bis 31. Dezember 1906, und dann für das Jahr 1907 veröffentlicht.

Als Quellen für die Bearbeitung dieser neuen Materie dienen die Veröffentlichungen im „Zentralblatt für die Eintragungen in das Handelsregister" und weiter die von den Handelsgerichten über

Auftrag des k. k. Justizministeriums alljährlich für die k. k. Statistische Zentralkommission zu verfassenden Nachweisungen.

Die letzterschienene Abhandlung veranschaulicht zuvörderst in einer Standestabelle den Zuwachs und Abfall im Laufe des Jahres 1907, und bringt sodann die Höhe des normierten Stammkapitales und der darauf in barem Gelde und in Apports geleisteten Einzahlungen nach Verwaltungsgebieten und Geschäftszweigen gesondert zur Darstellung. Eine weitere Tabelle faßt die Gesellschaften m. b. H. nach der Höhe ihres eingezahlten Stammkapitales in mehrere Gruppen zusammen und zeigt uns, wie sich die einzelnen Geschäftszweige auf diese Gruppen verteilen. — Eines der wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Wirksamkeit des neuen Gesetzes ist unbedingt die Konstatierung, in welchem Verhältnisse die wirklichen Neugründungen zur Zahl derjenigen Gesellschaften stehen, welche aus anderen bereits früher bestandenen Untersuchungen hervorgegangen sind. Auch dieses Moment ist in der Abhandlung eingehend berücksichtigt, indem in einer entsprechenden Tabelle die am Ende des Jahres 1907 bestehenden Gesellschaften gesondert sind nach Neugründungen einerseits, und nach allen Untersuchungen anderseits, und zwar ist innerhalb der letzteren wieder unterschieden, in welcher Assoziationsform dieselben früher bestanden haben. Schließlich sei hier auch der nach Tunlichkeit durchgeführten Spezialisierung der Apports nach ihrer Anlageart gedacht. Wenn auch der kurze Bestand dieser neuen Gesellschaftsform noch zu keinen weiteren Schlüssen berechtigt, so wird man immerhin mit Rücksicht darauf, daß in Deutschland nach derselben Zeit (also ebenfalls nach anderthalb Jahren vom Zeitpunkte der Aktivierung des gleichartigen Gesetzes) ebensoviel Gesellschaften wie in Österreich bestanden, mit der Annahme nicht fehlgehen, daß die Gesellschaft m. b. H. sich auch in Österreich rasch einbürgern dürfte zum Wohle des gesamten Wirtschaftslebens.

Die nächsten Veröffentlichungen auf diesem Gebiete, und zwar zuerst die der vorläufigen Ergebnisse für das Jahr 1908, werden anfangs 1909 in den „Statistischen Mitteilungen", und die der endgültigen Resultate später im Laufe des Jahres wiederum in der „Statistischen Monatschrift" erscheinen. *J. v. Herben.*

XVI. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Statistik der Juden (im Großherzogtum Hessen). Aus den „Beiträgen zur Statistik des Großh. Hessen". 58. Band. 2. Heft. S. 2 ff.

Die Bevölkerungsstatistik könnte sehr viel wertvollere Ergebnisse liefern, wenn sie sich nicht darauf beschränkte, die Auszählungen für die Bevölkerung im ganzen vorzunehmen, sondern vielmehr bestimmte Bevölkerungsschichten herausheben wollte. Es ist klar, daß z. B. die Sterblichkeitsverhältnisse der Wohlhabenden andere sein müssen als die der Armen; das Heiratsalter der Arbeiter ist ein anderes als das der Selbständigen; die Ausländer eines Staates haben einen ganz anderen Altersaufbau als die Inländer. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Und trotzdem werden derartige Auszählungen nur selten ausgeführt. Gewiß, es stellen sich dem vielfach große Hindernisse in den Weg. Um so mehr sollte man aber diejenigen differenzierenden Auszählungen nicht unterlassen, die sich verhältnismäßig ohne große Mühe den landläufigen Auszählungen anpassen lassen und wertvolle Ergebnisse versprechen. Von diesem Gesichtspunkte aus schenkt die Großh. Hess. Zentralstelle für die Landesstatistik der Statistik der jüdischen Bevölkerung als einer charakteristischen Volksklasse größere Aufmerksamkeit und hat die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 dazu benutzt, um den Familienstand, den Altersaufbau, die Staatsangehörigkeit und den Beruf der jüdischen Bevölkerung Hessens auszuzählen. Da auch die Todesfälle der Juden nach Altersklassen festgestellt werden, so war es möglich, die Sterblichkeit der jüdischen Bevölkerung zu berechnen, wobei es sich ergab, daß dieselbe durchgängig günstiger ist als bei den Christen. *L. Knöpfel.*

XVII. Wahlstatistik.

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Die Entwickelung des Etats der Barmer Krankenanstalten in dem Zeitraum 1885—1905. Beiträge zur Statistik der Stadt Barmen. Heft 3. Barmen 1907. 17 S.

Die Arbeit stellt eine Spezialuntersuchung zu der Frage nach den Ursachen der steigenden finanziellen Belastung der Stadt Barmen dar. In der Periode 1885 bis 1905 ist die Gesamtsumme der Ausgaben für die Barmer Krankenanstalten von 95 999 ℳ auf 311 488 ℳ, also um mehr als das Dreifache gestiegen, während die Bevölkerung Barmens gleichzeitig nur von zirka 102 000 auf rund 155 000 Köpfe anwuchs. Die Kosten stiegen mithin nicht nur absolut, sondern auch relativ. 1885 betrugen die Ausgaben für die Krankenanstalten pro Kopf der Bevölkerung 0,94 ℳ, 1905 2,00 ℳ. Wenn nun auch die Frequenz der Krankenanstalten in der betrachteten Periode stärker gestiegen ist als die Bevölkerung, so reicht doch auch diese relative Frequenzsteigerung zur Erklärung der gesamten Steigerung des Etats der Krankenanstalten bei weitem nicht aus. Die Hauptursache liegt in einer Verteuerung des Betriebes. Um dies im einzelnen erkennen zu können, analysiert die Untersuchung die einzelnen Ausgabeposten, aus denen sich die Gesamtausgabensumme sachlich zusammensetzt. Das Ergebnis ist, daß an der relativen Verteuerung des Betriebes die einzelnen Ausgabeposten in sehr verschiedenem Maße beteiligt sind und daß die Verteuerung bei den einzelnen Ausgabeposten recht verschiedene Ursachen hat. Eine sehr wesentliche Rolle spielt die Preissteigerung aller Lebens- und Gebrauchsmittel, ein Moment, das natürlich dem Einfluß der Verwaltung völlig entrückt ist. An zweiter Stelle verteuern den Betrieb die erhöhten Aufwendungen, welche die fortschreitende Entwickelung der Krankenpflege bedingt, vor allem Vermehrung des Personals und Verbesserung der Verpflegung, Maßnahmen also, die trotz ihrer kostensteigernden Eigenschaft im Interesse der Kranken nur zu begrüßen sind. *H. Haacke.*

XIX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

XX. Armenstatistik.

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die Länge des Schulweges der Volksschüler in Preußen. Aus der „Preußischen Statistik", Heft 209, Teil II, Abteilung 1. Berlin 1908.

In den Bänden der amtlichen Statistik finden sich meist sehr viel Tatsachen nachgewiesen, die man in ihnen nicht ohne weiteres erwartet, weil es sich um eigenartige Einzelheiten handelt. So bringt auch die preußische Statistik über das niedere Schulwesen manche besondere Nachricht. Sie wird, wie bekannt, alle fünf Jahre, jeweilig in dem auf ein Volkszählungsjahr folgenden Sommer erhoben und umfaßt, nebenbei bemerkt, außer den öffentlichen Volksschulen auch die mittleren Schulen, die höheren Mädchenschulen und die sonstigen besonderen Schulen mit dem Ziele der Volksschule, außerdem die Privatschulen vorgenannter Arten. Hier sei etwas über die Länge der Schulwege der Volksschüler mitgeteilt. In den 37 761 öffentlichen Volksschulen Preußens, die sich in 29 567 Gemeinden befanden, wurden im Sommer 1906: 6 164 398 Kinder unterrichtet. In 11 348 Schulen befanden sich, teilweise natürlich nur vereinzelt, 210 795 Kinder, die einen Schulweg von mehr als 2½ km hatten; das sind 3,42 % aller Schüler. Fünf Jahre früher wurden in 11 482 Volksschulen 214 289 = 3,78 % solcher Kinder gezählt. Die Verhältnisse haben sich langsam gebessert; schnell und vollständig können die Kinder mit mehr als halbstündigem Schulwege überhaupt nicht verschwinden; die zerstreute Besiedelung in einzelnen Landstrichen, die oro- und hydrographische Bodengestaltung und nicht zuletzt konfessionelle Bedürfnisse bedingen immer die Einschulung mancher Kinder aus entlegenen Gehöften usw., und die preußische Unterrichtsverwaltung setzt ihren Stolz darein, auch unter solchen schwierigen Verhältnissen die Beschulung der Kinder durchzuführen, oft durch an sich ganz unwirtschaftliche Einrichtung und Unterhaltung sehr kleiner Schulen. So zählte Preußen 1906 z. B. 894 kleine einklassige öffentliche Volksschulen mit je höchstens 20 Kindern, in denen 13 203 Kinder Unterricht erhielten. *A. Petersilie.*

Beruf und Berufsstudium der Abiturienten des Sommersemesters 1908 an den Wiener Mittelschulen. Vom Magistratskonzipisten Dr. René M. Delannoy. Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates. Monatsbericht, August 1908.

Die Anmeldungen der Abiturienten für bestimmte Berufe und Berufsstudien, die von den Direktoren der Wiener Gymnasien und Realschulen den Abiturienten abgefragt werden, sind zu einer Tabelle zusammengestellt. Von der Universität werden von 495 Gymnasiasten 330 angezogen („spezifische Anziehung"), von der Technischen Hochschule 196 Realschüler von 436. Die „reziproke Anziehung" der Universität auf Realschüler beträgt 4,5 %, der Technischen Hochschule auf Gymnasiasten 3,8 %. Von 370 Abiturienten für die Universitäten (darunter 20 Mädchen und 20 Realschüler) entfallen 190 auf die rechts- und staatswissenschaftliche, 99 auf die philosophische, 73 auf die medizinische, 8 auf die katholisch-theologische Fakultät. Dem Kaufmannsberuf wenden sich 8,2 % zu, darunter 22 Gymnasiasten und 29 Realschüler dem Studium an der Exportakademie, 3 Gymnasiasten und 16 Realschüler einem Abiturientenkurs, 6 bzw. 2 unmittelbar dem Kaufmannsberuf. 22 Abiturienten wenden sich künstlerischem Berufe zu, davon 13 der Musik; 14 dem militärischen Beruf, 17 bzw. 12 der Hochschule für Bodenkultur, 8 bzw. 10 dem Veterinärstudium. Ohne weiteres Studium traten 48 Gymnasiasten und 108 Realschüler ins Berufsleben. Staatsdienst und sonstige Beamtenlaufbahn stehen bezüglich der spezifischen Anziehungskraft auf die Abiturienten der beiden Mittelschultypen wie 1 : 2 bzw. 1 : 3. Bezüglich der vorläufigen Unentschiedenheit des Fakultätsstudiums innerhalb des entschiedenen Hochschulstudiums ist hervorzuheben, daß die spezifische Anziehungskraft der einzelnen Fakultäten bei der Hochschule für Bodenkultur größer als bei der Technischen Hochschule ist. An der Universität sind solche Unklarheiten nur bezüglich der philosophischen Fakultät zu verzeichnen.

Die Angaben der befragten Mittelschulen sind nicht definitive, wurden aber dennoch benutzt, weil durch einen Vergleich mit den definitiven Zahlen eine Statistik der Berufsstudiumsänderungen gewonnen werden kann. Die Mittelschulen sind in drei Posten gegliedert: Gymnasien (für Knaben), Mädchengymnasium, Realschulen. *R. Delannoy.*

XXII. Justizstatistik.

XXIII. Finanzstatistik.

Finanzstatistik der preußischen Landkreise für das Rechnungsjahr 1903. Preußische Statistik, Heft 205. Drei Teile. 1908. 2136 S.

Methodisches. — Die Statistik soll ein möglichst vollständiges Bild von der Finanzgebarung der preußischen Landkreise liefern und zeigt daher eine äußerst weitgehende Gliederung des Zahlenstoffes. Dem Wunsche, ein nach jeder Richtung durchgearbeitetes, einwandfreies statistisches Material zu erhalten, entsprach die Erhebungsmethode. Man beschränkte sich nicht darauf, an die einzelnen Kreiskommunalverwaltungen Erhebungsformulare zur Ausfüllung zu senden und die Einträge nachzuprüfen, sondern man ging nach Möglichkeit auf das Urmaterial selbst zurück, welches die Kreise ihren Auskünften zugrunde legten.

Eine besonders wichtige Unterlage für den wesentlichsten Teil des zu erhebenden Zahlenstoffes boten die Etats der Kreise, die dem Statistischen Landesamte sämtlich zur Verfügung standen. Da deren Aufbau, namentlich hinsichtlich der Behandlung des Spezialetats, bei den einzelnen Kreisen große Verschiedenheiten zeigt, erschien es ratsam, um die erforderliche Gleichmäßigkeit in der Nachweisung der einzelnen Ein-

nahme- und Ausgabebeträge zu sichern, vor Beginn der eigentlichen Erhebung den Kreiskommunalverwaltungen eine Art Musteretat zu übersenden, nach dem sie sich bei ihren Nachweisungen zu richten hätten. Zu diesem Zwecke wurden Haupt- und Nebenetats des Kreises Teltow seitens des Landesamtes unter Eliminierung der durchlaufenden Posten und unter Einordnung der einzelnen Etatpositionen an der Stelle, wo sie entsprechend dem Zwecke der Statistik hingehörten, zu einem einzigen Etat umgearbeitet und dabei neben jedem Einnahme- und Ausgabebetrage nicht nur Kapitel, Titel und Nummer des Teltower Kreisetats, sondern auch die betreffende Spalte des Tabellenformulars, in welcher der Betrag zur Nachweisung kommen sollte, angegeben. Diese Etatauszüge sind von der Teltower Kreisverwaltung geprüft bzw. ergänzt und die dann noch bestehenden Zweifelspunkte durch Rückfragen aufgeklärt worden, ehe sie in den Druck gelegt wurden.

Die Kreiskommunalverwaltungen wurden ersucht, ihre Etats in einer diesem Musteretat entsprechenden Gliederung aufzustellen und neben jedem Sollbetrage den rechnungsmäßigen Betrag einzusetzen.

Dieses Erhebungsverfahren, verbunden mit den erforderlichen Kontrollen, hat sich in jeder Beziehung bewährt, und ihm dürfte es nicht zum wenigsten zuzuschreiben sein, wenn das Ziel des mit dieser Statistik betretenen Weges, die Begründung einer fortlaufenden Finanzstatistik sämtlicher preußischer Kommunalverbände, in absehbarer Zeit erreicht sein würde. *O. Tetzlaff.*

Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen. Zusammengestellt im Reichsschatzamt. Teil I. 4. Berlin 1908.

Veranlaßt durch die in Angriff genommene Reichsfinanzreform, hat das Reichsschatzamt einen Denkschriftenband in 4 Teilen[1]) zur Veröffentlichung gebracht, die im Laufe der letzten Wochen dem Reichstag zugegangen sind. Der leitende Gedanke ist, Material zur Beantwortung der folgenden Fragen zu geben:

1. Wie sind die Steuersysteme in Deutschland und in anderen Ländern ausgebildet?
2. Wie hoch ist die tatsächliche Belastung mit Steuern in Deutschland und den fremden Ländern (Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich, Rußland, Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika)?
3. Wie hat sich das Einkommen und Vermögen entwickelt, aus welchem die Steuern geleistet werden müssen?
4. Welche Wechselwirkung besteht zwischen dem öffentlichen Schuldenwesen einerseits und dem Kapitalmarkt andererseits? Inwieweit wird insbesondere der Kurs der Staatsanleihen durch die Verhältnisse des Kapitalmarktes bedingt, und inwieweit wirkt umgekehrt die staatliche Anleihepolitik auf den Kapitalmarkt ein?

Der Inhalt der Bände ist im wesentlichen ein finanzstatistischer. Die Denkschrift beschränkt sich textlich auf die notwendigsten Punkte, kurze Erläuterungen und Hervorhebung der wichtigsten Ergebnisse. Es wird zunächst hervorgehoben, welche grundsätzlich neuen Materialien der deutschen Finanzstatistik zugrunde liegen. Für das Reich sind unbenutzte Materialien zunächst nicht veröffentlicht worden.

Für die Bundesstaaten ist die im Jahre 1902 vom Kaiserl. Statistischen Amt begonnene Finanzstatistik durch Rückblicke erweitert worden. Ganz neu ist im wesentlichen das mitgeteilte Material über die Kommunalfinanzen. Das Reichsschatzamt hat eine große Erhebung bei allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern veranstaltet und sie über die Ausgaben nach den wichtigsten Verwaltungszweigen, über ihre Einnahmen und insbesondere über ihre Steuererträge im einzelnen befragt. Das Ergebnis dieser Erhebung ist für die sämtlichen 470 Städte im einzelnen veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der gleichfalls im ersten Band veröffentlichten Darstellung des Finanzsystems der verschiedenen Bundesstaaten, auch soweit es sich um die Kommunalfinanzen handelt, gibt diese Statistik zum erstenmal eine im wesentlichen lückenlose Darstellung der städtischen Kommunalfinanzen, die gerade im gegenwärtigen Augenblick von wesentlicher Bedeutung ist.

Nicht ganz so umfassend ist das mitgeteilte Material für die höheren Kommunalverbände und die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern. Hier eine besondere Erhebung zu veranstalten, wäre unmöglich gewesen, hebt das Reichsschatzamt hervor, und es mußte sich daher teils auf Zusammenfassungen für die einzelnen Bundesstaaten, in gewissem Umfange auch auf Schätzungen beschränken.

Es sind im ganzen aufgebracht worden: im Reich 1205 Mill. ℳ, in den Einzelstaaten 770 Mill. ℳ, in den höheren Kommunalverbänden rund 50 Millionen ℳ, in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 648 Mill. ℳ, in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern rund 300 Mill. ℳ, in den besonderen Schulverbänden 31 Mill. ℳ, in den Kirchengemeinden 57 Mill. ℳ.

Faßt man sämtliche öffentliche Körperschaften zusammen, so ergibt sich als Gesamtertrag der direkten Steuern 1560,9 Mill. ℳ oder 51,3 % des Gesamtsteuerertrages, der Zölle und Verbrauchsabgaben 1167,5 Mill. oder 38,17 % des Gesamtsteuerertrages. Bildet man aus direkten und Erbschaftssteuern eine Summe der Besitzabgaben, aus Verbrauchs-, Aufwands- und Verkehrssteuern eine Summe indirekter Abgaben, so erhält man für erstere 1606 Mill., für letztere 1452,9 Mill. bzw. 52,5 und 47,5 %. So ergibt die Belastung mit Steuern auf den Kopf der Bevölkerung für die direkten Steuern 25,40 ℳ, für Zölle, Verbrauchsabgaben und Aufwandsteuern 19,0 ℳ, für Verkehrssteuern 4,21 ℳ, für Erbschafts- und Schenkungssteuern 0,72 ℳ. Durch die Hereinbeziehung der Kommunalabgaben ergeben sich also sehr wesentlich andere Angaben, als die bisher üblichen.

Unter dem sonstigen Material ist zu nennen eine Zusammenstellung der Erträge der Kirchensteuern und zwar für die evangelischen und katholischen, wie auch für die jüdischen Kultusgemeinden. Weiter ist eine besondere Statistik aufgestellt über die Einkommenbelastung mit staatlichen, kommunalen und kirchlichen Einkommensteuern insgesamt bei verschiedener Einkommenhöhe in den deutschen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Hier

1) Teil II bis IV werden in den nächsten Nummern besprochen. *Red.*

werden zum erstenmal die bisher ziemlich vagen Begriffe über die tatsächliche Belastung mit Einkommensteuern auf den verschiedenen Steuerstufen klargelegt. Endlich ist im Anschluß an die Denkschrift des Statistischen Amtes der Stadt Dresden eine Zusammenstellung der Ausfälle gemacht, welche die Städte infolge der Bestimmung über die Aufhebung des Oktrois im Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 erleiden.

In ziemlich weitem Umfange ist die oben dargestellte Finanzstatistik in die Vergangenheit zurückverfolgt. Insbesondere wurden bis zum Jahre 1881 zurück die Steuererträge ermittelt. Daneben ist aber ein besonderer statistischer Abriß über die Entwickelung der deutschen Finanzen gegeben, und zwar nach einer von der bisherigen Methode abweichenden Auffassung. Die Denkschrift will nämlich untersuchen, wie das Verhältnis von Bedarf und Deckung sich in jedem einzelnen Jahr gestaltet haben würde, wenn man aus den laufenden Einnahmen die sämtlichen Ausgaben gedeckt hätte, mit Ausnahme derjenigen, die durch ungewöhnliche Ereignisse, wie die Expedition nach Ostasien und nach Südwestafrika, entstanden sind, sowie mit Ausnahme derjenigen Ausgaben, die für Anlagen zu werbenden Zwecken gemacht sind. Bei dieser Darstellung ergibt sich, daß mit Ausnahme ganz weniger Jahre seit dem Beginn des Reiches ein mehr oder weniger großes Defizit bestanden hat. In dem Zeitraum bis zum Jahre 1879 ein durchschnittliches Defizit von 114 Millionen, in den zwei Jahrzehnten zwischen 1879 und 1899 von 105 und in dem Zeitraum zwischen 1900 und 1907 von durchschnittlich 110 Mill. ℳ. Hierbei sind die ungedeckten Matrikularbeiträge bereits eingerechnet; ohne diese würde das Defizit sich noch höher gestalten. Im übrigen gibt dieser geschichtliche Abriß nach Jahrfünften geordnet die Ausgaben nach einzelnen Verwaltungszweigen, die Einnahmen nach den Hauptgruppen, eine kurze Darstellung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten, sowie eine erschöpfende Darstellung der bisherigen Schuldenentwickelung und zwar sowohl der Grundsätze über die Schuldenaufnahme, über die tatsächlichen Ausgaben, die fundierten Schulden und über die Ausgestaltung der schwebenden Schuld, insbesondere der kurzfristigen Schatzanweisungen. Hier handelt es sich um Material, das teilweise noch nicht veröffentlicht, jedenfalls aber bisher nicht zusammenfassend dargestellt ist. Es ist anzunehmen, daß die bisher zweifellos ziemlich lückenhafte Kenntnis unserer Finanzgeschichte und unseres Etatswesens eine Bereicherung durch die Zusammenstellung erfahren wird.

Es wäre überhaupt zu begrüßen, wenn sich an die großen Veröffentlichungen des Reichsschatzamts eine eingehende wissenschaftliche Erörterung anknüpfen würde. Sie betreten weites wissenschaftliches Neuland, dessen Beackerung viel Arbeit erfordern, aber eine solche gewiß lohnen wird.

K.

Die Anleihenaufnahme der größeren deutschen Städte im Jahrzehnt 1897/1907. Bearbeitet von Dr. Otto Most, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf. Sonderheft der „Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages" vom 26. Juni 1908. 64 Spalten. Selbstverlag der Zentralstelle (Berlin SO. 16, am Köllnischen Park 8). Preis 50 Pf.

Die im Laufe der letzten Jahrzehnte ständig zunehmende Befriedigung eines großen Teils der städtischen Geldbedürfnisse durch Anleihen ist zu einer der wichtigsten Fragen des öffentlichen Lebens geworden, sowohl vom Standpunkte der einzelnen Finanzwirtschaft, wie auch und noch vielmehr vom Standpunkte der allgemeinen Volkswirtschaft aus.

Die Schwierigkeiten des Problems liegen sowohl im Umfang wie auch ganz besonders in der Technik des städtischen Anleihewesens. Mit Recht hat die öffentliche Diskussion gerade am letzten Punkte nachdrücklich eingesetzt; die jüngste Vergangenheit hat mehrere beachtenswerte Arbeiten nach dieser Richtung gebracht. Sie bildeten das Vorspiel zu den eingehenden, wenn auch leider wenig ertragreichen Verhandlungen des Deutschen Städtetages im Juli 1908 über „Die Kreditverhältnisse der deutschen Städte".

Die bisherige Behandlung der Frage hatte durchweg darunter gelitten, daß auch nicht entfernt ausreichendes Material darüber zur Verfügung stand, wie die Verhältnisse eigentlich in Wirklichkeit liegen und sich entwickelt haben. Die vorliegende Arbeit, die dem deutschen Städtetage vorgelegt wurde und für eines der Referate wie einen Teil der Diskussion grundlegend war, glaubt für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sie in dieser Hinsicht einen nicht unwesentlichen Schritt nach vorwärts bedeutet.

Sie beruht in erster Linie auf dem Material, das gelegentlich einer von der Zentralstelle des Deutschen Städtetages im Jahre 1907 bei allen deutschen Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern veranstalteten Umfrage eingegangen war; dazu trat eine nachträgliche Ergänzungsumfrage des Statistischen Amts Düsseldorf, die ebenfalls im allgemeinen zureichende Beantwortung fand. In vielen Fällen freilich mußten Salings Börsenpapiere und Auskünfte eines hiesigen Bankhauses die ausgebliebene Antwort soweit möglich ersetzen.

Die Arbeit geht grundsätzlich nicht von den einzelnen Städten aus; ihre Aufgabe ist keineswegs deren Verschuldung darzustellen, sondern es handelt sich lediglich um Art und Umfang der Belastung des Anleihemarktes durch die städtischen Kreditbedürfnisse, wobei vor allem darauf hingezielt wurde, nach Möglichkeit die typischen Verhältnisse und Vorgänge herauszuheben.

Das Tabellenwerk behandelt folgende Gegenstände: Schuldenstand und Schuldenaufnahme der deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern 1897/1907, die Gläubiger der neu aufgenommenen Anleihen sowie die Tilgungsfristen, Tilgungssätze, Verzinsungssätze und Emissionskurse der darunter befindlichen Obligationsanleihen.

Wie hierdurch schon angedeutet, wird wegen ihrer grundsätzlichen Verschiedenartigkeit durchweg zwischen Anleihen in Obligationen einerseits und Darlehen andererseits geschieden. Da ferner sowohl der Umfang des Kreditbedürfnisses, wie die Art seiner Befriedigung sich mit der Größe der Städte zu wandeln pflegt, werden die behandelten Städte ebenso durchweg in verschiedene Ortsgrößenklassen gruppiert und, um die zeitliche

Entwickelung klarzulegen, die Verhältnisse sowohl der einzelnen Jahre für sich wie auch des behandelten Zeitraumes in seiner Gesamtheit dargestellt.

Im beigefügten Text ist besonders Wert auf Errechnung zahlreicher Verhältniszahlen und typischer Durchschnittsziffern gelegt. Im übrigen behandelt er in aller Knappheit des Wortes die Hauptergebnisse des Tabellenwerks: in Abschnitt I zunächst die Bedeutung des städtischen Kreditbedürfnisses für den deutschen Geldmarkt und den sehr verschiedenen Anteil, den die großen, mittleren und kleineren Städte einerseits, Obligationen und Darlehen andererseits hieran nehmen, ferner die nach Zeit und Ortsgröße ebenso auseinandergehende Beliebtheit dieser beiden Anleihearten, das Verhältnis von Schuldenaufnahme und Schuldentilgung, die Schuldenaufnahme der einzelnen Jahre und Ortsgrößenklassen nach Umfang, Art, Zahl und Begebungsbeträgen sowie die Frage eines Parallelismus zwischen den Bewegungen des Marktzinsfußes und der städtischen Emissionen.

Der II. Abschnitt legt die Bedeutung der einzelnen Gläubigerarten für die Kreditbedürfnisse der Städte verschiedener Größe und die hierbei sehr deutlich zutage tretenden zeitlichen Verschiebungen klar. Die drei nächsten Abschnitte behandeln in entsprechender Weise Tilgungsfristen, Tilgungszeit und Verzinsungssätze der Obligationsanleihen. In Abschnitt VI folgen sodann einige Bemerkungen über die Wandelungen der Emissionskurse; leider verbot hier das nicht völlig eindeutige Material weitergehende Schlußfolgerungen zu ziehen. Dem schließen sich noch einige Mitteilungen über die Höhe der in den verschiedenen Jahren und Ortsgrößenklassen bezahlten Übernahmeprovisionen und über die Art der Begebung bei den städtischen Obligationsanleihen des letzten Jahrzehnts an; auch nach dieser Richtung hin war das Material nicht so lückenlos, um in Haupttabellen verarbeitet zu werden, gestattet aber immerhin einige nicht uninteressante Aufschlüsse, namentlich über die erste bedeutungsvolle Frage.

Den Schluß bildet ein Literaturverzeichnis, das vom Direktor der Zentralstelle des Deutschen Städtetages beigefügt worden ist.

Die besondere Beachtung, die der Arbeit in den Kreisen der Wissenschaft und der Praxis entgegengebracht worden ist, läßt hoffen, daß die in ihr durchgeführten Untersuchungen unter allmählicher Ausfüllung der noch bestehenden Lücken bald ihre laufende Fortsetzung, wenn auch vielleicht etwas beschränkten Maßes, finden wird. *O. Most.*

XXIV. Statistische Sammelwerke und unausgelöste Statistik.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Personalnachrichten.

Am 28. November 1908 starb in seinem 66. Lebensjahre in Innsbruck Exz. Dr. Karl Theodor v. Inama-Sternegg, K. K. Wirkl. Geheimer Rat, Sektionschef a. D., bis Ende 1905 Präsident der k. k. Österreichischen Statistischen Zentralkommission und seit 1899 Präsident des Internationalen Statistischen Instituts. Eine Darstellung seiner Wirksamkeit als amtlicher Statistiker findet sich in der „Statistischen Monatschrift", Jahrg. 1906.

Eine ordentliche Professur für Statistik und Verwaltungslehre besteht seit Beginn des Wintersemesters 1908/09 an der Universität Leipzig. Sie ist mit dem bisherigen o. Professor für Statistik und Verwaltungsrecht an der Universität Innsbruck, Dr. Ferdinand Schmid, besetzt worden, der vorher als Beamter im Bureau der k. k. Statistischen Zentralkommission in Wien und sodann im Arbeitsstatistischen Amte des österreichischen Handelsministeriums tätig gewesen.

Fragekasten.

Unter dieser Überschrift sollen an die Redaktion gerichtete Fragen der Abonnenten nach statistischen Nachweisungen veröffentlicht und, soweit die Redaktion dazu in der Lage ist, beantwortet werden. Ausgeschlossen sind auf ein bestimmtes Land, eine Stadt usw. bezügliche Fragen nach Angaben, die durch die zuständige amtliche Stelle ohne weiteres geliefert werden können.

Um Mitteilungen zur Beantwortung der gestellten Fragen aus dem unterrichteten Leserkreise wird gebeten; es wird davon tunlichst schon in der darauffolgenden Nummer im „Fragekasten" Gebrauch gemacht werden.

Die Einrichtung des „Fragekastens" ist, ebenso wie die regelmäßigen Literaturanzeigen, ein Versuch, zur Erweiterung der praktischen Verwertung der statistischen Literatur beizutragen. Der Gebrauch, der von dieser Einrichtung gemacht werden wird, muß zeigen, ob die Redaktion damit einem Bedürfnis entgegenkommt.

Die Beantwortung der Fragen soll in der Regel durch Hinweis auf die einschlägige Literatur und nur dann, wenn nur wenige Zahlen erfragt werden, durch deren Mitteilung erfolgen.

Redaktion der C. Z. in C. — Nachweisungen über die Anwendung der bedingten Begnadigung (Strafaufschub) im Deutschen Reich pflegen in den Reichstagsdrucksachen zu erscheinen. Bezüglich einzelner Bundesstaaten siehe u. a. die amtlichen Statistischen Jahrbücher für Preußen, Sachsen, Württemberg. In Preußen z. B. ist in 77,3 % der bis Ende 1906 erledigten 46253 Fälle von Strafaufschub die Strafe endgültig weggefallen.

Dr. L. M. in D. — Über die Sterblichkeit und die Erkrankungen in London unterrichtet zusammenfassend die amtliche Jahresveröffentlichung „Statistical Abstract for London" (Preis 1 sh). Die verhältnismäßig niedrigen Sterbeziffern in Großbritannien — die von London betrug im Jahre 1905 nur 15,0 auf 1000 Lebende gegen 17,1 in Berlin — sollen zum Teil einer weiten Fassung des Begriffs der Totgeburten, die für die englische Sterblichkeitsstatistik wegfallen, zuzuschreiben sein.

Frl. St. in B. — Eine zusammenfassende Statistik der öffentlichen Leihhäuser für das Deutsche Reich oder für Österreich liegt nicht vor; das Statistische Jahrbuch deutscher Städte gibt eine solche für die Städte mit über 50000 Einwohnern. Dagegen sind uns Landesstatistiken des Leihhausverkehrs für Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Ungarn, Finnland bekannt; auf Wunsch würden Ihnen die Veröffentlichungsstellen brieflich benannt werden.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 2 | 1. Jahrgang | 1. März 1909

Erscheint vierteljährlich
in 2 Nummern;
Jahresumfang 16 Druckbogen.
Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Postämter
sowie der Verlag B. G. Teubner,
Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig
Mitglied
des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger
Direktor
des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes
in Dresden

Professor Dr. Friedrich Schäfer
Direktor
des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Zuschriften an die Redaktion wolle man richten:

1. sofern sie die Statistik des Deutschen Reiches betreffen, an Regierungsrat Dr. Feig in Charlottenburg, Berliner Straße 45,
2. sofern sie die Statistik deutscher Bundesstaaten, von anderen Staaten oder von Landesteilen oder statistische Theorie und Technik betreffen, an Geh. Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden-A., Ammonstraße 13,
3. sofern sie die Statistik von (deutschen oder nichtdeutschen) Gemeinden betreffen, an Professor Dr. Schäfer in Dresden-A., Nürnberger Straße 47.

Inhalt:

Aus dem Inhalt der nächsten Nummern: Aufsätze über die Bedeutung der Statistik für Gemeindeverwaltungen und über die Methoden der Arbeitsmarktstatistik. — Überblick über die Organe für fortlaufende statistische Veröffentlichungen. — Personalveränderungen bei den Statistischen Ämtern seit Anfang 1908.

Besprechungen.

I. und II. Stand und Bewegung der Bevölkerung.

Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit besonderer Berücksichtigung der ehelichen Fruchtbarkeit von Dr. Paul Mombert, Privatdozent an der Universität Freiburg i. Br. Karlsruhe 1907. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. 280 S.

Der zunehmende Überschuß der Geburten über die Sterblichkeit auf der einen, der ständige Rückgang der Fruchtbarkeit auf der anderen Seite, wie beide seit Jahrzehnten in zahlreichen Kulturländern und zumal in Deutschland beobachtet sind, haben bisher keine ausreichend statistisch nachgewiesene Erklärung der treibenden Kräfte gefunden. Die vorliegende Arbeit hat den gelungenen Versuch unternommen, die obwaltenden Zusammenhänge aufzudecken und zum Verständnis zu bringen. An der Hand deutscher und namentlich in bezug auf die allgemeinen Erscheinungen auch ausländischer Unterlagen werden in erster Linie die Geburten, daneben, doch nur soweit es für deren Klarstellung erforderlich ist, die Sterblichkeit und die Eheschließungen behandelt.

In Ansehung der Sterblichkeit wird aus deren Verlauf dargetan, wie die an der Bevölkerung gemessene sog. allgemeine Sterbeziffer seit den siebziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts fast durchweg sich vermindert hat und dies gemeinhin um so mehr, je erheblicher sie früher war. Dabei konnte aus umständlichen Nachweisungen dargetan werden, daß der Rückgang der Sterblichkeit nicht wesentlich von der der Säuglinge abhänge und diese wieder von der Geburtenhäufigkeit abgehangen habe, wie es bisher die verbreitete Annahme war. Vielmehr war die Abnahme der Sterblichkeit fast allen Altersklassen gemeinsam.

Die Eheschließungsziffern haben im ganzen keine wesentlichen Veränderungen zu erkennen gegeben, wenn auch ihr Gang in Deutschland räumlich ungleichmäßig war und in den westlichen Industriegebieten zu einer Zu-, in den agrarischen Gebieten des Ostens zu einer Abnahme führten. Doch sind Änderungen im Familienstand und Alter der Eheschließenden eingetreten, insofern weit mehr Ledige daran beteiligt waren und in den Städten die jüngeren Altersklassen der Heiratenden zu-, auf dem Lande abgenommen haben.

Die eingehendere Untersuchung der Geburtsverhältnisse zeigt eine abnehmende Tendenz im zweiten Drittel des Jahrhunderts, in deutschen Staaten, besonders veranlaßt durch abnehmende Eheschließungen, teilweise auch durch Auswanderung und steigende Sterblichkeit, seit dem

Anfang der sechziger Jahre Aufgang der Geburtenziffern, bei denen jedoch um die Mitte des 7. Jahrzehnts nahezu durchweg in Europa ein fast ununterbrochener Abfall eintrat. Das ist um so auffallender, als jedenfalls in Deutschland gleichzeitig nicht nur ein gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung, sondern auch eine Zunahme der Eheschließungen und umgekehrt eine Abnahme des Heiratsalters, der Sterblichkeit und der Auswanderung stattfand, was wieder die Erweiterung des Anteils der für die Fruchtbarkeit maßgebendsten Altersklassen nach sich zog. Ließen diese ausführlich belegten Vorgänge gerade im Gegenteil eine Vermehrung der Geburtenhäufigkeit vermuten, so erschien es als Momberts vornehmste Aufgabe, den Ursachen der tatsächlichen Ergebnisse nachzugehen und dabei die bereits wiederholt ausgesprochene Ansicht einer geburtenvermindernden Wirkung steigender Kultur und zunehmenden Wohlstandes an der Hand der Statistik abzuwägen.

Ergab die Nachprüfung einer ganzen Reihe mit den verschiedensten Wohlstandsmessern angestellter Untersuchungen wohl den unverkennbaren Hinweis auf einen gewissen Zusammenhang von Fruchtbarkeit und Wohlstand, so galt es doch genauer zu erforschen, ob dieser Zusammenhang auch einigermaßen regelmäßig und bereits bei kleineren Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Lage zum Vorschein komme. Zu dem Ende sind sieben Großstädte nach dem Charakter der Stadtteile und vor allen Dingen 78 deutsche Gebietsteile (Regierungsbezirke u. a.) nach dem Verhältnisse der Sparkassenbücher (nicht Spareinlagenbeträge) zur Bevölkerung mit der ehelichen Fruchtbarkeit verglichen worden. Das führte zur Bestätigung der Annahme, daß gemeinhin bei dem steigenden Sparsinn, dem Anzeichen für gehobene Wirtschaftslage, die Fruchtbarkeit sinke, eine Erscheinung, die auf größere Beschränkung des Fortpflanzungstriebes aus dem Verlangen nach besserer Erziehung und Sicherstellung der Nachkommenschaft bei schon etwas günstigeren Verhältnissen zurückgeführt wird. Es ist auch dargetan, daß gerade der Wohlstand — zwar nicht an sich, sondern das aus ihm entspringende Wollen und Dichten der Menschen — und nicht so sehr andere Faktoren, wie z. B. der Beruf, den Ausschlag geben. Allerdings treten Ausnahmen auf, so in den westlichen Industriegebieten; hier aber sind die Gründe in längeren Auseinandersetzungen zum Verständnis gebracht worden.

Weitere Untersuchungen verfolgen für Preußen die Fruchtbarkeitserscheinungen in Stadt und Land und in den einzelnen Bezirken und ziehen dabei noch andere Faktoren als den Wohlstand in Betracht, so den Altersaufbau — hier besonders die Veränderungen in der Vertretung der jüngeren gebärfähigen Frauen —, die Nationalitäten, die Binnenwanderungen, den Beruf, das Wachstum der Städte und die Ursachen ihrer geringen Fruchtbarkeit. Aus diesen Erörterungen sei nur als recht bemerkenswert, weil einer bestehenden Ansicht entschieden entgegentretend, hervorgehoben, daß die bekannte größere Fruchtbarkeit der Slawen — der gleiche und selbst höhere in rein deutschen Gebieten zur Seite stehe — nicht aus Rasseneigentümlichkeit hervorgehe, sondern gemäß dem Bilde der Wohlstandsentwickelung Folge der „Unbildung und Unkultur" sei. Das Hauptergebnis der Mombertschen Forschung bleibt, daß sie die Ursache der sinkenden ehelichen Fruchtbarkeit in dem steigenden Wohlstand und zunehmender Kultur erkennt, wenn auch deren Wirkungen hier und da durch andere Einflüsse, wie namentlich Verschiedenheiten im Altersaufbau der im fruchtbaren Alter stehenden Frauen und die Zuwanderung tieferstehender Schichten, aufgehoben werden.

In bezug auf den heute meistens und zumal in Deutschland seit längerer Zeit in starker Zunahme begriffenen Geburtenüberschuß ist Mombert zu dem Ergebnisse gelangt, daß er allein durch den Rückgang der Sterblichkeit veranlaßt worden sei. Da aber diesem Rückgange bestimmte Grenzen durch die Natur gezogen sind, muß eine fortdauernd sinkende Fruchtbarkeit endlich eine Verminderung des Geburtenüberschusses herausstellen. Hierfür sind in einigen Staaten, darunter für Deutschland in Sachsen[1]), auch bereits die ersten Anzeichen zu spüren.

Die mit gründlicher Verwertung eines umfänglichen statistischen Materials aufgebaute verdienstvolle Forschung hat zweifellos zur Lösung bedeutsamer bevölkerungswissenschaftlicher Fragen beigetragen und namentlich einmal die Verkettung der Bevölkerungsbewegung und der kulturellen Entfaltung verständnisvoll nachzuweisen getrachtet.

P. Kollmann.

Die Selbstmorde in den Jahren 1903—1906. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 1908. I. S. 95.

Die Selbstmorde im Deutschen Reiche sind zuerst für die Jahre 1893—1895 und 1893—1896 auf Grund der zum größten Teil an anderen Stellen veröffentlichten Erhebungen der einzelnen Bundesstaaten im „Statistischen Jahrbuch", Jahrgänge 1897 und 1898, registriert. Seit dem Jahre 1899 werden auch regelmäßige Nachweisungen in den Vierteljahrsheften veröffentlicht. In dem vorliegenden Heft wird eine Übersicht der Selbstmorde nach Staaten und Landesteilen, nach dem Geschlecht, nach der Verteilung auf 100 000 Einwohner und der Sexualproportion berechnet auf 100 männliche Selbstmörder für die Jahre 1903 bis 1906, gegeben. Im Jahre 1906 kamen 12 495 Selbstmorde vor oder 20,4 auf 100 000 Einwohner. Dem Geschlechte nach waren es 9573 Männer (76,6 %) und 2922 Frauen (23,4 %). Der Sexualproportion nach kamen auf 100 männliche 30,5 weibliche Selbstmörder. Die niedrigsten Selbstmordziffern zeigten hinsichtlich der territorialen Gliederung Posen, Hohenzollern, Westfalen, Westpreußen und Rheinland, die höchsten Bremen, Anhalt, Reuß j. L. Gegenüber dem Vorjahre hat die Zahl der Selbstmorde um 315 abgenommen.

R. Jaeckel.

Ehelösungen in Österreich. — Nach Band 85, Heft 1, 1 der „Österr. Statistik".

Die Ehelösungsstatistik beruht in Österreich auf den von den Gerichten auszufüllenden Zähl-

1) Siehe hierzu im Fragekasten unter „Leipzig", S. 62. *Red.*



blättern und gibt Aufschlüsse über die erfolgten Aufhebungen der ehelichen Gemeinschaft und über die persönlichen Verhältnisse der Ehegatten. Im Durchschnitt des Jahrfünftes 1901/05 fanden 210 565 Eheschließungen statt, denen 2032 gerichtliche Ehelösungen gegenüberstanden, auf 10 000 Eheschließungen entfielen demnach durchschnittlich 96 gerichtliche Lösungen.

Im Jahre 1907 gab es 2387 Ehelösungen, von denen 76,2 % auf das römisch-katholische, 9,8 % auf das israelitische, 4,6 % auf das griechisch-orientalische, 4,4 % auf das evangelische Glaubensbekenntnis und 3,7 % auf Mischehen entfielen. Der Rest von 1,3 % betraf Altkatholiken, Griechisch-Katholische, andere Konfessionen und Konfessionslose. Es wurden 62,1 % der gelösten Ehen einverständlich, 23,3 % prozessual geschieden, 13,5 % getrennt und 1,1 % für ungültig erklärt. Von den geschiedenen Ehen überhaupt betreffen 88,6 % die römisch-katholischen, deren Band nur durch den Tod eines der Gatten getrennt werden kann. Unter den geschiedenen und getrennten Ehen waren 81,6 % solche zwischen Ledigen, 8,9 % zwischen Witwern und Ledigen, 6,3 % zwischen Witwen und Ledigen und 3,2 % zwischen Verwitweten. Was die Dauer der gelösten Ehen betrifft, so betrug sie bei 9,1 % bis zu 1 Jahre, bei 29,5 % über 1—5 Jahre, bei 27,6 % über 5—10 Jahre, 18,2 % von über 10—15 Jahren und bei 15,6 % über 15 Jahre. Die Gesamtzahl der Kinder bei den im Jahre 1907 gelösten Ehen betrug 2668. *H. Forcher.*

III. Todesursachenstatistik.

Zur Statistik der ärztlichen Beglaubigung von Todesursachen. Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes. Jahrg. 1908. 7 S.

Die Erhebung der Todesursachen ist in Sachsen schon seit Beginn (1873) ziemlich zuverlässig gewesen, weil der behandelnde Arzt des Verstorbenen nicht nur den Tod feststellt, sondern auch die Todesursache auf dem Leichenbestattungsscheine beurkundet, von wo sie auf die standesamtliche Zählkarte übertragen wird. In gewissen Fällen, z. B. beim gewaltsamen Tod, wird die Todesursache von einem zur Leichenschau zugezogenen Arzte bescheinigt, in den übrigen Fällen von der Leichenfrau. Obligatorische ärztliche Leichenschau besteht nur in der Stadt Leipzig. Bei den im Alter von 6 bis unter 60 Jahren Verstorbenen betrug 1905 die Häufigkeit der ärztlichen Beglaubigung nicht unter 90 %, bei Personen von 60 bis unter 70 Jahren 85,9, von 70 bis unter 80 70,5, bei Kindern unter 1 Jahre nur 38,0. Die nicht ärztlich beglaubigten, demnach von Leichenfrauen angegebenen Todesursachen der Kinder unter 1 Jahre im Königreich Sachsen lauten bei 51,8 % derselben auf „Krämpfe" (17 b), während die Leipziger Leichenschauärzte nur 6,6 % der Todesfälle der Kinder unter 1 Jahre auf „Krämpfe" zurückführen. Diese unrichtige Bezeichnung von seiten der Leichenfrauen erfolgt auf Kosten der Todesursache „Magen- und Darmkatarrh bezw. Atrophie der Kinder" (18 a), was bei der Bewertung der kindlichen Todesursachen nicht außer acht zu lassen ist. *G. Radestock.*

Die Sterblichkeit an Tuberkulose und Krebs in Wien im Jahre 1904 nach Berufen. Bearbeitet in der Magistrats-Abteilung XXI von Dr. Wilhelm Hecke, Wien 1907. In Kommission bei Gerlach & Wiedling. XVI u. 87 S.

Für eine mehr als den vierten Teil der Bevölkerung umfassende Berufsgruppe, die gewerblichen Hilfsarbeiter, liegt schon seit dem Bestande der obligatorischen Arbeiterkrankenversicherung eine Krankheits- und Todesursachenstatistik vor. Dagegen fehlte bisher das Material für eine alle Berufe umfassende Todesursachenstatistik. Das vorliegende Werk bringt nun davon einen Ausschnitt, indem die für Wien wichtigsten Todesursachen: Lungentuberkulose, Gehirntuberkulose, sonstige Tuberkulosen und „Krebse und sonstige bösartige Neubildungen" auf Grund der Totenbeschauzettel nach Berufen, Alter und Geschlecht aufgearbeitet wurden. Die Berufseinteilung folgt der für die Bearbeitung der Volkszählung 1900 verwendeten und ermöglicht so eine Gegenüberstellung der verstorbenen zu der vorhandenen Bevölkerung der einzelnen Berufsgruppen. Von den 32 931 Sterbefällen des Jahres 1904 entfielen 5653, also über 17 % auf Lungentuberkulose, 906 oder 2,75 % auf Gehirntuberkulose, 809 oder 2,46 % auf sonstige Tuberkulosen und 2321 oder 7 % auf Krebse usw. Es ergibt sich die verhältnismäßig hohe Sterblichkeit der Berufsklasse Industrie an den verschiedenen Tuberkulosen, namentlich der arbeitstätigen männlichen Personen gewisser industrieller Berufsgruppen und der freien Berufe an Lungentuberkulose, dann der Kinder industriell beschäftigter Eltern an Gehirntuberkulose; endlich die hohe Sterblichkeit der nicht mehr berufstätigen Personen an Krebsen und sonstigen bösartigen Neubildungen. *W. Hecke.*

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Zählung der leerstehenden Wohnungen in Düsseldorf am 15. Oktober 1908. 5. Sonderbeilage zu den Statistischen Monatsberichten der Stadt Düsseldorf. Verlag L. Voß & Co., Königl. Hofbuchdruckerei. Düsseldorf 1908. Preis 50 Pf.

Kurzgefaßtes Ergebnis der siebenten Zählung der leerstehenden Wohnungen in Düsseldorf, die ebenso wie ihre Vorgängerinnen mit der herbstlichen Personenstandsaufnahme verbunden war.

Seit 1904 ist der freie Wohnungsvorrat in Düsseldorf ständig gesunken; es standen leer von der Gesamtzahl: 1904: 4,36 %, 1905: 4,28 %, 1906: 3,64 %, 1907: 2,43 %, 1908: 2,14 % (1315).

Am niedrigsten ist das Angebot von Wohnungen mit zwei und mit fünf Wohnräumen (die Küche wird in Düsseldorf stets als Wohnraum gezählt); wie sich die leerstehenden Wohnungen im übrigen auf Wohnungsgröße, Stadtteile und Geschoßlage verteilen, zeigt die Tabelle und der Text. Auch für weitere Kreise nicht uninteressant dürfte die Feststellung sein, daß der monatliche Mietausfall soweit zu ermitteln nur 55 007 ℳ beträgt; mithin repräsentiert der jährliche Mietverlust, da der Wert der bebauten Grundstücke auf mehr als 700 Mill. ℳ anzunehmen ist, zurzeit noch nicht

1,0 % dieses Wertes, wobei noch zu bedenken ist, daß die angegebenen Mietausfälle die im Vermietungsfalle tatsächlich zu erzielenden Mietpreise nicht selten übersteigen. *O. Most.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Konsumtionskraft in Deutschland. — Nach: **Denkschriftenband zur Reichsfinanzreform (vgl. unter XXIII).**

Teil III der Denkschrift des Reichsschatzamts stellt in einigen markanten Ziffern die Zunahme der deutschen Produktivkraft auf Grund der vorhandenen Ziffern der Produktionsstatistik, sowie die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung dar, und indem sie diese Resultate mit der Außenhandelsstatistik in Beziehung setzt, versucht sie ein Bild von der Stärkung und Erweiterung der heimischen Konsumtionskraft zu bieten. An diese indirekte Methode der Feststellung der Verbrauchssteigerung schließen sich noch einige direkte Feststellungen über den Verbrauch an Getreide, Fleisch, Kartoffeln, alkoholischen Getränken, Zucker, Tabak, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürzen, Reis, Südfrüchten und zwar jedesmal unter Einbeziehung der entsprechenden Ziffern für das Ausland. Endlich wird auch der inländische Verbrauch an den wichtigsten industriellen Rohstoffen mitgeteilt. *K.*

VI. Vermögen und Einkommen.

Wohlstandsentwickelung in Deutschland. — Nach: **Denkschriftenband zur Reichsfinanzreform (vgl. unter XXIII).**

Teil III des Denkschriftenbandes gibt Materialien zur Beurteilung der Wohlstandsentwickelung Deutschlands im letzten Menschenalter. Das Reichsschatzamt geht von der Erwägung aus, daß, wie die Steuerbelastung und ihre Steigerung, so auf der anderen Seite das Volkseinkommen und seine Vermehrung festgestellt werden muß. Eine direkte Erkenntnis des Volkseinkommens und Vermögens, das vor einem Menschenalter zur Zeit der letzten großen Finanzreform des Jahres 1879 in Deutschland vorhanden war, und desjenigen der Gegenwart, hält das Reichsschatzamt nicht für möglich und gibt zum Ersatz eine Reihe von Symptomen, aus denen man auf die Wohlstandsentwickelung schließen kann. Hierzu gehört zunächst das zur Einkommensteuer veranlagte Einkommen, das für jeden der 22 Bundesstaaten, in denen eine Einkommensteuer vorkommt, mitgeteilt wird. Diese Feststellung hat mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil die Steuergrenze nach unten in den Bundesstaaten verschieden ist, anderseits die steuerfreien Einkommen bei einer historischen Vergleichung nicht außer acht gelassen werden dürfen, wenn die Vermehrung nicht zu groß erscheinen soll. Es ist daher überall versucht worden, für die steuerfreien, nicht veranlagten Einkommen, Schätzungssummen einzusetzen. Die mitgeteilten Tabellen zeigen eine wesentliche Steigerung des Einkommens in fast allen Staaten. So stieg zwischen 1896 und 1907 in Preußen die Bevölkerung von 100 auf 119, das Einkommen der physischen Personen dagegen von 100 auf 156. In Sachsen stieg in den Jahren 1880—1906 die Bevölkerung von 100 auf 154, das Gesamteinkommen von 100 auf 241.

Sodann wird die Entwickelung der jährlich zur Kapitalbildung verwandten Beträge zu bestimmen versucht, einmal an der Zunahme der Spareinlagen bei Sparkassen und Genossenschaften, sowie der bei den Banken deponierten Gelder, anderseits auf Grund der bei den Feuerversicherungsanstalten versicherten Werte. Überall zeigt sich, wie nicht anders zu erwarten, eine gewaltige Steigerung. Die Einlegerguthaben bei den Sparkassen haben sich zwischen 1875 und 1907 von 100 auf 743, die Kreditoren und Depositen bei den Kreditbanken zwischen 1883 und 1907 von 100 auf 867 vermehrt. Ähnliche Bilder zeigen sich bei den Genossenschaften. Die Denkschrift hebt in vorsichtiger Weise hervor, wie weit an dieser gewaltigen Zunahme neben der Wohlstandsentwickelung auch die Verstärkung des Spartriebes beteiligt ist. Ähnliches gilt von der Feuerversicherung, die gleichfalle eine starke Zunahme aufweist, doch läßt sich wenigstens bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten mit Zwangscharakter aus der Zunahme ein ziemlich deutlicher Rückschluß auf die Wohlstandsentwickelung ziehen. *K.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Die zwangsweise Veräußerung landwirtschaftlicher Anwesen in Bayern in den Jahren 1903 bis 1907. Zeitschrift des Königl. Bayerischen Statistischen Bureaus. Jahrg. 1908. Heft 3, S. 421—430.

In Bayern wird seit dem Jahre 1880 eine fortlaufende Statistik der Zwangsveräußerungen landwirtschaftlicher Anwesen geführt. Dieselbe gründet sich auf die alljährlichen Angaben der Gemeindebehörden, für welche ein besonderes Erhebungsformular vorgeschrieben ist. Diese Angaben erstrecken sich insbesondere auf die Größe der verganteten Anwesen, auf die Berufsverhältnisse der Subhastaten, auf die Ursachen der Zwangsveräußerungen, sowie darauf, ob die Subhastation jeweils dazu geführt hat, daß Flächen außer Bewirtschaftung geblieben sind.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Zwangsveräußerungen landwirtschaftlicher Anwesen stetig zurückgegangen; sie betrug im Jahre 1907 nur noch 487 gegenüber mehr als der achtfachen Anzahl im Jahre 1880. Es darf jedoch aus dieser Vergantungsziffer allein nicht ohne weiteres auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft geschlossen werden, weil die Zahl der sogenannten Notverkäufe nicht bekannt ist, durch die manche landwirtschaftliche Anwesen, die vor dem wirtschaftlichen Ruine stehen, oft noch den Besitzer wechseln, um die Einleitung eines Subhastations- oder Konkursverfahrens zu verhindern. Die größte Zahl der verganteten Anwesen trifft auf den Zwergbesitz (bis zu 2 ha); doch ist nicht er, sondern der Grundbesitz von mehr als 20 ha relativ am stärksten an den Zwangsversteigerungen beteiligt. Relativ am günstigsten war die Vergantungshäufigkeit im letzten Jahrfünft beim mittelbäuerlichen Besitz (5—20 ha), der in Bayern besonders stark vertreten ist. 56,4 % aller im letzten Jahrfünft ver-

ganteten Landwirte übten neben der Landwirtschaft noch andere Erwerbsarten aus, sei es als Haupt- oder als Nebenberuf. Bei 38,5 % der Zwangsversteigerungsfälle des letzten Jahrfünfts wurde der Vermögensverfall auf ungünstige Anwesenübernahme oder Kapitalskündigung zurückgeführt, während im vorausgegangenen Jahrfünft (1898—1902) diese Fälle noch 42,6 % aller Vergantungen ausgemacht hatten. Auf Mangel an Sparsamkeit, Leichtsinn, Trunksucht wurden 25,7% der Zwangsveräußerungen zurückgeführt gegenüber 24,2 % in der vorangegangenen Periode.

H. Schmelzle.

Die liegenschaftliche Verschuldung in Baden. Märzheft der Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden. Neue Folge. Jahrg. 1908.

Auf Veranlassung des Statistischen Landesamtes haben in den letzten Jahren die Grundbuchbeamten in sämtlichen Gemeinden des Landes Zusammenstellungen über die in den Grundbüchern noch offen stehenden Schuldposten nach dem Stand vom 1. Januar 1903 gefertigt, wofür aus Staatsmitteln eine angemessene Vergütung bezahlt wurde. Besonderer Wert wurde auf die genaue Ermittelung des Berufs der Schuldner und der Gläubiger sowie des Zinsfußes gelegt; mit Rücksicht darauf, daß viele Schuldposten zwar abgetragen, aber in den Grundbüchern noch nicht gelöscht sind, mußten die Grundbuchbeamten bei jedem Eintrag in einer besonderen Spalte bemerken, ob nach ihrer Kenntnis die betreffende Hypothek noch besteht bzw. wieviel davon abgetragen ist. Der Hauptteil der Verschuldungssumme (2 Milliarden) entfällt auf die Berufsgruppen Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr; die Landwirtschaft und Forstwirtschaft ist mit drei Zehntel der gesamten liegenschaftlichen Verschuldung beteiligt. Unter den Geldgebern stehen an erster Stelle Angehörige von Gewerbe und Industrie sowie die Sparkassen; 10 % aller Gläubiger sind Land- und Forstwirte. Auf Pfandbriefinstitute entfallen 167 Millionen Mark, das sind 8,1 % der gesamten Verschuldungssumme.

M. Hecht.

Die Bewegung des Hypothekenstandes im Herzogtum Braunschweig in der Zeit vom 1. Januar 1897 bis zum 1. Januar 1902. Vom Geheimen Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann zu Braunschweig. Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig. Heft XXI. 1907. 101 S.

Nachdem nach dem Stande vom 1. Januar 1897 die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig durch eine eingehende und umfassende Bestandesaufnahme besonders festgelegt und in ausführlicher Bearbeitung veröffentlicht war (Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig, Heft XV und XVI), hatte man auch die bereits seit längerer Zeit, aber in einer unvollkommenen Form bestehende statistische Erfassung der Änderungen in der hypothekarischen Belastung des Grundbesitzes neu geregelt und nach Tunlichkeit an die durchgeführte Bestandesaufnahme angegliedert. Das Material für diese neugeregelte Statistik der Bewegung des Hypothekenstandes haben die mit der Grundbuchführung betrauten Amtsgerichte durch die jährliche Ausfüllung zweier besonders vorgeschriebener Formulare, je eins für die Eintragungen und für die Löschungen zu liefern. Die Tabellen enthalten ein Dreifaches, nämlich einmal die Ergebnisse der eigentlichen Bewegungsstatistik, also die Daten über den Zugang und den Abgang an hypothekarischen Belastungen mit den dazu gehörigen Einzelheiten, sodann aber dadurch, daß die vorberührten Daten mit den Ergebnissen der früheren Bestandesaufnahme in Bezug gebracht sind, auch die zahlenmäßigen Nachweise über den Bestand der hypothekarischen Belastung am Ende der verfolgten Bewegungsperiode und über die Veränderungen, welche dieser Bestand dem früheren gegenüber aufzuweisen hat. Eine besondere Bedeutung ist der eingehenden textlichen Darstellung beizumessen, welche eine Reihe wichtiger Einzelheiten wie die Verzinsung der hypothekarischen Belastungen, die durchschnittliche Belastung des Grundbesitzes in der Gemeinde, die Belastung im Durchschnitt für das Hektar, die Belastung unter Ausscheidung von Stadt und Land, den unbelasteten Besitz, das Verhältnis des Fortschreitens der Belastung zu dem der Brandversicherungswerte, der mitverpfändeten Baulichkeiten usw. näher berührt. Aus den Nachweisen ergibt sich zwar ein an sich nicht unerhebliches Fortschreiten der hypothekarischen Belastung des Grundbesitzes, ein Fortschreiten, das sich aber durchaus normal an die Entwickelung der Vorgänge anreiht, das zudem insgesamt immer noch wesentlich hinter dem Wertzuwachs durch Baulichkeiten, wie er durch die Gebäudeversicherungssummen gekennzeichnet wird, zurückbleibt. Nach Lage der Sache und den nachgewiesenen Nebenerscheinungen ist die Zunahme der hypothekarischen Grundbelastung als auf gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen beruhend anzusehen.

F. W. R. Zimmermann.

Die Verhältnisse des subhastierten Dresdner Hausbesitzes. Ergebnisse einer Untersuchung über die Zwangsversteigerungen der Jahre 1904 und 1905. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden. 15. Heft. 51 S. Verlag von v. Zahn & Jaensch in Dresden. 1906. Preis 1 ℳ.

Der Dresdner Hausbesitz hat von 1901 bis etwa 1906 eine schwere Krisis durchgemacht, deren Ursachen in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert wurden. Die vorherrschende Meinung ging dahin, der subhastierte Hausbesitz wäre der Zwangsversteigerung in den meisten Fällen entgangen, er hätte die aus ihm zu zahlenden Hypothekenzinsen aufgebracht, wenn nicht im Zusammenhange mit den in die gleiche Zeit fallenden Vororteingemeindungen eine starke Bautätigkeit eingesetzt und den Wohnungsvorrat vermehrt hätte. Den auf dem Zwangswege versteigerten Hausbesitz habe also nicht so sehr seine Verschuldung, wie der Rückgang des Mietsertrages infolge leerstehender Wohnungen zu Fall gebracht. Unter diesen Umständen schien es geboten, den Vorgängen, die zur Subhastation führen, mittels einer erweiterten, die ökonomische Gesamtlage der



verganteten Hausbesitzer erfassenden Statistik einmal auf den Grund zu leuchten. Das ist in der obigen Arbeit versucht worden. Sie zeigt, daß diejenigen recht hatten, die in Abweichung von der Tagesmeinung in der hypothekarischen Überlastung des Hausbesitzes die Hauptursache der Krisis erblickten. Von den in Dresden in den Jahren 1904 und 1905 zwangsweise versteigerten 896 Hausgrundstücken waren 26 normal belastet (d. h. ihre Hypothekenschulden betrugen bis zu 80 % des nach dem vollen Mietsertrag berechneten Taxwertes), 223 relativ überschuldet (mit 81 % bis 99 % des Taxwertes) und 647 absolut überschuldet (mit 100 % und mehr des Taxwertes). Ferner hat bei 76 % der Grundstücke der Grad ihrer Vermietbarkeit unter den Subhastationsgründen keinerlei ausschlaggebende Rolle gespielt, weil entweder der volle Mietsertrag erzielt wurde, oder die Hypothekenzinsverpflichtungen so groß waren, daß selbst die volle Miete zu ihrer Deckung lange nicht ausgereicht hätte. Die Überschuldung des Hausbesitzes erwies sich im wesentlichen als die Folge einer in ihren Anfängen in die letzten Hochkonjunkturjahre zurückreichenden Hypothekenspekulation.

Als Quelle haben der Arbeit in erster Linie die Zwangsversteigerungsakten des Amtsgerichtes gedient. Sie enthalten u. a. einen Auszug aus dem Grundbuch, der die einzelnen Forderungen ihrem gesetzlichen Rangverhältnis nach aufführt. Dazu das für die Einleitung der Zwangsvollstreckung nötige Gerichtsurteil, das über den unmittelbaren Anlaß zur Subhastation orientiert. Über den Hypothekenausfall bei der Versteigerung geben sie keinen zuverlässigen Aufschluß, weil nur ein Teil der privaten Vorgänge, die sich bei dem Versteigerungsakte abspielen, gerichtskundig wird. Außerdem sind noch die Vermögens- und Einkommensverhältnisse und die Steuerverhältnisse der verganteten Hausbesitzer aus den Steuerkatastern ermittelt worden. In die Untersuchung sind methodologische Ausführungen verflochten. Sie wurden durch die Neuheit des Gegenstandes veranlaßt (analoge Arbeiten über städtische Verhältnisse sind mir nicht bekannt geworden; ein Hinweis auf solche wäre dankenswert) und können bei ähnlichen Untersuchungen nützlich sein. Da die Arbeit überdies Material zur Beurteilung der Theorien über die städtische Bodenrente liefert, so darf sie auch aus diesem Grund wohl mehr als lokales Interesse beanspruchen. *F. Schäfer.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Die landwirtschaftlichen Dienstboten in Steiermark. Auf Grund landschaftlichen amtlichen Materiales, mit Unterstützung des K. K. Ackerbau-Ministeriums, veröffentlicht und dem VIII. Internationalen landwirtschaftlichen Kongreß in Wien (21.—25. Mai 1907) überreicht von Prof. Dr. E. Mischler und Dr. H. Wimbersky. Graz 1907. Selbstverlag des Verfassers. 8°. 27 S.

Wenn ich diese kleine Schrift hier zur Sprache bringe, so geschieht dies nicht nur aus dem Grunde, weil sie die letzten Schlußfolgerungen einer größeren Auszählung in knappster (Text-) Form bietet, sondern auch, weil Dr. H. Wimbersky, der hier als mein Mitverfasser genannt ist, soeben aus dem Leben geschieden ist. Wimbersky war mir durch mehr als 10 Jahre ein werter Mitarbeiter im Steiermärkischen Statistischen Landesamte, der namentlich für agrarische Verhältnisse geradezu Hervorragendes leistete; seit etwa einem Jahre wirkte er als Sekretär der Grazer Universität und Privatdozent für Statistik an deren Rechtsfakultät. Die vorliegende Skizze benützt die Personaldaten von 4356 landwirtschaftlichen Dienstboten Steiermarks, welche anläßlich einer vom Landtage beschlossenen Prämiierung den betreffenden Gesuchen entnommen wurden, und versucht auf dieser Grundlage zu präzis gefaßten Schilderungen der Ursachenerforschungen hinsichtlich der Führung der Dienstbotenbücher, des Altersaufbaues, des sozialwirtschaftlichen Zwangszölibats der landwirtschaftlichen Dienstboten, der Erwerbsfähigkeit und Vermögenslage, der Bodenständigkeit und Wanderbewegung, der Familienabstammung und der Dienstdauer zu gelangen. Dabei weichen die gewonnenen Resultate gar nicht selten von den landläufigen Anschauungen auf diesem Gebiete recht erheblich ab. Diese kleine Schrift steht im Zusammenhange mit einer Reihe von amtlichen und privaten Publikationen des Statistischen Amtes und seiner Angehörigen, welche den Zweck verfolgen, die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Dienstboten im Lande von allen Gesichtspunkten aus bis in die feinsten Details und letzten ursächlichen Zusammenhänge hinein aufzuhellen, wodurch auch versucht wird, die allgemeine Statistik, namentlich hinsichtlich des Problems der Illegitimität, grundsätzlich fortzubilden und richtigzustellen. *E. Mischler.*

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Bayerns Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Zeitschrift des Königl. Bayerischen Statistischen Bureaus. 40. Jahrg. 1908, Heft 2, S. 221 ff.

In welchem Maße die einzelnen Bundesstaaten an dem Handel Deutschlands mit dem Ausland beteiligt sind, läßt sich aus der Reichsstatistik im allgemeinen nicht erkennen. Sie stellt den gegenwärtigen Handel des Reichs nur im ganzen dar.

Die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegenden Nachweise beruhen im wesentlichen auf Mitteilungen der Amerikanischen Konsulate und beziehen sich daher auf diejenige Ausfuhr, deren Fakturen den Amerikanischen Konsulaten zur Beglaubigung vorgelegt werden. Bekanntlich ist dies notwendig für die Fakturen von über 100 Dollars. Zweifellos ist auf diese Weise ein ganz wesentlicher Teil der bayerischen Ausfuhr nach Amerika statistisch erfaßt. Allerdings bleiben außer Betracht die Fakturen von unter 100 Dollars, sowie die indirekte Ausfuhr aus Bayern nach den Vereinigten Staaten von Amerika, da ja auch in

nicht wenig Fällen die bayerischen Geschäftshäuser zunächst an Exportgeschäfte in Berlin, Hamburg, Bremen usw. liefern, die ihrerseits die Waren nach dem Auslande abfertigen. In welchem Zahlenverhältnis die indirekte Ausfuhr nach Amerika zur direkten steht, entzieht sich unserer Kenntnis.

Was nun die ermittelte direkte Ausfuhr Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Amerika anlangt, so läßt sich dieselbe für das Jahr 1907 auf mindestens 54,8 Mill. ℳ bewerten. Wie schon erwähnt, stellt dieser Betrag lediglich einen Minimalbetrag dar und ist die Ausfuhr in Wirklichkeit nicht unbedeutend höher. Vergegenwärtigt man sich, daß die Gesamtausfuhr aus dem Deutschen Zollgebiet nach den Vereinigten Staaten von Amerika im abgelaufenen Jahre 652,3 Mill. ℳ betrug, so bedeutet die vorgenannte direkte Ausfuhr Bayerns nach Amerika etwa 8,4 % hiervon.

Im Laufe der letzten 8 Jahre ist nach dem vorliegenden Material die Ausfuhr gestiegen von 27,8 Mill. ℳ im Jahre 1900 auf 40,6 Mill. ℳ im Jahre 1905 und jetzt auf 54,8 Mill. ℳ. Freilich ist allerneuestens infolge der amerikanischen Wirtschaftskrisis und der hierdurch reduzierten Aufnahmefähigkeit dieses Landes die Ausfuhr aus Bayern wie auch aus anderen nichtbayerischen Konsulatsbezirken im Rückgang begriffen.

Am stärksten ist an der Ausfuhr Bayerns der Konsulatsbezirk **Nürnberg** beteiligt. Beinahe $^3/_5$ der bayerischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika stammt vom Konsulatsbezirk Nürnberg. Sehr bemerkenswert ist auch die Ausfuhr von Ludwigshafen a. Rh., die nach Schätzung ungefähr das Fünffache der übrigen pfälzischen Ausfuhr darstellt.

Vergleicht man die Ausfuhr der bayerischen Bezirke mit derjenigen **anderer deutscher Konsulatsbezirke**, so erscheint die Ausfuhr des Nürnberger Bezirks zwar nicht so groß wie die vom Konsulatsbezirk Frankfurt (43,3 Mill. ℳ), jedoch erheblich größer als z. B. diejenige von Barmen (24,5 Mill. ℳ), von Düsseldorf (18,7 Mill. ℳ), Cöln (18,4 Mill. ℳ), Crefeld (14,6 Mill. ℳ).

In sämtlichen Konsulatsbezirken erfolgte von 1900 bis 1907 eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Ausfuhr; so im Bezirk München von 3 auf 6 Mill. ℳ, im Bezirk Ludwigshafen sogar von 4 auf 9,8 Mill. ℳ.

An **Waren** sind bei der Ausfuhr Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 1907 beteiligt hauptsächlich Spielwaren (10 Mill. ℳ), Bronzefarben und Blattgold (4,5 Mill. ℳ), Porzellan und Hopfen (je über 4 Mill. ℳ). Der Wert der Bierausfuhr betrug 1,43 Mill. ℳ.

Auch Chromos, Lithographien und Bilderbücher, Spiegel- und Fensterglas, Korbwaren und eine Reihe von Chemikalien würden noch unter diesen an der Ausfuhr meist beteiligten Waren zu nennen sein. Vom Ludwigshafener Bezirk werden hauptsächlich exportiert Anilinfarben, Indigo, Alizarinfarben usw.

Für das **erste Halbjahr 1908** betrug die bayerische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika 17,1 Mill. ℳ gegen 24,7 Mill. im ersten Halbjahr 1907, mithin 7,6 Mill. ℳ oder 30,6 % weniger.

F. Zahn.

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Kapitalmarkt und öffentliche Anleihen. — Nach Denkschriftenband zur Reichsfinanzreform (vgl. unter XXIII).

Die Denkschrift versucht im Teil IV einerseits, die Einflüsse darzulegen, die für den Stand der öffentlichen Anleihen von Bedeutung sind, anderseits wiederum den Einfluß, den das öffentliche Anleihewesen auf die Anspannung des heimischen Kapitalmarktes ausübt. Die Denkschrift begnügt sich textlich mit einer kurzen Hervorhebung der Momente. Sodann gibt sie in einem umfangreichen Tabellenwerk die Entwickelung des Marktes für deutsche Reichsanleihen, für Anleihen der Bundesstaaten, für kommunale Anleihen und für solche festverzinslichen Obligationen wieder, die vornehmlich mit den öffentlichen Anleihen des Reiches und der Bundesstaaten in Konkurrenz treten, insbesondere die Obligationen und Pfandbriefe der Hypothekenaktienbanken, sowie sonstiger privater Grund- und kommunaler Kreditinstitute, die Eisenbahnobligationen und die industriellen Obligationen. Beachtenswert ist unter der Statistik insbesondere die umfangreiche Erhebung über die kommunalen Schulden, die sich nicht wie die meisten bisher vorliegenden Erhebungen auf die größeren Städte beschränkt, sondern alle Städte und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, sowie die sehr beachtlichen Anleihen der höheren Kommunalverbände, so der preußischen Landkreise und Provinzen, der Kirchen- und Schulverbände u. a. m. einzubeziehen versucht. Ein besonderer Abschnitt ist dem Markt für den kurzfristigen Kredit des Reichs und der Bundesstaaten gewidmet.

Die Denkschrift untersucht sodann die Kursbewegung für die Anleihen einer Reihe der wichtigsten Länder an den Hauptbörsen im Laufe des letzten Menschenalters, wobei sie drei Hauptgruppen unterscheidet. In der ersten die Staatspapiere von England, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Deutschland, Holland und Schweden, in der zweiten diejenigen von Italien, Österreich, Rußland und Spanien, und in der dritten die Staatspapiere von der Türkei, von Rumänien, China und Japan. Im Anschluß hieran wird die Entwickelung des Bank- und des Marktdiskonts der Hauptplätze mitgeteilt und auf diese Weise der Stand der Anleihen mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, als deren Maßstab der Diskont anzusehen ist, in Zusammenhang gebracht. Um eine wirkliche Vergleichbarkeit der verschiedenen Anleihetypen zu ermöglichen, ist dabei überall neben dem eigentlichen Kursstand auch der Realzins mitgeteilt.

Zusammenfassend versucht sodann die Denkschrift die Gründe des niedrigen Kursstandes der deutschen Anleihen darzulegen. Es ist hierbei der interessante Versuch gemacht, festzustellen, in wessen Händen sich die deutschen Anleihen befinden, von der richtigen Erwägung aus, daß für ihren Kursstand neben dem Angebot auch die Nachfrage von wesentlicher Bedeutung ist. Man erfährt hierbei die enormen Summen, die in Großbritannien die Sparkassen, sowie die Banken von den Staatspapieren absorbieren. Dasselbe gilt

von Frankreich, wo gleichfalls die Sparkassen von größter Bedeutung für die Nachfrage nach der französischen Rente sind. In Italien scheinen die Sparkassen und zwar insbesondere hierbei die ständig in die Heimat wandernden Ersparnisse italienischer Auswanderer, die fast durchgängig in italienischen Renten angelegt werden, von Bedeutung zu sein. An einem solchen regelmäßigen Bestandteil fester Abnehmer fehlt es nach der Denkschrift den deutschen Anleihen im wesentlichen. Sämtliche Sparkassen, öffentliche und private Versicherungsanstalten, sowie Banken, besitzen von der im ganzen vorhandenen Reichs- und bundesstaatlichen Schuld nicht mehr als etwa 12—13 %. Fast der gesamte Rest muß als in den Händen des deutschen Publikums befindlich angesehen werden. Hieraus meint die Denkschrift anderseits auf eine ganz außerordentliche Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit des deutschen Publikums für festverzinsliche Werte schließen zu müssen. Im übrigen hebt sie naturgemäß auch die bekannten Gründe allgemein volkswirtschaftlicher Natur hervor, insbesondere den starken Kapitalbedarf, der aus Deutschlands starker Bevölkerungsvermehrung hervorgeht.

Die letzten Ausführungen sind den Einflüssen des öffentlichen Anleihewesens auf den heimischen Kapitalmarkt gewidmet, wenngleich hier naturgemäß genaue Statistiken nicht gegeben werden konnten. *K.*

Statistik der Deutschen Hypothekenbanken. Aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1908. S. 239 und Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 1908. I. S. 336. III. S. 113.

In Fortsetzung der von F. Hecht in seinem Werke „Die Deutschen Hypothekenbanken" begründeten Statistik bringt das Statistische Jahrbuch seit 1904 eine Übersicht über Zahl der Banken, Aktienkapital, Pfandbriefumlauf nach Zinssätzen, Hypotheken-, Kommunal- und Kleinbahndarlehen auf Grund der Geschäftsberichte und Bilanzen der dem Hypothekenbankgesetz unterworfenen Banken. Ihre Zahl betrug 1907: 39 mit einem Aktienkapital von 765 Millionen und einem Pfandbriefumlauf von 9 Milliarden ℳ. Etwa die Hälfte desselben entfällt auf den vierprozentigen, die andere Hälfte ganz überwiegend auf den dreieinhalbprozentigen Typus. Für 1907 wird erstmalig mitgeteilt Zahl und Stückelung der Deckungshypotheken: von 214932 Hypotheken entfielen 194021 auf solche bis zu 100000 ℳ, 14319 auf solche von 100—200000 ℳ, 952 auf solche von über 1 Million ℳ. Von dem Betrage der Hypotheken entfällt nur etwas über ½ Milliarde auf landwirtschaftliche Grundstücke. Auf Bauplätze und unfertige Neubauten entfallen 69 Millionen, auf tilgbare Hypotheken 2,8 Milliarden. Die Banken waren an 2639 Zwangsversteigerungen beteiligt.

Der Pfandbriefumlauf und seine Deckung durch Hypotheken, Kommunal- und Kleinbahndarlehen usw. für jede einzelne Bank wird auf Grund der Halbjahrsausweise, die die Banken nach dem Hypothekenbankgesetz im Reichsanzeiger veröffentlichen müssen, seit 1908 halbjährlich in einer Tabelle der Vierteljahrshefte dargestellt. *J. Feig.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Statistische Übersichten über die öffentlichen Arbeitsvermittelungsstellen der Rhein-Maingegend in den Jahren 1905, 1906 und 1907. Beilage zu den Beiträgen zur Statistik der Stadt Frankfurt a. M. Je 25 S.

Das Statistische Amt der Stadt Frankfurt a. M. hat die Führung der monatlichen Statistik über die Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsvermittelungsstellen der Rhein-Maingegend übernommen. An der Berichterstattung haben sich bisher beteiligt die Städte Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen, Heidelberg, Kreuznach, Mainz, Mannheim, Offenbach, Wiesbaden, Worms; außerdem sind die Naturalverpflegungsstationen von Friedberg, Butzbach und Großkarben einbezogen worden. Mit dem Jahre 1907 ist nach Gründung des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes, welcher die Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen, das Fürstentum Waldeck sowie benachbarte Gebietsteile umfaßt und seinen Sitz zu Frankfurt a. M. hat, der ehemalige Rhein-Main-Verband aufgelöst worden. Das Statistische Amt der Stadt Frankfurt a. M. führt auch für den neuen Verband die Statistik weiter. Besonders bemerkenswert für die demnächst geplanten Maßnahmen ist die Einführung der Statistik der Naturalverpflegungsstationen und der Wanderherbergen in großem Umfang. Der Jahresbericht 1908 wird zum ersten Male einen größeren Überblick über die Tätigkeit des Verbandes ergeben. *A. Busch.*

Die Entwickelung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches. Von Dr. R. Kuczynski. 112 S. Georg Reimer, Berlin 1909. 2 ℳ.

Im Deutschen Reiche fehlt es an einer amtlichen Statistik der Löhne in den verschiedenen Gewerben. Auch von privater Seite ist eine umfassendere Untersuchung, die mehr als ein einzelnes Gewerbe behandelte, bisher nicht veröffentlicht worden.[1]) Als daher der Verfasser vom Reichsschatzamt aufgefordert wurde, ein Gutachten über die Entwickelung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches zu erstatten, mußte er hierzu das in zahlreichen amtlichen und privaten Arbeiten zerstreute Material benutzen, ohne der methodologischen Forderung Rechnung tragen zu können, nur Erhebungen zu berücksichtigen, die nach dem gleichen Verfahren durchgeführt sind. In erster Reihe stützte er sich dabei auf Auszüge aus Lohnbüchern, die er selbst im Zusammenhang mit einem im Druck befindlichen Buche über Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika nach einheitlichen Grundsätzen für Baugewerbe, Steinverarbeitungsgewerbe, Holz-

1) Vgl. über Methodenfragen der Lohnstatistik Reichs-Arbeitsblatt 1907 Nr. 4, S. 337, über die amtliche Lohnstatistik des Auslandes ebenda, Nr. 6—12, S. 521, 640, 728, 830, 959, 1062, 1195, über die Lohnstatistik in Deutschland ebenda 1909, Nr. 2, S. 104. Red.



verarbeitungsgewerbe, Metallverarbeitungsgewerbe und Fuhrwesen vorgenommen hatte. An zweiter Stelle verwendete er die Erhebungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Für den Bergbau, das Eisenbahnwesen und die Seeschiffahrt wurden ausschließlich amtliche Quellen benutzt. Die Entwickelung der Löhne im Buchdruckgewerbe endlich wurde an der Hand der Tarifverträge geschildert. Das Ergebnis der Untersuchung ist, daß in fast allen Gewerben im Laufe der Berichtszeit eine bemerkenswerte Erhöhung der Löhne, in einzelnen eine Verdoppelung oder eine noch größere Steigerung eingetreten ist. Im ganzen sind die Löhne in Deutschland im letzten Menschenalter stärker gestiegen als in irgendeinem anderen Industriestaate. Naturgemäß bedeutet diese Entwickelung nicht notwendigerweise eine Verteuerung der Produktion, da die Erhöhung der Löhne durch Steigerung der Intensität der Arbeit, Zunahme in der Verwendung arbeitsparender Maschinen, Preisrückgang der Rohmaterialien u. a. m. aufgewogen werden kann. Anderseits bedeutet die Lohnsteigerung auch nicht notwendigerweise eine entsprechende Besserung der Lage der Arbeiter. Um die Wirkungen auf die Lebenshaltung zu bemessen, wäre es vielmehr erst erforderlich, die Verteuerung der Mieten, der Nahrungsmittel usw. zu untersuchen und darüber hinaus zu prüfen, inwieweit etwa bei den heutigen Arbeits- und Lebensverhältnissen eine quantitativ und qualitativ höhere Ernährung erforderlich ist, um die gleichen Wirkungen auf den körperlichen Zustand der Arbeiter hervorzurufen wie vor einem Menschenalter. Das Buch selbst befaßt sich weder mit den Ursachen noch mit den Folgen der Lohnveränderungen. Die Aufgabe des Verfassers bestand vielmehr lediglich darin, die Entwickelung der Nominallöhne seit der Begründung des Deutschen Reiches in großen Zügen zahlenmäßig wiederzugeben. In dieser Richtung stellt die Schrift einen ersten Versuch dar. *R. Kuczynski.*

XIV. Versicherungsstatistik.

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Internationale Statistik der Aktiengesellschaften. Aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1908. S. 57* fg.

Im Anschluß an seine noch zu besprechende Statistik der deutschen Aktiengesellschaften hat das Kaiserliche Statistische Amt erstmalig unternommen, eine internationale Statistik dieser Kapitalassoziationen zu geben. Sie beruht durchweg auf amtlichen Quellen, nur für England ist der „Economist" herangezogen. Naturgemäß gibt sie nur wenige vergleichbare Daten: Zahl, nominelles und eingezahltes Kapital — letzteres auch in deutsche Währung umgerechnet — für die Gesamtheit der bestehenden Gesellschaften und einige gewerbliche Gruppen. Auch so bleiben noch zahlreiche Lücken und nicht zu beseitigende Verschiedenheiten, auf die in den Anmerkungen hingewiesen ist. Schon der Begriff der Aktiengesellschaft ist nach Lage der Gesetzgebung kein einheitlicher. So entsprechen von den englischen Joint stock companies eigentlich nur die mit beschränkter Haftung (limited) allen wesentlichen Begriffsmerkmalen der kontinentalen Aktiengesellschaft, doch ließen sie sich nicht ausscheiden. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien ist ohne weiteres der Aktiengesellschaft gleichgeachtet worden. Auch die deutsche und die ihr nachgebildete österreichische Gesellschaft mit beschränkter Haftung muß vom rechtsvergleichenden Gesichtspunkt als eine besondere Form der Aktiengesellschaft erscheinen und ist darum daneben angeführt, für das Deutsche Reich allerdings mit Beschränkung auf Preußen, da eine Reichsstatistik dieser Gesellschaften vorläufig noch aussteht. Endlich sind die deutsche Reichsbank und ähnliche ausländische Banken mit Sonderverfassung aufgenommen.

Für die meisten Staaten lagen Angaben aus den letzten Jahren, nur für Frankreich und Italien keine neueren als solche von 1898 bzw. 1897 vor.

Nach Zahl und (eingezahltem) Kapital der Gesellschaften steht weitaus an erster Stelle England mit 40 995 Gesellschaften (ohne Eisenbahnen) und 40,9 Milliarden *M* Kapital. Frankreich hatte 1898 mehr Gesellschaften (6325 gegen 5061) aber weniger Kapital (10,8 gegen 14,0 Milliarden nominell) als Deutschland, das aber bei Hinzurechnung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach der Zahl der Gesellschaften weit voranstehen würde. Nach der Zahl der Gesellschaften folgen alsbald die Niederlande (4745), die nach der Kapitalshöhe von rund 2 Milliarden etwa mit Belgien und Österreich rangieren, während Rußland über 5 Milliarden aufweist. Nicht weit hinter dem in seiner kapitalistischen Entwickelung etwas zurückgebliebenen Österreich findet sich das stürmisch aufstrebende Japan, das nach der Zahl seiner Gesellschaften (4216) sogar unmittelbar den Niederlanden folgt. Es folgt die Schweiz mit 1,6 Milliarden, während Italien (1897), Ungarn, Dänemark, Britisch Indien, Finnland den Betrag von einer Milliarde *M* nicht erreichen.

Nicht vertreten sind in dieser Übersicht die Vereinigten Staaten, von denen nur Angaben über die Aktienbanken bekannt sind. Deren Ziffern sind allerdings so bedeutend, daß sie die aller anderen Staaten weit hinter sich lassen. Es werden nämlich nicht weniger als 17 927 Aktienbanken verzeichnet gegen 1169 in Frankreich, 481 in Deutschland (außerdem in Preußen 139 Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und nur — 80 in England. Schon diese Ziffern zeigen, daß es sich um erhebliche Unterschiede in der Bankverfassung dieser kapitalkräftigsten Staaten handeln muß. Nach dem Kapitalbetrage sind die Differenzen kleiner, es weisen nämlich auf Vereinigte Staaten 7,0, Deutschland 3,9 (nominell), Frankreich 2,6 (nominell), England 1,6 Milliarden *M*. Die Übersicht zeigt noch andere außerordentliche Unterschiede in dem durchschnittlich auf eine Aktienbank entfallenden Kapitalbetrage.

Geringere innere Verschiedenheiten weisen die Zahlen der anderen gewerblichen Gruppen auf, in denen die Vereinigten Staaten überall fehlen. Bei den Industriegesellschaften (ohne England) stehen an der Spitze Deutschland mit 7,1 (ohne die Gesellschaften mit beschränkter Haftung), Rußland mit 4,0, Frankreich mit 2,6 Milliarden *M*, bei den Versicherungegesellschaften: Deutschland

mit 0,6 Milliarden nominell und England mit 0,2 Milliarden eingezahltem Kapital. Bei den Eisenbahngesellschaften ist natürlich die größere oder geringere Verbreitung des Staatsbahnprinzips zu erkennen. An der Spitze stehen England mit 19,28, Frankreich mit 1,22, Ungarn mit 0,72, Japan mit 0,53, Belgien mit 0,45, Deutschland mit 0,30 oder einschließlich Klein- und Straßenbahnen, die bei Japan und Belgien mitgerechnet sind, 0,98 Milliarden ℳ. Als weitere Gruppen finden sich die Land-, Forstwirtschafts- und Fischereigesellschaften, die Handelsgesellschaften (ohne Banken) und die Verkehrsgesellschaften (ohne Eisenbahnen). *J. Feig.*

XVI. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Äußerungen des kirchlichen Lebens der katholischen Kirche im Großherzogtum Hessen 1898 bis 1907. Aus: Mitteilungen der Großh. Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik, 1908. S. 151ff.

Über die Äußerungen des kirchlichen Lebens der evangelischen Kirche in den einzelnen Staaten des Deutschen Reiches werden in dem „Allgemeinen Kirchenblatt für das evangelische Deutschland" schon seit einer langen Reihe von Jahren Nachweisungen gegeben. Für die katholische Kirche fehlten unseres Wissens bis vor kurzem derartige Nachweise überhaupt. Die Großh. Zentralstelle für die Landesstatistik nahm nun in diesem Jahr Veranlassung, an das bischöfliche Ordinariat in Mainz die Bitte zu richten, über die Äußerungen des kirchlichen Lebens statistische Nachweisung zur Verfügung stellen zu wollen. Auf eine bischöfliche Verfügung lieferten alsdann die einzelnen Pfarreien für die Jahre 1898 bis 1907 Angaben über folgende Punkte: 1. Zahl der Taufen, darunter aus Mischehen (getrennt nach: Mann kath., Frau kath.), 2. Zahl der Trauungen (mit gleicher Unterscheidung), 3. Zahl der kirchlichen Beerdigungen, 4. Zahl der Erstkommunikanten und Gefirmten, 5. Zahl der Übertritte und Austritte. Die eingelaufenen Nachweisungen wurden der „Zentr. f. d. L." zur Bearbeitung übergeben. Das Ergebnis dieser Statistik, die ähnlich in Sachsen seit 1904 in dessen „Statistischem Jahrbuch" erscheint, ist überaus lehrreich, besonders auch im Hinblick darauf, in welcher Kirche die Trauungen und Kindertaufen bei Mischehen in der Mehrzahl vollzogen werden, ob in der des männlichen oder des weiblichen Ehegatten. Es wäre nur zu wünschen, daß auch andere Bundesstaaten diesem Beispiele beider Staaten nachfolgten. *L. Knöpfel.*

XVII. Wahlstatistik.

Die Ergebnisse der österreichischen Reichsratswahlen vom Jahre 1907. Österreichische Statistik, 84. Band, 2. Heft. Wien 1908. Preis 5 Kr.

Die Reichsratswahlen vom Mai 1907 wurden bekanntlich gemäß der neuen Reichsratswahlordnung vom 26. Januar 1907 zum erstenmal in Österreich auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes durchgeführt.

Die vorliegende Erhebung basiert auf Berichten der Wahlkommissäre, die im Wege der politischen Behörden an die statistische Zentralkommission geleitet und von dieser zentral bearbeitet wurden. Die tabellarische Darstellung der wahlstatistischen Momente, Wahlberechtigung, Wahlbeteiligung und Verteilung der abgegebenen Stimmen auf die politischen Parteien, erfolgt nach Kronländern, und zwar zunächst in dem Detail der im Anhang zur Reichsratswahlordnung festgelegten Wahlkreiseinteilung, also nach Wahlorten, Gerichtsbezirksteilen bzw. ganzen Gerichtsbezirken, unter genauer Berücksichtigung der für die neue Wahlkreiseinteilung charakteristischen Scheidung zwischen Wahlbezirken mit vorwiegend städtisch-industrieller und solchen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung sowie der nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke. Dem zweiten Teil des Tabellenwerkes ist die administrativ-politische Einteilung des Staatsgebietes nach Gerichts- und politischen Bezirken zugrunde gelegt.

Dem Tabellenwerk ist ein textlicher Teil vorausgeschickt, in welchem die Hauptergebnisse der Wahlen, die mannigfaltigen Relationen zwischen Volkszahl, Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung, die Bedeutung der Wahlpflicht sowie des in einigen Wahlbezirken Galiziens geltenden Systems der Minoritätenvertretung u. a. einer eingehenden Besprechung unterzogen werden. Vergleiche mit den früheren, noch nach dem Prinzip der Interessenvertretung durchgeführten Reichsratswahlen sowie mit den Wahlen für den Deutschen Reichstag vervollständigen das Bild über die Wirkungen des neuen wahlrechtlichen Systems in Österreich, dessen Einführung nicht nur eine einschneidende Epoche in der Geschichte der österreichischen Staatsverfassung bedeutet, sondern auch den Anstoß zur Fortentwickelung der Länderverfassung im Sinne einer Verallgemeinerung des Wahlrechts gegeben hat. *R. Riemer.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Der Alkoholismus und seine Bekämpfung in Württemberg. Von Finanzrat Dr. Trüdinger, Stuttgart. Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Jahrg. 1908. Heft I. 28 S.

Zum erstenmal ist hier der Versuch gemacht, für ein ganzes Staatsgebiet eine vollständige und eingehende Darstellung aller mit dem Alkoholismus zusammenhängender Fragen auf Grund amtlichen Materials zu bieten. Ein erster Abschnitt gibt eine Übersicht über den Alkoholverbrauch überhaupt. Der Verbrauch von Bier und Obstmost läßt sich für Württemberg annähernd genau und bis auf die neueste Zeit verfolgen, während über den Verbrauch von Wein und Branntwein Zahlen aus weiter zurückliegenden Zeiträumen vorliegen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet sich für Württemberg der Jahresverbrauch von Bier auf 170,5 l, von Obstmost auf 43,5 l, von Zitronenmost auf 15,4 l, von Wein auf ca. 22,8 l, von Trinkbranntwein auf ca. 5,0 l und der Geldaufwand auf diese alkoholischen Getränke zusammen auf 74,82 ℳ, das macht für die gesamte Bevölkerung 172 Mill. ℳ im Jahr. Zu einer Vergleichung dieser Ziffern mit dem Getränkverbrauch

in anderen deutschen Ländern, welche erst die wirtschaftliche Bedeutung derselben in ein richtiges Licht stellen könnte, fehlt es für diese Staaten, wenn auch im einzelnen Angaben über den Bier-, Wein- und Branntweinverbrauch sich da und dort zerstreut fanden, leider an zusammenhängenden Untersuchungen. Ein zweiter Abschnitt verbreitet sich über die Folgen des Alkoholmißbrauchs in Hinsicht auf die Gesundheit, Kriminalität, Verarmung. In erster Hinsicht gibt die württembergische Heilanstaltsstatistik, welche über die Art der Krankheit der in die Heilanstalten aufgenommenen Personen Nachweis führt, sowie die Statistik über die Irrenanstalten, welche erkennen läßt, in welchen Fällen die Geisteskrankheit auf Alkoholismus zurückzuführen ist, sehr wertvolles Material an die Hand. Bezüglich des Einflusses des Alkoholismus auf die Kriminalität sind die interessanten Untersuchungen des langjährigen Direktors der Königl. Strafanstalt Ludwigsburg (E. v. Sichart) herangezogen. Wenig brauchbares Material gibt dagegen hinsichtlich des Einflusses auf die Verarmung die überdies schon weit zurückliegende reichsstatistische Erhebung über die öffentliche Armenpflege vom Jahre 1885. Ein dritter Abschnitt behandelt die Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholismus. Eingehend erörtert werden in diesem Abschnitt zunächst die staatlichen Maßnahmen, insbesondere die Bestimmungen hinsichtlich des Verbots oder der Beschränkung der Abgabe geistiger Getränke, hinsichtlich der staatlichen Beaufsichtigung der Schankwirtschaften und des Kleinhandels mit geistigen Getränken sowie die Maßnahmen zur Verhütung des Alkoholmißbrauchs in Staatsbetrieben. In letzterer Richtung sind hauptsächlich die seitens der württembergischen Staatseisenbahnverwaltung in den letzten Jahren getroffenen Einrichtungen von Interesse. Weiterhin werden die Maßnahmen zur Verhütung des Alkoholismus in gewerblichen Privatbetrieben erwähnt und endlich in ausführlicher und erschöpfender Weise die Bestrebungen auf dem Gebiete der freien Vereinstätigkeit gegen den Alkoholmißbrauch (Mäßigkeitsvereine, Abstinenzvereine, Trinkerheilstätten, sonstige Vereine und Anstalten) vorgeführt.

O. Trüdinger.

XIX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

XX. Armenstatistik.

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die Erhebung von Schulgeld von den auswärtswohnenden Schülern und Schülerinnen. Mit 4 Karten. Von Dr. F. Mangold. Beilage von Dr. A. Im Hof. Rechtserörterungen. Nr. 15 der Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt. Basel 1909.

Basel liegt am Knie des Rheines, wo er die Schweiz verläßt und deutsches Gebiet betritt, und grenzt rings an fremdes Land: Baden, Elsaß, Kanton Baselland. Der Schulunterricht ist bis zur Universität für alle unteren, mittleren und oberen Schulen unentgeltlich und die Lehrmittel, Schreib-, Zeichnungs- und Arbeitsmaterialien werden in den unteren und mittleren Schulen bis zum 9. Schuljahre gratis abgegeben und zwar ohne Ausnahme an alle Schüler. Die Grenzlage der Stadt, die guten Schulen und nicht zuletzt die Unentgeltlichkeit von Schule und Lehrmitteln veranlaßt gegen 1000 Schüler, die in Baden, im Elsaß und in Baselland wohnen, Basler Schulen zu besuchen. Sie wurden stets wie Basler Schüler behandelt. Die enormen Schulausgaben und gespannten Finanzen haben den Gedanken geweckt, von diesen Auswärtswohnenden könnte ein Schulgeld erhoben werden. Dies gab Anlaß zum vorliegenden Berichte und zu einer Individualstatistik sowohl der auswärtswohnenden, als der in Basel nur domizilierten Schüler. Es handelte sich dabei vor allem darum, die Beziehungen zwischen den Eltern der Schüler zur Stadt Basel herauszufinden (Basel als Bürgerort, Arbeitsort, früherem Wohnort usw.) und den Gründen nachzugehen, die den Schulbesuch veranlaßt haben, und die Verhältnisse der Kinder zu beleuchten (Beruf und Stellung, Wohnort, Heimatsort des Vaters usw.). Die Ergebnisse bieten manches Interessante und stellen die Bedeutung der schweizerischen Grenzstadt als Mittelpunkt eines bedeutenden internationalen Wirtschaftskreises ins rechte Licht. Vielen dürfte die Tatsache neu sein, daß ca. 600 badische Eisenbahnangestellte kraft eines Staatsvertrages von 1852 in Basel steuerfrei sind und ihre Kinder, wie die Steuerpflichtigen, in gleicher Weise gratis schulen lassen können. Außerdem nehmen die Basler Schulen ca. 220—230 in Deutschland wohnende Schüler unentgeltlich auf und geben ihnen alle Lehrmittel.

F. Mangold.

XXII. Justizstatistik.

Kriminalstatistik für 1906. Statistik des Deutschen Reichs. Bd. 185. 194 u. 68 u. 428 S. Preis 10 ℳ. Berlin 1908.

Die deutsche Kriminalstatistik für das Jahr 1906 gelangt in der Hauptsache, wie bisher, in 3 großen Haupttabellen zur Darstellung. Die Erörterung der Tabelle I ist im Reichsjustizamte und diejenige der Tabellen II und III im Kaiserlichen Statistischen Amte, dem bisher üblichen Verfahren entsprechend, bearbeitet worden. — Neu hinzugekommen sind und werden besonderes Interesse erregen Nachweisungen über die Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen. In diesen Aufstellungen sind die Vergehen gegen die Gewerbeordnung von denen gegen andere Reichsgesetze getrennt behandelt. Die Angaben sind für die einzelnen Bundesstaaten und innerhalb derselben für die verschiedenen Regierungsbezirke usw. gemacht, sie betreffen nicht nur die Zahl der gestraften Handlungen und Personen, sondern weisen auch die Höhe der rechtskräftig erkannten Strafen auf.

Bemerkenswert sind die Veränderungen der Kriminalität im letzten Vierteljahrhundert: 1882 wurden insgesamt 315849, 1906 524113 Personen (mit Ausnahme der wegen Wehrpflichtverletzung bestraften) wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt. Das bedeutet bei Be-

rücksichtigung der Ziffer der strafmündigen Zivilbevölkerung eine Steigerung der Verurteiltenziffer um 23,4%. Diese Steigerung setzte besonders von 1892 an mit 15,4% ein; bis dahin hatte sie nur 7,7% betragen. Von 1905 bis 1906 ist die Verurteiltenziffer um 2,0% gestiegen. Die Zunahme der Kriminalität ist bei den Jugendlichen in noch höherem Maße erfolgt als bei der Gesamtheit. Bei ihnen sind die Verurteilungen von 1882 bis 1906 um 34,5% gestiegen, Von 1905 bis 1906 ist die Verurteiltenziffer um 4,2% gewachsen. — Die Zunahme der gesamten strafbaren Handlungen ist lediglich dem männlichen Geschlechte zuzuschreiben. Von 1882 auf 1906 ist die Zahl der männlichen Verurteilten um 29,1% gestiegen, die der weiblichen dagegen um 1,3% zurückgegangen. Ähnliches zeigt sich bei der Jugend. Bei ihr ist die Zahl der weiblichen Verurteilten ebenfalls, und zwar um 1,0% gefallen, die der männlichen dagegen um 43,5% gewachsen. Die Steigerung der Kriminalität ist hauptsächlich auf ein Wachstum des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechertums zurückzuführen, denn unter den Verurteilten hat in 25 Jahren die Steigerung bei der Gesamtzahl der Vorbestraften 184,6% (darunter bei den weiblichen Personen 83,9%), bei der Gesamtheit der Verurteilten ohne Vorstrafen dagegen nur 24,1% (darunter bei den weiblichen 18,7%) betragen. Bei den Jugendlichen mit Vorstrafen ist ebenfalls die Steigerung eine erhebliche, sie beträgt nämlich seit 1889 34,0%, bei den Jugendlichen ohne Vorstrafen hingegen 22,6%. — Die Zahl der zu Zuchthaus Verurteilten hat seit 1882 um 55,6% abgenommen; desgleichen ist die Zahl der zu Gefängnis Verurteilten, und zwar bei der Gesamtheit seit 1882 um 16,7%, bei den Jugendlichen seit 1889 um 15,9% zurückgegangen.

Die Beteiligung an der Kriminalität im Jahre 1906 nach den persönlichen Verhältnissen der Verurteilten war folgende:

Dem Berufe nach sind verurteilt: 94043 Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 225795 solche in der Industrie, 87050 solche in Handel und Verkehr, 7171 solche im öffentlichen Dienste und in freien Berufsarten, 47152 Arbeiter und Tagelöhner, 7620 häusliche Dienstboten, 17129 Selbständige ohne Beruf und Berufsangabe.

Die Restzahl der Verurteiltenziffer setzt sich aus den Angehörigen dieser Berufsgruppen zusammen.

Von den Verurteilten waren 301364 Evangelische, 223306 Katholische und 5160 Juden.

Dem Familienstand und Alter nach befanden sich unter den Verurteilten: im Alter von 21 bis unter 40 Jahren 139469 Ledige, Verwitwete und Geschiedene und 147296 Verheiratete, im Alter von 40 bis 60 Jahren 21516 Ledige usw. und 82074 Verheiratete und im Alter von 60 und mehr Jahren 4453 Ledige usw. und 8157 Verheiratete.

Wegen der Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen wurden im Jahre 1906 insgesamt 21291 Personen verurteilt. Davon wurden 62 mit Verweis, 21181 mit Geldstrafe, 20 mit Haft und 28 mit Gefängnis bestraft. Die Verfehlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe waren die häufigsten; 9698 Personen wurden dieserhalb verurteilt. Die demnächst meisten Bestrafungen betrafen Vergehen gegen den Kinderschutz nach dem Kinderschutzgesetze; sie erreichten die Höhe von 3286. Wegen der Vergehen gegen Jugend- und Kinderschutz nach der Gewerbeordnung sind 1150 Verurteilungen ergangen. *J.*

Die Ergebnisse der Zivilrechtspflege im Jahre 1906. Österreichische Statistik Band 85, Heft 1, 1. Abteilung.[1])

Bezüglich des Verfahrens in Streitsachen vor den Bezirksgerichten wird untersucht, welchen Einfluß die Vorladungen zum Vergleichsversuche vor Einbringung der Klage auf den Anfall der bezirksgerichtlichen Klagen haben. Die gleiche Untersuchung wird hinsichtlich der allmählich ins Leben tretenden Gemeindevermittlungsämter anzustellen sein. Den besonderen Verfahrensarten in Mahn-, Mandats-, Bagatell- und Besitzstörungssachen wird das ordentliche bezirksgerichtliche Verfahren gegenübergestellt und die Geschäftstätigkeit der Gerichte vom Standpunkte der Verwaltung eingehend untersucht. Daran schließt sich eine Darstellung der gegen bezirksgerichtliche Urteile eingelegten Rechtsmittel. Auf je 10000 in Österreich anwesende Personen entfielen im Jahre 1906 235 Vorladungen zum Vergleichsversuche, 147 Zahlungsbefehle im Mahnverfahren, 384 Bagatellklagen, 130 Klagen des ordentlichen Verfahrens, 10 Besitzstörungsklagen und 25 Klagen in anderen Streitsachen.

In gleicher Weise wird die Kausalgerichtsbarkeit (Wechsel-, Handels-, See- und Bergrechtssachen) und die allgemeine Gerichtsbarkeit der Gerichtshöfe 1. Instanz mit dem gegen die kollegialgerichtlichen Urteile eingebrachten Rechtsmittel behandelt.

Die Darstellung des Streitverfahrens beschließt eine summarische Übersicht über die Tätigkeit der Sonder- und Schiedsgerichte. *H. Forcher.*

Exekutionsverfahren in Österreich. — Nach Band 85, Heft 1, 1 der „Österr. Statistik".

Die Statistik des Exekutionsverfahrens ist der Hauptsache nach eine Zählkartenstatistik; insbesondere sind die Zählkarten über Zwangsversteigerungen von Liegenschaften so weit vervollkommnet, daß die einfache Übereinanderlegung der Karten selbst die Summierung der darin enthaltenen Daten unmittelbar ermöglicht. — Die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen, wobei in einer einzigen Exekutionsführung mehrere Liegenschaften zur Versteigerung gelangen können, betrug im Jahre 1906 9237. Das hierbei erzielte Meistbot machte 83,4% des Schätzwertes der versteigerten Liegenschaften aus. — Auch in die Exekution auf das bewegliche Vermögen erhält man durch die Zählblätter über Zwangsverkäufe einen genauen Einblick, wozu noch die Geschäftsausweise ergänzend hinzutreten. Im Jahre 1906 wurden

1) Bezüglich der Ehelösungen siehe oben bei II, wegen der Statistik des Exekutionsverfahrens nachstehendes.



865 939 Zwangsvollstreckungen auf Mobilien bewilligt, 395 329 Mobiliarpfändungen und 26 331 Zwangsverkäufe von Mobilien vorgenommen. Der durch Zwangsverkauf erzielte Erlös betrug 67 % des Gesamtbetrages aller Schätzwerte. Dieses Erlösprozent ist begreiflicherweise am wenigsten günstig bei Verkäufen durch öffentliche Versteigerung (63 %) und am größten bei Übernahmen (127 %). Im Jahre 1906 kamen in Österreich auf 100 000 Einwohner 33 Zwangsversteigerungen von Liegenschaften und 95 Zwangsverkäufe beweglicher körperlicher Sachen.

Die Statistik der Exekutionen auf die rechtlich so interessanten Kolonenrechte in Dalmatien auf Grund von Zählkarten findet sich in der Stat. Monatschrift. Endlich werden den von den Gerichten gelieferten Geschäftsausweisen die Zahl der Exekutionen auf Geldforderungen, die Pfändung von Ansprüchen auf Herausgabe oder Leistung körperlicher Sachen, die Exekution zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen, die Zahl der zwangsweisen Räumungen und der Exekutionen zur Sicherstellung von Forderungen entnommen. *H. Forcher.*

Beruf, Konfession und Verbrechen. Eine Studie über die Kriminalität der Juden in Vergangenheit und Gegenwart. Von Dr. Rudolf Wassermann. Heft 2 der Statist. und Nationalökon. Abhandlungen, herausg. von G. v. Mayr. München, Ernst Reinhardt. 1907. Preis 5 ℳ.

Die vorliegende Studie gipfelt in dem Versuche, zu zeigen, ob und inwieweit sich die Kriminalität der Juden von der Kriminalität unterscheidet, die man nach ihrer sozialen Schichtung erwarten sollte.

Zu diesem Behufe galt es zuerst, die „spezifische Kriminalität“ der einzelnen Berufe festzustellen, d. h. wie viele Verstöße gegen eine Bestimmung des Reichsstrafgesetzbuchs auf je 100 Angehörige einer bestimmten Berufsgruppe kommen. (Die Fragestellung der Reichskriminalstatistik: Wieviel Angehörige eines Berufes kommen auf 100 Verstöße? war ungeeignet, da ja die einzelnen Berufsgruppen nicht gleichmäßig besetzt sind.) Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden sodann in ihrem Verhältnis zur durchschnittlichen Kriminalität, die gleich 1 gesetzt wurde, ausgedrückt, so daß z. B. Ergebnisse wie das folgende: „die spezifische Kriminalität der Kaufleute beim Wucher ist 26“, bedeuten, die Wucherkriminalität der Kaufleute ist 26 mal größer als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde.

Nun war es mittels einer einfachen Gleichung möglich, die „Sollkriminalität“ der Christen und Juden zu eruieren, die Frage zu beantworten, wie weit sich die Kriminalität der Christen resp. Juden von der Kriminalität einer Bevölkerung mit durchschnittlicher spezifischer Kriminalität des Berufes (= 1) unterscheiden müßte, wenn sie der beruflichen Differenzierung der Konfessionen entsprechen würde. Um die Ergebnisse in einer Zahl auszudrücken, wurde jeweils nur der Unterschied festgestellt, der sich bei Juden sonach ergeben sollte, wenn man unter analogen Voraussetzungen die Resultate bei den Christen = 1 setzt.

Ein Vergleich der Sollkriminalität der Juden mit ihrer „Istkriminalität“ d. h. dem Unterschied, der zwischen ihrer Kriminalität und der der Christen tatsächlich besteht, ergibt, inwieweit die Juden stärker resp. schwächer belastet sind, als nach ihrer Berufsverteilung zu erwarten wäre (spezifische Kriminalität der Juden.)

Als Ergebnis dieser Untersuchungen stellt sich nun folgendes heraus:

1. Die Kriminalität der Juden weicht nicht wesentlich von der Kriminalität ab, die nach ihrer Berufsverteilung zu erwarten ist.
2. Bei einer Reihe von Delikten zeigt sich, daß die Juden sogar eine noch günstigere Kriminalität aufzuweisen haben, als man nach ihrer Berufsverteilung erwarten sollte. Eine Ausnahme machen nur Meineid, Wucher und Betrug.
3. Aber auch bei keinem dieser Delikte ist die Kriminalität der Juden doppelt so groß, wie man unter Berücksichtigung der Berufsverteilung erwarten sollte.

Außerdem ist bei ihnen ein immer stärkeres Annähern an die Sollkriminalität zu beobachten.

Über die neue Berechnungsmethode ist schon ziemlich viel geschrieben worden. Wer sich dafür interessiert, den verweise ich auf den 4. und 5. Jahrgang der Monatsschrift für Kriminalpsychologie und auf den 4. Jahrgang der Zeitschrift für Statistik der Juden, wo ich mich mit den einzelnen Anschauungen auseinandergesetzt habe resp. noch auseinandersetzen werde. Der beste Beweis für die Brauchbarkeit des von mir eingeschlagenen Verfahrens dürfte wohl der Umstand sein, daß inzwischen Johannes Galle in seinen Untersuchungen über die Kriminalität in der Provinz Schlesien (Gerichtssaal Band 71, Heft 5/6) es mit gutem Erfolg unternommen hat, den Einfluß der Rasse nach denselben Prinzipien festzustellen. *R. Wassermann.*

XXIII. Finanzstatistik.

Denkschriftenband zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen. Zusammengestellt im Reichsschatzamt. Teil II bis IV. Berlin 1908. (Vgl. D. St. Z. Nr. 1, S. 27, Nr. 2 unter V, VI u. XII.)

Teil II des Denkschriftenbandes versucht nach ähnlichen Grundsätzen wie die deutschen die Finanzen der fremden Länder zu behandeln. Auch hier ist überall das Bestreben, die Kommunalfinanzen, die ja bisher nur ganz vereinzelt zusammengestellt waren, mit in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, wobei ein umfangreiches amtliches Material der fremden Staaten benutzt worden ist. Die Darstellung ist regelmäßig so, daß erst in großen Umrissen der Bedarf, dann die Einnahmen in ihrer historischen Entwickelung und endlich das Schuldenwesen dargelegt wird. Soweit angängig, wird dabei auch jedesmal die Belastung auf den Kopf mit Steuern berechnet. So vorsichtig internationale finanzstatistische Zusammenfassungen zu behandeln sind, so werden diese Zahlen, mit genügenden Einschränkungen hinsichtlich ihrer



Vergleichbarkeit versehen, doch, für die seit kurzem mit ganzer Kraft einsetzende Diskussion über die Methoden der internationalen Finanzstatistik von wesentlichem Nutzen sein.

Dem Teil III der Denkschrift ist ein kritisches Gutachten von Adolf Wagner über die Möglichkeit von Berechnungen der finanziellen, namentlich der Steuerbelastungen der Bevölkerung, sowie über die Vergleichung zwischen den bezüglichen Daten in den verschiedenen Staaten angehängt.

Teil IV des Denkschriftenbandes gibt Materialien zur Beurteilung der Zusammenhänge zwischen dem öffentlichen Schuldenwesen und dem Kapitalmarkte wieder. Vgl. unter XII.

Dem IV. Teil sind eine Reihe von mehrfarbigen graphischen Darstellungen beigegeben.

Eine dem Denkschriftenband beigegebene Zusammenfassung ermöglicht es, die wichtigsten Resultate desselben in gedrängter Form sich anzueignen, ohne auf die Einzelheiten des gewaltigen, in den vier Teilen zur Darstellung gebrachten Materials einzugehen. Anderseits ist dem einzelnen diese Durcharbeitung durch Beifügung eines Sachregisters ermöglicht.

Das Reichsschatzamt hat endlich noch eine Reihe von Zusätzen und Berichtigungen zusammen mit dem Sachregister und der Zusammenfassung herausgegeben, die teils durch einige Fehler, teils durch nachträgliche eingegangene Resultate von Erhebungen notwendig geworden waren. Ein Teil des ersten Bandes der Denkschrift ist auf Grund dieser Nachprüfungen neugedruckt und es sind infolgedessen bei Benutzung des Denkschriftenbandes die zum Schluß gegebenen Zusätze und Berichtigungen zu beachten. *K.*

Direkte Steuern im Großherzogtum Hessen 1869 bis 1908. Aus den „Mitteilungen der Großherzoglichen Zentralstelle für die Landesstatistik", Jahrgang 1909, Nr. 875.

Die vorstehende Nummer gibt erstmalig eine übersichtliche Entwickelung der direkten Staatssteuern Hessens für den Zeitraum 1869 bis 1908. Die Grundsteuer, die im Jahr 1869 noch 67% des gesamten Steuerertrages ausmachte, ist nebst der Gewerbesteuer und der erst seit 1885 eingeführten Kapitalrentensteuer seit 1901 als Staatssteuer gefallen und durch die Vermögenssteuer ersetzt. Grund-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer sind den Gemeinden überlassen. Die im Jahre 1870 nur 36% des Gesamtsteuerertrages bildende Einkommensteuer ist auf 76,2% im Jahr 1908 gestiegen neben 23,8% Vermögenssteuer. Die starke Heranziehung der Einkommensteuer war ermöglicht durch das ungewöhnlich rasche Wachstum des Volkswohlstandes. Das Einkommen der hessischen Bevölkerung (physische Personen) ist von 166 Millionen *M* in 1870 auf 550 Millionen *M* in 1908 gestiegen, sodaß sich das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung von 202 auf 437 *M* erhöhte. Die Zahl der physischen Pflichtigen mit einem Einkommen von 900 bis unter 1700 *M* ist in den letzten 40 Jahren auf das Dreifache gewachsen; die Pflichtigen in den mittleren Einkommensklassen, also ungefähr bis zu einem Einkommen von 8000 *M*, haben sich verdoppelt, und die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen mit über 8000 *M* ist auf das 4- bis 6fache gestiegen. *L. Knöpfel.*

Der Zuschußanspruch Lindens gegen Hannover im Jahre 1907 nach § 53 des Kommunalabgabengesetzes. Statistische Grundlagen und Berechnungen. Linden 1907. 40 S. (Nicht im Buchhandel.) Dasselbe für 1908. 11 S.

Die erste Arbeit erörtert eingehend die komplizierten gesetzlichen Grundlagen des Zuschußanspruchs der Arbeiterwohnsitzgemeinden gegen die Betriebsgemeinden. Daraus werden die Erfordernisse einer zuverlässigen Berechnung des Zuschußanspruchs abgeleitet. Es werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hannover und Linden geschildert und unter Ausbeutung des vorhandenen statistischen Materials die Bevölkerungskontingente berechnet, die auf Arbeit in Hannover, speziell in hannoverschen Fabriken angewiesen sind. Ebenso werden die Gegenkontingente, die in Hannover wohnen und in Linden arbeiten, berechnet, und die finanzielle Bedeutung des auswärtigen Wohnsitzes steuerkräftiger Lindener bewertet.

Sodann wird die Steuerkraft der in Linden und der auswärts arbeitenden Bevölkerungsteile berechnet, indem namentlich versucht wird, auch die mittelbar durch Wohnen und Lebensbedürfnisse ausgelösten Steuervorteile zu erfassen. Unter Benutzung des sonstigen finanzstatistischen Materials wird daraus abgeleitet, wieviel von den Steuern der großen Lindener Betriebe usw. für die in Hannover arbeitende Bevölkerung beansprucht wird.

Nachdem die Aufwandsbeträge der „arbeitsfremden" Bevölkerung in den verschiedenen Etatzweigen ermittelt sind, wird die Zuschußforderung festgestellt. Endlich wird die Bedeutung des Zuschußbetrages (75 000 *M*) gewürdigt im Vergleich mit den Lasten Lindens und den Ersparnissen Hannovers, die durch den Abschub finanzschwacher Bevölkerungsteile nach Linden erwachsen. Diese Lasten bzw. Ersparnisse betragen das Achtfache des gesetzlich überaus eingeengten Zuschußanspruchs. *K. Seutemann.*

XXIV. Statistische Sammelwerke und unausgelöste Statistik.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die statistischen Mittelwerte. Eine methodologische Untersuchung von Dr. Franz Žižek. Verlag von Duncker & Humblot. Leipzig 1908. 444 Seiten.

Das Buch enthält eine eingehende Untersuchung des Wesens der statistischen Mittelwerte, ihrer Bedeutung für die Statistik sowie der Voraussetzungen und Grenzen ihrer Anwendbarkeit. Der I. Teil des Buches behandelt die Mittelwerte, zu

denen auch die meisten Relativzahlen gehören, im allgemeinen. Hierbei werden zunächst „isolierte" Mittelwerte, die auf Berechnung oder Schätzung beruhen können, und Mittelwerte, denen Reihen von Einzelwerten gegenüberstehen, unterschieden und der Fortschritt der statistischen Methodik dargelegt, der sich im Übergang von Mittelwerten ersterer Art zu solchen der letzteren Art äußert. Sodann werden die Hauptzwecke der Mittelwerte erörtert. Es kann ausschließlich die Charakterisierung einer Reihe von divergierenden Einzelwerten durch einen einzigen zusammenfassenden Zahlenausdruck beabsichtigt sein. Meistens werden jedoch Mittelwerte zu Vergleichszwecken verwendet; sie dienen ferner als Maßstab zur Beurteilung von Einzelwerten und als Ausgangspunkt zur Messung der Dispersion der Reihen. Der Vergleich von Mittelwerten ist, wie an der Hand zahlreicher Beispiele gezeigt wird, ein sehr schwieriger, wenn sich die verglichenen Werte nicht auf homogene oder in gleicher Weise zusammengesetzte Massen beziehen. So kann beispielsweise der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter einer Industrie im Laufe bestimmter Jahre gefallen sein, gleichzeitig zeigen aber homogenere Teilmassen von Arbeitern (z. B. Männer und Frauen oder gelernte und ungelernte Arbeiter) sämtlich steigende Löhne. Der scheinbare Widerspruch rührt daher, daß zu dem späteren Zeitpunkt verhältnismäßig mehr Frauen oder ungelernte Arbeiter mit niedrigeren Löhnen beschäftigt sind als zu Beginn der Vergleichsperiode. Auf solche Fälle stützt sich die nicht selten geäußerte Ansicht, daß man durch verschiedene Gruppierung desselben statistischen Materials entgegengesetzte Behauptungen beweisen könne. Die statistische Kausalitätsforschung beruht meistens auf einem Vergleich von Mittelwerten. Allein es fehlen sehr häufig die für einen Kausalitätsschluß im Sinne der aus der Logik bekannten Differenzmethode erforderlichen Voraussetzungen und die Folge sind dann nicht selten unrichtige Schlüsse. Der II. Teil des Buches behandelt die verschiedenen Arten von Mittelwerten und zwar insbesondere das einfache und das gewogene arithmetische Mittel, das geometrische Mittel, den Zentralwert oder Median und den dichtesten Wert. Die beiden letztgenannten Mittelwerte werden in Deutschland noch wenig gebraucht, spielen jedoch in der englischen und amerikanischen Statistik, speziell in der Lohnstatistik, bereits eine bedeutende Rolle. Im III. Teile wird die für den methodologischen Wert der Mittelwerte maßgebende Dispersion (Verteilung) der statistischen Reihen um ihre Mittelwerte untersucht. Hierbei wird auch die Frage der Stetigkeit der statistischen Erscheinungen erörtert.

Der Verfasser hat auch versucht, eine für den Nichtmathematiker verständliche zusammenfassende Darstellung des Gedankenganges und der Methoden der mathematischen Statistik zu geben, zur Information der staatswissenschaftlich und nicht mathematisch vorgebildeten Mehrzahl der Statistiker,

Das Buch zeigt, daß die meisten Probleme der statistischen Methodik in das große, zentrale Problem der Mittelwerte münden. *F. Žižek.*

Fragekasten.

Unter dieser Überschrift sollen an die Redaktion gerichtete Fragen der Abonnenten nach statistischen Nachweisungen veröffentlicht und, soweit die Redaktion dazu in der Lage ist, beantwortet, ferner auch sonstige Auskünfte gegeben werden. Ausgeschlossen sind auf ein bestimmtes Land, eine Stadt usw. bezügliche Fragen nach Angaben, die durch die zuständige amtliche Stelle ohne weiteres geliefert werden können.

Um Mitteilungen zur Beantwortung der gestellten Fragen aus dem unterrichteten Leserkreise wird gebeten; es wird davon tunlichst schon in der darauffolgenden Nummer im „Fragekasten" Gebrauch gemacht werden.

S. Z. in D. — Da unser Blatt hauptsächlich der Bekanntmachung von sonst weniger beachteten statistischen Erhebungen dienen soll, so ist die Besprechung der jetzt beginnenden Veröffentlichungen über die Deutsche Berufs- und Betriebszählung von 1907 für uns nicht dringlich; denn diese werden von der Tagespresse genügend verbreitet. Auch wird erst durch eine Verschiebung der Berichterstattung bis zum vollständigen Vorliegen der einzelnen Teile (Berufe, Landwirtschaftsbetriebe, Gewerbebetriebe) die Erkenntnis des Wichtigsten unter den Ergebnissen ermöglicht werden.

Dr. E. in L. — Eine Zeitungsnotiz berichtete, im Deutschen Reich seien bei der letzten Zählung 3,3 Millionen Ziegen gefunden worden; da in einem Jahre 1,2 Mill. geschlachtet werden, so stellten sich die jährlichen Schlachtungen auf 35,3 von je 100 Stück Bestand. Dies ist einer jener offenkundigen Rechenfehler, die so häufig zu falschen Folgerungen aus richtigen statistischen Ergebnissen führen. Denn die Schlachtungen im Laufe eines Jahres sind bei Tieren, die jung geschlachtet zu werden pflegen, unvergleichbar mit dem zufällig an einem bestimmten Tage gefundenen Bestand. Ein richtiges Bild der Häufigkeit der Schlachtungen würde sich ergeben, wenn man ihre jährliche Zahl mit der der am Jahresanfang vorhandenen und der (bis jetzt noch nicht ermittelten) Zahl der im Laufe des Jahres geborenen Ziegen vergleichen könnte.

Lübeck. — Die Frage der dauernden Aufbewahrung der Volkszählungspapiere ist von den Archivtagen in Dresden (1900) und Lübeck (1908) behandelt worden. Für die beteiligten Stellen dürften, wenn sie diese Papiere nach Gebrauch früher oder später vernichten, schwerlich andere Gründe bestimmend sein als der Raummangel. Wir glauben daher nicht, daß hierin die in Lübeck angeregte Änderung der Vorschriften über die Geheimhaltung des Inhalts der Papiere Wandel schaffen wird.

Leipzig. — Die neuerliche Verminderung des Geburtenüberschusses rechtfertigt keineswegs die bereits lautgewordene Befürchtung, als ob eine Abnahme der Bevölkerung zu erwarten stehe. Denn selbst der verminderte Geburtenüberschuß ist noch bedeutend genug, um eine natürliche Bevölkerungszunahme auf absehbare Zeit zu verbürgen, zumal da der Rückgang der Sterblichkeit zwar nicht ausschließlich (siehe Seite 34 dieser Nummer), aber doch zum großen Teile der Verminderung der Todesfälle im 1. Lebensjahre zu danken ist und kein Grund besteht, daran zu zweifeln, daß bei weiterem Sinken der Geburtenziffer auch die Sterblichkeit der Neugeborenen noch weiter herabgehen wird; gleiche Ursachen pflegen eben gleiche Wirkungen hervorzurufen. Im Königreich Sachsen z. B. zeigten in den 7 ersten Jahren des neuen Jahrhunderts im Vergleich mit den 7 letzten des vorausgegangenen die Lebendgeburten eine Abnahme um 32 664 bei gleichzeitiger Verminderung der Sterbefälle im 1. Lebensjahre um 42 333.



Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die systematische Bearbeitung der Veröffentlichungen von Aktiengesellschaften

Von **Heinrich Lomnitz**
Regierungsbaumeister a. D.

Mit 9 Tafeln. [VIII u. 86 S.] gr. 8. 1908. Geh. *M* 3.—

Die systematische Bearbeitung der Veröffentlichungen von Aktiengesellschaften erfordert die Anlegung einer Reihe von Tabellen und graphischen Darstellungen. Diese werden besonders behandelt und durch zahlreiche Beispiele und Vordrucke erläutert. Die wichtigsten sind die „Zusammenstellung der Vermögensbestände und der Kapitalisationen", durch die die Bilanzen einer größeren Reihe von Jahren in besonderer Anordnung wiedergegeben werden, und die sogenannte „Hauskontrolle", durch die eine Nachprüfung der Einnahmen und Ausgaben und damit eine Rekonstruktion des ausgewiesenen Gewinnes angestrebt wird. Daneben handelt es sich um die „Zusammenstellung der Bewertung der Nichtflüssigen-Mittel im Börsenkurs und in der Bilanz" sowie um „Rentabilitätsberechnungen", die gleichzeitig geeignet sind, die Grundlage für eine einwandfreie Aktienstatistik abzugeben. Vorausgeschickt sind zur Einführung drei Abschnitte, in denen der Aufbau der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung, die Bedeutung der Abbuchungen, Abschreibungen, Überschreibungen, Auf-Betrieb-Verbuchungen usw. behandelt werden. Bei diesen Ausführungen ist allein auf den Zweck, die später folgenden Zusammenstellungen verständlich zu machen, Rücksicht genommen. Der Abschnitt IV, der die systematische Bearbeitung umfaßt, enthält verschiedene wertvolle Gesetzesvorschläge.

Die chemische Industrie

Von **Gustav Müller**
Kaiserl. Geh. Oberregierungsrat, vortr. Rat im Reichsamt des Innern
Unter Mitwirkung von Dr. phil. Fritz Bennigson
bei den Kgl. technischen Instituten der Artillerie

(B. G. Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe)
[VIII u. 488 S.] gr. 8. 1909. Geh. *M* 11.20, in Lwd. geb. *M* 12.—

Das Buch bringt alles für den Kaufmann und Chemiker, der sich für seinen Beruf auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung orientieren will, Wissenswerte. In dem Abschnitte über die wirtschaftliche Entwicklung der chemischen Industrie finden sich die derzeit geltenden Bestimmungen auf den Gebieten der Handels- und Zollgesetzgebung, des Urheberrechts, der Verkehrs- und Gesundheitspolizei, der Gewerbeordnung und des Versicherungswesens, soweit sie für die chemische Industrie von Interesse sind. Der spezielle Teil behandelt die einzelnen Zweige der chemischen Betätigung einschließlich der Kautschukindustrie. Er bringt die für jeden Zweig besonders in Betracht kommenden Normen an der Hand kurzer technischer Erläuterungen. Beide Teile sind mit reichhaltigen statistischen Tabellen und sonstigem statistischen Material ausgestattet, das den Leser zu weiteren Betrachtungen auf den einschlägigen Gebieten anregt. So wird das Buch nicht bloß den Kaufmann und Chemiker, sondern auch den Volkswirt befriedigen, der sich an der Hand einer objektiven Darstellung über wirtschaftliche, auf dem Gebiet der chemischen Industrie liegenden Fragen rasch und sicher orientieren will.

Während „Die chemische Industrie" den Hauptwert auf die Darstellung der volkswirtschaftlichen Seite legt, wird das technische Gebiet in dem in der gleichen Sammlung bereits erschienenen Werke „Chemische Technologie" von Dr. Fr. Heusler eingehend dargestellt.

Zeitschrift für Jugendwohlfahrt

Im Auftrage der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge

Unter Mitwirkung von ersten Autoritäten herausg. von **Dr. Lindenau**, Regierungsrat. Redaktion: Dr. jur. Frieda Duensing

Preis für den Jahrgang von 12 Heften *M* 12.—

Die Zeitschrift hat es sich zur Aufgabe gestellt, all den mannigfaltigen Bestrebungen zur Förderung der Jugendwohlfahrt einen Vereinigungspunkt zu bieten, indem sie mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, aber in knapper, jedem Gebildeten verständlicher Darstellung alle Fragen der Jugendfürsorge erörtert, vom staatlichen, kirchlichen, ärztlichen, rechtlichen, wie vom erzieherischen, wirtschaftlichen, künstlerischen und sonstigen maßgebenden Standpunkten aus. Größere Aufsätze werden durch zusammenfassende Berichte über die Ergebnisse der Wissenschaft und Praxis auf den bedeutendsten dieser Gebiete, über die internationale Entwicklung der Jugendschutzbewegung, über neue amtliche Maßnahmen und über das Vereins- und Versammlungsleben ergänzt.

Probehefte umsonst und postfrei vom Verlag B. G. Teubner in Leipzig.

Politisches Handbuch für Frauen

Herausgegeben vom Allgem. Deutschen Frauenverein

[VI u. 118 S.] gr. 8. 1909. Kart. *M* 1.20

Die Erschließung des öffentlichen Lebens, die das Reichsvereinsgesetz den Frauen gebracht hat, stellt sie vor eine Reihe neuer Aufgaben und unbekannter Arbeitsgebiete. Damit die neuen Möglichkeiten der Interessenvertretung und der Mitarbeit am Kulturleben, die den Frauen dadurch gegeben sind, voll ausgenutzt werden, bedarf es noch der Anleitung und Aufklärung. Sie kann durch die üblichen Bürgerkunden und politischen Handbücher nicht gegeben werden, weil diese die besondere Rechtslage der Frauen meist nur oberflächlich oder gar nicht berühren. Aus diesem Grunde hat der Allgemeine Deutsche Frauenverein die Ausgabe eines selbstverständlich objektiv und parteilos gehaltenen politischen Leitfadens unternommen, der neben den allgemeinen Aufklärungen über die politischen Rechtsverhältnisse (Reich, Staat, Gemeinde, gesetzliche Berufsvertretung) und das Parteiwesen die Stellung der Frau im öffentlichen Recht, die Stellung der Parteien zur Frauenfrage eingehend berücksichtigt. Dadurch, daß das Buch zugleich auch eine knappe Geschichte der vier großen politischen Parteien gibt, erfüllt es eine Aufgabe, die innerhalb der vorhandenen Leitfadenliteratur noch nicht gelöst ist und deren Wert deshalb auch über die Frauenkreise, für die das Buch in erster Linie bestimmt ist, hinausreichen wird.

Merkbuch der Frauenbewegung

Herausgegeben vom Bunde Deutscher Frauenvereine
Bearbeitet von **Marie Wegner**

[IV u. 152 S.] gr. 8. 1908. Kart. *M* 2.40

Das Buch bringt zum erstenmal eine Zusammenstellung aller deutschen Frauenvereine, die dafür eintreten, daß der Frau das gleiche Recht zuteil wird wie dem Mann. In der Einleitung ist der Internationale Frauenweltbund mit seinen 23 Nationalverbänden angeführt, ausführlicher ist der Bund Deutscher Frauenvereine behandelt mit seinen Verbänden und Vereinen. Jeder Verein ist mit einem kurzen Tätigkeitsbericht und der Adresse seiner Vorsitzenden aufgeführt. Der zweite Teil erwähnt kurz die auf konfessioneller Grundlage arbeitenden Frauenvereine und Arbeiterinnenorganisationen. Den Schluß bildet eine Zusammenstellung der Orte und Arbeitsgebiete, in denen die Frauen bereits Beachtenswertes erreicht haben. Das Buch gibt nicht nur eine Fülle von Adressen, die jede in der Frauenbewegung stehende Frau braucht, es erleichtert auch den Überblick über die bisher von der Frauenbewegung geleistete Arbeit.

Arbeitsgebiete der Frauenbewegung

Herausgegeben für die praktische Berufs- und Vereinstätigkeit von **M. Wegner** (Breslau)

Zunächst sind erschienen:

Heft 1. Die Armen- und Waisenpflege

Von **Marie Wegner.** [IV u. 40 S.] gr. 8. 1907. Geh. *M* —.50

Das Heft enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Tätigkeit der Frauen in der öffentlichen Armen- und Waisenpflege und die Kämpfe, welche der Anstellung der Frauen vorauszugehen pflegen. Es gibt eine Zusammenstellung der für die Frauen wichtigen gesetzlichen Bestimmungen und der verschiedenen Systeme, in denen Frauen in der Armen- und Waisenpflege in Deutschland tätig sind. Es folgen Anweisungen und Ratschläge, wie die Frauenarbeit in den Städten einzusetzen hat, die bisher Frauen in der Armen- und Waisenpflege gar nicht oder nur unter hemmenden Beschränkungen anstellten. Die Broschüre schließt mit einem Verzeichnis derjenigen Städte, die Frauen als Armen- und Waisenpflegerinnen, im Waisenrat und in der Armendirektion mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Männer oder als Helferinnen angestellt haben. Die Zusammenstellung gibt zum erstenmal eine Übersicht über die Zahl der Frauen im Vergleich zu den Männern, die in den einzelnen Städten tätig sind.

Heft 2. Die Wohnungsfrage

Von **A. Pappritz.** [III u. 36 S.] gr. 8. 1908. Geh. *M* —.50

Dieses Heft bildet eine Ergänzung zu Heft 1: „Die Armen- und Waisenpflege". Die Verfasserin ist gut orientiert über die traurigen Wohnungsverhältnisse in Deutschland, die zur sittlichen Verwahrlosung der Jugend, zur Verbreitung der Tuberkulose und der venerischen Krankheiten führen. Das Buch bespricht die wichtigsten Vorschläge einer gesunden Bodenreform, tritt für die Wohnungsinspektion durch Frauen ein und führt die Einrichtungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften und die weniger vorbildlichen Arbeiterinnenheime an. Es dürfte somit ein wertvoller Leitfaden auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge sein.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 3 **1. Jahrgang** **15. April 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**	Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**	Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin	Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden	Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Zuschriften an die Redaktion wolle man richten:

1. sofern sie die Statistik des Deutschen Reiches betreffen, an Regierungsrat Dr. Feig in Charlottenburg, Berliner Straße 45,
2. sofern sie die Statistik deutscher Bundesstaaten, von anderen Staaten oder von Landesteilen oder statistische Theorie und Technik betreffen, an Geh. Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden-A., Ammonstraße 13,
3. sofern sie die Statistik von (deutschen oder nichtdeutschen) Gemeinden betreffen, an Professor Dr. Schäfer in Dresden-A., Nürnberger Straße 47.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen“ dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen Todesursachen-, Bau- und Wohnungs-, Preis- und Konsumstatistik, Vermögen und Einkommen, öffentliche Gewerbebetriebe, Geld- und Kreditwesen, Gesellschaften, Kirchen- und Konfessions-, Wahl-, Polizeistatistik, Gesundheitsverhältnisse, Armen-, Justiz-, Finanzstatistik, statistische Sammelwerke und sonstige Quellenveröffentlichungen.

Zentralblatt und Stadtverwaltung.[1]

Von Stadtbeirat Prof. Dr. **S. Schott**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Mannheim.

Die Bibliotheken unserer statistischen Ämter sind ungeheure Zahlenfriedhöfe; ihre Verwalter nimmermüde Totengräber. Tag für Tag erblicken neue Zahlenwerke das Licht der Öffentlichkeit — wie der euphemistische Ausdruck ja wohl lautet —; das Publikum nimmt zwar keine Notiz von ihnen, aber ein reger Austauschverkehr sorgt dafür, daß wenigstens einige Hundert Exemplare zu den gesinnungsverwandten Amtsstellen gelangen, um dort von Fleiß und Geschick ihrer Verfasser Zeugnis abzulegen. Und ihr Schicksal? . . . Obligatorische Leichenschau durch die beschenkte Behörde, Eintrag ins Sterberegister d. h. in den Katalog, danach Beisetzung in der Büchersammlung. Dort ruht das Buch, das vom Verfasser mit Sehnsucht erwartet, vielleicht mit Schmerzen geboren wurde und harrt der Auferstehungsstunde, die ihm nie schlägt; es wäre denn, daß ein inhaltsverwandtes Arbeitsgelüste sich seiner erinnerte oder daß es einem ratlos umherirrenden Doktoranden von ungefähr in die Hände fiele. Ist es übel angebrachte Eitelkeit, die den Statistiker einen solchen Stand der Dinge schmerzlich empfinden läßt? So schmerzlich, daß er sich das trostreiche Märchen ersonnen hat, seine Veröffentlichungen möchten zwar vielleicht augenblicklich keine Beachtung finden, aber für spätere Untersuchungen stellten sie äußerst schätzbares Material dar? Wahn, Wahn, überall Wahn! Nirgends reiten die Toten so schnell wie in der amtlichen Statistik. Aber unsere Frage war eine rhetorische; wer wollte es auch dem Statistiker verargen, daß er sich Zuhörer wünscht, wenn er etwas Hörenswertes vorbringen zu können glaubt? Und wer dürfte anderseits behaupten, all diese in den Bibliotheken versinkenden Werke hätten ihr Schicksal verdient!

Vorschläge und Versuche, diesem Übelstand abzuhelfen, sind schon wiederholt gemacht worden. Auf den ersten Blick ist die Lösung einfach: Produktion und Konsumtion statistischer Erzeugnisse stehen in schreiendem Mißverhältnis; jene wirft viel mehr Neuheiten auf den Markt, als diese bewältigen kann. Woraus sich dann so zwingend als möglich Abhilfe durch Einschränkung der Produktion ergibt. Bekanntlich hat man neuerdings an berufener Stelle darüber gestritten, ob nicht die Veröffentlichung statistischer Angaben in weitem Umfang dadurch entbehrlich gemacht werden könnte, daß den Interessenten die Benutzung des handschriftlichen Materials ermöglicht würde. Warum sollte auch die Gesamtheit der Steuerzahler die Kosten der Drucklegung tabellenreicher Bände für die wenigen Benutzer aufbringen? Eine solche Argumentation hat etwas Bestechendes, sie bleibt aber doch allzusehr an der Oberfläche der Erscheinung. Der Statistiker wenigstens, der von der besseren Verwertungsfähigkeit seiner Produktion überzeugt ist, wird

1) Der Herr Verfasser hat als Direktor eines städtischen Statistischen Amtes bei seinen Ausführungen nur auf städtische Verhältnisse Bezug genommen. Das Gesagte gilt aber *mutatis mutandis* zweifellos auch für alle anderen Verwaltungen, denen die Statistik dienen soll. *Red.*

nach einem anderen Heilmittel suchen, ehe er sich zu dieser Radikalkur entschließt. Daß die statistische Produktion den Bedarf bei weitem übertrifft, muß er als ehrlicher Mensch zugestehen, dagegen wird er jenen Bedarf nicht als gegebene Größe hinnehmen und dementsprechend seine Produktion einschränken, er wird vielmehr sich zunächst einmal überlegen, wie der Bedarf zu entwickeln, zu steigern sein möchte. Hier aber setzt die Aufgabe des statistischen Zentralblattes ein, wie das von seinen Herausgebern in der ersten Nummer überzeugend nachgewiesen worden ist. Es trifft nicht zu, daß der Begehr nach statistischen Veröffentlichungen ein so minimaler ist, wie es nach Maßgabe ihrer Verwendung scheinen möchte. Nein; ein Bedarf ist da — vielleicht manchmal ein halbbewußter, unentwickelter, immerhin ein Bedarf — er findet aber keine Befriedigung, weil Angebot und Nachfrage aneinander vorbeischießen. Der Markt der statistischen Veröffentlichungen gleicht so einem schlecht organisierten Arbeitsmarkt; er erfüllt seine Funktion nicht, weil es an einem richtigen Überblick über Angebot und Nachfrage mangelt und beide sich — um bei unserem Bild zu bleiben — nur auf dem Weg ungeregelter Umschau begegnen.

Die Vermutung liegt nahe, daß was hier im allgemeinen ausgesprochen worden ist, für die städtische Verwaltung keine Geltung haben könne, daß vielmehr bei der Ausbildung der Städtestatistik im Deutschen Reich von dem geschilderten Mißverhältnisse im Umkreis der Stadtverwaltungen selbst nichts zu bemerken sein werde. Solch optimistische Anschauung entspricht indessen nicht den Tatsachen. Wir finden vielmehr in den Stadtverwaltungen die eigentümliche Erscheinung, daß der Bedarf an Statistik in allen Zweigen gewaltig angewachsen ist, daß ebenso die Produktion der kommunalstatistischen Ämter sich binnen weniger Jahre vervielfacht hat, daß aber beide Entwickelungslinien vielfach unabhängig und gegenseitig unbeeinflußt nebeneinander herlaufen. Da sich aber zwei parallele Linien bekanntlich höchstens im Unendlichen schneiden und das wohlverstandene Interesse unserer Stadtverwaltungen so lange nicht gut warten kann, hat das Statistische Zentralblatt es unternommen, in diesem Fall beide schon früher einander zu nähern und sie womöglich zusammenfallen zu lassen.

Damit soll nicht behauptet werden, daß kein anderer Versuch vorliege, die Statistik für die städtische Verwaltung nutzbar zu machen. Jeder Blick in die gewöhnlich von den kommunalstatistischen Ämtern redigierten Verwaltungsberichte bezeugt das Gegenteil. Auch spricht ja für die engeren Beziehungen zwischen Verwaltung und Statistik die in neuerer Zeit wiederholt beobachtete Tatsache, daß aus der unscheinbaren statistischen Hülle ein schöner Beigeordneter ausgeschlüpft ist. Vor allem aber legt das Statistische Jahrbuch deutscher Städte dafür Zeugnis ab, daß die Städtestatistik mit Eifer und Erfolg sich in den Dienst der Stadtverwaltungen gestellt hat. Allein ebenso unbestreitbar ist die Erfahrung, daß von den Männern der Verwaltung und von den Leitern der einzelnen Amtsstellen häufig darüber Klage geführt wird, daß man im Statistischen Jahrbuch nicht finden könne, was man brauche, und daß die Angaben des jeweils letzten Jahrgangs fast durchweg veraltet seien. Dieser zweite Pfeil verwundet das Jahrbuch nicht tief; gewiß: die einzelne Angabe veraltet rasch, das Zahlenverhältnis zwischen den Städten aber, also die Hauptsache, ändert sich von Jahr zu Jahr nicht allzu erheblich; eine Beschleunigung der Herausgabe ist außerdem ja auch in bestimmte Aussicht genommen. Der erste Vorwurf dagegen, daß man im Jahrbuch oft nicht finde was man brauche, wiegt weit schwerer. Er ist berechtigt und unberechtigt — wie mans nehmen will: als Feststellung einer Tatsache berechtigt, als Vorwurf unberechtigt. Kann doch der den einzelnen Abschnitt bearbeitende Statistiker unmöglich alle Kombinationen ausführen, die ihm sein Material an die Hand gibt, unmöglich vorausahnen, auf welche Einzelheiten das Interesse dieses oder jenes Fachmannes sich richten wird. Häufig genug wird der Leiter eines städtischen Betriebs, der Dezernent eines Verwaltungszweigs über eine ihn beschäftigende Frage genauere statistische Nachweisungen verlangen, als sie ein alle Materien der Kommunalverwaltung behandelndes statistisches Jahrbuch bieten kann. Da verlangt ein Baurat, dem seine Stadtverordneten wegen seiner angeblich unverhältnismäßig kostspieligen Bauten aufsässig sind, nach einer vergleichenden Statistik der Baukosten ähnlicher Objekte in anderen Städten unter Zugrundelegung einwandfreier Nutzeinheiten. Eine Schulverwaltung will den rohen Kopfbetreff der Ausgaben auf einen Schüler in seine feineren Bestandteile zerlegt haben, eine Krankenhausverwaltung bei Festlegung ihrer Verpflegungssätze vergleichende Selbstkostenberechnungen verwenden, eine Gesamt-Stadtverwaltung den Vorwurf unsozialer Gesinnung zurückweisen. Kurz allenthalben herrscht ein Hunger nach genauen Zahlennachweisungen, nach Spezialstudien verwaltungsstatistischer Art, der einstweilen noch vorwiegend auf dem Weg der Rundfrage befriedigt wird. Diese Rundfragen aufs Geratewohl haben aber bekanntlich ihre erheblichen Schattenseiten; sie ärgern wegen ihrer Häufigkeit den Befragten und werden wohl ab und zu in legererer Form erledigt als dies bei intensivem Interesse an der Beantwortung der Anfrage der Fall wäre. So kommt ein Haufen recht ungleichwertiger Antworten zusammen, aus dem eine geschickte Auswahl erst getroffen werden muß. Nun ist aber eine solche Arbeit vielleicht schon geleistet worden; es existiert eine gründliche Statistik über die in Frage kommende Materie, nur ist sie dem nicht bekannt, der ihrer gerade bedürfte. Hier könnte das Statistische Zentralblatt in der Tat eine Mission erfüllen. Schon durch die regelmäßige Nachweisung der nach einzelnen Materien gegliederten statistischen Literatur würde es sich ein Verdienst erwerben, zumal wenn es jeweils am Schlusse eines Jahrgangs ein recht eingehendes systematisches Inhaltsverzeichnis beifügen wollte. Aber mit der Nachweisung der Literatur allein betrachtet das Zentralblatt seine Aufgabe mit Recht noch nicht als erledigt, es will vielmehr — und das dürfte in den Augen des auf haushälterische Verwendung seiner Zeit angewiesenen Verwaltungsmannes ein großer Vorzug sein — das sachlich und methodisch Besondere aus den Arbeiten her-

vorheben und durch kundige Federn darstellen lassen. Ich müßte mich aber sehr täuschen, wenn nicht eine kleine Bosheit gegen uns amtliche Statistiker in diesem Programm der Zeitschrift steckt. Denn eigentlich sind wir selbst doch in erster Linie verpflichtet, „das Besondere" aus unseren Tabellen herauszunehmen und durch den Text ins rechte Licht zu setzen. Aus naheliegenden Gründen werde ich mich zwar hüten, mit Steinen zu werfen, daß aber mancher unter uns sich zuweilen mit einer oberflächlichen Diagnose zufrieden gibt, statt eine eigentliche Sektion seines Zahlenmaterials vorzunehmen, wird doch wohl nicht zu viel behauptet sein.

Im stillen wird das Zentralblatt vielleicht die Hoffnung nähren, daß den statistischen Veröffentlichungen durch solche anatomische Studien aus bloßen Benutzern wirkliche Freunde unter den Männern der Verwaltung erwachsen möchten. Nicht im Interesse der städtischen Statistik oder gar des statistischen Zentralblattes allein, sondern ebensosehr im Interesse der Stadtverwaltungen selbst. Denn auch für diese wird Goethes vielberufenes Wort gelten, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird; solche Kenntnis dürfte aber den größten Wert für die ausübenden Organe der Regierung selbst, in unserem Falle also für die leitenden Personen der städtischen Verwaltung, besitzen.

Die Organe für Veröffentlichungen der Statistischen Ämter.

In einem Blatte, das sich die Berichterstattung über die statistische Literatur zur Hauptaufgabe gemacht hat, dürfte eine Übersicht über die zu amtlichen statistischen Veröffentlichungen dienenden Organe nicht unnütz sein, schon aus dem rein äußerlichen Grunde, weil dadurch die beständige Wiederholung gewisser Angaben über die Veröffentlichungsstellen bei den einzelnen Literaturbesprechungen zum Teil erspart wird.

Das Material zu der nachfolgenden Zusammenstellung ist der Redaktion in der Hauptsache von den Statistischen Ämtern freundlichst zur Verfügung gestellt worden.

Die Organe, in denen die amtliche Statistik erscheint, lassen sich sachlich einteilen in Quellenveröffentlichungen, durch welche die Erzeugnisse der in den Statistischen Ämtern geleisteten Arbeit jeweils nach ihrer Fertigstellung in tunlichster Ausführlichkeit bekannt gegeben werden, und in Sammelwerke, die bestimmt sind, verschiedenartige statistische Tatsachen aus einem Staate oder einer Gemeinde an einem Orte übersichtlich darzustellen, und bei denen es auf Originalität der Einzelheiten des Inhalts nicht ankommt. Der Regel nach bedienen sich die Statistischen Ämter zu ersteren Veröffentlichungen äußerlich einheitlich gestalteter Organe, deren einzelne Hefte in bestimmter oder freier Reihenfolge ausgegeben werden und die recht verschiedene Namen tragen (Zeitschrift, Statistik, Mitteilungen, Beiträge usw.), zu letzteren der „Jahrbücher" und „Handbücher", sowie, was namentlich für die städtischen Statistischen Ämter zutrifft, in kürzeren Zeitabschnitten erscheinender Hefte. Eine Mittelstellung zwischen Quellenwerken und Handbüchern nehmen vielfach die „Zeitschriften" ein. Teils dienen sie als Quellen, teils tragen sie durch textliche Verarbeitung statistischer Ergebnisse zu deren Popularisierung bei, teils bringen sie auch wissenschaftliche Arbeiten auf Grund anderer Quellen als denen der amtlichen Statistik. In noch höherem Grade dienen der Popularisierung und Verbreitung der Statistik die Korrespondenzen (Preußen, Österreich) oder die direkten Mitteilungen an amtliche Blätter (Staats- und Gemeindezeitungen) wie an die Tagespresse.

Während die eigentlichen Quellenveröffentlichungen wegen ihrer Ausführlichkeit nur von einem kleinen Kreise von Fachleuten zur Kenntnis genommen zu werden und daher, wie bereits in dem einleitenden Artikel der Nummer 1 des D. St. Z. bemerkt, keine den auf sie verwendeten Bemühungen und Kosten entsprechende Ausnützung zu finden pflegen, bilden die Jahrbücher und Handbücher, deren Preis meist weit unter den Herstellungskosten liegt, zum Teil auch die Zeitschriften und Korrespondenzen usw. den Kanal, der die Kenntnis der statistischen Ergebnisse einem größeren Leserpublikum zuführt.

Außerdem besteht bei manchen statistischen Stellen die Übung, für die Allgemeinheit besonders wichtige Nachweisungen, die von Zeit zu Zeit fortgesetzt beziehungsweise neu erhoben werden, in eigenen, nicht in die übrigen Veröffentlichungen eingereihten Bänden herauszugeben, wie z. B. die nach den Volkszählungen erscheinenden Ortsverzeichnisse mit Angaben über jeden Ort. Solche Veröffentlichungen wurden in die folgende Zusammenstellung nur dann aufgenommen, wenn sie sich äußerlich derart aneinander anschließen, daß sie als eine stehende Einrichtung betrachtet werden können. Alle sonstigen Einzelarbeiten, die nicht in den Rahmen eines Serienwerkes fallen, sind weggelassen.

Im allgemeinen sind in der Zusammenstellung nur diejenigen Ämter berücksichtigt, deren Aufgabe nicht auf die Statistik eines bestimmten Verwaltungszweiges beschränkt, sondern allgemeinerer Art ist. Eine Ausnahme von dieser Regel betrifft die Stellen für solche großen Zweige der Statistik, die im Deutschen Reich zum Geschäftsbereich des Kaiserlichen Statistischen Amtes gehören, anderswo aber von besonderen Behörden bearbeitet werden, wie z. B. der arbeitsstatistische und der handelsstatistische Dienst im K. K. Österreichischen Handelsministerium, das Handelsstatistische Amt in Hamburg. Die Organe, in denen solche Veröffentlichungen erscheinen, sind behufs Herstellung der Vergleichbarkeit mit dem Sachstande im Deutschen Reich in der Zusammenstellung mit angegeben worden.

Die angegebenen Zahlen der Seiten, die die einzelnen Veröffentlichungen alljährlich umfassen, sind fast durchgängig nur annähernde.

Endlich sind durch einen am Schluß beigefügten Stern * diejenigen Veröffentlichungen gekennzeichnet, die regelmäßig auch Nichtstatistisches enthalten.

1. Deutsche Reichs- und Staatsämter.

Kaiserliches Statistisches Amt.

Statistik des Deutschen Reichs; erste Reihe; Band 1 bis 63: 1873—1883; neue Folge: Band 1—195; gr. 4°; Preise verschieden; Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin.

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs; seit 1873; jährlich 4 Hefte; gr. 4°; 1100 S.; Jahresbezugspreis 8 ℳ; Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin.

Ergänzungshefte hierzu nach Bedarf; Preise verschieden.

Monatliche Nachweise über den Auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets nebst Angaben über Großhandelspreise, Gewinnung von Zucker usw; seit 1892 (1877—1891 Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs); monatlich 1 Heft; 8°; 5300 S.; Preis 6 ℳ für den Jahrgang; Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich; seit 1880; jährlich; 8°; Preis 2 ℳ; 450 S.; Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin.

Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich; erstmals 1907; 2 Bände; 8°; Preis: Band I 7 ℳ, Band II (Auswärtiger Handel) 5 ℳ, I und II zusammen: für Behörden zum Dienstgebrauch (nur vom Verlag) 8 ℳ, für Private 10 ℳ, gebunden jeder Band 2 ℳ mehr; Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Drucksachen des Kaiserl. Statistischen Amts — Abteilung für Arbeiterstatistik —: Erhebungen; seit 1903; zwanglos; Fol.; Preise verschieden; Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Drucksachen des Beirats für Arbeiterstatistik: Verhandlungen; seit 1903; zwanglos; Fol.; Preise verschieden; Carl Heymanns Verlag, Berlin.*

Reichs-Arbeitsblatt. Herausgegeben vom Kaiserl. Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik; seit 1903; monatlich; 4°; 1000 S.; Jahresbezugspreis 1 ℳ, Preis der Einzelnummer 10 ₰; Carl Heymanns Verlag, Berlin.*

Beiträge zur Arbeiterstatistik; seit 1904; 8°; zwanglos; Preise verschieden; Carl Heymanns Verlag, Berlin.*

Königl. Preußisches Statistisches Landesamt. Alle Veröffentlichungen erscheinen im eigenen Verlag.

Zeitschrift des Königl. Preußischen Statistischen Landesamts; in zwanglosen Abteilungen jährlich; gr. 4°; 480 S.; seit 1860; Jahrespreis 10 ℳ.

Ergänzungshefte hierzu nach Bedarf; seit 1864; Preis verschieden.

Statistische Korrespondenz; monatlich 4 mal, außerdem Sondernummern; 4°; 200 S.; seit 1867; Jahrespreis 25 ℳ.

Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat; jährl.; 250 S.; seit 1904; 1 ℳ.

Preußische Statistik (amtliches Quellenwerk); nach Bedarf; gr. 4°; seit 1861; Preis verschieden.

Statistik der Einkommensteuer; jährlich; gr. 4°; 215 S.; seit 1893; 5 ℳ.

Gemeindelexikon; zehnjährlich in 13 Heften; 4900 S.; seit 1871; 52 ℳ 80 ₰.

Viehstandslexikon; zehnjährlich in 13 Heften; 2280 S.; seit 1884; 31 ℳ 20 ₰.

Königl. Bayerisches Statistisches Landesamt. Verlag der 4 zuerst genannten Veröff.: Lindauersche Buchhandlung (Schöpping), München.

Zeitschrift des Königl. Bayerischen Statistischen Landesamtes; jährlich 4 Hefte. 4°; 700 S.; seit 1869; Jahresbezugspreis 6 ℳ.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern; alle 2 Jahre; 8°; 330 S.; seit 1894. München. Preis 1,50 ℳ.

Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern; zwanglose Folge; 8°; seit 1850; Preis verschieden.

Der Arbeitsmarkt in Bayern; monatlich; 4°; 250 S.; seit 1909; Preis noch unbestimmt.

Saatenstands- und Ernteberichte; monatlich April bis Nov.; 4°; 60 S.; seit 1884; Preis 2 ℳ in Bayern, sonst 2,50 ℳ.

Generalbericht über die Sanitätsverwaltung Bayerns; jährlich; 4°; 300 S.; seit 1857/8; Verlag von Fr. Bassermann, München; Preis verschieden.

Königl. Sächsisches Statistisches Landesamt.

Zeitschrift des Königl. Sächsischen Statistischen Landesamtes; jährlich 2 Hefte. 4°; 320 S.; seit 1855; Kommissionsverlag von v. Zahn & Jaensch, Dresden. Jahresbezugspreis 3 ℳ.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen; jährlich. 8°; 272 S.; seit 1873; Kommissionsverlag von C. Heinrich, Dresden. Preis 1 ℳ.

Königl. Württembergisches Statistisches Landesamt.

Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde; jährlich 2 Hefte; 4°; 430 S.; seit 1818; Kommissionsverlag von W. Kohlhammer, Stuttgart. Jahresbezugspreis 3,50 ℳ.*

Statistisches Handbuch für das Königreich Württemberg; 2 Jahrgänge in 1 Handbuch; 8°; 270 S.; seit 1885; Kommissionsverlag von W. Kohlhammer in Stuttgart. Preis 2 ℳ.

Mitteilungen des Königl. Statistischen Landesamtes; monatlich; 8°; 340 S.; 1889—1892 und von 1897 an; Selbstverlag. Jahresbezugspreis 1,20 ℳ.

Großherzogl. Badisches Statistisches Landesamt.

Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden; unbestimmt; 4°; Seitenzahl verschieden; seit 1854; C. F. Müllersche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe. Preis wird einzeln nach dem Umfang festgesetzt.

Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden; jährlich; 8°; 650—700 S.; seit 1868; Macklotsche Druckerei, Karlsruhe. Preis 6 ℳ.

Statistische Mitteilungen über das Großherzogtum Baden; monatlich; 8°; 250—300 S.; seit 1869; C. F. Müllersche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe. Jahresbezugspreis 10 ℳ.

Großherzogl. Hessische Zentralstelle für die Landesstatistik.

Die Veröffentlichungen erscheinen im Verlag von G. Jonghaus, Hofbuchhandlung, Darmstadt.

Mitteilungen der Großherzogl. Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik; jährlich; 8°; 300 S.; seit 1863; Jahresbezugspreis 2 ℳ.

Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen; erscheint nach Bedarf; 4°; Umfang verschieden; seit 1862; Preis verschieden.

Statistisches Handbuch für das Großherzogtum Hessen; zuletzt 1903, alle 5 Jahre Neuauflage im Druck; 8°; 300 S.; seit 1903; Preis 2 ℳ.

Großherzogl. Mecklenburgisches Statistisches Amt.

Beiträge zur Statistik Mecklenburgs jährlich nach Bedarf; 4°; Umfang nach Bedarf; seit 1858; Kommissionsverlag der Stillerschen Hofbuchhandlung.

Statistisches Jahrbuch für Mecklenburg; alle 5 Jahre; 8°; 290 S.; seit 1898; Kommissionsverlag wie oben.

Herzogl. Sächsisches Statistisches Bureau in Gotha.

Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Herzogl. Staatsministeriums; nicht jährlich, seit einer Reihe von Jahren ist in der Hauptsache nur das Ergebnis der vom Bundesrat angeordneten größeren Erhebungen veröffentlicht; 4°; Umfang ganz verschieden; seit 1865; Verlagsbuchhandlung von E. F. Thienemann, Gotha. Preis je nach der Stärke.

Ortsverzeichnis von den Herzogtümern Sachsen-Coburg und Gotha auf Grund der Ergebnisse der Volkszählungen; in der Regel alle 5 Jahre (1900 nicht erschienen); 8°; ca. 45 S.; Verlag wie oben.



Statistisches Bureau des Herzogl. Staatsministeriums in Meiningen.
Statistik des Herzogtums Sachsen Meiningen; erscheint nach Bedarf; 4°; 420 S.; seit 1882; Selbstverlag; Preis je nach Umfang.

Herzogl. Braunschweigisches Statistisches Amt.
Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig; jährlich etwa 1 Heft; 4°; 110 S.; seit 1874; Kommissionsverlag der Schulbuchhandlung, Braunschweig; Preis 2,25 und 1,80 ℳ für das Heft je nach Umfang.

Herzogl. Anhaltisches Statistisches Bureau.
Mitteilungen des Herzogl. Anhaltischen Statistischen Bureaus; erscheint zwanglos; 8°; 40 S.; seit 1867; (Es besteht die Absicht, die „Mitteilungen" zukünftig nicht mehr erscheinen zu lassen und dafür ein statistisches Hand- oder Jahrbuch herauszugeben.)

Statistisches Bureau, Freie und Hansestadt Hamburg.
Statistisches Handbuch für den hamburgischen Staat; erscheint seit 1874 in mehrjährigen Zwischenräumen; 8°; 300 S.
Statistik des hamburgischen Staates; erscheint seit 1867 nach Bedarf; gr. 4°; 160 S.; Verlag von O. Meißner, Hamburg; Preis verschieden.
Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat; erscheint seit 1909 nach Bedarf; Lex.; Preis nach Umfang.
Jahresbericht des Statistischen Bureaus und Bureaus der Zentralwahlkommission; jährlich; 4°; 50 S.; seit 1877.
Einteilung des hamburgischen Staates für verschiedene Verwaltungszwecke. Straßen- und Ortschaftsverzeichnis; jährlich; 4°; 115 S.; seit 1879 im hamburg. Staatshandbuch, seit 1909 in Sonderausgabe; Lütcke u. Wulff, Senatsbuchdruckerei, Hamburg; 1,20 ℳ.
Öffentlicher Anzeiger. Beiblatt zum Amtsblatt der freien und Hansestadt Hamburg; täglich; 4°; 2850 S.; seit 1887; Lütke & Wulff, Senatsbuchdruckerei, Hamburg. Jahrespreis 8 ℳ.*

Hamburgisches Handelsstatistisches Bureau. (Siehe auch den zuletzt genannten „Öffentl Anzeiger".
Tabellarische Übersichten des Hamburgischen Handels; jährlich; 4°; 410 S.; seit 1845; Kommissionsverlag Heroldsche Buchhandlung, Hamburg. Jahresbezugspreis 4 ℳ.

Bremisches Statistisches Amt.
Die Veröffentlichungen erscheinen im Kommissionsverlag von Franz Leuwer, Bremen.
Jahrbuch für Bremische Statistik. Zur Statistik des Schiffs- und Warenverkehrs; 350 S.; jährlich; 8°; seit 1849. 6 ℳ.
Desgl. Zur allgemeinen Statistik; meist jährlich; seit 1862; jährlich 8°.
Monatsberichte des Bremischen Statistischen Amts; monatlich 8°; je 16 S.; jährlich 4 ℳ; seit 1902.
Mitteilungen des Bremischen Statistischen Amts; mindestens 1 Mitt. jährlich; 8°; Preis je nach Umfang; seit 1902.

Statistisches Bureau für Elsaß-Lothringen.
Statistische Mitteilungen über Elsaß-Lothringen; erscheint nach Bedarf; 8°; ca. 200 S.; seit 1873; Kommissionsverlag von Fr. Bull, Straßburg; Preis wechselnd.
Nachrichten des Statistischen Bureaus für Elsaß-Lothringen; nach Bedarf ca. 8mal jährlich; 4°; 96 S.; seit 1908; Selbstverlag.
Statistisches Jahrbuch für Elsaß-Lothringen; jährlich; 8; 280 S.; seit 1907; Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt von R. Schultz & Co., Straßburg. Preis 1 ℳ.

2. Deutsche Stadtämter.

Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, herausgegeben von Prof. Dr. M. Neefe, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Breslau, in Verbindung mit seinen Kollegen; 8°; 546 S.; 15 Jahrgänge; Verlag von W. G. Korn in Breslau. Preis 14,60 ℳ.

Statistisches Amt Aachen.
Statistische Monatsberichte; jährlich 6 Hefte; 8°; 96 S.; seit 1902.
Statistische Jahresübersichten; 8°; 38 S.; seit 1908.

Statistisches Amt Altona.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; Folio; 96 S.; seit 1890.
Statistischer Jahresbericht; gr. 8°; 26 S.; seit 1894.
Statistische Jahresübersichten über Handel und Verkehr; 8°; 53 S.; seit 1906.

Statistisches Amt Barmen.
Statistisches Jahrbuch; gr. 4°; 80 S.; seit 1904. Preis 50 ₰.
Statistische Monatsberichte; jährlich 6 Hefte; 8°; 84 S.; seit Juli 1904.
Beiträge zur Statistik, zwanglos; gr. 4°; Umfang verschieden; seit 1904.

Statistisches Amt Berlin.
Statistische Wochenberichte; 4°; 104 S.; seit 1873.
Statistische Monatsberichte; 4°; 200 S.; seit 1873. Preis der Wochen- und Monatsberichte zusammen 3 ℳ jährlich.
Monatliche Preiszusammenstellungen; 4°; 24 S.; seit 1891. Preis ca. 1 ℳ
Statistisches Jahrbuch; 8°; 600 S.; seit 1867; Kommissionsverlag von P. Stankiewicz. Preis 10 ℳ
Übersichten aus der Berliner Statistik (Auszug aus dem statistischen Jahrbuch); Taschenformat; 62 S.; seit 1903. Ders. Verlag. Preis 50 ₰.
Die Arbeiterkrankenversicherung in Berlin; jährlich; 4°; 32 S.; seit 1895. Ders. Verlag. Preis 2 ℳ
Tabellen über die Bevölkerungsvorgänge Berlins; jährlich; 4°; 126 S.; seit 1879; Kommissionsverlag von W. & S. Loewenthal in Berlin. Preis 5,60 ℳ
Volkszählungsberichte für Berlin und Nachbargemeinden; alle 5 Jahre; 4°; 350 S.; seit 1861; Verlag von Leonh. Simion. Preis 10,50 ℳ
Berliner Statistik; zwanglos; 4°; 100 S.; seit 1903; Kommissionsverlag von P. Stankiewicz. Preis 2,40 ℳ bis 5,40 ℳ
Mitteilungen; zwanglos; 4°; 24 S.; seit 1907; Kommissionsverlag von W. & S. Loewenthal. Preis 1,20 ℳ

Statistische Stelle zu Braunschweig.
Vierteljahrsberichte (autographiert).

Statistisches Amt Breslau.
Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; 8°; 170 S.; seit 1873. Preis 2 ℳ
Breslauer Statistik; jährlich 3 Hefte; 8°; 980 S.; seit 1876; Verlag von E. Morgenstern. Preis 5 ℳ

Statistisches Amt Cassel.
Mitteilungen; zwanglos; gr. 4°; Umfang verschieden; seit 1906.

Statistisches Amt Charlottenburg.
Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; gr. 4°; 200—250 S.; seit 1898; Kommissionsverlag von K. Ulrich & Comp. Preis 2,40 ℳ
Charlottenburger Statistik; zwanglos; 8°; 50—180 S.; ders. Verlag. Preis 80 ₰ bis 2 ℳ

Statistisches Amt Chemnitz.
Monatliche Mitteilungen; jährlich 12 Hefte; Lex. 8°; 180 S.; seit 1903.
Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; Umfang verschieden; Lex. 8°; seit 1909.

Statistisches Amt Cöln.
Cölnische Statistische Vierteljahrshefte; jährlich 4 Hefte; gr. 4°; 80 S.; seit 1905. Preis 4 ℳ
Berichte über die Bautätigkeit; jährlich 4 Hefte; gr. 4°; 32 S.; seit 1899. Preis 2 ℳ. Dazu Jahresbericht; gr. 4°; 12 S.; seit 1902. Preis 1,50 ℳ



Statistisches Amt Deutsch-Wilmersdorf.
Wilmersdorfer Blätter; monatlich.*

Statistisches Amt Dresden.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; 8°; 318 S.; seit 1878.
Statistisches Jahrbuch; 8°; 278 S.; seit 1899; Verlag von v. Zahn & Jaensch. Preis 1 M.
Mitteilungen; zwanglos; 8°; Umfang verschieden; bisher 17 Nummern; ders. Verlag. Preis verschieden.

Statistisches Amt Dortmund.
Mitteilungen; zwanglos; 8°; Umfang verschieden; seit 1898.

Statistisches Amt Duisburg.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; gr. 4°; 144 S.; seit 1908.

Statistisches Amt Düsseldorf.
Statistische Monatsberichte mit textlichen Beilagen; jährlich 24 Hefte; gr. 4°; rd. 300 S.; seit 1902; Kommissionsverlag von Voß & Co. Preis 4 M.
Jahresbericht; gr. 4°; rd. 30 S.; seit 1901; ders. Verlag. Preis 1 M.
Statistisches Taschenbuch; kl. 8°; rd. 60 S.; seit 1908, ders. Verlag. Preis 75 Pf.
Mitteilungen; zwanglos; gr. 4°; seit 1902, ders. Verlag.

Statistisches Amt Elberfeld.
Statistisches Jahrbuch; 4°; 191 S.; seit 1903. Preis 3 M.

Statistisches Amt Essen.
Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; 4°; Umfang verschieden; seit 1901.
Statistische Tabellen; jährlich 8°; 36 S.; seit 1908.

Statistisches Amt Frankfurt a. M.
Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; 8°; Umfang verschieden; seit 1890; Kommissionsverlag von J. D. Sauerländer. Preis verschieden.
Ergänzungsblätter zu den Beiträgen; zwanglos; 4°; seit 1895.
Statistisches Handbuch; 8°; 300 S.; veröffentlicht 1907; ders. Verlag. Preis 2 M. Fortgesetzt in:
Statistische Jahresübersichten; jährlich; 8°; 170 S.; seit 1908; ders. Verlag. Preis 1—1,50 M.

Statistisches Amt Freiburg i. Br.
Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; bisher 2 Hefte; gr. 4°; seit 1906; Verlag von Kornhas. Preis 1 M.
Kleinere Veröffentlichungen im „Freiburger Tageblatt" (Gemeindeanzeiger).*

Statistische Stelle Görlitz.
Statistische Jahresberichte; gr. 4°; 110 S.; seit 1898.

Statistisches Amt Halle a. S.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; 8°; 288 S.; seit 1906; Kommissionsverlag von Gebauer-Schwetschke. Preis 3 M.
Beiträge zur Statistik der Stadt; jährlich 2 Hefte; 8°; 3—6 Bogen pro Heft; seit 1908; ders. Verlag. Preis 1—2 M.
Statistisches Jahrbuch; 8°; 4 Bogen; seit 1908; ders. Verlag. Preis 1 M.

Statistisches Amt Hannover.
Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; gr. 8°; 150 S.; seit 1895.

Statistisches Amt Karlsruhe.
Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; gr. 4°; seit 1897; Umfang und Preis verschieden; Verlag der G. Braunschen Hofbuchhandlung.

Statistisches Amt Kiel.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; 4°; 192 S.; seit 1904. Preis 3 M.
Mitteilungen; zwanglos; 4°; seit 1903; Umfang und Preis verschieden; Verlag von Lipsius & Fischer in Kiel.

Statistisches Amt Königsberg.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; gr. 4°; 120 S.; seit April 1893.
Statistische Jahresberichte; gr. 4°; seit 1897.
Königsberger Statistik; zwanglos; seit 1901; gr. 4°; Umfang verschieden.

Statistisches Amt Leipzig.
Der Bevölkerungswechsel in der Stadt Leipzig (autographiert); jährlich; Atlasformat; 56 S.; seit 1891.
Statistisches Notizbuch; zwanglos; kl. 8°; 70 S.; seit 1897; Verlag von Duncker & Humblot. Preis 30 Pf.

Statistische Stelle des Magistrats Linden.
Statistische Vierteljahrsberichte; jährlich 4 Nummern; 4°; 56 S.; seit 1908.

Statistisches Amt Magdeburg.
Wochenberichte; 4°; 1/4 Bogen; seit Dezember 1885.
Monatsberichte; 4°; 1/2 Bogen; seit Dezember 1885.
Sonderbeilage zu den Monatsberichten; jährlich; 4°; 1/2 Bogen; seit 1906.
Mitteilungen; zwanglos; 4°; Umfang verschieden; seit 1895.

Statistisches Amt Mannheim.
Statistische Monatsberichte und Jahreszusammenfassung; gr. 8°; 260 S.; seit 1898. Preis 6 M.
Beiträge zur Statistik; jährlich 1—2 Nrn.; 4°; 30 S.; seit 1897. Preis pro Nr. 1,50 M.

Statistisches Amt München.
Mitteilungen; zwanglos (Jahresübersicht jährlich); gr. 4°; Umfang verschieden; seit 1877; Kommissionsverlag der Lindauerschen Buchhandlung.
Einzelschriften des Statistischen Amtes; zwanglos; 8°; Umfang verschieden; seit 1895; ders. Verlag.

Statistisches Amt Nürnberg.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; 4°; 216 S.; seit 1904.
Mitteilungen; zwanglos; 4°; Umfang verschieden; seit 1902.

Statistisches Amt Plauen i. V.
Monatliche und jährliche Bevölkerungsübersichten.
Übersichten über die Arbeiterzählung am 1. Mai; jährlich.

Statistisches Amt Posen.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; gr. 4°; 110 S.; seit 1905. Preis 3 M.

Statistisches Amt Schöneberg.
Vierteljahrsberichte; jährlich 4 Hefte; gr. 8°; 240 S.; seit 1908; Kommissionsverlag von Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin. Preis 4 M.

Statistisches Amt Straßburg.
Statistische Monatsberichte; jährlich 12 Hefte; 4°; 240 S.; seit 1899.
Statistische Jahresberichte; 4°; 20 S.; seit 1900.
Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; 4°; Umfang verschieden; seit 1896.

Statistisches Amt Stuttgart.
Statistisches Jahrbuch; jährlich; gr. 8°; 130 S.; seit 1901. Preis 2 M.
Ortschronik*; jährlich; 8°; ca. 250 S.; seit 1898. Preis 2,50 M.

Statistisches Amt Wiesbaden.
Statistische Monatsberichte; vierteljährlich; gr. 4°; 140 S.; seit 1907.
Statistischer Jahresbericht; gr. 4°; 65 S.; seit 1907; Verlag von J. F. Bergmann. Preis 1,60 M.
Mitteilungen; zwanglos; gr. 4°; 30 S.; seit 1908.
Wiesbadener Statistik; zwanglos; gr. 4°; 80—100 S.; seit 1907; ders. Verlag. Preis verschieden.

(Schluß folgt in der nächsten Nummer.)



Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten nach dem Stande vom 1. Dezember 1906. Ergänzungsheft XXVIII zur Zeitschrift des Königl. Preußischen Statistischen Landesamtes.

Auf mehrfache namentlich vom Deutschen Landwirtschaftsrat geäußerte Wünsche trat vor mehreren Jahren eine von Vertretern beteiligter Reichs- und Staatsbehörden beschickte Kommission zur Prüfung der Frage zusammen, in welcher Weise die Materialien der Ersatzbehörden zur gründlicheren Erforschung der Frage nach dem „Wurzeln unserer Wehrkraft" — der Kürze wegen dürfen wir uns wohl dieses Schlagwortes bedienen — verwertet werden könnten. Das Ergebnis längerer Vorstudien war, daß diese Materialien zurzeit für die erschöpfende Beantwortung der Frage noch nicht reif wären. Als vorläufiger Ersatz wurde eine Erhebung bei den Truppenteilen für Unteroffiziere und Mannschaften vorgeschlagen, die äußerlich verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten in Aussicht stellte, sich freilich dafür nicht auf den ganzen männlichen Nachwuchs, sondern nur auf den größten Teil der gerade bei der Fahne stehenden wehrhaften Jugend bezog. Dank dem Entgegenkommen des Königlich Preußischen Kriegsministeriums sowie der drei selbständigen Kontingentsverwaltungen, die ihr Material ebenfalls den preußischen Zentralstellen überwiesen, ist die Erhebung dann auch zustande gekommen.

Die Arbeit behandelt zunächst die Herkunft (d. h. den Geburtsort) der am 1. Dezember 1906 vorhandenen Militärpersonen. Da letztere im allgemeinen von der vor etwa 20—22 Jahren vorhanden gewesenen Bevölkerung erzeugt sein werden, ist von der bei der Volkszählung von 1885 ermittelten Bevölkerung ausgegangen worden, daneben aber — wegen der Verschiedenheit des Altersaufbaus — auch von der damaligen gebärfähigen sowie der verheirateten weiblichen Bevölkerung und der zeugungsfähigen männlichen sowie die Summe aus der entsprechenden männlichen und weiblichen Bevölkerung. Der näheren Besprechung ist der besseren Übersicht halber bei der Darstellung nach Landesteilen nur einer dieser Maßstäbe, nämlich derjenige der zeugungsfähigen männlichen Bevölkerung, den der Bearbeiter für den verhältnismäßig brauchbarsten ansah, zugrunde gelegt worden, so daß als das von einem Landesteil zu leistende „Soll" sein Prozentanteil an diesem Teile der Reichsbevölkerung von 1885 angesehen und dann mit dem „Ist", d. h. seinem tatsächlichen Anteil an dem 21 Jahre später vorhandenen Mannschaftsbestande, verglichen wurde. Bei der Herkunft der Militärpersonen nach Größenklassen der Gemeinden (Großstädte etc.) war das Material für das ganze Reich nicht in der entsprechenden Altersgruppierung vorhanden und mußte deshalb der Maßstab der Gesamtbevölkerung, nur anhangsweise ergänzt durch einige preußische Ziffern für Größenklassen, angewendet werden. Bei der Herkunft der Eltern nach Land-, Stadt- und Großstadtgeborenen ist, wenn beide Eltern ihrer Geburt nach verschiedenen Gemeindegruppen angehörten, die Militärperson zur Hälfte je einer beider Gruppen zugerechnet worden. Die Zahlen sind hier unsicherer als bei der Herkunft der Militärpersonen, weil einerseits die Gliederung nach dem Altersaufbau hier ganz fehlte, anderseits die Vergleichung nach der ersten Reichsvolkszählung von 1871 erfolgen mußte, während offenbar die Eltern der im Jahre 1885 geborenen Militärpersonen durchweg vor dem Jahre 1871 geboren sind, also zu einer Zeit, in welcher die Verteilung nach Gemeindegruppen noch eine andere war als im Jahre 1871. Auch die Ermittelungen des Berufes der Eltern sind vielfach auf Schwierigkeiten gestoßen, namentlich ist der Zeitpunkt, für welchen die Berufsangabe zutraf, oft zweifelhaft geblieben; die Ergebnisse werden hier also nur zu annähernd zutreffenden Schlüssen zu verwenden sein. Die Arbeit bietet dafür dann wieder durchweg zuverlässige Angaben über die Körpergröße der Militärpersonen nach ihrer Herkunft. Die Tabellen sind außerdem noch nach Waffengattungen und Kontingenten (Preußisches, Bayrisches, Sächsisches, Württembergisches) gegliedert. Da der unterzeichnete Berichterstatter zugleich Verfasser der Arbeit ist, muß er sich auf diese sachlich orientierenden Bemerkungen beschränken.[1] *G. Evert.*

Die Zusammensetzung der Haushaltungen der Stadt Cöln nach dem Familienhaupt, der Religion und der Kinderzahl, nach dem Stande vom 1. Dezember 1905. — 2. Cölnisches Statistisches Vierteljahrsheft 1908, Anhang.

Die Bevölkerung der Stadt Cöln setzt sich nach der Zählung vom 1. Dezember 1905 zu 79,3, 17,9, 2,6 und 0,2 Hundertteilen aus katholischen, evangelischen, israelitischen und Personen sonstigen Glaubens zusammen. Bei dieser Mischung kann es nicht wundernehmen, daß namentlich zwischen dem katholischen und evangelischen Teile zahlreiche Familienbeziehungen bestehen und neue fortwährend sich anreihen. So vermählen sich alljährlich von den heiratenden evangelischen Männern mehr als die Hälfte — im Jahre 1907 59 % — mit einer Katholikin. Von besonderer Bedeutung ist infolgedessen die Frage nach der konfessionellen Erziehung der Kinder der Mischehen. Die bisher darüber angestellten Ermittelungen bestanden einmal in der Auszählung der Geburten nach der Religion; so hat die entsprechende Feststellung für das Jahr 1907 ergeben, daß von den Kindern der Ehen zwischen evangelischem Manne und katholischer Frau 62,9% (von den Knaben 60,3 %, von den Mädchen 65,5 %) als katholisch, von denen der Ehen zwischen katholischem Manne und evangelischer Frau aber 58,3 % (von den Knaben 53,9 %, von den Mädchen 62,4 %) als evangelisch in das Geburtsregister eingetragen wurden, der größere Teil also je auf

1) Kurze Mitteilungen aus den Ergebnissen finden sich in der „Statistischen Korrespondenz", 1909. Nr. 7, 9 u. 10. — *Red.*



die Religion der Mutter kam, bei katholischer Mutter freilich mehr als bei evangelischer. Weiter ist vom Königl. Statistischen Landesamt seit 1890 regelmäßig nach dem Volkszählungsmaterial die Verteilung der Kinder der Mischehen nach dem Geschlecht sowie nach der eigenen und der Religion der Eltern ermittelt worden. Am 1. Dezember 1905 gehörten danach von den im Haushalt der Eltern lebenden anwesenden Kindern der evangelisch-katholischen Mischehen 69,0 % (von den Knaben 67,6 %, von den Mädchen 70,2 %) der katholischen Konfession, von denen der katholisch-evangelischen Mischehen 55,6 % (von den Knaben 55,3 %, von den Mädchen 55,9 %) der evangelischen an. Hiermit ist jedoch noch kein befriedigendes Bild von der bezüglichen Zusammensetzung der Mischehen gewonnen, namentlich fehlen die Angaben über die Häufigkeit der katholischen, der evangelischen und der konfessionell-gemischten Kindererziehung. Dies zu untersuchen, wurde daher für die letzte Volkszählung, vom 1. Dezember 1905, zur Aufgabe gestellt, und zwar, um einen vollständigen Überblick zu gewinnen, mit Unterscheidung der Zahl und des Geschlechts der Kinder der einzelnen Familien. Während der Arbeit selbst kam alsdann im Interesse der Vergleichsmöglichkeit noch die entsprechende Auszählung der rein konfessionellen Ehen hinzu, so daß schließlich die Zusammensetzung aller Haushaltungen nach der Art des Haushaltungsvorstandes (ob Ehepaar, einzelner Mann oder einzelne Frau), nach dessen Religionsbekenntnis und nach der Zahl, dem Geschlecht und der Religion der am Zähltage in dem Haushalte lebenden und anwesenden Kinder abgeleitet worden ist. Und wenn auch von diesen Ergebnissen die Verteilung nach der Religion anderswo verschiedentlich abweichen mag, so darf die sonst in deutschen Großstädten meines Wissens noch nicht ermittelte Häufigkeit der Kinder nach Zahl und Geschlecht — von den schwach besetzten Gruppen etwa abgesehen — wohl als typisch angesehen werden. *K. Zimmermann.*

Die Nichteinheimischen in Düsseldorf (mit fremder Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Heimat oder Herkunft) nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Bearbeitet von Dr. Otto Most, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf. Mitteilungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf. Nr. 4. 32 Text- und 11 Tabellenseiten nebst einem Anhange graphischer Darstellungen. Düsseldorf 1908. Preis 1,50 *M*.

Die Zählkarte für die Volkszählung am 1. Dezember 1905 enthielt neben den für ganz Preußen gestellten Fragen folgende Zusätze der Stadtverwaltung: Seit wann in Düsseldorf wohnhaft? (Jahr des letzten Zuzuges). Von wo letztmals zugezogen? (Gemeinde, Kreis). Mittels dieser Zusatzfragen sollte die Herkunft der Bevölkerung Düsseldorfs und der Grad ihrer Bodenständigkeit festgestellt werden, Dinge, die für die schnellwachsende Großstadt, in der das alteingesessene Volkstum mit jedem Jahre an zahlenmäßiger, ideeller und materieller Bedeutung verliert, von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Mit dem allmählichen Werden der Arbeit kam es aber von selbst, daß sie sich schließlich erheblich weitere Ziele gesteckt hat. Mit Hilfe des in den verschiedensten reichs- und staatsstatistischen Veröffentlichungen aus älterer und neuester Zeit zerstreuten Materials und mannigfaltiger Auskünfte des Königl. Preußischen Statistischen Landesamts ist versucht worden, ein möglichst vollständiges und einigermaßen abgerundetes Bild der fremden Bevölkerungsteile in Düsseldorf überhaupt zu entwerfen.

Die Einleitung schildert den Zug vom Lande zur Stadt im Deutschen Reich, in Preußen, in der Rheinprovinz und dessen größtem Regierungsbezirk, nach Bedeutung, Geschichte, Umfang und Richtung. Als ein Glied dieser Kette — und kein unwesentliches — stellt sich der Zuzug nach Düsseldorf dar, dessen historischer und jahreszeitlicher Verlauf ebenso wie seine Bedeutung für die Einwohnerzunahme der Stadt und im Gegensatze dazu die Seßhaftigkeit der geborenen Düsseldorfer im ersten Teile behandelt wird.

Die folgenden Abschnitte beschäftigen sich mit den Ergebnissen dieses Zuzuges, d. h. mit den verschiedenen fremden Elementen in der Düsseldorfer Bevölkerung im einzelnen. Besonderes Gewicht ist hier auf Klarstellung der Beziehungen zwischen Zuzugs- und Herkunfts (Heimats)- Ort sowie der Momente, welche die größere oder geringere Stärke des Zuzugs im einzelnen bestimmen, gelegt. Dabei zieht sich wie ein roter Faden durch die Erörterung, die auf eingehenden statistischen Darlegungen beruhende Überzeugung von dem Einflusse der wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl des Abzugs- sowie der Zuzugsgegend auf die Wanderungsstärke, demgegenüber der Einfluß der Entfernung außerhalb der Grenzen eines gewissen, den Zuzugsort mit einheitlichem Wirtschaftscharakter umgebenden Rayons fast völlig ausscheidet. Text und Tabellen werden durch einige Diagramme ergänzt. *O. Most.*

II. Bewegung der Bevölkerung.

Wanderungsergebnisse im erzgebirgischen Industriegebiet und in der Stadt Chemnitz von Dr. G. Froehner. Beiträge zur Statistik der Stadt Chemnitz. Heft 1. gr. 8⁰. 83 S.

In der Einleitung ist das wichtigste über die Bevölkerung des Industriegebiets und ihre Erwerbsverhältnisse unter Verwendung der neuesten Zahlen vorausgeschickt. Im ersten und zweiten Teil der Abhandlung sind die in der amtlichen Reichs-, Landes- und Kommunalstatistik verstreuten Zahlenangaben gesammelt und die Zusammenhänge der Wanderungstatsachen der Jahre 1875 bis 1905 mit den wirtschaftlichen Wechsellagen untersucht worden. Das Industriegebiet hat in diesem Zeitraum starke Wanderungsverluste, die Stadt Chemnitz starke Wanderungsgewinne zu verzeichnen gehabt. Im ganzen betrug der Wanderungsverlust des Industriegebietes 113 464 und der Wanderungsgewinn der Stadt Chemnitz 69 787 Köpfe. — Der dritte Teil beschäftigt sich speziell mit dem Zuzug der Stadt Chemnitz, und zwar sind zu dessen Untersuchung hier nicht die polizeilichen

Meldebücher, sondern es ist das amtliche Volkszählungsmaterial von 1905 benützt worden. Die Nachteile dieses indirekten Weges, die in der Abgleichungsmethode (Bevölkerungsbilanz) und Geburtsortsmethode so stark hervortreten, sind in der vom Verfasser angewandten neuen Herkunftsortsmethode in mancher Hinsicht überwunden worden. Er hat aus den Antworten auf die Fragen „Seit wann am Wohnorte?“ und „Letzter Wohnort?“ die zeitliche Verteilung und die wirklichen Ausgangspunkte der Zuzüge ermitteln können. Die natürliche und soziale Beschaffenheit der Zuwanderer läßt sich aus dem Volkszählungsmaterial ebensogut entnehmen, wie aus den Meldebüchern. Es ist allerdings zu beachten, daß die wirkliche Zahl der Zuzügler bei den auf den Volkszählungsergebnissen beruhenden indirekten Methoden, also auch bei der Herkunftsortsmethode, nicht bekannt wird. Die Summe der in einem Orte zugezogenen Personen wird dauernd durch Tod und Wegzug vermindert, stellt sich am Volkszählungstage also als ein übriggebliebener Rest dar, der um so vollständiger ist, je weniger Zeit seit dem Zuzuge verstrichen ist. Das letzte Jahr vor der Volkszählung eignet sich also am besten zu einer Untersuchung nach dieser Methode. So sind hier die in der Zeit vom 1. Dezember 1904 bis 30. November 1905 zugewanderten, am 1. Dezember 1905 noch am Orte gezählten Personen, und zwar aus technischen Gründen unter Ausschaltung der Kinder, untersucht worden. Die männlichen und weiblichen Zuzügler sind zunächst nach ihren Berufen zusammengefaßt worden, dann sind die Berufe mit Lebensalter, Familienstand, Stellung im Haushalt, Religionsgemeinschaft, Zuzugszeit, Herkunftsort und Seßhaftigkeit (bis März 1908) kombiniert worden. Es darf mithin dieser dritte Teil der Abhandlung auch als ein Beitrag zur Wanderungsstatistik der einzelnen Berufsklassen angesehen werden. Aus den Resultaten sei hervorgehoben: Von den erwachsenen Zuzüglern waren 70% zwischen 16 und 30 Jahr alt, 59% männlichen Geschlechts, 67% der männlichen und 55% der weiblichen Personen unverheiratet, 76% bzw. 84% evangelisch und 52% aus der Umgegend. 54% bzw. 41% zogen nach kürzerem Aufenthalt in Chemnitz von da wieder weg.

G. Froehner.

Die Sterblichkeit in der bürgerlichen Bevölkerung Deutschlands seit den Zeiten der Karolinger. Von Dr. Fr. Prinzing. Sonderabdruck aus A. von Lindheim, Saluti senectutis. Franz Deuticke, Leipzig und Wien 1909.

Im Rahmen der hygienischen Zustände, der Seuchenzüge, des Krankenhauswesens und der Versorgung mit Ärzten wird die Entwickelung der Sterblichkeit in Deutschland seit Karl dem Großen gegeben. Als Gerippe der Darstellung muß bis zum 18. Jahrhundert die Sterblichkeit in den Kaiser- und Fürstenfamilien dienen, da anderes Material fehlt. Für die zwei Perioden 800—1000 und 1000—1250 ist die Sterblichkeit der männlichen Mitglieder der deutschen Kaiserfamilien, für welche meist das Lebensalter beim Tode bekannt ist, nach vier Lebensaltern berechnet (ohne das Alter von 0—10 Jahren), für 1250—1400 die der Habsburger und der Thüringer Landgrafen. Von 1400 an ist reichlicheres Material vorhanden. Um die Sterblichkeit für abgegrenzte Zeiträume berechnen zu können, mußten die von den im Zeitraum b Gestorbenen im Zeitraum a verlebten Lebensjahre abgezogen, dagegen von den im Zeitraum b Geborenen, aber im Zeitraum c Gestorbenen die im Zeitraum b verlebten Lebensjahre bei diesem mitgerechnet werden. So wurden Sterbziffern für sechs Altersperioden bei fürstlichen Geschlechtern berechnet und zwar für 1401—1500 nur für das männliche Geschlecht, für 1501—1600, 1601—1650, 1651—1700 für beide Geschlechter. Die Berechnungen beruhen zwar auf kleinen Grundzahlen, aber die Gleichmäßigkeit der Ergebnisse bürgt dafür, daß sie ungefähr das Richtige wiedergeben. Die Wandlungen der Sterblichkeit sind eng verknüpft mit der kulturellen Entwickelung; sie nimmt ab bis zum 30jährigen Krieg, steigt bedeutend während desselben und bleibt auch in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sehr hoch, im 18. Jahrhundert geht sie langsam, im 19. dann schnell zurück. Die Städte Frankfurt, Straßburg und Genf hatten im 16. und 17. Jahrhundert eine 2—3 mal so hohe Sterblichkeit wie heute, allerdings war auch die Geburtsziffer recht hoch.

Die Sterblichkeit im Kindesalter war groß. Im 15. und 16. Jahrhundert starben in den deutschen Fürstenfamilien etwa 30 %, im 17. sogar 33—34 % vor Ablauf des 10. Lebensjahres, in den europäischen Fürstenhäusern im 19. Jahrhundert dagegen nach Sundbärg nur 15 %. Man muß also für die übrige Bevölkerung annehmen, daß damals 50—60 % der Kinder vor Ablauf des 10. Lebensjahres starben.

F. Prinzing.

Statistische Übersichten der Bevölkerungs- und Medizinalstatistik in graphischer Darstellung. Bearbeitet von Dr. med. E. Roesle. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt, Berlin W. 30. Preis jeder Tabelle mit Mappe ℳ 1.50.

Die bisher erschienenen Tabellen, die bezwecken, die Hauptergebnisse der Bevölkerungsstatistik weiteren Kreisen in leicht faßlicher und übersichtlicher Weise zu veranschaulichen, erstrecken sich auf die Bewegung der Bevölkerung, und zwar Nr. I in den europäischen Staaten, Nr. II in den deutschen Großstädten; ferner auf die Säuglingssterblichkeit in Beziehung zu der Häufigkeit der Geburten, und zwar Nr. III wieder in den europäischen Staaten, Nr. IV in den deutschen Großstädten. Der letzteren Tabelle ist noch eine Übersicht über die sozialhygienischen Einrichtungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in den Städten beigegeben. Als Unterlagen für die beiden Städtetabellen, die mit dem Jahr 1870 beginnen, wurden die eigens eingeholten Angaben der städtischen Statistischen Ämter verwertet, wobei sich ergeben hat, daß sowohl die älteren Angaben des Kaiserlichen Gesundheitsamtes als auch diejenigen des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“ einer eingehenden Rektifizierung bedürfen. Die Statistik der Staaten dagegen wurde bis zum Beginn der statistischen Aufzeichnungen zurückverfolgt. Da es aber vor allem galt, ein Bild der neuzeitlichen Bevölkerungsbewegung wiederzugeben, so mußte die Darstellung

des Verlaufs der verschiedenen Kurven in Einzeljahren eingeschränkt werden und manche andere Vereinfachung zur Erzielung größtmöglicher Übersicht bei handlichem Format der Tabellen (45 × 64 bzw. 45 × 95 cm) in Kauf genommen werden. Die Diagramme sind bis 1920 bzw. 1925 verlängert, so daß die laufenden Ergebnisse von dem Besitzer der Tabellen leicht selbst nachgetragen werden können. Der Inhalt der Tabellen dürfte namentlich dem Städtestatistiker manche Anregung zu vergleichenden Untersuchungen geben, dem Laien aber die Wichtigkeit der statistischen Forschung vor Augen führen und ihm vielleicht ein größeres Interesse an der Statistik abgewinnen. *E. Roesle.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Statistik der im Jahre 1907 auf inländische Grundstücke gewährten Hypotheken der Versicherungsunternehmungen. Geschäftsbericht des Kaiserl. Aufsichtsamts für Privatversicherung für das Jahr 1907, S. 20/31, auch Veröffentlichungen des Kaiserl. Aufsichtsamts für Privatversicherung, 7. Jahrg., 1908, S. 60/71. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin, August 1908.

Ende 1907 hatten allein 56 größere Lebensversicherungsunternehmungen 3336 Mill. ℳ (78,6 % der Gesamtaktiva) in Hypotheken angelegt. Das Aufsichtsamt wendet daher den hypothekarischen Beleihungen der Unternehmungen besondere Aufmerksamkeit zu und führt u. a. eine Statistik darüber, aus der es in seinem Geschäftsberichte wichtigere Beobachtungen mitteilt. — Für das Jahr 1907 haben 93 unter Reichsaufsicht stehende Unternehmungen zusammen 2787 Grundstücksbeleihungen in Höhe von 302,7 Mill. ℳ nachgewiesen, davon kommen 2760 Darlehen mit 301,7 Mill. ℳ auf städtische Grundstücke: in Berlin und Vororten 913 Darlehen mit 186 Mill. ℳ, im sonstigen Preußen 887 Darlehen mit 64 Mill. ℳ, in Württemberg 310 Darlehen mit 13 Mill. ℳ, in den Hansestädten 257 Darlehen mit 9 Mill. ℳ etc. — Drei Tabellen geben ausführliche Auskunft über die Verteilung der ausgeliehenen Beträge nach Zinsfüßen und Provisionssätzen. Der durchschnittliche Zinsfuß und der durchschnittliche Provisionssatz ist für das erste Halbjahr 1907 bei den Berliner Hypotheken zu 4,146 % und 0,757 %, bei den übrigen deutschen Hypotheken zu 4,163 % und 0,428 % berechnet, für das zweite Halbjahr bei Berlin zu 4,236 und 0,903 %, bei dem übrigen Deutschland zu 4,267 und 0,503 %. Die Berliner Beleihungen haben also durchschnittlich einen etwas niedrigeren Zinsfuß, aber einen höheren Provisionssatz gebracht; man wird sagen können, daß der zugunsten von Berlin bestehende geringe Unterschied im Zins durch die höheren Provisionen wieder ausgeglichen wird. — Eine Tabelle über die Ordnung der im Jahre 1907 auf inländische städtische Grundstücke gewährten Hypotheken nach Größengruppen zeigt, wie die Gruppen mit hohen Beträgen in Berlin weit stärker besetzt sind als im sonstigen Deutschland. — Da die Verkaufspreise beliehener Grundstücke für Beurteilung der Sicherheit der Hypotheken von Bedeutung sind, werden auch diese beobachtet. Dabei hat sich unter anderem ergeben, daß sich von den Taxen, auf denen die Beleihungen beruhen, die öffentlichen besser bewährt haben als die privaten. Im Gesamtdurchschnitt läßt das Verhältnis der Verkaufspreise zu den Taxen eine langsame Besserung erkennen, es haben nämlich die Verkaufspreise in Prozenten der Taxen betragen i. J. 1904 88,9 %, i. J. 1905 89,0 %, i. J. 1906 89,6 % und i. J. 1907 90,6 %.

H. Meyer.

Statistik der Hypothekenbewegung im Lübeckischen Staate vom April 1907 bis März 1908. Aus: Geschäftsbericht des Statistischen Amtes für das Verwaltungsjahr 1907.

Die Hypothekenbewegung wird in Lübeck seit 1904 statistisch bearbeitet. Das Grundbuch hat von jeder auf einem Grundbuchblatt vorgenommenen Umschreibung, Verpfändung und Löschung dem „Steuerbureau" Mitteilung zu machen; diese Mitteilungen werden dem Statistischen Amt zur Bearbeitung überlassen.

Die Statistik zerfällt in zwei Abschnitte. Abschnitt 1 handelt von der Gesamtbewegung nach einzelnen Bezirken. Zahl und Betrag der Umschriften, neuen Verpfändungen und Löschungen wird bezirksweise (Innere Stadt, Vorstädte, Travemünde, Landbezirke) nachgewiesen und die Zu- und Abnahme der jährlichen Belastung festgestellt. Im Verwaltungsjahr 1907 hat die Verschuldung des Grundbesitzes im lübeckischen Staate um 12,1 Millionen zugenommen, im Verwaltungsjahr 1906 nur um 7,4. Außerdem wird angegeben, wieviele Hypothekenbriefe erteilt sind und welche Summen sie repräsentieren. 1907 wurde in 23,5 % aller Neubelegungen ein Brief verlangt und die verbriefte Summe betrug 33,6 % des neu aufgenommenen Kapitals. In Abschnitt 2 kommt die Art der Belastung und der Gläubiger zur Darstellung. Zunächst werden Grundschulden und Hypotheken, dann Sicherungshypotheken und sonstige Belastung einander gegenübergestellt. Bei den Gläubigern wird zwischen natürlichen und juristischen Personen und weiter zwischen einheimischen und fremden Geldgebern unterschieden. 1907 haben in 481 Fällen Geldinstitute und in 4112 Privatpersonen Grundstücke beliehen; von ersteren waren 327 einheimische und 154 fremde, von letzteren 3426 bezw. 686, die von ersteren dargeliehenen Beträge stellten sich auf 2 395 480 und 2 267 125 ℳ, die von letzteren auf 16 595 850 bezw. 3 727 109 ℳ. Der von dem einzelnen Geldgeber dargeliehene Betrag ist demnach bei den Auswärtigen größer als bei den Einheimischen. *J. Hartwig.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Die Milchwirtschaft in Württemberg. Von Finanzrat Dr. Trüdinger, Stuttgart. Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1907, Heft II, 30 S. Mit Karte und einer graphischen Darstellung.

Je größere Bedeutung der Milchwirtschaft und der Milchversorgung bei der wachsenden Be-

völkerung des Deutschen Reichs zukommt, desto wichtiger erscheinen genaue statistische Erhebungen über die milchwirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Länder, um auf diese Weise über die Tätigkeit derselben auf dem Gebiete der Milchwirtschaft ein möglichst klares Bild zu gewinnen. Vorbildlich ist in dieser Richtung Württemberg vorangegangen, indem dort auf Veranlassung der Königl. Württ. Zentralstelle für die Landwirtschaft durch die staatlichen Molkereiinspektoren eingehende Erhebungen über die Milchverwertung und Milchverarbeitung vorgenommen worden sind. In der vorliegenden Abhandlung sind die Ergebnisse dieser Erhebungen zusammen mit den Ergebnissen einschlägiger statistischer Aufnahmen des Königl. Württ. Statist. Landesamts zusammengestellt und textlich verarbeitet. In einem einleitenden Abschnitt wird zunächst der Umfang und die Bedeutung der Kühehaltung in Württemberg, die so groß ist wie in wenigen anderen deutschen Ländern, sowie die Höhe der Milchproduktion behandelt. Der Hauptteil der Abhandlung beschäftigt sich mit der Art der Milchverwertung; dargestellt wird hier: Der Milchverbrauch der nichtlandwirtschaftlichen (städtischen) Bevölkerung, welcher sich auf Grund mehrerer genauer Erhebungen annähernd feststellen läßt, der Milchabsatz, die Milchpreise, die Molkereiindustrie (Molkereigenossenschaften, private Molkerei- und Käsereiindustrie, die genossenschaftliche Käsereiindustrie), der Eigenverbrauch und die Selbstverarbeitung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Ein dritter Abschnitt gibt eine zusammenfassende Übersicht. Die Milchproduktion in Württemberg, um nur die wichtigsten Ergebnisse der Abhandlung zu nennen, ist dank der hochentwickelten Rindviehzucht des Landes so groß, daß nur stark die Hälfte für den Bedarf der Bevölkerung an frischer Milch in Anspruch genommen wird. Einen sehr wichtigen Teil der Milchwirtschaft macht in Württemberg die Verarbeitung der Milch zu Butter, Käse und anderen Produkten aus; dabei tritt die weniger rationelle Selbstverarbeitung im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb gegenüber der eigentlichen Molkereiindustrie, die in stetigem Wachsen begriffen ist und schon jetzt zu einer ansehnlichen Ausfuhrindustrie sich entwickelt hat, sehr zurück. Namhaft entwickelt ist insbesondere die genossenschaftliche Fabrikation, so daß man Württemberg geradezu als ein Hauptland des molkereigenossenschaftlichen Kleinbetriebs bezeichnen kann. Die große volkswirtschaftliche und finanzielle Bedeutung der Milchwirtschaft offenbart sich darin, daß der den württembergischen Landwirten, sei es aus dem Verkauf von Handelsmilch oder von Milch an private Molkereien und Käsereien, sei es aus der genossenschaftlichen Verwertung, sei es aus der Selbstverarbeitung von Milch, jährlich zufließende Bargelderlös ca. 68 Millionen Mark beträgt. — Die der Abhandlung beigegebene (große) Karte in Vierfarbendruck gibt einen Überblick über die räumliche Verbreitung der genossenschaftlichen und privaten Molkereien und Käsereien, der Milchberufsgenossenschaften sowie der Orte mit Eisenbahnversand von Milch. *O. Trüdinger.*

Anbau- und Ernteflächen vom Jahre 1907 im Königreich Böhmen. Von Dr. iur. Krejčí. Aus Mitteilungen des Statist. Landesamtes des Königreichs Böhmen, H. XI. 1, 72 S.

Als neu dürfte die genaue Abgrenzung der Begriffe „Anbauflächen“ und „Ernteflächen“ betrachtet werden. Die „Ernteflächen“ unterscheiden sich von den „Anbauflächen“ desselben Jahres: a) durch den Zweck — Anbauflächen belehren über das im Beobachtungsgebiete übliche Bewirtschaftungssystem, Ernteflächen dienen als Grundlage zur Berechnung der Gesamternteerträge, — b) durch den entscheidenden Zeitpunkt — bei Anbauflächen ist, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird, die Zeit des ursprünglichen Anbaues eines jeden Grundstückes für das Beobachtungsjahr mit der Hauptfrucht entscheidend, was der Verfasser nach der entsprechenden Begründung in der Art zum Ausdrucke zu bringen sucht, daß er dem üblichen Begriffe „Anbauflächen“ das Attribut „ursprüngliche“ vorausstellt. — Mit diesen beiden Unterschieden hängt eine Reihe von sachlichen Differenzen zusammen: Die „ursprünglichen Anbauflächen“ betreffen nur die Haupt-, nicht aber auch die Neben-, Vor-, Nach- und Zwischenfrüchte, kümmern sich weder um Auswinterungen und Einackerungen, noch um gänzliche Vernichtung der Ernte durch Hagelschläge, Überschwemmungen, Kriegsereignisse, Manöver, Verbauung der besäeten Flächen u. dgl. — was alles die Ernteflächen berücksichtigen müssen, wenn das auf Grund derselben berechnete Gesamternteerträgnis nicht schon von vornherein unrichtig sein soll.

Die Erhebung der Anbauflächen 1907 in Böhmen erfolgte gemeindeweise, durch Versendung der im besprochenen Aufsatze abgedruckten Formularien an alle Gemeindeämter Böhmens, die nach der (ebenfalls abgedruckten) Anleitung die Anbauverhältnisse einer jeden Katastralgemeinde durch genaue Feststellung derselben von Haus zu Haus erheben sollten. — u. zw. nach dem Stande, der nach Beendigung des Frühjahrsanbaues 1907 vorlag. Bis zum vorläufigen Abschluß der Erhebung (11. November 1907) sind aus nicht weniger als 7321 (= 80 % sämtlicher) Katastralgemeinden Böhmens annehmbare Ausweise eingelangt. Die eingelangten wurden nach den eventuell nötigen, meistens im Korrespondenzwege, zum Teil auch an Ort und Stelle erfolgten Berichtigungen bearbeitet, die Ergebnisse in geeigneter (dreifacher) Art auf ganze Gerichtsbezirke ausgedehnt und beiderlei Daten in großem sachlichen wie örtlichen Detail in den Haupttabellen publiziert, im Texte näher besprochen, untereinander wie auch mit den ähnlichen Daten der Vorjahre verglichen usw.

Die ursprünglichen Anbauflächen sowie die Ernteflächen 1907 wurden dann auf Grund dieser Ergebnisse auf die Art festgestellt, daß der Umfang der Einackerungen, der gänzlichen Vernichtung der Ernte durch Elementarereignisse usw., kurz, daß alle diesbezüglichen Unterschiede durch dieselben landwirtschaftlichen Berichterstatter des Bureaus für jeden Gerichtsbezirk abgeschätzt wurden, welche in den Vorjahren auch die Anbauflächen bezirksweise abzuschätzen pflegten.

(Nicht ohne Interesse dürfte es sein, daß sich diese vorjährigen fachmännischen Schätzungen nach den Ergebnissen der erwähnten gemeindeweisen Erhebung weit verläßlicher erwiesen haben, als man vermutete.)

Sehr erwünscht wäre es, wenn auch in anderen Ländern die Ernteflächen neben den Anbauflächen separat erhoben und nur die ersteren den Berechnungen der Gesamternte zugrunde liegen würden.

D. Krejči.

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Die Begründungszeit der Industriebetriebe (im **Königreich Sachsen**). Aus: Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen, Jahrgang 1908, S. 91 bis 97.

Im Königreich Sachsen ist seit einigen Jahren mit den jährlichen Arbeiterzählungen regelmäßig eine Ermittelung des Begründungsjahres der Fabriken und sonstigen der Gewerbeaufsicht unterstehenden Industriebetriebe verbunden worden. In mancher Beziehung ist diese Statistik verwandt mit den Erhebungen über das Alter bestimmter rechtlicher Unternehmungsformen gewerblicher Betriebe (Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Handelsfirmen usw.); sie geht aber über den Rahmen dieser Erhebungen einerseits hinaus, indem sie alle Unternehmungen bestimmter Gewerbezweige ohne Rücksicht auf deren rechtliche Form in Betracht zieht, und sie unterscheidet sich anderseits ihrem Wesen nach auch insofern, als sie das wirkliche Begründungsjahr, die Zeit der ersten Entstehung der Betriebe und nicht nur die Zeit des Eintritts irgendwelcher rechtlich-formaler Änderungen der Unternehmungen ins Auge faßt.

Die Ergebnisse dieser Erhebungen (siehe hierzu den Aufsatz des Unterzeichneten in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 1908, S. 232) vermögen namentlich über den Altersaufbau, die Neugründung, den Untergang industrieller Unternehmungen und über die Größe der Betriebe verschiedener Altersstufen Aufschluß zu geben. So zeigt sich, daß die Betriebe jüngsten Ursprungs verhältnismäßig sehr stark vertreten sind, aber nur kleinen Umfang haben, und daß die Betriebe mit zunehmendem Alter an Zahl sehr stark abnehmen, an Umfang aber wachsen. Von der Gesamtzahl der im Jahre 1906 der Gewerbeaufsicht unterliegenden Gewerbebetriebe war der vierte bis fünfte Teil erst nach 1900 und beinahe die Hälfte nach 1890 entstanden. Die Arbeiterzahl eines der Industriebetriebe, die in den Zeitabschnitten 1900 bis 1905, 1895 bis 1899, 1885 bis 1894, 1875 bis 1884 und 1855 bis 1874 begründet worden waren, betrug im Mittel 8, 22, 26, 37 und 44. Diese ständige Neuentstehung zahlreicher industrieller Kleinbetriebe, die sich erst allmählich zu Großfabriken entwickeln, muß einerseits zu einer Zunahme der Gesamtzahl der Gewerbebetriebe führen und wirkt anderseits in gewissem Grade den Konzentrationstendenzen im Gewerbe entgegen.

A. Pfütze.

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Automobil-Bestandsstatistik. Aus: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1909, I. S. 125fg., 130fg.[1])

Die Erhebungen über den Bestand an Kraftfahrzeugen und deren Verwendungszweck sind durch einen Erlaß des Herrn Reichskanzlers aus dem Juni 1906 veranlaßt worden. Die erste Zählung hat am 1. Januar 1907 stattgefunden; am 1. Januar 1908 und 1909 wurden die Zählungen wiederholt, welche an der Hand von drei Nachweisungen von den Ortspolizeibehörden vorzunehmen waren. Die Kraftfahrzeuge werden eingeteilt in: 1. Krafträder, 2. Kraftwagen bis zu 8 PS, 3. Kraftwagen mit mehr als 8—16 PS, 4. Kraftwagen mit mehr als 16—40 PS, 5. Kraftwagen mit mehr als 40 PS. In der ersten Nachweisung sind diese Arten der Kraftfahrzeuge noch weiter zu sondern in solche zur Personen- und solche zur Lastenbeförderung. Die zweite Nachweisung gliedert die vorzugsweise der Personenbeförderung dienenden Kraftfahrzeuge nach sechs, die dritte Nachweisung die Lastfahrzeuge nach vier Verwendungszwecken.

Die Ergebnisse der Statistik sind in drei Tabellen, auch nach Bundesstaaten und preußischen Provinzen, dargestellt.

Am 1. Januar 1909 wurden im Reiche 41 727 Kraftfahrzeuge gezählt; von diesen waren 39 475 Personen- und 2252 Lastfahrzeuge. Unter ersteren befanden sich 20 928 = 53,0 % Krafträder. Zur Lastenbeförderung dienten dagegen nur 248 Krafträder = 11 %. Von den vierräderigen Personenwagen waren 9434 mit einer Maschine bis zu 8 PS ausgestattet; 5441 Wagen hatten eine Maschinenleistung bis zu 16 PS; mehr als 16—40 PS hatten 3595 Personenwagen, und bei 77 Wagen war die Kraftleistung noch eine größere. Von den 2252 Lastwagen hatten 1035 = 46,0 % Maschinen bis zu 8 PS. Gegen das Vorjahr ist eine Vermehrung der Kraftfahrzeuge um 5705 = 15,8 % eingetreten; davon entfallen 5231 Kraftfahrzeuge auf den Personen- und 474 auf den Lastenverkehr.

Im Dienste von Behörden wurden 395 = 1,0 %, im öffentlichen Fuhrverkehr 2340 = 5,9 %, im Dienste von Handels- und Gewerbebetrieben 16 110 = 40,8 %, von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 427 = 1,1 %, für andere Berufszwecke 4641 = 11,8 % und für Vergnügungs- und Sportzwecke 15 562 = 39,4 % der Personenfahrzeuge verwendet. Von den Lastfahrzeugen fanden 2059 = 91,4 % in Handels- und Gewerbebetrieben und 143 = 6,3 % im Dienste von Behörden Verwendung.

Die Bestandsstatistik findet ihre Ergänzung in einer Statistik der zum vorübergehenden Aufenthalt in das Reichsgebiet gelangten außerdeutschen Kraftfahrzeuge, die ebenfalls auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers seit dem 1. Oktober 1906 aufgenommen wird. Aus der hierzu benutzten Nachweisung ergibt sich die Zahl der in jedem Monat eingegangenen Kraft-

1) Besprechung der Automobil-Unfallstatistik folgt in der nächsten Nummer. *Red.*



fahrzeuge verschiedener Art und ihr Heimatland. In der Zusammenstellung der Ergebnisse wird einmal nach Staaten mit eigener Zollverwaltung und Direktivbezirken, und dann nach Monaten der Eingang der ausländischen Kraftfahrzeuge nachgewiesen.

Während des letzten Berichtsjahrs (1. Oktober 1906 bis 30. September 1907) haben 7913 ausländische Kraftfahrzeuge die deutsche Grenze überschritten; davon waren 631 = 8,0 % Krafträder und 7282 = 92,0 % Kraftwagen; von letzteren dienten 7272 zur Personen- und nur 10 zur Lastenbeförderung. Von den ausländischen Kraftwagen stammten 2950 = 37,3 % aus Frankreich, 1637 = 20,7 % aus Österreich-Ungarn und 995 = 12,6 % aus Belgien; aus den Vereinigten Staaten kamen 478 Kraftwagen = 6,1 % nach Deutschland. *G. Hölzer.*

Die Verkehrswege in Österreich. Österreichische Statistik Band 82. Heft 3.

Die Landstraßen Österreichs, deren Gesamtnetz Ende 1905 auf eine Länge von 115 919 km angewachsen ist, erfahren wieder nach der Gliederung in Ärarial-, Landes-, Bezirks- und Gemeindestraßen eine eingehende Behandlung, wobei hinsichtlich der Ärarialstraßen der für dieselben gemachte reine Aufwand in den Jahren 1895 und 1902 bis 1905 angegeben erscheint. Die Länge der befahrbaren Fluß- und Kanalstrecken Österreichs betrug Ende 1905 6583 km (darunter 3831 oder 58 % nur für Flöße, 1435 oder 22 % nur für gewöhnliche Schiffe und 1317 oder 20 % auch für Dampfschiffe befahrbar), der reine Aufwand für Ärarialwasserbauten im Jahre 1905 11 048 426 Kronen. Als Neuheit erscheint eine Statistik der gesamten österreichischen Binnenschiffahrt, soweit dies nach dem gegenwärtigen Stande der Erhebungen überhaupt möglich war. Dementsprechend wurde der Gesamtverkehr auf den österreichischen Wasserstraßen, das sind in erster Linie die Donau samt Nebenflüssen, die Elbe mit der Moldau, weiter die Weichsel samt Nebenflüssen ,der Dniester, die Mur, Drau und Save, endlich die dalmatinischen Flüsse und zwar getrennt nach Dampfschiffahrt und Ruderschiffahrt, auch Floßverkehr, tabellarisch zur Darstellung gebracht, wobei hinsichtlich des mit Dampfern bewirkten Verkehres auch die Leistungen der einzelnen Gesellschaften gesondert zur Nachweisung gelangten. Auf diese Gesamtdarstellung folgt als weitere Neuerung eine möglichst weitgehende Spezialisierung nach den vorerwähnten Flußsystemen, eine Besprechung des Schiffs- und Warenverkehrs (Berg- und Talfahrt) auf den einzelnen Flüssen, auf den wichtigsten Strecken derselben und — soweit dies möglich war — an den einzelnen Stationen nach Warengattungen, Tonnen, Kilometern und Tonnenkilometern. *H. Forcher.*

XIV. Versicherungsstatistik.

Die Krankenversicherung in den Jahren 1906 und 1907, Bände 186 und 194 der Statistik des Deutschen Reichs. Referent: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Mayet. Berlin, 1908 und 1909. Ladenpreis für Band 186 2,50 *M*, für Band 194 1,20 *M*.

Durch zeitweilige Vermehrung des Personals und ausgiebige Benutzung von Additionsmaschinen ist es im Jahre 1908 gelungen, die beim Kaiserlichen Statistischen Amt bis 1. Juli eingehenden Krankenkassennachweisungen im Laufe von 6 Monaten statt bisher eines Jahres aufzubereiten. Die endgültigen Ergebnisse für 1907 wurden bereits im Reichsanzeiger vom 7. Dezember 1908, Nr. 288 und im Reichs-Arbeitsblatt 1908, Nr. 12 mitgeteilt; Band 194 der St. d. D. R. erschien mit der textlichen Einleitung Anfang Januar 1909.

In der Methode der Aufbereitung ist eine Veränderung eingetreten. Anstatt in den Hilfsformularen jede Kasse auf einer Zeile einzutragen und durch Rechnung mit Hand die Summen für Bezirke zu gewinnen, werden jetzt die Kassennachweisungen eines Bezirks durch die Maschine geschickt, welch letztere die Summe fertig für das Zwischenformular ergibt. In Bezug auf die Berechnung der durchschnittlichen Mitgliederzahl aus den 12 Monatsangaben ist im Jahre 1908 an Stelle der Errechnung und Eintragung des jahresdurchschnittlichen Mitgliederstandes der einzelnen Kasse auf der Kassennachweisung selbst, die maschinelle Aufrechnung der Mitgliederzahlen der Kassennachweisungen einer Kassenart eines Bezirks für jeden Monat einzeln erfolgt und erst aus den 12 Monatssummen der Jahresdurchschnitt errechnet worden.

Infolge dieser Änderung ist nun außer dem Jahresdurchschnitt die Zahl der Versicherten nach Geschlecht, Kassenart und Bezirk auch noch nach Monaten bekannt. Für die Gesamtheit der organisierten reichsgesetzlichen Krankenkassen (d. h. ausschließlich der Gemeindekrankenversicherung) wurde — die Gesamtsumme = 100 gesetzt — folgende Bewegung der Mitgliederzahl nach Monaten festgestellt:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
7,8	7,9	8,0	8,1	8,5	8,6	8,6	8,6	8,5	8,5	8,5	8,4.

Am 1. eines jeden Monats betrug sie nämlich in Millionen 9,87, 9,97, 10,09, 10,32, 10,79, 10,89, 10,88, 10,89, 10,85, 10,82, 10,83, 10,70 und sank bis zum 31. Dezember 1907 weiter auf 10,25. Unter Einbeziehung der Gemeindekrankenversicherung stellen sich die Zahlen für den Ersten jedes Vierteljahres auf 11,31, 11,85, 12,56, 12,44 und für den 31. Dezember auf 11,72. Die Zahl der Krankenversicherten ist also vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907 um rund 840 000 Mitglieder zurückgegangen.

Bei regelmäßiger Wiederholung werden derartige Feststellungen einen wertvollen Anhalt für die periodischen Schwankungen des Beschäftigungsgrades und bei noch eingehenderer Bearbeitung auch Material für die Arbeitslosenstatistik gewähren.

Im übrigen ist die Krankenkassenstatistik in üblicher Weise aufgestellt. — Bemerkenswert ist die im Jahre 1907 besonders ungünstige Morbidität. *P. Mayet.*

Die Entwickelung des privaten Versicherungswesens unter Reichsaufsicht in dem Jahrfünft 1902 bis 1906. Herausgegeben vom Kaiserl.



Aufsichtsamte für Privatversicherung. Mit drei Tafeln. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin, Februar 1909. 2 *M*.

Auf Grund der bisher erschienenen fünf Jahrgänge seiner „Versicherungs-Statistik“ hat das Aufsichtsamt in der vorliegenden Schrift die Entwickelung der privaten Versicherung in den Jahren 1902—1906 zum Teil von neuen Gesichtspunkten aus dargestellt.

Nach einer Einleitung über die berücksichtigten Unternehmungen und allgemeinen Bemerkungen über die Bedeutung der Maßstäbe für den Geschäftsumfang bei den verschiedenen Versicherungszweigen werden der Versicherungsbestand und seine Bewegung und danach die Ergebnisse des Geschäftsbetriebs behandelt.

Für den Umfang des Geschäfts der Unternehmungen ist es belanglos, woher die Risiken kommen, ob sie direkt aus der Bevölkerung stammen, oder ob sie von anderen Unternehmungen in Rückdeckung übernommen sind, es werden nur die Gesamtsumme der Beträge und die davon für eigene Rechnung behaltenen Teile betrachtet. Bei fast allen Zweigen wird dabei eine gesunde Entwickelung nachgewiesen. Es waren z. B. versichert in der großen Todesfallversicherung Ende 1902 7,0 und Ende 1906 8,6 Milliarden *M*, in der Hagelversicherung 2,5 und 2,8, in der Feuerversicherung 93,6 und 112,6 Milliarden. Für eigene Rechnung wurden behalten in der Feuerversicherung ungefähr $^{2}/_{3}$, in der Haftpflichtversicherung $^{3}/_{4}$, in der Unfallversicherung $^{4}/_{5}$, in der großen Todesfallversicherung dagegen mehr als $^{19}/_{20}$ aller überhaupt übernommenen Versicherungen. — Die Abhandlung betrachtet alsdann lediglich das direkte Geschäft ohne Rücksicht darauf, wer das Risiko trägt. Das gibt ein Bild von dem Versicherungsbedarfe der Bevölkerung. Dieser Bedarf ist bei fast allen Zweigen im Anwachsen begriffen sowohl hinsichtlich der Versicherungssummen als auch der durchschnittlich auf eine Police entfallenden Beträge; wo sich ein Rückgang findet, wird der Ursache nachgegangen. Besonders stetig ist die jährliche Zunahme der gegen Feuerschäden versicherten Werte angewachsen. Der Wert der gesamten im Deutschen Reiche versicherten Mobilien und Immobilien (mit Einschluß der bei den öffentlichen Anstalten versicherten) stellte sich Ende 1902 auf 143, Ende 1906 auf 170 Milliarden.

Bei den Ergebnissen des Geschäftsbetriebs werden zunächst die Betriebs-Einnahmen den Betriebs-Ausgaben gegenübergestellt, und sodann die Einzahlungen der Versicherten mit den baren Entschädigungsbeträgen verglichen. Die Gesamtsumme aller Prämien und Nebenleistungen der Versicherten hat z. B. im Jahre 1902 613 und im Jahre 1906 782 Mill. *M* betragen, und die den Versicherten ausgezahlten Entschädigungen stellten sich in diesen beiden Jahren auf 308 und 459 Mill. *M*. Weiter werden die Verwaltungskosten und Steuern, die Bilanzen, die Kapitalanlagen und die Gewinnverteilung behandelt. Hier mag nur erwähnt werden, daß sich der gesamte durch die Bilanzen aller Unternehmungen ausgewiesene Gewinn 1906 auf 153 Mill. *M* belief, und daß hiervon 110 Mill. *M* den Versicherten gutgebracht wurden.

Besonders durch die gleichzeitige Behandlung der einzelnen Fragen bei allen Versicherungszweigen, die sich mehrfach als besonders aussichtsreich erwiesen hat, unterscheidet sich diese Schrift von allen früheren Untersuchungen ähnlicher Art. *H. Meyer.*

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Das Unterrichtswesen der Stadt Budapest im Jahre 1905/06 und Statistik der Kommunalschulen von 1828 bis 1907. Bearbeitet von Dr. G. Thirring. Publikationen des Statistischen Bureaus der Haupt- und Residenzstadt Budapest. Nr. 39. 84 Seiten Text und 107 Seiten Tabellen. Budapest 1908. Preis 2 M. (Ungarisch und Deutsch.)

Die Publikation ist die erste ähnliche Arbeit des Budapester kommunalstatistischen Bureaus, welche ein Schuljahr für sich behandelt und zugleich außer den Kommunalschulen (261 Schulen mit 93 797 Schülern) auch die vom Staat, von den Konfessionen und der Gesellschaft erhaltenen Schulen (266 Anstalten mit 50 038 Schülern), also das gesamte Unterrichtswesen der ungarischen Hauptstadt umfaßt. Das statistische Material, das für jede einzelne Schule eingehend publiziert wird, ist in 14 Tabellen zusammengefaßt, denen sich in weiteren 11 Tabellen noch detaillierte Nachweise über die Kommunalschulen anschließen. Weitere 12 Tabellen bringen in zum großen Teile neuer Bearbeitung die Statistik der Kommunalschulen bis 1873 (in einzelnen Hauptgesichtspunkten bis 1828) zurückgehend zur Darstellung, und zwar die Anzahl der Schulen, Klassen, Lehrsäle und Lehrkräfte, die Verteilung der Schüler nach Klassen, Geschlecht, Konfession, Nationalität, Geburtsort, Wohnort und Beruf der Eltern, die Schülerzahl nach einzelnen Schulen, sowie die Ausgaben der Kommune für ihre Schulen, nebst Baukosten, staatlicher Subvention und sonstigen Einnahmen. Dem erläuternden Text schließt sich eine historische Skizze der Kommunalschulen von 1828 bis 1907 an. *G. Thirring.*

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Beruf und Berufsstatistik. Von Ministerialrat Dr. Friedrich Zahn, Direktor des Königl. Bayer. Statistischen Landesamts. Mitgeteilt im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, 2. Bd. 1908.

Die Abhandlung ist eine erweiterte und mit den neuesten Daten versehene Darstellung über die internationale Berufsstatistik, die ich in Band 150 der Statistik des Deutschen Reichs und im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 2. Auflage veröffentlichte. Sie bespricht in den ersten vier Abschnitten das Wesen des Berufs, die Feststellung des persönlichen Berufs, die Berufseinteilung, Klassifikation, und die Berufsstatistik im allgemeinen (Aufnahmen, Erhebungsformulare, Aufbereitung, Darstellung der Ergebnisse, Kosten der Aufnahmen, internationale Bestrebungen nach

Vereinheitlichung der Berufserhebungen). Der 5. (letzte) Abschnitt enthält Näheres über die Ausführung der Berufsstatistik, insbesondere über Art und Umfang der Erhebungen sowie deren Hauptergebnisse in einzelnen Ländern. Hierbei sind berücksichtigt Deutsches Reich (die Ergebnisse von 1907 wird ein Nachtrag bringen), Österreich, Ungarn, Rußland, Italien, Schweiz, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen, Großbritannien und Irland, Vereinigte Staaten von Amerika, Britisch Indien, Australien.

F. Zahn.

Personalnachrichten.

Veränderungen bei den Statistischen Ämtern und unter ihren Leitern und wissenschaftlichen Beamten seit Anfang 1908.[1])

Abkürzungen: TV. = Titelverleihung; ern. = ernannt; ausg. = ausgeschieden.

1. Deutsches Reich.

a. Reichs- und Staatsämter.

Kaiserl. Statistisches Amt, Berlin. — Regierungsrat Wilhelm Koch, einberufen zu kommissarischer Beschäftigung im Reichsamt des Innern; seit 17. September 1908.

Desgl. — Königl. Württemberg. Finanzassessor Ernst Walz, kommissarisch beschäftigt seit 20. Oktober 1908.

Desgl. — Dr. Hans Gehrig, ständiger Mitarbeiter, ausg. am 30. September 1908.

Desgl. — Dr. Gerhard Jordan, wissenschaftl. Hilfsarbeiter, ern. z. ständigen Mitarbeiter; seit 1. Oktober 1908.

Desgl. — Dr. Bruno Schöne, wissenschaftl. Hilfsarbeiter, ausg. infolge Ernennung zum Abteilungsvorsteher im Landeskulturrat f. d. Kgr. Sachsen in Dresden; am 30. September 1908.

Königl. Preußisches Statistisches Landesamt, Berlin. — Dr. Erich Petersilie, kommissar. Mitglied, ern. zum Mitglied; seit 1. Juli 1908.

Königl. Bayerisches Statistisches Büreau, München. — Änderung des Namens in: Königl. Bayerisches Statistisches Landesamt; seit 1. Januar 1909.

Desgl. — Oberregierungsrat Dr. Friedrich Zahn, Vorstand, ern. z. Ministerialrat und Direktor; seit 1. Januar 1909.

Desgl. — Zu ständiger Verwendung einberufen im Jahre 1908: Bezirksamtsassessoren Dr. Philipp Arnold, Rudolf Decker und Dr. Hans Schmelzle, Regierungsakzessisten Dr. Josef Haselberger und Dr. Richard von Valta, wissensch. Hilfsarbeiter Dr. Wilhelm Feld.

Königl. Sächsisches Statistisches Landesamt, Dresden. — Oberregierungsrat Dr. Eugen Würzburger, Direktor, ern. z. Geheimen Regierungsrat; 25. Januar 1909.

Desgl. — Assessor Dr. Rudolf Schneider, ausg. infolge Berufung als volkswirtschaftl. Syndikus des Bundes der Industriellen in Berlin; 30. September 1908.

Desgl. — Rechtsanwalt G. Schmidt in Leipzig, ern. z. Assessor im Königl. Statistischen Landesamt; seit 1. Oktober 1908.

Desgl. — TV. Regierungsassessor an die Assessoren Dr. Pfütze und Schmidt; Febr. 1909.

Großherzogl. Badisches Statistisches Landesamt, Karlsruhe. — Dr. Hermann Männer, Bezirkstierarzt in Rudolfzell, ern. z. wissenschaftl. Hilfsarbeiter im Nebenamte; seit 1. Januar 1908. TV.: Veterinärassessor; seit 24. Dezember 1908.

Großherzogl. Hessische Zentralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt. — Kattwinkel, wissenschaftl. Hilfsarbeiter, ausg. am 31. Juli 1908.

Statistisches Büreau Vereinigter Thüring. Staaten, Weimar. — Geh. Regierungsrat Dr. Johannes Schmid-Burgk, Vorstand, TV.: Geh. Oberregierungsrat; 24. Dez. 1908.

Herzogl. Sächsisches Statistisches Büreau, Gotha. — Geh. Staatsrat a. D. Frhr. v. Ketelhodt, Vorstand, verstorben am 7. Juni 1908.

Statistisches Bureau (vormals „der Steuerdeputation") Hamburg. — Wiss. Hilfsarbeiter Assessor Bleckwedel ausg. November 1908. — Volontär Assessor Dr. Gramkow ern. z. wissensch. Hilfsarbeiter; Dez. 1908.

Statistisches Amt, Lübeck. — Dr. Gustav Pabst, Direktor, pensioniert am 31. März 1908.

Desgl. — Assessor Dr. Julius Hartwig, Wissenschaftl. Hilfsarbeiter, ern. z. Direktor; seit 1. April 1908.

Statistisches Büreau für Elsaß-Lothringen, Straßburg. — Statistisches Büreau des Kaiserl. Ministeriums für Els.-Lothr., Namensänderung; seit 1. April 1908.

Desgl. — Dr. H. Platzer, kommissarischer Vorstand des Statistischen Büreaus des Kaiserl. Ministeriums für Els.-Lothr., ern. z. Direktor des Statistischen Büreaus für Els.-Lothr.; seit 1. April 1908.

b. Stadtämter.

Statistisches Amt Berlin. — Dr. H. Guradze seit 1. Januar 1908 wissenschaftl. Assistent, vorher wissenschaftl. Hilfsarbeiter im Stat. Amt Königsberg. — Dr. O. Büchner, wissenschaftl. Assistent, seit 1. Februar 1909 beurlaubt als Statistiker nach Rixdorf.

Statistisches Amt Breslau. — P. Ordemann seit 1. Januar 1909 wissenschaftl. Hilfsarbeiter.

Statistisches Amt Freiburg i. B. — Finanzpraktikant E. Helbling seit 18. Mai 1908 wissenschaftl. Hilfsarbeiter, vorher in gleicher Stellung beim Stat. Amt München.

Statistisches Amt Dresden. — Dr. P. Mögel seit 1. Februar 1908 1. Direktorial-Assistent, vorher Assistent der Handelskammer Plauen.

Desgl. — TV. Professor an den Direktor Dr. F. Schäfer. 22. April 1908.

Statistisches Amt Essen. — Beigeordneter Dr. O. Wiedfeldt seit 1. Juli 1908 kommissarisch beschäftigt im Reichsamt des Innern (jetzt Geh. Regierungsrat und vortragender Rat). — Stadtassessor Dr. M. Bothe seit 1. Oktober 1908 Direktor.

Statistisches Amt Halle a/S. — Direktor Dr. A. Hesse als a. o. Professor an die Universität Königsberg berufen. 1. Oktober 1908. Seitdem Dr. H. Wolff Direktor, vorher Adjunkt am Stat. Amt Zürich.

Statistisches Amt Karlsruhe. — Dr. Berendt seit 3. Juli 1908 Stellvertreter des erkrankten Direktors Dr. Roth.

Statistisches Amt Leipzig. — Professor Dr. E. Hasse, Direktor, † am 12. Januar 1908. Stelle noch unbesetzt.

Statistisches Amt München. — Direktor Dr. K. Singer † am 19. Juni 1908. Stelle noch unbesetzt.

2. Österreich-Ungarn.

K. K. Österreich. statistische Zentralkommission, Wien. — Dr. Franz v. Juraschek. Präsident der K. K. Z.-K., mit dem Titel und Charakter eines Sektionschefs, ern. z. Wirkl. Sektionschef; seit 26. Juli 1908.

Desgl. — Regierungsrat Heinr. Ehrenberger, TV.: Hofrat; seit 6. November 1908.

Desgl. — Regierungsrat Franz Meinzinger v. Meinzingen, ausg. infolge Ern. z. Sektionsrat im Ministerium für öffentl. Arbeiten; 5. Juli 1908. Hofsekretär Dr. Walter Schiff, ausg. infolge Berufung an das Handelsministerium; 30. Juni 1908. — Ferner ausg. die Konzeptspraktikanten Dr. Richard Pfaundler (2. April 1908), Karl Graf Oberndorff (13. August 1908), Josef Graf Hardegg (27. Aug. 1908), Dr. Franz Weyr (5. Jan. 1909).

Desgl. — Hofkonzipist Dr. Raoul Braun v. Fernwald, (28. Juli 1908) und Dr. Othmar Spann, Privatdozent

1) Soweit Nachrichten vorliegen. Ein Bestandsverzeichnis dieses Personals findet sich im „Jahrbuch für Statistik", herausgeg. von Dr. H. Platzer, 1. Jahrg. 1909. — Auf unbesoldete oder nur vorübergehend beschäftigte Personen erstreckt sich die obige Zusammenstellung nicht; auf nebenamtlich tätige nur, wenn sie an leitender Stelle stehen.



(27. August 1908), ern. z. provis. Vizesekretären. — Dr. Felix Klezl von Norberg (7. Jan. 1908) und Dr. Herrmann Pfaundler (6. Juli 1908), ern. z. Konzeptspraktikanten.
Handelsstatistischer Dienst des K. K. Handelsministeriums, Wien. — Ministerialrat Harold Demel v. Elswehr, ern. z. Vorstand; seit Juli 1908.
Statistisches Landesamt für Österreich u. d. Enns, Wien. — Dr. Hans Rizzi, ern. z. Vorstand; seit 1. Januar 1908.
Statistisches Landesamt für Steiermark, Graz. — Dr. Hubert Wimbersky, Konzipist, ausg. infolge Ern. z. Universitätssekretär; seit 1. April 1908.
Statistisches Landesamt des Kgr. Böhmen, Prag. — Dr. Karl Englisch, Konzipist, ausg. infolge Ern. z. Konzipisten im Handelsministerium; seit 17. November 1908.
Desgl. — Dr. Josef Mráz, Rechtspraktikant beim Gericht, ern. z. Konzipisten; 30. November 1908.
Königl. Ungarisches Statistisches Zentralamt, Budapest. — Dr. Alois Szabóky, Ministerialhilfssekretär, ern. z. Ministerialsekretär; seit 17. September 1908.
Desgl. — Dr. Eugen v. Truskowszky, Ministerialkonzipist, ern. z. Ministerialhilfssekretär; seit 26. November 1908.
Desgl. — Adalbert v. Tormay, Ministerialhilfskonzipist, ern. z. Ministerialkonzipisten; seit 26. November 1908.
Abteilung für Statistik des Magistrats in Wien. — Dr. G. Löhrer, Magistratsoberkommissär, befördert zum Magistratssekretär. Mai 1908.

3. Schweiz.

Statistisches Büreau des Kanton Zürich. — Dr. E. Kollbrunner, Vorsteher; ausg. im April 1908.
Desgl. — Dr. E. Großmann, Sekretär der Finanzdirektion, ern. z. Vorsteher; Juni 1908.
Desgl. — F. Locher, Stellvertreter des Vorstehers, ern. z. Adjunkten; Juni 1908.
Statistisches Amt Zürich. — Adjunkt Dr. H. Wolff wird Direktor des Statistischen Amtes Halle a/S. 15. Oktober 1908. — K. Brüschweiler, Beamter im Volkswirtschaftsdepartement St. Gallen, wird Adjunkt 1. Nov. 1908.

4. Luxemburg.

Großherzogl. Statistisches Amt, Luxemburg. — J. Ch. Kohn, Vorsteher, ausg.
Desgl. — A. Widung, ern. z. Vorsteher; seit 4. Dez. 1908.

Fragekasten.

Dr. J. in C. — Ihre Frage, ob bezüglich der unehelichen Geburten irgendwo Nachweisungen über die Fälle von Anerkennung und von Nichtanerkennung durch die Väter gegeben worden sind, legen wir unseren Lesern vor mit dem Bemerken, daß wohl nur solche Statistiken in Betracht kommen können, welche den Umstand mitberücksichtigen, daß frühzeitige Todesfälle die Frage der Anerkennung (oder Legitimation) gegenstandslos machen.

L. F. in Wien. — Die Bedeutung der serbischen Schweinezufuhr für die Nachbarländer scheint nach den Viehzählungsergebnissen nicht allzugroß zu sein. Die — übrigens fortwährend zunehmende — Zahl der Schweine war 1900 in Österreich 4,7 Mill., in Ungarn 7,3 Mill., in Rumänien 1,7 Mill., dagegen in Serbien 1905 nur 0,9 Mill.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 4 **1. Jahrgang** **1. Juni 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | **Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | **Professor Dr. Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Zuschriften an die Redaktion wolle man richten:

1. sofern sie die Statistik des Deutschen Reiches betreffen, an Regierungsrat Dr. Feig in Charlottenburg, Berliner Straße 45,
2. sofern sie die Statistik deutscher Bundesstaaten, von anderen Staaten oder von Landesteilen oder statistische Theorie und Technik betreffen, an Geh. Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden-A., Ammonstraße 13,
3. sofern sie die Statistik von (deutschen oder nichtdeutschen) Gemeinden betreffen, an Professor Dr. Schäfer in Dresden-A., Nürnberger Straße 47.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen" dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen die Statistik des Bevölkerungsstandes usw., der Todesursachen, Preis- und Konsum-, Vermögens- und Einkommenstatistik, öffentliche Gewerbebetriebe, Geld- und Kreditwesen, Versicherungswesen, Gesellschaften, Polizei-, Justiz-, Unterrichtsstatistik, „sonstige Quellenveröffentlichungen". — Der Schluß der in Nr. 3 begonnenen Übersicht über die Organe für Veröffentlichungen der Statistischen Ämter kann wegen Stoffandrangs erst in Nr. 5 gebracht werden. —

Der Arbeitsmarkt und seine Statistik.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, ständigem Mitarbeiter beim Kaiserl. Statist. Amt.

Wie die Finanzwissenschaft zu Zeiten der Finanznot, so blüht die wissenschaftliche Betrachtung von Arbeitsnachweis, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt in Zeiten des Rückganges der Beschäftigung. So lenkte der in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 eingetretene Rückgang der Konjunktur wie schon der von 1901 die Aufmerksamkeit auf ein bisher noch wenig erforschtes Gebiet der Sozialstatistik, die Arbeitsmarktstatistik. Von ihr suchte man Auskunft zu erhalten über die Wirkung der Konjunktur auf den Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft, eine Auskunft, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reichs wie für die gewerbe- und sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesstaaten, der Kommunalverbände und Gemeinden von gleich hoher Bedeutung ist. Die nachfolgenden Ausführungen wollen eine kurze Darstellung des Wesens und der Methoden der deutschen Arbeitsmarktstatistik und eine Übersicht über ihre Ausgestaltung in anderen europäischen Staaten geben.

Einige Vorbemerkungen über die Begriffe Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktstatistik: Markt kann zunächst die Bedeutung eines an einem bestimmten Orte organisierten Marktes haben: Börsenmarkt, Getreidemarkt, Effektenmarkt. Der Arbeitsmarkt in diesem Sinne wird durch die Arbeitsnachweise (bourses du travail) dargestellt. Eine Arbeitsmarktstatistik gibt also zuvörderst eine zahlenmäßige Darstellung der am Arbeitsnachweis sich vollziehenden Bewegung des Angebots von und der Nachfrage nach Arbeitskräften. Markt hat jedoch nicht nur die Bedeutung eines organisierten Zusammentreffens von Angebot und Nachfrage; unter Markt kann auch die Gesamtheit der für eine bestimmte Ware geltenden Austauschbedingungen verstanden werden: Kohlenmarkt, Eisenmarkt. Der Arbeitsmarkt umfaßt in diesem weiteren Sinn die Gesamtheit der Austauschbedingungen der Ware Arbeit, seine Statistik wird alle die Tatsachen aufzeigen, die über die Bewegung von Angebot und Nachfrage nach Arbeitern Aufschluß geben oder Rückschlüsse auf diese Bewegung ermöglichen, einerlei ob die Bewegung zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsnachweis oder sonstwo stattfindet. Eine solche Statistik muß also die Gesamtmengen von Angebot und Nachfrage und ihre Veränderungen zu erfassen suchen. Während aber Warenmarktstatistiken das Hauptgewicht auf das E r g e b n i s von Angebot und Nachfrage, den Markt p r e i s zu legen pflegen, scheidet dessen Ermittelung aus der Arbeitsmarktstatistik ganz aus und bleibt der Lohnstatistik vorbehalten. Für die Ware Arbeit ist die Tatsache, daß sie überhaupt Absatz findet, noch wichtiger als zu welchem Preise das geschieht. Die Arbeitsmarktstatistik im weiteren Sinne muß also die Menge der beschäftigten wie der beschäftigungslosen Arbeiter festzustellen suchen. Im Deutschen Reiche findet sie letztere mit Hilfe der Arbeitslosenstatistik der Arbeiterverbände, erstere

mit Hilfe der Statistik der Mitglieder der Zwangskrankenkassen. Die Arbeitslosenstatistik der Arbeiterverbände gibt Auskunft über die Zahl der arbeitslosen Mitglieder eines Verbandes im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl; die Zu- oder Abnahme der so gewonnenen Arbeitslosenziffern innerhalb einer bestimmten Zeit läßt Rückschlüsse auf eine Verschlechterung oder Verbesserung des Arbeitsmarktes zu. Ebenso die Bewegung der Mitgliederzahl der Krankenkassen, die unter gewissen Vorbehalten der Zahl der tatsächlich beschäftigten Arbeiter gleich gesetzt werden kann. Die Krankenkassenstatistik gibt jedoch zunächst nur Aufschluß über die Bewegung der Zahl der Beschäftigten, nicht über diejenigen, die keine Beschäftigung finden können. Soll sie dazu imstande sein, so müßte jeweils die Gesamtzahl der Arbeiterbevölkerung überhaupt bekannt sein.[1])

Von verschiedenen Seiten wird in Deutschland eine solche Arbeitsmarktstatistik aufgestellt. Es sei zunächst an die Arbeitsmarktstatistik der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt" erinnert, die 1897 von J. Jastrow begründet wurde. Seit dem Jahre 1903 wird vom Kaiserlichen Statistischen Amt eine Arbeitsmarktstatistik, umfassend Arbeitsnachweisstatistik, Krankenkassenstatistik und Arbeitslosenstatistik der Arbeiterverbände, monatlich im „Reichs-Arbeitsblatt" veröffentlicht. Außerdem gibt eine größere Anzahl statistischer Ämter deutscher Städte in ihren monatlichen Veröffentlichungen eine örtliche Arbeitsnachweis- und Krankenkassenstatistik heraus. Von den landesstatistischen Zentralstellen veröffentlicht das Bayerische Statistische Landesamt, seit Beginn dieses Jahres, in kurzen Zwischenräumen, nämlich monatlich, eine Arbeitsmarktstatistik, und auch die Statistischen Landesämter von Württemberg und Baden geben in ihren monatlichen Mitteilungen eine solche Statistik, die auf der Vermittelungstätigkeit der Arbeitsnachweise beruht.

Die Methoden der wichtigsten dieser Arbeitsmarktstatistiken, der des „Reichs-Arbeitsblattes", sind die folgenden:

1. Als Unterlagen für die Arbeitsnachweisstatistik dienen die von den Arbeitsnachweisen eingesandten Berichte über die Zahl der Arbeitsgesuche, der offenen und besetzten Stellen usw. So sandten im April 1909 von den 787 an die Berichterstattung angeschlossenen Arbeitsnachweisen 656 Berichte über den Vormonat ein, die rund 331 000 Arbeitsgesuche, 191 000 offene Stellen und 135 000 Stellenvermittelungen verzeichneten. Soweit sich bei den Berichten der Arbeitsnachweise Vergleiche anstellen lassen, wird zunächst die Zahl der Arbeitsgesuche, der offenen und besetzten Stellen der entsprechenden Zahl des gleichen Monats des Vorjahres gegenübergestellt. Daneben wird seit dem Juni 1908 nach Ausscheidung der Berichte mit unvollständigen Angaben eine allgemeine Verhältniszahl berechnet: die Zahl der Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen. Dazu wird jedoch jeden Monat vom Amt bemerkt, daß die Summierungen wegen der ihnen anhaftenden Fehlerquellen nur mit großer Vorsicht zu verwerten sind. Gegen die Verwertung der Angaben der Arbeitsnachweise und insbesondere der Verhältniszahlen zu Schlüssen auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes lassen sich in der Tat eine Reihe Bedenken geltend machen. Die hauptsächlichsten seien berührt. Es wird einerseits darauf hingewiesen, daß in den Angaben der Arbeitsnachweise Doppelzählungen enthalten sind, da vor allem in den Großstädten sich die Arbeiter beim Arbeitsuchen oft nacheinander an mehrere Arbeitsnachweise wenden und hier immer wieder gezählt werden; anderseits wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in schlechten Zeiten überhaupt nicht zum Arbeitsnachweis gehen, weil sie keine Hoffnung haben, Arbeit zu finden (die Verhältnisziffer ist dann zu günstig), bei der Wiederkehr besserer Zeiten strömen sie dann zum Arbeitsnachweis (die Verhältnisziffer wird ungünstiger). Ein weiterer Einwand betont die Verschiedenheit der Vormerkungsfrist[1]) bei den einzelnen Arbeitsnachweisen. Die tatsächliche Bedeutung dieser Einwände, die als solche berechtigt sind, kann nur eine Untersuchung der Ergebnisse der Arbeitsnachweisstatistik erkennen lassen. Diese Ergebnisse, wie sie insbesondere seit 1898 die Arbeitsnachweisstatistik der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt" liefert, können hier nicht wiedergegeben werden, soviel geht jedoch aus ihnen hervor, daß die Zahlenreihen innerhalb der einzelnen Jahre große Regelmäßigkeiten aufweisen und die Tendenz der Entwicklung des Arbeitsmarkts richtig wiedergeben, wenn auch das Ausmaß der Spannung in der Entwicklung von einem Monat zum andern nicht ohne weiteres auf die Gesamtentwicklung wird übertragen werden können. Daraus kann geschlossen werden, daß die Tragweite der Einwände nicht so groß ist, daß dadurch die Arbeitsnachweisstatistik wertlos würde. Trotzdem ist ein letzter wichtiger Einwand gegen die Arbeitsnachweisstatistik nicht von der Hand zu weisen. Er geht dahin, daß in den Zahlen der Arbeitsnachweise wohl die Bewegung des Arbeitsmarktes in den mehr lokalen Gewerben einigermaßen zuverlässig zum Ausdruck komme, nicht dagegen die in den Großindustrien. Diese Behauptung wird durch die im „Reichs-Arbeitsblatt" allmonatlich vorgenommene Auszählung der Arbeitsgesuche, offenen und besetzten Stellen nach den einzelnen Berufen unterstützt. Gegen den Einwand ist geltend zu machen, daß bei der engen Verknüpfung der Wirtschaftseinheiten im Wirtschaftsleben jede etwaige Störung in dem Arbeitsmarkt einer Industrie, insbesondere einer Großindustrie, unmittelbar auf den Arbeitsmarkt in anderen Industrien einwirkt. Dann führt allerdings dieser Einwand zu der Folgerung, die Zahlen der Arbeitsuchenden, offenen und besetzten Stellen nach einzelnen Industriezweigen zu gruppieren, eine Folgerung, die für die Statistik des „Reichs-Arbeitsblattes" bereits gezogen wurde. Diese für die einzelnen Industrien berechneten Verhältniszahlen lieferten bis jetzt jedoch

1) Diese für große Gebiete, etwa Landesteile oder das ganze Reich, fortlaufend in kurzen Zwischenräumen festzustellen, ist unmöglich, für kleine Gebiete, wie Städte, jedoch nicht ausgeschlossen.

1) D. h. die Frist, nach deren Ablauf ein Arbeitsuchender, von dem nicht bekannt geworden ist, daß er eine Stelle gefunden, von der Bewerberliste gestrichen wird.



noch kein ganz befriedigendes Ergebnis. Es steht zu erwarten, daß bei der weiteren Ausdehnung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise bessere Ergebnisse erzielt werden.

2. Die Krankenkassenstatistik des „Reichs-Arbeitsblattes" gründet sich, wie bereits erwähnt, auf die allmonatlich von einem Teil der Krankenkassen eingesandten Nachweisungen. Die Mitgliederzahl dieser Kassen betrug am 1. Januar 1907 4 419 477, das sind 42,51 % der Mitglieder sämtlicher Krankenkassen am gleichen Termin. Die Kassen sind so ausgewählt, daß vor allem die industriereichen Gegenden berücksichtigt wurden, und zwar berichten allmonatlich immer die sämtlichen Kassen der gleichen Gemeinden. Von der Zahl der gemeldeten Mitglieder werden, um die wirklich beschäftigten Arbeiter zu erfassen, die freiwillig versicherten und erwerbsunfähig kranken Mitglieder abgezogen. Daß eine Verfolgung der Bewegung des Mitgliederbestandes der Krankenkassen für die Lage des Arbeitsmarktes nur bedingte Schlüsse liefern kann, da die Zahl der jeweils Arbeitslosen nicht bekannt ist, wurde bereits angedeutet. Es ist gerade dann schwierig, solche Schlüsse zu ziehen, wenn die Konjunktur in ihr Gegenteil umschlägt[1]), wenn es also gerade sehr wünschenswert wäre, Schlüsse zu ziehen.

3. Die Arbeitslosenstatistik der Arbeiterverbände will die arbeitslosen Mitglieder dieser Verbände erfassen. Es wurden von vornherein nur solche Verbände zur Berichterstattung herangezogen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, da man mit Recht annahm, daß nur diese Verbände eine brauchbare Arbeitslosenziffer liefern können. In diesen Verbänden kommen nun aber neben den Arbeitslosen, die Unterstützung erhalten, noch eine oft große Anzahl Arbeitsloser in Betracht, welche noch nicht oder nicht mehr Unterstützung erhalten. Je nach der mehr oder weniger straffen Organisation des Arbeiterverbandes werden gerade diese Arbeitslosen erfaßt oder nicht erfaßt. Neben den Arbeitslosenziffern, die für jeden einzelnen Verband berechnet werden, wird eine allgemeine Arbeitslosenziffer für sämtliche berichtenden Verbände berechnet. Obwohl diese allgemeine Arbeitslosenziffer nur symptomatische Bedeutung hat, kann auch gegen sie ähnlich wie gegen die Verhältniszahl der Arbeitnachweise eingewendet werden, daß in ihrer Veränderung von Monat zu Monat nicht die eigentliche Bewegung des Arbeitsmarktes zum Ausdruck kommt, da in ihr nicht oder ungenügend die Arbeitslosigkeit in einigen Großindustrien, vor allem Textilindustrie, Baugewerbe, chemische Industrie zum Ausdruck gelangt.[1])

(Schluß folgt.)

1) Hier wie an anderen Stellen kann ich infolge des knappen Raums, der mir zur Verfügung steht, nur Behauptungen aufstellen, ohne Belege beizubringen. Ich werde das nachholen in meiner demnächst erscheinenden größeren Arbeit: Studien über die Arbeitsmarktstatistik.

1) Eine wichtige Ergänzung und Belebung erfährt die Marktstatistik durch die Bemerkungen der Arbeitsnachweise und die Berichterstattung der Industrie zur Lage des Arbeitsmarkts. *Red.*

Besprechungen.

II. Bewegung der Bevölkerung.

Die natürliche Bewegung der Bevölkerung in den europäischen Staaten in dem ersten Jahrfünft dieses Jahrhunderts. Von Dr. med. E. Roesle, Dresden. Zeitschrift für Soziale Medizin, Säuglingsfürsorge und Krankenhauswesen sowie die übrigen Grenzgebiete der Medizin und Volkswirtschaft. Band 4, Heft 1.

Durch die friedliche Fortentwickelung der europäischen Völker hat deren Kultur- und Wirtschaftsleben einen allgemeinen, ungeahnt raschen Aufschwung genommen. Das lange Anhalten dieses Aufschwunges mußte naturgemäß auch auf die die organische Entwickelung der Völker konstituierenden Faktoren von bestimmendem Einfluß sein, dessen ursächliche Bedeutung für den Verlauf der einzelnen Lebensvorgänge zu ergründen die Aufgabe dieser Arbeit gewesen ist.

Die Eheschließungen. Auf den im Verlauf des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts beobachteten allmählichen Anstieg der Eheschließungen setzte plötzlich in den Jahren 1902—03 in der Mehrzahl der europäischen Staaten ein Rückschlag ein, der allein auf die ungünstige industrielle Konjunktur in dieser Zeit zurückgeführt werden kann. Die Durchschnittsziffer des Jahrfünfts 1901—05 blieb in 10 von den berücksichtigten 28 Staaten hinter derjenigen des Jahrzehnts 1891—1900 zurück (darunter in Preußen, Bayern, Sachsen). Aus der Reihenfolge der europäischen Staaten nach der Häufigkeit der Eheschließungen ergibt sich, daß die höchsten Ziffern nunmehr die slawischen Völker allein aufzuweisen haben, eine Erscheinung, die nur beweist, daß die Lebensansprüche dieser Völker am geringsten sind. In dem Deutschen Reiche treffen wir an Stelle von Sachsen, wo sich der Einfluß der industriellen Krisis begreiflicherweise am intensivsten geltend machen mußte, jetzt Hessen (mit 8,5 Prom.) an der Spitze. Die Zusammenstellung der Eheschließungsziffern in Stadt und Land ergibt, daß die Ziffern der Städte nur in slawischen Staaten (Serbien und Bulgarien) kleiner waren als die des platten Landes. Letztere Erscheinung läßt sich leicht damit erklären, daß in diesen Ländern einerseits die heiratsfähige Landbevölkerung noch viel weniger in die Städte abwandert als in den Industriestaaten und daß anderseits die Lebensansprüche der kulturell weiter fortgeschrittenen Stadtbevölkerung bereits höher gestellt sind.

Die Geburten. Aus dem Vergleich der Geburtenziffern mit den Eheschließungsziffern in dem Jahrfünft 1901—05 geht hervor, daß die Zunahme der letzteren nur in 7 Staaten mit einem Wiederanstieg der Geburten — freilich in sehr bescheidenem Maße — verbunden war, nämlich in Luxemburg, Portugal, Bulgarien, Baden, Spanien, der Schweiz und Irland. In allen übrigen Staaten schritt der seit nun-

mehr drei Jahrzehnten anhaltende Rückgang der Geburten noch weiter vor, obgleich noch andere geburtsvermehrende Faktoren sich nachweisen ließen. Wir müssen daher annehmen, daß die als geburtsvermindernd erkannten Faktoren, der Fortschritt der Kultur und die Ausbreitung des Wohlstandes, bereits einen mächtigeren Einfluß erlangt haben, durch den die Wirkung jener Faktoren immer mehr überkompensiert wird. Dazu kommt noch, daß infolge des intensiveren Rückgangs der Säuglingssterblichkeit die Zahl der überlebenden Kinder sich überall rasch vergrößerte, deren Anwachsen eine weitere Einschränkung in ihrer Erzeugung veranlassen mußte. Bei der Verteilung nach Stadt und Land finden wir in den Städten, wo die Fruchtbarkeit infolge des Vorherrschens aller dieser geburtsvermindernden Faktoren schon an und für sich geringer ist, eine größere Abnahme der Geburtenziffern als auf dem Lande.

Die Sterblichkeit. Der anhaltende Aufschwung hat in der günstigsten Weise die Sterblichkeit beeinflußt, die in jedem europäischen Staate das bisher verzeichnete, wenn auch noch sehr verschiedene Minimum erreichte. Die Abnahme der Sterbeziffern schwankte zwischen 3,8 (Irland) und 16,7% (Serbien und Sachsen). Der Vergleich mit den Geburtenziffern ließ auch in diesem Jahrfünft deren Einfluß auf die verschiedene Höhe der Sterblichkeit in den einzelnen Ländern deutlich erkennen. Wir finden niedrige Geburten- und Sterbeziffern (21 bis 32, bezw. 14 bis 19 Prom.) in den geographisch aufeinanderfolgenden Staaten Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schottland, England, Irland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Schweiz; mittelhohe (32 bis 36, bezw. 19 bis 26 Prom.) in den meisten deutschen Staaten, in Österreich, Italien, Spanien und Portugal; hohe (über 36, bezw. über 22 Prom.) in Bayern, Ungarn, Rumänien und in den slawischen Ländern.

Der Geburtenüberschuß. Trotz des oft sehr erheblichen Geburtenrückgangs nahm in allen Staaten außer in Italien, Schweden, Norwegen und Sachsen der Geburtenüberschuß infolge der intensiveren Sterblichkeitsabnahme noch weiter zu, so daß wir in den Durchschnittsziffern des Jahrfünfts 1901/05 neben dem Minimum der Geburten- und Sterbeziffern das Maximum des europäischen Geburtenüberschusses antreffen. Die größte organische Zunahme hatten die slawischen Länder, vor allem Bulgarien mit 18,2 Prom. zu verzeichnen (in dem Jahrzehnt 1891/1900 Sachsen mit 15,5 und Preußen mit 15,0), an letzter Stelle folgten Elsaß-Lothringen, Spanien, Irland und Frankreich. Die mit dem Rückgang der Sterblichkeit plötzlich einsetzende mächtige Bevölkerungsentfaltung der slawischen Staaten legt nun freilich die Befürchtung nahe, daß dieser Umschwung weiterhin anhalten, ja sich vielleicht noch vergrößern wird, je rascher die germanischen Völker sich der natürlichen Grenze der Sterblichkeit und damit dem Höhepunkt ihres natürlichen Wachstums nähern. Doch ist, wie diese Untersuchung zeigte, auch bei den slawischen Völkern die fortschreitende Kultur und der zunehmende Wohlstand nicht wirkungslos auf ihre organische Entwickelung geblieben, wenn auch der Einfluß dieser geburtsvermindernden Faktoren sich naturgemäß vorerst fast nur auf die städtische Bevölkerung beschränkt.

E. Roesle.

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die leerstehenden Wohnungen in Barmen nach der Zählung vom 1. Dezember 1908. Sonderveröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Barmen.

Die letzte Zählung der leerstehenden Wohnungen zeigt, daß deren Zahl in Barmen seit 1905 in stetem Rückgang begriffen ist. Von der Gesamtzahl der vorhandenen Wohnungen standen leer 1905: 5,96 %, 1906: 4,71 %, 1907: 3,15 %, 1908: 2,39 %. Am stärksten hat dieser Rückgang der Wohnungsreserve die größeren Wohnungen betroffen. Von den Wohnungen mit 1 und 2 Räumen standen am 1. Dezember 1908 4,90 % leer, von denen mit 3 und 4 Räumen 2,02 %, von denen mit 5 und mehr Räumen nur 0,60 %. (Die Küche gilt in Barmen stets als Wohnraum.)

Seit 1905 ist trotz der geringen Bautätigkeit der Wohnungszuwachs relativ stärker gewesen, als die Zunahme der Bevölkerung, so daß die Abnahme der Wohnungsreserve teilweise mit darauf zurückzuführen ist, daß das Wohnbedürfnis jetzt im allgemeinen reichlicher befriedigt wird als 1905.

Bei den alljährlichen Zählungen der leerstehenden Wohnungen in Barmen wird seit 1906 u. a. auch nach dem Alter der Häuser und der Ausstattung der leerstehenden Wohnungen bezüglich Wasserleitung, Kanalanschluß und Gasleitung gefragt. Die Kenntnis dieser Eigenschaften ist für die Beurteilung der Lage des Wohnungsmarktes von Wert, denn Wohnungen, welche ohne derartige neuzeitliche Einrichtung sind, kommen für den Wohnungsmarkt einer Großstadt nur in sehr untergeordnetem Grade in Frage. Je nach der Größe des Anteils solcher Wohnungen ist der Wert der Wohnungsreserve entsprechend anders einzuschätzen. Auch für die Beurteilung der Mietpreise spielt die Kenntnis der Ausstattung eine Rolle. Für Barmen haben die Untersuchungen der letzten Jahre gezeigt, daß nur die Mietpreise der am besten ausgestatteten Wohnungen durchgängig gestiegen sind, und zwar am stärksten bei den kleinsten Wohnungen.

H. Haacke.

Die Zählung der leerstehenden Wohnungen in Karlsruhe am 1. Dezember 1908. Nr. 23 der Beiträge zur Statistik der Stadt. 6 Seiten. Karlsruhe 1909.

Die Aufnahme hat einen weiteren Rückgang des Wohnungsvorrates ergeben. Von den überhaupt vorhandenen Wohnungen waren unbesetzt im Oktober 1901: 2,41 %, im April 1906: 3,49 %, im November 1907: 2,59 % und im November 1908 nur etwa 1,33 %. Das geringe Angebot an Wohnungen macht sich in allen Mietpreisklassen, besonders aber bei kleineren Wohnungen, fühlbar. — 61 % aller leerstehenden Wohnungen waren erst in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Dezember 1908 frei geworden. 4,09 % der Wohnungen befanden

sich in Gebäuden (darunter 5 Einfamilienhäuser), die erst im Zähljahre erbaut waren. — Da sowohl die Zahl der Bauabnahmen wie der Bauerlaubnisgesuche im Jahre 1908 geringer war, als im Vorjahre, so wird mit einer Wohnungsknappheit auch im Jahr 1909 gerechnet werden müssen.

O. Berendt.

VII. Grundbesitzstatistik.

Ergebnisse der Grundbesitzstatistik in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern nach dem Stande vom 31. Dezember 1896. Österreichische Statistik, 56. Band, Heft 1 bis 6.

Die k. k. statistische Zentralkommission ist seit Jahren bemüht, die Grundbesitzverteilung in den österreichischen Kronländern mit Hilfe der Grundsteueroperate zu erfassen. In den obengenannten Heften, welche die Grundbesitzstatistik der Länder Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien, Tirol und Vorarlberg zur Darstellung bringen, enthält der erste, nach Steueramtsbezirken gegliederte Teil des Tabellenwerkes eine Übersicht über die Anzahl der Besitzfälle mit Allein- und mit Miteigentum; ferner über die Zahl der Fälle mit ganzer oder teilweiser Verpachtung, der Verpachtung für landwirtschaftliche oder sonstige Zwecke und über die Anzahl der Pächter und der Teilhaber an agrarischen Gemeinschaften. Eine Reihe weiterer Tabellen stellt die Verteilung des Grundbesitzes einerseits auf eine Reihe von Berufsarten physischer Personen und von Kategorien juristischer Personen dar, anderseits auf die verschiedenen Größenstufen des Grundbesitzes, letzteres getrennt für die physischen und für die juristischen Personen. Der zweite Teil des Tabellenwerkes bringt Spezialübersichten für den Besitz der juristischen Personen und für den Großgrundbesitz. Für Vorarlberg speziell ist der Besitz der physischen Personen unter dem Gesichtspunkt der Behaustheit in Kombination mit der Größe des Besitzes veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Besitzfälle betrug in Böhmen 868 402, in Niederösterreich 264 168, in Tirol 236 729. Die Größenunterscheidung der einzelnen Besitzfälle ergibt, daß unter den bis jetzt bearbeiteten Kronländern Tirol dasjenige ist, in dem der größte Teil der Gesamtfläche, nämlich 69,5%, auf Besitztümer mit über 100 ha kommt; den geringsten Prozentsatz (25,5) zeigt Oberösterreich.

E. Perels.

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Landwirtschaftliche Statistik des Kantons Bern für die Jahre 1906 und 1907. Mitteil. des bern. stat. Bureaus. Jahrg. 1908. — Lief. II. (121 S. 8°.) Bern 1909. Fr. 1.50.

Die Pflege der landwirtschaftlichen Statistik, insbesondere derjenigen des Anbaues und der jährlichen Ernten in der Schweiz war bisher und ist zurzeit immer noch auf einzelne Kantone beschränkt. Im Kanton Bern finden diesbezügliche regelmäßige Ermittelungen über den Weinbau seit 1881 und betreffend die übrigen Kulturen seit 1885 statt; die Ergebnisse wurden jeweilen für ein oder mehrere Jahre zusammen veröffentlicht. Der Inhalt der vorliegenden Ausgabe besteht zur Hälfte aus Text (hauptsächlich aus Nachrichten und Bemerkungen der Gemeindeberichterstatter), zur Hälfte aus tabellarischen Übersichten, worin der Durchschnittsertrag per Hektar sowie der Gesamtertrag für jede Kulturart nach Amtsbezirken und Landesteilen (für den Weinbau nach Gemeinden und Weingegenden) dargestellt sind. Außerdem finden sich darin Nachweise über den Bestand der landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften sowie über meteorologische Verhältnisse, sowie eine Gesamtübersicht über die Ernteergebnisse und eine solche über den Geldwert der geernteten Produkte nach Hauptkulturen. Die Ermittelung der Areal- und Anbauverhältnisse sowie die Veröffentlichung der bezüglichen Detailergebnisse findet in der Regel alle 5 Jahre statt.

C. Mühlemann.

Die Viehzählung vom 2. Dezember 1907 (im Herzogtum Sachsen-Meiningen). Statistik des Herzogtums Sachsen-Meiningen, Bd. 11, Nr. 2, S. 31–66.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Viehzählung vom 1. Dezember 1900 hat 1907 die Viehhaltung zugenommen an Pferden um 14,52 %, an Rindvieh um 0,76 %, an Schweinen um 18,24 % und an Ziegen um 8,7 %; dagegen abgenommen an Schafen um 29,45 %.

Die geringe Zunahme der Rindviehhaltung steht einmal in Verbindung damit, daß gegenwärtig ein schwererer Viehschlag, zumeist Simmenthaler Kreuzung, gezüchtet wird. Der Landwirt sieht mehr und mehr auf Güte, als auf Menge des Rindviehes. Anderseits ist sie aber auch eine Folge der wesentlich vermehrten Pferdehaltung, die durch den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern bedingt ist. An Stelle z. B. von zwei paar Ochsen, die sonst für die Feldwirtschaft nötig wären, stellt der Bauer ein paar Pferde ein und betreibt die Landwirtschaft ohne Hilfe eines Knechtes mit Saat- und Erntemaschinen.

Von den Kühen sind 85 % Milchkühe; die Zunahme der Kühe um 2,50 % bezieht sich wohl wesentlich auf diese, namentlich in der Nähe von Städten. Der Preis von etwa 18 ₰ für das Liter Milch gewährt einen höheren Nutzertrag, als wenn die Milch zur Aufzucht von Jungvieh verwendet wird. So ist denn auch die Zahl der Kälber von 6 Wochen bis 3 Monate alt gegen 1900 um 39 % zurückgegangen.

Die erhebliche Zunahme der Schweine läßt sich teils auf den durch Zunahme der industriellen Bevölkerung vermehrten Verbrauch, teils auf erhöhte Preise zurückführen, die den Landwirt zu stärkerer Aufzucht veranlassen.

Die Abnahme der Schafe ist eine ganz beträchtliche; sie ist u. a. begründet in der Ausdehnung der Grundstückszusammenlegungen, wodurch zur Schafweide geeignete Flächen verschwinden. Aber auch die hohen Holzpreise veranlassen manche Gemeinden, ihre Weideflächen aufzuforsten, wodurch ebenfalls die Schafhaltung aus Mangel an Weide zurückgeht. Neuerdings sucht man bei Flurzusammenlegungen darauf hinzuwirken, daß geeignete Flächen zu Viehweiden vorgesehen

werden; aber auch sonst schreitet man zur Gründung von Weide- und Tummelplätzen, in der Überzeugung, daß der Weidegang in der Viehzucht, namentlich auch in der Jungviehzucht, nicht entbehrt werden kann. *R. Hermann.*

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 3. Juni 1902. Österreichische Statistik, 75. Band (in 11 Heften). Wien 1904—1908.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. Januar 1902, R.-G.-Bl. Nr. 21, wurde in Österreich am 3. Juni 1902 eine Zählung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe vorgenommen. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung werden im 83. Bande der Österreichischen Statistik publiziert, der demnächst abgeschlossen vorliegen wird. Der vorliegende Band ist den gewerblichen Betrieben gewidmet. Heft 1, 1. Abteilung enthält eine Darstellung der Aufnahme, eine Schilderung der Bearbeitungstechnik und eine eingehende textliche Besprechung der wichtigeren Ergebnisse. Heft 1, 2. Abteilung enthält Reichsübersichten nach 25 Gewerbeklassen und 326 Gewerbearten ohne geographisches Detail, Heft 2 Reichsübersichten nach 25 Gewerbeklassen und 17 Kronländern. Die Erhebungsmomente sind in diesen zwei Heften in weitgehender Weise kombiniert und die Tabellen sachlich reich gegliedert (z. B. die tätigen Personen nach der Kombination von Geschlecht, Alter, Stellung im Betriebe und Größe des Betriebes). Die Hefte 3—11 sind den einzelnen Kronländern gewidmet; innerhalb dieser den Handelskammerbezirken und den Städten mit eigenem Statut und wenigstens 50 000 Einwohnern (Wien, Linz, Graz, Prag, Brünn, Krakau, Lemberg, Czernowitz, außerdem dem erweiterten Gemeindegebiet von Wien, und der Stadt Prag mit Einschluß der industriellen Vororte), ferner der Stadt Pilsen. Heft 3 enthält Niederösterreich, Heft 4 Oberösterreich und Salzburg, Heft 5 Steiermark, Heft 6 Kärnten und Krain, Heft 7 Küstenland und Dalmatien, Heft 8 Tirol und Vorarlberg, Heft 9 Böhmen, Heft 10 Mähren und Schlesien, Heft 11 Galizien und die Bukowina. Die Tabellen der Hefte 3—11 beschränken sich auf eine Darstellung der wichtigsten Momente — Zahl der Betriebe und tätigen Personen überhaupt und nach auf Grund der Zahl der tätigen Personen gebildeten Größenklassen, Verwendung von Motoren, Arbeitsmaschinen und Tieren —; doch ist die Unterscheidung der Betriebe, die mit Betriebsbogen, und derjenigen, die mit Heimarbeiterkarten gezählt wurden, ferner die Gliederung nach 25 Gewerbeklassen und 326 Gewerbearten festgehalten.

Die Zahl der Betriebe überhaupt beträgt 1 408 855, hiervon sind 1 357 130 Hauptbetriebe, 51 725 Nebenbetriebe. Das Verhältnis der Erzeugungs- zu den Handels- und Verkehrsgewerben läßt sich durch 72 : 28 ausdrücken. Mit Heimarbeiterkarten wurden 357 019 Heimarbeiterbetriebe gezählt, 151 669 allein in der Textilindustrie. Die absolut größte Zahl an Betrieben findet sich im Königreich Böhmen.

Die Gesamtzahl der tätigen Personen wurde mit 4 049 320 ermittelt, und zwar gruppiert nach dem Geschlecht 2 986 400 Männer, 1 062 920 Frauen, nach dem Alter 3 828 155 über 16 Jahre alt, 163 838 männlich und 57 327 weiblich unter 16 Jahre alt.

Insgesamt wurden 1 790 478 in gewerblichen Betrieben verwendete Pferdekräfte gezählt. Davon entfallen 319 661 auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 251 343 auf die Textilindustrie, 225 241 auf die Metallverarbeitung. *E. Perels.*

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Van der Borght, Bericht über Deutschlands Zahlungsbilanz. Anlage III zu dem Berichte von Gruber: Über die Grundlegung zu einer internationalen Zahlungsbilanz. Bulletin de l'Institut International de Statistique, Bd. 17, S. 69*—85*. Kopenhagen, Bianco Luno, 1908.

Der Bericht gibt zu der von dem Internationalen Statistischen Institut vermittelst Rundfrage bei den größeren Staaten angestellten Ermittlung die vorhandenen Ausweise über die Zahlungsbilanz des Deutschen Reiches nach den einzelnen Punkten, wie sie von Gruber-Wien für die bezügliche Rundfrage näher festgelegt waren. Die Daten beziehen sich im wesentlichen auf den Stand vom Jahre 1901, zum Teil jedoch auch daneben oder ausschließlich auf die vorhergehende oder die nachfolgende Zeit. Zu den einzelnen Feststellungspunkten sind entweder lediglich die Daten der Reichsstatistik, weil im bezüglichen Falle volle Klarheit schaffend, angeführt, wie bei dem Warenverkehr, oder es sind die betreffenden reichsstatistischen Daten noch durch andere aus Spezialstatistiken usw. ergänzt, wie bei dem Schiffsverkauf und -ankauf und der Wanderbewegung. Wo der Reichsstatistik Daten zu einer vollen Klarlegung fehlten, sind wenigstens die zu teilweiser Erzielung einer solchen dienenden Ergebnisse einerseits unter Ergänzung durch Angaben aus Spezialermittlungen, wie bei der Binnenschiffahrt, anderseits unter Ergänzung aus der Literatur, wie bei der Seeschiffahrt, herangezogen. Wieder in anderen Fällen ist bei einem Versagen der Reichsstatistik lediglich auf Ergebnisse Bezug genommen, welche auf den Festlegungen anderer Behörden, den Etats usw. beruhten, wie bei dem Eisenbahnfrachtverkehr, den anderen Einnahmen und Ausgaben aus dem Schiffsverkehr, dem Fremdenverkehr, dem außerordentlichen Verkehr materiellen Charakters sowie bei der Position Diverses, oder auf Ergebnisse, welche durch die Literatur näher festgelegt waren, wie bei dem Handels- und Geschäftserwerb, dem Verkehr in Wertpapieren, den Einnahmen bzw. Ausgaben von Wertpapieren und den Einkünften aus Grundbesitz, Gebäudebesitz und Kapitalvermögen. Mit den einzelnen Angaben ist, soweit erforderlich, auch eine Kritik des in denselben gebotenen Materials verbunden, nach der sich die Grenzen der Zuverlässigkeit beurteilen lassen. Gleichzeitig bieten die weiteren Ausführungen auch Fingerzeige für die Möglichkeit einer Beschaffung sonstiger Daten zu den einzelnen Erhebungspunkten. Nach seinem ganzen Gehalt muß der Bericht geeignet erscheinen, um als ein Vorbild für die Durchführung der vom Internationalen Statistischen Institut bezüglich einer internationalen

Zahlungsbilanz eingeleiteten Erhebungen im einzelnen zu dienen. *F. W. R. Zimmermann.*

Die deutschen Aktiengesellschaften 1906—1908. Nach: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs (Ref.: Reg.-Rat Dr. Feig). 1907 H. IV 360, 1908 H. I 308, II 243, III 114, IV 222. 1909 H. I 168.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat erstmalig für den 31. Dezember 1906 eine Bestandsstatistik der deutschen Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften aufgenommen und stellt im Anschluß hieran vierteljährlich die Bestands- und Kapitalveränderungen dieser Gesellschaften zusammen. Während die erste Bestandsaufnahme sich wesentlich auf eine private Quelle, das Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften (Verlag für Börsen- und Finanzliteratur), stützen mußte, dienen der Bewegungsstatistik die Veröffentlichungen der Registergerichte im Zentralhandelsregister des Reichsanzeigers als Unterlage. Eine Statistik der Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften für 1907/08 auf Grund der Bilanzen befindet sich in Bearbeitung.[1])

Die Bestandsaufnahme stellte Sitz, Hauptzweck bezw. Gewerbezugehörigkeit, Kapital nach Stamm- und Vorzugsaktien, Dauer und Gründungsjahr der Gesellschaften fest. In den Tabellen werden die Gesellschaften mit ihren Kapitalbeträgen nach Bezirken und Gewerbearten gruppiert, außerdem auch nach Kapitalgruppen und Gründungsperioden zusammengefaßt. Besonders werden die in Liquidation und in Konkurs befindlichen Gesellschaften behandelt.

An tätigen Gesellschaften bestanden am 31. Dezember 1906: 5050 mit 13,77 Milliarden Nominalkapital (berichtigte Ziffern aus V. H. 08, II, 244), am 31. Dezember 1908 nach Fortschreibung 5184 mit 14,63 Milliarden.

Von den Gesellschaften nach dem Stande von 1906 entfielen die meisten auf folgende Gewerbearten: Brauerei und Mälzerei: 545, Banken: 480, Maschinenindustrie: 349, Immobilienhandel: 219, Klein- und Straßenbahnen: 217, hingegen nur ganz wenige auf die Gewerbegruppen, Fischerei: 17, Bekleidungsgewerbe: 11, Landwirtschaft: 5. Anders verhält es sich mit dem Aktienkapital. Hier stehen begreiflicherweise die Banken mit 3,74 Milliarden allen anderen Gewerbearten weit voraus. Es folgen die großen Unternehmungen der Montanindustrie, in denen Bergbau, Metall- und Maschinenindustrie verbunden sind, mit 0,80 Milliarden, Kohlenbergbau mit 0,70, Klein- und Straßenbahnen mit 0,68, Maschinenindustrie mit 0,61, Brauerei und Versicherung mit je 0,60, Elektrizitätswerke mit 0,59, Textilindustrie mit 0,58, Immobilienhandel mit 0,53, Schiffahrt mit 0,46, Chemische Industrie mit 0,40 Milliarden etc.

Die Bewegungsstatistik erstreckt sich auf Bestands- und Kapitalsänderungen und unterscheidet bei ersteren fünf Hauptgruppen (Entstehung, Liquidation, Konkurseröffnung, Beendigung ohne Liquidation oder Konkurs, Sonstige Änderungen) mit insgesamt 18 Untergruppen. So werden bei den Gründungen diejenigen mit Einbringung bestehender Unternehmungen und die mit sonstigen Sacheinlagen hervorgehoben, auch die Beträge der Sacheinlagen angegeben. Die verhältnismäßig geringen Beträge deuten darauf hin, daß offenbar sehr viel mehr Aktiengesellschaften in wirtschaftlichem Sinne Fortsetzungen bestehender Unternehmungen sind als im Rechtssinne, daß also die besonderen gesetzlichen Vorschriften für Illationsgründungen tatsächlich oft umgangen werden. Bei den Kapitalsänderungen werden drei Hauptgruppen (Erhöhungen, Herabsetzungen, reine Vorrechtsänderungen) mit zusammen neun Untergruppen unterschieden. Für die Kapitalerhöhungen mit Sacheinlagen gilt Ähnliches wie für die entsprechenden Gründungen. Kapitalherabsetzungen kamen häufig in Verbindung mit Kapitalerhöhungen vor, sehr selten in der Weise, daß Aktien zurückbezahlt oder amortisiert wurden; alle anderen Fälle stellen sich demnach als Sanierungen dar, in denen der Betrag der Herabsetzungen als reiner Verlust der Aktionäre betrachtet werden kann.

Die Darstellung der Bewegungsstatistik für 1908 stellt die Hauptdaten von 1907 zum Vergleich. Die Gründungstätigkeit war 1908 gegen 1907 mit 151 (217) Gesellschaften und 162,5 (260,7) Mill. ℳ zurückgegangen, dagegen liquidierten 73 (gegen 58) Gesellschaften, während die Zahl der Konkurseröffnungen mit 16 (23) sank. Geringere Unterschiede weisen die Kapitaländerungen auf, doch war Zahl und Betrag der Herabsetzungen 1908 niedriger als 1907. *J. Feig.*

1) Über die Methodenfragen der Aktiengesellschaftsstatistik vgl. Moll, Das Problem einer amtlichen Statistik der deutschen Aktiengesellschaften, Berlin 1908, und Moll, Die Rentabilität der Aktiengesellschaften, Jena 1908.

Schiffahrt und Güterverkehr auf dem Rheine während der Jahre 1891 bis 1906, auf Veranlassung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt bearbeitet von Dr. Erich Petersilie, Mitglied des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts. Mannheim 1908 (zu beziehen durch das Sekretariat der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt). 193 S. Text, 571 S. Tabellen. 20 ℳ.

Das Werk bezweckt eine Darstellung der Entwickelung des Rheinverkehrs sowohl in seiner Gesamtheit wie an einer größeren Reihe von einzelnen Häfen. Dabei ist gleicher Wert gelegt auf die zahlenmäßige Schilderung der tatsächlichen Entwickelung wie auf die, je nach Bedürfnis, knappere oder ausführlichere Begründung der Wandlungen, die dieses Zahlenbild im Laufe des beobachteten Zeitraumes erfahren hat. Zwei Ziele wurden dabei ebenmäßig verfolgt: einmal sollte demjenigen Leser, der nur Angaben in großen Zügen zu haben wünscht, in den den Gesamtverkehr behandelnden Abschnitten die Möglichkeit gegeben werden, sich ein Bild von der Verkehrsentwickelung auf diesem mächtigsten deutschen Strome zu machen; zweitens ist demjenigen, der die Entwickelung eines einzelnen Rheinhafens kennen lernen will, hierzu gleichfalls die Möglichkeit geboten. Der erste und umfangreichste der drei Hauptabschnitte behandelt den Güterverkehr in Schiffen und Flößen, und zwar zuerst den Gesamtverkehr in den deutschen Rheinhäfen, dann den Verkehr in 35 einzelnen deutschen

Häfen, weiter den Verkehr über die deutsch-niederländische Grenze und in 14 einzelnen niederländischen Häfen, weiter in belgischen Häfen, endlich den Verkehr auf dem Maine durch die Schleuse zu Kostheim. Der zweite Abschnitt behandelt den Schiffs- und Floßverkehr in derselben Gliederung, jedoch sind neben Kostheim nur 26 einzelne deutsche Häfen besonders und der Gesamtgrenzverkehr besprochen. Der dritte Hauptabschnitt befaßt sich mit dem Rheinseeverkehre. Die zahlenmäßigen Unterlagen aller Abschnitte bildeten in der Hauptsache die Jahresberichte der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, die mehrfach Ergänzung, namentlich durch Handelskammerberichte oder direkte Auskünfte, fanden.

E. Petersilie.

Automobil-Unfallstatistik. Aus: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1905, I. S. 132 fg., 159 fg.

Seit dem 1. April 1906 wird über die im Deutschen Reiche bei dem Betriebe von Kraftfahrzeugen vorfallenden schädigenden Ereignisse eine Statistik auf Grund eines Fragebogens geführt, der von den Ortspolizeibehörden über jeden zu ihrer Kenntnis kommenden Unfall auszufüllen ist. Die Fragebogen gehen dem Kaiserlichen Statistischen Amte vierteljährlich zu. Als Kraftfahrzeuge werden sowohl Kraftwagen wie Kraftfahrräder angesehen. Als schädigende Ereignisse sind auch solche Unfälle zu berücksichtigen, die nur unerhebliche Folgen — etwa geringe Sachbeschädigungen — herbeigeführt haben.

Der Fragebogen enthält 9 Fragen. Frage 1 verlangt eine kurze Darstellung des schädigenden Ereignisses, wobei Zeit, Ort, Ursache, Art und Folgen zu berücksichtigen sind. Frage 2 betrifft Besitzer und Führer des Kraftfahrzeuges, auch ob sich letzterer der Feststellung durch die Flucht zu entziehen versucht oder entzogen hat. Frage 3 betrifft den Standort des Kraftfahrzeuges im Inlande oder Auslande. Frage 4 erfordert eine Beschreibung des Kraftfahrzeugs (ob Zweirad, Dreirad, Wagen zur Personen- oder Lastenbeförderung usw., ferner Eigengewicht, Pferdekräfte, Art der Triebkraft). Frage 5 stellt den vorzugsweisen Verwendungszweck fest (ob im Dienste von Behörden, des öffentlichen Verkehrs, des Handels, der Landwirtschaft, anderer Berufszwecke und welcher, oder für Vergnügungs- und Sportzwecke). Durch die Fragen 6 und 7 wird ermittelt, ob das Ereignis zur Festsetzung einer Polizeistrafe oder zur Einleitung eines gerichtlichen Strafverfahrens Anlaß gegeben hat usw., ob der Bestrafte Führer des Kraftfahrzeugs oder eines anderen Fuhrwerks gewesen ist. Frage 8, betreffend Personenschaden, ermittelt die Zahl der Verletzten bzw. Getöteten, unter Angabe von Stand, Alter, Geschlecht und unter Absonderung der Führer, der sonstigen Insassen des Kraftfahrzeugs sowie dritter Personen. Frage 9, betreffend Sachschaden, berücksichtigt die beschädigten Sachen, die Art der Beschädigung und die ungefähre Schadenhöhe.

Das letzte Berichtsjahr der Statistik ist das vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908. Die Ergebnisse sind in 13 Tabellen zusammengestellt, welche durch die verschiedensten Kombinationen Licht über Ursachen, Folgen und Umfang der Unfälle zu verbreiten suchen.

Insgesamt sind im Berichtsjahre im Deutschen Reiche 5069 schädigende Ereignisse vorgekommen, an welchen 5312 Kraftwagen beteiligt waren. An 231 schädigenden Ereignissen haben je zwei, an 4 je drei und an 1 fünf Kraftwagen teilgenommen. Von den Besitzern wurden 95,6 % ermittelt, 4,4 % blieben unermittelt. Von den Führern haben 90,3 % der Feststellung ihrer Person keine Schwierigkeiten entgegengesetzt; 2,4 % versuchten zu entfliehen, und 7,3 % gelang dies. In 402 Fällen wurden Polizeistrafen verhängt, die sich in 344 Fällen gegen Führer und in 58 Fällen gegen Dritte richteten. Die Summe der rechtskräftig gewordenen Polizeistrafen beträgt 3659 *M*. Gerichtliche Strafverfahren wurden in 1222 Fällen eingeleitet, und zwar richteten sie sich gegen 1110 Führer, 103 Dritte und in 9 Fällen gegen „Unbekannt". Bei den vorgekommenen Unfällen wurden 2630 Personen verletzt, von diesen waren 2011 „dritte Personen". Getötet wurden 141, darunter 107 „dritte Personen". Die Höhe des Sachschadens beträgt insgesamt 811 663 *M*. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Unfälle von 4864 auf 5069, also um 4,2 % gestiegen. Da jedoch während des letzten Jahres die Zahl der Kraftwagen um 15,8 % zugenommen hat, ergibt sich ein Rückgang in dem Verhältnis zwischen der Zahl der Unfälle zu der der Kraftwagen.

A. Hölzer.

Sachsens Holzverkehr und Holzhandel in Einzeldarstellungen. Der Holzverkehr auf den sächsischen Eisenbahnen in den Jahren 1883 bis 1907. Von Dr. F. Mammen. Leipzig, B. G. Teubner 1909. 15 *M*.

Der Verfasser hat die Ergebnisse der Bodenbenutzungsstatistik aus dem Jahre 1900 unter dem Titel: „Die Waldungen des Königreichs Sachsen in bezug auf Boden, Bestand und Besitz nach dem Stande des Jahres 1900" (B. G. Teubner, 1905) vom Standpunkte der forstlichen Produktionsstatistik für das Königreich Sachsen kritisch beleuchtet. Es lag nahe, dieser Bearbeitung der sächsischen Holzproduktion eine solche des sächsischen Holzverkehrs und Holzhandels und der sächsischen Holzkonsumtion folgen zu lassen. Um dieses Werk nicht allzu umfangreich zu gestalten und um auch bereits abgeschlossene Untersuchungen veröffentlichen zu können, ist dazu die Form einer Monographie in Einzeldarstellungen gewählt worden unter dem Titel: „Sachsens Holzverkehr und Holzhandel in Einzeldarstellungen". In Aussicht genommen sind außer dem vorliegenden ersten Bande noch: „Sachsens Eisenbahntarife für Holz und deren Einfluß auf den Holzverkehr", „Der Holzverkehr auf der Elbe und sein Einfluß auf Sachsens Holzverkehr überhaupt", „Der sächsische Holzhandel mit Berücksichtigung der wichtigsten holzkonsumierenden Gewerbe" und „Der sächsische Holzhandel im Lichte der Zollpolitik".

Der erste Band enthält eine Bearbeitung des in der „Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen" niedergelegten Zahlenmaterials für Borke, Farbehölzer, Holz, Holzzeugmasse und Papier. Der Text enthält einen kurzen Abriß über die Organisation dieser Statistik nebst kri-

tischen Bemerkungen. Der zweite eine Besprechung der Ergebnisse, während die Tabellen Sachsens Versand, Empfang und Binnenverkehr der oben angegebenen Warengattungen zeigen, und zwar einmal die Jahresergebnisse für 1883—1907, dann die Monatsergebnisse Januar bis Juni des Jahres 1883 und endlich die Vierteljahrsergebnisse der Jahre 1883—1897.

Die Position „Holz" ist in der Statistik nach den vier Untergattungen „europäisches Rundholz usw." „europäisches Nutzholz usw.", „europäisches Brennholz usw." und „außereuropäisches Holz" und deren Summe angegeben. Aus zehn graphischen Tafeln über die Entwickelung des Verkehrs ergibt sich, daß Sachsens Handelsbilanz bezüglich aller untersuchten Warengattungen, mit Ausnahme des Papiers, passiv ist, wenigstens dem Gewichte nach. *F. Mammen.*

Auswärtiger Handel der Länder der ungarischen heil. Krone in den Jahren 1901—1905. Ungar. Stat. Mitteil. N. S., Band 20 u. 21. Budapest 1907. I. T. 8 K.; II. T. 8 K.

Zum ersten Male sind hiermit fünfjährige Ergebnisse des auswärtigen Handels der Länder der ungarischen Krone mit voller Spezifizierung in amtlicher Ausgabe erschienen. In den zwei umfangreichen Bänden sind die bereits veröffentlichten Ergebnisse der fünf Jahre in übersichtlicher Weise zusammengestellt.

Die Publikation beleuchtet den auswärtigen Handel Ungarns nach verschiedenen Richtungen und übertrifft ähnliche Veröffentlichungen anderer Staaten insofern, als die fünfjährigen Ergebnisse mit voller Detaillierung nicht nur nach den einzelnen Waren und Warengruppen derart gegliedert sind, daß bei jeder einzelnen Ware und Warengruppe die Herkunfts- und Bestimmungsländer angeführt erscheinen. Außer diesen zwei Kombinationen gelangen die Ergebnisse des Handelsverkehrs der fünf Jahre auch systematisch — nach Rohprodukten, Halbfabrikaten und Ganzfabrikaten, ferner nach Produktionszweigen — gruppiert zur Nachweisung; der Post- und Seeverkehr wird unter Detaillierung der wichtigeren Waren mitgeteilt, die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren erscheinen nach der Höhe des Wertes gruppiert. Endlich erteilen Vorbemerkungen Auskunft über die Erhebung und Zusammenstellung, und kann mit Hilfe des alphabetischen Warenverzeichnisses leicht festgestellt werden, zu welchen statistischen Nummern die einzelnen Waren gehören.

Der auswärtige Handel Ungarns — ohne Edelmetalle und Münzen — hat sich von 1901—1905 folgendermaßen entwickelt: Er ist im ganzen ständig, und zwar von 2412 Mill. Kronen (1900) auf 2761 Mill. (1905) gestiegen, die Einfuhr von 1147,6 auf 1363,6 Mill., die Ausfuhr von 1265,2 auf 1397,8 Mill. Die Handelsbilanz war während der fünf Jahre aktiv, und der Wert der ausgeführten Waren betrug rund 481 Mill. Kronen mehr als jener der eingeführten Waren.

Am lebhaftesten ist der Außenhandel mit Österreich, auf das im fünfjährigen Durchschnitt 76,1 % der eingeführten und 71,0 % der ausgeführten Waren entfallen. Außer Österreich ist weiter der Verkehr mit Deutschland bedeutend, von wo nach Ungarn durchschnittlich Waren im Werte von 72,7 Mill. Kronen eingeführt wurden, während Waren im Werte von 147,5 Mill. dorthin zur Ausfuhr gelangten. Außer mit diesen zwei Staaten besteht noch mit Serbien, Italien, Großbritannien, Bosnien und Britisch-Indien ein erheblicher Handelsverkehr.

Ungefähr 65—69 % der Einfuhr entfallen auf Textilwaren, Eisen- und Metallwaren, Lederwaren, Maschinen u. dgl. Ganzfabrikate, zirka 10 % auf Gespinste, zugerichtete Felle u. dgl. Halbfabrikate, und 20—23 % auf Rohprodukte.

An der Ausfuhr partizipieren vorwiegend Mehl, Getreide, Schlachtvieh, Holz, Zucker, Geflügeleier, Wein, Geflügel und derlei Rohprodukte und Nahrungsmittel, so daß auf die Produkte und Halbfabrikate der eigentlichen Industrie nur zirka 25 % des Wertes der ausgeführten Waren entfallen.

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Die Fortschritte der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Staaten. Zweiter Teil. Beiträge zur Arbeiterstatistik. Nr. 7. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik. (Bearb. Prof. Richter.) Berlin, 1908. 276 S. Pr. 3 ℳ.

Der Zweck dieses Unternehmens ist, einen Überblick über die amtliche Arbeitsstatistik der wichtigsten Staaten zu geben, die Gliederung und Organisation der arbeitsstatistischen Ämter unter Einbeziehung derjenigen Ämter, die nicht Sonderbehörde für Arbeitsstatistik sind, darzulegen, und deren Entwickelungsgang und Veröffentlichungen kurz zu skizzieren. Die Veröffentlichungen selbst sind in folgender Reihenfolge behandelt: 1. Die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen. 2. Arbeitsbedingungen und Arbeiterschutz. 3. Krankheit, Unfälle, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit. 4. Sonstige Arbeiter-Wohlfahrtspflege. 5. Vereine und Verbände. 6. Arbeitsstreitigkeiten. 7. Sonstige Erhebungen. Im ersten Teil dieser Arbeit, der als „Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 1" im Jahre 1904 publiziert worden ist, sind diejenigen Staaten zur Darstellung gebracht, die Sondereinrichtungen für die Zwecke der Arbeitsstatistik haben und die auch zugleich von größter Bedeutung dafür sind, nämlich: Vereinigte Staaten von Amerika, Großbritannien und Irland, Frankreich, Belgien, Österreich, Deutsches Reich. Der vorliegende Teil 2 bringt nun die Schilderung der übrigen Staaten, nämlich: Italien, Spanien, Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Ungarn, Rußland mit Finnland, Kanada, Neu-Seeland, Australischer Staatenbund; so daß also im ganzen über 18 Staaten berichtet wird. Der zweite Teil zeigt hinsichtlich der äußeren formellen Gliederung der Ausführungen in den Rubriken der einzelnen Staaten folgende Abweichung. Im jeweilig ersten Abschnitt werden immer die Quellen für Arbeitsstatistik besprochen, während Abschnitt 2 die Veröffentlichungen zur Arbeitsstatistik behandelt in der folgenden Gliederung: I. Sammelwerke. II. Berufs- und Gewerbestatistik. III. Arbeitsbedingungen und Arbeiterschutz. IV. Arbeiterversicherung. V. Vereine. VI. Streitigkeiten. Der vor-

liegende Band bringt zudem noch den Nachtrag zum ersten Teil und ein ausführliches Sach- und Titelregister. *R. Jaeckel.*

Untersuchung über den Stand der Löhne und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Unterangestellten der Stadt Frankfurt a. M. im Juli 1907. — Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt a. M. N. F. 7. Heft. In Kommission bei J. D. Sauerländers Verlag. 58 Seiten Text und XXII Seiten Tabellen. Preis ℳ 1.50.

Bei den Betrieben der Stadt Frankfurt a. M. werden für die Arbeiter Individuallohnkarten geführt, welche den Arbeiten der Lohnrechnungsführer, den Auszügen für die Berufsgenossenschaften und statistischen Zwecken zu dienen bestimmt sind. Mit Hilfe dieser Karten lassen sich verhältnismäßig leicht Aufnahmen über den Stand der Arbeiterschaft und ihre jeweilige Entlöhnung vornehmen.

Insgesamt sind im Untersuchungsjahr 1907 rund 4000 ständige Arbeiter und rund 1000 unständige z. T. Saisonarbeiter beschäftigt gewesen, diese leisteten insgesamt rund 1 673 000 Schichten, wofür rund 6 437 000 ℳ für Löhne, Vergütung für Überstunden, Lohnzuschläge für schwierige oder unangenehme Arbeiten, Mietzuschüsse, Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen und bei Beurlaubungen zu militärischen Dienstleistungen u. dgl. verausgabt worden sind. — Ein rein zahlenmäßiger Vergleich der in verschiedenen Städten gezahlten Löhne untereinander oder ein solcher zwischen städtischen Löhnen und denen in der Privatindustrie ist nicht angängig. Die nackten Lohnsätze der städtischen Lohntafeln geben nicht das vollständige Bild, vielmehr müssen verschiedenerlei Vergünstigungen mit in Rechnung gezogen werden. Erfahrungsgemäß sind in Frankfurt die Lohnfortzahlungen bei Schichtausfällen aus den verschiedenen in der Lohnordnung vorgesehenen Gründen als Zuschlag von rund 2,6 % auf den nackten Lohn zu bewerten, ebenso Zahlungen für Wochenfeiertage mit zirka 1 %, die Mietzuschüsse an verheiratete Arbeiter mit zirka 4 %, Lohnzuschläge mit zirka 1,5 % im Durchschnitt für die Gesamtarbeiterschaft, die Gewährung für Dienst- und Schutzkleider mit zirka 2 %. Die Pensionen und die Reliktenversorgung werden nach versicherungstechnischen Grundsätzen mit zirka 10 % zu bewerten sein, usf.

Unter den ständigen Arbeitern waren 1722 (46,9 %) Monatslöhner, 1858 (50,6 %) Tagelöhner, die übrigen arbeiteten im Stücklohn oder nach besonderen Vereinbarungen, die z. T. noch aus früheren Jahren vor Einführung der Lohnordnung datierten. Bei männlichen Vollarbeitern war unter Einrechnung von Zuschlägen und Mietzuschüssen der geringste vorkommende Tagelohn 3,40 ℳ, welchen jedoch nur 94 Arbeiter bezogen, 3,50—3,99 ℳ bezogen 692 Arbeiter, 4,00—4,49 ℳ 612, 4,50—4,99 ℳ 230, 176 hatten 5,00 und mehr ℳ. In ähnlicher Weise gestaltet sich der Aufbau bei den Monatslöhnern.

Der zweite Teil der Abhandlung bespricht in monographischer Form die A r b e i t s z e i t e n und die A b w i c k e l u n g d e s D i e n s t e s in den verschiedenen Dienststellen. Was bezüglich des Lohnes bei einem Vergleich mit anderen Städten oder mit der Privatindustrie gesagt wurde, gilt auch für die Arbeitszeiten. Vor allem muß berücksichtigt werden, daß das Maß der Beanspruchung und die Art der Arbeitseinteilung wesentlich anders sind bei dem vorwiegenden Transport-, Reinigungs- oder Bewachungsdienst in einer städtischen Verwaltung als bei der Tätigkeit in Werkstätten und Fabriken. Es ist auch in vielen städtischen Betrieben nicht angängig, von einem Normal-Arbeitstag zu sprechen, vielmehr ist der gegebenenfalls einen Teil der Dienstzeit einnehmende Bereitschaftsdienst zu berücksichtigen. Ferner sind komplizierte Dienstpläne vorhanden, in welchem sich periodisch wöchentlich oder monatlich, oder in anderen Intervallen bestimmte Diensteinteilungen wiederholen und z. T. übereinandergreifende Schichten enthalten. Im Hinblick auf solche Perioden kann wohl von Dienstzeiten in Stunden ausgedrückt, sowie auch von einer zulässigen M a x i m a l s c h i c h t d a u e r gesprochen werden, die Berechnung einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit ist dagegen vorwiegend als Überschlagsrechnung und nur mit entsprechendem Kommentar zulässig.

In Frankfurt war in der bisherigen Lohnordnung der durchschnittliche 10-Stundentag vorgesehen; im Laufe des Jahres 1908 sind jedoch erhebliche Kürzungen vorgenommen worden, u. a. bei den Ofenarbeitern des Gaswerkes, den Angestellten des Schlacht- und Viehhofs und der Straßenbahn. Versuchsweise sind in einem Pumpwerk der Wasserwerke auch Schichtkürzungen vorgenommen worden, die je nach dem Erfolg später eventuell endgültig zur Einführung kommen. *A. Busch.*

XVI. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Kirchliches Jahrbuch — in Verbindung mit P. Lic. de le Roi-Schweidnitz, P. Raeder-Hermannsburg, Pfarrer N e u m a n n-Godesberg, Pastor E. B u n k e-Berlin, Pfarrer Lic. Goetz-Dortmund, Hofprediger S c h n e i d e r-Coesfeld, P. Lic. M u m m-Berlin, Pastor Const. Frick-Bremen — herausgegeben von Pfarrer J. S c h n e i d e r-Elberfeld. 35. Jahrg. 1908. 668 S. VIII. (36. Jahrg. — 1909 — Ende Mai erscheinend). 8°. Preis 6 ℳ.

Das seit einem Menschenalter erscheinende „Kirchliche Jahrbuch" will eine methodisch geordnete Übersicht über die gesamte Jahresarbeit der deutsch-evangelischen Landeskirchen und der in ihnen und mit ihnen wirkenden Kräfte geben, zur Orientierung der in dieser Arbeit Tätigen, zur Beantwortung der immer wieder aufgeworfenen Frage: Was tut die Kirche? Wozu ist sie da? Die ungemein gesteigerte kirchliche Arbeit hat auch dem Jahrbuch eine wachsende Stoffülle zugeführt, die von kundigen Spezialisten in 12 Kapiteln bearbeitet wird nach einheitlichen methodischen Grundsätzen.

Hier interessiert besonders das vom Herausgeber bearbeitete Kapitel VII: Kirchliche Statistik in 26 (bzw. 28) Abschnitten bearbeitet. Wie in dem katholischen Parallelwerk von Krose geht der spezifisch „kirchlichen" Statistik eine allgemeine Bevölkerungsstatistik Deutschlands vor-



aus, welche die Resultate der letzten Volkszählungen auf Grund der amtlichen Quellenwerke, besonders auch die konfessionellen Verschiebungen im Aufbau der deutschen Bevölkerung zur Darstellung bringt. Hier berühren sich die Resultate selbstverständlich vielfach mit den Aufstellungen von Krose, weichen jedoch in Spezialpartien (natürliche Vermehrung der Konfessionen, Progenitur Unehelicher, Übertrittszahlen) von Krose gelegentlich ab. Besonders der Konversionsbilanz beider christlicher Kirchen in Deutschland und den Verhältnissen der Mischehen (Mischeheschließungen der einzelnen Jahre, stehende Mischehen, Konfession der aus Mischehen geborenen Kinder) sind besondere Abhandlungen gewidmet, welche sich vielfach mit Kroses Aufstellungen wissenschaftlich auseinandersetzen.

Im katholischen Handbuch fehlt leider völlig die sogenannte interne kirchliche Statistik. Die bischöflichen Ordinariate hielten bisher die betreffenden Zahlen zurück, sofern sie überhaupt zur Erhebung gekommen sind. Im evangelischen Kirchlichen Jahrbuch nehmen diese Zahlen, die zur Beurteilung des kirchlichen Lebens unerläßlich sind, einen breiten Raum ein: Verhältnis der Taufen zu den Geburten, der Trauungen zu den Eheschließungen, der kirchlichen Beerdigungen zu den Sterbefällen, Zahl der Konfirmanden, der Kommunikanten, Übertritte und Austritte, Bestand an Gotteshäusern, Begründung von Parochien, Dienstalter der Pfarrer, Pfarrgehälter (Neuregelung von 1909), kirchliche Wohltätigkeit usw. Herangezogen sind dafür die leider fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Zusammenstellungen der Statistischen Kommission des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses, die freilich sehr viel an wissenschaftlich-statistischer Durcharbeitung vermissen lassen.

Die Schlußabschnitte behandeln: die Zahl der Anwärter des geistlichen Amtes (hier unter kritischer Ablehnung der vom Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin gegebenen Ziffern), die Universitätsstatistik, besonders Frequenz der theologischen Fakultäten (Rückgang der Theologie-Studierenden, Polemik gegen die statistischen Aufstellungen der „Chronik der christlichen Welt"), höhere Schulen, allgemeine Volksbildung, Kriminalstatistik, Fürsorgeerziehung, Ehescheidungen, Selbstmorde usw. Eine große Anzahl von Tabellen geben den plastischen Hintergrund zu den theoretischen Erörterungen. *J. Schneider.*

Kirchliches Handbuch. In Verbindung mit Domvikar P. Weber, Dr. theol. W. Liese und Dr. theol. K. Mayer herausgegeben von H. A. Krose, S. J. Erster Band 1907—1908. Freiburg i. B. 1908. 8°. 472 S. Preis 6 M.

Dies Handbuch soll ein Nachschlagewerk sein, in welchem alle, die sich über die katholische Kirche informieren wollen, Aufschluß finden können über die Organisation der Kirche im Deutschen Reich, ihren Bestand an Mitgliedern und deren Verteilung über Bundesstaaten, Verwaltungsbezirke und kirchliche Sprengel, ihr Wachstum und die Umstände, die hemmend oder fördernd darauf einwirken, über die kirchliche Versorgung der katholischen Bevölkerung durch Welt- und Ordensklerus, die kirchlichen Anstalten und Ordensniederlassungen, die charitativ-soziale Tätigkeit der Kirche, das kirchliche Vereinswesen, die kirchliche Gesetzgebung usw.

Das im Handbuche verarbeitete statistische Material ist teils staatlichen, teils kirchlichen Quellenwerken entnommen. Soweit dieselben Verhältnisberechnungen nicht enthalten, sind solche vom Herausgeber hinzugefügt. Die konfessionellen Verschiebungen in den Bundesstaaten und größeren Verwaltungsbezirken sind bis 1871 rückwärts verfolgt. Über die natürliche Vermehrung der Konfessionsgemeinschaften und den Anteil derselben an der Wanderbewegung sind eingehende Untersuchungen und Berechnungen angestellt, aus denen sich eine erheblich stärkere natürliche Vermehrung der Katholiken in Preußen und Bayern und ein starkes Vorwiegen des katholischen Elementes unter der Einwanderung ergibt. Die Übertrittsbewegungen, über die nur unvollständige Nachrichten vorliegen, hat auf die konfessionellen Verschiebungen keinen irgendwie erheblichen Einfluß. Dagegen erweist sich das Ergebnis der Mischehenstatistik als äußerst ungünstig für die katholische Kirche. Das Handbuch enthält darüber besonders reichhaltiges statistisches Material, das zum großen Teil noch nicht veröffentlicht, sondern dem Herausgeber auf seinen Antrag vom Königl. Preußischen Statistischen Landesamt aus den Aufbereitungsergebnissen der letzten Volkszählung auszugsweise mitgeteilt und von ihm verarbeitet wurde. So enthält Tabelle XXI eine Übersicht über das Religionsbekenntnis der Kinder aus Mischehen am 1. Dezember 1905 mit Verhältnisberechnung für sämtliche preußische Regierungsbezirke, Tabelle XXII eine entsprechende Übersicht für 170 preußische Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern, in welchen die Ergebnisse der Zählung von 1905 mit denjenigen von 1900 verglichen werden. Die Untersuchung liefert neue Belege für die schon früher festgestellte Erfahrungstatsache, daß bei den Mischehen in der Regel diejenige Konfession das Übergewicht hat, die unter der Gesamtbevölkerung des betreffenden Bezirkes überwiegt. Daraus erklärt sich auch das für die katholische Kirche ungünstige Gesamtresultat, da die katholische Konfession unter der Gesamtbevölkerung Preußens die Minorität bildet. — Neues statistisches Material bieten auch die Abschnitte über die kirchliche Versorgung, die Ordensniederlassungen und den theologischen Nachwuchs, insofern als die staatlichen Angaben über diese Gegenstände aus kirchlichen Quellen ergänzt und erweitert und durch Verhältnisberechnungen brauchbarer gemacht werden. Das gleiche gilt von den Abschnitten über Volksbildung und Volkssittlichkeit, in welchen das von verschiedenen amtlichen Publikationen enthaltene Material vereinigt durch Verhältniswahlen ergänzt wird.

H. A. Krose.

XVII. Wahlstatistik.

Die Ergebnisse der Landtags- und Reichstagswahlen in Württemberg im Winter 1906 auf 1907. Von Finanzrat Dr. A. Schott. Württ. Jahr-

bücher für Statistik und Landeskunde. Jahrgang 1907, Heft 2. S. 1—47.

Eine politisch äußerst lebhaft bewegte Zeit war für das Königreich Württemberg der Winter 1906 auf 1907. Mitten hinein in die Landtagswahlen, die am 5. Dezember 1906 ihren Anfang nahmen und am 9. Januar 1907 zum Abschluß kamen, fiel am 13. Dezember 1906 die Auflösung des Deutschen Reichstages und die Vorbereitung der Neuwahlen für diesen. Innerhalb weniger Wochen wurden die Wähler teils drei- teils sogar fünfmal an die Urne gerufen und zur Stellungnahme gegenüber der brennenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kolonialen Fragen des Landes und des Reichs aufgefordert. Dazu kam, daß die Landtagswahlen sich diesmal, nachdem durch das Gesetz vom 16. Juli 1906 die heißumstrittene Verfassungsrevision angenommen worden war, nach einem völlig neuen System zu vollziehen hatten. Für die Wahlen in den Oberamtsbezirken und den „guten" Städten, jedoch mit Ausnahme von Stuttgart, galt das Einerwahlsystem, für die durch Querteilung des ganzen Landes geschaffenen zwei Wahlkreise (Jagst- und Neckarkreis einerseits, Donau- und Schwarzwaldkreis anderseits) das Proportionalwahlverfahren. Außerdem brachte das genannte Verfassungsgesetz in Art. 1 noch eine andere Neuerung für den zweiten Wahlgang, nämlich das sog. romanische Wahlsystem, bei welchem nicht wie bei den Stichwahlen die Wähler nur zwischen jenen beiden Kandidaten zu entscheiden hatten, die bei der Hauptwahl die höchsten Stimmenzahlen auf sich vereinigt hatten, sondern wo sämtliche Kandidaten, die schon beim ersten Wahlgang in Betracht kamen, wiederum auftreten konnten und sogar die Aufstellung neuer Bewerber möglich war. Der Aufmarsch der Parteien ist darum ein recht eigenartiger, die Wahlbeteiligung und die Parteistimmenverteilung sehr ungleich und schwankend gewesen, je nachdem es sich um Einer-, um Proportional-, um Reichs-, um Nach- oder um Stichwahlen gehandelt hatte.

Ihr Wahlrecht haben ausgeübt: am 5. Dezember 1906 bei den Wahlen der Oberamtsbezirke 311 547 Personen = 75,7 % der Wahlberechtigten, bei den Wahlen der 6 guten Städte 21 013 Personen = 73,4 % der Wahlberechtigten, bei den Proportionalwahlen in Stuttgart 41 007 Personen = 80,4 % der Wahlberechtigten, am 9. Januar 1907 bei den Landesproportionalwahlen 384 204 Personen = 79,1 % der Wahlberechtigten, am 25. Januar 1907 bei den Reichstagswahlen 415 732 Personen = 81,0 % der Wahlberechtigten. Trotz der Fremdartigkeit des ganzen Verfahrens bei den Proportionalwahlen haben die Wähler sich überall, auch in den kleineren Landgemeinden gut zurecht gefunden und rühriger daran beteiligt, als bei den Landtags-Einerwahlen, die ihnen seit langem vertraut gewesen sind. *A. Schott.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Die Belastung der Krankenkassen, Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften durch die Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten nebst Vorschlägen zu ihrer Bekämpfung. Von Dr. med. Perutz, München. Zeitschr. für Soziale Medizin, Säuglingsfürsorge und Krankenhauswesen. Bd. IV, 1. und 2.

Die mit der Ausdehnung der Städte wachsende Entfernung zwischen Arbeitsstätte und Wohnung kann eine gesundheitliche Schädigung insofern herbeiführen, als einerseits das Aufsuchen der Wohnung während der kurzen Mittagspause kaum noch Zeit übrig läßt, die Hauptmahlzeit in Ruhe zu genießen und zu verdauen, anderseits das zur Arbeitsstätte mitgebrachte oder zugetragene, erkaltete Mittagessen meist von minderwertiger Beschaffenheit ist. Die gesundheitliche Schädigung äußert sich der Natur der Sache nach in Erkrankungen der Verdauungsorgane, durch die, wie Perutz an dem Material der Leipziger, Münchener, Dresdener, Frankfurter und anderer Krankenkassen festgestellt hat, unsere sozialen Fürsorgeorganisationen in hohem Maße belastet werden. Eine mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Verdauungskrankheit machen 4—6 % aller Kassenmitglieder durch, das sind 10—15 % aller erwerbsunfähigen Patienten; dazu kommt noch ein größerer Prozentsatz erwerbsfähiger Kranken. Das weibliche Geschlecht neigt aus begreiflichen Gründen (Anämie, Chlorose) mehr zu derartigen Erkrankungen als das männliche. Die Gruppierung nach Berufen gibt in jeder Stadt ein anderes, unvollständiges Bild, weil nur die erwerbsfähigen Kranken dabei berücksichtigt werden können. Unter den Invalidisierungsursachen stehen mit 3 % die Krankheiten des Magens (ohne Krebs) an 9. Stelle. Die Vorbeugung kann nur in einer Besserung der Ernährungsverhältnisse (durch Errichtung von Volksküchen, Kochschulen für Arbeiterinnen usw.) bestehen. Die übrigen Ausführungen über die Behandlung und deren Erfolge und die kasuistische Untersuchung über den Einfluß eines Unfalls auf bestehende Verdauungskrankheiten haben ausschließlich medizinisches Interesse. *E. Roesle.*

Alte und neue Gehirn-Probleme. Von W. W. Wendt, München 1909. 2,60 *M*.

Der Verfasser, welcher einen Maßstab zur Beurteilung der geistigen Fähigkeiten weniger in dem Aufbau der Gehirnrinde als in dem Gewicht des menschlichen Gehirns erblickt, fand durch eine 1078 Fälle umfassende Gehirngewichtsstatistik aus dem Königl. pathologisch-anatomischen Institut zu München bestätigt, daß die Gehirne der Männer im allgemeinen schwerer als die der Frauen sind und daß das Gewicht des Gehirns mit dem Lebensalter seines Trägers abnimmt. Besonders bemerkenswert in sozialer Hinsicht erscheint die Beobachtung Wendts, daß unter den Männern mit Universitätsbildung 57 % ein großes Gehirngewicht, d. i. ein Hirn von 1500 g und darüber besitzen, während ein solches bei Tagelöhnern und niederen Arbeitern nur in 17,8 % der Fälle zu finden war. *G. Radestock.*

Frequenz der österreichischen Bade- und Kurorte durch Wiener Gäste im Jahre 1907. Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrats für Juli 1908.

Die Statistik befaßt sich in der Regel nur mit der passiven Seite des Fremdenverkehrs, d. h. mit



Zahlenangaben über die z. B. in Wien verkehrenden Fremden. Hier ist ein Versuch gemacht worden, die aktive Seite zu erfassen, da gerade die Wiener Bevölkerung vermutlich mehr als diejenige anderer Großstädte einen erheblichen Teil des Jahres (Juli bis September, aber auch Mai bis Oktober) in Kurorten und Sommerfrischen verbringt. Von den 136 befragten österreichischen Kur- und Badeorten hat allerdings nur annähernd die Hälfte geantwortet. Unter den 292 103 Kurgästen dieser 63 westösterreichischen Kurorte waren 70 979 Wiener; dazu kommen noch 3068 Wiener in Kurorten, deren Gesamtfrequenz nicht mitgeteilt wurde. Die Zahl der in einem Jahre Kurorte besuchenden Wiener läßt sich mit 140 000 veranschlagen; dabei sind die bedeutend zahlreicheren Besucher der Sommerfrischen nicht gerechnet. Von den 17 107 Wiener Kurgästen in niederösterreichischen Kurorten waren 3468 Kinder und 2583 Dienstboten, ein Beweis für längere Aufenthaltsdauer. Mit der größeren Entfernung von Wien nimmt die durchschnittliche Personenzahl einer Wiener Kurpartei ab. *W. Hecke.*

XX. Armenstatistik.

Das Armenwesen im Königreich Böhmen am Anfang des XX. Jahrhunderts. Textlicher Teil von Dr. Karl Engliš. Mitteilungen des Statistischen Landesbureaus des Königreichs Böhmen. Band XIII. In Kommission der J. G. Calveschen k. u. k. Hof- u. Univ.-Buchhandlung. Prag 1908. Preis 8 K.

In dem vorliegenden Werke gelangt in Böhmen zum ersten Male die gesamte — auch die private — Armenpflege zur einheitlichen Darstellung; die Erhebung vom Jahre 1890 bezog sich nur auf die Gemeindearmenpflege. Die Publikation bringt zum Teil aus anderen Anlässen erhobenes und vielfach auch zerstreut publiziertes, zum größten Teil aber eigens erhobenes Material, beides systematisch zu einer Gesamtdarstellung zusammengefaßt und nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten bearbeitet. Die Aufnahme erfolgte fast ausschließlich mittels Fragebogen, die von den unterstützenden Organen auszufüllen waren; nur ein Teil der Gemeindearmen wurde stichprobenweise (in 392 Gemeinden) mittels Individualzählkarten erfaßt. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Bestandteile, aus denen das Material besteht, fehlt es ihm an einer zeitlichen Einheitlichkeit. Die bearbeiteten Daten stammen aus den Jahren 1900—1906. Der Stoff wird einmal nach den unterstützten und dann nach den unterstützenden Subjekten gegliedert vorgebracht. Für Böhmen hat dieses Werk in die einzelnen Gebiete der privaten und öffentlichen Armenpflege viel Licht gebracht und manchen derselben neue Bahnen gewiesen. Vom verwaltungsrechtlichen Standpunkte besitzt ein besonderes Interesse die Abhandlung betreffend die „Einlege", die Armenordnungen der größeren Gemeinden, die Waisenräte und die Pfarr- und Konkretalarmenfonds; auch enthält die Arbeit methodologische Untersuchungen, insbesondere über die Personalarmenstatistik.

Das Königreich Böhmen zählte im Jahre 1900 6 318 697 Einwohner; im Jahre 1902 wurden von 7399 Gemeinden 156 938 Personen mit einem Aufwande von 6 433 856 Kronen unterstützt (50 Gemeinden mit 28 247 Einwohnern haben den diesbezüglichen Ausweis nicht eingeliefert). Somit stellt sich die Armenziffer mit ungefähr 2½ % der Gesamtbevölkerung. Seit dem Jahre 1890 ist der Prozentsatz der von Gemeinden unterstützten Personen von 2,35 auf 2,48 gestiegen. Der Schwerpunkt der Gemeindearmenpflege in Böhmen beruht in der offenen Pflege. Die Bezirke und das Land beteiligen sich an der allgemeinen Armenpflege nicht. Die Bezirke beteiligen sich sporadisch an der Jugendfürsorge und an der Kranken- und Siechenpflege. Das Land trifft ein Teil der Kosten für die Bezirkskranken- und Siechenanstalten, sowie der Aufwand für die Gebär-, Findelanstalt und für die Besserungs- und die Irrenanstalten. Für Humanitätszwecke überhaupt hat das Land im Jahre 1905 10½ Mill. Kronen ausgegeben. In der Landesverwaltung steht auch der im Jahre 1904 begründete Landeswaisenfonds. Privatvereine, die vorwiegend in das Gebiet der Armenpflege einschlagen, gab es 1058, abgesehen von den auf Gegenseitigkeit beruhenden Vereinen. Die Zahl der Unterstützten lag nur von 807 Organisationen vor; sie beziffert sich für 1905 mit 130 079 Personen. Dagegen lagen Angaben über die verausgabten Beträge für 800 Vereine vor; diese betrugen 2 356 213 Kronen. In wieviel Fällen dasselbe Individuum gleichzeitig von mehreren Vereinen oder von Vereinen und Gemeinden unterstützt wurde, kann nicht festgestellt werden. Die fachliche Armenpflege, insbesondere jene für geistig und körperlich abnormale Individuen fällt fast zur Gänze den Vereinen anheim. Die öffentliche Armenpflege ist unzureichend; es bedürfte einer gerechteren Verteilung der Armenlast, wenn sie ihrer Aufgabe Rechnung tragen soll. *K. E.*

XXIII. Finanzstatistik.

Finanzstatistik der preußischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände für das Rechnungsjahr 1903. Preuß. Stat., Heft 215. Berlin 1909. 201 S.

Diese im Anschluß an die Finanzstatistik der preußischen Landkreise[1]) veröffentlichte Statistik umfaßt wie jene den Vermögens- und Schuldenstand der betreffenden Selbstverwaltungskörper nach dem Stande vom 31. März 1904 sowie ihre Ausgaben im Rechnungsjahre 1903 und die Art ihrer Deckung, unter besonderer Berücksichtigung des Steuerwesens. Anhangsweise sind die Ergebnisse der Sondererhebung über Vermögen, Schulden, Ausgaben und Einnahmen der provinziellen usw. Kreditanstalten im Geschäftsjahre 1903 mitgeteilt.

Von den in Betracht kommenden preußischen Selbstverwaltungskörpern höherer Ordnung wurden im ganzen 30 302 081 ℳ an Steuern erhoben, d. i. 11,05 % des berichtigten umlagefähigen Solls der direkten Staats- bzw. staatlich veranlagten Steuern. Die Bezirksverbände der Regierungsbezirke Wiesbaden und Cassel erhoben mit 4,5 bzw. 6,39 % die bei weitem geringsten Prozentsätze vom berichtigten Umlagesoll. Es folgten mit 9,5 und 9,69 % die Provinzialverbände von Sachsen und Westfalen, sodann die von Brandenburg, Rheinprovinz, Hannover, Pommern, Schlesien (einschl. Landarmenverband), Ostpreußen und Schleswig-Holstein mit Prozentsätzen, die

1) Siehe D. St. Z. Nr. 1, S. 26.

zwischen 10 und 14 schwankten. Letzteren Anteilsatz übertrafen nur noch der Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande mit 15,29 sowie die Provinzialverbände von Posen und Westpreußen mit 18,97 und 20 %. Jedoch ist zu bemerken, daß in der Provinz Ostpreußen neben dem von ihr gebildeten Landarmenverbande bezüglich gewisser Zwecke jeder Stadt- und Landkreis einen besonderen Landarmenverband bildet. Müßten die von letzteren zu bestreitenden Kosten, wie in den übrigen Provinzen, vom Provinzialverbande aufgebracht werden, so würden sich die Provinzialsteuern in Ostpreußen um 5,21 % auf rund 19,2 % der umlagefähigen direkten Steuern erhöht und damit dem vom westpreußischen Verbande erreichten Höchstbetrage nicht viel nachgestanden haben.

Das Steueraufkommen schwankte zwischen 0,46 und 1,31 *M.* auf den Kopf beim schlesischen und schleswig-holsteinischen Provinzialverbande. Dabei ist zu beachten, daß in Schlesien der die Provinz mit Ausnahme der Stadt Breslau umfassende Landarmenverband für eigene Zwecke noch besondere Steuern erhob, die 0,38 *M.* auf einen Einwohner ausmachten. Einen Kopfbetrag von mindestens 1 *M.* erreichten auch noch der Provinzialverband von Pommern (1,00) sowie der der Rheinprovinz (1,09 *M.*), und nur um wenige Pfennige geringer war er bei den Kommunalverbänden von Westpreußen (0,97), Hohenzollern (0,98), Brandenburg (0,97), Hannover (0,97) und Sachsen (0,94 *M.*).

Durch das Aufkommen an Steuern deckten die Provinzial-usw.Verbände 22,35 % ihres gesamten und 24,93 % ihres ordentlichen Bedarfes im Rechnungsjahre 1903. Weniger als 10 % der ordentlichen Einnahmen, nämlich 8,96, macht das Steuererträgnis nur beim Bezirksverbande des Regierungsbezirks Cassel aus, während die entsprechenden Anteile bei den Kommunalverbänden von Ostpreußen, Hohenzollern, Wiesbaden und Hannover zwischen 15,01 und 19,08 %, bei denen von Posen, Westpreußen, Pommern, Westfalen, Sachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein sowie Schlesien zwischen 20,35 und 25,51 % schwankten, um beim Provinzialverbande der Rheinprovinz eine Höhe von 30,41 % zu erreichen. *O. Tetzlaff.*

XXIV. Statistische Sammelwerke und unausgelöste Statistik.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. 31. Jahrgang, enthaltend die Statistik der Jahre 1906 und 1907 (zum Teil auch 1908). Im Auftrage des Magistrats herausgegeben von Prof. Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Berlin. P. Stankiewicz' Buchdruckerei 1909.

Der stattliche Band (549 Seiten) zeigt zunächst das Porträt des 1907 verstorbenen Großmeisters der Statistik R. Böckh und dasjenige seines Freundes, des 1908 heimgegangenen Stadtverordneten S. Neumann, der sich ebenfalls um die Berliner Statistik als deren eigentlicher Begründer und unermüdlicher Förderer unvergängliche Verdienste erworben hat. Die Wirksamkeit beider Männer findet im Vorwort erschöpfende und pietätvolle Würdigung. Das Werk zerfällt in 12 Abschnitte nebst einem Anhang, bestehend aus drei die Säuglings- und Gesamtsterblichkeit illustrierenden graphischen Tafeln. Aus seinem reichen Inhalte sei hervorgehoben der Abdruck der 50 Berliner Sterblichkeitstafeln, die Böckh wenige Monate vor seinem Ableben dem in Berlin tagenden 14. internationalen Kongresse für Hygiene und Demographie vorgelegt hat, der neu hinzugetretene Abschnitt über die Statistik der Wahlen, die Berechnungen von Sterblichkeitstafeln der Säuglinge nach den einzelnen Kalendermonaten des Jahres 1906, eine ausführliche Individualstatistik der Fürsorgezöglinge nach dem Stande vom 1. April 1908, eine auf Grund der Schlußdiagnose hergestellte Statistik der Erkrankten der Allgemeinen Ortskrankenkasse und die Statistik der Ostern 1905 und 1907 nach vollendeter Schulpflicht entlassenen Gemeindeschüler. *H. Guradze.*

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Jahrbuch der Statistik. Eine internationale Übersicht der statistischen Verwaltung und Wissenschaft. 1. Jahrgang 1909. Herausgegeben von Dr. H. Platzer, Direktor des Statistischen Bureaus für Elsaß-Lothringen. Verlag von Karl J. Trübner, Straßburg, Januar 1909. 240 Seiten mit einer graphischen Darstellung. Gebd. 5 M.

Das Jahrbuch der Statistik stellt sich die Aufgabe, eine planmäßige und erschöpfende Orientierung über die Organisation der Statistik nach ihrer administrativen wie wissenschaftlichen Seite zu geben. Eine Zusammenstellung der sämtlichen Statistischen Ämter, ihrer Leiter, Mitglieder und ihrer Veröffentlichungsorgane erschien mir vor allem für den Berufsstatistiker nicht ohne Wert; bei den zahlreichen Beziehungen zwischen den einzelnen Ämtern, wie sie besonders in dem so wertvollen Austausch ihrer Veröffentlichungen zum Ausdruck kommen, dürfte ein Führer durch die Organisation der statistischen Verwaltung in den einzelnen Ländern wohl praktische Dienste leisten. Die statistische Verwaltung weist in den meisten Staaten eine recht bedeutsame Entwickelung auf; die große Zahl der landes- und städtestatistischen Ämter zeigt, daß man die Notwendigkeit statistischer Verwaltungstätigkeit heute allgemein anerkennt. Daneben nehmen besonders in allen größeren Staaten einen weiten Raum diejenigen Behörden ein, welche im Rahmen ihrer weiteren Geschäftsaufgabe statistisches Material verarbeiten und veröffentlichen. Aus dem Abschnitt „Statistische Vereinigungen, Gesellschaften und Kongresse" ist zu ersehen, daß in der bedeutsamsten statistischen Vereinigung, dem Internationalen Statistischen Institute, das Deutsche Reich mit 35, Österreich mit 22 (außerdem Ungarn mit 8), die Schweiz mit 5 Mitgliedern vertreten ist. Dem statistischen Unterricht ist ein weiterer Abschnitt gewidmet, der die Dozenten und Seminare für Statistik im engeren Sinne wie für Staatswissenschaften überhaupt an allen Hochschulen der Erde enthält, unter besonderer Kennzeichnung der eigentlichen Statistiker. Mit einer Titelzusammenstellung der nichtamtlichen periodischen volkswirtschaftlichen statistischen Literatur, und sodann einer statistischen Chronik, welche über die letzten Kongresse und sonstigen bemerkens-

werten Vorgänge auf statistischem Gebiete berichtet, schließt der 1. Jahrgang des Buches.

H. Platzer.

Dr. Georg v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre. III. Band. Sozialstatistik. 1. Lieferung. (Aus: Handbuch des Öffentlichen Rechts. Ein Leitungsband.) Tübingen 1909. 260 S. gr. 8°. 6,80 *M*.

Nach langer Pause bin ich zur Fortführung der Arbeit an meinem gesamten System der wissenschaftlichen Statistik gekommen, das unter dem Titel „Statistik und Gesellschaftslehre" erscheint. Die vorliegende erste Lieferung des dritten und letzten Bandes, welcher die Gesamtheit des statistischen Wissens außerhalb des besonderen Kreises der Bevölkerungsstatistik als „Sozialstatistik" zusammenfaßt, behandelte die Moralstatistik, aber nur einen Teil derselben. Bekanntlich wird — wie mir scheint allerdings nur von einer Minorität von Forschern — bestritten, ob es überhaupt eine Moralstatistik gibt. Zu den Gegnern der letzteren zählte insbesondere mein leider viel zu früh heimgegangener verehrter Freund von Inama-Sternegg. Der Streit entscheidet sich meines Erachtens dahin, daß verwaltungsmäßig die Moralstatistik allerdings keine Stelle findet, daß sie aber wissenschaftlich unentbehrlich ist. Das hoffe ich durch die Arbeit, zumal wenn sie ganz abgeschlossen sein wird, darzutun. Die wissenschaftliche Konzentration und Verarbeitung der statistischen Ausweise, die Rückschlüsse auf menschliche Sittenzustände gestatten, erheischt einerseits einen Ausblick auf andere Teilgebiete der Statistik, denen sekundär auch eine spezifisch moralstatistische Bedeutung innewohnt, und anderseits die erschöpfende primäre Behandlung jener Teilgebiete der Statistik, bei denen der moralstatistische Charakter in erster Linie steht. Für das, was ich sekundäre Moralstatistik nenne und in der vorliegenden Arbeit zunächst behandelt habe, bietet namentlich die Bevölkerungsstatistik ergiebiges Material. Ich hebe insbesondere folgendes hervor: Überschau des aus der Bevölkerungsstatistik ersichtlichen sittlich Normalen (§ 6), dann die einschlägigen Abnormitäten, die aus der Statistik des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung ersichtlich sind. Ich erwähne im besonderen: Abnormitäten der Geschlechts- und Altersgliederung (§ 8), der Familienstandsverhältnisse im engeren und weiteren Sinn (§ 9—11), der Familiengestaltung (§ 12, 13). Aus dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung kommen namentlich in Betracht die Abnormitäten der Geburtlichkeit (Totgeburten § 16 — Geburtenfehlbeträge und Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit im besonderen § 17, 18 — uneheliche Geburten § 19), die Abnormitäten der Sterblichkeit, insbesondere Kindersterblichkeit (§ 21) und kritische Todesursachen (§ 22), weiter kritische Erkrankungen (§ 25) und Abnormitäten der Heimatlichkeit (§ 24).

Von dem primär Moralstatistischen ist in der vorliegenden Lieferung die Ehescheidungs-Statistik behandelt, die sich losgelöst aus dem Rahmen der Statistik der Bevölkerungsbewegung bzw. der Justizgeschichtsstatistik allmählich verselbständigt hat oder doch verwaltungsmäßig dies zu erreichen gerade jetzt im Begriffe ist. Dabei konnte ich mit großem Nutzen ein schon 1903 zuerst gedrucktes, seit 1908 aber allgemein zugängliches Werk des leider in jungen Jahren verstorbenen Bosco verwerten. Ein erhebliches Stück von primär Moralstatistischem ist noch ausständig, insbesondere Selbstmordstatistik, Kriminalstatistik und eine Überschau des positiv Moralstatistischen, die Erkenntnis von sittlich gutem Vermittelnden. Dies soll zusammen mit Grundzügen der Bevölkerungsstatistik die zweite Lieferung zu Ende des Jahres bringen; dann folgen Wirtschafts- und politische Statistik.

Die Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere das technische Erhebungs- und Verarbeitungsdetail sind grundsätzlich berücksichtigt und zwar überall da, wo der primäre Standort einer Spezialstatistik ist, im vorliegenden Fall also bei der Ehescheidungsstatistik als einem Kapitel des primär Moralstatistischen. Weiter ersieht der Verwaltungsstatistiker aus den Einzelheiten der vorliegenden Arbeit mannigfaltige Nutzbarmachung seiner Leistungen für die Zwecke der Wissenschaft. Dabei vermag er auch zu entnehmen, welche Lücken sowohl in der Ausgestaltung der Erhebungen und der Verarbeitung, als namentlich auch der Publikationen noch auszufüllen sind. Für die nationale Statistik gegenüber der „internationalen" kommt sowohl die reichlichere Gestaltung der Kombinationen in sorgsamer Ausgliederung wie die Pflege der detailgeographischen Ausweise ganz besonders in Betracht. Für die internationale Statistik wird die Arbeit an zahlreichen Stellen dem Verwaltungsstatistiker eine verstärkte Anregung zur Herbeiführung der — leider noch immer fehlenden — geordneten Jahreszusammenfassung wichtigster Ergebnisse der Verwaltungsstatistik in internationaler Überschau bieten.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort über unvermeidliche Schwächen, die einem aus einer solchen Fülle von Stoff schöpfenden Werk, wie es scheint, anhaften müssen, erwiesen an zwei Fällen. Anknüpfend an eine in die Bearbeitung aufgenommene kurze Tabelle über die sächsische Ehescheidungsstatistik habe ich bemerkt, daß nur bei dem Ehebruch noch die Tatsache anderweiter, aber nicht besonders ersichtlich gemachter Scheidungsgründe ausgewiesen sei — tatsächlich aber enthält das Tabellenwerk nicht nur die Zerlegung dieser „sonstigen" Scheidungsgründe, sondern aller übrigen Verbindungen von Ursachen (im ganzen 105 verschiedene Scheidungsgründe). — Bei einem Ausblick auf die für die Ehescheidungsstatistik bedeutsamen Ergebnisse der Carrol D. Wrightschen Ausweise für die Vereinigten Staaten (1867 und 1868) habe ich bemerkt, daß leider für die neuere Zeit eine Wiederholung dieser Statistik für die Vereinigten Staaten fehlt. Kaum war der Druck meiner Arbeit abgeschlossen, so erhielt ich vom Bureau of the Census den II. Band einer neuen großen Ermittelung in den Vereinigten Staaten (Marriage and Divorce 1867—1906), die das Tabellenwerk dieser Ermittelung enthalten und eine weitere gewaltige Zunahme der Ehescheidungen ersehen lassen. Der Band I, welcher die Bearbeitung enthalten wird, ist noch ausständig.

Es wird Sorge getragen werden, daß den weiteren Lieferungen jeweils die für die bereits veröffentlichten Abschnitte anfallenden Ergänzungen beigefügt werden.

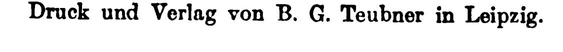
G. v. Mayr.

Fragekasten.

S. in S. — Bestehen in irgendeinem deutschen Einzelstaat oder sonstwo statistische oder sonstige Publikationen über den Einfluß von Nebenbahnen auf die wirtschaftliche (namentlich auch steuerliche) Entwickelung der durch solche Nebenbahnen an das Hauptbahnnetz des Landes angeschlossenen Gemeinden?

G., Charlottenburg. — Es wird viel über den Mißbrauch der Statistik geklagt, ja sie hat es sich gefallen lassen müssen, von öffentlicher Tribüne herab als „feile Dirne" bezeichnet zu werden. Sind sich die Kritiker wohl darüber im klaren, daß Statistik nichts anderes ist als eine besondere Art der Beschreibung von Tatsachen, und daß es selbstverständlich lügnerische Berichte und falsche Schlußfolgerungen aus wahren Berichten geben kann, seien diese Berichte nun mit Zahlen oder mit anderen Worten gegeben? Richtig ist, daß das Wort „Zahlen beweisen", das eigentlich nur vom mathematischen Beweise gilt, oft auf bloße Mutmaßungen aus statistischen Zahlenreihen übertragen wird, und das große Publikum Statistiken ähnlich wie Abstraktionen anderer Art mit einer gewissen mystischen Scheu betrachtet. Oft also liegt nur ein Mißverständnis seitens der Leser, oft freilich auch ein Mißbrauch seitens unberufener, wenn nicht böswilliger Ausleger der Statistik vor; über eine besondere Quelle solcher Mißverständnisse siehe Zizek, Mittelwerte (D. St. Z. Nr. 2, Seite 60—62).

Es gibt aber auch eine sehr harmlose Art von Mißbrauch der Statistik, wie er „unter dem Strich" von Tageszeitungen üppig gedeiht: die Aneinanderreihung irgendwelcher mehr oder weniger merkwürdigen Zahlentatsachen unter dem stolzen Namen „Statistik". In einer Berliner Tageszeitung fand sich kürzlich eine Mitteilung unter dem Stichwort „Millionäre und Zwangszöglinge im Großherzogtum Hessen". Zunächst wird die Zahl der Steuerpflichtigen mit über 1 Million Vermögen in den verschiedenen Bezirken Hessens angegeben. Dann heißt es weiter: „Als Antipoden dieser mit Gütern Gesegneten können wohl die Zwangszöglinge gelten." Folgen einige Angaben über Zwangszöglinge in Familien- und Anstaltserziehung usw. Welch tiefe Belehrung für den Leser in dieser Gegenüberstellung!


Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 5 **1. Jahrgang** **15. Juli 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig** Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger** Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer** Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Zuschriften an die Redaktion wolle man richten:

1. sofern sie die Statistik des Deutschen Reiches betreffen, an Regierungsrat Dr. Feig in Charlottenburg, Berliner Straße 45,
2. sofern sie die Statistik deutscher Bundesstaaten, von anderen Staaten oder von Landesteilen oder statistische Theorie und Technik betreffen, an Geh. Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden-A., Ammonstraße 13,
3. sofern sie die Statistik von (deutschen oder nichtdeutschen) Gemeinden betreffen, an Professor Dr. Schäfer in Dresden-A., Nürnberger Straße 47.

Die in den „Besprechungen" dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen die Statistik der Todesursachen, des Bau- und Wohnungswesens, des Vermögens und Einkommens, der öffentlichen Gewerbebetriebe, von Handel und Verkehr, Bank-, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, der Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften, Kirchen- und Konfessionsstatistik, Polizei-, Armen- und Justizstatistik.

Der Arbeitsmarkt und seine Statistik.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, ständigem Mitarbeiter beim Kaiserl. Statist. Amte in Berlin.

(Schluß.)

Wenn von den außerdeutschen Staaten, die regelmäßig eine Arbeitsmarktstatistik aufstellen, Großbritannien zuerst behandelt wird, so geschieht das mit Rücksicht darauf, daß die englische Arbeitsmarktstatistik die älteste ist und daher auch stellenweise vorbildlich geworden ist.

Zunächst veröffentlicht das englische Handelsamt allmonatlich in der *Labour Gazette* eine Arbeitslosenstatistik, deren Unterlagen aus den Berichten der *Trade Unions* über ihre arbeitslosen Mitglieder gewonnen werden. Wie bei der entsprechenden deutschen, werden auch bei der englischen Arbeitslosenstatistik lediglich die Gewerkvereine herangezogen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann aber im Vergleich zu den deutschen Verbänden angenommen werden, daß sie vor allem infolge ihrer strafferen Organisation aber noch aus anderen Gründen[1]) die Zahl der Arbeitslosen genauer anzugeben in der Lage sind, so daß sich für viele Gewerbe regelmäßig ein höherer Prozentsatz Arbeitsloser ergibt, als bei der deutschen Statistik. Aus den Angaben über die Gesamtmitgliedschaft der berichtenden Gewerkvereine und über die Arbeitslosen in ihnen wird für jeden Monat, den Vormonat und die gleiche Zeit des Vorjahres eine Gesamtarbeitslosenziffer berechnet; diese Gesamtarbeitslosenziffer kann noch weniger wie die Arbeitslosenziffern der einzelnen Gewerbe mit den entsprechenden deutschen Zahlen verglichen werden. Denn es sind in der englischen Arbeitslosenziffer Gewerbe enthalten, die in der deutschen fehlen oder ungenügend vertreten sind (vor allem Textilindustrie und Schiffbau).

Daneben wird vom Handelsamt für einige wichtige Industrien, nämlich den Kohlen- und Erzbergbau, sowie die Eisen- und Stahlwerke nach den Berichten der Arbeitgeber die Zahl der allmonatlich Beschäftigten angegeben. Diese Statistik entspricht im Prinzip der deutschen Krankenkassenstatistik. Daneben wird für den Kohlen- und Erzbergbau die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage, für die Eisen- und Stahlwerke die Zahl der wöchentlich pro Mann geleisteten Schichten wiedergegeben. Für die Roheisenindustrie werden Angaben gemacht über die Zahl der am Ende eines jeden Monats im Betrieb stehenden Hochöfen, für die Zinn- und Stahlplattenindustrie Angaben über die Zahl der am Ende eines jeden

1) So ist z. B. bei den englischen Gewerkvereinen die Wartezeit, nach der die Mitglieder Unterstützung erhalten, durchweg kürzer als bei den deutschen Verbänden, die Zahl der Arbeitslosen, die genau erfaßt werden, also verhältnismäßig größer. Vgl. die Ausführungen in dem vom englischen Handelsamt herausgegebenen „*Report of an enquiry by the Board of Trade into working class rents, housing and retail prices*". London 1908 (Cd. 4032) Seite 521 ff.



Monats arbeitenden Werke. Eine ganz unbedeutende Rolle kommt der englischen Arbeitsnachweisstatistik zu infolge der geringen Bedeutung der Arbeitsnachweise selbst. Endlich sei noch auf die gleichfalls in der *Labour Gazette* wiedergegebenen und auch graphisch veranschaulichten täglichen Erhebungen über die Zahl der beschäftigten Dock- und Werftarbeiter hingewiesen.

Österreich gründet seine Arbeitsmarktstatistik lediglich auf die Angaben der Arbeitsnachweise. Das K. K. Arbeitsstatistische Amt berechnet allmonatlich in der „Sozialen Rundschau" für den Berichtsmonat und den Vormonat unter Zugrundelegung der gleichen Zahl Vermittlungsstellen aus der Zahl der Stellenangebote, Stellengesuche und Stellenvermittlungen Verhältnisziffern; dabei werden die Stellenangebote zu den Stellengesuchen, die Stellengesuche zu den Stellenvermittlungen und die Stellenangebote zu den Vermittlungen in Beziehung gesetzt. Außer den allgemeinen Verhältniszahlen werden solche für die vier Berufsabteilungen: Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Bergbau, Handel und Verkehr, freie Berufe und Haushaltung berechnet, sowie Verhältniszahlen für eine Reihe von Berufsklassen, für die einzelnen Kategorien von Vermittlungsstellen und für eine Reihe von größeren Vermittlungsstellen.

Das französische *Office du Travail* gibt in seinem Bulletin allmonatlich eine Arbeitslosenstatistik, die sich auf den Angaben der Arbeiterverbände über ihre arbeitslosen Mitglieder aufbaut. Außerdem wird jeden Monat das Ergebnis zweier Umfragen bei den Arbeiterverbänden über Beschäftigungsgrad und Lage des Arbeitsmarktes mitgeteilt.

Das belgische *Office du Travail* veröffentlicht jeden Monat in der *Revue du Travail* eine Arbeitsnachweisstatistik und eine Arbeitslosenstatistik. Erstere bezieht sich auf nunmehr 19 unentgeltliche Arbeitsnachweise. Auch hier wird schließlich eine Verhältniszahl der Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen berechnet und diese Verhältniszahl der des Vormonats und der des gleichen Monats des Vorjahres gegenübergestellt. Die Arbeitslosenstatistik wird auch hier durch die Gewerkvereine geliefert.

Unter den übrigen europäischen Staaten hat Norwegen eine Arbeitsmarktstatistik, die sich auf die Arbeitslosenziffern der Arbeiterverbände gründet, Italien hat Ansätze zu einer Arbeitsmarktstatistik. In dem vom italienischen Arbeitsamt veröffentlichten *Bollettino* finden sich Angaben von Arbeitskammern und Arbeitsnachweisen über Arbeitsgesuche, offene und besetzte Stellen, außerdem regelmäßige Nachweisungen über die Arbeitslosigkeit unter den organisierten Arbeitern Mailands.

Wie sich aus dieser gedrängten Darstellung der deutschen und der fremden Arbeitsmarktstatistik ergeben hat, wird in keinem Land die Gesamtzahl der Arbeiterbevölkerung der Beobachtung zugrunde gelegt, die Statistik bezieht sich vielmehr nur auf einen ausgewählten Kreis von Arbeitern, aus dessen Veränderung Rückschlüsse auf den Beschäftigungsgrad der Arbeiter überhaupt gezogen werden. Je vollständiger dieser Kreis erfaßt wird, je größer, gleichartiger und gewählter er ist, desto mehr Beweiskraft wird den Schlüssen zukommen. Was die Arbeitsmarktstatistik Deutschlands im Vergleich zu der anderer Länder betrifft, so ist Deutschland zunächst in der günstigen Lage, drei Quellen zu besitzen, aus denen eine Erkenntnis der Lage des Arbeitsmarktes geschöpft werden kann. Deutschland hat vor allem vor anderen Staaten die Krankenkassenstatistik voraus, seine Arbeitsnachweisstatistik ruht auf einer viel umfangreicheren Grundlage als die der anderen Staaten. Es steht allerdings, was die genaue Erfassung der Arbeitslosen der Arbeiterverbände betrifft, hinter Großbritannien zurück; jedoch wird in dieser Hinsicht im Laufe der Zeit mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in einigen weiteren Verbänden und mit der Erziehung der Mitglieder zur Meldung der Arbeitslosigkeit auch ohne Unterstützungsanspruch, eine weitere Verbesserung erzielt werden können. Schon jetzt besitzt die deutsche Arbeitsmarktstatistik einen erheblichen praktischen Wert, der auch in der vielfachen Benutzung ihrer Ergebnisse zum Ausdruck kommt.

Die Organe für Veröffentlichungen der Statistischen Ämter.

(Schluß; siehe hierzu Nummer 3.)

3. Andere Ämter, die Veröffentlichungen in deutscher Sprache herausgeben.[1])

Kaiserl. Königl. Österreichische Statistische Zentralkommission.

Österreichische Statistik; zwanglose Folge; Folio; 170—270 S. per Band; seit 1882; Kommissionsverlag K. Gerolds Sohn, Wien. Preis nach Umfang.

Österreichisches Statistisches Handbuch; jährlich; 4°; 450 S.; seit 1882; Kommissionsverlag K. Gerolds Sohn, Wien. Preis 6 K.

Statistische Monatsschrift; monatlich; 4°; ca. 670 S. und Beilagen ca. 290 S.; seit 1875; Fr. Irrgang, Brünn; Jahresbezugspreis 14 K.

Statistische Mitteilungen; alle 14 Tage; 4°; 96 S.; seit 1907; Fr. Irrgang, Brünn. Jahresbezugspreis 15 K.

Statistische Nachrichten aus dem Gesamtgebiete der Landwirtschaft; wöchentlich; 4°; 660 S.; seit 1889; W. Frick, Wien. Jahresbezugspreis 4 K.

Vollständiges Ortschaftsverzeichnis; alle 10 Jahre; 4°; 570 S.; seit 1882; K. u. K. Hof- u. Staatsdruckerei Wien. Preis 10 K.

Österreichisches Spezial-Ortsrepertorium; alle 10 Jahre; 8°; 48—816 S.; seit 1883; A. Hölder, Wien. Preis 1.80—19,20 K. für den Band.

Gemeindelexikon der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder; alle 10 Jahre; 4°; 132 bis 1324 S.; seit 1903; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. 4—48 K. für den Band.

Statistisches Jahrbuch der autonomen Landesverwaltung; jährlich; 4°; 720 S.; seit 1900; K. K.

1) Es sind nur diejenigen Organe aufgeführt, deren Herausgeber sich zur Mitarbeit am D. St. Z. bereit erklärt haben.



Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Preis 10 K., der letzte Band 20 K.

Österreichisches Städtebuch; jährlich; 8°; 1230 S.; seit 1887; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Preis 12 K.

Schematismus der allgemeinen Volks- und Bürgerschulen; alle 10 Jahre; 8°; 900 S.; seit 1890; A. Hölder, Wien. Preis 16,80 K.

Handelsstatistischer Dienst des Kaiserl. Königl. Handelsministeriums.

Monatliche Nachweise des Zwischenverkehres zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der heiligen ungarischen Krone; jährlich 12 Hefte; 4°; 1564 S.; seit 1900; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Jahresbezugspreis 10 K.

Statistik des Zwischenverkehrcs zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der heiligen ungarischen Krone; jährlich; 4°; 526 S.; seit 1900; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Jahresbezugspreis 5 K.

Bericht der Kaiserl. Königl. Permanenzkommission für die Handelswerte der Zwischenverkehrsstatistik über die Bewertung und Bewegung des Zwischenverkehres zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der heiligen ungarischen Krone; jährlich; 4°; 304 S.; seit 1900; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Jahresbezugspreis 2 K.

Statistische Übersichten, betreffend den Auswärtigen Handel des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie; jährlich 12 Hefte; 4°; 2556 S.; seit 1891; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Jahresbezugspreis 10 K.

Statistik des auswärtigen Handels des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der Österreichischen Monarchie; jährlich 3 Bände; 4°; I = 617 S.; II = 309 S.; III = 85 S.; seit 1891; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Preis I u. II = 6 K., III = 3 K.

Berichte über die Handelsbewegung sowie Bewertung der ein- und ausgeführten Waren des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Zusammengestellt von der Kaiserl. Königl. Permanenzkommission für die Handelswerte; jährlich; 4°; 365 S.; seit 1892; K. K. Hof- u. Staatsdruckerei, Wien. Preis 2 K.

Arbeitsstatistisches Amt im Kaiserl. Königl. Handelsministerium.

Soziale Rundschau; monatlich; 8°; ca. 1500 S.; seit 1900; Verlag von Alfred Hölder, Wien. Jahresbezugspreis 2 K.; mit direkter Postzusendung in Österreich-Ungarn 3 K., im Deuschen Reiche 3,50 ℳ.*

Statistisches Landesamt für Österreich unter der Enns.

Landesamtsblatt des Erzherzogtums Österreich u. Enns; jährlich 24 Hefte; 4°; 1200 S.; seit 1906; Verlag des Landesausschusses. Jahresbezugspreis 6 K.*

Statistisches Handbuch der Selbstverwaltung des Erzherzogtums Österreich u. Enns. Erscheint 1. Hälfte 1909 das erste Mal, von da ab in ca. 3jährigen Perioden.

Statistisches Landesamt für Steiermark.

Statistische Mitteilungen über Steiermark; 2—3 Hefte jährlich; 8°; 207 S.; seit 1896; in Kommission bei Leuschner & Lubensky, Universitätsbuchhandlung. Preis pro Heft jeweilig verschieden.

Rechenschaftsbericht des steiermärkischen Landesausschusses; jährlich; 4°; 25 S.; seit 1896; im Verlag des Landesausschusses.*

Beilagen zu den stenographischen Protokollen des steiermärkischen Landtags (Landesarmenbericht r. a.); jährlich; 4°; 80 S.; seit 1896; im Verlag des Landesausschusses.*

Statistisches Landesamt des Königreichs Böhmen.

Mitteilungen des Statistischen Landesamts des Königreiches Böhmen; unregelmäßig, 2—4 Hefte; 4°; im Jahre 1908 über 750 S.; seit 1898; Kommission J. G. Calve, Prag. Jahresbezugspreis ungleich, im Jahre 1908 14 K. 40 h.

Statistisches Handbuch für das Königreich Böhmen; unregelmäßig; 8°; ca. 300 S.; seit 1909. Kommission J. G. Calve, Prag. Der I. Jahrgang befindet sich im Druck und wird etwa im März—April 1909 erscheinen.

(Beides erscheint in zwei abgesonderten Ausgaben, tschechisch und deutsch.)

Königl. Ungarisches Statistisches Zentralamt.

Ungarisches Statistisches Jahrbuch; jährlich; 4°; 523 S.; neue Folge seit 1893; Buchdruck der Aktiengesellschaft „Athenaeum“. Preis 5 K.

(Die vorhergehende Folge erschien in den Jahren 1872—1889.)

Auswärtiger Handel der Länder der ungarischen Krone; jährlich; 4°; 897 S.; seit 1881; Buchdruck der Aktiengesellschaft „Athenaeum“. Preis 10 K.

(Andere Veröffentlichungen erscheinen nur in ungarischer Sprache.)

Statistisches Departement der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina.

Hauptergebnisse des auswärtigen Warenverkehrs Bosniens und der Herzegowina; jährlich; 8°; 80 S.; seit 1898; Adolf Holzhausen, Wien. Preis 1 K.

(Die übrigen statistischen Daten über Bosnien und Herzegowina werden in dem vom k. und k. gemeinsamen Finanzministerium in Wien als oberster Verwaltungsbehörde herausgegebenen „Berichte über die Verwaltung von Bosnien und die Herzegowina“ veröffentlicht.)

Abteilung für Statistik des Magistrats der k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien.

Wochenberichte, 4°; 210 S.; seit 1876; Selbstverlag. Preis 5 Kronen.

Monatsberichte; 4°; 192 S.; seit 1884; Selbstverlag. Preis 2 Kronen 40 Heller.

Statistisches Jahrbuch; 8°; 917 S.; seit 1883; Kommissionsverlag von Gerlach & Wiedling in Wien. Preis 10 Kronen.

Statistisches Bureau der Stadt Budapest.

Wochenausweise; gr. 8°; 208 S.; seit 1873; Selbstverlag. Preis 2 Kronen.

Monatshefte; gr. 8°; 624 S.; seit 1873; Selbstverlag; Preis 4 Kronen.

Statistisches Jahrbuch; jährlich (vor 1902 2—3jährl.) gr. 8°; 360 S.; seit 1896; Kommissionsverlag von Friedr. Kilian in Budapest und Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin. Preis 4 Kronen.

Publikationen; jährlich 3—4 Hefte; gr. 8°; Umfang verschieden; dies. Verleger. Preis 4 Kronen pro Jahr. 1—2 Kronen pro Heft.

Statistisches Bureau des Kantons Bern.

Mitteilungen des bernischen Statistischen Bureaus; jährl. 2 Lieferungen; 8°; 300 S.; seit 1883; Verlag von A. Francke in Bern. Preis 3 Fr. jährl.

Statistisches Bureau des Kantons Zürich.

Statistische Mitteilungen betreffend den Kanton Zürich; jährlich 3—4 Hefte; 8°; 250 S.; seit 1878; Selbstverlag.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt.

Mitteilungen des Statistischen Amtes; jährlich mehrere Nummern; 8°; seit 1903; Kommissionsverlag Leudorff, Basel. Preis verschieden.

Bericht über die Zivilstandsbewegung, die Todesursachen, die ansteckenden Krankheiten im Kanton Basel-Stadt; jährlich; 4°; 60 S.; seit 1870; Kommissionsverlag Leudorff, Basel. Preis 1,60 ℳ.



Statistisches Amt der Stadt Zürich.
Wochenberichte; 8°; 52 S.; seit 1893.
Monatsberichte; 8°; 200 S.; seit 1893.
Statistisches Jahrbuch; 8°; 200 S.; seit 1905; Kommissionsverlag von Rascher & Co. in Zürich. Preis 2 Fr.
Statistik der Stadt; zwanglos; bisher 10 Nummern; 8°; 150 S.; seit 1904; ders. Verlag. Preis verschieden.

Nachträge

(siehe Nr. 3 d. D. St. Z.).

Zu 1. Deutsche Reichs- und Staatsämter.

Statistisches Amt des Großherzogtums Oldenburg.
Statistische Nachrichten über das Großherzogtum Oldenburg; zwanglos; 4°; Umfang verschieden; seit 1857. Verlagsdruckerei von Ad. Littmann, Oldenburg. Preis verschieden.
Ortschaftsverzeichnis für das Großherzogtum Oldenburg. Auf Grund der Volkszählungen; 8°; Verlag wie vorher. Preis 1,50 ℳ.

Statistisches Amt Lübeck.
Geschäftsberichte (jährliche); 4°; etwa 30 S.

Zu 2. Deutsche Stadtämter.

Statistisches Amt Elberfeld.
Noch: Beiträge zur Statistik der Stadt; zwanglos; 4°; seit 1902.
Statistische Monatsberichte; seit Okt. 1908; 4°.

Besprechungen.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

I. und II. Stand und Bewegung der Bevölkerung.

Bewegung der Bevölkerung (Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle) im Jahre 1906 (im Deutschen Reiche). Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 1908. I. S. 97. 119 S.[1])

Die Berichterstattung über die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reiche auf Grund der Bundesratsbeschlüsse vom 7. Dezember 1871, 9. Dezember 1887 und vom 6. Dezember 1900 ist für das Jahr 1906 die gleiche wie in den Vorjahren seit 1901. Neu hinzugekommen ist in der textlichen wie tabellarischen Darstellung die Übersicht über die Ehescheidungen im Deutschen Reich und die Gegenüberstellung der ehelich Geborenen mit der Zahl der Ehefrauen. Eine besondere Darstellung hat fernerhin die Säuglingssterblichkeit gefunden, die vordem nur im Zusammenhange mit dem Alter der Gestorbenen behandelt wurde. Neu ist hier die Übersicht über die Säuglingssterblichkeit Berlins verglichen mit der der nächsten Umgebung, wobei die Nachbargemeinden nach den Himmelsrichtungen gruppiert sind (vgl. V. H. I S. 127). Im Tabellenwerk hat Tabelle IV — die Eheschließenden nach dem Alter — insofern eine Änderung gefunden als nunmehr der Tabellenkopf das Alter der Frau, die Tabellenseite aber das Alter des Mannes aufführt, und erst innerhalb dieses Rahmens die territoriale Gliederung bringt, während vordem die Längsspalte die Verwaltungseinheiten und die Querspalte eine bestimmte Altersgruppe des Mannes, kombiniert mit sämtlichen Altersabschnitten der Frau, enthielt. Durch die neue Anordnung ist das mühselige Herumblättern, wenn die verschiedenen Altersklassen des Mannes einheitlich mit denen der Frau dargestellt werden sollen, vermieden worden. Neu ist ferner in Tabelle IV, daß die gleichaltrig Heiratenden d. h. die demselben Altersjahre angehörenden Eheschließenden durch fetten Druck hervorgehoben sind, während in den Einzeltafeln für jeden Bundesstaat durch Kursivdruck die Alterskombination hervorgehoben worden ist, in der die größte Zahl der Eheschließungen stattfand. Weit mehr ins einzelne gehende Nachweisungen über die Bewegung der Bevölkerung finden sich bekanntlich in den statistischen Veröffentlichungen einzelner Bundesstaaten und Städte.[1]) Die Zahl der Eheschließungen, d. h. Heiratsakte, betrug im Berichtsjahre 1906 498 990 (1905 485 906), die Zahl der Geborenen 2 084 739 (1905 2 048 453), die Zahl der Gestorbenen 1 174 464 (1905: 1 255 614). Die Heiratsziffer war daher 8,16 ‰ (1905 8,07 ‰), die Ziffer der Geborenen 34,08 ‰ (1905 34,00 ‰) und die Sterbeziffer 19,20 ‰ (1905 20,84 ‰). Die Zahl der Totgeborenen war: 62 262 (1905 61 300) oder 2,99 % (1905 3,00 %) der Geborenen, die Zahl der unehelich Geborenen 177 060 (1905 174 494) oder 8,49 % (1905 8,52 %) aller Geborenen. Die Sexualproportion der Geborenen war 100 Mädchengeburten zu 106,0 (1905 106,3) Knabengeburten. Die Säuglingssterblichkeit, d. h. die Anzahl der im ersten Lebenjahr gestorbenen Kinder war 374 636 (1905 407 999) oder 18,5 % (1905 20,5 %) der Lebendgeborenen. Die Zahl der Ehescheidungen betrug 12 180 (1905 11 215, das sind 19,9 (1905 18,6) auf 100 000 Einwohner des Reiches. *R. Jaeckel.*

Die überseeische Auswanderung (des Deutschen Reiches) im Jahre 1907. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. 1908. I S. 321 11 S.[2])

Die textliche und tabellarische Darstellung der überseeischen Auswanderungsbewegung im Jahre 1907 im Deutschen Reiche ist dieselbe wie in den früheren Jahren. Es werden Nachweise gegeben über die deutsche überseeische Auswanderung von 1871—1907, über die Auswanderer nach der Herkunft und im Vergleich zur Einwohnerzahl der Herkunftsgebiete, über die deutschen und fremden Auswanderer, die über deutsche Häfen befördert worden sind. Die Tabellen selbst behandeln 1. die überseeische Auswanderung von Reichsdeutschen über deutsche und fremde Häfen unter Angabe des Geschlechts, der Herkunft und der Bestimmungsländer der Auswanderer; 2. die Herkunfts-

1) Die Statistik für 1907 ist inzwischen auszugsweise in den Viertelj. H. 1909 I und in erweiterter Form im Bd. 223 d. Stat. d. D. R. erschienen, der besonders besprochen werden wird. (Anm. d. Red.)

1) Näheres hierüber erscheint demnächst in einem Beilageheft zu dem von v. Mayr herausgegebenen „Allgemeinen Statistischen Archiv". (Anm. d. Red.)

2) Betr. Statistik für 1908 vgl. Sp. 135 Anm. 1.

länder und Einschiffungshäfen der deutschen Auswanderer; 3. Beruf und Geschlecht der Ausgewanderten; 4. die Einschiffungshäfen und Bestimmungsländer der deutschen Auswanderer sowie Art der Beförderung (direkt oder indirekt); 5. die deutsche Auswanderung nach Monaten mit Unterscheidung der Einschiffungshäfen; 6. das Geschlecht und Alter der deutschen Auswanderer mit Unterscheidung der Einschiffungshäfen; 7. die Familien und Einzelpersonen unter den deutschen Auswanderern mit Unterscheidung der Einschiffungshäfen; 8. die über deutsche Häfen beförderten ausländischen Auswanderer mit Unterscheidung ihrer Herkunft und ihres Reiseziels.

Es wanderten im Jahre 1907 31 696 Reichsdeutsche aus. Die Mehrzahl davon — 30 431 — wie in den Vorjahren nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Gesamtzahl der über deutsche Häfen beförderten Auswanderer betrug 389 995, so daß also die Durchwanderung 363 615 Fremde ergab. Die männlichen Personen waren an der Auswanderung natürlich stärker beteiligt als die weiblichen. Von 29 949 Personen, über die Ausweise hierüber vorlagen, waren 17 288 männlichen und 12 661 weiblichen Geschlechts. Im Alter von 17—50 Jahren standen mehr als zwei Drittel der Auswanderer. Es wurden 3501 auswandernde Familien gezählt; 17 321 Personen reisten allein, die anderen 12 605 in Familienzugehörigkeit. Die Einwanderung aus überseeischen Ländern ergab 217 812 Personen. *R. Jaeckel.*

Bewegung der Bevölkerung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder in den Jahren 1902, 1903, 1904 und 1905. Österreichische Statistik, Band 73, Heft 3; Band 79, Heft 1; Band 84, Hefte 1 und 3.

In diesen Publikationen werden alle jene auf Grund der eingesendeten Matrikenauszüge festgestellten Daten, welche sich auf die im Laufe des betreffenden Jahres erfolgten Eheschließungen Geburten und Sterbefälle, sowie auf die Legitimationen der Unehelichen und schließlich auf die Ein- und Ausbürgerung beziehen, nach den verschiedensten Kombinationen einerseits in einem mehr oder weniger umfangreichen Tabellenwerke, anderseits in einer entsprechenden analytischen Bearbeitung zur Darstellung gebracht. Aus den im letztgenannten Hefte enthaltenen Ergebnissen erscheinen folgende Einzelheiten hervorhebenswert. Im Jahre 1905 erreichte die Zahl der Trauungen 212 927, die Zahl der Lebendgeburten 921 764, die der Sterbefälle 684 587. Es resultiert daraus im Vergleich zum Vorjahrsstande ein Überschuß von 1,32 % bei den Trauungen und 6,57 % bei den Sterbefällen, während bei den Lebendgeburten ein Rückgang um volle 4,12 % zu beobachten ist. Trotzdem hob sich die Zahl der berechneten Gesamtbevölkerung von 27 242 817 im Jahre 1904 auf 27 433 501 im Jahre 1905, welcher Überschuß einerseits auf Grund des tatsächlich beobachteten Geburtenüberschusses berechnet wurde, anderseits auf berechnete positive Zahlen zurückzuführen ist, deren Höhe von dem Wanderungskoeffizienten abhängt.

Das Hauptkontingent der Nupturienten wurde beim Bräutigam von den Altersklassen zwischen 24 und 30 (112 237) sowie 20—24 und 30—35 mit je 28 492 bzw. 31 796 Angehörigen gestellt, während bei den Bräuten eine regelmäßigere Eheschließung in den drei stärksten Altersgruppen zu beobachten ist (32 406 Eheschließungen im Alter von 16—20, 71 121 im Alter von 20—24, 65 460 im Alter zwischen 24—30). Von dem im Jahre 1905 Gestorbenen waren 349 031 Männer und 335 506 Frauen. Unter den ärztlich qualifizierten Todesursachen rafften unter beiden Geschlechtern die Erkrankungen der Atmungsorgane (Tuberkulose 48 182 Männer, 50 130 Weiber; Lungenentzündung 33 942 Männer, 31 685 Weiber) die meisten Opfer hinweg. Im Jahre 1905 standen schließlich 2621 Aufnahmen in den österreichischen Staatsverband, die 8623 Personen umfaßten, 1213 Entlassungen aus diesem Staatsverbande mit 4097 Personen gegenüber. *R. v. Pflügl.*

Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik des Kantons Bern pro 1891—1905/06. Mitteilungen des bern. statistischen Bureaus. Jahrg. 1908. — Lief. 1. (200 S. 8°.) Bern 1909. Fr. 2.50.

Der Inhalt der vorliegenden Veröffentlichung zerfällt in zwei Hauptabschnitte, nämlich 1. die Bevölkerungsbewegung und 2. die Volkszählungsergebnisse. Die der stofflichen Einteilung und Bearbeitung zugrunde liegenden Originalergebnisse wurden für beide Abschnitte aus den amtlichen Quellenwerken des eidg. statistischen Bureaus geschöpft. Sowohl die Statistik der Bevölkerungsbewegung als die Volkszählungen sind nämlich bereits vor 35 bzw. 39 Jahren im Wege der Gesetzgebung zur Bundessache gemacht, also eidgenössisch zentralisiert worden. Immerhin liegt der kantonalen Statistik die Aufgabe ob, nicht nur nötigenfalls bei der Anordnung und Durchführung eidg. Erhebungen mitzuwirken, sondern die statistischen Endergebnisse auch periodisch in leicht faßlicher Form vergleichend darzustellen und im Interesse weiterer Volkskreise zu verwerten. Auf 74 Seiten Text und 115 Seiten Tabellen ist der ganze Stoff der Bevölkerungsstatistik von 1891—1905/06 und der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 umfassend behandelt und zwar wurde bei den ersteren namentlich den Nachweisen betr. Todesursachen und bei der letzteren denjenigen betr. Berufsverhältnisse eingehendere Berücksichtigung zuteil. Den Schluß bildet eine vergleichende Darstellung der Hauptergebnisse der eidg. Betriebszählung vom August 1905. *C. Mühlemann.*

Statistische Untersuchungen über die Beamten der privaten Versicherungsunternehmungen. Veröffentlichungen des Kaiserl. Aufsichtsamts für Privatversicherung, 7. Jahrg., 1908, S. 122/140. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin, August 1908.

Bei der Prüfung der Vermögenslage von Pensionskassen für Privatbeamte macht sich immer wieder der Mangel geeigneter Rechnungsgrundlagen fühlbar, ganz besonders wenn es sich um Pensionskassen für vorwiegend kaufmännisches Personal handelt. Das Aufsichtsamt hat daher versucht, auf Grund von Erhebungen bei den privaten



Versicherungsunternehmungen die Familienstandsverhältnisse, die Berufssterblichkeit und die Invaliditätsverhältnisse der Versicherungsbeamten zu ermitteln. Die vorliegende Arbeit berichtet über die beiden ersten Punkte, die Untersuchung der Invaliditätsverhältnisse ist noch nicht abgeschlossen.

Für die Feststellung der Familienstandsverhältnisse wurde der 1. Juli 1907 als Stichtag genommen; an diesem Tage waren 14 525 männliche und 759 weibliche Versicherungsbeamte vorhanden, von denen 7314 Männer und 7 Frauen verheiratet waren. Bei der Betrachtung zehnjähriger Altersgruppen ergibt sich, daß in allen Gruppen der Prozentsatz der Verheirateten unter den Versicherungsbeamten größer ist als der Prozentsatz der Verheirateten unter den bei der Berufszählung des Jahres 1895 gezählten Personen aller Berufskreise, dagegen kleiner als der Prozentsatz der Verheirateten unter den an der Statistik der Organisation der Privatbeamten vom Jahre 1903 beteiligten Männer. Dadurch erfährt die Vermutung, daß sich an der Zählung dieser Organisation vorzugsweise die verheirateten Beamten beteiligt haben, eine erwünschte Bestätigung. — Der Altersunterschied zwischen den Ehegatten bei den Versicherungsbeamten stimmt mit den sonst bekannt gewordenen Werten gut überein. — Hinsichtlich der Kinderhäufigkeit ist zu bemerken, daß bei den Versicherungsbeamten auf einen Mann überhaupt durchschnittlich 0,66, auf einen Vater durchschnittlich 1,96 Kinder unter 18 Jahren kommen, aus der erwähnten Statistik der Privatbeamten haben sich 1,24 und 2,59, also beträchtlich größere Zahlen ergeben.

Für die Bestimmung der Sterblichkeitsverhältnisse wurde die Zeit vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1907 in Betracht genommen, das ergab nach Ausscheidung eines Teils der Beamten 77 799 einjährige Beobachtungen mit 557 Sterbefällen. Dieser Stoff ist natürlich zu klein, als daß man aus ihm eine zuverlässige Sterbetafel ableiten könnte, immerhin werden die für die Alter 20—60 ermittelten Werte die Wahl der gegebenenfalls anzuwendenden Sterbetafel erleichtern. Die Sterblichkeit der Versicherungsbeamten scheint ziemlich klein zu sein. *H. Meyer.*

Statistik über die Lage der technischen Privatbeamten in Groß-Berlin. Im Auftrage des Bureaus für Sozialpolitik bearbeitet von Dr. Reinhold Jaeckel. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 1,80 *M.* 176 S.

Diese Arbeit bringt die Ergebnisse einer Erhebung über die wirtschaftlichen und demologischen Verhältnisse der technischen Privatbeamten der Maschinen- und Elektroindustrie, die am 5. Mai 1907 auf Veranlassung des Bureaus für Sozialpolitik und mit Unterstützung des Bundes der technisch-industriellen Beamten sich über das Deutsche Reich erstreckte. Der mangelnde Eingang ausgefüllter Fragebogen aus vielen Orten Deutschlands bedingte schließlich, die Verarbeitung der Fragebogen auf Groß-Berlin, den Schwerpunkt der Elektro- und Maschinenindustrie, zu beschränken. Die notwendige Fundierung zu Vergleichszwecken erfuhr die Arbeit aber erst durch eine zweite Erhebung, die der Verfasser unter Mitwirkung der städtischen Behörden über die Gehaltsverhältnisse der technischen Gemeindebeamten der Stadtverwaltungen von Groß-Berlin (Berlin, Deutsch-Wilmersdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Lichtenberg, Rixdorf) veranstaltete. Die Erhebung des Bureaus für Sozialpolitik ergab für 3265, d. h. 33 % oder ⅓ der damals in Betracht kommenden 10 000 technischen Privatbeamten, daß die Einkommensverhältnisse als unzureichend, die berufliche Eheziffer, also das Maß der Heiratsmöglichkeit, dagegen als sehr bedenklich anzusprechen waren. Als Altersehefrequenz ergab sich, daß von den technischen Privatbeamten im Alter von 18 bzw. 20—30 Jahren nur 13,59 % verheiratet waren, während in der Reichsbevölkerung „bei den Männern die meisten Ehen im Alter von 25 bis 26 Jahren geschlossen werden" (vgl. Vierteljh. z. St. d. D. R., 17. Jahrg. 1908 I, S. 117), so daß mit dem 30. Jahre die Mehrzahl verheiratet ist.

Die Methode des Verfassers zur Urteilsfindung und Begründung war also hier durch den Satz gegeben, daß 1. das späte oder frühe Heiraten, 2. der Grad der Durchsetzung einer Berufsschicht von Männern mit Verheirateten, 3. die größere oder geringere Ledigenquote der Alten d. h. der über 40 Jahre alten unverheirateten Männer immer einen Schluß auf die allgemeine wirtschaftliche Lage einer Berufs- und speziell Arbeitnehmerschicht zulassen. Die Erhebung über die technischen Gemeindebeamten ergab wesentlich günstigere wirtschaftliche Lebensbedingungen für diese Berufsschicht. *R. Jaeckel.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Die neue preußische Preisstatistik. Erscheint seit 1909 fortlaufend in den Veröff. des K. Preuß. Statist. Landesamtes.

Seit dem 1. Januar 1909 erfolgt in Preußen die staatliche Erhebung und Veröffentlichung der Preise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel nach wesentlich veränderten Grundsätzen.

Die Gegenstände der Preisermittelung sind u. a. durch die neu eingeführte Unterscheidung zwischen Brau- und Futtergerste, zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen bei Hülsenfrüchten und Eßkartoffeln, Weizen- und Roggenmehl, ferner durch Einbeziehung von Roßfleisch, Brot, Milch, Zucker usw., vor allem aber durch Qualitätsabstufungen beim Fleisch im Kleinhandelsverkehr erweitert worden.

Die unmittelbare Ermittelung und Aufzeichnung der Preise hat für die wichtigeren Erhebungsgegenstände wöchentlich, im übrigen monatlich an einem der letzten Tage der Woche bzw. des Monats zu erfolgen. Die Art und Weise der Preisermittelung bleibt dem Ermessen der Ortsbehörden überlassen; nur müssen die Erkundigungen über den Stand der Preise möglichst umfassend sein, sich also tunlichst auf alle Arten von ständigen Verkaufsgelegenheiten, wenn auch nicht auf alle einzelnen Verkaufsstellen selbst erstrecken, womit die bisherige Unterscheidung zwischen Markt- und Ladenpreisen als nicht mehr zeitgemäß fallen gelassen ist.



Die zwecks endgültiger Preisfeststellung an jedem Berichtsorte von der Ortsbehörde einzurichtende Notierungskommission hat für jeden Erhebungstag außer wie bisher den höchsten und niedrigsten nunmehr auch den „häufigsten" Preis zu notieren, d. i. denjenigen, der unter den bei der Preisermittelung erfolgten Aufzeichnungen der Preise der verschiedenen Verkaufsgelegenheiten am meisten vorkommt; damit ist die bisher übliche Berechnung des — nicht selten in auffälligem Gegensatz zur großen Mehrheit der ermittelten Preise stehenden — Durchschnittspreises als arithmetischen Mittels aus den höchsten und niedrigsten Preisen aufgegeben worden.

Was die neuen Qualitätsabstufungen beim Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch im Kleinhandelsverkehr betrifft, so wird überall zwischen Keule nebst zugehörigen Teilen als besserer und Bug nebst Zubehör als mittlerer Qualität unterschieden; als mitzuberücksichtigende geringste Qualität kommen beim Rind noch das Bauchfleisch, beim Schwein der Kopf und die Beine hinzu. Diese Fleischteile und außerdem beim Schwein noch das frische Rückenfett stellen nach dem Verhältnisse ihres Gewichts zum Gesamtschlachtgewicht typische Hauptstücke des Tierkörpers dar, welche die Bildung eines Einheits-(Gesamtdurchschnitts-) Preises für das Fleisch der einzelnen Tiergattungen im Kleinhandel in der Weise ermöglichen, daß die ermittelten Einzelpreise zu den auf die betreffenden Fleischkategorien entfallenden Gewichtsprozentsätzen in Beziehung gesetzt werden und alsdann annähernd der durchschnittliche Kleinverkaufspreis für 1 kg Fleisch berechnet wird. Nach den Ergebnissen von Wägungen in Armeekonservenfabriken und Schlachthöfen entfallen etwa folgende Prozente des Gesamtschlachtgewichts des fraglichen Schlachttiers auf dessen einzelne Teile: beim Rind auf die Keule nebst zugehörigen Teilen 39, auf den Bug usw. 36, auf das Bauchfleisch 25, beim Kalb und Hammel je 60 auf die Keule usw., je 40 auf den Bug usw., beim Schwein auf die Keule usw. 42, auf den Bug usw. 26, auf den Kopf und die Beine 11, auf das Rückenfett (frisch) 21. Hat nun z. B. 1 kg Hammelfleisch von der Keule 150, vom Bug 130 ₰ gekostet, so beträgt der Einheits- oder Gesamtdurchschnittspreis für 1 kg Hammelfleisch $(150 \times 60 + 130 \times 40) : 100 = 142$ ₰.

Die Veröffentlichungen erfolgen in der Statistischen Korrespondenz (für die Fleischpreise halbmonatlich), im Statist. Jahrbuch für den Preußischen Staat und am ausführlichsten in der Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. Als häufigster Preis gelangt bei den wöchentlich zu erhebenden Gegenständen nicht der innerhalb eines Monats oder Halbmonats unter allen Preisaufzeichnungen am meisten auftretende Preis zur Veröffentlichung, sondern, damit auch eine steigende oder sinkende Preisbewegung einen zusammenfassenden Ausdruck erhält, der Durchschnitt der an den einzelnen Erhebungstagen des jeweiligen Berichtszeitraums festgestellten häufigsten Preise (Wochendurchschnitt). Der für die einzelnen Warengattungen festgestellte Preis eines jeden Orts wird, damit er eine der Bedeutung des letzteren einigermaßen entsprechende Berücksichtigung bei Berechnung der Durchschnittsziffern für die Gesamtheit der Berichtsorte findet, mit der Einwohnerzahl des betreffenden Orts vervielfältigt, worauf die Summe der so gewonnenen Produkte durch die Gesamteinwohnerzahl der berichtenden Orte geteilt wird.

Aus den für die ersten 4 Monate 1909 vorliegenden Ergebnissen der neuen Preisstatistik sei — im allgemeinen unter Beschränkung auf den häufigsten Preis im Durchschnitte der 50 wichtigsten Berichtsorte — mitgeteilt, daß zunächst die Getreidepreise in anhaltender Zunahme begriffen sind; namentlich gilt dies vom Weizen, dessen Preis für die Tonne mittlerer Qualität von 202 ℳ im Januar bis auf 235 ℳ im April stieg, während sich in derselben Zeit der Preis für Roggen (mittel) von 165 auf 174, für Braugerste (mittel) von 183 auf 196, für Futtergerste (mittel) von 155 auf 159, für Hafer (mittel) von 165 auf 183 ℳ hob. Die Preise für Hülsenfrüchte im Großhandel zeigten in den ersten 3 Monaten eine rückläufige, im April eine aufsteigende Bewegung; die entsprechenden Kleinhandelspreise folgten dieser Entwickelung vollständig nur bei den Speisebohnen. Der Großhandelspreis für Eßkartoffeln ging von 62 ℳ für die Tonne im Januar bis auf 71 ℳ im April empor, der Kleinhandelspreis von 8 ₰ für 1 kg auf 9 ₰.

Der Kilogrammpreis für Eßbutter zog in derselben Zeit von 2,52 auf 2,56 ℳ an; umgekehrt fiel der Schockpreis für Eier von 5,87 auf 4,23 ℳ, wogegen der Literpreis für Vollmilch mit 19 ₰ unverändert blieb. Der Preis für Roggengraubrot schwankte im ganzen nur von 30 bis 31 ₰, der für Weißbrot (Semmel) von 50 bis 54 ₰ für das kg.

Die Fleischpreisbewegung weist in den ersten 4 Monaten 1909 keine bedenklichen Erscheinungen auf. Der Großhandelspreis für Rindfleisch, der indes größtenteils Preise umfaßt, welche im Großbezuge von der Militärverwaltung, staatlichen und kommunalen Anstalten oder anderen Großabnehmern gezahlt werden, ist von 127 ℳ für 100 kg im Januar bis auf 121 ℳ im April zurückgegangen. Bei den Kleinhandelspreisen für Fleisch, außer vielleicht beim Roßfleisch, traten von Monat zu Monat nur wenig erhebliche Preisverschiebungen zutage. Es bewegte sich nämlich der Einheitspreis für das Kilogramm beim Rindfleisch von 153 bis 154, beim Kalbfleisch von 171 bis 172, beim Hammelfleisch von 163 bis 164, beim Schweinefleisch von 154 bis 155, beim Roßfleisch — und zwar von März auf April — von 71 bis 74 ₰ Beim Roßfleisch war die Spannung zwischen den höchsten häufigsten Preisen (im April in Altona 1,30 ℳ) und den niedrigsten (Königsberg 0,30 ℳ) verhältnismäßig am erheblichsten unter den Schlachttiergattungen. Im allgemeinen sind die Fleischpreise im Westen Preußens wesentlich höher als im Osten; beispielsweise stellte sich im April der häufigste Preis für Kalbfleisch von der Keule (Schlägel) in Altona und Stade je auf 2,20 ℳ, hingegen in Königsberg auf 1,20 ℳ für das Kilogramm. Unter den verschiedenen Fleischqualitäten zeigt das Hammelfleisch vom Bug (Schulter-, Blattstück) die bedeutsamste, im einzelnen namentlich in den Großstädten auftretende Preissteigerung, nämlich von 1,52 ℳ im Januar auf 1,57 ℳ im April.

Endlich inländisch geräucherter Speck schwankte im Preise von 178 bis 180 ₰ für 1 kg, während



inländisches Schweineschmalz im Durchschnitte der Berichtsorte in allen 4 Monaten 167 ₰ kostete.

F. Kühnert.

VII. Grundbesitzstatistik.

Der Liegenschaftsverkehr und die Liegenschaftspreise in Württemberg im Jahre 1906. Von Finanzrat Dr. Trüdinger, Stuttgart. Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1908, Heft I, 26 S.

Seit 1897 wird in Württemberg eine das ganze Land umfassende, fortlaufende Statistik über die in Form des Kaufs, Tausches und anderer entgeltlicher Rechtsgeschäfte, der Zwangsversteigerung und Zwangsenteignung erfolgenden Veräußerungen von Liegenschaften geführt. Mit dieser Statistik, deren Grundlage die zum Zweck der Erhebung der Grundstücksumsatzsteuer verwendeten Steuerverzeichnisse bilden, ist in den Jahren 1897 bis 1899 eine sehr eingehende, auch steuerpolitische Gesichtspunkte berücksichtigende Statistik der Grundstückspreise verbunden worden. Die Statistik der Grundstückspreise wird, allerdings auf anderer Grundlage, nämlich auf derjenigen der Grundbuchänderungsverzeichnisse, neben der allgemeinen Statistik der Grundstücksumsätze für die Gemeinden von 10000 und mehr Einwohnern vom Jahre 1906 ab von neuem und zwar fortlaufend erhoben werden, und außerdem ist im Hinblick auf die Fortführung der Staatssteuerreform (Umwandlung der Ertragssteuer in eine Vermögenssteuer) angeordnet worden, daß die Statistik der Grundstückspreise in den Jahren 1906 und 1907 — als eine Art Fortsetzung der gleichen Statistik von den Jahren 1897 bis 1899 — in allen Gemeinden zur Ausführung zu kommen habe. Die vorliegende Abhandlung enthält die Ergebnisse dieser allgemeinen Erhebung vom Jahre 1906 unter näherer textlicher Erörterung in drei Hauptabschnitten: I. Einleitung. Grundlagen der Erhebung; II. die Liegenschaftsveräußerungen im Jahre 1906; III. die Liegenschaftspreise im Jahre 1906. A. Die Preise der landwirtschaftlichen Einzelgrundstücke, a. die Hektarpreise, b. die Preise im Verhältnis zu den Steuerkapitalen, B. die Preise der Gebäude; IV. Ergebnis. Diese Grundstücksumsatz- und Preisstatistik gewährt interessante Aufschlüsse über die Art des Liegenschaftsverkehrs sowie über die Preis- und Wertverhältnisse des Grund- und Gebäudebesitzes. Sie zeigt, von welch tiefgreifendem Einflusse die Ortsgröße auf die Höhe sowie auf die Bewegung der Grundstückspreise ist, und namentlich ist sie steuerpolitisch wertvoll durch die Vergleichung der Grundstückspreise mit den Steuerkapitalen, da sich hieraus ein Maßstab für die Beurteilung der Rentabilität der Grundstücke entnehmen läßt. In dieser Hinsicht hat die Statistik das gewiß bemerkenswerte Resultat ergeben, daß in einem großen Teil der eigentlich landwirtschaftlichen Gemeinden des Landes die Preise von Äckern, Wiesen und Weinbergen unter dem zu 3% kapitalisierten Betrag des Steuerkapitals, welches den Reinertrag der Grundstücke zum Ausdruck bringt, stehen, oder mit anderen Worten, daß die Käufer bei der Berechnung der Preise eine niedrigere Verzinsung als eine solche zu 3% zugrunde legen.

O. Trüdinger.

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Wert des Viehstandes und Fleischverbrauch in Sachsen Meiningen. Nach: Stat. d. Herzogt. S. Meiningen, Band 11, No. 2.

Der Verkaufswert der Pferde wird nach dem Stande vom 1. Dezember 1907 auf 6 Mill. ℳ, der des Rindviehs auf 17 Mill. ℳ., der Schafe auf ½ Mill. ℳ, der Schweine auf über 5 Mill. ℳ, der Ziegen auf fast ¾ Mill. ℳ berechnet.

Nimmt man schätzungsweise das Schlachtgewicht des Rindviehs durchschnittlich etwa mit 56 %, der Schafe mit 49 %, der Schweine mit 76 % des Lebendgewichts an, so stellt sich das Schlachtgewicht des am 1. Dezember 1907 vorhandenen Rindviehes auf 15 Mill. kg, des Schafbestandes auf 441 600 kg, der Schweine auf 4 Mill. kg, während das der im Laufe der vorausgegangenen 12 Monate geschlachteten Tiere beim Rindvieh 4 Mill. kg, beim Schafvieh 201 000 kg und bei den Schweinen 6⅓ Mill. kg beträgt. Der Jahresfleischverbrauch belief sich demnach auf 15 kg Rindfleisch, 0,75 kg Hammelfleisch und 23,64 kg Schweinefleisch auf den Kopf der Bevölkerung, während er sich im Königreich Sachsen 1907 auf 14,4 kg Rindfleisch (ohne Kalbfleisch) und 27,9 kg Schweinefleisch stellte.

R. Hermann.

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Gewerbestatistik von Prof. Dr. A. Hesse. — II. Teil, 1 von Conrads Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. Jena, G. Fischer, 1909. 379 S., 9 M.

Um dem Bedürfnis nach Erleichterung und Verallgemeinerung der Benützung des dauernd sich anhäufenden neuen statistischen Materials abzuhelfen, sind zwei Wege denkbar. Den einen versuchte das aus dieser Erwägung heraus begründete Deutsche Statistische Zentralblatt einzuschlagen, indem es den Leser auf die wichtigeren Erscheinungen auf allen Arbeitsgebieten der Statistik an einer Stelle fortlaufend hinweist. Der andere besteht darin, daß die Ergebnisse selbst, jedoch in größeren Zeitabständen und unter Beschränkung auf je ein bestimmtes Arbeitsgebiet, zusammenfassend und möglichst ausführlich dargestellt werden. Letzteres geschieht unseres Wissens zum erstenmal in dem vorliegenden Werke bezüglich der Gewerbestatistik. Hierunter versteht der Verfasser im allgemeinen die zahlenmäßige Darstellung der Betriebe und Unternehmungen, welche die Verwandelung und Veredelung der Stoffe durchführen, ohne daß aber alle Betriebe ausgeschlossen wären, auf die diese Begriffsbestimmung nicht streng anwendbar ist, wie z. B. die Reinigungsgewerbe. Die Aufgabe der Gewerbestatistik teilt er in die Erfassung der Produktionseinrichtungen und der Produktionsergebnisse.

Das Handbuch führt nun aus der Fülle des neuen gewerbstatistischen Materials der Kulturländer das Wichtigste systematisch und unter kritischer Beleuchtung vor Augen. Der Stoff ist in der Weise gruppiert, daß erst die aus einzelnen Ländern (insbesondere dem Deutschen Reich, Österreich, Belgien, den Vereinigten Staaten) auf Grund großer Zählungen und sonstiger Unterlagen gewonnenen Nachweisungen über das Gewerbe und die gewerbliche Bevölkerung überhaupt, dann die natürlich wesentlich vielseitigeren statistischen Daten, die die wichtigsten Industrien für sich betreffen, durchgenommen werden. Voraus geht eine Beschreibung der Art der Ausführung der hauptsächlichsten gewerbestatistischen Erhebungen der neueren Zeit unter besonderem Eingehen auf die 3 großen deutschen Betriebszählungen und auf die österreichische von 1902.[1])

Die durchaus beachtlichen kritischen Bemerkungen über erstere gründen sich lediglich auf die bundesrätlichen Anordnungen; es war dem Verfasser wohl nicht bekannt, daß für einzelne Bundesstaaten, die von der Befugnis zu Abweichungen und Ergänzungen, die die allgemeine Vergleichbarkeit nicht störten, Gebrauch gemacht haben, seine Kritik nicht durchweg zutrifft. Mit den bis jetzt nur auszugsweise vorliegenden Ergebnissen der deutschen Zählung von 1907 wird sich nach ihrem vollständigen Erscheinen ein besonderer Nachtrag beschäftigen, der im Interesse der Fruchtbarmachung des kostspieligen Zählwerkes schon im voraus als erwünscht bezeichnet werden darf. *E. Würzburger.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Haushaltungsrechnungen und Wohnungsverhältnisse von 10 Barmer Arbeiterfamilien. Beiträge zur Statistik der Stadt Barmen. Heft 5. Barmen 1909. 32 S.

Ist die Zahl der Arbeiterfamilien, deren Lebensführung an der Hand ihrer Haushaltungsrechnungen klargelegt wird, auch recht klein, so gewinnt das Material doch dadurch an Bedeutung, daß es Repräsentanten von 8 verschiedenen Berufen in sich vereinigt — 3 Bandwirkergesellen und je 1 Schreinergesellen, Riemendrehergesellen, Schneidergehilfen, Schriftsetzer, Maurergesellen, Stukkateurgehilfen und Zimmergesellen — und ferner auch durch den Umstand, daß die wirtschaftliche Lage der einzelnen Familien ganz erhebliche Verschiedenheiten zeigt. Die am schlechtesten gestellte Familie hat ein Jahreseinkommen von nur 1183 ℳ, die am besten situierte 2245 ℳ. Infolgedessen ist das Bild nicht einseitig, und die Übereinstimmungen, die sich trotz dieser Verschiedenheiten in der Lebens- und Wirtschaftsführung zeigen, haben für die Beurteilung der Lebenshaltung der Barmer Arbeiter erhöhten Wert.

Neben den Haushaltungsrechnungen wurden auch die Wohnungsverhältnisse in die Untersuchung mit einbezogen. Da das Statistische Amt im Sommer 1908 eine — nicht veröffentlichte — Untersuchung über die Wohnungsverhältnisse der in Barmen wohnenden Staats- und Reichsbeamten vorgenommen hatte, lag in dieser Hinsicht interessantes Vergleichsmaterial vor. Die schon wiederholt beobachtete Tatsache, daß Arbeiterfamilien für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses im Verhältnis zu ihren Einnahmen weniger aufwenden als anderen Berufen angehörende Familien in gleicher wirtschaftlicher Lage, bestätigt sich auch für Barmen. In Prozent des Jahreseinkommens wandten auf für Miete bei einem Einkommen von unter 1200 ℳ Arbeiter: 9,0 %, Beamte: 19,0 %, bei einem Einkommen von 1300—1400 ℳ Arbeiter 11,3 %, Beamte: 18,1 %, bei einem Einkommen von 1500—1650 ℳ Arbeiter 13,0 %, Beamte 19,9 %, bei einem Einkommen von 1650 bis 1800 ℳ Arbeiter: 12,8 %, Beamte: 17,5 %, bei einem Einkommen von über 2000 ℳ Arbeiter: 12,1 ℳ, Beamte: 17,1 %.

Die notwendige Folge davon ist, daß bei den Arbeiterfamilien die Wohnungsbedürfnisse weit mangelhafter befriedigt werden, als bei Beamtenfamilien in gleichen Einkommensverhältnissen.

H. Haacke.

Straßburger Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in den Jahren 1900—1907. Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg. Heft VII. 1908. 41 S.

Die Untersuchung sollte einem praktischen Verwaltungsbedürfnis Rechnung tragen und feststellen, ob die Arbeitslöhne in Straßburg im allgemeinen dem wirtschaftlichen Aufschwung gefolgt sind, oder ob die Lohnaufbesserung der städtischen Arbeiter zu Unrecht erfolgt ist. Das Resultat der Arbeit war der Nachweis, daß tatsächlich in allen Berufen der Tagelohn der Arbeiter teilweise nicht unbeträchtlich gestiegen ist, daß aber auch die Preise der Lebensmittel in der gleichen Zeit derart in die Höhe gingen, daß von Ersparnissen, welche die Arbeiter hätten machen können, kaum gesprochen werden kann. So stieg der Lohn bei den Arbeitern im Gewerbe für Reinigung und Bekleidung um 16,77 %, für Holz und Schnitzstoffe um 14,67 %, in der Papierindustrie um 14,47 %, im Baugewerbe um 14,40 %, im Verkehrsgewerbe um 14,24 %.

Die Lebensmittelverteuerung beträgt bei den Fleischarten 15—20 %, bei den Kartoffeln 18 %, bei den Eiern 11—13 %, bei Brot 12—15 %, bei Gemüse 40—50 %. Da die Ausgaben für die Lebensmittel im Budget des Arbeiters den größten Raum einnehmen, mußte auch der größte Teil der Lohnaufbesserung zur Bestreitung der eingetretenen Teuerung der Lebensmittel verwendet werden.

Eigenartig dürfte die Methode der Aufarbeitung erscheinen, die ja gerade in der Lohnstatistik wenig einheitlich ist. Die Unterlage wurde im Material der Gemeinsamen Ortskrankenkasse gefunden, und zwar zerlegte man die Arbeiterkarten nach Berufen und dann nach der Dauer der Zugehörigkeit zur Kasse. Auf diese Weise erhielt man Personengruppen in beträchtlicher Stärke, bei denen sich das Steigen der Löhne um so leichter und einwandfreier beobachten ließ, als es sich jeweils im End- und Anfangsjahr der Zeitgruppe um die gleichen Individuen in gleicher Anzahl

1) Siehe D. St. Z. 1909, Nr. 4, S. 107.

handelte. So ergab sich für die größte Gruppe als allgemeiner Durchschnittslohn in Mark:

im	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Baugewerbe	3,61	3,63	3,61	3,74	3,87	4,02	4,12
Handelsgewerbe	3,55	3,58	3,62	3,71	3,84	3,95	4,07
Metallverarbeitung	3,59	3,58	3,62	3,69	3,77	3,89	4,01
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	3,42	3,47	3,50	3,60	3,73	3,82	3,92
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	3,25	3,30	3,32	3,39	3,46	3,54	3,64
Bekleidung u. Reinigung	3,11	3,14	3,19	3,35	3,53	3,58	3,63
Häusl. Dienste u. Lohnarbeit wechs. Art	2,89	2,92	2,93	2,99	3,05	3,17	3,36
Industrie der Maschinen und Werkzeuge	3,85	3,86	3,90	3,92	4,03	4,14	4,27

Die Arbeit scheint auch außerhalb von Straßburg auf großes Interesse gestoßen zu sein, denn sie war nach ganz kurzer Zeit vergriffen.

K. Eichelmann.

Statistische Übersichten aus dem Gebiete der Sozial-Versicherung für die Jahre 1905 bis 1907, Beilage zu den Beiträgen zur Statistik der Stadt Frankfurt a. M., durchschnittlich 17 S.

Die Übersichten enthalten tabellarische Mitteilungen über die Invalidenrenten-Empfänger im Gemeindebezirk Frankfurt a. M., welchen von der Versicherungsanstalt für Hessen-Nassau eine Invalidenrente zuerkannt wurde. Die Ausweisungen erfolgen nach Alter und Beruf der Rentenempfänger sowie den Ursachen der Invalidität. Des weiteren sind die Geschäftsergebnisse der der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen zusammengestellt.

A. Busch.

XVII. Wahlstatistik.

Statistik der zu Beginn des Jahres 1908 im Königreich Böhmen durchgeführten allgemeinen Landtagswahlen. Mitteilungen des Statistischen Landesamtes des Königreichs Böhmen, Bd. XII, Heft 1 (Deutsche Ausgabe), 32 S. Text und 30 S. Tabellen. 1 K. 60 h.

Die Landtagswahlen vom Jahre 1908 dürften wahrscheinlich die letzten sein, welche auf Grund des seit Bestehen der Landesordnung im wesentlichen unverändert gebliebenen Vierkurienwahlsystems (Großgrundbesitz, Handelskammern, Städte, Land) durchgeführt wurden. Die Zahl der Wahlberechtigten hat seit dem Jahre 1867 nicht nur absolut, sondern auch relativ im Verhältnisse zur Bevölkerungszahl bedeutend zugenommen, nämlich von 4,57 % im Jahre 1867 auf 9,65 % im Jahre 1908. Das kann nur zum Teile durch Änderungen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erklärt werden (Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle sogenannten Fünfguldenmänner im Jahre 1886, auf die Vierguldenmänner im Jahre 1901); zum Teile liegt vielmehr die Ursache darin, daß die Zahl der wahlberechtigten Steuerzahler, auch wenn von den obigen Bestimmungen abgesehen wird, schneller zugenommen hat als die Gesamtbevölkerung, was als eine günstige wirtschaftliche Erscheinung bezeichnet werden muß. Die Wahlbeteiligung kann bei den Wahlen vom Jahre 1908 als eine rege bezeichnet werden; in der Gruppe der Städte und Industrialorte haben sich nämlich 66 %, in jener der Landgemeinden 62 % der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt; gegenüber den Reichsratswahlen 1907, wo sich volle 84,5 % an der Wahl beteiligt haben, allerdings immer noch wenig. Dieser bemerkenswerte Unterschied dürfte jedoch nicht nur in dem verschiedenen Wahlsystem, sondern auch in der verschiedenen Bedeutung, die gegenwärtig dem Landtage und dem Reichsrate zukommt, seine Ursache haben. Vergleicht man schließlich die Wahlergebnisse mit den früheren nach ihrer politischen Seite hin, so läßt sich sowohl auf tschechischer als auch auf deutscher Seite derselbe Prozeß beobachten: an Stelle der früheren ziemlich einheitlichen nationalen Parteien eine immer größere Zersplitterung, die einerseits in dem zunehmenden nationalen Radikalismus, andrerseits in dem zunehmenden Standes- und Klassenbewußtsein und schließlich auch noch in dem Vordringen religiöser Fragen ihre Ursache hat. So haben, wenn wir die letzten Wahlen mit den Wahlen vom Jahre 1895 vergleichen, insbesondere folgende Parteien einen beträchtlichen Zuwachs an Stimmen aufzuweisen: die Agrarier beider Nationen (der Anteil der für sie abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen hat sich bei den Tschechen um 25,2 %, bei den Deutschen um 8,0 % gehoben), die Sozialdemokraten beider Nationen (zusammen um 8,7 %), die Radikalen beider Nationen (bei den tschechischen Staatsrechtsparteien um 5,1 %, bei den Alldeutschen und Deutschradikalen um 9,4 %) und die böhmischen Klerikalen (um 8,5 %). Die Kostentragenden sind die alten Parteien: bei den Tschechen die Jung- und Alttschechen (der Anteil der für sie abgegebenen Stimmen hat sich um 28,8 % gemindert), bei den Deutschen die Fortschritts- und Volkspartei (27,1 %). Bemerkenswert ist insbesondere der große Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen; sie haben im Jahre 1908 auch bei dem Kurienwahlsystem fast ein Zehntel sämtlicher Stimmen auf sich vereinigt. Allerdings muß hierzu bemerkt werden, daß sie diesmal in allen Bezirken Zählkandidaten aufgestellt haben. Noch viel größer ist der Stimmenanteil, den sie bei den Reichsratswahlen erzielt haben; er beträgt 39,3 % sämtlicher abgegebener Stimmen.

W. Mildschuh.

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Statistik des Sanitätswesens im Jahre 1903. Österreichische Statistik, Band 79, Heft 2, Wien 1906; Band 80, Heft 3 1907 (dasselbe pro 1904); Band 82, Heft 1 1908 (pro 1905). Wien. In Kommission bei Karl Gerolds Sohn.

Die Statistik des Sanitätswesens hat zum Gegenstande: die Statistik der Krankenanstalten, der Irrenanstalten, der öffentlichen Gebäranstalten, der Findelanstalten, der Findlinge (Findelpfleglinge), welche mit Jahresschluß bei Pflegeparteien untergebracht waren, der Taubstummeninstitute, der Blindeninstitute, der Impfinstitute, der öffentlichen Impfungen auf Impfsammelplätzen, der Kurorte, der Irrsinnigen außerhalb der Irrenanstalten, der Kretins, der Taubstummen außerhalb der Taubstummenanstalten, der Blinden außerhalb der Blinden-Erziehungs- und Beschäftigungsanstalten, des Sanitätspersonales und der

Hausapotheken, der Krippen, der Kinderbewahranstalten, der Kindergärten, der Waisenhäuser, Rettungshäuser, Kinderasyle usw., der Arbeitsanstalten für Erwachsene (mit Ausschluß der Zwangsarbeitsanstalten), der Idiotenanstalten, schließlich der Versorgungsanstalten.

Aus den im letztgenannten Hefte publizierten Ergebnissen seien folgende Einzelheiten herausgegriffen. Im Jahre 1905 bestanden 254 öffentliche Krankenhäuser mit 37 216 Betten. Die Zahl der in diesen Anstalten mit einem Kostenaufwande von 26 794 020 K. behandelten Kranken betrug 487 811. Von den in Abgang gekommenen 457 168 Kranken waren 398 629 nach Heilung bzw. Besserung ihres Leidens entlassen worden, 35 615 waren gestorben. Ferner bestanden 32 öffentliche Irrenanstalten. In diesen und 9 privaten Anstalten mit insgesamt 17 180 Betten wurden im Laufe des Jahres 29 862 Geisteskranke behandelt. Hiervon kamen im Laufe des Jahres 10 983 in Abgang; 2177 davon wurden geheilt entlassen, 2923 starben. Die Summe aller Auslagen betrug in den öffentlichen Anstalten 12 072 175 Kr. Außerhalb der Irrenanstalten befanden sich mit Jahresschluß 17 733 Irrsinnige und 17 286 Kretins. — In den 18 öffentlichen Gebäranstalten mit 1971 Betten wurden 24 624 Mütter und 20 369 Kinder verpflegt. Die Zahl der Geburten betrug 21 155. — Im Verbande der 8 Findelanstalten standen einschließlich der seitens derselben bei Pflegeparteien untergebrachten Findelpfleglinge 41 098 Kinder. Von diesen waren im Berichtsjahre 11 278 neu aufgenommen worden. 4627 von der Gesamtzahl starben. — Mit Schluß des Berichtsjahres wurden 29 252 Taubstumme gezählt; von diesen waren 1685 in 22 Taubstummenanstalten untergebracht. Zu demselben Zeitpunkte wurden 13 940 Blinde, hiervon 1047 in den 15 Blindeninstituten gezählt. — Der Stand der Doktoren der gesamten Heilkunde bzw. der Medizin sowie der Wundärzte betrug 11 704. Ferner zählte man 19 799 Hebammen. *M. Fizia.*

Statistik der Krebskranken in den Ländern der ungarischen heil. Krone. Ungar. Stat. Mitteil. Band 19. Allgemeiner Bericht von Dr. Julius Dollinger. Budapest 1907. 4 K.

Dieses Werk bringt die Ergebnisse der am 15. Oktober 1904 durchgeführten amtlichen Aufnahme zur Mitteilung, ergänzt durch die mittels der statistischen Erhebung der Volksbewegung gewonnenen Angaben über die in den Jahren 1901 bis 1904 an Krebs Gestorbenen. Die Aufnahme der Krebskranken, welche durch das Karzinom-Komitee des Budapester kön. Ärztevereins angeregt wurde, fand unter obligatorischer Mitwirkung der Ärzte statt und erstreckte sich daher nicht auf jene Krebskranken, welche keine ärztliche Hilfe in Anspruch genommen haben. Anderseits wurden die Ärzte im Interesse einer möglichst vollkommenen Erhebung nicht nur zur Anmeldung jener Krebskranken verpflichtet, die am 15. Oktober 1904 in ihrer Behandlung standen (diese wurden auf Zählkarten gezählt, welche mit den bei der Erhebung im Deutschen Reich benützten größtenteils übereinstimmen), sondern auch zur Anmeldung der von ihnen früher behandelten und nach ihrer Kenntnis noch am Leben gewesenen Krebskranken (für die letzteren wurde ein minder ausführliches Zählblatt benützt). Die Ergebnisse wurden mit den Daten über die in den Jahren 1901—1904 an Krebs Gestorbenen in Vergleich gesetzt. Bei der Besprechung der Hauptkombinationen (erkrankte Körperteile, dann Alter und Berufstätigkeit der Krebskranken nach Geschlecht, munizipienweise; erkrankte Körperteile mit dem Alter und der Berufstätigkeit, die letzteren auch untereinander kombiniert) werden auch die Fragen des Rezidivs nach erfolgter Operation, dann der Metastasen, der Gelegenheitsursachen des Krebses, der Erblichkeit und Infektion erörtert.

Die Hauptergebnisse sind die folgenden: Ermittelt wurden 1385 krebskranke männl. und 2185 weibl. Personen. 72,8 % der Männer und 70,6 % der Frauen waren zur Zeit des Auftretens der Krebskrankheit über 50 Jahre alt; von den Männern hatten 406 Unterlippen-, 243 Kopfhaut-, 241 Magen- und 102 Darmkrebs, unter den Frauen waren aber die meisten, d. i. 972 von Krebs der Geschlechtsorgane (817 Gebärmutterkrebs), 496 von Brustdrüsenkrebs, 245 von Kopfhaut-, 199 von Magenkrebs befallen.

An ärztlich konstatiertem Krebs gestorben sind in den Jahren 1901—1904 26 912 (11 976 männl. und 14 936 weibl.) Personen. (Die wahrscheinliche Gesamtzahl der an Krebs Gestorbenen beträgt in diesen vier Jahren — mittels Prozentberechnung ermittelt — 20 420 Männer und 26 818 Frauen.) Es waren 81,1 % der Männer und 70,3 % der Frauen über 50 Jahre alt, und sowohl die meisten Männer (6098), als auch Frauen (5116) sind an Magenkrebs gestorben. Hiernach folgt bei Männern der Leber- (1245) und Darmkrebs (998), bei den Frauen aber der Krebs der Geschlechtsorgane (4692, hierunter 4594 Gebärmutterkrebs), dann gleichfalls der Leber- (1318) und Darmkrebs (1121 Fälle). In 1465 Fällen war der Krebs näher nicht angegeben.

Aus den Ergebnissen der beiden Erhebungen erhellt die Lehre, daß ein sehr großer Teil der von leicht erkennbarem und darum auch unter chirurgische Behandlung gelangendem Krebs (wie Lippen-, Drüsen-, Kopf- und sonstigem Hautkrebs) befallenen Kranken definitiv geheilt wird. *U. St. Z.*

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die öffentlichen Volksschulen 1901 und 1906 (im Deutschen Reich). Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 1908. I. S. 315. 6 S.

Zuerst für 1901 wurden auf Beschluß der Vertreterkonferenz der amtlichen Statistik des Reichs und der Bundesstaaten die Ergebnisse der statistischen Erhebungen über die Verhältnisse der öffentlichen Volksschulen in den Bundesstaaten des Deutschen Reiches vom Kaiserl. Statistischen Amt zusammengestellt. Dieser ersten Veröffentlichung ist nun für das Jahr 1906 die zweite gefolgt. Umfang und Art der Angaben sind hier die gleichen wie 1901. Es sollen die öffentlichen Volksschulen, die vollbeschäftigten Lehrer und die Schüler ermittelt werden, ferner die Gesamtaufwendungen im Berichtsjahre und die Deckung des Anteils

aus Staatsmitteln an den Gesamtaufwendungen. Der Begriff „öffentliche Volksschulen" wurde dahin abgesteckt, daß als solche gelten: die Elementarschulen, Gemeindeschulen, Werktagsschulen, Stadt-, Bürger-, Fleckens- und Landschulen, also alle diejenigen Schulen, deren Besuch auf Grund der allgemeinen Schulpflicht erzwungen werden kann. Als Zählungseinheit „Schule" wird diejenige Reihe von Klassen angesehen, die ein und dasselbe Kind zur Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht zu erledigen hat. Die Lehrkräfte sollten nach dem Geschlecht und nur, soweit sie vollbeschäftigt sind, nachgewiesen werden, d. h. nur diejenigen, die einer öffentlichen Volksschule in hauptberuflicher Lehramtstätigkeit angehörten. Die Erfassung der Zahl der Schüler soll die in den Schülerlisten, Schülerrollen u. dgl. eingetragenen Schüler begreifen ohne Rücksicht auf vorübergehende Schulversäumnis oder Dispensation. Die gesamten laufenden Unterhaltungskosten der öffentlichen Volksschulen sind grundsätzlich für das Berichtsjahr und zunächst ohne Rücksicht auf die Quellen der Deckung und dann mit Nachweisung des Teiles, der aus Staatsmitteln gedeckt wird, verstanden.

Es wurden nach dieser Erhebung insgesamt, also mit Einschluß der Privatschulen mit Volksschulziel, 61 198 Volksschulen mit 9 779 356 Schülern und 166 597 vollbeschäftigten Lehrkräften ermittelt.

Da die Zahl der im schulpflichtigen Alter von 6 bis 14 Jahren stehenden Kinder nach der Volkszählung von 1905 rund 10 500 000 betrug, so erhalten demnach 94 % aller im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder im Deutschen Reich in Volksschulen ihre Schulbildung. Die einfachen Zahlen waren für 1906: öffentliche Volksschulen 60 584 (1901 59 187); Zahl der Schüler 9 737 262 (1901 8 924 779), Zahl des Lehrpersonals 166 597 (1901 146 540). Auf 1 Lehrkraft entfallen daher Schüler: 58 (1901 61). Gegenüber der Erhebung von 1908 hat die Zahl der öffentlichen Volksschulen um 1397 = 2,4 %, die der vollbeschäftigten Lehrkräfte um 20 057 = 13,7 % und die der Schüler um 812 483 = 9,1 % zugenommen.

Die Gesamtaufwendungen für die öffentlichen Volksschulen betrugen 1906 523 940 000 ℳ (1901 421 317 000 ℳ), davon wurden aus Staatsmitteln gedeckt 151 213 000 ℳ (1901 122 898 000 ℳ). Die ersteren sind also seit 1901 um 102,6 Mill. = 24,4 % gestiegen, während der aus Staatsmitteln gedeckte Anteil davon um 28,3 Mill. ℳ = 23,0 % gewachsen ist. Auf 1 Schüler entfielen 54 ℳ (1901 47 ℳ) Ausgaben für die öffentlichen Volksschulen.

R. Jaeckel.

Die schulstatistische Erhebung im Herzogtum Braunschweig vom Jahre 1905. Vom Geheimen Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann zu Braunschweig. Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig. Heft XXII. 1908. 110 S.

Mit der schulstatistischen Erhebung von 1905 ist das Volksschulwesen im Herzogtum Braunschweig zum ersten Male besonders statistisch erfaßt worden. Der den Anlaß bietende praktische Zweck war, für die Bemessung der staatlichen Beteiligung an den an sich den Gemeinden obliegenden Kosten des Volksschulwesens eine sichere Unterlage zu schaffen; folgeweise ist die finanzielle Seite vorwiegender berücksichtigt. Das Material hatten die Schulvorstände der einzelnen Gemeinden durch Ausfüllung eigens formulierter Nachweisungen — für die Regel drei — zu liefern; eine Nachprüfung wurde zunächst in sehr umfassender Weise — die im Kultusministerium ausgearbeiteten Formulare erwiesen sich, weil zu sehr in die Einzelheiten gehend, als wenig praktisch und bereiteten dadurch mannigfache Schwierigkeiten — durch das Herzogl. Konsistorium und später auch noch durch das Herzogl. Statistische Amt vorgenommen. In der textlichen Erörterung, welcher eine kurze Darlegung der geschichtlichen Entwickelung des Volksschulwesens im Herzogtum vorausgeschickt ist, wird auch auf die Finanzierung des Volksschulwesens eingegangen. Aus den Ergebnissen seien einige Hauptdaten herausgehoben. Von den Braunschweigischen Gemeinden haben 402 oder 87,96 % Schulen im Orte und 55 oder 12,04 % nicht; der Schulweg bei letzteren beträgt im Durchschnitt 1,53 km, in maximo bei einer allein über die Grenze von 3 km gehenden Gemeinde 3,6 km. Die Schulenzahl berechnet sich für 10 000 Einwohner auf 9,24 und für 100 qkm auf 12,23. Nach dem Durchschnitt entfallen auf jede städtische Bürgerschule 17 Klassenräume, auf jede Landgemeindeschule 1,7. Von den insgesamt 1919 Schulklassen des Herzogtums werden 128 oder 6,7 % von weniger als 20 Schülern besucht, 31 oder 1,6 % von 80 und mehr Schülern. Die Zahl der Schulkinder beläuft sich auf 87 482 oder 18 % der Gesamtbevölkerung; davon sind 42 869 oder 49 % Knaben und 44 613 oder 51 % Mädchen. Lehrstellen (fest und dauernd begründet) gibt es insgesamt 1548 (31,86 auf je 10 000 Einwohner, 42,15 auf 100 qkm), Lehrkräfte insgesamt 2073 (42,66 auf je 10 000 Einwohner, 56,45 auf 100 qkm). Von den für das Jahr 1904/05 zu insgesamt 3 987 343 ℳ berechneten Einnahmen der Schulkassen kamen 251 013 ℳ oder 6,30 % auf die eigenen Einkünfte der Schulen, 670 731 oder 16,82 % auf das Schulgeld, 1 004 091 oder 25,18 % auf die Zuschüsse aus Staatsmitteln, 41 471 ℳ oder 1,04 % auf sonstige Zuschüsse, 41 212 ℳ oder 1,03 % auf sonstige Einnahmen und 1 978 825 ℳ oder 49,63 % auf die Zuschüsse zur Deckung des Fehlbetrags aus der Gemeindekasse oder von sonstigen Verpflichteten. Die zu insgesamt 3 789 294 ℳ festgestellten Ausgaben verteilen sich einerseits auf die Bürgerschulen mit 1 966 296 ℳ oder 51,89 %, auf die Landgemeindeschulen mit 1 506 003 ℳ oder 39,75 % und auf die sonstigen Schulen mit 316 995 ℳ oder 8,36 % und anderseits auf die persönlichen Ausgaben mit 3 269 656 ℳ oder 86,3 % und auf die sachlichen Ausgaben mit 519 638 ℳ oder 13,7 %.

F. W. R. Zimmermann.

Allgemeine Schulstatistik 1906 der Stadt Barmen. Beiträge zur Statistik der Stadt Barmen. Heft 3. Barmen 1907. 59 S.

Der Umstand, daß die Erhebung über das gesamte mittlere und niedere Schulwesen im preußischen Staate, die am 20. Juni 1906 stattfand,



zeitlich mit der alljährlich in Barmen Ende Mai stattfindenden schulstatistischen Erhebung annähernd zusammenfiel, legte den Gedanken nahe, die Ergebnisse beider, soweit möglich, zu kombinieren. An Schulen existieren in Barmen: ein Gymnasium, ein Realgymnasium, eine Oberrealschule, eine Realschule, ein Lehrerinnenseminar, 3 höhere Mädchenschulen, 1 Privatmädchenmittelschule, 1 Privatknabenvorschule, ferner 41 evangelische und 7 katholische Volksschulen sowie 3 paritätische, nämlich die städtische Hilfsschule für schwachbegabte Kinder, die Sprachheilschule und die Schule der Anstalt für verlassene Kinder. Außer den genannten Anstalten sind noch zwei Waisenhausschulen mit Volksschulcharakter vorhanden. Die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen aller Anstalten betrug am 20. Mai 1906 27 355, davon entfielen auf die höheren und mittleren Schulen 3421, der Rest auf die Volksschulen. Von je 100 schulbesuchenden Knaben waren 85,1, von je 100 schulbesuchenden Mädchen sogar 90,9 Schüler der Volksschulen. Die Zahl der Lehrkräfte betrug zur gleichen Zeit insgesamt 643. Davon entfielen 110 Lehrer und 40 Lehrerinnen auf die höheren und mittleren Schulen und 341 Lehrer und 152 Lehrerinnen auf die Volksschulen. Abgesehen von den Angaben über Zahl, Geschlecht, Konfession und Wohnort der Schüler behandelt die Untersuchung besonders die Klassenfrequenz, die Raumverhältnisse der Unterrichtsräume, den Klassen- bzw. Schuljahrgangsfortschritt der Schüler, die erste Schulaufnahme in den Volksschulen und die Schulentlassung aus den Volksschulen unter Berücksichtigung des Schulerfolges. Hinsichtlich der Lehrpersonen, die nach Geschlecht, Konfession, Lebens- und Dienstalter unterschieden werden, finden sich auch eingehende Angaben über die Zahl der Unterrichtsstunden und die Dienstversäumnisse sowie über die Herkunftsverhältnisse der Volksschullehrer und Lehrerinnen nach den Berufsverhältnissen der Eltern.

H. Haacke.

XXIII. Finanzstatistik.

Die Gemeindesteuern des Jahres 1908 in den preußischen Großstädten und den selbständigen rheinisch-westfälischen Stadtkreisen. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Elberfeld.

Die seit 1901 herausgegebenen Übersichten sollen einen Leitfaden bilden für das Studium der steuerlichen Verhältnisse in den beteiligten Städten (1908: 49). In den Tabellen werden behandelt: Der Ertrag der einzelnen Gemeindesteuern nach dem Etatssoll, die gemeindlichen Steuerzuschläge in Prozent der staatlich veranlagten direkten Steuern, die Verteilung des Aufkommens von Gemeindesteuern auf die einzelnen Steuerarten und die Reihenfolge der Städte nach der Höhe der zur Erhebung kommenden Gemeindesteuern und nach dem Anteil der direkten Steuern an dem Gesamtsteuerbedarf. Diese Tabellen werden ergänzt durch eine eingehende Darstellung der einzelnen Steuerarten und durch ein Literaturverzeichnis über die Abweichungen von Steuerordnungen in eingemeindeten Vororten. Endlich ist auch eine Übersicht über die wichtigsten Gebühren gegeben.

F. Maaß.

Die Lustbarkeitssteuern in 39 deutschen Städten. Ergebnis einer vom statistischen Amt der Stadt Karlsruhe im Jahre 1908 veranstalteten Umfrage. — (Nicht im Buchhandel.)

Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, bestehen Lustbarkeitssteuern am längsten in Straßburg, wo man sie schon 1797 einführte. Erst vom Jahre 1871 an folgen andere Städte. — Der Ertrag der Steuer pro Kopf schwankt zwischen 2 Pfg. (Nürnberg) und 130 Pfg. (Düsseldorf); in 13 Städten fließt er in die Armenkasse. — Die Steuer wird meist in der Form einer festen Taxe, deren Höhe nach verschiedenen Gesichtspunkten bemessen wird, erhoben; nur 10 Städte besteuern die Eintrittskarte zu den Lustbarkeiten. Wie die einzelnen Städte die Steuer einziehen und von welchen Lustbarkeiten, darüber gibt eine tabellarische Übersicht Auskunft, die auch die Erträge der Steuer mitteilt. Was über Befreiungen von der Steuer ermittelt werden konnte, ist ebenfalls dort angegeben.

O. Berendt.

Lindens Entwicklung und die Finanzverhältnisse der Stadtgemeinde in den Jahren 1885—1907. Eine statistische Denkschrift. Auf Veranlassung des Magistrats der Stadt Linden unter Mitwirkung von Bürgermeister Lodemann bearbeitet von Dr. Karl Seutemann. 86 S.

Die Denkschrift schildert den Einfluß der wirtschaftlichen Veränderungen in Linden auf die Finanzen der Stadt. Die Elemente des Bevölkerungswachstums zeigen die Perioden des starken Bevölkerungsstroms von Hannover nach Linden. In der Bevölkerung nehmen die Verheirateten mit hoher Geburtsziffer und großer Kinderzahl einen sehr breiten Raum ein. Das starke Wachstum Lindens hat zu einer Bevölkerungsdichtigkeit von 10 000 Menschen auf 1 qkm geführt. Die Mietkaserne gibt der Stadt das Gepräge, es gibt Baublocks mit 800 bis über 1 200 Einwohner auf 1 ha. Der in wenigen Händen konzentrierte unbebaute Boden weist so hohe und steigende Kaufpreise auf, daß für Fabrikanlagen die Grunderwerbskosten abschreckend wirken. Tatsächlich sind die größeren Fabrikgründungen 1889 vollständig zum Abschluß gekommen, und auch die Fabrikerweiterungen kommen Linden nicht mehr vollständig zugute. Die Einwohnerzahl Lindens steht daher in zunehmendem Mißverhältnis zu der Zahl seiner gewerblichen Bevölkerung. Ein Fünftel seiner Bevölkerung ist auf Arbeit in Hannover angewiesen, fast $^1/_{10}$ auf Arbeit in anderen umliegenden Orten, während hannoversche Einwohner nur in ganz beschränkter Anzahl in Linden arbeiten. Die Fabrikleiter und die gutbezahlten Fabrikbeamten wohnen mit Vorliebe in Hannover, das auch — wie die Gewerbestatistik zeigt — den Geschäftsverkehr im wesentlichen an sich zieht. Der Stand und die Entwickelung der Steuerkraft Lindens entsprechen daher nicht dem einer Mittel- und werdenden Großstadt. Genaue Berechnungen ergeben, daß die unmittelbare und die mittelbare Steuerkraft der arbeitsfremden Bevölkerung nur halb so groß ist wie die der in Linden selbst erwerbstätigen Bevölkerung. Infolgedessen nötigt die mit dem Wachstum der Stadt verbundene überproportionale Lastensteigerung (Ausgaben auf 1 Einwohner 1885: 9 ℳ 45 ₰, 1907: 28 ℳ 41 ₰)

auf der einen Seite zu einer immer stärkeren Anspannung und Ausschöpfung der Steuerquellen, auf der anderen Seite zu äußerster Sparsamkeit und Einschränkung.

Die tatsächliche Gestaltung der einzelnen Etattitel seit 1885 im Vergleich mit Hannover und die verschiedenen Ursachen der Etatsteigerung werden im zweiten Teil der Denkschrift erörtert. Besonders ausführlich sind der Schul- und Armenetat behandelt. Der Schluß handelt von der Möglichkeit einer Besserung der Verhältnisse. Eine Erweiterung des Stadtgebiets ist inzwischen vollzogen. *K. Seutemann.*

XXIV. Statistische Sammelwerke.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen.[1]) **36. und 37. Jahrgang 1908 und 1909.** Herausgegeben vom Königlich Sächsischen Statist. Landesamte. 307 u. 320 S., Kommissionsverlag von C. Heinrich in Dresden. Preis je 1 *M*.

Aus Jahrg. 1908 sind als neu zu erwähnen Angaben über Getreidemüllerei und Perlenfischerei, über Ausstellung von Wandergewerbescheinen (S. 75), über Tanzstätten (S. 97) und über Zwangserziehung (S. 222), über Lebensmittelpreise in 424 nach Größenklassen unterschiedenen Gemeinden (S. 166), über die Herkunft der Schüler kaufmännischer Schulen (S. 220). Gegenstände, die schon anderweit, jedoch weniger ausführlich als im Jahrbuch veröffentlicht sind oder werden sollen, sind u. a. die über die gewaltsamen Todesfälle (S. 60), über die Grundstückszusammenlegungen und Gemeinheitsteilungen (S. 108), über die Arbeitsnachweise (S. 77), die Gewerbegerichte (S. 230), die Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen (S. 145). Jahrg. 1909 enthält an neuem außer der später zusammen mit den Ergebnissen anderer Bundesstaaten zu erwähnenden Berufs- und Betriebsstatistik Übersichten über die Prüfungen an Hoch- und Mittelschulen, über den Bestand der Invaliden- und Altersrentner in den Jahren 1901 bis 1907, über die Erträge der Erbschaftssteuer, die Preise der Trinkbranntweine usw. Im übrigen ist auf das Inhaltsverzeichnis und das alphabetische Sachregister zu verweisen, welch letzteres sich auf alle Jahrgänge seit 1901 erstreckt. *E. Würzburger.*

Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. In Verbindung mit seinen Kollegen herausgegeben von Professor Dr. M. Neefe, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Breslau. XV. Jahrg. 546 S. Verlag von W. G. Korn in Breslau. Ladenpreis 14,60 M.

Seit 1890 veröffentlicht die „Konferenz der Vorstände der Statistischen Ämter deutscher Städte", jetzt der „Verband deutscher Städtestatistiker", das obengenannte Jahrbuch. Es beruht durchweg auf freiwilliger, uneigennütziger Arbeit des Herausgebers und der Bearbeiter der einzelnen Abschnitte. Die Berichterstattung erstreckt sich auf 56 deutsche Städte. Der Umfang des Jahrbuchs hat sich seit 1890 (247 Seiten) mehr als verdoppelt. Sein Inhalt erfaßt alle wichtigeren Zweige der kommunalen Verwaltungstätigkeit Jahr für Jahr oder periodisch. Dazu das Leben der städtischen Bevölkerung in seinen natürlichen und in seinen wirtschaftlichen und sozialen Grundzügen. Die Tabellen sind synoptisch und haben ausführlichen textlichen Kommentar. Ganz vereinzelt sind Abhandlungen (über die Citybildung in den deutschen Städten, über die Gemeindegebühren u. ä.) aufgenommen.

Das Statistische Jahrbuch deutscher Städte ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel der Gemeindeverwaltung geworden und hat mehrfach vorbildlich gewirkt (z. B. bei der Abfassung des von Professor Giusti herausgegebenen „Annuario Statistico delle Città italiane"). Auf Anregung des Vorstandes des Deutschen Städtetages ist eine teilweise Umgestaltung und Erweiterung seines Inhaltes geplant, die im besonderen die finanzstatistischen Partien berühren und erstmals im XVII. Jahrgang sich zeigen wird. *F. Schäfer.*

Österreichisches Städtebuch, XII. Jahrgang, herausgegeben durch die k. k. statistische Zentralkommission, im Verlag der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien. Preis: 12 Kronen.

Dieses unter der Leitung des Präsidenten der k. k. statistischen Zentralkommission Sektionschefs Dr. Franz Ritter von Juraschek vom Hofkonzipisten dieser Kommission Dr. Rudolf Riemer redigierte Werk von 1036 Druckseiten umfaßt statistische Berichte von 23 größeren österreichischen Städten.

Seine Entstehung verdankt das Österreichische Städtebuch der Konferenz für Städtestatistik, einer freien, von den größeren Städten Österreichs beschickten Vereinigung, welche unter dem Vorsitz ihres Schöpfers von Inama-Sternegg zum erstenmal im Jahre 1888 tagte. Die daselbst ausgearbeiteten Formulare haben auf den seither periodisch wiederkehrenden Konferenzen eine der sozialen Entwickelung entsprechende Ausgestaltung von Fall zu Fall erfahren und der Berichterstattung für die in dieser Zeit herausgegebenen 11 Jahrgänge zur Grundlage gedient.

Den Rahmen für den letzten XII. Jahrgang bildeten die Tabellenentwürfe, die von der am 15. April 1907 unter dem Vorsitze des Sektionschefs Dr. von Juraschek in Wien abgehaltenen Konferenz für Städtestatistik festgestellt und den Stadtvertretungen zur Ausfüllung für die Stichjahre 1905 und 1906 übergeben wurden. Die in diesem Jahrgange veröffentlichten Beiträge der Städte behandeln im einzelnen folgende Materien: Gebäudestatistik, Aufnahmen in den Gemeindeverband, Gemeindewahlen und Zusammensetzung des Gemeinderates, städtische Beamte und Bedienstete, Erkrankungen an anzeigepflichtigen Krankheiten, öffentliche Impfungen, Konfessionsänderungen, Armenwesen, Unterrichtswesen,

1) Die inhaltliche Besprechung von Veröffentlichungen dieser Art, von denen im allgemeinen immer das gleiche zu sagen ist — daß sie nämlich das wichtigste aus den vorhandenen statistischen Nachweisungen aller Art übersichtlich zusammenstellen —, kann sich im D. St. Z. nur auf solche Angaben erstrecken, die keine bloße Fortsetzung der gewöhnlichen Nachweisungen bilden und die an anderen Stellen nicht oder doch nicht in der nämlichen Ausführlichkeit erscheinen. Aus diesem Grunde sind die im Jahrbuch enthaltenen Volkszählungsergebnisse, die Auszüge aus den Etats usw. in der obigen Besprechung unerwähnt geblieben. *Red.*

Konsumverhältnisse und Marktwesen, Straßenwesen, öffentliche Gartenanlagen, Kanalisierung, Wasserwesen, städtische Finanzen, Abgaben für kommunale Zwecke.

Wodurch sich aber dieser Jahrgang gegenüber seinen Vorgängern besonders auszeichnet, das ist die Einführung der synoptischen Darstellungsweise für einige Gebiete der kommunalen Statistik, die eine leichtere Vergleichbarkeit dieser Materien bei den verschiedenen Städten ermöglicht, sowie auch die Neuerung, daß er zum erstenmal textliche Bearbeitungen eben der synoptisch dargestellten Gegenstände enthält, während die früheren Jahrgänge fast ausschließlich Tabellenwerke waren. Die nächste Konferenz für Städtestatistik wird das Städtebuch in dieser Richtung noch weiter ausbauen. Für den Fachmann aber, der auch aus Tabellen zu lesen weiß, gibt das Österreichische Städtebuch schon in der vorliegenden Form Zeugnis von den hervorragenden Leistungen österreichischer kommunaler Verwaltung in den verschiedensten Zweigen des öffentlichen Lebens. *A. v. Oppolzer.*

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Gesamtregister zum Reichs-Arbeitsblatt für die Jahrgänge 1903—1907. Sonderbeilage zum Reichs-Arbeitsblatt Nr. 4, 1908. Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1908. 80 S. Preis im Einzelverkauf 0,50 *M*.

Das Reichs-Arbeitsblatt zerfällt in zwei Teile: die regelmäßig in jedem Monatsheft oder vierteljährlich wiederkehrenden Abschnitte über Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit usw. nebst dazu gehörigen Tabellen und die ihrem Inhalte nach wechselnden sonstigen Aufsätze. Ist der erste Teil überwiegend von aktueller Bedeutung, wenn er auch als wirtschaftliche Chronik und als Vergleichsmaterial für die späteren Beobachtungsreihen stets wichtig bleibt, so hat der zweite Teil zugleich die Bedeutung eines sozialpolitischen Archivs und Nachschlagewerks. Den reichen Inhalt der ersten 5 Jahrgänge in dieser Hinsicht der Benutzung zu erschließen bezweckt das Gesamtregister, das in ein systematisches Register (30 Seiten), ein alphabetisches Sachregister (25 Seiten), ein Ortsregister (4 Seiten) und ein besonderes alphabetisches Sachregister zu dem Abschnitt „Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte" (18 Seiten) zerfällt. Die Register enthalten zahlreiche Verweisungen. Um ein Beispiel anzuführen, so enthält das systematische Register unter „Arbeitslöhne" 56 Titel. Darunter befindet sich der Verweisungstitel „Gewerkschaftliche Untersuchungen über Arbeitsverhältnisse", zu dem sich an anderer Stelle wieder 9 Untertitel finden. — Die jährlichen Register der folgenden Jahrgänge, so das bereits erschienene von 1908, schließen sich in der Einteilung an das Gesamtregister an, das daher durch die Jahresregister auf dem laufenden gehalten wird. *Fg.*

Berichtigungen.

In Nr. 4 sind auf Seite 125/6 in der Besprechung von v. Mayr, Sozialstatistik, einige sinnstörende Druckfehler stehen geblieben. Es muß auf S. 125 heißen: in der Überschrift „Einleitungsband" statt „Ein Leitungsband", in Zeile 9 des Textes „behandelt" statt „behandelte", in Zeile 8 von unten „Heiratlichkeit" statt „Heimatlichkeit", in Zeile 3 von unten „Justizgeschäftsstatistik" statt „Justizgeschichtsstatistik"; auf S. 126 in Zeile 9/10 „Bildungsstatistik" statt „Bevölkerungsstatistik", in Zeile 11 von unten „Census" statt „Censur".

Fragekasten.

Leipzig. — Zu der Bemerkung unter dieser Spitzmarke im Fragekasten von Nr. 2 schreibt uns Privatdozent Dr. Mombert in Freiburg: „Es ist durchaus richtig, daß aus einer Verminderung des Geburtenüberschusses noch keineswegs eine Abnahme der Bevölkerung zu erwarten ist; dazu ist unser Geburtenüberschuß ein viel zu großer. Man kann sogar noch weitergehen und sagen, daß der Geburtenüberschuß relativ sinken kann, ohne daß dieser in seiner absoluten Höhe sich vermindert; ja diese kann sogar noch ständig steigen. Es rührt dies daher, daß jeder weitere Geburtenüberschuß sich auf einer breiteren Basis, immer verstärkt durch denjenigen des vorangegangenen Jahres, vollzieht.

Im vergangenen Jahre habe ich dies in einem Artikel der Kölnischen Zeitung (14. Okt. 1908) an einem schematischen Beispiel, das in folgendem kurz wiedergegeben werden soll, darzulegen versucht. (Vgl. dazu auch Most: Was lehrt die Volkszählung von 1905 der Volkswohlfahrtspflege? Archiv für Volkswohlfahrt 1908.)

Es betrug der Geburtenüberschuß in Deutschland

im Durchschnitt der Jahre	absolut	auf 1000 der Bevölkerung
1896/1900	780 431	14,74
1901/1906	845 549	14,46

Man sieht, es sinkt nur die Zuwachsrate, nicht der Geburtenüberschuß.

Nimmt man die deutsche Bevölkerung zu rund 60 Millionen Köpfen an und stellt man sich auf den Standpunkt, daß eine Zunahme um z. B. 900 000 Köpfe in aller Zukunft stattfinden soll, so muß dabei die Zuwachsrate fortdauernd sinken. In dem hier gewählten Beispiel beträgt sie 15 ‰; 24 Jahre später wird sie, wie eine einfache Berechnung zeigt, bei gleicher absoluter Zunahme der Bevölkerung, um die Hälfte abgenommen haben, also nur noch 10 ‰ betragen.

In bevölkerungpolitischer Beziehung kommt es aber nicht auf die Zuwachsrate, sondern auf den absoluten Geburtenüberschuß an. Es mag sein, daß auch dieser sich einmal vermindern wird; zunächst liegen dafür jedoch noch keine Anhaltspunkte vor."

Zn. in C. — Ihre Frage, ob es gute Multiplikationsmaschinen gibt, die die Produkte selbsttätig niederschreiben, beantworten wir dahin, daß als eine solche Multiplikationsmaschine uns allein Trink's „Arithmotyp", hergestellt von Grimme, Natalis & Co., Braunschweig, bekannt ist. Eine sichtbar schreibende Additionsmaschine, mit der auch Multiplikationen vorgenommen werden können, ist der „Comptograph", Alleinverkauf: S. Guttmann, Nürnberg. Angaben über weitere derartige Maschinen aus dem Leserkreis wären erwünscht. Red.



Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 6 | **1. Jahrgang** | **1. September 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Zuschriften an die Redaktion wolle man richten:
1. sofern sie die Statistik des Deutschen Reiches betreffen, an Regierungsrat Dr. Feig in Charlottenburg, Berliner Straße 45,
2. sofern sie die Statistik deutscher Bundesstaaten, von anderen Staaten oder von Landesteilen oder statistische Theorie und Technik betreffen, an Geh. Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden-A., Ammonstraße 13,
3. sofern sie die Statistik von (deutschen oder nichtdeutschen) Gemeinden betreffen, an Professor Dr. Schäfer in Dresden-A., Nürnberger Straße 47.

Das Internationale Statistische Institut und seine bisherigen Leistungen.

Von Geh. Finanzrat Dr. **F. W. R. Zimmermann,** Direktor des Herzogl. Statist. Amtes in Braunschweig.

Mit der allgemeinen Fortentwickelung der Statistik in den einzelnen Kulturstaaten nicht nur in ihren weitergehenden tatsächlichen Betätigungen, sondern auch als Wissenschaft, mußte sich notwendig das Bedürfnis zu einer gewissen Einheitlichkeit und Gleichförmigkeit in den Grundlagen der statistischen Erhebungen der einzelnen Staaten und damit zu einer unmittelbaren und anstandslosen Vergleichbarkeit für die Ergebnisse jener Erhebungen immer lebhafter geltend machen. Diesem Bedürfnis diente zunächst der internationale statistische Kongreß, welcher von 1853 bis 1878 mit nicht zu verkennendem Erfolg, namentlich in seiner ersten Zeit, bestand, dann aber an seiner mangelhaften Organisation und seinem die eigene Bedeutung stark überschätzenden Auftreten scheiterte. Die hierdurch entstandene, bald sehr fühlbare Lücke wurde durch das Internationale Statistische Institut ausgefüllt, dessen Gründung im Jahre 1885 erfolgte.

Das Internationale Statistische Institut ist eine rein private wissenschaftliche Vereinigung, deren Mitglieder an derselben ohne jede offizielle Autorität lediglich als Vertreter ihrer Wissenschaft teilnehmen; statutenmäßig stellt sich dasselbe als eine internationale Gesellschaft mit dem Zwecke, ein Fortschreiten der amtlichen und wissenschaftlichen Statistik zu fördern, dar, die dabei namentlich und in erster Linie auf eine möglichste Gleichförmigkeit in den Methoden, Formularen und der Aufarbeitung der statistischen Erhebungen hinarbeiten und dadurch eine innere Übereinstimmung in den statistischen Publikationen herbeiführen will, um die in den verschiedenen Ländern gewonnenen Daten miteinander vergleichbar zu machen.

Die Zahl der wirklichen Mitglieder — daneben gibt es auch Ehrenmitglieder, welche diese Würde vom Institut verliehen erhalten, — war zunächst auf 150 begrenzt, wurde dann aber 1901 mit Rücksicht auf die größere Entfaltung der Statistik auf 200 erhöht. Die Mitglieder werden nach einem bestimmt vorgeschriebenen Verfahren von dem Institut aus denjenigen den verschiedenen Nationen angehörigen Persönlichkeiten gewählt, welche sich auf dem Gebiete der administrativen oder wissenschaftlichen Statistik verdient gemacht haben; dabei ist Vorsorge getroffen, daß die Zahl der Mitglieder aus Angehörigen eines einzelnen Staates der Gesamtmitgliederzahl gegenüber niemals zu vorwaltend werden kann. Von besonderer Bedeutung erscheint die weitere Bestimmung, daß das Bureau des Instituts diejenigen Personen des amtlichen statistischen Verwaltungsdienstes, welche dem Institut als Mitglieder nicht angehören, zu jeder einzelnen Tagung besonders einladen darf und daß die Eingeladenen sich an den Abstimmungen, soweit sie nicht die inneren Angelegenheiten des Instituts betreffen, beteiligen; von

dieser Bestimmung ist bisher stets in weitgehender Weise Gebrauch gemacht.

Das ständig zur Leitung der Geschäfte berufene, auf jeder Tagung neu zu wählende Bureau besteht aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, einem Generalsekretär und einem Schatzmeister. Für die Tagungen ist ein Zwischenraum von zwei Jahren vorgeschrieben; es fanden bisher 12 derselben statt und zwar zu Rom (1887), Paris (1889), Wien (1891), Chicago (1893), Bern (1895), St. Petersburg (1897), Christiania (1899), Budapest (1901), Berlin (1903), London (1905), Kopenhagen (1907) und Paris (1909). Die einzelnen Tagungen werden durchschnittlich von etwas über 100 Teilnehmern (Institutsmitglieder und Eingeladene) besucht, unter denen sich die einzelnen Nationalitäten dem internationalen Charakter des Instituts gemäß bunt durcheinander mischen. Ein besonderes Interesse wird dem Institut von Frankreich entgegengebracht; die meist zahlreicheren Vertreter dieses Landes erhalten dadurch eine festere wirkungsvollere Stellung, während der Einfluß Deutschlands unter der ablehnenden Haltung der Deutschen Reichsregierung, welche diese bis zu der Einladung für die Berliner Tagung 1903 einnahm, zu leiden hatte; erst jetzt wird in dieser Beziehung ein Ausgleich erreicht.

Die Verhandlungen der einzelnen Tagungen vollziehen sich in Generalversammlungen und in Sektionssitzungen. Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit liegt in den Sektionen, welche die einzelnen Fragen vielfach auch noch unter Ernennung von Sonderkommissionen eingehend durchberaten und die Ergebnisse unter dem Vorschlag einer bestimmten Resolution zur Beschlußfassung an die Generalversammlung bringen. Meist wurden bislang drei Sektionen gebildet, eine demographische, eine wirtschaftspolitische und eine für Justiz- und Verwaltungsstatistik. Als einzige ständige Veröffentlichung des Instituts erscheint, nicht an feste Zeitabschnitte gebunden (tatsächlich etwa jährlich ein Halbband), ein Bulletin de l'Institut International de Statistique, welches im wesentlichen nur die offiziellen Berichte über die Verhandlungen auf den einzelnen Tagungen nebst den dazu gehörigen Referaten usw. und daneben Nekrologe für verstorbene Mitglieder oder statistische Kapazitäten enthält; es liegen zurzeit 17 Bände des Bulletin vor, deren einzelne letzthin sich je an eine Tagung anzuschließen pflegen. Die regelmäßige Herausgabe eines Jahrbuchs (Annuaire de statistique internationale) ist statutenmäßig vorgesehen, bislang aber noch nicht zur Ausführung gekommen.

Wenn das Internationale Statistische Institut es sich als Hauptaufgabe gestellt hat, eine Gleichförmigkeit in den statistischen Erhebungen der einzelnen Staaten, wie sie zur Erreichung einer vollen und unmittelbaren Vergleichbarkeit der Ergebnisse und damit zur Aufmachung einer internationalen Statistik notwendig ist, anzubahnen, so wird man die darin liegende außerordentliche Schwierigkeit so leicht nicht zu hoch einschätzen können. Es steht dem überall die vielseitige Eigenart der einzelnen Staaten in den allgemeinen und besonderen Verhältnissen ihres Volks- und Wirtschaftslebens entgegen, welche einem Ausgleich sich stets nur ungern fügen wird, ihn auch meist nur bis zu einer gewissen Grenze möglich machen kann. Ferner kommt aber — und nicht unwesentlich — als hemmend in Frage die Gewöhnung an Erhebungsgrundsätze und -Formen, wie sie sich in den einzelnen Staaten in mehr oder weniger langer Frist herausgebildet und nach den Ergebnissen als erprobt erwiesen hat; den im internationalen Interesse notwendigen Eingriffen in solche dürfte durchweg lebhafter widerstrebt werden. Berücksichtigt man hierzu endlich noch, daß das Internationale Statistische Institut als eine rein private Vereinigung lediglich auf seine wissenschaftliche Autorität angewiesen ist und einer speziellen offiziellen Stützung sich nicht zu erfreuen hat, so wird man die bisherige Tätigkeit des Instituts nur als eine durchaus zweckentsprechende und erfolgreiche anerkennen, auf die Leistungen mit Befriedigung zurückblicken können.

Ein voller und durchschlagender Erfolg wird hier nach allen den einzelnen zu berührenden Richtungen hin überall erst nach einer langjährigen Frist und ganz nach und nach zu erzielen sein, das liegt in der Natur der Sache. Selbst geringere Anzeichen einer Einwirkung sind deshalb gegenüber der verhältnismäßig doch erst kürzeren Tätigkeit des Instituts höher zu bewerten. Daß aber schon so vieles erreicht wurde, liegt neben der eifrigen und aufopfernden Arbeitsleistung der Mitglieder wesentlich an der geschickten und belebenden Leitung des Institutsvorstandes, welcher, in seiner Zusammensetzung bislang nur einem geringen Wechsel unterworfen, seine Aufgaben fortgesetzt unter hohem Gesichtspunkt mit offenem Blick und nie das tatsächliche Verhältnis außer acht lassend erfüllte und so unter Zurückdrängung jeder an sich mehr dilettantenhaften Anmaßung dem Institut den Stempel reiner und durchgebildeter Wissenschaft aufdrückte. Gerade nach dieser Richtung hin hatte das Institut als einen außerordentlichen Verlust das unerwartet frühzeitige Hinscheiden seines Präsidenten (seit 1899) Karl Theodor von Inama-Sternegg zu beklagen, welchen nicht nur seine hohe wissenschaftliche Befähigung und seine ausgedehnten gründlichen Kenntnisse, sondern ebenmäßig die Vorzüge einer gefestigten, jedem in liebenswürdigster Weise entgegenkommenden Persönlichkeit neben einem sicheren Beherrschen der äußeren Formen ganz besonders zu der Leitung des Instituts befähigten und es ihn großzügig verwalten ließen.

Was nun die einzelnen Arbeiten des Internationalen Statistischen Instituts anlangt, so bezogen sich dieselben zunächst auf die nähere Festlegung der allgemeinen Grundsätze für die Durchführung der großen regelmäßigen Bevölkerungserhebungen. In eingehenderer Weise stellte man die Grundzüge, nach welchen die Volkszählungen überall durchzuführen seien, fest, dabei die Grenzen weit ziehend, so daß beispielsweise auch geistige Gebrechen mit zur Feststellung gelangen sollten. Mehr allgemein gehalten war die grundsätzliche Regelung, welche man für die Berufszählungen beschloß, während für die Verfolgung der Bewegung der Bevölkerung im allgemeinen wiederum bestimmter die

Einzelheiten festgelegt, namentlich aber auch der Bedeutung einer übereinstimmenden Aufarbeitung und Veröffentlichung Rechnung getragen wurde. Die Beschlüsse konnten nach Lage der Sache natürlich nicht die Wirkung haben, daß die betreffenden Erhebungen überall in den einzelnen Staaten ganz nach ihnen ausgestaltet wurden; es wird jedoch ein gewisser Einfluß bezüglich der Einzelheiten nicht zu verkennen sein. Näher sind dann auf den verschiedenen Tagungen besondere Punkte aus jenen Erhebungen zu einer eingehenderen Behandlung und Festlegung gelangt, bezüglich derer der tatsächliche Einfluß vielleicht noch höher eingeschätzt werden darf. Es schlägt hierher die Klassifikation der Berufe für die Berufszählungen, die Durchführung der Arbeitslosenzählung bei derselben, die Klassifikation der Todesursachen, welche namentlich eingehend und wiederholt zur Beratung stand, die einzelnen besonderen Beziehungen, in denen die Wanderungen zu verfolgen, die näheren Festlegungen über die Ehescheidungen, eine genauere Festlegung in bezug auf die geistigen und gewisse körperliche Mängel tunlichst unter ärztlicher Beihilfe.

Im Anschluß daran wäre der Beschluß hervorzuheben, bezüglich der bei den Volkszählungen festgestellten Ausländer Individualkarten unter den betreffenden Staaten zum Austausch zu bringen, ferner die Verhandlungen über die Bedeutung und die praktische Anwendung von Bevölkerungsregistern, sowie über die Methoden für die demographische Erforschung unbekannter Länder, speziell die dabei anzuwendende repräsentative Methode. Bei einzelnen Momenten kam weniger die grundsätzliche Festlegung wie gleichzeitig die Beurteilung der erzielten Ergebnisse, die unter verschiedenen Gesichtspunkten sich vollziehen konnte, in Frage, so bei den Erörterungen über den Zusammenhang zwischen Altersgliederung und Sterblichkeitsrate, den zahlreicheren Verhandlungen bezüglich der ehelichen Fruchtbarkeit, den weiteren über den Generationswechsel, über die Langlebigkeit in einzelnen Ländern, über die Kindersterblichkeit und speziell die Sterblichkeit der Pflegekinder, über den Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Geburten, der Totgeburten und Kindersterblichkeit einerseits und der Wohlhabenheit und dem städtischen oder ländlichen Charakter der Bevölkerung anderseits, über die Sterblichkeit in den Großstädten, über Fortpflanzung und Sterblichkeit.

Des weiteren hat sich das Internationale Statistische Institut mit einer größeren Reihe von Spezialstatistiken beschäftigt, dabei wiederum teils eine allgemeinere grundsätzliche Regelung ins Auge fassend, teils nur Einzelmomente herausgreifend oder eine gewisse Anzahl derselben zusammenziehend, teils auch eine Sonderbehandlung in bestimmter Beziehung empfehlend. Es handelt sich dabei um die Kriminalstatistik, bezüglich derer namentlich Näheres zur Feststellung über die Persönlichkeit der Verurteilten sowie zur Klassifikation der Delikte berührt wurde, um die Sparkassenstatistik, für welche man besonders eine nähere Ermittelung über den Beruf der Sparkasseneinleger als notwendig erklärte, um die Armenstatistik, auf deren Gebiet international vergleichbare Daten zu erreichen zurzeit allerdings als aussichtslos erachtet wurde, für welche man aber die Anwendung von Individualzählkarten für jeden Armen als zweckentsprechend bezeichnete, um die Arbeiterstatistik, bezüglich deren im wesentlichen die in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen ausgetauscht wurden, um die Verkehrs- und Transportstatistik, aus der vorzugsweise auch die Eisenbahnstatistik herausgegriffen wurde, welche man zu vereinfachen und in eine sachgemäßere Ordnung zu bringen wünschte, um die Lohnstatistik, deren Schwierigkeiten speziell bei der Festlegung der landwirtschaftlichen Löhne eingehend charakterisiert wurden, um Agrarstatistik, deren allgemeine Fortschritte man berührte, um eine Statistik der Benutzung der öffentlichen Bibliotheken, um eine internationale Elektrizitätsstatistik, um internationale Meeresforschungs- und Seefischereistatistiken.

Besonders eingehend widmete man sich der Handelsstatistik und hob dafür Anforderungen nach einzelnen Richtungen hin hervor, ebenso aber auch die großen Schwierigkeiten, welche der internationalen Vergleichbarkeit auf diesem Gebiete entgegenstünden; betont wurde speziell die Notwendigkeit einer gleichartigen Warenklassifikation oder wenigstens einer solchen, welche die Zusammenfassung der Waren in gleichartige Gruppen gestatte; nach der historischen Seite hin wurden auch die Quellen der Handelsstatistik im Mittelalter berührt. Aus der Unterrichtsstatistik wurden für eine internationale Statistik des höheren Unterrichts die Grundsätze im einzelnen festgelegt. Unter welchen Gesichtspunkten die Aktiengesellschaften statistisch näher zu erfassen sind, wurde untersucht, dazu namentlich auch die Aufstellung der Bilanzen derselben erörtert; zu einem abschließenden Ergebnis gelangte man dabei aber bisher nicht. Auch die Frage, wie zu einer internationalen Vergleichbarkeit auf dem Gebiete der Statistik der hypothekarischen Verschuldung zu gelangen sei, wurde angeschnitten, ohne daß ein Abschluß erreicht wurde.

Betreffs der Unfallstatistik wurde erst jüngst in Paris ein greifbarer Erfolg erzielt; für eine internationale Festlegung einigte man sich über eine Tabellenformulierung, nach welcher für größere Industriegruppen die Vollarbeiter, die Unfälle und ihre Folgen, die Verletzungen und die Ursachen der Unfälle nachgewiesen werden sollen, faßte mit Absicht aber die Formulierung zunächst nur in großen Zügen und ohne ein näheres Eingehen ins einzelne, um die Anwendung ohne Schwierigkeit für alle die Sonderverhältnisse in den einzelnen Staaten möglich zu machen, den letzteren eine speziellere Ausgestaltung nach ihren Verhältnissen überlassend. Auch eine internationale Statistik des Zeitungswesens wurde zur Erörterung gebracht; man hob die einzelnen festzulegenden Momente heraus, eine allgemeine Durchführbarkeit nach dieser Richtung hin stieß aber von gewissen Seiten auf Zweifel und wurde deshalb ein bestimmtes Resultat noch nicht gewonnen. Wiederholt und eingehend beschäftigte man sich mit der Tuberkulosestatistik, deren hohe

praktische Bedeutung besonders anzuerkennen; man wollte dieselbe sowohl auf Mortalität wie auf Morbidität erstrecken und stellte in beiden Beziehungen eine Reihe von Einzelforderungen ziemlich weitgehender Natur auf, bezüglich deren man sich zum Teil erst auf der letzten Pariser Tagung einigte, ohne damit aber die Angelegenheit schon ganz als erledigt abschließen zu wollen.

Das Institut hat sodann auch selbständig die Lösung größerer internationaler statistischer Aufgaben unternommen, für welche das Material durch die am Institut beteiligten Vertreter der einzelnen Staaten beschafft wurde, die weitere Bearbeitung durch einzelne Institutsmitglieder und die Veröffentlichung im Bulletin des Instituts oder auch anderweitig erfolgte. So wurde eine Statistik des Flächeninhalts, der Bevölkerung und Volksdichtigkeit aller Länder der Erde zunächst nach dem Stande von 1886 aufgestellt, welche für die Jahrhundertwende 1900 in gleicher Weise wiederholt wurde. Seit einer Reihe von Jahren wird regelmäßig für jede Tagung nach dem derzeitigen Stande eine internationale Statistik der mobilen Werte nach sorgfältigst zusammengetragenen Unterlagen ausgearbeitet. Neueren Datums sind die Bemühungen für die Statistik einer internationalen Zahlungsbilanz, für die ziffernmäßige Aufstellung der Ergebnisse des gesamten wirtschaftlichen Verkehrs der einen Volkswirtschaft mit den anderen Volkswirtschaften, eine Statistik, welche jedoch schon auf Wiederholung zurücksieht. Es gehört hier ferner her die internationale Statistik über die Bewegung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern nach den Zivilstandsregistern, welche 1907 zum erstenmal veröffentlicht wurde, deren Wiederholung aber, wenn auch nur in Zwischenräumen von mehreren Jahren, in Aussicht genommen ist. Angeregt ist in neuester Zeit eine Statistik der Grundbesitzverteilung in den einzelnen Ländern, doch ist darüber noch kein volles Einverständnis erzielt. Anschließend ist der Herausgabe eines Jahrbuchs der großen Städte Europas zu gedenken, der das Institut seine Unterstützung lieh, ferner des Versuchs, die Steuerbelastung von Industrie und Handel, wie sie in den einzelnen Ländern auf allgemeinen Staatssteuern und auf Spezialsteuern beruht, näher festzulegen, der aber erst in neuester Zeit angeregt und zu einem Ergebnis noch nicht geführt hat. Der weitere Plan, eine Zusammenstellung über die Prämien und die unmittelbaren Subventionen zu geben, welche von den einzelnen Staaten der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel und der Seeschiffahrt gewährt werden, ist nach den auf der Pariser Tagung gemachten Mitteilungen vorläufig als gescheitert anzusehen, während ein anderer erst kürzlich aufgetauchter, die Herausgabe eines Wörterverzeichnisses über die allgemeinen und besonderen technischen Ausdrücke der statistischen Wissenschaft mit Klarlegung und Feststellung ihrer Bedeutung, im günstigsten Fortschreiten begriffen ist.

Ferner wurde eine Reihe im wesentlichen methodologischer Fragen behandelt, um für gewisse Gegenstände durch grundsätzlich gleiche Festlegungen die Möglichkeit internationaler Behandlung zu erzielen oder auch nur um den Wert bestimmter Methoden im besonderen zu ermessen. Praktische Erfolge werden auch hierbei anzuerkennen sein, wenngleich einzelne Fragen zurzeit noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Es gehört hierher die nähere Erörterung der Frage, unter welchen Grundsätzen die Getreidepreise sich am zuverlässigsten und für die internationale Vergleichbarkeit brauchbarsten feststellen lassen; des weiteren dann die Fragen, wie eine internationale Vergleichbarkeit der Arbeitslöhne zu erreichen, welche Methode für die Berechnung des nationalen Vermögens anzuwenden sei, wie die Bilanzen der Aktiengesellschaften behufs statistischer Verwertung aufzustellen seien. Wiederholt beschäftigte man sich mit der sog. repräsentativen oder typischen Methode und deren Anwendbarkeit; im allgemeinen vertrat man dabei die Ansicht, daß von derselben nur in gewissen Fällen und mit Vorsicht Gebrauch zu machen sei. Auf der letzten Pariser Tagung trat auch die Behandlung der sog. mathematischen Statistik stärker in den Vordergrund. Endlich sind hier die Verhandlungen über ein gleichartiges Vorgehen bei der Herstellung graphischer Arbeiten anzuführen.

Eine weitere Klasse von Verhandlungsgegenständen umfaßt wesentlich in das wirtschaftliche Gebiet übergreifende Einzelheiten, die unter internationalem Gesichtspunkt behandelt wurden, so der Einfluß der Zollauflagen auf die Warenpreise, das Verhältnis von Volksvermögen und Volkseinkommen, die Überwälzung der Zölle, die näheren Festlegungen über den Alkoholismus, die Produktion der Edelmetalle usw.

Schließlich haben wir noch der besonderen Mitteilungen über die größeren statistischen Erhebungen der einzelnen Länder und der Vorträge über allgemeine Fragen, wie sie meist die Anfangsvollversammlungen einzuleiten pflegten, zu gedenken. Aus den ersteren heben wir hervor die Mitteilungen über die großen russischen Volkszählungsarbeiten von 1897, über die Tätigkeit und die Veröffentlichungen des englischen Handelsamts, über die Entwickelung und die Organisation der niederländischen Statistik, über die Methode und das Resultat der großen statistischen Industrie-Aufnahme Ungarns von 1899, über die Entwickelung der Kriminalstatistik in Ungarn, in Belgien, in Frankreich und in den Niederlanden, über die Ergebnisse der Statistik der Zivilrechtspflege in Schweden, über die Poststatistik in Ungarn, über eine Erhebung bezüglich des Verbrauchs in den dänischen Arbeiterfamilien, desgleichen für die arbeitende Klasse in Belgien, über eine anthropologische und sanitäre Enquête der italienischen Militärverwaltung, über die Durchführung der deutschen Berufs- und Betriebszählung von 1907, über die Bevölkerungserhebungen in den Städten Tokio und Kobe, über die hypothekarische Verschuldung in Ungarn, über die statistische Vereinigung der italienischen Städte usw.

Die letztberührten allgemeinen Vorträge behandelten unter anderem: die Einkommensverteilung in alter und in neuerer Zeit; den Verbrauch als Maßstab des Wohlstandes der Individuen, der Familien und der Nationen; den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Italiens von 1861—1889; die bisherige



industrielle Wirtschaftspolitik Ungarns und ihre Ergebnisse; soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte aus den Zählungen zu Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts; die historische Lohnbewegung von 1300—1900 und ihre Ursachen; das Vergehen und Aussterben der Völker; die Zukunft der Statistik; den Homo medius; die Konzentration in der Industrie nach den Ergebnissen der neueren statistischen Erhebungen; das Horoskop der Bevölkerung im zwanzigsten Jahrhundert; wirtschaftliche Krisen; die monographische Methode in ihren Eigenarten; die Bevölkerungsverteilung auf der Erdoberfläche und die Ursachen ihrer Verschiedenheit; die sozialen Klassen.

Wenngleich wir im Vorstehenden nur das Bedeutungsvollste und das am meisten Interesse Bietende aus den Verhandlungen des Internationalen Statistischen Instituts herausgegriffen haben, so ist doch damit schon eine reiche Fülle aus all den einzelnen Zweigen der Statistik berührt. Jedenfalls ist nicht zu verkennen, wie das Institut mit Eifer bestrebt gewesen ist, der gesetzten Aufgabe nachzukommen, dem Fortschreiten und der weiteren Ausbildung der Statistik zu dienen. Noch mehr wird man sich hiervon überzeugen, wenn man die nunmehr schon eine stattliche Reihe ausmachenden Bände des Bulletins des Instituts einer näheren Prüfung unterzieht.

Zeigt sich nun aber schon daraus, daß das Internationale Statistische Institut seinen eigentlichen Zweck in vollem Maße erfüllt hat, so möchten wir daneben doch auch noch eine andere Seite seiner Wirksamkeit herausheben, deren Bedeutung wir ganz besonders hoch anschlagen zu müssen glauben. Die einzelnen Tagungen des Instituts vereinigen regelmäßig alle zwei Jahre eine größere Anzahl von vorragenden Vertretern der Statistik aus allen Kulturstaaten miteinander. Diese Vereinigung findet nicht nur in den Sitzungen, sondern durchweg infolge allerhand gemeinsamer Veranstaltungen auch außerhalb der Sitzungen statt. Dadurch ist aber für die Teilnehmer an den Tagungen reiche Gelegenheit zu einem persönlichen Meinungsaustausch gegeben. Und gerade diesem persönlichen Meinungsaustausch und dem damit meist ohne weiteres verbundenen persönlichen Nähertreten der an der gleichen Wissenschaft Beteiligten der verschiedenen Staaten muß ein hauptsächlicher Wert beigelegt werden. Ganz anders wie durch schriftliche Korrespondenz, weit erfolgreicher wird durch diesen unmittelbaren persönlichen Verkehr der einzelne sich unterrichten können, wie dieses oder jenes in anderen Staaten geregelt ist oder gehandhabt wird, welche Erfahrungen man mit dieser oder jener Methode gemacht hat, welche Gründe im einzelnen zu besonderen Ergebnissen geführt usw. Dadurch gewinnt aber nicht nur der einzelne an Überblick und kann sich die Erfahrungen anderer Staaten nutzbar machen, sondern es wird in gleicher Weise auch das Ganze gefördert. Bei einer Wissenschaft, welche wie die Statistik in so vielen Berührungspunkten über das örtliche Gebiet des einzelnen Staates hinübergreift, muß hierauf aber noch in höherem Maße Gewicht gelegt werden. Daß auch nach dieser Richtung hin das Internationale Statistische Institut fördersam wirkt und voll seinen Zweck erfüllt, wird keiner verkennen, der je dessen Tagungen beigewohnt und auf denselben den freundschaftlichen Verkehr der Vertreter der verschiedenen Nationen miteinander kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 (im Königreich Sachsen). — Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes. Jahrgänge 1906, 1907 und 1908. 174 S.

Die Ergebnisse der deutschen Volkszählung von 1905, wie sie nach den hierzu erlassenen Bundesratsbestimmungen von den Einzelstaaten des Deutschen Reichs bearbeitet und vom Kaiserlichen Statistischen Amte bis jetzt veröffentlicht wurden, sind bereits besprochen worden. Die größeren Bundesstaaten geben, wie stets bei den Volkszählungen, auch ihrerseits Veröffentlichungen heraus, die in örtlicher und sachlicher Hinsicht mehr ins einzelne zu gehen pflegen als die Reichsstatistik. Die diesbezügliche sächsische Veröffentlichung bietet in zwei großen Tabellen Nachweisungen einerseits für die Gemeinden, die dabei nach Verwaltungsbezirken geordnet sind, anderseits für die nach den landeskirchlichen Parochien gruppierten Wohnplätze und Ortsteile. Erstere Tabelle gibt für jede Gemeinde die Zahl der Einwohner (unterschieden nach dem Geschlecht und 2 Hauptaltersklassen), der Gebäude, Haushaltungen und Anstalten; letztere enthält die Statistik der Bevölkerung nach den Glaubensbekenntnissen und diente als Unterlage zu einer nach besonderer (Wiechelscher) Methode entworfenen Volksdichtekarte des Königreichs. Ferner überschreiten die obengenannten Veröffentlichungen den Rahmen der Reichsstatistik insofern, als die Ergebnisse von drei nur in den sächsischen Erhebungsformularen gestellten Fragen (nach den getrennt lebenden unter den verheirateten Personen, nach den Sachsen unter den Personen deutscher Staatsangehörigkeit, und nach den vorübergehend aus der Haushaltung Abwesenden) verarbeitet sind, und als gewisse, sonst nur nach der Häufigkeit ihres Vorkommens auszuzählende Merkmale auch nach dem Zusammentreffen mehrerer derselben bei der nämlichen Person untersucht wurden.[1]) Das Hauptergebnis dieser Ermittelungen besteht darin, daß die Minderheiten — die namentlich in bezug auf Staatsangehörigkeit und Glaubensbekenntnis in Sachsen wie anderwärts rasch wachsen —, erheblich anders zusammengesetzt sind, wie die mehr bodenständige Hauptmasse der Bevölkerung. So waren z. B. unter den Angehörigen der evan-

1) Über die besonderen Auszählungen zur Ehestatistik siehe D. St. Z. Nr. 1, S. 8.



gelisch-lutherischen Landeskirche 87,04 % sächsische Staatsangehörige, unter den übrigen Bewohnern nur 32,25 %. *E. Würzburger.*

Die fremdsprachigen Personen im Herzogtum Braunschweig (Volkszählung 1905). Vom Geh. Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann. Beitr. z. Stat. d. Herzogt. Braunschweig. Heft XXIII. 1908. S. 71—116.

Die erstmalige Feststellung über die Muttersprache, welche für das Herzogtum Braunschweig bei der Volkszählung 1900 vorgenommen wurde, hatte ergeben, daß die Bevölkerung in weitaus stärkerem Maße, als man bislang angenommen, mit fremdsprachigen Elementen durchsetzt ist. Es führte dieses dazu, daß die Frage nach der Muttersprache für Braunschweig bei der Volkszählung 1905 wiederum gestellt und gleicherzeit eine eingehende Bearbeitung der bezüglichen Zählungsergebnisse angeordnet wurde. Dabei handelt es sich in der Hauptsache naturgemäß um eine nähere Klarlegung der Verhältnisse der fremdsprachigen Bevölkerung. Letztere hat sich in den fünf Jahren von 1900 zu 1905 noch weiter gehoben; zu ersterem Zeitpunkt machte sie 1,15 % der Gesamtbevölkerung aus, zu letzterem aber 1,38 %. Obgleich das Auftreten einer fremdsprachigen Bevölkerung zweifellos eine Erscheinung neuesten Datums ist, macht sich dasselbe nicht etwa nur vereinzelt und stellenweise, sondern in weiterer Verbreitung über das ganze Herzogtum geltend; in mehr als der Hälfte der Ortschaften, in 242 von 457, wurden Personen mit fremder Muttersprache festgestellt und in 41 Ortschaften brachten es die Fremdsprachigen auf 5 und mehr Prozent der Gesamtbevölkerung. Von den fremden Muttersprachen steht die polnische weitaus obenan mit 70,18 % der ganzen fremdsprachigen Bevölkerung, daneben treten noch die tschechische Muttersprache mit 9,78 %, die russische mit 4,61 % und die italienische mit 2,77 % etwas mehr hervor. Die Vertreter der fremden Muttersprachen zeigen natürlich nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Religion, Gebürtigkeit und Staatsangehörigkeit die eigenartigen Erscheinungen, welche für die Wanderbevölkerung hervortreten und ein Charakteristikum derselben bilden. Unter den Berufen, welche vorwiegend fremder Arbeitskraft bedürfen, kommt für das Herzogtum in stärkerem Maße die Landwirtschaft speziell in ihren größeren, aber auch in den mittleren Betrieben in Frage; dieser Umstand bildet die Ursache dafür, daß sich die fremdsprachige Bevölkerung in breiterer Ausdehnung über das Herzogtum verteilt hat. Einzelne Anzeichen sind auch dafür vorhanden, daß eine gewisse Seßhaftigkeit im weitesten Sinne unter der fremdsprachigen Bevölkerung in der Entwickelung begriffen ist, ohne jedoch bisher schon größere Bedeutung erlangt zu haben. *F. W. R. Zimmermann.*

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900. (Erläuterungsbericht und Tabellenwerk.) Heft III der Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg. 1906. LXXX u. 125 S.

Das Heft enthält eine eingehende Grundstücks- und Wohnungsstatistik, sowie die Volkszählungsergebnisse für Straßburg in XXVIII bezw. XLVI Tabellen, welche Gliederung auch dem beschreibenden Teile zugrunde liegt. Von allgemeinem Interesse ist der Nachweis über das Abwandern der Bevölkerung aus dem Stadtkern nach der Peripherie. *K. Eichelmann.*

Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Nr. 19 der Beiträge zur Statistik der Stadt Karlsruhe. 23 S. Preis 1 ℳ. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Die Zählung ist die erste, die Karlsruhe als Großstadt erscheinen läßt. Mit 111 249 Einwohnern steht Karlsruhe unter den 41 Großstädten an 38. Stelle, mit einer Bevölkerungszunahme von 14,47 % (seit 1900) an 18. Stelle. Die Bevölkerung zeigt in ihrer Zusammensetzung ein ähnliches Bild wie die anderer Großstädte, namentlich im Altersaufbau (die Altersklassen von 16—25 Jahren betragen 24,5 %) und in der Gebürtigkeit der Bewohner (von denen 66,84 % Fremdbürtige sind). Die Arbeit untersucht ferner die Haushaltungen nach ihrer Größe und Zusammensetzung und bringt zum Schluß eine Übersicht der Bevölkerung nach Straßen (bei den 3 letzten Volkszählungen). Dabei zeigt es sich, daß auch in der ruhigen „Beamtenstadt" Karlsruhe die im Zentrum der Stadt gelegenen Wohnungen, die mit großer Zähigkeit festgehalten werden, allmählich doch einen Teil ihrer Bewohner an die äußeren Stadtviertel abgeben müssen. *O. Berendt.*

Kurze Mitteilungen aus den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt a. M., neue Folge, Ergänzungsheft VIII. 42 S.

Die Veröffentlichung enthält die hauptsächlichsten Ergebnisse der Volkszählung von 1905 für Frankfurt und seine nähere Umgebung (benachbarte Städte und auch kleinere Gemeinden). *A. Busch.*

II. Bewegung der Bevölkerung.

Die Bearbeitung der Statistik der Bevölkerungsbewegung durch die Statistischen Ämter im Deutschen Reiche. Von Dr. Eugen Würzburger. „Allgemeines Statistisches Archiv", Bd. 7, Ergänzungsheft. Tübingen 1909. ℳ 4,40 bzw. 3,80.

Die Statistik der Bevölkerungs- und Zivilstandsbewegung gehört im Deutschen Reiche zur „föderierten" Statistik; es werden von den Einzelstaaten alljährlich bestimmte Tabellen, deren Schema vom Bundesrat festgesetzt ist, dem Kaiserlichen Statistischen Amte übersandt, welches sie zusammenstellt und veröffentlicht. Diese Tabellen halten sich trotz ihrer seit 1901 erfolgten Erweiterung in einem ziemlich engen Rahmen. Verfeinerte Studien über die Tatsachen der Bevölkerungsbewegung können sich daher in der Hauptsache nur auf die Ergebnisse derjenigen Bearbeitungen gründen, die von den Statistischen Ämtern der Bundesstaaten und der Städte für ihr Gebiet über das Maß der vom Reiche Verlangten hinaus vorgenommen zu werden pflegen. Diese zahlreichen, nach Sachbetreff und Art sehr verschiedenen Sonderbearbeitungen

sind aber in den langen Bändereihen der Veröffentlichungsorgane der einzelnen Statistischen Ämter zerstreut und zum Teil überhaupt nicht vervielfältigt, so daß ihr Vorhandensein sogar dem Fachmanne oft entgeht. Der beste Weg, ihre Benützung zu erleichtern, würde natürlich die Veröffentlichung einer Zusammenfassung ihrer gesamten Ergebnisse sein. Da ein solches Unternehmen aber vorläufig an der Kostenfrage scheitern dürfte, so wurde in dem obengenannten Hefte der Versuch gemacht, einen Überblick über diese reichhaltige Quellenliteratur in der Weise zu geben, daß der Inhalt aller hierhergehörigen Bearbeitungen aus den letzten 25 Jahren durch Angabe der Überschriften und der Vorspalten der Tabellen registerartig zusammengestellt wurde.

Außer den gewöhnlich zur Bevölkerungsbewegung gerechneten Tatsachen, den Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen, werden in dem Hefte auch die Legitimationen unehelicher Kinder, die rechtlichen Ehelösungen und die Todesursachen behandelt. *E. Würzburger.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Der unbebaute Großgrundbesitz in Frankfurt a. M. und seine Besitzer. Beiträge zur Statistik der Stadt. N. F., 6. Heft, S. 32ff.

Was den Besitz von Einzelpersonen betrifft, so kommen 24 Personen mit je über 5 ha Grundbesitz und insgesamt 450 ha Fläche bei einem Schätzungswert von rund 31 000 000 ℳ in Betracht. Es handelt sich hierbei um 11 Landwirte mit 79 ha Fläche von einem Schätzungswert von etwas über 1 000 000 ℳ, 5 Kaufleute und Fabrikanten mit 280 ha Fläche von 25 000 000 ℳ Schätzungswert. Die übrigen 8 Besitzer sind Rentner und Angehörige verschiedener Berufe. Bemerkenswert ist, daß zwei der Großgrundbesitzer, ein Kaufmann, dessen Besitz 21 ha mit 2 000 000 ℳ Schätzungswert beträgt, und ein Rentner mit 32 ha von gegen 300 000 ℳ Schätzungswert, auswärts wohnen.

Für den Besitz mehrerer Personen kommen 13 Besitzergruppen mit 41 Personen, 247 ha Fläche von 11 000 000 ℳ Schätzungswert in Betracht. Der Teilbesitz, an welchem die voraufgeführten 41 Personen Anteil haben, beläuft sich auf 48,5 ha zum Schätzungswerte von 2 000 000 ℳ. Er liegt zum größten Teile in Vorstadtgemarkungen und ist wohl infolge von Erbgang entstanden.

Der Besitz nichtphysischer Personen verteilt sich auf die Eisenbahnverwaltung mit 67 ha von einem Schätzungswert von 7 000 000 ℳ, auf die Militärverwaltung und auf die Strombauverwaltung mit kleinen Flächen. Dazu kommen 4 Aktiengesellschaften mit zusammen 65 ha von einem Schätzungswert von 5 000 000 ℳ. Zwei der Aktiengesellschaften sind große Wohnungsbaugesellschaften, welche außer dem unbebauten Grundbesitz noch Häuser von erheblichem Wert besitzen. Ferner treten hinzu 2 Fideikommisse und 1 Erblehen mit zusammen 332 ha von einem Schätzungswerte von 16½ Millionen Mark. Das größte Fideikommiß hat 180 ha Fläche mit annähernd 8 000 000 ℳ Schätzungswert.

Der unbebaute Grundbesitz der Stadt und der Stiftungen innerhalb des Stadtkreises belief sich nach einer Erhebung aus dem Jahre 1900 auf 4000 ha Fläche einschließlich Waldbesitz mit 51 000 000 ℳ für die Stadt und 734 ha und 25 000 000 ℳ Schätzungswert für die Stiftungen (10 Institute). Die Schwierigkeit der Verarbeitung des Materials gestattet es nicht, in kurzen Zeiträumen solch eingehende Untersuchungen durchzuführen. Die jährlichen Feststellungen im städtischen Verwaltungsbericht geben jedoch einen Anhalt über die Steigerung des städtischen Grundbesitzes. Danach ist der Besitz an unbebautem Gelände innerhalb des Stadtgebiets vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1908 auf 4420 ha gestiegen, welche einen Gesamtwert von über 85 000 000 ℳ darstellen. Der Besitz der Stiftungen ist infolge des Übergangs von Gelände in städtischen Besitz zurückgegangen.

Außerhalb des Stadtgebiets belief sich der städtische unbebaute Grundbesitz im Jahre 1900 auf 162 ha ohne die Wasserleitungs- und Entwässerungsanlagen. Im Jahre 1908 war die Zahl 356 ha. Von diesen entfallen allein 211 ha auf den im Jahre 1910 zur Eingemeindung kommenden Landkreis. *A. Busch.*

Die Grundstücks-Gebäude- und Wohnungszählung vom Dezember 1905 in Kiel. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt. Nr. 12. 84 S. u. 8 Tafeln. Verlag von Lipsius und Tischer, Kiel 1909. 6 ℳ.

Die Zählung wurde mit der Volkszählung verbunden und mittels einer Grundstücksliste und Wohnungskarte ausgeführt. In die Grundstücksliste wurden auch der gemeine Wert und die Fläche der Grundstücke eingetragen. Das Aufnahmejahr (1905) war für die bauliche Entwickelung Kiels insofern von Bedeutung, als in diesem Jahre eine neue Baupolizeiverordnung mit Bauzoneneinteilung in Kraft trat.

Aus den Ergebnissen der Zählung sei folgendes wiedergegeben. An bebauten Grundstücken zählte Kiel im Dezember 1905 5618, es haben sich die Grundstücke in den letzten 15 Jahren, die allerdings zwei Eingemeindungen brachten, annähernd verdoppelt, ein Zeichen für die rapide Entwickelung der Stadt. Die Grundstückskonzentration ist in Kiel verhältnismäßig schwach ausgeprägt, der größte Grundbesitzer war die Stadt selbst mit 161 bebauten Grundstücken. Annähernd die Hälfte aller bewohnten Wohngrundstücke (2448) hatte eine Besitzdauer von höchstens 5 Jahren aufzuweisen; die Stabilität des Grundbesitzes ist also auch in Kiel nur gering. Der Behausungsziffer (27,09) nach hielt sich Kiel annähernd in der Mitte der 25 zum Vergleich herangezogenen Städte. Im übrigen machte es keine Ausnahme von der Regel der zunehmenden Besiedelungsdichtigkeit der Großstädte.

Der Gebäudebestand bezifferte sich auf 8577. Die höheren Gebäude erobern sich ein immer weiteres Feld, die Gebäude mit vier und mehr Stockwerken waren 1905 schon zahlreicher als die niedrigeren. Häufig im Verhältnis zu anderen Städten fanden sich in Kiel die Gebäude mit Wohnkeller (annähernd ⅙ aller Gebäude), erfreulicherweise sind sie jedoch, wie die Hinterhäuser, in der Abnahme begriffen.

Die Wohnungen, deren im Dezember 1905 34 139 ermittelt wurden, haben sich in den letzten 15 Jahren weit mehr als verdoppelt. Von den bewohnten Wohnungen (33 157) lag annähernd $^1/_{10}$ in Hinterhäusern (2782). Wie diese zeigten auch die Kellerwohnungen (1905 rund $^1/_{30}$ aller Wohnungen) einen stetigen Rückgang. Faßt man die 0—3, 4—5 und mindestens 6 heizbare Zimmer zählenden Wohnungen zu je einer Gruppe zusammen, so setzte sich der Wohnungsbestand Kiels zu annähernd $^4/_5$ aus Kleinwohnungen, zu rund $^1/_8$ aus Mittelwohnungen und zu kaum $^1/_{10}$ aus Großwohnungen zusammen. Der Mietpreis zeigte seit der letzten Zählung eine Steigerung. 1905 kosteten reichlich $^2/_5$ aller bewohnten Wohnungen bis zu 250 ℳ, annähernd die Hälfte 251 bis 500 ℳ und der Rest, kaum $^1/_8$, über 500 ℳ. Die Wohndichtigkeit hat sich erfreulicherweise stetig vermindert, nach der Zählung von 1905 kamen auf die Wohnung 4,16 Bewohner und auf das heizbare Zimmer 1,14. *F. Raffel.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Wirtschaftsergebnisse von Waldungen. Statistik des Herzogtums Sachsen Meiningen, Bd. 11, Nr. 3, S. 98.

Es handelt sich um die Ergebnisse von 1907 für die 5 und mehr ha großen Gemeinde-, Korporations-, Kirchen- und Stiftungswaldungen im Herzogtum, deren Gesamtwaldfläche 35072 ha beträgt. Unter Betriebsleitern stehen 34603 ha; hiervon sind eingerichtet 32789 ha = 94,75%. An Forsterzeugnissen sind 48401 Festmeter Nutzholz, 48574 fm Brennholz und 52491 fm Nichtderbholz, zusammen 149466 fm gewonnen worden, die im Versteigerungsaufgebot aus freier Hand verkauft oder zu festen Taxen an Waldbesitzer und Bürger (Bürgernutzung) abgegeben, verteilt oder verlost, oder unentgeltlieh an Bezugsberechtigte (Maßhölzer, Deputate usw.) abgegeben, oder als Nebennutzung (Bodenstreu) veräußert worden sind.

Der Gesamtgeldwert beträgt 1622045 M., wovon 1386666 M. bar vereinnahmt wurden; von 1905 bis 1907 ist der Ertrag von 1 ha Waldfläche von 43,63 M. auf 46,88 M. gestiegen, der Wert von 1 fm Derbholz (Nutz- und Brennholz zus.) von 19,42 M. auf 16,73 M. zurückgegangen. Der Anteil an Nadelholz betrug in den 3 Jahren 71, 72 und 74 Prozent. *R. Hermann.*

Bewertung des Ernteertrages in 1908. Statistik des Herzogtums S. Meiningen, Bd. 11, Nr. 3, S. 91.

Die Ernte an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln bewertet sich in 1908 auf 22,9 Mill. ℳ gegen 28 Mill. ℳ in 1907. Da einmal infolge sehr ungünstiger, das Wachstum der Herbstsaaten erheblich beeinträchtigenden Witterung im Frühjahr 1908 der Ernteertrag wesentlich geringer ausfiel, anderseits aber auch die Einheitspreise dieser Fruchtarten niedriger waren als im Jahre zuvor, so ist die Höhe des Ernteausfalls von 5,1 Mill. ℳ gegen 1907 nicht befremdlich.

Die üppig herangewachsenen Futterpflanzen dagegen: Klee, Luzerne, Wiesengras haben an Heu einen Ertrag von 11 Mill. ℳ ergeben, gegen 10 Mill. ℳ in 1907. Infolge des Minderwerts für 1 dz im Vergleich mit 1907 bewertete sich, ungeachtet eines gegen 1907 weit höheren Ernteertrags, der Ertrag an Futterpflanzen immerhin nur auf 1 Mill. ℳ mehr.

Sonach bewertet sich die Gesamternte an den genannten Feldfrüchten auf 34 Mill. ℳ, gegen 1907 um 4 Mill. ℳ geringer. An diesem Minderwert sind die Kreise Meiningen mit 56 %, Sonneberg mit 18 %, Saalfeld mit 28 % beteiligt, während der Kreis Hildburghausen mit vorwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung einen kleinen Mehrerntewert von 2 % aufweist. *R. Hermann.*

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Der Einfluß der Baugesellschaften zu ungeteilter Hand auf das Dresdner Baugewerbe in den Jahren 1902—1908. Ratsdrucksachen Nr. 128/1907 und Nr. 58/1909. Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt. Zus. 13 S.

Die Untersuchung zerfällt in zwei Teile, umfassend die Jahre 1902—1905 und 1906—1908. Sie beantwortet in der Hauptsache drei Fragen: 1. in welchem Maße in Dresden an Stelle des gewerbsmäßigen Einzelunternehmers im Bauwesen die Gesellschaft zu ungeteilter Hand getreten ist; 2. ob die Mitglieder dieser Gesellschaften zu erheblichem Teile völlig vermögenslose Personen sind, die bereits den Offenbarungseid geleistet haben oder gegen die deswegen Haftbefehl ergangen ist, und 3. ob sich auch unter den Einzelunternehmern im Bauwesen eine namhafte Anzahl befindet, die trotz Leistung des Offenbarungseides immer wieder Neubauten unternimmt. Aus ihren Ergebnissen sei hier folgendes mitgeteilt.

Gesellschaften zu ungeteilter Hand (B.G.B. §§ 705ff.) traten im Dresdner Baugewerbe zum erstenmal im Jahre 1902 auf und hielten sich in diesem und in dem folgenden Jahre noch in sehr bescheidenen Grenzen: 3 und 6 Gesellschaften mit 4 und 8 Wohnhausneubauten, gleich 2 % der gesamten damaligen Bautätigkeit. Dann wuchs ihre Zahl und ihre Bautätigkeit rasch. Das Jahr 1904 brachte 28 Gesellschaften mit 36 Neubauten (8 %) und das Jahr 1905 42 Gesellschaften mit 50 Neubauten (17 %). Insgesamt existierten in Dresden in den Jahren 1902—1905 67 Baugesellschaften. Sie bestanden aus 127 Einzelpersonen, von denen zwar die Mehrzahl dem Baugewerbe angehörte, aber gänzlich mittellos war und diese Tatsache durch den Offenbarungseid erhärtete. Von den betreffenden 127 Gesellschaftern manifestierten während der Jahre 1902—1905 nicht weniger als 71, d. i. 56 %. In 25 Fällen waren beide Gesellschafter, in 21 wenigstens der eine zum Offenbarungseid gezwungen. 46 Gesellschaften, d. i. 69 % der sämtlichen Baugesellschaften, setzten sich ganz oder zur einen Hälfte aus Manifestanten zusammen. Ähnlich war es während der genannten Jahre um die Einzelunternehmer im Dresdner Baugewerbe bestellt. Auch von diesen war ein Viertel (160) mittellos und zum Offenbarungseid genötigt. Die gleiche Tatsache erhellte auch aus den Einkommensverhältnissen und den Steuerleistungen des Bauunternehmertums. Von sämtlichen Dresdner

Bauunternehmern der Jahre 1902—1905 hatten 25 % ein Einkommen von nur 500 ℳ bis 1500 ℳ und 36 % ein solches zwischen 1500—3500 ℳ, jedoch so, daß weitaus die Mehrzahl nicht einmal den Satz von 2500 ℳ erreichte. Ferner blieben von diesen 297 Bauunternehmern 116 ihre Staats- und Gemeindesteuern ganz oder zum Teil schuldig.

In der folgenden Bauperiode (1906—1908), während der das Baugewerbe nahezu still lag, sank die Zahl der Baugesellschaften auf 40, 17 und 3, die ihrer Bauten auf 48, 18 und 6. Im übrigen waren die gleichen Mißstände vorhanden wie früher. Die Vermögensverhältnisse der Gesellschafter waren in gleichem Grade zerrüttet, wie die ihrer Vorgänger, ihre Einkommensbezüge und steuerlichen Leistungen ebenso ungenügend und unbefriedigend.

Zu dieser wirtschaftlichen Unzulänglichkeit kam in zahlreichen Fällen noch eine bedenkliche Straffälligkeit. Von 81 Gesellschaftern der Jahre 1906—1908 waren 41 vorbestraft. Davon 18 mit Gefängnis. Als Delikte kamen hier in Betracht: Betrug, Urkundenfälschung, Falscheid, Bestechung, Pfandentstrickung, Unterschlagung, Diebstahl, Vergehen gegen das Kranken- und das Invalidenversicherungsgesetz, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Unzucht. — Die Baugesellschaft zu ungeteilter Hand hat sich in Dresden in der Mehrzahl der Fälle als „legale Organisationsform eines raffinierten Bauschwindels" erwiesen. *F. Schäfer.*

Umfang und wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks in Aachen. Denkschrift betreffend die Errichtung einer Gewerbehalle in Aachen, im Auftrage des Oberbürgermeisters bearbeitet durch das Statistische Amt der Stadt. (SS. 10 bis 14 u. 17—27). 1908.

In Aachen wird die Errichtung einer Gewerbehalle, d. h. einer dauernden Ausstellung von Arbeits- und Kraftmaschinen für das Kleingewerbe, sowie von Erzeugnissen solcher Handwerker, die keinen eigenen Laden besitzen, geplant. Zur Beurteilung der Frage, ob eine solche Anstalt einen ausreichenden Wirkungskreis finden wird, erschienen Feststellungen über den Umfang des Aachener handwerksmäßigen Kleingewerbes erwünscht.

Der statistischen Erfassung des Handwerks stellen sich bekanntlich die größten Schwierigkeiten entgegen. Es fehlt an einer zutreffenden Definierung der Begriffe: „Handwerk", „Fabrik", „Hausgewerbetreibender", und alle Versuche in dieser Hinsicht sind bis jetzt an der Vielgestaltigkeit der gewerblichen Verhältnisse gescheitert. Insbesondere ist eine Unterscheidung zwischen Handwerk und Fabrik auf Grund der landläufigen Einteilung der Betriebe nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen nicht ohne weiteres angängig. Es gibt kleine Betriebe mit nicht mehr als 10 Personen, die bereits den Charakter eines kapitalistischen Unternehmens tragen, und anderseits sehr häufig Unternehmungen, die auch bei einer Personenzahl von 20 und mehr noch die typischen Merkmale des Handwerks wahren. Die Betriebe müssen also individuell eingeschätzt werden. Dem Statistiker einer Stadt von der Ausdehnung Aachens, der die einschlägigen Verhältnisse des örtlichen Gewerbes aus eigener Anschauung kennt, dürfte dies nicht völlig unmöglich sein.

Die erwähnte Denkschrift berechnet, daß von den 8169 selbständigen Unternehmungen, die bei der Betriebszählung von 1907 ermittelt wurden, 3056 als Handwerksbetriebe anzusehen sind. In diesen Handwerksbetrieben sind 7910 Personen tätig, während in allen Aachener gewerblichen Betrieben zusammen 59 784 beschäftigte Personen gezählt wurden. *M. Mendelson.*

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Die Betriebsergebnisse öffentlicher Schwimmhallen in 59 deutschen Städten. Denkschrift über das voraussichtliche Betriebsergebnis einer in Aachen zu errichtenden öffentlichen Schwimm- und Badeanstalt, bearbeitet durch das Statistische Amt der Stadt. 1907.

Die Stadt Aachen besitzt bis jetzt nur eine kleinere, von einer Aktiengesellschaft unterhaltene, dem Schwimmbedürfnis einer modernen Großstadt nicht genügende, öffentliche Schwimmanstalt. Infolgedessen hat die Stadtverwaltung die Errichtung einer im Mittelpunkte der Stadt gelegenen umfangreichen Anstalt ins Auge gefaßt. Ein Plan, gegen den jedoch eingewendet wurde, daß eine solche Anstalt nur mit einem sehr erheblichen städtischen Zuschusse betrieben werden könne. Darüber Klarheit zu schaffen, ist die Aufgabe der erwähnten Denkschrift. Sie stützt sich auf das Material, das der Verein der Badefachmänner Deutschlands durch eine Umfrage bei einer großen Zahl von öffentlichen Schwimmanstalten gewonnen hat. Berücksichtigt sind 68 Anstalten. Von diesen erzielen (ohne Berücksichtigung der Verzinsung, Tilgung und Abschreibung der Anlagekosten) 40 einen Betriebsüberschuß, während 28 einen Betriebszuschuß erfordern. Der Überschuß beträgt bei 5 Anstalten mehr als 5 % der Anlagekosten, bei 7 mehr als 3—5 %, bei 17 mehr als 1 % und bei 11 weniger als 1 %. Die Rentabilität ist also bei den einzelnen Anstalten außerordentlich verschieden. Es finden sich Anstalten mit verhältnismäßig günstiger Rentabilität in größeren wie kleineren Städten. Die Untersuchung gelangt daher zu dem Ergebnis, daß die Rentabilität nicht ohne weiteres von der Bevölkerungsziffer einer Stadt abhängt. Als Vorbedingung eines günstigen Betriebsresultates sind vielmehr vor allem zu bezeichnen: zentrale Lage der Anstalt; übersichtliche Einrichtung der Anstalt im Innern, damit die Bedienung, sowie das Personal möglichst ökonomisch ausgenutzt werden kann; endlich auch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Bädertarife, wobei besonders zu beachten ist, daß sehr hohe Preise, da sie auf den Besuch sehr ungünstig einwirken, keineswegs ein gutes finanzielles Gesamtergebnis verbürgen.

M. Mendelson.

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Eisenbahnwanderungen zwischen Wohn- und Arbeitsort. Zeitschrift des Königl. Bayer. Stat. Landesamtes 1909, II. S. 305—329.

Die Arbeiterfahrkarten ermöglichen weiten Kreisen der berufstätigen Bevölkerung den Verkehr

zwischen ihrer Heim- und Arbeitsstätte zu ermäßigtem Tarif (1 ₰ pro km). Seit ihrer Einführung im März 1891 hat die Benützung dieser Vergünstigung rasch zugenommen. Im Jahre 1907 wurden allein im rechtsrheinischen Bayern über eine Million (1 176 099) solcher Karten abgesetzt — davon fast 110 000 auf Privatbahnen — und über 6½ Millionen Fahrten zu Arbeitszwecken damit ausgeführt.

Es gelangen zwei Arten von Arbeiterkarten zur Ausgabe, die Rückfahr- und die Wochenkarten. Erstere dienen zum Aufsuchen des Arbeitsortes bei Beginn und zur Rückkehr an den Wohnort am Schluß einer Arbeitsperiode, also hauptsächlich solchen Personen, welche — während der Woche fern vom Wohnort — nur die Sonn- und Feiertage in ihrem Heim verbringen; außerdem werden sie auch von Hausgewerbetreibenden bei ihren gelegentlichen Fahrten zur Abholung der Rohstoffe und zur Ablieferung der Produkte benützt. Die Wochenkarten berechtigen zu täglichen Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort während der Dauer einer Arbeitswoche.

In Bayern sind unter den Personen, die sich der Eisenbahn für ihren Arbeitsverkehr bedienen, die täglich Wandernden in der Minderzahl; es wurden nämlich 1907 nicht viel mehr als 390 000 Wochenkarten (also etwa 39 % der Gesamtheit) abgesetzt. Sieht man von der großen Masse jener Arbeiter ab, die sich mit Hilfe anderer Verkehrsmittel oder zu Fuß an ihre Arbeitsstätte begeben, so erscheinen vorherrschend die einmaligen Fahrten und zwar aus mitunter sehr beträchtlichen Entfernungen. Mehr als ein Sechstel aller unternommenen Fahrten (rund eine Million) erstreckte sich auf Entfernungen von 20—150 km. Natürlich gestattet der hierbei notwendige Aufwand an Geld und Zeit keine tägliche Wiederholung der Arbeitsfahrten. Der betreffende Arbeiter behilft sich mit einer Schlafstelle am Arbeitsort und verbringt nur die Feiertage an seinem eigentlichen Wohnort. Die wirtschaftliche Grenze, bis zu welcher ein Arbeiter regelmäßige, tägliche Eisenbahnwanderungen zur Arbeitsstätte unternimmt, kann im allgemeinen mit 30—40 km angegeben werden, der höchste Aufwand an Zeit bei diesem Verkehr zwischen Wohn- und Beschäftigungsort beträgt hiernach etwa 1—2 Stunden täglich. Im Durchschnitt ist jedoch der Aufwand an Zeit weit geringer; über vier Fünftel der täglichen Eisenbahnfahrten der Arbeiter beschränken sich auf den näheren Umkreis der Ausgangsstation (1 bis 12 km).

Die einzelnen Gebietsteile des Königreichs zeigen je nach ihrer wirtschaftlichen Entwickelung eine verschieden starke Beteiligung an den Arbeitswanderungen. An der Spitze steht hinsichtlich der Zahl der verkauften Karten (300 860) wie auch der zurückgelegten Fahrten (1 940 280) der mittelfränkische Kreis. Nürnberg allein bildete, wenn man die von dort ausgegangenen wie auch die dorthin gerichteten Fahrten ins Auge faßt, den Mittelpunkt von faßt 1 400 000 Eisenbahnwanderungen zu Arbeitszwecken. In Oberbayern fällt München stark ins Gewicht, das eine Verkehrsleistung von mehr als 650 000 Arbeitsfahrten aufweist. Sehr beträchtlich ist auch der Arbeiterverkehr in den fränkischen Regierungsbezirken, wo die Heimarbeiter (der Korbindustrie u. a.) sich die Einrichtung der Arbeiterfahrkarten vornehmlich zunutze machen.

In einigen Gebieten zeigt sich ein geschlossener Arbeitsverkehr, durch bestimmte Industrien hervorgerufen und nach wenigen Orten gerichtet. Daneben gibt es wieder Gebiete, die ihre überschüssigen Arbeitskräfte nach vielen Richtungen verteilen. Dazu kommt schließlich der von den Großstädten ausgehende Verkehr, der einen besonderen Charakter trägt.

Die Einrichtung der Arbeiterkarten hat nach der vorliegenden Arbeit in doppelter Richtung besondere Bedeutung erlangt. Sie ermöglicht weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung das Aufsuchen neuer oder günstigerer Arbeitsgelegenheiten und damit die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ohne den Zwang, den bisherigen Wohnort zu ändern und auf mancherlei hiermit verbundene Vorteile zu verzichten; insofern ist sie ein Hebel gegen die zunehmende Entvölkerung der ländlichen Gebiete. Anderseits ist sie auch für die Lösung der städtischen Wohnungsfrage nicht unwesentlich; sie erweist sich als wirkungsvolles Mittel gegen die immer dichtere Besiedelung der Großstädte und die sich daraus ergebende Wohnungsnot.

A. Wadler.

Kiels Schiffs- und Warenverkehr im Jahre 1908. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt. Nr. 13. Vorbemerkungen u. 13 Seiten Tabellen. Verlag von Lipsius u. Tischer, Kiel 1909. 1,50 ℳ.

Das Tabellenwerk gibt den Schiffs- und Eisenbahngüterverkehr Kiels im Jahre 1908 wieder. Zugrunde liegt das statistische Material der städtischen Hafenkasse und der Königl. Eisenbahn-Verkehrsinspektion. Zum erstenmal wurde die Statistik des Warenverkehrs auf dem Seewege durch Wertangaben für die Ein- und Ausfuhr erweitert. Die Gruppierung der Waren erfolgte im Anschluß an die Reichsstatistik, auch wurden zur Wertberechnung die vorläufigen Einheitspreise der vom Kaiserl. Statistischen Amte herausgegebenen „Monatlichen Nachweise für den auswärtigen Handel" benutzt. Aus den Tabellen selbst sei erwähnt, daß die Zahl der einlaufenden Schiffe (7418, 6858, 6074), wie die der auslaufenden (7391, 6850, 6101) in den drei letzten Jahren stetig zurückgegangen ist. Die gesamte Wareneinfuhr auf dem Seewege bewertete sich auf 74 066 397 ℳ, der Wert der Ausfuhr dagegen betrug nur 30 083 386 ℳ. Der Eisenbahngüterverkehr umfaßte (außer dem Vieh) im Empfang 533 822 t und im Versand 219 063 t, jener war größer als im Jahre 1907, dieser kleiner.

F. Raffel.

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Die wichtigsten sozialpolitischen Gesetze usw. und Veröffentlichungen im Deutschen Reiche und im Ausland aus dem Jahre 1908. Zusammengestellt im Kaiserl. Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Berlin, Carl Heymanns Verlag. Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt" Nr. 4. April 1909. 24 S.



In dieser Zusammenstellung wird ein Überblick über die sozialpolitische Gesetzgebung des In- und Auslandes nach folgenden Gruppen gegeben: 1. Arbeitszeit. 2. Arbeitslöhne. 3. Arbeitslosigkeit. 4. Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittelung. 5. Arbeitsverträge. 6. Arbeitsstreitigkeiten (Einigungs- und Schiedswesen). 7. Arbeiterschutz. 8. Arbeiterversicherung. 9. Lehrlingswesen. 10. Wohnungswesen. 11. Wanderungen. 12. Vereinswesen. 13. Volkshygiene, Wohlfahrtspflege. 14. Sonstiges. Die Veröffentlichungen sozialpolitischen Inhalts der für die Arbeitsstatistik wichtigsten Länder der Erde erfahren eine ähnliche sachliche Gruppierung, nämlich die folgende: 1. Arbeitsmarkt. 2. Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittelung. 3. Arbeitsbedingungen. 4. Tarifverträge, Arbeiter- und Berufsvereine. 5. Arbeitsstreitigkeiten, Einigungs- und Schiedswesen. 6. Arbeitergesetzgebung, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung. 7. Lebenshaltung; Haushaltung, Preise. 8. Wohnungswesen. 9. Wanderungen. 10. Volkshygiene; Wohlfahrtspflege, Armenwesen. 11. Sammelwerke: Jahrbücher, Verwaltungsberichte; Sonstiges. Für das Jahr 1907 sind zwei ähnliche Zusammenstellungen erschienen.

R. Jaeckel.

Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten. Bearb. vom Kais. Stat. Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik (Ref.: Reg.-Rat Dr. Feig). Beitr. z. Arbeiterstatistik. Bd. 9 u. 10. Berlin 1908 u. 1909. 36, 144* u. 240 S. 2 u. 2,50 ℳ.

Vorliegende Untersuchungen geben zusammen mit denen über die Regelung der Notstandsarbeiten (Bd. 2) und die des Arbeitsverhältnisses bei Vergebung öffentlicher Arbeiten (Bd. 6) einen Überblick über die wichtigsten Betätigungsgebiete der kommunalen Arbeiterpolitik. Sie berühren sich aufs engste mit den gegenwärtig im Erscheinen begriffenen Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Gemeindebetriebe.

Bd. 9 enthält eine Lohn- und Arbeitszeitstatistik der Gemeindearbeiter in 34 Städten für einen Stichtag der Jahre 1902 und 1907, die sich für letzteres Jahr auf rund 53 000 männliche, erwachsene Arbeiter erstreckt, während die Gesamtzahl der Gemeindearbeiter nach Bd. 10 etwa 120 000 beträgt. Für die Zeitlöhner — den weitaus größten Teil der — überwiegend ungelernten — Gemeindearbeiter ist die Statistik eine solche der Lohnsätze, gegliedert nach Städten, Betrieben und einigen wichtigen Berufsarten. Durchschnittslöhne sind lediglich zum Zwecke eines allgemeinsten Vergleichs der Lohnhöhe 1902 mit 3,28 ℳ und 1907 mit 3,76 ℳ gebildet, woraus sich eine Lohnsteigerung von 14,6 % ergibt. Bei den ungelernten Arbeitern war 1902 die stärkst besetzte Gruppe die von 3—3,25 ℳ, 1907 die von 3,50 bis 3,75 ℳ, die Lohnsteigerung war bei ihnen größer als bei den gelernten. In der überwiegenden Mehrzahl der Städte hat in der Besetzung der Lohnklassen eine Verschiebung nach oben stattgefunden. Die Darstellung der Arbeitszeiten ist ähnlich der der Löhne. Von 1902 auf 1907 hat im ganzen eine Verkürzung stattgefunden.

Die Statistik findet ihre Ergänzung durch die im Bd. 10 gegebene Darstellung des gesamten Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter auf Grund der Arbeitsordnungen usw. Wichtig sind hier namentlich die Gebiete, in denen eine grundsätzliche Abweichung vom privaten Arbeitsverhältnis, die Tendenz zum sog. Arbeiterbeamtentum hervortritt. Es sind dies namentlich die Ernennung zu „ständigen" Arbeitern, Erschwerungen der Entlassung, Beschwerdeinstanzen, Urlaub, Lohnfortzahlung bei Krankheit usw., Lohntafeln mit Dienstalterszulagen, Alters- und Hinterbliebenenversorgung usw. All diese Verhältnisse werden auf Grund des Materials von über 100 Städten eingehend textlich und teilweise auch in Tabellenform synoptisch dargestellt. *J. Feig.*

Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Bearb. im Kais. Stat. Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik (Ref.: Reg.-Rat Dr. Feig). 2. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt. Berlin 1909. 77* u. 229 S. 3,60 ℳ.

Die Erhebung ist eine gemeinsame des Kaiserlichen Statistischen Amts und der deutschen städtestatistischen Ämter. 852 Familien in den verschiedensten Teilen des Reiches, überwiegend großstädtische Arbeiterhaushaltungen, aber auch eine große Anzahl von Beamten- und Lehrerhaushaltungen in Orten verschiedener Größe haben durch zwölfmonatige Führung des vom Kaiserlichen Statistischen Amte gelieferten Haushaltungsbuchs die Unterlagen geliefert. Die Übersicht I des Tabellenwerks stellt die Hauptergebnisse jeder einzelnen dieser Rechnungen auch mit Prozentziffern nach Städten usw. geordnet dar und gruppiert sie außerdem nach Ortsgrößenklassen. Die weiteren Übersichten bringen Gliederungen nach Wohlhabenheits-, Kopfzahl- und Berufsgruppen, besondere Vergleiche der beiden Hauptgruppen: Arbeiter- und Beamtenfamilien, Ausgabeberechnungen auf den Kopf und auf die rechnerische Einheit des erwachsenen Mannes, Ermittelungen des Nahrungsmittelverbrauchs nach Mengen und des Alkoholverbrauchs. In einem Anhange werden noch 118 Rechnungen auf Grund von 7- bis 11-monatiger Buchführung dargestellt. Der erste Teil enthält die textliche Besprechung der Ergebnisse, der noch zahlreiche Texttabellen eingefügt sind. Aus der Fülle des Stoffes sei lediglich ein Vergleich der Ausgabeverteilung in Arbeiter- (A) und Beamtenhaushaltungen (B) herausgegriffen.

Wichtigste Ausgabestufen ℳ		Von 100 ℳ Ausgaben entfallen auf				
		Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung Beleucht.	Sonstiges
1600—2000	A	51,7	11,0	17,7	4,3	15,3
	B	41,2	14,7	18,5	6,9	18,7
2000—2500	A	50,2	12,0	17,0	3,9	16,9
	B	41,2	14,5	18,9	4,3	21,1
2500—3000	A	50,8	13,3	15,5	3,3	17,1
	B	38,5	14,8	19,4	4,2	23,1

Also bei gleicher Gesamtausgabe geben die Arbeiter weit mehr für Nahrung, dagegen weniger für Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuch-



tung und erheblich weniger für Sonstiges aus als die Beamten, was die Verschiedenheit der Lebensansprüche dieser Kreise kennzeichnet. Ferner wird die alte Erfahrung bestätigt (durch andere Zahlenreihen noch deutlicher), daß mit wachsender Gesamtausgabe der Nahrungsanteil zurückgeht, und zwar namentlich zugunsten der entbehrlicheren Ausgaben (für „Sonstiges").

Sonderveröffentlichungen über die in ihren Städten geführten Haushaltungsrechnungen, zum Teil mit Berücksichtigung der Wohnungsverhältnisse haben bisher die städtischen statistischen Ämter in Halle (Monatsber. 2. Jahrg. Nr. 4), München (siehe nachfolgend) und Barmen (D. St. Z. Nr. 5 Sp. 145) erscheinen lassen. *J. Feig.*

Lebensführung von 22 Arbeiterfamilien Münchens. Dargestellt von Dr. Else Conrad. Einzelschrift des Statistischen Amtes der Stadt Nr. 8. Kommissionsverlag der J. Lindauerschen Buchhandlung (Schöpping). München, Februar 1909. 1 *M.*

Der Untersuchung liegt die vom Kaiserlichen Statistischen Amt Anfang 1907 unter Vermittlung der städtestatistischen Ämter veranlaßte Erhebung über Haushaltungsrechnungen minderbemittelter Familien (bis zu 3000 *M.* Einkommen), und zwar speziell in München, zugrunde. Eine größere Anzahl von Familien wurde zur Führung von Haushaltungsbüchern möglichst für 12 Monate gewonnen; die von der Stadtgemeinde in zwei Terminen ausgezahlte Prämie von je fünf Mark für dauernde Beteiligung bewirkte, daß 22 Familien ein ganzes oder fast ein ganzes Jahr hindurch die ihnen übergebenen Bücher exakt und regelmäßig führten. An der Erhebung beteiligten sich lediglich organisierte Arbeiter. Dieser Umstand und die geringe Zahl der Beteiligten verhindert zahlenmäßige Schlüsse auf die Lebensführung der Arbeiterschaft Münchens überhaupt. Man erkennt aber doch, daß trotz Steigerung der gewerblichen Löhne die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung Ehefrau und Familienangehörige im zunehmenden Maße nötigt, nebenberuflich tätig zu sein — eine Tatsache, die durch die Berufs- und Betriebszählung von 1907 bestätigt wird. Trotzdem ist eine Herabdrückung der Lebenshaltung, die sich namentlich in unzureichendem Fleisch- und Milchkonsum äußert, festzustellen. Für München gilt insbesondere, daß der Biergenuß einer wesentlichen Einschränkung bedarf, und daß die anhaltende Kleinwohnungsnot den Bau von entsprechenden Wohnungen durch Staat, Gemeinde und gemeinnützige Vereine dringlich fordert. Durch eingehende Schilderung eines jeden Haushalts, seiner Bewohner und der gesamten Wohn- und Lebensverhältnisse hat die Arbeit eine wesentliche Anschaulichkeit erhalten. *A. Fiack.*

Arbeitslosigkeit und verkürzte Arbeitszeit in Magdeburg Ende November 1908. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg. Nr. 20 S. 16—30 u. 44—51. Magdeburg 1909.

Während die früheren Erhebungen des Statistischen Amtes über die verkürzte Arbeitszeit durch Befragung der betroffenen Arbeiter im Wege der hausierenden Zählung und im engsten Anschluß an die Arbeitslosenzählungen erfolgte, ist wegen der offensichtlich allzu lückenhaften Resultate dieser Methode bei Gelegenheit der Arbeitslosenzählung Ende November 1908 der umgekehrte Weg eingeschlagen worden, die Befragung der Betriebe. (Der dabei verwendete Fragebogen ist auf Seite 16/17 abgedruckt.) Die Erhebung hat sich im allgemeinen gut bewährt, Verweigerungen der Ausfüllung kamen nur vereinzelt vor; die Recherchen verursachten verhältnismäßig nur geringe Arbeit. Nur die Fragen nach den etwaigen Änderungen in der Entlohnung hatten keinen Erfolg; es frägt sich überhaupt, ob nicht durch eingehendere Verfolgung dieses Problems der andere Teil der Erhebung gefährdet würde. Sehr gut bewährt haben sich dagegen die Fragen nach der „tatsächlichen Arbeitszeit vom 22. bis 28. November" und nach der Zahl derer, die in der betreffenden Woche 1, 2 usw. Tage „ausgesetzt" haben. Durch ihre gute Beantwortung ist es möglich gewesen, einen statistischen Einblick in das Einzelne der Arbeitszeitverkürzungstechnik zu gewinnen, wie er wohl kaum erzielt werden kann, solange man eine Feststellung der verkürzten Arbeitszeit lediglich vom Arbeitnehmer aus unternimmt. Insbesondere konnten auch über die Erscheinung des „Aussetzens" wohl zum erstenmal genauere statistische Daten gegeben werden. Als sehr nützlich erwies sich auch im Laufe der Bearbeitung die Erfragung der Zahl der beschäftigten Arbeiter an drei verschiedenen Zeitpunkten, aus deren Vergleichung das durch die Arbeitszeitverkürzung gegebene Bild der Produktionseinschränkung durch ein solches von den Arbeiterentlassungen ergänzt werden konnte.

Die Erhebung ergab, daß von 232 zur Bearbeitung gelangten Betrieben 47 in der Erhebungswoche die Arbeitszeit gekürzt hatten. Der Gesamtausfall betrug 38 883 Stunden oder 8,6 %; der Löwenanteil davon entfällt auf die Maschinen- und Metallindustrie, bei der überhaupt der Konjunkturrückgang am schärfsten in die Erscheinung getreten ist.

Was die Zahl der betroffenen Personen anlangt, so schwankte sie einschließlich derer, die „aussetzten", zwischen 2266 am Freitag und 2749 am Sonnabend, von den Arbeiterinnen abgesehen, deren nur 81, am Sonnabend gar nur 67 in Frage kamen. Zum „Aussetzen" waren 696 überhaupt gezwungen, meist nur 1 Tag (in 548 Fällen), bloß vier mußten die ganze Woche feiern, ohne entlassen zu sein. — Zum Schlusse ist versucht worden, noch die Frage zu beantworten, welchen Anteil an der gesamten Produktionseinschränkung (gerechnet von dem Höchststande in den beiden Jahren 1907/08 und unter Ansatz einer normalen Arbeitszeit zu dem betreffenden Zeitpunkt) einerseits die Arbeiterentlassungen, anderseits die Arbeitszeitverkürzung haben. Es ergab sich, daß im allgemeinen die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung sehr erheblich hinter der des anderen Faktors zurückbleibt, und daß als Regel gelten kann: zunächst Arbeiterentlassung, dann erst, meist ziemlich spät gewissermaßen als ultima ratio, Arbeitszeitverkürzung.

P. Dermietzel.



Die Arbeitslosenzählung in Halle a. S. vom 10. Januar 1909. Beiträge zur Statistik der Stadt. Heft 5. 37 S. Kommissionsverlag von Gebauer-Schwetschke, Halle a. S. Februar 1909. 1 *M*.

Das Material zu der vorliegenden Untersuchung hat das Gewerkschaftskartell Halle a. S. durch eine hausierende Zählung der Arbeitslosen am Sonntag den 10. Januar 1909 vormittags mit Hilfe von zirka 1200 Zählern beigebracht. Die Stadt unterstützte die Zählung durch einen Beitrag von 300 *M* und durch Ausführung der Zählkontrolle und Bearbeitung durch das Statistische Amt. Der Fragebogen war in mehrfachen Sitzungen des Gewerkschaftskartells mit dem Direktor des Statistischen Amtes entstanden. Die Erhebung hat einen ziemlich hohen Grad von Arbeitslosigkeit in Halle erkennen lassen. Auf 10 000 Einwohner fanden sich — nach reichlichen Abstrichen auf Grund einer eingehenden Nachprüfung des Zählmaterials — 134 Arbeitslose, dazu noch zahlreiche Notstandsarbeiter und verkürzt Arbeitende.

Aus den Ergebnissen sind besonders zu beachten die speziellen Arbeitslosenziffern, d. h. die Arbeitslosigkeit nach Berufen, gemessen an der Arbeiterzahl jeder Berufsgruppe, und die Feststellung, daß Bestandszählungen gerade so ausgesprochen sozialer Art, wie es die Arbeitslosenzählungen sind, nicht von privaten Organisationen, sondern von behördlichen Zählunternehmungen durchgeführt werden müssen, wenn die Ergebnisse ihre volle Wirkung in der Öffentlichkeit haben sollen. *Wolff.*

Die Arbeitslosenzählung in der Stadt Kiel am 13. Dezember 1908. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt. Nr. 11. 14 S. Verlag von Lipsius und Tischer, Kiel 1909. 1,50 *M*.

Am 13. Dezember 1908 wurde in Kiel auf Anregung des Städtischen Statistischen Amtes eine Arbeitslosenzählung vorgenommen. Als Methode wurde die persönliche Nachfrage von Haus zu Haus gewählt; die Gewerkschaften stellten die Zähler für die 495 Zählbezirke. An ausgefüllten Zählformularen gingen 2008 ein, weitere 96 Arbeitslose meldeten sich auf dem Statistischen Amt als nicht gezählt. Nach Ausscheidung von 144 Personen stellte sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 1960. Die Bearbeitung der Fragebogen erstreckte sich auf persönliche Verhältnisse, wie Alter, Familienstand, Kinderzahl und Dauer des hiesigen Aufenthalts, sodann auf Dauer und Grund der Arbeitslosigkeit, Gewerbe des letzten Arbeitgebers und Weiterzahlung der Krankenkassenbeiträge. *F. Raffel.*

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Statistik der Frauenorganisationen im Deutschen Reiche. Bearb. im Kais. Stat. Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik. 1. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte. Berlin 1909. 28* u. 70 S. 1 *M*.

Zu Beginn des Jahres 1908 hat das Kaiserliche Statistische Amt eine Erhebung über den Umfang der Organisationstätigkeit der Frauen im Deutschen Reiche veranstaltet.

Das Material wurde durch einen Fragebogen, der allen vor Beginn oder im Laufe der Erhebung bekannt gewordenen Frauenvereinen entweder durch Vermittelung ihrer Zentralen oder direkt vom Kaiserlichen Statistischen Amte zuging, gewonnen. In dem Bogen wurden Angaben über Namen, Sitz, Gründungsjahr, Tätigkeitsgebiet und Kassenverhältnisse der Vereine verlangt.

Die Arbeit zerfällt in einen textlichen und einen tabellarischen Teil. In letzterem hat jeder Verband mit all seinen Angaben Aufnahme gefunden. Die Vereine sind in sechs Sammelgruppen eingeordnet und in sich im Verbandszusammenhange dargestellt, d. h. dem Reichsverbande folgen die ihm zugehörenden Bezirks- und Landesverbände mit den diesen wieder zugehörenden Ortsvereinen. Die Gruppen sind: A. Allgemeine Frauenbewegung, B. Berufliche Organisationen, C. Soziale Organisationen, D. Charitative Organisationen, E. Frauenbildungsorganisationen, F. Politische Organisationen.

Im textlichen Teile wird einleitend der Umfang der Erhebung festgelegt. Die folgenden Abschnitte behandeln die Entstehung der Frauenorganisationen, den Fragebogen und die Gliederung des Stoffes und die Ergebnisse der Erhebung. Der letzte Abschnitt geht besonders auf das Alter, die geographische Verteilung, die unterhaltenen und unterstützten Einrichtungen, die konfessionelle Gliederung, die Stellenvermittelung und die Kassenverhältnisse der Organisationen ein.

71 Reichs-, 510 Landes- und Bezirksverbände und 7481 Ortsvereine sind dem Kaiserlichen Statistischen Amte bekannt geworden; eingehend bearbeitet konnten werden: 71 Reichs-, 138 Landes- und Bezirksverbände und 1141 Ortsvereine. Die Zahl der organisierten Frauen wurde auf rund 1 Million berechnet. *Maximilian Meyer.*

XX. Armenstatistik.

Persönliches Armenkataster der Stadt Linden. (Den Teilnehmern an der Tagung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit in Hannover 1908 überreicht vom Magistrat der Stadt Linden.) 4 S. 4⁰ mit 1 Katasterkarte.

Es wird in Kürze die Einrichtung der Katasterkarte, die eine fortschreibbare Personalkarte jeder in irgendeiner Form unterstützten Partei ist und ein vollständiges Bild von Soll und Haben der Partei gibt, und die Organisation der Katasterführung geschildert. Die Karte schließt sich streng an die Kassenvorgänge an, dient in gleicher Weise Verwaltungs- wie statistischen Zwecken und ersetzt die mannigfachen Listen usw., die bisher für diese Zwecke gebraucht wurden. Unter anderem erfolgt auf Grund dieser Karten, die nach ihrer Einrichtung stets den richtigen Unterstützungswohnsitz der Partei enthalten, die Liquidation der Ansprüche bei fremden Armenverbänden. Die am 1. April 1908 ins Leben getretene Einrichtung hat sich ganz den Erwartungen entsprechend bewährt. *K. Seutemann.*

XXIII. Finanzstatistik.

Die Beteiligung der Personen mit einem jährlichen Einkommen von nicht mehr als 900 *M* an der Aufbringung der Gemeindelasten der Stadt



Aachen und die städtischen Aufwendungen, die diesen Personen zugute kommen. Denkschrift im Auftrage des Oberbürgermeisters bearbeitet durch das Statistische Amt der Stadt. Mai 1908.

Die Veranlassung der Denkschrift waren Erörterungen über die (inzwischen abgelehnte) Einführung eines Ortsstatutes in Aachen, durch welches das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung nicht mehr von einem steuerbaren jährlichen Einkommen von 900 ℳ, sondern nur noch von einem solchen von 660 ℳ abhängig sein sollte.

Die Denkschrift erörtert zunächst die Verteilung der Gemeindelasten. Dabei wird von der in Wirklichkeit nicht ganz zutreffenden Annahme ausgegangen, daß die absolute Belastung durch die indirekten Steuern sich auf die ärmeren und wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig verteilt. Das Ergebnis der Berechnungen ist, daß von den 150 645 Einwohnern Aachens 61 202 zu den Personen mit höchstens 900 ℳ Einkommen und 89 443 zu denen mit mehr als 900 ℳ Einkommen gehören. Die letzteren bringen 5 553 328 ℳ oder pro Kopf 62,09 ℳ, die ersteren 465 612 ℳ oder pro Kopf 7,66 ℳ Gemeindelasten auf.

Weiter untersucht die Denkschrift, in welchem Umfange die städtischen Aufwendungen den einzelnen Bevölkerungsschichten zugute kommen. Sie werden hierzu in folgende drei Gruppen geschieden: 1. Aufwendungen, die in der Hauptsache im Interesse aller Einwohner liegen; 2. solche, die hauptsächlich den Personen mit mehr als 900 ℳ Einkommen, 3. solche, die hauptsächlich den Personen mit unter 900 ℳ Einkommen zugute kommen. Das Ergebnis ist, daß den Personen mit höchstens 900 ℳ Einkommen 2 982 885 ℳ oder 48,73 ℳ pro Kopf und denen mit mehr als 900 ℳ Einkommen 3 816 695 ℳ oder 42,66 ℳ pro Kopf von den städtischen Aufwendungen zugute kommen. Der Vergleich zwischen der Steuerlast und den Aufwendungen gestaltet sich hiernach folgendermaßen: Personen mit höchstens 900 ℳ Einkommen: Steuerlast 7,66 ℳ pro Kopf, Aufwendungen der Stadt 48,73 ℳ pro Kopf; Personen mit mehr als 900 ℳ Einkommen: Steuerlast 62,09 ℳ pro Kopf, Aufwendungen der Stadt 42,66 ℳ

Diese Ergebnisse der Denkschrift dürften nicht ohne weitergehendes Interesse sein, da Aachen seine Stadtverwaltung nicht wesentlich anders ausgestaltet hat, als andere moderne Großstädte. Sie beweisen, daß auch unter der Herrschaft des sogenannten plutokratischen Wahlrechts die städtischen Verwaltungen das Interesse der ärmeren Schichten und die Fürsorge für sie nicht außer acht lassen. *M. Mendelson.*

Statistische Mitteilungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Freiburg i. Br. Beilage zum Gemeindevoranschlag für das Jahr 1909.

Die Mitteilungen enthalten tabellarische Übersichten über die Entwickelung des städtischen Liegenschaftsbesitzes und der städtischen Anleiheschulden und über die Abgabebelastung der Einwohnerschaft im Vergleich mit 31 anderen deutschen Städten. Aus ihrem Inhalt sei folgendes angeführt.

Der Umfang des städtischen Liegenschaftsbesitzes in und außerhalb der Stadtgemarkung und einschließlich des Besitzes der örtlichen Stiftungen belief sich im Jahre 1886 und 1909 auf 4472 ha und 5404 ha. Sein Wert betrug 18 459 000 ℳ und 82 664 000 ℳ. Von der ganzen Gemarkungsfläche Freiburgs von 5964 ha waren im Jahre 1909 im Eigentume der Stadt 4212 ha, d. i. 70 %. Der Gebäudebesitz repräsentierte in den Jahren 1886 und 1909 einen Wert von 3 503 000 ℳ und 26 052 000 ℳ. Der Waldbesitz hatte einen Umfang und Wert von 3581 ha und und 3716 ha und von 7 850 000 ℳ und 11 598 000 ℳ. Auf sonstige Liegenschaften entfielen 880 ha und 1635 ha mit einem Wert von 7 106 000 ℳ und 45 013 000 ℳ. Der Wertzuwachs der während obiger Zeit erworbenen Liegenschaften war bedeutend. Sieht man von den wieder veräußerten Liegenschaften ab, so wurden 1232 ha neu erworben. Der Aufwand für sie betrug 18 448 000 ℳ, ihr Schätzungswert bezifferte sich im Jahre 1909 auf 26 983 000 ℳ, was einer Wertsteigerung um nahezu 50 % entspricht.

In den Jahren 1881 bis 1909 hat Freiburg Anleihen im Betrage von 43 ½ Millionen aufgenommen, von denen rund 4 Millionen getilgt wurden, so daß die Anleiheschuld Anfang 1909: 39 ½ Millionen betrug. Von den Anleihen wurden auf Liegenschaftskäufe und auf die Erstellung von Gebäuden 24 ½ Millionen verwendet. Ferner auf ein neues Wasserwerk und auf das Gaswerk je über 1 Million, auf das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn 6 Millionen, auf Kanalisation und Rieselfelder nahezu 4 Millionen, auf Brückenbauten und die Anlage eines neuen Friedhofes je über 1 Million usw. Da der Ertrag der aus Anleihemitteln bestrittenen Unternehmen über 2 Millionen ausmacht, so verzinsen sich die Anleihen selbst.

Im Rechnungsjahr 1908 entfielen in Freiburg auf den Kopf der Bevölkerung (81 000 Einwohner) an direkten Gemeindesteuern 24 ℳ 38 ₰, an indirekten 4 ℳ 43 ₰, zusammen 28 ℳ 31 ₰. Unter den 31 zum Vergleich herangezogenen Städten stand Baden-Baden mit einer Gesamtbelastung von 59 ℳ 64 ₰ pro Kopf an der Spitze und Nürnberg mit einer solchen von 23 ℳ 6 ₰ am Schluß. In Freiburg ist also die steuerliche Belastung der Bevölkerung seitens der Gemeinde verhältnismäßig gering. Ebenso günstig schneidet Freiburg ab, wenn man die Höhe des Schulgeldes in den Volksschulen und in den höheren Schulen, den Preis für Gas und elektrischen Strom und dergleichen vergleichend abwägt (Tabelle VI). Gebühren für die Straßenreinigung, die Kehrichtabfuhr, die Benützung der Kanalisation werden ebensowenig erhoben, wie Pflaster-, Straßen- und Brückengelder und sogenannte Heimatgebühren. Lauter für die Weiterentwickelung Freiburgs als Fremdenstadt vorteilhafte Umstände. *E. Helbling.*

Das bewegliche Gemeindevermögen in Öst.-Schlesien. Aus: Statist. Handbuch für die Selbstverwaltung in Schlesien. Selbstverl. des Schles. Landesausschusses. Troppau 1908. 6 Kr.

Bei der Auswahl der Materien mußte nicht bloß auf die eigentliche Landesverwaltung, sondern auch auf die Gemeindeverwaltung tunlichst Rücksicht genommen werden, da die Landesbehörden als Aufsichts- und Entscheidungsbehörden in Gemeindeangelegenheiten genauer Kenntnis der Verhältnisse der Gemeinden bedürfen. Einen breiten Rahmen nehmen in dieser Beziehung die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden ein, mit



deren Erforschung und Darstellung sich bisher das landesstatistische Amt in eingehender Weise beschäftigt hat. Als Ergebnis jahrelanger Bemühungen wurde die Darstellung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Gemeinden mit Ende 1904 veröffentlicht und innerhalb dieser beiden Hauptgruppen die Unterteilung nach den verschiedenen Widmungen der einzelnen Vermögensbestandteile durchgeführt. Das bewegliche Vermögen wurde gemäß seiner Widmung eingeteilt in das 1. eigentliche Gemeindestammvermögen, 2. Vermögen der Ortsschulfonds und der sonstigen Schulfonds, 3. Vermögen der Ortsarmenfonds und der sonstigen Fonds für Armenzwecke (Armen-, Siechenhäuser, Bürgerspitäler, Waisenhäuser), 4. Vermögen der sonstigen Fonds und Anstalten überhaupt, z. B. Krankenhäuser, dann auch Vermögensmassen einzelner Klassen von Gemeindeinsassen usw. In jeder dieser vier Unterabteilungen wurde das bewegliche Vermögen wieder abgesondert dargestellt als nutzbringendes und nicht nutzbringendes Vermögen und das erstere eingeteilt nach der Art der Anlage. Auf Grund der in den meisten Fällen erst anzulegenden Inventarien wurde eine genaue Prüfung der Widmung der einzelnen Vermögensmassen sowie des Eigentumsrechtes an denselben vorgenommen.

Von der Summe des gesamten Gemeindestammvermögens sämtlicher Gemeinden, das Ende 1904 1 722 161 Kr. betrug, machte das nicht nutzbringende Vermögen 600 412 Kr. aus. Hierzu kam der jährliche Ertrag der nutzbaren Rechte mit 43 271 Kr. Das Vermögen der Ortsschulfonds betrug 1 572 229 Kr., wovon auf das nicht nutzbringende Vermögen 1 200 175 Kr. entfielen. Bei den Ortsarmenfonds betrugen die entsprechenden Zahlen 2 769 925 Kr. und 36 461 Kr., bei den sonstigen Fonds und Anstalten 859 037 Kr. und 181 715 Kr. Die Gesamtsumme des beweglichen nutzbringenden Vermögens betrug sohin 4 904 589 Kronen und die des nicht nutzbringenden 2 018 763 Kr. *C. Berthold.*

XXIV. Statistische Sammelwerke.

Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt a. M., I. Ausgabe, enthaltend die Statistik bis zum Jahre 1905/06, herausgegeben durch das Statistische Amt der Stadt. 1907. Kommissionsverlag bei J. D. Sauerländer, Preis 2 *M.* 305 S.

Im statistischen Handbuch der Stadt Frankfurt a. M. ist das wichtigste, auf das gesamte wirtschaftliche Leben der Stadt bezügliche statistische Material in einem für den praktischen Gebrauch berechneten Umfang vereinigt worden, unter entsprechender Abgrenzung des Umfangs gegenüber den zahlreichen sonstigen Frankfurter Veröffentlichungen (Städtischer Verwaltungsbericht, Jahresbericht der Handelskammer, Jahresbericht des ärztlichen Vereins, Beiträge zur Statistik der Stadt). Die Bezeichnung des Handbuchs ist mit Rücksicht auf die eine längere Reihe von Jahren zusammenfassende Form des Buches gewählt worden, welches auch als neuestes Quellenwerk dienen soll und deshalb eine große Anzahl von Literaturangaben, sowie Bezeichnungen von statistischen Quellen und für die betreffenden Verwaltungszweige in Betracht kommenden Gesetzen enthält. *A. Busch.*

Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt a. M. für 1907/08. Herausgegeben durch das Statistische Amt der Stadt. Dezember 1908. Kommissionsverlag bei J. D. Sauerländer, Preis 1,50 *M.* 170 S.

„Die Statistischen Jahresübersichten 1907/08" bilden eine weitere Fortsetzung zum „Statistischen Handbuch der Stadt Frankfurt a. M.", dessen systematische Einleitung auch diesmal beibehalten ist. Eine Änderung gegen früher zeigen die umfangreichen Tabellen über Lebensmittelpreise, indem hier grundsätzlich nicht mehr lediglich die Durchschnittspreise, sondern für jede Ware die höchsten, niedrigsten und häufigsten Preise angegeben sind. Besondere Beachtung verdienen auch die am Schluß der Veröffentlichung gemachten Angaben über Löhne der städtischen Arbeiter. Als Anhang ist dem Heft ein alphabetisches Verzeichnis der Straßen und Straßenteile mit Angabe der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Verwaltungsbezirken (Armenbezirk, Polizeirevier etc.) beigegeben. *A. Busch.*

Personalnachrichten.

Drei um die Statistik hochverdiente Männer begehen in diesen Tagen Jubiläen. Wilhelm Lexis in Göttingen, Nationalökonom und theoretischer, namentlich mathematischer Statistiker, hat am 8. August 1859, also vor 50 Jahren, in Bonn den philosophischen Doktorgrad erworben. Victor Böhmert, von 1875 bis 1895 Direktor des Königl. Statistischen Bureaus in Dresden, vollendet am 23. August, F. X. Proebst, der frühere Leiter des Statistischen Amtes der Stadt München, am 13. September das 80. Lebensjahr.

Nachträglich ist zu erwähnen, daß Johannes Conrad in Halle am 28. Februar ins 8. Lebensjahrzehnt eingetreten ist.

Fragekasten.

B. und M. in F. Als einzig authentische Quelle für ein Verzeichnis der Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften Ihrer Interessensphäre im Deutschen Reiche kann nur das Zentralhandelsregister des Reichsanzeigers dienen, in dem die Bekanntmachungen der Handelsgerichte veröffentlicht werden. Auf dieser Quelle beruht auch die Statistik des Kaiserl. Statist. Amts (vgl. D. St. Z. Nr. 4 Sp. 109 ff.), die aber die Gesellschaften nicht namentlich anführt, sondern nach Gewerbzweigen zusammenfaßt. Es ist Ihnen jedoch zu empfehlen, nicht nur Gründungen und Kapitalerhöhungen sondern sämtliche in jener Statistik berücksichtigten Vorgänge (z. B. auch Kapitalherabsetzungen, Fusionen, Liquidationen, Konkurseröffnungen) zu verzeichnen.

Frl. Ch. R. in B. — Ihre Frage nach einer „Statistik der Frauenbewegung in Deutschland" ist ein wenig allgemein gehalten. Sofern Sie Aufschluß über die Betätigung der Frau im Berufsleben wünschen, unterrichten hierüber die Ergebnisse der großen Berufszählungen. Die Bearbeitung der Zählung von 1895 bringt in Bd. 111 Stat. d. Reichs S. 204 ff. Näheres. Von der Zählung von 1907 sind erst die Hauptergebnisse veröffentlicht, vgl. Reichsarbeitsblatt Februar- und Augustheft 1909. Über die Vereinstätigkeit der Frauen nach ihren verschiedenen Richtungen belehrt eine neuerliche Erhebung des Kais. Stat. Amts, deren vorläufige Ergebnisse im Reichsarbeitsblatt, Dezemberheft 1908, veröffentlicht sind (vgl. auch oben Sp. 185).

W. F. in S. — Für welchen Staat gibt es eine Statistik, aus der für einen entsprechenden Zeitraum hervorgeht 1. die Zahl der pensionierten Staatsbeamten absolut und in Prozent der aktiven Staatsbeamten, 2. die Dauer der Pensionszeit im ganzen und im Verhältnis zur Gesamtdienstzeit der Pensionierten, 3. der Betrag der Pensionsbezüge im ganzen und im Prozent der gesamten Gehaltsbezüge während der Dienstzeit, und wo ist sie veröffentlicht? Desgleichen eventuell für eine Stadt? (U. A. w. g. *Red.*)


Digitized by Google

Nr. 7 **1. Jahrgang** **15. Oktober 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Städtische Einwohnerregister.

Von Dr. **Karl Seutemann.**

In den Städten mit staatlicher Polizei, deren Anzahl namentlich in Preußen weiter ausgedehnt werden wird, liegt das Meldewesen wegen der bedeutenden polizeilichen Interessen in der Hand der Polizei. Die Stadtverwaltung hat auf die Einrichtungen keinen oder nur sehr geringen Einfluß, dabei stehen aber doch auch bedeutende städtische Interessen in Frage. Namentlich das Armenamt, das Impfamt, vor allem aber das Steueramt und die Kämmerei müssen das Melderegister fortlaufend benutzen. Man kann wohl sagen, daß die Gesamtzahl der jährlichen Anfragen aller städtischen Ämter beim Melderegister gleich der Einwohnerzahl der Stadt sei. Dazu kommt, daß die Wanderungsstatistik, ohne die die Entwickelung der Stadt nicht fortlaufend beobachtet werden kann, auf die Meldeblätter gestützt werden muß, und daß die Anfertigung der jährlichen Schöffenlisten[1]) und ferner der Wahllisten für Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen ohne das Einwohnerregister kaum möglich ist. Denn besondere Personenstandsaufnahmen für die Herstellung dieser Listen sind offenbar unzureichend, da sie bei schneller Durchführung der Zählung lückenvoll sind und über Staatsangehörigkeit, Wohndauer u. dgl. ganz unzuverlässige Angaben enthalten. Auch Listen der fortbildungsschulpflichtigen Bevölkerung und der im Orte wohnenden gestellungspflichtigen Männer sollten aus dem Register gefertigt werden können. Nicht minder sollte die Anlage der Verzeichnisse der steuerpflichtigen Personen an das Einwohnerregister anknüpfen, wenngleich daneben eine jährliche steuerliche Personenstandsaufnahme zur gegenseitigen Kontrolle unentbehrlich ist.

Die lange Reihe dieser Zwecke kann nur erfüllt werden, wenn das Einwohnerregister in zweckmäßiger Weise in den städtischen Dienstbetrieb einbezogen wird. Das ist bei dem polizeilichen Register schlechterdings nicht möglich. Die Polizeibehörde wird sich mit Recht gegen eine Unterordnung ihrer Interessen unter die städtischen sträuben und die damit verbundene große Arbeitslast ablehnen. Man läßt daher wohl die Auskünfte aus dem Polizeiregister durch besondere, dort stationierte städtische Beamte erledigen (so in Dresden und Leipzig). In Hannover ist das Statistische Amt mit den Obliegenheiten eines zentralen Requisitionsbureaus betraut. Das kann aber nur dann zum Ziel führen, wenn die Register der Zentralstelle so eingerichtet sind, daß eine volle Ausnutzung für städtische Zwecke möglich ist. Das ist wohl selten der Fall, selbst wenn die Einrichtungen nicht — wie häufig — veraltet überkommen sind. Wird beispielsweise an der polizeilichen Zentralstelle nur ein alphabetisches Einwohnerregister mit dem System der Familienkarte geführt, so ist eine Person fast niemals zu finden oder richtig zu identifizieren, wenn der

1) Die durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Urlisten für die Schöffen- und Geschworenenwahl machen nur unnützes Schreibwerk, da aus den Tausenden von Personen immer nur ganz wenige nach besonderen Vorschlägen ausgewählt werden. Die Listen sind daher — dem Gesetze zuwider — in manchen Städten lückenvoll und unzuverlässig, weil sich die Bevölkerung um sie gar nicht kümmert..

Name ungenau angegeben ist oder sehr häufig vorkommt. Ebenso spotten Haussöhne und Haustöchter, die auf einer Familienkarte stehen, jeder Nachforschung, sobald der Name nur etwas häufiger vertreten ist. Registergruppierungen nach dem Beruf der Personen oder ohne Rücksicht auf den Vornamen lediglich nach dem Geburtstage schaffen weitere Erschwerungen. Für Listenzwecke sind solche alphabetische Register von vornherein wenig geeignet, weil für diese Zwecke meist die Gruppierung nach Straßen und Häusern gefordert wird; sie sind hierfür geradezu unbrauchbar, wenn die Karten der Abgezogenen — wie es wohl aus Arbeitsersparnis geschieht — nicht ausgesondert und getrennt aufbewahrt werden, sondern bis zum 80. Lebensjahre das im Betrieb befindliche Register beschweren. Die Stadt ist in solchen Fällen vorzugsweise auf eine ziemlich systemlose und unnütze Schreiberei und Lauferei verursachende Benutzung der Hausregister der lokalen Kommissariate angewiesen, die manchmal sehr unzweckmäßig eingerichtet sind (Hausbücher mit zahllosen Streichungen!), und die zwar Auskunft über den Zuzug in die gegenwärtige Wohnung, nicht aber über den Zuzug in die Stadt überhaupt (Unterstützungswohnsitz! Wahlrecht!) geben.

Fast alle Städte mit Königlicher Polizei haben daher besondere städtische Einwohnerregister auf Grund der ihnen zugehenden polizeilichen Meldeblätter eingerichtet. Nur scheint oft ein einzelner Zweck zu sehr die Einrichtung bestimmt zu haben, und es scheint die Mitte zwischen zu wenig und zu viel nicht überall glücklich gefunden zu sein. In einigen Städten ist das städtische Register ganz als Wahlregister eingerichtet, es erstreckt sich nur auf die wahlberechtigte Bevölkerung, für die dann fortlaufend alle für die Wahl bedeutsamen Merkmale (Steuerverhältnisse, Armenunterstützung, Konkurs, Bestrafungen usw.) vermerkt werden (so z. B. in Leipzig, Dresden, Königsberg, Rixdorf). Die Wahllisten können dann auf Grund dieser in ihrer Art vorzüglich ausgebildeten Register jederzeit in allerkürzester Frist aufgestellt werden. Aber die Kosten sind recht groß, und wie viel tote Arbeit muß jahraus, jahrein ausgeführt werden. Dinge, die nur zum Wahltermin gebraucht werden, werden für jedes Jahr und auch für die zahllosen Personen festgestellt, die bis zur Wahl längst wieder fortgezogen sind. Dabei erneuern sich unsere Großstädte jährlich um ein Sechstel! Es muß doch genügen, wenn die nach Alter, Aufenthaltsdauer und Staatsangehörigkeit für das Wahlrecht in Betracht kommenden Personen jederzeit genau bekannt sind, und wenn für jede Person die Wohnung ersichtlich ist, unter der sie im Steuerkataster zu finden ist (etwa Wohnung im Oktober des vorhergehenden Jahres).

Bei der preußischen Landtagswahl muß man dann freilich die Wahlberechtigten zunächst auf besondere Individualkarten ausschreiben. Diese sind vollkommen beweglich, können zur Eintragung der Steuern bequem nach der Veranlagungswohnung geordnet werden und dann in die für die Wahllisten maßgebende Ordnung zurückgebracht werden. Diese Wählerkarten bieten noch den großen Vorteil, daß mit ihnen die Steuerdrittelung und die Aufstellung der Abteilungslisten in recht einfacher Weise geschehen kann.[1]) Die Ausscheidung der mit Armenunterstützung Bedachten ist dort besonders leicht, wo ein Kartenregister aller Unterstützten für Verwaltungs- und statistische Zwecke geführt wird.[2])

Natürlich ist ein bloßes Wahlregister für die übrigen städtischen Zwecke unzureichend, und es wird gewöhnlich daneben noch ein zweites getrennt arbeitendes Einwohnerregister geführt, wodurch eine völlige Doppelarbeit entsteht, ohne daß damit nun allen städtischen Interessen genügt wäre (so in Rixdorf). Zu dem gleichen unliebsamen Ergebnis kommt man, wenn das Einwohnerregister zu einseitig für Steuerzwecke ausgebildet und lediglich ein Hilfsmittel des Steueramts ist (Königsberg). Das Personalkartensystem bietet allerdings für die Veranlagung der Steuerpflichtigen, und, wenn es im Staatsgebiete nach dem vorgeschriebenen staatlichen Formular durchgeführt wird, auch für die Steuerüberweisung so offenbare Vorteile, daß man sich das Festhalten an dem Buchsystem bei gut geleiteten Verwaltungen nur schwer würde erklären können, wenn nicht die vom Staate geforderten Nachweise zu wenig dem Kartensystem angepaßt wären und den Steuerbüchern doch in einiger Hinsicht wieder einen Vorteil zusprächen. Dies an Stelle der Katasterbücher tretende Personalkartensystem hat aber nichts mit einem steuerlichen Kontrollregister zu tun, es macht dies vollkommen entbehrlich. Soweit das Steueramt noch eines Einwohnerregisters bedarf, kommt diesem Bedürfnis ein allgemeines Einwohnerregister weit besser — weil vollständiger — entgegen.

Das städtische Einwohnerregister soll allerdings gerade für Wahl- und Steuerzwecke in der vollkommensten Weise ausnutzbar sein, aber es soll nicht einseitig für einen dieser Zwecke ausgestaltet werden. Der in den wertvollen Leipziger Erläuterungen zum Wahlregister ausgesprochenen Ansicht, daß eine einheitliche Einrichtung den verschiedenen Zwecken nicht dienen könne, darf nicht zugestimmt werden. Darum soll und darf das städtische Register freilich noch keine Kopie des polizeilichen Registers sein. Während das polizeiliche Register notwendig jede Person, die in der Stadt einmal gewohnt hat, bis zum Tode und länger, d. h. praktisch bis zu dem Zeitpunkte, wo sie nicht mehr leben kann (80, 90, 100. Lebensjahr) nachweisbar halten muß, ist das städtische Interesse an einer Person regelmäßig zwei Jahre nach ihrem Abzug erloschen. Durch die völlige Ausscheidung dieser Personen aus dem Register läßt es sich viel leichter handhaben und ist besser übersichtlich. Die ausgeschiedenen Personalkarten brauchen nicht einmal zur Wiederbenutzung verwahrt zu werden (was langwieriges Einordnen und Nachsuchen erfordert), denn wenn eine Person nach zweijähriger Abwesenheit zurückkehrt, haben die früheren Wohnungen für die Stadt regelmäßig

1) Das aufs beste eingerichtete Wahlregister kann diesen letzten Vorteil schwerlich bieten, da die Karten des Registers wegen der Fortschreibung nicht für längere Zeit aus ihrer Ordnung gebracht werden dürfen.

2) Vgl. „Das persönliche Armenkataster der Stadt Linden“, den Teilnehmern an der Tagung des Deutschen Vereins für Armenpflege in Hannover überreicht (1908).

alle Bedeutung verloren. Nur das Militäramt hat in einer Reihe von Fällen ein Interesse an einer dauernden Fortführung der Personen, aber das städtische Einwohnerregister wird darauf um so weniger Rücksicht nehmen, als die Beantwortung aller Anfragen des Militäramtes ohnehin ein Alter des Registers von 20 Jahren voraussetzt, und als die Anzahl dieser Nachforschungen nach früher verzogenen Personen in der Tat so gering ist, daß sie sehr wohl auf das polizeiliche Register verwiesen werden können. Wo man ein solches Register in Reserve hat, kann man auch über Ausnahmefälle anderer Art leicht hinweggehen.

Das städtische Einwohnerregister hat ferner — was bisher weniger beachtet ist — regelmäßig kein Interesse an den Personen unter 14 Jahren, ebensowenig an den Ehefrauen. Die letzten können aber deshalb nicht entbehrt werden, weil sie jeden Augenblick durch Fortzug oder Tod des Mannes in das Interesse eintreten können. Die Kinder werden weder für Listen- noch für steuerliche Zwecke irgendwie gebraucht, und auch die Nachforschungen der Impf- und Waisenämter richten sich natürlich auf die Eltern. (Auch in den die Kinder mit umfassenden Registern können die Kinder gewöhnlich nur auf der Elternkarte gefunden werden.) Nur die in fremder Pflege befindlichen Kinder müssen, sobald diese Tatsache durch die Meldungen bekannt wird, ins Register aufgenommen werden. Die Familiengemeinschaft als solche hat für die Stadtverwaltung nur selten ein Interesse, jedenfalls wird ihre Kenntnis regelmäßig nicht aus dem Register geschöpft zu werden brauchen; denn für Steuerzwecke (Kinderprivileg!) dient als Unterlage die schon aus anderen Gründen niemals zu entbehrende steuerliche Personenstandsaufnahme, und für Armenzwecke erfolgen ohnehin Detailfeststellungen. Vereinzelt überbleibenden Interessen kann auch hier durch das polizeiliche Register entsprochen werden.

Die Ausscheidung der Kinder bietet für das städtische Register ganz außerordentliche Vorteile. Es wird nicht bloß die zu berücksichtigende Personenzahl um $^1/_3$ vermindert (großer Wechsel im 1. Lebensjahre!), vor allem kann man nun von dem System der Familienkarten abgehen. Die Familienkarte ist nämlich wegen ihrer komplizierten Führung, wegen des fortwährenden Ab- und Zuschreibens von Personen, wegen der schweren Auffindbarkeit von Haussöhnen und Haustöchtern überhaupt nicht sehr angenehm; im städtischen Register ist sie aber geradezu ein Hindernis, weil hier die Personen namentlich für Wahlzwecke, aber auch für Steuerzwecke gerade nur als Einzelindividuen gesucht werden, für die der Aufenthalt in ununterbrochener Folge feststehen muß. Man muß daher die Haussöhne schon doppelt, einmal auf der Familienkarte und dann wieder auf einer Sonderkarte führen, wie es z. B. in Frankfurt und Cöln geschieht. Bei einem Verzicht auf die Kinder werden aber die Familienkarten überhaupt hinfällig, und es läßt sich ein strenges Personalkartensystem durchführen.

In einem Erfordernis darf aber das städtische Einwohnerregister nicht hinter dem polizeilichen Register zurückbleiben; es muß ein Doppelregister sein, die Personen müssen einmal alphabetisch, dann auch nach Häusern geordnet werden. Diese beiden Register sind räumlich zu vereinigen, sie sollen an einer Stelle eine ineinandergreifende Benutzung ermöglichen. Das alphabetische Register muß nach Familiennamen, innerhalb dieser nach dem Vornamen, weiter nach dem Geburtstag geordnet sein (wobei man sich kleine, nicht zu weit gehende Abweichungen von der streng lexikalischen Ordnung gestatten kann); denn meist ist bei Nachfragen von persönlichen Merkmalen nichts weiter als Name und Vorname, allenfalls auch der Beruf bekannt. Sobald freilich der Name bei der Nachfrage ungenau angegeben ist, oder wenn viele Personen mit gleichem Namen und Vornamen vorhanden sind, ist es für die Nachforschung durchaus notwendig, daß man noch ein weiteres bekanntes Merkmal, eine Wohnung des Gesuchten, verwerten kann. Es müssen daher Hauskarten vorhanden sein, auf denen alle aus dem Hause verzogenen Personen mit Abzugsdatum und Abzugsziel aufgeführt werden, so daß jede Person von Verzeichnis zu Verzeichnis verfolgt werden kann. Die Anordnung auf den Hauskarten kann chronologisch erfolgen, da für städtische Zwecke die weiter zurückliegenden Verzüge fortschreitend an Interesse verlieren. Hinter diesen Hauskarten müssen alle gegenwärtig in dem Hause wohnenden erwachsenen Personen (eventuell nur die männlichen) auf Karten verzeichnet sein, die Abschriften der Karten des alphabetischen Registers sind. Die Karten müssen mindestens stets mit dem Zeitpunkt des letzten Zuzugs in die Stadt anheben, sie wandern mit der Person von Haus zu Haus und werden beim Abzuge aus der Stadt noch zwei Jahre lang gesondert verwahrt, um eventuell bei einem baldigen Wiederzuzuge (Haussöhne! Haustöchter!) noch einmal benutzt werden zu können. Diese nach Häusern geordnete Kartensammlung ist namentlich für Listenzwecke geeignet, da sie stets den augenblicklichen Wohnbestand umfaßt.

Diese Sammlung dient auch zu einem jährlichen Vergleich des städtischen Einwohnerregisters mit der steuerlichen Personenstandsaufnahme. Mit Recht bemerken die Leipziger Darlegungen zu diesem Vergleich, daß sich schon durch die Auffindung steuerpflichtiger Personen, die der Aufnahme entgangen sind, die Einrichtung bezahlt mache. Durch diesen Vergleich wird das Register jährlich auf einen richtigen Stand gebracht, sofern alle nicht ohne weiteres zu entscheidenden Abweichungen aufgeklärt werden. Es ist das durchaus nötig, denn jedes nur auf Meldungen basierte Register muß mit der Zeit immer mehr Mängel in sich anhäufen. Für diesen Vergleich ist nur ein nach Häusern geordnetes Register geeignet. In Frankfurt, wo man lediglich ein alphabetisches Register besitzt, und wo man auf steuerliche Personenstandsaufnahmen ganz verzichtet, hat man einen Vergleich dieses alphabetischen Registers mit der letzten Volkszählung vorgenommen, aber es muß das eine Arbeit gewesen sein, die den guten Willen ermüdet, und die man eben nur alle fünf Jahre einmal auf sich nimmt.

Das nach den dargelegten Grundsätzen ausgebauteRegister muß äußerlich so eingerichtet sein, daß es aufs bequemste benutzt werden kann. Die Karten (für Männer, Frauen und Pflegekinder verschiedene Farben!) enthalten auf der oberen

Hälfte die nötigen Personalien, auf der unteren die Herkunftsorte, Wohnungen und Fortzugsorte mit Datum in ununterbrochener Folge. Sie sind so gestaltet, daß sie aufrechtstehend in ausziehbaren Kästen untergebracht werden können. Leitkarten erleichtern die Übersicht, jede Karte wird durch bloßes Blättern gefunden und kann ohne Herausnahme gelesen werden. Im Hausregister dienen die Hauskarten als Leitkarten: auf der hervorragenden Zunge steht die Hausbezeichnung, im übrigen ist die Karte in Reihen abgeteilt, auf der die Wegzüge aus dem Hause vermerkt werden. Jede gefüllte Karte kann durch das Hinterstellen einer zweiten und dritten Karte beliebig fortgesetzt werden. Gute Muster für diese leitenden Hauskarten (allerdings wohl mit zu breiten Zungen) findet man in dem Dresdener und Leipziger Wahlregister. Die Kästen dürfen nur sechsfach übereinander angeordnet werden, von Kniehöhe bis zu Kopfhöhe, so daß in jedem Kasten ohne seine Herausnahme und ohne Benutzung eines Trittes geblättert werden kann. Bei dieser Anordnung erfordert das geschilderte Doppelregister eine Wandfläche von 9 m Länge für je 100 000 Einwohner, wobei aber der untere und der obere Teil der Wand noch für Regale verfügbar bleibt. Die Führung dieses Doppelregisters und die Erledigung aller städtischen Anfragen kann leicht durch vier Beamte für je 100 000 Einwohner geschehen.

Die Fortführung des Registers stützt sich auf die polizeilichen Meldeblätter und auf standesamtliche und sonstige (Staatsangehörigkeit! Bürgerqualität!) Mitteilungen. Kurz vor Ostern werden durch Erhebung in den Schulen die Personen, die bis zum nächsten Ostern das 14. Lebensjahr vollenden, in das Register eingefügt. Lücken werden durch den Vergleich mit den Personenstandsaufnahmen ausgefüllt.

Das mit der Führung des Registers betraute Einwohneramt wird zweckmäßig wie in Dresden zum Wahl- und Listenamt ausgestaltet. Es muß überhaupt nicht bloß ein Anfragen erledigendes Amt sein, sondern alsbald die mit dem Zuzug und Fortzug von Personen verbundenen Verwaltungsakte, namentlich steuerlicher Art, auslösen. Heute besteht in vielen Städten der systemlose Zustand (den die Leipziger Darlegungen schildern), daß erst die erfolglose Anbringung eines Steuerbuchs oder eines Mahnzettels zu einer Nachforschung nach dem Verbleib der Person führt. Dadurch entstehen unnützes Schreibwerk, unnütze Gänge, eine zeitweilige Häufung der Requisitionen, verspätete und daher oft erschwerte Anträge auf auswärtige Übernahme des Veranlagten. Mit Hilfe des Einwohneramts können jedem Abzuge alsbald die im Interesse der auswärtigen Zustellung, der Steuerüberweisung und der Steuereinziehung notwendigen weiteren Wohnorts- und Wohnungsermittelungen auf dem Fuße folgen. Alle in Kämmerei und Steueramt notwendigen Akte schließen sich formularmäßig an.

Die städtestatistischen Ämter tun gut, dem städtischen Einwohnerregister Aufmerksamkeit zu schenken, auch soweit das Einwohner- und Wahlamt dem Statistischen Amte nicht angegliedert ist. Läßt sich doch das Register bei zweckmäßiger Einrichtung auch für statistische Zählungen aufs beste verwerten, ja gewiß für manche statistische Zwecke noch ausdrücklich ausbilden. Führt doch auch die Technik des Einwohnerregisters auf Kunstgriffe zurück, deren Ausbildung sich gerade die statistische Technik hat angelegen sein lassen. Die bewegliche Individualkarte und das statistische Kataster sind Hauptelemente der statistischen Technik. Alles das dringt heute in die Verwaltung statt aus erster Quelle auf weitem Umwege ein, nämlich über die nach modernen Grundsätzen eingerichteten Privatbetriebe, und zwar oft unter schweren Widerständen, weil Altüberliefertes nun planmäßig umgedacht werden muß und wesentliche Arbeitsverschiebungen unter den Verwaltungsstellen entstehen. Hier könnte das Statistische Amt, das doch alle Akte der Verwaltung statistisch widerspiegelt und bemüht ist, das Anschreibungswesen so zu gestalten, daß die Statistik unbemerkt und fast ungewollt mit abfällt — hier könnte das Statistische Amt manches zur Belebung des tätigen Interesses an dem Fortschritt der Verwaltungstechnik tun. Es gibt da interessante organisatorische Aufgaben, die aber doch den Statistiker bald wieder freigeben. Und wenn es nur darum geschähe, um klug das Vertrauen auch in den Wert weitausschauender statistischer Untersuchungen von mehr mittelbarem Nutzen zu begründen und zu befestigen!

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Vergleichende internationale städtische Bevölkerungsstatistik. Statistische Mitteilungen des Statistischen Bureaus der Stadt Amsterdam. 24. Heft. 54 S.

Die obenerwähnte Veröffentlichung in niederländischer und französischer Sprache erschien im vorigen Jahre zum achten Male. Bereits in dem ersten vom Statistischen Amte in Amsterdam zusammengestellten Jahrbuch für das Jahr 1895 waren einige Tabellen einer internationalen Übersicht über die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten gewidmet. Das genannte Jahrbuch und die anschließenden für die Jahre 1896—98 enthielten Übersichten über die Heiratsfrequenz, die Natalität, die Mortalität und die Kindersterblichkeit in etwa 80 europäischen Großstädten (darunter 13 deutsche Städte).

Da es bald deutlich wurde, daß diese Zahlen zwischen dem großen Material des Jahrbuches (das Jahrbuch 1903/04 hatte einen Umfang von XLIV. und 596 S.) der Aufmerksamkeit nicht nur des Laienpublikums, sondern auch des Statistikers entgingen, wurde die internationale Statistik vom Jahre 1900 ab in erweiterter Form in besonderen Heften herausgegeben. Die Zusammenstellung internationaler Bevölkerungsdaten erschien um so nützlicher, als nach dem Erlöschen der Buda-

pester Publikationen keine einzige statistische Stelle diese Arbeit wieder aufgenommen hatte.

Das vierundzwanzigste Heft der Mitteilungen enthält nun die Bevölkerungsbewegungszahlen in der Periode 1899—1907 von 110 Großstädten und 20 Mittelstädten der ganzen Welt. Von diesen Großstädten sind 26 deutsche (Berlin, Hamburg, München, Dresden, Leipzig, Breslau, Cöln, Frankfurt a. M., Nürnberg, Düsseldorf, Stuttgart, Chemnitz, Charlottenburg, Hannover, Magdeburg, Essen, Königsberg, Kiel, Mannheim, Straßburg, Altona, Elberfeld, Schöneberg, Posen, Plauen und Wiesbaden), 20 großbritannische, 12 französische, 7 österreichische, 7 italienische, 4 niederländische, 4 belgische, 4 russische, 4 nordamerikanische, 3 schweizerische, 3 spanische, 3 japanische, 2 brasilianische, 2 ägyptische, und jedesmal 1 dänische, norwegische, schwedische, argentinische, ungarische, rumänische, kubanische und griechische. Das Heft fängt mit einer ausführlichen Quellenangabe an. Von jeder Stadt werden die Veröffentlichungen genannt, welchen die absoluten Zahlen entnommen sind. Die Tausende von Berechnungen sind vom Amsterdamer Amt selbst übernommen. Es folgt dann eine Angabe der absoluten Bevölkerungszahl jeder Stadt, welche bei den Berechnungen benutzt ist. Das alles ist eigentlich nur Einleitung. Mit der dritten Tabelle fängt erst die vergleichende Statistik an. Sie bezieht sich auf die Heiraten von 1906 und 1907 und die Heiratsfrequenz, d. h. die Anzahl der verheirateten Personen auf 1000 Einwohner in den Jahren 1899/1907. Die vierte Tabelle umfaßt die Geburtenzahl in den Jahren 1906/07 und die allgemeine Natalität auf 1000 Einwohner in den Jahren 1899/1907. Fast alle Städte wiesen in der Periode eine sinkende Geburtenziffer auf mit Ausnahme von Neuyork, Tokio, Osaka, St. Petersburg, Kioto, Rio de Janeiro, Kairo, Rom, Barcelona, Haag, Portsmouth und Posen. Die höchsten Ziffern im Jahre 1907 entfallen auf Kairo 42,6, Essen 38, Alexandria 37,7, Mannheim 36,4, Posen 36,3, Buenos Aires 35,6 und Cöln 35,1. Die niedrigsten auf Genf 17,8, Brüssel 17,6, Lüttich 17,2, Bordeaux 17,1, Lyon 17 und Chicago 12,2 ‰.

Die allgemeine Sterblichkeit ist Gegenstand der Tabelle V und in derselben Weise berechnet wie die Natalität. Sie zeigt überall eine Abnahme auf mit Ausnahme von Neuyork, Osaka, Kairo, Rom, Alexandria, Turin, Habana, Genua, Saint-Etienne, Genf. In der VI. Tabelle werden die für die Bevölkerungszunahme äußerst wichtigen Zahlen des Geburtenüberschusses auf 1000 Einwohner angegeben. Es folgt dann eine Tabelle VII über die unehelichen Geburten in den Jahren 1906/07 (Lebendgeborene, Totgeborene), berechnet auf 100 Geburten in den Jahren 1899/1907. Tabelle VIII enthält die Daten der Kindersterblichkeit (lebendgeborene Kinder unter 2 Jahren), berechnet auf 100 lebendgeborene im Vorjahre. Während der neunjährigen Periode 1899/1907 hat die Kindersterblichkeit nur zugenommen in Marseille von 12,3 auf 17,9, Chicago von 21 auf 26,7, Kairo von 30,1 auf 33,0, Neapel von 14,2 auf 16,7, Rom von 12,2 auf 13,3, Palermo von 12,3 auf 15,2 und Florenz von 13,4 auf 18,2 %. Die IX. Tabelle befaßt sich mit den Totgeborenen; die Bedeutung dieses Wortes in der Statistik der verschiedenen Staaten wird in einem Anhang erklärt. Es zeigt sich dabei die Notwendigkeit, zum Zwecke einer genaueren Berechnung der Kindersterblichkeit die Totgeborenen zu den Gestorbenen unter 1 Jahre zu addieren, was in der X. Tabelle stattfindet. Am Schlusse werden in sieben Tabellen die Sterblichkeitsziffern für folgende Todesursachen gegeben: Scharlachfieber, Croup und Diphtherie, Keuchhusten, Typhus und febris typhoidea, Lungentuberkulose, Carcinom und Kindbettfieber (die ersten sechs Ursachen auf 100 000 Einwohner, die siebente auf 1000 Geburten).

Das vorhandene Material umfaßt also nur die Jahre 1899—1907. Von verschiedenen Seiten ist aber das Amsterdamer Amt aufgefordert worden, im nächsten Hefte die vergleichenden Zahlen bis zum Jahre 1880 zurückzuführen. Es möchte gern dieser Aufforderung genügen, vermag aber die damit verbundene ungeheure Arbeit nicht allein zu leisten. Es hat dazu die Mitarbeit der kommunalstatistischen Ämter in den verschiedenen Ländern nötig, welche es sich in kurzem erbitten will. *Ph. Falkenburg.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Das Verhältnis zwischen Einkommen und Wohnungsmietpreis in 16 sächsischen Städten. Nach: Ztschr. des Kgl. Sächs. Statist. Landesamtes, Jahrg. 1907, S. 227 bis 242.

Die in Verbindung mit der Volkszählung von 1905 vom Königl. Sächsischen Statistischen Landesamte veranstaltete zweite Wohnungsaufnahme in einer Anzahl von Mittel- und Kleinstädten — die erste hatte 1½ Jahre vorher stattgefunden — berücksichtigte für 16 Städte auch das Verhältnis des Mietpreises der Wohnungen zum eingeschätzten Einkommen ihrer Inhaber, und zwar erstreckte sich die Untersuchung auf die in diesen Städten gezählten 53 224 bewohnten Mietwohnungen, in denen keine Untervermietung stattfand. Der Mietwert von Gewerberäumen wurde, wenn im Wohnungsmietpreis eingeschlossen, in Abzug gebracht. In den Fällen, wo außer dem Wohnungsinhaber auch dessen mit in der Wohnung befindliche Familienangehörige Einkommen besaßen, wurde sowohl das Einkommen des Wohnungsinhabers allein, als auch dasjenige aller Familienmitglieder zusammen in Betracht gezogen. Diese Feststellung bot keine Schwierigkeiten, da in Sachsen die allgemeine Einschätzung der Einkommen, ohne jede Untergrenze, eingeführt ist. Nur bei den ganz kleinen steuerfreien Einkommen von nicht mehr als 400 ℳ jährlich, deren es 1481 gab, erwiesen sich die vorhandenen Angaben als für den vorliegenden Zweck wenig brauchbar; es muß angenommen werden, daß viele von den betreffenden Personen ihre Ausgaben aus Unterstützungen oder anderen nicht zur Kenntnis gelangenden Quellen bestreiten, da sie sonst die gerade bei ihnen besonders hohen und manchmal das nachweisbare Einkommen sogar übersteigenden Mietpreise nicht zu zahlen vermöchten. Zur Gewißheit wird diese Annahme bezüglich der 1412 völlig einkommenslosen Wohnungsinhaber.

Der bekannte Schwabe'sche Satz von der mit der Einkommenshöhe sinkenden Ausgabe für



Wohnungsmiete wird durch die Ergebnisse dieser Statistik nicht ganz bestätigt; denn wenn auch die Prozentsätze von 400 bis 1200 ℳ und dann von 3000 ℳ Einkommen an als absteigende Kurve erscheinen, so bilden doch die zwischen 1200 und 3000 ℳ liegenden, in sechs Stufen geteilten Einkommen eine Horizontale (S. 236).

Unter den Wohnungen, deren Bewohner nur 400 bis 500 ℳ Einkommen hatten, machen diejenigen, deren Mietpreis mehr als 20 % des Einkommens beanspruchte, 18,4 % aus; über 30 % des Einkommens ihrer Inhaber nahmen 2,3 % der Wohnungen jener Gruppe weg. Diese Verhältnisziffern sind, abgesehen von der aus den obengenannten Gründen nicht in Betracht zu ziehenden untersten Einkommensklasse (bis 400 ℳ), die ungünstigsten, die überhaupt ermittelt wurden; schon bei der Klasse mit 500 bis 600 ℳ Einkommen sinken sie auf 10,8 und 0,8 %. Auch diese wenigen Fälle abnorm hoher Belastung durch Mietausgaben sind zum Teil solche, in denen die Wohnung zur Untervermietung, die aber im Augenblick der Zählung zufällig nicht stattfand, bestimmt war, oder wo das berechnete Verhältnis von Einkommen und Miete aus anderen Gründen nicht der Wirklichkeit entspricht. *E. Würzburger.*

VI. Vermögen und Einkommen.

Das Einkommen der Beamten in Breslau. Breslauer Statistik. 28. Bd., 1. Heft. 1909. S. 26ff.

Das für die Untersuchung der Steuervorrechte der Beamten in Breslau verwendete Material aus dem Jahre 1904 ist zugleich zu einer Untersuchung über das Einkommen der in Breslau lebenden Beamten verwertet worden. Die Ermittelungen waren weniger auf das Diensteinkommen der Beamten, für welches die Zahlen von 1904 schon veraltet gewesen wären, als auf die in geringerem Maße veränderlichen privaten Nebeneinkünfte und deren Durchschnittsbeträge gerichtet. Von den der Untersuchung zugrunde gelegten zwei Haupttabellen enthält die erste unter Trennung der einzelnen Beamtenarten Angaben über das Roheinkommen der Personen mit Beamtenvorrechten und die aus ihm zu bestreitenden Schuldzinsen (von Hypotheken und von sonstigen Schulden) mit Angabe der Kinderzahl, während die zweite deren Reineinkommen mit Angaben seiner Quellen als Besoldung, Kapitalvermögen, Grundvermögen, Militärpension und sonstigem Einkommen angibt.

Im Texte wird zunächst die Zahl der unter 14 Jahre alten Kinder der aktiven und der pensionierten Beamten im engeren Sinne, d. h. ohne Geistliche und Lehrer und ohne Militärs, sowie der Hinterbliebenen für Ober-, Mittel- und Unterbeamte nach Besoldungs- oder Pensionsstufen angegeben und dann für die gleichen Untergruppen die Zahl der Kinder eines Familienhauptes mit Kindern festgestellt. Nach beiden Übersichten ist der Kinderreichtum wenigstens der aktiven Oberbeamten am geringsten, der der aktiven Unterbeamten am größten. Umgekehrt kommen nach der folgenden Tabelle auf 100 Aktive bei den Oberbeamten erheblich mehr Pensionierte und Hinterbliebene als bei den übrigen Beamten. Die erste Übersicht über die Privateinkünfte gibt Zahlen über die Beträge dieser bei den Beamten im engeren Sinne und die ihnen gegenüberstehenden Schulden. Und zwar werden das sonstige (nicht dienstliche) Einkommen, die Zinsen von Hypotheken und von anderen Schulden, sowie das sonstige Einkommen abzüglich der Schuldzinsen in Beziehung gesetzt zu je 1000 ℳ dienstlichem Einkommen. Das Ergebnis, bei dem, wie überhaupt bei diesen Berechnungen, verhältnismäßig viele Ziffern als auf zu kleinen Grundzahlen beruhend ausgeschieden werden mußten, soll nur einen Anhalt dafür geben, in welchem Maße das Diensteinkommen durch private Einkünfte ergänzt wird. In den späteren Übersichten werden die Privatbezüge nicht mehr mit dem Diensteinkommen, sondern nur noch mit der Zahl der Personen verglichen, und zwar wird in der folgenden Tabelle unter Trennung der Beamten nach Gehaltsklassen, nach Aktiven, Pensionierten und Hinterbliebenen, sowie nach Ober-, Mittel- und Unterbeamten angegeben, wieviel Privateinkommen, wieviel Zinsen und schließlich wieviel Privatreineinkommen auf einen Verwaltungsbeamten entfällt. Es wird festgestellt, daß die Höhe des Privatreineinkommens ziemlich regelmäßig mit der des dienstlichen steigt; am geringsten bei den Oberbeamten, deren Vermögensverhältnisse überhaupt weniger gleichartig sind als die der übrigen. Dieselbe Untersuchung wird in der nächsten Tabelle auch für die übrigen Beamtenarten, einschließlich der Beamtinnen angestellt. Den späteren Übersichten sind die Angaben der Haupttabelle 2 zugrunde gelegt. Sie beziehen sich daher ausschließlich auf das Reineinkommen. In der ersten von ihnen wird für die großen Gruppen der Verwaltungsbeamten ermittelt, wieviel Reineinkommen aus den angegebenen vier Einkommensquellen auf einen Aktiven, Pensionierten und Hinterbliebenen bei bestimmter Besoldungshöhe entfällt. Die gleiche Feststellung wird weiter auch für die aktiven Geistlichen, Lehrer usw. gemacht. Der Verteilung des Einkommens auf die einzelnen Quellen wird im folgenden noch weiter nachgegangen, indem für die spezialisierten Beamtengruppen ermittelt wird, wieviel von 1000 ℳ Reineinkommen aus Vermögen aus dem Grundbesitz fließt. Hierbei wird namentlich die Neigung der Subalternbeamten zum Grundbesitz beleuchtet. Schließlich wird unter der gleichen Einteilung nach Beamtenkategorien das durchschnittliche Reineinkommen aus Grundbesitz und Kapitalvermögen beziffert, wobei bemerkenswert ist, daß die Pensionierten und Hinterbliebenen der höheren Beamten durchschnittlich ein geringeres Vermögen besitzen als die Aktiven. Bei den Unterbeamten ist das Umgekehrte der Fall. Trotzdem ist die Zahl der pensionierten Oberbeamten und der Hinterbliebenen dieser Gruppe mit Einkommen aus Kapitalvermögen, wie sich aus einer kleinen Übersicht über den Prozentsatz der Personen mit Kapitalvermögen bei den Ober-, Mittel- und Unterbeamten ergibt, größer als die der Aktiven. In der Schlußtabelle wird das Verhältnis der Ruhegehälter und der Hinterbliebenengelder zu den Besoldungen der Aktiven dargestellt. Von den Ergebnissen ist besonders bemerkenswert, daß die Witwen der Oberbeamten infolge der Festlegung des Mindest- und des Höchstbetrages im großen und ganzen in

Prozent der Aktivenbesoldung nur die Hälfte der Bezüge der Witwen der Unterbeamten erhalten.

R. Mögel.

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Statistische Zusammenstellungen über Blei, Kupfer, Zink, Zinn, Aluminium, Nickel, Quecksilber und Silber von der Metallgesellschaft, der Metallurgischen Gesellschaft A.-G. und der Berg- und Metallbank, Akt.-Ges., 15. Jahrg. 1899 bis 1908, Frankfurt a. M., Juni 1909, 150 S.

Die bekannten Zusammenstellungen erstrecken sich auf Produktion, Verbrauch, Preise und andere wichtige Daten für die im Titel genannten Metalle in allen wichtigeren Staaten und insgesamt. Eine Neuerung bilden Nachweisungen über Aktienkapital, Dividenden und Kurse verschiedener Gesellschaften der Berg- und Hüttenindustrie. Die Weltproduktion an Blei stieg von 809 700 t in 1899 auf 1 052 500 t in 1908, darunter in Deutschland von 129 200 t auf 164 100 t, die Weltproduktion an Kupfer von 478 200 t auf 738 900 t, die an Zink von 489 200 t auf 722 100 t, die an Zinn von 73 800 t auf 106 500 t, die an Aluminium von 6000 t auf 18 100 t, die an Nickel von 7900 t auf 12 800 t, die an Silber von 5277 t auf 6217 t. Die Quecksilberproduktion sank von 3900 t auf 3300 t (1907). Produktionsverhältnisse und Marktlage in den einzelnen Ländern werden auf Grund der Kenntnis aller erheblichen Vorgänge auf dem Metallmarkte erörtert, beispielsweise die Ursachen der Produktionssteigerung von Kupfer in den Vereinigten Staaten 1908 gegen 1907, die Aussichten einer entsprechenden Verbrauchssteigerung usw. Von Interesse sind auch die Angaben über den Metallgehalt von Metallwaren. Z. B. betrug 1908 der Kupfergehalt der in Deutschland eingeführten Kupferwaren 11 142 t, der ausgeführten 48 980 t; der Zinngehalt der 1907 in Deutschland produzierten 44 500 t Weißblech wird mit 1500 t geschätzt.

Für die gesamte Berg- und Hüttenindustrie stellt der Bericht fest, daß sich die Produktionsverhältnisse im ganzen der ungünstigen Lage der Industrie im Jahre 1908 angepaßt haben, was namentlich in einer weitgehenden Reduktion der Löhne, insbesondere in den Vereinigten Staaten, aber auch in Verbesserung der Betriebseinrichtungen, teilweise auch ihrer besseren Ausnützung durch Produktionssteigerung zum Ausdrucke komme.

J. Feig.

Die chemische Industrie von G. Müller, Geh. Oberregierungsrat und vortr. Rat im Reichsamt des Innern. B. G. Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe, her. v. Präsident Dr. van der Borght, Prof. Dr. Schumacher u. Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann. 488 S. Preis 11 *M* 20 *₰*.

Das Werk, das lediglich praktischen Zwecken dienen will und sich in erster Linie an den Techniker und Kaufmann wendet, beschäftigt sich mit der chemischen Wissenschaft nur insoweit, als sie als chemische Industrie zur Geltung gelangt. Es behandelt in einem ersten Teil die chemische Industrie im allgemeinen: ihre wirtschaftliche Entwickelung und die einschlägige Gesetzgebung, und in einem zweiten die einzelnen Zweige der chemischen Industrie. Da es überall reich mit Zahlennachweisen durchsetzt ist, teils Verarbeitungen amtlicher Statistik (der Produktions-, Gewerbe- und Handelsstatistik), teils Originalnachweisen, so verdient es auch im Statistischen Zentralblatt einer kurzen Erwähnung.

Aus dem ersten Teil sei folgendes hervorgehoben. In der gesamten deutschen Industrie nimmt die chemische Industrie die dritte Stelle ein, vor ihr stehen dem Wert ihrer Erzeugnisse nach nur die Montan- und Eisenindustrie und die Textilindustrie. Der Wert der Jahresproduktion der deutschen chemischen Industrie beläuft sich zurzeit auf etwa 1¼ Milliarde *M*. Die Entwickelung der deutschen chemischen Industrie in den letzten 25 Jahren charakterisieren folgende Daten. In den Jahren 1880 und 1905 bezifferte sich die Einfuhr an Rohstoffen der chemischen Industrie (einschließlich der der Fette, fetten Öle und Mineralöle) auf 676 000 und 3 149 000 Tonnen im Werte von 184 und 524 Mill. *M*. Ausgeführt wurden in beiden Jahren Rohstoffe 275 000 und 1 243 000 Tonnen im Werte von 55 und 84 Mill. *M*. Ferner belief sich in den genannten Stichjahren die Einfuhr an Fabrikaten der chemischen Industrie auf 550 000 und 1 692 000 Tonnen im Wert von 213 und 276 Mill. *M*, während die Ausfuhr an solchen Fabrikaten aus Deutschland von 1880 bis 1905 von 296 000 auf 1 106 000 Tonnen, d. i. um 274 %, und deren Wert von 229 auf 512 Mill. *M*, d. i. um 124 % stieg. In den Jahren 1888 und 1907 stellte sich die Zahl der nach dem Unfallversicherungsgesetz versicherungspflichtigen Betriebe der deutschen chemischen Industrie auf 4 464 Betriebe mit 85 143 Arbeitern und 67 Mill. *M* Löhnen und auf 8618 Betriebe mit 207 704 Arbeitern und 242 Mill. *M* Löhnen.

Von den einzelnen Zweigen der deutschen chemischen Industrie hat die Sodafabrikation und die Industrie der Farbstoffe und Farben die glänzendste Entwickelung genommen. Bis zum Jahre 1857 deckte Deutschland seinen Bedarf an Soda im wesentlichen bei der in England heimischen Industrie (die Einfuhr betrug damals 7274 Tonnen), heute produziert Deutschland allein stark ein Drittel aller Soda überhaupt, nämlich 330 000 Tonnen, von denen über 51 000 Tonnen ausgeführt werden, bei einer Einfuhr von nur noch etwa 300 Tonnen. Und noch großartiger war der Aufschwung der deutschen Farbenindustrie: sie produziert heute mehr als vier Fünftel des gesamten Bedarfes an Farbstoffen aller Industrieländer. Voran steht in der Farbenfabrikation die Teerfarbenindustrie, die sechs Siebentel des Weltkonsums herstellt. Die Ausfuhr von Teerfarbstoffen hat sich von 1880 bis 1907 von 2141 Tonnen auf 43 716 Tonnen gesteigert. Der Wert der Ausfuhr stieg während dieser Zeit von 31 Mill. auf 113 Mill. *M* an.

F. Schäfer.

Gewerblich beschäftigte Schulkinder in Cöln. Cölnische Stat. Vierteljahreshefte her. v. Städt. Stat. Amt. 1908. Nr. 3.

Durch Erlaß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten war

Ende November 1908 in Preußen eine probeweise Umfrage nach der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder mit gewerblichen Arbeiten angeordnet. Der Aufnahme unterlagen in Cöln in zwei Stadtteilen, die vornehmlich von Arbeitern bewohnt werden, 6385 Kinder oder rund 10 % der Gesamtheit. Eine gewerbliche Beschäftigung wurde festgestellt bei 209 oder 3,27 % (unter den Knaben bei 4,42, unter den Mädchen bei 2,01 %). Allerdings darf dieser Satz nicht ohne weiteres auf die ganze Stadt übertragen werden, denn einmal kommt vermutlich die gewerbliche Tätigkeit der Schuljugend in anderen Stadtteilen minder häufig vor und zweitens, weil möglicherweise auch die Zusammensetzung der Kinder der Schulen der Erhebungsgebiete nach Alter und Geschlecht von der in den übrigen Schulen abweicht. Bedeutungsvoller erscheint daher die Beobachtung, daß der Prozentsatz der gewerblich beschäftigten Kinder bis zu 15,42 % bei den Knaben der ersten Klasse steigt. Im übrigen sei von den Ermittelungen noch hervorgehoben, daß die gewerbliche Beschäftigung bei 82,8 % der Kinder in der Ausführung von Botengängen bestand; der Rest kam auf Hilfeleistungen in Schankwirtschaften und einigen Handwerksbetrieben (Friseurgeschäften, Schlosserei, Schreinerei usw.), sowie — bei Mädchen — in fremden Haushaltungen, ferner auf hausindustrielle Tätigkeit (bei 3 Knaben und 3 Mädchen) und auf Handreichungen und dergleichen in Fabrikbetrieben (3 Knaben). *K. Zimmermann.*

Die Hausindustrie im Kanton Bern. Mitteil. des Bernischen Statist. Bureaus, Jahrg. 1909, Lief. 1, S. 22—48. Fr. 1,50.

Der Abschnitt, betr. die Hausindustrie, stellt nicht das Ergebnis einer Originalerhebung für den Kanton Bern, sondern eine Gelegenheitsarbeit dar, bei welcher die Ergebnisse der eidg. Betriebszählung vom Jahre 1905 benutzt und übersichtlich zusammengestellt wurden. Es handelte sich übrigens dabei mehr um eine eingehendere volkswirtschaftliche Würdigung und Aufklärung der Hausindustrie. Die Arbeit erschien gerade zur Zeit der Abhaltung einer schweizerischen Heimarbeitsausstellung und unmittelbar nach dem anläßlich derselben stattgefundenen Heimarbeitsschutzkongreß, an welchem die schweizerische Hausindustrie durch zum Teil schiefe, offenbar tendenziöse Urteile in viel zu düsteren Farben gemalt wurde.

Was die statistischen Ergebnisse anbetrifft, so kann die erstmalige Ermittelung derselben durch die eidg. Betriebszählung noch nicht als vollkommen zuverlässig betrachtet werden, da die Unterscheidung zwischen Heimarbeit und Handwerk, zwischen Haus- und Fabrikindustrie (z. B. bei Stücklohnarbeit) vielfach eine unsichere gewesen sein dürfte. Im ganzen wurden im Kanton Bern 6696 Hausindustriebetriebe mit 8141 beschäftigten Personen, wovon 3708 männliche und 4433 weibliche gezählt; es ergibt dies auf 1000 Einwohner 13,3 oder auf 100 beschäftigte Personen überhaupt 2,68. Auf 100 Betriebe überhaupt kommen 7,2 (in der Schweiz 12,4) hausindustrielle Betriebe und auf 100 beschäftigte Personen 2,69 (in der Schweiz 5); auf 100 Hausindustriebetriebe kommen 122 Personen. Auf die Hauptindustrie verteilen sich die in Hausindustrie beschäftigten Personen, wie folgt: Uhrenindustrie 4845 = 24,0 %, Bekleidungsgewerbe 1419 = 10,7 %, Textilindustrie 1204 = 25,3 % und Holzschnitzerei 647 = 66,7 % der in diesen Industriezweigen beschäftigten Personen überhaupt. Von der Gesamtzahl der hausindustriellen Betriebe sind 4809 Alleinbetriebe und 1887 Gehilfenbetriebe. *C. Mühlemann.*

Die aargauische Hausindustrie, v. E. Naef, Kantonsstatistiker in Aarau. Separatabdr. aus der Zeitschr. f. schweiz. Statistik, 45. Jahrgang 1909. S. 779—786.

Die Hausindustrie ist im Kanton Aargau nicht von großer Bedeutung. Bei der eidgenössischen Betriebszählung von 1905 wurden im ganzen 5959 hausindustrielle Betriebe mit 6265 beschäftigten Personen d. h. 8,4 aller in der Schweiz gezählten hausindustriellen Betriebe und 6,8 % der darin beschäftigten Personen ermittelt. Auf 1000 Einwohner kommen durchschnittlich 30 Hausindustrielle, auf 1000 Arbeiter der betreffenden Industrieart 70, auf 1000 industrielle Arbeiter überhaupt 131. Die bedeutendsten hausindustriellen Gewerbe sind: 1. die Strohindustrie, umfassend Strohflechterei und Strohhutfabrikation, mit annähernd der Hälfte aller Heimarbeiter im Aargau und Sitz in den Bezirken Bremgarten und Muri (Freiamt); 2. die Seidenindustrie mit 20 % aller Heimarbeiter, umfassend die Bandweberei (Posamenterie), welche in den Bezirken Laufenburg und Rheinfelden (Fricktal) vorkommt und von Basel aus unterhalten wird, und die Stoffweberei im nordöstlichen Teil des Kantons, die von Zürich aus unterhalten wird; 3. die Wirkerei und die Strickerei mit 11,3 % aller Heimarbeiter, mit Sitz in Zofingen und Laufenburg; 4. die Baumwollweberei mit 6 % und 5. die Tabakindustrie mit 5,7 % der Heimarbeiter, die fast ausschließlich im Bezirk Kulm sich findet. Von weiteren Industrien kommen als Hausindustrie noch vor: Schuhindustrie, Schneiderei, Weißnäherei, Uhrenmacherei, Stickerei und Spitzenfabrikation, Korbmacherei, Herstellung von Sesselgeflechten, Leinen-, Jute- und Hanfgeweben sowie Bürstenbinderei.

Seit der Zählung von 1905 ist die Heimarbeit in der Strohindustrie erheblich zurückgegangen, namentlich die Kinderarbeit, weil infolge der billigen italienischen Konkurrenz fast nur noch die Fabrikware sich halten kann. Die Handweberei in der Baumwollindustrie war früher die bedeutendste Hausindustrie. Vor 50 Jahren zählte man im Aargau 9755 Handwebstühle, heute noch 337. In der Hausindustrie sind 90 % der beschäftigten Personen Frauen. Die größere Zahl der Betriebe beschäftigt zuweilen nur eine Person, 28 % sind Gehilfenbetriebe. 65 % sind Jahres- und 35 % Saisonbetriebe. Die Tabakindustrie weist keine Maschine im Handbetriebe auf und die Strohflechterei nur verhältnismäßig wenige. Die Posamenter haben in ihrem Kampf ums Dasein vom Staate Hilfe verlangt, der ihnen tatsächlich für Beschaffung elektrischer Kraft Subventionen gewährte. Der elektrische Motor ist ihr Rettungs-

anker geworden. Fünf Posamenter-Genossenschaften des Fricktales mit 282 Webstühlen sind mit 9024 fr. unterstützt worden. Über die Vorteile der Verwendung der elektrischen Kraft bei der Seidenstoffweberei gehen die Ansichten der Fachmänner auseinander. Bei der großen Zersplitterung des Grundbesitzes und dem Überwiegen des Kleinbesitzes ist die Hausindustrie, als Nebenbeschäftigung für die landwirtschaftliche Bevölkerung in den vorerwähnten Bezirken überwiegend, eine unbestrittene Wohltat für dieselbe. In einzelnen Industrien, so namentlich in der Tabak- und Strohindustrie, ermöglicht sie auch gebrechlichen Leuten, die für ständige Berufsarbeit untauglich sind und sonst ihren Angehörigen oder der Gemeinde zur Last fallen würden, willkommenen Verdienst. In jenen Industrien, wo früher die Frauen- und Kinderarbeit infolge zeitweiser Überanstrengung die Kindersterblichkeit bedenklich förderte, ist die Hausindustrie derart zurückgegangen, daß nunmehr wieder normale Verhältnisse bestehen. Die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in der aargauischen Hausindustrie sind noch keine idealen und bedürfen mancher Verbesserung; aber sie zeigen im allgemeinen auch nicht den düsteren Schatten, wie er anderwärts sich findet und unterscheiden sich nicht so stark von den Verhältnissen in der Fabrikindustrie, deren Arbeiter zum größten Teil auf dem Land wohnen. *E. Naef.*

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Die öffentlichen Warmbadeanstalten im Deutschen Reich (Berlin 1908). Von Prof. Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statist. Amts der Stadt Berlin.

Bereits im Jahre 1900 hatte die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder statistische Erhebungen über den gleichen Gegenstand vorgenommen, deren Bearbeitung von Prof. Hirschberg durchgeführt wurde. Auf ähnlichen, wenn auch infolge des Ausschlusses der Kur- und Fabrikbäder nicht ganz übereinstimmenden Grundlagen ruht die von der Gesellschaft wiederum ins Werk gesetzte Aufnahme von 1905. Auch die Bearbeitung war insoweit eine abweichende, als die Feststellung der Bevölkerung nicht wie damals auf Grund der vorhergehenden (d. i. von 1895), sondern der Volkszählung des Erhebungsjahres 1905 selbst geschehen konnte. Die Aufnahme erfolgte durch Formulare, welche von den Herren beamteten Ärzten für ihre Dienstbezirke ausgefüllt wurden.

Im ganzen Reich wurden 2847 öffentliche Warmbadeanstalten mit 18 996 Badewannen ermittelt. Im Reichsdurchschnitt entfielen hiernach 1 Badewanne auf 3200 Seelen, in Preußen und in Bayern erst auf 4000, in Sachsen und Württemberg schon auf 1700. Der Einfluß der erwähnten Abweichung bei der materiellen Umgrenzung der Aufnahme wird an einigen Beispielen im Text erläutert. 1092 Orte mit über 3000 Einwohnern entbehrten derzeit noch öffentlicher Warmbadeanstalten, darunter insbesondere 974 Orte mit über 3000 bis 10 000 Einwohnern, 109 mit über 10 000 bis 25 000 Einwohnern, 9 mit über 25 000 bis 50 000 Einwohnern. Im Tabellenwerk sind sie sämtlich mit ihrer bei der letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl angegeben, was in gleicher Weise auch für alle öffentliche Warmbadegelegenheit darbietenden Gemeinden durchgeführt ist. In den in die Gliederung nach unteren Verwaltungsbezirken eines jeden Bundesstaats mitgeteilten Hauptnachweisungen sind außer den Badewannen auch die Schwimmbassins und Brausen, ferner die Besitzverhältnisse der Anstalten und die Preise der Bäder berücksichtigt. Mitgeteilt werden ferner die dem Fehlen von öffentlichen Warmbädern zugrunde liegenden Ursachen für 481 Kreise, aus welchen bezügliche Angaben eingegangen waren. *H. Silbergleit.*

Die Beerdigungsziffer für Halle a. S. Beilage zu den Statistischen Monatsberichten der Stadt Halle a. S., Februar 1909.

Die Gestorbenen in einer Stadt werden nicht sämtlich auf den Friedhöfen der Stadt beigesetzt; vielmehr wird ein Teil nach auswärts überführt, in Krematorien, in Erbbegräbnisse in anderen Orten, und ein anderer Teil wird der Anatomie überwiesen, was besonders in Universitätsstädten von einiger Bedeutung ist. Die Belegung der Friedhöfe muß diese Gestorbenenmengen berücksichtigen, da sonst leicht zu große Friedhöfe entstehen, also Stadtgebiet und Stadtgut unökonomisch verwendet werden. In Halle ergibt sich für die Belegung der Friedhöfe die bemerkenswerte Tatsache, daß von je 100 Gestorbenen immer weniger auf den Friedhöfen beerdigt werden; im Jahre 1901/02 waren es noch 86,6 % aller Gestorbenen, im Jahre 1907/08 nur noch 81,3 %. Die Überweisungen in die Anatomie sind sich dagegen ziemlich gleich geblieben mit 4½ bis 5 %. Die Überführungen nach auswärts aber sind in ständiger Zunahme; sie machen gegenwärtig 13,7 % aller Gestorbenen aus. Die Abnahme des Anteils der Beerdigungen geschieht also auf Kosten der Überführungen nach auswärts. Die große Menge dieser Überführungen erfolgt zur Feuerbestattung in außerpreußische Krematorien, eine Erscheinung, die Beachtung verdient. *H. Wolff.*

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Statistische Tafeln betr. Vertretung von Industrie und Handel in den Kreistagen u. a. in Preußen. Her. v. deutschen Handelstag. 79 S. Berlin 1909.

Die im Jahre 1903 von der Handelskammer zu Sorau N.-L. veröffentlichte Denkschrift zur Frage der Zusammensetzung der Kreistage bildete die Ursache für den Deutschen Handelstag, einer umfassenderen Bearbeitung dieser Angelegenheit näher zu treten. Im Anschluß an die Tabellen der Sorauer Denkschrift erließ der Handelstag einen Fragebogen an die preußischen Handelskammern, welcher die praktische Gestaltung der Kreisverwaltung fixieren sollte für das Jahr 1905 nach folgenden Richtungen: 1. Wählerzahl (Wahlverbände, Gemeinden, Einwohner), 2. Steuerleistung der Wahlverbände für den Kreis, 3. Vertretung der Wahlverbände im Kreistag und Kreisausschuß. Das Ergebnis dieser Statistik veröffentlichte der Handelstag 1909 unter Hinzufügung einiger erläuternder Daten aus der preußischen Staatssteuerstatistik. Die Erhebungen sind naturgemäß lückenhaft, da ihnen der amtliche Charakter fehlte, auch ist

die Statistik für einen Teil der westlichen Industriekreise von der Entwicklung der Verhältnisse bereits überholt. Indes trifft das Bild doch in den großen Zügen die Wirklichkeit und bleibt unangreifbar im Resultat. Dieses zeigt, daß im größten Teil Preußens die Städte sowie Industrie und Handel im Verhältnis zur Landwirtschaft, namentlich dem Großgrundbesitz, weitaus stärker durch die Kreislasten betroffen sind, als ihrem Vertretungsrecht in den Kreisverwaltungskörpern entspricht. Wie sehr Städte und Gewerbe in den Kreisen voraus belastet aber nachberechtigt sind gegenüber dem ländlichen Gutsbesitz, geht deutlich hervor aus dem in den Tabellen des Handelstages enthaltenen Ergebnis der Berechnungen über eine den Steuerleistungen mehr als heute entsprechende Zusammensetzung der Kreistage.

F. Schneider.

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907 und 1908. Stat. d. D. Reichs, Bd. 195 (2 ℳ), Bd. 230 (1 ℳ). Berlin 1908 u. 1909.

Die Statistik für 1907 hat gegenüber den vorangegangenen Jahren in der Bearbeitung mancherlei Änderungen erfahren. So ist von der Namhaftmachung jedes einzelnen Arbeitskampfes abgesehen mit der Begründung, daß es Aufgabe der Reichsstatistik sei, ein Gesamtbild von der Bewegung, nicht aber eine Abschrift des Rohmaterials zu geben.

Dann ist eine andere, übersichtlichere Ordnung in der Darstellung der Ergebnisse vorgenommen, und einzelne bedeutendere Streiks und Aussperrungen sind textlich behandelt.

In einem Anhang ist zum ersten Male eine Gesamtübersicht der Arbeitsstreitigkeiten nach Jahren und nach den Hauptgewerbegruppen in Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegeben. Daran schließen sich internationale graphische Darstellungen über die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten, die der beteiligten Personen, die der Streiks in einigen Hauptgewerbegruppen sowie Dauer und Erfolg der Streitigkeiten.

Endlich werden die Ausgaben der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen für Arbeitsstreitigkeiten in den letzten Jahren behandelt.

Die Darstellung für 1908 lehnt sich an die für 1907 an. Unterblieben ist die internationale Betrachtung, dagegen enthält der 230. Band, der zehnte der streikstatistischen Bände, einen Rückblick auf die zehnjährige Periode.

In dem Jahresbande für 1907 wurde zum ersten Male auf die Wirkung der geringeren oder der stärkeren Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Streiklust der Arbeiter hingewiesen. Sie ist am geringsten, wo die Organisation am stärksten ist, und umgekehrt.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in den beiden letzten Jahren, die Zunahme der Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Abschluß von Tarifverträgen, all das bewirkte den Rückgang der Zahl der Streitigkeiten und der daran Beteiligten, die kurze Dauer und den geringen Erfolg der Kämpfe. Man muß bis auf die Krisenjahre 1901 und 1902 zurückgehen, um eine annähernd so geringe Zahl der Arbeitskämpfe wie im Jahre 1908 zu finden.

M. Meyer.

Ausländische Arbeiter im Deutschen Reich. Aus: Bodenstein u. v. Stojentin, Der Arbeitsmarkt in Industrie und Landwirtschaft und seine Organisation. Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. 1909.

Leider gibt es noch keine amtliche Statistik der ausländischen Wanderarbeiter, und auch die seit Januar 1909 im Reichs-Arbeitsblatt verzeichneten Vermittelungen solcher Arbeiter durch die Feldarbeiterzentrale können eine Statistik der Arbeiterwanderungen nicht ersetzen. Das Königl. preußische Ministerium des Innern hat aber dem Regierungsassessor Bodenstein die Ergebnisse der Ausländerlisten der Landratsämter überlassen, woraus B. abgerundete Zahlen für 1905 bis 1908 mitteilt. Danach gab es 1908 in Preußen 780 000 ausländische Arbeiter, darunter aus Österreich-Ungarn 342 000, Rußland 184 000, Italien 106 000, Holland 104 000. Auf die Landwirtschaft entfielen 309 000, auf die Industrie (Bergbau, Baugewerbe usw.) 471 000, 1907 475 000). Für das Deutsche Reich wird die Zahl der ausländischen Arbeiter auf 1 Million geschätzt. Hoffentlich erfahren die Ausländerlisten noch eine ausgiebigere amtliche Bearbeitung.

J. Feig.

Städtische Arbeitslosenzählungen. Aus: Reichs-Arbeitsblatt, 1909, Nr. 6, S. 422 fg.

Eine Zusammenstellung der Hauptergebnisse von 38 Arbeitslosenzählungen des Winters 1908/09, die teils von den Stadtverwaltungen, teils von den Gewerkschaften, teils von beiden gemeinsam veranstaltet wurden, sowie von 10 Zählungen der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden. Auf Grund einer Erörterung über die verschiedenen Zählungsmethoden wird festgestellt, daß die Ergebnisse kaum miteinander vergleichbar sind. Allenfalls sind gewisse Vergleiche möglich bezüglich der Altersgruppierung der Arbeitslosen, der Dauer der Arbeitslosigkeit — soweit die Zählungen etwa zu dem gleichen Zeitpunkte stattgefunden — und bezüglich der Berufsgliederung. Unter den männlichen Arbeitslosen, namentlich denjenigen im zweiten Teile des Winters, spielen überall die Angehörigen des Baugewerbes eine erhebliche Rolle, in Magdeburg und Nürnberg daneben namentlich die der Metall- und Maschinenindustrie, in Barmen und Elberfeld die der Textilindustrie, meist außerdem noch die ungelernten Arbeiter. Wegen der Veröffentlichungen einzelner städtestatistischer Ämter über ihre Arbeitslosenzählungen vgl. D. St. Z. Nr. 6, Sp. 184, 185 (auch Nr. 1 Sp. 20).

J. Feig.

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die deutschen Arbeitgeberverbände. Aus: Stat. Jahrb. f. d. D. Reich 1909 S. 368fg. u. Reichs-Arbeitsblatt 1909 S. 585fg.

Für den 1. Januar 1909 hat das Kaiserliche Statistische Amt eine Erhebung über die Arbeitgeberverbände veranstaltet, die zum ersten Male



einen annähernd vollständigen Überblick über Umfang und Gliederung dieser Organisationen ermöglicht. Insgesamt wurden 2592 Verbände erfaßt, von denen einige allerdings der Hauptsache nach wirtschaftliche Aufgaben verfolgen. Anderseits fehlen noch einzelne Verbände, die Fragebogen nicht ausgefüllt haben oder überhaupt unbekannt geblieben sind. Die Arbeitgeberverbände zeigen eine weit größere Mannigfaltigkeit und Selbständigkeit der örtlichen und Bezirksinstanzen als die Arbeitergewerkschaften. Doch haben sie zwei miteinander in Kartellverhältnis stehende Zentralen, denen 24,2 % der Mitglieder, hingegen von den bei Mitgliedern beschäftigten Arbeitern 66,9 % angehören. Die Zahl der Mitglieder und Arbeiter ist allerdings nicht so vollständig erfaßt wie die der Verbände. Von den 2592 Verbänden sind 2481 berufliche (darunter 41 Reichs-, 383 Landes- und Bezirks-, 2025 Ortsverbände) und 111 gemischte Verbände, denen zum Teil die gleichen Mitglieder angehören wie den beruflichen. Von den beruflichen Verbänden sind 127 selbständige, die keinem anderen Verbande angeschlossen sind. Von diesen haben nur 118 die Zahl der Mitglieder, nur 83 die der Arbeiter angegeben. Immerhin sind 159 405 organisierte Unternehmer und 3 647 147 Arbeiter erfaßt. Der Organisationsgedanke ist in alle Berufsgruppen eingedrungen, besonders organisiert ist die Großindustrie, doch finden sich auch im Bau-, Schneider-, Bäckergewerbe usw. bedeutende Verbände. Die Zahl der Organisierten und ihrer Arbeiter ist besonders groß in Rheinland, Königreich Sachsen, rechtsrh. Bayern, Berlin, Baden, Hamburg, Schlesien, Westfalen, Brandenburg. Die Gründungszeit ist nur für 869 Verbände bekannt geworden, von ihnen sind nur 155 vor 1900, hingegen 572 nach 1903 gegründet. *J. Feig.*

XVI. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Die katholische Bevölkerung im Herzogtum Braunschweig (Volkszählung 1905). Vom Geh. Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann. Beitr. z. Stat. d. Herzogt. Braunschweig. Heft XXIII. 1908. S. 21—70.

Die im Laufe des vorigen Jahrhunderts und besonders verschärft gegen den Ausgang desselben hervorgetretene Zunahme der katholischen Christen in der weitaus vorwiegend evangelischen Bevölkerung des Herzogtums Braunschweig ließ es mit Rücksicht auf die in mannigfacher Weise sich geltend machende Rückwirkung auf die allgemeinen Verwaltungsverhältnisse notwendig scheinen, den Stand der katholischen Bevölkerung im Herzogtum nach den wichtigeren Einzelheiten unter Vergleichung mit dem bezüglichen Stand bei der evangelischen Bevölkerung anläßlich der Volkszählung 1905 näher festzulegen. Die Gesamtzahl der Katholiken hat sich in den fünfzig Jahren von 1855—1905 von 2243 auf 26 504 gehoben, also mehr als verzehnfacht, während die Gesamtbevölkerung des Herzogtums sich in der fraglichen Zeit noch nicht ganz verdoppelt hat; folgeweise ist der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung in dem halben Jahrhundert in den Städten von 1,76 % auf 6,93 % und in den Landgemeinden von 0,43 % auf 4,15 % angewachsen. War schon nach den allgemeinen Verhältnissen anzunehmen, daß diese außerordentliche Zunahme des katholischen Elements in der Bevölkerung wesentlich oder allein auf eine bezügliche Zuwanderung zurückzuführen sei, so wurde solches in vollstem Maße durch die einzelnen zahlenmäßigen Festlegungen bestätigt. Bei allen den besonders durchgeführten Ausscheidungen nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Gebürtigkeit, Staatsangehörigkeit und Muttersprache zeigten sich fast durchweg eigenartige, mehr oder weniger scharf vortretende Erscheinungen, wie sie an sich und namentlich auch in ihrer Verbindung miteinander als für eine zugewanderte Bevölkerung charakteristisch anzusehen sind. Im Einklang standen damit wiederum auch die Daten über die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, sowie auf die einzelnen Gemeinden, desgleichen die Daten über den Beruf und die Berufsstellung. Wenn bei einzelnen Verhältnissen die für die Wanderung sprechenden Anzeichen in den neuesten Daten weniger stark als in den zeitlich unmittelbar davorliegenden zutage traten, so wird man daraus immerhin den Schluß ziehen können, daß im Laufe der Zeit für einen Teil der katholischen Bevölkerung sich bereits eine gewisse Seßhaftigkeit wenn auch nur in beschränkterem Maße und in einem weitesten Sinn herausgebildet hat; es wird dem aber zurzeit jedenfalls nur eine untergeordnete Bedeutung beizumessen sein.

F. W. R. Zimmermann.

XIX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

Statistik der Fürsorgezöglinge Berlins. Aus dem 31. Jahrg. d. Stat. Jahrb. d. Stadt Berlin.

Neben dem im Tabellenwerk des Jahrbuchs enthaltenen Auszuge aus der im Preußischen Ministerium des Innern bearbeiteten Fürsorgestatistik sind im textlichen Teil (S. 150ff.) Ergebnisse einer erstmals unternommenen, vom städtischen Statistischen Amt bearbeiteten besonderen statistischen Untersuchung über den gleichen Gegenstand mitgeteilt. Die Grundlage der neuen Statistik, welche auch weiterhin fortgeführt wird, bildet ein die persönlichen Verhältnisse des Zöglings, seiner bisherigen Umgebung, seine Unterbringung und deren Wechsel eingehend behandelnder Fragebogen, dessen ausführliche Bearbeitung in zahlreichen Tabellen für den Zu- und den Abgang des Geschäftsjahrs 1907, sowie für den Bestand an dessen Ende vorliegt. Während deren Veröffentlichung im Verwaltungsbericht der Berliner Waisendeputation im weiteren Umfange erfolgte, wurde im Jahrbuch nur ein Auszug auf den Bestand vom 1. April 1908 veröffentlicht. Dieser belief sich auf 3652 Zöglinge, wovon 2459 auf das männliche Geschlecht entfallen. Der Altersaufbau ist bei beiden Geschlechtern durch fortdauerndes Anwachsen bis zu vollen 18 Jahren bezeichnet, in welchem Alter 381 männliche und 234 weibliche Zöglinge standen. Die Unehelichen bilden durchweg nur geringe Minderheiten, im Gesamtdurchschnitt 15,1 bzw. 18,2 %. Die gebürtigen Berliner sind bei beiden Geschlechtern in fast gleichem Umfange vertreten: 69,6 bzw. 70,0 %. Von den 2088 männlichen und 976 weiblichen ehelichen

Zöglingen waren zur Zeit der Aufnahme in Fürsorgeerziehung Vollwaisen 57 bzw. 47, vaterlos 416 bzw. 213, mutterlos 338 bzw. 177, Nichtwaisen mit zusammenlebenden Eltern 959 bzw. 365, mit getrennt lebenden 208 bzw. 94, mit geschiedenen 103 (nicht 113!) bzw. 73, während in je 7 Fällen bezügliche Angaben nicht vorlagen. Die Mutter lebte von 342 unter den 371 männlichen und von 188 unter den 217 unehelichen Zöglingen. Aus der Statistik der Gründe der Überweisung sei der hohe Anteil von Eigentumsdelikten beim männlichen Geschlecht und von Unzucht usw. beim weiblichen hervorgehoben: 51,9 bzw. 42,5 %.

H. Silbergleit.

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Zur Statistik der Universität Leipzig. Nach: Franz Eulenburg, Die Entwicklung der Univ. L. in den letzten hundert Jahren. Stat. Untersuch. Mit 2 Farbentafeln u. 9 graph. Darstell. Leipzig, V. bei S. Hirzel 1909. 216 S. 6 ℳ, geb. 7 ℳ.

Da es bisher eine Statistik der Universität Leipzig nicht gab, so bot das fünfhundertjährige Jubiläum erwünschte Gelegenheit, diese Lücke durch eine private Untersuchung auszufüllen. Das Vorbild einer solchen Darstellung gaben die Veröffentlichungen des Königl. Preußischen Statistischen Landesamtes, das seit langer Zeit periodisch die Statistik der preußischen Universitäten behandelt. Freilich konnte für Leipzig in einer Reihe von Punkten der Rahmen weiter gesteckt werden als in Preußen, wogegen für dieses andere Ermittelungen mehr hinzukommen. Vor allem sind bei der Leipziger Statistik auch die Fragen des Unterrichtes mit herangezogen worden, indem außer der Zusammensetzung des Lehrkörpers noch die Zahl und die Verteilung der Vorlesungen und Übungen, der Besuch der Seminare und Institute, die Ergebnisse der staatlichen Prüfungen und in ausführlicher Weise die persönlichen Verhältnisse der Promovierten nach Alter, Herkunft, Studiendauer, Universitätsbesuch untersucht wurden. Für letzteren Punkt liegt das Material in dem jährlichen Verzeichnis der Universitätsschriften jetzt allenthalben vor. Vielleicht benutzt auch eine künftige amtliche Veröffentlichung diese Anregung.

Für den Grundstock der Arbeit, die Verhältnisse der Studentenschaft, mußte das Material erst gewonnen werden. Es geschah in der Weise, daß aus den Materialbüchern für die hundert Semester 1859—1909 besondere Personalkarten aller immatrikulierten Studenten hergestellt wurden, die dann statistisch bearbeitet werden konnten. Dieser Rohstoff ist vom Standpunkt des Statistikers nicht gerade ideal, da einige Fragen — wie die nach dem Stande des Vaters — nur mangelhaft beantwortet sind, andere wichtige ganz fehlen. Hier könnte erst die Einrichtung besonderer Fragekarten, wie das in Preußen geschieht, Wandel schaffen. Immerhin gab doch auch dieses Material über sehr viele Punkte hinreichende Auskunft; sodann konnten die Leipziger Verhältnisse mit den analogen der preußischen Universitäten verglichen werden, woraus sich sowohl Ähnlichkeiten wie typische Verschiedenheiten ergaben. Auf diese Weise sind die Herkunftsverhältnisse, das Alter, die soziale Abstammung, die Aufenthaltsdauer, die Vorbildung und das Religionsbekenntnis der Leipziger Studentenschaft für die fünfzig Jahre untersucht worden.

Für die übrigen Teile des Werkes haben meist gedruckte Quellen — die Personalverzeichnisse sowie die Berichte des Kultusministeriums u. a. — zur Grundlage gedient. Hier ist im ersten Kapitel die Frequenz der Universität in den früheren Jahrhunderten, sowie ausführlicher die im 19. Jahrhundert, darauf die der einzelnen Fakultäten, die Zahl der Hörer und der Frauen und der Charakter Leipzigs als Landes- und als Fremdenuniversität dargestellt worden. Im letzten Kapitel, für das noch reiches ungedrucktes Material aus dem Rentamt benutzt werden konnte, haben die Finanzen Erörterung gefunden, die Art der Einnahmen, die Verwendung der Ausgaben, die Kosten der Neubauten, die Aufwendungen für die Studierenden, vor allem Stipendien und Freitische. Auch hier haben überall Vergleiche mit den preußischen bez. deutschen Verhältnissen stattgefunden. Der Anhang enthält dann das Tabellenwerk.

Von den Ergebnissen werden wohl am meisten Interesse das über die soziale Abstammung der Studierenden und das über die Finanzen hervorrufen. Bezüglich der ersteren zeigt sich, daß im letzten halben Jahrhundert eine starke Wandlung eingetreten ist, dahingehend, daß aus den akademisch gebildeten Kreisen der Anteil wesentlich zurückgegangen, dagegen der aus den Kreisen von Handel und Industrie erheblich zugenommen hat, während das kleinbürgerliche Element ziemlich konstant geblieben ist. Auch die einzelnen Fakultäten weisen sehr charakteristische Unterschiede auf; bei der Theologie überwiegen akademisch gebildete und kleinbürgerliche Kreise sehr stark, bei den Juristen treten letztere ganz zurück, während Handel und Industrie unter ihnen über den Durchschnitt vertreten sind. Bezüglich der Finanzen zeigt sich, daß trotz steigender Einnahmen doch relativ und absolut der Staatszuschuß immer größer geworden ist. Und bei den Ausgaben ist es bemerkenswert, wie die Aufwendungen für Lehrmittel, Institute und Gebäude relativ immer mehr wachsen gegenüber den Kosten für Universitätslehrer und Beamte. Auch diesen Ergebnissen kommt typischer Wert zu.

F. Eulenburg.

XXII. Justizstatistik.

Die Rückfälligen in der Kriminalstatistik für 1908. Aus: Stat. d. D. Reichs Bd. 193 (553 S., Berlin 1909, 10 ℳ).

Mit die wichtigsten Feststellungen der Kriminalstatistik vom Standpunkte der Kriminalpolitik sind diejenigen über die Beteiligung Vorbestrafter an den strafbaren Handlungen und die Häufigkeit des Rückfalls. Mit diesem Gegenstande beschäftigen sich in der amtlichen deutschen Kriminalstatistik die Erörterungen des Kaiserl. Statistischen Amts über den Anteil der Vorbestraften an der Kriminalität des Berichtsjahres im Vergleich mit den Vorjahren wie die des Reichsjustizamts. Letzteres berechnet einmal, wieviele von den



in einem bestimmten Jahre Verurteilten im folgenden Jahrzehnt rückfällig geworden sind (von den 1897 Verurteilten 1897—1906 rückfällig: 39,3 %, Vorjahrsziffer: 39,1 %), ferner aber, wieviele von den im vorangegangenen Jahrzehnt Verurteilten im letzten Jahre rückfällig geworden sind (von den 1897—1906 Verurteilten 1907: 5,5 %, Vorjahrsziffer: 5,6 %). Letzterer, der „Rückfallziffer", steht als „Erstfallziffer" die von 0,8 % gegenüber, die das Verhältnis der im letzten Jahre erstmals Bestraften zur Zahl der strafmündigen und im letzten Jahrzehnt nicht bestraften Zivilbevölkerung darstellt. Die auf die beiden verschiedenen Arten berechneten Rückfallziffern sind tatsächlich zu klein, weil von der Zahl der Verurteilten, um die der „Rückfallfähigen" zu erhalten, eigentlich die vor und in der Beobachtungszeit Verstorbenen, Ausgewanderten und Inhaftierten abgezogen werden werden müßten, wofür aber die Unterlagen fehlen. Wichtig ist die Feststellung, daß der Rückfall um so häufiger ist, je mehr das Vorleben des Verurteilten kriminell belastet war. Von den 1897 erstmals Verurteilten erlitten immerhin 22,7 % eine neue Verurteilung innerhalb der nächsten 10 Jahre.

Der Anteil der Vorbestraften an der Kriminalität ist stark gewachsen. Von sämtlichen Verurteilten waren im Jahre 1907 235 035 Vorbestrafte (1900: 193 709) und 285 752 ohne Vorstrafen (1900: 262 770). Da auf die Zunahme der ersteren seit Einführung der Reichskriminalstatistik formalstatistische Ursachen mit von Einfluß sind, ist ein einwandfreier Vergleich nur für die vor Einführung der Strafregister (1882) noch strafunmündigen Jugendlichen möglich. Danach ist die Zahl der vorbestraften Jugendlichen von 1889 bis 1907 unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme um 38,5 %, die der Jugendlichen ohne Vorstrafen hingegen nur um 16,2 % gewachsen. *J. Feig.*

XXIII. Finanzstatistik.

Direkte Steuern und Zuschläge zu denselben in Böhmen. Mitteil. des Statist. Landesamtes des Kgr. Böhmen, Bd. X, 2. 116 S. Text, 143 S. Tabellen, 12 Kartogramme. 6 Kr.

Das vorliegende Heft enthält in seinem tabellarischen Teile neben der Statistik der territorialen Zuschläge zu den direkten Steuern sowie der Gemeinde-Getränkeauflagen und -Mietzinssteuern für 1901 insbesondere eine Statistik der direkten Staatssteuern für 1901 und 1904 in sachlicher (nach Steuerkategorien) und örtlicher Gliederung (nach Vertretungsbezirken und in jedem Vertretungsbezirke wieder mit Unterscheidung der größeren Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, jeder einzeln, und der kleineren Gemeinden). In dem von dem Unterzeichneten verfaßten textlichen Teile wird auf Grund dieses sowie auch in anderweitigen Veröffentlichungen enthaltenen Materials zuerst die Entwickelung der Steuern in Böhmen und in dessen einzelnen Teilen (Bezirken, Gruppen von Bezirken) in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhundertes, insbesondere in den Jahren 1882/1883 bis 1901, verfolgt, sodann die Höhe derselben im Jahre 1904 resp. 1901 untersucht und aus der Entwickelung und Höhe der Steuern auf die wirtschaftliche Entwickelung und die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl des ganzen Landes als auch der einzelnen Teile Schlüsse gezogen. Von Interesse dürften insbesondere die Ausführungen über die Erwerbsteuern und die Personaleinkommensteuer sein. Was die ersteren anbelangt, so kann man nämlich unter anderem aus der Steuerleistung der einzelnen Erwerbszweige auf die Größe der in ihnen investierten Kapitalien — allerdings nur mit Vorsicht — schließen. Wie verschieden die „steuerliche" (kapitalistische) und die „populationistische" (Zahl der beschäftigten Personen) Bedeutung der einzelnen Erwerbszweige ist, sieht man z. B. daraus, daß auf Eisenbahnen, Geld-, Kredit-, Versicherungswesen, Berg- und Hüttenbetrieb, Bier-, Zucker-, Spiritus-, Mineralwässerindustrie im Jahre 1902 nur wenig mehr als ein Zehntel der gewerblichen Bevölkerung entfiel, dagegen viel mehr als die Hälfte der gesamten Erwerbsteuern, wogegen die Bekleidungs-, Textil-, Bau-, Holz- und Schnitzwarenindustrie fast die Hälfte der gewerblichen Bevölkerung Böhmens beschäftigten und nicht einmal ein Zehntel der Steuern zahlten. Aus den Ergebnissen der Analyse der einkommensteuerstatistischen Daten ist insbesondere hervorzuheben, daß von dem durch die Einkommensteuer in sämtlichen Reichsratsländern besteuerten Besitzeinkommen auf Böhmen ein viel geringerer, hingegen von der Gesamtsumme der Grund- und Erwerbsteuern ein viel größerer Anteil entfällt, als er dem Bevölkerungsanteile entspricht. Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich wohl nicht anders erklären als dadurch, daß ein namhafter Teil der Erträgnisse der in Böhmen gelegenen Ertragsobjekte nach außen, hauptsächlich nach Niederösterreich (Wien) geht. *W. Mildschuh.*

Das unbewegliche Gemeindevermögen in Österr.-Schlesien. Aus: Statistisches Handbuch für die Selbstverwaltung in Schlesien. 8. Jahrgang. Troppau 1908. Selbstverlag des Schles. Landesausschusses. 6 Kronen.

Abweichend von dem beweglichen Vermögen (siehe vorige Nummer, Spalte 188/9) wurde das unbewegliche nicht nach einzelnen Fonden, sondern mit Rücksicht auf die aus der Art desselben naturgemäß sich ergebende Zweckbestimmung gegliedert und zwar in: Grundbesitz, Amtsgebäude, Wohnhäuser einschließlich Gemeindegasthäuser und Lehrerwohnhäuser, Beleuchtungsanstalten, Schlachthäuser usw. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Darstellung des unbeweglichen Vermögens in der Wertbestimmung der einzelnen Vermögensobjekte. Die Grundlage der Erhebungen bildeten zunächst die seitens der Gemeinde angelegten und für diesen Zweck besonders richtiggestellten Inventarien, die Akten des Landesausschusses als Aufsichtsbehörde in der das Gemeindevermögen betreffenden Angelegenheit, die vom landesstatistischen Amte bereits früher durchgeführten Erhebungen über das Ausmaß und den katastralen Reinertrag des Grundbesitzes der Gemeinden, über Schulgebäude und deren grundbücherliche Eigentümer, Krankenanstalten, gewerbliche Unternehmungen der Gemeinden usw. Was die in Betracht kommenden Gebäude im be-

sonderen anbelangt, so wurden dieselben in der Regel nicht nach dem ursprünglichen Baukostenbetrage, sondern nach dem Stande im Stichjahre 1904, sohin mit tunlichster Berücksichtigung der naturgemäß eingetretenen Abnützung, durchgeführt. Ebenso wurde mit Bewilligung des k. k. Finanzministeriums die Einsichtnahme in die Bekenntnisse zur Bemessung des Gebührenäquivalentes für das Dezennium 1900—1910 vorgenommen und hiernach die Angaben der Gemeinden entsprechend richtig gestellt. Nicht berücksichtigt wurden die nicht im Grundbuche, sondern im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes liegenden Grundstücke. Bei öffentlichen Anlagen wurde der Grundstückwert zugrunde gelegt. Die Frage der Bewertung bildet seit längerer Zeit einen Verhandlungsgegenstand der Konferenz für österreichische Landesstatistik.

Die Gesamtsumme des unbeweglichen Vermögens ergab einen Betrag von 53 281 362 K. Die Gesamtsumme des beweglichen und unbeweglichen Vermögens einen solchen von 60 204 714 K. Demgegenüber betrug der Schuldenstand sämtlicher Gemeinden mit Ende 1904 (näheres VII. Jahrg. des statistischen Handbuches) 32 715 872 K.

C. Berthold.

XXIV. Statistische Sammelwerke.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, her. v. Kaiserl. Statist. Amte. 30. Jahrg. 1909. 529 S. 2 *M.*

Das Statistische Jahrbuch erscheint in ununterbrochener Folge seit dem Jahre 1880. Es wurde den übrigen Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes hinzugefügt mit der Aufgabe: „Die hauptsächlichsten Ergebnisse der Reichsstatistik in kurzen, leicht verständlichen Übersichten und soweit als möglich in vergleichbaren Jahresreihen zur allgemeinen Kunde zu bringen". Die ursprünglich gewählte Einteilung in eine Reihe systematisch gegliederter Hauptabschnitte ist im wesentlichen in allen 30 Jahrgängen unverändert geblieben; der Inhalt aber hat im Laufe der Jahre eine erhebliche Erweiterung erfahren. Dies erhellt am deutlichsten aus der Tatsache, daß der 1. Jahrgang nur rund 11, der neueste 30. Jahrgang dagegen rund 33 Druckbogen umfaßt. Seit dem 24. Jahrgang ist dem Jahrbuch als Anhang eine Reihe internationaler Übersichten beigegeben worden, die von Jahr zu Jahr auf immer weitere Gebiete ausgedehnt wird.

Der dem Jahrbuch vorangestellte Quellennachweis gibt für alle im Jahrbuch behandelten Gebiete an, in welchen anderen Veröffentlichungen des Amtes ausführlichere Bearbeitungen des betreffenden Gegenstandes zu finden sind, er bildet somit gleichsam eine nach der Einteilung des Jahrbuchs gegliederte vollständige Inhaltsangabe sämtlicher Veröffentlichungen des Amtes. Außerdem sind darin die für die Bearbeitung anderweit benutzten Quellenwerke angeführt.

Aus der Zahl der im letzten Jahrgang 1909 neu aufgenommenen Übersichten sind besonders hervorzuheben: die Hauptergebnisse der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 (S. 8—34; 55—57 und 75—85); die allgemeine deutsche Sterbetafel für das Jahrzehnt 1891 bis 1900 nebst versicherungstechnischer Beilage (S. 46—54); die Zahl der Studierenden an den deutschen Hochschulen (S. 280—286); die Vermittelungstätigkeit der kommunalen und der mit kommunaler oder staatlicher Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweise (S. 360—361) und die Übersicht über die im Deutschen Reich bestehenden Arbeitgeberverbände (S. 368—371, s. ob. Sp. 212).

Von den graphischen Beilagen sei noch hervorgehoben eine vergleichende Darstellung der Sterbenswahrscheinlichkeiten nach einzelnen Altersgruppen für eine Anzahl, namentlich mittel- und westeuropäischer Staaten. *G. Tenius.*

„Preußens Städte" (Berlin 1908). **Denkschrift zum 100jährigen Jubiläum der Städteordnung vom 19. November 1908, her. im Auftrage des Vorstandes des Preußischen Städtetages von Prof. Dr. Heinrich Silbergleit, Direktor des Statist. Amts der Stadt Berlin.**

Die Denkschrift behandelt die preußischen Städte mit bei der letzten Volkszählung mehr als 25 000 Einwohnern. Sie zerfällt in 3 Hauptabschnitte. Im ersten wird für jede der 110 Städte meist auf Grund von Angaben der Verwaltungen selbst ein kurzgefaßter, die kommunale Seite möglichst heraushebender geschichtlicher Abriß mitgeteilt. Den zweiten Abschnitt bilden Erläuterungen zu dem im dritten gebrachten Tabellenwerk. In diesem werden zunächst Stand und Bewegung der Bevölkerung unter Anfügung zahlreicher Verhältnisberechnungen, teils auf Grund der in der preußischen Statistik vorhandenen Quellenwerke, teils besonders hergestellter Aktenauszüge aus den Materialien des Königl. Preußischen Statistischen Landesamtes behandelt. Während die summarischen Bevölkerungszahlen für alle Volkszählungen soweit möglich bis 1816 zurück mitgeteilt werden, erfolgte die Berücksichtigung des Geschlechts für die acht seit Begründung des Reichs stattgefundenen Aufnahmen, die des Alters für die Erhebungen von 1875, 1880, 1900 und 1905, die des Familienstandes, der Gebürtigkeit, endlich der Konfession für 1880 und 1905, worunter sich zahlreiche bisher ungedruckte Angaben befinden. Bei der Bewegung der Bevölkerung ist, soweit die überhaupt vorhandenen Materialien es zuließen, auf die einzelnen Jahre von 1865 bis 1906 zurückgegangen, durchweg unter Berechnung der auf die mittlere Bevölkerung bezogenen Verhältnisziffern für den Jahresdurchschnitt der an die einzelnen Volkszählungsperioden am engsten sich anschließenden Jahresvielfache. In einem anschließenden Abschnitt sind die geographischen und klimatischen Elemente, letztere für die einzelnen Kalendermonate des Jahrfünfts 1901 bis 1905, behandelt. In den folgenden Kapiteln gelangen auf Grund von bei den Städten selbst eingezogenen Auskünften die verschiedensten Gebiete kommunaler Betätigung und des städtischen Interessenkreises unter möglichster Berücksichtigung des Entwicklungsganges zur Darstellung. Vielfach werden auch hier bisher ungedruckte



Angaben aus früheren Jahren mitgeteilt. An die für die allgemeine Entwicklung des Bodens bezeichnenden Momente, wie Größe und Gliederung der städtischen Fläche, deren Beeinflussung durch Ein- und Neuverleibungen, Größe des städtischen Grundbesitzes, reiht sich die Berichterstattung über die einzelnen Verwaltungszweige und über die städtischen Werke an. Über den Rahmen der eigentlichen kommunalen Betätigung hinaus werden endlich auch die Verhältnisse des Personen-, Post-, Telegraphen- und Reichsbankverkehrs in eingehender zeitlicher Gliederung behandelt.

H. Silbergleit.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Mannheim seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871—1907. Im Auftrag des Stadtrats bearbeitet vom Stat. Amt der Stadt. Verlag der Stadtgemeinde, Mannheim 1907.

Der dritte, die neuere Entwicklung der Stadt behandelnde Band der dreibändigen Festschrift, die von der Stadtgemeinde anläßlich ihres 300jährigen Bestehens veröffentlicht wurde, enthält ausgiebige Verwendung ganz knapper Texttabellen und graphischer Darstellungen zur Schilderung der Entwicklung und Bedeutung der Stadt. Dahin gehören z. B. die graphische Darstellung der Grundstücksspekulation auf einem abgegrenzten Teil der Gemarkung, desgleichen der Erbauungszeit der einzelnen Gebäude der alten Stadt, des Güterverkehrs nach Verkehrsrichtungen, des gewerblichen Charakters der Stadt. Ferner der Versuch einer statistischen Darstellung der Umwandelung der reinen Handels- in eine Handels- und Industriestadt auf Grund der Gewerbesteuerkataster und des gewerblichen Einkommens in den einzelnen Branchen. Ebenso die Statistik der in Mannheim von Auswärtigen und auswärts von Mannheimern besetzten Aufsichtsratstellen und der Kumulierung derselben als symptomatische Statistik der werbend angelegten Kapitalien.

Eine Art von Ergänzung des Werkes bildet die gleichzeitig erschienene Festschrift zur Einweihung des städtischen Industriehafens, die einerseits die Notwendigkeit des Hafenbaues statistisch zu erhärten sucht, anderseits den Erfolg des Baues durch eine Darstellung der infolge des Hafenbaues neugewonnenen Gewerbesteuerkapitalien dartut.

S. Schott.

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Eine neue Methode der Vergleichung statistischer Reihen. Nach Schmollers Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwalt. u. Volkswirtsch. 33. Jahrg., 2. Heft. Leipzig 1909.

Das methodische Verfahren, vermöge dessen ich seit vielen Jahren meine statistischen Untersuchungen gefördert habe, beruht in folgenden Erwägungen. Wenn wir zwei oder mehrere Reihen von Werten z. B. prozentualen Ausdrücken, die sich auf die gleichen und möglichst vergleichbaren Subjekte (z. B. Regierungsbezirke oder Kreise) beziehen, vor uns haben, so ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß sie vollständig miteinander korrespondieren, sei es im positiven oder negativen Sinne, d. h. daß der in der einen Reihe höchste Wert auch in der anderen, an gleicher Stelle der höchste sei, der nächsthohe auch in der anderen den zweiten Rang einnehme, und so fort, bis der niedrigste hier und der niedrigste dort zusammenträfen; oder aber umgekehrt, was dem Wesen der Sache nach die gleiche Korrespondenz bedeuten würde. Auch wenn wir diese Werte nach ihrer Höhe gruppieren, z. B. 21 Bezirke in 7 gleiche Gruppen einteilen, und dann Gruppen mit Gruppen vergleichen, wird die vollkommene Korrespondenz der Gruppen äußerst selten vorkommen. Man kann aber die Idee einer solchen Korrespondenz der Gruppen, die ich als positive „vollkommene Korrelation", als negative „vollkommene Reziprozität" nenne, aufstellen und festhalten, um an dieser Idee den Grad der wirklichen Korrespondenz zu messen. D.h. es werden die positiven und die negativen Instanzen ermittelt und gegeneinander gehalten. Als positive Instanz gilt 1. das Zusammentreffen einer Gruppe mit der entsprechenden anderen; werden z. B. die Gruppen der einen Reihe nach der Höhe ihrer Wertausdrücke A—G genannt, die der anderen A'—G', so gehören dahin alle Fälle, wo A mit A', B mit B' usw. bis G mit G' zusammentrifft; und diese Fälle werden addiert. Als positive Instanz gilt 2. das Zusammentreffen einer Gruppe mit der ihr zunächst stehenden, z. B. A mit B', B mit A' und C', C mit B' und D' usw. bis F mit G' und E', G mit F' — diese Fälle werden aber nur mit dem halben Zahlenwert gerechnet. Als negative Instanzen gelten ebenso 1. die Fälle, wo A mit G' usw., 2. wo A mit F' usw. zusammentrifft. Sowohl Koinzidenzstellen (so nenne ich die Fälle sub 1) als Kontaktstellen (die Fälle sub 2) heben sich teilweise gegenseitig auf, d. h. sind sowohl positiv als negativ. Die Differenz aller addierten positiven und aller addierten negativen Fälle muß entweder 0 oder eine Ziffer mit positivem oder negativem Vorzeichen sein, wodurch angezeigt wird, daß die verglichenen beiden Reihen entweder indifferent gegeneinander sind oder eine Beziehung zu einander von mehr bejahendem oder mehr verneinendem Charakter haben. Diese Ziffern können in Prozenten der gedachten Fälle vollkommener Korrelation oder vollkommener Reziprozität ausgedrückt werden. Ich pflege die Koinzidenzstellen $= 2$, die Kontaktstellen $= 1$ zu rechnen, und so müßten z. B. bei 7 Gruppen à 3 alle Verhältnisse je zweier Reihen zwischen ± 36 liegen, denn in einem Punkte ($D = D'$) würden sich die beiden Diagonalen schneiden, dieser hätte positiven und negativen Sinn zugleich, so daß 6×6 zu rechnen wären.

Anwendungen des Verfahrens sind im genannten Hefte von Schmollers Jahrb. enthalten; auch wird eine Studie zur Agrarstatistik Schleswig-Holsteins ausgedehnten Gebrauch davon machen, die zu Anfang nächsten Jahres im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" publiziert werden soll.[1]

F. Tönnies.

[1] Vgl. auch Stat. d. Dtsch. Reichs, Bd. 223, S. 47* ff. Red.

Fragekasten.

V. D. E. in Berlin. — Die Bearbeitung einer internationalen Elektrizitätsstatistik ist bei der Budapester Tagung des „Internationalen Statistischen Instituts" (1901) von Vacher (Paris) behufs Aufnahme in das damals von Turquan (Paris) geplante internationale Statistische Jahrbuch angeregt worden (siehe *Bulletin de l'Inst. Internat. de Statistique*, Bd. XIII, S. 218). Wie jenes Jahrbuch selbst, so ist auch jene internationale Elektrizitätsstatistik, bei der wohl hauptsächlich an die Verwendung elektrischer Kraft in öffentlichen Betrieben gedacht war, unseres Wissens bis jetzt nicht weiter gefördert worden, wahrscheinlich infolge von Turquans und Vachers Tod.

F. W. in D. — Die anläßlich der jüngst vorgenommenen Reichstags-Ersatzwahlen wieder vielfach geäußerte Meinung, die Parteigruppierung im Reichstag würde durch stärkere Heranziehung der „Partei der Nichtwähler" eine wesentliche Änderung erfahren, erweist sich nach den Ausführungen in „Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", III, 35. Bd. S. 381 ff., als irrig. Aus diesen geht zunächst hervor, daß nach in Dresden ausgeführten Erhebungen unter 17 774 in den Wählerlisten verzeichneten Wahlberechtigten etwa 9 % tatsächlich das Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil sie entweder durch Krankheit oder Geschäfte verhindert oder fälschlich in die Wählerlisten eingetragen waren. Weiter wird auf Grund der Wahlergebnisse eingehend nachgewiesen, daß, obwohl bei den Wahlen von 1903 die Nichtwähler noch 24 % der Wahlberechtigten ausgemacht hatten, darunter 15 %, die nicht wirklich verhindert waren, doch auch im Falle der Teilnahme jener 15 % Nichtwähler die Abstimmung vom 13. Dezember 1906 über die Kolonialvorlage keine wesentlich andere Parteizusammensetzung gezeigt haben würde. Endlich werden die Abstimmungen von 1903 und 1907 in denjenigen 48 Wahlkreisen, die in ersterem Jahre Gegner der Kolonialvorlage gewählt hatten, in letzterem aber durch die Wahl von Anhängern derselben dem liberal-konservativen Block die Mehrheit verschafften, einer Untersuchung unterzogen, welche zeigt, daß unter diesen Wahlkreisen nicht weniger als 39 sich befinden, in denen nachweisbar nicht die verstärkte Wahlbeteiligung an sich, sondern andere Umstände, insbesondere der Übertritt früherer Gegner zu den kolonialfreundlichen Parteien, den Umschwung verursacht haben. Die Mindestzahl dieser Übertritte läßt sich für jeden Wahlkreis berechnen; sie betrug z. B. im sächsischen Wahlkreis Reichenbach nicht weniger als 3000. Nur in neun Wahlkreisen kann das Eingreifen bisheriger Nichtwähler bei den Wahlen von 1907 den Ausschlag gegeben haben; es sind dies hauptsächlich großstädtische Kreise (Breslau, Königsberg, Frankfurt, Magdeburg, München), also solche, in denen die Wählerschaft besonders starken Änderungen ihrer individuellen Zusammensetzung unterworfen ist.

W. F. in S. (Vgl. Nr. 6). Eine Statistik der öffentlichen Beamten und Pensionäre gibt es, wie uns Herr R. mitteilt, für Rumänien. Folgende Veröffentlichungen sind doppelsprachig (rumänisch und französisch) erschienen: *Statistique des Fonctionnaires Publics et des Pensionnaires de Roumanie pendant l'année 1902—1903, Bucarest 1903,* und *Extrait de la Statistique des Fonctionnaires Publics et des Pensionnaires de Roumanie pendant l'année 1908/09, Présenté au XII. Congrès International de Statistique de Paris, Bucarest 1909.* Vergleiche auch oben Spalte 203.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 8 | **1. Jahrgang** | **1. Dezember 1909**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen" dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen: Todesursachen-, Preis- und Konsumstatistik; Handel und Verkehr; Bank-, Geld- und Kreditwesen; Versicherungsstatistik; Kirchen- und Konfessionsstatistik; Wahlstatistik; Unterrichts- und Bildungswesen; statistische Sammelwerke, Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Konferenzen für Landesstatistik in Österreich.[1])

Von Dr. **E. Mischler**, Universitäts-Professor in Graz.

Als Inama-Sternegg, der frühere langjährige Präsident der österreichischen Statistischen Zentralkommission, die Zustände der staatlichen Statistik im engeren Sinne in den größten Umrissen ins Reine gebracht hatte, ging er daran, auch die Statistik der Selbstverwaltung in den Bereich der Aktionen einzubeziehen. Dies geschah zunächst mit der Städtestatistik und hierauf anfangs der 90er Jahre mit den österreichischen Landschaften beziehungsweise deren Verwaltungstätigkeit. Um die Bedeutung dieser Bestrebungen richtig würdigen zu können, müssen einige Worte über die österreichischen Länder und deren Statistik vorausgesendet werden.

Die österreichischen Länder sind Selbstverwaltungskörper, welchen das autonome Recht der Gesetzgebung auf einem durch die Verfassung umschriebenen Gebiete, ferner ein gewisses durch Verwaltungsgesetze normiertes Aufsichtsrecht oder sonstiges Überrecht über die Selbstverwaltungskörper niederer Ordnung (Gemeinden, Bezirke) zusteht; auch verbindet sich mit dem Begriffe des „Landes" jener von öffentlich-rechtlichen Wesens-Einheiten, während in der Tat — von historischen Momenten abgesehen — keine Gebietskörperschaft, sondern eine juristische Persönlichkeit mit einer Reihe einzelner Berechtigungen besteht. Dabei ist die eigentliche effektiv verwaltende Tätigkeit dieser Länder eine geringe, während die finanzielle Funktion mehr in den Vordergrund getreten ist, und zwar die Eigenschaft als wichtigster Faktor der abgestuften Kostenbestreitung einer größeren Reihe von öffentlichen Aufwendungen, insbesondere auf den Gebieten des Schul-, Sanitäts- und Armenwesens, der Landeskultur, des Straßenwesens usw. Selbstverständlich schließt sich an diese Berechtigungen und Aufgaben das Problem des autonomen Finanzwesens an, welches bekanntlich in der jüngsten Zeit an einem kritischen Punkte angelangt ist, wodurch die Angelegenheit der Statistik der Länder die größte Aktualität erlangt hat.

Soll die Stellung der Länder nach allen diesen Richtungen Berücksichtigung erfahren, so müßte folgendes als die Statistik der Landes-Selbstverwaltung bedingend beachtet werden:

1. Die eigentliche, effektive (durchführende) Verwaltung der Länder als juristischer Personen auf einzelnen Gebieten des öffentlichen Lebens; dieser Zweig ist im allgemeinen und verhältnismäßig nicht sehr groß.

2. Die subventionierende Tätigkeit der Länder; diese ist relativ von sehr erheblichem Belange. Um sie statistisch darzustellen, genügt es nicht, nur die finanzielle Anteilnahme der Landschaften auszuweisen, für deren Beurteilung kein Maßstab vorläge; es müssen vielmehr alle jene Einrichtungen, welche seitens der Länder subventioniert werden, als solche und grundsätzlich zur Darstellung gelangen, gehen sie von welcher Seite immer aus (staatliche, Gemeinde-, kirchliche, Vereins-Anstalten usw.). Damit ist die Notwendigkeit gegeben, die Statistik auf Gebiete aus-

1) Im Anschluß an den in Nr. 6 erschienenen Artikel über das Internationale Statistische Institut und seine Leistungen wird hiermit die Veröffentlichung einer Reihe von Aufsätzen über die Beratungen verschiedener anderer Statistiker-Verbände begonnen. *Red.*



zudehnen, welche der Einflußnahme der Länder entrückt sind, z. B. auf das staatliche, genossenschaftliche, Vereinsgebiet usf., wodurch eine wesentliche Schwierigkeit der ganzen Aktion ausgesprochen ist, ebenso wie ein Übergreifen der Landesstatistik auf die Domänen anderer Verwaltungskörper und deren Statistik.

3. Es entstand die Idee, daß die autonomen und Selbstverwaltungskörper der Landschaften jeweils auch alle jene niederen autonomen und Selbstverwaltungskörper umfassen, welche in deren territorialem Bereiche liegen; z. B. sämtliche Gemeinden und Bezirke; diese Idee entstand einerseits durch die in Österreich ziemlich intensiv fortlebenden historischen Reminiszenzen an die Einheiten und ehemaligen Selbständigkeiten der Länder, und anderseits aus den gewissen Überrechten, welche die Länder über die Bezirke und Gemeinden haben. Demgegenüber darf man aber nicht vergessen, daß die Gemeinden autonom sind und den Ländern über sie nur jene Rechte zustehen, welche ausdrücklich gesetzlich festgelegt sind, was in den einzelnen Ländern in sehr verschiedener Intensität der Fall ist. So aber wurde die Landesstatistik grundsätzlich auf ein begrifflich anderes und umfänglich ausgedehnteres Gebiet verschoben, sie soll nämlich die Statistik aller jener öffentlichen Selbstverwaltungskörper, insbesondere der Gemeinden umfassen, welche im territorialen Umkreise der Landschaften liegen, wobei allerdings aus praktischen Gründen die größeren Städte wegbleiben, weil diese in den Zusammenkünften der Städtestatistiker und in dem „Österreichischen Städtebuche“ ihren Platz finden. Aus einer Statistik der juristischen Person „Land“ ist sonach überdies eine Statistik der gesamten Selbstverwaltung in den Ländern im geographischen Wortverstande entstanden, was für die Ausführung eine ganz erhebliche Schwierigkeit bedeutet, weil die Länder einerseits keine genügende Ingerenz auf diese anderen Verwaltungen und zweitens oft kaum einen administrativen Zusammenhang mit diesen haben. Diese Ausdehnung des Gegenstandes ist offenbar auch dem Umstande zuzuschreiben, daß die bestehenden Statistischen Ämter ihre Aufgabe in diesem erweiterten Sinne auffassen.

4. Handelt es sich um das Finanzwesen der Länder als juristischer Personen, wozu (mit Rücksicht auf Punkt 3) auch die gesamte Frage der kommunalen Finanzstatistik hinzukommt.

Damit ist das Gebiet gekennzeichnet, welches in Angriff zu nehmen war.

In formeller Hinsicht mußte mit dem Umstande gerechnet werden, daß die 17 österreichischen Länder (resp. ohne die Stadt Triest, die gleichzeitig als „Land“ fungiert, 16) autonome Körper sind, gegen welche der Staatsgewalt ohne besondere gesetzliche Befugnis eine autoritative Einflußnahme nicht zusteht, die ganze Aktion also nur auf den Weg der Freiwilligkeit gewiesen werden konnte nicht nur gegenüber der grundsätzlichen Teilnahme der einzelnen Länder, sondern im allgemeinen auch seitens dieser gegenüber den Gemeinden, Bezirken usw.

Was nun den Zustand der Statistik in den österreichischen Ländern anbelangt, gewiß eine sehr wichtige Vorbedingung des Gelingens der Aktion, war und ist gerade nicht allzu Günstiges zu vermelden. In Böhmen, Galizien, Steiermark, Bukowina bestanden damals, und in Mähren, Schlesien und Niederösterreich bestehen seither landesstatistische Ämter zumeist mit relativ geringen Mitteln, vereinzelt mit ganz ausgezeichneten geistig hochstehenden und praktisch wertvollen Leistungen; in den übrigen Ländern aber fehlen sogar die Ansätze, und es mußte resp. muß zum Teil noch heute hier, abgesehen von der Frage der prinzipiellen Bereitwilligkeit der Landesvertretungen, auch noch mit dem Mangel der praktischen Vorbedingungen gerechnet beziehungsweise das Werk einer statistischen Erziehung in Angriff genommen werden; daß da selbst bei grundsätzlicher Geneigtheit der Länder auch die finanziellen Schwierigkeiten hemmend entgegenstanden, denn es mußten doch neue, statistische Beamte eingesetzt werden, ergibt sich aus der Natur der Sache.

* * *

Es wurden also seit dem Jahre 1894 seitens der Statistischen Zentralkommission zum Teil auf Anregung der Länder Mähren und Schlesien Konferenzen für Landesstatistik einberufen, welche, auf dem Prinzipe der absoluten Freiwilligkeit und Gleichberechtigung beruhend, den Zweck verfolgen:

1. Eine gleichförmige den Grundsätzen moderner Statistik und den österreichischen Verhältnissen entsprechende Basis für die Landesstatistik in dem oben skizzierten Sinne zu schaffen, welche nicht kraft Zwang, sondern kraft der Zweckmäßigkeit und Richtigkeit Beachtung finden soll.

2. Die Landesstatistik dort, wo sie noch nicht besteht, zu erwecken und zu beleben, wobei es entschieden als fördernd in Betracht käme, wenn in einem Lande ohne Statistik auf die Aktion der Kommission für Landesstatistik, ihre Autorität, das Beispiel anderer Länder, die fertigen Programme usw. hingewiesen werden könnte.

Dieser Konferenzen fanden bisher 11 statt, und zwar die 1. und 2. am 19. und 20. November 1894, die 3. am 31. Mai 1895, die 4. am 6. Juni 1899, die 5. am 7. Dezember 1900, die 6. am 24. März 1903; diese Konferenzen wurden durchwegs in Wien abgehalten; von nun ab gingen sie in Wanderkonferenzen über, und zwar: die 7. am 9. September 1904 in Innsbruck, die 8. am 19. Mai 1906 in Görz, die 9. am 27. Juni 1907 in Brünn, die 10. am 27. Oktober 1908 in Salzburg und die 11. am 18. Oktober 1909 in Laibach. Diese Konferenzen sind sehr einfach organisiert. Die einzelnen Länder entsenden Delegierte, und diese tagen unter dem Vorsitze des Präsidenten der Statistischen Zentralkommission in einer Landeshauptstadt, welche jeweils ebenso wie die Zeit vereinbart wird, durch 2—3 Tage; bei diesen Zusammenkünften wird jeweilig das Programm der Arbeiten des nächsten Bandes des für die Aufnahme der Beiträge der einzelnen Länder bestimmten Werkes „Statistisches Jahrbuch der autonomen Landesverwaltung“ (Wien 1900 bis 1909, bisher acht Jahrgänge) beraten und der tabellarische Rahmen festgestellt. Selbstverständlich geschieht all dies im gegenseitigen Einvernehmen durch Bereitwilligkeitserklärungen der einzelnen Länder

resp. ihrer Vertreter; eine etwaige Beschlußbildung durch Abstimmung wäre ebenso zwecklos, als ein autoritäres Eingreifen unmöglich ist. In den ersten Jahren bestand ein Permanenzkomitee, zusammengesetzt aus den Vertretern der bestehenden statistischen Landesämter, welchem die Vorberatung der Tabellenrahmen oblag, und deren Mitglieder als Referenten fungierten. Auch tagten dessen Konferenzen früher unter dem Vorsitze des einen oder anderen Landesvertreters. Derzeit ist dieser Usus abgekommen; doch werden wichtigere Angelegenheiten von Spezialkomitees und durch besondere Referenten vorbereitet und vorberaten.

Die Materien teilen sich in solche, welche alljährlich für ein einheitliches Stichjahr, und solche, welche in mehrjährigen Perioden zur Darstellung gebracht werden sollen; im Verlaufe der Jahre hat sich eine ziemlich feststehende Inhaltsgruppierung entwickelt, welche insbesondere folgende Gebiete umfaßt:

Vertretung- und Beamtenkörper der Länder, Bezirke und Gemeinden, Zahl, Gehalte usw.;

Polizei, einschließlich Naturalverpflegstationen, Schubwesen;

Armenwesen im Gesamtumfange, Anstalten, Personen, Finanzen;

Heimatsrechtszustände, insbesondere auch im Zusammenhange mit dem Armenwesen;

Stiftungswesen (inkl. Stipendien usw.);

Sanität;

Schule und Bildung, insbesondere Volks- und Bürgerschulen, Fachschulen, Bibliotheken, Sammlungen, Theater usw.;

Landtagswahlen;

Wirtschaftliche Verhältnisse: Grundbesitz der Gemeinden und diversen Körperschaften, landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, Meliorationen, Wasserbauten, Straßen und Brücken, Verkehrsmittel, landwirtschaftliches Kreditwesen, Alpstatistik usw.;

Finanzen der Länder, Bezirke, Städte und aller sonstigen Gemeinden, deren Fraktionen, Ortschaften u. dgl. und zwar: Einnahmen, Ausgaben, Vermögensbestände, Schuldenwesen, Steuerverhältnisse und Zuschläge, sowie sonstige öffentliche Einnahmen; Betriebe der Gemeinden und Länder.

In diesem Rahmen sind einige Probleme von größter Schwierigkeit und Tragweite inbegriffen, so insbesondere das Armenwesen im Gesamtumfange, welches ja die Einbeziehung der konfessionellen und gesellschaftlichen Faktoren, sowie eine individuelle Aufbereitung erfordern würde; auch das Volks-, Bürger- und Fachschulwesen greift in zahlreiche öffentliche und private Interessensphären über, ohne den festen Angriffspunkt eines einheitlichen Organensystems zu bieten; ferner die Darstellung des Gemeindevermögens, welche eine Inventarisierung desselben im ganzen Staate voraussetzen würde; sodann die Darstellung der Landeshaushalte nach einem einheitlichen Schema, welche insbesondere durch die große Zersplitterung der Fonde und die weitgehende Verschiedenheit der Landesrechnungen erhebliche Schwierigkeiten aufweist. Noch schwieriger aber als alle diese Fragen ist die Schaffung einer einheitlichen Finanzstatistik der Gemeindehaushaltungen in allen Ländern, lückenlos in der Zahl der Gemeinden und genügend detailliert hinsichtlich der einzelnen Nachweisungsposten. Jeder Statistiker weiß, welche Hemmnisse einer solchen Aufgabe entgegenstehen, und jeder Statistiker, der die Aufgabe bewältigt hat, wie z. B. ich in Steiermark, wird beistimmen, wenn man diese, sowie übrigens auch andere, z. B. die Armenstatistik, deren Problem gleichfalls in Steiermark auf dem neuen Wege der Armenkataster gelöst wurde[1]), zu den größten und schwierigsten Problemen der administrativen Statistik zählt, welche nur bei zielbewußt einheitlicher Führung, williger Unterordnung, großen Geldmitteln und verständnisvoller Anteilnahme eines großen Teiles der Bevölkerung gelingen können, tatsächlich bisher wohl nur in kleineren Staaten und Ländern, kaum aber jemals in großen wirklich gelungen sind. Wir können sonach wohl sagen, daß zu den schon früher hervorgehobenen Schwierigkeiten verfassungsrechtlicher, finanzieller und in anderer formaler Hinsicht, auch die größten statistisch-methodisch-technischen Schwierigkeiten treten. —

Fragen wir nun, inwieweit der Konferenz und dem „Jahrbuch der autonomen Landesverwaltung", welches deren Arbeiten aufzunehmen bestimmt ist, also der ganzen Einrichtung überhaupt ihre Aufgabe gelungen ist? Wenn ich dieser Frage nun zum Schlusse noch näher trete, will ich selbstverständlich nicht Kritik *quand même* üben, wozu für mich, als Mitbegründer der Konferenzen sowie als Referenten der wichtigsten Partien und Mitarbeiter von Beginn an kein Anlaß vorliegt; aber die vorstehende rein referierende Darstellung kann doch ohne einige würdigende Begleitworte nicht abgebrochen werden.

Zunächst sei ein unleugbarer Erfolg der ganzen Aktion nachdrücklich hervorgehoben: es wurde der Sinn für Statistik in den Landstuben geweckt und die Landesvertretungen lernten nicht nur deren Wert und Bedeutung kennen, sondern auch die wirkliche Statistik von demjenigen unterscheiden, was früher unter diesem Namen betrieben wurde. Ferner ist zu konstatieren, daß die einfacheren und kleineren Gebiete des Gesamtrahmens des Länderbuches als erledigt angesehen werden können. Dabei ist im besonderen auf den Versuch hinzuweisen, allmählich ein Gebiet um das andere auch einer textartigen Durchbearbeitung zuzuführen. Desgleichen kann als besonders verdienstlich auf die Bestrebungen hingewiesen werden, gewisse Probleme der Landesstatistik methodisch und technisch durch eingehende Referate vorzubereiten, wie z. B. gerade jetzt die Frage der Inventarisierung des Gemeindevermögens, der Ortschaften usw. Recht verdienstlich sind auch die Sammlungen der gesetzlichen Vorschriften, die Jahresübersichten der Landesgesetze und -Beschlüsse, die Übersichten der wichtigsten statistischen Leistungen in den einzelnen Ländern u. ä. Überhaupt läßt sich sagen, daß das Länderbuch imstande ist oder wenigstens zuverlässig sein könnte, die Statistik der eigentlichen Landesverwaltung

1) Siehe unten Sp. 250. *Red.*

erschöpfend darzustellen, da hier die Landesausschüsse ihren guten Willen angesichts der ihnen zustehenden Autorität zur Ausführung bringen können, da ferner vielerlei vorbereitetes Material vorliegt und die Fragen, abgesehen von einer einzigen, nicht gerade schwierig sind. Dieses eine Problem ist die uniforme Darstellung der Landeshaushaltungen, namentlich mit Rücksicht auf die Fonde, welche in der jetzigen dezentralisierten Weise kaum einwandlos erledigt werden dürfte.[1])

Weit schwieriger liegt jedoch die Angelegenheit hinsichtlich der Fragen der Selbstverwaltung im allgemeinen, d. h. solcher Gebiete, an denen die Landesverwaltung, aber auch andere Organe der Selbstverwaltung teilnehmen (wie z. B. das Schulwesen) oder hinsichtlich solcher Partien, die mit der Landesverwaltung überhaupt nichts zu tun haben, sondern die Selbstverwaltung anderer Organe betreffen, wie z. B. der Gemeindehaushalt und zum größten Teil das Armenwesen. Hier ist das Subjekt der autonomen Statistik ein ganz anderes und es ist grundsätzlich nicht zutreffend, aber auch praktisch schwer ausführbar, diese Gebiete unter dem Gesichtspunkte der „Landesverwaltung" aufzufassen. Technisch schwierig, aber nicht unlösbar, ist die Darstellung jener staatlichen, gesellschaftlichen, genossenschaftlichen oder Vereinstätigkeit, zu welcher die Länder nur subventionierend hinzutreten ohne die Verwaltung selbst zu führen; hier liegt die Schwierigkeit in der Erlangungsweise der Daten seitens aller von der Landesverwaltung unabhängigen Faktoren usw.

Dazu kommt noch ein anderes Moment, nämlich die Unmöglichkeit für die Landesverwaltungen — insoweit diese nicht über ein leistungsfähiges statistisches Amt verfügen, und das ist ja nur in ganz wenigen Ländern der Fall — eine Aufbereitung von Individualdaten in größerem Stile vorzunehmen, eventuell unter Heranziehung elektrischer Zählmaschinen, wie das z. B. bei der Statistik der Armenunterstützten, der Frequentanten der Naturalverpflegstationen, der Schüblinge als letzte Lösung dieser Gebiete notwendig wäre. Hier werden immer enge Grenzen gegeben sein, solange die statistische Aufbereitung grundsätzlich von den einzelnen Ländern und nicht einheitlich vorgenommen werden soll.

1) Vgl. dazu das Werk: Die Landeshaushalte der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Nach den Voranschlägen für das Jahr 1905 bearbeitet vom k. k. Finanz-Ministerium. Wien 1907.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende. Von Elisabeth Gnauck-Kühne. Statistische Studie zur Frauenfrage. 2. Aufl. Berlin, Otto Liebmann, 1907. Pr. 3,50 *M*, geb. 4,25 *M*. 163 S.

Die Verfasserin will auf statistischer Unterlage „die Lebensverhältnisse des weiblichen Geschlechts in ihren Schwierigkeiten und Übelständen" darlegen, doch bilden die „Statistischen Tatsachen" nur das dritte, allerdings umfangreichste Kapitel. Hier wird zunächst „der weibliche Überschuß" an der Hand der Berufszählung von 1895 und anhangsweise der Volkszählung von 1900 sowie der Geburts- und Sterblichkeitsstatistik behandelt. 19 von den 31 Seiten dieses Abschnitts behandeln die Selbstmordstatistik, was zu der Bedeutung der Selbstmordziffer für den weiblichen Bevölkerungsüberschuß in keinem Verhältnis steht. Auch entfernt sich die Verfasserin hier in ihren Schlußfolgerungen mehrfach von dem „festen Boden der Statistik", auf dem sie zu stehen glaubt. Der nächste Abschnitt behandelt kurz den Altersaufbau des weiblichen Geschlechts auf Grund der Berufszählung von 1895, der folgende den Anteil des weiblichen Geschlechts am „Eheberuf", dessen verschiedene Größe in den verschiedenen Altersklassen auch mit Hilfe graphischer Tafeln anschaulich dargestellt wird. Nicht geglückt ist der Beweis, daß die unverheirateten ehemündigen Frauen stärker zugenommen hätten als die verheirateten. Ein Blick auf die von der Verfasserin auffallend vernachlässigten Volkszählungsergebnisse hätte gezeigt, daß 1890 von den ehemündigen Frauen 52,46 %, 1900 dagegen 53,54 % verheiratet waren, also das Gegenteil der Fall war. Der nächste Abschnitt setzt Familienstand und Alter mit der Erwerbstätigkeit in Beziehung, der folgende letzte des statistischen Kapitels behandelt den „Wettbewerb zwischen Mann und Weib". Auch diese Abschnitte beruhen in der Hauptsache auf den Ergebnissen der Berufszählung von 1895 im Vergleich mit der von 1882. Wenn erst die entsprechenden Ergebnisse von 1907 veröffentlicht sein werden, so wird sich eine Neubearbeitung der statistischen Abschnitte unter ausgiebigerer Heranziehung auch der Volkszählungsergebnisse wünschenswert erweisen. Haben doch inzwischen so erhebliche Verschiebungen stattgefunden, daß die Zahl der hauptberuflich erwerbtätigen Frauen (einschl. Dienende) von 24,96 % auf 30,37 % der weiblichen Bevölkerung gestiegen ist. *J. Feig.*

Mathematisch-statistische Untersuchungen über Einkommens-, Alters- und Familienverhältnisse der Privatangestellten. Nach zwei Göttinger Dissertationen von A. v. Furlan und W. Raymond, Göttingen 1908 und 1909.

Als statistische Unterlage dienen beiden Abhandlungen, von denen die zweite die Fortsetzung der ersten bildet, die amtlichen Veröffentlichungen der zum Zwecke einer Versicherung der Privatangestellten in Österreich 1896, im Deutschen Reich 1903 durchgeführten Erhebungen. Die statistischen Ergebnisse der letzteren werden nach den von W. Lexis in seiner Freiberger Programmschrift (1877) entwickelten Gesichtspunkten untersucht und mit den Resultaten der Wahrscheinlichkeitsrechnung verglichen, um festzustellen, ob eine Übereinstimmung zwischen der mathematischen Wahrscheinlichkeit und den tatsächlichen Ergebnissen der Statistik besteht. Es gelingt den Verfassern bei ziemlich guter Über-

einstimmung „eine Reihe typischer Beziehungen im Gebiete menschlich-sozialer Erscheinungen im Rahmen einer Schilderung der wirtschaftlichen Lage der Privatangestellten" nachzuweisen. Zwar ist der Rahmen, was die deutsche Erhebung anbelangt, sehr eng, er umfaßt (im Vergleich mit der Berufszählung von 1895) nur 22 % aller Privatangestellten, während die österreichische 70 % ausmacht, der Grund, weshalb die Verfasser in der Hauptsache letztere zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machen. — Die Resultate der Untersuchungen von Furlan waren folgende: 1. Es gibt gewisse Gesamtheiten von Privatangestellten, welche die Annahme eines typischen Normaleinkommens zulassen. Als solche Gesamtheiten erwiesen sich die Gesamtheiten der an der Erhebung von 1903 beteiligten männlichen Privatangestellten überhaupt (hier betrug das typische Normaleinkommen 1800 ℳ), die Gesamtheiten gleichaltriger männlicher Privatangestellten (z. B. für das Alter von 30 bis unter 31 betrug das Normaleinkommen 2075 ℳ), und einzelne Berufsgruppen unter diesen (z. B. Berufsgruppe II Bergbau, Hüttenwesen, Industrie und Handel, das Normaleinkommen 1900 ℳ). 2. Das durchschnittliche Einkommen der Privatangestellten nimmt bis ungefähr zum 50. Lebensjahre fortwährend zu, um dann, mit einer deutlichen Tendenz zur Abnahme, hin und her zu schwanken. 3. Die Anzahl der auf die einzelnen Altersklassen durchschnittlich entfallenden Stellungslosigkeitstage bei dreimaliger Stellungslosigkeit in den letzten fünf den Erhebungen vorausgegangenen Jahren war eine vom Alter unabhängige konstante. 4. Bezüglich der Ausscheidungsverhältnisse (d. Verf. behandeln dieselben graphisch mittels einer planimetrischen Konstruktion) erscheint für viele Berufsgruppen von Privatangestellten die Annahme eines Normalalters zulässig. Dieses Normalalter wird für die Gesamtheit der Privatangestellten zu 29 Jahren, für die höheren technischen Beamten zu 32½, für die niederen technischen Beamten zu 37½, für die höheren administrativen und kommerziellen Beamten zu 42½, für die Buchhalter und Kassierer zu 30 Jahren angenommen. 5. Zu einem gegebenen Alter des Mannes kann ein typisches Normalalter der Frau angenommen werden.

Diese letzte bezüglich der Familienverhältnisse der Privatangestellten vorgenommene Untersuchung setzt W. Raymond in der zweitgenannten Abhandlung in gleicher Berechnungsweise fort. Seine Resultate waren folgende: 1. Die Wahrscheinlichkeit des Verheiratetseins erhält sich, während die Zahl der Privatangestellten von Jahresklasse zu Jahresklasse durch die verschiedenartigsten äußeren Einflüsse wie Tod, Invalidität, Selbständigmachung usw. ständig abnimmt, trotzdem in jeder Altersklasse „ziemlich" konstant. 2. Die Annahme eines Normalalters ist auch mit Unterscheidung des Familienstandes zulässig. 3. Zu einem gegebenen Alter der Frau ist die Existenz eines Normalalters des Mannes nachweisbar, in welchem die Tendenz hervortritt, bei zunehmendem Alter der Frau immer mehr diesem Alter der Frau sich zu nähern. (Dies bestätigt die tägliche Erfahrung, der zufolge Männer in älteren Jahren vorzugsweise Frauen heiraten, die ihnen im Alter näher stehen.) 4. Zu einem gewissen Alter des Kindes gehört ein Normalalter des Vaters und umgekehrt.

Schwankender und darum zweifelhafter sind die Resultate der Untersuchungen, ob aus dem Alter der Kinder mit Unterscheidung des Geschlechts ein Normalalter des Vaters angenommen werden kann. Dasselbe wenig zufriedenstellende Resultat ergab sich aus den Untersuchungen über kinderlose Ehen und die Ausscheidungsverhältnisse (Tod, Selbständigmachung) der Kinder.

Es werden hier also Übereinstimmungen bestimmter statistischer Ergebnisse mit *a priori* feststellbaren Wahrscheinlichkeiten nachgewiesen.

W. Krebs.

II. Bewegung der Bevölkerung.

Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1907. Stat. d. Deutschen Reichs, Bd. 223 (Ref. Reg.-R. Dr. Rahts), Berlin 1909, 4 ℳ.

Alljährlich werden vom Kaiserlichen Statistischen Amt die Ergebnisse der Bewegung der Bevölkerung, d. h. die Nachweise über Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle und die überseeische Auswanderung veröffentlicht, bisher in den Vierteljahrsheften, jetzt zum ersten Male in erweiterter Form in einem besonderen Bande.

Die Tabellen, welche die Grundzahlen der Bewegung enthalten, werden in den statistischen Ämtern der Bundesstaaten nach der vom Bundesrate in dem Beschluß vom 10. Dezember 1900 bestimmten Form zusammengestellt und dem Kaiserlichen Statistischen Amte übersandt. Sie bestehen aus Nachweisen über die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle nach Kalendermonaten, ferner in der Auszählung der Eheschließungen nach dem Alter, dem bisherigen Familienstande und der Religion der Eheschließenden. Die Geburten werden nach ehelichen, unehelichen, nach lebend und tot Geborenen, nach Mehrlingsgeburten und nach dem Geschlecht, die Sterbefälle nach einzelnen Altersjahren und nach dem Geschlecht geschieden.

Diese Tabellen werden für Preußen in der Sonderung nach den 14 Provinzen, für Bayern nach dem rechts- und linksrheinischen Gebiet, für Oldenburg nach Herzogtum Oldenburg, Fürstentum Lübeck und Fürstentum Birkenfeld, für die übrigen Staaten im ganzen mitgeteilt.

Im Kaiserlichen Statistischen Amte werden hieraus dio Tabellen für das gesamte Deutsche Reich zusammengestellt und Verhältniszahlen gebildet, die den Fortgang der Heirats-, Geburten- und Sterbeziffern für die letzten zehn Jahre im Reiche und in seinen Teilen erkennen lassen. Daneben werden zum Vergleiche Übersichten über die Bewegung der Bevölkerung in europäischen und außereuropäischen Staaten, so weit dort sichere Beobachtungen vorliegen, für dieselben zehn Jahre veröffentlicht (vgl. S. 3* bis 19* der Einleitung). Ein Abschnitt über den Wert solcher Ziffern und über die Vorsicht, die bei Vergleichungen zu beobachten ist, ist daran angefügt.

Außer diesen üblichen Mitteilungen ist in dem Bande eine ausführliche Tabelle über die Bewegung der Bevölkerung in den kleineren Verwaltungsbezirken des Deutschen Reiches mit besonderer Unterscheidung der Stadt- und Land-

kreise für die drei Jahre 1904, 1905 und 1906 beigefügt. Es sind hier außer den Grundzahlen der Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, des Geburtenüberschusses, der Totgeborenen, der Sterbefälle des ersten Lebensjahres Verhältniszahlen für den Durchschnitt der drei Jahre mitgeteilt, wobei die Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle und der Geburtenüberschuß auf je 1000 Einwohner, die Totgeborenen und Sterbefälle des ersten Lebensjahres auf je 100 Geburten bezogen sind (S. 71—125). Hierbei zeigen sich große Unterschiede in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches. Die Heiratsziffern schwanken zwischen 4,8 Heiraten auf 1000 Einwohner in der Landherrenschaft der Geestlande bei Hamburg und 11,8 im Amtsbezirk Nürnberg, die Geburtenziffern zwischen 21,6 im Stadtkreis Charlottenburg und in der Landherrenschaft der Geestlande und 56,5 im Stadtkreise Recklinghausen und die Sterbeziffer zwischen 10,7 im Stadtkreis Schöneberg und 36,9 im Bezirksamt Stadtamhof in der Oberpfalz. Auch die Kindersterblichkeit zeigt sehr große Verschiedenheiten, es gibt Teile in Oldenburg, Hannover, Hessen und Fürstentum Waldeck, die sehr geringe Säuglingssterblichkeit aufweisen, während in der Oberpfalz, in Oberbayern, in einzelnen Teilen von Schlesien und Ostpreußen recht schlimme Zustände herrschen. Die auf 100 Lebendgeborene bezogenen Zahlen der Sterbefälle des ersten Lebensjahres schwanken von 6,89 bis 40,14. Eine ausführliche Übersicht über die geringsten und höchsten Verhältniszahlen der Bewegung der Bevölkerung findet man auf S. 40* bis 46* der Einleitung, auch sind dem Bande fünf Kartogramme beigefügt, welche die Verschiedenheiten der Bevölkerungsbewegung im ganzen Reiche veranschaulichen; das Prinzip, nach dem diese Karten entworfen sind, ist auf S. 46* und 47* der Einleitung eingehend besprochen.

Ferner ist zum ersten Male eine Tabelle der Todesursachen der Gestorbenen des Jahres 1906 mitgeteilt, die für diese Veröffentlichung vom Kaiserlichen Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt wurde. Es sind hier 31 der hauptsächlichsten Todesursachen nach 6 Altersklassen, unter 1 Jahr, 1 bis 15 Jahr, 15 bis 30 Jahr, 30 bis 60 Jahr, 60 bis 70 Jahr und über 70 Jahr, und nach dem Geschlecht für die Staaten und Landesteile aufgeführt (vgl. S. 126 bis 185). Den Schluß des Bandes bildet eine Übersicht der überseeischen Auswanderung für das Jahr 1908. *J. Rahts.*

Die Legitimationen unehelicher Kinder in Dresden (seit 1894) **und im Kgr. Sachsen** (seit 1904). Nach: „Stat. Jahrb. f. d. Stadt Dresden", „Stat. Jahrb. f. d. Kgr. Sachsen" und „Zeitschr. d. Kgl. Sächs. Stat. Landesamtes", Jahrg. 1908 S. 182.

Eine Legitimationsstatistik kann einerseits die Häufigkeit der Fälle nachweisen, in denen die unehelichen Geburten nur als voreheliche erscheinen, anderseits die Verschiebungen zeigen, die das aus der Geburtenstatistik sich ergebende Zahlenverhältnis zwischen ehelichen und unehelichen Kindern vom Beginn des Lebens an andauernd bis in das reifere Lebensalter hinein durch Legitimationen erfährt. Daß letztere Aufgabe, die natürlich durch die Absterbestatistik zu ergänzen ist, aus praktischen Gründen nur unvollkommen gelöst werden kann, ist wohl der Grund, warum die Legitimationsstatistik im Deutschen Reiche im allgemeinen recht stiefmütterlich behandelt wird. Die oben genannten Bearbeitungen, die beide auf ähnlicher Methode beruhen, liefern aber immerhin bedeutsame Ergebnisse, wie z. B., daß von den in Dresden im Jahre 1903 unehelich geborenen Knaben nach Ablauf des 5. Kalenderjahres (also des Jahres 1907) nur noch 39,2 % als uneheliche am Leben waren, von den Mädchen 41,2 %; für das Geburtsjahr 1894 waren die entsprechenden Ziffern 33,3 und 36,6. Durch Vergleich mit der Zahl der überhaupt bis zum gleichen Zeitpunkt Fortlebenden des Geburtsjahrgangs 1903 (von den Knaben waren 75,1 %, von den Mädchen 78,7 % noch am Leben) gelangt man zu dem Ergebnis, daß sich der ursprünglich 17,2 bzw. 16,6 % betragende Anteil der unehelichen an der Gesamtzahl der Geborenen bis zum Schluß des 5. Kalenderjahres auf 6,7 bzw. 6,8 % vermindert hat. Eine Unvollständigkeit enthalten die Unterlagen dieser Berechnung insofern, als die Angabe der außerhalb der Stadt Gestorbenen für die ehelichen Kinder fehlt. Da aber diese Zahlen sich, wenigstens für die Knaben, aus den Standesamtsregistern entnehmen lassen würden, so dürfte die Dresdner Methode als auf sicherer Grundlage beruhend vor der bekannten von Böckh für Berlin angewandten Berechnungsweise, die in viel höherem Grade sich mit Interpolationen behelfen muß, den Vorzug verdienen. Jene Unvollständigkeit suchte man in der Dresdner Berechnung dadurch zu kompensieren, daß man die Zahl aller in der Stadt Gestorbenen von der ursprünglichen Geburtenzahl abzog, ohne sie nach der Ortsgebürtigkeit zu unterscheiden.

Die oben erwähnte Bearbeitung für das Königreich Sachsen erstreckt sich noch nicht auf einen für derartige Berechnungen genügend langen Zeitraum; sie enthält aber Neues in bezug auf die sachliche Gliederung des Materials, das u. a. nach der zwischen Geburt und Eheschließung verflossenen Zeit und weiter, da Eheschließung und Legitimation durchaus nicht zeitlich zusammenzufallen brauchen, nach der Zeitdauer unterschieden wird, die zwischen Geburt und Legitimation einerseits, zwischen Eheschließung und Legitimation anderseits lag. Unter den im Jahre 1907 legitimierten Kindern z. B. waren über 10 % solche, deren Eltern sich bereits in einem früheren Jahre verheiratet hatten; die Zahl derjenigen Eltern, die die Legitimation ihrer vorehelichen Kinder nicht gleichzeitig mit der Verehelichung, sondern erst später bewirkten, ist natürlich noch größer, weil in der vorliegenden Statistik die Fälle nicht angegeben werden konnten, in denen die Legitimation zwar im nämlichen Kalenderjahr wie die Eheschließung, aber doch später als diese erfolgt ist. Daraus ergibt sich, daß eine Legitimationsstatistik, um vollständig zu sein, auf die Geburts- und nicht auf die Heiratsregister sich gründen muß. *E. Würzburger.*

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 11. Mai 1908 in Halle a. S. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S., 4. Heft. 67 S. Kom-



missionsverlag von Gebauer-Schwetschke, Halle a. S. Dez. 1908.

Die Wohnungszählung vom Mai 1908 ist unternommen worden, weil infolge Fehlens eines städtischen statistischen Amtes in Halle mit der Volkszählung am 1. Dezember 1905 keine Wohnungszählung verbunden worden war. Die Einrichtung des statistischen Amtes auf Oktober 1906 ließ diese Lücke fühlbar werden; sie ist nun durch die vorliegende Veröffentlichung ausgefüllt worden. Erhebung und Bearbeitung ist nach bewährten Mustern durchgeführt worden. Nur in der Darstellung der Wohnungsverhältnisse der Bewohner nach ihrem Beruf ist man über das übliche Maß hinausgegangen, weil zwei in dieser Richtung unternommene Vorarbeiten (die eine von O. Neubert: „Die Mietsverhältnisse verschiedener Berufsklassen in Halle", 1903, die andere vom Statistischen Amt: „Die Einkommensverhältnisse der Angestellten und Arbeiter in Halle", 1907) vorlagen. Nach der Zählung vom 11. Mai 1908 hat Halle u. V. 6978 bebaute Grundstücke; davon waren 6771 bewohnt, 202 unbewohnt. Pro Grundstück hat Halle 26,3 Bewohner; gegenüber der „Behausungsziffer" von 1895 (mit 25,9) ist nur eine ganz geringe Steigerung eingetreten. Dementsprechend zeigt denn auch die Wohnungsziffer der bebauten Grundstücke keine große Verschiebung. Der Anteil der Grundstücke mit mehr als 10 Wohnungen hat sich nur ganz unbedeutend vergrößert, von 12,9 % im Jahre 1895 auf 13,9 % im Jahre 1908. Die Zählung ergab im ganzen 42 185 Wohnungen; mehr als 3/5 hiervon (63,3 %) haben nur höchstens zwei heizbare Zimmer. Die Wohnung hat durchschnittlich 2,43 heizbare Zimmer, 0,83 nicht heizbare Zimmer und 0,91 Küchen. Die Belegung betrug pro heizbares Zimmer 1,76, pro Wohnraum (einschließlich Küche) 1,03 Köpfe und hat sich gegenüber den Vorjahren beträchtlich verringert (die entsprechenden Ziffern für 1895 sind: 2,03 und 1,17). Die große Masse der Wohnungen liegt im Erdstock und im 1. und 2. Oberstock; diese drei Stockwerke zusammen enthalten 79,9 % aller Wohnungen. Der 3. Oberstock hat einen Anteil von 14,2 %; dann folgt der Keller mit 2,2 % aller Wohnungen.

Der durchschnittliche Zimmerpreis stellte sich auf 137 ℳ; den niedrigsten wiesen die 3 Zimmer-Wohnungen auf mit 119 ℳ, den höchsten die 8 und 9 Zimmer-Wohnungen mit 181 und 185 ℳ.

Die Ergebnisse der Zählung vom 11. Mai 1908 haben zur besseren Beurteilung der Baufähigkeit und wohl auch zur Regulierung der Bautätigkeit beigetragen. *H. Wolff.*

VI. Vermögen und Einkommen.

Schätzung des Volksvermögens auf Grund der Erbschaften und Schenkungen. Nach: *Corrado Gini, Il calcolo della ricchezza di un paese in base alle statistiche delle successioni e donazioni. Atti dell' Ateneo di Treviso.* Treviso 1909.

Da das Volksvermögen nur auf Grund schwieriger besonderer Erhebungen unmittelbar geschätzt werden könnte und auch dann Doppelzählungen kaum auszuschließen sind, so empfiehlt sich seine indirekte Schätzung auf Grund der aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern sich ergebenden Nachweisungen über die jährliche Besitzübergabe durch Tod oder Schenkung, deren Betrag die Berechnung des gesamten Volksvermögens mittels eines bestimmten Koeffizienten ermöglicht. Diese Berechnung bedarf einer Richtigstellung durch einen Fehlerkoeffizienten behufs Ausgleichung der durch unvollständige Angaben entstehenden Lücken. Der Verfasser erörtert diese Methode und ihre Anwendung auf italienische Verhältnisse. Er untersucht sowohl die von Vacher und de Foville zur Berechnung des Gesamtvermögens aus den jährlich übertragenen Vermögen empfohlene Methode, die von der Zwischenzeit zwischen dem Tode der Eltern und der Kinder ausgeht, wie die von Mallet und anderen, welche sich des Verhältnisses zwischen der Zahl der Lebenden und den Sterbefällen in den einzelnen Altersgruppen bedienen. Nach ersterer Methode erhält man den Koeffizienten 36, nach letzterer nur 24. Der Verfasser hält jene Ziffer für zu hoch, diese für zu niedrig und entscheidet sich für etwa 30, wobei leichte Unterschiede zwischen einzelnen Staaten durch das Heiratsalter, die Kinderzahl usw. bestimmt werden; für Italien als ein Land von großer Fruchtbarkeit findet er den Koeffizienten 31. Was den Fehlerkoeffizienten betrifft, so schätzt er ihn für Italien auf 50 % des Wertes der dem Besitzwechsel unterworfenen Vermögen und nimmt an, daß er in anderen Ländern, wennschon er dort kleiner sein mag, doch jedenfalls gewöhnlich zu niedrig geschätzt wird. Mittels der beiden genannten Koeffizienten bemißt Verfasser das Volksvermögen Italiens auf 70—80 Milliarden Lire und findet damit eine viel höhere Summe als andere, die es vordem nur auf 60, bezw. 50, bezw. 47 Milliarden veranschlagt haben. Dennoch bleibt das Volksvermögen erheblich unter dem für andere Staaten, für welche solche Berechnungen möglich sind, geschätzten Betrag; das Deutsche Reich muß hier bekanntlich wegen der Steuerfreiheit der Ehegatten und Kinder außer Betracht bleiben. *C. Gini.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Statistik des Grundbesitzes in Frankfurt a. M. Beiträge zur Statistik der Stadt. N. F. 6. Heft. 144 S. mit 5 graphischen Tafeln und einem Umrißplan der Bauzonen. Kommissionsverlag von J. D. Sauerländer, Frankfurt a. M. 1909. 2,50 ℳ.

Die Untersuchung gliedert sich in eine eingehende Besitzstatistik aus dem Jahre 1900, entsprechend den Beschlüssen der 13. Konferenz deutscher Städte-Statistiker, zu deren Vervollständigung eine Grundstückserhebung aus dem Jahre 1905 kommt, sodann eine Statistik des Grundbesitzwechsels aus dem Jahre 1897/98 bis zum Jahre 1907/08. Von methodischem Interesse ist die Unterteilung der Besitzstatistik nach Alleinbesitz und gemeinsamem Besitz, nach der Ausweisung der Grundbesitzer bezüglich ihrer Veranlagung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer, ferner die Unterteilung des Besitzes nach Ertragswertklassen. Bezüglich des bebauten Grundbesitzes zeigt eine graphische Darstellung deutlich die Abstufung der Ertragswerte, anfangend mit hohen Ertragswerten in der hauptsächlichsten Geschäftsgegend und einer allmählichen Abnahme nach außen hin,



wobei besondere örtliche Verhältnisse diesen allmählichen Übergang durchbrechen können.

Der Charakter der Stadt Frankfurt a. M. als Handelsstadt und einer Stadt mit wohlhabender Bevölkerung läßt bei der Ausweisung der Grundbesitzer nach Berufsgruppen die Kaufleute aller Art, sowie „Rentner und Witwen" besonders hervortreten. Danach folgen die in der Umgebung der Stadt ansässigen Landwirte und Gemüsegärtner, welche in den Vororten ihre Betriebe haben. Auffallend ist die hohe Zahl von steuerfreien Grundbesitzern bei der Ausweisung nach Vermögensgruppen.

Was den Besitzwechsel anbelangt, so kamen in dem letzten Jahr rund 1200 Fälle für bebaute Grundstücke mit etwa 60 ha Fläche, für unbebaute Grundstücke im Durchschnitt der letzten Jahre rund 1000 Fälle mit gegen rund 160 ha Fläche in Betracht. Der Kauf wiegt unter den Arten des Besitzwechsels vor. Die Zwangsversteigerungen folgen in ihrer Zunahme, wie aus den Tabellen ersichtlich ist, dem Wechsel in der Wirtschaftslage. *A. Busch.*

Die Hypothekarverschuldung in der Bukowina. Nach der Bearbeitung durch Dr. Michael Litwinowicz im XII. Heft d. Mitteil. d. statist. Landesamtes d. Herzogt. Bukowina. Czernowitz 1907.

Da die amtlichen Vormerkbücher über den Tabularverkehr nicht ausreichen, um ein klares Bild der Hypothekarkreditverhältnisse zu gewinnen, wurde auf Privatinitiative der Versuch angestellt, die Verhältnisse der Hypothekarverschuldung des Großgrundbesitzes physischer Personen im ganzen Lande, des Grundbesitzes in der Landeshauptstadt Czernowitz und des Kleingrundbesitzes physischer Personen im Gerichtsbezirk Czernowitz nach dem Stand vom 31. Dezember 1904 auf Grund der grundbücherlichen Auszüge zur Darstellung zu bringen, welcher eine Reihe interessanter, für einzelne Besitzgruppen charakteristischer Umstände zutage gefördert hat. Die Gesamtbelastung des Großgrundbesitzes stellt sich demnach auf mehr als 40 Mill. Kr. oder 219 Kr. per ha, während beim bäuerlichen Besitz die Belastung pro ha nur 106 Kr. beträgt. Obwohl nun die Fläche des Großgrundbesitzes doppelt so hoch belastet erscheint als der bäuerliche Besitz, ist zufolge Billigkeit des Zinsfußes (der Durchschnittszinsfuß beträgt beim Großgrundbesitz 4,76 %, beim bäuerlichen Besitz 6,92 %) die Differenz in der Höhe der jährlich von 1 ha zu zahlenden Zinsenbeträge bedeutend geringer (10,4 Kr. gegen 7,2 Kr. pro ha). Der jährliche Katastralreinertrag wird durch die Hypothekenzinsen erschöpft: beim Großgrundbesitz betragen die jährlichen Zinsen 235 %, beim bäuerlichen Besitz 99 % des jährlichen Katastralreinertrages; die Bodenrente fließt somit ganz in die Tasche der Geldleiher.

Der nach dem Katastralreinertrage berechnete Bodenwert ist beim Großgrundbesitz bis 189 %, beim bäuerlichen Besitz bis 58 % belastet. In Anbetracht dieser Tatsachen und in Erwägung des Umstandes, daß die Hypothekardarlehen größtenteils zu Konsumtivzwecken aufgenommen werden, muß gesagt werden, daß die Institution des Hypothekarkredits in der Bukowina ihre Aufgabe nicht erfüllt hat. Erwägt man ferner, daß infolge des Geldmangels die Zinshöhe von 12, 24, 30, 48, 60 und 72 % in den Lastenblättern des bäuerlichen Besitzes nicht selten vorkommt, so muß man zum Schlusse gelangen, daß die meisten Hypothekenschulden Notschulden sind.

Durch Gründung von Banken und Darlehnskassen wird in der jüngsten Zeit zwar versucht, die Kreditnot zu bekämpfen; doch hat der billigere Anstaltskredit bisher beim bäuerlichen Besitz kaum 54 % der Summe aller Hypothekarlasten erreicht (beim Großgrundbesitz 88 %).

Schließlich wird die Frage der Gleichmäßigkeit und der Zunahme der Belastung, der Höhe der Schuldenposten und die Frage des Verschuldungsgrundes erörtert und auf die anormale Häufigkeit der Realexekutionen hingewiesen, durch welche das Bild des wirtschaftlichen Elends des Landes vervollständigt wird. *M. Litwinowicz.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 3. Mai 1902. Österr. Statistik, 83. Bd., 1. Heft.

Gleichzeitig mit der gewerblichen Betriebszählung (Öst. Statistik 75. Bd.) wurde in Österreich im Jahre 1902 auch eine Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgenommen, deren Ergebnisse in dem nunmehr abgeschlossen vorliegenden 83. Bande der Öst. Statistik veröffentlicht sind. Das erste Heft dieses Bandes enthält eine textliche Besprechung der wichtigsten Resultate, summarische Daten für das Reich und die Länder sowie einige Tabellen nach (104) natürlichen Gebieten, die nach der Erntestatistik des k. k. Ackerbauministeriums abgegrenzt wurden. Die Hefte 2—5 enthalten Übersichten nach Kronländern und politischen Bezirken.

Mit Rücksicht auf die sehr mangelhafte Ausfüllung der Flächendaten in den Aufnahmepapieren war leider für die Aufarbeitung der Betriebe nach dem Areale eine starke Beschränkung angezeigt. Die Zusammensetzung der Betriebe nach der Fläche der Kulturen konnte ziffernmäßig lediglich für die Betriebe über 100 ha zur Darstellung gebracht werden. Um einigen Ersatz für die fehlenden Flächendaten zu bieten, wurde eine reiche Gliederung der Betriebe vorgenommen, und zwar in 13 Größenklassen nach der Größe der Gesamt-, der produktiven, der landwirtschaftlichen, der Acker- und Wiesenfläche und des Waldlandes in Kombination mit der allgemeinen Einteilung der Betriebe in 1. rein landwirtschaftliche (ohne Wald, Garten, Weingarten), 2. rein forstwirtschaftliche, 3. bis 6. gemischte mit Unterscheidung in 4 Gruppen nach der Quote der landwirtschaftlichen Fläche, 7. reine Gartenbetriebe, 8. reine Weingartenbetriebe.

Im ganzen wurden in Österreich 2 856 349 Betriebe erhoben. Hiervon sind 74,7 % mit nur landwirtschaftlicher Fläche ausgestattet, 25,0 % besitzen sowohl land- als forstwirtschaftliche Flächen, 0,3 % bestehen ausschließlich aus Waldland.

Fast die Hälfte der Betriebe hat eine produktive Fläche von weniger als 2 ha (44,6 %), 27,7 %



fallen in die Größenklasse 2—5 ha, 21,9 % in die Größenklasse 5—20 ha, nur 5,1 % gehören der Größenklasse 50—100 ha an, nur 0,7 % besitzen eine produktive Fläche von 100 ha und darüber. Diese letzteren (17 889 Fälle) erstrecken sich indessen auf nahezu ein Drittel der Reichsfläche. Ihrer ökonomischen Struktur nach umfassen die Großbetriebe vor allem Wald- und Weideland. Nur $^1/_6$ der gesamten Ackerfläche, nur $^1/_8$ der gesamten Wiesenfläche gehört ihnen zu, hingegen weit mehr als die Hälfte der Alpen und der Waldfläche Österreichs; immerhin darf ihr Anteil an den intensiven Kulturen nicht gering veranschlagt werden, sind doch mehr als 2 Millionen ha Acker- und Wiesenland in den Betrieben über 100 ha enthalten.

Nach dem Rechtsgrund der Bodenbenützung wirtschaften 71,9 % aller Betriebe ausschließlich auf eigenem Boden, 5,3 % auf Pachtland, 22,1 % setzen sich aus Eigen- und Pachtland zusammen.

Die Zahl der tätigen Personen wurde mit 9 070 682 festgestellt. Bei einem Fünftel der Betriebe wird die Arbeit vom Inhaber allein besorgt, bei drei Fünfteln sind außer dem Inhaber auch Familienangehörige mittätig. Nur 1,3 % der Betriebe verfügt über Beamte und Aufsichtspersonen.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen mit der gewerblichen Betriebszählung ergibt, daß auf 100 landwirtschaftliche Betriebe 49,3 % gewerbliche Betriebe, auf 100 landwirtschaftlich tätige Personen 44,6 gewerblich tätige Personen kommen. Rund 277 000 landwirtschaftliche Betriebe stehen in wirtschaftlicher Verbindung mit gewerblichen Betrieben. Die Hauptmasse bilden 200 000 Kleinbetriebe bis 5 ha, bei denen es sich vorwiegend um Verbindungen mit Handwerk handelt; in rund 5000 Fällen ist die Verbindung durch landwirtschaftliche Nebenindustrien bei Großbetrieben begründet.

E. Perels.

Der Viehstand des Großh. Luxemburg nach der Viehzählung vom 2. Dez. 1907. Publik. der Ständigen Kommission f. Statistik, Heft XIX, Luxemburg 1909. 80 und 28* Seiten sowie 4 graph. Darstellungen.

Gemäß der beregten Erhebung wurden im Großherzogtum Luxemburg gezählt: 18 847 Pferde, 103 485 Stück Rindvieh, 27 Esel, 8467 Schafe, 134 067 Schweine, 11 344 Ziegen, 13 087 Bienenstöcke, 365 775 Hühner, 3671 Gänse, 3877 Enten und 442 Truthühner. — Auf ein Quadratkilometer der landwirtschaftlich benutzten Fläche (153 888 ha) entfallen 12,25 Pferde, 67,25 Stück Rindvieh, 5,50 Schafe, 87,02 Schweine und 7,37 Ziegen. Gegen die vorhergehende am 1. Dezember 1904 stattgefundene Zählung werden Abnahmen bei den Pferde-, Schaf-, Ziegen- und Bienenstockbeständen festgestellt und zwar um 602 Stück bei den Pferden, um 322 Stück bei den Schafen, um 510 Stück bei den Ziegen und um 2177 Stück bei den Bienenstöcken. Diesem Rückgang steht jedoch ein recht bedeutender Aufschwung bei den Rindvieh- und Schweinebeständen gegenüber, der sich auf 9,27 bzw. 8,08 vom Hundert stellt. Die für diese beiden Viehgattungen gefundenen Zahlen waren übrigens bis dahin im Großherzogtum noch nicht festgestellt worden. — Der Gesamtkapitalwert des luxemburgischen Viehbestandes beziffert sich im Jahre 1907 auf 57 235 473 Fr.; im Jahre 1904 betrug er 48 859 380 und im Jahre 1901 40 998 401 Fr. Auf die Einwohnerzahl bezogen, beläuft sich das Viehvermögen per Kopf der Bevölkerung auf 229 Fr. im Jahre 1907, auf 197 im Jahre 1904 und auf 174 Fr. im Jahre 1901. Das im Viehstand angelegte Kapital hat demnach eine namhafte Steigerung erfahren. — In dem Zeitraum Dezember 1906 bis Dezember 1907 kamen zur Abschlachtung 327 Pferde, 23 872 Kälber unter 3 Monaten, 1877 Rinder von 3 Monaten bis 2 Jahre, 5981 weibliche Rinder über 2 Jahre, 2262 Stiere, 3081 Ochsen, 10 319 Schafe, 106 115 Schweine über $^1/_2$ Jahr alt, 12 634 Ferkel bis $^1/_2$ Jahr alt, 740 Ziegen und 5145 Zicklein. Das Gesamtschlachtgewicht dieser Tiere bezifferte sich auf 13 089 997 kg. Für die angegebene Zeit ergibt sich demnach eine auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar gewesene Fleischmenge von 52,40 kg. *P. Rewenig.*

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Die Gast- und Schankwirtschaften, Branntwein-Kleinhandlungen und Flaschenbierhandlungen im Herzogtum Braunschweig. Von Geh. Finanzrat Dr. F. W. R. Zimmermann. Beitr. z. Stat. d. Herzogt. Braunschweig. Heft XXIII. 1908. S. 117—153.

Anschließend an eine statistische Erhebung über die Gast- und Schankwirtschaften sowie die Kleinhandlungen mit Branntwein, welche 1893 auf Anregung des Reichskanzlers übereinstimmend für das Deutsche Reich durchgeführt, für Braunschweig aber zugleich auch auf den Stand vom 1. Januar 1879 erstreckt wurde, hat für das Herzogtum wiederum eine gleiche Festlegung nach dem Stande vom 1. Januar 1908 stattgefunden, welche bei sonstiger allgemeiner Übereinstimmung in den Grundlagen für das Mal noch auf die alkoholfreien Gast- und Schankwirtschaften und auf die Flaschenbierhandlungen ausgedehnt wurde. Innerhalb der Schankwirtschaften für geistige Getränke ist nochmals geschieden, je nachdem diese mit oder ohne Branntweinausschank betrieben werden, während die Branntwein-Kleinhandlungen und die Flaschenbierhandlungen je nach der vorhandenen oder nicht vorhandenen Verbindung mit Gast- oder Schankwirtschaft getrennt sind. Die die Ergebnisse zusammenfassende einzige Haupttabelle, welche gleicherzeit das Verhältnis zu der Einwohnerzahl berücksichtigt, gibt ihre Daten gesondert für jede einzelne Gemeinde, um die Ergebnisse der Statistik ohne weiteres für den praktischen Gebrauch durch die Verwaltung verwertbar zu machen. Das Ergebnis der Erhebung wird man im allgemeinen, was die Gast- und Schankwirtschaften sowie die Branntweinkleinhandlungen anlangt, als ein günstiges hinstellen dürfen. Der Stand der Gast- und Schankwirtschaften ist in etwa drei Viertel der Gemeinden des Herzogtums unverändert geblieben, der der Branntwein-Kleinhandlungen in nahezu zwei Drittel derselben; das Fortschreiten für die übrigen Gemeinden steht im großen und ganzen mit dem Fortschreiten

der Bevölkerung und des Verkehrs im Einklang; durchweg ließen sich in denjenigen Fällen, in denen die Zahl der Wirtschaften oder Kleinhandlungen besonders zugenommen hatte oder gegenüber der Einwohnerzahl besonders hoch erschien, als berechtigt anzuerkennende Ursachen für das bezügliche Verhältnis nachweisen. Die Zahl der alkoholfreien Gast- und Schankwirtschaften ist an sich keine sehr große, ihre Verteilung auf einzelne Gemeinden aber eine derartige, daß man bezüglich des vorhandenen Bedürfnisses Zweifel hegen und zu der Annahme kommen kann, die Alkoholfreiheit werde lediglich als Vorwand, um zur Wirtschaft überhaupt zu gelangen, gebraucht. Flaschenbierhandlungen wurden in einer Bedenken erregenden Anzahl nachgewiesen, welche über die Gesamtzahl der Wirtschaften und der Branntweinhandlungen hinausging; nach Lage der Sache dürfte kaum anzunehmen sein, daß eine derartig große Zahl von Flaschenbierhandlungen dem vorhandenen Bedürfnisse entspricht oder sich bei reellem Betrieb auch nur als existenzfähig erweisen kann. *F. W. R. Zimmermann.*

Die Verlagsbetriebe und die Heimarbeitsbetriebe in Basel. Bearbeitet von F. Mangold. Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt. Nr. 18, Heft 2. Kommissionsverlag von C. F. Leudorff, Basel 1909.

Die Arbeit beruht auf den Ergebnissen der eidgenössischen Betriebszählung von 1905 und behandelt die Heimarbeit in der Stadt Basel. Zunächst werden die Verlagsbetriebe besprochen, die in Basel ihren Sitz haben, und die aus den Betriebsbogen (Gewerbebogen) ermittelt werden konnten. („Werden vom Betriebe Hausindustrielle — Heimarbeiter — beschäftigt?" . . . Wie viele? . . . Wenn **ja**, wo befinden sie sich? . . .). Es waren 204 solche Verlagsbetriebe; insgesamt beschäftigten sie 4974 Heimarbeitsbetriebe in Basel und Umgebung. Diese Verlagsbetriebe werden behandelt nach ihrer Erwerbsbranche, nach der Anzahl der von ihnen beschäftigten Heimarbeitsbetriebe. Eingehender sind die größern Gruppen bearbeitet: Seidenbandweberei, Weißzeugbranche, Herren- und Damenschneiderei und -Konfektion, Schuhmacherei.

Die Heimarbeitsbetriebe selbst (in Basel 819 mit 990 Personen) sind nach folgenden Gesichtspunkten beschrieben: Erwerbsbranche des zugehörenden Verlagsbetriebs, Inhaber der Heimarbeitsbetriebe nach Geschlecht und Zivilstand, ihr Personal, und zwar Inhaber, Angehörige, Fremde nach Zahl, Geschlecht, Alter und Nationalität; Saison- und Jahresbetriebe, Motorenverwendung, Verwendung von Arbeitsmaschinen, Lohnzahlung, Heimarbeit als Haupt- und Nebenbeschäftigung; die speziellen Verhältnisse in der Bandindustrie.

Dem Text gehen voran kritische Betrachtungen der Erhebungsweise bei der Zählung und der Fragestellung. Leider wünschte die Betriebszählung nicht, daß alle Heimarbeiter gezählt würden; verschiedene Branchen wurden ignoriert; das Bild der eidgenössischen Zählung ist daher unvollständig, wie die Heimarbeitsausstellung in Zürich und Basel dargetan hat. *F. Mangold.*

Die Heimarbeit im Kanton St. Gallen. Die Ergebnisse der Enquête im Winter 1908/09. Im Auftrage des Volkswirtschaftsdepartements bearbeitet von Paul Groß. Separatabdr. aus der Zeitschr. f. schweiz. Statistik. 45. Jahrgang 1909. S. 751—778. (Auch: Statistik des Kantons St. Gallen XXV. Heft.)

Die Arbeit ist das Ergebnis einer speziellen Enquete. Nach der eidgenössischen Betriebszählung von 1905 gibt es im Kanton St. Gallen 22 605 Heimarbeiter, wovon weitaus die Mehrzahl — 20 484, darunter 14 703 Frauen — in der Stickerei beschäftigt sind. In weitem Abstand folgen: die Seidenweberei mit 841, die Baumwollweberei mit 691 und die Bekleidungsbranche mit 279 Heimarbeitern. Die Heimarbeitsbetriebe machen nicht weniger als ein Drittel aller Betriebe überhaupt aus. Die Fragebogen sind von 4101 Heimarbeitern mit 1980 Mitarbeitern beantwortet worden und es beziehen sich die folgenden Angaben auf diese Zahl. Nach dem Geschlecht waren 76,3 % Frauen und 23,6 % Männer, ein Verhältnis, das auch bei der Gesamtzahl der Heimarbeiter zutrifft. 89,5 % der befragten Arbeiter sind Schweizer, 4,9 % Deutsche, je 2,3 % Österreicher und Italiener, auf die andern Länder fallen 0,2 %. 74 % der befragten Heimarbeiter sind verheiratet, 4,8 % verwitwet, 7 % allein stehend (ledig oder geschieden), während auf im Familienverbande lebende Söhne und Töchter 12,9 % entfallen. Nach dem Alter stehen 5,2 % unter 20 Jahren und 4,1 % sind über 65 Jahre alt. 90 % der Heimarbeiter befassen sich im Hauptberuf mit Heimarbeit, 6,5 % treiben im Hauptberuf Landwirtschaft und nur 1,2 % sind hauptsächlich industriell oder kommerziell tätig. Aber auch dort, wo die Heimarbeit Hauptberuf ist, ist sie nur in 32 Fällen auf 100 einziger Unterhalt. Stark ein Drittel der Heimarbeiter arbeitet über 10 Stunden, 11 % 12 Stunden und mehr, was entschieden als ungünstig bezeichnet werden muß. 35 % arbeiten in einem besonderen Arbeitslokal, 61 % im Wohnzimmer, die Plattstich- und Beuteltuchweber arbeiten in feuchten, unheizbaren Kellern. 53,5 % erhalten ihren Lohn direkt vom Geschäft, 46,5 % von Ferggern. In der Regel ist der Lohn Akkordlohn. Von den Mitarbeitern sind 73,5 % Familienglieder und 26,5 % Fremde. Die Mitarbeiter sind meist Ausrüsterinnen oder Fädlerinnen. Die letzteren haben einen Tagelohn von 1,80 fr., 2 fr., seltener 2,20 fr.; wenn sie von den Heimarbeitern verköstigt werden, weniger (1,20 fr. bis 1,50 fr.). Die Ausrüsterinnen erhalten bedeutend mehr: 2,50 fr. bis 3 fr. und darüber.

Als ernste Übelstände in der St. Gallischen Hausindustrie ergab die Enquete: 1. Übertrieben lange Arbeitszeit bei mehr als ein Zehntel der antwortenden Heimarbeiter, auch bei verheirateten Frauen und bei Mitarbeitern, von denen jedenfalls nicht wenige jugendlichen Alters sind; 2. allzustarke Inanspruchnahme von Kindern im schulpflichtigen und sogar vorschulpflichtigen Alter; 3. außerordentlich schwankende Bezahlung, Verlust großer Lohnsummen infolge der Ferggerei. Zur Abhilfe werden empfohlen: Einbeziehung der Hausindustrie in die soziale Versicherung und Gewerbegesetzgebung, speziell Inspektion, Förde-

rung der Abschlüsse von Tarifverträgen, Gründung von Genossenschaftsferggereien, deren bereits sieben im Kanton bestehen, mit Unterstützung der betreffenden Kantone, bessere Wohnungspolizei usw. Der beste Schutz, wird am Schlusse bemerkt, liege für die Heimarbeiter, sowohl was die Arbeitszeit als auch was die Löhne angehe, in den Organisationen, welche zu entwickeln also gerade diese Arbeiter allen Grund haben. *E. Naef.*

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Das Lotteriewesen in der Schweiz. Nach dem Referat v. E. Naef, Kantonsstatistiker, Aarau, in der Zeitschrift für schweiz. Statistik, 45. Jahrgang 1909.

Der Referent setzt sich zum Ziele, die Übelstände im Lotteriewesen zu bekämpfen. Zunächst wird der Ursprung und die Entwickelung des Lotteriewesens dargelegt und sodann ausgeführt, wie die Veranstalter der Lotterien es anstellen, um möglichst viel Geld zu verdienen. Es werden die schwachen Aussichten auf Gewinn seitens der Losabnehmer und die außergewöhnlichen Listen, welche einzelne Lotterieunternehmungen in der Ausübung des Handwerks an den Tag legen, berührt. Die einzelnen Arten der Lotterie, wie Lotto, Klassenlotterie, Prämienlotterie und Zwecklotterie, werden eingehend behandelt und für die beiden ersteren unbedingtes Verbot mit hoher Geldbuße und Gefängnisstrafe gefordert. Prämienlotterie und Zwecklotterie sollen nur unter genügenden schützenden Kautelen gestattet werden, denn die Erfahrung hat genügend dargetan, daß auch diese Lotteriearten bei mangelnder Aufsicht und Kontrolle gefährlich und verderblich werden können. Dies gilt namentlich von der Prämienlotterie, welche in den letzten Jahren zu unerhörter Beschwindelung der unteren Volksklassen durch gewissenlose Prämienloshändler geführt hat. In ähnlicher Weise kann da, wo die Zwecklotterie infolge einer allzulockeren Aufsicht und allzugroßer Nachgiebigkeit in der Auslegung des Begriffs „Wohltätigkeit" und „Gemeinnützigkeit" für ganze Gegenden zur schlimmen Plage werden. Eine für den Kanton Aargau gemachte Zusammenstellung ergibt, daß einzig in diesem Kanton letztes Jahr 25 Lotterien bewilligt wurden, mit einer Loszahl von 163 800 im Gesamtwert von Fr. 124 610. Von diesen Verlosungen fallen 6 auf kleinere Christbaumfeiern, 6 auf Musikgesellschaften für Anschaffung von Instrumenten und Uniformen, 2 auf Schießstandanlagen, 1 für ein Pfarrhaus, 1 für eine Kirche, 1 für ein Konzertlokal, die übrigen für Sozialwerk. Wie hoch sich in der ganzen Schweiz der Gesamtbetrag der bewilligten Lotterien beziffert, ist mangels näherer Angaben sehr schwierig, auch nur annähernd zu schätzen. Man kann etwa einen Maximalbetrag von 2—3 Millionen Fr. im Durchschnitt annehmen. Leider haben bis jetzt die gesetzgeberischen Maßnahmen den Auswüchsen im Lotteriewesen nicht Einhalt zu gebieten vermocht, weil sie eben sehr ungenügend waren und sich meistens nur auf Strafverbote beschränken und dazu so milde Strafen vorsehen, daß sie eher zur Aufmunterung als zur Abschreckung dienen müssen. Der Referent verlangt, daß die Behörden sich der Sache annehmen und dem Unfug abhelfen. Die daherigen Maßnahmen sollen, ohne auf die einzelnen kantonalen Gebiete zu stark einzugreifen, wenigstens den Kantonen gestatten, sich gegen das Unheil zu wehren, wenn sie dies aufrichtig bestreben, statt daß, wie dies heute oft der Fall ist, dieselben bloß ihre Machtlosigkeit auf diesem Gebiete konstatieren können angesichts der Gleichgültigkeit oder Nachsicht der angrenzenden Kantone.

E. Naef.

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiterschaft zu Wiesbaden am 1. Mai 1909. Bearbeitet von Dr. H. Rahlson, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Wiesbaden. Wiesbadener Statistik, Heft 4. 23 S. Verlag von J. F. Bergmann, Wiesbaden, 1909. Preis 1 *M.*

Solange ein Arbeitgeber, sei er staatlich, gemeindlich oder privat für die Bezahlung seiner Arbeitnehmer keine festen Normen aufgestellt hat, so lange kann über die für die Bezahlung obwaltenden Grundsätze nur eine Aufnahme der Verhältnisse eines bestimmten Tages Aufschluß geben. Eine solche Aufnahme liegt hier nach ihrer Entwickelung in der statistischen Kamera vor. Sie hat ihren Anlaß in immer wieder laut gewordenen Klagen über zu schlechte Bezahlung der städtischen Arbeiter, die einen allgemeinen Lohntarif für ihre Arbeiterschaft noch nicht haben. Teilweise, nämlich für die Licht- und Wasserwerke, besteht allerdings ein solcher schon.

Weil für den geschilderten Zweck genügend, wurde bei der Verarbeitung außer dem Lohn nur noch das Dienstalter berücksichtigt. Das Tabellenwerk gliedert sich nach den Berufsgruppen der Arbeiter; erst als Unterabteilungen erscheinen die Verwaltungszweige.

Das Ergebnis ist ein doppeltes, denn außer der Feststellung der gezahlten Löhne trat auch noch zutage, daß eine große Reihe von dienstälteren Arbeitern einen geringeren Lohn als dienstjüngere bezieht. Die Durchschnittslöhne der Taglöhner, Gärtner, Maler, Spengler liegen zwischen 3,44 *M* und 3,98 *M*, die der Schreiner, Schlosser, Obmänner, Monteure, Installateure, Heizer und Schmiede zwischen 4,10 *M* und 4,46 *M* und die der Steinhauer, Vorarbeiter und Maschinisten zwischen 4,56 *M* und 4,62 *M*. Bergmänner beziehen durchschnittlich pro Tag 5,09 *M* und Maurer 5,34 *M*. *H. Rahlson.*

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907/08. Ergänzungsheft II z. d. Viertelj.H. z. Stat. d. D. Reichs, 1909 (Ref.: Reg.-Räte Dr. Feig u. Dr. Moll), 41 S., 1 *M.*

Die in Nr. 4 vom 1. Juni d. J. (Sp. 109) angekündigte erstmalige Rentabilitätsstatistik der deutschen Aktiengesellschaften ist inzwischen erschienen. Von den in der Bestands- und Bewegungsstatistik des Kais. Statist. Amtes nachgewiesenen Gesellschaften sind in der Statistik der Geschäftsergebnisse nicht berücksichtigt die Gesellschaften in

Liquidation und Konkurs, ferner alle Gesellschaften mit nichtwirtschaftlichen Zwecken oder mit Nebenleistungspflicht (§ 212 H. G. B.), solche, die satzungsgemäß die Gewinnerzielung oder Dividendenverteilung ausschließen oder beschränken, endlich solche, deren Bilanzen nicht oder lückenhaft veröffentlicht wurden, ohne daß durch Rückfragen Aufklärung zu erzielen war. Alle übrigen Gesellschaften wurden mit denjenigen Bilanzen in die Jahresbearbeitung 1907/08 einbezogen, welche in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 ihren Bilanzabschlußtag hatten. Von den am 30. Juni 1908 vorhandenen 5166 Aktiengesellschaften (mit Ausschluß der in Liquidation und Konkurs befindlichen) kamen für die Rentabilitätsstatistik — als einen Teil der Wirtschaftsstatistik — 4578 sog. „reine Erwerbsgesellschaften" in Betracht.

Die Ergebnisse der Statistik sind in 7 eingehenden Tabellen (24 S.) zur Darstellung gebracht. Vorher sind in einer Einleitung die bisherigen Arbeiten des Kais. Statist. Amtes auf dem Gebiete der Aktiengesellschaftsstatistik besprochen. Sodann sind die Grundsätze ausführlich mitgeteilt, nach denen für die Rentabilitätsstatistik die Verarbeitung der Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnungen sowie gegebenenfalls der Geschäftsberichte vorgenommen ist.

Das eingezahlte Aktienkapital der 4578 Gesellschaften betrug am Tage des Bilanzabschlusses 12 788,25, die echten Reserven beliefen sich auf 2660,66, das gesamte Unternehmungskapital erreichte somit den Betrag von 15 324,40 Mill. ℳ. Besondere Beachtung verdienen die erstmalig in einer Statistik dieser Art gebotenen Zahlen über die von Aktiengesellschaften ausgegebenen Obligationen. Ihr Gesamtumlauf erreichte den Betrag von 2913,10 Mill. ℳ. Hierbei sind die Pfandbriefe usw. der Hypothekenaktienbanken, deren Umlauf nach anderweitigen Ermittelungen des Kais. Statist. Amtes am 30. Juni 1908 9306,04 Mill. ℳ betrug, nicht eingerechnet.

Die Tabelle 1 a gibt die Hauptzahlen der Bilanzen, wobei die Gesellschaften nach Gewerbearten gegliedert sind. Die Tabelle 1 b bietet diese Zahlen für die nach Staaten und Landesteilen geordneten Gesellschaften. In den beiden Tabellen 2 a (nach Gewerbearten) und 2 b (nach Staaten usw.) werden die Geschäftsergebnisse mitgeteilt; der Jahresertrag der Gesellschaften ist hier ins Verhältnis gesetzt zum dividendeberechtigten Aktienkapital (Sp. 16) und zum Unternehmungskapital (Sp. 17), welches sich aus ersterem und den echten Reserven zusammensetzt. Diesen beiden Rentabilitätsziffern entspricht vom Standpunkte des Aktionärs die Ziffer, welche (in Sp. 21) durch Vergleichung der Dividendensumme mit dem dividendeberechtigten Aktienkapital berechnet ist.

Die weiteren Tabellen beziehen sich nicht mehr auf sämtliche reinen Erwerbsgesellschaften, sondern nur auf die dividendezahlenden unter ihnen. Die Tabelle 3 scheidet die nach Gewerbearten aufgeführten Gesellschaften nach der Höhe der auf Stamm- oder Vorzugsaktien entfallenen Dividendensätze. Die Tabelle 4 a ergänzt die Tabelle 3 und gibt an, welche Beträge des dividendebeziehenden Aktienkapitals auf die einzelnen Dividendensätze entfallen; die Tabelle 4 b teilt die hierzu berechneten Verhältniszahlen für jene Kapitalbeträge mit. *E. Moll.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen der Invalidenversicherung für die Jahre 1904 bis 1908. Amtl. Nachrichten d. Reichs-Versicherungsamts 1909, 2. Beiheft. Behrend & Co., Berlin. 197 S. 4 ℳ.

Über die Heilbehandlung, diesen für die allgemeine Wohlfahrt so wichtigen Zweig der sozialen Fürsorge, veröffentlicht das Reichs-Versicherungsamt bereits seit dem Jahre 1898 eine alljährlich — in der Regel Anfang September — erscheinende Statistik. Es werden darin die gesamten Leistungen der Versicherungsträger auf diesem Gebiet und die damit erzielten Heilerfolge, insbesondere die Dauererfolge dargestellt. In zahlreichen Tabellen sind die Kosten und die Erfolge der Behandlung, größtenteils je besonders für Männer und für Frauen, zusammengestellt, durchweg getrennt nach den beiden Hauptgruppen „Lungentuberkulose" und „andere Krankheiten". Aus den umfangreichen Vorbemerkungen (mit Anhang 126 Seiten) sind die wichtigsten Ergebnisse des Tabellenwerks ersichtlich. Dort ist auch näheres über die Entstehungsgeschichte und den Zweck der Statistik angegeben und die bei der Bearbeitung angewandte Methode erläutert. Insbesondere ist erörtert, was unter „ständiger" und unter „nichtständiger" Heilbehandlung verstanden wird, wann ein „Anfangs-" und wann ein „Dauererfolg" angenommen wird, wie lange und in welcher Weise die durch die Behandlung erzielten Heilerfolge nachgeprüft werden, welche Gesichtspunkte bei der Feststellung des Kostenaufwandes zur Erzielung vergleichbarer Ergebnisse vom Reichs-Versicherungsamt als maßgebend bezeichnet worden sind, usw.

Die Statistik ist schon deshalb erforderlich, weil dadurch der Öffentlichkeit gegenüber gewissermaßen Rechenschaft abgelegt wird über die bedeutenden Aufwendungen, die von den Trägern der Invalidenversicherung fortgesetzt aus den Beiträgen der Arbeitgeber und der Arbeiter für Zwecke des Heilverfahrens gemacht werden. Sie ist aber auch für die Versicherungsträger selbst und für deren Aufsichtsbehörden unentbehrlich zur Prüfung der Frage, inwieweit durch diese Aufwendungen das vom Gesetzgeber vorgezeichnete Ziel erreicht wird, eine Minderung der Rentenlast für die Versicherungsträger herbeizuführen. In Erfüllung dieser Zwecke ist die Statistik zugleich für die medizinische Wissenschaft und die allgemeine Wohlfahrtspflege von Bedeutung geworden. Namentlich wird ihr als Hilfsmittel im Kampfe gegen die Lungentuberkulose von fachmännischen Kreisen großes Gewicht beigelegt.

Einige Zahlen aus der im September 1909 veröffentlichten Bearbeitung dieser Statistik mögen hier Platz finden, um wenigstens einigermaßen die Bedeutung der Aufwendungen und der Erfolge des Heilverfahrens, das sich die Träger der Inva-



lidenversicherung in fortgesetzt steigendem Maße angelegen sein lassen, zu kennzeichnen. Seit 1897 sind 517 847 Personen mit einem Kostenaufwande von nahezu 127 Mill. ℳ behandelt worden. Davon waren 442 845 Personen (230 248 Lungentuberkulöse und 212 597 andere Kranke) einem planmäßigen (ständigen) Heilverfahren unterworfen, und zwar in Krankenhäusern, Lungenheilstätten oder Genesungsheimen der Versicherungsträger oder anderer Besitzer, sowie in Luftkurorten, Bädern, Walderholungsstätten usw. Eigene Heilanstalten besaßen Ende 1908 sämtliche Versicherungsträger zusammen 65; sie waren mit einem Kostenaufwande von nahezu 57 Mill. ℳ errichtet worden.

Im Jahre 1908 sind 68 137 Personen ständig und 18 853 Personen nichtständig behandelt worden; die Aufwendungen hierfür betrugen etwa 21 bzw. 22 Mill. ℳ, d. i. 9,4 % der den Versicherungsträgern zugeflossenen Beiträge. Von den im Jahre 1904 an Lungentuberkulose behandelten Männern sind 79 % als erwerbsfähig aus der Behandlung entlassen worden. Bis zum Ende des Jahres 1908 hatte dieser Heilerfolg bei 44 % dieser Behandelten noch angehalten. Bei den Frauen dieser Gruppe zeigten sich sogar um 2 bzw. 7 % günstigere Ergebnisse. *Siefart.*

XIX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

Die unehelichen Mündel des Vormundschaftsgerichtes in Frankfurt a. M. Von Othmar Spann. Bd. V der „Probleme der Fürsorge", herausg. von Prof. Dr. Klumker. gr. 8⁰, VII u. 112 S. u. VI Tabellen. Dresden 1909. Verlag O. Böhmert.

Das Material, welches der Untersuchung zugrunde liegt, entstammt einer von der „Zentrale für private Fürsorge" in Frankfurt a. M. angeordneten Erhebung, deren Grundlage die Akten des dortigen Vormundschaftsgerichtes bildeten. Es wurden fast 9000 Zählkarten über uneheliche Mündel angelegt, welche in allen Altersklassen von 0—21 Jahren standen. Es wurden hauptsächlich untersucht: die Wirkungen der Vormundschaftsführung, die persönlichen Verhältnisse der unehelichen Kinder, Mütter und Väter, namentlich aber die Verpflegungsverhältnisse der Kinder (bis zu 14 Jahren), ihre Bedingungen (z. B. Alimentation) und Wirkungen. — Von den Ergebnissen mag die Konstatierung überaus häufigen Pflegewechsels der unehelichen Kinder hervorgehoben werden, der im zarten Jugendalter lebensgefährdend, im späteren Alter verwahrlosend wirkt. Hinsichtlich der Bedingungen der Unehelichkeit überhaupt ergab sich eine große Verwaisung der unehelichen Mütter. Besonders schwierig war die Beschreibung der Aufeinanderfolgen der verschiedenen Verpflegungsarten; ich habe sie in einer Reihe komplizierter Tabellen versucht. Diesbezüglich ergab sich unter anderem, daß im allgemeinen nur jene Kinder Aussicht haben, in einer ständigen Pflege aufzuwachsen, d. h. eine stabile Erziehung zu genießen, welche entweder bei den Eltern der Mutter oder durch baldige Verheiratung dieser mit einem anderen Manne als dem unehelichen Vater („Stiefvaterfamilie") eine frühe Zuflucht finden.

Das Buch schließt sich an meine früheren Arbeiten („Untersuchungen über die unehel. Bevölkerung in Frankfurt a. M.", II. Bd. der „Probleme" 1905) an. Obzwar es ein ganz anderes Material bearbeitet — damals handelte es sich hauptsächlich um die Militärstammrolle — galt es, gleichartige Verhältnisse und Probleme weiter zu verfolgen. Trotzdem damals das Material noch viel enger begrenzt war wie diesmal, haben alle Hauptergebnisse, die natürlich im wesentlichen nur für großstädtische Verhältnisse gelten, eine prinzipielle Bestätigung gefunden.

Das Material, das ich hiermit vorgelegt habe, möchte, wie das frühere, hauptsächlich praktisch-sozialpolitischer Arbeit, namentlich der Propagierung der Berufsvormundschaft, dienen. *O. Spann.*

XX. Armenstatistik.

Armenwesen in Steiermark. Jährlicher Bericht des Landesausschusses. Beil. zu den stenogr. Protokollen des Landtages.

Zu den vom Statistischen Landesamte für Steiermark durchgeführten Quellenarbeiten, die nicht in den Publikationen des Amtes, sondern in den Jahresberichten der Landesverwaltung erscheinen, gehört die alljährliche Landesarmenstatistik, welche sowohl die personal-, wie auch die finanzstatistische Seite dieses Problems in einem Umfange erfaßt, der über das Interesse der öffentlichen Verwaltung hinausgehend, auch den Anforderungen der Statistik als Wissenschaft gerecht wird. Bei der Verschiedenheit der Methodik, welche den genannten Zweigen der Armenstatistik zugrunde liegt, empfiehlt es sich, beide gesondert zu besprechen.

Die Personalarmenstatistik enthält eine ständig zur Veröffentlichung gelangende Individualstatistik der von Gemeinden unterstützten Armen nach Zahl, Alter, Geschlecht, Heimatzuständigkeit, Pflegeform, Unterstützungsursache und Beruf, welche nach einem bestimmten Jahresturnus entweder einzelne Zweige der Armenpflege (Einlege, Armenhauspflege usw.) oder die Gesamttätigkeit der Gemeindearmenpflege behandelt. Die Durchführung dieser Statistik erfolgt auf Grund des Landesarmenkatasters, — einer Schöpfung Mischlers —, die im Laufe ihres dreizehnjährigen Bestandes ein bereits unentbehrliches administratives Hilfsmittel der öffentlichen Verwaltung geworden ist und einen ständigen Stock von rund 20 000 Individualzählkarten umfaßt. Nach der letzten Auszählung (Stand vom 1. Sept. 1907) gibt es in Steiermark 8164 männliche und 9837 weibliche Gemeindearme. Die häufigste Pflegeform ist die dauernde Geldunterstützung (ca. 50 %); daneben sind noch mit höheren Prozentanteilen vertreten: Unterbringung bei Pflegeparteien 20 %; Einlage 13 %; Armenhauspflege 8 % und Siechenhauspflege 7 %.

Mit diesem Kataster stehen zwei andere, gesondert geführte Kataster in Zusammenhang, der Siechen- und Findelkataster. Auch die Auszählungen dieser beiden Kataster werden im Landesarmenberichte alljährlich zur Veröffentlichung gebracht und enthalten — sachlich wie territorial reich gegliedert

— ein beachtenswertes Material zur Beurteilung des Umfanges und Erfolges der genannten Fürsorgeformen und der persönlichen Verhältnisse dieser beiden Gruppen von Armenunterstützten.

Die Bearbeitung der Armenfinanzstatistik erfolgt in der Weise, daß die Ergebnisse der Vermögensgebarung und der jeweilige Stand des Vermögens der Ortsarmenfonds und der Pfarrarmeninstitute alle 3 Jahre, detailliert und nach Gerichtsbezirken gruppiert, ausgewiesen werden. Der Gesamtaufwand der Ortsarmenfonds in Steiermark betrug nach der letzten Aufstellung (1905) 1 226 940 K, jener der Pfarrarmeninstitute rund 200 000 K. *O. Wittschieben.*

XXII. Justizstatistik.

Begriff und Grenzen der Kriminalstatistik. Von Dr. Rudolf Wassermann. Eine logische Untersuchung. „Kritische Beiträge zur Strafrechtsreform". 8. Heft. Leipzig 1909. 8°. XII u. 112 S.

Max Weber, Gottl. Tschuprow, O. Spann, Kistiakowski und Stephinger sowie mancher andere haben in neuerer Zeit den Versuch gemacht, die Festlegung der Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, wie sie durch Rickert erfolgt ist, auch für die Nationalökonomie nutzbar zu machen. Diesen Männern sind bisher nur wenige Juristen gefolgt (Jellinek, Radbruch, denen als Verfasser einer „Rechtsphilosophie" Lask zuzuzählen ist). So konnte es kommen, daß bisher noch keine an den bahnbrechenden Ergebnissen Rickerts orientierte Darstellung des Wesens der Kriminalstatistik vorhanden war. Eine solche zu bieten, unternimmt die vorliegende Schrift.

Wie Rickert gehe ich von dem Satze aus, daß an Stelle der bisher allgemein üblichen Gegenüberstellung von Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft als Pole unter den Wissenschaften Naturwissenschaft und Geschichte treten müßten, da nur sie sich begrifflich ausschließen, insofern als die Geschichte die typische Wirklichkeitswissenschaft, die Naturwissenschaft dagegen die typische Gesetzeswissenschaft ist.

Somit ist für jede Wissenschaft die Frage zu beantworten, gehört sie in den Kreis der mit der Geschichte oder der mit der Naturwissenschaft verwandten Wissenschaften.

Für die Statistik ist die Frage so zu lösen, daß sie Wirklichkeitswissenschaft ist. Von der Geschichte im engen Sinn unterscheidet sie sich aber dadurch, daß sie nur die Wissenschaft vom relativ Individuellen ist. So kommen wir zu folgender Definition: Die Kriminalstatistik ist die Wissenschaft vom relativ Individuellen in der verbrecherischen Betätigung.

Damit ist schon gesagt, wie wir uns zu den Regelmäßigkeiten stellen, die in den Ergebnissen der Kriminalstatistik zutage treten. Sie sind für uns, wie dies Bernheim formuliert hat, nur der in Zahlen fixierte Ausdruck für Tatsachen, der dieselben aber in keiner Weise erklärt und auch nicht sagt, wie sie zustande kommen. Man muß sich klar sein, daß die Statistik überall da, wo sie erklärt, zur Induktion schreitet und Windelband hat nur allzurecht, wenn er dieser Art von Induktion einen viel geringeren Wert zugesteht wie sonst der Induktion und zwar wegen des geringen Wertes ihrer Prämissen.

Wie das relativ Individuelle der verbrecherischen Betätigung den Gegenstand einer Wirklichkeitswissenschaft abzugeben in der Lage ist, so kann es auch anderseits das Objekt einer Begriffwissenschaft bilden, die man als Kriminalsoziologie bezeichnen wird. Der Kriminalsoziologe muß sich aber stets bewußt sein, daß er nur Vorarbeiten leisten kann, daß er im allerbesten Fall nur Partialursachen aufzudecken vermag, während es ihm immer versagt sein muß, ein vollständiges Bild von dem Ablauf der Erscheinungen zu gewinnen. Das vermag auch die Kriminalstatistik nicht. Das vermöchte nur eine Kriminalätiologie, die als Einzelforschung auftritt. *R. Wassermann.*

XXIII. Finanzstatistik.

Steuervorrechte der Beamten in Breslau. Breslauer Statistik, 28. Bd., 1. Heft. 1909.

Grundlage der Untersuchung ist das bei einer Erhebung für die preußische Regierung über die materielle Bedeutung der Beamtenvorrechte für die Gemeindefinanzen im Jahre 1904 gewonnene Material aus den Steuerlisten der Stadt Breslau. Es werden zunächst die Vorrechte der einzelnen in Betracht kommenden Beamtenkategorien, der Militärpersonen, der Geistlichen und der Volksschullehrer und der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten sowohl als aktive, wie als pensionierte Beamte, wie auch ihrer Witwen und Waisen hinsichtlich ihres Dienst- und ihres Privateinkommens genau dargelegt und dann die Abänderungsvorschläge der preußischen Regierung kurz angegeben. In der ersten dem Texte beigegebenen Tabelle wird durch Gegenüberstellung der Belastung, welche die Einkommen bis 11 500 ℳ als private und als dienstliche treffen würde, die Höhe des Steuernachlasses für diese Einkommen gezeigt. Zugrunde gelegt ist der Steuersatz des staatlichen Tarifes, also ein Gemeindezuschlag von 100 %. Wie sich der Steuernachlaß bei den einzelnen Beamtenkategorien unter Einbeziehung des Privateinkommens verhält, durch welche die beobachtete Steigerung des Prozentsatzes des Nachlasses bei den höheren Einkommenstufen verlangsamt wird, ist aus einer folgenden Tabelle ersichtlich. Die Wirkung dieser Vorrechte auf die Gemeindefinanzen wird durch Berechnung des absoluten Ausfalls, immer unter Zugrundelegung des Prinzipalsolls, für sämtliche Beamte in der nächsten Übersicht dargestellt. Nach dieser belief sich der Ausfall bei dem Normalsoll für Breslau 1904 auf 486 155 ℳ. Für einen Gemeindezuschlag von 150 %, wie er im gleichen Jahr in Breslau erhoben wurde, hätte er sich auf 729 232 ℳ erhöht. Es hätten daher bei voller Heranziehung der Beamten in Breslau statt 150 % nur 136 % Einkommensteuer erhoben zu werden brauchen. Zugleich zeigt die Übersicht, die für sämtliche Beamtenkategorien spezialisiert ist, die Bedeutung des Ausfalles bei deren einzelnen Arten, namentlich den Beamten der Provinz, den Post und der Eisenbahnbeamten und den eigenen Beamten der Stadt. Weiter wird untersucht, in welcher Weise der

Steuernachlaß gekürzt werden würde, wenn der Vorschlag der Regierung: Besteuerung des Diensteinkommens mit höchstens 100 % und volle Besteuerung des Privateinkommens sofort und für alle Beamtenarten durchgeführt würde. Dabei werden für die einzelnen Einkommenstufen gegenübergestellt die Steuersätze, bez. die Belastung in Prozenten des Einkommens nach den bisherigen Bestimmungen und nach den vorgeschlagenen Sätzen für reines Diensteinkommen, sowie für ein Einkommen, das neben den Dienstbezügen noch private Einnahmen von 15 % der ersteren umfaßt; bei letzterem auch unter der Voraussetzung des völligen Wegfalles aller Vorrechte. Die Höhe des Nachlasses selbst kann aus diesen Gegenüberstellungen ohne weiteres entnommen werden. Weiter ist für die Gruppen, auf deren künftigen Ersatz nach der Regierungsvorlage die neuen Normen Anwendung finden sollen, die relative Höhe des Steuernachlasses nach den Einkommensverhältnissen von 1904 berechnet. Die Mehrbelastung ist danach für die Beamten um so größer, je höher die Besoldung ist, da die schon bisher bestehende Steigerung des Nachlasses mit dem Gehalt wohl gemildert, aber nicht beseitigt ist. Endlich ist die finanzielle Tragweite berechnet, welche die sofortige Anwendung der neuen Bestimmungen auf alle Bevorrechtigten für die Stadt haben würde, und zwar für alle bei der Erhebung berücksichtigten Beamtenkategorien unter Heraushebung der auch nach den Regierungsvorschlägen sofort betroffenen. Diese letzteren würden bei einem Zuschlag von 150 % 235 000 ℳ mehr aufzubringen haben als bisher. Diese Summe würde sich bei Heranziehung aller übrigen Gruppen auf 408 000 ℳ erhöhen.

Die der Untersuchung zugrunde gelegte Haupttabelle enthält für sämtliche Beamte in weitgehender Spezialisierung für 4 bez. 3 Einkommenstufen die Zahl, das Reineinkommen, den Prinzipalsatz der Gemeindeeinkommensteuer nach den bestehenden Bestimmungen, sowie bei Außerachtsetzung der Vorrechte, und die Höhe der Steuer bei einem Satze von 150 % für das private und von 100 % für das dienstliche Einkommen.

R. Mögel.

Stiftungen in Verwaltung der (österr.-)schlesischen Gemeinden. Aus: Statist. Handbuch für die Selbstverwaltung in Schlesien. 8. Jahrgang. Troppau 1908. Selbstverlag des schlesischen Landesausschusses. 6 Kr.

Als Ergänzung zu der in der nämlichen Veröffentlichung erschienenen Darstellung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der schlesischen Gemeinden (D. St. Z. Nr. 6, Sp. 188, und Nr. 7, Sp. 218) dient eine Darstellung der in ihrer Verwaltung stehenden Stiftungen. Wenn nämlich auch diese Stiftungen selbständige juristische Personen bilden, so dienen doch ihre Erträgnisse vorzugsweise der Erleichterung in der Erfüllung spezieller, den Gemeinden anvertrauter Zwecke. Die Darstellung der Stiftungen bezieht sich ebenfalls auf Ende 1904. Insofern die Errichtung bzw. die Genehmigung der Stiftsbriefe in den Jahren 1905 bis 1907 erfolgte, wurden die bezüglichen Daten gleichfalls berücksichtigt. Die systematische Einteilung der Stiftungen erfolgte unter tunlichster Berücksichtigung der Beschlüsse der Konferenz für Landesstatistik, sowie der im Stiftungskataster für Niederösterreich beobachteten Einteilung in der Weise, daß die Stiftungen in vier Hauptgruppen eingereiht wurden, umfassend humanitäre, Schul-, Studentenstipendien- und sonstige Stiftungen. Bei der Verarbeitung des zum erstenmal erhobenen und übersichtlich bearbeiteten Materiales ergaben sich außerordentliche Schwierigkeiten dadurch, daß an dem Unterschiede zwischen Stiftungen im technischen Sinne des Wortes und allen anderen in Verwaltung der Gemeinden stehenden, mit einer bestimmten Widmung belasteten Vermögensbestandteilen noch lange nicht mit der notwendigen Konsequenz festgehalten wird. Der bei der k. k. schlesischen Landesregierung befindliche Stiftungskataster umfaßt nicht alle aus früherer Zeit herrührenden Stiftungen. Zum Teile ist eine Verbriefung auch bei den eigentlichen Stiftungen nicht vorgenommen worden. Es mußte daher vor Bearbeitung des Materiales rücksichtlich zahlreicher Stiftungen eine auf die Feststellung des Stiftungscharakters bezügliche Tätigkeit erst durchgeführt werden.

Die Zahl sämtlicher Ende 1904 in Verwaltung der schlesischen Gemeinden stehenden Stiftungen betrug 472, der Wert des beweglichen und unbeweglichen Stiftungsvermögens 3 448 289 K, der Ertrag der Stiftungen 133 969 K. *C. Berthold.*

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Beschreibung des Oberamts Urach. Her. v. Kgl. Württ. Stat. Landesamt. II. Bearbeitung. Mit Höhenkurvenkarte, Entfernungskarte und mit Stadtplan von Urach. 8°. Stuttgart. Verlag von W. Kohlhammer, 1909. Ladenpreis broschiert 7 ℳ.

Das Königl. Statistische Landesamt in Stuttgart hat nach dem Abschluß des vierbändigen Werkes „Das Königreich Württemberg" im Jahre 1907 alsbald die durch das genannte Werk unterbrochene Neubearbeitung der sogenannten „Oberamtsbeschreibungen", jener im Jahre 1824 begonnenen, im Jahre 1886 mit Ellwangen vollendeten Einzelbeschreibungen der 64 Oberamtsbezirke des Landes wieder aufgenommen. Als erste Frucht dieser Arbeit ist vor wenigen Wochen die „Beschreibung des Oberamts Urach" erschienen. Auf 788 Seiten bietet das Buch ein umfassendes, durch Tabellen, Karten und Illustrationen wirksam unterstütztes Bild des Oberamtsbezirks Urach, der zu den geschichtlich interessantesten, landschaftlich bevorzugtesten Gegenden Schwabens gehört. Der ganze Werdegang des Bezirks mit seinen 28 Gemeinden und seiner auf 291,25 qkm zerstreut wohnenden Bevölkerung von 33 557 Seelen ist von der ersten Besiedelung an bis auf die jüngste Gegenwart aufgerollt. Auch die Statistik kommt nicht zu kurz in dem Werk. Die Darstellung der wirtschaftlichen sowie der öffentlichen Verhältnisse der Gegenwart, die Abschnitte über Stand und Bewegung der Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr sind reichlich gespickt mit Tabellen und Übersichten, denen, wo es anging, regelmäßig auch die entsprechenden

Zahlen des Landes zur Vergleichung beigefügt wurden. Auf Grund derartiger tiefgehender Durchforschungen kleinerer Staatsgebiete läßt sich der wirtschaftliche Um- und Aufschwung, die Wendung der Zustände von einst und jetzt weit deutlicher erkennen und erschöpfender nachweisen, als bei Untersuchungen über den Entwicklungsgang ganzer Länder und Reiche, wo die Details stets zurücktreten müssen und die Wirtschaftslage vergangener Zeiten oft nur ungenügend in Ziffern erhoben werden kann. Ausführlich ist in der Oberamtsbeschreibung dargelegt, wie die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Wohnorte und mehr noch die auf die verschiedenen Berufe sich gründlich verschoben hat, wie das Aussehen der Landschaft durch Fabriken und durch Änderungen im Anbau umgestaltet worden ist, wie der Verkehr so ganz andere Formen und Wege und einen ungeahnten Umfang angenommen hat. Einwohnerzahlen, Löhne und Preise sind fast durchweg gestiegen, mit ihnen aber auch der Wohlstand, die Erträge des Bodens, die Gesundheit, der Unterricht, die sanitäre Fürsorge fast in jeder Gemeinde. *A. Schott.*

Fragekasten.

Dr. F. M. Ludwigshafen. — Die von Ihnen für einige Staaten gewünschten Titel und Preise der Jahresveröffentlichungen über den Außenhandel sind folgende (die Preise der italienischen und amerikanischen Veröffentlichungen sind von der Buchhandlung A. Asher & Co., Berlin NW., U. d. Linden 56, mitgeteilt): 1. Italien: *Movimento commerciale del Regno d'Italia nell'anno* . . . ., 4 Bde. Preis je nach Stärke der Bände bis zu 30 M., selten darüber. Das *Annuario Statistico Italiano* erscheint nicht jedes Jahr, die letzten: 1907, 1904, 1900, 1898, 1897, 1895. 2. Großbritannien: *Annual Statement of the Trade of the United Kingdom,* 3 Bde.: Bd. I. 6 s. 8 d., II: 3 s. 4 d. und Suppl.: 3 s. 9 d. Auszüge im *Statistical Abstract of the United Kingdom* (1907: 1 s. 4 d.). Einschließlich Kolonien und Reichszwischenhandel: *Stat. Abstract for the British Empire* (1 s. 1 d.). 3. Britisch Indien: *Stat. Abstract relating to British India* (1 s. 2 d.). 4. Vereinigte Staaten: *The Foreign Commerce and Navigation of the U. S. for the year* . . . . . . 2 Bde. Preis verschieden, durchschnittlich 30 M. pro Jahrgang. Auszüge im *Stat. Abstract of the U. S.* (1908: 5 M). Jahreszusammenfassungen finden sich auch im Dezemberheft des *Monthly Summary of Commerce and Finance of the U. S.* Preis der nicht einzeln erhältlichen Hefte verschieden, selten mehr als 3 M. 5. Rußland: Mitteilung folgt später.

S. in M. — Die im Leitartikel unserer Nr. 3 erörterte Frage der praktischen Verwertung der statistischen Produktion hat verschiedene Zuschriften an die Redaktion veranlaßt, aus denen demnächst einiges veröffentlicht werden soll.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Geheim. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor des Königl. Sächsischen Statistischen Landesamtes
in Dresden

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Zweiter Jahrgang

1910

Druck und Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin.



I. Systematisches Register.




Digitized by Google

II. Geographisches Register.

III. Verfasser- und Referenten-Register.

* ist bei Verfassern, deren Veröffentlichungen von anderer Seite besprochen sind, der Spaltenzahl vorgesetzt.

Nr. 1 2. Jahrgang **1. Januar 1910**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Die Versammlungen der Vertreter der amtlichen Statistik des Reichs und der Bundesstaaten.

Vom Finanzpräsident Dr. **F. W. R. Zimmermann,** bislang Vorstand des Herzogl. Statistischen Amts zu Braunschweig.

Die Versammlungen der Vertreter der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs und der deutschen Bundesstaaten haben sich im Laufe der Zeit zu einer ständig in jedem Jahr wiederkehrenden Einrichtung herausgebildet, deren hohe Bedeutung für die Entwickelung der deutschen Statistik und der Statistik überhaupt nicht verkannt werden kann. Es handelt sich dabei nicht um eine willkürliche bureaukratische Veranstaltung, sondern um etwas, das in dem besonderen Verhältnis des Reichs zu den Bundesstaaten seine innere Begründung hat und auch für die Folge behalten wird, so daß mit Sicherheit auf eine Stetigkeit zu rechnen ist.

Jede Statistik des Reiches muß den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Bundesstaaten Rechnung tragen; folgeweise müssen letztere vor jeder Anordnung einer Erhebung entsprechend klargelegt werden. Durch ein Zusammenarbeiten der Statistiker des Reichs und der Bundesstaaten wird sich dieses stets am sachgemäßesten und am einfachsten erreichen lassen. Hinzukommt, daß die Materialbeschaffung bei den Reichserhebungen stets durch die Bundesstaaten erfolgt, während das Reich die Zusammenfassung und weitere Verarbeitung übernimmt; auch dieses drängt notwendig auf ein Zusammentreten der Reichs- und Bundesstaaten-Statistiker hin. In diesen beiden Momenten, für welche nur durch persönlichen Meinungsaustausch eine ausgiebige und sachgemäße Klärung zu erzielen sein wird, liegt der erste Grund für die Ständigkeit der besagten Versammlungen.

Zur Erzielung einer Vergleichbarkeit der Ergebnisse muß aber auch die besondere Statistik der einzelnen Bundesstaaten auf eine gewisse Übereinstimmung der Erhebungsausgestaltung hinarbeiten, der wiederum am zweckentsprechendsten jene Versammlungen dienen werden. Es ist dieses ein weiterer bleibender Grund, um den Versammlungen Ständigkeit zu verleihen. Somit erscheint es voll berechtigt, wenn wir die Versammlungen der Statistiker des Reichs und der Bundesstaaten als eine feste und dauernde Einrichtung betrachten und als solcher ihrer Rechnung tragen, obwohl formell eine Ständigkeit nicht in der gleichen Weise gegeben ist.

Die Versammlungen sind rein amtliche und sind als solche nicht etwa zu einer besonderen Organisation geworden. Jede einzelne Versammlung wird unter näherer Bezeichnung des Zwecks eigens von dem Kaiserlichen Statistischen Amte einberufen, welches hierzu wiederum zuvor die Genehmigung des Reichskanzlers, Reichsamt des Innern, einholt. Im freien Ermessen der Bundesstaaten steht es sodann, die einzelne Versammlung zu beschicken oder nicht, wobei aber in erster Linie schon das eigene Interesse eine solche Beschickung gebietet und letztere tatsächlich zu der fast durchgängigen Regel macht.

Als Teilnehmer an den Versammlungen erscheinen durchweg die Vorstände der verschiedenen statistischen Zentralstellen der Bundesstaaten, nur ausnahmsweise fand und findet eine Vertretung durch einen anderen Beamten der Stelle statt. Die größeren Staaten und ebenso das Reich

ordnen neben dem Vorstand meist noch einen oder mehrere Mitglieder ihrer statistischen Ämter ab, wie sich solches nach den zur Verhandlung stehenden Gegenständen und der Verteilung der Referate in dem betreffenden Amt im einzelnen bestimmt.

Die an sich nur verhältnismäßig selten notwendigen Abstimmungen erfolgen für die Regel nach der absoluten Mehrheit der in der Versammlung anwesenden Mitglieder der statistischen Ämter, bei einschneidenderer Wichtigkeit einer besonderen Frage ohne weiteres nach Anordnung des Vorsitzenden oder auf Antrag nach der gleichen Mehrheit der vertretenen statistischen Zentralstellen; das Eintreten letzteren Falles bildet aber meist nur eine vereinzelte Ausnahme, da man in erster Linie und meist mit Erfolg allerseits bestrebt ist, eine Regelung oder Formulierung zu finden, welcher die Beteiligten sämtlich oder doch in ihrer überwiegenden Mehrheit ohne Bedenken zuzustimmen in der Lage sind.

Die Leitung der Verhandlungen liegt, wie solches durch die Natur der Sache und die Zusammenberufung durch das Reich gegeben erscheint, stets ohne weiteres dem Vorstand des Kaiserlichen Statistischen Amts ob, an dessen Stelle bei zeitweiser Behinderung der Vorstand der statistischen Zentralstelle des größten vertretenen Bundesstaats tritt; anfangs und zwar bis zum Jahre 1881 einschließlich wurde allerdings der Vorsitzende von der Versammlung selbst gewählt, die Wahl fiel aber stets auf den Vorstand des Kaiserlichen Statistischen Amts.

Zunächst wurde regelmäßig Berlin als Ort der Versammlungen ausersehen, weil es als Sitz der die Versammlungen berufenden Reichsbehörde und gleicherzeit auch der größten bundesstaatlichen statistischen Zentralbehörde von vornherein am geeignetsten erscheinen mußte. Später machte sich aber der Wunsch geltend, die Versammlungen nicht in der Reichshauptstadt mit ihren vielfach störenden Einflüssen, sondern möglichst in einem mitteldeutschen Orte abzuhalten, der für die einzelnen Teilnehmer leichter zu erreichen sei; diesem Wunsche, der zu Erfurt (1882) besonders protokollarisch verlautbart wurde, ist für die Folge mit nur vereinzelten, durch besondere Sachlage gebotenen Ausnahmen stattgegeben. Als sodann die Versammlungen sich zu regelmäßig alle Jahre wiederkehrenden herausgebildet hatten, wurde der Grundsatz aufgestellt und durchweg beobachtet, wechselnd innerhalb der einzelnen Bundesstaaten je nach deren Bedeutung zu tagen und zwar tunlichst unter Vermeidung der Hauptstadt, weil in dieser ähnlich wie in Berlin einen engeren Zusammenschluß störende Einwirkungen gegeben sein könnten. Dabei wurde in neuester Zeit auch auf eine besondere wirtschaftliche und industrielle Entwickelung gesehen, so bei Aachen (1907) und Nürnberg (1908), um den Teilnehmern Gelegenheit zu bieten, gleichzeitig besonders ausgezeichnete Etablissements der einzelnen Zweige in Augenschein zu nehmen.

Nach der ganzen Entwickelung, welche die Versammlungen der amtlichen Vertreter der Reichs- und Landesstatistik genommen haben, wird man zwei Zeitabschnitte mit eigenartiger Charakterisierung scheiden können. In dem ersten, welcher bis zum Jahre 1897 einschließlich zu rechnen ist, handelt es sich ausschließlich um Versammlungen aus einem speziellen Anlaß, durchweg mit dem Zweck, die Grundsätze für eine bestimmte, in Aussicht stehende statistische Erhebung im einzelnen festzulegen. Der zweite Zeitabschnitt zeigt uns regelmäßig jedes Jahr wiederkehrende Versammlungen, die von vornherein schon als solche gedacht sind; auch bei ihnen kann und wird die Beratung über eine einzelne vorzunehmende Erhebung mehr oder weniger vorwiegend den Hauptgegenstand bilden, die Versammlung dient aber grundsätzlich daneben gleichzeitig der allgemeinen Erörterung irgendwie im Interesse stehender Fragen, wie sie von den einzelnen statistischen Zentralstellen aufgeworfen und zur Verhandlung vorgeschlagen werden. Äußerlich hebt sich die Scheidung schon insofern ab, als in der ersten Periode die Versammlungen ausschließlich zur Beratung einer oder auch ausnahmsweise mehrerer bestimmter Erhebungen berufen werden, während in der zweiten Periode je eine umfassendere eigene Tagesordnung aufgestellt wird.

Wenden wir uns nunmehr einer näheren Betrachtung des ersten Zeitabschnittes zu, so zeigt sich als erstes Charakteristikum die Unregelmäßigkeit in den Zwischenräumen der Versammlungen. Wir haben solche zu Berlin 1874, 1879, 1881 und sodann wieder 1889 und 1894, zu Erfurt 1882, zu Cassel 1882, zu Eisenach 1883, zu Frankfurt a. Main 1885, zu Nürnberg 1888, zu Heidelberg 1895, zu Würzburg 1895 und zu Coburg 1897. Die Zahl der zur Verhandlung gelangten Gegenstände ist verhältnismäßig eine geringe.

Am ausgiebigsten kamen die Volkszählungen in Frage und zwar sind die allgemeinen und die besonderen Bestimmungen für die Volkszählungen von 1875 (Berlin 1874), von 1880 (Berlin 1879), von 1885 (Frankfurt a. Main 1885), von 1890 (Berlin 1889) und 1895 (Heidelberg 1895) eingehend beraten worden. Die Erfahrungen, welche man bei der Durchführung der früheren Zählungen gemacht hatte, suchte man stets bei Festlegung der Grundsätze für die späteren entsprechend zu verwerten; in gleicher Weise berücksichtigte man aber auch neu auftauchende Fragen sowie Anregungen auf Erweiterung der Volkszählungen usw. Naturgemäß mußten da durch die Volkszählungen zu immer sachgemäßeren und vervollkommneteren werden. Anschließend wurde die Herstellung eines Ortslexikons für das Deutsche Reich und eines Gemeindelexikons für die einzelnen deutschen Bundesstaaten berührt (Frankfurt a. Main 1885).

Den zweiten großen Gegenstand bilden die Berufszählungen, welche nach Maßgabe ihrer besonderen Schwierigkeiten umfassendere Verhandlungen notwendig machten. Den Ausgangspunkt bildeten hier Beratungen, ob und wie sich aus dem Volkszählungsmaterial genügende Ausweise über die Berufsgruppierung der Bevölkerung erzielen ließen (Berlin 1881). Es schlossen sich daran die je eine Mehrheit von Versammlungen in Anspruch nehmenden Verhandlungen über die Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 (Erfurt 1882, Cassel 1882, Eisenach 1883, Frankfurt a. Main 1885) und über die Berufs- und Gewerbezählung



vom 14. Juni 1895 (Berlin 1894, Heidelberg 1895, Würzburg 1895, Coburg 1897, sowie hinübergreifend in die nächste Periode Heilbronn 1898, Schandau 1901 und Frankfurt a. Main 1902). Im einzelnen wurde hierfür eingehender, verteilt auf die verschiedenen Tagungen, verhandelt über den Plan und die besonderen Maßnahmen zur Ausführung der Zählungen sowie zur Kontrolle des Zählungsmaterials, die weitere Verarbeitung der Berufsstatistik mit den Tabellen für dieselbe und die Klassifikation der Berufsarten, die Bearbeitung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebsstatistik nebst den für solche zu gebenden tabellarischen Sondernachweisen und speziell auch der Klassifikation der Gewerbearten; endlich schloß sich daran durchweg noch ein ausführlicherer Meinungsaustausch über die bei den Erhebungen gemachten Erfahrungen unter Erörterung grundsätzlich bedeutender Einzelfragen an.

Des ferneren beriet man über die Durchführung der Viehzählung vom 10. Januar 1883, welche zunächst bei den allgemeinen Berufszählungsverhandlungen (Berlin 1881) berührt wurde und später die Verhandlungen einer Zusammenkunft (Cassel 1882) nicht voll ausfüllte. Endlich wurden die Grundzüge für die Festlegung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung und die jährliche Ermittelung des Ernteertrages nach eingehenderer Beratung auf einer besonders dazu berufenen Versammlung (Nürnberg 1888) sorgfältig ausgearbeitet. Berührt war dieser Gegenstand schon auf einer früheren Versammlung (Cassel 1882), desgleichen wurde auch noch am Schluß unserer Periode (Coburg 1897) eine Ergänzung bezüglich der Ermittelung der jährlichen Anbauverschiebungen behandelt.

Die Dauer der einzelnen Tagungen war in dieser ersten Periode meist eine längere; wiederholt kommen Tagungen mit sieben und acht Sitzungen vor und nach dem Durchschnitt berechnen sich deren sechs für jede einzelne Versammlung. Es entspricht dieses durchaus der Natur der Sache, denn es handelte sich hier gleichzeitig darum, für die bleibenden bzw. regelmäßig wiederkehrenden statistischen Erhebungen des Reiches zunächst eine feste Grundlage zu schaffen, was nur unter einer eingehenden Klarlegung aller Einzelheiten und der Verschiedenheiten der Unterlagen in den einzelnen Bundesstaaten zu ermöglichen stand. Diese feste Grundlage für die Reichsstatistik wurde im wesentlichen in der vorliegenden Periode durch die Versammlungen der amtlichen Statistiker des Reichs und der Bundesstaaten erreicht; es waren innerhalb deren Rahmen für die Folge meist nur noch eine Verbesserung im einzelnen sowie Ergänzungen und Erweiterungen vorzunehmen.

Lag hierin der eigentliche und erste Zweck unserer Versammlungen, so war doch deren tatsächliche Wirkung und ihr Nutzen damit keineswegs erschöpft, wie wir am Schluß noch zusammenhängend näher auszuführen haben werden. Schon auf der Versammlung zu Nürnberg im Jahre 1888 wurde von dem Vorstand der Preußischen Statistischen Zentralstelle zum Ausdruck gebracht, daß die statistischen Konferenzen für alle Teilnehmer und für die Entwickelung der gemeinsamen Statistik eine weit über den Rahmen der jeweiligen Spezialprogramme der Sitzungen hinausgehende Bedeutung hätten. Die Erkenntnis, wie richtig diese Auffassung, verdichtete sich für die Folge immer mehr und so stellte wiederum der Vertreter Preußens, und zwar unter allgemeiner Zustimmung, am Schluß der Tagung zu Coburg 1897 den Antrag, die Zusammenkünfte der Vertreter der amtlichen Statistik des Reichs und der Bundesstaaten mit Rücksicht auf die vielen gemeinsamen Interessen der statistischen Zentralstellen, welche eine mündliche Aussprache erheischen, als eine ständige jährliche Institution aufrecht zu erhalten. Wenn auch eine formelle Bekräftigung des Antrags durch die Regierungen des Reichs und der Bundesstaaten nicht stattgefunden hat, so ist ihm doch tatsächlich Folge gegeben; vom Jahre 1898 haben sich die Versammlungen der amtlichen Statistiker des Reiches und der Bundesstaaten in ständiger Regelmäßigkeit wiederholt; wir datieren deshalb von hier ab den zweiten Abschnitt in der Entwickelungsgeschichte der fraglichen Versammlungen.

(Schluß folgt.)

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Volkszählung von 1905 im Hamburgischen Staate. Nach: Statistik des Hamb. Staates, Heft XXIII.

Das genannte Heft enthält den ersten Teil des Berichts über Ausführung und Ergebnisse der Volkszählung. Ihr geht im hamburgischen Staat immer eine Grundstücksaufnahme als Vorerhebung voraus. Für die eigentliche Volkszählung werden dann aus den Grundstücksbogen die Kontrollisten ausgeschrieben. Wie bisher wurden hier auch bei dieser Volkszählung nur besoldete Zähler verwandt. Wären an ehrenamtlichen Zählern etwa 4700 für die Stadt Hamburg nötig gewesen (bei je 40 Haushaltungen auf 1 Zähler), so waren tatsächlich nur 1391 besoldete angestellt. Natürlich nimmt dann namentlich das Einsammeln der Formulare mehrere Tage in Anspruch. In der Veröffentlichung sind die Zähler nach Wohnung, Geburtsort, Alter und Beruf ziemlich eingehend dargestellt. Etwa 20 % waren in ihrem Beruf selbständig. Die Ausgaben für die Vorerhebung und die Volkszählung im Staate beliefen sich bis Ende 1905 auf 82 685 ℳ, wovon nicht weniger als 73 553 ℳ oder fast 90 % auf die Zähler und auf Hilfsarbeit entfielen.

Als Erhebungsformular diente wieder die Haushaltungsliste (seit 1895).

In der Darstellung der Ergebnisse ist besonderes Gewicht auf örtliche und zeitliche Vergleichungen gelegt. Den Bedürfnissen entsprechend sind für die Stadt drei umfangreiche Nachweisungen nach Straßen aufgestellt, wobei auch die Länge der einzelnen Straßen mit aufgeführt ist. Angeschlossen wird dann noch eine Übersicht über die

bebauten Grundstücke, Wohnungen und Einwohner der einzelnen Wohnplätze und bebauten Straßen in den Gemeinden des Landgebiets.

Eine kleine Untersuchung behandelt die Entwicklung der Volkszahl innerhalb des 10 Kilometerkreises um den Mittelpunkt der Stadt seit dem Jahre 1867. Die Zonen im Innern sind aber nicht als genaue Kreise, sondern an den Grenzen von Stadtteilen gezogen: Innere Stadt (1. Zone), Angrenzende Stadtteile (2. Zone), Äußere Stadtteile (3. Zone), Außengebiet — nicht zur Stadt gehörig, zum großen Teil preußisch — (4. Zone). Die innere Stadt hat seit 1867 bis 1880 noch im Verhältnis von 100 auf 108 zugenommen, dann bis 1905 auf 81 und bis 1907 weiter auf 72 abgenommen, wogegen die angrenzenden Stadtteile von 1867 bis 1900 von 100 auf 238 gewachsen sind, seitdem aber (bei ganz geringfügiger Abnahme auf 237) etwa auf demselben Stande beharren. Sehr bedeutend ist dagegen die Mehrung in den äußeren Stadtteilen: von 100 auf 1184 bis zum Jahre 1907. Demgegenüber tritt das anschließende Außengebiet innerhalb des 10 Kilometerkreises mit einer Zunahme von 100 auf 273 wieder bemerkenswert zurück; es hat in schwächerem Grade zugenommen als die Stadt Hamburg im ganzen. Eine andere Darstellung ergibt, daß die innere Stadt im Jahre 1867 39,4 % der Einwohnerzahl des 10 Kilometerkomplexes ausmachte, im Jahre 1905 aber nur noch 11,1 und 1907 nur 9,4%.

Weiteres Interesse mag auch das kleine Kapitel über die vorübergehend anwesenden und abwesenden Personen finden, obgleich man sich gegenwärtig halten muß, daß den Zahlen immer erhebliche Mängel anhaften, da sie sich nur zum Teil prüfen und richtigstellen lassen. Bemerkenswert ist, eine wie große Zahl der vorübergehend Anwesenden in einer Großstadt wie Hamburg im Orte selbst wohnen. Von 13 626 waren es 4255.

Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist nur in dem rohen Verhältnis der Einwohnerzahl zur Fläche (aber nach Abzug der Wasserfläche) behandelt, jedoch einmal nach Stadtteilen und nach Bezirken des Landgebietes (Tab. 4), sodann in Vergleichung mit anderen Großstädten des Reiches und mit den einzelnen Bundesstaaten (S. 71 ff.).

W. Beukemann.

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Bericht über die Bautätigkeit in der Stadt Cöln im Jahre 1908 mit Anlage über die Bautätigkeit in deutschen Städten 1908. Aufgestellt im Statistischen Amte der Stadt. ℳ 1,55.

Außer den üblichen Nachweisungen über den Zu- und Abgang an bebauten Grundstücken, unbebauter Grundfläche, von Häusern und an Wohnungen bringt der Bericht u. a. Auszählungen der Wohnhausneubauten nach dem Beruf der Bauherren, der Wohnungen nach der Zahl der Klosettanlagen usw. Für weitere Kreise bietet er aber vor allem durch die wiederum beigefügte vergleichende Übersicht über die Bautätigkeit in den größeren Städten Deutschlands Interesse. Die Darstellung erstreckt sich auf den Zugang an Wohnhäusern — mit Unterscheidung der auf Neuland errichteten — und an Wohnungen, insbesondere an Kleinwohnungen, ferner auf die Bautätigkeit gemeinnütziger Unternehmungen, auf die Zählungen der leerstehenden Wohnungen und auf das Zahlenverhältnis der neuentstandenen und der leerstehenden Wohnungen. Durch ein Diagramm wird überdies für 30 Stücke die Entwickelung der Bautätigkeit seit dem Jahre 1900 veranschaulicht. In der Berichtszeit hat sich danach der bereits in den Vorjahren beobachtete Rückgang der Bautätgkeit fast überall fortgesetzt.

K. Zimmermann.

Die Leerwohnungen am 31. Dezember 1908 in Halle a. S. Beilage zu den Statist. Monatsberichten der Stadt Halle a. S. Februar 1909.

Die Zählung der leerstehenden Wohnungen ist versuchsweise an Hand der Nutzertragsnachweisungen vorgenommen worden, die einen Nachweis über das Leerstehen enthalten, weil sich auf diesen die Reduktion der Steuer aus dem Nutzertrag basiert. Die Zählung weist fast die dreifache Zahl ermittelter Leerobjekte auf (292 Leerwohnungen gegen ca. 100), als eine gleichzeitig unternommene einfache Rückgangszählung; ein recht bemerkenswertes Resultat. Trotzdem ist auch diese Zahl an Leerwohnungen noch recht gering; denn es standen danach nur 0,7 % aller Wohnungen leer und darunter nicht so viele Kleinwohnungen, wie wünschenswert wäre.

H. Wolff.

Mietzinse und Bodenwerte in Prag in den Jahren 1869—1902. Von Dr. Wilibald Mildschuh. Mit einer Einleitung über die Theorie der städtischen Grundrente von Prof. Dr. Friedrich Freih. v. Wieser. Wiener Staatswissensch. Studien, IX. Band, Heft 1. Franz Deuticke, Wien und Leipzig 1909. ℳ 8 (im Abonn. ℳ 6,50).

Die vorliegende Arbeit unterscheidet sich von den meisten ähnlicher Art hauptsächlich dadurch, daß sie sich nicht bloß auf die Statistik der Bodenpreise beschränkt, sondern auch die Höhe und Bewegung der Mietzinse und Baukosten in Betracht zieht. Das Material über die Bodenpreise wurde hierbei den grundbücherlichen Verträgen, jenes über Baukosten Baukalendern und Schätzungselaboraten von Kreditanstalten, jenes über Mietzinse den Steuerbekenntnissen der Hauseigentümer entnommen. Was dies letztere anbelangt, so wurde hiebei eine neue Methode angewandt, indem nämlich nicht die Mietzinse festgestellt wurden, welche im Durchschnitte auf eine Wohnung, einen Bestandteil usw. entfallen, sondern der Mietertrag der Häuser mit der Gesamtnutzfläche in Vergleich gebracht wurde, wobei unter Nutzfläche die Grundrißfläche multipliziert mit der Zahl der Geschosse verstanden wird. Diese Methode hat nicht bloß den Vorzug, daß die Höhe der Mieten in verschiedenen Städten, Stadtteilen, Zeiträumen viel exakter als bisher verglichen, sondern auch den, daß die Höhe der Mieten auch mit der Höhe der Baukosten und Bodenpreise in Vergleich gebracht werden kann, was denn auch in der vorstehenden Arbeit geschieht. Im ganzen ist der Mietertrag der untersuchten Häuser in einigen inneren Wohnlagen in den Jahren 1869 bis 1902 um 41,8% gestiegen. Dies kann jedoch nicht mit den gestiegenen Baukosten und Steuern erklärt werden, da deren Wirkung durch das gleichzeitige Fallen des Zinsfußes mehr als aus-

geglichen wurde. Es kommen daher für die Erklärung hauptsächlich die Bodenwerte in Betracht, welche in dem beobachteten Zeitraume tatsächlich sehr bedeutend gestiegen sind. So stiegen die durchschnittlichen Bodenpreise in den inneren Wohnlagen in den Jahren 1867/69 bis 1895/1900 rund auf das Vierfache oder per qm der Baufläche um rund 100 K. Aber auch hier darf, wie des näheren ausgeführt wird, der Zusammenhang nicht so gedeutet werden, daß das Steigen der Bodenpreise die Ursache der Mietzinssteigerungen war. Das war bloß zum geringen Teile und bloß in den Spekulationsjahren 1869—1873 der Fall. Im sonstigen ist jedoch die Zunahme der Bodenwerte bloß als Folge der Mietzinssteigerungen anzusehen, und diese selbst haben ihre Ursache hauptsächlich in dem Wachstum der Stadt, infolgedessen immer entferntere Lagen bebaut werden mußten und die bebauten immer mehr an Wert gewannen. Zum Schlusse wird die Höhe der Mieten und Bodenwerte Prags mit jener Breslaus, welche Stadt in den meisten Beziehungen ähnliche Verhältnisse wie Prag aufweist, verglichen und auf diese Weise die Wirkung der Gebäudesteuer, welche in Prag — im Gegensatze zu Breslau — ungemein hoch ist, auf Mieten und Bodenwerte auf statistischem Wege festzustellen getrachtet. Das Ergebnis des Vergleiches ist, daß die Mietzinse in Prag viel höher (im Innern etwa um $^1/_4$, in den äußeren Wohnlagen noch um mehr), dagegen die Bodenpreise nicht unbedeutend niedriger sind als in Breslau, worin sich die doppelte Wirkung der österreichischen Gebäudesteuer deutlich abspiegelt. *W. Mildschuh.*

Die Mietwohnungen in der Stadt Freiburg (Schweiz) um das Jahr 1900 in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Von Prof. Dr. H. Schorer, Vorstand des Stat. Bureaus des Kantons Freiburg. Freiburg 1908.

Die Untersuchung, der 12 Tabellen beigegeben sind, beruht auf einer sehr umfassenden Wohnungserhebung in den Jahren 1897—1903 und stellt entsprechend der Größe der Stadt um 1900 nur die Verhältnisse der damals vorhandenen älteren Stadtviertel von Freiburg für einen verhältnismäßig zurückliegenden Zeitpunkt dar. Zur Erklärung dieser späten Veröffentlichung ist darauf hinzuweisen, daß das gesamte infolge der eingehenden Fragestellung sehr umfangreiche Material von einem einzigen Manne, dem Vorsitzenden der mit der Erhebung betrauten Kommission, in sechsjähriger Arbeit erhoben wurde. Verwertet wurden für die Veröffentlichung nur die Angaben über die Mietwohnungen nach Stadtvierteln, Beruf der Mietbewohner, Zahl der Personen des Haushalts, Zimmerzahl und jährlichen Mietpreis. Bei Besprechung der Ergebnisse der Erhebung wird zunächst festgestellt, daß in Freiburg um 1900 drei Viertel aller Wohnungen Mietwohnungen und ein Viertel Eigentümerwohnungen waren, ein auch im Verhältnis zu den übrigen größeren Schweizer Städten sehr günstiges Resultat, das den Zug der Freiburger Bevölkerung, die Wohnung allein ihr eigen zu nennen, ebenso offenbart, wie die verhältnismäßige Seltenheit der Wohnungen mit Untermiete. Nach der Größe der Wohnungen ist ein entschiedenes Vorherrschen der kleineren und kleinsten Wohnungen zu beobachten. Über ein Drittel der Wohnungen besteht nur aus einem Zimmer, allerdings fast regelmäßig mit Küche; in den Vorstädten, die in Freiburg von den übrigen Stadtteilen stark abweichen, machen die einzimmerigen Wohnungen fast zwei Drittel (Auquartier) und die Hälfte (Neustadt) aus. Damit überragt Freiburg, zum Teil sogar sehr erheblich, die übrigen Schweizer Städte. Das gleiche gilt von der Wohndichte. Es wohnt die Hälfte aller in Mietwohnungen befindlichen Personen zu 5—8 in einer Wohnung beisammen. In der Hälfte aller Wohnungen mit 1 Zimmer, zwei Drittel derjenigen mit 2 und noch immer ein Drittel der Wohnungen mit 3 Zimmer entfallen mehr als 2 Bewohner auf ein Zimmer. Der Zahl der Personen nach in diesen im Bücherschen Sinne unzulänglichen Wohnungen würden 75 % aller Mieter in einem Zimmer, 58 % derjenigen in 2 Zimmern, überhaupt 45 % in ungenügenden Wohnungen hausen. Selbst bei Erhöhung der zulässigen Bewohnerzahl auf 3 würden noch 15 % aller Wohnungen mit 22 % der Bewohner ungenügend sein. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß in den zu Kleinwohnungen umgebauten alten Patrizierhäusern die Zimmer vielfach groß sind. Trotzdem geht der Luftraum auf einen Bewohner nach Einzelbeispielen der Veröffentlichung, die durch eingehendere Schilderung stark übersetzter Wohnungen auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse hinzuwirken sucht, bis auf 4—6,5 cbm zurück. — Bei den Mietpreisen, deren absolute Höhe angegeben wird, ist eine ungewöhnlich starke Besetzung der unteren Preisklassen zu beobachten. Für fast die Hälfte der Mietwohnungen in der ganzen Stadt, für neun Zehntel in der Unterstadt, wird ein Mietpreis von weniger als 200 Franken gezahlt. Mietwohnungen für weniger als 100 Franken machen im Auquartier mehr als zwei Drittel aller Wohnungen aus. Durch diesen großen Vorrat sehr billiger Wohnungen unterscheidet sich Freiburg wiederum von den anderen Städten der Schweiz. Das gleiche gilt von dem in Freiburg mit 295 Franken sehr niedrigen Durchschnittsmietpreis, dem freilich auch bescheidenere Ansprüche an die Größe der Wohnungen als in den anderen Städten gegenüberstehen. Der Unterschied zwischen den einzelnen Stadtvierteln ist auch hierbei ganz bedeutend. — In dem Abschnitt über die Mietbewohner wird zunächst die berufliche Gliederung der Mieter dargelegt und dann der Aufwand dieser Berufsgruppe für die Miete pro Person angegeben. Hierauf geht die Untersuchung auf die Nachfrage der einzelnen Berufsgruppen nach den verschiedenen Wohnungsgrößen und auf die Wohndichte dieser Gruppe ein. Schließlich wird noch die Höhe des Preises, den die einzelnen Berufsklassen für ihre Wohnungen aufwenden, verglichen und endlich der gesamte Mietbetrag der verschiedenen Berufe als ganzes beziffert. *R. Mögel.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Statistik der Güterschlächterei im Kanton St. Gallen nach Erhebungen vom Frühjahr 1909. Statistik des Kantons St. Gallen, Heft XXVI. St. Gallen 1909.

Die vorliegende, im Auftrag des Volkswirtschaftsdepartements des Kantons St. Gallen ent-



standene Arbeit verdankt ihre Entstehung dem Umstande, daß gegenwärtig der gesetzgebenden Behörde dieses Kantons ein Gesetzentwurf über die „Bekämpfung der Güterschlächterei sowie der Mißbräuche bei Veräußerung von Liegenschaften" vorliegt. Den Zweck, darzutun, daß tatsächlich der genannte Kanton in erheblichem, z. T. sogar sehr erheblichem Maße von der Güterschlächterei betroffen ist, hat die Arbeit auch vollkommen erfüllt, indem sie nachweist, daß von 1880 bis anfangs 1909 617 Liegenschaften gewerbsmäßig zerstückelt und weiterverkauft wurden, eine Tatsache, die um so bedenklicher ist, als auch ohnedies die Durchschnittsgröße der Güter eine geringe ist (im ganzen unter 6 ha). Ein Vergleich mit den Angaben der bayerischen und braunschweigischen Statistik lehrt uns, daß von 1894 bis 1904 bzw. 1896 bis 1905 in Bayern auf 100 Güter 1,3 Fälle von Güterschlächterei entfallen, in Braunschweig nur 0,66, in den 7 untersuchten st.-gallischen Bezirken dagegen 4,8.

Die Erhebung tut auch dar, daß der Wiederverkauf von seiten der Güterschlächter so bald als möglich stattfand, nur selten behalten sie ein Gut länger als ein Jahr; gewöhnlich nur 1—3 Monate. Die Zahl der entstandenen Parzellen ist daher ganz bedeutend, in fast einem Fünftel der Fälle findet eine Zerschlagung in mehr als 10 Stücke statt. Der erzielte Reingewinn beläuft sich auf 3803571 Fr, wäre aber noch zu vermehren um den Ertrag vieler Freihandverkäufe, darf also auf mindestens 4 Millionen angesetzt werden. Er beträgt in der angeführten Höhe 16,2 % des Ankaufspreises der Liegenschaften. Zu bemerken ist, daß in den letzten Jahren — speziell von 1900 bis 1905 — nicht nur die Zahl der Zertrümmerungen, sondern auch der durchschnittliche Reingewinn bedeutend zunimmt.

Meines Wissens zum ersten Male verwendet wurde eine Gegenüberstellung des zerschlagenen Areals zum Gesamtareal der betreffenden Gemeinde. Womöglich wurde nur das land- und forstwirtschaftlich nutzbare Gemeindeareal zum Vergleiche herangezogen. Diese Gegenüberstellung hat sehr interessante Resultate gezeitigt und dürfte wohl beibehalten und weiter ausgebaut werden. Besonders auch im Hinblick auf ihre kartographische Verwendbarkeit. Sie zeigt, daß in zwei Gemeinden schon mehr als ein Drittel des Areals zerstückelt worden ist, und daß in weiteren sechs Gemeinden auch schon mehr als 15 % der Zerschlagung anheimfielen.

Außerdem finden wir Angaben über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse und -größen im allgemeinen, über die durch die Güterschlächterei bewirkte Verteuerung der Güter und über das Verhältnis der erzielten Kaufpreise zu den Hypothekar-Schätzungen. Zahlreiche Tabellen und 2 Kärtchen führen näher in die Verhältnisse ein. *P. Gross.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Die Viehhaltung im Deutschen Reiche nach der Zählung vom 2. Dezember 1907. Ergänzungsheft I z. d. Viertelj.-H. z. Stat. d D. Reichs 1909. 1 *M*.

Das Ende April d. J. erschienene Heft brachte die ausführlichen Nachweisungen der Reichs-Viehzählung vom 2. Dezember 1907. Diese schloß sich in der Einteilung der Altersklassen und in der Zahl der erfragten Viehgattungen fast genau an die Erhebung des Jahres 1900 an. Sie ging über den Rahmen der letzteren insofern hinaus, als die Ermittelung der viehbesitzenden Haushaltungen und die Erhebung der Hausschlachtungen nach denselben Viehgattungen und Altersklassen, wie sie in der Statistik der gewerblichen Schlachtungen nachgewiesen werden, erfolgte. Gegenüber dem Jahre 1900 unterblieb jedoch die Ermittelung des Verkaufswertes und des Lebendgewichtes. *E. Moll.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Die Tarifverträge im Jahre 1908. Bearb. i. Kais. Statist. Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik. Sonderbeil. z. „Reichs-Arbeitsblatt" Nr. 11, Berlin, 1909.

Im Jahre 1903 begann das K. St. A. die Tarifverträge im Deutschen Reiche zu sammeln und veröffentlichte eine Darstellung derselben im Jahre 1906 als Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 3, 4 und 5 unter dem Titel „Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche", Band I bis III. Die Tarifstatistik für das Jahr 1906 erschien im Jahre 1908 als Nr. 8 der Beiträge (vgl. D. St. Z., I. Jahrg., S. 18). Die Tarifverträge des Jahres 1907 wurden im Reichs-Arbeitsblatte 1908 H. 12, S. 1083ff., 1909 H. 1, S. 42ff. und H. 2, S. 118ff. dargestellt. Die vorliegende Veröffentlichung behandelt die Tarifverträge, welche im Jahre 1908 in Gültigkeit traten.

Das Erhebungsformular ist gegenüber dem Vorjahre in einigen Einzelheiten abgeändert worden. Das Material beruht wie früher auf den Einsendungen von Gewerbegerichten, von Arbeitgebern, von Arbeitgeberverbänden und von Arbeitnehmerverbänden. Sowohl das von Arbeitgeberseite als auch das von Arbeitnehmerseite eingesandte Material ist in einer Übersicht wiedergegeben worden. Die weiteren statistischen Berechnungen und Feststellungen beruhen aber auf dem Arbeitnehmermaterial, indem die an Zahl verhältnismäßig geringen Einsendungen von Arbeitgeberseite und von den Gewerbegerichten zur Prüfung und Ergänzung benutzt wurden.

Gegen früher sind zum ersten Male die mehrfachen Zählungen, die dadurch entstanden, daß von verschiedenen Verbänden derselbe Tarifvertrag gemeldet wurde, durch sorgfältige Vergleichung und Nachprüfung beseitigt worden, so daß für das Jahr 1908 statt der einzelnen Vertragsabschlüsse die durch diese Vertragsabschlüsse hergestellten tariflichen Verhältnisse, „Tarifgemeinschaften", gezählt und dargestellt werden. Neu ist auch gegenüber dem Vorjahre eine Vergleichung der Zahl der von den Tarifgemeinschaften erfaßten Personen mit der Zahl der nach der gewerblichen Betriebsstatistik für 1907 in den betreffenden Gewerbegruppen überhaupt beschäftigten Personen. Danach haben die Tarifverträge verhältnismäßig am meisten im polygraphischen Gewerbe Fuß gefaßt; an zweiter Stelle steht das Baugewerbe.

Um Unterlagen für die Beurteilung der Frage zu bieten, inwieweit sich die Tarifbewegung auf



mehr handwerksmäßige Betriebe beschränkt, und wieweit sie auch in größere industrielle Unternehmungen eindringt, sind Berechnungen über die durchschnittlich auf einen Betrieb entfallende Personenzahl aufgestellt worden. So ist versucht worden, die Tarifgemeinschaften nach der Personenzahl der von ihnen erfaßten Betriebe zu gruppieren. Danach umfaßt die verhältnismäßig größte Gruppe (27,5 %) der Tarifgemeinschaften des Jahres 1908 Betriebe mit durchschnittlich bis zu 5 Personen. Allerdings enthält die Gruppe der Tarifgemeinschaften, welche Betriebe mit durchschnittlich mehr als 20 bis 50 Personen umfassen, die verhältnismäßig größte Personenzahl: 142 144. Bei 19 Tarifgemeinschaften (1,0 % aller) für 61 Betriebe mit zusammen 20 066 Personen kamen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als 200 Personen.

Als Gesamtergebnis der Tarifstatistik für 1908 ist bemerkenswert, daß die Gesamtzahl der am Ende des Jahres 1908 überhaupt in Geltung befindlichen Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Betriebe und Personen von 5083 Tarifverträgen für 110 071 Betriebe mit 970 700 Personen als dem Bestand am 1. Januar 1908 sich auf 5671 Tarifverträge für 120 401 Betriebe mit 1 026 435 Personen als Bestand am 31. Dezember 1908 vermehrt hat. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1908 mehr Tarifverträge neu abgeschlossen oder erneuert sind (2252 Tarifverträge für 50 459 Betriebe mit 411 265 Personen) als sich durch Ablauf erledigt haben (1961 Tarifverträge für 37 852 Betriebe mit 349 298 Personen). Im Vergleiche zum Vorjahre ist allerdings die Zahl der neugeschlossenen oder erneuerten Tarifverträge etwas geringer: 1907 waren 2782 Tarifverträge für 52 369 Betriebe mit 441 365 Personen als neu abgeschlossen oder erneuert angegeben. *O. Poensgen.*

Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse bei den Porzellanarbeitern in Deutschland, insbesondere im Bezirk Selb-Rehau in Bayern. Von Dr. med. Franz Bogner. Deutsche Vierteljahrsschr. f. öffentl. Gesundheitspflege. 41. Bd. 2. Heft. 1909. 37 S.

Das in statistischer Hinsicht wertvollste Ergebnis dieser auf kassenärztlichen Aufzeichnungen beruhenden Arbeit besteht darin, daß gezeigt wird, in welch verschiedener Weise die einzelnen, bei ein und demselben Betriebe unserer heutigen Großindustrie beschäftigten Arbeitergruppen von gesundheitschädigenden Gefahren bedroht werden. Von den 25 700 während der Jahre 1892—1907 beschäftigten Porzellanarbeitern im Selber Bezirk erkrankte der vierte Teil (256 ‰) — nur Fälle mit einer Erwerbsunfähigkeit von mehr als dreitägiger Dauer wurden berücksichtigt —, doch schwankte der Promillesatz zwischen 447 bei den Massemüllern, d. s. die mit der feineren Zerkleinerung der Rohmaterialien und mit der Herstellung der Glasur beauftragten Arbeiter, und 97 ‰ bei den Modelleuren, bzw. 92 ‰ bei den Kaufleuten. Nicht minder groß war dementsprechend auch der Anteil der einzelnen Arbeitergruppen an den verschiedenen Krankheitsformen, von denen die rheumatischen (30,2 ‰) und die Erkrankungen der Atmungsorgane (29,6 ‰) neben den Verletzungen (28,5 ‰) die häufigsten waren. So erkrankten an rheumatischen Krankheiten (allerdings meist nur Muskelrheumatismus) bei den Massemüllern 87 ‰ und bei den Brennhausarbeitern 67 ‰, bei den Schleifern und Druckern hingegen nur 15 bzw. 13 ‰. Auf Grund solcher und ähnlicher bedeutenden Differenzen dürfen wir wohl schließen, daß in der Hauptsache die verschiedene Arbeitstätigkeit von Einfluß hierauf sein muß, doch ist dabei zu bedenken, daß gerade durch die Aufteilung der Arbeitermasse in 16 verschiedene Gruppen der statistische Wert der schon an und für sich nicht hohen absoluten Ziffern eine Einbuße erleiden mußte. Zur Klärung der Verschiedenheiten wäre es außerdem noch nötig gewesen, Alter und Geschlecht wenigstens bei den Hauptgruppen zu berücksichtigen. Noch mehr gilt das von der Mortalitätsstatistik, deren Vergleich mit den Ziffern des Verbandes der Porzellanarbeiter in Deutschland insofern auf einer unrichtigen Methode beruht, als nur der prozentuale Anteil der einzelnen Todesursachen an deren Gesamtheit, nicht aber die eigentlichen Mortalitätsziffern miteinander verglichen worden sind. Es kann bei einem solchen Vergleiche wohl die prozentuale Verteilung einzelner Todesursachen, wie z. B. hier die Krankheiten der Atmungsorgane einschl. Tuberkulose (67 % bei dem Verbande, bzw. 73 % bei den Selber Arbeitern) übereinstimmen; dennoch ist die Mortalität eine sehr verschiedene, wie dies gerade bei dieser Krankheitsgruppe zwischen beiden Vergleichsobjekten der Fall ist. Schließlich müssen wir noch bemerken, daß das Durchschnittsalter der Gestorbenen, das hier in vergleichende Beziehungen gesetzt wird, nicht identisch ist mit der mittleren Lebensdauer und daß daher auch dieser Vergleich ohne Belang ist. *E. Roesle.*

Die Arbeitslosenzählungen in Cöln vom 17. Januar 1904 bis 24. Januar 1909. Bearb. und herausg. durch das Statistische Amt der Stadt. August 1909. 46 S.

Dieses Werk bringt eine zusammenfassende Darstellung der von der Cölner Stadtverwaltung seit dem Jahre 1904 bzw. 1905 regelmäßig zweimal — im Sommer und Winter — veranstalteten Arbeitslosenzählungen. Als Zählverfahren kam das sogenannte Hausiersystem zur Anwendung; die Zähler wurden von den Cölner Gewerkschaften (freie, christliche und deutsche), den katholischen Arbeitervereinen und dem Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband gestellt. Die Zählergebnisse bieten lehrreiche Aufschlüsse über den Umfang der Arbeitslosigkeit und namentlich über die persönlichen Verhältnisse der Arbeitslosen und die häufigeren Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die Zählungen hatten in erster Linie den Zweck, zuverlässige Unterlagen für etwaige Maßnahmen der städtischen Verwaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erlangen, liefern aber noch darüber hinaus schätzenswertes Material zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Bei den im Sommer vorgenommenen Aufnahmen schwankte die Zahl der ermittelten Arbeitslosen zwischen 704 oder 1,6 auf 1000 Einwohner am 28. Juli 1907 und 1912 oder 4,1 am 2. August 1908, bei den Winterzählungen zwischen 1127 oder 2,7 am 4. März

1906 und 3784 oder 8,3 am 19. Januar 1908. Aus den Ergebnissen sei ferner hervorgehoben, daß bei sämtlichen Zählungen mindestens ein Drittel der Arbeitslosen aus ungelernten Arbeitern bestand. Wichtig ist auch die Feststellung, daß bei den Sommerzählungen regelmäßig etwa die Hälfte, bei den Winterzählungen etwa drei Viertel der Arbeitslosen Saisongewerben angehörten; insbesondere waren im Sommer etwa zwei Fünftel, im Winter weit über die Hälfte der Arbeitslosen Bauarbeiter. Was die Ursachen der Arbeitslosigkeit betrifft, so umfaßten die in allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen oder der Eigenart der einzelnen Gewerbe beruhenden, wie Arbeitsmangel, Witterungsverhältnisse, Eingehen des Betriebes usw. bei den Sommerzählungen etwa die Hälfte, bei den Winterzählungen etwa vier Fünftel aller Fälle. Selbstverständlich sind aber schon durch den Einfluß der Witterungsverhältnisse große Unterschiede zwischen den einzelnen Zählungen bedingt. Im übrigen gibt das sehr reichhaltige Tabellenwerk über eine Reihe wissenswerter Einzelheiten Aufschluß, so unter anderm über den Zusammenhang zwischen Alter der Arbeitslosen und Dauer der Beschäftigungslosigkeit, Alter und Ursachen, Beruf und Ursachen, Dauer und Ursachen usw. In einem besonderen Anhange sind die Ergebnisse der gleichzeitig mit der Cölner Zählung vom 20. Januar 1909 vorgenommenen gleichartigen Erhebungen in Mülheim a. Rh. und Kalk dargestellt. *J. Schoelkens.*

Erhebung über die Kinderarbeit in Österreich. Soziale Rundschau, herausg. vom k. k. Arbeitsstatist. Amt im Handelsministerium, 1908, II., S. 414 und S. 560, sowie 1909, I., S. 64, 218, 539, 733, 995 und II., S. 56, 375, 561 und 749.

Die österreichische Regierung hat im Jahre 1907 zur Vorbereitung der gesetzlichen Regelung der Kinderarbeit eine groß angelegte Erhebung im Wege des Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium eingeleitet. Die Erhebung erstreckte sich auf sämtliche Länder, doch wurden aus Zweckmäßigkeitsgründen nur zirka 15—20 % der Schulkinder in die Erhebung einbezogen; bei der Auswahl der Erhebungsgebiete wurde sorgfältigst darauf Bedacht genommen, daß alle Arten der Kinderarbeit vertreten seien. Als Erhebungsorgane fungierten die Volks- und Bürgerschullehrer, die im Laufe des Jahres 1907/08 ausführliche Fragebogen auszufüllen hatten und ihre Aufgabe im allgemeinen mit großem Eifer und Verständnis gelöst haben. Die Fragebogen (zirka 3500 Schul-, 13 000 Klassen- und 270 000 Individualfragebogen) langten im Herbst 1908 im Arbeitsstatistischen Amt ein, woselbst sofort ihre Bearbeitung begann.[1])

Die bisher erschienenen vorläufigen Ergebnisse behandeln die Häufigkeit und die Arten der Kinderarbeit in den Ländern Oberösterreich, Salzburg, Niederösterreich, Schlesien, Tirol, Krain, Vorarlberg, Böhmen, Mähren und Galizien. Hinsichtlich der Häufigkeit der Kinderarbeit haben sich charakteristische Unterschiede nach dem Alter der Kinder, zwischen ehelichen und unehelichen Kindern, zwischen Kindern mit lebenden Eltern und verwaisten Kindern sowie zwischen Stadt und Land ergeben. Die verschiedenen Arten der Kinderarbeit (im Haushalte, in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Gastgewerbe usw.) werden beschrieben und die einzelnen Arbeitsverrichtungen der Kinder angegeben. Für einzelne Länder liegen auch bereits weitere Daten, z. B. über Arbeit im vorschulpflichtigen Alter, über die relative Verbreitung der Arbeit im elterlichen Betriebe und bei fremden Arbeitgebern, über die tägliche Arbeitszeit, über Nachtarbeit, über die Entlohnung der arbeitenden Kinder und über den Einfluß der Arbeit auf die Gesundheitsverhältnisse der Kinder, auf den Schulbesuch, den Schulerfolg und den sittlichen Zustand der Jugend vor. Die Publikation der gesamten, definitiven Ergebnisse soll noch in der ersten Hälfte des Jahres 1910 erfolgen. *F. Žižek.*

1) Näheres über die Durchführung der Erhebung und über das Verfahren der Aufarbeitung findet sich in den Tätigkeitsberichten des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes für die Jahre 1907 und 1908.

XVII. Wahlstatistik.

Die Gemeindewahlen in Bayern im Jahre 1908. Zeitschrift des K. Bayer. Statistischen Landesamts 1909, Doppelheft 3/4 S. 601—639.

Nach dem bayerischen Gemeindewahlgesetz vom 15. August 1908 kommt bei den Wahlen in den Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern das Verhältniswahlverfahren nach dem System der freien und verbundenen Listen zur Anwendung. Dies gab Veranlassung, die Wahlen der Gemeindebevollmächtigten (Vertretung der Bürgerschaft) und der Magistratsräte (Mitglieder der Stadtmagistrate), die in den städtischen Gemeinden rechts des Rheins im Jahre 1908 stattfanden, statistisch zu bearbeiten.

Die Grundlage der Erhebung bilden die in der Veröffentlichung abgedruckten Fragebogen (Bogen 1 Verhältniswahl, Bogen 2 Mehrheitswahl), deren Ausfüllung durch die Verwaltungsbehörden (Stadtmagistrate und Bezirksämter) an der Hand der Wahlprotokolle und Stimmlisten erfolgte. Nur die Art der Veränderung der bei der Verhältniswahl abgegebenen Wahlzettel mußte durch gesonderte Auszählung festgestellt werden.

In dem Tabellenwerk sind die wichtigsten Wahlergebnisse für jede einzelne Stadt gesondert nach Städten unter und über 4000 Einwohnern enthalten.

Das Schwergewicht der Veröffentlichung liegt in der textlichen Darstellung und in den dem Texte beigegebenen Übersichten und Berechnungen, die wichtige Aufschlüsse über die Wirkungen und die Durchführung des Verhältniswahlverfahrens bei seiner Anwendung auf die Gemeindewahlen geben.

Einige Ergebnisse von besonderem Interesse sollen hier hervorgehoben werden.

Das Verhältniswahlverfahren hat zunächst zu einer außerordentlichen Steigerung der Anteilnahme an den Wahlen geführt, die sich sowohl in einer starken Zunahme der Wahlberechtigten wie in der erhöhten Wahlbeteiligung äußerte. Die Zahl der Wahlberechtigten — in Bayern ist die Erwerbung des Bürgerrechts Voraussetzung des Wahlrechts — ist von 1905 auf 1908 von rund

107 000 auf mehr als 124 000, also um 17 000 oder 16 % gestiegen. Die Wahlbeteiligungsziffer betrug in den Verhältniswahlgemeinden 849 (auf 1000 Wahlberechtigte) gegen 743 im Jahre 1905. Die Wahlbeteiligung war sogar lebhafter als bei den letzten Reichstagswahlen.

Bei der Verhältniswahl geht der Wahl selbst die Einreichung von Wahlvorschlägen (Vorschlagslisten) voraus. Es konnte deshalb bereits die Tätigkeit der Wahlberechtigten vor der Wahl zahlenmäßig nachgewiesen werden. Im ganzen wurden bei der Wahl der Gemeindebevollmächtigten in 81 Verhältniswahlgemeinden 216 Vorschlagslisten mit 2230 Kandidaten aufgestellt. Nur in 3 Gemeinden unterblieb die Einreichung von Wahlvorschlägen, wodurch sich die Wahl in ihrem Ergebnis ohne weiteres in die Mehrheitswahl verwandelte. Geringer war die Zahl der Vorschlagslisten bei der Wahl der Magistratsräte.

Gewählt wurden in den Verhältniswahlgemeinden 782 Gemeindebevollmächtigte und 387 Magistratsräte sowie 431 und 208 Ersatzmänner. Von den 1470 älteren Gemeindebevollmächtigten gaben 1211 oder 82,4 % Zurechnungserklärungen ab.

Für die Tätigkeit der Parteien ist bemerkenswert, daß nicht allein Einzelparteien und Gruppen mit Wahlvorschlägen aufgetreten sind. Mehrfach haben sich auch verschiedenartige Parteien und Gruppen auf eine Vorschlagsliste geeinigt. Zu unterscheiden hiervon ist die Listenverbindung, bei der die Vereinigung durch Verbindung mehrerer selbständig aufgestellter Listen erfolgt. Dieser Fall ist bei der Wahl der Gemeindebevollmächtigten dreizehnmal eingetreten.

Der Hauptanteil an der Wahltätigkeit entfällt auf die politischen Parteien (Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten). Diese haben sich an der Vorbereitung der Wahl der Gemeindebevollmächtigten mit mehr als der Hälfte (sechs Zehntel) der Vorschlagslisten und Kandidaten beteiligt. Dem entspricht auch der Wahlerfolg. Von den gewählten Gemeindebevollmächtigten und Ersatzmännern gehören nämlich etwas mehr als sechs Zehntel (62 %) den politischen Parteien an. Von den älteren Gemeindebevollmächtigten haben sich dagegen nur etwas mehr als die Hälfte (51,1 %) den Vorschlagslisten der politischen Parteien zugerechnet.

Außerdem sind verschiedentlich wirtschaftliche und soziale Gruppen (insbesondere Hausbesitzer, Mittelstandspartei, gewerbliche und landwirtschaftliche Vereinigungen) hervorgetreten. Von den 19 Vorschlagslisten, die von diesen Gruppen bei der Wahl der Gemeindebevollmächtigten ausgingen, hatten 13 Wahlerfolg.

Schließlich haben sich zahlreiche lokale Gruppen an den Wahlen mit Erfolg beteiligt. In ihren Wahlvorschlägen spiegeln sich weniger politische, wirtschaftliche oder soziale Anschauungen als rein örtliche oder persönliche Gesichtspunkte.

Diese Partei- und Gruppenbildung wiederholt sich bei der Wahl der Magistratsräte, wenn auch in verkleinertem Maßstabe.

Das Wahlgeschäft hat sich in den Verhältniswahlgemeinden trotz der Neuheit des Wahlverfahrens im allgemeinen einfach und glatt abgespielt. Den besten Beleg hiefür bietet die geringe Zahl der ganz oder teilweise ungültigen Wahlzettel. Bei der Wahl der Gemeindebevollmächtigten waren von 1000 Wahlzetteln nur 2 völlig und 9 teilweise ungültig gegen 3 und 11 im Jahre 1905. Die Beanstandungen von Vorschlagslisten waren geringfügiger Art und konnten durch Ergänzung oder Berichtigung behoben werden. Die Wahlanfechtungen und Wahlbeschwerden, die in 3 Städten erhoben wurden, betrafen nicht Vorschriften des Verhältniswahlrechts, sondern Bestimmungen der Gemeindeordnung. *Ph. Arnold.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Schulärztliche Untersuchungen in den hamburgischen Volksschulen. Nach: Anhang zur Mediz. Statistik des hamb. Staates f. d. Jahr 1908.

Seit dem Jahre 1907 ist in Hamburg ein schulärztlicher Dienst eingerichtet. Er erstreckt sich in der Stadt auf die öffentlichen Volks- und Seminarschulen, die am Ende des Schuljahres 1908/09 104 787 Schüler (darunter 52 689 Mädchen) zählten. Verwaltungsphysikus Prof. Dr. Pfeiffer berichtet über das letzte Schuljahr, daß von den 8 Schulärzten und einem Stadtarzt rund 77 100 Kinder untersucht wurden. Sämtliche Kinder wenigstens 1 mal im Jahre zu untersuchen, war nur in einigen Bezirken den Ärzten möglich. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind in Gesundheitsscheinen und in Tagesberichten an das Medizinalamt niederzulegen. Auf die Hygiene des Schulhauses erstreckt sich die Tätigkeit der Schulärzte nicht, da dies Aufgabe der Stadtärzte ist. Die Schulärzte werden nicht von der Oberschulbehörde, sondern vom Medizinalamt angestellt. Sie dürfen eine ärztliche Behandlung der Schulkinder nicht selbst übernehmen. Bei Krankheitsbefunden in der Schule erhalten die Eltern der Schüler eine Mitteilung mit Angabe der Diagnose für den anzunehmenden Arzt. Kränkliche Schüler sollen möglichst schon nach fünf Wochen von neuem untersucht sein und eventuell für einen Ferienaufenthalt auf dem Lande, an der See, in einem Seebade usw. angemerkt werden. Von den Wohltätigkeitsvereinen und der Allgemeinen Armenanstalt wurde im letzten Jahre 7300 Schülern ein entsprechender Ferienaufenthalt ermöglicht.

Die Untersuchungsbefunde mögen im Vergleich mit anderen Städten nicht ungünstig dastehen, können aber doch nicht als erfreuliche gelten. Konstitutionskrankheiten wurden in 18 177 Fällen vorgefunden, davon allein 12 257 mal Blutarmut und 2404 mal Skrofulose; Krankheiten der Atmungsorgane sind mit 2113 Fällen vertreten, von denen 1860 auf Bronchialkatarrh entfallen. Weiter sind hervorzuheben 639 Sprachstörungen, darunter 368 mal Stottern; ferner werden 2196 Fälle von Hautkrankheiten und 2884 Fehler des Brustkorbes angegeben, hiervon 1598 mal Schusterbrust und 1105 mal Hühnerbrust. Groß ist auch die Zahl der vorgefundenen Wirbelsäulenfehler (3670), während Bruchleiden in 689 Fällen angetroffen sind. Augenkrankheiten haben die Ärzte nicht weniger als 5907 mal festgestellt, worunter sich 1610 mal Schielen befindet. Die Sehschärfe war bei 75 % aller untersuchten Schüler eine volle, bei 2,2 % wurde Übersichtigkeit festgestellt.

Mittelohrentzündungen kamen 1274 mal vor, sonstige Ohrkrankheiten 206 mal. Volle Hörschärfe (Flüstersprache in mindestens 7 m Entfernung hörbar) hatten 93 %. Betrübend ist das Ergebnis der Zahnuntersuchungen, da nur ein Viertel der Kinder gute Zähne besaß. Bei den Mädchen war der Befund etwas ungünstiger als bei den Knaben.

Von Wichtigkeit sind noch die Angaben über Brustumfang und Gewicht, wenn auch vielleicht erst die Vervollständigung des Materials abgewartet werden müßte, um ganz sichere Unterlagen zu besitzen. Im Durchschnitt der untersuchten Kinder war der Brustumfang des ersten Schuljahrgangs bei den Knaben (im 7. und z. T. 8. Lebensjahr) 56,8 cm, bei den Mädchen nur 54,3 oder 2,5 cm weniger. Allmählich gleicht sich aber der Unterschied aus, und im 7. Schuljahrgang, d. i. im 13. und 14. Lebensjahre, hat der Brustumfang der Mädchen mit 68,0 cm den der Knaben mit 67,7 cm überholt. Das letzte Schuljahr weist dann einen noch größeren Vorsprung der Mädchen auf: 71,2 cm gegen 70,2 bei den Knaben. Ähnlich steht es mit dem Gewicht. Der erste Schuljahrgang ergibt ein Durchschnittsgewicht von 21,8 kg für die Knaben und 21,2 kg für die Mädchen. Das „Gleichgewicht" ist schon im 5. Schuljahre etwa erreicht (30,8 gegen 30,7 kg). Die Knaben im 15. Lebensjahr oder letzten Schuljahr haben ein Durchschnittsgewicht von 40,7 kg, die Mädchen 2 kg mehr, also 42,7 kg. *W. Beukemann.*

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die Zahl der Studierenden an den Deutschen Hochschulen vom Sommersemester 1907 bis zum Wintersemester 1908/09. Stat. Jahrb. f. d. D. Reich. 30. Jahrg. 1909. S. 280—286.

Zum erstenmal wird hier eine amtliche Zusammenstellung der Zahl der Studierenden für den Gesamtumfang des Deutschen Reichs auf Grund der amtlichen Verzeichnisse der Studierenden der einzelnen Hochschulen veröffentlicht. Die Zahl der in die Zusammenstellung einbezogenen Hochschulen beträgt 50, und zwar 21 Universitäten, außerdem die Kaiser Wilhelm-Akademie für militärärztliches Bildungswesen in Berlin und das Lyceum zu Braunsberg, ferner 10 technische Hochschulen, 3 Bergakademien, 5 Forstakademien, 4 landwirtschaftliche Hochschulen und 5 tierärztliche Hochschulen. Noch nicht berücksichtigt sind die Handelshochschulen und die Hochschulen für Musik, bildende Künste u. dgl. — Die Gesamtzahl der vollberechtigt Studierenden an den 50 Hochschulen betrug im S.-S. 1907: 60 514, im W.-S. 1907/08: 61 586, im S.-S. 1908: 62 124 und im W.-S. 1908/09: 64 071. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs ergibt sich, daß bereits auf etwa je 1000 Einwohner 1 Studierender entfällt, und daß dies Verhältnis noch im Zunehmen begriffen ist. Da die Zahl der weiblichen Studierenden noch verhältnismäßig gering ist, sie betrug im W.-S. 1908/09 nur 1092, so ist gegenwärtig im Durchschnitt unter etwa je 500 männlichen Personen der Reichsbevölkerung 1 Student vorhanden.

Außer den vollberechtigten Studierenden nahmen im letzten W.-S. noch 14 472 Hospitanten, Hörer oder Gäste am Hochschulunterricht teil, so daß die Gesamtzahl der Besucher der Deutschen Hochschulen im letzten W.-S. 78 543 betrug, darunter 4413 weibliche Personen.

An den Universitäten betrug die Zahl der Studierenden in den letzten 4 Semestern 46 108, 46 189, 47 600 und 49 129. Die verhältnismäßig starke Zunahme im letzten Semester ist insbesondere auf die Zulassung weiblicher Studierenden an den preußischen Universitäten zurückzuführen. Dadurch wuchs die Gesamtzahl der weiblichen Studierenden von 302, 322 und 375 in den 3 vorhergehenden Semestern auf 1077 im W.-S. 1908/09 an, wovon allein 663 auf die preußischen Universitäten entfallen. Diese weisen dafür aber gleichzeitig einen entsprechenden Rückgang in der Zahl der weiblichen Hospitanten usw. auf. — In den einzelnen Fakultäten lassen die 4 Semester bemerkenswerte Verschiedenheiten erkennen. Die Zahl der Studierenden der Theologie weist eine geringe Abnahme auf, die bei den Katholiken stärker ist als bei den Evangelischen. Von diesen studierten während der 4 Semester: 2292, 2213, 2300, 2194, die Zahl der katholischen Theologie-Studierenden dagegen betrug: 1838, 1711, 1797, 1689. Auch in der juristischen Fakultät macht sich ein deutlicher Rückgang bemerkbar von 11 967 auf 11 830, 11 634 und 11 443; während die Zahl der Medizin-Studierenden in ständiger Zunahme begriffen ist; sie betrug in den 4 Semestern 8068, 8439, 9036 und 9648. — Für die philosophische Fakultät ist versucht worden, die Disziplinen nach Möglichkeit auseinander zu halten, es ist das aber nicht so durchführbar gewesen, daß innerhalb der Einzelfächer Vergleiche angestellt werden können. Die Gesamtzahl der Studierenden der Philosophie hat in den 4 Semestern ständig zugenommen und zwar von 20 109 auf 20 226, 21 101 und 22 235.

Die weiblichen Studierenden entfallen in der Mehrzahl auf die philosophische Fakultät, bei welcher in den 4 Semestern immatrikuliert waren: 120, 119, 145 und 666 Studentinnen. Sie bevorzugen hier hauptsächlich die philologisch-historischen und die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer, wohl in erster Linie als Vorbereitung für das höhere Lehrfach. In der medizinischen Fakultät waren 126, 142, 158 und 297 Studentinnen immatrikuliert. Der Rechtswissenschaft hatten sich in den 4 Semestern 7, 7, 8 und 14 Damen gewidmet, und in der theologischen Fakultät waren sie nur mit 2, 2, 1 und 3 evangelischen Studierenden vertreten.

Am stärksten besucht waren im W.-S. 1908/09 die Universitäten Berlin (8641), München (6304), Leipzig (4418) und Bonn (3282), den schwächsten Besuch hatten Rostock (685) und Greifswald (786). Während Berlin in allen übrigen Fakultäten den stärksten Besuch aufweist, wird es in der medizinischen Fakultät von München überflügelt. Im W.-S. 1908/09 hatte Berlin 1375 Mediziner, München dagegen, nach Abzug der Studierenden der Zahnheilkunde, die in Berlin auch besonders gezählt sind, 1690, erst wenn man der Berliner medizinischen Fakultät die 377 Studierenden der Kaiser Wilhelm-Akademie hinzuzählt, steht Berlin auch hierin an erster Stelle.

Die 10 Technischen Hochschulen waren in den 4 Semestern von 11 065, 11 688, 11 073 und



11 232 Studierenden und 2839, 4330, 2804 und 4560 Hospitanten usw. besucht. Unter den Studierenden befinden sich 4, 7, 11 und 15 Damen, unter den Hospitanten dagegen 247, 1215, 347 und 1539 Damen. Während der Sommersemester ist der Besuch der Technischen Hochschulen hiernach geringer als während der Wintersemester, insbesondere bezüglich der Zahl der Hospitanten. Hier scheint der Sommer mehr der praktischen Ausbildung, der Winter in erhöhtem Maße dem theoretischen Studium gewidmet zu werden.

Die größte Zahl von Studierenden hatte die Technische Hochschule München (2247), während Berlin (Charlottenburg) mit 2192 Studierenden erst an zweiter Stelle steht. Die Zahl der Hospitanten usw. ist dagegen in Berlin erheblich größer, so daß es bezüglich des Gesamtbesuchs doch an erster Stelle steht. Die 3 Bergakademien waren von 495, 634, 562 und 644 Studierenden besucht, zu denen noch 192, 158, 158 und 131 Hospitanten usw. hinzukommen. Die Besucherzahlen für die übrigen Hochschulen waren: für die 5 Forstakademien: 300, 286, 274 und 282 Studierende und 81, 65, 80 und 77 Hospitanten usw.; für die 4 landwirtschaftlichen Hochschulen: 1438, 1593, 1463 und 1588 Studierende und 183, 271, 235 und 279 Hospitanten usw. und für die 5 tierärztlichen Hochschulen: 1108, 1196, 1152 und 1196 Studierende und 176, 154, 187 und 181 Hospitanten usw. *G. Tenius.*

Prüfungsergebnisse an den Hochschulen (im Königreich Sachsen). — Statist. Jahrb. für das Kgr. Sachsen. 37. Jahrg. 1909 S. 214 u. 215.

Eine neue Tabelle des Jahrbuchs stellt die Prüfungsergebnisse an den 6 sächsischen Hochschulen dar, also der Universität Leipzig, der Technischen Hochschule zu Dresden, der Bergakademie zu Freiberg, der Forstakademie zu Tharandt und der Handelshochschule zu Leipzig. Die angegebenen Zahlen beziehen sich nur auf die mit Erfolg abgelegten Prüfungen; die erfolglos verlaufenen sind mit erhoben, aber in der Tabelle nicht berücksichtigt worden.

Aus den Gesamtzahlen der an der Universität Leipzig von 1887 bis 1908 erfolgten Prüfungen ergibt sich, daß in den Jahren 1887 bis 1889 jährlich im Durchschnitt 400 Studierende ihre Abschlußprüfungen bestanden haben; anfangs der neunziger Jahre steigt die Zahl auf etwa 600 an, sinkt aber schnell wieder. Seit Anfang des neuen Jahrhunderts ist eine stetige Zunahme der Prüfungen (1907/08 652) zu bemerken.

Die einzelnen Fakultäten sind hieran ungleich beteiligt. Bei der Theologie haben sich von Jahr zu Jahr weniger Kandidaten der Prüfung unterzogen; während der Durchschnitt des Jahrzehnts 1887/97 74 Prüfungen ergibt, beläuft er sich in den Jahren 1897 bis 1908 auf 46 Prüfungen. — Dem entgegengesetzt zeigen die juristischen Prüfungen ein der Zahl nach stetiges Wachstum. In dem zwanzigjährigen Zeitraum 1887/1907 ist die Zahl der Referendarprüfungen um etwa das Vierfache gestiegen; nur 1907/08 zeigt einen Rückschlag (von 229 auf 182), der sich aus der Überfüllung des Berufs erklären läßt. — Die medizinischen Approbationen nahmen von 1887/88 (90) bis 1891/92 (218) sehr schnell zu; seitdem ist jedoch ein ständiges Abflauen eingetreten, das wohl auch mit der Tatsache zusammenhängt, daß der medizinische Beruf in den neunziger Jahren stark überfüllt war. Unter den Approbierten befanden sich 1903/04 1, 1904/05 2, 1905/06 3, 1906/07 4 weibliche Personen. — In der philosophischen Fakultät ist im allgemeinen — namentlich seit der wirtschaftlichen Krise um 1900 — eine Vermehrung der Staatsprüfungen erfolgt. Auffällig in dieser Hinsicht sind die Zahlen der sonst auch stark beteiligten Pharmazie in den letzten Jahren; der jährliche Durchschnitt von 1887 bis 1906 beträgt 54 Prüfungen, 1906/07 haben dagegen 88, 1907/08 100 Prüfungen stattgefunden. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung stehen einem Minimum von 3 (1894/95) und einem Durchschnitt von 13 Prüfungen (1887 bis 1906) die Maxima 52 (1906/07) und 50 Prüfungen (1907/08) gegenüber. Während in den achtziger und neunziger Jahren die Prüfungen für Landwirte verhältnismäßig selten (1887/88 1) gewesen sind, hat im neuen Jahrhundert eine beachtliche Anzahl (1907/08: 64) stattgefunden.

Die Bewegung der Anzahl der Doktorpromotionen ähnelt sehr den Verhältnissen der Staatsprüfungen. Der Dr. theol. kam in den letzten 20 Jahren nur zweimal vor. Auch die Zahl der Lizentiaten ist sehr gering (durchschnittlich 5). Die Jurisprudenz zeigt eine ständige Zunahme (1887/88 65, 1907/08 353), die Medizin von 1892/93 ab eine fortlaufende Abnahme (1892/93 332, 1907/08 127) der Promotionen. In der philosophischen Fakultät ist ein langsames Ansteigen zu beobachten.

An der Technischen Hochschule zu Dresden ist im allgemeinen die Zahl der Prüfungen seit etwa 1900 gestiegen. Die große Zahl der Diplom-Vor- und Hauptprüfungen von Architekten, Bau- und Maschineningenieuren seit 1904 hat zum Teil ihren Grund darin, daß seit diesem Jahre die vor dem Königl. Technischen Prüfungsamt zu Dresden abgelegten Staatsprüfungen durch die Diplomprüfungen ersetzt sind. Zu den Diplomprüfungen und Doktor-Ingenieur-Promotionen stellen seit 1900 die Chemiker ein ansehnliches Kontingent; die Promotionszahl derselben hat sich von 1901/02 (6) auf 1907/08 (14) reichlich verdoppelt.

Die Prüfungen an der Bergakademie zu Freiberg, sowie an der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden bewegen sich seit 1887 in einer der Zahl nach aufsteigenden Linie; sie haben sich in Dresden verdoppelt (1887/88 31, 1907/08 78), in Freiberg etwa vervierfacht.

An der Tharandter Forstakademie haben die meisten Prüfungen (14 im jährlichen Durchschnitt) in den achtziger Jahren stattgefunden; seitdem ist die Zahl — augenscheinlich infolge der wenigen vorhandenen Stellen — stark zurückgegangen. Der Durchschnitt der Jahre 1902/03 bis 1907/08 ergibt 4 Prüfungen jährlich.

Von Jahr zu Jahr zahlreicher sind die Abschlußprüfungen an der Handelshochschule zu Leipzig geworden; die für Handelslehrer sind von 4 auf 21, die Diplomprüfungen für Kaufleute von 20 auf 105, beide also auf das Fünffache angewachsen.

K. Finkenwirth.

XXIII. Finanzstatistik.

Die bayerischen Kreisfinanzen. Heft 74 der „Beiträge zur Stat. des Kgr. Bayern". Preis 4 ℳ.

Die Finanzen bilden das Rückgrat der gesamten, von Reich, Staat und den lokalen Verwaltungskörpern gemeinsam repräsentierten öffentlichen Wirtschaft. Die Kenntnis von den öffentlichen Finanzen hat darum hervorragendes praktisches und wissenschaftliches Interesse. Während die Staats- und Reichsfinanzen schon aus Verfassungsrücksichten längst ziffernmäßig veröffentlicht werden, ist die Finanzstatistik in bezug auf die Kommunen und die Kommunalverbände bisher noch wenig befriedigend gepflegt. Und doch sind Kommunen und Kommunalverbände so wichtige organische Bestandteile der öffentlichen Verwaltung, daß erst bei entsprechender Mitberücksichtigung der Finanzwirtschaft dieser lokalen Selbstverwaltungskörper richtig ermessen werden kann, in welchem Umfang Aufwendungen für öffentliche Zwecke, insonderheit für die eigentlichen Kulturaufgaben, gemacht werden, und in welchem Maße zur Deckung dieses Bedarfs die einzelnen Quellen der öffentlichen Einnahmen beitragen.

Erfreulicherweise hat für Preußen das dortige Statistische Landesamt unlängst die seitherige Lücke in der Statistik der Finanzen der öffentlichen Haushaltungen auszufüllen begonnen durch seine Veröffentlichungen über die Finanzen der preußischen Provinzen und Kreise.[1]) Eine willkommene Ergänzung hierzu dürften die Arbeiten bieten, welche das Bayer. Statist. Landesamt seit Jahresfrist vorbereitet und zum Teil bereits abgeschlossen hat. Es wird hier eine eingehende Statistik über die Finanzen der bayerischen Kreise (= preußische Provinzen), Distrikte (= preußische Kreise) und Gemeinden durchgeführt.

Die Arbeit über die Kreisfinanzen liegt nunmehr abgeschlossen vor. Sie behandelt textlich und tabellarisch Ausgaben, Einnahmen, Vermögen und Schulden der acht bayerischen Kreise, und zwar nicht bloß nach ihrem heutigen Stand, sondern auch nach ihrer Entwickelung, die zurück bis zum Jahre 1852 (dem Jahre des Inkrafttretens des hier grundlegenden Landratgesetzes) veranschaulicht wird. In einem Anhang sind außerdem die Kreisstiftungen berücksichtigt.

Was die Methode anlangt, die bei vorliegender Untersuchung eingeschlagen wurde, so hätte es nahe gelegen, ähnlich wie bei der Statistik der preußischen Provinzial- und der Kreisverbände zwecks Darstellung der Ausgaben und Einnahmen die Methode des Einheitsetats anzuwenden und zu dem Behuf einen einzigen Haushaltsplan aus dem Haupt- und den Nebenhaushaltsplänen zu beschaffen. So sehr an sich dieses Verfahren den Vorzug verdient, so bietet es doch große Schwierigkeiten, namentlich wenn, wie in der bayerischen Arbeit im Gegensatz zur preußischen, die Untersuchung sich nicht auf ein Jahr, sondern auf mehrere Jahre und Jahrzehnte erstreckt. Jene Schwierigkeiten hätten sich nur unter erheblicher Belastung des Statist. Landesamts und der Provinzialbehörden sowie unter großer Verzögerung der Arbeit und unter namhafter Erhöhung der Kosten bewältigen lassen. Anderseits erschien es geboten, die Arbeit gerade durch Berücksichtigung der Entwickelung — nicht bloß des Standes — der Finanzen zu vertiefen und deshalb mehrere Jahresreihen in dieselbe einzubeziehen. In Hinblick darauf wurden unter Verzicht auf einen Einheitsetat die Haupt- und die Nebenrechnungen gesondert im Tabellenwerk behandelt und lediglich der Gesamtaufwand unter Ausscheidung der durchlaufenden Posten summarisch ausgewiesen. Soweit erforderlich, sind die Beziehungen zwischen Haupt- und Nebenrechnungen im Texte entsprechend gewürdigt, woselbst auch für die Zeit von 1900 fg. erörtert ist, wie bei gegenseitiger Abgleichung der Haupt- und der Nebenrechnungen sich der Haushalt der 8 Kreisgemeinden darstellt.

F. Zahn.

1) D. Stat. Zentralbl., Jahrg. 1909, Sp. 26 und 122.

Der Landeshaushalt von Österr.-Schlesien vom Jahre 1861—1907. Nach: Schlesiens Landesvertretung und Landeshaushalt von ihren Anfängen bis zur neuesten Zeit. 3 Bde. Troppau 1909. Selbstverlag des schles. Landesausschusses. 15 Kr.

Aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers hat der schlesische Landesausschuß die Herausgabe eines umfassenden Werkes über die Entstehung, Entwickelung und Tätigkeit der Landesvertretung mit vorwiegender Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen und finanziellen Fragen beschlossen, welches vom Landesrate und Vorstande des landesstatistischen Amtes Karl Berthold unter Mitwirkung der Landesämter und Anstalten bearbeitet und redigiert wurde. Der erste Teil behandelt die Landesvertretung und autonome Landesverwaltung in historischer und verfassungsrechtlicher Entwickelung, der zweite den Landeshaushalt, d. h. die in Verwaltung des Landes stehenden Fonds, Stiftungen und Anstalten in ihrer Entstehung und Entwickelung von den Anfängen bis auf die jüngste Zeit und in ihrem gegenwärtigen Bestande, während der dritte Band die dazu gehörigen Beilagen umfaßt. Als die wichtigsten Daten seien angeführt, daß im Jahre 1861 als dem ersten Jahre der autonomen Landesverwaltung nach Wiederaufrichtung des Verfassungslebens in Österreich die reellen Einnahmen im schlesischen Landeshaushalte 366 776 K 41 h und die Gesamteinnahmen 2 834 120 K betragen haben, denen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstehen, wovon 1 189 262 K 74 h auf reelle Ausgaben entfallen. Im Jahre 1907 betrugen die gesamten Einnahmen und Ausgaben je 10 102 089 K 17 h. Die Gesamtsumme der reellen — durch Kreditoperationen — durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben in dem Zeitraume von 1861—1907 betrug je 144 110 463 K 34 h.

Durch Berücksichtigung der anfänglichen und der schließlichen baren Kassenreste wurde in der Darstellung eine Übereinstimmung zwischen den Einnahmen und Ausgaben erzielt. Die geringsten Einnahmen bzw. Ausgaben waren im Jahre 1866 mit 453 021 K 99 h, die größten Einnahmen bzw. Ausgaben waren im Jahre 1904 mit je 12 472 583 K 42 h.



Die in dieser Darstellung verarbeiteten Fonde betreffen den sogenannten engeren Landeshaushalt, woraus sich ergibt, daß die für spezielle Flußbauten aufgenommenen Darlehen ebenso wie die Einnahmen und Ausgaben der übrigen in Landesverwaltung stehenden Anstalten und Fonde hier nicht aufgenommen erscheinen, sondern nur durch die denselben gewährten Dotierungen (unbedeckter Abgang) zum Ausdrucke kommen. Mit Berücksichtigung dieser Momente würde naturgemäß die Darstellung des Landeshaushaltes viel größere Budgetziffer ergeben. Eine solche einheitliche Verarbeitung wurde lediglich für das Jahr 1906 durchgeführt, in welchem die Einnahmen und Ausgaben mit je 11054625 K 30 h abschließen. Den niedrigsten Landesumlagen von 13½ % im Jahre 1872 stehen die höchsten Umlagen 72 % rücksichtlich der Realsteuern und 80 % rücksichtlich der Personalsteuern im Jahre 1904 entgegen. Die Summe der umlagepflichtigen Staatssteuern im Jahre 1908 betrug rund 6 370 000 K.

C. Berthold.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Übersicht der Ortsentfernungen in Elsaß-Lothringen. Bearbeitet im Statist. Bureau für Elsaß-Lothringen. Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt vorm. R. Schultz & Co. 1909. 5 *M.*

Eine Zusammenstellung der (Landwegs-)Entfernungen von jedem Orte Elsaß-Lothringens nach der nächsten Bahnstation, dem Sitze des Amtsgerichts, Landgerichts, Oberlandesgerichts, dem Hauptorte des Kreises, Bezirks und des Landes. Die Übersicht geht auf die *„tableau des distances"* der französischen Zeit zurück und dient als Grundlage für die Festsetzung der in Strafsachen anzuweisenden Kosten, der Zeugengebühren, für die Berechnung der Dienstreiseentschädigungen, Umzugsgebühren usw.

Ihre Beziehungen zur Statistik bestehen — abgesehen von der tabellarischen Form — wohl in der Hauptsache darin, daß sie eine jener überall vorkommenden Aufgaben darstellt, für deren Bearbeitung eine geeignete Stelle in der übrigen Verwaltung sich nicht finden läßt, so daß sie der statistischen Stelle zufallen.

H. Platzer.

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Statistische Untersuchungen über das Geschlechtsverhältnis bei den Geburten *(Il sesso dal punto di vista statistico. Le leggi della produzione dei sessi).* Von Corrado Gini. Palermo, R. Sandron 1908. XXIX u. 517 S. 8 Lire.

Dieses Buch behandelt die Frage des Geschlechts vom Standpunkt des Zahlenverhältnisses, der Entstehung und der Vererbung auf Grund der statistischen Ermittelungen aus den Gebieten des Tier- und Pflanzenreiches, die der Verfasser unter Anwendung der Methoden der mathematischen Statistik bearbeitet und an der Hand der neuesten Ergebnisse der Biologie erläutert hat.

Zuvörderst werden Ergebnisse der Statistik über das Verhältnis der Geschlechter, namentlich bei den Kindergeburten, weiter noch in bezug auf Pflanzen- und Tierwelt dargelegt und an der Hand der so gefundenen Regelmäßigkeiten die daraus sich ergebenden Schlüsse gezogen. Bezüglich der Kindergeburten ergibt sich ein Knabenüberschuß von etwa 6 %; die Ausnahmen hiervon, die sich angeblich in den Polar- und Äquatorialgegenden, bei den Farbigen und den Ansiedlern in den Kolonien finden, erweisen sich als trügerisch, sobald große Zahlen zu Gebote stehen. Im Pflanzen- und Tierreich zeigen die einzelnen Arten große Verschiedenheiten, und zwar unabhängig von der biologischen Verwandtschaft. Sehr ungleich bei den niederen Tierarten, wird das Verhältnis bei den höheren Arten immer regelmäßiger, bis es beim Menschen eine solche Stetigkeit erlangt, daß die ermittelten zeitlichen und räumlichen Unterschiede als zufällige Schwankungen, deren Wahrscheinlichkeit ihrerseits wieder unveränderlich ist, gelten können. Diese Regelmäßigkeit ist von großer sozialer Wichtigkeit, weil sie, zusammen mit der größeren Sterblichkeit des männlichen Geschlechts, dazu dient, das Gleichgewicht der Geschlechter im produktiven Lebensalter herzustellen und daher die Monogamie als die geeignetste Eheform erscheinen zu lassen. Allerdings wäre zu diesem Behuf ein etwas größerer Knabenüberschuß bei den Geburten erwünscht; denn in Anbetracht des verschiedenen Heiratsalters der beiden Geschlechter, wenigstens in Europa, ergibt sich ein Überschuß an erwachsenen Frauen, der wohl eine der Hauptursachen der bestehenden Frauenfrage ist.

Sodann werden die Ergebnisse der Statistik und der Biologie aneinander gemessen und die Einflüsse untersucht, die die örtlichen Verhältnisse, die natürliche Auslese, das Geschlechtsverhältnis bei den vorhergegangenen Geburten, die individuellen Eigenschaften, die Vererbung, die Verbindung ererbter Eigenschaften der Eltern auf das Geschlechtsverhältnis der Geburten ausüben. Vielfach war man z. B. bisher der Meinung, das Geschlechtsverhältnis der Neugeborenen werde von dem in der vorhandenen Bevölkerung bestehenden Geschlechtsverhältnis oder auch von demjenigen beeinflußt, welches für die Geburten vorausgegangener Jahre gegolten hatte; man glaubte, es sei ein Geburtenüberschuß desjenigen Geschlechtes wahrscheinlich, das bisher zurückstand. Die vorliegenden statistischen Nachweise lassen dies aber, wenigstens für das Menschengeschlecht, als vollständig unzutreffend erkennen; sie scheinen vielmehr für die Wahrscheinlichkeit zu sprechen, daß die jährlichen Schwankungen sich im n ä m l i c h e n Sinne fortsetzen.

Aus den Beziehungen zwischen den Geschlechtsverhältnissen in den Elternfamilien und bei den Kindern lassen sich Schlüsse auf den Einfluß der Vererbung ziehen. Allerdings sind diese Berechnungen schwierig, weil das tatsächliche Geschlechtsverhältnis in einer Familie die in dieser Beziehung bestehenden Fähigkeiten dieser Familien ebensowenig zum Ausdruck bringt, wie das Verhältnis der weißen und schwarzen Kugeln, die man mit einem Handgriff aus einer Urne nimmt, das Verhältnis erkennen läßt, in dem die noch in

der Urne befindlichen Kugeln beider Farben zueinander stehen. Vermittelst einer neuen Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung wird jedoch dem Rechnung getragen und so gefunden, daß die Wahrscheinlichkeit, Kinder eines bestimmten Geschlechtsverhältnisses zu erzielen, sich ähnlich wie andere physische und geistige Eigenschaften vererbt.

Auch dieses Ergebnis ist bedeutungsvoll, da daraus zu folgern ist, daß, wenn unter den beiden Eltern eine Verschiedenheit in bezug auf die Veranlagung, Kinder eines bestimmten Geschlechtsverhältnisses zu erzeugen, besteht und diese Verschiedenheit erblich ist, eine Neigung zur Ausgleichung aber nicht störend dazwischentritt, dann beide Eltern den gleichen Einfluß auf das Geschlecht des Kindes haben müssen. Wäre es nicht so, so würde bei den aufeinander folgenden Generationen der Anteil desjenigen Geschlechts fortwährend steigen, welches die größere Fähigkeit besitzt, das Geschlecht der Nachkommen zu beeinflussen. Dieser Satz, den der Verfasser die Theorie der bilateralen Geschlechtsvererbung nennt, dürfte gegen die bisherige Auffassung der Erscheinungen der Geschlechtsvererbung seitens mancher Biologen sprechen.

Endlich gelangt der Verfasser in einer synthetischen Untersuchung der Art der Entstehung des Geschlechts der Neugeborenen zu einer in vielen Beziehungen neuen Theorie, deren naturwissenschaftlicher Begründung das letzte Kapitel gewidmet ist.

In einem später erscheinenden Bande sollen die Veränderungen statistisch näher dargelegt werden, die das Geschlechtsverhältnis durch Jahreszeit, Klima, Höhenlage, Beruf und Alter der Eltern, die Reihenfolge der Geburten usw. erfährt.

C. Gini.

Vermischte Mitteilungen.

Die Verwertung statistischen Materials. Beim Lesen der zutreffenden Ausführungen Dr. Schotts über das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markte der statistischen Literatur[1]) hat wohl nicht nur der Statistiker, sondern auch der Volkswirt, der Politiker und mancher andere seufzend nach seinen Bücherschränken geblickt, in denen so viel wertvolles statistisches Material aufgestapelt ist, das ruhen und veralten muß, weil der Besitzer, durch Berufsgeschäfte, parlamentarische oder literarische Pflichten in Anspruch genommen, nicht die Zeit findet, sich in die Zahlenwerke zu vertiefen. Nicht Mangel an Bedarf scheint mir die Ursache des von Herrn Dr. Schott beklagten Mißstandes zu sein, sondern mehr noch Mangel an Zeit. Viele Leute, die gern statistische Bücher studierten und verwerteten, müssen davon Abstand nehmen aus Mangel an Zeit; viele andere aus Mangel an Verständnis, an Gewandtheit im Verkehre mit Tabellen. Denn wer an dem Urstoff, an den Zahlenreihen Freude haben, aus ihnen sich bereichern will, der muß durch Übung damit vertraut sein und muß mit ruhiger Muße sich hineinversenken können. Die Hast unserer Zeit trägt viel mit Schuld daran, daß aus so mancher wertvollen statistischen Arbeit wohl einige Zahlen aufgegriffen und zu agitatorischen oder anderen unwissenschaftlichen Zwecken verwertet werden, daß aber niemand kommt, der den wissenschaftlichen und damit auch kulturellen Gewinn aus dem Materiale zieht. Ist die statistische Wissenschaft selbst ganz unschuldig an diesem Zustande?

Als in den Kämpfen um Zolltarif und Handelsverträge die Flut der Statistik und ihrer schlagwortartigen Verwertung besonders hoch ging, da sagte mir ein sehr kluger österreichischer Beamter ein Urteil, das ich nicht vergessen konnte: Sie haben in Deutschland vortreffliches statistisches Material, aber niemanden, der es ausnutzt. Es wird als Rohstoff weitergeschleppt und bleibt zum großen Teil wertlos. — Und wenn ich an dieses Wort denke, fällt mir stets ein anderes Urteil ein, das Prof. Sombart in seinem Buche über die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert gefällt hat:

„Die Ziffern der Handelsstatistik sind die beliebtesten Renommierstücke aller fortgeschrittenen Nationalökonomen. Leider sind Geist und Witz, mit denen die Zahlen erörtert werden, nicht immer im gleichen Verhältnis gewachsen wie Einfuhr und Ausfuhr. Ja, wenn ich den alten Krug oder den Dieterici oder den Viebahn oder den Reden oder den Bienengräber zur Hand nehme, kommt es mir sogar manchmal vor, als seien die Leute in volkswirtschaftlichen Dingen um so gescheiter gewesen, je weiter ihre Schriften zurückliegen. Kommt es mir vor, als hätten die Alten die viel kleineren Ziffern wissenschaftlich analysiert, während sie die Jüngeren nur politisch paraphrasieren. Damals herrschte der Mensch — ob Statistiker oder Theoretiker — über die Ziffern, heute wird er von ihnen beherrscht. Damals ging man liebevoll auf den Qualitätswert der einzelnen Zahl ein, heute steht man wie erstarrt unter dem Eindruck der Quantitäten einer mächtig anschwellenden Bewegung."

Mit diesen zwei Urteilen scheint mir die wichtigste Ursache des Übels getroffen zu sein. Es ist an sich keine Überproduktion von Statistik vorhanden, sondern was fehlt, ist die Verarbeitung für den Bedarf der Masse. Wir haben vorzügliches Urmaterial, das in reichster Menge fließt. Aber es kommt größtenteils auch als Urmaterial auf den literarischen Markt und bleibt dort naturgemäß liegen, weil es nur wenige Leute gibt, die genügend Zeit und Vorbildung besitzen, um auf diesem Zahlenacker Freuden zu pflücken. Andrerseits ist ein großes Verlangen der breiten Volksmassen nach positivem Wissen, nach Zahlen vorhanden. Aber es bleibt größtenteils auf die Quellenwerke angewiesen, die der Masse unzugänglich, ungenießbar sind. Die Folge ist der jetzige Zustand, daß aus den fleißigen und wertvollen Untersuchungen der Statistiker in der Regel von Journalisten ein paar Resultate herausgerissen, unter das Volk geworfen werden, daß aber die Untersuchung selbst unverwertet bleibt und die Statistik allmählich in Mißkredit kommt.

Das Notwendigste scheint mir daher zu sein eine bessere Vermittelung zwischen dem „Zahlensammler" und dem breiten Publikum, eine gründliche, sachgemäße, anschauliche Verarbeitung der Zahlen zu einer Darstellung. Man könnte also fast sagen: Es gibt zu wenig Statistik in Deutschland. Das heißt, es gibt zu wenig Leute, die mit der nötigen Fachbildung und stilistischen Gewandtheit daran gehen, die Ergebnisse statistischer Forschungen zusammenzufassen und lesbar darzustellen. Man prüfe doch einmal, wieviele volkstümliche, angenehm geschriebene, für den Laien lesbare Darstellungen statistischer Arbeit es gibt!

In erster Linie muß man wohl den Zeitschriften den Vorwurf machen, daß sie auf dem Gebiete einer Verarbeitung, Darstellung und Popularisierung statistischen Urmateriales nicht ihrer Aufgabe gerecht geworden sind. Auch die Statistischen Ämter selbst könnten viel mehr als bisher dazu tun, nicht nur Quellenwerke herauszugeben, sondern auch das Publikum mit den Ergebnissen bekannt zu machen — obgleich ich gern anerkenne, daß in den letzten Jahren eine Reihe guter Darstellungen aus Statistischen Ämtern (namentlich der Städte) hervor-

1) Deutsches Statistisches Zentralblatt, Jahrg. 1909, Nr. 3.



gegangen ist[1]). Vor allem müßten auch die Universitätsseminare der Sache mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Statistik ist fast überall ein Stiefkind und soweit die Doktoranden Zahlenreihen in ihren Dissertationen zeigen, geschieht es mehr, um ihrer Arbeit den Anstrich der Gelehrsamkeit zu geben, als um den Zahlen Leben einzuhauchen.

Ich möchte den Klageruf von Dr. Schott zum Anlaß nehmen, um dringend eine stärkere Verarbeitung der Statistik zu empfehlen. Wenn ein Dutzend tüchtige Schriftsteller einmal ein paar Lebensjahre daran wendeten, die Fülle der Zählungen zu durchforschen, ihre Ergebnisse in leicht verständlichen, packend geschriebenen, anschaulichen, kleinen Büchern oder Zeitschriftenaufsätzen dem Publikum darzubieten — ich glaube, ein Teil der Klagen über nutzlose statistische Arbeit würde verstummen. Wenn ein Teil unserer Statistiker nicht sich aufs Sammeln und Zählen beschränken, sondern auch das Aufbauen und Darstellen stärker betreiben wollte, so wäre es ein weiterer Fortschritt.

Zahlen an sich sind tote Dinge. Rein zahlenmäßige Darstellungen sind trocken und für den Durchschnittsleser meist langweilig. Der **Gedanke**, der aus den Zahlen entwickelt wird, oder zu dessen Begründung und Beweis die Zahlen bescheiden als Anmerkung aufmarschieren, er allein macht das Buch interessant und wertvoll, macht die Zahlen genießbar. Die Statistik leidet vielleicht darunter, daß sie sich etwas stark in den Vordergrund gedrängt hat, als ob sie um ihrer selbst willen da wäre. Die Zahlen an sich sind wertlos und tot. Der Geist ist's, der lebendig macht. Wenn die Statistiker selbst diesen Geist mehr pflegen wollten, würde ihre Arbeit mehr Beachtung und Verwertung finden.

Dr. Heinz Potthoff, Mitgl. d. Reichstags.

1) Im ganzen wird heute von den Statistischen Ämtern, nicht nur der Städte, doch wohl an textlichen Erläuterungen ganz Erhebliches geleistet. Aber dem amtlichen Statistiker sind in der Ausnutzung der Quellen enge Grenzen gezogen. Er darf nur ganz gesicherte Ergebnisse als solche verkünden und muß bloße Vermutungen und noch so geistreiche Kombinationen unterdrücken, weil jedes seiner Worte als amtlich abgestempelte Wahrheit gilt. Er wird also stets da, wo er aufhört, dem freien Gelehrten zurufen müssen: hic Rhodus, hic salta! *Red.*

Titelanzeigen.

Die folgende Zusammenstellung bildet den Anfang der im Einführungsartikel (Jahrgang 1, Nr. 1) in Aussicht genommenen Ergänzung der „Besprechungen" durch **Titelanzeigen**. Diese sollen in möglichster Vollständigkeit einen Überblick einerseits über die amtlichen statistischen Quellenveröffentlichungen, anderseits über diejenige sonstige Literatur bieten, die die amtliche Statistik durch die Art ihrer Ausnutzung materiell bereichert, also nicht bloß die Zahlen umschreibt und erläutert, oder die selbständig erhobene Statistik von weniger fachlicher als allgemeiner Bedeutung enthält. Vorläufig müssen auch die „Anzeigen", wie die „Besprechungen", sich auf die Erscheinungen in deutscher Sprache beschränken.

1. Medizinalstatistische Literatur der Jahre 1908 und 1909.

Von Sanitätsrat Dr. **F. Prinzing** in Ulm.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl die betreffende Spalte des 1. Jahrgangs 1909 an.

Abkürzungen: ZSozM = Zeitschrift für soziale Medizin (Leipzig, Verlag von F. C. W. Vogel). — MMKGesA = Medizinalstatistische Mitteilungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt (Berlin, Verlag von J. Springer). — DMilÄZ = Deutsche Militärärztliche Zeitschrift (Berlin, Verlag von Mittler u. S.). — ArchRGB = Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie (Leipzig, Verlag von B. G. Teubner). — PrStLAZ = Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes. — BayStLAZ = Zeitschr. des Kgl. Bayrischen Statist. Landesamtes.

Ascher, Entwicklungstendenzen in d. Hygiene Preußens. ZSozM Bd. 3. S. 144—159.

Biesalski, K. Umfang u. Art d. jugendlichen Krüppeltums u. d. Krüppelfürsorge in Deutschland. Nach d. amtlichen Zählung. Hamburg u. Leipzig, Leopold Voß, 1909. 186 u. 316 S.

Bille-Top, H., Statistische Untersuchungen über d. Morbilität verheirateter u. unverheirateter, wie auch nicht gelernter u. gelernter männlicher Arbeiter. Zentralbl. f. allg. Gesundheitspfl. Bd. 27. S. 326—342.

Bluhm, Agnes, D. Stillungsnot, ihre Ursachen u. d. Vorschläge zu ihrer Bekämpfung. ZSozM Bd. 3. H. 1—4.

Bogner, F., Krankheits- u. Sterblichkeitsverhältnisse bei d. Porzellanarbeitern in Deutschland; siehe oben Sp. 13.

Breger u. Rimpau, D. Pocken in Metz u. Umgegend i. Jahre 1906—07. MMKGesA. Bd. 11. S. 223—244.

Burckhardt, A., Demographie u. Epidemiologie d. Stadt Basel während d. letzten drei Jahrhunderte 1601—1900. Leipzig, Carl Beck, 111 S.

Daae, H., Über d. Zunahme d. Körpergröße d. militärpflichtigen Jugend in Norwegen DMilÄZ Bd. 37. S. 721.

Denneke u. Thorn, Ergebnisse d. Stillstatistik im Regierungsbezirk Magdeburg für d. Jahre 1905 u. 1906. Ergebnisse d. Säuglingsfürsorge H. 4. Leipzig u. Wien, Franz Deuticke. 56 S.

(149) Dollinger, J., Statistik d. Krebskranken in d. Ländern der ungarischen h. Krone.

Engelmann, D. Ergebnisse d. fortlaufenden Statistik d. Taubstummen während d. Jahre 1902—1905. MMKGesA Bd. 12. H. 1. 25 u. 241 S.

Engelmann, D. Heilanstalten d. Deutschen Reichs nach d. Erhebungen d. Jahre 1902, 1903 u. 1904. MMKGesA Bd. 13. H. 1.

Fränkel, B., D. Abnahme d. Tuberkulosesterblichkeit u. ihre Ursachen. Berl. klin. Wochenschr. Bd. 45 Nr. 12.

Graßl, D. Mehrlingsgeburten, insbesondere in Bayern. Friedrichs Blätter f. gerichtl. Med. S. 280—288.

Groth, A., Amtsarzt u. Säuglingssterblichkeit. Münch. med. Woch., 55. Jahrg., Nr. 2.

Grotjahn, A., Krankenhauswesen u. Heilstättenbewegung im Lichte d. sozialen Hygiene. Leipzig, F. C. W. Vogel. 406 S.

Guttstadt, A., D. Unterlagen d. Todesursachenstatistik. PrStLAZ Bd. 48. S. 63—67.

Guttstadt, A., D. Taubstummen u. Blinden in Preußen. PrStLAZ Bd. 48. 54 S.

Hamburger, C., Über d. Zusammenhang zwischen Konzeptionsziffer u. Kindersterblichkeit in (großstädtischen) Arbeiterkreisen. ZSozM Bd. 3. S. 121—143.

Hamel, Die Ausbreitung d. Lupus im Deutschen Reich. MMKGesN Bd. 13. H. 1.

Hamel u. Peters, Deutsche Heilstätten für Lungenkranke. Geschichtliche u. statistische Mittheilungen IV. Tuberkulose-Arbeiten aus d. Kais. Ges.-Amt. H. 8. 464 S.

Knöpfel, W., Über d. Ursachen d. hohen Säuglingssterblichkeit in d. Gemeinden Lampertheim, Lorsch, Bürstadt u. Biblis 1891—1900. Mitt. d. Großh. hess. Zentralstelle für Landesstatistik. 1908, S. 49—62.

Kolb, K., D. Lokalisation d. Krebses i. d. Organen i. Bayern u. and. Ländern. Ztschr. f. Krebsforschung. Bd. 8. H. 2.

Kolb, K., Bösartige Neubildungen (Krebs) nach ihrer Verteilung auf d. einzelnen Organe des Körpers, dargestellt f. Bayern u. f. d. Jahre 1905—07. BayStLAZ 1909, 1.

v. Lindheim, A., Saluti juventutis D. Zusammenhang körperlicher u. geistiger Entwicklung in d. ersten 20 Lebensjahren des Menschen. Eine sozialstatistische Untersuchung. Leipzig u. Wien, F. Deuticke. 564 S.

v. Lindheim, A., Saluti senectutis. D. Bedeutung der menschlichen Lebensdauer im modernen Staate. Leipzig u. Wien, Franz Deuticke. 501 S.

Mayet, P., Berufs-Morbidität u. Mortalität. Ber. über d. 14. internat. Kongr. f. Hyg. u. Demogr. Berlin. Bd. 3. S. 1257—1284.

Neumann, H., Einfluß d. Ernährungsweise auf d. Säuglingssterblichkeit. ZSozM Bd. 3. 196—234.
(11) Pikler, J., D. Sterblichkeit d. Stadt Budapest i. J. 1906.
Plötz, A., Lebensdauer d. Eltern u. Kindersterblichkeit. ArchRGB Bd. 6. S. 33.
Prinzing, F., D. Entwicklung d. Kindersterblichkeit in Stadt u. Land. ZSozM Bd. 3. S. 99—120.
Prinzing, F., D. Häufigkeit d. eineiigen Zwillinge nach d. Alter d. Mutter u. nach d. Geburtenfolge. Ztschr. f. Geb. u. Gyn. Bd. 61. S. 296—308.
Prinzing, F., D. Zahl d. Hebammen in d. europäischen Staaten. Soz. Med. u. Hyg. Bd. 3. 17 S.
Rahts, Ergebnisse d. Todesursachenstatistik. D. Sterbefälle im Deutschen Reich während d. J. 1905. MMKGesA Bd. 11. H. 2.—. Ebenda für 1906. Bd. 12. H. 2.
(101) Roesle, E., D. natürliche Bewegung d. Bevölkerung in d. europäischen Staaten i. d. 1. Jahrfünft dieses Jahrh.
Rosenfeld, L., D. bayrische Krüppelzählung vom 10. I. 1907. BayStLAZ H. 1.
Schwiening, H., Internationale Militärsanitätsstatistik. DMilÄZ Bd. 37. S. 58.
Schwiening, H., Über d. Zunahme d. Körpergröße d. militärpflichtigen Jugend in einigen europäischen Staaten. DMilÄZ Bd. 37. S. 409—423.
Schwiening, H., Beiträge zur Rekrutierungsstatistik. Klin. Jahrb. Bd. 18. 20 S. u. 7 Karten.
Schwiening, H., Über d. Körperbeschaffenheit d. zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigten Wehrpflichtigen Deutschlands. Auf Grund amtlichen Materials unter Mitwirkung von Dr. Nicolai bearbeitet. Veröff. aus d. Gebiet d. Mil.-San.-Wesens H. 40. Berlin 1909, August Hirschwald. 191 S. 7 Karten.
Taußig, A., D. Verbreitung d. Tuberkulose in Böhmen. Prag. med. Woch. Bd. 33. Nr. 3—5.
Weinberg, W., D. Anlage zur Mehrlingsgeburt beim Menschen u. ihre Vererbung. ArchRGB Bd. 6. H. 3—5.
Werner, R., Statistische Untersuchungen über d. Vorkommen d. Krebses in Baden u. ihre Ergebnisse für d. ätiologische Forschung. Tübingen 1909, H. Laupp.

Bericht d. Medizinalrates über d. medizinische Statistik d. Hamburg. Staates für d. Jahr 1907. Dasselbe für 1908.
Generalbericht über d. Sanitätsverwaltung im Kgr. Bayern für 1905 u. 1906. 36. Bd. München 1909.
Gesundheitswesen d. Preußischen Staates im Jahr 1906. 510 u. 48 S. — Desgl. im Jahr 1907. 467 u. 48 S.
Jahresbericht d. K. Landesmedizinalkollegiums über d. Medizinalwesen im Kgr. Sachsen für 1906. — Desgl. für 1907. 38. u. 39. Jahrg.
Medizinalbericht von Württemberg für 1906. — Derselbe für 1907.
Medizinalberichte über die Deutschen Schutzgebiete für d. Jahr 1906—07. Herausgegeben vom Reichskolonialamt. 324 S. — Dasselbe für 1907—08. 528 S.
Medizinisch-statistischer Jahresbericht über d. Stadt Stuttgart im Jahr 1907. Desgl. im Jahr 1908. 35. u. 36. Jahrg. Herausgegeben vom Stuttgarter ärztlichen Verein. Red. von Prof. Dr. Gastpar.
Medizinalstatistische Nachrichten (Preußen): siehe Verzeichnis neuer Veröffentl. i. d. nächsten Nummer.
Sanitätsbericht über d. K. Preußische Armee, d. XII. u. XIX. (K. Sächsische) u. XIII. (K. Württembergische) Armeekorps für 1. Oktober 1905 bis 30. September 1906. Bearbeitet von d. Med. Abt. d. K. Preuß. Kriegsministeriums. — Derselbe für 1906—07.
Sanitätsbericht über d. Kais. Deutsche Marine 1905 bis 1906. — Derselbe für 1906—07.
Sanitätsstatistischer Bericht d. k. u. k. Heeres f. d. Jahr 1906. Bearbeitet u. herausgegeben v. der III. Sektion d. k. u. k. techn. Militärkomitee.
(148) Statistik d. Sanitätswesens i. d. i. Reichsrate vertretenen Königr. u. Ländern f. d. J. 1905. Österr. Stat. Bd. 82. H. 1.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 2 — 2. Jahrgang — 15. Februar 1910

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. Friedrich Schäfer, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen“ dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen: Preis- und Konsumstatistik, Vermögen und Einkommen, Gewerbe, Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe, Handel und Verkehr, Geld- und Kreditwesen, Arbeiter-, Versicherungs-, Kirchen- und Konfessions- und Wahlstatistik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenpflege, Polizei, Unterrichts- und Bildungswesen, Justizstatistik, Statistische Sammelwerke, sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Die Versammlungen der Vertreter der amtlichen Statistik des Reichs und der Bundesstaaten.

Vom Finanzpräsident Dr. **F. W. R. Zimmermann,** bislang Vorstand des Herzogl. Statistischen Amts zu Braunschweig.

(Schluß von Sp. 6.)

Die Versammlungen in diesem zweiten Zeitabschnitt fanden statt zu Heilbronn 1898, zu Rostock 1899, zu Jena 1900, zu Schandau 1901, zu Frankfurt a. Main 1902, zu Konstanz 1903, zu Mainz 1904, zu Lübeck 1905, zu Colmar 1906, zu Aachen 1907, zu Nürnberg 1908 und zu Blankenburg a. Harz 1909; für die Regel lagen die Versammlungen in der ersten Hälfte des Jahres, ausnahmsweise (Rostock, Frankfurt a. Main) gegen Ende desselben; aus der Aufführung zeigt sich, wie in buntem Wechsel Orte der einzelnen Bundesstaaten gewählt wurden. Gemäß der sich nunmehr vollziehenden Umgestaltung in dem inneren Charakter der Versammlungen, die jetzt nicht mehr als lediglich für einzelne bestimmte statistische Erhebungen berufen erscheinen, macht sich in diesem zweiten Zeitabschnitt eine weit größere Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit der Verhandlungsgegenstände bemerkbar. Je nach dem Umfang der einzelnen Tagesordnung war die Dauer der Versammlungen eine verschiedene; durchweg blieben allerdings die Tagungen kürzer als die der ersten Periode, denn jetzt kommen nur ausnahmsweise sechs Sitzungstage vor; nach dem Durchschnitt berechnet sich die Dauer auf etwa vier Sitzungen.

Die Festlegung der Grundsätze für die nach gewissen Zeitabschnitten wiederkehrenden großen statistischen Erhebungen für das Reich findet natürlich noch ebenso wie früher statt. So wurden auf den Versammlungen auch jetzt die allgemeinen und die besonderen Bestimmungen für die Volkszählungen von 1900 (Rostock 1899), von 1905 (Mainz 1904) und von 1910 (Blankenburg a. Harz 1909) beraten. Besondere Verhandlungen wurden zu der Volkszählung 1900 über die bei dieser gestellten Frage nach Wohnort und Arbeitsort (Schandau 1901, Frankfurt a. Main 1902) geführt, ebenmäßig zu den Volkszählungen von 1900 und von 1905 über die einzelnen auszuscheidenden Religionsbekenntnisse und deren Gruppierung (Jena 1900, Colmar 1906), des weiteren zu der Volkszählung von 1905 über die Behandlung und die Begriffsbestimmung der Anstalten (Lübeck 1905) und endlich mehr allgemein über den Begriff der aktiven Militärbevölkerung (Aachen 1907) und über die Erweiterung der Haushaltungsstatistik (Aachen 1907, Nürnberg 1908).

Weit umfassender ist die Zeit durch die Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 in Anspruch genommen; dieselbe beschäftigte die sämtlichen Versammlungen von Konstanz 1903 bis zu Blankenburg a. Harz 1909. Zunächst drehte sich die Beratung darüber, ob die Erhebung nicht schon im Jahre 1905 vorzunehmen stände, demnächst wurden alle die Einzelheiten für die Durchführung der Zählung und für die sich anschließende Verarbeitung des Materials zu der Berufsstatistik und zu der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebsstatistik verhandelt, wobei aber insofern anders wie früher verfahren wurde, als eine die Hauptstaaten in sich begreifende Kommission unter der Leitung des Reichs

die zu treffenden Maßnahmen vorberiet und so die Arbeit der Vollversammlung kürzte; schließlich fand auch wiederum ein Austausch über die bei der Zählung gemachten Erhebungen statt.

Des ferneren gehören hierher die Viehzählungen, welche im Jahre 1900 (Rostock 1899), im Jahre 1904 (Konstanz 1903, Mainz 1904) und im Jahre 1907 (Aachen 1907) vorgenommen wurden; anschließend wurde wiederholt über den Turnus der Viehzählungen und über die Frage, ob eine jährliche Vornahme der fraglichen Zählungen zu empfehlen sei, verhandelt (Jena 1900, Schandau 1901, Frankfurt a. Main 1902, Nürnberg 1908). Endlich ist noch der Ermittelung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Bodenbenutzung vom Jahre 1900, welche vom regelmäßigen Termin 1903 auf die Jahrhundertwende verlegt und in einer Versammlung (Rostock 1899) eingehend behandelt wurde, sowie der damit in einem gewissen Zusammenhang stehenden Obstbaumzählung von 1900 (Rostock 1899, Jena 1900, Frankfurt a. Main 1902) zu gedenken, deren Wiederholung dann später eventuell unter Angliederung einer Obstertragsermittelung mehrfach angeregt wurde (Nürnberg 1908, Blankenburg a. Harz 1909).

Neben diesen sich in regelmäßigen Zeitabschnitten vollziehenden Zählungen bildeten dann aber auch die ständigen Erhebungen des Reichs sowohl nach ihrer Allgemeinheit wie nach einzelnen Teilen häufiger und in umfassender Weise den Gegenstand der Verhandlung. Die Anbau- und Erntestatistik wurde zunächst einer durchgreifenden Reform (Heilbronn 1898) unterzogen, später aber auch noch im allgemeinen ergänzt (Konstanz 1903, Nürnberg 1908); speziell die Saatenstandsstatistik ist mehrfach verbessert und erweitert (Konstanz 1903, Lübeck 1905, Aachen 1907), namentlich bezüglich der Berechnung der Saatenstandsnoten (Frankfurt a. Main 1902); bezüglich der Erntestatistik hatte man sich vorwiegend und vielfach mit der Bewertung der Ernte und der dabei zur Anwendung zu bringenden Berechnungsweise zu beschäftigen (Jena 1900, Mainz 1904, Lübeck 1905, Colmar 1906, Nürnberg 1908, Blankenburg a. Harz 1909). Anschließend daran sei der zugehörigen Spezialstatistiken gedacht, der Hopfenstatistik, welche nach neuerer grundsätzlicher Regelung (Jena 1900, Schandau 1901) bislang keiner weiteren Ergänzungen bedurfte, und der Weinmosterntestatistik, welche im Gegensatz dazu die Versammlungen ganz besonders häufig beschäftigte (Schandau 1901, Konstanz 1902, Lübeck 1905, Colmar 1906, Aachen 1907, Nürnberg 1908); über den Übergang der letzteren in eine Statistik auf Grund des Weingesetzes vom 7. April 1909 und die Grundsätze für eine solche Statistik wurde gleicherweise eine Norm aufgestellt (Blankenburg a. Harz 1909).

Die ständigen Festlegungen zur Verfolgung der Bewegung der Bevölkerung werden ebenmäßig mehrfach in Einzelheiten berührt und zwar in einer Erweiterung der Jahresübersichten über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle (Jena 1900), durch grundsätzliche Regelung der Behandlung der jährlichen Nachträge zu den Gestorbenen des Vorjahres sowie durch Änderung der Lieferungstermine der Tabellen (Aachen 1907) und durch Aufstellung bestimmter Grundsätze für die Fortschreibung (Nürnberg 1908, Blankenburg a. Harz 1909). Mehr nur kurz gestreift wurde die Dampfkesselstatistik (Jena 1900, Schandau 1901), während die Binnenschiffahrtsstatistik eine eingehendere Behandlung fand (Mainz 1904, Nürnberg 1908), speziell auch bezüglich der Bestandsaufnahme der Binnenschiffe (Aachen 1907). Als neu hinzugekommen und dementsprechend grundsätzlich festgelegt dürfte endlich noch die Statistik der Schlachtvieh- und Fleischbeschau hervorzuheben sein (Lübeck 1905).

An nächster Stelle wären aus den Verhandlungsgegenständen unserer Versammlungen gewisse Anregungen zu einer Wiederholung früherer Erhebungen oder einer Erweiterung der Reichsstatistik bezüglich neuer Gegenstände anzuführen, über welche man gleicherweise mehr oder weniger ausgiebig sich beriet, wenn auch ein praktisches Ergebnis nicht sofort zu erzielen stand.

So wurde in Vorschlag gebracht und verhandelt, ob nicht die Statistik der öffentlichen Armenpflege, welche im Reich für das Jahr 1885, wenn auch ohne einen voll befriedigenden Erfolg durchgeführt war, zu wiederholen sei (Nürnberg 1908). Wiederholt erörterte man die Frage, ob und in welcher Weise eine Obsterntestatistik für das Reich sich verwirklichen lasse (Lübeck 1905, Colmar 1906, Blankenburg a. Harz 1909). Anläßlich einer bei der Beratung der Berufs- und Betriebszählung 1907 gegebenen Anregung des Reichstags erörterte man näher, wie sich eine Statistik der Grundeigentumsverteilung der land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodenfläche für das Reich am zweckmäßigsten und erfolgreich ermöglichen werde (Nürnberg 1908), eine Frage, welche wegen der entgegenstehenden größeren tatsächlichen Schwierigkeiten erst weiterer Vorbereitungen, für welche ein besonderer Ausschuß eingesetzt wurde, bedurfte (Nürnberg 1908).

Ferner setzte man sich über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer Viehversicherungsstatistik, zu welcher die Anregung vom Deutschen Landwirtschaftsrat gegeben worden war, näher auseinander (Schandau 1901), allerdings ohne daß ein greifbarer Erfolg erzielt worden wäre. Ebenmäßig auf einem Antrag des Deutschen Landwirtschaftsrates beruhten gewisse erste Versuche behufs Herbeiführung einer einheitlichen Hypotheken-, Besitzwechsel-, Bodenwerts- und Grundeigentums-Statistik (Konstanz 1903), bezüglich deren aber lediglich durch eine Umfrage bei den einzelnen Zentralstellen festgestellt wurde, wie sich zurzeit kaum zu überwindende Schwierigkeiten entgegenstellten. Auch eine Statistik der Presse wurde angeregt und näher behandelt, jedoch ohne daß solches bislang zu einem praktischen Erfolge geführt hätte (Nürnberg 1908, Blankenburg 1909). In neuester Zeit (Blankenburg 1909) endlich wurde auch auf den besonderen Wert jährlicher Gewerbezählungen als Ergänzung der großen gewerblichen Betriebszählungen hingewiesen, aber ohne daß der Sache zunächst eine weitere praktische Folge gegeben wäre.

Die weitere Kategorie von Verhandlungsgegenständen, welche wir nunmehr zu behandeln haben,

ist von ganz besonderer Bedeutung, nicht etwa nur weil hier durchweg der tatsächliche Nutzen gleich unmittelbar in die Augen springt, sondern wesentlich gerade um deswillen, weil sich in ihr der besondere Wert unserer in Frage stehenden Versammlungen in eigener Weise kennzeichnet. Es handelt sich hier um die Aufmachung einer Reihe von Spezialstatistiken für das Deutsche Reich, welche ohne irgendwelche Inanspruchnahme der für die Bundesstaaten zwingenden Faktoren des Reiches in erster Linie und im wesentlichen durch das einmütige Zusammenwirken der landesstatistischen Zentralstellen sich ermöglichen ließ.

Der praktische Verlauf war dabei durchweg der, daß seitens des Kaiserlichen Statistischen Amts der Wert einer gleichmäßigen Statistik für das gesamte Gebiet des Reiches sowie eine Zusammenfassung der bezüglichen Daten für das Reich bezüglich des betreffenden Gegenstandes näher klargelegt und der gangbare Weg für die Erreichung einer solchen gemeinsamen Statistik im allgemeinen gekennzeichnet wurde. Anschließend daran wurde auf den Versammlungen der Reichs- und Landesstatistiker der Gegenstand eingehender durchberaten und schließlich unter allseitiger Zustimmung eine Norm aufgestellt, nach welcher die einzelnen Zentralstellen dem Kaiserlichen Statistischen Amt gleichförmige Daten zu geben in der Lage und bereit sein würden. Zu der tatsächlichen Lieferung der bezüglichen Daten wurde, soweit erforderlich, die Genehmigung der Landesregierung usw. von den statistischen Zentralstellen eingeholt.

Wir glauben, daß diese gleichmäßigen Statistiken für das Gesamtgebiet des Reichs, deren Wichtigkeit und hoher Wert nicht zu verkennen ist, nicht erreicht sein würden, wenn nicht die Versammlungen der Reichs- und Landesstatistiker gewesen wären. Gerade auf den unmittelbaren persönlichen Austausch zwischen den Leitern der einzelnen statistischen Zentralstellen, wie er in unseren Versammlungen gegeben war, wird hier ein Hauptgewicht gelegt werden müssen, ein Austausch, der in seiner Regelmäßigkeit notwendig auch zu einem engeren Zusammenschluß und zu einem persönlichen Band unter den Vertretern der deutschen amtlichen Statistik führen mußte, was unten noch näher zu betonen sein wird.

Einesteils konnte es nur einem derartigen persönlichen Austausch gelingen, volle sachliche Klärung in den Gegenstand zu bringen und eine grundsätzliche Regelung zu finden, welche allerseits zu erfüllen stand. Andernteils wird aber auch die persönliche Verbindung und die dadurch gegebene Gemeinsamkeit für das Anstreben nach einem gemeinsamen Zweck in nicht geringem Maße als förderlich zu erachten sein. Denn es ist hierbei nicht außer acht zu lassen, daß jenes Eintreten für das große Ganze den bundesstaatlichen statistischen Zentralstellen infolge der von ihnen zu liefernden Unterlagen ein nicht unwesentliches Opfer auferlegte. Der Entschluß, dem Ganzen ein derartiges Opfer zu bringen, ist aber gewiß beträchtlich mit dadurch gefördert, daß man sich durch unsere Versammlungen schon sowieso gewöhnt hatte, sich für dieses große Ganze zu betätigen, daß auch nach der persönlichen Seite hin ein engeres Band die landesstaatlichen Zentralstellen miteinander verknüpfte. Selbstredend mußte stets hinzukommen, daß man von dem tatsächlichen Nutzen, der dadurch für das Ganze und damit indirekt auch wieder für die einzelnen gestiftet wurde, unbedingt überzeugt war.

Unter den Statistiken, welche auf diese Weise in erster Linie durch eine Vereinbarung unter den landesstatistischen Zentralstellen entstanden sind und mit ihren Ergebnissen nunmehr in den statistischen Veröffentlichungen des Deutschen Reichs, (Vierteljahrsheftezur Statistik des Deutschen Reichs, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich) erscheinen, ist an erster Stelle der Finanzstatistik zu gedenken (Schandau 1901, Frankfurt a. Main 1902, Konstanz 1903), welche etwa seit Anfang des laufenden Jahrhunderts alljährlich Einzelnachweise über die Finanzen des Reichs und der Deutschen Bundesstaaten, getrennt nach Staatsausgaben, Staatseinnahmen sowie Staatsschulden und wichtigere Bestandteile des Staatsvermögens, sowohl nach den Voranschlägen wie auch nach den Rechnungen erbringt. Demnächst gehört hierher die Volksschulstatistik (Schandau 1901), welche nach den neuen Verhandlungen (Aachen 1907, Nürnberg 1908, Blankenburg a. Harz 1909) zu einer allgemeinen Statistik des Unterrichtswesens nach und nach ausgestaltet werden soll; bezügliche Daten für die Volksschulen wurden nach dem Stand zu Anfang des Jahrhunderts zuerst im Jahre 1903 veröffentlicht. Gleichzeitig mit der vorerwähnten liegt die Statistik der Sparkassen (Schandau 1901), welche namentlich die Zahl der Einleger und den Betrag der Guthaben derselben nach dem Stande am Jahresschluß und den Veränderungen im Jahre berücksichtigt; die erste Veröffentlichung erfolgte 1903 und bezog sich auf das Jahr 1900.

Erst neueren Datums ist sodann die Statistik der Aktiengesellschaften (Aachen 1907, Nürnberg 1908), die zunächst den Bestand und danach die jährlichen Veränderungen in Betracht zieht; die erste bezügliche Veröffentlichung brachte das Jahr 1907 nach dem Stand von Ausgang des Jahres 1906. Bereits in der Durchführung begriffen ist ferner eine Statistik der Schuldverschreibungen der Städte und Landgemeinden sowie der größeren Kommunalverbände (Blankenburg a. Harz 1909), während eine Preisstatistik von Gebrauchsgegenständen zwar schon länger verhandelt wird (Aachen 1907, Nürnberg 1908, Blankenburg a. Harz 1909), aber der größeren entgegenstehenden Schwierigkeiten wegen bislang noch nicht zu einem Abschluß gebracht werden konnte. Bezüglich einer in gleicher Weise herzustellenden Statistik des Armenwesens kam es über eine Anregung (Schandau 1901) nicht hinaus, wesentlich wohl, weil nach den bestehenden Verhältnissen in den einzelnen Bundesstaaten die nötigen Unterlagen fehlten.

Zum Schluß müssen wir dann noch als letzten Gegenstand der Verhandlungen auf den Versammlungen der Reichs- und Landesstatistiker die Erörterung einzelner mehr allgemeiner Fragen, die aber doch zu der Reichs- oder Landesstatistik in einer gewissen Beziehung standen,

herausheben. So wurde außerhalb der eigentlichen Vorbereitung der letzten Berufs- und Betriebszählung über zwei Anträge eingehend verhandelt, welche der deutsche Landwirtschaftsrat zu einer demnächst vorzunehmenden Berufs- und Gewerbezählung gestellt hatte, die auf eine Spezialisierung des Viehstandes der einzelnen Betriebsgrößenklassen nach Altersklassen und auf eine weitergehende Spezialisierung der Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe hinausliefen (Frankfurt a. Main 1902, Konstanz 1903). Gemeinsam erwogen wurden ferner die besonderen Maßnahmen, welche anläßlich der im Jahre 1903 zu Berlin stattfindenden IX. Tagung des Internationalen Statistischen Instituts zu treffen seien (Frankfurt a. Main 1902). Wesentlich theoretisch wurde das Verhältnis zwischen den verschiedenen statistischen Organen im Deutschen Reich behandelt (Frankfurt a. Main 1902), woneben als unmittelbar in die Praxis einschneidend die Regelung des Verfahrens bei Berichtigung von Zahlen, die dem Kaiserlichen Statistischen Amt als endgültige seitens der statistischen Landeszentralstellen mitgeteilt werden, zu nennen ist (Frankfurt a. Main 1902). Bemerkt sei endlich noch, daß auch die Herausgabe eines berufs- und betriebsstatistischen Ortschaftsverzeichnisses — Gemeindelexikon — (Lübeck 1905), sowie die Frage einer allgemeinen deutschen Orts-(Gemeinde-)Statistik (Blankenburg a. Harz 1909) zur Verhandlung gelangte, ohne jedoch bislang einen praktischen Erfolg zu zeitigen.

Soweit wir einen allgemeinen Überblick geben wollten über alle die Aufgaben, welche die Versammlungen der Vertreter der amtlichen Statistik des Reichs und der Bundesstaaten unmittelbar zu erfüllen hatten und tatsächlich erfüllt haben, wäre damit unsere Aufgabe erschöpft. Daß es ein umfangreiches, ein vielseitiges und ein wichtiges Arbeitsfeld war, dem die Versammlungen zu dienen hatten, wird unsere Darstellung, obwohl sie sich ein weiteres Eindringen in die Einzelheiten versagen mußte, doch zur Genüge erwiesen haben. Wie aber auf den Versammlungen mit peinlichster Sorgfalt, größter Gründlichkeit und regem Eifer gearbeitet ist, dürften vollauf die Zählpapiere, Anweisungen, Tabellenaufstellungen usw. der großen Zählungen, die Ergebnisse dieser und der besonderen Statistiken dartun, welche, wenngleich sie, wie wohl in der Natur der Sache liegend, nicht alle Wünsche befriedigen konnten, im allgemeinen doch eine durchaus rühmliche Anerkennung gefunden haben. Dementsprechend wird man schon lediglich auf Grund der zu erfüllenden und erfüllten Aufgaben den Versammlungen der amtlichen Reichs- und Landesstatistiker einen hohen Wert für die Entwickelung und Fortbildung der Deutschen Statistik überhaupt beizumessen haben.

Mit dieser unmittelbar und äußerlich hervortretenden Wirksamkeit und den dadurch gegebenen Erfolgen, wie wir sie zu berühren hatten, ist aber die Bedeutung unserer Versammlungen noch keineswegs erschöpft. Wie wohl bei allen derartigen Versammlungen von selbständigen Vertretern eines Spezialfachs — auch in unserer Darlegung über das Internationale Statistische Institut und seine Tagungen hatten wir auf das gleiche hinzuweisen — neben den in Tagesordnung und Protokoll zur Erscheinung kommenden äußeren Leistungen sich noch ein weiterer, nicht zu unterschätzender Nutzen für die Teilnehmer und ihre Berufserfüllung lediglich durch das persönliche Zusammentreffen und den damit verbundenen unmittelbaren Meinungsaustausch geltend macht, so ist dieses bei den Versammlungen der Reichs- und Landesstatistiker in ganz besonders vorragender Weise der Fall.

Es handelt sich hier um eng zusammenliegende Interessen, die auf dasselbe Endziel hinauslaufen, dieses an sich schon in wesentlich gleichartiger Weise zu erfüllen streben. Das einigende Band des Deutschen Reiches kommt für die Statistischen Zentralstellen der Bundesstaaten in einem eigen hohen Maße zur Geltung. Wird doch ein nicht unbeträchtlicher Teil ihrer Gesamttätigkeit unmittelbar oder mittelbar für das Reich in Anspruch genommen. Des weiteren muß aber die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich als großem Ganzen auch bei den Sonderarbeiten, welche die Zentralstellen für die Landeszwecke auszuführen haben, auf eine gewisse Übereinstimmung und allgemeinere Gleichförmigkeit hinwirken, schon weil vielfach die Bedeutung der eigenen statistischen Ergebnisse sich in erster Linie an bezüglichen ähnlichen Daten aus anderen Bundesstaaten bemessen läßt. Für die Leiter der bundesstaatlichen statistischen Zentralstellen ist es nicht etwa nur von wesentlichem Nutzen, sondern wohl geradezu ein Bedürfnis, sich über die Art und Weise, wie in den anderen Bundesstaaten die statistischen Geschäfte sowohl für das Reich wie auch für Landeszwecke erledigt werden, im einzelnen näher zu unterrichten.

Mit dem nutzbringendsten Erfolg kommen dem aber die regelmäßigen Versammlungen der Reichs- und Landesstatistiker entgegen. Dieselben, welche in ihrer jetzigen Ausgestaltung durchweg von den sämtlichen Leitern der bundesstaatlichen statistischen Zentralstellen besucht zu werden pflegen, geben zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch über bezügliche Einzelheiten und zu einer wechselseitigen Bekanntgabe der Sonderverfahren in den Bundesstaaten die ausgiebigste Gelegenheit. Daß gerade der persönliche Austausch nach der fraglichen Richtung hin den größten Wert haben muß, braucht wohl kaum betont zu werden. Bei der im Verhältnis zu internationalen Fachversammlungen nur geringen Zahl der Teilnehmer und der größeren Gleichartigkeit in der amtlichen Stellung derselben wird aber bei der regelmäßig jährlichen Wiederkehr der Versammlungen jener persönliche Meinungsaustausch über die gleichartigen dienstlichen Interessen außerordentlich gefördert werden, zumal gleicherzeit durch das ständige Zusammenwirken gleichgesinnter Personen auch eine engere persönliche Verbindung zwischen diesen selbst sich entwickeln muß.

Daß dieses alles in seinem nie zu hoch einzuschätzenden Nutzen bei den Versammlungen der Vertreter der amtlichen Statistik des Reichs und der Bundesstaaten nicht nur in der Theorie geblieben ist, sondern sich in vollstem Maße in lebendige Praxis umgesetzt hat, wird kaum



jemand besser zu beurteilen vermögen als Schreiber dieser Zeilen, der mehr als zwanzig Jahre die Ehre hatte, jenen Versammlungen beizuwohnen und die Förderung derselben an der eigenen Person zu erfahren, dem es deshalb zu besonderer Genugtuung gereicht, bei seinem Scheiden aus dem zur Teilnahme berechtigenden Amt an dieser Stelle einen Hinweis auf den großen Wert und die hohe Bedeutung dieser Versammlungen haben geben zu können, in der Überzeugung und mit dem Wunsche, daß auch für die Folge die Versammlungen in der gleichen Weise zum Nutzen der deutschen Statistik fortbestehen und sich weiter entwickeln mögen.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Männliches und weibliches Geschlecht in Hamburg. Nach: Statistik d. Hamb. Staates, Heft XXIII.

Am Schlusse des Heftes wird die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Geschlecht erörtert. Die Stadt Hamburg hat bis 1900 bei den meisten Volkszählungen auf 100 ortsanwesende männliche Personen über 105 weibliche aufzuweisen, dann aber zeigt sich ein beträchtlicher Abfall des Frauenanteils, denn im Jahre 1905 ist die Ziffer 102,5 und bei den Personenstandsaufnahmen der folgenden Jahre noch geringer. Auf dem Landgebiet ist die Frauenziffer vom Jahre 1867 an fast ununterbrochen von 102,8 auf 91,3 im Jahre 1908 gesunken — hauptsächlich wegen der großen, auf dem Landgebiet errichteten staatlichen Anstalten und der vermehrten Garnison in Cuxhaven. Innerhalb der Stadt herrschen große Unterschiede. Der reiche Stadtteil Harvestehude weist 165,6 weibliche Personen auf, die großenteils von Arbeitern bewohnten Bezirke dagegen unter 100, St. Pauli-Süd z. B. 89,9 und die ganze innere Stadt wie auch Billwärder Ausschlag weniger als 95 Frauen gegenüber 100 Männern. In den letzten Jahrfünften ist in diesen charakteristischen örtlichen Eigentümlichkeiten keine wesentliche Verschiebung eingetreten, ebensowenig wie in den Wohlstandsverhältnissen, mit denen der Frauenanteil annähernd parallel geht. Auch die Verteilung der Geschlechter in den verschiedenen Altersklassen und nach dem Geburtsort ist dargestellt.

W. Beukemann.

Die Freiburger Bevölkerung nach Gebürtigkeit, Altersgruppen, Familienstand und Haushaltungen. Beiträge zur Statistik der Stadt Nr. 3, herausgegeben vom Städtischen Statistischen Amt. 1909. 39 S.

Die ortsanwesende Bevölkerung der Stadt Freiburg betrug nach endgültiger Feststellung der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl der am 1. Januar 1906 mit Freiburg vereinigten Gemeinde Zähringen 76 283 Seelen. Während die Bevölkerung eine Zunahme von 13 376 = 21,27 % von 1900 bis 1905 erfahren hat, haben sich die bewohnten Baulichkeiten von 4456 auf 5210 = 754 (16,92 %) vermehrt. Aktive Militärpersonen wurden 2822 (1900: 2758) gezählt, welche 3,7 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Das gewaltige Wachstum Freiburgs in den letzten 10 Jahren ist auf den wirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen, der eine große Zuwanderung von erwerbstätigen Elementen zur Folge hatte. Nicht ganz ein Drittel (31,31 %) der Bevölkerung sind geborene Freiburger, während die Fremdgebürtigen mit über zwei Dritteln (68,69 %) vertreten sind. Die letzteren verteilen sich mit 5,53 % auf die „sonst im Amtsbezirk" und mit 39,49 % auf die „sonst in Baden Geborenen", während die in Preußen Gebürtigen mit 6,49 %, die in Württemberg mit 4,92 %, die in Bayern mit 2,48, die in Elsaß-Lothringen mit 2,09, die in Hessen mit 0,77 und die in andern deutschen Bundesstaaten Gebürtigen mit 1,45 % an der Gesamtbevölkerung beteiligt sind. 72 133 (94,56 %) im Reichsinland Geborenen stehen 4150 (5,44 %) aus dem Reichsausland Zugewanderte gegenüber. Dem Geschlecht nach überragen die fremdgebürtigen männlichen die fremdgebürtigen weiblichen Personen (34,9 % gegenüber 33,8 %), während bei den geborenen Freiburgern das weibliche Geschlecht um 1392 Köpfe stärker vertreten ist, als das männliche. Gegenüber den beiden Großstädten Mannheim und Karlsruhe trägt Freiburg mit 76,3 % geborenen Badenern aber immerhin noch den ausgesprochensten Charakter einer „badischen" Stadt, da jene nur 66,5 bzw. 74,8 % Badener aufzuweisen haben. Die wichtigsten Zuwanderungsgebiete gelangen in den Tabellen II und IIa zur eingehenden Darstellung.

Ein weiterer Abschnitt behandelt die Freiburger Bevölkerung nach der Staatsangehörigkeit. Den 95,5 % Reichsangehörigen stehen 4,5 % Reichsausländer gegenüber. Unter den letzteren marschieren die Italiener weitaus an der Spitze; in absteigender Linie folgen sodann die Schweizer, Österreicher, Engländer, Russen, Nordamerikaner und Franzosen. Freiburg hat neben Konstanz die relativ meisten Reichsausländer von allen größeren badischen Städten aufzuweisen.

Die beiden folgenden Kapitel handeln von der Altersgruppierung, Geschlecht und Familienstand, sowie der Größe und Gliederung der Haushaltungen. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung (63,8 %) sind Ledige und etwas über ein Drittel (36,0 %) Verheiratete und Verwitwete. Von den 15 316 Haushaltungen entfallen 14 160 (92,4 %) auf Familienhaushaltungen, 990 (6,5 %) auf Einzelhaushalte und 166 (1,1 %) auf Anstalten und Gasthäuser. Im Vergleich zu den im Jahre 1905 ermittelten 41 deutschen Großstädten hat Freiburg etwas mehr (0,2 %) Familien- und (0,7 %) Anstaltshaushaltungen, aber bedeutend weniger (0,9 %) Einzelhaushaltungen als die deutschen Großstädte in ihrer Gesamtheit aufzuweisen. In Freiburg kommen auf jede Familienhaushaltung im Durchschnitt 4,7 Haushaltungsmitglieder und 1 bis 2 (genau 1,73) Kinder. Über drei Viertel der Haushaltungsmitglieder (77,9 %) sind Familienangehörige

im engeren Sinne und 22,1 % sind Familienfremde. Unter den letzteren sind die Zimmermieter mit 6,9 % und die Dienstboten mit 7,1 % am stärksten vertreten; sie machen zusammen über die Hälfte aller nicht zur Familie im engeren Sinne gehörigen Personen aus. Die Schlafgänger nehmen mit 3,8 und die Gewerbegehilfen mit 2,2 % eine mittlere Stellung ein.

In einem Anhang werden noch die mit Badezimmer oder Badgelegenheit versehenen Wohnungen nach Personen- und Zimmerzahl aufgeführt. Es waren nach der Wohnungserhebung vom 1. Dezember 1905 in Freiburg 2963 oder 19,33 % solcher Wohnungen vorhanden, wobei die 232 Anstalten, Hotels, Gasthäuser und Pensionen usw. nicht mitgezählt sind. Die mit Badgelegenheit ausgestatteten Privatwohnungen umfassen rund ein Fünftel des Wohnungsbestandes Freiburgs überhaupt.

Eine Übersicht über die bebauten Grundstücke nach dem Eigentumsverhältnis und dem Beruf der Eigentümer bildet den Schluß der Arbeit. *J. Ehrler.*

II. Bewegung der Bevölkerung.

Sterblichkeit im Deutschen Reich 1906. Nach Medizinalstatist. Mitt. a. d. Kaiserl. Gesundheitsamte Bd. XII. (s. auch Sp. 46).

Von den 1 122 048 im Jahre 1906 Gestorbenen der Reichsbevölkerung waren in unbekanntem Alter 303 Personen aus dem Leben geschieden, von je 1000 der übrigen hatten 281 die Altersgrenze von 60 Jahren überschritten und 470 waren schon vor Ablauf des 15. Lebensjahres gestorben. Bemerkenswert ist, daß von je 10 000 Gestorbenen weiblichen Geschlechts nicht weniger als 3077, von je 10 000 Gestorbenen männlichen Geschlechts nur 2557 ein Lebensalter von mindestens 60 Jahren erreicht hatten, auch wird auf die im Vergleich mit anderen Ländern günstige Tatsache hingewiesen, daß von allen Bewohnern des Reiches, welche das 15. Lebensjahr überschritten haben, mehr als die Hälfte (53 %) beim Tode mindestens 60 Jahre, und fast der dritte Teil (31,7 %) beim Tode mindestens 70 Jahre alt gewesen ist.

Im Vergleich zum Vorjahre hat die Zahl der Sterbefälle in allen vier Hauptaltersklassen (0—1, 1—15, 15—60, 60 u. mehr Jahre) erheblich abgenommen, bei Kindern des ersten Lebensjahres sogar um 33 318, d. i. um 8,18 % der vorjährigen Zahl. Letzteres ist in erster Linie mutmaßlich den von weiten Kreisen der Reichsbevölkerung neuerdings eifrig aufgenommenen Bemühungen zur Minderung der Säuglingssterblichkeit zu verdanken, in zweiter Linie wahrscheinlich auch den, wie gezeigt wird, günstigeren Witterungsverhältnissen des Jahres 1906 während der den Säuglingen besonders gefährlichen Monate Juni bis August. Diese erhebliche Abnahme der Sterbefälle unter Kindern des 1. Lebensjahres ist um so mehr zu beachten, als die Zahl der Lebendgeborenen von 1905 zu 1906 beträchtlich zugenommen hat.

Der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle war während des Jahres 1906 um 14,6 % höher als während des Vorjahres 1905.

Die Vergleiche zwischen der Stadt- und Landbevölkerung des Reiches oder vielmehr zwischen Großstädten, Mittelstädten und kleineren Gemeinden zeigen u. a., daß die auf je 1000 Lebendgeborene errechnete Säuglingssterblichkeit am geringsten in den Großstädten, etwas höher unter der Landbevölkerung, weitaus am höchsten in den Mittelstädten war, und daß im mittleren Lebensalter von 15—60 Jahren die Sterbensgefahr am geringsten in den kleinen Gemeinden bzw. auf dem Lande, am höchsten in den Mittelstädten war. *C. Rahts.*

Die Säuglingssterblichkeit im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Von H. Brüning. J. F. Bergmann, Wiesbaden, 1909. 154 S., 15 Textafeln.

Da bisher eine zusammenfassende Arbeit über die Sterblichkeitsverhältnisse der Säuglinge in Mecklenburg nicht vorlag, hat der Verfasser an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials, welches ihm vom Großh. Statistischen Amt in Schwerin zum Studium überlassen wurde, versucht für den 30jährigen Zeitraum von 1876 bis 1905 den einschlägigen Fragen nachzugehen. Er bringt unter Anfügung einer größeren Reihe von Kurventafeln und mehrerer Karten des Großherzogtums zunächst eine detaillierte Besprechung der Mortalitätsverhältnisse der Säuglinge innerhalb der 12 Aushebungsbezirke und zwar getrennt für „Stadt" und „Land", und findet, daß in den Stadtgemeinden die Sterblichkeit der unter 1 Jahr alten Kinder gesunken ist, während sie in den Landgemeinden steigende Tendenz erkennen läßt, so daß auch für das gesamte Großherzogtum ein Anwachsen von 16 auf 17 % der Lebendgeburten zu verzeichnen ist. Das Ansteigen der Säuglingsmortalität auf dem flachen Lande ist durch Zunahme der Sterblichkeit ehelich und unehelich geborener Kinder bedingt, das Absinken der Gesamtsäuglingssterblichkeit in der Stadt durch Abnahme der Mortalität illegitimer Kinder verursacht. Br. geht dann auf die Beziehungen der Säuglingsmortalität zu einigen anderen Faktoren ein (Geburtenüberschuß, Eheschließungen, Gesamtsterblichkeit usw.), schildert die wechselnden Verhältnisse je nach den politischen Landesteilen (Domanium, Ritterschaft und Klöster) sowie nach der Größe der Städte und Ortschaften und vergleicht schließlich die für Mecklenburg gefundenen Ziffern mit denen anderer Länder. Über die Ursachen der wachsenden Sterblichkeit der Säuglinge im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin äußert sich der Verfasser wegen Mangels zuverlässiger Zahlenunterlagen mit Reserve, vertritt aber den Standpunkt, daß u. a. Mangel an Erfahrung in Fragen der Ernährung und Pflege kleiner Kinder, unhygienische Wohnungsverhältnisse, ungenügende Beaufsichtigung der sogenannten „Kostkinder", mangelhafte Milchversorgung zur Flaschenfütterung ursächliche Bedeutung haben. Als Mittel zur Herabminderung der zunehmenden Säuglingsmortalität empfiehlt Br. außer Belehrung und Aufklärung aller Bevölkerungsschichten über die Hygiene des frühen Kindesalters die Beschaffung guter Säuglingsmilch, die Einrichtung von Milchküchen und Säuglingsfürsorgestellen, eine nach modernen Prinzipien durchzuführende Kostkinderüberwachung, Be-

schaffung geeigneter Anstalten für kranke Säuglinge und endlich Berücksichtigung aller derjenigen Faktoren, welche überhaupt dazu angetan sind, die Lebens- und Existenzbedingungen zu heben (Wohnungsfrage, Kanalisation, Wasserleitung u. dergl.). *H. Brüning.*

Österreichische Ehelösungsstatistik 1907. Nach: Streiflichter aus dem Bereiche der letzten 25 Jahre österreichischer Ehelösungsstatistik. Statistische Monatsschrift. 14. Jahrg. 8. Heft.

In obiger Arbeit hat der unterzeichnete Verfasser den Versuch unternommen, für das fortwährende Anwachsen der Scheidungsintensität in Österreich sowie die bei diesem Zuwachse hervortretenden Fluktuationen Normen aufzustellen und den Zusammenhang der genannten Erscheinungen mit volkswirtschaftlichen sowie soziologischen Momenten bloßzulegen. Zu diesem Zwecke wurden nebst detaillierten rückblickenden Studien auch eine minutiöse Untersuchung des für das Berichtsjahr 1907 zur Verfügung stehenden Materials eingeleitet. Hierbei gelangten zahlreiche in den auf Grund des Justizministerialerlasses vom 22. Juli 1881 Z. 10 (J. M. V. Bl. Nr. 21) angeführten statistischen Zählkarten enthaltene, früher unbearbeitet gebliebene Momente zur Auszählung.

Die Gesamtergebnisse stellen sich in Kürze in folgender Weise dar: die Zahl der in Österreich im Berichtsjahre einverständlich geschiedenen Ehen betrug 1479. Werden hierzu die 556 prozessuell geschiedenen Ehen sowie die 327 Ungültigkeitserklärungen hinzugerechnet, so ergibt sich die Zahl von insgesamt 2362 Ehelösungen, von denen 718 auf die Reichshauptstadt entfallen. Insbesondere sind es die dem Schluß der Arbeit beigefügten Spezialtabellen, die über die Struktur dieser Ehelösungen vielseitige Aufschlüsse erteilen. So bringt beispielsweise die Tabelle I die ländergruppenweise Darstellung der Ehescheidungen nach Dauer der Ehe und den fünf in der österreichischen Betriebszählung üblichen Hauptberufsklassen. Nach Summierung der beiden Tafeln A I ergibt sich hierbei für die Gesamtzahl aller Ehescheidungen folgender Tatbestand. Den höchsten Anteil an den Ehescheidungen nehmen die Ehen der Handels- und Gewerbeunternehmer (27,6 %), Arbeiter (26,0) und der Intelligenz (24,2) in Anspruch, während die sonstigen Berufe mit (13,4) und Landwirte mit nur 8,8 % zurückbleiben. Von den geschiedenen Ehen dauerten insgesamt 9,5 % bis zu 1, 29,5 % bis zu 5, 26,1 bis zu 10, 25,6 % bis zu 20 und 9,3 % über 20 Jahre. Die im ersten Ehejahre auftauchende überaus hohe Scheidungsintensität ist bei allen Gruppen vorhanden, um mit der Dauer der Ehe, wie dies ja begreiflich, allmählich nachzulassen. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden nur die Arbeiterehen, die bei einer Ehedauer von 20 Jahren ein sekundäres Scheidungsmaximum (30,06) aufweisen und deren Scheidungsintensität auch nach dieser Dauer noch $2\frac{1}{2}$ mal so hoch ist wie die des Landwirtschaftstandes. Diesen Erscheinungen entspricht auch der hohe Anteil der Arbeiterehen an den zwischen 10—20 Jahren aufgelösten Ehen der mit 30,4% den Anteil der Arbeiterscheidungen an der Gesamtzahl der Scheidungen (26,0) übertrifft. Von der weniger interessanten Besprechung der Ehescheidungen nach Dauer der Ehe und Verwitwung sowie Dauer und Scheidungsursachen absehend, möchte ich noch einige Worte der Tabelle II weihen, die die prozessuellen Ehescheidungen nach Scheidungsursachen, Berufen und Geschlechtern darstellt. Von sämtlichen Scheidungsursachen tritt in ihr der Ehebruch (Durchschnitt 19,2) mit 31,2 % bei der Intelligenz und 24,7 % in den Arbeiterehen besonders hervor. Die Struktur des Delikts ist bei beiden Gattungen von Ehen die gleiche, da es sich hier vorwiegend um Frauenehebruch (62,2 und 65,4 %) handelt, doch scheinen diverse Ursachen gleiche Konsequenzen zu zeitigen. Von den übrigen Scheidungsursachen wiegt Verurteilung wegen Verbrechens (meist Diebstahl) mit 13,7 in den Arbeiterehen, boshaftes Verlassen mit 17,5 in der Intelligenz, 14,1 in den Unternehmer- und 13,7 Arbeiterehen vor, ein Beweis, wie oft das eingegangene Eheband ein Hindernis im Erwerbsnachgehen der Ehegatten gebildet. Während Mißhandlung und Kränkung nebst gefährlicher Nachstellung in den Landwirten- und Arbeiterehen vorzuwiegen pflegt, ist unordentlicher Lebenswandel, also ein Scheidungsgrund, der einer gewissen materiellen Basis nicht entbehren kann, in Unternehmer- und Intelligenzehen besonders häufig. Auch Krankheit (Impotenz) tritt als Scheidungsgrund besonders in diesen Ehen sowie den Ehen „sonstiger Berufe“ in die Erscheinung. *K. v. Englisch.*

III. Todesursachenstatistik.

Ergebnisse der Todesursachenstatistik. Die Sterbefälle im Deutschen Reiche während des Jahres 1906. Nebst Anhang, betr. d. **Sterblichkeitsverhältnisse unter der Stadt- und Landbevölkerung des Reiches während der Jahre 1905 und 1906.** Medizinalstatist. Mitt. a. d. Kaiserl. Gesundheitsamte. Bd. XII. Ref. Geh. Reg.-Rat Dr. Rahts (s. auch Sp. 43).

Die Ergebnisse einer einheitlichen, vom Kaiserlichen Gesundheitsamte angeregten, vom Reichskanzler im Jahre 1891, den Einzelstaaten des Deutschen Reiches empfohlenen Todesursachenstatistik sind zum ersten Male für das Jahr 1906 aus sämtlichen 26 Staaten des Reiches, einschl. Elsaß - Lothringen, dem Gesundheitsamte als Zentralstelle zugegangen und von diesem zusammengestellt und besprochen worden. Nachdem anfangs — für das Jahr 1892 — nur 10 Staaten der seitens des Reiches ergangenen Anregung gefolgt waren, haben sich allmählich in immer steigender Zahl weitere Staaten an der gemeinsamen Todesursachenstatistik beteiligt, und für das Jahr 1906 liegen nur aus den beiden Großherzogtümern Mecklenburg die Ausweise noch nicht so vollständig wie aus den anderen Staaten vor, sondern sind hier auf wenige, besonders wichtige Todesursachen beschränkt.

Untersucht man, welche Todesursachen im Jahre 1906 weniger Sterbefälle als in früheren Jahren herbeigeführt haben, so zeigt der Vergleich mit dem unmittelbar vorher abgelaufenen Jahrfünft (1901 bis 1905) — wobei diejenigen Staaten, welche erst nach 1901 der gemeinsamen Statistik sich angeschlossen haben, außer Betracht gelassen sind — daß trotz des Anwachsens der Bevölkerung die Zahl der Sterbefälle an Diphtherie, an Typhus, an Scharlach im Jahre 1906 um 22 bis

23 % geringer gewesen ist, als nach dem Durchschnitt der 5 Vorjahre zu erwarten war, und daß daneben auch die Zahl der durch Tuberkulose, Keuchhusten und Masern verursachten Todesfälle in erfreulichem Maße abgenommen hat. Allein die Zahl der auf Lungentuberkulose zurückgeführten Sterbefälle ist — trotz des unzweifelhaften Anwachsens der Bevölkerung — im Jahre 1906 um 8820, d. i. um 8,3 % geringer als im Mittel der 5 Vorjahre gewesen. Eine bedeutsame Todesursache, deren größere Seltenheit ebenfalls mit Genugtuung festgestellt wird, ist das Kindbettfieber, denn auf je 100 000 lebend- und totgeborene Kinder erlagen ihm in letztem Berichtsjahre nur 124, dagegen in den 5 Vorjahren 155 Wöchnerinnen.

Zugenommen haben gegenüber dem Mittel der 5 Vorjahre: 1. die Sterbefälle infolge von Krebs und anderen Neubildungen, 2. die Sterbefälle der Säuglinge aus angeborener Lebensschwäche, 3. die tödlich verlaufenen Verunglückungen, 4. die Selbstmorde; die Zunahme der letzteren um 95 oder 0,78 % ist indessen infosern belanglos, als auf je 1 Million Lebende im letzten Berichtsjahre kaum 205, dagegen während der 5 Vorjahre im Mittel jährlich 211 Todesfälle durch Selbstmord gekommen sind. Die Zahl der Totgeburten, welche im Verhältnis zur Gesamtzahl der jährlichen Geburten bereits nach den Ergebnissen der vorjährigen Erhebungen einen stetigen Rückgang im Deutschen Reiche gezeigt hatte, ist auch während des Jahres 1906 etwas geringer als während des Vorjahres 1905 gewesen.

In der Gesamtheit der Staaten des Deutschen Reiches wurden

I. als Todesursache der Kinder des 1. Lebensjahres am häufigsten genannt: a) Magen- und Darmkatarrhe (einschl. Brechdurchfall) in etwa 32 % der Sterbefälle aus bekannter Ursache, b) angeborene Lebensschwäche in 20,8 % der Sterbefälle, c) Krankheiten des Nervensystems (Gehirns usw.) in 8 % der Sterbefälle. Die Sterblichkeit war unter Knaben erheblich höher als unter Mädchen dieses Alters.

II. Bei den im 2. bis einschl. 15. Lebensjahre gestorbenen Kindern wurden als Todesursachen am häufigsten genannt: a) Lungenentzündung und andere entzündliche Krankheiten der Atmungsorgane (in 21 % der Sterbefälle aus bekannter Ursache), b) Tuberkulose (in 10,6 %), c) Scharlach und Masern (zusammen in 12,1 %), d) Krankheiten der Verdauungsorgane, namentlich Magen- und Darmkatarrhe (in 10,9 %), e) Diphtherie einschl. Krupp (in 8,6 %).

III. Von den im Alter zwischen 15 und 30 Lebensjahren gestorbenen Personen sind durchschnittlich 46,7 % — d. i. 14 von je 30 — der Tuberkulose erlegen, sonst führten besonders häufig — in 12 % der Fälle — gewaltsame äußere Einwirkungen, wie Selbstmord oder Verunglückung den Tod herbei. Außerdem waren in dieser Altersklasse Krankheiten der Atmungsorgane, namentlich Lungenentzündung, ferner Krankheiten des Herzens bzw. der Kreislaufsorgane häufig (zusammen in 15,5 % der Fälle) als Todesursache genannt.

IV. In der Altersklasse von 30 bis 60 Jahren war, wie in der vorigen, die Tuberkulose die bedeutsamste Todesursache, denn ihr ist fast der 4. Teil aller aus bekannter Ursache Gestorbenen (24,1 %) erlegen. Daneben sind Lungenentzündungen und andere Krankheiten der Atmungsorgane (in 13,9 %), ferner Krankheiten der Kreislaufsorgane (13,8 %), endlich Krebs und andere Neubildungen (in 11 %) als Todesursache häufig genannt. Eine gewaltsame äußere Einwirkung führte in 3 von je 40 Sterbefällen dieser Altersklasse den Tod herbei, und zwar ein Selbstmord oder Unglücksfall in je 3 bis 4 % (zusammen 7,27 %), ein Mord oder Totschlag in 0,18 % der Fälle aus bekannter Ursache.

V. Von den nach Vollendung des 60. aber vor Ablauf des 70. Lebensjahres gestorbenen Personen ist angeblich mehr als der 10. Teil infolge von „Altersschwäche" gestorben, von den übrigen etwa der 7. Teil (14,6 %) infolge eines Krebsleidens oder einer anderen „Neubildung", und ungefähr der 10. Teil infolge eines Gehirnschlages. Durch Selbstmord sind 13,7, durch Verunglückung, einschl. Mord und Totschlag sind 14,8 von je 1000 überhaupt Gestorbenen dieser Altersklasse ums Leben gekommen.

VI. Im höchsten der in Betracht gezogenen Lebensalter, d. h. nach Vollendung des 70. Lebensjahres, starb nach den vorliegenden Eintragungen mehr als die Hälfte der aus bestimmt bezeichneter Ursache Gestorbenen (51,1 %) infolge von „Altersschwäche", von den übrigen etwa die Hälfte infolge einer Krankheit der Atmungs- oder Kreislaufsorgane, abgesehen von den vielen infolge eines „Gehirnschlages" Gestorbenen, welcher letztere bekanntlich sehr oft ebenfalls auf eine Erkrankung der Blutgefäße, also der „Kreislaufsorgane" zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der größeren Häufigkeit gewisser Todesursachen unter der Stadtbevölkerung, anderer unter der Landbevölkerung können einwandsfreie Schlußfolgerungen nicht gezogen werden, da die Eintragung der Todesursachen für die Stadtbevölkerung auf Grund wesentlich anderer — meist zuverlässigerer — Feststellungen als für den größten Teil der Landbevölkerung erfolgt.

C. Rahts.

Die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht und an Krebs im hamburgischen Staate. Aus: Mediz. Statistik des hamb. Staates f. d. Jahr 1908, Hamburg 1909. Verlag v. L. Voß.

Der Jahresbericht des Medizinalamts bringt regelmäßig über die Sterblichkeit an Schwindsucht außer der üblichen Trennung der Gestorbenen nach Geschlecht, Alter, Sterbemonaten und Gebietsteilen noch wertvolles Zahlenmaterial, insbesondere eine Gliederung der Gestorbenen nach dem Beruf und nach Wohlstandsklassen. Im Jahre 1908 sind im hamburgischen Staat 1247 Personen an Lungenschwindsucht gestorben (davon 90 auf dem Landgebiet). Die Monate Juli bis November heben sich günstig von den übrigen ab; den höchsten Anteil hat der April, den geringsten der September, indem für das Jahrzehnt 1899 bis 1908 auf diese beiden Monate 9,6 und 6,8 % entfallen. Die relative örtliche Verteilung der Schwindsuchtshäufigkeit weist große Unterschiede auf. In einigen Stadtteilen und Gemeinden bleibt die Ziffer regelmäßig unter 1 % oder auch unter 0,9 %, in anderen

steigt sie auf mehr als 2 %, doch ist hierbei ein Einfluß der Örtlichkeit an sich nicht erkennbar. Übrigens fehlen im hamburgischen Staatsgebiet auch größere Höhenlagen (über 100 m) gänzlich. Wo die Sterbeziffern niedrig sind, liegen immer auch die wirtschaftlichen Verhältnisse günstig und umgekehrt. Selbst zwischen Stadt und Land zeigt sich im übrigen kaum ein Unterschied. Welche erhebliche Bedeutung dem Wohlstandsgrade zukommt, geht daraus hervor, daß von den an Schwindsucht Gestorbenen etwa $^6/_7$ aus Familien mit Einkommen von 2000 *M* oder weniger stammen. Auch in Hamburg sind es ganz überwiegend die Männer und die mittleren Altersklassen von 15 bis 30 (über 34 %) und 30 bis 60 Jahren (rund 17 %), in denen ein großer Teil sämtlicher Todesfälle gerade auf die Lungenschwindsucht entfällt. Erfreulich ist die Beobachtung, daß die Zahl der Gestorbenen im Jahre 1908 auf $1^1/_2$ von 1000 Bewohnern zurückgegangen ist gegen eine Schwindsuchtssterbeziffer von $3^1/_2$ im Jahre 1873.

Dagegen kann vom Krebs leider nicht dasselbe gesagt werden, denn die Sterbefälle an dieser Krankheit sind absolut beträchtlich gestiegen und lassen auch relativ eher eine Neigung zur Zunahme als zur Besserung erkennen. Im Jahre 1908 starben 1038 Personen oder 1,10 auf 1000 Einwohner an Krebs, im Jahre 1900 769 oder 1,01 %. Auf die verschiedenen Organe des Körpers verteilten sich die Krebstodesfälle so, daß ergriffen waren: der Magen in 369 Fällen, Darmkanal und Brustfell in 182, weibliche Geschlechtsorgane in 143, Kehlkopf, Schlund und Speiseröhre in 95, Leber und Gallenblase in 70, Brustdrüse in 58 Fällen usw. Die Frauen sind beim Krebs stärker beteiligt als die Männer, und bei den Altersklassen findet sich ein großer Anteil von Greisen, da 23 % aller Sterbefälle an Krebs auf das Alter von 70 und mehr Jahren kommen. *W. Beukemann.*

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Der Mannheimer Wohnungsmarkt Anfang November 1909. Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim, Nr. 21.

Behufs Gewinnung eines Überblicks über die Lage des Wohnungsmarktes wird in Mannheim seit 10 Jahren regelmäßig im November eine Zählung des Vorrats an leerstehenden Wohnungen veranstaltet, deren Ergebnis, durch kurzen Text erläutert, etwa 3 Wochen nach der Zählung veröffentlicht wird. Solche Erhebungen haben sich bekanntlich in den meisten Städten eingebürgert, da ihre Kosten im Vergleich zu ihrem Nutzen sehr bescheiden sind. Die Gefahr liegt bei all diesen jährlich nach feststehendem Schema sich wiederholenden Erhebungen kleineren Umfangs in der Versteinerung der Darstellung. Neue Gesichtspunkte ergeben sich nicht immer und die jedesmalige Paraphrasierung derselben Gedanken ist für den Bearbeiter unerfreulich, wenn er sich auch damit trösten kann, daß den Lesern der vorjährige Text längst aus dem Gedächtnis geschwunden ist. Das rasch wechselnde Bild des städtischen Wohnungsmarktes verleiht gleichwohl auch den regelmäßig wiederholten Aufnahmen ein gewisses Interesse. In Mannheim ist die Zahl der Leerwohnungen um ein weniges gegenüber dem Vorjahr gestiegen und hat mit 3,16 % des Gesamtstandes die neuerdings viel angefeindete Norm von 3 % überschritten, die die hier angezeigte Arbeit aber als provisorischen, schlagwortartigen Ausdruck gelten läßt. *S. Schott.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Statistische Nachweisungen aus der Forstverwaltung des Großh. Baden für das Jahr 1907. XXX. Jahrg. mit allgemeinen Mitteilungen über die forstlichen Verhältnisse des Landes. Karlsruhe, C. F. Müller'sche Hofbuchdruckerei 1909.

Das vorliegende Heft der alljährlich erscheinenden statistischen Nachweisungen ist dadurch von besonderem Interesse, daß es, bearbeitet aus Anlaß der im Jahre 1909 in Heidelberg stattgefundenen 10. Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins, nicht bloß einen Einblick in die derzeitigen Verhältnisse des badischen Forstwesens, sondern vor allem auch auf Grund von statistischen Nachweisen ein Bild der Entwickelung der Waldwirtschaft sowie der sonstigen Verhältnisse der Forstverwaltung des Großh. Baden bieten will. Die badische Forstverwaltung will dadurch in objektiver Weise ein Urteil darüber ermöglichen, ob und inwieweit sie ihrer Aufgabe, den berechtigten Interessen der Gegenwart durch eine intensivere Gestaltung des Betriebes und tunlichste Steigerung der Massen- und Wertserzeugung unter tunlichster Wahrung der Nachhaltigkeit zu dienen, gerecht geworden ist.

Der Inhalt umfaßt 2 Hauptteile, nämlich 1. Allgemeine Mitteilungen über die forstlichen Verhältnisse Badens unter besonderer Berücksichtigung der Entwickelung der Waldwirtschaft (mit 13 Anlagen) und 2. Statistische Nachweisungen aus der Forstverwaltung für das Jahr 1907.

Der 1. Teil zerfällt in 11 Abschnitte A—L. Aus der Zusammenstellung der Standortsfaktoren in Abschnitt A geht hervor, daß Baden eine große Mannigfaltigkeit in Lage, Boden und Klima darbietet, und daß insbesondere für das Gedeihen des Waldes im allgemeinen günstige Standortsverhältnisse gegeben sind. Auf diesen Ursachen beruht die große Verschiedenheit der Waldverhältnisse (Waldflächen und Holzarten). Die Bewaldungsziffer schwankt in den einzelnen Bezirken zwischen 26 und 57 %. Auf das Domänenärar fallen 17, die Gemeinden 44, die Körperschaften 3, die Standes- und Grundherren 11, die sonstigen Privaten 25 % der Waldfläche, auf den Kopf der Bevölkerung 0,29 ha Waldfläche. Die Waldbestockung wird hälftig aus Laub- und Nadelholz gebildet, wobei die gemischten Bestände vorwiegen. Abschnitt E (Wirtschaftsergebnisse) weist eine starke Mehrung der Reineinnahmen nach, die bei dem Domänenärar seit 1878 mehr als 100 % (von 24,46 *M* auf 52,31 *M* pro ha) beträgt. Auf die übrigen Abschnitte F (Jagdbenutzung), G (Forstgesetzgebung), H (Organisation der Forstverwaltung), I (Soziales Versicherungswesen), K (Waldbesteuerung) und L (Gehaltsverhältnisse der staatlichen Forstbeamten) kann nur lediglich verwiesen werden. Karten und bunte graphische Darstellungen (Anlagen 1—13) dienen zur weiteren Illustrierung der Allgemeinen Mitteilungen des 1. Teiles. *F. Mammen.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Der Arbeitstarifvertrag im Kanton Zürich. Statistische Mitteilungen betr. den Kanton Zürich, Heft 100. Winterthur 1909.

Die Erhebung wurde u. a. veranlaßt durch den bevorstehenden Erlaß eines Gesetzes über Einigungsämter. Sie erfolgte am 1. Dezember 1908 und erstreckte sich auf alle in diesem Zeitpunkte im Kanton Zürich bestehenden Tarifverträge (einschließlich der die ganze Schweiz umfassenden Verträge). Die Ermittelung der zweiseitig-korporativen Verträge erfolgte mit Hilfe der Berufsverbände; die sogenannten Firmentarife wurden durch Befragung sämtlicher dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe eruiert. Aus dem Inhalte seien folgende Zahlen hervorgehoben:

Die Zahl der Tarifverträge belief sich auf 294; 1793 Betriebe und 11 150 Arbeiter wurden von ihnen erfaßt. Die 29 ermittelten zweiseitig-korporativen Verträge übertreffen die 265 Firmentarife an Bedeutung erheblich, indem auf erstere 1528 B. (85,2 % der Gesamtzahl) und 7979 A. (71,6 %) entfallen, auf letztere dagegen nur 265 B. (14,8 %) mit 3171 A. (28,4 %). In die Großindustrie ist der Tarifvertrag erst vereinzelt eingedrungen: die an Firmenverträge gebundenen B. beschäftigten im Durchschnitt 11,9 A., die an zweiseitig-korporative Tarife gebundenen B. sogar nur 5,2. Ihrem örtlichen Geltungsbereich nach erstreckten sich 3 Verträge mit 129 B. (7,2 %) und 2065 A. (18,5 %) auf die ganze Schweiz, 1 V. mit 167 B. (9,3 %) und 275 A. (2,5 %) auf den Kanton Zürich, 13 V. mit 235 B. (13,1 %) und 3008 A. (27,0 %) auf mehrere Ortschaften und 277 V. mit 1262 B. (70,4%) und 5802 A. (52,0 %) auf eine einzelne Ortschaft. Die am häufigsten vorkommende Vertragsdauer ist die von 1—2 Jahren: 35,0 % der V., 44,5 % der B. und 29,5 % der A. sind für so lange gebunden.

Wenig entwickelt ist noch das Schiedsgerichtswesen, wie sich aus der Tatsache ergibt, daß 87,1 % der Verträge mit 52,9 % der B. und 43,7 % der A. keinerlei Instanz für die Austragung von Streitigkeiten vorsahen.

Aus den Tabellen über den materiellen Inhalt der Verträge seien folgende Hauptzahlen herausgegriffen: Die tägliche Arbeitszeit war im Sommer 1908 festgesetzt: 9 Stunden in 114 V. für 533 (30,1 %) B. und 3944 (36,4 %) A., auf 10 Stunden in 65 V. für 192 B. mit 3527 (32,6 %) A., im ganzen auf 9 bis 10 Stunden für 92,0 % der A., auf über 10 Stunden in 11 V. für 488 B. mit 815 A.

Unter den Lohnformen herrscht der Zeitlohn stark vor; 169 V., die für 1027 B. (57,3 %) und 6496 A. (58,3 %) gelten, sahen nur Zeitlöhne vor. Reine Stücklohntarife wurden 64 ermittelt, doch betrafen sie nur 64 B. (3,6 %) und 760 A. (7,7 %). In den übrigen V. waren neben Zeitlöhnen auch Stücklöhne festgesetzt.

Die statistische Verarbeitung der Zeitlohnbeträge mußte sich auf den Nachweis des Vorkommens der verschiedenen Ansätze in den Verträgen und in den Betrieben beschränken. Die Aufgabe, die von den Tarifverträgen erfaßten Arbeiter auf die einzelnen Lohnklassen zu verteilen, konnte wegen der Unausscheidbarkeit der gelernten Arbeiter von den ungelernten und wegen der häufigen Regelung der Löhne verschiedener Berufszweige (z. B. Schreiner und Maschinisten) durch denselben Tarif nicht gelöst werden. *E. Großmann.*

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Preußen. Von Prof. Dr. F. Kühnert. Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts Jahrg. 1909, S. 261—300.

Das Königl. Preuß. Statistische Landesamt hat zuerst im Jahre 1905 auf Grund der Einzelangaben des Lexikons der im Deutschen Reiche existierenden Gesellschaften m. b. H. sowie des Reichs- und Staatsanzeigers, die erforderlichenfalls durch Auskünfte von Registergerichten und Gesellschaften ergänzt wurden, nach dem Stande von Ende 1904 eine Statistik der Gesellschaften m. b. H. aufgemacht und seitdem unter Berücksichtigung der Veröffentlichungen des Reichs- und Staatsanzeigers über die Zu- und Abgänge an Gesellschaften, Stammkapital usw. fortgeführt. Das Zahlenmaterial ist bisher auszugsweise im Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat und mit kurzen Besprechungen in der Statistischen Korrespondenz veröffentlicht worden.

Die vorliegende erstmalige ausführliche Darstellung der Ergebnisse bezieht sich in der Hauptsache auf das Jahr 1907, zieht aber zur Vergleichung auch die Vorjahre 1906, 1905 und vereinzelt die von 1904 heran. Sie behandelt sowohl nach geographischen Bezirken wie nach Gewerbegruppen und -arten, außerdem auch unter Gruppierung nach der Höhe des Stammkapitals den Bestand und die Bestandsbewegung der Gesellschaften m. b. H. mit Sitz in Preußen, ihr Alter, die Art ihres Zu- und Abganges sowie für die nach 1904 gegründeten Gesellschaften auch das Gründungskapital, während sie sich hinsichtlich der Geschäftsergebnisse auf die gemäß § 41 des Gesetzes, betr. die Gesellschaften m. b. H., zur Bilanzveröffentlichung verpflichteten, Bankgeschäfte betreibenden Gesellschaften beschränken mußte; indes ist in einem besonderen Abschnitte der Versuch gemacht worden, auf Grund der Statistik der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung Anhaltspunkte für die Rentabilität der Gesellschaften m. b. H. im allgemeinen zu gewinnen.

Am 31. Dezember 1907 waren bereits 10 205 preußische Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital von insgesamt 2169,59 Mill. *M* vorhanden, darunter 9002 tätige, d. h. nicht in Konkurs oder Liquidation befindliche, mit 1992,44 Mill. *M* Stammkapital. Weitaus am zahlreichsten sind die Gesellschaften des Handelsgewerbes, insbesondere des Warenhandels; es folgen in weitem Abstande die der Maschinenindustrie, der Industrie der Steine und Erden und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Am schwächsten ist das Versicherungsgewerbe, sodann die Tierzucht einschl. Fischerei vertreten. Der Bergbau nebst Hütten- und Salinenwesen tritt weniger durch die Zahl als durch die Höhe des Stammkapitals seiner Gesellschaften m. b. H. hervor.

Von den tätigen Gesellschaften sind allein 4508, also etwas mehr als die Hälfte, mit einem Gründungskapital von 592,49 Mill. *M*, das sich bis Ende



1907 auf 628,14 Mill. ℳ, d. i. um 6 %, vermehrte, in den drei letzten Jahren 1905—07 errichtet worden. Besonders stark sind in der Zunahme begriffen die hauptsächlich den Grundstückshandel betreibenden Bau-, Boden- und Immobiliengesellschaften, die in steuerlicher Hinsicht den Vorteil bieten, daß die Veräußerung ihrer aus Immobilien bestehenden Geschäftsanteile nicht als Grundstücksverkauf gilt, mithin auch nicht von der Wertzuwachssteuer oder dergl. betroffen wird.

Stellt man das steuerpflichtige Einkommen der tätigen Gesellschaften m. b. H., das gesetzlich mit dem von ihnen erzielten Geschäftsgewinn identisch sein soll, ihrem Stammkapital gegenüber, so ergibt sich für 1905/07 eine durchschnittliche Rentabilität des letzteren von 11,4 %, während für denselben Zeitraum der Gewinnüberschuß der Bankgeschäfte betreibenden Gesellschaften m. b. H. im Durchschnitte rund 9 Hundertteile des Stammkapitals ausmachte. *F. Kühnert.*

Konsumvereine 1908. „Statistik des Herzogt. Sachsen Meiningen". Bd. 11, No. 7, S. 212.

Die Zahl der Konsumvereine in 1908 betrug 65; bis auf einen sind sie eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht. 28 hiervon sind zugleich Rohstoff- oder Produktivvereine. Ende 1908 betrug die Mitgliederzahl insgesamt 18 448, der Warenbestand nach dem Inventurpreise 753 818 ℳ, der Wert des Grundbesitzes, an dem 34 Genossenschaften beteiligt sind, 1 185 519 ℳ, das Geschäftsguthaben der Mitglieder 541 598 ℳ, der Reservefonds 194 604 ℳ, der Betrag der aufgenommenen Anlehen und Spareinlagen 223 551 ℳ, sowie der Hypothekenschulden 615 437 ℳ. Der Jahresverkaufserlös in den Genossenschaften stellt sich auf 5 469 678 ℳ.

Auf 1 Mitglied entfallen durchschnittlich 41 ℳ an Warenbestand, 29 ℳ an Geschäftsanteil, 11 ℳ an Reservefonds, 12 ℳ an aufgenommenen Anlehen und Spareinlagen, 296 ℳ an Jahresverkaufserlös und 31 ℳ an erhaltener Dividende.

Als Einkaufsdividende haben die Mitglieder 575 522 ℳ erhalten. Der Prozentsatz der vom Reingewinn gewährten Einkaufsdividende hat bei 16 Konsumvereinen 10, bei 21 weniger als 10, bei 28 über 10 betragen. Je 1 Verein gewährte 15 und 16 %.

Eigene Bäckerei haben 18 Konsumvereine. *R. Hermann.*

Kreditvereine. „Statistik des Herzogtums S. Meiningen". Bd. 11, Nr. 7, S. 210.

In Sachsen Meiningen waren in 1908 21 Kreditvereine, sämtlich eingetragene Genossenschaften, vorhanden, von denen die Mehrzahl (15) die unbeschränkte Haftpflicht angenommen hat. Ende 1908 hatten sie 15 700 Mitglieder; es betrugen die Aktiva 17 951 500 ℳ, die Geschäftsguthaben der Mitglieder 3 317 200 ℳ, der erzielte Reingewinn 299 900 ℳ, der mit 70 % den Mitgliedern ausgezahlt worden ist. In 1908 wurden 2 983 100 ℳ an neuen Krediten gewährt, während die Verlängerungen bereits bewilligter Kredite 22 195 100 ℳ betragen. Hiernach kommen von dem Gesamtbetrag der auf festes Ziel gegen Vorschußwechsel und Schuldschein gewährten Kredite 12 % auf neu gewährte, 88 % dagegen auf verlängerte ältere Kredite, ein Verhältnis, das nicht als sonderlich günstig zu bezeichnen ist, das sich aber bei 12 Kreditvereinen noch ungünstiger darstellt, bei denen die Kreditverlängerungen über 90 % hinausgehen. Unter Einrechnung der Kredite gegen Spezialhypothek, des Betrags der diskontierten Wechsel und der Ausgabe mit Kreditgewähr im Kontokorrentverkehr stellt sich der Gesamtbetrag der in 1908 gewährten Kredite auf 48 570 900 ℳ. Der Kreis Hildburghausen mit vorwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung nimmt den geringsten, der industriereiche Kreis Sonneberg den höchsten Kredit in Anspruch.

Seit 1898 hat sich die Zahl der Kreditgenossenschaften um eine, die der Mitglieder um 26 %, der gewährte Gesamtkredit um 82 % gemehrt. *R. Hermann.*

XX. Armenstatistik.

Allgemeine Armenstatistik der Stadt Karlsruhe für die Jahre 1906—1908. Bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt. (Nicht im Buchhandel.)

Die „Karlsruher Armenstatistik" ist ein Sonderabdruck aus dem Jahresbericht der Armenverwaltung Karlsruhes für die Jahre 1906—1908. Jahresbericht wie Armenstatistik erschienen zum erstenmal. — Die Statistik wurde für die Jahre 1906 und 1907 nach den vom Armenamt gelieferten Zählblättchen, für das Jahr 1908 auf Grund der vom Armenamt (teilweise an Stelle von Personalakten) eingeführten Personalkarten aufgestellt. Sie erstreckt sich nicht bloß auf Unterstützungen armenrechtlicher Natur, vielmehr sind auch die Verhältnisse der im Arbeitshause Untergebrachten, der Zwangszöglinge usw. dargestellt. Über die nur aus Mitteln der Privatwohltätigkeit Unterstützten konnte nur ganz wenig beigebracht werden. Für die große Menge der Unterstützten war aber eine eingehende Beschreibung möglich nach: Alter und Familienstand, Art des Zusammenlebens, Konfession, Gebürtigkeit, Unterstützungswohnsitz, Dauer des Aufenthalts in Karlsruhe, Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit, Art der Unterstützung und nach Beruf. Daneben ist überall die Unterscheidung nach dem Geschlecht und nach vorübergehender und dauernder Unterstützung durchgeführt. Dagegen konnte die Zahl der Mitunterstützten nur für das Jahr 1908 bei allen Tabellen angegeben werden.

Um nur einige der wichtigeren Zahlen für das Jahr 1908 herauszugreifen, so sei erwähnt, daß 22 % aller in offener Pflege Selbstunterstützten in Karlsruhe (und rund 50 % im übrigen Baden) geboren waren, aber 75 % ihren Unterstützungswohnsitz hier hatten. Etwa 20 % aller Parteien und 14 % aller Personen nahmen die Armenverwaltung wegen Krankheit des Ernährers in Anspruch. Altersschwäche, Gebrechen, Krankheit und Sterbefälle waren zusammen für 45 % aller Personen der Grund der Unterstützung. 1700 (oder 24 % aller) Personen gerieten in Bedürftigkeit, weil die Familienvorstände mittellos waren und keine Arbeit finden konnten. — Die Gesamtzahl der vom Armenrat Unterstützten stieg von 9309 (1906) auf 16 951 Personen im Jahre 1908. Davon erhielten aber nur 6650 (1906), 8062 (1907) und 7817 (1908) Personen Unter-

stützung armenrechtlicher Natur. Auf 100 Einwohner entfielen 1908 2,25 Armenparteien oder 6,16 Selbst- und Mitunterstützte — das sind zwar etwas mehr als im Jahre 1906, aber erheblich weniger als im Jahre 1907. — Die Ergebnisse einer am 1. April 1908 und 1909 veranstalteten Erhebung über die Personal-, Wohnungs- und Einkommensverhältnisse der in offener Armenpflege ständig unterstützten Parteien sind mitgeteilt in dem vom Armenamt bearbeiteten Teile des erwähnten Jahresberichts.

Eine kurze Finanzstatistik für die Jahre 1878 bis 1908 hat das Armenamt ebenfalls selbst geliefert. Danach schwankte der Zuschuß der Stadtkasse an die Armenkasse — auf den Kopf der Bevölkerung berechnet — zwischen 2,1 ℳ und 2,8 ℳ; im Jahre 1908 betrug er 2,6 ℳ. Während dieser Zuschuß im Jahre 1879 noch ein Drittel des ungedeckten Gesamtaufwandes der Stadt ausmachte, ist er vom Jahre 1886 an — wenn auch unter Schwankungen — bis auf 10,1 % des ungedeckten Gesamtaufwandes im Jahre 1908 gefallen. *O. Berendt.*

XXIII. Finanzstatistik.

Die Deckung des Bedarfs der Kreise in Bayern. Nach Heft 74 der „Beiträge zur Stat. des Kgr. Bayern" (s. auch Sp. 23 D. St. Z., 2. Jahrg.).

Von den gesamten Kreiseinnahmen werden rund zwei Fünftel durch Kreisumlagen beschafft (1907: 17,4 Mill. ℳ). Ungefähr ein Drittel decken Staatszuschüsse (13,3 Mill. ℳ). Daneben kommen in Betracht Erträgnisse des Kreisvermögens, insbesondere Kapitalzinsen. Grund- und Gebäuderenten, Schul- und Verpflegungsgelder, Gebühren für Benutzung der Kreisanstalten.

Entsprechend der gesetzlichen und freiwilligen Erweiterung der Wirksamkeit der Provinzialverbände, entsprechend dem auch für sie geltenden Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit ist der Kreisbedarf fortwährend im Steigen begriffen; es müssen daher zu dessen Deckung immer größere Mittel bereitgestellt werden. Diese Entwickelung tritt besonders deutlich hervor bei Gegenüberstellung der Abschlußziffern der Kreisbudgets 1852/53 und 1909 (die oben mitberücksichtigten Nebenrechnungen müssen hier außer Betracht bleiben). Es zeigt sich alsdann eine Steigerung des Aufwands von 2,6 Mill. ℳ auf 35,3 Mill. ℳ (d. i. eine Zunahme von 0,6 ℳ auf 5,2 ℳ pro Kopf). Im wesentlichen beruht sie auf dem erhöhten Bedarf für Erziehung und Bildung (1852/53: 1,5 Mill., 1909: 24,7 Mill. ℳ) und für Wohltätigkeit (1852/53: 350 000 ℳ, 1909: 5,2 Mill. ℳ). Zur Bilanzierung des Budgets mußte man in stets höherem Maße auf die Umlagenerhebung zurückgreifen und die Umlagensätze steigern. So waren 1852/53 an Umlagen 1,6 Mill. ℳ (bei einem Staatssteuersoll von 14,0 Mill. ℳ) erforderlich, 1909: 20,4 Mill. ℳ (bei einem Staatssteuersoll von 47,2 Mill. ℳ). Die Umlagensätze erfuhren demgemäß eine Erhöhung, und zwar im Durchschnitt der 8 Kreise von 12,5 auf 44,1 % des Staatssteuersolls, womit die Kopfbelastung durch Umlagen stieg von 0,34 auf 3,03 ℳ. Bei alledem sind die Staatszuschüsse, die also von der Gesamtzahl der bayerischen Steuerzahler zugunsten der einzelnen Kreise getragen werden (ähnlich den Staatsdotationen an die preußischen Provinzen), keineswegs gleich geblieben oder geringer geworden. Im Gegenteil, während sie 1852 noch 834 785 ℳ betrugen, haben sie jetzt die Höhe von 13,3 Mill. ℳ erreicht und bilden mithin zu einem namhaften Teil das Rückgrat der Kreisverwaltung.

Die ganze Finanzwirtschaft der Kreise steht darum in enger Beziehung zu den Staatsfinanzen, und zwar sowohl durch die intensive Inanspruchnahme der Steuerquellen, aus denen beide schöpfen, wie dadurch, daß immer mehr Staatsmittel im Laufe der Zeit den Kreismitteln zur Seite getreten sind, um in solcher Kooperation durch das Medium der Kreisgemeinden an der Befriedigung der Bedürfnisse dieser weiteren Kommunalverbände teilzunehmen. Damit hat sich aber die Bedeutung der Kreishaushalte für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für den ganzen Organismus unserer heimischen Volkswirtschaft erheblich erweitert.

Vorstehende Bemerkungen mögen genügen, um anzudeuten, wie Werke der obigen Art nicht allein finanzpolitisches Interesse haben, sondern auch für Fragen der Verwaltungsreform, der Ausgestaltung der Selbstverwaltung, der Revision der Dotationsgesetzgebung usw. wichtige Unterlagen schaffen. *F. Zahn.*

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Volkszählungen Maria Theresias und Josefs II. 1753—1790. Von Dr. Alfred Gürtler. Innsbruck. Verlag d. Wagnerschen Universitätsbuchhandlung. 1909. 152 S. Text u. 11 Tabellen. Preis 6 K.

Eine der ältesten, bisher nur in dürftigen Umrissen bekannte Periode in der Entwickelungsgeschichte der österreichischen Statistik wird durch diese Arbeit aufgehellt und kritisch beleuchtet. Was darüber in der fachwissenschaftlichen Literatur vorhanden war, beschränkt sich auf knappe Mitteilungen, denen man es an dem Fehlen wesentlicher Momente und an der Kürze der Fassung anmerkt, daß sie sich nur zum Teil auf ursprüngliches Quellenmaterial stützen, ansonsten aber auf Vermutungen basiert oder aus sekundären Quellen geschöpft sind. Hat man dagegen die Arbeit Gürtlers gelesen, so muß man darüber staunen, daß die Fülle interessanten und historisch wertvollen Materials, die in Gesetzessammlungen, in Archiven und Privatsammlungen verborgen war, bisher noch keiner eingehenden und zusammenhängenden Bearbeitung zugeführt worden ist.

Die Leistung des Verfassers ist daher von zwei Gesichtspunkten zu beurteilen. Einmal kommt in Betracht das Sammeln, Sichten und Ordnen des von ihm aufgefundenen Materials und zweitens die systematische Zusammenstellung und Besprechung desselben unter Rücksichtnahme auf die gesamte vorhandene Literatur und den gegenwärtigen Standpunkt der statistischen Theorie. Der erstere Teil der Arbeit war insofern der schwierigere, als der Verfasser den Umfang des Quellenmaterials ursprünglich gar nicht kannte und es vielleicht gar nicht ausgeschlossen ist, daß es außer den von ihm aufgefundenen noch andere Quellen gibt, die gegenwärtig in irgend einem



Archive versteckt ruhen. Übrigens genügt das von Gürtler aufgefundene und verwertete Material vollständig zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes einer tunlichst lückenlosen Darstellung. Was den zweiten Punkt betrifft, muß festgestellt werden, daß durch die vorliegende Arbeit die „historischen" Volkszählungen Österreichs in ihrem Wesen, ihrer Entwickelung und Bedeutung aufgeklärt und überdies kritisch gewertet worden sind.

Der Verfasser verlegt den eigentlichen Schwerpunkt auf die Gesetzgebung und weniger auf die Ergebnisse der Volkszählungen, sowie auf deren Durchführung. Dieser Vorgang hat seinen Grund darin, daß die Gesetzgebung mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden kann und die statistische Auffassung der leitenden Personen jener Zeit am deutlichsten widerspiegelt, während über die Durchführung nur wenig zuverlässige Anhaltspunkte zu gewinnen sind, und das Zahlenmaterial, soweit es der Autor zur Darstellung für geeignet erachtete, nur aus der genauen Kenntnis der Gesetzgebung richtig verstanden werden kann. Historische Tatsachen, wie stattgefundene Zählungen sind in der im allgemeinen chronologischen Folge der Gesetze mitgeteilt. Dementsprechend ist auch die ganze Einteilung der Arbeit eine Gliederung nach Zeitabschnitten, welche typische Perioden in der Entwickelung des Volkszählungswesens jener Zeit darstellen.

Die Ergebnisse der Zählungen hat der Verfasser nach den vorhandenen Quellen, historisch geordnet, in einer Übersichtstabelle einander gegenübergestellt. Der innere Wert der einzelnen Zählungen und ihre populationistische Bedeutung wird erst durch das Studium der textlichen Kritik verständlich. Sie umfassen nicht immer alle Länder des gegenwärtigen Territoriums der Monarchie. Speziell die ungarischen und polnischen Provinzen sind wiederholt nicht miteinbezogen. Im folgenden einige Summenziffern: Die Zählung ex. 1754 ergab für die Alpen- und Sudetenländer[1]) 6 134 558, die aus den Jahren 1762 und 1771 (aber ohne Tirol und Vorarlberg) 4 889 516 bzw. 7 306 409 Seelen. Dem entgegengehalten die Ergebnisse der Volkszählung 1900 für die betreffenden Länder (Tirol und Vorarlberg nicht eingerechnet) mit 15 812 429 Seelen, ergäbe für den Zeitraum von rund 140 Jahren eine Vermehrung der Bevölkerung um ungefähr 264 %. Eine auch nur annähernde Richtigkeit der Daten vorausgesetzt, bildet dieses Rechenexempel einen Beweis dafür, daß die Malthusianische Theorie von der Vermehrung der Bevölkerung in keiner Weise zutrifft. Ein ähnliches Zahlenverhältnis zeigt sich übrigens noch, wenn man die (weniger zuverlässigen) Ergebnisse der Zählung ex. 1786 für die Gesamtmonarchie ohne Salzburg, Bukowina, Dalmatien und Istrien: 20 640 741 mit den entsprechenden Ergebnissen der Volkszählung 1900 (43 543 475) vergleicht, wobei sich für den Zeitraum von 114 Jahren eine Bevölkerungsvermehrung von 211 % ergibt.

O. Wittschieben.

1) Ohne Salzburg, welches damals noch nicht zum Besitzstande Österreichs gehörte.

Vermischte Mitteilungen.

Aus Italien. Von den in Zeitschriften usw. erschienenen Besprechungen des D. St. Z. heben wir eine solche in der „*Rivista dei Comuni, delle Provincie e delle Opere Pie*", sechster Jahrgang, Nr. 10, 11 (Florenz 1909) hervor, die unter der Spitzmarke „Ein neues Mittel zur Nutzbarmachung der amtlichen Statistik" schreibt:

„Mit Vergnügen und mit dem Wunsche etwas Ähnliches auch bei uns zu sehen, zeigen wir das Erscheinen einer neuen deutschen Zeitschrift „Deutsches Statistisches Zentralblatt" an. Zweck des Blattes ist, durch kurze Auszüge, die von den zuständigsten Fachmännern verfaßt werden, den Lesern den Inhalt der zahlreichen und kostspieligen statistischen Veröffentlichungen näher zu bringen, die fortlaufend von den Regierungen, den Gemeindeverwaltungen und verschiedenen Körperschaften herausgegeben werden, und die im allgemeinen teils wegen ihrer geringen Verbreitung, teils wegen ihres großen Umfangs der Mehrzahl der Interessenten unzugänglich bleiben. Diese Auszüge und die Darlegung des Inhalts werden der Regel nach von den Verfassern selbst oder von den Vorständen der betreffenden Statistischen Ämtern geliefert, weil diese besser als andere imstande sind, den Zweck und den Hauptinhalt der Arbeiten zu erläutern; ebenso wird es mit den zur Besprechung gelangenden theoretischen Werken gehalten.

Es schien uns von Bedeutung, gerade auf diesen Umstand aufmerksam zu machen; denn die Ersetzung der üblichen eiligen Ankündigungen der statistischen Bibliographien durch Autoreferate, die auch den Inhalt zusammenfassend darstellen, halten wir für eine praktische und glückliche Neuerung."

Der hier ausgesprochene Wunsch nach einem ähnlichen italienischen Veröffentlichungsorgan scheint bereits in Erfüllung gegangen zu sein, da das „*Giornale degli Economisti*" von 1910 an eine regelmäßige Beilage „*Rivista di Statistica*" erhält, deren Programm ein ganz ähnliches wie das des D. St. Z. zu sein scheint. Die Redaktion haben die Professoren Beneduce und Mortara in Rom übernommen.

Blindenstatistik. Aus einer der Redaktion zugegangenen Mitteilung der Kommission für internationale Blindenstatistik sei folgendes hier wiedergegeben:

Auf dem im Jahre 1907 in Hamburg abgehaltenen Blindenlehrerkongreß hat sich eine Kommission für internationale Blindenstatistik gebildet, die sich durch Zuziehung von Koryphäen der Augenheilkunde, sowie von Fachmännern der staatlichen Statistik, ferner der Sanität und des Blindenfaches ergänzte und je nach den Staaten in Unterkommissionen teilte.

Man ging davon aus, daß die Wissenschaft die Mittel besitzt, eine Unzahl von Erblindungen entweder zu vermeiden oder durch rechtzeitige ärztliche Hilfe zu verhüten, und daß es die Pflicht der menschlichen Gesellschaft und der an der Volkshygiene beteiligten Berufskreise ist, dahin zu wirken, daß gegen die vermeidbaren Erblindungsursachen mit allem Rüstzeug zu Felde gezogen wird, was nur auf dem Wege einer verbesserten Blindenstatistik geschehen kann, wie wir dieser Wissenschaft allein die Entdeckung der enormen Divergenzen verdanken.

Die staatliche Statistik über Blinde ist im allgemeinen eine mangelhafte. Besonders werden vergleichsstatistische Arbeiten dadurch beinahe zur Unmöglichkeit, daß alle Staaten ihre Blindenstatistik entweder gar nicht oder nach den von ihnen selbst gewählten Prinzipien ausgestaltet haben.

Ein vorbereitendes Komitee hatte für den Hamburger Blindenlehrerkongreß zwei Fragebogenentwürfe ausgearbeitet, deren erster den Zweck verfolgt, bei den künftigen Volkszählungen die Blinden zu ermitteln,

während der zweite Fragebogen zur Erhebung der verschiedenen persönlichen Momente im Nachhange zur Volkszählung dienen soll.

Durch Aufstellung von einheitlichen Konzentrationsformularen soll weiter ein Schema gegeben werden, damit die Aufarbeitung der gewonnenen Momente in einheitlich klaren Ziffernbildern möglich gemacht werde.

Diese ursprünglichen Fragebogen wurden den Unterkommissionen zur Beratung und zur Erstattung von Abänderungsvorschlägen zugemittelt.

Die Äußerungen dieser Unterkommissionen sind nachher in einem übersichtlichen Referate zusammengefaßt und an die einzelnen Mitglieder der Unterkommissionen verschickt worden, worauf diese Teilkommissionen in der Klarschen Blindenanstalt in Prag am 7. und 8. Oktober 1908 zu einer gemeinsamen Besprechung zusammentraten, an der Herren aus Bayern, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich, Preußen, Rußland, Sachsen und der Schweiz teilnahmen.

Bei dieser Schlußberatung wurde eine vollkommene Einigung über alle Fragemomente erzielt und den Vertretern der einzelnen Unterkommissionen empfohlen, in ihren Staaten für die Einführung der einheitlichen Blindenstatistik zu wirken.

Außerdem ist an die Regierungen aller europäischen Staaten ein in demselben Sinne gehaltenes Gesuch seitens der Kommission abgesendet worden, wobei bemerkt wird, daß bezüglich des Deutschen Reiches dieses Gesuch an jeden Bundesstaat abgegangen ist.

Eingeschaltet muß noch werden, daß es vom Ende des Jahres 1907 bis zu den künftigen Volkszählungsjahren, welches in vielen Fällen auf das Jahr 1910 fällt, ganz unmöglich war, um bis zum Jahre 1910 schlagfertig zu sein, die Verhandlungen offiziell zwischen Regierung und Regierung zu pflegen, weil durch diesen offiziellen Verkehr naturgemäß viel mehr Zeit verstrichen wäre, bevor an eine Einigung zu denken gewesen wäre. Deshalb mußte die Kommission als eine internationale sich selbst eine direkte Initiativkompetenz zueignen, um möglichst bald ein positives Resultat zustande zu bringen.

Seit der Versendung der Gesuche haben sich zwar noch nicht alle europäischen Staaten geäußert; es kann jedoch bereits mitgeteilt werden, daß in Dänemark, England, Frankreich, Schweden, Norwegen, Österreich und Ungarn die Geneigtheit besteht, bei der künftigen Volkszählung die Blinden nach den von der Kommission für internationale Blindenstatistik aufgestellten Grundsätzen zu erheben.

Im Deutschen Reiche wurde im Mai v. J. in Blankenburg von den deutschen Statistikern beschlossen, die Zählung der Blinden gelegentlich der nächsten Volkszählung als Reichsfrage deshalb nicht vorzuschlagen, weil während der letzten Volkszählungen eine so geringe Schwankung in den Blindenziffern nachweisbar war, daß bei der nächsten Volkszählung die Ermittelung der Blinden in Ansehung der Kosten überflüssig erschien.

Nun war aber den deutschen Statistikern zurzeit vermutlich unbekannt, daß die Kommission für internationale Blindenstatistik inzwischen eine sehr rege Tätigkeit entfaltete und auf eine Einheitlichkeit der Blindenstatistik hinarbeitete. Seither hat auch das Internationale Statistische Institut empfohlen, gelegentlich der nächsten Volkszählungen die Blinden zu zählen.

Angesichts dieser Sachlage hat die Kommission es nicht unterlassen, sich an alle ihr empfohlenen maßgebenden Behörden Deutschlands, darunter auch an den deutschen Reichskanzler, mit der Bitte zu wenden, dahin zu wirken, daß in Rücksicht auf die neuen Gesichtspunkte gelegentlich der nächstjährigen Volkszählung auch im Deutschen Reiche eine Zählung der Blinden, sowie der übrigen Gebrechlichen Platz greife.

Diese Eingaben sind bisher jedoch seitens der kompetentesten Stelle ohne Gegenäußerung geblieben. Bei dem Umstande, daß unter allen Erblindungen in den kultiviertesten europäischen Staaten noch 30 bis 40 %, und von 50 bis mehr Prozent bei allen Kindern bis zum 1. Lebensjahre mit absoluter Sicherheit vermeidbar sind, glaubte die Kommission für internationale Blindenstatistik, es sich als Vergehen an der Menschheit auslegen zu müssen, wenn sie nicht ihr Möglichstes aufgeboten hätte, um zur Einschränkung der hohen Zahl von Erblindungen beizutragen.

August Meitzen, der hochverdiente Statistiker und Nationalökonom, geboren am 16. Dezember 1822 in Breslau, ist am 19. Januar 1910 in Berlin nach längerer Krankheit gestorben. — Im Augenblick der Drucklegung trifft die Nachricht von dem Hinscheiden des Präsidenten der K. K. Statistischen Zentralkommission in Wien, **F. v. Juraschek**, ein.

Über **Veränderungen** bei den Statistischen Ämtern und unter ihren Leitern und wissenschaftlichen Beamten seit dem Abschluß der in Nr. 3 des 1. Jahrgangs des D. St. Z. erschienenen Zusammenstellung sind der Redaktion infolge eines Rundschreibens folgende Nachrichten zugegangen. Auf unbesoldete oder vorübergehend beschäftigte Personen erstreckt sich die Zusammenstellung nicht; auf nebenamtlich tätige nur, wenn sie an leitender Stelle stehen.[1])

1. Deutsches Reich.

a. Reichs- und Staatsämter.

Kaiserl. Statistisches Amt, Berlin. — Königlich Preußischer Gerichtsassessor Dr. Moll, kommissarisch beschäftigt seit 16. Februar 1909, ern. zum Regierungsrat und Mitglied am 3. Aug. 1909. — Königlich Bayerischer Finanzassessor G. Seyboth, kommissarisch beschäftigt seit 3. Nov. 1909. — Dr. F. Schulte, einberufen als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter seit 1. Mai 1909. — Professor O. Richter, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, ausg. am 30. Juni 1909. — Königlich Württemberg. Finanzassessor E. Walz, ausg. infolge Rücktritts zur Landesbehörde am 20. Okt. 1909. — Regierungsrat Rud. Martin, durch Urteil des Kais. Disziplinarhofes zu Leipzig vom 29. März 1909 entlassen.

Königl. Preußisches Statistisches Landesamt, Berlin. — Mitglied Geh. Med.-Rat Dr. Guttstadt, gest. 3. Mai 1909. — Geh. Med.-Rat Dr. Behla, ern. zum Mitglied, 1. Sept. 1909. — Plankammerinspektor Reg.-Rat Kühn, gest. 24. Nov. 1909.

Königlich Bayerisches Statistisches Landesamt München. — Bezirksamtsassessor Dr. Philipp Arnold, ern. zum Regierungsassessor, 1. Juni 1909. — Bezirksamtsassessor Rudolf Decker, ern. zum Regierungsassessor, 1. Okt. 1909. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. W. Feld, ausg. am 15. April 1909. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. L. Huber, eingetreten am 1. Dez. 1908. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Arnold Wadler, eingetreten am 24. Febr. 1909.

Großherzogl. Hessische Zentralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt. — Provisorischer wissenschaftl. Sekretär Dr. O. Meller, fest angestellt als wissenschaftl. Sekretär seit 1. Aug. 1909.

Statist. Amt für das Großh. Oldenburg, Oldenburg. — Geh. Oberreg.-Rat Driver zum Leiter ern. an Stelle des Oberst a. D. Kellner, 15. Nov. 1909.

Herzogl. Statist. Amt, Braunschweig. — Geh. Finanzrat Dr. Zimmermann infolge Ernennung zum Finanzpräsidenten von den Vorstandsgeschäften entbunden seit 1. Nov. 1909. — Geh. Regierungsrat Schultz mit den Vorstandsgeschäften beauftragt seit 1. Nov. 1909.

Statist. Bureau des Herzogl. Staatsministeriums, Gotha. — Staatsrat Wilharm, ern. zum Vorstand im Nebenamt; 1. Juli 1909.

Statistisches Bureau, Hamburg. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. H. Skollin, ern. zum zweiten Oberbeamten; 1. Juli 1909.

1) Abkürzungen: TV. = Titelverleihung; ern. = ernannt ausg. = ausgeschieden.



Handelsstatist. Bureau, Hamburg. — Direktor G. G. Heinz, gestorben am 16. Juli 1908. Die Stelle ist aufgehoben worden. — Rat bei der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben v. der Heide, Leiter seit 15. April 1909.

b. Stadtämter.

Statistisches Amt, Cassel. — Vorsteher des Amtes Dir. H. Riekes, ern. zum Direktor seit 1. April 1909.

Statistisches Amt, Halle. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. O. Meyer, befördert zum wissenschaftlichen Assistenten seit 1. April 1909, beurlaubt ab 1. Oktober 1909 auf 1/2 Jahr nach Stettin. — Referendar Dr. W. Stöwesand, wissenschaftl. Hilfsarbeiter, mit der Vertretung von Dr. Meyer beauftr. seit 1. Oktober 1909. — Assessor Dr. M. Rusch, wissenschaftl. Hilfsarbeiter seit 15. Okt. 1909. — Direktor Dr. H. Wolff, an der Universität Halle als Privatdozent für das Fach der Staatswissenschaften zugelassen seit 10. Febr. 1909.

Statistisches Amt, Wiesbaden. — Leiter des Amtes Dr. Rahlson, TV. Direktor am 1. Febr. 1909, ern. zum Magistratskommissar für das Versicherungswesen und zum Dezernenten für Innungsangelegenheiten seit 10. März 1909.

2. Österreich-Ungarn.

K. K. Österreich. Statistische Zentralkommission, Wien. — Stadthaltereirat Dr. K. Ritter Eisler v. Eisenhorst, ern. zum Regierungsrat mit Titel und Char. eines Hofrates, Juni 1909. — Magistrats-Oberkommissär Dr. W. Hecke, ern. zum Hofsekretär bei der statist. Zentralkommission, Juli 1909. — Vizesekretär mit T. u. Ch. eines Hofsekretärs H. Mayr Edler v. Melnhof in den Ruhestand getreten, Sept. 1909. — Bezirksrichter Dr. H. Forcher, ern. zum Vizesekretär mit Titel u. Char. eines Hofsekretärs, Nov. 1909. — Dr. R. Ritter v. Braun-Fernwald, ern. zum defin. Vizesekretär, Juni 1909. — Hofkonzipist R. Edler v. Pflügl, ern. zum defin. Vizesekretär, Nov. 1909. — Hofkonzipist Dr. R. Riemer, ern. zum provis. Vizesekretär, Juni 1909. — Konzeptspraktikant A. Ritter v. Oppolzer und Dr. E. Ritter v. Humbourg, ern. zu provis. Hofkonzipisten im Aug. 1909. — A. Korompay, H. Freiherr v. Haan, Dr. Th. Eberstaller, Dr. E. Köhler Edler v. Damwehr, ern zu Konzeptpraktikanten, Januar, März, Juli, Aug. 1909. — Provis. Hofkonzipist M. Fizia, ern. zum defin. Hofkonzipisten im Dezember 1909. — Ausg.: Hofrat H. Ehrenberger, pens. April 1909; Vizesekretär Dr. O. Spann, ern. zum Prof. an der deutschen techn. Hochschule in Brünn, März 1909; Konzeptspraktikant Dr. E. Perels, ern. zum Konzipisten der Handels- und Gewerbekammer für Niederösterreich, Mai 1909; Konzeptspraktikant Dr. F. Weyr, ern. zum Konzipisten im Statist. Landesamt für das Königr. Böhmen, Aug. 1909.

Außenhandels- und zwischenverkehrsstatistischer Dienst des K. K. Handelsministeriums, Wien. — H. Molin-Astolfo, Ministerialsekretär, ern. zum Sektionsrat; 1. Juli 1909. — Dr. E. F. Rothe, Ministerialkonzipist, ern. zum Ministerial-Vizesekretär, 1. Juni 1909. — Dr. A. Th. Zsibrita, Ministerialkonzipist, übersetzt aus einer anderen Sektion.

Statistisches Landesamt des Königreichs Böhmen, Prag. — Privatdozent Dr. F. Weyr, Konzeptspraktikant im Unterrichtsministerium, ern. zum Konzipisten, 2. Juli 1909. — Gerichtspraktikant Dr. W. Winkler, ern. zum Konzipisten, 21. Juli 1909.

Statistisches Landesamt für Steiermark, Graz. — Direktor Prof. Dr. Mischler, TV. k. k. Hofrat. — Konzipist Dr. Otto Wittschieben, befördert in die höhere Rangs- und Gehaltsklasse (IX), 1. Nov. 1909.

Statistisches Departement der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina, Serajewo. — Regierungssekretär J. Strauß, Chef des Departements, ern. zum Regierungsrat, 28. April 1909. — Politischer Adjunkt Dr. E. Gerde, ern. zum Regierungskonzipisten, 27. Februar 1909. — Konzeptspraktikant Dr. F. v. Galliuff, ern. zum politischen Adjunkten, 28. Juli 1909.

3. Schweiz.

Statistisches Bureau des Kantons Aargau, Aarau. — Vorsteher E. Naef, ern. zum Dr. jur. hon. c. durch die Universität in Bern, 20. Dezember 1909.

Titelanzeigen.

2. Literatur der Grundbesitzstatistik des Jahres 1909.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im DStZ bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl die betr. Spalte des I. od. II. Jg. an. Abkürzungen: St = Statistik. — BzSt = Beiträge zur Statistik (des betr. Landes oder der betr. Stadt). — StJdSt = Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, Bd. 16, Breslau, Korn. — MStA = Mitteilungen des Statistischen Amtes . . . . — StJ = Statistisches Jahrbuch. — JB = Jahresbericht. — StJÜ = Statistische Jahresübersicht. — StH = Statistisches Handbuch. — StM = Statistische Mitteilungen. — VB = Verwaltungsbericht. — GB = Geschäftsbericht.

Bernhard, L., Tabelle der Grundsteuerwerte v. landw. Grundstücken in Bayern u. Text hierzu (16 S.) Sulzbach, H. E. v. Seidel. ℳ —.50.

Creanga, G. D., Grundbesitzverteilung u. Bauernfrage in Rumänien. II. u. III. Teil. (VIII, 188 S.) Leipzig, Duncker u. Humblot.

Eichelmann, K., Ergebnisse der Grundstückszählung v. November 1905 in Straßburg i. E. BzSt, Heft VIII, S. 10*—19* u. 1—38.

(II, 10.) Groß, Paul, Statistik der Güterschlächterei im Kanton St. Gallen nach Erhebungen vom Frühjahr 1909. St., XXVI (30 S.)

Hecht, F., Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland. III. Abtlg. Die Landschaften und landschaftsähnl. Kreditinstitute. 1. Band: Die Statistik (XLV, 607 S. m. 5 Tab. u. 8 Kurventaf.), Leipzig, Duncker u. Humblot. ℳ 25.—.

Kuczynski, R., Grundstücksaufnahme, die, der Stadt Schöneberg, vom 16. X. 1905, und die Wohnungs- u. Bevölkerungsaufnahme vom 1. XII. 1905. (VII, 102 S.) Einzelberichte d. StA 1. Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. ℳ 1.50.

(II, 8.) Mildschuh, W., Mietzinse u. Bodenwerte in Prag in d. J. 1869—1902. Mit einer Einleitung über die Theorie d. städtischen Grundrente von F. Freih. v. Wieser. (XLV, 211 S.) Wien, Deuticke. ℳ 8.—.

Neefe, M., Gebiet, Bodenbenutzung und Grundbesitz 1906 u. 1907. StJdSt S. 1—25.

Rosenberg, E., Die Grundstücks-, Gebäude- u. Wohnungszählung der Stadt Kiel v. Dezbr. 1905. MStA 12. (43 u. 45 S. mit 8 Karten.) Kiel, Lipsius u. Tischer. ℳ 6.—.

Schoch, E., Der landwirtschaftliche Hypothekarkredit in der Provinz Sachsen. Diss. d. U. Heidelberg. (126 S. u. Tab.) Halle a. S.

Silbergleit, H., Grundbesitz und Gebäude in Berlin. StJ 1906/07. S. 47*—70* u. 143—170.

Swjatlowski, W. v., Grundbesitzwechsel in Rußland 1861—1908. (VII, 128 S.) Leipzig, Duncker u. Humblot. ℳ 3.—.

Bautätigkeit u. Wohnungsmarkt in Berlin 1906—1908/09. MStA 2. (38 S.) Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. ℳ 2.—.

Beiträge zur Statistik des Grundbesitzes in Frankfurt a. M. (Besitzstand 1900. — Besitzwechsel 1897—1907. — Grundstückserhebung 1905.) (VI, 84 u. LX S. u. 5 Taf.) BzSt, NF. 6. Frankfurt a. M., Sauerländer. ℳ 2.50.

Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes v. 26. 4. 1886, betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den



Prov. Westpreußen und Posen für 1908. N 210 d. Drucks. des H. d. Abg. 1908/09. (19 S.)

Ergebnisse der Bevölkerungs-, Grundstücks- u. Wohnungsaufnahme der Stadt Breslau v. 1. XII. 1905. (168 u. 8 S. m. 5 Plänen. Bresl. St. 27. Bd.) Breslau, Morgenstern. ℳ 1.10.

Grundbesitz u. Wohnungsverhältnisse in Elberfeld 1908. Jahrb. d. St. Elb., Nov. 1909, S. 39—54.

Grundbesitz-Statistik der Stadt Dresden. StJ f. 1908, S. 57—62.

Grundbesitz-Veränderungen in der Stadt Görlitz 1. IV. 1908—31. III. 1909. JB f. 1908, S. 44—45.

— in der Stadt Leipzig. VB f. 1908, S. 39—52.

Grundbesitz-Verhältnisse in der Stadt Frankfurt a. M. StJÜ, Ausgabe für 1908/09, S. 4 ff.

— der Stadt Linden. StJ, Erste Ausgabe 1909, S. 14—19.

— in Österreich 1906/07. StH f. 1908, S. 17—137.

Grundbesitzwechsel-Statistik für die Stadt Wiesbaden 1908. StJB f. 1908, S. 20ff.

Grundbuchamtsgeschäfte der Gemeindegrundbuchämter 1908 in Baden. StM Großh. B. 09, Novbr.

Grundstücks-Statistik der Stadt Magdeburg. VB 1908/09, S. 31—33.

Handbuch d. Grundbesitzes im Deutschen Reiche. Unter Mitwirkung d. kgl. Behörden u. n. amtl. Quellen bearb. — Prov. Westpreußen. 5 Aufl. (VII, LIX, 370 S. u. Kart.) Berlin, Nicolai. ℳ 10.—.

Stadtgebiet, Grundbesitzwechsel, Grundstücke, Gebäude . . . in Cöln. SA aus VB 1901—1905. (48 S.)

(I, 238) Statistik des Grundbesitzes in Frankfurt a. M. (144 S., 2 Taf.)

Statistik der Hypothekenbewegung im Lübeckischen Staate vom April 1908 bis März 1909. Anl. VI z. GB f. 1908.

Territorien, die alten, des Bez. Lothringen (m. einem Teil vom Bez. Unter-Elsaß) nach dem Stande vom 1. I. 1648. 2 T. Mit Ortsverz. u. 1 Kal. (VI, 959 S.) StM 30. Straßburg, Bull. ℳ 20.—.

Zwangsversteigerungen in der Stadt Leipzig (halbmonatlich tabellarisch veröff. in Zeitschr. f. d. L. Grundbesitz).

— in der Stadt Dresden (monatlich im Dr. Anzeiger).

Fragekasten.

Dr. F. M., Ludwigshafen. In Ergänzung der Mitteilung in Nr. 8 (1909) Sp. 255 folgen die Angaben betr. die russischen Veröffentlichungen über den Außenhandel. Das vom Statistischen Zentralkomité im Ministerium des Innern herausgegebene *Russische Jahrbuch* enthält doppelsprachige Tabellenköpfe (russisch-französisch), ist zuletzt 1908 erschienen und soll im Februar 1910 neu erscheinen. Preis 6 M. Das *Jahrbuch des Finanzministeriums*, zuletzt für 1907/08 erschienen, kostet 15 M. Das Quellenwerk: *Übersicht über den ausländischen Handel Rußlands* — nur in russischer Sprache — ist zuletzt 1907 erschienen und kostet 12 M.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 3 **2. Jahrgang** **1. April 1910**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern: Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Inhalt:

Kann mit Hilfe der Statistik die Wirkung der Aufhebung von Steuern auf Lebensmittel festgestellt werden?

Von Dr. rer. pol. **Ernst Helbling** in Freiburg i. B.

Am 1. April 1910 tritt im Deutschen Reiche der § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 in Kraft, wonach für Rechnung von Kommunen oder Korporationen Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht mehr erhoben werden dürfen.

Aus der Entstehungsgeschichte dieser gesetzlichen Bestimmung zu schließen, wurde dieser Beschluß der Zolltarifkommission lediglich aus sozialpolitischen Gründen zum Gesetz erhoben. Die Absicht des Gesetzgebers war, durch die Beseitigung der kommunalen Belastung der notwendigsten Lebensmittel die neue Belastung durch die Lebensmittelzölle, wenn auch nicht im vollen Maße, so doch einigermaßen zu paralysieren. Dies geschah unter der Voraussetzung, daß die Aufhebung der gemeindlichen Oktrois den Konsumenten durch Rückgang der Lebensmittelpreise um den Betrag der Oktroibelastung zugute kommt.

So oft nun in den letzten 30 Jahren die Frage der Aufhebung von Lebensmittelsteuern aus sozialpolitischen Gründen zur Diskussion stand, bildete auch die Frage, ob die Aufhebung tatsächlich für die Konsumenten von Vorteil sei, den Kernpunkt des Streites für und wider die Aufhebung.

So ist es auch ganz natürlich, daß man verschiedentlich versucht hat, mit Hilfe der Statistik die Wirkungen der Aufhebung von Lebensmittelsteuern festzustellen.

Als nun im vorigen Jahr die deutschen oktroierhebenden Städte sich bemühten, den Termin, an welchem der § 13 des Z. T. G. in Kraft treten sollte, auf das Jahr 1917 hinauszuschieben, bildete die Frage der Aufhebung des Oktrois aufs neue in der wissenschaftlichen Literatur besonders aber in der Tagespresse Gegenstand lebhafter Erörterungen. Dabei wiesen die Freunde des Oktrois auf die Untersuchungen Schotts[1]) hin, während die Gegner des Oktrois sich auf die Ergebnisse der Untersuchungen Laspeyres'[2]) beriefen.

Ersterer habe den Nachweis erbracht, daß die Aufhebung des Oktrois auf Mehl und Brot in Mannheim das Brot nicht verbilligt habe, letzterer habe dagegen bewiesen, daß nach der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Preise des Fleisches und des Brotes vielfach sogar um mehr als den Steuerbetrag zurückgegangen sind.

Es dürfte deshalb schon aus diesem Grunde lohnen, festzustellen, was die beiden Untersuchungen eigentlich bewiesen haben.

Es sei vorausgeschickt, daß die beiden in Frage stehenden Untersuchungen die ersten waren, welche ernstlich, durchaus gewissenhaft und mit Hilfe aller gegebenen zahlenmäßigen Möglichkeiten den Versuch gemacht haben, die Wirkungen der Aufhebung von Lebensmittelsteuern festzustellen.

---

1) Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim Nr. 10, 1902: Die Mannheimer Brotpreise seit Aufhebung des Oktrois auf Mehl und Brot.

2) Schanz' Finanz-Archiv, 18. Jahrg. 1901, S. 46ff.: Laspeyres: Statistische Untersuchungen zur Frage der Steuerüberwälzung, geführt an der Geschichte der preußischen Mahl- und Schlachtsteuer.

Laspeyres hat in überzeugender Weise den Nachweis erbracht, daß auf die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Preußen am 1. Januar 1875 ein Preisrückgang in den Steuerstädten, worunter er die Städte mit der Mahl- und Schlachtsteuer versteht, vielfach um mehr als den früheren Steuerbetrag pro Kilogramm eingetreten ist.

Er demonstriert dies an der Hand der Steuerstädte im Vergleich zu den Nichtsteuerstädten und den Steuerartikeln zu den Nichtsteuerartikeln, am Monat Dezember 1874, in welchem die Steuern noch in Kraft waren, und am Monat Januar 1875, in welchem sie aufgehoben waren.

Nachdem ihm dieser Nachweis in zweifelsfreier Weise gelungen war, fährt er auf S. 281 a. a. O. wörtlich fort: „So sicher wie die Einwirkung der Steueraufhebung auf die Preisgestaltung im Januar 1875 läßt sich für die Folgezeit die Einwirkung nicht mehr nachweisen."

Seine preisstatistischen Untersuchungen für das Jahr 1875 haben nun zu dem Ergebnis geführt, daß das Gemahl, worunter er die von der Mahlsteuer betroffenen Gegenstände versteht, auf dem im Januar 1875, also unmittelbar nach der Aufhebung der Mahlsteuer, erreichten Tiefstand während des ganzen Jahres stehen geblieben ist, ja noch etwas weiter nachgegeben hat, wogegen bei dem Geschlacht, worunter er die von der Schlachtsteuer betroffenen Gegenstände versteht, sofort mit dem Februar eine bis zum Oktober oder November anhaltende Reaktion gegen das Sinken vom Dezember auf den Januar eingesetzt habe. Und zwar betrug das Mehrsinken der Steuerstädte gegenüber den Nichtsteuerstädten im Durchschnitt des ganzen Jahres 1875 und auch noch am Ende dieses Jahres nur noch 70—80 % des Steuerwegfalles, so daß die Steueraufhebung beim Geschlacht nicht ganz, sondern nur noch in diesem Betrage den Konsumenten zustatten gekommen wäre. Laspeyres meint nun, „diese nicht völlige Überwälzung der Steueraufhebung auf die Konsumenten wäre nicht verwunderlich, wenn im II. Teil (seiner bis jetzt noch nicht erschienenen Untersuchungen) sich zeigen sollte, daß etwa die bestehende Schlachtsteuer nicht ganz auf die Konsumenten übergewälzt wurde", mit anderen Worten: wenn es dem Gewerbetreibenden bei der Einführung oder während des Bestandes der Steuer, also vor 1821 oder während des Zeitraumes 1821—1875 nicht gelungen war, die ganze Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen, so konnte auch die Steueraufhebung den Konsumenten nicht um den ganzen Betrag wieder zugute kommen.

Es ist allerdings eine bedauerliche Tatsache, daß die weiteren Untersuchungen Laspeyres' bis heute noch nicht erschienen sind, die zweifellos noch Antworten auf Fragen des bereits erschienenen Teiles bringen können; aber angenommen, es würde Laspeyres obiger Nachweis gelingen, so bleibt doch immer noch die Frage offen, warum nicht unmittelbar nach der Steueraufhebung, also im Januar 1875, sondern erst im Verlaufe des Jahres oder gar erst am Ende des Jahres 1875 nur die Steuerüberwälzungsquote in der Preisgestaltung der Steuerartikel zum Ausdruck gekommen ist.

Nach der Preisgestaltung des Gemahls für das Jahr 1875 müßte sich dann konsequenterweise ergeben, daß den Gewerbetreibenden bei der Einführung oder während des Bestandes der Mahlsteuer die Überwälzung der Steuer überhaupt nicht gelungen ist.

Allein bei allen seinen Schlüssen vermeidet L. sorgsamst die Aufstellung bestimmter Behauptungen, er bedient sich vielmehr des äußerst vorsichtigen Ausdrucks „scheinen", „weil", wie er sagt, „die längere Zeit nach der Steueraufhebung eingetretene definitive Preisgestaltung **nicht mit derselben Sicherheit** als das Resultat nur der Steueraufhebung nachgewiesen werden kann wie die erste vorläufige nach der Steueraufhebung"; denn neben der einen aus dem Steuerwegfall herrührenden Preissenkung und neben der einen daraus folgenden Preisverschiebung gegen die Nichtsteuerstädte könnten auch weitere Verschiebungen aus anderen als Steuergründen hergegangen sein. Aber dies ist gerade der springende Punkt der ganzen Frage.

Es handelt sich nicht darum, daß unmittelbar auf die Steueraufhebung die Steuerartikel um den Steuerbetrag im Preise fallen, sondern darum, daß der Steuerwegfall den Konsumenten **dauernd** zustatten kommt.

Es ist auch fast regelmäßig bei Aufhebungen anderer Lebensmittelsteuern der Fall gewesen, daß unmittelbar auf die Steueraufhebung eine Preisreduktion um den vollen, meist sogar um einen noch höheren Betrag als die Steuerquote eingetreten ist. Dies braucht nicht, wie L. vermutet, darauf zurückzuführen sein, daß es den Gewerbetreibenden bei der Einführung oder während des Bestandes der betreffenden Steuer gelungen ist, die Steuer im vollen Maße auf die Konsumenten abzuwälzen.

Wenn es L. nicht gelingen sollte, den Nachweis der Steuerüberwälzung bei der Schlachtsteuer auf die Konsumenten zu erbringen, so braucht das Ergebnis auch dann nicht „verwunderlich" zu sein; denn es gibt auf psychologischem, nicht statistischem Wege eine sehr einfache Erklärung dafür.

Nicht die Konsumenten, sondern die Gewerbetreibenden waren es immer, welche die Lebensmittelsteuern aufs heftigste bekämpften und zwar nicht ausschließlich wegen der finanziellen Belastung, sondern in den meisten Fällen wegen der mit der Steuererhebung zusammenhängenden größeren oder kleineren Belästigung des Gewerbes. Durch den Preisrückgang wollen und müssen aber die Gewerbetreibenden den Konsumenten in möglichst augenfälliger Weise zeigen, welche Wirkung die Aufhebung der Steuern auf Lebensmittelpreise zur Folge haben, wenn das konsumierende Publikum nicht sagen soll, daß die Aufhebung der Lebensmittelsteuern, welche doch in den meisten Fällen durch empfindlichere direkte Steuern ersetzt werden, zwecklos gewesen ist.

So will auch die Freiburger Metzger-Innung nach Angabe des Innungs-Obermeisters anläßlich der Aufhebung des Oktrois auf Fleisch am 1. April 1910 beispielsweise das Ochsenfleisch um 2 ₰ im Preise reduzieren. Nach dem Oktroitarif beträgt die gegenwärtige Oktroibelastung pro Stück Schlachtvieh I. Schwere 5,50 ℳ, die Oktroibelastung pro Pfund, wenn man nach sachverständigem Urteil beim Schlachtvieh I. Schwere ein



Durchschnittsgewicht von 650 Pfund annimmt, demnach 0,85 ₰. Die freiwillige und ungerechtfertigte Verlust des Metzgers beträgt für einen mittleren Freiburger Metzgereibetrieb mit einem durchschnittlichen Ladenverkauf von 6000 Pfund Ochsenfleisch pro Jahr ca. 70 ℳ und dies nur für die Fleischsorte Ochsenfleisch.

Es würde aber geradezu gegen den fundamentalsten Grundsatz im wirtschaftlichen Erwerbsleben, das Selbstinteresse, verstoßen, wenn die Gewerbetreibenden dauernd einen freiwilligen und ungerechtfertigten Verlust tragen wollten. Es ist vielmehr als sicher anzunehmen, daß sie sich bei geeigneter Gelegenheit schadlos halten werden. Bietet sich nun eine solche Gelegenheit zur Preiserhöhung, so werden die Gewerbetreibenden den Preis nicht nur auf die beispielsweise durch die Konjunktur bedingte und in diesem Fall normale Höhe steigern, sondern wenn irgend möglich ihren bisherigen freiwilligen Verlust in den neuen Preis einzubeziehen suchen. Zu diesem Vorgehen wären sie an sich berechtigt, aber nur so lange, bis der vorangegangene zeitweilige und freiwillige Verlust gedeckt ist. Alsdann wären die Verkäufer eigentlich verpflichtet, auf den normalen Preisstand zurückzugehen. Dies ist aber, selbst wenn es möglich wäre, nicht wahrscheinlich, weil einer solchen Absicht das zu starke Selbstinteresse entgegenwirkt und dann weil auch eine Kontrolle fehlt, welche sie zu diesem Zurückgehen der Preise zwingen könnte. Es ist aber auch nicht möglich, weil es sich in den meisten Fällen um Bruchteile von Pfennigen pro Pfund handelt. Man wird also ruhig sagen dürfen: Ist den Gewerbetreibenden der Preisaufschlag über die normale Höhe aus obigem Grunde gelungen, so ist auch die Wirkung der Aufhebung von Oktrois mit der Absicht der Verbilligung der Lebensmittelpreise nicht eingetroffen; denn es handelt sich bei der ganzen Frage nicht darum, daß auf den Steuerwegfall eine Preisminderung um den Steuerbetrag eintritt, sondern darum, daß der Steuerwegfall den Konsumenten dauernd zugute kommt.

Der Eintritt und Verlauf des Prozesses der Preissteigerung aus obigem Grunde kann nun wieder an den einzelnen Orten verschieden und von den verschiedensten Ursachen abhängig sein. Er kann aber überhaupt nur eintreten, wenn nicht eine solche Konkurrenz unter den Offerenten vorhanden ist, welche eine Preissteigerung verhindert. Dieses Moment ist aber nicht nur bei verschiedenen Gewerben desselben Ortes, sondern auch bei denselben Gewerben an verschiedenen Orten verschieden.

Ist aber keine solche Konkurrenz vorhanden, so hängt die Preissteigerung wiederum wesentlich von zwei Momenten ab:

a) wie hoch sich der Wegfall der Steuer pro Einheit beziffert und
b) wann und unter welchen Umständen sich eine Gelegenheit zur Preissteigerung bietet.

Es ist selbstverständlich ein großer Unterschied, ob das Kilogramm Ochsenfleisch mit durchschnittlich 9 ₰, wie Laspeyres die preußische Schlachtsteuer berechnet hat, oder nur mit 1,4 ₰, der durchschnittlichen Höhe des Oktrois in Freiburg auf Fleisch, belastet ist. Je größer der weggefallene Steuerbetrag ist, desto größer wird auch der Anreiz zur Preissteigerung sein, desto längere Zeit wird anderseits aber auch vergehen, bis die frühere Preishöhe oder diese doch annähernd wieder erreicht wird. So dürfte es auch zu erklären sein, daß beim Geschlacht, das mit einer viel höheren Steuer belastet war, als das Gemahl, sich auch zuerst die Reaktion gegen den Preisabschlag infolge der Steueraufhebung schon im Verlaufe des Jahres 1875 geltend machte. Die Untersuchungen Laspeyres leiden daran, daß er sie nicht auf weitere 15—20 Jahre ausgedehnt hat. So hohe Steuersätze wie 9 ₰ pro Kilogramm können natürlich nicht in einem Jahre oder weniger wieder im Preise ausgeglichen werden.

Die Gewerbetreibenden werden es aber auch nur dann wagen, eine Preissteigerung aus obigem Grunde vorzunehmen, wenn gleichzeitig ein anderer und zwar berechtigter Anlaß zur Preiserhöhung zwingt. Dies kann durch verschiedene Preisbestimmungsgründe geschehen. Anstatt beispielsweise das Pfund um 1 ₰, welcher auf die, sagen wir, natürlichen Preisbestimmungsgründe zurückzuführen wäre, zu erhöhen, setzen sie jetzt den Preis um 2 ₰ hinauf. Der zweite Pfennig ist auf das Konto des früheren freiwilligen Verlustes zu setzen. Oder die Konjunktur bedingt beispielsweise einen Preisrückgang; statt dessen bleiben die Verkäufer auf dem alten Preise stehen.

Aber in diesem Augenblick beginnen auch die großen Schwierigkeiten, die sich der Kontrolle entgegenstellen. Wir haben in der Statistik wohl ein Hilfsmittel, die Preisbewegung zu verfolgen. Aber damit ist noch nicht genug geschehen; wir haben lediglich eine äußere Erscheinung festgestellt, ohne auch die Ursachen, die wiederum der verschiedensten Natur sein können, zu kennen. Die Statistik der Preisbewegung bedürfte also notwendig einer Ergänzung durch eine fortlaufende Statistik der einzelnen preisbildenden Momente, also insbesondere beim Metzger der Viehpreise, beim Bäcker der Mehlpreise, des weiteren einer Statistik der Löhne, der Mieten, der verschiedenen Steuerbelastungen usw. Hier ergibt sich nun die Frage, ist eine solche Statistik aller preisbildenden Momente überhaupt möglich?

Diese Frage wird man verneinen müssen. Wie will man beispielsweise die Konkurrenz oder deren Gegenteil, eine Monopolstellung, die doch für die Gestaltung der Warenpreise von erheblicher Bedeutung sind, statistisch messen?

Man wird aber auch für die Gestehungskosten, die zahlreich und unter sich verschieden und beständig im Fluß sind und zwar nicht immer nach oben, auch keine für alle Orte konstante Größe annehmen dürfen. Damit kommen wir zu den Untersuchungen Schotts. Bis zu diesem Punkte seiner Ausführungen wird man Schott ohne weiteres zustimmen müssen. Wenn er aber in seiner Gleichung

$$g = bp - mp - o - k,$$

wobei g den Gewinn des Bäckers, bp den Brotpreis, mp den Mehlpreis, o das Oktroi und k die Fabrikationskosten bedeuten, für k für alle Orte und verschiedene Zeiten eben in Ermangelung bestimmter Einzelfeststellungen eine konstante Größe annimmt, so ist dies nicht richtig. Wenn man bedenkt, wie viele preisbildende Momente k in sich schließt, die nicht nur örtlich verschieden sein können, wie Bodenwerte, Kommunalsteuern,

Konkurrenz usw., sondern sich auch in einem gewissen Zeitraum nach oben oder unten ändern können, so geht es nicht an, auf andere Städte wie Karlsruhe und Heidelberg zu verweisen, „welche gleichfalls mit erhöhten Fabrikationskosten zu rechnen hatten", eine Annahme, die eben des statistischen Nachweises bedurft hätte. Ein solcher Nachweis ist aber nicht zu erbringen.

Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß auch Schott ähnliche Empfindungen gehabt hat. Die Fassung seines Resümees läßt wenigstens diese Folgerung zu, wenn er sagt: „Zusammenfassend wird man wohl sagen dürfen" usw., noch mehr aber der Schlußsatz seiner Untersuchungen: „Wirtschaftsprobleme sind keine Rechenexempel", womit er doch wohl sagen wollte, derartige Fragen lassen sich zahlenmäßig genau nicht beantworten.

Man darf also ruhig behaupten: Weder Laspeyres hat bewiesen, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Preußen den Konsumenten zugute gekommen ist, noch hat Schott den Nachweis für das Gegenteil anläßlich der Aufhebung des Oktrois auf Mehl und Brot in Mannheim erbracht, aus dem einfachen Grunde, weil solche „Beweise" mit Hilfe der Statistik nicht geliefert werden können. Es sind somit auch die immer sich wiederholenden Hinweise der Freunde bzw. Gegner des Oktrois auf Lebensmittel auf die Untersuchungen Schotts bzw. Laspeyres' hinfällig.

Zweifellos empfehlenswerter sind prophylaktische Maßnahmen, wie sie vom Gemeinderat Stuttgart anläßlich der Aufhebung der Fleischsteuer am 1. April 1905 getroffen worden sind. Danach verpflichtete sich die Metzgerinnung, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe diejenigen Preise einzuhalten, die von einer vom Gemeinderat und der Metzgerinnung eingesetzten Kommission als Ladenfleischpreise bestimmt werden. In dieser Kommission liegt nach deren Zusammensetzung die Entscheidung in den meisten Fällen beim Vorsitzenden, der Gemeinderatsmitglied ist.

Die verflossene 5jährige Experimentalperiode gestattet bereits ein Urteil über den Erfolg dieser Einrichtung. Dieser ist kurz gesagt der: Die Fleischpreise wurden den jeweiligen Viehpreisen entsprechend festgesetzt. Und dies war der Hauptzweck.

Aber in der Praxis kommt diese Institution der Taxbehörde der alten Zunftverfassung sehr nahe, weshalb es auch nicht verwunderlich erscheint, wenn die Metzger sagen: warum soll gerade unser Gewerbe in Stuttgart in der Preisfestsetzung einem Kontrollorgan unterworfen sein, während alle übrigen volle Gewerbefreiheit genießen? Vielleicht dürfte gerade dieser Umstand die Stuttgarter Metzger dazu veranlaßt haben, den Vertrag auf 1. April 1910 zu kündigen.

Das Stuttgarter Prinzip hat sich bewährt. Es leidet nur daran, daß es gegenüber allen übrigen Orten eine Ausnahmeeinrichtung darstellt. Die Regelung der Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel, also Fleisch und Brot, ist aber von so exzeptioneller Bedeutung für die große Masse der Konsumenten, daß die Nachahmung des Stuttgarter Vorbilds am besten auf reichsgesetzlicher Grundlage wenigstens für die mittleren und Großstädte erwägenswert erscheinen dürfte.

Besprechungen.

VII. Grundbesitzstatistik.

Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland. Von Dr. Felix Hecht †. I. Abt.: Die staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute in Deutschland. 1. Entwicklungsgeschichte und Statistik. Leipzig, Duncker & Humblot 1891. 2. Organische Satzungen. 1891. II. Abt.: Die deutschen Hypothekenbanken. 1. Die Statistik der deutschen Hypothekenbanken. 1903. III. Abt.: Die Landschaften und landschaftsähnlichen Kreditinstitute in Deutschland. 1. Die Statistik. 1908. — **Der Europäische Bodenkredit.** Von dems. 1. Die Entwicklung der staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute in Deutschland seit 1890. Leipzig 1900.

Der im Oktober v. J. verstorbene Geh. Hofrat Dr. Felix Hecht hat durch sein großangelegtes Werk über die Organisation des Bodenkredits, das leider unvollendet geblieben ist, darauf hingewiesen, wie in der durch die staatliche Gliederung des Deutschen Reichs und die Verschiedenartigkeit der Bewirtschaftungsformen bedingten Vielgestaltigkeit die wirtschaftspolitischen Institutionen doch als ein einheitliches Ganzes erscheinen, durch deren zusammenfassende statistische Bearbeitung ein bedeutender Fortschritt in der Erkenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse erzielt werden kann. Gegenüber der Statistik der Grundbesitzverschuldung erbringt die Statistik des organisierten Bodenkredits den Nachweis, in welchem Umfange die unvollkommene Privathypothek abgelöst worden ist durch die höhere Form einer den Wirtschaftsbedürfnissen des Darlehnsschuldners in bezug auf Verzinsung und Rückzahlung angepaßten Bankhypothek. Unter Aufwendung erheblicher persönlicher Opfer hat Hecht seine große Arbeitskraft, seine vielseitigen Kenntnisse und Erfahrungen diesem idealen wissenschaftlichen Zwecke gewidmet. — Die Statistik der staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute ist im ersten Bande der „Organisation des Bodenkredits" bis 1890, in dem diesen Instituten gewidmeten Teile des „Europäischen Bodenkredits" bis 1898 fortgeführt. Die Statistik der deutschen Hypothekenbanken reicht bis 1899, die der Landschaften bis 1906 teilweise 1907. Im Jahre 1898 betrug der Obligationenumlauf bei den staatlichen und provinziellen Anstalten 699,7 Mill. ℳ, bei den Hypothekenbanken 5865,0, bei den preußischen Landschaften und den entsprechenden Instituten außerhalb Preußens 2746,1, zusammen 9310,8 Mill. ℳ, ein Betrag, der den Staatsschulden von Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen zusammen im Jahre 1905 etwa gleichkommt, während der Betrag der Reichsschuld im Jahre 1898 nur 2302,3 Mill. ℳ betrug. Aus diesen Zahlen erhellt die große Bedeutung der Bodenkreditinstitute, sowohl für die Landwirtschaft und die Entwicklung unseres Städtewesens, wie auch für



den Geldmarkt insbesondere für die Gestaltung des Zinsfußes. In der Klarstellung dieser Beziehungen unter den verschiedenen Faktoren der volkswirtschaftlichen Entwicklung liegt das Hauptverdienst der Hechtschen Statistik, die in ihrer Gesamtheit die Zeit von 1770 bis 1906, also einen Zeitraum von 135 Jahren umfaßt und als die umfangreichste und wertvollste privatstatistische Veranstaltung der neueren Zeit angesehen werden darf. *F. Schulte.*

Der fideikommissarisch gebundene Grundbesitz in Bayern 1909. Zeitschr. des K. Bayer. Statist. Landesamts, 42. Jahrg. 1910. 1. Heft S. 1ff.

Die früheren Nachweisungen über den fideikommissarisch gebundenen Grundbesitz in Bayern im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Bayern stützten sich im wesentlichen auf die Materialien, die die Veröffentlichungen der Fideikommißgerichte über die Errichtung und Erweiterung von Fideikommissen darboten, also auf die Einträge in die Fideikommißmatrikeln. Nach bayerischem Recht beziehen sich diese aber nur auf einen Teil der Fideikommisse; nicht eingetragen sind die sogenannten standesherrlichen und die reichsritterschaftlichen Fideikommisse sowie die Lehen. Auch entsprechen die Matrikeleinträge über die Kulturart des Bodens, die sich auf die Grundsteuerkatastereinträge gründen, vielfach nicht dem gegenwärtigen Stande. Um nun den fideikommissarisch gebundenen Grundbesitz vollständig und nach seiner gegenwärtigen Nutzungsart zu erfassen, wurde anfangs 1909 eine Sondererhebung veranstaltet. Für jedes Fideikommiß sollte ein Fragebogen ausgefüllt werden, und zwar durch den Fideikommißbesitzer selbst bzw. dessen Verwaltung. Der Fragebogen wurde ihm durch diejenige Distriktsverwaltungsbehörde zugestellt, in deren Bezirk die Fideikommißverwaltung ihren Sitz hat. Lag dieser Sitz außerhalb Bayerns, so hatte jede Distriktsverwaltungsbehörde für den in ihrem Bezirk gelegenen fideikommissarisch gebundenen Grundbesitz die Ausfüllung eines Fragebogens zu veranlassen. Die auf den Fragebogen erscheinenden Flächenangaben waren durch die zuständigen Königl. Rentämter, an die die ausgefüllten Fragebogen durch die Distriktsverwaltungsbehörden geleitet wurden, an Hand der Grundsteuerkataster zu prüfen.

Erfragt wurden 1. Name, Stand und Wohnort des Besitzers, 2. Jahr der Errichtung und rechtliche Natur des Fideikommisses, 3. die Gesamtfläche des Fideikommisses und Umfang des davon verpachteten Landes, 4. die Nutzungsart der Fläche, insbesondere wieviel landwirtschaftlich und wieviel forstwirtschaftlich benutzt wurde, 5. die zu jedem Fideikommiß gehörigen landwirtschaftlichen Betriebe nach Zahl und Größe, Nutzungsart der Fläche und ob verpachtet oder selbstbewirtschaftet. Nach diesen verschiedenen Gesichtspunkten wurden auch die eingekommenen Fragebogen zu Gesamtnachweisungen zusammengestellt, die nunmehr eine sehr eingehende und umfassende Statistik des fideikommissarisch gebundenen Grundbesitzes darstellen.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Fideikommißfläche nur 3,4 % der Gesamtfläche des rechtsrheinischen Bayern ausmacht — in der Pfalz gibt es keine Fideikommisse — und daß 67,2 % derselben Wald sind. Von den 202 Fideikommissen umfassen nur 9 je mehr als 5000 ha. Auf sie treffen 30,5 % der gesamten Fideikommißfläche. Die während der letzten 30 Jahre entstandenen Fideikommisse bilden 22,8 % aller Fideikommisse und 15,7 % der ganzen Fideikommißfläche. Bei einem erheblichen Teil des fideikommissarisch gebundenen Bodens und darunter gerade bei dem größten Teil derjenigen Besitzungen, die am ehesten Latifundiencharakter tragen, beruht die Bindung auf dem Autonomierecht der besitzenden Familien (Standesherren, vormals unmittelbarer Reichsadel). Wichtig ist auch die Tatsache, daß der gebundene Großgrundbesitz verhältnismäßig stärker bewaldet ist als der freie und daß 63,3 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche der Fideikommisse verpachtet sind. Dabei macht das in einzelnen Parzellen verpachtete Land ungefähr zwei Fünftel der ganzen Pachtfläche der Fideikommisse aus. Soweit das landwirtschaftliche Kulturland nicht parzellenweise verpachtet ist, wird es zu 74,0 % in Großbetrieben bewirtschaftet. Von den in Bayern vorhandenen 15 Großbetrieben mit mehr als 500 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche gehören 13 zu Fideikommissen. Bei den freien Großbetrieben ist die Eigenwirtschaft häufiger als bei den fideikommissarisch gebundenen.

H. Schmelzle.

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Freiwillige Verkäufe bäuerlicher Besitzungen an Personen nicht bäuerlichen Standes. Nach: Statist. Mitteil. des Herz. Steiermark. XXII. Heft. Graz 1910. gr. 8°. 119 S. Preis 2 K.

Diese auf 1906 und 1907 bezügliche Statistik, deren textliche Bearbeitung vom Konzipisten des Statistischen Landesamtes Dr. O. Wittschieben vorgenommen worden ist, bildet eine Fortsetzung der für die Zeit von 1903—1905 bereits vorliegenden Ergebnisse. Der Erhebungsplan ist im großen und ganzen derselbe geblieben, doch wurden in einzelnen Punkten erhebliche bessernde Veränderungen vorgenommen.

Im Jahre 1906 wurden in 44 Bezirken 346 Fälle mit 7352 ha Fläche, und 1907 eben auch in 44 Bezirken 348 Fälle mit 6461 ha Fläche konstatiert. Im letztgenannten Jahre 1907 blieben jedoch die (33) Wirtschaften mit weniger als 1 ha Fläche außer Betracht, da diese kleinen Gründe kaum Bauernwirtschaften darstellen, und zumeist nur Baugrund, Gartenland u. dgl. sind. Eine gewisse methodische Schwierigkeit ergab sich daraus, daß Besitzungen, objektiv gesprochen, von unleugbar bäuerlicher Art zur Zeit der Erhebung in Händen von Nichtbauern waren und von diesen verkauft wurden, also subjektiv eigentlich keine bäuerlichen Besitze waren; solche Fälle wurden mitgezählt. Jedenfalls sind die obengenannten Gesamtziffern Maximalgrößen, da viele Besitzungen mit einbezogen wurden, welche vermutlich, ungeachtet der Angaben der berichtenden Steuerämter, doch nicht Bauernwirtschaften waren. Auch dürften hier und da Trennstücke als Wirtschaften angesehen worden sein, wo ein Erkennen des Falles nicht ganz zweifelsohne verblieb. Es

dürfte jährlich eine Fläche von 1/8 Prozent des bäuerlichen Gesamtareals durch Verkauf ganzer Bauernwirtschaften an Nichtbauern übergegangen sein, während die Ziffern in Bayern und Braunschweig etwa 0—3 Prozent betragen. Bedauerlich ist, daß alljährlich, wenn auch vereinzelt, selbständige Verkäufe von Agrargemeinschaftsanteilen (ohne das Hauptgut) verfallen.

Auch in dem Schema der Ursachen wurde an der Hand der nunmehr fünfjährigen Erfahrungen manche Verbesserung vorgenommen, indem z. B. die wichtigsten Nebenursachen eingefügt, die geringer auftretenden Ursachen zusammengezogen und die wichtigen präzisiert resp. auseinandergelegt wurden, so daß das Bild entschieden an Klarheit gewonnen hat. Der Bearbeiter versucht eine neue Gruppierung der Ursachen, indem er sie prinzipiell in zwei Gruppen teilt, in solche, welche den Besitzer zum Verkaufe zwingen, und in solche, bei welchen der Besitzer aus freien Stücken zum Verkaufe schreitet. Die erste Gruppe von Ursachen gliedert sich dann weiter in Umstände des Verhaltens des Eigentümers oder in die äußeren Verhältnisse. Diesen so entstehenden vier Gruppen schließt sich dann eine fünfte, mehr in der Unklarheit der Berichterstattung begründete, die Fälle der sog. Überlastung des Grundbesitzes umfassende an.

Bei Darstellung der Berufe der Käufer wurde diesmal großes Gewicht darauf gelegt, durch Umfragen usw. und geeignete Bezeichnungen die professionellen Güterhändler und Güterschlächter sicher zu erfassen und plastisch herauszuarbeiten; dabei traten auch eine Reihe anderer (zumeist nicht bäuerlicher) Berufe hervor, deren Angehörige sich vielfach mit Güterhandel usw. beschäftigen. Die Aufkäufe seitens des Großbesitzes waren 1906 noch ziemlich erheblich, zeigen aber 1907 einen noch nicht weiter aufklärbaren Rückgang, obgleich manche gewiß hierhergehörigen Fälle nicht einbezogen werden konnten, da aus den Zählkarten die Eigenschaft eines Großbesitzers nicht immer deutlich erkennbar war. Von besonderem Interesse ist der zu Ansiedlungszwecken erfolgende Ankauf seitens Bediensteten und Arbeitern. Dadurch entsteht eine sozial zu begrüßende innere Kolonisation, verbunden mit einem Rückströmen von Bevölkerung auf das Land, mit einer Neubildung von Wirtschaften usw.

Bei Besprechung der Zwecke der Ankäufe wurde diesmal Gewicht darauf gelegt, festzustellen, in welchen Fällen das Bauergut als solches erhalten blieb, und ferner, in welchen Fällen wenigstens die Areale der Landwirtschaft nicht verloren gehen, wobei allerdings die Statistik mit dem Umstande rechnen muß, daß nur die unmittelbar nächste Absicht bekannt ist und daß selbst diese nicht immer realisiert werden dürfte. Im allgemeinen dienen 50 Prozent der verkauften Fläche zur Vergrößerung des Forst- und Jagdterrains, während rund in einem Drittel der Fälle das Bauergut als solches weitergeführt wird. Die Beobachtung der Verschuldungsverhältnisse zeigt, daß bei rund einem Viertel der Verkaufsfälle Schulden überhaupt nicht vorlagen, was damit zusammenhängt, daß, insbesondere im steiermärkischen Oberlande, die Verkäufe vielfach in der gesteigerten Nachfrage nach Bauergütern, nach Jagd- und Waldterrain, womit eine erhebliche Steigerung der Bodenwerte und ein Antrieb zum Verkaufe der väterlichen Scholle gegeben ist, ihre Ursache bezw. nächste Veranlassung haben. *E. Mischler.*

Statistische Nachweisungen aus der Forstverwaltung des Großh. Baden für das Jahr 1907. XXX. Jahrg. mit allgemeinen Mitteilungen über die forstlichen Verhältnisse des Landes. Karlsruhe, C. F. Müllersche Hofbuchdruckerei 1909 (s. auch Sp. 50 D. St. Z., 2. Jahrg.).

Der 2. Teil enthält wieder die seit 1903 in die Nachweisungen eingefügten einleitenden Erläuterungen mit Rückblicken auf die Jahre 1878 bis mit 1906, wodurch ein guter Einblick in die Entwickelung Badens seit 1878 geboten wird.

Von der gesamten Waldfläche Badens (am 1. Januar 1908 581 614 ha), die gegen das Vorjahr eine Vergrößerung von 2265 ha (0,4 %) erfahren hat, stehen nach Abschnitt I des Tabellenwerkes rund zwei Drittel unter „Beförsterung" (376 626 ha). Die Gesamtzunahme an Wald hat in der Hauptsache Ankäufe und Aufforstungen landwirtschaftlich geringwertigen oder ertragslosen Geländes zur Ursache.

Im Abschnitt II werden nachgewiesen die Waldflächen, die Holznaturalerträge, die Holzgelderträge, die Forstnebennutzungen, die Kulturkosten der Aufwand für Wegebauten, die Arbeitslöhne, die durchschnittlichen Holzpreise und schließlich die Einnahmen und Ausgaben der D o m ä n e n waldungen.

Die Holznutzung ist seit 1878 ziemlich stetig gestiegen; die Ursachen dieser Zunahme sind die gleichen wie in den übrigen deutschen Staaten: Verbesserung der Holztransportmittel bzw. bessere Aufschließung der Waldungen; gesteigerte Nachfrage nach den schwächeren Holzsortimenten durch den Aufschwung der Industrie; Steigerung der Zuwachsleistung des Waldes durch mannigfaltige Fortschritte auf dem Gebiete des Waldbaues und genauere Feststellung der Leistungsfähigkeit des Waldes durch Erneuerung der Forsteinrichtungswerke. Das Nutzholzprozent war 40,6.

Unter den Forstnebennutzungen spielt die Waldstreu eine ausschlaggebende Hauptrolle (170 475 ℳ). Die Kulturfläche betrug 696 ha, die Kulturkosten 212 782 ℳ (auf 1 ha der Gesamtfläche 2,27 ℳ), die Wegebaukosten 111 563 ℳ (auf 1 ha 4,82 ℳ), der mittlere Betrag des Tagelohnes für Mannesarbeit in der Hiebzeit 2,72 ℳ, in der Kulturzeit 2,57 ℳ, in letzterer für Frauenarbeit 1,67 ℳ. Im ganzen betrugen die Roherträgnisse der Domänenwaldungen rund 8,5 Mill. ℳ (89,86 ℳ für 1 ha), die Ausgaben 3,6 Mill. ℳ (37,56 ℳ für 1 ha), der Reinertrag also 52,31 ℳ für 1 ha. Kapitalisiert man den Reinertrag mit 2½ %, so ergibt sich ein Wert der Domänenwaldungen von 195,7 Mill. ℳ, was einer Zunahme von 131 % seit 1878 entspricht, während die der ertragsfähigen Fläche nur 8 % betrug.

Die III. Abteilung gibt Nachweisungen über den Holz-Natural-Ertrag im ganzen und über den Holzmassenertrag nach Hauptholzarten getrennt, ferner Übersichten über Material-Ertrag bez. Wert der Forstnebennutzungen und der Jagd und endlich Nachweisungen über die Kulturen und Wegeanlagen in den Gemeinde- und Körperschaftswaldungen, auf welche Zahlen wegen Raummangels nicht näher eingegangen werden kann. Die wenigen Stichproben mögen zur Kennzeich-

nung der stetigen Entwickelung der badischen Forstwirtschaft genügen; sie legen dar, welche große Fülle von Zahlenmaterial in den „Nachweisungen" zu finden ist. Wer für die seit 1878 erzielten Wirtschaftsergebnisse der badischen Forstverwaltung weitergehendes Interesse hegt, dem sei das Studium der besprochenen Nachweisungen selbst empfohlen. *F. Mammen.*

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Die kleinen Sparer. Sonderkapitel aus der Denkschrift zum 50jährigen Bestehen der städtischen Sparkasse zu Frankfurt a. M., bearbeitet im städtischen Statistischen Amt. Herausgegeben im Dezember 1909 vom städtischen Sparkassenamt.

Gelegentlich der Herausgabe dieser Denkschrift wurde eine bereits früher gehegte Absicht, eine Untersuchung der kleinen Sparguthaben und deren Inhaber zu veranstalten, verwirklicht. Es hat sich herausgestellt, daß bei der Festlegung des Begriffs der kleinen Sparer äußerst vorsichtig zu Werke gegangen werden muß, und daß die Untersuchung eigentlich einer Individual-Statistik dieser Personen nicht entraten kann. Um den beabsichtigten Versuch einmal durchzuführen, wurden alle diejenigen Sparer als kleine Sparer bezeichnet, deren Guthaben nicht mehr als 60 ℳ zur Zeit der Untersuchung betrug. Es mußten eben sämtliche Konten daraufhin geprüft werden, ob die Art der Einlagung und Abhebung nicht darauf schließen ließ, daß in Wirklichkeit es sich nicht um kleine Sparer handelt, sondern die derzeitige kleine Einlage nur der Rest aus dem Wechsel größerer Einlagen und Abhebungen war. Im ganzen wurden 7493 Konten erwachsener Personen und 1842 Kinderkonten untersucht. Den Hauptanteil nehmen gewerbliche und kaufmännische Lehrlinge und Gehilfen und sonstige Bedienstete ähnlicher Art und deren Frauen mit 2660 Personen, dann folgen 1281 Personen aus dem Stand kleiner Beamten und Beamtinnen, mit etwas über 900 Personen folgen dann Dienstboten und sonstige Hausbedienstete. Der Rest verteilt sich auf verschiedenartige Berufe, worunter insbesondere auch rund 450 weibliche Personen ohne Beruf sich befinden. Es ist nun zu bedenken, daß die städtische Sparkasse, welche aus der früheren Vorortgemeinde Bockenheim übernommen wurde, in der Stadt Frankfurt selbst also erst seit Ende der 90er Jahre besteht, während die Kassen der Polytechnischen Gesellschaft und der Nassauischen Landesbank von früher her einen alten Bestand von kleinen Sparern, der sehr wahrscheinlich wesentlich größer als der bei der städtischen Kasse ist, noch aufzuweisen haben. Zunächst sind 555 Konten ermittelt worden, bei denen in den letzten 10 Jahren überhaupt keine Bewegung stattfand, die also vorwiegend aus verlorenen Sparkassenbüchern bestehen, oder deren Inhaber die Kasse nicht mehr weiter berücksichtigen. Darunter sind allein 296 Sparbücher, deren Bestand höchstens 5 ℳ aufwies. Bei den Konten erwachsener Personen ist auch eine Unterscheidung zwischen denjenigen vorgenommen worden, deren Betrag nie über 60 ℳ war, und solchen, die gelegentlich größere Beträge als 60 ℳ aufzuweisen hatten, und es stellte sich heraus, daß beispielsweise 26 Konten eine einmalige Einlage von 2000 ℳ und mehr aufwiesen, darunter eines mit 13000 ℳ und eines mit 14000 ℳ, offenbar einmalig eingelegte Beträge, die allmählich aufgebraucht wurden. Nach Abzug sämtlicher Konten, die die Untersuchung trüben, ist von dem Rest, der die wirklichen kleinen Sparer enthält, die Hälfte etwa solche Konten, die eine kleine erstmalige Einlage zeigten und allmählich durch kleine Spareinlagen wuchsen. Die andere Hälfte zeigte teils größere Einlagen als der Bestand, teils stetigen Wechsel im Ab- und Zugang, und es scheint also eine sehr große Zahl von Sparern vorhanden zu sein, die die Sparkasse selbst mit so kleinen Beträgen als Bank benützen.

Bei den Kindersparkonten ergab sich auch eine größere Anzahl, bei denen die erstmalige Einlage über 1000 ℳ war, und deren jetziger Bestand bis zu 5 ℳ heruntergegangen ist. Nach der Dauer der Abhebung zu urteilen, scheinen hier ebenfalls Guthaben vorzuliegen von älteren Personen, die auf den Namen von Kindern eingezahlt wurden. Was Beruf und Alter der kleinen Sparer anbelangt, so ist besonders bemerkenswert, daß die Gruppe „weibliche Personen ohne Beruf" eine besonders große Anzahl von Konten aufweist, bei denen die erste Einlage größer als 60 ℳ war und offenbar einmal eingezahlte größere Beträge darstellt, die allmählich aufgebraucht werden. In der Gruppe Dienstboten usw. tritt die Altersgruppe 20—35 Jahre besonders hervor. Unter den Arbeitern, Rentnern und weiblichen Personen ohne Beruf ist eine Verschiebung nach den höheren Altersstufen zu bemerken. Die Auszählung erstreckte sich dann weiter noch auf den Umfang der Zuzahlungen und Abhebungen sowie auf die Zeitdauer, in denen der jetzige Bestand allmählich erreicht wurde.

Die Bearbeitung, welche nur einen allgemeinen Überblick geben sollte, regt zu ähnlichen Untersuchungen in anderen Sparkassen an und hat weiter ergeben, daß offenbar bei solchen Auszählungen der Individualstatistik der betreffenden Personen ein besonderer Wert beizulegen ist. *A. Busch.*

Die Kapitalanlage der öffentlichen Sparkassen in Baden. Statist. Mitteil. über das Großh. Baden. N. F. Bd. II. Dezemberheft 1909. S. 193flg.

Das wichtigste Ergebnis dieser kreditstatistischen Untersuchung ist die Tatsache, daß der Bruchteil des zinsbar angelegten Vermögens, den die badischen öffentlichen Sparkassen auf Hypotheken ausgeben, nicht nur verhältnismäßig sehr erheblich ist, sondern auch ständig zunimmt; die bezügliche Quote betrug Ende 1882 63,2 % und stieg bis Ende 1907 auf 74,6 % im Landesdurchschnitt. Dabei zeigte eine nähere Zergliederung der zinsbaren Kapitalanlage der Sparkassen mit Gemeindebürgschaft, für deren Verwaltung das Gesetz vom 9. April 1880 Geltung hat — bei den wenigen öffentlichen Sparkassen ohne Gemeindebürgschaft ist die Hypothekaranlage im Durchschnitt noch höher —, die bemerkenswerte Erscheinung, daß Ende 1907 bei den Kassen der Städte mit über 10 000 Einwohnern die Hypothekarkredite 80,9 %, bei den übrigen Kassen dagegen nur 70,4 % betrugen, welche Durchschnittsergebnisse vorzugsweise auf den Geschäftsbetrieb der Kreditgenossenschaften zurückgeführt werden.

Im übrigen ist die Anlage in Staatspapieren von 1882 bis 1907 von 9,5 auf 5,4 % zurückgegangen, dagegen die Anlage bei Kommunalverbänden von 5,2 auf 7,4 % gestiegen. Betrachtet man die Anlagen in regelmäßig durch Bürgschaft gesicherten Restkaufschillingen, in Darlehen gegen Faustpfand und gegen privaten Schuldschein, sowie die sogenannten Anlagen nach § 14 Abs. 3 des Sparkassengesetzes (z. B. in Kontokorrent) zusammenfassend als in Personalkredit begeben, so sank, entsprechend der vermehrten Anlage in Hypotheken, dessen Prozentanteil an der Gesamtsumme des zinsbar angelegten Vermögens in der genannten Zeitspanne von 22,1 bis auf 12,6 %. *L. Barck.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Zur Methodik der Krankenkassenstatistik. Von Dr. Magen, Leipzig. Medizinische Reform 1908. Nr. 19 u. 20. — **Vergleichende Krankenkassenstatistik, wie sie sein soll.** Von demselben. Ärztliches Vereinsblatt. 38. Jahrg. Nr. 737.

In der Erkenntnis, daß aus dem ihr in den Bundesratsformularen der Jahresberichte vorliegenden Rohmaterial ein gerechtes Urteil über den Einfluß des Arztsystems auf die Kassenfinanzen sich nicht gewinnen läßt, hat die Reichsstatistik darauf verzichtet, in diese Streitfrage mit Zahlenmaterial einzugreifen. Der Verfasser versucht darum im einzelnen darzulegen, wie die Methodik der kassenstatistischen Vergleichung auszubilden wäre, wenn ihre Resultate zuverlässig sein sollen. Da Kassen mit gleichartigem Mitgliederbestand und gleichen statutarischen Bestimmungen nicht vorhanden seien, so sei es notwendig, zuerst die ökonomischen Folgen solcher statutarischen Ungleichheiten rechnerisch festzustellen und so die Kassenleistungen auf ein gleiches Leistungsmaß zu reduzieren. In der „Med. Ref." vergleicht er die kaufmännische Ortskrankenkasse in Magdeburg, die Allgemeine Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. (beide mit organisierter freier Arztwahl) und die Ortskrankenkasse der Kaufleute usw. in Berlin (als Repräsentant einer Kasse ohne freie Arztwahl), im „Ärztl. Vereinsbl." die Ortskrankenkassen zu Lübeck und Leipzig (als Vertreter der freien Arztwahl) und die Ortskrankenkasse zu Dresden (mit Distriktarztsystem), so daß jedesmal zwei Kassen mit organisierter freier Arztwahl eine ohne solche gegenübergestellt wird. Der kritiklose Vergleich der Ausgaben dieser Kassen pro Kopf spricht zugunsten des Distriktarztsystems. Indem nun aber der Verfasser nach der Verschiedenheit der statutarischen Bestimmungen (über Arzneimittel, Unterstützungsdauer, Bargeld-, Familien- und Wöchnerinnen-Unterstützung, Rekonvaleszentenfürsorge usw.) die wesentlichsten Leistungen der Kassen durch unzählige Ab- und Zuzüge auf ein Gleichmaß zu reduzieren versucht, ergibt sich ein völlig anderes Bild, welches darlegt, daß die Kassen mit freier Arztwahl zum Teil bedeutendere Mehrleistungen gewähren. Der Verfasser glaubt so, eine einwandfreie Statistik geboten zu haben, ohne zu bedenken, daß oft die Verschiedenheit der statutarischen Bestimmungen von den lokalen Verhältnissen abhängt, die zu quantifizieren nicht möglich ist. Wenn beim Vergleich von 2—3 Kassen eine einwandfreie Statistik vielleicht hergestellt werden kann, so ist bei einer größeren Zahl ein solcher Vergleich aussichtslos. *W. Krebs.*

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die finanziellen Ergebnisse der deutschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaften im Jahre 1908. Von E. Werner. Zwanglose Mitteil. f. d. Mitglieder d. Vereins deutscher Maschinenbauanstalten. Jahrg. 1909. 12. Heft.

Seit einer Reihe von Jahren bearbeite ich für den Verein deutscher Maschinenbauanstalten die Rentabilität der deutschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaften nach einem eigenartigen Verfahren, über das ich an dieser Stelle in aller Kürze berichten möchte.

Ganz allgemein bemerke ich, daß ich zunächst bemüht war, meine Rentabilitätsstatistik, soweit irgend angängig, in Einklang mit dem Verfahren zu bringen, das vom Kaiserlichen Statistischen Amt bei der Berechnung der „Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften" eingeschlagen wird. Neben einigen Abweichungen prinzipieller Natur ist aber meine Statistik, die sich nur auf die Maschinenindustrie beschränkt, etwas vielseitiger aufgebaut.

Abweichend von dem Verfahren des Kaiserl. Statist. Amts lege ich den Berichtszeitraum fest, indem ich alle die Bilanzen zusammenfasse, die in einem Kalenderjahr zum Abschluß gekommen sind. Ferner ermittle ich auf ganz andere Weise das Jahresreinerträgnis, welches ich aus der Gleichung $J = R + D + V_n - V_r$ bestimme. In dieser Gleichung bedeuten: J Jahresreinerträgnis, R sämtliche gemachten Rücklagen (mit Ausnahme der Abschreibungen), D Dividendensumme, V_n Vortrag für das nächste Bilanzjahr, V_r Vortrag des laufenden Bilanzjahres. Bei Berechnung der Jahresreinerträgnisse wurden im Gegensatz zum Kaiserl. Statist. Amt die Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat nicht berücksichtigt.

Außer den in Rentabilitäts-Statistiken üblichen Kapitalarten führe ich noch folgende ein: Zunächst bestimme ich das Gründungsaktienkapital; hierunter ist das bei der Gründung des Unternehmens gezeichnete Aktienkapital zu verstehen. Des weiteren bestimme ich „das tatsächlich von den Aktionären in das Unternehmen eingebrachte Kapital"; dieses wird berechnet, indem zu dem obenerwähnten Gründungsaktienkapital sämtliche Vermehrungen des Aktienkapitals durch Ausgabe neuer Aktien zuzüglich etwaiger Agiogelder hinzugezählt werden, außerdem werden alle Zahlungen berücksichtigt, die etwa von den Aktionären bei Umwandlung der Stammaktien in Vorzugsaktien geleistet wurden. Ferner bestimme ich „das werbende Kapital"; dieses ergibt sich, indem zu dem vom Kaiserl. Statist. Amt ebenfalls eingeführten Unternehmungskapital die festen Verschuldungen (Anleihen, Obligationen, Hypotheken) hinzugezählt werden. Schließlich bestimme ich, wie verschiedene andere Statistiker, noch „das Kurskapital", und zwar unter Berücksichtigung des letzten Kurses am Ende des vorangegangenen Bilanzjahres.



Die vorgenannten Kapitalarten werden zu entsprechenden Erträgniszahlen in Beziehung gesetzt, so daß sich hierdurch eine Reihe die Rentabilität eines Industriezweiges gut kennzeichnender Verhältniszahlen ergeben.

Zu erwähnen ist zum Schluß noch, daß die untersuchten Aktiengesellschaften hinsichtlich der Größe ihres nominellen Aktienkapitals in drei Gruppen, hinsichtlich ihres Fabrikationsgebietes in sieben Gruppen (z. B. Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen usw.) zerlegt werden. Auch werden die Aktiengesellschaften nicht nur in dividendezahlende und dividendelose Unternehmen zergliedert, sondern es werden unterschieden: Aktiengesellschaften, 1. die Dividende zahlten, 2. die keine Dividende zahlten und einen positiven Gewinn erzielten, 3. die keine Dividende zahlten und einen indirekten Gewinn erzielten, und 4. die mit Verlust arbeiteten. *E. Werner.*

XVII. Wahlstatistik.

Sächsische Landtagswahlen nach dem Mehrstimmenrecht. Nach: Zeitschrift des Königl. Sächs. Statist. Landesamtes, Jahrg. 1909. S. 220—244.[1])

Den ausführlichen, in den letzten Jahrgängen der Sächsischen Statistischen Zeitschrift veröffentlichten Nachweisungen über die Landtagswahlen seit 1869 (mit direkter und gleicher Wahl von 1869 bis 1896, mit indirekter Dreiklassenwahl von 1896 bis 1907) folgen nunmehr solche über die nach dem Mehrstimmenrecht vorgenommenen Wahlen von 1909, die zugleich die ersten auf das ganze Land sich erstreckenden Landtagswahlen seit 1869 waren, da in der Zwischenzeit stets nur alle 2 Jahre Drittelserneuerungen der 2. sächsischen Kammer stattgefunden hatten. Das neue Wahlgesetz vom 5. Mai 1909 ersetzte die Dreiklassenwahl durch ein allgemeines und direktes Wahlrecht, welches, da die Abstimmung, wie schon nach den früheren Wahlgesetzen, eine geheime ist, sich vom Reichstagswahlrecht nur dadurch unterscheidet, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Stimme eines Wahlberechtigten zweifach, dreifach und im Höchstfalle vierfach zählt. Die Bedingungen, unter welchen Mehrstimmen verliehen werden, knüpfen sich nach den grundlegenden Bestimmungen an Einkommen, Alter und Vorbildung, welch letztere praktisch wenig in Betracht kommt, weil die betreffenden an sich schon nicht zahlreichen Personen die ihnen hieraus zustehende Mehrstimme schon aus anderen Gründen zu besitzen pflegen, eine Kumulierung aber nur bezüglich der Altersstimme zulässig ist. Im ganzen sind die Vorbedingungen solche, die die Mehrstimmen nicht bloß auf Angehörige der bemittelten Volksklassen beschränken. Ein Einkommen von über 1600 ℳ gibt 1 Zusatzstimme, ein solches von über 2200 ℳ 2 und von über 2800 ℳ 3 Zusatzstimmen; für öffentliche und private Angestellte, für Gewerbtreibende, Landwirte, Grundbesitzer, Künstler usw. ermäßigen sich diese Sätze noch erheblich, und die Alterszusatzstimme steht unterschiedslos jedem über 50 Jahre alten Wähler zu. Wenn trotz der Allgemeinheit des Landtagswahlrechts die Zahl der Wahlberechtigten 773 116 betrug gegenüber 965 658 Reichstagswahlberechtigten, so erklärt sich der Unterschied in der Hauptsache durch die Beschränkung des Landtagswahlrechts auf die sächsischen Staatsangehörigen. Von den Zusatzstimmen hatte mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten Vorteil, nämlich 54,14 %, von denen 27,57 % 2 Stimmen, 8,77 % 3 Stimmen und 17,80 % 4 Stimmen erhielten. Auch die Statistik der Wahlergebnisse nach Parteien zeigt, daß das Mehrstimmenrecht durchaus keine einseitige Wirkung hatte; denn alle Parteien erlangten erhebliche Anteile an den Zusatzstimmen und insbesondere sind der sozialdemokratischen Partei von den Zusatzstimmen der Zweistimmenwähler 54,12 %, der Dreistimmenwähler 26,46 %, der Vierstimmenwähler 8,26 % zugefallen.

Sehr klar tritt in den nach Parteien unterschiedenen Wahlergebnissen die Tatsache zutage, daß auch die allgemeine, gleiche und direkte Wahl in Wahlkreisen, wenn nicht mit Verhältniswahl verbunden, Zufälligkeiten sehr großen Spielraum läßt und geeignet ist, gleich starken Parteien eine ganz verschiedene Vertretung zu bringen, Minderheiten je nachdem völlig zu unterdrücken oder als große Mehrheit erscheinen zu lassen. Denn es kommt bei diesem Wahlsystem nicht sowohl auf die absolute Stimmenzahl der einzelnen Parteien als vielmehr auf deren örtliche Verteilung an. Wenn z. B. in einem Lande mit 100 000 Wählern und 20 Wahlkreisen, die je einen Abgeordneten wählen, auf die Partei A 50 020 und auf die Partei B 49 980, also fast ebensoviele Stimmen fallen, so ist es ebensowohl denkbar, daß die Partei A alle 20 und B keinen, wie daß die Partei B 19 und A nur einen Abgeordneten erhält. So würde auch bei den sächsischen Wahlen, falls gleichmäßige Zählung aller Stimmen stattgefunden hätte, eine Verteilung der Abgeordnetenmandate eingetreten sein, die dem wirklichen Stimmenverhältnis der Parteien keineswegs entsprochen haben würde. *E. Würzburger.*

Statistik der Landtagswahlen im Herzogtum S.-Meiningen. Nach dem „Regierungsblatt" Nr. 190, 8. Dezember 1909.

Nach dem Landesgesetz vom 24. April 1873 über die Wahl der Landtagsabgeordneten besteht der Landtag des Herzogtums Sachsen-Meiningen aus 24 Abgeordneten, von welchen 4 von den höchstbesteuerten Grundbesitzern, 4 von denjenigen, die die höchsten Personalsteuern zahlen und 16 in den allgemeinen Wahlen durch direkte und geheime Wahl auf je sechs Jahre gewählt werden.

Jeder Angehörige des Herzogtums, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, ist wahlberechtigt in dem Wahlkreise, wo er zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat; er ist zum Abgeordneten wählbar, sofern er dem Herzogtum seit mindestens einem Jahre angehört hat.

Das Herzogtum zerfällt für die allgemeinen Wahlen in 16 Wahlkreise; für die Wahlen der höchstbesteuerten Grundbesitzer, das sind diejenigen, die jährlich mindestens 60 ℳ an Grund- und Gebäudesteuern oder an beiderlei Steuern zusammen zahlen, ist es in zwei Wahlkreise, für die Wahlen derjenigen, die die höchste Personal-

1) Auch als Sonderabdruck erschienen. Dresden, v. Zahn & Jaensch. Preis 60 Pf.

steuer, das sind entweder Einkommensteuern oder andere direkte Personalsteuern in einer den jeweiligen Betrag der Einkommensteuer erreichenden Höhe zahlen, in vier Wahlkreise geteilt.

Jeder Wahlberechtigte darf nur in einer Klasse wählen. Die letzten allgemeinen Wahlen haben am 4. Oktober 1909, die besonderen Wahlen am 14. Oktober 1909 stattgefunden.

Bei den besonderen Wahlen sind nur bürgerliche Kandidaten gewählt worden; anders in den allgemeinen Wahlen. Von den 47 288 hier überhaupt Wahlberechtigten sind 30 921 Stimmzettel, darunter 30 718 gültige abgegeben worden. Die Beteiligung an Ausübung der Wahl belief sich durchschnittlich auf 65 %, gegen 54 % in 1903. Die regere Wahlbeteiligung gegen 1903 wird wohl auf die große Rührigkeit der Sozialdemokratie zurückzuführen sein. Den 7 gewählten bürgerlichen Abgeordneten gegenüber sind 9 (gegen 7 in 1903) sozialdemokratische Abgeordnete gewählt worden; auf erstere entfielen 46 %, auf letztere 54 % der gültigen Stimmen, während bei den allgemeinen Wahlen in 1903 58 % auf bürgerliche und 42 % auf sozialistische Kandidaten entfielen. Einige Wahlbezirke hätten bei besserer Wahlbeteiligung den bürgerlichen Parteien erhalten werden können. In den industriereichen Wahlbezirken der Kreise Sonneberg und Saalfeld wäre das jedoch nicht möglich gewesen, da für die sozialdemokratischen Kandidaten weit über 50 % der Wahlberechtigten stimmten.

Nach seiner Geschäftsordnung ist der Landtag für jede einzelne Sitzung beschlußfähig, sobald wenigstens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Die sozialistischen 9 Abgeordneten würden daher in der Lage sein, die Beschlußfassung über ihnen nicht genehme Vorlagen dadurch zu verhindern, daß sie vor der Abstimmung sich geschlossen entfernen. Doch läßt sich dies vorerst nicht annehmen. *R. Hermann.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Sterblichkeit und Lebensbedingungen der Säuglinge. Von Dr. Marie Baum. Nach: Zeitschr. für Soz. Medizin, Säuglingsfürsorge u. Krankenhauswesen, IV. Bd., Heft 3 u. 4, u. V. Bd. Heft 1.

Der Verein für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf hat es sich zur Aufgabe gesetzt, innerhalb seines 28 Stadt- und Landkreise umfassenden Bezirkes der Säuglingssterblichkeit und ihren für die gesamte Volksgesundheit so unheilvollen Begleiterscheinungen mittels geeigneter Maßnahmen entgegenzuarbeiten. Vorbedingung solchen methodischen praktischen Vorgehens ist eine gründliche Kenntnis der Lebenslage von Mutter und Kind. Da Höhe- oder Tiefstand der kindlichen Mortalität in erster Linie durch die Art der Ernährung bedingt ist, diese aber einmal von der sozialen Lage der Mutter abhängt und ferner, wenn unzweckmäßig durchgeführt, ihre schädigenden Wirkungen bei sonst ungünstigen äußeren Verhältnissen in verstärkter Weise zum Ausdruck bringt, so müssen alle diese Fragen die eingehendste Berücksichtigung finden.

Nach dem Vorbild einer im Jahre 1905 von Kriege und Seutemann in Barmen durchgeführten Zählung wurden in den oben angeführten Arbeiten für die Kreise Neuß, M.-Gladbach Stadt und Land und Rheydt zunächst die Ernährungstatsachen für die innerhalb eines Jahres geborenen und in diesem Zeitraum im Säuglingsalter verstorbenen Kinder durch besondere Erhebungen ermittelt. Daneben wurde durch zweckmäßige Erweiterung des Fragebogens sowie durch sonstige Feststellungen soviel wie möglich von den übrigen Lebensbedingungen der Kinder und ihrer Mütter zu erfassen gesucht.

Die Stillstatistik ist bisher nicht sehr umfangreich und in der Methode häufig unzulänglich. Viele Statistiken begnügen sich mit Zählungen bei den Impfterminen, wobei wegen der verschiedenen Altersstufen der Impflinge nur ungenügende Ergebnisse gewonnen werden können. Die Besonderheit der von Kriege - Seutemann zuerst angewandten Methode besteht darin, daß man die Zählung in streng statistischer Weise auf einen Tag ansetzt und so einmal den augenblicklichen Ernährungsstand ermitteln, sodann einen genauen Überblick über alle abgeschlossenen Stillperioden lebender und gestorbener Kinder gewinnen kann.

Ein zweites Merkmal der Methode ist, daß als Zählpersonen die Hebammen wirken. Im Kreise Neuß waren deren 36, in den drei anderen Kreisen, für welche die Erhebung gemeinsam erfolgte, 79 an der Zählung beteiligt. Da abgesehen von schriftlichen Instruktionen eine sehr gründliche mündliche Belehrung durch den Kreisarzt und durch den Verein für Säuglingsfürsorge erfolgte, konnte den Hebammen, obwohl es sich besonders auf dem Lande um Frauen sehr einfacher Bildungsstufe handelt, doch die Beantwortung der durchaus in ihren Berufskreis fallenden Fragen wohl zugemutet werden. Durch eine geringe geldliche Vergütung wurde außerdem ihr Eifer für die nicht leichte Aufgabe angeregt und verstärkt.

Der Kreis Neuß besitzt eine vorwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung, während beide Stadtkreise M.-Gladbach und Rheydt und der Landkreis Gladbach ein stark mit Industrie— und zwar der Frauen beschäftigenden Textilindustrie — durchsetztes Gebiet darstellen.

Der Kreis Neuß wies in dem Jahrfünft 1902 bis 1906 eine Säuglingssterblichkeit von 19,9 % auf, M.-Gladbach Stadt, Rheydt und Kreis Gladbach in dem Jahrfünft 1904—1908 18,3, 16,5 und 18,7 %. Schon diese Gesamtziffern zeigen ein Überwiegen der Sterblichkeit unter der Landbevölkerung, das bei näherem Eingehen auf die einzelnen Bürgermeistereien noch verstärkt zutage tritt. Die höchsten Sterblichkeitsziffern von 25 % und darüber wurden überhaupt nur in kleinen ländlichen Gemeinden angetroffen, während andererseits auch wieder die besten Ziffern — 13 bis 15 % — auf Landgemeinden entfallen. Wir fanden den Schlüssel zu dieser Erscheinung darin, daß in armen ländlichen Gebieten die Frau und Mutter, auch wo sie nicht im statistischen Sinne erwerbstätig ist, über ihre Kräfte durch Arbeit in Feld und Garten, durch Marktgeherei u. dgl. in Anspruch genommen und dadurch an der Durchführung der natürlichen Ernährung und an der Wahrnehmung der Pflege ihres Kindes behindert wird. Selbstverständlich steht auch die gesamte



hygienische Kultur auf dem Lande häufig auf einer sehr niedrigen Stufe.

Der Ernährungszustand zeigte erhebliche Verschiedenheiten. In der Stadt Neuß wurden am Zählungstage insgesamt 67% der Kinder ganz oder teilweise natürlich ernährt; in den Landgemeinden des Kreises Neuß 62,5 %, wobei Verschiedenheiten zwischen 46,5 und 88,4 % zutage traten.

In M.-Gladbach Stadt betrug der Prozentsatz der natürlich ernährten Kinder 57 %, in Rheydt 60,7 %, im Landkreise 63,7 % (mit Schwankungen von 49,9 bis 96,8 % in den einzelnen Gemeinden). Interessante Resultate ergaben sich noch aus der Kombination des Ernährungsstandes mit dem Alter der Kinder, mit der sozialen Lage der Eltern und insbesondere mit der Erwerbstätigkeit der Mütter. Von den ehelichen Kindern erwerbstätiger Mütter — wobei die Erwerbstätigkeit natürlich nur im statistischen Sinn, der Arbeit gegen Lohn und Entgelt bei Fremden, aufgefaßt werden konnte —, sank der Stand der natürlichen Ernährung in dem Gladbacher Erhebungsgebiet auf 36,7 %. Hier würde als Hilfeleistung in erster Linie die Errichtung von Stillkrippen oder sonstigen Erleichterungen der natürlichen Ernährung für erwerbstätige Mütter in Betracht kommen.

Der Unterschied in der Gefährdung der Kinder je nach der Art der Ernährung ist sehr bedeutend. So standen z. B. im Kreise Neuß 100 lebenden gestillten Kindern 9,7 gestorbene, 100 nichtgestillten 31 gestorbene gegenüber. Die Sterblichkeit ist unter diesen also etwa 3½ mal so groß. Ganz ähnlich gestalten sich diese Ziffern für den Landkreis Gladbach (9,6 % gegenüber 30,7 %), während in den Städten M.-Gladbach und Rheydt die Unterschiede geringer waren. (M.-Gladbach: 9,4 gegenüber 22,3 %, Rheydt: 7,0 gegenüber 22,1 %). Zweifellos haben hier geeignete Gegenmaßnahmen die Gefährdung der künstlich genährten Kinder herabgesetzt, wozu übrigens auch die kühle Sommertemperatur des Erhebungsjahres nicht unerheblich beigetragen haben mag.

Über die in der Arbeit erwähnten Ursachen des Übels und die Abhilfemittel weiteres in der nächsten Nummer.

Marie Baum.

Umfang und Art des jugendlichen Krüppeltums und der Krüppelfürsorge in Deutschland. Nach d. durch d. Bundesregierungen erhob. amtl. Zählung i. Auftr. u. m. Unterstütz. d. preuß. Kultusmin., d. deutsch. Zentrale f. Jugendfürsorge u. d. Krüppel-Heil- u. Fürsorgever. f. Berlin-Brandenb., bearb. u. herausg. v. Dr. Konrad Biesalski, leit. Arzt d. Berlin-Brandenb. Krüppel-Heil- und Erziehungsanst. gr. 4°; 570 S. mit 12 graph. Taf. Hamburg, Leipzig. Leopold Voß, 1909. 30 ℳ.

Die vorliegende Statistik beruht auf den Ergebnissen einer von amtlichen Organen der einzelnen Bundesstaaten je an verschiedenen in das Winterhalbjahr 1906/07 fallenden Stichtagen veranstalteten Zählung der im Deutschen Reiche lebenden Krüppelkinder, soweit sie das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Sie ist privater Initiative zu danken, in erster Linie der Anregung ihres Bearbeiters, und der tatkräftigen Unterstützung der Regierungen aller Bundesstaaten. Ihr Endzweck ist, die Gründung besonderer Krüppelheime für die jugendlichen Krüppel zu fördern, indem sie der praktischen Krüppelfürsorge Daten verschafft, um der Öffentlichkeit die Größe des Krüppelelends in ihrem schreienden Gegensatze zu den vorhandenen Hilfsmitteln und daneben die reiche Fülle der Hilfsmöglichkeiten zu zeigen. Diesem Endzwecke genügt es denn auch, daß die vorliegende Statistik nur die Zahl der armen jugendlichen Krüppel wiedergibt. Der Inhalt des Werkes gibt zunächst Nachricht über Entstehungsgeschichte und Vorbereitung der Statistik, die Zählkarte, Ausführung der Zählung und Technik der Bearbeitung. Es folgt das umfangreiche Tabellenwerk, in dem in 88 Spalten Auskunft gegeben wird (für Preußen nach Provinzen und Regierungsbezirken, für Sachsen, Württemberg und Elsaß-Lothringen nach größeren Verwaltungsbezirken) über Zahl, Geschlecht, Alter (in einzelnen Jahren), Religion, Aufenthalt, Unterhalt, Art der Krüppelleiden, Blutsverwandtschaft der Eltern, Blutsverwandtschaft mit anderen Krüppelleidenden, erfolgte Heilversuche, geistige Beschaffenheit, Unterricht, gewünschte Aufnahme in ein Krüppelheim. In besonderen Tabellen sind für die Krüppelleiden Verhältniszahlen auf 1000 Krüppelkinder errechnet. Sämtliche Daten sind je für Kinder bis unter 6 und von 6 bis unter 15 Jahren getrennt gegeben. Die Statistik unterscheidet und behandelt in besonderen Tabellen: 1. Orthopädisch kranke, behandlungsbedürftige, nicht heimbedürftige Krüppel, 2. Krüppel, versorgt oder erwerbsfähig, weder heil- noch heimbedürftig, 3. Therapie- und gewerbeunterrichtsbedürftige Krüppel, 4. Gewerbeunterrichts-, nicht therapiebedürftige Krüppel, 5. Unheilbare, die keiner Behandlung zugänglich, auch für gewerblichen Unterricht untauglich sind, aber der Pflege in einem Krüppelheim bedürfen.

Die Tabellen für Bayern, Baden und Hessen sind in einem Anhange besonders mitgeteilt, weil die Verwendung einer besonderen Zählkarte die Zusammenstellung mit den übrigen Bundesstaaten ausschloß.

Den Schluß des Tabellenwerkes macht eine Reihe von Übersichten, welche für die in den Haupttabellen aufgeführten Gebietsteile eine Folgeordnung der Häufigkeit der Krüppelleiden im Verhältnis zu den Krüppelleiden überhaupt darstellen.

Sodann gibt der Verfasser Erläuterungen zu den Tabellen, zieht „praktische Folgerungen" aus der Statistik, verbreitet sich über die Entwickelung der deutschen Krüppelheime und bringt ein Verzeichnis derselben; und erläutert endlich die Grundzüge der modernen Krüppelfürsorge.

Das wichtigste Ergebnis der gesamten Statistik, in wenigen Zahlen zusammengefaßt, lautet: Im Deutschen Reiche (ohne Bayern, Baden, Hessen) betrug die Gesamtzahl der Krüppel 75 183, davon im vorschulpflichtigen Alter 14 865, im schulpflichtigen Alter 60 318. Nach ärztlichem Urteil waren von ihnen der Behandlung oder Erziehung in einem Krüppelheim bedürftig 42 249, davon im vorschulpflichtigen Alter 9045, im schulpflichtigen Alter 33 204.

Es haben selbst Aufnahme in ein Heim gewünscht 9388, davon im vorschulpflichtigen Alter 2357, im schulpflichtigen Alter 7031.

Die Zahl der Betten in den deutschen Krüppelheimen (ohne Bayern, Baden, Hessen) betrug aber am 1. Oktober 1908 nur 3125. — Alles in allem bietet diese erste das ganze Reich umfassende Statistik einen wertvollen Beitrag zur Literatur der Jugendfürsorge. Die übersichtliche Anordnung des Stoffes wie die mustergültige typographische Ausstattung des Werkes sei noch besonders hervorgehoben. *A. v. Lom.*

XX. Armenstatistik.

Statistik der während des Rechnungsjahres 1908 in Cöln in offener Armenpflege Unterstützten. Bearb. durch das Statistische Amt der Stadt als Anhang zu dem „Bericht über die Armen- und Waisenpflege der Stadt Cöln im Rechnungsjahr 1908". 1909. 14 S.

Die Grundlage für die Untersuchung der von der Stadt Cöln in offener Armenpflege gewährten Unterstützungen bilden die monatlichen Unterstützungsfälle — nicht die einzelnen unterstützten Personen. Da aber die Höhe der Ausgaben in erster Linie von der Häufigkeit der dauernden Unterstützungsbedürftigkeit abhängt, sind diejenigen Fälle noch besonders ausgezählt worden, in denen die Unterstützung ununterbrochen während des ganzen Jahres ausbezahlt wurde. Überdies gelangten die Bedürftigkeitsfälle, wobei jede über mehrere Monate sich erstreckende Unterstützung als ein Fall gezählt ist, gesondert zur Darstellung. Als Unterstützung gilt nur der durch die Armenbezirke verteilte Geldbetrag, während die Naturalunterstützungen, die offene Kranken- sowie die gesamte geschlossene Armenpflege und alle außerordentlichen Spenden nicht berücksichtigt sind.

Als Hauptergebnis der Ermittlungen wurde festgestellt, daß in Cöln im Berichtsjahr zum erstenmal seit 1903 wieder eine Steigerung der Armenunterstützungen eingetreten ist. Es stieg nämlich bei einer Zunahme der mittleren Bevölkerung gegen das Vorjahr um 11 200 oder 2,47 % die Zahl der Bedürftigkeitsfälle von 4365 auf 5020 (15,01 %), die der monatlichen Unterstützungsfälle von 31 290 auf 33,027 (5,55 %) und der Unterstützungsbetrag von 452 967 auf 479 262 ℳ (5,81%). Auf 1000 Einwohner kamen 10,8 Bedürftigkeitsfälle, 71,0 monatliche Unterstützungsfälle und 1031 ℳ als Unterstützungsbetrag gegen 9,6, 69,0 und 998 ℳ im Vorjahr. Die durchschnittliche Unterstützungsdauer und der durchschnittliche Unterstützungsbetrag des Bedürftigkeitsfalles ist dagegen von 7,17 im Vorjahr auf 6,58 Monate und von 103,77 ℳ auf 95,47 ℳ zurückgegangen. Als Grund für die erhöhte Inanspruchnahme der offenen Armenpflege hat die seit der zweiten Hälfte von 1907 andauernd ungünstige Lage des Erwerbslebens zu gelten.

Aus den Einzelergebnissen sei zunächst hervorgehoben, daß die 5020 Bedürftigkeitsfälle zur Hälfte (50,72 %) aus früheren Jahren stammten. Bei der Unterscheidung nach der Art der Unterstützten entfällt der Hauptanteil der Bedürftigkeitsfälle (65,22 %) auf die weiblichen Personen, und zwar zu 33,65 % auf die weiblichen Einzelstehenden und zu 31,57 % auf die weiblichen Familienhäupter. Was die einzelnen Verarmungsursachen betrifft, so hatte Krankheit — als Hauptursache — mit 41,51 % der Gesamtheit die meisten Bedürftigkeitsfälle im Gefolge; dann folgten Altersschwäche (19,86 %), Abwesenheit des Ernährers (19,22 %), Arbeitslosigkeit und geringer Verdienst (10,36 %), Kinderlast (5,02 %), Gebrechen (2,97 %), Verletzungen (0,72 %) und „sonstige" Ursachen (0,34 %).

Wird durch die Bedürftigkeitsfälle angegeben, wie oft und wann ein Eingreifen der öffentlichen Armenpflege notwendig wurde, so gewähren die monatlichen Unterstützungsfälle einen Überblick über deren gesamten Umfang. Fast die Hälfte der im ganzen gewährten 33 027 monatlichen Unterstützungen entfiel auf die weiblichen einzelstehenden Personen, reichlich ein Viertel auf die weiblichen Personen mit Angehörigen. Die offene Armenpflege war somit, wie durchweg in früheren Jahren, zu mehr als drei Vierteln weiblichen Hilfsbedürftigen gewidmet. Von den 479 262 ℳ gezahlten Unterstützungen entfielen 223 704 ℳ = 46,68 % auf die weiblichen Einzelstehenden und 141 520 ℳ = 29,53 % auf die Familien mit weiblichem Haupt. Besonders ausgezählt wurden dann noch die Unterstützungen bei Abwesenheit des Ernährers nach den weiteren Verarmungsursachen. Wie in früheren Jahren waren es in der Hauptsache nur Kinderlast und Krankheit unter den Angehörigen, die bei Abwesenheit des Ernährers als zweite Verarmungsursache in Betracht kamen und nahezu neun Zehntel dieser Unterstützungen verursachten.

Endlich gelangten mit Rücksicht auf die große finanzielle Tragweite der fortlaufenden Unterstützungen die das ganze Jahr über Unterstützten getrennt zur Darstellung. Es waren im ganzen 1955 mit einer Unterstützungsdauer von 1955 × 12 = 23 460 Monaten. Sie stellten demnach 38,9 % aller Bedürftigkeitsfälle dar und nahmen die öffentliche Armenpflege auf 67,7 % aller Unterstützungsmonate in Anspruch. Einzelpersonen befanden sich darunter 1269, insbesondere weibliche 1123. Wie hoch sich die Unterstützungsbeträge für die dauernd Unterstützten beliefen, ist im Berichtsjahre zum erstenmal näher festgestellt worden. Der Gesamtaufwand betrug 344 062 ℳ und machte somit über sieben Zehntel aller Unterstützungen aus. Es entfielen davon auf die männlichen und weiblichen Einzelstehenden 20 293 ℳ und 185 940 ℳ, so daß sich als durchschnittliche jährliche Unterstützung 138,99 ℳ und 165,57 ℳ ergab. Wesentlich höher stellte sich diese für die „sonstigen" Familien mit männlichem und mit weiblichem Haupt, nämlich auf 185,07 ℳ und 201,02 ℳ, am höchsten jedoch für die Ehepaare ohne und mit Angehörigen, nämlich auf 186,53 ℳ und 223,58 ℳ. Der Gesamtdurchschnitt für eine ganzjährige Unterstützung betrug 175,99 ℳ.

A. Zurhorst.

XXIII. Finanzstatistik.

Der Aufwand der Kreise in Bayern. Nach Heft 74 der „Beiträge zur Stat. des Kgr. Bayern".

Der Aufwand im Haushalt der 8 Provinzen ist während der Jahre 1900/1907 von 26,1 auf 37,1



Mill. ℳ gestiegen. Die Einnahmen wurden von 28,6 auf 40,6 Mill. ℳ erhöht; der Schuldenstand wuchs von 5,1 auf 24,2 Mill. ℳ, das Vermögen von 29,9 auf 49,2 Mill. ℳ.

Vom Aufwand kommen rund zwei Drittel (24,2 Mill. ℳ) der Erziehung und Bildung zugute. Das Volksschulwesen ist allein mit 17,7 Mill. ℳ beteiligt. Außerdem sind hier zu nennen die Progymnasien, Realschulen, Baugewerkschulen und ähnliche gewerbliche Fortbildungsschulen, endlich das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, auf das eine halbe Million von seiten der Kreise verwendet wird.

Einen weiteren großen Posten im Ausgabebudget der Kreise bildet Wohltätigkeit und Irrenpflege. Der einschlägige Betrag beziffert sich im Jahre 1907 auf 9,8 Mill. ℳ. Davon treffen 7,4 Mill. ℳ auf die Kreisirrenpflege. Ferner gehören hierher die Kreiszuschüsse zur Unterstützung von mit Armenlasten überbürdeten Gemeinden sowie die zahlreichen Beiträge, mit denen die Kreise private, religiöse und gemeindliche Wohltätigkeitsinstitute subventionieren.

Weiter verdient Hervorhebung, was die Kreise für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten tun. Der Aufwand betrug 1907: 1,7 Mill. ℳ. Es handelt sich da einerseits um Beiträge für Verbesserung und Unterhaltung der Distriktstraßen sowie gemeindlicher Wege- und Brückenbauten, anderseits um Uferschutzbauten an Flüssen, die der Schiff- oder Floßfahrt dienen, und an Flüssen bzw. Bächen mit erheblicher Hochwassergefahr.

Mit dem Gesagten stehen in engem Zusammenhang die sonstigen Kreisaufwendungen für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Sie belaufen sich 1907 auf über 1 Mill. ℳ. Rechnet man dazu noch die Ausgaben für speziell landwirtschaftlichen und gewerblichen Unterricht, soweit sie ausscheidbar, und nicht auf Realschulen und Oberrealschulen treffen, so erhält man 1,5 Mill. ℳ (Landwirtschaft) + 1,0 Mill. ℳ (Gewerbe und Handel) + 160 000 ℳ (gemeinsame Ausgaben): 2,6 Mill. ℳ Gesamtsumme.

In den einzelnen Kreisen ist der Aufwand naturgemäß verschieden, wie ja auch das Maß der Bedürfnisse und der Leistungsfähigkeit nicht überall das gleiche ist. Dementsprechend verhält es sich mit den Einnahmen (siehe D. St. Z. Sp. 55).

F. Zahn.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Beruf, gesellschaftliche Gliederung und Betrieb im Deutschen Reiche. Von Dr. R. van der Borght. 8°. 137 S. Mit 9 Zahlentafeln und 8 Zeichnungen. Leipzig 1910, B. G. Teubner.

Die Schrift enthält die Ausarbeitungen, die dem wesentlich kürzeren Vortrage vom 15. Januar 1910 in der Gehe-Stiftung zu Dresden zugrunde lagen. Zur Darstellung gelangen nur die Gesamtverhältnisse des Reiches. Durchweg konnte es sich dabei nur um die wichtigsten Ergebnisse handeln. In dem Abschnitte „Gesellschaftliche Gliederung" werden lediglich die Verhältnisse der eigentlichen Erwerbsstände (d. h. der Abteilungen Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr) erörtert, und sie bilden auch den Kern der Darstellung in dem Abschnitte „Beruf". Dieser befaßt sich nach einigen allgemeinen Aufklärungen mit der Erwerbstätigkeit im allgemeinen, mit der erhöhten Betriebsamkeit des Volkes, mit der Einschränkung der Bedeutung des landwirtschaftlichen Berufs, mit den gewerblichen Berufen auf dem Lande, mit den Großstadtberufen und mit der weiblichen Erwerbstätigkeit. Die Feststellungen über die weibliche Erwerbstätigkeit finden in den übrigen Abschnitten mehrfache Ergänzungen. Der Abschnitt „Gesellschaftliche Gliederung" stellt zunächst die drei gesellschaftlichen Stufen einander gegenüber und sucht dabei insbesondere die Unternehmer- und Arbeiterbevölkerung ersichtlich zu machen; weiterhin werden die Selbständigen, die Betriebs- und Kontorbeamten und die Arbeitskräfte noch besonders behandelt, namentlich bezüglich ihres weiblichen Anteils. Der Abschnitt „Landwirtschaftlicher Betrieb" bespricht nach den einleitenden allgemeinen Bemerkungen den Boden, die Betriebe, die Betriebspersonen und die Tagelöhnerbetriebe. Der Bedeutung des Bauernstandes und den Schwierigkeiten, die sich aus dem wechselnden Bedarfe der Landwirtschaft an Betriebspersonen ergeben, ist dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In dem Abschnitte „Gewerblicher Betrieb" werden nach den vorangestellten allgemeinen Mitteilungen die Betriebe, die Betriebspersonen (hierbei auch die Größenklassen der Betriebe, die weiblichen und jugendlichen Personen usw.) und die Großstadtgewerbe geschildert. Diese Abschnitte sind reichlich mit Verhältniszahlen durchwirkt; die wichtigsten der zugrunde liegenden Grundzahlen sind in den als Anhang beigefügten neun Zahlentafeln abgerundet zusammengestellt. Die acht Zeichnungen, die in großer farbiger Ausführung dem mündlichen Vortrag als Stütze gedient hatten, sind in verkleinertem Schwarzdrucke der Darstellung eingefügt.

Die Einleitung behandelt die Vorbereitung und Durchführung der Berufs- und Betriebszählung, um die weiteren Kreise, an die sich der Vortrag wenden mußte, über die Schwierigkeiten, die Bedeutung, die Hauptstufen und den jetzigen Stand des Zählungswerkes zu unterrichten.

Trotz der Beschränkung auf das Wichtigste wird eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhängen in den Einzelausführungen berührt. Um sie klarer herauszuarbeiten, sind am Schlusse die Hauptergebnisse noch einmal kurz zusammengefaßt. Die Ausarbeitung schließt mit dem Hinweise darauf, daß die Aufschließung des Zahlenstoffs von den amtlichen Bearbeitungen nicht in vollem Umfange geleistet werden kann, daß es dazu vielmehr einer umfangreichen Betätigung der Wissenschaft bedarf, und mit dem Wunsche, daß die Wissenschaft in dieser Beziehung nicht versagen möge.

Die Drucklegung ist vom Verlag in dankenswerter Weise beschleunigt worden. Bei der Überwachung der Drucklegung haben mich durch Nachprüfung der eingestellten Grund- und Verhältniszahlen u. dergl. mehr die Herren Reg.-Rat Dr. Rahts, Rechnungsrat Schön und exped. Sekretär Michaelis bereitwilligst unterstützt, wofür ihnen an dieser Stelle zu danken mir ein Bedürfnis ist.

R. van der Borght.



Vermischte Mitteilungen.

Ausnutzung der statistischen Veröffentlichungen. Unter den im Anschluß an die Ausführungen von S. Schott (D. St. Z., Jahrgang 1909, Nr. 3) und H. Potthoff (Jahrgang 1910, Nr. 1) uns zugegangenen Äußerungen zu diesem Thema befindet sich eine solche von W. Feld, der die Erweiterung der Ausnutzung der statistischen Veröffentlichungen weder von den Statistischen Ämtern selbst noch von Berufsschriftstellern erwartet, vielmehr namentlich für Deutschland an die Gründung von Universitätslehrstühlen für Statistik (wie in Leipzig bereits geschehen; *Red.*) mit einigen Assistentenstellen, oder an die Schaffung einer internationalen Statistischen Zentralstelle denkt, welch letzterer zugleich die Aufgabe zufallen könnte, an der Vereinheitlichung der statistischen Erhebungen und Veröffentlichungen energisch mitzuwirken. Das in dem Mangel an Mitteln liegende Bedenken verhehlt sich der Einsender nicht.

Ohne in diesen Widerstreit der Meinungen einzugreifen, möchte die Redaktion ihre Ansicht dahin ausdrücken, daß allerdings durch ein vermehrtes Zusammenarbeiten der akademischen mit den amtlichen Statistikern eine intensivere Ausnutzung der statistischen Veröffentlichungen wohl erzielt werden könnte. Ein geeignetes Mittel zur Herstellung regerer und dauernder Berührung zwischen den Arbeiten der beiden in so vielen Beziehungen aufeinander angewiesenen Berufsarten dürfte die Bildung einer Deutschen Statistiker-Gesellschaft sein, die schon öfter, — zuletzt unseres Wissens von der Versammlung der Deutschen Städte-Statistiker in Mannheim 1901 —, bis jetzt aber ohne Erfolg angeregt worden ist.

Übrigens hat der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amts in Berlin sich in dem von ihm oben in Sp. 89/90 angezeigten Vortrage in höchst dankenswerter Weise der Aufgabe unterzogen, schon jetzt, noch ehe die Veröffentlichungen dieses Reichsamtes zur deutschen Berufs- und Betriebszählung von 1907 abgeschlossen und die amtlichen Erläuterungen erschienen sind, in großer Linie und in gemeinfaßlicher Form die Hauptergebnisse der Zählung darzustellen. Er kommt damit dem Wunsche entgegen, in dem die obenerwähnten Äußerungen übereinstimmen, es möchten mehr als bisher die Ergebnisse statistischer Forschungen zusammengefaßt und lesbar dargestellt werden. Wenn dies wie hier von berufenster Seite und zu einem so frühen Zeitpunkte geschieht, wenn dabei nicht nur einige Hauptergebnisse mitgeteilt, sondern schon eine ganze Reihe von Sonderfragen berührt werden, so ist hiervon reiche Anregung zu erwarten, und es ist zu hoffen, daß früher und in höherem Maße als bei der Zählung von 1895 dem Wunsche des Verfassers entsprechend die Wissenschaft sich des gewaltigen Stoffs annehmen und ihn nach allen Richtungen verarbeiten wird.

Prager Statistik. Der Gemeinderat der Stadt Prag hat beschlossen, die bisher auch in deutscher Sprache herausgegebenen Veröffentlichungen des Prager Statistischen Amtes nur noch tschechisch und französisch zu drucken. Die Veröffentlichungen des Prager städtischen Amtes scheiden damit aus dem Rahmen der im D. St. Z. anzuzeigenden Schriften aus.

Berufsausbildung der Statistiker. Eine Zuschrift an die Redaktion beschäftigt sich mit der Frage der Ausbildung von Volontären in den Statistischen Ämtern. Zweifellos ist die Wichtigkeit rechtzeitiger Sorge für genügenden Nachwuchs an solchen jüngeren Statistikern, die nicht bloß mit den erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnissen ausgerüstet, sondern auch nach Neigung und Anlage zu statistischer Betätigung berufen sind. In Ermangelung genügenden Materials läßt sich aber kein abschließendes Urteil darüber fällen, ob in dieser Hinsicht, wie der Herr Einsender glaubt, unbefriedigende Zustände herrschen, oder ob, wie es ebenfalls scheinen könnte, seitens mancher Statistischer Ämter eher zu viel als zu wenig in bezug auf die Heranziehung junger Kräfte geschieht.

Titelanzeigen.

3. Literatur der Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung) des Jahres 1909.[1])

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl die betr. Spalte des I. od. II. Jg. an. Abkürzungen wie in Nr. 2 des II. Jahrg. des D. St. Z., Sp. 61. Ordnung der Titel: Allgemeines. — Deutsches Reich u. Einzelteile. — Deutsche Städte. — Österreich. — Schweiz. — Sonstiges Ausland.

(I, 212) Bodenstein u. v. Stojentin, Der Arbeitsmarkt in Ind. u. Landw. u. seine Organisation.

Brüggerhoff, G., Statistisches über das Unterstützungswesen der „freien" Gewerkschaften. Diss., Marburg 09. (62 S.)

— Dasselbe (V, 149 S.) Jena, Fischer. ℳ 3.50.

Lebius, R., Die gelbe Arbeiterbewegung. Eine Materialsammlg. (98 S.) Leipzig, Haessel i. Komm. ℳ 1.20.

Fräßdorf, Statistisches über d. Deutsche Arbeiterbewegung. (Die Neue Zeit 09, 21.)

Golte u. Magnus, Betriebsverhältnisse d. deutschen Landwirtschaft. „Arbeiten" d. D. Landw. Ges., H. 164. [Lohnstatistik landw. Arbeitskräfte, S. 56—68.] Berlin, Parey.

Gutschmidt, F., Die deutschen Arbeitersekretariate 1908. (St. Beil. d. Corr. d. Gewerksch. 09. 5.)

Herrmann, C., Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 1908. (St. Beil. d. Corr. d. Gew. 09. 7.)

Hirschberg, H. E., Der Zentralverein d. Bildhauer Deutschlands. Eine monogr. Studie aus d. Gewerkschaftsleben. (95 S.) Berlin, Ebering. ℳ 2.40.

Imbusch, H., Arbeitsverhältnis u. Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. (XVI, 720 S.) Essen, Fredebeul u. Koenen. ℳ 10.—.

Klippel, M., Zehn Jahre Organisationsarbeit der Brauereiarbeiter. (120 S.) Breslau, Zahlstelle des Verbandes.

Knochenhauer, Die Inlandlegitimierung ausländischer Arbeiter und die Tätigkeit der „Feldarbeiter-Zentrale. (Ztschr. d. Oberschl. berg- und hüttenmännischen Vereins. Kattowitz. 09. 2, S. 55—63.)

(I, 48) Kucyznski, N., Die Entwickelung der gewerbl. Löhne seit der Begründung des D. Reiches. (III. 112 S.) Berlin, Reimer. ℳ 2.—.

Legien, C., Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik 1907. (Corr. d. Gew. 09. 48.)

Milde, Knappschaftsvereine und Reichs-Hinterbliebenenversicherung. (Ztschr. d. Oberschl. berg- u. hüttenm.-Vereins. 09. S. 309—316.)

Umbreit, Die deutschen Gewerbe-, Berg- u. Kaufmannsgerichte 1908. (Statist. Beil. d. Corr. d. Gew. 09. 9.)

Weber, Bericht über d. ev. Arbeitervereine 1908—09. Hattingen 09. (25 S.)

Wieber, Frz., Der Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen u. schweren Industrie, nebst statistischen Erhebungen über Lohn, Arbeitszeit u. hyg. Verh. in den Hüttenwerken. (247 S.) Cöln, Generalsekretariat d. christl. Gewerksch. ℳ 2.50.

Gerlach, O., Ansiedlungen v. Landarbeitern in Norddeutschland. Erheb. d. D. Landw.-Ges., unter Mitwirkung v. F. Mendelson u. A. Blume geleitet und bearb. v. G. („Arbeiten", H. 151.) Mit 31 Bl. Bauzeichngn. (847 S. m. 3 Tab.) Berlin, Parey. ℳ 10.—.

Workmann, Die Anstellungsverhältnisse und die Arbeitszeiten d. Bediensteten in den Straßenbahnbetrieben Preußens. (Kommunale Praxis 09, 36.)

Polenz, Wohlfahrtseinrichtungen der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft 1907. (Arch. f. Eisenbahnw. 09, 1, S. 1—83.)

1) Wird in der nächsten Nummer fortgesetzt.



v. Stojentin, Der Vertragsbruch der landw. Arbeiter in Pommern. (Ztschr. f. Agrarpol. 09. 4.)
— Die ausl. Wanderarbeiter in der Pr. Pommern. [Arb. d. Landw.-Kammer f. d. Pr. Pommern. 12. Heft.] Stettin 09. (38 S.)
— s. a. Bodenstein.
Mulert, O., 24 ostpreußische Arbeiter u. Arbeiterfamilien. (VII, 228 S.) Jena, Fischer. ℳ 7.—.
Henkis, F., Der Einfluß der Vertretung des Grundbesitzes auf die ländl. Wanderungsverluste in Ostpreußen. Ein Beitr. z. Landarbeiterfrage. Diss. Königsberg i. Pr. (85 S. u. 9 Tab.)
Köhler, F., Wohnungsfrage und Tuberkulosebekämpfung nebst Statistik aus der rheinisch-westfälischen Arbeiterbevölkerung. (30 S.) Jena, Fischer. ℳ 1.—.
Münz, H., Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. (IV, 153 S.) Essen, Baedecker. ℳ 3.60.
Gasteiger, M., Die christl. Arbeiterbewegung in Süddeutschland. (VIII, 416 S.) München, Verband südd. kath. Arbeitervereine. ℳ 3.—.
Rabenau, Karl, Das bayrische Knappschaftswesen. Diss. Jena 09. (119 S.)
Ernst, Georg, Die ländl. Arbeitsverhältnisse im rechtsrheinischen Bayern. Diss. Erlangen 09. (191 S.)
Meller, O., Die Heimarbeit im Großh. Hessen. (Mitt. d. Gr. Hess. Zentralst. f. d. Landesst. 09, Nr. 880.)

Heiß, Die Entlöhnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik (X, 466 S.) Berlin, L. Simion Nf. ℳ 14.—.
Silbergleit, Der Beschäftigungsgrad Berlins von Anfang 1906 bis Mitte 1909. (D. Wirtschaftsztg. 09, 16.)
Hesse, G., Bericht über d. Entwickelung der Krankenversicherung in Dresden 1884—1909. Dresden 09. (103 S.)
Nerst, Arbeitslosenbeschäftigung u. Arbeitslosenversicherung in Düsseldorf 1908/09. Düsseldorf, St. Amt. (17 S.)
Wolff, Der kommunal unterstützte Arbeitsnachweis des Vereins für Volkswohl in Halle a.S. (St. Monatsb. d. St. Halle a. S. 09, 8 u. 9.)
(I, 185) — Arbeitslosenzählung v. 10. Januar 1910 in Halle a. S. ℳ 1.—.
Rosenberg, E., Die Arbeitslosenzählung in der Stadt Kiel am 13. Dezember 1908. (16 S.) (M. St. A.) Kiel Lipsius und Tischer. ℳ 1.50.
Landsberg, Arbeitslosigkeit u. verkürzte Arbeitszeit in Magdeburg Ende Nov. 1908. Magdeburg, St. Amt 09. (51 S.)
— Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Magdeburg, St. Amt. (33 S.)
(I. 183) Conrad, E., Lebensführung v. 22 Arbeiterfamilien Münchens. (80 S.) ℳ 1.—.
Gärtner, G., Die Nürnberger Arbeiterbewegung. 1868—1908. (IV, 220 S.) Nürnberg, Fränk. Verlagsanstalt. ℳ 2.50.
Göler, E., Arbeiterverhältnisse in der Pforzheimer Bijouterieindustrie. (In seinem Werk: Die wirtschaftliche Organisation der Pforzh. Bijouterieind., Karlsruhe 09, S. 176—225).
Dittrich, Bericht der Stadt Plauen über gewährte Notstands-(Arbeitslosigkeits-)Unterstützungen in der Zeit vom 11. Februar bis 31. März 09. Plauen 09. (30 S.)
Dominicus, Bericht betr. die Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg 1908. Straßburg, St. Amt. (11 S.)
Neher, A. O., Zur Lage der weiblichen Dienstboten in Stuttgart. Auf Grund einer Enquête dargestellt. 2. Aufl. (19 S.) Ellwangen, Bucher. ℳ —.25.
(I,246) Rahlson, H., Die Lohnverhältnisse d. städt. Arbeiterschaft z. Wiesbaden am 1. Mai 1909. (23 S.) ℳ 1.—.

Loydold, Tätigkeit des Reichsverbandes d. allg. Arbeitsvermittlungsstellen in Österreich. (Soz. Praxis 09, 35.)
Ferenczi, E., Die Hausindustrie in Ungarn u. die Budapester Heimarbeit. (95 S.) (Schr. d. ung. Ver. f. ges. Arbeiterschutz) Jena, Fischer. ℳ 3.—.
Kumaniecki, K. L., Die galizische Saisonauswanderung im Lichte ausländischer Arbeitsverträge. (St. Monatsschr. 09. 9.)
Burkard, Erhebung über 250 Wohnungen tuberkulöser Arbeiter in Graz. (Ztschr. f. soz. Med., Septbr. 09.)

de Michelis, G., Arbeitslöhne in der Schweiz. St. Erhebungen. (Schweiz. Bl. f. Wirtsch. u. Soz. Pol. 09. 5.)
Reichesberg, N., Soziale Gesetzgebung u. Statistik. (VII, 138.) Bern, Scheitlin, Spring u. Cie.
Wild, A., Bericht über d. gewerbl. Kinderarbeit der Schweiz. (135 S.) Basl. Genossensch.-Buchdr. 60 r.
(I, 208) Naef, E., Die aargauische Hausindustrie. (Zeitschr. f. Schweiz. St. 09, I, 5.)
Thürkauf, E., Verlag und Heimarbeit in der Basler Seidenindustrie. (XX, 275 S.) Stuttgart, Kohlhammer. ℳ 6.40.

Fragekasten.

L. in B. — Ihre Verwunderung über die Schlußfolgerung, die Justizrat B. in dem jetzt durch die Presse gehenden Artikel aus der Verschiedenheit der ihm zur Verfügung stehenden Zahlen zieht, ist berechtigt und der Fall typisch für die Schwierigkeit, die eine richtige Verwendung statistischer Ergebnisse selbst unserer Intelligenz bereitet. Wenn die Gesamtsumme der Beträge, die im Deutschen Reiche der abgelehnten allgemeinen Erbschaftssteuer unterlegen haben würden, auf 5700 Mill. ℳ jährlich und der davon auf das Erbe von Seitenverwandten treffende Teil auf 1425 Mill. geschätzt wird, so müßten allerdings von letzterem Betrag mehr als 100 Mill. auf Sachsen kommen. Daraus aber, daß diese Anfälle nach der sächsischen Statistik für 1907/08 und 1908/09 nur 50 bzw. 76 Mill. ausmachten, ist doch offenbar mit viel größerem Recht auf die Unrichtigkeit jener auf durchaus unsicheren Unterlagen beruhenden Schätzungen für das ganze Reich, als auf die Unzuverlässigkeit der aktenmäßig ermittelten sächsischen Zahlen zu schließen. Inwiefern letztere ihrerseits zur Schätzung des etwaigen Ertrags einer alle Erben treffenden Reichssteuer verwendbar sind, ist eine ganz andere Frage, bei deren Lösung man wohl zu beachten hat, daß, wie in der Rechtspflege eine Urkunde, so auch in der Nationalökonomie eine statistische Nachweisung in der Regel nur zu den Zwecken, für die sie aufgestellt ist, verwendet werden darf. — Das soeben erschienene 1. Vierteljahrsheft zur Statistik d. D. R. bestätigt übrigens die Richtigkeit der vorstehenden Ausführungen schlagend: nicht 1425, sondern nur 683 Mill. hat im Jahre 1908/09 der steuerpflichtige Anfall an Seitenverwandte betragen.

Dr. G. in M. — Von den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 hat das Kais. Statist. Amt in Berlin bisher folgende Bände der Stat. d. D. Reichs veröffentlicht:

1. Berufsstatistik: 202, 1 und 2, 204, 205, 207, 1, 208, 209, enthaltend: Anordnungen usw., Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf im Reich, in den Bundesstaaten, Großstädten und auf dem platten Lande, Nebenerwerbsverhältnisse im Reich. Im Druck: 206, 207, 2 betr. Hauptberuf, Alter und Familienstand und Religionsbekenntnis in den Bundesstaaten und Großstädten.

2. Landw. Betriebsstatistik: 212, 1a und b enthaltend: Anordnungen usw., Betriebe und Arbeiter nach Zahl und Fläche, Ackerland und Bestellung, Personal nach Zahl, Geschlecht und Stellung im Betriebe. Im Druck: 212, 2a betr. Viehstand, landw. Maschinen, Nebengewerbe, Hauptberuf der Inhaber, Weinbau-, Forstbetriebe, insbesondere von Staat, Krone, Gemeinden, landw. Betriebe nach kleinen Verwaltungsbezirken.

3. Gewerbl. Betriebsstatistik: 213, 1 enthaltend: Anordnungen usw., Betriebe und Personen, desgl. mit Gesamtbetrieben als Einheiten, Betriebsgrößenklassen. Im Druck: 213, 2 betr. Personal nach Stellung im Betriebe und Geschlecht; Erwachsene, jugendliche Arbeiter, Lehrlinge und Frauen; Hausgewerbe nach den Angaben der Hausgewerbetreibenden und Unternehmer; Betriebe mit offenen Verkaufsstellen; Haupt- und Zweiggeschäfte.

Außerdem liegen ergänzende Veröffentlichungen einzelner Bundesstaaten vor.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 4 **2. Jahrgang** **15. Mai 1910**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | **Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | **Professor Dr. Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Über Mediane und Quartilen.

Von Direktorialassistent Dr. **Kieseritzky** in Breslau.

Um es gleich von vornherein zu sagen: der Zweck dieses Aufsatzes ist, für einen Mittelwert Propaganda zu machen, der so manche Vorzüge vor dem Durchschnitt (dem arithmetischem Mittel) hat und nur einen großen, aber nicht unüberwindlichen Nachteil, nämlich den, daß er so wenig bekannt und sein Name geeignet ist, die Vorstellung von etwas Abstrus-Gelehrtem, Hochmathematischem zu wecken. Das ist aber eine ganz irrige Vorstellung.

Wir schließen uns in unseren Ausführungen an ein neuerdings erschienenes Buch[1]) an, das die guten Seiten dieses Mittelwertes wohl hervorhebt, das aber im allgemeinen die statistische Praxis mehr schildert, als ihr die Wege weist. Dabei muß natürlich eine Form schlecht wegkommen, die die Praxis bisher wenig benutzt hat.

Der Median mit diesem seinem besonderen Namen und als wissenschaftlich berechtigter Mittelwert ist auch etwas vergleichsweise Neues. Wir entnehmen dem genannten Buch, daß beispielsweise Messedaglia ihn in einer 1880 veröffentlichten Abhandlung *„Calculs des valeurs moyennes"* noch gar nicht erwähnt. Darum ist er freilich schon früher angewandt worden. So ist die wahrscheinliche Abweichung vom Durchschnitt (im Unterschied von der mittleren Abweichung) ein Median, ebenso die wahrscheinliche Lebensdauer. Aber in seiner grundsätzlichen Eigentümlichkeit ist der Median früher nicht erfaßt worden und die Folge davon ist, daß noch heute Meinungsverschiedenheiten darüber vorkommen, wie er zu definieren und zu berechnen ist.

1) Franz Žižek, die statistischen Mittelwerte 1908 (siehe D. St. Z. 1. Jahrg., Sp. 60).

In einer Reihe nach ihrer Größe geordneter Fälle ist der Median derjenige Wert, den die Hälfte der Fälle nicht überschreitet, während die andere Hälfte nicht unter ihn sinkt, welcher also die mittelste Stelle in der Reihe einnimmt. Es mögen z. B. für eine Arbeitergruppe folgende Löhne gelten:

ℳ pro Tag	1,70	1,80	1,90	2,00	2,10	2,20	2,40	2,70
Arbeiterzahl	3	4	5	6	4	1	1	1

Hier ist der Median derjenige Lohn, den der mittelste Arbeiter empfängt, d. h. der 13., also 2 ℳ. Wenn dagegen der bestbezahlte Mann als aus der Gruppe herausfallend weggelassen und dadurch die Gesamtzahl der Arbeiter gerade wird, betrachtet man als Median das arithmetische Mittel von den Löhnen der beiden mittelsten Arbeiter; das wäre also 1,95 ℳ.

In derselben Weise kann man natürlich die beiden Hälften der Arbeiterschaft weiter halbieren. Man nennt dann die Werte, durch die das geschieht, Quartilen. In der genannten Gruppe von 25 Arbeitern wäre die Unterquartile 1,80 ℳ, die Oberquartile 2,10. Würden die beiden obersten Arbeiter weggelassen, so betrüge die Unterquartile noch immer 1,80, die Oberquartile 2,05. Teilt man die gesamte Arbeiterschaft in 10 Teile, so spricht man von Dezilen, und von Zentilen, wenn sie in 100 Teile zerlegt wird.[1])

1) Auf diese letzteren Zahlen soll hier nicht besonders eingegangen werden. Ich möchte jedoch die Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß sie u. a. für die Einkommensstatistik recht wertvoll sein können, zumal



Gewöhnlich sind nun nicht einzelne Löhne sondern Lohnklassen gegeben und dann müssen die genannten Werte durch Interpolierung gefunden werden. Das wird meist nur möglich sein, wenn man annehmen kann, daß die Einzelfälle sich gleichmäßig innerhalb einer Lohnklasse verteilen. Die bequemste Regel ist dann die[1]), daß man die Hälfte, das Viertel der Fälle mindestens auf eine Dezimale genau ausrechnet. Nehmen wir folgendes Beispiel:

Lohnklassen ℳ	bis 1.70	1.71–1.75	1.76–1.80	1.81–1.85
Anzahl d. Arbeiter	2	3	4	6

Lohnklassen ℳ	1.86–1.90	1.91–1.95	1.96–2.00	üb. 2.00
Anzahl d. Arbeiter	3	2	1	1

Die Hälfte der Fälle ist hier 11,0, der Median fällt also in die Gruppe 1,80 bis 1,85 und da diese Gruppe den 9,0ten bis zum 15,0ten Arbeiter einschließt, so fallen also zwei Sechstel der Spannung (dem Unterschied zwischen Maximum und Minimum) der Gruppe auf die Arbeiter unter dem Median. Dieser beträgt demnach 181,7 und entsprechend berechnet sich die Unterquartile auf 175,6, die Oberquartile auf 187,5.[2])

Der erste Vorzug, den der Median vor dem Durchschnitt hat, ist seine einfache Ermittelung. Bei dem Durchschnitt muß immer zuerst die Lohnsumme festgestellt werden, die an alle Arbeiter gezahlt wird. Das ist in jedem Fall eine größere Arbeit auch dann, wenn uns die effektiven Lohnsätze der einzelnen Arbeiter vorliegen. Wenn nur Größenklassen gegeben sind, ist die Berechnung des Durchschnitts meist gar nicht möglich, denn wenn wir auch bei den meisten Klassen annehmen könnten, daß alle Arbeiter den Durchschnittssatz ihrer Lohnklasse beziehen, bei der untersten wird doch meist das Minimum fehlen, bei der obersten das Maximum; es läßt sich also auch kein Durchschnittssatz für sie feststellen. In diese Verlegenheit kommt man bei den Kennzahlen (das heißt bei Median, Quartilen usw.) nicht. Doch das nur nebenbei. Die ganze Berechnung eines Durchschnitts aus Größenklassen ist so mühevoll und unbefriedigend, daß man sie beinahe stets vermeiden wird, während die oben gezeigte Interpolierung etwas ganz Einfaches ist.

Ein weiterer Vorzug des Medians ist ferner, daß er nicht so empfindlich gegen Extreme ist, wie der Durchschnitt. In unserem ersten Beispiel, wo der bestbezahlte Arbeiter 2,70 ℳ erhält, beträgt der durchschnittliche Lohn 1,90. Wenn der erste Arbeiter statt dessen das Doppelte bezogen hätte, wäre das natürlich für das Lohnniveau der gesamten Gruppe in keiner Weise charakteristisch, ihr Durchschnitt würde aber 2,01 ℳ sein. Der Median bliebe der gleiche.

Nun kann man sich bei der Durchschnittsberechnung ja dadurch helfen, daß man ganz extreme Fälle wegläßt. Man braucht auch nicht immer ein sachliches Motiv dafür zu haben, sondern läßt unter Umständen bei der Durchschnittsberechnung grundsätzlich Maximum und Minimum weg. Aber es bleibt natürlich eine Willkürlichkeit, daß man oben und unten nur je einen Fall wegnimmt. Man könnte auch je zwei Fälle streichen, oder je drei usw. Wenn man bei einem solchen Ausschalten von Extremen immer weiter geht, stößt man schließlich in der Mitte auf eben den Median. Denkt man sich diesen letzteren so entstanden, dann kann man es auch rechtfertigen, daß der Durchschnitt der beiden mittelsten Fälle genommen wird, wenn die Summe der Reihe eine gerade Zahl ist. Man könnte dann auch auf den Gedanken kommen, dort, wo diese Summe ungerade ist, nicht den mittelsten Fall als Median zu nehmen, sondern den Durchschnitt aus den drei mittelsten. Dies ist von Fechner für manche Fälle vorgeschlagen worden (vgl. Žižek, S. 257, Anm.), und zwar deshalb, weil der Median allerdings verglichen mit dem Durchschnitt wieder den Nachteil hat, daß er gegenüber Zufälligkeiten, die sich in der Mitte der Reihe finden, empfindlicher ist.[1]) Es führt das jedoch zu einer unnützen Komplizierung des Medianbegriffs.

Aus dem Gesagten erhellt ferner, daß man jederzeit aus der Medianrechnung zur Durchschnittsrechnung übergehen darf. Es ist durchaus zulässig, aus zwei Medianen ein arithmetisches Mittel zu berechnen. Die entgegengesetzte Meinung Žižeks, der Mediane nur zusammenfassen will, indem er wieder einen Median aus ihnen ableitet (S. 30 und 169 des Buches), ist ganz irrtümlich. Mediane von Medianen dürften gerade etwas recht Angreifbares sein.

Ein Beispiel soll das Gesagte illustrieren. Durch die städtische Gebäudesteuer werden bekanntlich besonders auch die Gewerbetreibenden des Mittelstandes betroffen, die zur Sicherung ihres Betriebs mehr oder weniger darauf hingedrängt werden, sich anzukaufen. Umfangreiches Material darüber, in welcher Höhe sie infolgedessen die Gebäudesteuer trifft, läßt sich nicht ohne größere Kosten und Arbeit sammeln und man wird sich in der Regel mit einer stichweisen Auszählung begnügen müssen. Für Breslau ergab eine solche neuerdings folgendes:

---

wenn es sich darum handelt, die zeitlichen Verschiebungen klar zu legen, bekanntlich ein Punkt, über dessen richtigste Behandlung schon verschiedentlich gestritten worden ist. Ein Beispiel für die hier empfohlene Methode ist in der „Breslauer Statistik“, Bd. 28, Heft I, S. 110 gegeben.

1) Wir führen das auch deswegen näher aus, weil bei Žižek (S. 251) eine ganz unpraktische Regel gegeben wird, die schon bei Berechnung der Mediane Schwierigkeiten macht und die der Quartilen erst recht erschwert. Im übrigen führt unsere Regel praktisch zu denselben Zahlen, wie die Žižeks.

2) Wenn die Reihe dagegen nicht aus Größenklassen, sondern aus den konkreten Einzelfällen besteht, darf eine Bruchrechnung nicht angewandt werden. Wenigstens ist das die übliche Auffassung. Es würde sonst der Median von 100 Fällen bei dem fünfzigsten Fall liegen, statt zwischen dem fünfzigsten und einundfünfzigsten. Stellenweise scheint allerdings anders gerechnet worden zu sein; vgl. Žižek, S. 255, am Schluß der Anmerkung.

1) Beispielsweise muß sich das bemerkbar machen, wenn man das Ansteigen der Gehälter einer Beamtengruppe durch längere Jahre verfolgt. Der Median kann nur auf wirkliche Gehaltssätze fallen, oder den Durchschnitt zwischen zwei Sätzen. Er muß also stets eine ziemlich runde Zahl sein und wird sich nur in Absätzen und sprungweise aufwärts bewegen, während der Durchschnitt ein viel gleichmäßigeres Ansteigen zeigen kann.



Einkommensklassen (ℳ)	Zahl der grundsteuerpflichtigen Gewerbetreibenden mit genügenden Angaben	Deren Grundsteuer (ℳ)			
		Durchschnitt	Unterquartile	Median	Oberquartile
— 1500	12	130	40	100	153
1501— 1800	26	267	103	180	385
1801— 2400	33	145	55	115	211
2401— 3000	28	202	110	200	265
3001— 3900	38	263	158	250	330
3901— 5000	21	324	195	265	458
5001— 7500	30	433	222	310	570
7501—12500	22	644	250	420	690

Die Zahlen sind aus den Urtabellen durch die oben dargestellte Interpolierung gewonnen worden.

Betrachten wir zunächst nur die Durchschnitte, so zeigt sich ja eine gewisse Regelmäßigkeit, aber diese wird auf der zweituntersten Stufe durch eine abnorm hohe Zahl durchbrochen. Das Naheliegendste ist, das mit der geringen Zahl der Beobachtungsfälle zu erklären und hätten wir nur den Durchschnitt, so müßten wir dabei stehen bleiben.

Beim Median fällt zunächst auf, daß er wesentlich niedriger ist, als der Durchschnitt. Das ist ja leicht erklärlich. Die Fälle mit extremer Grundsteuerbelastung sind natürlich meist Fälle abnorm hoher Belastung und da die Extreme, wie gesagt, mehr auf den Durchschnitt als auf den Median wirken, so muß der erstere höher, auch viel höher ausfallen.

Dies legt aber eine andere Frage nahe. Die Leute, welche uns Statistikern das Problem stellen, suchen überhaupt nicht nach Durchschnitt oder Median. Sie wollen wissen, was typisch ist. Was aber typisch ist, das ist nur klar bei den Massen, in denen ein ausgesprochener Gipfelwert hervortritt, auf den die Mehrheit der Fälle entfällt. Wir wollen hier nicht geltend machen, daß bei solchen Massen der Median dem Gipfelwert meist näher stehen wird, als der Durchschnitt. Den Typ zu vertreten, ist an sich weder der Durchschnitt noch der Median berufen. Wenn doch der Durchschnitt gewöhnlich in dieser Weise benutzt wird, so ist das etwas rein Konventionelles und läßt sich apriorisch gar nicht begründen.

Aber damit ist unser Problem noch nicht gelöst. Es kann doch nicht Sache der Willkür oder der Konvention sein, ob wir als die typische Grundsteuerbelastung der obersten oben angeführten Einkommenstufe 420 oder 644 ℳ angeben? Die Lösung kann nur von der Tatsache ausgehen, daß es meist Typisches gar nicht gibt und daß es vielmehr darauf ankommt, Haltepunkte zu gewinnen, von denen aus man die Massen in ihrer Gliederung überblicken kann. Dies Studium der Dispersion [1]) erleichtert aber der Median in viel vorzüglicherer Weise, als der Durchschnitt.

Sehen wir uns dabei wieder die zweitunterste der angeführten Einkommenstufen an. Auch beim Median zeigt sich dieselbe Unregelmäßigkeit wie beim Durchschnitt. Aber wir können sie hier nicht damit erklären, daß einige Fälle abnorm hoher Grundsteuerbelastung das Bild verschoben haben. Das hätte allenfalls die Oberquartile stärker verrücken können. Ein wesentlicher Einfluß auf den Median ist schon recht auffällig. Nun zeigt sich aber die gleiche Abweichung auch bei der Unterquartile. Daraus erhellt deutlich, daß diese Einkommenstufe in der Tat durchweg abnorm hoch belastet ist und es wird wahrscheinlich, daß es sich dabei nicht um einen Zufall handelt. Wir können es etwa damit erklären, daß unter den Angehörigen dieser Stufe besonders viele sind, die, um sich nur ein Haus für ihren Betrieb zu sichern, deswegen sehr hohe Hypotheken übernehmen und daher auch hohe Steuern, denn diese sind nach dem Bruttowert des Hauses bemessen.

Wo wirklich einmal ein ausgesprochener Gipfelwert vorhanden ist, wird ihm auch durch den Median, die Quartilen, Dezilen usw. sein Recht. Denn er befindet sich natürlich immer dort, wo diese Zahlen zusammenrücken oder gar zusammenfallen, ist also leicht zu erkennen.

Daß diese Kennzahlen uns viel mehr nahelegen, die Dispersion in den Massen zu untersuchen, ist ein sehr wesentlicher Vorzug, der sicher dazu führen muß, unsere Erkenntnisarbeit zu vertiefen.

Selbstverständlich soll man nicht dagegen anführen, daß man auch vom Durchschnitt ausgehend die Dispersion untersuchen kann. Gewiß kann man noch neben dem Durchschnitt z. B. die mittlere Abweichung berechnen; man tut es nur nie, weil es viel zu mühevoll und zeitraubend ist. Wie einfach ist daneben die Abzählung der Quartilen. Dazu kommt, daß die mittlere Abweichung über das Verständnis des statistischen Laien doch schon etwas hinausgeht, wenn nicht über seine Fähigkeit, so doch über seinen guten Willen, zu verstehen. Die Quartilen zeichnen sich demgegenüber durch größere Anschaulichkeit aus. Auch das ist nicht unwesentlich.

Man kann es auch so ausdrücken: der Durchschnitt ist höchstens als fertige Erkenntnis etwas wert, der Median ist es auch als Erkenntnismittel und vor allem als das. Der Durchschnitt schließt das, was wir über die Masse zu sagen haben, in der Regel ab. Der Median wird uns aber meist nicht als letztes Ergebnis gelten, sondern als Etappe auf dem Wege. Er ist nicht dazu da, die Masse zu repräsentieren, sondern um in ihr zu orientieren. So beansprucht er keine so hohe Würde und leistet gerade deswegen mehr.

Der Median und seine Nebenwerte sind besonders auf dem Gebiete der Lohnstatistik ausgebildet worden. Und das ist nicht wunderbar. Nirgends ist der nivellierende und nichtssagende Durchschnitt schließlich so in Mißkredit gekommen und durch alleinige Auszählung nach Größenklassen verdrängt worden. Da diese aber in jeder Statistik anders abgegrenzt werden, wird eine Fülle von Zahlen veröffentlicht, die mit anderen Erhebungen nicht verglichen werden können. Dem gegenüber erlauben die Kennzahlen, das Material in wenige Daten übersichtlich und vergleichbar zusammenzufassen, ohne in die Fehler verwaschener Durchschnitte zu verfallen.

Allerdings müssen wir zunächst mit der Tatsache rechnen, daß die Mediane und Quartilen weiteren Kreisen unbekannt sind. Es kann nur davon die Rede sein, daß sie neben den bisherigen Formen statistischer Darstellung verwandt werden. Dann ist aber auch durchaus zu hoffen, daß sich

1) Auch die Messung der Streuweite der Dispersion kann vielfach von Interesse sein. Wir verweisen, um ein Beispiel zu geben, auf Breslauer Statistik, Bd. 28, S. 77.

die Laien bald an sie gewöhnen. Da es jedoch zunächst eben hierauf ankommt, kann auch nicht davon die Rede sein, daß man sich damit begnügt, zu denken, eine gute Sache ginge von selbst vorwärts und man bedürfe dafür nicht besonderer Bemühungen seitens der Fachkreise. Die Vorteile der Medianrechnung sind auch schon früher von andern dargestellt worden.[1]) Wenn die Praxis keine Folgerungen daraus ziehen konnte, so liegt das eben daran, daß sie mit Rücksicht auf ihr Publikum möglichst versucht, mit den herkömmlichen Rechnungsweisen auszukommen. Aber es handelt sich, wie gesagt, um ein Ziel, um dessentwillen man sich schon etwas Mühe geben könnte; denn seine Erreichung würde eine Vertiefung unserer Art der Objektbetrachtung mit sich bringen.

1) Wir erinnern hier an den Aufsatz von Geißler, dem früheren Direktor des sächsischen Statistischen Landesamts „über die Vorteile der Berechnung nach perzentilen Graden" in Mayrs „Allgemeinem statistischen Archiv", Jahrg. 1892.

Die Jahreskonferenzen der schweizerischen Statistiker.

Von † Dr. **E. Naef**, Kantonsstatistiker in Aarau.

Bis zum Jahr 1889 tagten die Statistiker in der Schweiz gemeinschaftlich mit den Mitgliedern der schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft. Die schweizerische statistische Gesellschaft bildete eine Art Anhängsel der vorgenannten Gesellschaft. Je größere Bedeutung die Statistik erlangte und je mehr sie sich im Bund und in den Kantonen entwickelte, desto mehr trat das Bedürfnis hervor, sich auf eigene Füße zu stellen. Zur friedlichen Ausscheidung kam es in der ersten selbständigen Statistikerversammlung im Jahre 1889 in Aarau. Die Leitung blieb nach wie vor in Händen der Zentralkommission der schweizerischen statistischen Gesellschaft; nur wurde bestimmt, daß mit der Tagung dieser Gesellschaft gleichzeitig eine Statistikerkonferenz stattfinden solle, an welcher alle, die für die Statistik Interesse zeigten, teilnehmen können. Die Gäste haben sich denn auch in der Folge nicht nur aus den amtlichen Statistikern des Bundes und der Kantone, sondern auch aus höheren Verwaltungsbeamten, Ärzten, Geistlichen und Lehrern rekrutiert. Die Leitung der Konferenzen, die jedes Jahr in einem anderen Kanton stattfinden, untersteht dem jeweiligen Vorsteher desjenigen Departements, in dessen Bereich hauptsächlich die Statistik gehört, und das ist fast überall das Departement des Innern. In den Zwischenpausen erledigt die statistische Gesellschaft unter ihrem Präsidenten ihre geschäftlichen Traktanden. Konflikte sind deswegen bis jetzt noch nie entstanden, wenn auch zugegeben werden muß, daß mit der Zeit der ganzen, heute noch primitiven Organisation wohl eine festere Stütze gegeben werden muß. Namentlich sind es die jüngeren Statistiker in den Kantonen, welche mehr Spielraum zur Geltendmachung ihrer Aufgaben und Stellung verlangen.

Verhandlungsgegenstände der Jahreskonferenzen sind, neben den statistischen Tagesthemata wie Volkszählung, Betriebszählung, Landwirtschaftsstatistik, Sparkassenstatistik, Gemeindenfinanzstatistik, Brandstatistik, Statistik der pädagogischen und sanitarischen Rekrutenprüfungen usw., Fragen der Statistik, die den Kanton betreffen, wo die Jahreskonferenz jeweilen stattfindet. Es wird gewöhnlich auf diese Konferenzen hin eine ungemein reichhaltige Literatur über alles Wissenswerte auf volkswirtschaftlichem und sozialem Gebiete geliefert, wobei namentlich die großen Werke der Gemeinnützigkeit, Spitäler, wohltätige Anstalten aller Art, zur Geltung kommen. Hätten die Statistikerkonferenzen nur das eine Verdienst, daß sie diese wertvollen wissenschaftlichen Arbeiten veranlaßten, so hätten sie ihre Nützlichkeit genügend bewiesen. Es kommt aber noch dazu, daß durch die persönliche Berührung der Statistiker unter sich, der eidgenössischen mit den kantonalen Beamten und der Statistiker mit den höheren Verwaltungsbeamten manch gute Anregung zu verdanken ist, und namentlich in den Kantonen, wo der Wert der Statistik nicht immer genügend Würdigung findet, die Durchführung statistischer Erhebungen erleichtert wird. Eine Hauptaufgabe bleibt allerdings immer noch zu erfüllen, und das ist die Vereinheitlichung des Verfahrens bei den Erhebungen der kantonalen statistischen Ämter. Diesbezügliche Versuche, die zunächst für die Landwirtschaftsstatistik gemacht worden sind, haben bis jetzt noch keine praktischen Resultate zutage gefördert. Auch sonst läßt die Übereinstimmung auf den meisten Gebieten der Verwaltungsstatistik zu wünschen übrig. Teilweisen Ersatz bietet einstweilen das von der Konferenz angeregte und seitdem alljährlich vom eidgenössischen statistischen Bureau mit großer Mühe und Umsicht herausgegebene „Statistische Jahrbuch der Schweiz".

Besprechungen.

II. Bewegung der Bevölkerung.

Deutsche Sterbetafeln für das Jahrzehnt 1891 bis 1900. Berechnet von Reg.-Rat Prof. Dr. Joh. Rahts. Stat. d. D. Reichs, Bd. 200.[1])

Durch die Neuberechnung von deutschen Sterbetafeln ist einem mehrfach ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen; die einzige allgemeine deutsche Sterbetafel, auf die bei Bedarf immer wieder zurückgegangen werden mußte, war die Beckersche für das Jahrzehnt 1871/72 bis 1880/81, die im Novemberhefte des Jahrg. 1887 der Stat. d. D. Reiches wiedergegeben worden ist, und es war wohl zu erwarten, daß sich die Sterblichkeitsverhältnisse der deutschen Bevölkerung durch Förderung der Gesundheitspflege seit den siebziger Jahren be-

1) Siehe auch D. St. Z. Jahrg. 1 Sp. 9.



deutend gebessert haben. Die übliche Art, eine Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse zu erkennen, beruhte auf dem Vergleich der Gesamtzahl der Bevölkerung mit der Gesamtzahl der innerhalb eines Kalenderjahres Gestorbenen, d. h. auf dem Vergleich der Sterbeziffern der einzelnen Kalenderjahre. In der Tat war auch die Sterbeziffer der deutschen Bevölkerung seit dem Jahre 1875 bis zum Jahre 1900 von 29 auf 23 herabgesunken, d. h. während im ersteren Jahre auf je 1000 lebende Personen durchschnittlich 29 Gestorbene entfielen, kamen im letzteren Jahre auf die gleiche Anzahl Lebender nur 23 Sterbefälle. Die Sterbeziffer gibt aber keinen Aufschluß darüber, ob die Besserung der Verhältnisse allen Altersklassen oder nur einem Teile zukommt, auch ist diese Ziffer stark abhängig von dem zufälligen Altersaufbau der Bevölkerung und kann leicht irreführen. So pflegen die geringen Sterbeziffern der Großstädte viel mehr durch den eigentümlichen Altersaufbau ihrer Bevölkerung als durch günstige Sterblichkeitsverhältnisse bewirkt zu werden. Beispielsweise ergibt der Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1900 für Berlin die Sterbeziffer 19,3, für das gesamte Deutsche Reich dagegen die Ziffer 22,2; es könnte hiernach scheinen, als wäre die Sterblichkeit in Berlin bedeutend geringer als durchschnittlich im Reiche. Berechnet man aber aus den für denselben Zeitraum geltenden Sterbetafeln die von dem Altersaufbau unabhängigen Sterbeziffern, so erhält man für Berlin die Zahl 24,5 und für das Reich 23,7. Die auf dem gewöhnlichen Wege erhaltene geringe Sterbeziffer Berlins ist also wesentlich durch den eigenartigen Altersaufbau seiner Bevölkerung bedingt. Solche Erwägungen lassen es ratsam erscheinen, daß von Zeit zu Zeit neue Sterbetafeln berechnet werden.

In dem vorliegenden Bande 200 sind nicht nur allgemeine deutsche Sterbetafeln für das Jahrzehnt 1891 bis 1900 gebracht, sondern auch solche für das Jahrzehnt 1881 bis 1890 und ein Vergleich dieser beiden Tafeln mit der vorher erwähnten Beckerschen läßt sowohl zwischen den 70er und 80er Jahren als auch zwischen den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine erhebliche Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse erkennen. Doch verteilt sich diese Besserung auf die Altersgruppen in sehr verschiedener Weise. Im ersten Lebensjahre ist sie nur gering, denn auch in den 90er Jahren war in Deutschland die Säuglingssterblichkeit noch recht bedeutend, sehr groß dagegen ist die Besserung in dem Alter von 3 bis 10 Jahren, danach nimmt sie ab, läßt sich aber bis in die höchsten Altersjahre verfolgen. Die mittlere Lebensdauer ist für das männliche Geschlecht nach den Sterbetafeln der 70er Jahre 35,58, nach der Tafel der 80er Jahre 37,17 und nach derjenigen der 90er Jahre 40,56 Jahre, für das weibliche Geschlecht der Reihe nach 38,45, 40,25 und 43,97; sie ist also in zwei Jahrzehnten bei dem männlichen Geschlecht um 14,0 und bei dem weiblichen um 14,4 v. H. gestiegen.

Den neuen deutschen Sterbetafeln sind zum Vergleich Sterbetafeln anderer Kulturländer beigefügt, die nahezu für dieselbe Zeit gelten, Tafeln für England, Frankreich, Italien, Österreich, die Niederlande, Belgien, Schweden und Massachusetts. Um endlich die Sterblichkeitsverhältnisse verschiedener Teile des Deutschen Reiches miteinander vergleichen zu können, sind neue Tafeln berechnet worden für das östliche, westliche und mittlere Preußen, ferner für die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und für die vier Staatengruppen: Anhalt und Braunschweig; Großherzogtum Sachsen, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt; Sachsen-Altenburg, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie; die drei Hansastaaten Hamburg, Bremen und Lübeck. *J. Rahts.*

III. Todesursachenstatistik.

Graphische Darstellungen des zeitlichen Verlaufs der Sterblichkeit an Tuberkulose. Bearbeitet von Dr. med. E. Roesle-Dresden. Berlin W. 30. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt. Preis pro Tafel mit Mappe ℳ 2.— (45×95, bezw. 45×64 cm).

Zur Fortsetzung der im 1. Jahrg. Sp. 82 besprochenen „Statistischen Übersichten der Bevölkerungs- und Medizinalstatistik in graphischer Darstellung" wurden 2 Tafeln angefertigt, die den zeitlichen Verlauf der Sterblichkeit an Tuberkulose in den europäischen Staaten seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen und in den deutschen Großstädten seit dem Jahre 1871 zeigen. Die vergleichende Statistik der Tuberkulosesterblichkeit bietet insofern eine Schwierigkeit, als in manchen Staaten und Städten nur die Sterbefälle an Lungentuberkulose, in anderen dagegen die Sterbefälle an Tuberkulose ohne Ausscheidung der Lungentuberkulose zur Aufzeichnung gelangen. Diesen Verschiedenheiten der Erhebung wurde hier durch verschiedene Farbengebung Rechnung getragen, so daß wir sowohl von der auf je 10 000 Einwohner berechneten jährlichen Gesamtsterblichkeit an Tuberkulose als insbesondere von der Sterblichkeit an Lungentuberkulose, bzw. Tuberkulose anderer Organe ein umfassendes Bild erhalten, wie es in dieser räumlichen und zeitlichen Ausdehnung bisher noch nicht existierte. Aus dem teilweise noch recht verschiedenen Ablauf der Tuberkulosekurven in den europäischen Staaten können wir die Abhängigkeit ihres Verlaufs von den mehr oder minder intensiv durchgeführten Bekämpfungsmaßnahmen deutlich ersehen. Dadurch erhalten diese statistischen Tabellen auch praktische Bedeutung, da die großen Erfolge in einzelnen Ländern (England, Schottland, Dänemark, deutsche Staaten) sowie Städten die maßgebenden Kreise von der Besiegbarkeit dieser Krankheit überzeugen und für die anderen Staaten und Städte anregend wirken müssen. In der Erreichung dieses Zieles gipfelt der Hauptzweck dieser vergleichenden Übersichten. Der Städtetabelle ist wiederum eine tabellarische Übersicht beigegeben, die alle städtischen sozialhygienischen Einrichtungen zur Bekämpfung der Tuberkulose — in 5 Rubriken zergliedert — aufführt. *E. Roesle.*

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in Berlin 1906 bis 1908/09. Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin Nr. 2. Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin.

Das stattliche, von Professor Dr. Heinrich Silbergleit, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin, herausgegebene Heft enthält 22 Seiten Texterläuterungen und 50 Seiten Tabellen, wobei in den Text auch mancherlei Zahlenübersichten eingefügt sind. Ein Plan von Berlin mit den Standesamtsbezirken bildet den Anfang der Texterläuterungen. Es folgt dann eine ausführliche Beschreibung der Bautätigkeit, wobei Bauschein und Baugenehmigungen, Rohbauten, die gebrauchsfertig gewordenen Neubauten, Umbauten und Abbrüche unterschieden werden, sowie eine eingehende Darstellung des Wohnungsmarktes nach folgenden drei Hauptgesichtspunkten: das Wohnungsangebot nach Stadtteilen und Wohnungsgröße, der Wohnungsverbrauch und die Mietspreisverhältnisse des Wohnungsangebotes.

Da der Abschnitt über den Wohnungsverbrauch, wie der Herausgeber in der Vorbemerkung ausdrücklich betont, völlig neu für Berlin ist, so sei aus ihm hier einiges hervorgehoben. Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr wurden in den Jahren von 1906 bis 1908 an Wohnungen 18 367 bzw. 7697 und 1656 mehr verbraucht. Das bedeutet eine erhebliche Verminderung des Wohnungsverbrauches während der drei Berichtsjahre. Setzt man den Mehrverbrauch von 1906 gleich 100, so erhält man für den der beiden anderen Jahre in runden Zahlen 42 bzw. 9. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß im Jahre 1908, für welches die in Berlin bekanntlich außerordentlich sorgfältige Fortschreibung eine Bevölkerungsabnahme von etwa 4400 ergibt, überhaupt noch eine Steigerung des Wohnungsverbrauches konstatiert werden konnte. Sie erklärt sich nach Silbergleit einfach dadurch, daß oft ohne gleichzeitige Veränderung des Bevölkerungsbestandes mehr Wohnungen gebraucht werden, sei es durch Heiraten bisher keine eigene Wohnung innegehabt habender Ortsangehörigen, sei es durch den Übertritt bisheriger Zimmermieter in dieKlasse der selbständigen Wohnungsverbraucher, endlich durch die Umwandlung von Wohngelassen in Geschäftsräume. Bei den beiden zuerst genannten Faktoren spielen für Berlin die Vororte eine besondere Rolle. So verlor die Reichshauptstadt in den drei Jahren von 1906 bis 1908 zusammen an 24 Vororte 2857 Steuerzahler mit über 6000 ℳ Einkommen.

Die für Berlin in dem Heft angestellten Untersuchungen dürften auch für die Wohnungs- und Bewohnungsverhältnisse anderer Gemeinwesen von Nutzen sein. *H. Guradze.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Die neue preußische Statistik der Fleischpreise im Großhandel. Erscheint seit 1910 fortlaufend in der „Statistischen Korrespondenz" des Kgl. Preuß. Statistischen Landesamts.

Die staatliche Preisstatistik Preußens berücksichtigte bisher lediglich beim Rindfleisch auch Großhandelspreise, diese aber für über 150 Berichtsorte. Hierbei handelte es sich indes vorzugsweise um Großbezugspreise, die von größeren Abnehmern, Krankenkassen, Strafanstalten, Irrenhäusern usw. gezahlt werden, also in der Regel um Submissionspreise für längere Zeit. Seit dem 1. Januar 1910 werden nun die Fleischpreise im Großhandel nur noch für diejenigen (20) Orte — meist Großstädte —, in denen tatsächlich ein Fleischgroßhandel, d. h. ein Verkauf der Engrosschlächter (Großschlächter) an die Ladenfleischer, stattfindet, fortlaufend erhoben und veröffentlicht, und zwar außer beim Rindfleisch auch beim Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch nach dem Schema, wie es bei der üblichen Viehpreisberichterstattung verwendet wird, mit einigen Vereinfachungen; insbesondere beim Schweinefleisch wird nur unterschieden zwischen sog. Ladenschweinen zum Frischverkauf (bis zu ca. 225 Pfd. Lebendgewicht) und Schweinen zur Dauerwarenfabrikation (über ca. 225 Pfd. Lebendgewicht). Die Erhebung wird durch die betreffenden Schlachthofverwaltungen, in Berlin durch die Direktion der städtischen Zentralmarkthalle, möglichst auf Grund kontrollierbarer Angaben der Großschlächter über die von ihnen erzielten Großhandelspreise bewerkstelligt; sie findet wöchentlich einmal, in der Regel am Sonnabend, statt. Die Veröffentlichung erfolgt halbmonatlich; sie enthält Spannungs- und Durchschnittspreise für je 50 kg.

Außerdem werden von 1910 an jährlich einmal für die sämtlichen 154 Berichtsorte der preußischen Preisstatistik die Preise für Submissionslieferungen von Fleisch an Militärverwaltungen und an staatliche, kommunale und andere größere Anstalten ermittelt und veröffentlicht. *F. Kühnert.*

Der Wildkonsum in einigen größeren badischen Städten. Stat. Mitteil. über d. Großh. Baden. N. F. Bd. III. Februar 1910. S. 21 flg.

Auf Grundlage der Aufzeichnungen der Erheberstellen für die örtliche Verbrauchsabgabe von Wildbret und Wildgeflügel ist für die Städte Konstanz, Freiburg, Baden, Karlsruhe, Pforzheim und Heidelberg der durchschnittliche Wildkonsum im Jahrzehnt 1899/1908 berechnet worden; das Ergebnis der Untersuchung war insbesondere, daß der Wildkonsum von den örtlichen Jagdverhältnissen ausschlaggebend beeinflußt wird.

Einfuhr wie Ausfuhr wurde nach einzelnen Wildarten einheitlich entziffert und die Mehreinfuhr, gleich dem Verbrauche, für ein Jahrzehnt ermittelt, so daß der Überschuß der Einfuhr über den Verbrauch jeweils am Jahresschluß wie auch die Jahresschwankungen in der Ergiebigkeit der Jagd bei der Durchschnittsberechnung als ausgeschaltet erscheinen. Die durchschnittliche Konsumziffer wurde dann mit der bei der Volkszählung 1905 ermittelten Haushaltungszahl der einzelnen Städte kombiniert. Dabei ergab sich beispielsweise, daß zu Karlsruhe und Heidelberg auf jede Haushaltung nicht ganz ein Hase, zu Freiburg erst auf jede zweite, zu Pforzheim erst auf jede fünfte, zu Konstanz erst auf jede zehnte Haushaltung ein Hase entfällt, entsprechend den örtlichen Jagdverhältnissen (Hasenjagd insbesondere in der unteren Rheinebene); ebenso entfällt ein Stück Rehwild zu Konstanz und Freiburg schon auf jede fünfte bzw. siebente Haushaltung, zu Heidelberg erst auf jede zehnte, zu Karlsruhe auf jede elfte, zu Pforzheim erst auf jede zwanzigste Haushaltung, wieder entsprechend den örtlichen Jagdverhältnissen (Rehwildjagd insbesondere um Konstanz und Freiburg).



Besondere Schwierigkeiten bot die Wildkonsumstatistik nur bei dem Verbrauch von ausgehauenem Wildbret, dessen Ausfuhr die Einfuhr übertreffen kann, sowie bei Wildgeflügel, wo eine weitere, einheitliche Gruppenbildung innerhalb des Federwildes nicht möglich war. *L. Barck.*

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Die Seeschiffahrt im Jahre 1908. Stat. d. D. Reichs, Bd. 225. Berlin 1910. Teil I—II 4 *M*; Teil III—IV 4 *M*.

Für die Statistik der Seeschiffahrt hat der Bundesrat am 27. Juni 1907 neue Bestimmungen erlassen, die am 1. Januar 1908 in Kraft getreten sind. Die vorliegende Veröffentlichung bietet erstmalig die Ergebnisse der Verarbeitung des nach den neuen Bestimmungen erhobenen Materials.

Teil I behandelt wie bisher den Bestand der deutschen Seeschiffe (Kauffahrteischiffe). Die Bearbeitung erfolgt auf Grund von Spezialverzeichnissen über alle Seeschiffe, die in die Schiffsregister eingetragen sind, oder auf Grund von Vereinbarungsnachweisungen. Die Spezialverzeichnisse sind von fünf zu fünf Jahren, die Veränderungsnachweisungen in den Zwischenjahren aufzustellen. Neu aufgenommen wurde die Frage nach der vorwiegenden Verwendung der Schiffe, in Wegfall kamen die Fragen nach Verbolzung und Beschlag, sowie nach Chronometerführung. Während früher bei der Frage nach dem Baustoff des Schiffskörpers nach Eisen, Stahl, hartem Holz, weichem Holz und den Kombinationen dieser Baustoffe gefragt wurde, beschränken sich die Angaben jetzt auf 1. Eisen oder Stahl, 2. Holz und 3. Eisen und Holz.

Die Frage nach der vorwiegenden Verwendung ergab, daß von 4640 Seeschiffen überhaupt 3457 vorwiegend im Frachtgeschäft verwendet werden, während nur 201 Schiffe vorwiegend Personenfahrzeuge sind.

Die Übersicht III gab in den früheren Veröffentlichungen den Bestand der als Seeschiffe registrierten deutschen Fischer- und anderen nicht zu eigentlichen Handelszwecken dienenden Fahrzeuge der Kauffahrteiflotte. Es erschien zweckmäßig, in dieser Übersicht jetzt den Bestand der als Seeschiffe registrierten eigentlichen Handelsfahrzeuge und Fischerfahrzeuge zu geben. Neu ist die Übersicht IV, die den Bestand der in den deutschen Schutzgebieten beheimateten Seeschiffe (Kauffahrteischiffe) darstellt. Es sind dies 9 Segelschiffe, die in den deutschen Schutzgebieten in der Südsee beheimatet sind. *C. Meisinger.*

Seereisen deutscher Schiffe im Jahre 1908. Nach: Stat. d. D. Reichs, Bd. 225 (vgl. oben Sp. 109).

Teil IV der Seeschiffahrtsstatistik enthält wie bisher die Seereisen deutscher Schiffe. Nach den neuen Bestimmungen des Bundesrats sind hierbei auch die selbständigen Reisen deutscher Seeschiffe zwischen außerdeutschen Hafenplätzen nachzuweisen. Bei Tabelle II „Seereisen deutscher Schiffe zwischen deutschen und außerdeutschen Häfen" hat der Zwischenverkehr Aufnahme gefunden. Tabelle III behandelt die selbständigen Reisen zwischen außerdeutschen Häfen. Der frühere Anhang (Zwischenreisen) ist weggefallen. Nachgewiesen sind 85 434 Seereisen deutscher Schiffe mit Ladung und 16 824 Seereisen deutscher Schiffe in Ballast oder leer. *C. Meisinger.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Lohnstatistische Beiträge. Nach: Der Kampf gegen die Wohlfahrtseinrichtungen in Großbetrieben. Von Dr. phil. Alfred Jacobssohn. Verlag von C. L. Hirschfeld, Leipzig 1910. 2 *M*.

Die Schrift führt den Untertitel „Kritische Bemerkungen zu der Schrift von Dr. Adolf Günther über Wohlfahrtseinrichtungen und Betriebseinrichtungen".

In dem lohnstatistischen Teil (S. 7—29) wird zunächst eingehend nachgeprüft, ob Günther recht hat, wenn er meint, durch die Münchener Lohnermittelungen von 1905—07 werde die von Dr. Tille auf dem Mannheimer Kongreß des Vereins für Sozialpolitik (1905) aufgestellte Behauptung widerlegt, wonach in der deutschen Industriearbeiterschaft außerhalb der Riesenbetriebe keine Gruppe existiert, „wo (wie in den Eisenhütten des Saargebiets) der Lohn der gelernten Arbeiter 1400—1600 *M* und der Durchschnittslohn der erwachsenen männlichen Arbeiter 1232 *M* beträgt". Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß G. jene Widerlegung nicht gelungen ist und noch weniger der Beweis, „daß die Lohnverhältnisse in den Großbetrieben im allgemeinen nicht besser, möglicherweise, ja wahrscheinlicherweise oft schlechter sind als in den tariflich geeinten städtischen Industrien", denn die Münchener Lohnermittelungen selbst geben an den Stellen, an denen sie die Löhne in den Groß- und Kleinbetrieben unterscheiden, für die Großbetriebe die höheren Lohnsätze an.

In der daran anschließenden Darstellung der Lohnverhältnisse in der Kruppschen Gußstahlfabrik wird unter Benutzung teilweise noch nicht veröffentlichten Materials u. a. gezeigt, wie sich in den Jahren 1895, 1900 und 1904 bis 1907 die Arbeiterschaft auf 14 verschiedene Lohnklassen verteilte (eine dazu gehörige graphische Darstellung erleichtert den Überblick), sodann werden hierzu die „kumulativen Promillesätze", der „Medianwert", die „Unterquartile" und die „Oberquartile" berechnet; hier sei erwähnt, daß der Medianwert 1895 bei 4,01 *M*, 1907 bei 5,43 *M*, die Unterquartile 1895 bei 3,33 *M*, 1907 bei 4,53 *M*, die Oberquartile 1895 bei 4,72 *M*, 1907 bei 6,24 *M* lag. Eine weitere Beleuchtung der Lohnverhältnisse bei Krupp bietet für die Jahre 1901—08 der Durchschnittsverdienst derjenigen Werksangehörigen, die nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft gegen Unfall versichert sind; zum Vergleich werden die entsprechenden Zahlen für die übrigen Mitglieder der Sektion Essen, ferner für die anderen 8 Sektionen der genannten Berufsgenossenschaft, sowie für sämtliche Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlbranche herangezogen.

Endlich wird in diesem Teil noch der von G. in seinem ersten Buch (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 114, Leipzig 1905) versuchte und von Brentano als erbracht angesehene Nachweis

kritisiert, „daß gerade unter dem Einfluß der Wohlfahrtseinrichtungen die Löhne (der Bergarbeiter) im Saarrevier weit niedriger sind als im Ruhrrevier". Die Wohlfahrtseinrichtungen können in Wahrheit nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn Verfasser zeigt, daß die Löhne der Bergarbeiter im Saarrevier bis 1893 bzw. 1895 (von 1886 an nachweisbar) höher waren als die im Ruhrrevier, während doch die Wohlfahrtseinrichtungen in der Hauptsache weit älteren Datums sind. *A. Jacobssohn.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Sterblichkeit und Lebensbedingungen der Säuglinge. Von Dr. Marie Baum. Nach: Zeitschr. für Soz. Medizin, Säuglingsfürsorge u. Krankenhauswesen, IV. B., Heft 3 und 4, und V. B. Heft 1 (s. auch Sp. 83 D. St. Z., 2. Jahrg.).

Den Wohnungsverhältnissen, die in den Stadtkreisen M.-Gladbach und Rheydt relativ sehr günstig, und auch im Landkreise Gladbach durchschnittlich gut stehen, konnte an einzelnen Orten, z. B. auch in der Stadt Neuß, ein Teil der Schuld an der hohen Säuglingssterblichkeit zugesprochen werden.

Die Hebung der materiellen Lage der Mütter durch Versicherungsbeträge der Krankenkassen spielte im Kreise Neuß eine verschwindend geringe, in den einzelnen Stadtkreisen und Bürgermeistereien des zweiten Erhebungsgebietes eine erheblichere Rolle. Immerhin besaßen auch hier in dem Gesamtgebiete der Kreise M.-Gladbach, Rheydt und Gladbach Land nur rund ein Fünftel aller Wöchnerinnen zu der Zeit größter Hilfsbedürftigkeit einen rechtlichen Anspruch auf materielle Hilfeleistung.

Die Vorbereitung der Frauen für ihre späteren mütterlichen Pflichten erwies sich durchwegs als ungenügend. Es sind nur relativ wenige Kommunen, die in den Volksschulen obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht eingeführt haben. Eine besondere Berücksichtigung der Kinderpflege- und -ernährung findet nirgends statt. Eine solche methodische Unterweisung wäre besonders dort, wo die Heranziehung der Frauen und Mädchen zur Industrie üblich ist, dringend notwendig.

Von kommunaler Seite ist in Neuß eine eigentümliche Organisation, die sich lediglich auf Abgabe von Stillgeldern und Stillunterstützungen in Milch und Kost beschränkt, mit einem Gesamtaufwand von jährlich 10 000 *M* ins Leben gerufen worden; durch diese Einrichtung ist im Laufe der letzten Jahre die Stillziffer in die Höhe gegangen und die sehr hohe Sterblichkeit herabgemindert worden.

M.-Gladbach Stadt besitzt seit Jahren eine ausgedehnte, gut ineinandergreifende kommunale Säuglingsfürsorge, die im Zusammenhang mit den günstigen Wohnungsverhältnissen die Sterblichkeit trotz der starken Heranziehung der Frau zur industriellen Betätigung auf mittlerer Höhe gehalten hat.

Ebenso liegen die Verhältnisse in Rheydt relativ günstig.

Wo es zunächst einzusetzen gilt, das ist das flache Land. Hier werden Fortschritte unseres Erachtens am ehesten dadurch zu erreichen sein, daß man Pflegerinnen nach Art der englischen Lady-Sanitory-Inspectors, d. h. also gebildete, fachlich geschulte Frauen anstellt, die in einem größeren Bezirk über die gefährdeten Kinder wachen, als Vermittelung zwischen der weiblichen Bevölkerung und den Behörden dienen und schließlich die lokalen Hilfskräfte zur Mitarbeit zu gewinnen und anzuleiten verstehen. *Marie Baum.*

Die Pockenepidemie der Jahre 1905 und 1906 im Großh. Luxemburg. Publik. der Ständ. Kommission für Statistik. Beilage zu Heft XVIII. — 1909.

Die Pockenepidemie der Jahre 1905 und 1906 dauerte im Großherzogtum Luxemburg vom April 1905 bis August 1906. Zwischen der ersten und zweiten Erkrankung liegt jedoch ein Zeitraum von fast sechs Monaten, so daß die eigentliche Epidemie ungefähr ein ganzes Jahr dauerte. Im ganzen kommen 229 Pockenerkrankungen in zusammen 24 Ortschaften zur Anmeldung. Von den Erkrankungen entfallen 32 auf das Jahr 1905 und 197 auf das Jahr 1906. 15 Fälle betrafen italienische und 11 deutsche Staatsangehörige. Von den an Pocken Erkrankten waren 156 geimpft, 48 nicht geimpft; bei 25 war das Impfverhältnis zweifelhaft. Es starben von diesen 16 geimpfte, 24 nicht geimpfte und 5 zweifelhafte, demnach im ganzen 45 Personen. Auf 1000 Einwohner der befallenen Ortschaften erkrankten insgesamt 3,2 und starben 0,6. Was die Häufigkeit der Pockenerkrankungen bei den verschiedenen Altersklassen betrifft, so ergibt sich für die Kinder unter einem Jahr die größte Verhältniszahl, nämlich 8,0 ‰. Von sämtlichen Kindern von 2 bis 3 Jahren erkrankten noch 6,5 ‰. Bei den folgenden Altersgruppen, von 3—12 und von 12—20 Jahren, sinkt dann die Morbidität ganz bedeutend, nämlich auf 1,9 bzw. 2,0 ‰, um in der Altersklasse von 20—30 Jahren wieder auf 5,1 ‰ zu steigen. *A. Widung.*

XX. Armenstatistik.

Armenwesen in Steiermark 1908. Nach: Armenberichte des steiermärk. Landesausschusses. X. Landt.-Per., 1. Session, Beil. 1/1909.

Auf Sp. 250 des 1. Jahrg. des D. St. Z. ist über die Gesamtanordnung der steierm. Armenstatistik auf Grund des Landes-Armenkatasters berichtet worden. Für das Jahr 1908 wurde neben den jährlichen Auszählungen der Siechen und Findlinge diesmal die Statistik der Gemeindearmen in den 20 steierm. Städten (außer der Landeshauptstadt Graz, welche für den Landes-Armenkataster keine Daten einsendet) verfaßt, wobei im Verhältnis zum Jahre 1901 eine Zunahme der Gemeindearmen von ca. 1600 auf 2000 konstatiert wurde. Das Gemeindearmenprozent beträgt 2,2 der Bevölkerung. Da 1200 Arme über 60 Jahre alt waren, stellt die Armenversorgung (neben der Kinderversorgung mit 346 Fällen) fast ausschließlich eine Altersversorgung dar. Nicht ohne Belang ist — wegen der sog. Selbständigen-Versicherung —, daß die Zahl der verarmten Meister und deren Angehörigen mehrfach größer war als jene der Gehilfen und fast an die Zahl der gewesenen Tage-

löhner mit ihren Angehörigen heranreichte. Die Summe der Geldunterstützungen betrug rund 138 000 K., wobei die Monatsquoten von 4—6 K. ein Drittel der Fälle umfaßten. — Die Statistik der Findlinge in Steiermark (3000 während des ganzen Jahres 1908) bezieht sich auf die Geburtsstunden, die Berufe und Wohnorte der Pflegeparteien, den Übergang der Findlinge in die Gemeindearmenpflege; ferner auf Gebürtigkeit, Zuständigkeit, Beruf, letzten und nächsten Aufenthaltsort, Zivilstand, Alter, Legitimität, Lohnverhältnisse, Beitragsleistung, Aufenthaltsdauer und wiederholte Inanspruchnahme der Anstalt der Findlingsmütter; sodann folgt eine Darstellung der Berufe der Eltern der Findlingsmütter in Kombination mit den Berufen der letzteren mit besonderer Rücksicht auf die späteren Verehelichungen der unehelichen Mütter der Findlingsmütter. Schon diese Aufzählung allein läßt die methodische Bedeutung eines Findlingskatasters ersehen. — Den Beschluß bildet die Statistik der 1331 Insassen der 7 Landes-Siechenhäuser nach allem populationistischen, beruflichen und sanitären Detail. — Die gesamte Jahresstatistik der Armen aller dieser Kategorien umfaßt etwa 3 Bogen IV° und ist dank dem Bestande des Landesarmenkatasters ohne jede Außenerhebung von dem einzigen den Kataster führenden Beamten in kaum 2 Monaten während seiner Amtszeit durchgeführt worden, wobei die Katasterblätter selbst als Zählkarten dienten und außer der Eintragung der Ziffern in das endgültige Manuskript gar keine Schreibarbeit erforderlich war. *E. Mischler.*

XXIII. Finanzstatistik.

Reichserbschaftssteuer-Statistik 1908. Nach: Vierteljahrsh. z. Stat. d. D. Reichs, 1910 H. I, 37 S.

Das Kaiserlich Statistische Amt veröffentlicht erstmalig die Reichserbschaftssteuerstatistik, und zwar für das Rechnungsjahr 1908. Die Bestimmungen und Musternachweisungen, welche für diese Statistik maßgebend sind, sind abgedruckt im I. Vierteljahrshefte des Jahrg. 1908. Sie bezwecken, die finanziellen Wirkungen des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 aufzuzeigen.

Nach einem Vorwort, das den Umfang und Inhalt der Statistik und ihrer Übersichten kurz beschreibt und die dem Tabellenwerk nicht einzuverleibenden Angaben über die an das Ausland bezahlte, auf die inländische angerechnete Erbschaftssteuer und über die Zuwendungen an ausländische Anstalten, welche wegen der Art ihrer Besteuerung sonst nicht ersichtlich sind, besonders verzeichnet, sind in 12 Übersichten die Ergebnisse der Besteuerungen nach dem benannten Gesetze zusammengestellt. In diesen ist für die Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer je in 2 Übersichten die aus dem Gesetze nicht sofort ersichtliche Steuerstaffelung, Zahl und Höhe der an jede Erwerberklasse gekommenen Erwerbsanfälle und die sich hieraus ergebende Steuer in absoluten und Verhältniszahlen für das ganze Reich ersichtlich gemacht. Für die einzelnen Staaten und Landesteile (Oberbehörden) ist diese Darstellung nicht wiederholt, sondern zum Zweck der Zusammendrängung nur je eine Übersicht über die Verteilung des Reinerwerbs und des Steueraufkommens einerseits auf die einzelnen Wertstaffeln (Einzelhöhe der Erwerbsanfälle), andererseits auf die einzelnen Erwerber und Steuerklassen gegeben. Eine weitere Übersicht zerlegt die Erwerbe von Todes wegen und die Schenkungen unter Lebenden in die Rohwerte des beweglichen und unbeweglichen Vermögens und in die darauf ruhenden, bei der Steuerberechnung in Abzug kommenden Verbindlichkeiten und verzeichnet außerdem die Steuerstundungen. An dieser Übersicht ist bezüglich der Erwerbe von Todes wegen zu beachten, daß darin nicht nur die vererbten ganzen Vermögen, sondern auch die durch testamentarische Verfügung an steuerpflichtige Erben gekommenen Erbteile von sonst steuerfreien Vermögen begriffen und, da sie in den statistischen Nachweisen nicht kenntlich gemacht werden, auch als „Nachlässe" gezählt sind.

Die Anfälle an die allgemein befreiten Personen, insbesondere Deszendenten und Ehegatten, ebenso wie die allgemein befreiten Anfälle unter 500 M. sind in der Statistik nicht enthalten. Bezüglich der besonderen Befreiungen des Gesetzes ist, soweit eine Ermittelung stattgefunden hat, in einer weiteren Übersicht über die unter die einzelnen Befreiungsvorschriften fallenden Anfälle und deren Gesamtwert nach Staaten und Landesteilen Nachweis gegeben. Diese Übersicht verzeichnet auch die Ermäßigungen der Steuer zugunsten von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken. Bezüglich dieser Ermäßigungen ist in der letzten Übersicht noch nachgewiesen, welchen Erwerberklassen sie zugute gekommen sind, und in welche Wertstaffel der Gesamtanfall, zu dem die Grundstücke gehörten, einzureihen war. Die Statistik beschreibt daher in diesen Darstellungen nicht nur die Steuerveranlagung an sich, sondern auch die der letzteren zugrunde liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Statistik verzeichnet für 1908 107 034 steuerpflichtige Erwerbsanfälle mit einem Reinwerte von 727 Mill. M., darunter 102 880 Erbfälle mit 683 Mill. M. und 4154 Schenkungen mit 44 Mill. M. Der Steuerertrag war 45½ Mill. M., wovon ⅔ dem Reiche, ⅓ den Einzelstaaten zuflossen. *F. Klingler.*

Die Schulden der preußischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906. Preuß. Statistik, Heft 217. Berlin 1909. 1179 S.

Die Erhebung erstreckte sich auf sämtliche preußischen Städte und die preußischen Landgemeinden, welche nach der Personenstandsaufnahme zu Ende des Kalenderjahres 1905 mehr als 10 000 Einwohner besaßen. Das vorliegende Quellenwerk enthält nur einen Teil des erhobenen Zahlenstoffes, nämlich die im Rechnungsjahre 1905 erhobenen direkten Gemeindesteuern in Hundertteilen der Staats- und staatlich veranlagten Steuern, sowie das Vermögen und die Schulden der betreffenden Gemeinden nach dem rechnungsmäßigen Stande vom 31. März 1906. Dagegen sind die Spezialnachweisungen über das Kapitalvermögen nach der Art seiner Anlage usw. sowie über die einzelnen Anleihen der Gemeinden nach Jahr, Zweck, Art und Bedingungen der Aufnahme besonderen Veröffentlichungen vorbehalten geblieben.

Für jede einzelne Gemeinde ist aus der Statistik zu ersehen, wieviel die Sollbeträge der umlage-



fähigen direkten Steuern (Einkommensteuer, Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer und Betriebssteuer) nach dem Stande vom 1. Oktober 1905 ausmachten und welche Hundertteile von ihnen für Gemeinde- und Kreiszwecke im Rechnungsjahre 1905 erhoben worden sind. Um ein vergleichbares Bild von der steuerlichen Leistungsfähigkeit jeder Gemeinde zu geben, ist noch das auf einen Einwohner entfallende umlagefähige Einkommensteuersoll der Einkommen von mehr als 900 *M* nachgewiesen; schließlich finden sich auch Angaben darüber, welche fingierten Normalsteuersätze im Berichtsjahre zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen wurden.

Die Schulden jeder Gemeinde nach dem Stande vom 31. März 1906 sind gegliedert in langfristige Anleihen, vorübergehend aufgenommene Darlehen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder, endlich Ausgabereste und Vorschüsse. Die langfristigen Anleihen sind den einzelnen Vermögensgegenständen gegenübergestellt, für die sie aufgenommen waren, desgleichen die Hypotheken- und Grundschulden, sowie Restkaufgelder den Grundstücken gegenüber, auf denen sie lasten. Langfristige Anleihen bzw. Teilbeträge von solchen, die nicht für bestimmte Vermögensgegenstände der Gemeinden Verwendung gefunden haben, sind ebenso wie die gesamten kurzfristigen Darlehen, die Ausgabereste und Vorschüsse dem Kapitalvermögen gegenüber nachgewiesen.

Jedem der so gegliederten Schuldenbeträge sind ferner die für seine Verzinsung und Tilgung im Rechnungsjahre 1905 verausgabten Beträge und, wenn es sich um langfristige Schulden für Grundstücke usw. handelte, auch die im Berichtsjahre für Verbesserungen und Erweiterungen aufgewendeten sowie an Reserve-, Erneuerungs- usw. Fonds abgeführten Beträge, endlich auch noch die nach Abzug der Betriebskosten verbliebenen Einnahmen gegenübergestellt.

Bei den Gemeindegrundstücken finden sich sodann neben den Angaben über die Anzahl bzw. Fläche gegebenenfalls noch andere, die Bedeutung des betreffenden Vermögensgegenstandes kennzeichnende Merkmale aufgeführt, wie z. B. bei den Gas- und Elektrizitätswerken die Zahl der angeschlossenen Haushaltungen bzw. der Abnehmer, die Rohr- bzw. Kabellänge usw.

In den Tabellen des textlichen Teiles des Werkes sind die auf die einzelnen Gemeinden bezüglichen Erhebungsergebnisse für Gemeindegruppen bzw. für die Gesamtheit der Städte und größeren Landgemeinden in den Regierungsbezirken und Provinzen zusammengefaßt. Außerdem finden sich darin auch gemeindeweise Angaben über einzelne wichtige Erhebungsergebnisse, wobei im Gegensatze zum Tabellenteile die Gemeinden nach der Größe ihrer Einwohnerzahl angeordnet sind.

O. Tetzlaff.

Statistik der Gemeindesteuern im Kanton Bern 1908. Mitteil. des Bernischen statist. Bureaus, Jahrg. 1909, Liefg. 2. Preis 1,50 Fr.

Die vorliegende Arbeit ist eine Erneuerung bzw. Fortsetzung der schon früher periodisch veröffentlichten analogen Nachweise. Steuerstatistische Erhebungen dienen in der Regel den Bedürfnissen und Zwecken der Verwaltung; indessen kommt ihnen doch auch eine allgemeine Bedeutung zu, denn in der Zunahme der Steuern kommen immer wieder die wachsenden finanziellen Anforderungen an Staat und Gemeinden zum Ausdruck. Zurzeit ist der Gr. Rat des Kantons Bern mit einer Reform der direkten Staats- und Gemeindesteuern beschäftigt, welche eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen den unteren und oberen Klassen (mäßige Progression durch das Zuschlagssystem), bessere Ausmittlung der Steuerkraft nebst verschiedenen zeitgemäßen steuertechnischen Neuerungen bezweckt. Für das Steuerwesen der Gemeinden sind einstweilen, d. h. solange das in Beratung liegende Steuergesetz nicht in Kraft erwachsen sein wird, noch die Bestimmungen des Gesetzes vom 2. September 1867 sowie die Steuerreglemente der Gemeinden maßgebend. Freilich soll der Bezug der Gemeindesteuern auf Grundlage der Staatssteuerregister erfolgen in der Weise, daß diese letzteren sowohl hinsichtlich der Schätzung des steuerpflichtigen Vermögens und Einkommens als auch in betreff der der Steuerpflicht unterworfenen Personen und Sachen Regel machen; desgleichen sollen die Gemeindesteueransätze sowohl in betreff des Vermögens als auch des Einkommens in proportionalem Verhältnis zu den Staatssteueransätzen stehen. Allein tatsächlich kommen wesentliche Abweichungen und vielfache ungesetzliche Ausnahmen vor. Ein Hauptunterschied im Steuerwesen der Gemeinden gegenüber demjenigen des Staates besteht im Kanton Bern darin, daß die ersteren bei der Vermögenssteuer das rohe Grundsteuerkapital (also inklusive die Hypothekenschulden), der letztere dagegen nur das reine der Besteuerung unterwerfen können. Zur Vergleichung der Steuerkraft zwischen den einzelnen Gemeinden werden die verschiedenen Steuerobjekte (Vermögenssteuer- und Einkommensteuerkapitalien) auf einen einheitlichen Faktor, nämlich den Vermögenssteuerfaktor umgewandelt, wobei natürlich infolge Kapitalisierung des Erwerbseinkommens die Steuerkraft faktisch viel zu groß erscheint; denn es resultiert dabei eine Gesamtsumme von Fr. 4 282 919 010 = Fr. 7266 per Kopf der Bevölkerung. Die Steuerkraft der einzelnen Gemeinden bewegt sich zwischen den zwei Extremen von Fr. 1184 und Fr. 34 437 per Kopf. Wird die Steuerkraft dagegen nach dem Einkommenssteuerfaktor berechnet, so reduziert sich dieselbe der Summe nach selbstverständlich ganz bedeutend, und zwar etwa auf den 20. Teil, nämlich auf Fr. 208 702 400 = Fr. 354,10 per Kopf der Bevölkerung. Die Steuerleistung beziffert sich auf Fr. 11 476 629 = Fr. 19,47 per Kopf; auch hier bewegen sich die Gemeinden in großen Extremen: 27 Gemeinden erheben keine Steuern auf Vermögen und 43 keine auf Einkommen, die übrigen beziehen zwischen 66 Rp. bis 154,87 per Kopf. In dem 26jährigen Zeitraum von 1882—1908 hat die Steuerkraft um 97 %, die Steuerleistung für die Gemeinden dagegen um 155 % zugenommen.

C. Mühlemann.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung von Wiesbaden als Fremdenstadt seit Beginn der



preußischen Herrschaft von 1867 bis 1907. Von Dr. rer. pol. Josef Rompel. XII u. 144 S. Verlag J. F. Bergmann, Wiesbaden 1910. 3 *M*.

Das schnelle wirtschaftliche Aufblühen der führenden deutschen Badestadt wird an der Hand der Entwicklung des Fremdenverkehrs und der städtischen Finanzen geschildert. Die wissenschaftliche Aufbereitung des verkehrsstatistischen Rohmaterials bot manche Schwierigkeiten. Die Frequenzstatistik der früheren Zeit ist lückenhaft und ungenau, aber auch die Frequenzziffern der letzteren Zeit haben manche Fehlerquellen, weil eine genaue Kontrolle des neuzeitlichen Riesenverkehrs und besonders des Passantenverkehrs auch bei gut organisiertem polizeilichen Meldewesen nicht möglich ist. Deshalb wurde besonders die finanzielle Seite des Themas betont, zumal in der Zunahme wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben und Ausgaben die Entwicklung ihren natürlichen Niederschlag und prägnantesten Ausdruck findet.

Der Besuch der deutschen Badeorte nahm besonders seit 1870 schnell zu, die Frequenz der preußischen Mineralbäder betrug 1880: 192 394, 1900: 345 999, der preußischen Fichtelnadelbäder 1880: 6336, 1900: 36 963, der preußischen Ostseebäder 1880: 20 024, 1900: 179 191, der preußischen Nordseebäder 1880: 3445, 1900: 60 212, der Besuch aller preußischer Badeorte 1880: 215 145, 1900: 585 460 Personen. Die Zahl der Mineralbäder in Preußen stieg von 1871/85 bis 1896/1900 von 122 auf 146, die der Seebäder von 58 auf 98. Im Jahr 1905 betrug die Gesamtzahl der deutschen Badeorte 326 und deren Gesamtfrequenz 1 073 001. Die Taunusbäder mit Ausnahme von Wiesbaden erreichten schon im 6. und 7. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts bis zur Aufhebung der Spielbanken mit dem 31. Dezember 1872 den Höhepunkt ihrer Entwicklung. Im Jahre 1872 hatte Homburg einen Kurgästeverkehr von 21 001, Ems von 11 790, 1873 sank es auf 9287 und 10 435, um bis Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr zu steigen. Wiesbaden aber erlitt, auch im Gegensatz zu Baden-Baden, durch das Spielverbot einen nur geringfügigen Frequenzausfall infolge stärkerer Entfaltung der Winterkur. Es betrug die Gesamtfrequenz von Wiesbaden 1810: 11 170, 1858: 28 700, 1872: 68 229, 1873: 62 344, 1890: 102 028, 1900: 135 811, 1907: 180 848, die von Baden-Baden 1800: 381, 1820: 5138, 1855: 49 067, 1872: 59 138, 1873: 38 328, 1890: 62 601, 1900: 72 129, 1907: 75 887, die von Karlsbad 1830: 4503, 1855: 7228, 1872: 29 699, 1873: 31 674, 1890: 55 092, 1900: 73 576, 1907: 98 915. Das Verhältnis der Winterkur zur Sommerkur betrug in Wiesbaden 1871: 1 zu 3,2, 1883: 1 zu 2,4, 1907: 1 zu 1,7. Mit der Winterkur und zufolge des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 stieg auch der Zuzug wohlhabender Familien. 1865 waren von 277 zugezogenen Familien 20 als Rentnerfamilien bezeichnet. 1876 hatten 1569 zugezogene Personen 540 000 *M*, 1885 1521 zugezogene Personen schon 2 529 071 *M* Einkommen. Von den fremden Nationen sind am stärksten Rußland, England, Holland am Zuzug beteiligt. Der deutsche Zuzug ist am stärksten aus Preußen, Hessen und Hamburg. 1897 betrug er 396, 48, 9, zusammen 453 oder 82,51 % des gesamten Zuzugs aus Deutschland mit 549 Niederlassungen. Die günstige Rückwirkung des Rentnerzuzugs zeigt sich besonders in der schnellen Ertragssteigerung der Einkommensteuer. Der Gesamtbetrag der veranlagten Einkommensteuer betrug 1892: 1 235 411 *M*, 1908: 2 808 821 *M*, wovon auf den Oberstand (Einkommen von über 9500 *M*) 1892: 789 240 *M* oder 63,88 %, 1908: 1 858 120 *M* oder 66,15 %, den Mittelstand (Einkommen von 3000—9500 *M*) 1892: 323 056 *M* oder 26,16 %, 1908: 553 093 *M* oder 19,69 %, den Unterstand (Einkommen von 900—3000 *M*) 1892: 123 315 *M* oder 9,98 %, 1908: 397 608 *M* oder 14,16 % entfielen. Die Zahl der nicht physischen Zensiten betrug 1893: 5, 1907: 27. Das Einkommen aus Kapitalvermögen betrug 1892: 30 999 004 *M* oder 52,84 %, 1907: 44 913 104 *M* oder 52,34 % des Gesamteinkommens. Betreffs der Zahl der Zensiten mit Vermögen von über 1 resp. 2 Mill. *M* wird Wiesbaden nur von 3 resp. 5 preußischen Städten übertroffen. Der Etat der 1873 geschaffenen städtischen Kurverwaltung betrug 1873: 140 000 *M*, 1909: 1 491 500 *M*.

Zur Berechnung des finanziellen Ertrages des Kurverkehrs von 1867 bis 1907 wurde die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Passanten zu 4 Tagen, die der Kurgäste nach den Aufzeichnungen von Karlsbad zu 28 Tagen, die Ausgabe pro Tag und Kopf seitens der Passanten zu 11 *M* und der Kurgäste zu 10 *M* angenommen. Danach verausgabten in Baden-Baden die Kurgäste 346 927 000 *M* die Passanten 54 517 144 *M*, zusammen 401 444 144, in Karlsbad die Kurgäste 386 425 200 *M*, die Passanten 35 943 468 *M*, zusammen 422 368 668 *M*, in Wiesbaden die Kurgäste 375 310 600 *M*, die Passanten 117 954 716 *M*, zusammen 493 265 316 *M*.

J. Rompel.

Vermischte Mitteilungen.

Dr. E. Naef, aargauischer Kantonsstatistiker, der Verfasser der in der vorliegenden Nummer enthaltenen Notiz über die schweizerischen Statistikerkonferenzen sowie einiger in früheren Nummern erschienenen Besprechungen, ist am 9. Febr. 1910, **Prof. Dr. C. Büchel,** Vorstand des städtischen Statistischen Amtes von Nürnberg und früher von Straßburg, am 8. April 1910 gestorben.

Verwendung mechanischer Hilfsmittel für Rechnungs- und Zählarbeiten bei statistischen Behörden. Eine Umfrage der Redaktion bei den deutschen und einigen ausländischen statistischen Landeszentralbehörden sowie bei den Statistischen Ämtern der Großstädte Deutschlands über die Verwendung von mechanischen Hilfsmitteln für Rechnungs- und Zählarbeiten hat ergeben, daß bis zum Beginne des Jahres 1910 im ganzen 339 solcher Hilfsmittel angeschafft worden und zum größten Teile noch im Gebrauche sind.

Nach den Angaben über das Anschaffungsjahr der Hilfsmittel hat das Kaiserlich Statistische Amt in Berlin im Jahre 1873 von dem Erfinder und Hersteller der Thomas'schen Rechenmaschine, die für alle vier Rechenarten eingerichtet ist, die ersten drei Maschinen aus Paris bezogen. Seit dem Jahre 1881 sind dann von der „Ersten deutschen Rechenmaschinenfabrik Arthur Burkhardt" in Glashütte i. S. angefertigte, auf dem System Thomas aufgebaute Rechenmaschinen bei 17 Behörden mit 43 Stück im Gebrauche. Im Jahre 1890 wurden bei der k. k. österreichischen Statistischen Zentralkommission in Wien die ersten elektrischen Hollerith'schen Zähl-

maschinen eingeführt. Bis zum Jahre 1900 fanden bei den statistischen Behörden noch vereinzelt Eingang:
Burrough's Additionsmaschine der *American Arithmometer Co.* in St. Louis,
die Thomas'sche Rechenmaschine von H. Bunzel in Wien,
die „Brunsviga", Rechenmaschine von Grimme, Natalis & Co. in Braunschweig,
die Universalrechenwalze der Firma Daemen & Schmid, Zürich,
die Rechenwalze und Rechentafel der Firma Billeter, Zürich,
der Lange'sche Stabrechenapparat vom Erfinder Lange in Berlin und
die Rechentafeln von Dr. A. L. Crelle und von Zimmermann,
so daß bis 1900 etwa 60 Rechenmaschinen und Rechentafeln verwendet wurden.

An den Maschinen angebrachte Verbesserungen und teilweise Vereinfachungen in der Handhabung sowie die Rücksicht auf die von Jahr zu Jahr an die statistischen Behörden gestellten höheren Anforderungen bei der Verarbeitung des Zahlenmaterials haben zu der stark vermehrten Anschaffung von mechanischen Hilfsmitteln geführt.

Die hier hauptsächlich interessierenden Maschinen lassen sich in drei Gruppen einteilen:

Gruppe 1: Maschinen, die nur zum Auszählen feststehender Einheiten bestimmt sind,

Gruppe 2: Maschinen zum Addieren von Zahlen,

Gruppe 3: Maschinen, die für alle 4 Rechenarten eingerichtet sind, hauptsächlich aber für Multiplikation und Division Verwendung finden.

Zur Gruppe 1 gehören die 10 bei der k. k. österreichischen Statistischen Zentralkommission aufgestellten elektrischen Hollerith'schen Zählmaschinen und die 25 *Classicompteurs imprimeurs* der *Statistique générale de la France* in Paris. Beide Arten von Zählmaschinen werden zur Aufstellung der statistischen Übersichten über Bevölkerungsbewegung und Volkszählung verwandt. Die erstgenannte Zählmaschine ist eine Erfindung des amerikanischen Ingenieurs Hollerith. Auf einer Zählkarte von bestimmter Größe befinden sich unter- und nebeneinander in bestimmten Abständen Zahlen und Buchstaben, die je eine Einheit zum Ausdruck bringen (Geschlecht, Alter, Stand usw.). Mit einer Lochmaschine wird sodann an den in Frage kommenden Stellen die Zählkarte durchlocht. Die Zählkarte wird auf eine Platte aus Hartgummi gelegt, die so viel Öffnungen hat als Einheiten auf der Zählkarte verzeichnet sind. Über der Platte befinden sich, in einem Eisenrahmen festgehalten, Stifte, die beim Herunterdrücken des Eisenrahmens auf die Hartgummiplatte an den durchlochten Stellen der Zählkarte in die Öffnungen der Platte eingreifen und in ein Quecksilberbad eintauchen. Mittels elektrischen Stroms werden durch den entstehenden Kontaktschluß an Zähluhren, die mit dem Apparat in Verbindung stehen, die Zählungen ausgeführt. Das Ergebnis wird, wie bei einer Uhr, durch Zeigerbewegung angegeben. Die Maschinen sind von den Vereinigten Telephon- und Telegraphenwerken, A. G. Czeya, Nissl & Co. in Wien hergestellt und kosten je 10 000 Kronen. Die Einrichtung der von der *Société des appareils controleurs* in Paris zum Preise von je 6000 Franks hergestellten *classicompteurs imprimeurs* ist dem Verfasser nicht bekannt.[1]) Beide Arten von Maschinen werden viel benutzt.

Zur Gruppe 2 (Additionsmaschinen) gehören:

65 Stück Burrough'sche Additionsmaschinen, ein amerikanisches Erzeugnis, Vertrieb durch die Firma Glogowski & Co., Berlin,
13 „ „Wales", Additionsmaschinen amerikanischen Ursprungs, Vertrieb durch die Firma Benno Knecht, Berlin,
6 „ „Standard", Additionsmaschinen der Standard Adding machine Co., St. Louis (Benno Knecht, Berlin),
4 „ „Comptometer" der Firma Felt & Tarvant Mfg. Co., Chicago,
3 Stück „Conto", Additionsmaschine des Ingenieurs J. Ammond in Zürich,
2 „ „Comptator" von Benton Harbor in Michigan (bzw. Schubert u. Salzer, Chemnitz) und
3 „ „Comptograph", Additionsmaschinen amerikanischen Ursprungs (Vertrieb durch S. Gutsmann in Nürnberg).

Ferner sind im Gebrauche 3 Additionsmaschinen von Woldemar Heinitz, Dresden, sowie je eine Additionsmaschine *„l'Adix"* vom Ingenieur Black, Zürich, „Greiff", „Merkantile", „Gem", und „The calcumeter", deren Ursprung nicht angegeben ist.

Bei der Burrough'schen Additionsmaschine geschieht das Addieren durch Herunterdrücken von Tasten, die von 1—9 in 9 Reihen nebeneinander angeordnet sind. Durch eine Kurbelbewegung wird der getastete Betrag auf einem automatisch fortschreitenden Papierband abgedruckt. Durch Festhalten eines Hebels und nach einer weiteren Kurbelbewegung druckt die Maschine die Summe der Zahlenreihe unter diese. Mit der Maschine lassen sich Zahlen bis zu einer neunstelligen Summe addieren. Die Einkaufspreise schwanken zwischen 1200 und 2210 ℳ.

Die „Wales" Additionsmaschine ist in ähnlicher Weise wie die Burrough'sche eingerichtet. Sie hat gleichfalls sichtbare Schrift und es kann auch hier die jeweilige Endsumme sofort abgelesen werden. Auch bei ihr befinden sich die Hebel auf der rechten Seite. Sie besitzt im Gegensatze zur erstgenannten Maschine einen bedeutend leichteren Gang. Beide Arten von Maschinen sind ständig im Gebrauche, die Burrough'sche bei nicht weniger als 15 Behörden. Der Anschaffungspreis der „Wales"-Maschine beträgt 1200 bis 1575 ℳ.

Die „Standard"-Additionsmaschine ist nur für Rollenpapier eingerichtet im Gegensatze zu der vorhergenannten, bei der ein Bogen Papier mit beliebig viel Zahlen bedruckt werden kann. Sie besitzt nur 2 Reihen Tasten, eine Reihe für Zahlen, die zweite darüberliegende zum Einstellen der Einer, Zehner, Hunderter usw., d. h. will man eine dreistellige Zahl drücken, so drückt man die dritte Taste von rechts in der oberen Reihe nieder und stellt drei Zahlen auf der unteren Reihe ein. Eine vierte Zahlentaste läßt sich dann nicht mehr herunterdrücken. Die Maschine ist stabil gebaut und kostet im Durchschnitt 900 ℳ. Sie ist ständig im Gebrauche.

Bei der „Comptometer"-Additionsmaschine ist die Tastenanordnung wie bei der Burrough'schen. Die Maschine hat jedoch den Nachteil, daß sie die Zahlen nicht zugleich druckt, sondern nur das Ergebnis der Summanden angibt. Sie ist mit und ohne Kontrollvorrichtung versehen, wird viel benutzt und kostet mit Kontrolle 400, ohne Kontrollvorrichtung 320 ℳ.

Die „Conto"- und „Comptator"-Additionsmaschinen sind in ihrer Konstruktion dem Verfasser nicht bekannt.

Die vollkommenste Additionsmaschine ist wohl der „Comptograph". Die Tastenanordnung ist wie die der Burrough'schen oder der „Wales"-Maschine. Sie hat sichtbare Schrift; das Tastwerk läßt sich durch einen Ausschaltknopf in zwei oder drei je für sich rechnende Kolonnen zerlegen; ein zweiter Ausschaltknopf schaltet das Schreibwerk der Maschine vollständig aus, so daß sie nur rechnet, ohne zu drucken. Außerdem ist an der Maschine eine automatische Hemmung angebracht. Hat die Vorrichtung, auf der der zu beschreibende Bogen angelegt ist, eine gewisse Linie erreicht, so läßt sich die Kurbel zum weiteren Beschreiben des Bogens nicht mehr bewegen. Man drückt auf den sogenannten Papierrücktransporthebel. Dieser bewirkt, daß der Bogen für die nächste Kolonne eingestellt wird. Die Maschine ist erst seit 1909 bei drei Behörden in Benutzung genommen worden. Der Anschaffungspreis beträgt 1785 und 2400 ℳ für 1 Stück. Die Maschine hat sich bis jetzt sehr gut bewährt.

Bei der Gruppe 3, Rechenmaschinen für alle vier Rechenarten, sind zwei Hauptsysteme zu unterscheiden, System Thomas und System Odhner.

Beim System Thomas besteht die Vorrichtung in einer sogenannten Stellplatte, auf welcher in parallel laufenden Einschnitten Stellknöpfe angebracht sind, die auf die

1) Hierauf soll noch zurückgekommen werden. *Red.*



neben jedem Einschnitte angegebenen Zahlen 0—9 eingestellt werden können. Auf der Stellplatte befinden sich ferner rechts eine Kurbel und links ein Umschaltknopf für Addition und Multiplikation einerseits und Subtraktion und Division anderseits. Neben der Stellplatte ist das sogenannte Lineal angebracht, auf dem in gleichen Abständen in zwei Reihen nebeneinander sich Schaulöcher befinden. An dem Lineal befinden sich links ein Handgriff zum Verstellen des Lineals und 2 „Nullsteller“ für beide Reihen Schaulöcher zum Klarmachen der Maschine. Soll eine dreistellige Zahl mit einer zweistelligen (z. B. 62) multipliziert werden, so stellt man auf der Stellplatte in den drei Einschnitten, von rechts anfangend, die 3 Zahlen ein und stellt den Umschaltknopf auf Multiplikation. Nach zweimaliger rechtsseitiger Umdrehung der horizontal sich bewegenden Kurbel verschiebt man das Lineal um eine Stelle nach rechts und dreht die Kurbel noch 6mal. Hierauf erscheint in der oberen Schaulochreihe des Lineals das Endergebnis, in der zweiten Reihe die Zahl 62 zur Kontrolle, daß mit der richtigen Zahl gerechnet worden ist. Bei der Division wird das Lineal ganz rechts heraus gelegt, die zu dividierende Zahl auf der oberen Reihe der Schaulöcher eingestellt, der Umschaltknopf auf Division und auf der Stellplatte der Divisor gestellt. Man dreht die Kurbel nun so viel mal, als letzterer in der oberen Zahl, nach der gebräuchlichen handschriftlichen Berechnung, enthalten ist. Die gekurbelte Zahl erscheint in der zweiten Reihe der Schaulöcher des Lineals. In der ersten Reihe zeigt sich der etwa verbleibende Rest. Hierauf verlegt man das Lineal um eine Stelle nach links und rechnet in gleicher Weise wie vorher und dies so weiter, bis ein kleinerer Rest bleibt, als der Divisor beträgt. In der zweiten Schaulochreihe erscheint der Quotient.

Nach dem System Thomas sind folgende Rechenmaschinen hergestellt und bei den statistischen Behörden im Gebrauche:

- 6 Original Thomas'sche Maschinen bei 4 Behörden, Preis 400 und 560 ℳ für 1 Stück,
- 43 Maschinen der „Ersten deutschen Rechenmaschinenfabrik Arthur Burkhardt“, Glashütte i. S. bei 17 Behörden, in der Preislage von 370—850 ℳ,
- 8 Rechenmaschinen „Archimedes“ von Reinhold Pöthig, Glashütte i. S., bei 2 Behörden, Preis 750 und 840 ℳ,
- 32 Rechenmaschinen „Tim“, „Saxonia“ und „Unitas“ der „Ersten Glashütter Rechenmaschinen Vertriebsgesellschaft Ludwig Spitz u. Co.“, Berlin, bei 10 Behörden, Preis 475—1650 ℳ und
- 11 Rechenmaschinen „Delton“ von H. Bunzel, Wien, bei 6 Behörden, Preis 460—975 ℳ.

Der Preisunterschied bei den genannten Rechenmaschinen erklärt sich daraus, für wievielstellige Zahlen die Stellplatte und das Lineal eingerichtet sind, sowie aus Verbesserungen zur leichteren Handhabung der Maschine, z. B. Schrägstellung des Lineals, um die dem Auge entfernter liegenden Zahlen diesem näher zu bringen, oder Anbringung eines doppelten Zählwerks zum Aufsammeln der Endergebnisse auf dem Lineale usw.

Das System „Odhner“ hat in seinen Hauptteilen dem System Thomas ähnliche Einrichtungen. Die Stellplatte des Systems Thomas ist hier dargestellt durch ein zylindrisch geformtes in horizontaler Lage angebrachtes Hebelwerk, auf dem sich Längsschnitte befinden, aus denen Hebel hervorragen. Neben den Einschnitten sind die Zahlen 0—9 angebracht, in deren Höhe die Hebel eingestellt werden. An dem Hebelwerk befindet sich rechts eine vertikal zu drehende Kurbel. Das Lineal des Systems Thomas wird hier durch einen Schlitten ersetzt, der im Gegensatz zu diesem Systeme auf der dem Rechner zugekehrten Seite der Maschine liegt. Auf dem Schlitten befinden sich rechts die Fenster, die beim System Thomas der oberen Fensterreihe des Lineals entsprechen, links jene der zweiten Reihe. Die Nullstellung befindet sich beim System Odhner auf beiden Seiten des Schlittens. Ein Umschaltknopf fehlt hier. Bei Addition und Multiplikation wird die Kurbel rechts, also vorwärts, bei Subtraktion und Division links, also rückwärts gedreht.

Das Verfahren beim Rechnen ist im großen und ganzen das gleiche wie beim System Thomas.

Vom System Odhner sind im Gebrauche:

- 5 Originalrechenmaschinen des Erfinders Odhner in St. Petersburg bei 2 Behörden im Preise von 370 bis 510 ℳ,
- 17 „Brunsviga“ Rechenmaschinen der Firma Grimme, Natalis u. Co. in Braunschweig bei 12 Behörden in der Preislage von 312—530 ℳ für 1 Stück,
- 2 „Triumphator“ Rechenmaschinen der Triumphatorwerke in Leipzig bei 2 Behörden, Preis je 650 ℳ und
- 1 „Berolina“ der Firma Ernst Schuster in Berlin, Preis 750 ℳ.

Die „Monopol“-Rechenmaschine der Firma Schubert u. Salzer in Chemnitz ist ein Spezialsystem, das sich sehr an das System Odhner anlehnt. Sie ist bei 2 Behörden im Gebrauche. Der Anschaffungspreis beträgt 650 ℳ und 750 ℳ.

Die von dem Ingenieur H. W. Egli in Zürich angefertigten Rechenmaschinen „Millionär“ sind von 7 Behörden zum Preise von 960—1400 ℳ angekauft worden. Diese Maschinen haben die gleiche Einteilung wie das System Thomas. Sie haben gegen die Thomas'schen den Vorzug, daß sich das Lineal selbsttätig bewegt, und daß man bei Multiplikationen mit 8, 7, 9 usw. nicht 8, 7 oder 9mal die Kurbel zu drehen braucht, sondern durch eine besondere Vorrichtung nach nur einmaliger Kurbelumdrehung auf dem Lineale das Ergebnis erscheint.

Zu den Rechenmaschinen sind noch zu rechnen:

- 12 Rechenwalzen, System Billeter, vom Fabrikanten Billeter in Zürich und
- 11 Universalrechenwalzen, System Daemen-Schmid, vom gleichnamigen Fabrikanten in Zürich.

Die Rechenwalzen sind bei 9 und 6 statistischen Behörden im ständigen Gebrauche. Sie sind erheblich billiger als die eigentlichen Rechenmaschinen. Ihr Anschaffungswert beträgt, mit Ausnahme einer alten „Billeter“-Rechenwalze im Preise von 450 ℳ, 200—250 ℳ für 1 Stück.

Die Rechenwalzen werden hauptsächlich zur Berechnung von Verhältniszahlen verwendet und sind wegen ihres geräuschlosen Arbeitens beliebt.

An Rechenmaschinen, deren System dem Verfasser nicht bekannt ist, sind noch nachgewiesen:

- 1 „Excelsior“ der Firma Glogowski u. Co., Berlin, im Werte von 680 ℳ,
- 4 „Yates“-Arithmometer der Firma C. u. E. Layton in London, Preis 428 ℳ,
- 1 Garber's Arithmometer der Firma Joh. Gerlach, Cöln, Preis 500 ℳ,
- 1 „Kretostyle“ Rechenmaschine der Firma A. Greeff u. Co., Frankfurt a. M., Preis 150 ℳ,
- 1 Rechenmaschine des † Bauinspektors Regierungsbaumeisters Esser, Aachen, im Werte von 300 ℳ und
- 3 Major Gen's Hannington „Slide rule“ der Firma Aston u. Mander in London zum Anschaffungspreise von je 100 ℳ.

Die weiter nachgewiesenen mechanischen Hilfsmittel für Rechnungsarbeiten zerfallen in Rechenstäbe, Rechentafeln und Logarithmentafeln. Bei den Rechenstäben unterscheidet man Kantelstäbe, die auf allen 4 Kantflächen mit Zahlen versehen sind und Stäbe oder Schieber in Linealform. Zu den ersteren gehört der Stabrechenapparat des Sekretariatsassistenten Lange beim Kais. Statist. Amte in Berlin, zu letzteren der Rechenschieber von Daenert u. Pape in Altona und der Rechenstab von A. W. Faber in Nürnberg. Der Lange'sche Stabrechenapparat ist in 8 Stück beim genannten Amte in ständiger Benutzung. Er kann zum Preise von 60 ℳ von der Firma Richard Münch, Charlottenburg, Berlinerstraße 110, bezogen werden. Der viel verwendete Rechenschieber von Daenert u. Pape kostet in großer Ausführung 41, in kleiner 11 ℳ.

Von den Rechentafeln werden Dr. A. L. Crelle's Rechentafeln bei 3 Behörden in 5 Stück öfter benutzt. Die



Rechentafel, System Billeter, findet nur noch wenig Anwendung. Das gleiche gilt von den Multiplikationstafeln von Ernst, den Rechentafeln von Dr. Zimmermann und von Henselin, den Logarithmentafeln von Schlömilch, von Ganß, dem „Multiplex" von Fr. Schneider, München, dem „Praktischen Schnellrechner" von Kenner und von Ringel's „Blitzrechner". *H. Herzer.*

Organe für fortlaufende statistische Veröffentlichungen. Folgendes sind die Ergebnisse einer Umfrage der Redaktion, mit der die Statistischen Ämter um etwa notwendige Nachträge zu dem in Nr. 3 und 5 des 1. Jahrganges erschienenen Verzeichnis ihrer Veröffentlichungsorgane ersucht wurden.

1. Deutsche Reichs- und Staatsämter.

Kaiserliches Statistisches Amt. Änderungen der vorjährigen Angaben an der 1. u. 4. Stelle.

Berichtigung: „Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, nebst Angaben über Großhandelspreise, Deutsche See- und Bodenseefischerei und Handel der deutschen Schutzgebiete. Seit 1892 . . ."

Statistik des Deutschen Reichs. Erste Reihe, Bd. I—LXIII (1873—1883); Neue Folge, Bd. 1—149 (1884—1903). von Bd. 150 ab ohne den Zusatz „N. F." (1903 u. fg.) gr. 4°. Darin 1. jährlich wiederkehrend: Auswärtiger Handel, 1872 fg. (seit 1906 in 3 Bänden) 3 ℳ, 10 ℳ, 3 ℳ; die Jahrgänge 1905 fg. in einzelnen Heften käuflich, Preise verschieden. — Die deutsche Flagge, 1907 fg. 2 ℳ (vordem nur als Erg.-Hefte der Viertelj.-Hefte). — Seeschiffahrt, 1872 fg. (seit 1903 in 4 Teilen; Teil I—II: 4 ℳ; Teil III—IV: 4 ℳ). — Binnenschiffahrt, 1872 fg. — 5 bzw. 6 ℳ. — Bewegung der Bevölkerung, 1907 fg. 4 ℳ (Vordem nur in den Vierteljahrsheften). — Kriminalstatistik, 1882 fg. 10 ℳ. — Krankenversicherung, 1885 fg. Seit 1907: 1,20 ℳ. — Streiks und Aussperrungen, 1899 fg. Seit 1908: 1 ℳ. 2. Zeitweilig wiederkehrend: Volkszählungen. — Berufs- und Betriebszählungen. — 3. Gelegentliche Einzelarbeiten, z. B. Bd. 179: Die Stromgebiete des Deutschen Reichs, Teil I—III b (1907—08) in 6 Einzelheften käuflich. 1—4 ℳ. — Bd. 200: Deutsche Sterbetafeln für das Jahrzehnt 1891—1900 (1910) 5 ℳ.

(Verzeichnisse der Veröffentlichungen des Kaiserl. Statist. Amtes unentgeltlich vom Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin W. 56.)

Königl. Preuß. Statistisches Landesamt.
Medizinalstatistische Nachrichten. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten herausgegeben vom Königl. Preuß. Statist. Landesamte. Vierteljährlich 1 Heft 8°. Höchstumfang eines Jahrgangs 640 Seiten. Verlag des Königl. Statist. Landesamts in Berlin. Preis für den Jahrgang 6 ℳ; für das Einzelheft 1,50 ℳ. (Beginnt mit dem Jahrgang 1909.)

Königl. Bayerisches Statistisches Landesamt.
Saatenstands- und Ernteberichte. Bezugspreis von 2 ℳ auf 50 ₰ herabgesetzt.
Der Arbeitsmarkt in Bayern. Preis 5 ₰ monatlich.

Großh. Hessische Zentralstelle für die Landesstatistik.
Änderungen der vorjährigen Angaben.
Mitteilungen der Großh. Hess. Zentralstelle für die Landesstatistik; monatlich ein- bis zweimal; 8°; 300 S.; seit 1863; Staatsverlag Darmstadt. Jahresbezugspreis 2 ℳ.
Beiträge zur Statistik des Großh. Hessen; erscheint nach Bedarf in Heften; 4°; Umfang verschieden; seit 1862; Staatsverlag Darmstadt. Preis verschieden.
Statistisches Handbuch für das Großh. Hessen. Zweite Ausgabe 1909. Staatsverlag Darmstadt. Preis 2 ℳ.

Statistisches Amt der freien und Hansestadt Lübeck.
Statistisches Taschenbuch für die freie und Hansestadt Lübeck. Etwa alle 5 Jahre; kl. 8°; 56 S.; seit 1909; Preis 1,50 ℳ. Kommissionsverlag von H. G. Rahtgens.

2. Deutsche Stadtämter.

Statistisches Amt Aachen. Änderung der vorjährigen Angaben an der 2. Stelle.
Statist. Jahresübersichten; 8°; 88 S.

Statistisches Amt Altona.
Mitteilungen des Statist. Amtes (beginnen 1909).

Statistisches Amt Düsseldorf.
Denkschriften des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, zwanglos, gr. 4°; seit 1909; Verlag von L. Voß & Co., Düsseldorf.

Statistisches Amt Elberfeld.
Statistische Jahresübersichten: 4°; 13 S.

Statistisches Amt Karlsruhe.
Statistische Jahresübersichten; gr. 8°; Zeit 1908. Umfang verschieden. Verlag von G. Braun. Preis 75 ₰.

Statistisches Amt Leipzig.
Statist. Monatsberichte mit Jahresübersichten. 8°; jährl. 13 Hefte von je 25—26 S.; seit 1909. Preis 5 ℳ, Einzelheft 50 ₰.

Statistisches Amt Linden.
Statist. Vierteljahresberichte.
Statist. Jahrbuch mit Verwaltungsübersicht (beginnt 1909).

Statistisches Amt München.
Monatsberichte; 4°; 14 S.; seit 1894.
Wochenberichte; 4°; 4 S.; seit 1884.

3. Andere Ämter, die Veröffentlichungen in deutscher Sprache herausgeben.

Landesstatistisches Amt des (österr.-) schles. Landesausschusses.
Statist. Handbuch für die Selbstverwaltung in Schlesien. In der Regel jährlich; ca. 400 S.; seit 1899. Verlag des Landesausschusses in Troppau. Preis 6—8 Kr. Gesamt-Inhaltsübersicht im 8. Jahrgang.

Königl. Ungarisches Statistisches Zentralamt.
Ungarische Statistische Mitteilungen. Neue Serie. Budapest, Pester Buchdruckerei-Aktienges. Preis verschieden. Darin jährlich: Auswärtiger Handel; Schiffahrts- und Marinebewegung im Hafen von Fiume. Dreijährlich: Bewegung der Bevölkerung. Außerdem: Volkszählungen; fünfjährige Übersicht über den auswärtigen Handel; landwirtschaftliche Produktion; Eisenbahnen; Sterblichkeitstafel; Krebskranke.

Titelanzeigen.

3. Literatur der Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung) des Jahres 1909.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

(Fortsetzung zu Sp. 94.)

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl die betr. Spalte des I. od. II. Jg. an.
Abkürzungen wie in Nr. 2 des 2. Jahrg. Sp. 61.
RABl = Reichsarbeitsblatt.
Sachliche Stoffgruppierung innerhalb der geographischen Bezirke: Arbeiterverhältnisse im allg. — Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. — Arbeitersekretariate. — Arbeitsbedingungen, darunter Lohnwesen u. Tarifbewegung. — Arbeitseinstellungen, Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis. — Wohlfahrtseinrichtungen. — Wohnungswesen.

Ariens, A., Die Arbeitsdauer in der niederländischen Textilindustrie. Bericht. (36 Blz.) (Herausgegeben v. d. Sekret. d. int. Vereinigung f. gesetzl. Arbeitsschutz.) Amsterdam, J. Müller. ℳ —.20.

Blankevort, C., Die Arbeitszeit in den niederländischen Bergwerken. (Hrsg. v. d. S. d. int. V. f. g. A.) (14 S.) Ebd. ℳ —.20.



Thienen, G. J. van, Die Nachtarbeit jugendlicher Personen in den Niederlanden, Ergänzungsbericht. (Hrsg. v. d. S. d. int. V. f. g. A.) (14 S. m. 1 Tab.) Ebd. ℳ —.20.
Sziekmann, Die Arbeitslosenversicherung in Gent von 1906—1908. (Corr. d. Gew. 09. 44.)
Handorff, Arbeiterinstitute und Vorlesungsvereine in Schweden. (Arch. f. Volksw. 09, 7.)
Prokopowitsch, S., Haushaltungs-Budgets Petersburger Arbeiter. (Arch. f. Soz. W. 10. I, S. 66—99.)
v. Orgiszewski, Die Abwanderung der landw. Arbeiter aus dem Kgr. Polen nach Deutschland. Diss. Göttingen. (63 S.)
Agthe, Ad., Ursprung u. Lage der Landarbeiter in Livland. Diss. Leipzig. (X. 158 S.)
v. Schreck, Der städtische Arbeitsnachweis in Riga. (In seinem Werk: Beiträge zur Statistik der Stadt Riga, I. Bd., Riga 09, S. 270—279.)
Schachner, R., Arbeiterbewegung und Arbeiterpartei. (In seinem Werk: Australien in Politik, Wirtschaft, Kultur. Jena 1909, Abschn. II.)

Ohne Verfassernamen.

Ordnung der Titel: Deutsches Reich im ganzen. — Die Einzelstaaten und Landesteile. — (Deutsche Städte und „andere Staaten" folgen in der nächsten Nummer.)

Nicht berücksichtigt im einzelnen sind die 1909 erschienenen stat. Jahrb. (auch das St. J. d. Städte), die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Arbeitersekretariate, der Landesversicherungsanstalten, der Berufsgenossenschaften, der Ortskrankenkassen, sowie die Verwaltungsberichte der Großstädte, welche mehr oder weniger umfangreiches statistisches Material enthalten.

(I, 182) Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. 2. Sonderheft z. RA Bl. Berlin, Heymann. (77 u. 228 S.) ℳ 3.60.
Fabrikarbeiter, die jugendlichen, und die Fabrikarbeiterinnen 1908. Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. R. 09. 4.
Übersichten über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben der Marine- u. Heeresverwaltung für 1908. Nr. 182 d. Reichstagsdrucksachen 1909/10. (205 S.)
Untersuchungen, gewerkschaftliche, über Arbeitsverhältnisse u. Lebenshaltung der Arbeiter. RA Bl. 09. 8. 11. 12.
Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften üb. Unfallverhütung f. 1907, 2 Tle. (987 S. m. Abbildgn.) Amtlich. Berlin, Behrend u. Co. ℳ 24.
— der Gewerbe-Aufsichtsbeamten u. Bergbehörden f. d. J. 1907. Mit Tab. Amtl. Ausg. 4 Bde. (XXXIX, 737; XVII, 465; XI, 808; VII, 1650). Berlin, R. v. Decker. ℳ 27.
Krankenkassenstatistik; Untersuchungen üb. d. — des Reichs-Arb.-Bl. RA Bl. 09. 3.
(I, 89) Krankenversicherung, die, im J. 1907. (IV, 35 u. 81 S.) (Statistik d. Deutschen Reiches, Bd. 187.) Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. ℳ 2.50.
— Die im J. 1908 (IV, 21 u. 81 S.) Statistik d. Deutschen Reiches, Bd. 229. Ebd. ℳ 1.20.
— 1903—1907 Vierteljahrsh. z. St. d. D. R. 09, 1.
— in den Knappschaftskassen u. -vereinen 1907. Ebd. 09, 2.
Nachweisung üb. d. Geschäfts- u. Versicherungsergebnisse der z. Durchf. d. Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten f. 1908. Nr. 118 d. Reichst.-Drucks. 09/10. (57 S.)
Rechnungsergebnisse d. Berufsgenossenschaften f. 1908. Reichst.-Drucks. 09/10, Nr. 143. (189 S.)
Statistik der Rechtsprechung in Unfall- und in Invalidenversicherungssachen. RA Bl. 09. 5.
Arbeitersekretariate, die deutschen, im Jahre 1908. St. Beil. d. Korr. d. Gew. 09. 5.
Arbeits- u. Lohnverhältnisse der außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden vollbeschäftigten Personen der [Reichspost-]Betriebsverwaltung 1908. St. d. Reichspost pp.-Verwaltung 1908, S. 115 ff.
Arbeitszeit u. Löhne in der Holzindustrie. Ergebnisse einer St. d. D. Holzarbeiterverb. v. Novbr. 1907. Hrsg. vom Verbandsvorstand. (320 S.) Stuttgart 09, J. H. W. Dietz Nachf. ℳ 3.
Beweg., die, d. Privatangestellt. 1908. St. J. D. R. 09, S. 372 ff.

Erhebungen über Arbeitszeit in der amtlichen Arbeiterstatistik. RA Bl. 09, 6.
— über die Arbeits- u. Ruhezeiten der Straßenbahn-Angestellten. Ztschr. d. K. S. St. L. 08. Dresden 09, S. 161—67.
—, stat., üb. Lohn- u. Arbeitsbedingungen der Verbandsmitglieder der Fabrikarbeiter. (63 S.) Hannover 09, Verbandsverlag.
— im deutschen Glasergewerbe f. 1908. Karlsruhe 09, Verbandsbureau.
— üb. d. Lohn- u. Arbeitsverhältnisse der Maler. [Mai 1909]. (164 S.) Hamburg, Tobler. ℳ 2.
Lohnstatistik, die, in Deutschland. RA Bl. 09. 2.
Tagelöhne, ortsübliche, gewöhnlicher Tagesarbeiter. Veränderungsnachweis seit 1905. Beil. z. Nr. 58 d. „Zentralblatt. f. d. D. R." 09. S. 543—567.
Tarifverträge, die, i. J. 1907. II. RA Bl. 09. 1 u. 2.
(II, 12) —, die, i. J. 1908. RA Bl. 09, 11. Sonderbeilage. (43 S.)
— die, im Jahre 1907 abgeschlossenen, der Brauer. Hannover 09. Verbandsverlag. (304 S.)
Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden i. d. J. 1907 u. 1908. St. J. D. R. 09, S. 362.
Arbeitsmarkt i. D. Reiche. Monatlich im RA Bl.
—, der, im Jahre 1908. RA Bl. 09. 1.
—, der, in den deutschen Kolonien. Ebd. 09. 4.
Entwickelung des öffentlichen Arbeitsnachweises in Deutschland während des Jahres 1907. RA Bl. 09. 6.
— desgl. 1908. Ebd. 09. 12.
—; Zur neueren — der Arbeitgeber- u. Arbeitnehmer-Arbeitsnachweise. Ebd. 09. 12.
— der Streikversicherung der Arbeitgeber im D. R. RA Bl. 09. 10.
Organisation u. Verwaltung der dem Verbande deutscher Arbeitsnachweise angehörenden öffentlichen Arbeitsvermittelungsstellen im Jahre 1907—08. Berlin, Georg Reimer. (49 S.) [Beil. z. 1909, Nr. 8 d. „Arbeitsmarkt"].
Stellenlosigkeit, die, in kaufmännischen Verbänden i. J. 1908. St. J. D. R. 09, S. 366.
— desgl. in technischen Verbänden. I.—III. Vierteljahr 1909. RA Bl. 09. 4, 6. 7 u. 10.
Stellenvermittelung, die, d. kaufm. Vereine i. J. 1908. St. J. D. R. 09, S. 358.
Streiks u. Aussperrungen im J. 1908. (IV, 64 S. m. Kurven). St. d. D. R., Bd. 230. Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht.
Vermittelung, die, ausländischer Arbeiter f. d. Landwirtschaft. RA Bl. 09. 11.
Vermittelungstät. privat. Stellenvermittler. RA Bl. 09. 12.
Betriebsergebnisse, die, der sozialen Versicherung im Großhgt. Baden für d. Jahr 1907. St. M. 09, August.
Invalidenversicherung; Die zur reichsgesetzlichen — beitragenden Personen in Baden. St. M. 09, Februar.
Einrichtungen für Arbeitsnachweis im Großh. Baden 1906 u. 1907. St. J. 1908/09, Karlsruhe 09, S. 279—287.
Vermittelungstätigkeit des Verbandes badischer Arbeitsnachweise im Jahre 1908. St. M. 09, Januar.
Wohlfahrtseinrichtungen f. Beamte u. Arbeiter d. badischen Staatseisenbahnen. Jahresbericht üb. d. Staatseisenbahnen Badens f. 1908, Karlsruhe 09, S. 128—36.
Erhebungen über die Papierindustrie im Kgr. Bayern 1908. Anh. z. d. J. B. d. Kgl. bayr. Gewerbe-Aufs.-Beamten, f. 1908. (122 S.) München, Ackermann 09.
Bergarbeiterlöhne in Bayern [Stein- u. Pechkohlenbergbau]. I.—III. Viertelj. 1909. RA Bl. 09, 6. 9 u. 12.
Arbeitsmarkt, der, in Bayern 1909. Hersg. v. St. L. A. Monatlich (je 14—27 S.) München, Lindauer.
Wohlfahrtseinrichtungen der Kgl. Bayrischen Staatseisenb. 1907 u. 1908. Archiv f. Eisenbahnwesen 09, 4 u. 14.
Bergarbeiterlöhne in Elsaß-Lothringen. I.—III. Viertelj. 1909. RA Bl. 09, 6, 9 u. 12.
Jahresbericht üb. d. Durchführung des Kinderschutzgesetzes im Großh. Hessen f. 1908. Amtlich. (III, 48 S.) Darmstadt, Jonghaus. ℳ —.50.
Knappschaftsvereine im Großh. Hessen im Jahr 1908. St. M. 890 v. Novbr. 09.
Streiks, wichtigere, u. Aussperrungen im Großh. Hessen seit 1885. Wirtsch.-statist. Jahrbuch der hessischen Handelskammern f. 1908, S. 55 ff.



Vermittelungstätigkeit, die, der hessischen Arbeitsnachweise 1903—1909. Ebd., S. 53 ff.

Jahresbericht des Großherzogl. Hessischen Landes-Wohnungsinspektors für 1908. (108 S.) Darmstadt 09.

Bergarbeiterlöhne, die, in den Hauptbergbaubezirken Preußens im IV. Vierteljahr 1908. D. Reichs-Anz. 09.63. — I. bis III. Vierteljahr 1909. Ebd. 09. 135, 215, 293.

Mitteilungen, statistische, üb. d. b. Bergbau Preußens gezahlten Löhne u. erzielten Arbeitsleistungen i. J. 1908. Amtlich. Ztschr. f. d. Berg-, Hütten- u. Salinenwesen i. Preuß. Staat 09.

Übersicht über die in Preußen vorh. kommunal. od. m. kommunal. Unterstützung betriebenen allg. Arbeitsnachweisstellen nach dem Stande vom 1. Jan. 1909. Beil. z. N. 14 d. Min. Bl. f. H. u. Gew. 1909.

Tätigkeit, die, der Preuß. Landwirtschaftskammern a. d. Gebiete der Wohlfahrtspflege für Landarbeiter. Mitt. d. Zentralst. d. Pr. L.-K. 09, 5.

Tagelohn, der ortsübliche, in der Provinz Sachsen 1892—1909. St. M. d. Stadt Halle a. S. 09. 11, S. 24—29.

Kontraktbrüche, die, landw. Arbeiter in der Provinz Westfalen und Sachsen 1907 u. 1908. Mitt. d. Zentralst. d. Preuß. Landw.-Kammer 09. 15. 17.

Übersichten der 1887, 1891, 1895 sowie 1900—1908 in der oberschlesischen Montan-Industrie verdienten Jahres-Durchschnittslöhne. St. d. Oberschl. Berg- u. Hüttenwerke f. 1908. Kattowitz 09. S. 72 ff.

Gewährung, die, von Darlehen aus dem Vermögen der Landes-Versicherungsanstalt Schlesien zur Förderung des Baues von ländlichen Arbeiterwohnungen. Amtl. Nachr. der L.-Vers.-Anstalt Schlesien 09. 2.

Verwaltungsbericht d. Allg. Knappschaftsverein zu Bochum f. 1908. Teil I u. II. (183 u. 411 S.) Bochum 09.

Arbeiterverhältnisse in der Sächsischen Landwirtschaft 1908. [Arbeiternachweis, Auszeichnung ländlicher Dienstboten usw.] J.-B. üb. d. Landw. i. Kgr. S. für 1908. Dresden 09, S. 59 ff.

Übersicht über die Knappschafts-Krankenkassen; desgl. Knappschaftspensionsk. Sachsens i. J. 1908. Freiberg 09.

Arbeitslosenzählung; Ergebnis der — vom 7. Febr. 1909 in 42 Gemeinden [Bezirk des Gewerkschaftskartells] des Plauenschen Grundes. Döhlen, Fischer. (14 S.)

Bergarbeiterlöhne in Sachsen - Altenburg [Braunkohlenbergbau] i. I.—III. Vierteljahr. 1909. RABl. 09. 6. 9 u. 12.

Wohlfahrtseinrichtungen bei den Kgl. Württembergischen Verkehrsanstalten 1908. (Verwaltungsbericht, Stuttgart 09. S. 1—7 u. Tab. I—VI.)

Fragekasten.

Dr. B. R. Berlin. Soviel uns bekannt, bestehen im Deutschen Reiche zwar bis jetzt nirgends Vorschriften, wonach für irgendwelchen Beruf die Ablegung einer Prüfung in der Statistik Vorbedingung wäre; es wird aber die Einführung einer Prüfung für die statistische Laufbahn dem Vernehmen nach erwogen. Wie verschieden man über den Wert von Prüfungen überhaupt und einer solchen insbesondere denken mag, kann doch zweifellos die amtliche Anerkennung des statistischen Verwaltungsdienstes als eines eigenartigen, besondere Kenntnisse erfordernden der Sache und den beteiligten Personen nur zum Vorteil gereichen.

K., Petersburg. Über die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich von 1907 brachte der „Russische Ökonomist" 1909, Nr. 43—45, und 1910, Nr. 6, in russischer Sprache Mitteilungen, die sehr gut über die verwickelte Materie unterrichten. Der Verf., Prof. Wobly in Kiew, untersucht u. a., inwiefern die Unterschiede der Ergebnisse von jenen von 1882 und 1895 auf methodische Verschiedenheiten zurückzuführen sind, und hebt besonders die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit und die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervor.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 5 | 2. Jahrgang | 1. Juli 1910

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen" dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen: Stand und Bewegung der Bevölkerung, Todesursachen, Vermögen und Einkommen, Gewerbe und Gewerbebetriebe, Arbeiter- und Versicherungsstatistik, Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften, Kirchen- und Konfessionsstatistik, Wahl-, Polizei- und Armenstatistik, Justiz, Statistische Sammelwerke, Sonstige Statistische Quellenveröffentlichungen.

Die österreichische Konferenz für Städtestatistik.

Von Dr. F. Freiherr **von Klezl.**

Zum Zwecke einer möglichst einheitlichen Berichterstattung im „Österreichischen Städtebuche", das als Organ der österreichischen Kommunalstatistik eine unentbehrliche Ergänzung der Reichs- und Landesstatistik bildet, wird vom Präsidenten der k. k. statistischen Zentralkommission alle zwei Jahre eine Versammlung nach Wien einberufen, auf der die Vertreter der größeren Städte Österreichs sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen.

Die Einladung zu dieser Konferenz ergeht im allgemeinen an alle Städte mit mehr als 15 000 Einwohnern und weiter ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl an die Städte mit eigenem Statut. Dies sind jene Städte, die kraft landesgesetzlichen Privilegiums von der Amtswirksamkeit der staatlichen Verwaltungsbehörden erster Instanz eximiert sind, und die daher neben dem Wirkungskreise ihrer Gemeinde-Autonomie die Verwaltungstätigkeit, die sonst staatlichen Behörden zusteht, für ihren Machtbereich durch eigene Organe ausüben.

Wenn oben die Aufgabe der Konferenz für Städtestatistik dahin gekennzeichnet wurde, daß sie der Hauptsache nach in der Vorbereitung einer gemeinsamen Publikation für die statistischen Arbeiten der Städte besteht, so ist es klar, daß sich die Entwickelung und Tätigkeit der Konferenz in der Entwickelung und in den Fortschritten des Österreichischen Städtebuches widerspiegelt.

Beide Institutionen verdanken dem VI. internationalen Kongresse für Hygiene und Demographie ihre Entstehung.

Für Zwecke dieses Kongresses kam der erste Band des Österreichischen Städtebuches zustande, der als fast ausschließlich demographisches Sammelwerk statistische Berichte von 34 Städten und von 12 Gemeinden städtischen Charakters enthielt. Hiermit war zum ersten Male eine halbwegs umfassende und einheitliche Kommunalstatistik geschaffen worden, und es war ein glücklicher Gedanke des damaligen Präsidenten der k. k. statistischen Zentralkommission, Karl Theodor von Inama-Sternegg, dessen Namen auch mit der Geschichte der österreichischen Städtestatistik stets ruhmvoll verknüpft bleiben wird, das einmal begonnene Werk zum Nutzen der Praxis und der Wissenschaft fortzusetzen.

Zur Ausführung dieses Gedankens versammelten sich am 28. September 1887 die Vertreter von 34 Städten und Gemeinden und faßten so als erste Konferenz für Städtestatistik den Beschluß, das Österreichische Städtebuch alljährlich herauszugeben und durch neue Gebiete zu bereichern.

In Anerkennung der hohen Wichtigkeit, welche dem Österreichischen Städtebuche für die Ausbildung der Kommunalstatistik wie überhaupt für die Pflege der vaterländischen Statistik zuerkannt werden muß, beschloß die k. k. statistische Zentralkommission in ihrer Sitzung vom 10. November 1888, die Herausgabe dieses Werkes in ihre Hand zu nehmen.

Seither werden die statistischen Beiträge der Städte im Bureau der k. k. Zentralkommission zum Zwecke der Herausgabe des Städtebuches

gesammelt und redigiert; der Inhalt der einzelnen Bände des Städtebuches wird jedoch von der Konferenz für Städtestatistik festgestellt, welche jedesmal nach dem Erscheinen eines fertiggestellten Bandes unter dem Vorsitze des Präsidenten der k. k. statistischen Zentralkommission zusammentritt.

Vom vierten Bande an umfaßt das Österreichische Städtebuch stets zwei Berichtsjahre, so daß seither die Herausgabe dieses Werkes in zweijährigen Zwischenräumen erfolgt und demgemäß auch die Konferenz für Städtestatistik alle zwei Jahre einberufen wird.

Als Delegierte der Städte werden in der Regel Mitglieder der Stadtvertretung oder Beamte der Stadtverwaltung auf die Konferenz entsendet; jene Städte, in denen ein besonderes statistisches Amt besteht, werden natürlicherweise durch Beamte dieses Amtes vertreten.

Den gediegenen Arbeiten der Konferenz für Städtestatistik ist es zu verdanken, daß sich das Österreichische Städtebuch zu einem Werke entwickelt hat, das in seinen bisher erschienenen 12 Bänden fast sämtliche Zweige der städtischen Verwaltung statistisch zur Darstellung bringt.

Neben einer umfassenden Statistik der Bevölkerungsbewegung seien noch die Tabellen über Armen- und Unterrichtswesen, die Finanzstatistik der Städte und die in jüngster Zeit erweiterte Darstellung der Gemeindeunternehmungen aus dem reichen Inhalte des Österreichischen Städtebuches hervorgehoben.

Die Darstellung aller dieser Materien erfolgt in den von der Konferenz für Städtestatistik beschlossenen Tabellen, wodurch für den Vergleich, der in den verschiedenen Städten herrschenden Verhältnisse eine möglichst einheitliche Grundlage gegeben ist. Für einzelne Gebiete der Städtestatistik wurde im letzterschienenen Bande des Städtebuches bereits die synoptische Darstellungsform gewählt, und es ist zu erwarten, daß diese für die Verwertung eines Sammelwerkes besonders geeignete Darstellungsart in den künftig erscheinenden Bänden einen noch breiteren Raum einnehmen wird.

Während demnach die Hauptaufgabe der Konferenz für Städtestatistik die ist, ein normgebender Faktor für das Österreichische Städtebuch zu sein, so hat anderseits diese Konferenz bisher schon so manche Tätigkeit entwickelt, die über diesen Rahmen hinausgeht. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Konferenz für Städtestatistik den Beschluß gefaßt hat, die Herausgabe einer städtischen Normaliensammlung in einem besonderen Werke in die Wege zu leiten.

Nicht zuletzt dient sie der Aufgabe, das Interesse für die Statistik in weiten Kreisen zu wecken und zu stärken, und es ist eine unleugbare Tatsache, daß sie gerade auf diesem Felde ihrer Tätigkeit schon Großes geleistet hat.

Die italienische Städte-Statistiker-Vereinigung.

Von Prof. **Ugo Giusti**, Vorstand des Statistischen Amtes der Stadt Florenz.

Diese Vereinigung wurde im Jahre 1905 auf Veranlassung des neuerrichteten Statistischen Amtes der Stadt Florenz von dem damaligen Bürgermeister Senator Ippolito Niccolini ins Leben gerufen. Am 25. März 1905 fand im Palazzo Vecchio in Florenz eine zahlreich besuchte Versammlung italienischer Bürgermeister statt, die den Antrag Niccolinis annahm, ein Statistisches Jahrbuch herauszugeben, das die demographischen Verwaltungs- und sozialen Verhältnisse der italienischen Städte darstellen sollte. Es wurde ein provisorischer Ausschuß eingesetzt, dem der Generaldirektor der Statistik und der Direktor des Arbeitsamts des Königreichs sowie eine Anzahl von Bürgermeistern angehörte. Die Ausarbeitung des Planes für das Jahrbuch wurde dem Schreiber dieser Zeilen übertragen, dessen Entwurf am 11. Juli 1905 die Genehmigung des Ausschusses fand, worauf der erste Band des Jahrbuchs mit Angaben über etwa 80 Städte im November 1906 erschien. Das neue Unternehmen begegnete einer freundlichen Aufnahme, wie aus anerkennenden Äußerungen Sr. Majestät des Königs, der Minister, der Vorstände der verschiedenen staatlichen Verwaltungszweige, der Bürgermeister, der Presse und der verschiedenen Interessenten im In- und Auslande hervorgeht.

Durch diesen Erfolg ermutigt, gab man bei einer weiteren, in Bologna 1907 abgehaltenen Versammlung dem Unternehmen eine endgültige Form unter dem Namen *„Unione Statistica delle Città italiane“*. Die wichtigsten Paragraphen der Satzungen sind folgende:

§ 1. Sitz der *Unione Statistica* ist Florenz. Jede Gemeinde, die über 10 000 Einwohner hat oder Hauptort einer Provinz oder eines Kreises *(circondario)* ist, kann Mitglied werden.

§ 2. Zweck der Vereinigung ist:

a) die regelmäßige Veröffentlichung des Statistischen Jahrbuchs der italienischen Städte,
b) die Vornahme sonstiger Untersuchungen über Gemeindeverhältnisse,
c) die Förderung der Errichtung gemeindlicher und anderer körperschaftlicher Statistischer Ämter,
d) die Herstellung tunlichster Einheitlichkeit unter den Arbeiten dieser Ämter.

§ 3. Die Anmeldung zur Mitgliedschaft verpflichtet auf 3 Jahre. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 25, 20 oder 15 Lire, je nach der Größe der Gemeinde. Jede beitretende Gemeinde verpflichtet sich zur Abnahme einer gewissen Anzahl von Exemplaren des Statistischen Jahrbuchs, und zwar mindestens so vieler, als der 3. Teil der Zahl der Gemeinderatsmitglieder beträgt.

§ 6. Der Vorsitzende und zwei stellvertretende Vorsitzende werden von der Mitgliederversammlung auf 3 Jahre gewählt; der Vorsitzende ernennt eine technische Kommission von 15 Mitgliedern. —

Vorsitzender war bis jetzt stets der Bürgermeister von Florenz (gegenwärtig Professor Giulio Chiarugi); seine Stellvertreter sind zurzeit die Bürgermeister von Bologna und Palermo. Die technische Kommission setzt sich aus den Gemeindestatistikern von Florenz, Mailand und Rom, Vertretern des Ministeriums für Ackerbau,



Industrie und Handel und des Ministeriums des Innern, Hochschullehrern, Senatoren und Abgeordneten zusammen.

Die Haupttätigkeit der Vereinigung bestand bis jetzt in der weiteren Herausgabe des Statistischen Jahrbuchs, von dem der zweite Band im August 1908 erschienen ist und der dritte Ende März 1910 herausgegeben werden wird. Außerdem sind noch besondere Veröffentlichungen anläßlich der Viehzählung und von Gemeindekongressen erschienen; die Veranstaltung monatlicher Veröffentlichungen ist in Erwägung gezogen worden. Für die nächste Volkszählung (1911) hat die Vereinigung die Veranstaltung wohnungsstatistischer Erhebungen vorgeschlagen. Die Ausdehnung der Tätigkeit der Vereinigung auf kleinere Gemeinden, die keine eigenen Einrichtungen für Statistik besitzen, ist in Aussicht genommen worden.

Die Sammlung der Materialien für das Statistische Jahrbuch erfolgt mittels Fragebogen, und zwar werden für den dritten Band zwei Arten von solchen verwendet. Den größeren Städten — etwa 80 — gingen folgende 19 Fragebogen zu: 1. Gebiet, Straßen und Plätze. 2. Kanalisation und Abfuhrwesen, Gartenanlagen, Bautätigkeit. 3. Wanderungen, Wahlen. 4. Öffentliche Beleuchtung. 5. Trinkwasserversorgung. 6. Märkte und Messen. 7. Öffentliche Schlachthäuser. 8. Eingangsabgaben von Verzehrungsgegenständen. 9. Lebensmittel- und Warenverbrauch. 10. Steuern. 11. Finanzen, Vermögen, Schulden. 12. Ausgaben für Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke. 13. Öffentlicher Unterricht. 14. Bibliotheken, Museen, Veröffentlichungen. 15. Gemeindliche Beamte und Arbeiter. 16. Pensionen, Versicherungswesen. 17. Polizei, Straßenreinigung, Feuerwehr. 18. Gesundheitspflege, Krankenanstalten, Friedhöfe usw. 19. Gewerbliche Unternehmungen.

An etwa 400 andere Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern wurde ein einziger Fragebogen über Bevölkerungs- und Finanzverhältnisse und einige andere Gemeindeverwaltungszweige versandt.

Die mittels dieser Fragebogen erlangten Angaben werden auf Grund des Inhalts einzelner gemeindlicher Veröffentlichungen sowie von Mitteilungen der Staatsbehörden tunlichst vervollständigt.

Das Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel pflegt den Bürgermeistern die Mitarbeit am Jahrbuch durch besondere Rundschreiben zu empfehlen.

Das Jahrbuch ist nach den behandelten Gegenständen in Abschnitte geteilt, in denen die für die verschiedenen Städte vorliegenden Angaben in tabellarischer Vergleichung zusammengestellt werden unter Beigabe zusammenfassender und methodologischer Bemerkungen. Die Überschriften und Tabellenköpfe werden auf Wunsch verschiedener auswärtiger Stellen vom dritten Bande an mit französischer Übersetzung erscheinen.

Um die Verbreitung des Jahrbuchs zu erleichtern und um den Gemeinden die Verteilung von Exemplaren an die Gemeinderatsmitglieder und die Verwaltungsstellen zu ermöglichen, wurde der Vorausbestellungspreis auf nur 2 Lire festgesetzt, während der Ladenpreis in Italien 5 oder 6 Lire beträgt. Durch Vorausbestellung von 2000—2500 Exemplaren werden die Druckkosten gedeckt, die übrigens nicht der Vereinigung, sondern dem Verlag zur Last fallen. Die Mitgliederbeiträge betragen zurzeit nur 1300 Lire; Kostenbeiträge leisten die Städte Florenz und Mailand, einen kleinen Beitrag auch die Regierung. Nur durch die Hilfe der Florentiner Gemeindeverwaltung ist das bisherige Erscheinen des Jahrbuchs ermöglicht worden. Unter den oben angegebenen Voraussetzungen beträgt die Ausgabe einer mittleren Gemeinde von 30 bis 60 000 Einwohnern, wenn das Jahrbuch an die Gemeinderatsmitglieder und die Verwaltungsstellen verteilt wird, 120 Lire (20 Lire Beitrag und 100 Lire für 50 Exemplare), also weniger als auch nur die allerbescheidenste statistische Einzelveröffentlichung für die Gemeinde kosten würde. Die Mischung amtlichen und privaten Charakters unterscheidet die italienische Städte-Statistikervereinigung von ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern; sie war kaum entbehrlich, wenn das Jahrbuchs-Unternehmen in einem Lande, wo die Gemeindestatistik bis jetzt wenig entwickelt war, sich als lebensfähig erweisen sollte.

Besprechungen.

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale in Cöln am 1. Dezember 1909. Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt. 1910. 24 S.

Vom Jahre 1905 ab wurde in Cöln am ersten Werktag des Dezember jedes Jahr eine Zählung der leerstehenden Wohnungen und vom Jahre 1908 ab auch der leerstehenden Geschäftslokale vorgenommen. Letztere wurden dabei unterschieden in solche, die mit einer Wohnung verbunden waren, und in solche ohne zugehörige Wohnung. Die Ergebnisse gelangten jedesmal in der Lokalpresse und in den betreffenden Verwaltungsberichten in gedrängter Darstellung zur Veröffentlichung. Eine selbständige größere Bearbeitung, die sich auf die letzte Zählung mit Berücksichtigung der Hauptergebnisse der vier vorangegangenen gleichartigen Erhebungen beschränkt, wurde anläßlich der Zählung vom 1. Dezember 1909 zum ersten Male herausgegeben.

Aus deren Ergebnissen sei hier hervorgehoben, daß bei der letzten Zählung 4285 leerstehende vermietbare Wohnungen, gleich 3,68 % der überhaupt vorhandenen Wohnungen, ermittelt wurden. Bei den vier vorangegangenen gleichartigen Erhebungen betrug der Prozentsatz 4,11, 4,72, 4,99 und 4,64. Der bisher stets reichliche Wohnungsvorrat Cölns ist also in den letzten fünf Jahren langsam, aber stetig zurückgegangen: eine Folge der abnehmenden Bautätigkeit in derselben Zeit. Es steht zu erwarten, daß der Vorrat in nächster Zeit noch weiter zurückgehen wird, da die bauliche Entwickelung im Jahre 1909 einen bisher kaum beobachteten Tiefstand eingenommen hat. Im Zusammenhang damit steht nach dem Ergebnis der letzten Zählung zuerst ein Mangel an Mittel-

wohnungen, dann an Kleinwohnungen und zuletzt an Großwohnungen zu erwarten. Bei Gegenüberstellung der Durchschnittsmietpreise der gesamten vermietbaren Wohnungen und der noch nicht vermietet gewesenen Wohnungen ergab sich, daß die letzteren bezüglich der Kleinwohnungen nicht teuerer waren als der Gesamtdurchschnitt, während bei den Mittel- und Großwohnungen die geforderten Mieten sich fast durchweg erheblich höher stellten als im Gesamtdurchschnitt. Es wird dies wohl darauf zurückzuführen sein, daß die größeren Wohnungen in den neuerbauten und umgebauten Häusern in der Neuzeit mit mehr Komfort ausgestattet werden, als dies bei den früheren Wohnhausbauten der Fall war. Allgemein betrug der durchschnittliche Jahresmietpreis einer Wohnung ohne Geschäftslokal von 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und über 7 Wohnräume 108, 196, 300, 488, 708, 1149, 1809 und 3112 ℳ. Gegen die drei Vorjahre ist entsprechend der Abnahme des Wohnungsvorrats eine geringe Steigerung des Mietpreises eingetreten.

Leerstehende Geschäftslokale wurden 483 ermittelt gegen 613 bei der Zählung von 1908. Es war also auch hierbei ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Von diesen waren 220 mit Wohnungen verbunden gegen 224 im Vorjahr. Ihrer Bestimmung nach zerfielen sie in 287 Läden (1908: 330), 81 (98) Werkstätten, 81 (126) Lager und 34 (59) Bureaus. Der Rückgang zeigte sich also bei allen Arten von Geschäftslokalen.

A. Zurhorst.

Die leerstehenden Wohnungen in Barmen nach der Zählung vom 1. Dezember 1909. Sonderveröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt.

Wie seit einer Reihe von Jahren fand auch 1909 am 1. Dezember in Barmen eine Zählung der leerstehenden Wohnungen statt, die — als Folge der geringen Bautätigkeit einerseits und der im Verhältnis zu den Vorjahren stärkeren Bevölkerungzunahme anderseits — einen abermaligen Rückgang der Wohnungsreserve gezeigt hat. Unter Abzug derjenigen leerstehenden Wohnungen, mit denen besondere Gewerberäume verbunden sind, stellt sich der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen auf nur 1,10 %. Am kleinsten ist die Wohnungsreserve bei den Wohnungen mit 5 und mehr Räumen — 0,39 % —, während von den Wohnungen mit 1 und 2 Räumen 2,43 % leerstehen.

Auch bei dieser Zählung wurde wiederum nach der Ausstattung der Wohnungen (Wasserleitung, Kanalanschluß, Gasleitung) gefragt. Die Kenntnis der Ausstattung der leerstehenden Wohnungen läßt den Wert der Wohnungsreserve in klarerem Licht erscheinen und gibt Anhaltspunkte zur richtigen Beurteilung der Mietpreisverhältnisse.

H. Haacke.

Die Ergebnisse der Zählung der leerstehenden Wohnungen in Görlitz am 19. Oktober 1909.

Diese Zählung ist erstmalig außerhalb der Volkszählung vorgenommen worden. Sie wird alljährlich bei der Personenstandsaufnahme wiederholt werden. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist gegen 1905 (Volkszählung) erheblich zurückgegangen, von 1266 auf 499, d. i. von 5,2 auf 2 % aller Wohnungen.

Von sämtlichen vorhandenen Wohnungen standen leer im Keller 7,5 %, im Parterre 2,6 %, im I. Stockwerk 2,0 %, II. Stockwerk 1,5 %, III. Stockwerk 1,6 % und im IV. Stockwerk 2,5 % (die entsprechenden Ziffern für 1905 sind 15,6; 5,2; 4,6; 4,5; 4,5 %). Den höchsten Prozentsatz weisen sowohl 1905 als auch 1909 die Kellerwohnungen auf. Wenn auch die Zahl derselben auf 7,5 % (d. i. über die Hälfte) zurückgegangen ist, so darf doch angenommen werden, daß die Mieter die Wohnungen im IV. Stock den Kellerwohnungen vorziehen, denn die Zahl der leerstehenden Wohnungen im IV. Stock ist gegen 1905 um beinahe den vierten Teil (8,4 auf 2,5 %) gesunken.

Die Zählung hat ferner gezeigt, daß ein großer Mangel an kleinen Wohnungen herrscht, der nur durch die Einsetzung einer lebhafteren Bautätigkeit beseitigt werden kann.

Wohnungen mit einem Raum sind 1909 nur 1,7 % zu vermieten gewesen, während 1905 ein Prozentsatz von 8,4 zur Verfügung stand. Auch die Wohnungen mit 1 Zimmer und Küche sind von 4,2 auf 0,3 % zurückgegangen. Den größten Prozentsatz mit 12,4 % weisen bei der letzten Zählung die Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern ohne Küche auf. Es folgen dann die großen Wohnungen mit 7 heizbaren Zimmern 6,5 % und 8 und mehr Zimmern mit 3,9 %. Unter ½ Jahr standen leer 75,5 %, unter 1 Jahr 6,3 % und über 1 Jahr 18,2 %. Die Ursache ist hauptsächlich mit dem Mangel an Nachfrage angegeben (90,2 %). Wegen Umbaues und Abbruchs standen 7 % und wegen polizeilicher Schließung 2,8 % leer.

K. Wiedemann.

Zählung der leerstehenden Wohnungen in München am 7. November 1909. Von Dr. A. Fiack. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt. Sonderdruck aus Band 22, Heft 1. Kommissionsverlag der J. Lindauerschen Buchhandlung, München, Januar 1910. ℳ 0.50.

Die Zählung der leeren Wohnungen im Jahre 1909 war die erste vom Statistischen Amt der Stadt München ausgeführte derartige Erhebung, die nicht mit einer allgemeinen Zählung (Volks- oder Berufszählung) verbunden war. Obgleich der Hauptzweck der Zählung die Erfassung nur der leerstehenden Wohnungen war, wurden doch an sämtliche Hausbesitzer Formularien für alle jene (alte und neue) Anwesen ausgegeben, für die eine Hausnummer erteilt war; es geschah dies aus dem Grunde, weil dadurch die Vollständigkeit der Zählung garantiert wurde und auch gleichzeitig nach der Gesamtzahl der Wohnungen und den leerstehenden Geschäftsräumen gefragt werden konnte. Während bei den früheren Münchener Zählungen der „Grund" des Leerstehens überhaupt keine Berücksichtigung gefunden hatte, wurde eine entsprechende Frage diesmal ausdrücklich gestellt, und die Ergebnisse der Zählung haben auch ihre Notwendigkeit bewiesen.

Im ganzen standen am 7. November 1909 1812 Wohnungen leer. Von diesen waren jedoch nur 838, also noch nicht die Hälfte, wirklich für den Wohnungsmarkt zur Verfügung; von den übri-



gen befanden sich nämlich 673 in unfertigen Neubauten, 114 waren bereits fest vermietet, 91 standen wegen Reparatur oder Umbaus leer usw. Die 838 leeren vermietbaren Wohnungen machten nur 0,6 % des Gesamtbestandes an Wohnungen aus. Die Ergebnisse beziehen sich noch weiter auf die Lage und Größe der Wohnungen, auf den besonderen Charakter derselben (ob abgeschlossene oder Teilwohnung, ob Dienst- oder Freiwohnung), auf die Jahresmiete, auf den Grund des Leerstehens, dann auf die Dauer des Leerstehens (bzw. bei Neubauten auf die Zeit der Bezugsfähigkeit). In der Bearbeitung wurden auch die in den unfertigen Neubauten gelegenen Wohnungen eingehend behandelt, um einen Blick in die Gestaltung des Wohnungsmarktes in den nächsten Monaten zu gewinnen. *A. Fiack.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Die Preise wichtiger Lebensmittel und kleiner Wohnungen in 450 deutschen Orten. — Zusammenstellung der bei den deutschen Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes bestehenden Arbeitsbedingungen und Einrichtungen. Herausgegeben vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. 1909. 30 u. 96 S.

Zur Erneuerung der Ende März d. J. abgelaufenen Tarifverträge mit den Arbeitgeberverbänden im Baugewerbe hat der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe (E. V.)" auf Grund der Ermittelungen seiner Lokalverbände sowie vieler Innungen und einzelner Baugeschäfte eine Zusammenstellung der bestehenden Arbeits-, Lohn- und Vertragsverhältnisse herausgegeben und diese durch zwei Tabellen über die Preise der wichtigen Lebensmittel zu ergänzen versucht. Tabelle I enthält die Preise der wichtigsten Lebensmittel in 36 Großstädten im Oktober 1907, 1908 und 1909 nach Mitteilungen der städtischen statistischen Ämter; sie macht die in einer Stadt vorgekommenen Preisschwankungen ersichtlich. Tabelle II, welche auf Ermittelungen der Lokalverbände des Deutschen Arbgb. f. d. Baugew. beruht, enthält die Preise der wichtigsten Lebensmittel sowie kleiner Wohnungen in 450 deutschen Orten. Das Bestreben, sich für neue Aktionen zuvor mit so umfassenden statistischen Unterlagen zu versehen, ist aller Anerkennung wert, und die aufgewandte Mühe würde durch Benutzung weit über ihren eigentlichen Zweck hinaus als ein Beitrag zur Preisstatistik sich reichlich belohnt finden, wenn es sich nicht um Feststellungen handelte, die selbst für erfahrene Fachstatistiker mit schier unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft erscheinen. An diesen Schwierigkeiten ist aber der an sich so lobenswerte Versuch gescheitert, ein Beweis, daß Statistik nicht jedermanns Sache ist, sondern einer eingehenden Beschäftigung mit ihren Problemen bedarf, was eben die Aufgabe des Berufsstatistikers bildet. Wenn im Vorwort gesagt wird, daß die Feststellung der Preise nach verschiedenen Methoden und nicht für denselben Zeitpunkt erfolgt und daher die Vergleichbarkeit ausgeschlossen ist, so ist auch kein Schluß auf die Preisverhältnisse in einem und demselben Orte daraus zu ziehen. Denn es ist nicht angegeben, ob die Preisangaben auf den Mitteilungen einer einzigen Verkaufsstelle beruhen oder Durchschnitte aus einer Anzahl verschiedener Verkaufsstellen sind, ob dieser Durchschnitt wiederum die Mitte zwischen den beiden Preisextremen bildet, oder ob er aus den notierten gängigsten Preisen oder aus der Summe aller höchsten und niedrigsten Preise gewonnen ist. Es sind allem Anschein nach Preisangaben aufgenommen und untereinandergestellt worden, die sich aus verschiedensten, individuellen Einflüssen am gleichen Ort und zu gleicher Zeit ergaben. So liest man z. B., daß das Kilogramm Butter in Tübingen 1,20 ℳ, im naheliegenden Göppingen 2,60 ℳ, in Kempten 1,30 ℳ, in dem nahen Augsburg 2,60 ℳ kosten soll; für Hagen wird angegeben 1,60—3,20 ℳ, für Oeynhausen 1,00—2,80 ℳ. In M.-Gladbach soll der Liter Milch 40 ₰, im benachbarten Krefeld 18—20 ₰ kosten. Ist es glaubhaft, daß in Gr. Burgwedel das Kilogramm Roggenmehl 36 ₰, das Kilogramm Roggenbrot aber 1,00 ℳ kostet? — Handelt es sich nicht um ganz verschiedene Qualitäten Speck, wenn in Koblenz das Kilogramm 2,40 ℳ, in Köln 2,20 und in Düsseldorf, der wohl teuersten der rheinischen Städte, 1,60 ℳ kostet? In Köln soll man für das Kilogramm Roggenbrot 70, in Düsseldorf nur 20 ₰ bezahlen. Umgekehrt beträgt der Preis des Schellfisches in Düsseldorf 1,20 ℳ, in Köln 80 ₰, in Krefeld aber 35 ₰ und in einer völligen Binnenstadt wie Hanau 36 ₰ usw. — Zur Beurteilung der Wohnungspreise fehlt für den mit den örtlichen Verhältnissen nicht Vertrauten jeder Maßstab.

Von höherem Werte erscheint die Zusammenstellung der Arbeits- usw.- Verhältnisse, welcher die Preisstatistik als Anhang beigegeben ist. Zwar hat man, da Angaben von nur 75 % aller Verbände und vielfach auch diese lückenhaft vorhanden waren, eine statistische Bearbeitung nicht gewagt. Trotzdem ist die Zusammenstellung geeignet, einen Einblick in die speziellen Arbeitsverhältnisse von 300 deutschen Orten mit mehr als 10 000 Einw. und 300 kleineren Orten zu geben und einen Beitrag zur Geschichte des Baugewerbes zu liefern. Sie unterrichtet über Arbeitszeit und Löhne, Akkordarbeit und Überstunden, über die Einführung von Streikklauseln und Entlassungsscheinen sowie die damit gemachten Erfahrungen und ob ein Vertragsverhältnis zwischen dem Verbande und den Arbeitnehmern, und mit welchen Arbeitnehmerorganisationen besteht. *W. Krebs.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Hypothekarische Belastung der zwangsweise versteigerten ländlichen Grundstücke in Preußen. Seit 1909 fortlaufend in den Veröffentlichungen des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts.

In Preußen besteht bereits für die Zeit von 1886 an eine jährliche Statistik der Zwangsversteigerung ländlichen Grundbesitzes. Sie beruht darauf, daß die Amtsgerichte für jedes zwangsweise versteigerte Grundstück, welches hauptsächlich land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dient, eine Zählkarte auszufüllen haben, welche außer Namen und Beruf des Besitzers auch den Umfang und Reinertrag des Grundstückes angibt; außerdem wurden bisher durch die Verwaltungsbehörden die Ur-

sachen der Zwangsversteigerung ermittelt, die betreffenden Angaben aber schon seit 1889 ihrer Unzulänglichkeit halber vom Statistischen Landesamte nicht mehr bearbeitet. Bei gleichzeitigem Fortfall der Frage nach der Versteigerungsursache ist seit vorigem Jahre — zum ersten Male für 1907 — die preußische Zwangsversteigerungsstatistik durch die fortlaufende Miterhebung der gesamten in der Abteilung III des Grundbuches auf den zwangsweise versteigerten Besitzungen zur Zeit ihrer Beschlagnahme eingetragenen Lasten erweitert worden.

Bei den im Jahre 1907 versteigerten 727 ländlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betrieben, mit einer Gesamtfläche von 17 921 ha und 197 518 ℳ Grundsteuer-Reinertrag betrug die hypothekarische Belastung insgesamt 21 228 910 ha, d. i. das 107,5-fache des Reinertrags. Nach einer für 1896 erfolgten Erhebung der hypothekarischen Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes bezifferten sich die festgestellten Hypotheken und Grundschulden im ganzen auf rund das 26¾ fache des gesamten Grundsteuer-Reinertrags[1]); jene für 1907 ermittelte Verschuldung der zwangsweise versteigerten ländlichen Grundstücke erscheint mithin sehr hoch. Auf Grund neuerer, amtliche Aufzeichnungen der Grundstückspreise usw. berücksichtigender Schätzung kann im Staatsdurchschnitte ungefähr das 80fache des Grundsteuer-Reinertrags als Kaufwert des Grund und Bodens angenommen werden; die Hypothekarverschuldung der 737 versteigerten ländlichen Grundstücke würde sich demnach etwa auf das 1⅓ fache ihres Bodenwertes belaufen.

Im einzelnen erscheint der Kleinbesitz von unter 2 ha mit dem 150,7fachen des Reinertrags am höchsten verschuldet; beim kleinbäuerlichen Besitz von 2—5 ha betrug die Belastung das 110,2, beim mittelbäuerlichen von 5—20 ha das 131,9, beim großbäuerlichen von 20—100 ha das 89,3 und beim Großbesitz von 100 ha an das 116,5-fache des Grundsteuer-Reinertrags. Die besonders bedeutende Verschuldung des Kleinbesitzes findet ihre Erklärung darin, daß er vielfach mit gewerblichen Nebenbetrieben, wie Gast- und Schankwirtschaft usw., verbunden ist und überhaupt verhältnismäßig sehr stark mit Gebäuden besetzt zu sein pflegt, daher auch im allgemeinen eine höhere Belastung als die größeren Besitzungen vertragen kann; in geringerem Maße gilt dies auch vom klein- und mittelbäuerlichen Besitze. *F. Kühnert.*

Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke 1906 und 1907. Nach: Statist. Mitteil. über Steiermark. XXII. Heft. VIII u. 67 S. Text u. 42 S. Tabellen.[2])

Die Freigabe des Verkehres von Grund und Boden verwirklichte nicht die daran geknüpften Hoffnungen eines wirtschaftlichen Aufschwunges, sondern hatte zur Folge, daß der bäuerliche Besitzstand sich von Jahr zu Jahr zusehends verringerte, so daß die steiermärkische Landesvertretung genötigt war, Maßnahmen zur Abwehr zu treffen, vor allem aber daran ging, den Umfang des Prozesses statistisch festzustellen. Aus dem ganzen Komplexe dieser Fragen wurden, wie der Titel der Publikation besagt, zwei herausgegriffen: die freiwilligen Verkäufe bäuerlicher Besitzungen und die Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke. Letztere sind im 2. Abschnitte des Heftes dargestellt und zwar mit einer Gründlichkeit, welche die Untersuchungen der deutschen Staaten auf diesem Gebiete, selbst die Bayerns, weit überragt. Die textliche Erläuterung, welche sich an die methodisch-gelungene Zusammenstellung der Haupttabellen anlehnt, behandelt die Berufe der Ersteher, die Ursachen der Versteigerungen, die tabularische Belastung, deren Verhältnis zum Meistbote und schließlich den Schätzwert und dessen Verhältnis zum Kaufpreise. Die für 5 Jahre beobachteten Ergebnisse zeigen ein allmähliches Abnehmen der Jahresziffer der Vergantungen, welche der Zahl nach weit hinter den freiwilligen Verkäufen zurückstehen, obschon sich diese Erhebung nicht allein auf ganze Realitäten, sondern auch auf einzelne Trennstücke bezieht.

Im Zeitraum 1903—1907 fanden insgesamt 1260 Fälle von Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke statt (rein forstwirtschaftliche kamen bisher nicht vor), wovon nur 7 % auf das Oberland, dagegen 41,4 % auf das Mittel- und 51,6 % auf das Unterland entfallen. Die versteigerte Fläche betrug für das ganze Kronland 8768 ha, woran das Oberland mit 23 %, das Mittelland mit 34 % und das Unterland mit 43 % partizipieren.

Rund gerechnet wird in jedem Jahre durchschnittlich die Hälfte der zur Versteigerung gelangenden Bodenfläche von Bauern erstanden. Im übrigen läßt sich aus der vorliegenden Statistik wenig entnehmen, was einen Schluß darauf zuließe, ob die eine oder die andere Berufsgruppe die Tendenz zeigt, an der Erstehung solcher Liegenschaften stärker zu partizipieren. Nur hinsichtlich der Erwerbung durch Güterschlächter ist eine kleine, aber allmähliche Steigerung von Jahr zu Jahr zu bemerken, was zu dem Schlusse berechtigt, daß dieser Erwerbszweig auch in Steiermark immer weiter um sich greift.

Die Ursachenstatistik weist eine unverhältnismäßige Höhe der Rubrik „Verschuldung" auf, eine Erscheinung, die sich übrigens auch in anderen Landesstatistiken, z. B. in Bayern, findet und darauf zurückzuführen ist, daß die berichterstattenden Organe den Begriff „Ursache" und „Voraussetzung" verwechseln. Denn es ist einleuchtend, daß bei jeder Zwangsversteigerung „Verschuldung" notwendigermaßen als letzte und unmittelbarste Ursache vorhanden sein muß, da ja sonst jede Grundlage zur Vornahme der Versteigerung fehlen würde. Diesem Übelstande wurde durch die Verfassung eines zweckentsprechenden Ursachenschemas für die berichtenden Organe abgeholfen.

Jedenfalls bietet die vorliegende Untersuchung eine wertvolle Ergänzung der offiziellen Reichs-

1) d. h. des in den 1860er Jahren als Unterlage für die Grundbesteuerung ermittelten Überschusses, welcher bei gemeingewöhnlicher Kultur und Bewirtschaftung nach Abzug der Gewinnungs- und Bewirtschaftungskosten sowie der Zinsen des Gebäude- und Inventarienkapitals vom Rohertrage der nutzbaren Liegenschaften durchschnittlich verbleibt.

2) Vgl. Nr. 3 dieses Jahrganges, S. 74.



statistik, welche bei der Darstellung der Zwangsversteigerungen nur darauf Rücksicht nimmt, ob sie landtäflichen, Montan-, städtischen oder „sonstigen“ Besitz betreffen. Da aber der sonstige Besitz nicht nur den landwirtschaftlichen, sondern auch den gesamten Hausbesitz der kleineren Städte und Märkte in sich begreift, können diese Zahlen nicht zur Illustrierung der Lage der Landwirtschaft verwendet werden, sondern muß hier die Landesstatistik ergänzend eingreifen. *O. Wittschieben.*

Die Ergebnisse der Grundstückszählung vom November 1905 und der Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 in Straßburg i. E. Beiträge zur Statistik der Stadt. Heft VIII. 1909.

Dem städtischen Statistischen Amte ist dadurch, daß ihm die Vorbereitungs- und Ausführungsarbeiten der Volkszählungen sowie die Aufarbeitung des Erhebungsmaterials für das landesstatistische Amt übertragen sind, die Möglichkeit gegeben, die denkbar eingehendste bevölkerungsstatistische Auskunft hinsichtlich des Stadtgebietes zu geben, wie die umfangreichen Tabellen des Tabellenwerkes der Arbeit zeigen (XLV Tabellen auf 124 Seiten). Der dazu geschriebene Text, 52 Seiten umfassend, soll das Lesen der Tabellen erleichtern. Dem beschreibenden Teil wie dem Tabellenwerk war die Einteilung durch die zwei verschiedenen Zählungen gegeben, 1. die Grundstücks- und Wohnungszählung und 2. die Volkszählung.

Die Grundstücks- und Wohnungszählungen werden heute fast in allen Großstädten durchgeführt und vollständig bearbeitet. Eine Vergleichbarkeit der Städte untereinander ist hinsichtlich dieser Zählungen jedoch noch nicht möglich, da immer noch kein einheitliches Formular verwendet wird. Aber selbst wenn dies einmal eingeführt sein wird, werden die in Nord- und Süddeutschland hinsichtlich des Wohnungsbegriffes verschiedenen Anschauungen und Auffassungen manche Schwierigkeiten in der Vergleichung machen.

Da in Straßburg der Hauseigentümer die Öfen der Wohnungen stellt, so werden schon beim Neubau alle Zimmer mit geringen Ausnahmen mit Öfen versehen. Eine Unterscheidung nach heizbaren und nichtheizbaren Zimmern hätte also in Straßburg wenig Zweck. Ferner ist die Zahl der Wohnungen ohne Küche äußerst niedrig und da, wo nur ein Raum für alle Zwecke vorhanden ist, wird angenommen, daß dem Wohncharakter vor dem Charakter als Küche der Vorzug zu geben ist. In Straßburg wird also bei der Größenbestimmung der Wohnung die Küche unberücksichtigt gelassen und nur die Zahl der die Wohnung bildenden Zimmer zugrunde gelegt.

Im Jahr 1905 wurden 36 802 Wohnungen gezählt gegen 32 351 im Jahre 1900, somit 4451 Wohnungen mehr. Die Bautätigkeit brachte mithin abzüglich der durch Abbrüche verschwundenen und der in Läden umgewandelten Wohnungen jährlich 890 Wohnungen auf den Markt. Durch diese Bautätigkeit des Jahrfünfts 1900 bis 1905 trat eine Verschiebung in der prozentualen Zusammensetzung der Wohnungen nach deren Größe ein, die bemerkenswert ist und einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung erkennen läßt. Bezeichnet man die Wohnungen mit 1—2 Zimmern als kleine, die mit 3—5 Zimmern als mittlere und mit 6 oder mehr Zimmern als große Wohnungen, so setzte sich der Straßburger Wohnungsbestand zusammen aus Wohnungen:

	kleinen	mittleren	großen
1900	47,14 %	40,31 %	9,93 %
1905	42,97 %	47,38 %	9,65 %

Die Zahl der mittelgroßen Wohnungen mußte also der Nachfrage entsprechend erhöht werden.

Auch in Verbindung der Bewohnerzahl mit den Wohnungen konnte ein ähnlich günstiges Resultat gegenüber 1900 ermittelt werden.

Es wohnten in Wohnungen:

	kleinen	mittleren	großen
1900	41,01 %	42,91 %	16,08 %
1905	36,24 %	50,22 %	13,54 %

Indessen ist gerade bei den Kleinwohnungen die größte Wohndichtigkeit festzustellen, indem hier 2,37 Personen auf das Zimmer der einzimmerigen Wohnungen und 1,81 Personen auf das Zimmer der zweizimmerigen Wohnungen entfallen. In keiner andern Größenkategorie wird diese Dichtigkeit der Wohnweise erreicht. Auch die Feststellung der übervölkerten Wohnungen gestattete einen wertvollen Einblick in das Straßburger Wohnungswesen. Ebenso die eingehende Besprechung der Mietpreise und die Berechnung der Mietsteigerung. Mit der Schilderung der Wohnungen hinsichtlich der Wohndauer und des Besitz- bzw. Benutzungsverhältnisses der Wohnungsinhaber und einer Beschreibung der Wohnungen im Zusammenhang mit den Zubehörteilen schließt die Arbeit.

Alle diese Erörterungen sind für Straßburg in gegenwärtiger Zeit um so wertvoller, als die Stadtverwaltung mit der Wohnungspolitik heute mehr als je beschäftigt ist. Die Sanierung der Altstadt, der beschlossene große Straßendurchbruch, die Erbauung eines Ledigenheims, die Projekte der Gartenvorstadt Stockfeld bringen in diesem und in den kommenden Jahren große Umwälzungen auf dem Wohnungsmarkte, welche sich in den späteren statistischen Zahlen im Vergleich zu den Zahlen der vorliegenden Arbeit widerspiegeln werden. *K. Eichelmann.*

Häuser- und Wohnungsuntersuchung in 8 Gemeinden des Großh. Luxemburg. Publik. der Ständ. Kommission für Statistik, H. XVI Häuserstatistik; H. XVIII Wohnungsstatistik. 1908 bis 1909. Preis 1 *M* das Heft.

Bereits bei der Schaffung eines Gesetzes über billige Wohnungen im Jahre 1903 hatte sich der Mangel an einer Häuser- und Wohnungsstatistik fühlbar gemacht. Gleichzeitig mit der für das Jahr 1905 geplanten Berufs- und Gewerbezählung sollte zu Erhebungen über den Stand der Wohnungen geschritten werden. Da jedoch die Absicht bestand, sich möglichst an die in Deutschland zur selben Zeit vorzunehmende Berufs- und Gewerbezählung anzuschließen, die jedoch auf 1907 verschoben wurde, beschloß man im Jahre 1905 ohne weiteren Verzug zu der geplanten Wohnungserhebung zu schreiten.

Die ständige Kommission für Statistik einigte sich dahin, daß die Untersuchung vorerst nur in 8 typischen Gemeinden des Landes stattfinden sollte. Es sollten industrielle Ortschaften mit sehr schnellem Aufschwung, gemischte Gemeinden sowie rein ländliche Bezirke in die Erhebung miteinbezogen werden. Aus den gewonnenen Ergebnissen wollte man auf die Zustände im Lande überhaupt schließen und sehen, ob eine ähnliche Untersuchung auch für andere Teile und Gemeinden des Landes sich als notwendig oder nützlich herausstellen würde.

Die Erhebungen wurden in den Jahren 1905 und 1906 vorgenommen. Vom Beginn der Verhandlungen ab hatte sich die ständige Kommission für Statistik gegen jede Teiluntersuchung d. h. gegen die Untersuchung von nur einzelnen Wohnungen oder Häusern in den einzelnen Gemeinden ausgesprochen.

Die Erhebungsformulare waren sehr ausgedehnt. Als Muster zur Wohnungskarte diente diejenige der Dresdener Wohnungsuntersuchung vom Jahre 1901. Die Zusatzfragen lehnten sich an diejenigen der Baseler Wohnungsenquête vom Februar 1889 an. Die Häuserkarte enthielt neben den üblichen Fragen noch solche über das Erbauungsjahr, die Art der Bedachung, die Art des Treppenmaterials sowie über die Umgebung des Gebäudes.

In der Häuserstatistik wurden die Ergebnisse der 23 untersuchten einzelnen Ortschaften in jedem Abschnitt zusammen behandelt. In der Wohnungsstatistik wurde jedoch der besseren Übersichtlichkeit halber jede Gemeinde bzw. Ortschaft für sich getrennt dargestellt. In einem besonderen Rückblick wurden alsdann die Hauptergebnisse einander gegenübergestellt. Auch ist der erste Teil, die Häuserstatistik, sehr ausführlich und bis in fast die kleinsten Einzelheiten hinein verarbeitet worden.

Von den untersuchten Gemeinden und Ortschaften heben wir namentlich Differdingen (10784 Einw.), Düdelingen (9704 Einw.) und Esch (12510 Einw.), alle drei im Eisenerz- und Hüttengebiete gelegen, sowie Hollerich (12192 Einw.), Nachbargemeinde der Stadt Luxemburg, hervor. Die Zahl der zur Zeit der Wohnungsuntersuchung leerstehenden Wohnungen beträgt für Differdingen 1,5, für Düdelingen 0,9, für Esch 2,8 und für Hollerich 5,0 % sämtlicher Wohnungen. Die Mietwohnungen machen in den erwähnten Ortschaften zwischen 72,6 und 58,7 % aller Wohnungen aus. Bezüglich der Zimmerzahl der Wohnungen sei hervorgehoben, daß als Zimmer sämtliche Räume gezählt wurden, die zu einer Wohnung gehören und zu Wohnzwecken dienen können, also auch Küchen (die in sehr vielen Fällen auch als Wohnzimmer dienen), Mansardenzimmer usw. Dieses Verfahren war für die im Großherzogtum bestehenden Verhältnisse zweckmäßiger als dasjenige, das bei der Zahl der Zimmer die Küche nicht berücksichtigt und die Zimmerzahl nur nach den heizbaren Zimmern bemißt. Ungefähr 8 % sämtlicher Wohnungen bestehen aus einem Zimmer, ca. 20 % aus zwei, ca. 22 % aus drei, ca. 19 % aus vier, ca. 10 % aus fünf und ca. 21 % aus sechs und noch mehr Zimmern. Nehmen wir eine Wohnung, in der auf ein Zimmer mehr als zwei Bewohner entfallen, als überfüllt an, so sind in den erwähnten Ortschaften mit Ausnahme von Hollerich im Durchschnitt 25 % aller Mietwohnungen überfüllt, in denen im Durchschnitt 45 % aller Mietnehmer leben.

Weniger als acht Quadratmeter Wohnfläche wird in denselben drei Ortschaften für die Hälfte aller Einwohner festgestellt, während in Hollerich noch ein Viertel der Gesamtbevölkerung in demselben Falle ist. Weniger als 20 Kubikmeter Wohnraum haben in Differdingen, Düdelingen und Esch im Durchschnitt 46 %, in Hollerich noch 20 % aller Einwohner. Für die Landgemeinden beträgt derselbe Prozentsatz ca. 25—30. Weniger als 10 cm Schlafraum haben in den erwähnten Industriegemeinden im Durchschnitt 40 % aller Einwohner. In den Landgemeinden, wo es im allgemeinen nicht an der nötigen Zimmerzahl fehlt, werden ähnliche Verhältnisse, ja fast in noch größerem Maßstabe, festgestellt. Die Zahl der als feucht und vernachlässigt bezeichneten Wohnungen ist ebenfalls sehr hoch, in einer ländlichen Ortschaft machen sie sogar 33,5 % aller Wohnungen aus, in denen 28,1 % sämtlicher Einwohner leben. Zum Schlusse sei noch mitgeteilt, daß in den oben erwähnten Gemeinden der Mietpreis eines Zimmers zwischen 77,2 und 92,2 Franken, der einer Wohnung zwischen 228,7 und 273,6 Franken und der auf einen Bewohner entfallende Anteil zwischen 43,1 und 70,7 Franken schwankt.

A. Widung.

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Die Viehhaltung in Cöln nach den Viehzählungen der Jahre 1906 bis 1909. Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt. 1910. 15 S.

Die Arbeit beruht in erster Linie auf den Ergebnissen der Viehzählungen der Jahre 1906 bis 1909; jedoch sind auch, soweit wie möglich, die Ergebnisse früherer Zählungen zum Vergleich herangezogen worden. Drei Haupttabellen geben Aufschluß über den Bestand an Pferden, Rindvieh, Schafen und Schweinen mit Unterscheidung der Tiere nach dem Alter, sowie über die Grundstücke und Haushaltungen mit Vieh dieser Art, und zwar für jede Zählung in den genannten Jahren nach einzelnen Stadtteilen. Aus dem weiteren Inhalt ist hervorzuheben, daß von den Pferden bei der letzten Zählung 13,1 %, von dem Rindvieh 83,5 %, von den Schafen 45,9 % und von den Schweinen 44,2 % in landwirtschaftlichen Betrieben ermittelt wurden. Infolge der fortschreitenden Verdrängung der Pferdekraft durch mechanische Kraft hat sich der Pferdebestand schon seit Jahren nicht mehr vermehrt, sondern ist im großen und ganzen gleichgeblieben. Der erwähnte Umwandlungsprozeß auf dem Gebiete des Transportwesens wird erläutert durch die Mitteilung, daß sich die Zahl der Kraftwagen im Stadtgebiet Cöln in zwei Jahren um 154 oder 47,5 % vermehrt hat. In den Jahren 1907 und 1909 sind die Pferdeeigentümer nach dem Beruf ausgezählt worden. Ihre Zahl belief sich auf 328 mit insgesamt 632 Tieren. Davon gehörten 115 mit 197 Pferden dem Offiziersstande an, 73 mit 122 Pferden waren Kaufleute, 37 mit 87 Pferden Fabrikanten, 27 mit 54 Pferden Rentner, 19 mit 35 Pferden Rentnerinnen usw. Die kleinen

Stallungen mit 1 Pferd haben sich in den letzten vier Jahren vermindert, während die Haushaltungen der gleichen Klasse zahlreicher geworden sind. Dies läßt darauf schließen, daß vielfach einzelne Pferde in Koststallungen untergebrachtworden sind.

Der Rindviehbestand hat infolge der großstädtischen Entwicklung Cölns gegen das Jahr 1892 um 41,2 % abgenommen. Immerhin ist aber auch der jetzige Bestand noch ziemlich groß, so daß die Milcherzeugung innerhalb des Stadtgebietes auf 35 000 Liter, d. i. etwa $^1/_5$ bis $^1/_4$ des täglichen Gesamtverbrauchs zu veranschlagen ist. Der starke Rückgang der Stückzahl in den beiden letzten Jahren ist, ebenso wie bei den Schweinen, auf die außerordentlich hohen Futtermittelpreise zurückzuführen. Die Zahl der Schafe hat im Laufe der Jahre eine Zunahme erfahren. Der Schweinebestand war in den einzelnen Jahren, je nach dem Stand der Fleisch- und Futtermittelpreise, starken Schwankungen unterworfen. Wie die Pferdeeigentümer sind auch die Schweinehalter nach dem Beruf ausgezählt worden. Danach waren insbesondere auch die Arbeiter, Tagelöhner, Invaliden usw. stark unter den Schweinemästern vertreten. Aus der Unterscheidung nach dem Alter ist hervorzuheben, daß das Schlachtgewicht, wie ein Vergleich mit den entsprechenden Ermittlungen früherer Jahre zeigt, erheblich heruntergegangen ist. Endlich sei noch erwähnt, daß Cöln unter den preußischen Großstädten nach Berlin den höchsten Bestand an Pferden, Rindvieh und Schafen besitzt; in der Schweinehaltung steht es an 7. Stelle.

J. Schoelkens.

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Seeverkehr in deutschen Häfen im Jahre 1908. Nach: Stat. d. D. Reichs, Bd. 225 (vgl. Sp. 109).

Der Teil III der Seeschiffahrtsstatistik behandelt den Seeverkehr in den deutschen Hafenplätzen. Nach den neuen Bestimmungen sind die Schiffe zu unterscheiden nach Segelschiffen, Dampfschiffen und Seeleichtern. Nicht angeschrieben werden Kriegsschiffe, Regierungs-, Zoll-, Lotsenfahrzeuge, Lustjachten und sonstige nicht zum Erwerb durch die Seeschiffahrt bestimmte Fahrzeuge, sowie offene Fahrzeuge von weniger als 10 Registertons Bruttoraumgehalt. Während früher die Schiffe, die auf ihrer Reise mehrere deutsche Hafenplätze berührten, in jedem derselben als angekommen bzw. als abgegangen anzuschreiben waren, und zwar als von dem Hafen kommend, bzw. nach dem Hafen gehend, in dem die Hauptladung eingenommen bzw. gelöscht wurde, werden jetzt die Schiffe nur einmal mit dem Herkunfts- oder Bestimmungshafen, der vom Anschreibungshafen am weitesten entfernt liegt, angeschrieben. Die zwischen Herkunfts- und Bestimmungshafen angelaufenen oder anzulaufenden Häfen — Zwischenhäfen — sind in der Zählkarte besonders anzugeben. Die Zahl der Länder der Herkunft und Bestimmung (Verkehrsgebiete) ist von 64 auf 155 erhöht, zu denen noch der besondere Nachweis der großen Fischerei tritt. Die Tabellen mußten sonach eine Erweiterung erfahren durch Trennung des Schiffsverkehrs nach den 3 erwähnten Schiffsgattungen. Bei der Nachweisung der Flagge (Staatsangehörigkeit) der Schiffe wurden, um eine zu große Ausdehnung der Tabellen zu vermeiden, die Flaggen der einzelnen deutschen Bundesstaaten nicht mehr getrennt aufgeführt, sondern nur nach deutscher Flagge und den einzelnen fremden Flaggen unterschieden. Die Tabelleneinteilung ist sonst geblieben, wie bisher, nur ist die Tabelle III „Seeverkehr nach Herkunft und Bestimmung und nach Flaggen“ auf das Ostseegebiet, das Nordseegebiet und das Deutsche Reich beschränkt worden, während früher über diese rein geographische Trennung hinaus noch das Königreich Preußen gegeben wurde. Diese Tabelle III bringt jetzt erstmalig auch den Zwischenverkehr bei jedem Gebiet. Der in Tabelle IV dargestellte Seeverkehr in den bedeutenderen deutschen Häfen ist auf solche Häfen beschränkt worden, in denen der Gesamt-Nettoraumgehalt der im Seeverkehr mit dem Ausland ein- oder ausgegangenen Schiffe mindestens 25 000 Reg.-Tons betragen hat. Hierdurch ist eine Anzahl Häfen in Wegfall gekommen. Die gleiche Einschränkung mit der gleichen Wirkung war maßgebend bei Aufstellung der Tabelle V „Seeverkehr der bedeutendsten deutschen Häfen mit den meistbeteiligten deutschen und fremden Häfen“. Hier ist neu bei jedem Hafen der Zwischenverkehr nachgewiesen.

Angekommen sind in deutschen Häfen 111 326 Seeschiffe mit rund 28 Millionen Reg.-Tons Nettoraumgehalt und 1 104 227 Mann Besatzung; abgegangen sind 111 287 Seeschiffe mit rund 27,7 Millionen Reg.-Tons Nettoraumgehalt und 1 097 989 Mann Besatzung.

C. Meisinger.

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Dividendenstatistik der deutschen Aktienmühlen. Nach „Allg. deutsche Mühlenzeitung“. 1910. Nr. 19.

Dieser Überblick über die von den 71 zurzeit im Deutschen Reich bestehenden Getreidemühlen-Aktiengesellschaften für die Jahre 1899 bis 1909 gezahlten Dividenden gibt, obwohl bei einer Anzahl Gesellschaften das Obligationskapital und bei fast allen die Reserven hinzutreten, doch ein anschauliches Bild von der Rentabilität der Betriebe, von welchen der größte, die Illkircher Mühlenwerke in Straßburg, 6 Mill. ℳ Aktienkapital besitzt, dem weitere 29 mit 1 Million oder mehr Aktienkapital folgen. Die höchsten Dividenden für 1909 zahlten 2 Mühlen mit 14 %, 12 erzielten 10 und mehr Prozent, während 21 keine Dividende auszuschütten vermochten. Auf das gesamte gegenwärtige Aktienkapital berechnet (wobei allerdings etwaige Erhöhungen oder Einschränkungen desselben seit 1899 nicht berücksichtigt sind), betrugen die Dividenden sämtlicher jeweils bestehenden Aktienmühlen in den 11 Jahren 4,99, 4,82, 4,39, 4,74, 5,36, 5,53, 5,42, 5,05, 6,43, 5,72, 6,36 %, waren also im allgemeinen steigend. Nach ihrer Verteilung innerhalb des Reiches treffen die meisten Aktienmühlen im Verhältnis zur Größe des Landes auf Bayern mit 14 solchen Mühlen, während Preußen deren 42 zählt. Die ältesten Mühlen sind die Rhume-Mühle bei Northeim, 1865 gegründet, und die 1867 entstandenen Cramerschen Mühlen zu Schweinfurt. Erst aus dem Jahre 1909 stammen 4 Mühlen-Aktiengesellschaften.

E. Würzburger.

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Das höhere Schulwesen im Herzogtum S. Meiningen. — Nach den Oster-Schulberichten 1910.

Im Herzogtum sind Ostern 1910 vier staatliche Vollanstalten mit neunjährigem Lehrgang vorhanden, nämlich 2 Gymnasien (in Meiningen und Hildburghausen) und 2 Realgymnasien (in Meiningen und Saalfeld). Von den weiter bestehenden drei Nicht-Vollanstalten ist die Realschule in Sonneberg Staatsanstalt; sie ist in Entwickelung zu einer Oberrealschule begriffen und erhält von Ostern 1910 ab die Prima angegliedert. Städtisch ist die Realschule in Pößneck, die in Bad Salzungen ist eine Privat-Realschule. Alle Realschulen entlassen die Schüler, die die Schlußprüfung bestanden haben, mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst.

Auf dem Gymnasium in Hildburghausen ist seit Ostern 1907 der Versuch mit der völligen Abschaffung des verbindlichen Nachmittagsunterrichtes unter Einführung der sog. Kurzstunden (von je 40 Minuten Unterrichtsdauer) gemacht worden. Diese Änderung im Unterrichtsbetrieb hat sich nach Angabe der Direktion als überwiegend vorteilhaft erwiesen. Auch bei der kürzeren Dauer der Unterrichtsstunden sei es möglich gewesen durch sorgfältige Ausnutzung der Zeit die Lehrpensen zu erledigen, und zwar ohne das Systematische derselben zu kürzen oder die Gründlichkeit des Unterrichtes zu beeinträchtigen und ohne Vermehrung der häuslichen Aufgaben. Es sei darauf zu rechnen, daß diese neue Einrichtung, nachdem der Versuch sich bewährt habe, zu einer dauernden werde.

Von den Anstalts-Stiftungen möge nur eine neuere erwähnt werden, die „M. Struppsche Stiftung für Oberlehrer" der beiden höheren Lehranstalten in Meiningen, die Mittel und Anlaß bieten soll zu einer Studienfahrt nach Griechenland mit dem Reiseziel Athen. *R. Hermann.*

XXIII. Finanzstatistik.

Die bayerischen Distriktsfinanzen. Heft 75 der „Beiträge zur Stat. d. Kgr. Bayern". 4 *M.*[1])

Vorstehende Arbeit ist die Fortsetzung der in Heft 74 der „Beiträge" begonnenen Statistik der bayerischen Kommunalfinanzen. Sie befaßt sich mit Ausgaben, Einnahmen, Schulden und Vermögen der bayerischen Distrikte (= preußischen Kreise), deren wesentlichste Ergebnisse nach dem Stande des Rechnungsjahres 1907 zur Darstellung gebracht werden. Zur besseren Würdigung der einschlägigen Verhältnisse ist noch die Organisation der Distriktsgemeinden und die Entwickelung der Distriktshaushaltungen während der letzten 25 Jahre in ihren Grundzügen veranschaulicht.

Auch hier lag es bei der Wahl der Erhebungsmethode nahe, Ausgaben und Einnahmen der sämtlichen (Haupt- und Neben-)Rechnungen auf Grund eines Einheitsetats zur Ermittlung zu bringen, wie dies bei der Statistik der preußischen Kreis- und Provinzialverbände geschah. Allein da jede Belastung der äußeren Behörden tunlichst vermieden werden sollte und auch dem Statistischen Landesamt keine besonderen Mittel zur Durchführung dieser Arbeit zur Verfügung standen, so mußte schon aus äußeren Gründen von einem solchen Verfahren Umgang genommen werden. Dazu kam noch, daß ein an das vorgeschriebene Rechnungsschema sich anschließendes Formular für die Vergleichbarkeit und Einheitlichkeit der Ergebnisse mehr Garantie bot. Außerdem hat die Hauptrechnung ohnehin bereits den Charakter eines Nettoetats, da die Ausgaben auf die Nebenrechnungen hier wenigstens summarisch erscheinen. Überdies handelt es sich bei den Nebenrechnungen, abgesehen von jenen der Distriktskrankenhäuser und der Distriktskrankenversicherungseinrichtungen, häufig nur um die Rechenschaftsablage über „Fonds". Die Einbeziehung solcher — oft nur rechnungsmäßiger — Ausgaben und Einnahmen in einen Einheitsetat würde vielfach zu falschen Folgerungen geführt haben; denn in der Regel ging bei der Errichtung solcher Fonds die Absicht der Distriktsverwaltungen dahin, ein bestimmtes Vermögen gesondert zu verwalten, um entweder dadurch für gewisse Zeiten von den jeweiligen Schwankungen des Distriktshaushalts unabhängige Mittel zu haben oder um für größere Projekte der Zukunft eine Schuldaufnahme umgehen zu können. Eine tabellarische Zusammentragung der Ausgaben und Einnahmen sämtlicher Rechnungen wurde daher lediglich zur Feststellung des Kassenumsatzes vorgenommen. Im übrigen fanden die Beziehungen zwischen Haupt- und Nebenrechnungen im Texte bei einzelnen Ausgaben und Einnahmen entsprechende Würdigung.

Insgesamt wurden für die Haupt- und Nebenkassen (ausschließlich Sparkassen) der 263 bayerischen Distrikte, die sich auf 161 Verwaltungsbezirke verteilen, nach dem Stande des Jahres 1907 24,4 Mill. *M.* Ausgaben, 26,5 Mill. Einnahmen, 15,9 Mill. Schulden und 35,2 Mill. Vermögen festgestellt.

Was die Ausgaben der Distriktshauptkassen anlangt, durch die fast über zwei Drittel der Ausgaben und Einnahmen fließen, so nimmt die größten Beträge das Straßenwesen in Anspruch. Der Gesamtaufwand der Distriktsstraßen bezifferte sich 1907 auf 10,29 Mill. *M.* Davon entfielen auf Neubau und Erweiterung 1,902 Mill. *M.*, auf Unterhaltung des (Anfang 1907 18 449 km umfassenden) Distriktsstraßennetzes 7,451 Mill. *M.*, auf Verzinsung und Tilgung der Straßenbauschulden 0,941 Mill. *M.* Diese Beträge sind jedoch von den Distrikten nicht allein aufgebracht. Es wurden dazu an freiwilligen Zuschüssen vom Staat 1,748 Mill. *M.* (17 %) und von den Kreisen 735 000 *M.* (7,1 %) gegeben; die Vorausleistungen der Gemeinden waren mit 606 000 *M.* (5,9 %) in Anschlag zu bringen.

Die Ausgaben auf Armenwesen einschließlich Krankenfürsorge und Wohlfahrtspflege beliefen sich nach den Hauptrechnungen auf 2,013 Mill. *M.*

Von den sonstigen Aufwendungen sind hervorzuheben die Ausgaben für Landwirtschaft mit 353 000 *M.*, für Erziehung und Bildung (einschließlich Zwangserziehung) mit 226 000 *M.*, für Sicherheit der Person und des Eigentums mit 189 000 *M.*, für Gesundheitspflege mit 126 000 *M.*

1) Siehe auch D. St. Z. 2. Jahrg. Sp. 23, 55, 88.

Unter den Einnahmen der Distriktshauptkassen sind die wichtigsten die Umlagenerträgnisse sowie die auf Gesetz beruhenden Leistungen und freiwilligen Zuschüsse.

Im Jahre 1907 wurden von den Distrikten 8,461 Mill. ℳ an Umlagen vereinnahmt. Das der Umlagenerhebung zugrunde liegende Steuersoll bezifferte sich auf 22,461 Mill. ℳ, so daß der Durchschnittsprozentsatz im Königreich 37,7 war; die Kopfbelastung betrug 1,73 ℳ. In den einzelnen Distrikten schwankten die Umlagensätze zwischen 13 und 94 %, die Kopfquoten zwischen 0,70 und 3,84 ℳ.

Als gesetzliche Zuschüsse wurden von den Kreisen für Unterstützung der mit Armenlasten überbürdeten Gemeinden 349 000 ℳ gegeben, als freiwillige Zuschüsse — und zwar vom Staat hauptsächlich für Straßenwesen, von den Kreisen für den gleichen Zweck sowie für Armenwesen, Wanderunterstützung und Viehzucht — 2,627 Mill. ℳ. An Einnahmen aus Vermögen (Kapitalien und Grundbesitz) waren in der Distriktshauptkasse 548 000 ℳ vorgetragen. Von dem Reinertrag der Distriktssparkassen wurden 253 000 ℳ für distriktive Zwecke verwendet. Einnahmen aus dem Vorjahre standen in Höhe von 1,680 Mill. ℳ zur Verfügung.

In bezug auf das distriktive Schuldenwesen verdient Erwähnung, daß 35 von den 263 Distriktsgemeinden Ende 1907 noch schuldenfrei waren. Die übrigen hatten eine Schuldenlast von 15,931 Mill. ℳ, d. i. 3,27 pro Kopf. Rund zwei Drittel der aufgenommenen Schulden dienten zu Straßen- und Brückenbauten, etwa ein Achtel zu Lokalbahnbauten. Für Verzinsung der Schulden wurden 583 000 ℳ benötigt, zur Tilgung 848 000 ℳ.

Vom Vermögen der Distrikte (35,2 Mill. ℳ) sind 23,681 Mill. ℳ oder 67,2 % als rentierlich, 11,568 Mill. ℳ oder 32,8 % als nicht rentierlich angegeben. Daß das rentierliche Vermögen so bedeutend überwiegt, steht im Zusammenhang mit der von den Distrikten besonders gepflegten Fondspolitik.

J. Haselberger.

Die Gemeindefinanzstatistik in Deutschland. Ziele, Wege, Ergebnisse. Von Dr. Otto Most, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf und Privatdozent an der Universität Bonn. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 127. Band, 2. Teil. 273 Seiten.

Die Schrift, die mit Rücksicht auf die zurzeit im Gange befindlichen Bestrebungen der Städte und der Städtestatistik zur Verbesserung der Gemeindefinanzstatistik aktuelles Interesse beanspruchen kann, wird den Gegenstand eines besonderen Aufsatzes im D. St. Z. bilden.

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. Von Prof. Dr. J. Conrad. 4. Teil. Statistik I. Geschichte und Theorie. Bevölkerungsstatistik. 3. Aufl. gr. 8. VIII und 208 S. Jena 1910. Gustav Fischer.

Der in seiner vorliegenden Gestalt unter Mitwirkung des Königsberger Professors Hesse neu aufgelegte Grundriß ist ein Lehrbuch vornehmlich für Studenten. Das hat ihm sein Gepräge gegeben. Er bietet daher nur die Grundzüge, wie sie der Anfänger zunächst braucht, verstehen und verarbeiten kann. Für das, was über die Einführung in die Methode und die Forschungsergebnisse der Statistik hinausgeht, sind die Seminarien und Übungen vorausgesetzt, die erst auf Grundlage eines allgemeinen Überblicks die Vertiefung anzustreben haben. Berücksichtigt man weiter, daß die Mehrzahl derer, welche auf der Universität Statistik hören, keine angehenden Statistiker sind, sondern sich mit ihr als Nebenfach, insbesondere der Nationalökonomie befassen, so ist eine Beschränkung des Stoffes für die akademischen Aufgaben gewiß am Platze. Und hier die richtige Grenze zu halten, die großen Gesichtspunkte hervorzuheben, die Detailuntersuchungen und die daran sich knüpfenden Streitfragen beiseite zu lassen, hat der Verfasser mit Geschick und Einsicht verstanden. In klarer, faßlicher Sprache unter reichlicher Einstreuung anschaulicher Beispiele empfängt der Lernende einen Überblick der wichtigsten Erscheinungen, die in das Gebiet der Statistik fallen.

Verständig zumal ist es, daß aus der Fülle der überreichen Meinungsäußerungen über Wesen und Aufgabe der Statistik als Methode und Wissenschaften nur das herausgegriffen und vorangestellt ist, was sich zu einem gewissen Abschlusse und allgemeinerer Anerkennung durchgesetzt hat. Nicht minder erscheint es der Aufgabe angemessen, daß die geschichtliche Entwickelung nur in großen Zügen in Betracht gezogen ist, wobei indessen auf die Neuzeit, schon ihrer greifbaren Bedeutung für die Gegenwart wegen, vielleicht etwas näher einzugehen angezeigt gewesen wäre; so wäre neben Wappäus, Engel, Hildebrand auch u. a. Beckers hervorragende, zielbewußte Wirksamkeit zu registrieren.

Das Kapitel Theorie und Technik der Statistik ist neben dem erläuternden Worte des Lehres trefflich geeignet, den Anfänger über die Eigenart statistischer Erhebungs- und Untersuchungsweise aufzuklären. Namentlich ist die Bedeutung der anzuwendenden Berechnungsweisen deutlich veranschaulicht worden. Nur hätte die neue Auflage auch des neuen Berechnungsverfahrens der sog. Mediane und Quartilen bereits gedenken sollen: wird über den Wert dieser Mittelgröße auch erst die Zukunft zu entscheiden haben, immer bereits findet sie schon gegenwärtig mehr und mehr Anwendung. Auch in bezug auf die Literatur wäre es bei aller angebrachten Beschränkung auf die maßgebendsten Erzeugnisse am Platze gewesen, auf die Fachzeitschriften, und zumal die deutschen, wie auf die vom Verfasser selbst herausgegebenen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, auf v. Mayrs Archiv und das gegenwärtige „D. St. Z." hinzuweisen.

Schließt sich der Umfang des allgemeinen Teils im wesentlichen dem der früheren Auflagen an, haben die Ergänzungen vornehmlich den besonderen der Bevölkerungsstatistik betroffen. Gerade hier hat ja die rüstig in der Entfaltung begriffene statistische Tätigkeit auch die größten Erfolge zu verzeichnen. Zu bedauern ist darum



freilich, daß nicht durchweg auf die jüngsten Ergebnisse der Erhebungen und Bearbeitungen Rücksicht genommen ist. Denn häufig reichen sie nicht über die Zeit um 1895 hinaus.[1]) Sehr anzuerkennen ist aber, daß, wo es nur anging, der Verlauf der Erscheinungen durch Aneinanderreihung der Ergebnisse einer größeren oder geringeren Anzahl von Zählungen zur Darstellung gebracht ist. Ebenso ist darauf Bedacht genommen worden, die Tatsachen aus möglichst vielen der bedeutsamen Kulturländer, je nachdem die Unterlagen dazu angetan waren, für die Schilderung und Kennzeichnung der Vorgänge heranzuziehen.

Die in dieser Weise behandelten Gegenstände umfassen alle irgendwie wichtigeren Seiten, welche die moderne Bevölkerungsstatistik, wenigstens die der Staaten, als ihr Wirkungsfeld betrachtet.

P. Kollmann.

1) Das als Wegweiser durch die Statistik der Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reiche dienende Ergänzungsheft zum 7. Bd. von Mayrs Allg. Statist. Archiv, Tübingen 1909, (D. St. Z. 1. Jahrg., Sp. 172) ist weder erwähnt noch benutzt worden. *Red.*

Vermischte Mitteilungen.

Der Bericht über die 12. Tagung des **Internationalen Statistischen Instituts,** die im Juli 1909 in Paris stattgefunden hat, ist in der 1. und 2. Lieferung des 18. Bandes des vom Institut herausgegebenen *Bulletin* erschienen. Außer den Verhandlungen und den vorgelegten Arbeiten, auf deren einige noch zurückzukommen sein wird, enthält er als wertvolle Beigabe ein dreifach — sachlich, chronologisch und nach den Verfassernamen — geordnetes Inhaltsverzeichnis aller bisherigen Veröffentlichungen des Instituts. Das Statistische Bureau des französischen Arbeitsministeriums hat durch die mühevolle Zusammenstellung dieser Register wesentlich dazu beigetragen, der bei dem fortwährenden Wechsel der Mitglieder und der Tagungsorte des Instituts naheliegenden Gefahr vorzubeugen, daß vielerörterte oder schon gelöste Probleme die kurz bemessene Zeit der Tagungen aufs neue und mehr in Anspruch nehmen, als im Interesse der Untersuchung wirklich neuer Fragen wünschenswert ist.

Nachträgliches über die bei statistischen Behörden verwendeten mechanischen Hilfsmittel.[1]) Mittels des bereits erwähnten (Sp. 119) *classicompteur imprimeur* des derzeitigen Leiters der französischen Statistik, *Lucien March,* können die statistischen Unterlagen, die nach Einheiten gegeben sind, unmittelbar tabellarisch verarbeitet werden. Die Maschine enthält 60 Zähler und dementsprechend eine Klaviatur von 60 Tasten, die die Auszählung von 60 Möglichkeiten zulassen; eine weitere Vermehrung der Auszählungsmöglichkeiten kann durch gleichzeitige Verwendung mehrerer Maschinen erreicht werden. Die einzelnen Tasten werden je nach Bedarf für eine einfache oder eine kombinierte Auszählung bestimmt, z. B.: „20—30 Jahre" oder „männliche Personen von 20—30 Jahren" oder „männliche ledige Personen von 20—30 Jahren". Durch jedes Drücken einer Taste rückt die an der betreffenden Stelle anzugebende Zahl um 1 vor. Nach Schluß der Auszählung bewirkt das Niederdrücken eines Formrahmens, daß die bei jedem Zähler sich ergebende Schlußzahl gedruckt erscheint, worauf die Zähler wieder auf 0 gebracht werden. Auch Addition ist möglich. Nach Aufstellung der ganzen Tabelle kann diese ohne weiteres in die Druckerei geschickt werden, ohne vorgängige Prüfung und ohne daß eine Abschriftnahme erforderlich wäre; denn es sind Einrichtungen an der Maschine angebracht, die es ermöglichen, schon während der Auszählung etwaige Fehler zu finden.

Die Additionsmaschine „Conto" des Ingenieurs J. Aumund in Zürich bildet einen länglichen Körper von 30—42 cm Länge, 5 cm Breite und 2 cm Höhe im Gewichte von etwa 1 kg. Sie zeigt auf der oberen Platte eine Anzahl Ziffernkreise, in deren Mitte nach links drehbare Zeiger sich befinden. Diese können auf eine beliebige Ziffer des betreffenden Kreises eingestellt werden und bleiben dort so lange festgehalten, bis durch Druck auf den oben links vorhandenen Abzug alle Zeiger gemeinschaftlich auf 0 zurückschnellen. Jeder Zeiger und jeder Zahlenkreis entspricht einer Einheit. Das Addieren geschieht durch Drehung der Zeiger auf die gewünschten Zahlen der Zahlenkreise mit dem Daumen der rechten Hand, mit dem Zahlenkreise rechts beginnend. Das Ergebnis der Addition erscheint in den Schauöffnungen, die sich oben links neben jedem Kreise befinden. Durch den Druck auf den Abzug links springen sämtliche Zeiger auf 0 zurück, das Ergebnis bleibt jedoch in den Schauöffnungen. Die Addition weiterer Summanden geschieht auf die gleiche vorher beschriebene Weise; am Schlusse der zweiten oder folgenden Addition springen die Ziffern in den Schauöffnungen um die entsprechend summierten Zahlen weiter.

Die von der Schubert & Salzer Maschinenfabrik A. G. in Chemnitz hergestellte und von der Firma Hans Sabielny in Dresden in den Handel gebrachte Additions- und Rechenmaschine „Comptator" hat als Grundlage eine einfache Zahnschienenübertragung auf Zifferräder mit 10 Zähnen, die mit selbsttätiger Zehnerschaltung versehen sind. Für jede der 9 Einheiten ist ein Ziffernrad mit den Zahlen 0—9, ferner eine Einstellschiene mit den Zahlen 1—9 vorhanden. Die Einstellung der Zahlen geschieht dadurch, daß man im Einstellwerk mit dem Einstellstift auf die gewünschte Zahl in der entsprechenden Einheit setzt und die Schiene abwärts bewegt, bis der Einstellstift durch einen beweglichen Anschlag zur Sicherung gegen das Überschlagen der Ziffernräder aufgehalten wird. Die Ziffernreihe vor der Schienensperre, die sog. „Kontrollreihe", zeigt die jeweils zu addierende Zahl. Durch Druck auf eine links an der Maschine angebrachte Taste wird die Sperre aufgehoben, die Einstellschienen gehen in die Nullstellung zurück, im Anzeigewerk erscheint die addierte Zahl, die Kontrollreihe zeigt 0. Das Addieren weiterer Summanden geschieht in gleicher Weise. Nach Niederdrücken der Taste erscheint im Anzeigewerk das jeweilige weitere Ergebnis. Die Nullstellung des Anzeigewerkes erfolgt durch eine Rückwärtsdrehung um neun Zehntel an dem rechts an der Maschine angebrachten Nullstellkopf und Vorwärtsdrehung, bis der Kopf wieder festgehalten ist. Bei der Multiplikation wird die Schienensperre durch Umlegen eines links an der Maschine angebrachten Hebels und durch Niederdrücken der Taste links aufgehoben. Soll 687 mit 423 multipliziert werden, so setzt man den Einstellstift auf die Zahl 7 der letzten Schiene rechts und zieht diese dreimal bis zum Anschlag nieder, dann auf die 7 der zweiten Schiene und zieht diese zweimal nieder, dann auf die 7 der dritten Schiene und zieht diese viermal nieder. Hierdurch ist 7×423 multipliziert. In der gleichen Weise wird mit der 8 multipliziert, diesmal jedoch mit der zweiten Schiene von rechts beginnend und darauf ebenso mit der 6, in der dritten Schiene beginnend. Das Anzeigewerk zeigt das Ergebnis 290 601.

Für die Subtraktion und Division ist am Einstellwerk eine Randskala mit den Zahlen 0—8 vorhanden. Die Subtraktion geschieht durch Addition der dekadischen Ergänzung des Subtrahenden. Man stellt die größere

1) Siehe vorige Nummer, Sp. 117—123.

Zahl wie bei der Addition ein, registriert die kleinere Zahl, jedoch nach den Zahlen der Randskala weniger 1 und findet den gesuchten Rest in dem Anzeigewerke. Bei der Division ist zunächst wie bei der Multiplikation die Schienensperre auszuschalten. Die Division geschieht durch fortgesetzte Subtraktion des Divisors vom Dividenden, den man vorher im Stellwerk einzustellen hat. Der Quotient bildet sich im Anzeigewerk aus den bei jeder Einstellung des Divisors erscheinenden Dekaden.

Die in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift genannten Rechenmaschinen „Excelsior", Tates Arithmometer, und Garbers Arithmometer sind in ihrer Einrichtung den Thomasschen Rechenmaschinen gleich.

Statistische Prüfungen. Das österreichische Handelsministerium hat durch Erlaß vom 21. April 1910 neue Vorschriften über die fachlichen Prüfungen von Bewerbern, welche die Erlangung definitiver Stellen als mittlere Beamte im statistischen Dienste anstreben, herausgegeben. Der Wortlaut dieser Vorschriften, die für die beiden Zweige des statistischen Dienstes im Handelsministerium — einerseits Außenhandel- und Zwischenverkehrsstatistik, andererseits Arbeitsstatistik — getrennte Prüfungserfordernisse vorsehen, findet sich in der „Sozialen Rundschau", 11. Jahrg. Nr. 5 (Wien 1910). Von allen Bewerbern wird u. a. Kenntnis des Begriffs und der Theorie der Statistik sowie der Grundzüge der Organisation des statistischen Dienstes verlangt. Die ersten besonderen Vorschriften für die statistischen Beamten ergingen bereits im Jahre 1906 in der Absicht, Beamte zu gewinnen, „welche die volle praktische und theoretische Qualifikation für die ihnen übertragenen, vielfach komplizierten statistischen Arbeiten besitzen." — Bei der dem Unterrichtsministerium unterstehenden Statistischen Zentralkommission ist bisher weder für die höhere noch für die mittlere Beamtenlaufbahn eine eigene statistische Prüfung vorgeschrieben oder eingeführt; doch steht, wie der Redaktion von zuständiger Seite mitgeteilt wird, in absehbarer Zeit eine Änderung dieser Sachlage zu erwarten.

Die Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dez. 1905. Zusammenstellung der vom Kaiserlichen Statistischen Amt, den landesstatistischen und den städtestatistischen Ämtern veröffentlichten Ergebnisse. Von Reg.-Rat Prof. Dr. Johannes Rahts.

Gemäß den Bundesratsbestimmungen zur Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1905 wurden für das gesamte Deutsche Reich folgende Tabellen von den Zentralstellen der Bundesstaaten dem Kaiserlichen Statistischen Amte eingeliefert und von diesem veröffentlicht:

1. Flächeninhalt in qkm und ortsanwesende Bevölkerung nach dem Geschlecht für die 85 größeren Verwaltungsbezirke des Reichs (für 37 Regierungsbezirke in Preußen, 8 Regierungsbezirke in Bayern, 5 Kreishauptmannschaften im Königreich Sachsen, 4 Kreise in Württemberg, 4 Landeskommissarische Bezirke in Baden, 3 Provinzen in Hessen, ein Herzogtum und 2 Fürstentümer in Oldenburg, 3 Bezirke in Elsaß-Lothringen und für jeden der 18 übrigen Staaten). Angeschlossen wurde dieser Tabelle die Bevölkerungsdichte und die Zunahme der Bevölkerung seit dem 1. Dezember 1900 mit besonderer Berücksichtigung der natürlichen Zunahme durch Geburtenüberschuß und der Zu- oder Abnahme durch Wanderung.

2. Die Zahl der Haushaltungen und der in ihnen gezählten Personen für die Bundesstaaten und Landesteile und für die 41 Großstädte, gegliedert nach Haushaltungen einzeln lebender männlicher und weiblicher Personen, nach Haushaltungen mit 2 und mehr Personen und nach Anstalten. Die Haushaltungen mit 2 und mehr Personen wieder gesondert nach der Zahl ihrer Mitglieder in solche mit 2, 3, 4 . . . . . , mit 11 und mehr Personen; für jeden dieser Teile wurde die Gesamtzahl der Familienmitglieder, der Dienstboten und der sonstigen Personen angegeben.

3. Die Bevölkerung der Bundesstaaten und Landesteile nach der Staatsangehörigkeit und nach dem Geschlecht.

4. Die Bevölkerung der größeren und kleineren Verwaltungsbezirke (Kreise, unmittelbare Städte und Bezirksämter, Amtshauptmannschaften, Oberämter, Amtsbezirke, Aushebungsbezirke, Landratsämter, Landesherrenschaften) für die Altersklassen unter 12 Jahren, 12 bis 14 Jahre, 14 bis 18 Jahre und über 18 Jahre nach dem Geschlecht gesondert.

5. Die Bevölkerung der Staaten und Landesteile nach den Religionsbekenntnissen mit den Unterabteilungen: Evangelische, Römisch-Katholische, Russisch-Orthodoxe, Andere Katholiken, Andere Christen, Israeliten, Bekenner anderer Religionen.

6. Die Bevölkerung der Zolldirektivbezirke und der Zollausschüsse.

7. Die Bevölkerung der Oberlandesgerichtsbezirke mit Unterscheidung derselben Altersklassen wie in 4.

8. Die Bevölkerung der Reichstagswahlkreise mit Kennzeichnung ihrer Bestandteile und mit Unterscheidung der Evangelischen und Römisch-Katholischen.

9. Die Bevölkerung der größeren und kleineren Verwaltungsbezirke nach Größenklassen der Gemeinden und Wohnplätze, Gemeinden und Wohnplätze mit weniger als 100, mit 100 bis 500, 500 bis 1000, 1000 bis 2000, 2000 bis 5000, 5000 bis 20 000, 20 000 bis 100 000 und über 100 000 Einwohner.

10. Ein namentliches Verzeichnis sämtlicher Gemeinden und Wohnplätze des Reichs von über 2000 Einwohnern nach Verwaltungsbezirken und alphabetisch geordnet mit Angabe ihres Wachstums oder ihrer Abnahme seit dem 1. Dezember 1900. Angefügt ist hier noch eine Übersicht über die Entwickelung der Reichsbevölkerung in den Bundesstaaten und Landesteilen von 1816 bis 1905 nach den in diesem Zeitraume veranstalteten Volkszählungen.

Veröffentlicht sind die vorgenannten Tabellen in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgänge 1906 IV, 1907 I, III und IV und 1908 I.

Von den Einzelstaaten sollen die Veröffentlichungen nur insoweit aufgeführt werden, als sie über den Rahmen der dem Kaiserlichen Statistischen Amte gelieferten Tabellen wesentlich hinausgehen.

In Preußen haben sehr viel umfangreichere Auszählungen stattgefunden als im Reiche. Nicht nur sind die Landesteile, auf die sich diese Auszählungen beziehen, kleiner und demgemäß an Zahl größer, auch die Fragen selbst sind durch Zusatzfragen vermehrt, und ihre Ausbeutung ist durch eine größere Mannigfaltigkeit der Kombinationen erweitert worden.

Die ersten Tabellen beziehen sich auf die Größe der Fläche, die ortsanwesende Bevölkerung nach Geschlecht, die Zahl der Stadtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirke, der bewohnten Gebäude, ferner auch die Haushaltungen gegliedert nach der Zahl der Mitglieder und die Anstalten gesondert nach ihrer Bestimmung; alle diese Ergebnisse sind nach Provinzen und Regierungsbezirken gegliedert, sodann nach der Gesamtheit der Stadtgebiete und der ländlichen Gebiete dieser Bezirke, ferner nach 170 Gemeinden, die mehr als 20 000 Einwohner zählen. Für die Gesamtheit der Haushaltungen mit 2 oder mehreren Personen ist für jeden dieser Bezirke die Zahl der Familienmitglieder, der Dienstboten, des Erziehungspersonals, des ländlichen Gesindes, der Gewerbe- und Arbeitsgehilfen, der Zimmerabmieter, der Schlafgänger, der vorübergehend auf Besuch anwesenden Personen und des einquartierten Militärs angeführt. In allen Gruppen der Haushaltungsmitglieder und bei den Insassen der Anstalten ist das Geschlecht unterschieden.

2. Die Auszählung der Bevölkerung nach der Staatsangehörigkeit ist der des Reiches analog, bezieht sich aber nicht nur wie dort auf Provinzen und Regierungsbezirke, sondern auch auf alle Gemeinden über 20 000 Einw.

3. Die Auszählung nach Religionsbekenntnissen ist vollständiger als im Reiche, sie umfaßt 15 verschiedene Bekenntnisarten und bezieht sich ebenso wie die nach Staatsangehörigkeit sowohl auf die Provinzen und Regierungsbezirke als auch auf die Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern.



4. Die Auszählungen der Bevölkerung nach der Muttersprache ist mit Hilfe einer Zusatzfrage für die Provinzen und Regierungsbezirke ausgeführt, nicht wie 1900 für die kleinen Verwaltungsbezirke (Kreise). Dafür ist dieses Mal die Muttersprache mit dem Religionsbekenntnis kombiniert, und zwar die 5 Konfessionen: evangelische, katholische, andere Christen, jüdische und andere Religionen mit jeder der 10 Arten von Muttersprache: deutsch, deutsch und eine andere Sprache, polnisch oder masurisch oder kassubisch, dänisch oder norwegisch, mährisch oder tschechisch, litauisch, holländisch, wendisch, friesisch, eine andere fremde Sprache.

5. Die Auszählungen nach dem Geschlecht und einzelnen Geburtsjahren ist wieder sowohl nach Provinzen und Regierungsbezirken als nach Gemeinden über 20 000 Einwohner gegliedert, die im ersten Lebensjahr stehenden Kinder sind nach Geburtsmonaten gesondert. Bei der Auszählung nach Alter und Familienstand sind die üblichen Gruppen, das erste Jahr nach Monaten, die nächsten 14 Jahre einzeln, dann 15 bis 18, 18 bis 20, 20 bis 21, 21 bis 25 Jahr und darauf Jahrfünfte beibehalten; die Resultate der Auszählung beziehen sich auf die Provinzen und Regierungsbezirke mit Unterscheidung der städtischen und ländlichen Teile dieser Bezirke und auf alle Gemeinden mit über 20 000 Einw.

6. Für die Bevölkerung der Provinzen, der Regierungsbezirke und der 170 Gemeinden über 20 000 Einwohner ist ferner eine kombinierte Auszählung der Gebürtigkeit und des Alters ausgeführt. Das Alter ist in die 6 Gruppen: unter 15 Jahr, 15 bis 20, 20 bis 30, 30 bis 60, 60 bis 70 und über 70 Jahr eingeteilt, und bei der Gebürtigkeit sind unterschieden: die Zählgemeinde, der Zählkreis, die Zählprovinz, jede der übrigen preußischen Provinzen, die einzelnen deutschen Bundesstaaten, ferner eine Reihe von europäischen und außereuropäischen Ländern.

7. Auf Grund einer weiteren Zusatzfrage sind für den Staat und die einzelnen Provinzen die Zahlen der gebrechlichen Personen, der blinden, taubstummen, geisteskranken und geistesschwachen mit mannigfachen Kombinationen dieser Gebrechen untereinander und mit Religionsbekenntnis, Alter, Familienstand und Stellung im Haushalt ausgezählt worden.

8. Für Provinzen, Regierungsbezirke und Gemeinden über 20 000 Einwohner sind ferner ausgezählt die bestehenden Mischehen und die Konfessionen der im Haushalt ihrer Eltern lebenden Kinder aus konfessionellen Mischehen.

9. Schließlich sind verkürzte bevölkerungsstatistische Übersichten für alle kleinen Verwaltungsbezirke (Kreise und Oberämter) gegeben. Diese Übersichten enthalten: die Fläche in ha, die Zahl der Stadtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirke, der Wohnhäuser, Haushaltungen und Anstalten, ferner der ortsanwesenden Bevölkerung nach dem Geschlecht, die Zahl der Militärpersonen, der Insassen von Anstalten, die Zahl der Evangelischen, der Katholiken, der anderen Christen, der Juden und der Bekenner anderer Religionen, die Zahl der konfessionellen Mischehen, eine verkürzte Gliederung nach der Gebürtigkeit und nach der Staatsangehörigkeit, nach dem Alter, dem Familienstand und nach den Gebrechen, jedesmal gesondert nach dem Geschlecht.

Die Veröffentlichungen der Volkszählungsergebnisse für Preußen befinden sich im I. und II. Teile des Bandes 206 der Preußischen Statistik.

Im Anschluß an die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 ist ebenso wie im Anschluß an die Zählungen von 1885 und 1895 vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt ein Gemeindelexikon für das Königreich Preußen herausgegeben. (Verlag des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts, Berlin 1908 und 1909.) Die Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke sind nach Provinzen und kleineren Verwaltungsbezirken (Kreisen, Oberämtern) geordnet und in jeder Gemeindeeinheit ist angegeben: Fläche in ha, durchschnittlicher Steuerertrag auf 1 ha, Zahl der bewohnten Wohnhäuser, der sonstigen bewohnten Baulichkeiten, der Haushaltungen mit 2 und mehr Personen, der Einzellebenden, der Bevölkerung nach Geschlecht mit Angabe des Militärs, nach dem Religionsbekenntnis kombiniert mit der Muttersprache, das evangelische und katholische Kirchspiel des Standesamtsbezirks, der Stadt- oder Amtsbezirk, Landwehrbezirk, Land- und Amtsgericht. In Fußnoten Zahl der Wohnplätze (als Teile der Gemeindeeinheiten), ihrer Wohnstätten und Einwohner.

Im Königreich Bayern ist die Bevölkerung der Verwaltungsbezirke (Unmittelbare Städte und Bezirksämter) und der Amtsgerichtsbezirke nach dem Geschlecht, dem Familienstand und dem Religionsbekenntnis mit Unterscheidung von römisch-katholisch, protestantisch auch reformiert, griechisch-katholisch, altkatholisch, Anglikaner, Irvingianer, Mennoniten, Methodisten, Wiedertäufer, sonstigen Christen, Israeliten, Freireligiösen, übrigen Nichtchristen, Religionslosen und unbestimmten Angaben, sowie nach der Staatsangehörigkeit (Bayern, sonstige Reichsangehörige, Ausländer) ausgezählt worden.

In gleicher Weise nur etwas verkürzt bezüglich der Religionsbekenntnisse die Bevölkerung der 8 Regierungsbezirke nach den Größenklassen der Gemeinden, nach Gemeinden mit mehr als 100 000 Einw., mit 20 000 bis 100 000, 5000 bis 20 000, 2000 bis 5000 und unter 2000 Einw., ebenso die Bevölkerung der Landgerichtsbezirke und der Oberlandesgerichtsbezirke.

An die Volkszählung angeschlossen wurde ein Gemeindelexikon nach Regierungsbezirken und Bezirksämtern geordnet. Von jeder Gemeinde ist Fläche, Zahl der Ortschaften und der Haushaltungen angegeben, ferner die ortsanwesende Bevölkerung nach Geschlecht, Familienstand, Religionsbekenntnis (katholisch, protestantisch, israelitisch, sonstiges Bekenntnis) und nach Staatsangehörigkeit (Bayern, übrige Reichsangehörige, Ausländer).

Veröffentlicht sind die Ergebnisse der Volkszählung und das Gemeindelexikon in Heft 68 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. In verkürzter Form sind Ergebnisse der Volkszählung auch in der Zeitschrift des Königl. Bayerischen Statistischen Bureaus Jahrg. 1906 Heft 2 und 3 wiedergegeben. (Fortsetzung folgt.)

Titelanzeigen.

8. **Literatur der Arbeiterstatistik** (einschl. **Arbeiterversicherung**) des Jahres 1909 (Schluß zu Sp. 126).

Von Bibliothekar Peter Schmidt in Dresden.

Vorbem.[1]): Die von den meisten Großstädten herausgegebenen statistischen Monatsberichte enthalten, ebenso wie das „Stat. Jahrb. deutscher Städte", Breslau 09, mehrere auf Arbeiterstatistik und Arbeiterversicherung bezügliche Rubriken, welche hier nicht einzeln berücksichtigt worden sind.

(I, 181) Regelung, Die, des Arbeitsverhältnisses der Gemeindearbeiter in deutschen Städten. II: Die Arbeitsordnungen u. sonst. Bestimmungen zur Regelung d. Arbeitsverhältnisses. Amtlich. [Beitr. z. Arbeiterstatistik, Bd. 10.] (IV, 240 S.) Berlin, Heymann. ℳ 2.50.

(I, 212) Arbeitslosenzählungen in deutschen Gemeinden im Winter 1908/09. RABl. 09. 6.

Bewegung, Die, der städtischen Arbeiter 1906, 1907 u. 1908. (144 u. 60 S.) Berlin, 09, Verbandsverlag.

Vermittlungstätigkeit, Die, der kommunalen und der m. kommunaler Unterstützung betriebenen Allg. Arbeitsnachweise. St. J. D. R. 09, S. 360.

Erholungsurlaub für städtische Arbeiter. Mitt. d. Zentralst. d. D. Städtetages 09. 5.

(I, 145) Haushaltungsrechnungen u. Wohnungsverhältnisse von 10 Barmer Arbeiterfamilien. Heft 5 der B. z. St. Barmen 09. (32 S.)

Löhne der Arbeiter in Betrieben der Stadt Breslau im August 1907. B. St., 28. Bd.; Breslau 09, S. 89ff.

1) Siehe auch die Vorbemerkungen Sp. 123—125.

(II, 14) Arbeitslosenzählungen in Cöln, Die, vom 17. Januar 1904 bis 24. Januar 1909. Cöln, St. Amt. (46 S.)
Fabrikanlagen und Fabrikarbeiter im Bezirk der Handelskammer Dresden. Bericht der Handelskammer Dresden 1908, III. Teil, Statistik. Dresden 09. S. 1 u. Tafel Ia—Ic.
Arbeitslöhne der Mitglieder der Ortskrankenkasse zu Dresden 1899—1908. Ebd., S. 19.
Lohnstatistik d. Orts-, Betriebs- u. Innungskrankenkassen zu Dresden. RABl. 09. 5.
Lohnklassenstatistik d. gemeinsamen Ortskrankenkasse zu Düsseldorf. RABl. 09. 4.
Arbeitslosenbeschäftigung, Städtische, in Düsseldorf im Winter 08/09. Beil. z. d. St. M. 09. 2 u. 3.
(I, 115) Untersuchung üb. den Stand der Lohn- u. Arbeitsverhältnisse d. Arbeiter u. Unterangestellten der Stadt Frankfurt a. M. im Juli 1907. (VI, 57 u. XXII S.) Beitr. z. St., N. F. H. 7. Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer. ℳ 1.50.
Übersicht über die Industrie -u. Arbeiterverhältnisse der Stadt Görlitz, April 1909. J.-Ber. d. St. Stelle f. 1908. Görlitz 09. S. 54 ff.
(I, 185) Arbeitslosenzählung, Die, in Halle a. S. vom 1. I. 09. (Beitr. z. St. d. Stadt Halle.) Halle, Gebauer-Schwetschke. (37 S.) ℳ 1.—.
Notstandsarbeiten in Halle a. S. 1908/09. St. M. Halle 09. 5.
Lohnstatistik der Ortskrankenkasse zu Kiel. RABl. 09. 5.
Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse. Monatlich u. vierteljährl. im RABl.
Jahresbericht, 9., des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig f. 1908. Leipzig 09. (16 S.)
Arbeitsmarkt, Arbeiterversicherung u. Arbeiterverhältnisse in der Stadt Linden. St. J. d. Städte 1909, S. 36—39.
Lohnklassenstatistik der Allg. Ortskrankenkasse zu Magdeburg. RABl. 09. 4.
(I, 185) Arbeitslosigkeit u. verkürzte Arbeitszeit in Magdeburg Ende November 1908. (Mit. d. St. A. d. Stadt M. Nr. 20.)
Arbeitsamt in d. Stadt Mainz. Verw.-B. f. 1908/09, S. 41 ff.
Arbeitslosenfürsorge, Die, in Mannheim am 24. Januar 1909. Mannheim, St. A. (12 S.)
Lohnermittelungen III im graphischen u. Papiergewerbe, in der Industrie der Steine u. Erden, im Ledergewerbe, Verkehrs- u. Transportgewerbe, im Friseur-, Wäschereigewerbe u. einigen kleineren Branchen sowie im Handelsgewerbe. Nebst e. Gesamtübersicht unter besond. Berücksicht. der Frauenarbeit. Hrsg. v. St. A. — Frühjahr 1907. (45 S.) München 09, Lindauer. ℳ 1.—.
Lohn- u. Arbeitsverhältnisse in gemeindlichen Betrieben Münchens 1908. Jahresübersichten. St. A. 09, Anhang, S. 49—54.
Arbeitsamt, Städtisches, in München 1908. Ebd. S. 83—87.
Ergebnisse d. Arbeitslosenzählung am 10. XII. 08 in Nürnberg. Beil. z. Amtsblatt d. Stadt Nürnberg 09, Nr. 61.
— desgl. vom 29. VII. 09. (Ebd. Nr. 223 v. 23. IX. 09.)
Arbeitslosenzählung in Schöneberg v. 12.—14. Febr. 1909. Vierteljahrsber. d. St. A. d. Stadt, 08, 4, S. 56—62.
Jahresbericht des Arbeitsmarkts der Stadt Straßburg i. E. für 1908/09. Straßburg, Statistisches Amt 09. (12 S.)
—, XIII., d. städtischen Arbeitsamts Stuttgart s. 1908. Stuttgart 09. (34 S.)
Fabrikarbeiterstatistik der Stadt Wiesbaden 1908. St. Jahresber. d. Stadt Wiesbaden 09, S. 23.
Ergebnis der am 3. XI. 1908 in Wiesbaden vorgenommenen Arbeitslosenzählung. Wiesbaden, Statist. Amt 09. (4 S.)
Jahresbericht, XIV., des Vereins für Arbeitsnachweis in Wiesbaden f. 1908. Wiesbaden 09. (14 S.)

Bericht üb. die Tätigkeit des k. k. arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium zu Wien während d. J. 1908. (26 S.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. ℳ 1.—
Arbeiterschaft in der Industrie Böhmens. St. Handbuch f. d. Kgr. Böhmen. Prag 09. S. 283—88.
(II, 15) Erhebungen resp. Ergebnisse über die Kinderarbeit in Niederösterreich. Soz. Rdsch. 09. 1.
(II, 15) — in Vorarlberg. Ebd. 09. 7.
(II, 15) Häufigkeit und Arten der Kinderarbeit in Böhmen. Ebd. 09. 9.
(II, 15) — in Galizien. Ebd. 09. 11.
(II, 15) — in Krain. Ebd. 09. 6.
(II, 15) — in Österreich. Schlesien. Ebd. 09. 5.
(II, 15) — in Tirol. Ebd. 09. 5.
Bericht d. k. k. Gewerbe-Inspektoren über 1908. Wien 09.
Jahrbuch, Österreichisches, der Arbeiterversicherung für 1908. III. Jahrg. Red. Leo Verkauf. Wien, Verband d. Genossenschafts-Krankenkasse Wiens 09. (160 S.)
Gebarung, Die, u. Ergebnisse der Krankheitsstatistik der Krankenkassen im J. 1905. Amtlich. (IV. 171 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. ℳ 2.50.
— — der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten im J. 1905. Amtlich. (III, 215 S.) Wien. Ebd. ℳ 2.50.
Ergebnisse der Unfallstatistik der fünfjährigen Beobachtungsperiode 1902—1906. 1. Tl. Amtlich. (XXIII, 860 S.) Wien, Hölder. ℳ 5,20.
Gebarung, Die, u. die Ergebnisse der Unfallstatistik im J. 1906. Amtlich. (III, 215 S.) Wien, Hof- und Staatsdruckerei. ℳ 2.50.
Arbeits- u. Lohnverträge, Die kollektiven, in Österreich 1907. Amtlich. Wien 09. (193 S.)
Arbeits-, Lohn- u. sanitäre Verhältnisse im Bäckergewerbe in Österreich 1908. (136 S.) Wien, Verband d. Bäckereiarbeiter, VII/I, Kandlgasse 12.
Protokoll u. Materialien der Enquete betr. die Einführung der Achtstundenschicht, die Verlängerung der Sonntagsruhe u. die Regelung der Lohnzahlung beim Bergbau. Amtlich. (XX, 269 S.) Wien, Hof- u. Staatsdruckerei. ℳ 1.40.
Vorschriften über die Sonntagsruhe im gewerblichen Betriebe Österreichs. Amtlich. Wien 09, Hölder. (142 S.)
Arbeitseinstellungen und Aussperrungen, Die, in Österreich während d. J. 1907. Amtlich. (143 u. 596 S. m. 3 gr. Taf.) Wien, Hölder. ℳ 2.40.
Arbeitskonflikte und Tätigkeit der Einigungsämter und Schiedsgerichte im Jahre 1908 in Österreich. Soz. Rdsch. 09, 2/3.
Arbeitslosigkeit in Österreich im Winter 1908/09. Ebd. 09, S. 490.
Ergebnisse der Arbeitsvermittelung in Österreich in den Jahren 1907 u. 1908. Amtlich. Wien 09, Hölder. (119 S.)
Arbeitsvermittelung in d. Stadt Wien. St. Jahrb. f. 1907. Wien 09, S. 685—705.
Arbeitskonflikte u. Tätigkeit d. Einigungsämter u. Schiedsgerichte in Ungarn 1907. Soz. Rdsch. 09. 9.
Arbeiterverhältnisse in der Stadt Budapest 1906. St. J. Budapest 09. S. 123—26.

Bericht der Kantonsregierungen der Schweiz über die Ausführung des Bundesgesetzes betr. die Arbeit in den Fabriken 1907 u. 1908. Amtlich. (III, 130 S.) Aarau, Sauerländer u. Co. ℳ 1.80.
Jahrbuch des schweizerischen Grütlivereins u. der schweiz. sozialdemokratischen Partei 1908. Zusammengestellt u. bearb. vom Vereins- u. Parteisekretariat in Biel. (243 S.) Zürich, Selbstverlag. ℳ 1.60.
Jahresbericht, 20—22., des leitenden Ausschusses des schweiz. Arbeiterbundes u. des schweiz. Arbeitersekretariats f. d. J. 1906, 1907 u. 1908. (94 S.) Zürich, Grütliverein. ℳ 1.—.
Bericht üb. die Tätigkeit der Gesellschaft für Arbeiterwohnungsfürsorge von St. Gallen und Umgebung. St. Gallen 09.
Arbeitsort u. Wohnort in Zürich u. Umgebung im Dez. 1900. Mit 2 graph. Darstell. (VII, 88 S.) Zürich. St. A., Roscher u. Co. Fr. 1.—.
(II, 51) Arbeitstarifvertrag, Der, im Kanton Zürich. [St. M. H. 100]. Winterthur 09.
Jahresbericht des städtischen Arbeitsamtes Zürich für 1908. Zürich 09. (37 S.)

Krankenversicherung, Die, im Großh. Luxemburg während des Geschäftsjahres 1908. Bearbeitet im Staatsministerium, Dep. für Ackerbau, Industrie u. Arbeit. Luxemburg 09. (59 S.)

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 6 **2. Jahrgang** **15. August 1910**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen" dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen: Todesursachen, Bau- und Wohnungsstatistik, Vermögen und Einkommen, Gewerbestatistik, öffentliche Gewerbebetriebe, Handels- und Verkehrsstatistik, Arbeiterstatistik, Versicherungsstatistik, Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften, Wahlstatistik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenpflege, Polizeistatistik, Armenstatistik, Unterrichts- und Bildungswesen, Finanzstatistik.

Die statistische Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts.

Von Dr. sc. pol. **K. A. Wieth-Knudsen**, Sektionschef im Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom.

Es war vom ersten Anfang allen Einsichtigen klar, daß das „Internationale Landwirtschaftsinstitut" — abgesehen von dem Einfluß, den es durch Preisnachrichten auf den Getreidehandel usw. haben kann, eine Frage, die hier nicht behandelt werden soll — auch dazu berufen sein würde, eine gewisse Vereinheitlichung und Vereinfachung der gesamten landwirtschaftlichen Statistik anzubahnen, insofern sich dies durch gegenseitiges Entgegenkommen mit den statistischen Organisationen und ökonomischen Interessen der beteiligten Staaten erreichen ließe. Schon mit der Einrichtung einer solchen wissenschaftlichen, technisch-agrarischen Zentralstelle waren somit manche Ideen der seit 1853 in beinahe allen europäischen Staaten tagenden internationalen statistischen Kongresse, deren Resolutionen ohne ein ständiges zwischenstaatliches Zentralorgan meistens fromme Wünsche bleiben mußten, einen großen Schritt der Verwirklichung nähergerückt.

Gleichzeitig mußte man sich aber darüber klar werden, daß ein solches Zentralorgan selbst bei größter Intelligenz und Energie seiner leitenden Beamten die ganze Arbeit weder von einem noch von zwanzig grünen Tischen aus in Rom selbständig und allein ausführen könne, sondern daß die beteiligten Staaten bzw. ihre statistischen und Verwaltungsbehörden zur ständigen Mitarbeit und Korrespondenz herangezogen werden müßten. Je allseitiger und tiefer man mit der Mannigfaltigkeit und Heterogenität der internationalen statistischen Tätigkeit vertraut war, um so mehr fühlte man sich, als Freund des Instituts, von der Notwendigkeit der Zugrundelegung dieses Prinzips durchdrungen. Die meisten wissenschaftlich gebildeten Statistiker werden dies Arbeitsprinzip von vornherein selbstverständlich finden; es ist jedenfalls von Anfang an von den leitenden Beamten des Instituts mit Nachdruck verfochten worden, ohne daß ich damit sagen will, daß es schon zur allgemeinen Anerkennung oder Durchführung gelangt sei.

Die erste und größte vom Institut bis jetzt veröffentlichte vergleichende statistische Arbeit *„L'organisation des services de statistique agricole dans les divers Pays". Tome I (Institut International d'Agriculture. Rome* 1909 446 S.) ist jedoch eine direkte Frucht dieser Arbeitsmethode und zwar folgendermaßen zustande gekommen.

Die zweite Abteilung, die *Division de statistique agricole*, hat unter Leitung von Dr. Clark, der aber inzwischen aus dem Amt geschieden und nach Amerika zurückgekehrt ist, Fragebogen über die Geschichte und Organisation des agrarstatistischen Nachrichtendienstes der beteiligten Staaten aufgestellt, deren begleitender Text den Staaten ermöglichte, ergänzende Auskünfte zu geben, insofern das vorgesehene Schema nicht ausreichte. Diese Umfragen wurden in den Institutszirkularen 1509—1512 schon am 30. Juni 1909 (nach kaum dreimonatiger innerer Organisationsarbeit) den Staaten zugestellt und von diesen natürlich größtenteils den statistischen Zentralbehörden zur Beantwortung übergeben. Für diese

im allereigentlichsten Sinne sachverständigen Behörden — handelte es sich ja um das eigene statistische und organische Leben und Wirken — war die Beantwortung ein leichtes, und so befand sich das Institut schon im Herbst im Besitz eines authentischen Materials, dessen einheitlicher Redaktion und Verarbeitung nach Übersetzung in die für die offiziellen Veröffentlichungen ausgewählte französische Sprache keine weiteren Schwierigkeiten entgegenstanden; eventuelle Mißverständnisse und Lücken waren durch nachträgliche Korrespondenz leicht zu beseitigen. So gibt das schon vor Weihnachten erschienene Werk in gedrängter Darstellung einen annähernd erschöpfenden Bescheid über die Ermittelungsweise der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung in bezug auf Acker und Wald, über die des Viehstandes, der landwirtschaftlichen Berufs- und Betriebszählungen sowie deren Periodizität in den 22 Hauptstaaten. Es enthält ferner detaillierte Angaben über die Organisation der jährlichen Anbauflächenstatistik, über die der Saatenstands- und Ernteberichte für die Hauptgetreidearten in denselben Staaten sowie vergleichende Übersichtstabellen (Anhang).

Die in jedem Lande gebräuchlichsten Zählungsformulare für die agrarstatistischen Erhebungen sind diesen Monographien in der Originalsprache beigefügt; in einer zukünftigen Ausgabe werden sie aber wahrscheinlich ins Französische übersetzt werden. Selbstverständlich sind die betreffenden statistischen Veröffentlichungen mit genauer Angabe der Serien, in denen die verschiedenen Zweige der landwirtschaftlichen Statistik zu suchen sind, angegeben worden. Wenn man aus Erfahrung die Mühe und den Zeitverlust kennt, die sich aus dem Nachsuchen und Nachschlagen aller solcher Auskünfte ergeben, muß man annehmen, daß diese durch vielseitige Mitarbeit zustande gekommene Kompilation sowohl den auf diesem Gebiet arbeitenden Statistikern wie auch vielen Behörden in den Konventionsstaaten zum großen gegenseitigen Nutzen gereichen kann.

Ferner ist der periodischen (monatlichen) Veröffentlichung derselben Institutsabteilung, dem *Bulletin de statistique agricole* (Nr. 5) zu entnehmen, daß das Internationale Institut binnen kurzem eine Sammlung aller amtlichen Statistik über landwirtschaftliche Produktion und Viehbestand veröffentlichen wird, die in den dem Institut angeschlossenen Staaten besteht. Es wird hier zum ersten Male der Versuch gemacht werden, „alles, was an amtlicher Statistik über Anbauflächen und Produktion sowie den Viehbestand vorhanden ist, einheitlich zusammenzustellen. Die in dieser Sammlung enthaltenen Tabellen lassen einerseits die Länder erkennen, die regelmäßige landwirtschaftliche Statistiken veröffentlichen; anderseits ergeben sich eine Reihe von Staaten, in denen noch kein landwirtschaftlicher statistischer Dienst besteht; ferner erhellt die außerordentlich große Verschiedenheit der Zahl der Produkte in den einzelnen Ländern, auf die sich die statistischen Erhebungen beziehen."

Diese noch nicht erschienenen Kompilationen sind teils aus den amtlichen Veröffentlichungen geschöpft, teils mittels direkter Angaben der beteiligten Staaten zusammengestellt worden.

Das erstbesprochene Werk über Organisation des statistischen Dienstes in den verschiedenen Ländern hatte weiter den Zweck, als nötige Unterlage für die Diskussion der in Rom im Dezember 1909 tagenden Generalversammlung des Instituts zu dienen und zwar 1. über die Möglichkeit einer größeren Vereinheitlichung der Agrarstatistik und 2. über die Gestaltung des Nachrichtendienstes über Saatenstand und Ernte der beteiligten Staaten.

Betreffend den ersten Punkt nahm die Generalversammlung die folgende Resolution an (Nr. 3): „Die Generalversammlung bittet die Regierungen, ihren statistischen Dienst zu reorganisieren, wenn ein solcher im Lande besteht, sonst einen Dienst derart einzurichten, daß die Beantwortung der oben erwähnten Fragen (Anbaufläche, Saatenstand und Ernteergebnisse von den Hauptgetreidearten) für den Nachrichtendienst des Instituts ermöglicht wird; die Generalversammlung macht bezüglich des Sammelns der Nachrichten oder bezüglich der Vereinheitlichung der schon bestehenden Dienste keinen Vorschlag, da sie der Ansicht ist, daß die anzuwendenden Methoden von den Regierungen selbst gewählt werden müssen, entsprechend den in jedem Lande herrschenden besonderen Verhältnissen."

Dieser Anregung Folge leistend, haben schon Deutschland, Belgien, Österreich, Großbritannien, Ungarn, Italien, Mexiko, Costa-Rica und Chile dem Institut mitgeteilt, daß sie verschiedene Maßnahmen treffen werden, um nach und nach die Agrarstatistik in der vom Institut gewünschten einheitlichen Weise verwerten zu können.

Hinsichtlich des zweiten Punktes nahm dieselbe Generalversammlung die folgende Resolution (Nr. 1 und 2) an: 1. Die Generalversammlung erachtet es für notwendig, daß der Nachrichtendienst des Instituts über Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis und Baumwolle am 1. Januar 1910 anfange. 2. Als Basis für den regelmäßigen Informationsdienst haben die landwirtschaftlichen Statistiken aller an der Konvention von 1905 beteiligten Länder zu dienen. Diese Statistiken sollen wenigstens die folgenden Punkte enthalten: a) Periodischer Nachweis der gesamten Fläche und deren Verteilung auf die Hauptkategorien der landwirtschaftlichen Produkte. b) Jährlicher Nachweis über die Aussaat der oben erwähnten Produkte. c) Nachweis über die Anbauflächen und die Verhältnisse, unter denen die Aussaat in den verschiedenen Jahreszeiten stattfand (Regen, Dürre, Frost usw.). d) Regelmäßige periodische und monatliche Nachweise über den Saatenstand; ihre gleichzeitige Mitteilung an das Institut seitens aller Staaten; Feststellung und gleichzeitige Mitteilungen über besondere Naturerscheinungen, Pflanzenkrankheiten, Invasionen schädlicher Insekten u. a., wodurch der Saatenstand beeinflußt worden ist. e) Eine den wahrscheinlichen Ertrag betreffende annähernde Schätzung, einen Monat vor Eintritt der Ernte, in relativen oder absoluten Zahlen, oder als Prozente einer durchschnittlichen Ernte; gleichzeitig würde dieser Bericht auch Angaben über den Saatenstand in den betreffenden Monaten enthalten. f) Einen vorläufigen Nachweis des Ertrages der verschiedenen Produkte; dieser ist

so bald als möglich einzusenden. g) Einen endgültigen Nachweis des Ertrages der verschiedenen Produkte, so bald als möglich nach Beendigung der Ernte; wenn erforderlich, entsprechend den verschiedenen Zonen der Länder.

Die Resultate dieses Nachrichtendienstes sind in dem monatlichen, gewöhnlich am 20. in fünf Sprachen erscheinenden *Bulletin de statistique agricole* enthalten (bis jetzt 7 Nummern im Gesamtumfange von 62 Quartseiten). In diesen sind die bis jetzt möglichen Antworten auf verschiedene Fragen tabellarisch dargestellt, wobei bezüglich des Saatenstandes zu bemerken ist, daß die Antworten in Zahlen gegeben werden sollen, welche den Saatenstand in Prozent eines durchschnittlichen Zustandes darstellen, bei welchem der wahrscheinliche Ertrag eines Hektars (oder einer sonstigen Flächeneinheit) dem durchschnittlichen Ertrag der letzten zehn Jahre gleichkommen würde.

In denjenigen Fällen, wo Länder Berichte über den Saatenstand schon anfertigen und veröffentlichen und diese in anderer Weise ausgedrückt werden als in den eben erwähnten Durchschnitten, ersucht man diese Länder, ihre Berichte dem Institute in Zahlen einzusenden, in welchen der Originalbericht auf Prozente einer Durchschnittsernte reduziert erscheint.

Dementsprechend haben die folgenden Staaten ihre Saatenstandsberichte schon im Sinne des Institutes modifiziert: Vereinigte Staaten (ursprüngliche Berichte: Prozente eines Normal-Saatenstandes); Canada[1]) (ursprüngliche Berichte: Prozente eines „Standard"-Saatenstandes); Bulgarien (ursprüngliche Berichte: Noten von 6—1; 6 = sehr gut, 1 = sehr schlecht); Schweden (ursprüngliche Berichte: Noten von 5—1; 5 = sehr gut, 1 = sehr schlecht); Luxemburg (ursprüngliche Berichte: Noten von 1—5; 1 = sehr gut, 5 = sehr schlecht).

Wer sich trotzdem durch die Unvollkommenheit und Knappheit des Inhaltes der bis jetzt erschienenen Nummern des genannten Bulletins enttäuscht gefühlt haben mag, unterschätzt vollkommen die ungeheuren Anfangsschwierigkeiten solcher organisatorischen Vereinbarungen, sowie die eminente Bedeutung für alle Zukunft, daß endlich einmal doch — insbesondere dank der großartigen Initiative des Königs von Italien — die internationale statistische Tätigkeit aus dem Stadium der ständigen Diskussionen und Kongresse in das Stadium der ständigen Arbeit eingetreten ist und mit dem nötigen Verständnis und der erforderlichen Konzilianz aller Beteiligten weitergedeihen kann.

Nicht am wenigsten gilt dies für jene Gebiete der Landwirtschaftsstatistik, die bis jetzt von den Staaten weniger gepflegt worden sind, z. B. das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, die Hypothekarbelastungsstatistik und die Landarbeiterlohnstatistik; Materien, mit denen sich die dritte Abteilung (*Division des institutions économiques et sociales*) des Instituts beschäftigen soll. Denn je weniger endgültig und ausgebildet eine statistische Tätigkeit, um so leichter lassen sich Anregungen gemeinschaftlich befolgen und Neuerungen einführen. Es eröffnet sich somit hier ein wenigstens ebenso fruchtbares Gebiet gedeihlicher international-statistischer Arbeit des Instituts, wie das entsprechende der zweiten Abteilung, immer vorausgesetzt, daß die beteiligten Staaten vermittelst besonders organisierter Korrespondenzbureaus, wie sie schon verschiedentlich geschaffen worden sind, eine regelmäßige Mitarbeit gewährleisten, ohne welche die Vereinheitlichungs- und Zentralisationstätigkeit des römischen Instituts kaum in bezug auf Güte und Vollständigkeit dauernd Befriedigendes wird schaffen können. Aus der ganzen Natur der Arbeiten der dritten Abteilung geht ohne weiteres hervor, daß dieselbe noch weniger wie die zweite Abteilung eine solche aktive Mitarbeit der Regierungen — ein Prinzip, dessen Notwendigkeit wir eingangs bereits anläßlich der eigentlichen Agrarstatistik dargelegt haben — wird missen können.

1) Canada ist aber leider später „umgefallen".

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 für Straßburg i. E. Beiträge zur Statistik der Stadt. Heft VIII. 1909.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1905 sind in 45 Tabellen zusammengefaßt, zu denen der Text S. 23*—52* gehört. In eingehender Darstellung werden zunächst die allgemeinen Ergebnisse hinsichtlich der Zunahme der Bevölkerung besprochen, um dann auf die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Haushaltungen und Anstalten überzugehen. Der dritte Abschnitt behandelt die Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand, im vierten kommen die Religionsbekenntnisse zur Sprache, im fünften die Gebürtigkeit und Staatsangehörigkeit der Bevölkerung und zuletzt die Muttersprache. Überall da, wo es möglich war, zog man frühere Daten zur Vergleichung heran, um den Werdegang Straßburgs seit 1870 besser beurteilen zu können.

Hinsichtlich des Tempos der Zunahme steht Straßburg für das letzte Jahrfünft unter 41 deutschen Städten mit 11,01 % an 24. Stelle. Seit 1871 hat es sich fast verdoppelt, die Zunahme beträgt genau 95,8 %, wobei die Zunahme von Zählung zu Zählung immer das gleiche ruhige Bild und eine gewisse Stetigkeit aufweist. Der 10 Kilometer-Umkreis hat jedoch nicht so stark, wie es sonst bei Großstädten leicht festzustellen ist, an Bevölkerungszahl zugenommen. Die große Fruchtbarkeit der elsässischen wie der badischen Rheinebene hält die zunächst wohnenden Landbewohner mehr als sonstwo auf der Scholle zurück. Hier ist der Landwirt nicht Bauer im gewöhnlichen Sinne, die Vielseitigkeit der erzeugten Bodenfrüchte (Wein, Hopfen, Tabak, Weizen) macht ihn zum Kaufmann, und die übliche Zerstückelung des Grund und Bodens ermöglicht es, daß die Güter nicht einigen wenigen Haushaltungen allein gehören, sondern für viele Existenz und Unterhalt gewähren, die andernfalls sich der Stadt zuwenden

müßten. Dazu kommt, daß dicht an den Landesgrenzen zwei blühende Großstädte Basel und die industriereiche Großstadt Saarbrücken - St. Johann allen etwaigen Überfluß der ihnen naheliegenden Gebietsteile aufsaugen. Für den Französisch sprechenden Teil besorgt dies die aufblühende Nachbarstadt Nancy. Bei Straßburg muß außerdem noch in Betracht gezogen werden, daß die Stadt auf der äußersten Ostgrenze des Landes liegt, und wenn auch die heutige Freizügigkeit keine Grenzen innerhalb des Reiches mehr kennt, so sorgt doch der Lokalpatriotismus, der in Baden mindestens ebenso ausgeprägt ist als im Elsaß, dafür, daß der Zuzug aus Baden, von den weiblichen Dienstboten abgesehen, nicht so stark ist als aus den westlich vom Straßburger Stadtgebiet liegenden elsässischen Landdistrikten.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand wird durch die große Garnisonbevölkerung stark beeinträchtigt, weshalb letztere, um die Vergleichbarkeit mit anderen Städten zu ermöglichen, in der Regel außer Ansatz bleiben muß. Ohne die Garnison stehen sich im Jahre 1905 46,6 % männliche und 53,4 % weibliche Personen gegenüber. Nach dem Familienstande ausgezählt lebten in Straßburg Personen:

	männliche	weibliche
ledige	41 476	46 188
verheiratete .	27 309	28 218
verwitwete .	2 021	6 517
geschiedene .	176	365.

Nach der Konfession bekannten sich unter 1000 Einwohnern 512,0 zum katholischen, 452,7 zum protestantischen und 30,5 zum israelitischen Glauben. Bei der Zivilbevölkerung allein wurden gezählt unter 1000 Einwohnern:

	1866	1905
Katholiken. . . .	578	529
Protestanten . . .	377	433
Israeliten	41	33
Sonstige	4	5

Ortsgebürtige lebten in Straßburg 1871: 49,1 %; 1905: 43,7 %; Fremdgebürtige 1871: 50,9 %; 1905: 56,3 %. Nach der Gliederung in Elsaß-Lothringer und Altdeutsche gab es 75,8 % in Elsaß-Lothringen Geborene und 24,2 % Altdeutsche. Von den Altdeutschen waren 7,8 % Preußen, 7,8 % Badener, 3,1 % Württemberger, 3,3 % Bayern, 0,8 % Hessen, 1,4 % sonstige Deutsche.

Nach der Muttersprache zerfiel die Straßburger Bevölkerung in 962,02 von 1000, welche nur Deutsch als Muttersprache sprechen und 37,98 von 1000, welche eine andere Muttersprache sprechen.

Der Arbeit sind 9 graphische Darstellungen, die Zusammensetzung und das Wachstum der Bevölkerung betreffend, beigegeben. *K. Eichelmann.*

II. Bewegung der Bevölkerung.

Die Bevölkerungsbewegung in englischen und deutschen Städten. *(Urban vital Statistics in England and Germany.)* Von A. W. Flux. Journal of the Royal Statistical Society, Bd. 73, Heft 3, 1910.

Das große Interesse, das ein Vergleich der Bevölkerungsentwickelung und ihrer Faktoren in den deutschen Städten mit derjenigen in den englischen Städten allgemein erwecken muß, dürfte die Besprechung dieser Arbeit in diesem Zentralblatt genügend rechtfertigen, zumal die Ausführungen des Verfassers auf eine ausgezeichnete Kenntnis der deutschen Verhältnisse schließen lassen. Der raschere Anstieg des Prozentanteils der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Deutschland, der vom Jahre 1871 bis 1900 von 36,1 auf 54,3 % sich erhöht hat (in England von 61,8 auf 77,0 %), wird durch die Tatsache verständlich, daß die gesamte natürliche Zunahme der deutschen Bevölkerung (abgesehen von der Auswanderung) sich in den Städten angehäuft hat. Durch diese Zuwanderung haben namentlich die Großstädte in Deutschland profitiert, in denen mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung i. J. 1900 außerhalb geboren war, während von der Gesamtzahl der dort Geborenen nur ein Fünftel außerhalb der Großstädte bzw. in deren Umgebung lebten. Das raschere Wachstum der städtischen Bevölkerung in Deutschland mußte sich naturgemäß in einer stärkeren Abweichung des Altersaufbaues — namentlich in den Altersklassen von 20—45 Jahren — äußern als in den englischen Städten, wo die forcierte Wanderung in die Städte sich schon früher vollzogen hatte.

Während sich aber der Einfluß der größeren Besetzung der zeugungsfähigen Altersklassen auf die Geburtenziffer in den englischen Städten geltend macht, indem diese Ziffer dort höher ist als auf dem platten Lande, finden wir in den deutschen Großstädten trotz der noch stärkeren Besetzung der diesbezüglichen Altersklassen eine geringere Geburtenziffer als im Reiche. (Die Geburtenziffern an sich sind jedoch in den deutschen Großstädten, ausgenommen die Städte mit über 250 000 E., und auf dem Lande höher als in England.)

Demgegenüber ist die allgemeine Sterbeziffer in den deutschen Großstädten infolge der größeren Anhäufung der lebenskräftigsten Altersklassen kleiner als im Reiche, in gewissen Gruppen von englischen Städten dagegen größer als auf dem Lande. In beiden Ländern ist die Säuglingssterblichkeit in den Großstädten mit über 250 000 E. größer als in den kleineren Städten, in den englischen Großstädten jedoch um 25—30 % geringer als in den deutschen. Diese geringe Kindersterblichkeit, die sich vor allem auch darin äußert, daß nach den Sterbetafeln die Zahl der Überlebenden in England noch im 25. Lebensjahre so groß ist als in Deutschland nach dem 5. Jahre, hat zur Folge, daß die Durchschnittskinderzahl pro Familie in den deutschen Städten trotz der größeren Geburtenhäufigkeit kleiner sein muß als in den englischen Städten, in welchen der prozentuale Anteil der gebärfähigen Frauen an der Gesamtbevölkerung trotz der sonst verschiedenen Altersbesetzung derselbe ist wie in den deutschen Großstädten.

Dazu müssen wir allerdings bemerken, daß bei dem Vergleiche der Kindersterblichkeit dem Umstande hätte mehr Rechnung getragen werden müssen, daß in England alle Neugeborenen, die vor der Anmeldung, deren Frist 6 Wochen beträgt, gestorben sind, nicht registriert werden. Ihre mutmaßliche Zahl hat erst jüngst Prinzing (Zeitschr. f. soz. Med. V. Bd. 3) auf Grund des abweichenden Geschlechtsverhältnisses der Ge-



borenen in England berechnet und sie mit ca. 67 000 (ohne die eigentlichen Totgeborenen) angenommen. Es ist klar, daß unter Berücksichtigung dieser erstaunlich hohen Zahl sowohl der Vergleich der Säuglingssterblichkeit als auch der Absterbeordnung ein anderes Bild ergeben hätte.

E. Roesle.

V. Preis- und Konsumstatistik.

Produktions- und Konsumstatistik für Mehl und Kleie im Deutschen Reich. (1878/79—1907/08.) Sonderdruck der „Allgemeinen Deutschen Mühlen-Zeitung". Verlag der Zeitungsgenossenschaft des Vereins Deutscher Handelsmüller, e. G. m. b. H. Charlottenburg 2. 1910. ℳ 1.

In der vorgenannten Produktions- und Konsumtionsstatistik für Mehl und Kleie im Deutschen Reich ist das mit großem Fleiß zusammengetragene, umfangreiche statistische Material in recht übersichtlicher Weise zusammengestellt worden. Die so entstandenen Tabellen sollen den Vergleich der Ernten, der Ein- und Ausfuhr von Brotgetreide und Mehl, sowie des inländischen Konsums von Mehl überhaupt und auf den Kopf der Bevölkerung während der 30jährigen Periode 1878/79 bis 1907/08 ermöglichen. Das ist auch in scheinbar korrekter Weise geschehen. Bei näherer Prüfung ergibt sich aber, daß doch manche Einwendungen gegen die Zuverlässigkeit der Tabellen erhoben werden müssen. So ist z. B. das Ausbeuteverhältnis von Roggen und Weizen für den ganzen Zeitraum mit 68 und 75 % angenommen. Da aber zweifellos die Mühlentechnik in dieser langen Zeit erhebliche Fortschritte gemacht hat, so dürfte sich das Ausbeuteverhältnis im Laufe der Jahre nicht unwesentlich geändert haben. Ferner sind einige Arten des Verbrauchs von Brotgetreide außer Betracht geblieben, deren Berücksichtigung auf den Verbrauch an Mehl sicher nicht ohne Einfluß geblieben wäre. Denn außer seiner Verwendung zu technischen Zwecken, wie der Fabrikation von Stärke, Dextrin, Kleber (Gluten) usw., wird Brotgetreide in durchaus nicht unbeträchtlichen Mengen als Viehfutter verbraucht. Allerdings liegen genaue statistische Feststellungen über die Höhe dieses Verbrauchs noch nicht vor; aus den Ergebnissen der Erhebungen über die Verfütterung des Brotgetreides (Verhandlungen der XXVIII. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats, 1900) sowie aus den Artikeln Brotkonsum und Getreideernte im Deutschen Reich (Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat 1898, S. 225/64 und 1899, S. 142/45 und den Ausführungen in denselben Nachrichten 1901, S. 66) geht indes mit hinreichender Wahrscheinlichkeit hervor, daß der Verbrauch einschließlich des minderwertigen, weil nicht mahl- und backfähigen Hinterkorns bei Weizen auf etwa 5, bei Roggen auf 10 % der Erntemenge geschätzt werden kann. Eine Erhebung der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen i. J. 1900 beziffert diesen Verbrauch sogar auf 9,2 und 19,3 %. Die Verwendung von Brotgetreide als Viehfutter ist zwar, je nach der Höhe der Getreidepreise, dem Ausfall der heimischen Ernte und der Absatzmöglichkeit, verschieden; der Verfasser der Schrift hätte aber in seine Berechnungen Durchschnittszahlen für die Verfütterung von Brotgetreide einsetzen können. Das hat er nicht getan, weil seiner Meinung nach „die Menge des zur Verfütterung verwendeten Getreides im ganzen nicht so viel ausmacht, daß es bei der Berechnung ins Gewicht fiele", und so sind die dem menschlichen Konsum durch die Verfütterung entzogenen Mengen von Brotgetreide außer Betracht geblieben.

Es ist aber noch ein anderer Umstand nicht berücksichtigt worden, der die 30jährige Periode ganz scharf in 2 Abschnitte zerlegt, die nicht miteinander verglichen werden können. Vergleichbar sind nämlich nur die in den Tabellen gegebenen Ernteerträge und Berechnungen der Endergebnisse für die einzelnen Jahre innerhalb der Zeitabschnitte 1878/79—1892/93, 1893/94 und 1907/08.

Durch Bundesratsbeschluß v. 7. Juli 1892 sind die Bestimmungen, nach welchen die Gemeindebehörden die erntestatistischen Erhebungen zu bewirken hatten, dahin abgeändert worden, daß von 1893 ab unter vorläufiger Beibehaltung der bisherigen endgültigen Feststellung der Ernteerträge eine früher vorzunehmende vorläufige Schätzung den landwirtschaftlichen Sachverständigen (Saatenstandsberichterstattern) übertragen wurde. Man hatte die Erfahrung gemacht, daß bei der alten, erst im März des auf die Ernte folgenden Jahres zu bewirkenden Ertragsermittelung durch die Gemeindebehörden vielfach die inzwischen verbrauchten Mengen nicht oder nicht vollständig in Betracht gezogen wurden, und daß außerdem die Neigung bestand, die Erträge aus Steuerfurcht zu niedrig anzugeben. Es zeigte sich auch, daß bei der im November des Erntejahres auf Grund von Probedruschen usw. erfolgenden neuen, vorläufigen Ernteschätzung sich wesentlich höhere Erträge herausstellten, und daß sich infolgedessen für alle nachzuweisenden Früchte höhere Gesamternten ergaben. Die beiden Erhebungsarten bestanden nebeneinander bis zum Jahre 1898/99; von da ab wurde von der Ernteermittelung durch die Gemeindebehörden ganz abgesehen. Die Differenz bei diesen beiden Ermittelungen beträgt durchschnittlich bei Weizen + 12, bei Roggen + 18 % (vgl. die vom Kaiserl. Statist. Amte herausgegebene „Deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts", S. 59). Dieser Unterschied ist von dem Verfasser der vorliegenden Schrift bei Einstellung der Erntemengen in die Tabellen nicht berücksichtigt worden, obgleich im Ergänzungsheft z. d. Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. Reichs 1899, IV, S. 9 und 16 ausdrücklich darauf hingewiesen ist.

Aus Vorstehendem erhellt ohne weiteres, daß die Ergebnisse des Endjahres des ersten (1892/93) und des Anfangsjahres des zweiten Abschnitts (1893/94) auch bei gleich großen Anbauflächen und bei gleichen Witterungs- und Wachstumsverhältnissen große Unterschiede der Erntemengen zeigen müßten. Die Erntemengen dieser beiden Jahre sind nun nach Ausweis der Tabellen in der Tat sehr verschieden, im Jahre 1893 nämlich erheblich größer, — für Weizen und Roggen zusammen ergibt sich gegen 1892 eine Plusdifferenz von 24,5 %, während die Anbaufläche gegen 1892 nur um 5,25 % größer ist. — Wegen dieser größeren Erntemenge des Jahres 1893 glaubt aber der Verfasser der Schrift irrigerweise auf einen plötzlich gestiegenen Brotkonsum schließen zu müssen.

Übrigens hätte auch der Hinweis darauf nicht unterbleiben dürfen, daß der erhöhte Mehlkonsum nicht unerheblich beeinflußt ist durch die stetige Abnahme des Anbaues von Hülsenfrüchten. Während 1878 im Deutschen Reiche noch 789 000 ha Ackerfläche mit Erbsen, Linsen, Bohnen, Buchweizen und Hirse bestellt waren, ist der Anbau nach der Erhebung i. J. 1900 auf 394 000 ha, d. h. auf die Hälfte der 1878er Anbaufläche zurückgegangen. Der Ausfall an Nährstoffen aus der Gruppe der Hülsenfrüchte mußte immerhin eine Steigerung des Mehrkonsums herbeiführen. *R. Pfeiffer.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Die Fideikommisse in Preußen. Von Prof. Dr. F. Kühnert. Mit 2 Kartogrammen. Zeitschr. des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts. Jahrg. 1909, S. 301—360.

Auf Grund von Übersichten der Oberlandesgerichte über den Bestand an Familienfideikommissen einschließlich der Thronlehne und des fideikommissarisch gebundenen Grundbesitzes der standesherrlichen Familien hat die statistische Zentralstelle Preußens zuerst für 1895 eine Fideikommißstatistik aufgemacht und seitdem gemäß den von den Oberlandesgerichten alljährlich aufzustellenden Nachweisungen über die Zu- und Abgänge an Fideikommissen fortgeführt. Festgestellt werden nicht nur Gesamtzahl und -umfang der Fideikommisse bis auf die Kreise herab, sondern auch die zugehörigen Waldungen und der Grundsteuer-Reinertrag; ferner werden Zahl und Fläche der Fideikommisse nach Größenklassen, nach der Art und der Zeit ihrer Entstehung, auch die Fideikommißbesitzer nach ihrer Standesangehörigkeit gegliedert. Nach diesen Gesichtspunkten findet in jedem 4. Jahre eine eingehendere Bearbeitung und Zeitschriftveröffentlichung statt, während in der Zwischenzeit jährlich in der Regel nur die Bewegung und der Bestand der Fideikommisse in der „Statistischen Korrespondenz" und im Statistischen Jahrbuch für den Preuß. Staat bekanntgegeben werden.

Die vorliegende vierte ausführliche Bearbeitung für 1907 enthält eine erweiterte besondere Behandlung des Fideikommißbesitzes der Mitglieder regierender Häuser und standesherrlicher Familien sowie auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählungen sowie der Statistik der Geburten und Sterbefälle für 1875 bis 1905 eine Darstellung des Gewinnes und Verlustes der Bevölkerung durch Wanderungen in den (34) Kreisen mit besonders ausgedehntem, mindestens ein Fünftel der Kreisfläche umfassenden Fideikommißbesitze, welchen vergleichsweise Kreise ihrer Nachbarschaft mit verhältnismäßig wenig Fideikommiß-, aber viel allodialem Großgrundbesitze und solche mit verhältnismäßig wenig Fideikommiß- und allodialem Großgrundbesitze gegenübergestellt worden sind. Abweichend von einer gleichartigen früheren Bearbeitung für den Zeitraum 1875—1900 (Jahrg. 1902 der Zeitschrift) ist diesmal für die 3 Arten von Kreisen aus den Materialien der Berufs- und Gewerbezählung von 1907 die Verteilung der Bevölkerung auf die Hauptberufsgruppen: Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe sowie Handel und Verkehr ermittelt worden, damit bei der Darstellung der Wanderungen zugleich zwischen den Kreisen mit vorwiegend landwirtschaftlich und denen mit hauptsächlich industriell oder kommerziell tätiger Bevölkerung unterschieden werden konnte.

In Preußen waren Ende 1907 in der Hand von 1075 (Ende 1895 939) Fideikommißbesitzern 1195 (1045) Fideikommisse mit einer Gesamtfläche von 2 299 793 (2 107 141) ha, d. i. 6,6 (6,0) % des Gesamtumfanges des Staates vorhanden; darunter befanden sich Fideikommißwaldungen von 1 065 516 (971 527) ha, d. i. 46,3 (46,1) % der Gesamtfideikommißfläche, während die Bewaldungsziffer des ganzen Staates nur 23,7 (23,5) % seiner Fläche betrug. An der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche Preußens sind die Fideikommisse, deren Kulturflächen überwiegend den besseren Bodenklassen angehören, noch nicht ganz mit einem Zwanzigstel beteiligt; sie werden vorzugsweise im Großbetriebe genutzt. Der Zahl nach sind die Fideikommisse von 1000—2000 und demnächst die von 500—1000 ha Größe, der Fläche nach die von 2000—5000 und hierauf die von 10 000 ha und darüber am stärksten vertreten; über die Hälfte des Fideikommißbesitzes von je 10 000 und mehr ha gehört Mitgliedern regierender Häuser und deutschen Standesherren. Nahezu drei Fünftel aller Ende 1907 vorhandenen Fideikommisse mit annähernd der Hälfte der gesamten Fideikommißfläche sind erst nach 1850 gestiftet worden. Die fideikommissarische Bindung von Grundbesitz nimmt neuerdings stark zu; schreitet sie in demselben Verhältnisse wie 1895—1907, nämlich im Jahresdurchschnitte um 0,73 %, fort, so wird in 60 Jahren bereits mehr als der 10. Teil der Staatsfläche fideikommissarisch gebunden sein.

Die Abwanderung war in den landwirtschaftlichen Kreisen mit besonders ausgedehntem Fideikommißbesitze während des 30jährigen Zeitraums 1875—1905 nur um rund ein Zehntel stärker als in denjenigen mit geringem Fideikommiß- und allodialem Großgrundbesitze, hingegen um etwa ein Zwanzigstel schwächer als in denen mit geringem Fideikommiß-, aber bedeutendem allodialen Großgrundbesitze. Man kann also auch nicht den Fideikommissen als solchen einen nachteiligen Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung zuschreiben, sondern höchstens allgemein dem Großgrundbesitze, der fideikommissarisch gebunden in keiner anderen Beziehung zur Abwanderung der Bevölkerung stehen dürfte als der allodiale. *F. Kühnert.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Beiträge zur Statistik der Jagd. Von Dr. Forcher. Statist. Monatsschrift, 1910, Nr. 4, S. 201—413, Fr. Irrgang, Brünn. Sonderabdr. im Kommissionsverlage der k. u. k. Hofbuchhandlung Wilhelm Frick in Wien, Preis 3 K.

Anläßlich der I. Internationalen Jagdausstellung in Wien 1910 wurde die stat. Zentralkommission durch die äußerst wertvolle Unterstützung des k. k. Ackerbauministeriums in die Lage versetzt, eine reiche Fülle jagdstatistischen Materials zu sammeln und zu verarbeiten. Hiedurch bot sich zum erstenmal die Gelegenheit, wenigstens den Grundstein für eine künftige einheitliche und rationelle Jagdstatistik zu legen. Am Schlusse der Arbeit wird an der Hand eines Musterfrage-

bogens der Ausbau der gegenwärtig nur fragmentarischen jagdstatistischen Daten zu einer rationellen Jagdstatistik versucht. — Im Jahre 1908 hatte Österreich 36 380 Jagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 27 441 735 ha. Von je 100 ha der Kulturfläche entfielen 96,5 ha, von je 100 ha des ganzen Staatsgebietes 91,5 ha auf das Jagdgebiet. Unter diesen Jagdgebieten waren 231 Tiergärten mit einer Gesamtfläche von 142 948 ha, 12 770 Eigenjagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 8 081 092 ha und 23 379 Gemeinde- und Genossenschaftsjagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 18 683 696 ha. Von den 13 001 selbständigen Jagdgebieten hatten 4 320 eine Fläche von 115—200 ha, 4 660 eine solche von 200 bis 500 ha, 2 368 Jagdgebiete fielen in die Stufe zwischen 500 und 1000 ha und 1 653 hatten ein Ausmaß von über 1000 ha. Fast alle Gemeinde- und Genossenschaftsjagdgebiete waren verpachtet. Auf 1 ha entfiel ein durchschnittlicher Pachtschilling von 26 Hellern. Die zeitliche Untersuchung zeigte eine ausgesprochen steigende Tendenz des Pachtschillings. Im Jahre 1907 wurden insgesamt 101 413 Jagdkarten ausgegeben und hierfür ein Erlös von 599 735 K. erzielt. Auf 1000 Personen der männlichen Gesamtbevölkerung über 20 Jahre entfielen im Jahre 1905 ungefähr 13 Jagdkartenbesitzer. Auf 1000 ha des gesamten Jagdgebietes kamen im Jahre 1905: 23,5 K. an Jagdkartenerlös. Im Jahre 1908 gab es in Österreich 36 378 Berufsjäger und sonstige Jagdaufsichtsorgane. Auf 1000 ha des Jagdgebietes entfielen im Jahre 1908: 1,33 Berufsjäger und sonstige Jagdaufsichtsorgane. — Auf je 1000 ha der der betreffenden Wildart eigentümlichen Kulturfläche gelangten im Jahre 1908 nach der Stückzahl zum Abschusse: Rotwild 1,29, Damwild 0,24, Rehwild 7,19, Schwarzwild 0,67, Auerwild 0,59, Birkwild 1,27, Haselwild 1,04, Kaninchen 10,23, Rebbühner 74,16, Wachteln 2,97, Waldschnepfen 1,15, Moosschnepfen 0,54, Wildgänse 0,10, Wildenten 3,62, Fasane 12,21, Gemsen 2,48, Murmeltiere 0,48, Schneehühner 0,61, Steinhühner 1,43, Hasen 59,54, Füchse 1,37, Marder 0,54, Wiesel 2,80, Iltisse 1,30, Dachse 0,19, Falken, Sperber, Habichte usw. 3,94, Krähen und Elstern 18,84 usw. — Die kultiviertesten Jagdländer Böhmen, Mähren sowie einige große Jagdherrschaften werden in Einzeldarstellungen gebracht, wobei unter anderem der Wert der jährlichen Wildfällung sowie überhaupt die Einnahmen und Ausgaben infolge des Jagdbetriebes ausführlich behandelt und der durch die Jagd bedingte Geldumsatz im allgemeinen vorgeführt wird. Soweit es die statistischen Veröffentlichungen der einzelnen Staaten zuließen, wurde ein Bild über die Ein- und Ausfuhr von Wild und Wildfellen in einigen Staaten sowie über Wildkonsum und Wildpreise in einigen Großstädten und einer Reihe anderer größeren Städte entworfen.

H. Forcher.

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Sparkassenwesen im Herzogtum S. Meiningen 1908. Statistik d. Herz. S. Meiningen, Bd. 11, Nr. 9.

Bei den 24 unter Haftbarkeit der Gemeinden (20), der Kreise (3) des Staates (1) bestehenden öffentlich-rechtlichen Sparkassen waren Ende 1908 96 400 Sparkassenbücher in Umlauf mit einem Einleger-Guthaben von 89 Mill. ℳ, gegen 8 Mill. ℳ Ende 1875. Es ist dies eine sehr erfreuliche Mehrung, die von dem Sparsinn der Bevölkerung des Herzogtums ein gutes Zeugnis ablegt, zumal da etwa 85 % der Sparer mit einem Guthaben von 72 Mill. ℳ Inländer sind.

Auf Hypothek sind ausgeliehen 81,4 Mill. ℳ oder 86 %; in bei der Reichsbank beleihbaren Inhaberpapieren sind 6,3 Mill. ℳ oder 6,7 % und sonst 7,1 Mill. ℳ oder 7,3 % zinstragend angelegt. Die Hypothekendarlehen sind zumeist (37 Mll. ℳ) zu 4 % ausgeliehen bis zum höchsten Zinsfuß (21 Mill. ℳ) von 4,5 % und dem geringsten (1 Mill. ℳ) von 3¼ %. Letzterer Betrag betrifft solche Darlehen, die von der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in Weimar einigen Sparkassen zu 3 % zur Beschaffung gesunder Wohnungen für invalidenversicherte Arbeiter verfüglich gestellt worden sind.

Der Reingewinn sämtlicher Sparkassen beträgt 540 000 ℳ, wovon 44 % dem Rückhalt, 51 % den Kreis- und Gemeindekassen und 5 % verschiedenen, auch gemeinnützigen Zwecken überwiesen worden sind.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen durchschnittlich 1875: 42 ℳ, 1908: 331 ℳ Spareinlagen. Berücksichtigt man ferner auch diejenigen Spareinlagen, die bei den 21 eingetragenen Kreditgenossenschaften Ende 1908 in Höhe von 8,9 Mill. ℳ und bei den 42 eingetragenen Darlehnskassenvereinen Ende 1907 von 1,6 Mill. ℳ bestehen, so erhöht sich das durchschnittliche Einlegerguthaben für den Kopf der Bevölkerung auf 370 ℳ.

R. Hermann.

XVI. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in München 1875—1905. Von Dr. oec. publ. Jakob Segall. Veröffentl. des Bureaus für Statistik der Juden. Heft 7. Berlin 1910. 108 S. Preis ℳ 3.

Während das Bureau für Statistik der Juden in seinen Veröffentlichungen bisher einzelne Länder zum Gegenstand der Untersuchung gemacht hat (Rußland, Österreich, Rumänien, Hessen), geht es jetzt daran, die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Großstädten einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen.

Aus zweierlei Gründen ist die jüdische Bevölkerung Münchens zum Ausgangspunkt für die Serie von Arbeiten gemacht worden, welche die Entwicklung der jüdischen Großgemeinden zum Gegenstande haben. Einmal sind in München mehr als in andern kommunalstatistischen Ämtern die statistisch erfaßbaren Verhältnisse der einzelnen Konfessionsgruppen behandelt worden. Schon aus diesem Grunde ließ sich hier eine ziemlich erschöpfende Bearbeitung geben. Dann aber sind gerade die Münchner Verhältnisse in vielfacher Beziehung typisch für die großstädtischen Juden in Deutschland. Die Münchner jüdische Gemeinde verdankt nämlich ihr starkes Wachstum in den letzten 20 Jahren zwei Erscheinungen, die wir als charakteristische Merkmale der Gegenwart bezeichnen können, dem Zuge vom Lande in die Stadt und der Einwanderung vom Auslande. In der Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung

selbst hat sich während dieser Zeit eine Veränderung von tiefgreifender Bedeutung vollzogen. Während in den Jahren 1875—1880 und 1880—1885 die ortsgebürtigen und die aus dem sonstigen Bayern gebürtigen Juden den Kern der Gemeinde bildeten, begann Ende der 80er Jahre mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Münchens der Zuzug der sonst im Deutschen Reich gebürtigen Juden, namentlich aus Württemberg und Preußen, stärker zu werden, und es erfolgte eine erhebliche Einwanderung von Ausländern.

Die Folge dieser Umgestaltung der inneren Gliederung der jüdischen Masse ist einerseits starker Männerüberschuß, Abnahme der Kinderzahl und Zunahme der höheren Altersklassen, Zunahme der Ledigen über 15 Jahre und Abnahme der Verheirateten, andererseits ein starkes Nachlassen in dem natürlichen Wachstum der jüdischen Bevölkerung infolge Sinkens der Geburten- und Fruchtbarkeitsziffer. Die Sterblichkeit, vor allem die Säuglingssterblichkeit, ist überaus günstig. Die Eheziffer ist niedrig und konstant; im hohen Prozentsatz der Mischehen steht München den größten jüdischen Gemeinden Deutschlands gleich.

Die erwähnte Zunahme der jüdischen Bevölkerung Münchens (in gleichem Schritt mit der christlichen) hat nicht darin ihren Grund, daß die eingesessene jüdische Bevölkerung sich auf dem natürlichen Weg der Fortpflanzung entsprechend (d. h. in gleichem Schritt mit der christlichen) vermehrt hat, sondern in der Einwanderung fremdgebürtiger Juden nach München, besonders aus dem Ausland, und ganz besonders in den letzten Jahrfünften.

Da die deutschen Juden zum größten Teil Städter sind, so dürfte es möglich sein, durch Erforschung und Darstellung der Bevölkerungsverhältnisse der Juden in einer Anzahl deutscher Großstädte, deren statistische Ämter die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung eingehender berücksichtigen, als dies in der Reichs- und Landesstatistik geschieht, unsere Kenntnis der Bevölkerungsverhältnisse der deutschen Juden überhaupt wesentlich zu fördern. *B. Blau.*

XXII. Justizstatistik.

Bettel und Landstreicherei im Kgr. Bayern von 1893–1899. Von Dr. Ferdinand Knoblauch. Kriminalstatistische Studie, bearbeitet auf Grund amtlichen Materials. Statist. u. nationalökonom. Abhandl. Herausg. von Dr. G. v. Mayr. München 1910, Ernst Reinhardt. 68 S. Mit Karte.

Die vorliegende Abhandlung hat sich zur Aufgabe gestellt, durch nachträgliche Nutzbarmachung sekundärstatistischen Zahlenmaterials, das durch amtsgerichtliche auf Grund des § 361 R. St. G. B. ergangene Verurteilungen gewonnen wurde, einen Einblick zu erhalten in die Häufigkeit und Gestaltung der Verfehlungen gegen Bettel und Landstreicherei im Königreich Bayern während der 7 jährigen Epoche von 1893 bis 1899 einschl. unter besonderer Berücksichtigung der durch eine größere Intensität der Teilnahme besonders hervortretender Verwaltungsbezirke (Bezirksämter) und der sich für die einzelnen Zeitabschnitte ergebenden Unterschiede in der Ab- und Zunahme der Verurteilungen wegen Bettels, Landstreicherei usw.

Was die Häufigkeit der Übertretungen in der 7 jährigen Epoche anlangt, so zeigen unter den Stadtbezirken die höchste Zahl der Verurteilungen die Stadtbezirke in der Oberpfalz mit 22,52 Fällen auf 1000 Seelen. Auf der gleichen Höhe steht Niederbayern. Am günstigsten ist die Häufigkeit der Verurteilungen in Unterfranken, wo auf 1000 Seelen 8,49 Verurteilungen treffen.

Bezüglich der Landbezirke finden sich in den Regierungsbezirken Pfalz, Unterfranken und Oberfranken die relativ geringsten Zahlen. Zur Erklärung verweist der Verfasser u. a. auf die in diesen Bezirken häufig vorkommenden Parzellenbetriebe hin.

Interessante Unterschiede bestehen zwischen dem rechtsrheinischen Bayern und der Rheinpfalz. In diesem Regierungsbezirke ist es das Grenzgebiet im Norden und Westen, in dem die Zahl der Fälle etwas höher ist, wie in den im Zentrum gelegenen Verwaltungsbezirken, sowie im Süden und in der Vorderpfalz. Abweichend hiervon tritt der Verwaltungsbezirk Speier a. Rh. mit einer größeren Häufigkeit der Verurteilungen hervor. — Ein total verschiedenes Bild ergibt sich für das rechtsrheinische Bayern. Die sämtlichen Verwaltungsbezirke an der Ostgrenze nördlich der Donau und an der Nordgrenze von Bayern lassen mit wenigen Ausnahmen eine nur geringe Intensität der Teilnahme erkennen. Außerdem zeigt sich eine große Verschiedenheit, je nachdem man das Main-, Donau- oder Alpengebiet ins Auge faßt.

Seit dem Jahre 1893 sank die Zahl der Verurteilten stetig und ununterbrochen von 65 132 auf 42 370 im Jahre 1899. In gleicher Weise läßt sich eine Abnahme der Verurteilungen seit dem Jahre 1881 verfolgen.

Von den einzelnen Regierungskreisen ist Oberfranken derjenige, in dem diese Bewegung am gleichmäßigsten verläuft. Es ist zugleich derjenige Kreis, der sich in der Beteiligung sowohl in den Stadt- wie in den Landbezirken nächst Unterfranken am günstigsten darstellt. Letzterer Regierungsbezirk weist aber in den Stadtbezirken eine 7 fach größere Abweichung vom Durchschnitt auf als die oberfränkischen Stadtbezirke, die in dieser Beziehung am besten unter allen Stadtbezirken der rechtsrheinischen Kreise sich verhalten.

Die Beteiligung des weiblichen Geschlechts zeigt in ihrer örtlichen Verschiedenheit zwei Hauptgruppen. Die erste Gruppe stellen jene Landbezirke dar, wo die Verurteilungen weiblicher Personen nicht einmal den 10. Teil der wegen Bettels und Landstreicherei verurteilten Männer erreicht; sie sind teils an der Südgrenze, teils an der Nordgrenze Bayerns gelegen. Am geringsten war die Anteilnahme der weiblichen Bevölkerung in den Bezirksämtern Sonthofen (0,2) und Lindau (0,8). Unter den Bezirken, in denen die relative Anzahl der weiblichen Verfehler überaus stark war, ja zum Teil die Zahl der männlichen Delinquenten sogar übertroffen hat, ist besonders zu erwähnen das Bezirksamt Nabburg (Oberpfalz), wo bei einer relativ geringen Beteiligung der Gesamtbevölkerung (3,5 auf 1000) bei der weiblichen Bevölkerung 3,8 auf 1000 treffen, also auf 1000 Männer 1275,8 Weiber. Bei der Darlegung der Entwickelung der Getreidepreise in der Epoche 1893/99 ergab sich vom Jahre

1895 ab ein Anschwellen derselben, das in den Jahren 1897 und 1898 seinen Höhepunkt erreichte.

Zum Schlusse legt der Verfasser unter Hinweis auf die Mangelhaftigkeit des seiner kriminalstatistischen Studie als Unterlage dienenden Aktenmaterials die Notwendigkeit dar, daß an Stelle der für die Aufzeichnung der Verurteilungen von Vaganten noch gebräuchlichen Geschäftstabellen eine die persönlichen Verhältnisse, insbesondere Alter, Familienstand und Heimat erfassende Individualzählkarte tritt, und gibt verschiedene Anhaltspunkte für die Aufstellung einer solchen Individualzählkarte. Eine hiernach vom Verfasser entworfene Zählkarte ist der Abhandlung am Schlusse beigefügt.[1]) Im Hinblick auf die jugendlichen Delinquenten hält es der Verfasser für wünschenswert, alle die Ursachen zu erforschen, wodurch diese schon frühzeitig auf die Wege des Bettels und Landstreicherei und hierdurch vielfach auf den Weg des Verbrechens geführt werden.

A. Diehl.

Untersuchungen über die Entwicklung der Straffälligkeit in Österreich. Von Dr. Forcher. Statist. Monatsschrift, 2./3. Heft 1910, S. 73—144.

Der Vorentwurf zu einem österreichischen Strafgesetzbuche ist seit September 1909 zur Diskussion gestellt. Die Begründung ist bereits erschienen. Wenn auch bei diesen legislativen Vorarbeiten die beredte Ziffernsprache nicht die ihr gebührende Würdigung gefunden hat, so sollte doch in dem jetzigen Diskussionsstadium diese Unterlassung nachgeholt werden. Eine Etappe in dieser Richtung bilden die vorliegenden Untersuchungen, denen weitere nachfolgen sollen. — Es wurde für die Jahre 1876 bis 1905 die strafmündige (über 14jährige) Zivilbevölkerung Österreichs sowie für denselben Zeitraum die Zahl der Unmündigen (10—14jährigen) und der „Jugendlichen" (14—20jährigen) berechnet und auf diese Bevölkerungsschichten die Zahl der der betreffenden Schichte angehörigen, wegen einer Straftat Verurteilten projiziert. — Die Untersuchungen haben ganz überraschende Ergebnisse zutage gefördert: In Österreich hat nämlich nicht nur die allgemeine Verbrechensstraffälligkeit sondern nach den wichtigsten und intensivsten Straffälligkeitsrichtungen auch die besondere Verbrechens- und Übertretungsstraffälligkeit entschieden abgenommen. Im allgemeinen hat ein Exkurs in das Gebiet der deutschen Kriminalstatistik dasselbe Ergebnis gehabt.

Gleichzeitig haben eingehende Untersuchungen über die allgemeine und besondere Strafzumessung gezeigt, daß die Verhängung von Strafen kürzester Dauer und mildester Art ununterbrochen auf Rechnung aller übrigen strengeren Strafen wesentlich zugenommen haben. So haben z. B. die Kerkerstrafen überhaupt in der Dauer bis zu 1 Monate von 1882 auf 1905 um 8,8 %, die Kerkerstrafen bis zu 1 Monat bei den Verbrechen des Diebstahls vom Jahrviert 1882/1885 auf das Jahr 1906 um 11,0 %, bei der schweren körperlichen Beschädigung um 13,2 %, bei den Unzuchtsverbrechen um 11,9 %, die Geldstrafen bei den Übertretungen der Körperbeschädigung vom Jahrdritt 1883/1885 auf das Jahr 1906 um 14,6 % und bei der Sachbeschädigung um 8,7 % usw. zugenommen. — Mehr von den zahlreichen Detailergebnissen hier anzuführen, gestattet der kleine zur Verfügung stehende Raum nicht. Mit den vorliegenden Untersuchungen sollte die Anregung geboten werden, auf Grund einer exakten Massenbeobachtung Richtlinien für den Kriminalpolitiker aufzusuchen.

H. Forcher.

1) Die Zählkarte, die im Kgr. Sachsen von 1882 bis 1892 für die Verurteilungen wegen Betteln usw. im Gebrauch war und die oben verlangten Angaben enthält, ist in der Zeitschrift des K. S. Statist. Bureaus 1883 S. 196 abgedruckt. *Red.*

XXIV. Statistische Sammelwerke und unausgelöste Statistik.

Die Stadt Oldenburg in sozialstatistischer Beleuchtung. Von Dr. Hugo Ephraim. Mit 34 Tabellen. Erg.-H. XXXIV d. Ztschr. f. Staatswissensch. Tübingen 1910. gr. 8. 126 S. ℳ 3.60.

Für die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände einer allerdings kaum mittelgroßen Stadt ist in vorliegender Schrift ein schätzenswertes Material in einsichtiger Behandlung geliefert worden. Der umfassendste, auf einer eigens unternommenen Umfrage beruhende Bestandteil befaßt sich mit den Wohnungsverhältnissen. Gewährt er auch, weil zum ersten Male erhoben und bearbeitet, lehrreiche Aufschlüsse, geht er doch über das übliche Maß städtischer Wohnungsaufnahmen — Wohndichtigkeit und Besitzverhältnisse, Wohnungsumfang, Alter der Gebäude, Mietpreise, Wohnungswechsel — nicht hinaus. Nur in der Richtung auf die Zugehörigkeit der Eigentümer und Mieter zu den einzelnen Gesellschaftsklassen in bezug auf die Wohnungsgröße und die Zusammensetzung der Haushaltung ist weiter in den Stoff eingedrungen. Diese wichtige Zergliederung nach 15 kennzeichnenden Gesellschaftsklassen macht aber das Bedeutsame der ferneren Untersuchungen über die Einkommens- und die Vermögensverhältnisse aus, welche den sehr ausführlich angelegten Steuerrollen entnommen sind. Dabei sind Haushaltungsgröße, Kinderbesitz, Alter neben Einkommen und Vermögen, auch Miete und Einkommen in Betracht gezogen. Man gewinnt aus dem Gebotenen zweifellos treffliche Anhaltepunkte für die Beurteilung von sozialen Vorgängen, über die bisher noch wenig Material beigebracht ist. Dazu kommt, daß an den Unterlagen verständnisvolle Kritik geübt ist ebenso wie an den Vergleichstatsachen, die erfreulicherweise soweit als angängig herbeigezogen und zweckmäßig verwertet sind. Auch hat sich der Verfasser bemüht, die Ursachen der dargelegten Erscheinungen aufzudecken, wiewohl er hierbei unschwer noch etwas weiter hätte gehen können. Anzunehmen bleibt noch, daß auch die soziale Struktur der Stadt Oldenburg im allgemeinen und ihre Bedeutung im Rahmen des ganzen Landes und seiner wirtschaftlichen Natur kurz vorgeführt ist. Als Ergebnis der Untersuchung hat sich herausgestellt, daß in bezug auf Einkommen wie auf Vermögen zwar bescheidene, aber durchgängig gesunde Verhältnisse obwalten, daß insbesondere Handwerk und Arbeiterbevölkerung sich in erträglichen Umständen befinden und daß die Wohnungsweise im ganzen einen günstigen Eindruck macht.

Paul Kollmann.

Die indischen Großstädte. Von Dr. Karl Goës. Heft VII der stat. u. nat.-ökon. Abhandl. d. stat. Seminars d. Univers. München, herausgeg. von v. Mayr.

Mögen die aus erschöpfender Massenbeobachtung in Zahl und Maß gewonnenen Volkszählungsergebnisse des Kaiserreichs Indien im allgemeinen den Statistiker schon interessieren, um wieviel mehr erst die besonderen Zahlenausweise über die Großstädte dieses alten Wunderlandes. Sind diese doch im wesentlichen dem Eindringen der westlichen Kultur zu verdanken. In relativ kurzer Zeit entstanden aus dem Nichts große Handelsstädte; dagegen sind die alten Residenz- und Kultstädte in dauerndem Rückgange begriffen. Die Materie der indischen Großstädte statistisch zu klären, unternimmt die Arbeit des Dr. Goës. Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit der äußeren Entwickelung der indischen Großstädte, sowie den geschichtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen dieser Entwickelung. Nur 2 % der indischen Gesamtbevölkerung leben (1901) in Großstädten gegen 17 % z. B. in Deutschland (1901). Von Interesse sind namentlich die Ausführungen über die demologischen Wirkungen von Hungersnot, Pest und anderen Massenkrankheiten, Dinge, die in den westlichen Kulturstaaten seit einiger Zeit überwunden sind. Im zweiten Teil der Arbeit wird dann über die natürliche und soziale Differenzierung der indischen Großstädte gesprochen, die vielfach ganz entgegengesetzte Erscheinungen zu jenen aufweist, wie wir sie in Europa finden. Die Sterblichkeit ist meist größer wie die Geburtlichkeit. Als Ausgleich wirken da große Zuwanderungen, die, weil das männliche Kontingent überwiegt, einen relativ großen Männerüberschuß bedingen. Über den Altersaufbau — die produktiven Altersklassen sind sehr stark vertreten — in Kombination mit dem Familienstand — das starke Überwiegen verheirateter Männer —, über Beruf wird gesprochen. Es nimmt die Industrie in der Großstadt ständig zu. Den Schluß bilden religions- und bildungsstatistische (sehr große Anzahl von Analphabeten) Ergebnisse der großstädtischen Bevölkerung. *E. Müller.*

Statistische Taschenbücher.

Der Geschäftsmann, Gelehrte, Beamte, der der wichtigsten und neuesten Ergebnisse der deutschen und internationalen Statistik als Handwerkszeug bedarf, tut am besten, das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (Ladenpreis 2 ℳ), das des betreffenden Bundesstaats (Preußen 1 ℳ, Bayern 1,50 ℳ, Sachsen 1 ℳ, Württemberg 3,50 ℳ, Baden 6 ℳ, Elsaß-Lothringen 1 ℳ usw.), beim Vorhandensein örtlicher Interessen auch das der Großstadt, die er bewohnt (Berlin 16 ℳ, München 2 ℳ, Dresden 1 ℳ usw.) und das Statistische Jahrbuch deutscher Städte in seine Bibliothek einzustellen. Je nach dem besonderen Interessenkreise wird er daneben politische, kirchliche, Börsenjahrbücher, volkswirtschaftliche Chroniken, Handelskammerberichte u. dgl. mit Vorteil benutzen.

Den oben erwähnten amtlichen Jahrbüchern haben sich neuerdings zwei private „Taschenbücher" zur Seite gestellt. Es sind das Volkswirtschaftlich-statistische Taschenbuch 1910, bearbeitet von Dr. Hugo Bonikowsky, Kattowitz 1910 (205 S., Preis 2 ℳ) und das Statistische Taschenbuch für das Deutsche Reich, nach amtlichen Quellen bearbeitet von Dr. rer. pol. Erich Simon, Frühjahr 1910, Berlin 1910 (172 S., Preis 2 ℳ).

Bonikowsky geht offenbar von dem Interessenkreise des oberschlesischen Bergbau- und Industriegebiets aus. Er behandelt darum besonders eingehend die Produktions-, namentlich die Montanstatistik mit besonderer Berücksichtigung Oberschlesiens. Der Inhalt des Taschenbuchs gliedert sich in 14 Hauptabschnitte, von denen einer die Bevölkerungsstatistik, 11 die Wirtschaftsstatistik und je einer die Finanzstatistik und die Arbeiterstatistik betreffen, mit einem Anhange. Neben den amtlichen Statistiken sind vielfach private Quellen benutzt, so Steinmann-Buchers Schätzungen des Volksvermögens, die Beteiligungsziffern, der Absatz und die Preise des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, die Untersuchungen von Jüngst über den Anteil der Bergarbeiterlöhne am Wert der Kohlenförderung, die Ziffern des Stahlwerksverbands, die Berechnungen von Calwer und Rehe über Steigerung des Reallohns. Private Quellen trotz Vorhandenseins amtlicher sind benutzt für die Statistik der Hypothekenbanken und für den Andrang an den deutschen Arbeitsnachweisen. Für Sparkassen hätten neben den preußischen auch Reichsziffern gegeben werden können.

Die Auswahl des Stoffes ist von dem vorwiegend wirtschaftlichen Interessenstandpunkt aus gut getroffen, nur daß auch von diesem Standpunkte die Arbeiterstatistik etwas spärlich behandelt ist, so fehlen z. B. Angaben über Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände usw.

Weniger von einheitlichem Gesichtspunkt aus ist die Stoffauswahl bei Simon getroffen. Sein Taschenbuch ist in mancher Hinsicht vielseitiger als das von Bonikowsky, bringt z. B. Zahlen aus der Kriminalstatistik, über die größeren Städte, einige große Bankinstitute, aber es weist innerhalb des weitergespannten Rahmens um so mehr Lücken und Ungleichmäßigkeiten auf. Sie sind zum Teil bedingt durch die eigenartige Stoffanordnung. Sie ist eine alphabetisch-lexikalische und jedem Stichwort ist ein gleichgroßes Rechteck eingeräumt, deren 12 auf einer Seite vereint sind. Reicht der Raum eines Rechtecks nicht aus, so werden weitere Rechtecke für das gleiche Stichwort in Anspruch genommen. So finden sich z. B. für „Reichsbank" 23, für „Schiffsunfälle" 12 Rechtecke. Wenn nun auch diese Anordnung typographisch recht gut aussieht, so hat sie doch Nachteile, indem jeder Verweisungstitel ein volles Rechteck beansprucht. Vielleicht ist darum an Verweisungstiteln mehr gespart als gut ist. Wer wird z. B. „Höhere Töchterschulen" unter „H" suchen, wenn er nicht wenigstens durch einen Verweisungstitel „Mädchenschulen" auf den richtigen Weg geführt wird? Wie bei Bonikowsky ist merkwürdigerweise auch bei Simon die Sozialstatistik schlecht weggekommen. Ist es nicht ein Mißverhältnis, wenn man für „Geflügelcholera" 5, für „Bläschenausschlag" 2 Rechtecke findet, hingegen die Stichworte

„Erwerbstätige“, „Unternehmer“, „Angestellte“, „Arbeiter“, „Arbeitslohn“, „Arbeitszeit“, „Gewerkschaften“ usw. vergeblich sucht? Andere Stichworte enthalten kaum das, was man darunter suchen wird, z. B. „Kleinwohnungen“, „Polen“. Mit diesen Ausstellungen soll übrigens dem typographisch hübsch ausgestatteten und wirklich bequem in der Tasche zu tragenden Büchlein nicht jeder praktische Wert abgesprochen werden, er ließe sich aber bei Neuausgaben durch Einschränkung des Stoffgebiets auf der einen, Vervollständigung auf der anderen Seite bedeutend erhöhen. Zu loben ist, daß fast sämtliche Angaben für eine Reihe von Jahren gemacht werden.

In diesem Zusammenhange seien auch die statistischen Taschenbücher erwähnt, die von den statistischen Ämtern einiger Großstädte herausgegeben werden. Das neueste ist das in zweiter Auflage erschienene „Taschenbuch des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf 1910“ (86 S., 75 ₰). Es legt seiner Zweckbestimmung nach den Hauptwert auf die örtliche Statistik, bringt aber auch die Hauptziffern für Reich, Staat, Provinz und Regierungsbezirk. Die Anordnung ist eine sachliche, ein alphabetisches Stichwortverzeichnis läßt zudem rasch das Gewünschte finden. Ähnliches ist von dem schon zum dritten Male erschienenen „Statistischen Notizbuch für die Stadt Leipzig 1908“ (69 S., 30 ₰), zu sagen, das sogar noch einige internationale Daten bringt. Wesentlich knapper, auch im Format, sind die „Statistischen Daten über die Stadt Wien“, 24. Jahrg. 1908 (42 S., 40 ₰). Im Inhalt ist die Tabellenform meist vermieden. Die beiden nächstgenannten Taschenbücher beschränken sich hingegen im wesentlichen auf die örtliche Statistik. Es sind die „Übersichten aus der Berliner Statistik für das Jahr 1906 und 1907“, erschienen 1909 (83 S., 50 ₰), und die „Statistischen Daten über die Stadt Breslau“, 10. Ausg. 1910 (84 S.). Die Berliner Übersichten sind ein Auszug aus dem 31. Jahrgange des Statistischen Jahrbuchs der Stadt, der in gedrängter Form eine Fülle der wertvollsten Angaben, zum Teil unter Einbeziehung der Vororte, enthält. Beigegeben ist ein lehrreiches Kartogramm, darstellend die Säuglingssterblichkeit nach Bezirken und Vororten.

Ganz andere Zwecke als die bisher besprochenen verfolgen die bekannten Veröffentlichungen von A. Hartlebens Verlag in Wien: Die Statistische Tabelle über alle Staaten der Erde, 18. Jahrg. 1910 (60 h = 50 ₰) und das Kleine Statistische Taschenbuch über alle Länder der Erde, 17. Jahrg. 1910, bearbeitet von Prof. Dr. Friedrich Umlauft (1,60 K = 1,50 ℳ). Beide dienen der vergleichenden Länderkunde. Die Tabelle ist bestimmt, an der Wand befestigt zu werden, und enthält für die Hauptländer und Kolonien Angaben über Regierungsform, Staatsoberhaupt, Thronfolger, Flächeninhalt, Bevölkerung, Einnahmen, Ausgaben und Staatsschuld, Handelsflotte, Ein- und Ausfuhr, Länge der Eisenbahn- und Telegraphenlinien, Postämter, Münzen, Maße und Gewichte, Heeres- und Flottenstärke, Landesfarben, Hauptstadt und wichtigste Orte. Das Taschenbuch enthält in handlicher Form im ganzen dieselben Angaben, erweitert namentlich durch solche über die Bevölkerung nach Nationalität und Konfession. Auf die Angaben für die einzelnen Staaten folgt noch ein Anhang, enthaltend kurze vergleichende Übersichten über Bevölkerung, Eisenbahnen, Kabel, Telegraphen-, Telephon- und Postwesen, auswärtigen Handel, Handelsflotten, Staatsschulden, Heere, Flotten und größte Städte.

Die Angaben in Tabelle und Taschenbuch beziehen sich möglichst auf den neuesten Stand und dürfen bei diesen bewährten Hilfsmitteln als zuverlässig betrachtet werden.

Einen erheblich reichhaltigeren Stoff als das Hartlebensche Taschenbuch enthalten Otto Hübners Geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde, 58. Ausgabe für das Jahr 1909, herausgegeben von F. von Juraschek, Verlag von Heinrich Keller, Frankfurt a. M. (1,50 ℳ). Der Name des inzwischen verstorbenen Herausgebers bürgt für wissenschaftliche Benutzung und größtmögliche Zuverlässigkeit der Zahlen. Zu den auch von Hartleben gebrachten Ziffern treten hier noch bei den einzelnen Ländern solche über Papiergeld, Banknoten, Spezialhandel, Hauptausfuhrerzeugnisse, bei einzelnen Staaten auch noch Hauptetatsziffern, Angaben über Sparkassen u. dgl. Dazu kommen vergleichende Tabellen über Bevölkerungstatsachen, Bodenbenutzung, Viehhaltung, Getreidebau, Bergwerkserzeugnisse, Eisenbahnen, Aus- und Einwanderung, Gold- und Silberproduktion usw., Berufszählungsergebnisse und Viehhaltung im Deutschen Reich, Grundbesitzverteilung in Rußland. Ein Verzeichnis der Quellenwerke trägt dazu bei, die Hübner-Juraschekschen Tabellen zu einem höchst wertvollen Hilfsmittel nicht nur für den Praktiker, sondern auch für den Fachstatistiker zu machen.

J. Feig.

Vermischte Mitteilungen.

Victor Leo †. Am 23. Juli verschied im 39. Lebensjahre Regierungsrat Dr. phil. Victor Leo. Dem Kaiserlichen Statistischen Amte seit Errichtung der Abteilung für Arbeiterstatistik (1902) angehörig hat er sich durch Einrichtung und Schriftleitung des Reichs-Arbeitsblatts, als Verfasser der Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung, der Veröffentlichungen über Tarifverträge sowie zahlreicher sonstiger amtlicher und privater Arbeiten die ausgezeichnetsten Verdienste erworben.

Die Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dez. 1905. Zusammenstellung der vom Kaiserlichen Statistischen Amt, den landesstatistischen und den städtestatistischen Ämtern veröffentlichten Ergebnisse. Von Reg.-Rat Prof. Dr. Johannes Rahts. (Forts. aus Nr. 5.)

Vom Königreich Sachsen liegen vor:

1. Die Zahl der Einwohner nach dem Geschlecht und nach dem Alter unter und über 14 Jahren gesondert, darunter die Zahl der Militärpersonen, ferner die Zahl der Haushaltungen, der Anstalten und Gebäude für die einzelnen Gemeinden, die nach den größeren und kleineren Verwaltungsbezirken (Kreishauptmannschaften und Amtshauptmannschaften) geordnet sind.



2. Die Bevölkerung der politischen Verwaltungsbezirke, sowie der Ephorien der evangelisch-lutherischen Landeskirche nach dem Glaubensbekenntnis. Bei der evangelischen Landeskirche sind die unter 14 Jahr alten Kinder besonders gezählt. In verkürzter Form ist die Auszählung nach dem Glaubensbekenntnis auch für die einzelnen evangelisch-lutherischen Parochien und eingepfarrten Orte gegeben.

3. Die gesamte Bevölkerung des Königreichs nach den einzelnen Geburtsjahren — unter Angabe der Zu- und Abnahme jeder Jahresklasse seit der letzten Volkszählung durch den Unterschied zwischen Geburten und Sterbefällen einerseits, Zu- und Wegzug andrerseits —, sowie nach 5jährigen Altersklassen und nach Geschlecht und dem Familienstande. Die Bevölkerung der 11 größten Städte aus dem Königreich in jedem der 21 ersten Lebensjahre nach dem Geschlecht gesondert. Die Bevölkerung der Verwaltungsbezirke, der Städte mit der Revidierten Städteordnung und der Landgemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern nach Geschlecht und Altersgruppen (bis 30 Jahren nach Jahrfünften, darauf nach Jahrzehnten) mit Verhältniszahlen.

4. Die Bevölkerung nach der Staatsangehörigkeit in den Verwaltungsbezirken mit Unterscheidung der Städte mit mehr als 15000 Einwohnern.

5. Die Reichsausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit im Königreich und in 8 größeren Städten.

6. Die Bevölkerung nach Geschlecht, Glaubensbekenntnis und Staatsangehörigkeit, sowie nach Glaubensbekenntnis und Alter in den Kreishauptmannschaften mit Unterscheidung der 5 größten Städte. Die Staatsangehörigkeit ist gegliedert nach Angehörigen des Königreichs Sachsen, des Deutschen Reiches ohne Sachsen, Österreichs, Ungarns, Rußlands und anderer Staaten, das Alter nach unter und über 14 Jahren.

7. Die Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit in den Kreishauptmannschaften und den 5 größten Städten. Hier ist das Alter unterschieden in unter 12, 12 bis 14, 14 bis 18, 18 bis 39 und über 39 Jahre, die Staatsangehörigkeit nur nach Sachsen, anderen Deutschen und Ausländern.

8. Die Zahl der Haushaltungen für die Kreishauptmannschaften und die 4 größten Städte. Die Haushaltungen gegliedert nach der Zahl der Mitglieder und für jede dieser Gruppen die Zahl der Ehegatten, der anderen Familienmitglieder, der Pflegekinder und Pensionäre, der Dienstboten, der Hausbeamten, der gewerblichen, der landwirtschaftlichen Gehilfen, der Zimmermieter, der Schlafburschen, der sonstigen Haushaltungsmitglieder (mit Unterscheidung aller vorkommenden Bezeichnungen) und der vorübergehend Anwesenden.

9. Zahl der Anstalten in den Kreishauptmannschaften und den 4 größten Städten, die Anstalten einmal gegliedert nach ihrer Zweckbestimmung und zweitens nach der Zahl ihrer Insassen.

10. Eine Tabelle über das Zusammenleben der verheirateten Personen für die einzelnen Verwaltungsbezirke und für die Kreishauptmannschaften und die 5 größten Städte.

11. Die Zahl der Ehepaare gegliedert nach dem gegenseitigen Alter (fünfjährige Gruppen) für die Kreishauptmannschaften und die 4 größten Städte.

12. Die Zahl der Ehepaare nach dem beiderseitigen Glaubensbekenntnis (ev.-luth., ev.-ref., r.-kath., andere Christen, isr., sonst., ohne Ang.) mit örtl. Unterscheidung wie bei 11.[1])

13. Tabellen der konfessionellen Kindererziehung in den Mischehen nach der Konfession der Eltern mit örtlicher Unterscheidung wie bei 11.

Veröffentlicht sind die Ergebnisse der Volkszählung im Königreich Sachsen in der Zeitschrift des Königl. Sächsischen Statistischen Landesamts Jahrg. 1906 Heft 2 und 1908 Heft 1.

1) Zu 10 bis 12 siehe D. St. Z. Jahrg. 1 Sp. 8.

Für 27 Städte wurde im Zusammenhang mit der Volkszählung durch das Statistische Landesamt eine wohnungsstatistische Erhebung durchgeführt, deren eingehenden Ergebnisse in der genannten Zeitschrift Jahrg. 1907 Heft 1 und 2 und Jahrg. 1908 Heft 1 sich finden.

Für das Königreich Württemberg wurden die Bevölkerungszahlen für die Oberämter und 41 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern nach dem Geschlecht gesondert aufgestellt; diese Zahlen sind mit der Zählung vom 1. Dezember 1900 verglichen. Mit Berücksichtigung des Geburtenüberschusses zwischen beiden Zählungen wurde dann für jede dieser Bevölkerungsgruppen der Gewinn oder Verlust durch Wanderung bestimmt.

2. Für jedes Oberamt und jede Gemeinde mit mehr als 5000 Einwohnern wurde ferner Wohnungsart und Wohnungsform der Haushaltungen von 2 und mehr Personen ausgezählt. Zunächst wurden 3 Arten von Haushaltungen unterschieden, solche mit nur Familienangehörigen, solche mit Dienstboten und andere. Für jede der 3 Arten wurde ermittelt: die Zahl der bewohnten Zimmer und Kammern, die Zahl der Wohnungen mit Küche, mit Küchenanteil und ohne Küche und schließlich, ob die Wohnung Mietswohnung, Dienstwohnung oder Eigentum als Einfamilienhaus oder Mehrfamilienhaus war.

3. Eine ausführliche Kombination der Art der Haushaltungsangehörigen (Haushaltungsvorstand, Ehefrau, Söhne, Töchter, andere Verwandte, Dienstboten, Gewerbegehilfen, Zimmermieter oder Schlafgänger, Pflegekinder, sonstige) mit den Größenklassen der Haushaltungen ist außer für das gesamte Königreich für die 8 größten Städte durchgeführt und eine Kombination derselben Haushaltungsangehörigen mit den oben genannten 3 Arten von Haushaltungen für die Oberämter und die 41 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern.

4. Sodann sind für die Oberämter und die 41 Gemeinden die Anstalten nach ihrer Zweckbestimmung ausgezählt.

5. Nach einzelnen Geburtsjahren und nach dem Geschlecht ist die Bevölkerung für die 4 Württembergischen Kreise und für die Stadt Stuttgart ausgezählt, nach einzelnen Altersjahren, Geschlecht und Familienstand nur die Bevölkerung des gesamten Königreichs.

6. Nach Geschlecht und 11 Altersgruppen (über 1 Jahr, 1 bis 7 Jahr, 7 bis 12, 12 bis 14, 14 bis 16, 16 bis 18, 18 bis 21, 21 bis 25, 25 bis 45, 45 bis 70, über 70 Jahre) ist die Bevölkerung der Oberämter und der 41 Gemeinden mit über 5000 Einwohnern ausgezählt, ebenso nach Geschlecht und Familienstand.

7. Die Auszählung der Bevölkerung nach Religionsbekenntnissen umfaßt 18 verschiedene Konfessionen (Evangelische, Römisch-Katholische im engeren Sinne, Sonstige zur römisch-katholischen Kirche Zählende, Russisch-Orthodoxe, Angehörige anderer griechisch-katholischer Kirchen, Brüdergemeinde, Mennoniten, Baptisten, Anglikaner, Methodisten, Jovingianer, Deutsch-Katholische, Freireligiöse, Dissidenten, Heilsarmee, Sonstige Christen, Israeliten, Bekenner sonstiger nicht christlicher Religionen, Personen andern Bekenntnisses) und bezieht sich auch auf die Oberämter und die 41 Gemeinden.

8. Die Auszählung nach der Staatsangehörigkeit umfaßt Württemberger, sonstige Reichsangehörige und Gruppen von 10 ausländischen Staatsangehörigen (Russen, Österreicher, Ungarn, Schweizer, Italiener, Franzosen, Engländer, Angehörige anderer europäischer Staaten, Angehörige der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Angehörige anderer außereuropäischer Staaten), soweit sie sich auf die Oberämter und die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern bezieht. Für die Stadt Stuttgart und die 4 Kreise ist eine genauere Auszählung der Staatsangehörigkeit ausgeführt worden.

9. Für dieselben Bezirke, nämlich für Stuttgart und die 4 Kreise ist auch eine recht ausführliche Auszählung der Gebürtigkeit geliefert.



Die Veröffentlichungen der endgültigen Ergebnisse der Volkszählung befinden sich in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde, Jahrgang 1907 Heft 1.

Auch in Württemberg ist an die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 die Herausgabe eines Gemeindelexikons angeschlossen worden. (Fortsetzung folgt.)

Veröffentlichungen der unausgelösten Reichsstatistik. Einer Anregung aus dem Leserkreise entsprechend lassen wir zur Ergänzung der Übersicht über die Organe für fortlaufende statistische Veröffentlichungen in Jahrg. 1 Sp. 69 und 131 und Jahrg. 2 Sp. 123 eine Zusammenstellung solcher Veröffentlichungsorgane folgen, die ebenfalls amtliches statistisches Quellenmaterial bringen, ohne jedoch ausschließlich für statistische Veröffentlichungen bestimmt zu sein. Zu den sich daranschließenden näheren Angaben über den statistischen Inhalt dieser Organe siehe auch die „Titelanzeigen", in denen diese Statistiken sachlich (hier dagegen nach den Veröffentlichungsstellen) geordnet sind.

Zentralblatt für das Deutsche Reich, Berlin 4°. Hrsg. vom Reichsamt des Innern. Ortsübliche Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter. Dazu halbjährl. Nachträge in der Juni- u. Dezember-Nummer.

Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Hrsg. im Reichsamt des Innern. (4 Bde.) Berlin 8°. (Bd. IV: „Tabellar. Übersichten usw., Gesamtregister" wird im Kaiserl. Statist. Amt bearbeitet.) Erscheint jährl. im Herbste für das letztverflossene Kalenderjahr.

Nachrichten für Handel und Industrie, zusammengestellt im Reichsamt des Innern. Besondere Beilagen, betreffend die im Einvernehmen mit dem wirtschaftlichen Ausschuß veranstalteten Produktionserhebungen. Bisher erschienen: Textilindustrie in N. f. H. u. I. 1900 Nr. 26; Montan- u. Eisenindustrie 1900 Nr. 27; Chemische Industrie, Kautschuk-, Guttapercha-, Celluloidindustrie u. Steinbruch- u. Cementindustrie 1900 Nr. 28; Keramische u. Glasindustrie 1900 Nr. 29; Papier- u. Papierverarbeitungsindustrie 1900 Nr. 30; Lederindustrie 1900 Nr. 31; Tabakindustrie 1900 Nr. 35; Schlußzahlen 1900 Nr. 45. (Nr. 26—31, 35, 45 betreffen das Erhebungsjahr 1897.) Stärkeindustrie (außer Reisstärkefabrikation) für 1897/98 (Endergebnisse) 1900 Nr. 157; Damen- und Kindermäntelfabrikation für 1897 1901 Nr. 97; sämtliche Schlußzahlen für 1897 bzw. 1897/98 1901 Nr. 105; Margarineindustrie für 1899—1902 Nr. 57; Automobilindustrie für 1901, 1903, 1906, 1908 Nr. 115; Kraftfahrzeugindustrie 1907 u. 1908 1910 Nr. 37; Wollwäscherei, Wollkämmerei, Kammgarnspinnerei u. -Zwirnerei 1907 1910 Nr. 48; Baumwollspinnerei u. -Zwirnerei 1907 1910 Nr. 52.

Statistik der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. Hrsg. v. Reichs-Postamte. Berlin Fol. Erscheint jährl. bald nach Eröffnung des Reichstags f. d. vorhergehende Kalenderjahr.

Bericht über die Ergebnisse d. Reichs-Post- u. Telegraphenverwaltung während der (5) Jahre ....

Geschäftsbericht über die Ergebnisse des Post-Überweisungs- u. Scheckverkehrs im Reichs-Postgebiete währ. d. Kalenderjahres .... Bearb. im Reichs-Postamte.

Betriebs-Ergebnisse deutscher Eisenbahnen. Hrsg. v. Reichs-Eisenbahnamte. (Erscheint monatlich) gr. Fol.

Statistik der im Betriebe befindl. Eisenbahnen Deutschlands. Bearb. i. Reichs-Eisenbahnamte. Berlin gr. Fol. Erscheint in den ersten Monaten jedes Jahres für das letztverflossene Betriebsjahr.

Amtl. Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts. Berlin 4°. Jährl. Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts. — Jährl. Nachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten. — Jährl. Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen der Invalidenversicherung. Bearbeitet im Reichsversicherungsamte. Berlin 4°. (Beiheft zu den A. N. d. R. V. A.) — Jährl. Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften usw. — Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung. Bearbeitet im Reichsversicherungsamte. Berlin 4°. (Beiheft.)

Deutsche Justizstatistik. Bearbeitet im Reichs-Justizamte. Berlin 8°. Erscheint alle 2 Jahre.

Sanitätsbericht über die Kaiserl. Deutsche Marine für den Zeitraum vom 1. Oktober .... bis Ende September .... Bearbeitet in der Medizinalabteilung des Reichs-Marine-Amts. Berlin 8°. Erscheint jährlich.

Veröffentlichungen d. Kaiserl. Gesundheitsamtes (Zwanglose Beihefte). — Medizinalstatistische Mitteilungen aus dem Kaiserl. Gesundheitsamte. Berlin 8°.

Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Hrsg. vom Kaiserl. Gesundheitsamte. Berlin, gr. 4°. Erscheint jährlich.

Jahresberichte über die Verbreitung von Tierseuchen im Deutschen Reiche. Bearbeitet im Kaiserl. Gesundheitsamte. Berlin 8°.

Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen. Hrsg. v. Kaiserl. Patentamt. Berlin. gr. 8°. Jährl. Statistik des Kaiserl. Patentamts. — Zentral-Handelsregister f. d. Deutsche Reich, Beil. z. Reichsanzeiger. Berlin. Fol. Jährl. Nachweise über das Musterregister.

Versicherungsstatistik über die unter Reichsaufsicht stehenden Unternehmungen. Hrsg. v. Kaiserl. Aufsichtsamte für Privatversicherung. Berlin. gr. 4°. — Die Entwickelung des privaten Versicherungswesens unter Reichsaufsicht in dem Jahrfünft 1902 bis 1906. Hrsg. v. K. Aufsichtsamt f. Privatversicherung. Berlin 1909. 4°. — Geschäftsbericht des Kaiserl. Aufsichtsamts für Privatversicherung. Berlin. gr. 4°.

Verwaltungsberichte des Kaiserl. Kanalamtes. Jährl. Mitteilungen über den Kaiser Wilhelm-Kanal.

Drucksachen des Deutschen Reichstags. Jährl. Übersichten über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben: 1. der Reichs-Marineverwaltung; 2. der Königl. Preuß. Heeresverwaltung; 3. der Königl. Bayer. Heeresverwaltung; 4. der Königl. Sächs. Heeresverwaltung; 5. der Königl. Württemb. Heeresverwaltung. — Jährl. Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts nur bis einschl. 1907. — Jährl. Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften etc. — Jährl. Bericht über die Tätigkeit der Reichskommission für das Auswanderungswesen. — Jährl. Geschäftsbericht der Zentral-Auskunftsstelle f. Auswanderer. — Jährl. Übersicht der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts. — Jährl. Geschäftsbericht des Reichs-Militärgerichts.

Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen nach Verkehrsbezirken geordnet. Hrsg. v. Kgl. Preuß. Minist. d. öffentl. Arbeiten. Berlin. gr. Fol. Erscheint jährl. f. d. letztverflossene Kalenderjahr.

Statistik der Kleinbahnen im Deutschen Reiche .... Ergänzungsheft der „Zeitschrift für Kleinbahnen". Hrsg. v. Kgl. Preuß. Ministerium der öffentl. Arbeiten. Berlin. gr. 8° u. Fol. — Erscheint zu Anfang jedes Jahres für das vorletzt verflossene Betriebsjahr.

Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 19 . . . (Preuß. Zentralgenossenschaftskasse.) Bearb. v. A. Petersilie. Berlin. 4°. Dasselbe auch als Erg.-Heft z. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts.
Jahr- u. Adreßbuch der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Deutschen Reiche. Hrsg. von der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse. Berlin. 8°.

Berner Statistische Correspondenz. Wie in Italien (siehe D. St. Z., 2 Jahrg., Spalte 57), so ist auch in der Schweiz eine ähnlichen Zielen wie das D. St. Z. nachstrebende Einrichtung ins Leben gerufen worden. Das rührige Statistische Bureau des Kantons Bern hat im Jahrgang 1909 seiner „Mitteilungen" mit der Beigabe einer Statistischen Korrespondenz begonnen, die zwar hauptsächlich in der Art der gleichnamigen preußischen Veröffentlichung und jedenfalls unter besonderer Berücksichtigung der bernischen und schweizerischen Statistik wirken, gelegentlich aber auch fachliterarische Besprechungen bringen soll.

Statistik der Statistischen Ämter. Die vorgenannte bernische „Statistische Korrespondenz" bringt in ihrer ersten Nummer eine auf den Angaben in Platzers Jahrbuch (D. St. Z., 1. Jahrg., Sp. 124) beruhende Statistik der Statistischen Amtsstellen, wonach es deren auf der ganzen Erde etwa 560 gibt, darunter 413 organisierte „Statistische Ämter" (242 staatliche und provinziale und 171 städtische). Von diesen 413 trifft über ein Viertel, nämlich 106, auf die Vereinigten Staaten von Amerika; dann folgt das Deutsche Reich mit 56. Auf Großbritannien, das allein 44 zählt, treffen allerdings bei Zuzählung seiner Kolonien usw. 71. Doch dürften die Ämter, die ausschließlich zur Pflege der allgemeinen, ausgelösten Verwaltungsstatistik bestimmt sind, außerhalb Europas nicht zahlreich sein.

Titelanzeigen.

4. Literatur der Statistik der Bautätigkeits- und Wohnungsstatistik des Jahres 1909.

Von Direktor Dr. H. Wolff in Halle.

Siehe die Vorbemerkungen Sp. 29 und die Erklärung der Abkürzungen Sp. 61 und 123.

Wohnungen, Die, im Kgr. Preußen (Das Gesundheitswesen d. Preuß. Staates i. J. 1907). Berlin 09. S. 227—265.
Bericht üb. d. VII. Mitgliederversammlg. des Westfälischen Vereins z. Förderung d. Kleinwohnungswesens am 19. Nov. 08 zu Hamm i. W. Münster i. W. 09.
Bautätigkeit, Gemeinnützige, i. Reg.-Bez. Cassel. Im JB. d. Soz. Museums zu Frankf. a. M. f. 08.
Jahresbericht d. Großherz. Hessischen Landes-Wohnungsinspektors f. d. Jahr 1908. Darmstadt, Jonghaus 09.
Praktische Wohnungsfürsorge in Hessen. Herausg. vom Ernst-Ludwig-Verein, Hess. Zentralverein f. Errichtung billiger Wohnungen. Darmstadt 09.
Wohnungsverhältnisse d. Arbeiter in Österreich. Bericht d. k. k. Gewerbe-Insp. üb. ihre Amtstätigkeit, Wien 09.
Die Bautätigkeit in deutschen Städten in d. Jahren 1906 u. 1907. StJdSt.
Wohnungen u. Haushaltungen in deutschen Städten nach d. Ergebn. d. Zählg. v. 1905. StJdSt.
Wohnungsmarkt, Der, in deutschen Städten während d. Jahres 1908. RABl 09.
Tretau, E., Dienstwohnungen, Wohnungsgeldzuschuß u. Mietsentschädigung an städt. Beamte u. Lehrer in deutschen Städten 1907. StJdSt.
Wohnungsaufsicht, Städt., in Augsburg. VB, Augsb. 09.
Wohnungen, Die leersteh. in Barmen, nach d. Zählg. v. 1. Dez. 08. Barmen, StA, 09.
Mangold, F., Die im Jahre 1908 im Kanton Basel-Stadt erstellten Neubauten. MStA. Nr. 16.
Mangold, Die Zählung d. leersteh. Wohnungen u. Geschäftslokale i. Basel 1908. MStA. Nr. 17.
Bautätigkeit u. Wohnungsmarkt in Berlin 1906—1908/09. MStA. Nr. 2.
Erhebung d. leersteh. Wohnungen in Berlin. StJ. Berlin 09.
Jahresbericht des Vereins z. Verbesserung d. kleinen Wohnungen in Berlin f. d. Geschäftsjahr 1908. Berlin 09.
Zählung d. leersteh. Wohnungen in Bremen im Nov. 08. Herausg. v. Böhmert, Dir. d. StA. Bremen.
Jahresbericht des Gemeinnützigen Bremer Bauvereins f. 1908. Bremen 09.
Zählung d. leersteh. Wohnungen in Bremen im Nov. 1908. MStA. 09.
Grundstücke u. Wohnungen in Breslau, deren Eigentümer, Bevölkerung u. Mieten. Breslauer St., 27. Bd. I. H.
Wohnungsaufsicht in Breslau 1907. Bresl. St. 28 Bd. 2. Bresl. 09.
Wohnungsangebot, Das, in Cassel am 18. Okt. 09. Herausg. v. StA. d. Residenzst. Cassel.
Zählung der leersteh. Wohnungen am 1. Dez. 08 u. 15. Mai 09 mit Vorbemerkg. üb. die Methode d. Statistik d. leersteh. Wohnungen. Beil. z. MonB d. StA. d. St. Charlottenburg, Juli 1909.
Wohnungsamt in der Stadt Chemnitz 1908. VB. 09.
Jahresbericht der Stiftung Heim in Chemnitz f. 1908.
Bericht üb. d. Bautätigkeit in der Stadt Cöln 1907. Anlage: Die Bautätigkeit in dtsch. Städten 1900—1907. StA.
Bericht über d. Bautätigkeit in d. Stadt Cöln während d. J. 1908 nebst Anlage: Bautätigkeit in dtsch. Städten während d. J. 1908.
Bericht über die Bautätigkeit i. d. Stadt Cöln während d. 2. Viertels 1909.
Arbeitsnachweisanstalt u. Wohnungsnachweis zu Cöln JB. u. Mitt. d. Handelsk. 1909. VII.
Grundeigentum, Wohnungen, Bautätigkeit in Dresden 1908. StJ.
Wohnungsstatistik i. Stadt Dresden. StJ. 1908. Dresden 09.
Wohnungen, Die leersteh. in Dresden am 12. Okt. 09. MonB d. StA. d. St. Dresden 09.
Einfluß der Baugesellschaften zu ungeteilter Hand auf das Dresdner Baugewerbe i. d. Jahren 1906 bis 1908. 58. Ratsdrucksache 09.
Bericht üb. die Tätigkeit d. städt. Wohnungsinspektion in Dresden i. J. 1908. Dresdn. Anzeiger 09. Nr. 124.
Geschäftsbericht d. Gem. Bauvereins Dresden 1908/09. Dresd. 09.
Zählung d. leersteh. Wohnungen i. Düsseldorf am 15. Okt. 1908. 5. Sonderbeil. z. d. StMonB. Nr. 20.
Grundbesitz u. Wohnungsverhältnisse in Elberfeld 1908. Jahrb. d. St. Elberf. Nov. 09.
Bericht üb. d. Tätigkeit d. städt. Wohnungsnachweisamts zu Essen-Ruhr in d. Zeit v. 1. April 08 bis 31. Aug. 09.
Bautätigkeit u. Wohnungsmarkt in Frankfurt a. M. StJÜ. f. 1908/09.
Bericht d. Akt.-Ges. f. kl. Wohnungen in Frankfurt a. M. üb. d. Geschäftsjahr v. 1. Jan. bis 31. Dez. 08. Frankfurt a. M. 09.
Bernhardt, A., Grundpreise d. Stadt Gera während d. letzten 50 Jahre. Mit 1 Plan u. 1 Tafel. Erlangen 09.
Wohnungsmarkt, Der, in Halle a. d. S. 1909 u. die Neuwohnungen für 1910. BzSt. H. 8 Halle a. S. 09.
Ladenwohnungen, Die, in Halle a. S. StMonB. 09. 11.
Ergebnis, Endgültiges, der Anf. Nov. 1908 i. d. Stadt Hamburg vorgenommenen Ermittelung d. Bevölkerungsstandes u. d. Wohnungsverhältnisse.
Wohnverhältnisse d. Armenbevölkerung d. Stadt Hamburg. Bl. f. d. Hamb. Armenwesen 09.

Jahresbericht d. Behörde f. Wohnungspflege f. d. Jahr 1908. Hamburg 09.
Geschäftsbericht des Bauvereins zu Hamburg für 1908. Hamb. 09.
Zählung d. leerst. Wohnungen in d. Stadt Karlsruhe am 1. Dez. 1908. BzSt. Nr. 23. Karlsr. 09.
Rosenberg, E., Grundstücks-, Gebäude- u. Wohnungszählung d. Stadt Kiel vom Dez. 1905. Kiel, städt. statist. Amt 09.
Wohnungsmarkt, Der Kieler, Mitte Okt. 09. MStA.
Grundeigentum, Gebäude u. Wohnungen i. Königsberg i. Pr. 1908. StJ., Königsberg 09.
Wohnungsverhältnisse u. vergl. Wohnungsstatistik im Stadtkreise Königshütte O.S. VB. 1898—1907.
Gebäude- und Wohnungsverhältnisse in Leipzig 1908. SA. aus dem VB. Leipzig 09.
Ergebnis, Vorläufiges, der Zählung leerstehender Wohnungen in der Stadt Leipzig am 1. Nov. 09. Leipz. StA.
Ergebnis, Vorläufiges, der Zählung leersteh. Wohnungen in den Leipziger Vorortsgemeinden am 1. Nov. 09. Leipz. StA.
Geschäftsbericht des Vereins Ostheim Leipzig f. 1908. Leipz. 09.
Wohnungsverhältnisse u. Bautätigkeit i. d. Stadt Linden. StJ. 1909.
Übersicht d. Bautätigkeit i. d. Stadt Lübeck i. J. 1908. StA.
Übersicht über die in der Stadt Lübeck Ende Okt. 1908 leersteh. Wohnungen. Lübeck, StA. 09.
Wohnungen in Magdeburg 1908. Magd. Stat. 08.
Wohnungsstatistik in Magdeburg. VB. 1908/09.
Wohnungsinspektion u. Baupolizei i. d. Stadt Mainz. VB. 1908/09.
Gebäude u. Wohnungen in Mannheim 1907. StJB. 09.
Bautätigkeit, Wohnungsmarkt u. Wohnungsaufsicht in Mannheim 1907. VB. Mannheim 09.
Wohnungsmarkt, der Mannheimer, Anf. Nov. 09. BzSt. Nr. 21.
Jahresbericht der Wohnungsinspektion d. Stadt Metz vom 1. April 07 bis 21. März 08. Straßb. i. E. 09.
Jahresbericht d. städt. Rechtsauskunftsstelle u. d. Wohnungsausweises Mühlhausen i. E. f. 1908/09. Mühlh. i. E. 09.
Wohnungen, Die leersteh., in München 1907. MStA. XXI, Bd. 09.
Zählung d. leersteh. Wohnungen in München am 7. Nov. 09. Vorbereitet u. bearb. v. Dr. A. Fiack, München, StA. 09.
Jahresbericht IX., des Vereins f. Verbesserung d. Wohnungsverhältnisse in München (E. V.). München 09.
Wohnungswesen i. d. Stadt Nürnberg 1907. VB. 07.
Hauptergebnis d. Zählung der leersteh. Wohnungen in Nürnberg am 17. bis 20. Nov. 09. Amtsbl. d. St. Nürnb. 301 v. 28. XII. 09.
Wohnhäuser f. städt. Bedienstete u. Arbeiter in Nürnberg 09. VB. 09.
Geschäftsbericht des Nürnberger Wohnungsvereins, A. G. f. 1908. Nürnb. 09.
Wohnungswesen i. d. Stadt Posen. VB. 1908/09. Posen 09.
Grundstücksaufnahme v. 16. Okt. 05 u. die Wohnungsaufnahme v. 1. Dez. 05 i. d. Stadt Schöneberg. StA. 09.
Jahresbericht III., des städt. Arbeits- u. Wohnungsamtes St. Gallen 1908/09. St. Gallen 09.
Zählung d. leersteh. Wohnungen in Straßburg i. E. am 4. bis 6. Mai 09. Beil. 8 z. d. StMonB. 09.
Wohnungsnachweis, Städtischer, in Straßburg i. E. I.—IV. Quart. 09. Beil. z. d. StMonB. 09.
Tätigkeitsbericht des Wohnungsamtes d. Stadt Straßburg i. E. f. d. Zeit v. 1. Apr. 06 bis 31. März 09. Beil. z. d. StMonB. 09.
Wohnungsstatistik der Stadt Wiesbaden 1908. StJ. d. St. Wiesbaden 08.
Bautätigkeit u. Wohnungsproduktion in Wilmersdorf i. J. 1908. Wilm. Blätter 09.
Wohnungsmarkt, Der, in Wilmersdorf im Okt. 08. Wilmersd. Bl. 09.
Geschäftsbericht f. 1908 d. Akt.-Ges. zur Erbauung billiger Wohnungen in Worms a. Rh. Worms 09.
Wohnungsmarkt, Der, in Zürich u. Umgebung Ende Nov. 08. Herausg. vom StA. d. St. Zürich, Rascher & Co.
Wohnungsnachweis, Städtischer, in Zürich 1908. Jahreszusammenst. des StA. d. St. Zürich 09.
Thoman u. Bruschweiler, Bevölkerungs- u. Wohnverhältnisse i. d. Stadt Zürich 09. Rascher & Co.
Ergebnisse der am 12. Okt. 1908 in d. Stadt Zwickau i. S. vorgenommenen Wohnungszählung. Herausg. v. Rate d. Stadt Zwickau 09.
Bericht d. deutschen Vereins f. Wohnungsreform f. 1908. Frankf. a. M. 09.
Kalkstein, W. v., Der öffentl. Wohnungsnachweis. Gautzsch, Dietrich.
Kalkstein, W. v., Die deutschen kommunalen Wohnungs- u. Arbeitsnachweise. Kommunal. Rundsch. 09.

Fragekasten.

Dr. L. R. in Z. — Eine allgemein anwendbare Bestimmung der Begriffe „vorübergehend anwesend" und „ortsfremd" ist kaum möglich. Von den behufs Entbindung in eine städtische Anstalt kommenden weiblichen Personen z. B. müßten logischerweise als ortsfremd alle jene gelten, die zur Zeit der Konzeption außerhalb der Stadt gewohnt haben. Keinesfalls darf, wie angeregt worden, die Zeit, die zwischen der Aufnahme in die Anstalt und der Entbindung liegt, Ausgangspunkt der Feststellung sein, weil diese Frist je nach den Zwecken der Anstalten wenige Tage bis mehrere Monate beträgt. — Auch der praktische Wert demographischer Nachweisungen über die in Anstalten entbundenen unehelichen Mütter kann nur ein beschränkter sein, da nur ein Bruchteil der unehelichen Geburten in Anstalten erfolgt. Über Alter, Beruf, Ordnungszahl der Entbindungen der unehelichen Mütter im ganzen aber geben die statistischen Veröffentlichungen von Berlin, Dresden und anderen Städten schon jetzt hinreichend Auskunft. In Dresden z. B. ist von 1878 bis 1909 die Zahl der Geburten, wenn man die des Anfangsjahres gleich 100 setzt, auf 166, die der unehelichen auf 192, und die derjenigen von unehelichen Müttern unter 18 Jahren, allerdings bei kleiner absoluter Zahl, auf 311 gestiegen.

Dr. J. — Der ganze Inhalt des Artikels der Arbeitsmarkt-Korrespondenz über den „Zug in die Großstadt in den Jahren 1905 bis 1909" beruht auf einem Mißverständnis. Aus den darin benutzten Bevölkerungszahlen der 325 Städte mit über 15000 Einwohnern für Ende 1909, die den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes entnommen sind, kann auf den Bevölkerungsgewinn, den diese Städte seit der letzten Volkszählung durch Zuwanderungen vom Lande erzielt haben, nicht, wie es der Verfasser tut, geschlossen werden, weil diese Zahlen nicht aus Zählungen geschöpft, sondern Schätzungen sind, die das Kaiserliche Gesundheitsamt deswegen so hoch ansetzt, weil es annimmt, daß ein großer Zustrom erfolgt sei.

Der Verfasser jenes Korrespondenz-Artikels verwechselt also eine Hypothese mit einem Beweis. Daß die Vermehrung der Städte andauernd mehr als ihr eigener Geburtenüberschuß beträgt, ist ja klar; dennoch kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die für 1909 vom Kaiserlichen Gesundheitsamt geschätzten Bevölkerungszahlen sich bei der bevorstehenden Volkszählung für die meisten Städte ebenso als viel zu hoch erweisen werden, wie es bei der Volkszählung von 1905 bezüglich der damaligen Schätzungen der Fall war.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 7 **2. Jahrgang** **1. Oktober 1910**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen“ dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen: Vermögen und Einkommen, Grundbesitz, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Versicherung, Kirchen- und Konfessionsstatistik, Wahl- und Armenstatistik, Statistische Sammelwerke, Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Alte Mannheimer Familien. Ein Beitrag zur Familienstatistik des 19. Jahrhunderts von Prof. Dr. Sigmund Schott. Mannheim und Leipzig. J. Bensheimer 1910. 3 *M*.

In einigen badischen Gemeinden besteht oder bestand wenigstens bis vor kurzer Zeit die Einrichtung der Familienregister, die in Württemberg überall eingeführt und durch die genauen Schilderungen Weinbergs in weiteren Kreisen bekannt geworden sind. In Mannheim sind solche „Familienbogen“ im Jahre 1807 angelegt und das ganze 19. Jahrhundert hindurch auf dem laufenden gehalten worden. Die hier angezeigte Schrift berichtet über einen Versuch, auf Grund dieser Familienbogen die Seßhaftigkeit der zu Beginn des Jahrhunderts in Mannheim gezählten Familien nachzuweisen. Zu diesem Zwecke wurden die zirka 4000 im Jahre 1807 aufgenommenen Familien auf Zählkarten übertragen und in den Familienbogen von Generation zu Generation verfolgt. Die Einzelfamilien an den verschiedenen Generationen wurden dann auf Zählkarten verschiedener Farbe übertragen und die Zugehörigkeit zu einer Gesamt-(Stamm-)familie durch fortlaufende Numerierung innerhalb der einzelnen Buchstaben des Alphabets aufrecht erhalten. Die Bearbeitung ermittelt zunächst, wieviele Gesamtfamilien in der I., II. usf. Generation durch Absterben oder Wegwanderung für Mannheim erloschen sind und zwar getrennt für jedes einzelne Jahr des 19. Jahrhunderts. Näherungsweise konnte überdies auf Grund älteren Materials bestimmt werden, wieviele der zu Beginn des 18. Jahrhunderts, kurz nach dem Wiederaufbau der von Mélac vollständig zerstörten Stadt, in Mannheim gezählten Familien im Jahr 1900 noch vertreten waren. Die Schrift zeigt sodann die Entfaltungsformen der Stammfamilien während des 19. Jahrhunderts auf, dadurch, daß sie für jede Gesamtfamilie die Zahl der zugehörigen Einzelfamilien in jeder Generation nachweist und die gleichartigen Entfaltungsformen zusammenfaßt. So ist beispielsweise unter den nur in dritte Generation gekommenen Stammfamilien die Form 1—1—1 (d. h. eine Familie in jeder Generation) weitaus am stärksten, demnächst die Form 1—2—1 vertreten. Die Gesamtzahl der in jeder Generation geborenen Kinder ist gleichfalls für all diese verschiedenen Formen nachgewiesen. Durch Vergleichung des Geburtsjahres von Stammvater und ältestem männlichen Nachkommen jeder Generation ergab sich der Altersabstand der Generationen, durch Vergleich des Geburtsjahres von Sohn und Enkel mit den Sterbejahren der Eltern und Großeltern das Zusammenleben der Generationen. Durch entsprechende Umformung der Tabellen und graphische Interpolation findet man, daß unmittelbar nach der Geburt des ältesten Enkelsohns die Zahl der Familien, in denen beide Großeltern noch leben, und in denen sie schon gestorben sind, sich die Wage hält, während bei den Eltern dieser Gleichgewichtszustand 33,4 Jahre nach der Geburt des

ältesten Sohnes erreicht wird. Soweit dies nach dem vorhandenen Material möglich war, wird auch die Frage nach der Vererbung von Beruf und sozialer Stellung untersucht und im ganzen „der freilich mehr gefühlsmäßige Eindruck gewonnen, daß Senkung und Hebung die Ausnahme von der Regel der Beibehaltung des sozialen Standard bilden". Ein Herabgleiten der Handwerkerfamilien infolge von übergroßer Kinderbelastung konnte freilich wiederholt vermutet werden. Den Beschluß der Schrift macht eine Nachweisung des durchschnittlichen Heiratsalters und der Kinderzahl in den während der einzelnen Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts geschlossenen ersten Ehen der Alt-Mannheimer Familien. Bemerkenswert ist der stetige Anstieg des Heiratsalters des Mannes bis 1860 und der starke Rückgang dieses Durchschnittsalters in den beiden folgenden Jahrzehnten. Bei der Fülle des Materials hat sich der Verfasser, um die leitenden Gesichtspunkte für dessen fruchtbare Verwertung zu gewinnen, wiederholt der sogenannten repräsentativen Methode bedient und je nach deren Ergebnis Kombinationen in der Bearbeitung durchgeführt oder ausgeschaltet. Obwohl das Herausgreifen irgendwelcher Buchstaben des Alphabets die notwendige Garantie für eine vollständig willkürliche Auswahl zu bieten schien, zeigten sich doch selbst hier bei genauer Nachprüfung unvermutete Fehlerquellen (z. B. bevorzugte Anfangsbuchstaben israelitischer Familien mit größerer Fruchtbarkeit), die zur Vorsicht in der Verwertung der Methode mahnten. Nicht unwesentliche Abweichungen der endgültigen Ergebnisse von den nach Durchzählung einiger Buchstaben rechnungsmäßig zu erwartenden konnten wiederholt beobachtet werden. *S. Schott.*

Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Großherzogtums Baden nach der Gebürtigkeit auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1900. Mit fünf Karten. Von Dr. H. Pfeiffer. Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde. 18. Bd. Heft 3. S. 193—358. Verlag von J. Engelhorn, Stuttgart 1909. 7 ℳ.

Die vorliegende Arbeit will zeigen, daß die Bevölkerungszusammensetzung nach der Gebürtigkeit bei größeren Gebieten und insbesondere einzelnen Gemeinwesen in engster Abhängigkeit steht von der geographischen Lage des betreffenden Ortes selbst und seiner Umgebung. Diese Arbeit verdient insoferne Anerkennung, als sie einmal das volkswirtschaftlich wichtige Thema der inneren Wanderungen vom geographischen Standpunkt aus betrachtet. Geographische Gesichtspunkte traten bisher bei dem Problem der inneren Wanderungen immer zurück, während die Aufmerksamkeit der Statistiker im wesentlichen nur auf die Abwanderung vom platten Land und auf das rasche Anwachsen der Volkszahl der großen Städte gerichtet war. Prof. Bücher ist, wie der Verfasser sagt, zuerst näher auf die Bedeutung geographischer Verhältnisse für die Wanderungen eingegangen in seiner Arbeit über die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt am 1. Dezember 1888. In der Geographie der um Basel gelegenen Gebiete findet Bücher die Erklärung für die auffallende Gestaltung des sehr dichten Zuwanderungsgebietes für Basel-Stadt. Mit dem Satze: die Bevölkerung folgt dem Laufe des Wassers ist die Gestaltung des engsten Zuwanderungsgebietes genügend erklärt. Es besteht also ein ursächlicher Zusammenhang zwischen sozialen Massen (Wandermassen) einerseits und natürlichen Ursachen (Lauf des Wassers) andererseits, eine Erscheinung, die nach von Mayr als Kausalitätsgesetz anzusprechen wäre.

Die Wanderungen erfaßt man heute statistisch so, daß man im Erhebungsformular (bzw. Haushaltungsliste) die Frage nach dem Wohn- und Geburtsort stellt, also aus Bestandsmassen Bewegungsmassen eruiert. Solches Urmaterial bildete den Ausgangspunkt für vorliegende Arbeit. Durch sehr viele private Berechnungen wurde daraus für sämtliche 1609 badischen Gemeinden die am 1. Dezember 1900 ortsanwesende Bevölkerung in 11 Gebürtigkeitszonen eingeteilt (z. B. die Gemeinde des Zählortes, der übrige Teil des Amtsbezirkes der Zählgemeinde als Einheit, das übrige Baden und die angrenzenden Staaten jeder für sich als Einheit). Die Arbeit konnte natürlich den Einfluß geographischer Verhältnisse auf die Zusammensetzung der Bevölkerung nur dann richtig erkennen, wenn das Land in geographisch möglichst für sich abgeschlossene Einheiten geteilt wurde (z. B. Odenwald, Rheinebene). Und indem der Verfasser in jeder Gemeinde dieser die Bevölkerungszusammensetzung nach der Gebürtigkeit zahlenmäßig feststellte, wurde der Einfluß geographischer Verhältnisse in seiner vollen Bedeutung erkannt. Daß auch die Einwanderung nach Baden stets streng abhängig ist von den natürlich-geographischen, nicht aber politischen Verhältnissen, bekunden die vom Verfasser zu dem Zwecke gemachten Ausführungen.

So befriedigend auch im allgemeinen die fleißige Arbeit textlich ausgefallen sein mag, auf den Karten kann das Auge des Statistikers ohne Bemerkung nicht verweilen. Der Zweck statistischer Karten ist doch, schnell mit dem Auge sich über eine Menge von Zahlenverhältnissen in detailgeographischer Lagerung ein gutes Bild zu verschaffen. Von den 5 Karten dieser Arbeit läßt sich das nicht behaupten. An dieser Technik kann die Kritik nicht stumm vorbeigehen. Zunächst sind verschieden große Gruppenabstufungen gebildet bei den einzelnen zur Darstellung gebrachten Größenklassen, wie z. B. (Karte III) 0—1 %, 1—3 %, 3—5 %, 5—10 %, 10 und mehr % geborene Bayern unter den ortsanwesenden Einwohnern. Es sollten doch immer nur gleich große Gruppen gebildet werden der Übersichtlichkeit wegen. Bei Karte I, die den Prozentanteil der Ortsgebürtigen an der Bevölkerung darstellt, müßte Stufe I: unter 50 % streng genommen in mehrere Gruppen zerlegt werden, da es doch, wie der Text (z. B. Seite 310) verrät, Gemeinden gibt, welche große Unterschiede unter sich aufweisen, was aber bei dieser Zusammenwerfung in einen Topf nicht zur Geltung kommt (in Rastatt waren z. B. von je 100 Einwohnern 27,19, in Mannheim 39,99, in Durlach 49,91 Ortsgebürtige). Und weiter ist die Schraffierung ohne Verwendung von Farben insoferne verfehlt, als die schnelle und klare Orientierung darunter leidet. Wie übersichtlich könnte z. B. auf Karte V die in Hessen und in der Schweiz geborene in Baden anwesende Bevölkerung durch

Verwendung der Farbe rot (Hessen) und grün (Schweiz) unter Ergänzung von entsprechender Schraffur für die stärkere Beteiligung graphisch dargestellt werden, während so ohne Heranziehung von die Übersicht erleichternder Farbe die schwarze vielgestaltige Schraffur auf weißem Grunde nur Verwirrung anrichtet. *E. Müller.*

II. Bewegung der Bevölkerung.

Die Sterblichkeit im 1. Lebensmonat. Ein internationaler, statistischer Vergleich. Von Dr. med. E. Roesle, Dresden. Zeitschr. f. Soz. Medizin, Säuglingsfürsorge u. Krankenhauswesen, V. Bd. Heft 2, 1910. 62 S.

Um die andauernd hohen Unterschiede der Säuglingssterblichkeit in den verschiedenen Staaten richtig beurteilen zu können, ist es nötig, die Entstehung dieser Unterschiede vom 1. Lebenstage ab zu verfolgen. Wie aus dieser Untersuchung, die sich über die speziellen Sterblichkeitsverhältnisse des 1. Lebensmonats in dem Jahrfünft 1901—05 erstreckt, hervorgeht, haben die Länder mit hoher Gesamtsäuglingssterblichkeit auch die höchsten Sterbeziffern im 1. Lebensmonat aufzuweisen (Ungarn, Bayern, Österreich, Württemberg, Rußland, Sachsen, Baden), während umgekehrt die Länder mit niedrigster Säuglingssterblichkeit auch durch die niedrigste Sterblichkeit im 1. Monat sich auszeichnen (Finnland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Australischer Staatenbund, Neu-Seeland), so daß wir in der verschieden hohen Sterblichkeit des 1. Lebensmonats, die 25—50 % der Säuglingssterblichkeit ausmacht, das hauptsächlichste Moment für die Entstehung der Unterschiede im 1. Jahre zu suchen haben. Die Ausgleichung der Verschiedenheiten der Gesamtsäuglingssterblichkeit geht vornehmlich im 1. Lebensmonat vor sich, denn es ergab sich, daß die Abnahme der Sterbeziffern des 1. Lebensmonats in den letzten 25 Jahren in den Staaten mit höchster Säuglingssterblichkeit am größten war, so daß sich die Erfolge in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit meist auf den 1. Lebensmonat erstrecken. (Wirkung der Wöchnerinnenfürsorgegesetze). Der Ablauf der Sterblichkeit in den ersten 30 Lebenstagen läßt erkennen, daß die Unterschiede schon in den ersten Lebenstagen beginnen und sich namentlich in der 2. Dekade vergrößern, in welcher besonders die Ziffern der deutschen Staaten wieder ansteigen. Die Unterschiede im Sexualverhältnis sind in den ersten 5 Lebenstagen am größten, in welcher Lebenszeit mit einer auffallenden Regelmäßigkeit auf 100 Sterbefälle der Mädchen 132 der Knaben treffen. Die Unterschiede zwischen der Sterblichkeit der ehelich und unehelich Geborenen sind in der 1. Dekade am geringsten und erhöhen sich erst, wenn das Neugeborene der Obhut der Mutter allein anvertraut wird. Der raschere Rückgang der Säuglingssterblichkeit in den Städten wird uns speziell durch die Sterbeziffern des 1. Lebensmonats in Stadt und Land verständlich, die schon in diesem Monat in den Städten — namentlich bei den Ehelichen — infolge der größeren Fürsorge und häufigerer Inanspruchnahme der Ärzte fast durchweg niedriger sind als auf dem Lande. Die geringe Bedeutung, die dem Einfluß der sozialen Faktoren auf die Sterblichkeit im 1. Lebensmonat zukommt, konnte wenigstens aus einer Arbeit über die diesbezüglichen Verhältnisse in Sachsen nachgewiesen werden. Was den jahreszeitlichen Ablauf der Sterblichkeit anbetrifft, so tritt schon im 1. Lebensmonat, ja sogar in der 1. Woche der sog. Sommergipfel in Sachsen und Dänemark, wo derartig detaillierte Auszählungen vorgenommen werden, deutlich zutage, jedoch mit solchen Unterschieden, daß wir daraus schließen können, daß die Mehrsterblichkeit in Sachsen allein auf dem anormalen Anstieg in den Sommermonaten beruht. Über die Todesursachen im 1. Monat liegt nur von der Schweiz, Italien und Dänemark (Städte) verwertbares Material vor. Nach der „angeborenen Lebensschwäche" spielen schon in diesem Monat die Krankheiten der Verdauungsorgane die Hauptrolle, die in allen drei Ländern merkwürdigerweise die gleiche Höhe erreichen. Den Schluß bildet eine Zusammenstellung der jedem der betrachteten 26 Länder eigentümlichen Verhältnisse mit Berücksichtigung der verschiedenen Totgeburtenerhebung, auf deren Einzelheiten hier natürlich nicht eingegangen werden kann.

E. Roesle.

Die ehelichen Geburten in den Jahren 1898 und 1908. Von Regierungsrat Dr. Georg Lommatzsch. Zeitschrift des K. Sächs. Statist. Landesamts. Jahrg. 1910. S. 143—161.

Der seit etwa 20 Jahren beobachtete Rückgang der relativen Geburtenziffer im Deutschen Reiche gab Veranlassung, bezüglich der gleichen und im erhöhten Maße bemerkbaren Erscheinungen im Königreich Sachsen eine Untersuchung anzustellen, die sich, unter Ausschaltung aller sozialen, wirtschaftlichen, sanitären usw. Momente lediglich auf die Ergebnisse der Geburtenstatistik selbst bezieht.

Sie stützt sich auf die in den standesamtlichen Geburtenkarten enthaltenen Angaben betreffs des Berufs, bzw. der Berufsstellung des Vaters und der Ordnungszahl der mütterlichen Niederkünfte bei den ehelichen Geborenen, sowie betreffs der bis zur Geburt des Kindes verflossenen Ehezeit der Eltern unter Berücksichtigung von neun auserwählten Verwaltungsbezirken Sachsens, in denen der Geburtenrückgang ein besonders großer war oder die sonst als geeignete Untersuchungsobjekte anzusehen waren.

Durch eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Jahre 1898 und 1908 und durch Kombination der vorerwähnten drei Gesichtspunkte gelangt der Verfasser zu nachstehenden Schlußfolgerungen: 1. Die Geburtenziffer sank bei allen Berufsarten bez. Berufsstellungen des Vaters; weniger bemerkbar war dies bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der freien Berufsarten, wie auch im allgemeinen bei den mittleren Beamten und Privatangestellten in Industrie, Handel und Verkehr, dagegen fand eine stark relative Geburtenabnahme bei den Handwerkern und Arbeitern ohne nähere Bezeichnung statt. 2. Diese Abnahme spricht sich durch eine Verminderung der Geburten bei einer Niederkunft höherer Ordnungszahl der Mutter aus, d. h. durch eine Innehaltung des Standards einer mittelgroßen Zahl gleichzeitig lebender Kinder

in einer Familie. 3. Es zeigt sich eine größere zeitliche Zurückhaltung in bezug auf die Zeugung ehelicher Kinder, es erhöhen sich die zeitlichen Intervalle zwischen zwei Geburten derselben Ehe, die Zahl der gleichzeitig geborenen Kinder hat dadurch abgenommen; mit der steigenden Ordnungszahl der mütterlichen Niederkunft und mit der Verlängerung der bis zur Geburt verflossenen Ehezeit der Eltern tritt diese Erscheinung noch deutlicher hervor.

Nach einer kurzen Besprechung der Verhältnisse in den einzelnen neun berücksichtigten Verwaltungsbezirken und der beobachteten Totgeburtenziffer tritt der Verfasser in einem Schlußworte den oft allzu pessimistischen Befürchtungen entgegen, die bezüglich einer gedeihlichen Entwicklung des Bevölkerungsstandes infolge dieser Geburtenabnahme in wissenschaftlichen Fachzeitschriften und auch in der Tagespresse laut geworden sind. Er erinnert hierbei als Gegenbeweis an die Tatsache einer immer noch ansehnlichen Vermehrung der Bevölkerung Sachsens durch den alljährlichen Geburtenüberschuß und u. a. an ähnliche, in den Jahren von 1876—1890 beobachtete Erscheinungen in einigen süddeutschen Staaten, denen später recht befriedigende Ergebnisse der Geburtenstatistik wieder gefolgt sind.

G. Lommatzsch.

Säuglingssterblichkeit in Charlottenburg, Groß-Berlin und in den deutschen Großstädten in den Jahren 1905—1909. Mit graphischen Darstellungen. Beilage zum Monatsbericht des Statistischen Amts der Stadt Charlottenburg vom Mai 1910.

In den Tabellen werden für Charlottenburg, Groß-Berlin (Berlin mit 20 Vororten) und die anderen 38 Großstädte des Deutschen Reichs die zur Beurteilung der Kindersterblichkeit erforderlichen Grundlagen mitgeteilt. Insbesonders ist der Umfang der Sterblichkeit an Magenkatarrh, Magendarmkatarrh und Brechdurchfall zahlenmäßig zur Feststellung gelangt, für das Jahr 1909 auch der Einfluß der Sommermonate. Die Geburtenfrequenz, die allgemeine Sterblichkeit, sowie die Häufigkeit unehelicher Geburten finden ebenfalls Berücksichtigung. Überall ist neben dem Rückgang der Geburtenfrequenz und der allgemeinen Sterblichkeit eine Abnahme der Kindersterblichkeit ersichtlich. Der Rückgang der allgemeinen Sterblichkeit erfolgt infolge der Abnahme der Kindersterblichkeit. In den einzelnen Städten hat in dem zur Betrachtung herangezogenen Zeitraume die Kindersterblichkeit eine verschieden intensive Abnahme erfahren, die stärkste in Dresden (37,7 %), Elberfeld (35,3 %), Barmen (34,2 %) und Bremen (32,6 %), die geringste in Crefeld (1,2 %) und Gelsenkirchen (5,6 %), Orte, in denen in den beiden Grenzjahren 1905 und 1909 die Sterblichkeitsziffer für Kinder im 1. Lebensjahre übrigens an sich nicht sonderlich hoch war. Die niedrigste Sterblichkeit ist 1909 in Barmen (9,41 %), Elberfeld (10,40 %), Cassel (10,83 %), Schöneberg (11,77 %), Bremen (12,02 %), Charlottenburg (12,11 %), Frankfurt (12,37 %) und Wiesbaden (12,78 %) anzutreffen, die höchste in Danzig (20,01 %), Chemnitz (20,22 %), Breslau (21,21%) und Stettin (21,28 %). Die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge erhebt sich in Charlottenburg 1909 um 66 %, in Groß-Berlin um 58 %, in den deutschen Großstädten zusammen um 55 % über das Gesamtniveau. Einen unverkennbaren Rückgang zeigt der prozentuale Anteil der Sterbefälle an Magenkatarrh, Magendarmkatarrh und Brechdurchfall, in Charlottenburg von 33,68 % auf 19,28 %, in Groß-Berlin von 41,93 % auf 29,93 % beim Vergleich der beiden Grenzjahre 1905 und 1909. In den deutschen Großstädten schwankt dieser Anteil innerhalb der 5 Jahre zwischen 40,61 % im Maximum und 34,40 % im Minimum. Das Verhältnis der Sommersterblichkeit zu der des ganzen Jahres ist für Charlottenburg und Berlin 1901 bis 1909, für 8 weitere Großstädte (Hamburg, München, Dresden, Breslau, Cöln, Königsberg, Schöneberg und Barmen) neben der monatlichen Sterblichkeit dargestellt. Diese Verhältniszahlen lassen erkennen, daß in der Mehrzahl dieser Städte die Sterblichkeit der Sommermonate sich dem Jahresdurchschnitt mehr und mehr nähert, d. h. daß der Einfluß der wärmeren Jahreszeit auf die Kindersterblichkeit mehr oder minder stark paralysiert ist, wohl nicht in letzter Linie infolge der vielerorts bestehenden Einrichtungen der Säuglingsfürsorge. Zahlen für das Reich und die einzelnen Bundesstaaten sowie einige außerdeutsche Großstädte sind zur Ergänzung beigefügt. *F. Winkler.*

Der Fremdenverkehr in den deutschen Großstädten (1907, 1908, 1909). Beilage 2 zu den Statistischen Monatsberichten der Stadt Straßburg für das Jahr 1910.

Dem Fremdenverkehr wird in neuerer Zeit außer in den eigentlichen Fremden- und Bäderstädten auch in den Großstädten eine erhöhte Beachtung geschenkt. Mit Hilfe der städtestatistischen Ämter und einiger Verkehrsvereine war es möglich, eine Zusammenstellung des Fremdenbesuches in 25 deutschen Großstädten zu erlangen.[1]) Es handelt sich dabei um die in Hotels und Gasthäusern abgestiegenen Fremden, deren Namen der Polizei gemeldet wurden. Natürlich sind damit nicht alle Fremden erfaßt; in vielen Städten, je nach einer dem Fremdenverkehr günstigen Lage, bedeuten die hier ermittelten Zahlen gegenüber dem Tagesverkehr nur einen kleinen Teil der Besucherzahl. Immerhin gibt die vorliegende Statistik einen gewissen Anhalt, die Städte hinsichtlich des Fremdenverkehrs miteinander zu vergleichen. Als eine auffallende Erscheinung muß es bezeichnet werden, daß auch die Großstädte im Sommer ihre Hauptfremdenzeit haben. Das Ziel der Sommerreisen ist wohl in den meisten Fällen ein ländlicher Ort, wobei aber auch die zu streifenden Großstädte besichtigt werden.

In den meisten Städten weist der Juli oder August die größte, der Dezember die kleinste Fremdenzahl auf. Mit dem Volkszählungstermin am 1. Dezember ist man also auch für die Großstädte auf dem richtigen Wege und die Volkszählungs-

1) Das gleiche Thema behandelt Paul Damm-Etienne im Jahrbuch des Fremdenverkehrs 1909, Verlag von Roether, Darmstadt.



ergebnisse bedeuten danach für die Städte keine Maximalzahlen der ortsanwesenden Bevölkerung.

Auf die Einwohnerzahlen berechnet treffen die meisten Fremden auf 100 Einwohner in Wiesbaden, Mainz und Freiburg, die wenigsten in Charlottenburg.

Die wenigsten Städte nehmen eine Auszählung nach Deutschen und Ausländern vor. Unter diesen Städten steht Straßburg als Fremdenstadt für Ausländer mit 24,4 % aller Fremden an der Spitze, nach Straßburg folgen Hamburg mit 18,1 %, Wiesbaden mit 18 %, Berlin mit 17,7 %, Leipzig mit 11,9 %, Posen mit 9,4 %, Düsseldorf mit 8,3 %, und Hannover mit 4,6 % ausländischen Fremden.

K. Eichelmann.

Zuzug und Fortzug in Halle a. S. in den Jahren 1907/09. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. März 1910.

An Stelle der großen Wanderungen über See, der Auswanderungen, welche die Jahrzehnte von 1840—1880 bzw. 1885 kennzeichneten, vollzog sich in den letzten 3 Jahrzehnten eine Verschiebung der Bevölkerung innerhalb der Staatsgrenzen, vom Lande in die Städte. Der Umfang dieser Wanderungen läßt sich daraus ersehen, daß in den 20 größten deutschen Städten im Jahre 1906 die Anzahl der Zugezogenen rund 1 423 000, die der Fortgezogenen 1 100 000 betrug. Läßt man das Verhältnis der Einwohnerzahl dieser 20 Städte zur Bevölkerung des Reiches als Maßstab gelten, so würde die gesamte Wanderungsbewegung durch Zuzug und Fortzug im Deutschen Reich auf 20 000 000 Wanderungsakte anzunehmen sein, d. h. es gibt Orte im Deutschen Reich, bei denen jährlich auf 1000 Einwohner bis 300, ja 400 Zuzüge und annähernd ebensoviel Fortzüge stattfinden. In Halle ergaben sich auf 1000 Einwohner

	1907	1908	1909
Zuzüge	207	190	194
Fortzüge	188	199	190

Es entfallen demnach jährlich auf 1000 Einwohner etwa 200 Zu- und fast ebensoviele Fortzüge. Der Wanderungsgewinn bzw. Verlust läßt die schwankenden wirtschaftlichen Verhältnisse namentlich des Jahres 1908 unverkennbar hervortreten. Auf das weibliche Geschlecht entfallen auf 1000 Wandernde nur 42—43 %. Bei der Beobachtung der Wanderungen nach den einzelnen Monaten zeigt sich im März, April und Oktober der Einfluß der Universitätsferien. Der Dezember bringt die Rückwanderung der Saisonarbeiter, die dann im Februar zurückkehren. Die Ausscheidung der Wandernden nach dem Beruf zeigt vor allem den Rückgang der landwirtschaftlichen Wanderbevölkerung infolge der fortschreitenden Industrialisierung der Stadt Halle.

M. Rusch.

III. Todesursachenstatistik.

Luftdruckschwankungen als Ursache der plötzlichen Todesfälle an Altersschwäche, auch an Herz- oder Gehirnschlag. Von Dr. med. Radestock in Dresden. Zeitschrift f. Soziale Medizin, Säuglingsfürsorge u. Krankenhauswesen, Jahrg. 1910, 5. Band.

Nach einleitenden Bemerkungen über die besondere Zuverlässigkeit der Todesursachenstatistik im Kgr. Sachsen, welche durch einen hohen Prozentsatz ärztlich beglaubigter Todesursachen sich auszeichnet, weist der Verfasser darauf hin, daß bis zum Jahre 1903 zu den Todesfällen an Altersschwäche auch die Sterbefälle derjenigen über 60 Jahre alten Personen gerechnet wurden, deren sekundäre Todesursache in Herzschlag oder Gehirnschlag bestand. Da nun überhaupt bei den Todesfällen an Altersschwäche der Tod fast immer unter den Erscheinungen eines Herzschlages eintritt, sei es statthaft, in eine Untersuchung der plötzlichen Todesfälle auch die Sterbefälle an Altersschwäche einzubeziehen. Die Todesursachenstatistik der Jahre 1892 bis 1897 mit insgesamt 150 576 Sterbefällen an Altersschwäche bzw. Herz- oder Gehirnschlag ergab nun, daß derartige plötzliche Todesfälle am häufigsten in den Monaten Januar, März und Dezember, verhältnismäßig selten in den Monaten September, August und Oktober sind. Durch eingehendes Studium der Meteorologischen Jahresberichte für das Königreich Sachsen auf die Jahre 1892 bis 1907, u. a. auch mit Hilfe vergleichender Kurven, fand der Verfasser, daß die Monate Januar, März und Dezember (in derselben Reihenfolge) die meisten Tage mit raschen und starken Luftdruckschwankungen (Fallen des Barometers binnen 24 Stunden um 5 und mehr mm) haben, die Monate September, August, Oktober die wenigsten Tage mit solchen Barometerfällen. Da irgendwelche Beziehung der plötzlichen Todesfälle auf die Lufttemperatur oder andere Witterungsverhältnisse mit Bestimmtheit auszuschließen ist, auch ein ursächlicher Zusammenhang mit Alkoholgenuß, Ernährungsweise und dergl. nicht statistisch nachweisbar war, sind derartige Luftdruckschwankungen einzig und allein als Ursache der plötzlichen Todesfälle (außer Selbstmord, Verunglückung, Tötung durch fremde Hand) anzusehen.

Da die bisherigen Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Krankheit bez. Sterblichkeit und Witterung sich entweder nur auf die allgemeinen Witterungsverhältnisse und die Jahreszeit, oder im einzelnen auf Luftfeuchtigkeit, Luftwärme, Niederschläge, Sonnenwirkung, Windstärke bez. Windrichtung erstreckten, auf den Luftdruck aber nicht näher eingingen, dürften die vorliegenden Untersuchungen, welche eben die Luftdruckverhältnisse zu einer eingehenden Beleuchtung der Todesursachenstatistik verwenden, als neu und eigenartig zu bezeichnen sein.

Schließlich wird in der vorliegenden Arbeit darauf aufmerksam gemacht, daß die in den Statistischen Jahrbüchern der deutschen Bundesstaaten veröffentlichten Ergebnisse der Medizinal- und Todesursachenstatistik seitens der Ärzte zu wenig beachtet würden, obwohl sie geeignet seien, noch manches medizinische Problem lösen zu helfen.

G. Radestock.

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Der Wohnungsmarkt in Leipzig. Die Zählung der leerstehenden Wohnungen am 1. November 1909 und die



Bautätigkeit im Jahre 1909 bearbeitet vom Statistischen Amte der Stadt. 1910. 38 S.

Seit dem Jahre 1889 zählt das Statistische Amt der Stadt Leipzig jedes Jahr einmal die leerstehenden Wohnungen und Geschäftsräume und zwar gewöhnlich am 1. November. Nur in den Jahren der Volkszählung ist bisher an einem anderen Tage gezählt worden, nämlich 1890 am 1. Dezember, in den übrigen Volkszählungsjahren in der ersten Hälfte des Oktober bei Gelegenheit einer Vorerhebung für die Zwecke der Volkszählung. Auf Ersuchen des Statistischen Amtes zählen seit einer Reihe von Jahren auch die Vororte der Stadt Leipzig an demselben Tage wie in Leipzig die leerstehenden Wohnungen und Gewerbsräume. Die Ergebnisse werden vom Statistischen Amte mit bearbeitet und veröffentlicht.

Aus den Ergebnissen der Zählungen, die die Schrift mitteilt, sei hier erwähnt, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen in Leipzig seit dem Jahre 1905 ständig gesunken ist, und zwar von 4719 (3,96% der vorhandenen Wohnungen) auf 3201 (2,63%), 1911 (1,55%), 1557 (1,25%) auf 1490 (1,18%). Gliedert man die Wohnungen nach ihrer Größe in kleine (1—3 Wohnräume) und mittlere und große Wohnungen, so sind die leerstehenden von 1906 bis 1909 zurückgegangen bei den kleinen von 2,09 auf 0,80%, bei den mittleren und großen von 2,77 auf 1,28%.

Faßt man, um ein noch genaueres Bild der vorliegenden Verhältnisse zu bekommen, die Wohnungen zusammen, die für den Leipziger Wohnungsmarkt am meisten in Frage kommen, das sind die Wohnungen mit 1—5 Wohnräumen oder die Wohnungen mit 1—4 heizbaren Zimmern, so ergibt sich, daß von den Wohnungen mit 1—4 heizbaren Zimmern 1909 nur 876 = 0,85% der vorhandenen Wohnungen dieser Größe und von den Wohnungen von 1—5 Wohnräumen 874 = 0,87% leerstanden, während dagegen von den Wohnungen mit 5 und mehr heizbaren Zimmern 2,05—3,95% und von den Wohnungen mit 6 und mehr Wohnräumen 2,05—2,94% unbesetzt waren. Die Verhältnisse auf dem Leipziger Wohnungsmarkt lagen also am 1. November 1909 recht ungünstig, was natürlich in erster Linie zur Folge hat, daß die Wohnungsmieten, die in Leipzig gefordert werden, ständig steigen. Es betrug der Durchschnittsmietpreis der leerstehenden Wohnungen, ohne die mit Geschäftsräumen untrennbar verbundenen, für eine ganze Wohnung 1904 515 M., 1908 853 M., 1909 818 M., für ein heizbares Zimmer (auch die Küche als solches gezählt) in diesen 3 Jahren 139, 183, 179 M., für einen Wohnraum 109, 151, 148 M.

Weiter hat der Wohnungsmangel zur Folge, daß der Wohnungsverbrauch ständig gesunken ist. Aus den Zahlen über die leerstehenden Wohnungen und über die Neubauten und Abbrüche ergibt sich nämlich, daß sich der Wohnungsverbrauch in Leipzig wie folgt gestaltet hat: 1905—06 3866, 1906—07 2861, 1907—08 2000, 1908—09 1672 Wohnungen. Das ist aber natürlich bei einer Stadt wie Leipzig, die sich die letzten Jahre unter im allgemeinen normalen wirtschaftlichen Verhältnissen entwickelt hat, nicht auf eine Verminderung des Wohnungsbedarfs zurückzuführen, sondern lediglich darauf, daß den Mietlustigen in vielen Fällen die Möglichkeit gefehlt hat, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu finden. In der Tat zeigen denn auch die Zahlen über den Zu- und Abzug der Bevölkerung und vor allem die Zahlen über die Entwicklung des Wohnungsmarktes in den Leipziger Vororten, daß die Leipziger Bevölkerung in den letzten Jahren stark nach den Vororten abgewandert ist.

Der Grund des Wohnungsmangels ist in der zu geringen Bautätigkeit zu suchen, wie das schon in den Jahren vorher der Fall gewesen ist. Und hierfür liegt der Grund wiederum in der Schwierigkeit, die nötigen Baugelder und Hypotheken zu beschaffen. Eine nennenswerte Besserung ist in dieser Beziehung bisher nicht festzustellen gewesen. *P. Weigel.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Viehpreise auf den Schlachtviehmärkten. Seit 1910 fortlaufend in der „Statistischen Korrespondenz" des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts (unter den „Amtlichen Preisberichten").

Seit Beginn des laufenden Jahres werden dem Königl. Statistischen Landesamte auf sein Ersuchen von den Verwaltungen der Vieh- und Schlachthöfe in 14 preußischen Großstädten regelmäßig die amtlichen Berichte über die dort an den einzelnen Markttagen notierten Schlachtviehpreise übermittelt, und zwar für Ochsen, Bullen, Färsen (Kalben) und Kühe, Fresser, Kälber, Schafe und Schweine mit den üblichen Schlachtwertklassifizierungen, insbesondere für die Schweine auch mit Gewichtsunterscheidungen. Aus diesem Material sind erstmalig die Spannungspreise für je 50 kg in einer die Monate April, Mai und Juni d. J. umfassenden Zusammenstellung veröffentlicht worden; vom Juli 1910 an werden solche Preisberichte monatlich gebracht. Die Zahl der Berichtsorte wird voraussichtlich eine Vermehrung erfahren; auch sollen später die Viehpreisberichte durch Mitangabe der Auftriebszahlen ergänzt werden und mindestens halbmonatlich erscheinen. Die Vergleichbarkeit der Preisangaben läßt wegen der Verschiedenartigkeit der Preisnotierung zu wünschen übrig. Bis 1. Juli d. J. notierten nämlich 7 Städte (Danzig, Berlin, Posen, Breslau, Magdeburg, Frankfurt a. M. und Cöln) nach Lebendgewicht, Cöln aber Schafe nach Schlachtgewicht, dagegen Hannover, Düsseldorf und Aachen nur nach Schlachtgewicht, Dortmund, Essen und Elberfeld Kälber und Kiel Schweine nach Lebendgewicht, im übrigen nach Schlachtgewicht. Seit 1. Juli wird in Dortmund auch nach Lebendgewicht notiert. Von einer Umrechnung der mitgeteilten Schlachtgewichts- in Lebendgewichtspreise ist wegen der ziemlich allgemein anerkannten Unzulänglichkeit der gebräuchlichen Umrechnungsmethode abgesehen worden.[1]) Auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Februar 1909, betreffend die Preisfeststellung

1) Gewöhnlich beruht nämlich der eingestellte Preis für den Schlachtgewichtszentner nicht auf der Verwiegung des Tieres in geschlachtetem Zustande, sondern auf der „nach Griff und Blick" erfolgten Schätzung der Schlachtausbeute.



beim Markthandel mit Schlachtvieh, zu erwartende Preisfeststellungsordnungen dürften der wünschenswerten Notierung nach Lebendgewicht in weiteren Marktorten Eingang verschaffen.

Im allgemeinen zeigen die Preise für Rindvieh und Schafe in den Monaten April bis Juni eine Aufwärts-, die für Kälber und noch mehr die für Schweine eine Abwärtsbewegung. Demgegenüber haben die Kalbfleischpreise im zweiten Vierteljahr 1910 fast durchweg — wenn auch nicht so bedeutend wie die Rind- und Hammelfleischpreise — angezogen, während die Schweinefleischpreise in derselben Zeit in Übereinstimmung mit der Viehpreisbewegung ganz überwiegend zurückgegangen sind. *F. Kühnert.*

X. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Die Elektrizitätswerke im Deutschen Reiche. Nach den Veröffentlichungen des Verbands Deutscher Elektrotechniker in Berlin.

Im Verlag der Firma Julius Springer, Berlin N. 24, ist nunmehr die Nachtrags-Statistik der Elektrizitätswerke nach dem Stande vom 1. April 1910 erschienen. Sie bildet eine Ergänzung zu der Statistik vom 1. April 1909 und gibt Aufschluß über Stromart und Betriebskraft, über die Anzahl der angeschlossenen Glühlampen, Bogenlampen und Motoren, über die Leistungsfähigkeit und das investierte Kapital. Ferner enthält die Statistik Hinweise auf den Charakter des Ortes. In einem besonderen Abschnitte sind dann die Werke nach Provinzen und Regierungsbezirken geordnet. In einem weiteren Teile werden alle mit Strom versorgten Orte namentlich aufgeführt. Die Ergebnisse werden am Schlusse zusammengefaßt. So ergibt denn diese Statistik ein gutes Bild über den Stand und die Bedeutung der deutschen Elektrizitätswerke. Es bestehen heute rd. 2500 Elektrizitätswerke, welche insgesamt rd. 6500 Orte mit Elektrizität versorgen. Die Leistungsfähigkeit der jetzt bestehenden Werke beträgt rd. 1400000 Kilowatt (rd. 1600000 Pferdekräfte). Der Anschlußwert an Glühlampen, Bogenlampen, Motoren, Heiz- und Kochapparaten beläuft sich auf annähernd 2150000 Kilowatt. Unter den Elektrizitätswerken befinden sich allein 100 mit einer Leistung von mehr als 2000 Kilowatt. Man ersieht hieraus, wie außerordentlich das Bestreben nach Konzentration der Elektrizitätskräfte durchgedrungen ist. Ungefähr ²/₃ aller Werke befindet sich im Privatbesitz, während ¹/₃ den Städten oder dem Staat gehört.

Die Statistik wird jedes Jahr neu aufgestellt und die neuen Ergebnisse den früheren gegenübergestellt. *G. Dettmar.*

XI. Handels- und Verkehrsstatistik.

Schiffsunfälle deutscher Seeschiffe im Jahre 1908. Nach: Stat. d. D. Reichs, Bd. 225 (vgl. Sp. 109 u. 145).

Der Teil II der Seeschiffahrtsstatistik, der die Schiffsunfälle behandelt, hat die stärksten Änderungen erfahren. Während die früheren Erhebungen sich auf die Schiffsunfälle an der deutschen Küste und die Verunglückungen deutscher Seeschiffe (Totalverluste) beschränkten, gelangen jetzt neben den Küstenunfällen die Schiffsunfälle deutscher Seeschiffe zur Darstellung. Zu diesen Zwecken wurde bestimmt, daß für jeden Schiffsverlust oder Unfall anderer Art vom Reeder oder Schiffsführer eine Zählkarte auszufertigen ist, die der Reeder an die zuständige Behörde seines Heimatsstaates abzuliefern hat. Im Kaiserlichen Statistischen Amt wird eine Kontrolle hinsichtlich der Vollständigkeit des Materials durch eine Vergleichung mit den Seeamtssprüchen und mit den Seeberichten der Hamburger Presse und der Fachzeitschriften ausgeübt.

Die Nachweisung der Schiffsunfälle von Schiffen aller Flaggen an der deutschen Küste hat insofern eine Änderung erfahren, als nur die Wasserflächen als Küstengewässer anzusehen sind, die innerhalb einer in 10 Seemeilen Abstand von der Niedrigwasserlinie gezogenen Linie liegen. Nach den alten Bestimmungen rechnete man die Küstengewässer bis zu 20 Seemeilen Entfernung von der Küste.

Um ein zutreffendes Bild der Gefahren zu geben, welche die eigentliche Küste verursacht, galt es, die zahlreichen Unfälle in Flüssen und Häfen auszuscheiden. Hierdurch wurde gleichzeitig eine Annäherung an die Schiffsunfallstatistik Englands erzielt. Zu dem Zwecke wurde folgende Tabelleneinteilung gewählt: I. Schiffsunfälle an den Küsten und auf See, II. Schiffsunfälle in Flüssen, Häfen und sonstigen Binnengewässern, III. Unfälle deutscher Schiffe aller Arten auf See und in Binnengewässern. Um ferner die Gefahrenhäufigkeit der Seeschiffe auf großer Fahrt richtig darzustellen, wurde die Untergliederung nach deutschen Seeschiffen von 200 cbm Bruttoraumgehalt und darüber, solchen von weniger als 200 cbm, Seeleichtern, Seefischereifahrzeugen und Fluß- und anderen Fahrzeugen vorgenommen. Hierbei wurden noch die fremden Schiffe und die deutschen Seeschiffe überhaupt gegeben. Die einzelnen Gruppen sind dann weiter zerlegt nach Zahl und Ort der Unfälle, nach Heimat, Größe, Alter, Ladung und Klassifikation der Schiffe, nach Ursachen und Örtlichkeiten der Unfälle, sowie nach Lebensverlusten.

In einer Übersicht IV sind die Lebensrettungen dargestellt. Die Nachweisungen erstrecken sich auf 444 Schiffsunfälle an der deutschen Küste, von denen jedoch nur 136 auf die eigentliche Küste entfielen, und auf 432 Schiffsunfälle deutscher Seeschiffe.

An das Tabellenwerk schließt sich das beschreibende Verzeichnis der Schiffsunfälle. Ferner sind der Veröffentlichung 2 Wrackkarten beigegeben. Der Text bietet Vergleichszahlen und weitere Gruppierungen, Prozentberechnungen und bespricht die Entscheidungen der Seeämter. *C. Meisinger.*

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Die neuen Einleger der badischen Sparkassen im Jahrzehnt 1897/1906. Statist. Mitt. ü. d. Großh. Baden. Bd. XXIV Jahrg. 1907 Nr. 14.

Im Großherzogtum Baden hat während des Jahrzehnts 1897—1906 eine Berufsstatistik der Sparkassenneueinleger mittels Zählkartenformularen für jede neue Einlage stattgefunden. Die Erhebung war nur für die Gemeindesparkassen



obligatorisch, doch haben sich mit der Zeit auch sämtliche öffentliche, d. h. jedermann zugängliche Privatsparkassen angeschlossen. Das bei dem Statistischen Landesamt eingekommene Zählkartenmaterial war zumeist richtig und vollständig ausgefüllt und hat jeweils nur zu wenigen Rückfragen Anlaß geboten. Der tatsächliche Verlauf der Dinge hat damit die Befürchtungen einzelner Sparkassenverwaltungen, die gewünschten Angaben seien nur unter zuweitgehender Belästigung der Spargäste zu erlangen, im allgemeinen nicht bestätigt.

Die Ergebnisse der zehnjährigen Statistik der Neueinleger der badischen Sparkassen sind in der oben bezeichneten Veröffentlichung insbesondere unter zwei Gesichtspunkten gewürdigt worden einmal, welche Bevölkerungsteile zu den regelmäßigen Benützern der Sparkassen gehören, und sodann, ob auf die Sparbetätigung dieser Bevölkerungsteile die Wirtschaftskrisis 1901/03 von erkennbarem Einfluß gewesen ist. In ersterer Beziehung ist die gezogene Schlußfolgerung die, daß es tatsächlich in der Mehrheit die minderbemittelten Klassen sind, die bei den öffentlichen Sparkassen Anlagegelegenheit suchen und finden, und bei Beantwortung der zweiten Frage konnte ausgesprochen werden, daß sich die Wellenlinie der wirtschaftlichen Entwickelung in der Sparbetätigung der einzelnen Berufsgruppen deutlich widerspiegelt. *L. Barck.*

Schulsparkassen im Herzogtum S. Meiningen im Jahre 1909. Regierungsblatt Nr. 75 vom 18. Mai 1910.

Die seit 1881, vereinzelt auch früher, an Volksschulen bestehenden Schulsparkassen haben im Laufe der Jahre, dank der freiwilligen Beteiligung der Lehrer an deren Verwaltung, erhebliche Fortschritte gemacht, so daß man dazu übergehen konnte, vom Jahre 1893 an die Ergebnisse zu sammeln und zu veröffentlichen. Mit Recht hat man die Jugendsparkassen auf die Volksschule beschränkt, denn diese berührt jedes Kind aus dem Volke und gewährt am meisten Bürgschaft, daß in rechter Weise gespart wird.

Die Einlagen erfolgen wöchentlich in kleinen Beträgen bis zur Entlassung der sparenden Schulkinder aus der Schule, zu welcher Zeit (bei der Konfirmation) der ersparte Gesamtbetrag zurückgezahlt wird. An den Spareinlagen sind auch in der Regel Nichtschulpflichtige in beschränkter Anzahl beteiligt.

In 1909 bestehen Schulsparkassen in 309 Schulgemeinden, von 317 überhaupt. Von 41 960 Kindern betragen die Spareinlagen 400 360 *M*, mithin durchschnittlich auf 1 Kind 10 *M*. Die Rückzahlungen stellen sich auf 413 890 *M*. Der Bestand an Einlagen Ende 1909 beläuft sich bei sämtlichen Schulsparkassen auf 1,6 Mill. *M*. In den letzten 10 Jahren seit 1900 ist von Kindern der erhebliche Betrag von rund 3,8 Mill. *M* erspart worden. *R. Hermann.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Arbeitslosenstatistik. Kritische Bemerkungen von Dr. Otto Most. Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik. III. Folge. 40. Bd. 1. Heft (S. 1—14). Jena 1910.

Die Sozialstatistik verdankt Entstehung und Ausbildung gemeinhin nicht einem individuellen, sondern einem gesellschaftlichen Willen. Dieser wird wirksam am stärksten angesichts allgemein empfundener sozialer Mißstände; so ist die Arbeitslosenstatistik die Tochter des wachsenden sozialen Interesses für die Arbeitslosennot. Der Begriff der Arbeitslosen-Statistik ist schwer zu bestimmen, da beide Wortteile vieldeutig sind. Mir ist Arbeitslosenstatistik diejenige Methode, die durch exakte zahlenmäßige Feststellungen und sachgemäße Vergleichungen den Umfang und, soweit in quantitativen Beziehungen gelegen, das Wesen der wirtschaftlich begründeten Arbeitslosigkeit zu erkennen strebt. Danach sind Zählungen Arbeitsloser, deren Ergebnis nicht an einer anderen quantitativen Tatsache, einer Skala gemessen, mit ihr zwecks Gewinnung eines Werturteils verglichen werden kann, nicht als Statistik anzusehen. Die Ergebnisse vorausgegangener derartiger Zählungen können eine solche Skala nur bilden, wenn sie in längerer Reihe vorliegen, und wenn die demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse inzwischen konstant geblieben sind. In dem Fehlen einer solchen Skala sowie in der mangelhaften Kontrollmöglichkeit bezüglich der Vollständigkeit der Erhebung und der Vermeidung von Doppelzählungen liegt der besondere Mangel von Arbeitslosenzählungen ohne zensusartige Grundlage; dazu kommt noch der maßgebende Einfluß, den bei dem System der Selbstmeldung der gute Wille der Zählobjekte, bei dem System der Zählung von Haus zu Haus derjenige der Zähler ausübt, ein durchaus schwankender Faktor, der noch einen weiteren Teil der statistischen Korrektheit nimmt. Besondere Schwierigkeit bereitet außerdem die scharfe und im Sinne der besonderen Aufgabe charakteristische Abgrenzung der Zähleinheit, die jedoch bei sorgfältiger Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ziemlich einwandfrei möglich ist.

Ergebnis: Die heute namentlich in den Städten üblichen Arbeitslosenzählungen sind mit ganz wenigen Ausnahmen (Ermittelungen auf Grund des Materials der Personenstandsaufnahme) „untaugliche Versuche am untauglichen Objekt". Der Fortschritt kann nur in der Verbindung von Arbeitslosenzählungen mit jeder Volks- und Berufszählung, in vielseitiger Bearbeitung des gelegentlich von Notstandsarbeiten gewonnenen Materials, sowie in immer sorgfältigerem Ausbau der laufenden Beobachtung des Beschäftigungs- und des Arbeitslosigkeitsgrades liegen. *O. Most.*

Die Arbeitslosenzählungen in badischen Städten im Winter 1909/10. Statist. Mitteil. ü. d. Großh. Baden. N. F. Bd. III. Maiheft 1910. S. 77 flg.

Im Herbst des Jahres 1909 trat das Großh. badische Ministerium des Innern an die größeren Städte des Landes mit der Veranlassung heran, Arbeitslosenzählungen nach einheitlichen Grundsätzen zu veranstalten, um sie in ihrem Ergebnis besonders erfolgreich und wertvoll für das ganze Land zu gestalten. In diesen einheitlichen Grundsätzen war vorgeschlagen, durch wenn möglich zwei Erhebungen, zu Anfang und

zu Ende der Winterszeit, den Bestand an Arbeitslosen aufzunehmen. Die Zählungstermine sollten tunlichst gleichzeitige sein. Als Erhebungsmethode wurde das Anmeldungsverfahren in Verbindung mit einer Zählung von Haus zu Haus in den Arbeiterwohnvierteln für genügend erachtet. Ferner wurde ein einheitliches Erhebungsformular vorgeschlagen, das in seinen Grundfragen gleichbleibend örtliche Zusatzfragen gestattete. Die Bearbeitung der Zählungsergebnisse durch die einzelnen Städte sollte tunlichst beschleunigt und das Entzifferungsergebnis alsdann dem Statistischen Landesamt zu einheitlicher Zusammenstellung mitgeteilt werden.

Zu dieser geplanten Vereinheitlichung der städtischen Arbeitslosenzählungen ist es indessen nicht gekommen. Außer zu Heidelberg fand jeweils nur eine Erhebung statt und auch bezüglich dieser konnte eine Einigung in Frage der Erhebungstermine nicht erzielt werden. Mannheim zählte mit Unterstützung des Gewerkschaftskartells von Haus zu Haus, die übrigen Städte erachteten das Anmeldungsverfahren (wobei aber die Anmeldebureaus recht verschieden zahlreich eingerichtet wurden) für ausreichend. Relativ am weitesten ging die Einheitlichkeit der Zählungen bezüglich des Erhebungsformulars. Unter diesen Umständen konnte das Statistische Landesamt — und zwar erst knapp in der obenbezeichneten Mainummer — die Zählungsergebnisse lediglich hinsichtlich der Zahl der Arbeitslosen, dem Alter derselben sowie der Dauer der Arbeitslosigkeit übersichtlich nebeneinanderstellen und zwar mit dem ausdrücklichen Beifügen, daß unter den obwaltenden Umständen weitergehende vergleichende Schlüsse insbesondere auf den Grad der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Städten aus den Tabellen nicht gezogen werden dürften. Bezüglich der weiter ermittelten persönlichen und vorzüglich der beruflichen Verhältnisse der Arbeitslosen mußte auf die Veröffentlichungen der einzelnen Städte selbst verwiesen werden. *L. Barck.*

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die Gesellschaften m. b. H. in Preußen im Jahre 1908. Von Dr. F. Kühnert. Zeitschr. des Kgl. Statist. Landesamts. Jahrg. 1910 S. 35—64.[1])

Die statistische Zentralstelle Preußens hat die Materialien ihrer Statistik der Gesellschaften m. b. H., soweit sie noch auf privater Quelle (Lexikon der deutschen Gesellschaften m. b. H. für 1904) beruhten, einer Nachprüfung unterzogen und nunmehr vollständig auf amtliche Unterlagen gestellt. Ferner haben die Gesellschaften in Übereinstimmung mit der Berufs- und Gewerbezählung von 1907 eine anderweitige Einteilung nach Gewerbegruppen und -arten erfahren. Außerdem sind dem hervorgetretenen Bedürfnis entsprechend Tabellen neu eingeführt worden, welche die Gesellschaften bis auf die Regierungsbezirke herab nach Gewerbegruppen und -arten und die in den Großstädten domizilierten Gesellschaften, zugleich gewerbegruppenweise, darstellen.

In den meisten Gewerbegruppen weist die Rheinprovinz von allen Landesteilen die stärkste Besetzung mit Gesellschaften m. b. H. sowohl der Zahl wie dem Kapital nach auf; in den übrigen Gruppen nimmt zumeist Berlin die erste Stelle ein, so bei der Maschinen- usw. Industrie, dem Bekleidungsgewerbe, den polygraphischen Gewerben, dem Handelsgewerbe (bei letzterem mit über 1000 Gesellschaften und über 200 Mill. ℳ Stammkapital), dem Musik-, Theater -und Schaustellungsgewerbe. Insbesondere bei der chemischen Industrie und beim Verkehrsgewerbe ist in der Rheinprovinz die Zahl, hingegen in Hessen-Nassau bei ersterer, in Berlin bei letzterem das Kapital am bedeutendsten. Beim Bergbau usw. zeigt die Provinz Hannover (mit zahlreichen kleineren Kalibergbau- und Erdöl-Gewinnungsgesellschaften) die größte Häufigkeit der Gesellschaften m. b. H., anderseits die Rheinprovinz und hierauf Schlesien das höchste Stammkapital. Bei der Land- und Forstwirtschaft ist der Bestand in der Provinz Sachsen, bei der Tierzucht nebst Fischerei in der Provinz Hannover am erheblichsten.

Die 28 preußischen Städte mit über 100 000 Einwohner enthielten Ende 1908 nahezu drei Fünftel der Gesamtzahl und des gesamten Stammkapitals der in Preußen domizilierten Gesellschaften m. b. H. *F. Kühnert.*

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Alkoholische Getränke und Lebensdauer. Von Whitaker. München 1910. E. Reinhardt. 24 S.

Das bisher noch einzig dastehende Vergleichsmaterial der *United Kingdom Temperance and General Provident Institution*, auf dem unsere Anschauungen über die längere Lebensdauer der Abstinenten basieren, ist in der vorliegenden Abhandlung einer wertvollen, kritischen Neubearbeitung unterzogen worden, indem die Sterblichkeitsverhältnisse der abstinenten Mitglieder in den einzelnen, 5jährigen Altersklassen denjenigen der nichtabstinenten Mitglieder unter Vermeidung aller Fehlerquellen, — d. h. mit der Ausschaltung der Fälle, in denen Abstinenten nach Aufgabe ihrer Abstinenz in die allgemeine Abteilung transferiert worden sind und umgekehrt, — in dem 61jährigen Zeitraum von 1840 bis 1901 gegenübergestellt werden.

Dabei ergab sich, daß die Sterblichkeit der abstinenten Männer im Durchschnitt insgesamt um 36 % geringer war als bei den Nichtabstinenten, die namentlich in den mittleren Jahren von 30 bis 60 Jahren eine viel höhere Sterblichkeit aufzuweisen haben als erstere. So treffen z. B., um nur die maximalen Unterschiede zu erwähnen, auf 100 Sterbefälle der nichtabstinenten Mitglieder in den Altersklassen von 20—35, bzw. 35—40 Jahren 56,5 bzw. 54,8 Sterbefälle bei den Abstinenten. Demgemäß haben auch die abstinenten Mitglieder im Alter von 30 Jahren noch 38,8 Lebensjahre, die übrigen männlichen Mitglieder dagegen nur noch 35,1 Jahre, also 3,7 Jahre weniger, zu erwarten. (Nach der deutschen Sterbetafel von 1891—1900 beträgt die Lebenserwartung in diesem Alter 33,5 Jahre bei dem männlichen Geschlecht.) Wie

1) Vgl. D. St. Z. 1910 Nr. 2 Sp. 52f.

erklärlich, wird die Ursache dieser Überlegenheit der Abstinenten auf die Tatsache ihrer Abstinenz zurückgeführt.

Demgegenüber muß jedoch der Umstand, daß die Abstinenten besonders sorgsame, ein geregeltes Leben führende Leute sind, in weit höherem Grade betont werden, als es hier geschehen ist. Wie durch die Böhmert'schen Umfragen bei Abstinenten festgestellt worden ist und wie Referent auch an sich selbst erfahren hat, bringt der Übergang zur Abstinenz eine ganz anders geartete Lebensbetätigung hervor, die nicht nur darin gipfelt, das gesundheitliche Wohlergehen durch Enthaltsamkeit zu erhalten, sondern durch Befolgung aller Gesundheitsregeln zu fördern und zu erhöhen. Immerhin muß diese statistische Untersuchung, zumal sie sich durch eine auf diesem Gebiete seltene Objektivität auszeichnet, als der wertvollste Beweis für die günstige Beeinflussung der menschlichen Lebensdauer durch die Enthaltsamkeit angesehen werden, wenngleich die statistische Erfassung sich naturgemäß nur über ein beschränktes Zahlenmaterial (8947 Todesfälle und 466 943 versicherte Jahre bei den Nichtabstinenten gegenüber 5124 Todesfällen und 398 010 versicherten Jahren bei den Abstinenten) erstreckt. *E. Roesle.*

Ferienkolonien in Halle 1909. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Dezember 1909.

Die Notwendigkeit einer umfassenden Jugendfürsorge wird heute allgemein anerkannt. Man erstrebt die physische Kräftigung der jungen Generation, ein wesentliches Mittel hierzu bilden die Ferienkolonien des Vereins für Volkswohl und anderer Vereine. Im Jahre 1909 wurden in Halle von diesen Vereinen 371 Kinder aufs Land geschickt. Über jedes Kind, das in die Ferienkolonie geht, wird eine Karte ausgefüllt, welche die Personalien und eingehende Angaben über den Befund bei der Untersuchung des Kindes vor der Entsendung und nach der Rückkehr aus der Ferienkolonie enthält. Dieses Material gewährt interessante Aufschlüsse. So muß es Bedenken erregen, wenn bei der Frage nach dem Grunde der Entsendung, soweit dieser bekannt war, 15,2 % der Kinder als an Blutarmut und Bleichsucht, 14,7 % an allgemeiner Körperschwäche und 6,9 % an Nervosität leidend festgestellt wurden. Freilich bestätigen diese Ergebnisse nur die Berichte der Schulärzte. Bei der Ausscheidung der Kinder nach dem Geburtsort ergab sich, daß 83 % der Kinder großstadtgebürtig war. Da aber von der ganzen Einwohnerschaft nur 48,5 % großstadtgebürtig waren, so stellte sich heraus, daß die stadtgebürtige Bevölkerung einen beträchtlich größeren Teil Ferienkolonisten und Erholungsbedürftige aufzuweisen hatte als die Zugezogenen. Die Erfolge der Ferienkolonien waren befriedigend. Es hatten die Knaben im Durchschnitt um 0,9 kg, die Mädchen um 2,3 kg zugenommen. Ebenso zeigte sich eine Zunahme des Brustumfanges und der Inspirationserweiterung. Wesentlich für einen dauernden Erfolg ist aber eine Nachpflege in Gestalt von Gewährung des Frühstücks oder Mittagbrots, oder Verabreichung von Bädern. *M. Rusch.*

XIX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

Die Berufsvormundschaft in Halle. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Januar 1910.

Bei den notorischen Nachteilen der üblichen ehrenamtlichen einzelnen Vormundschaft hat der Gedanke einer im Hauptamte für gewisse Kategorien von Kindern ausgeübten, zentralisierten Vormundschaft schnell Eingang gefunden und sich überall bewährt. In Halle wird seit 1907 ein Magistratssekretär für alle unehelichen Kinder als Vormund bestellt. Der Vorteil liegt einmal in der besseren Überwachung der Pflegemütter, was in Anbetracht der hohen Sterblichkeitsquote der Unehelichen von Bedeutung ist, und dann vor allem in der größeren Heranziehung der Erzeuger zur Zahlung der Unterhaltsgelder. Während sich seit 1907 die Anzahl der Vormundschaften nur verdoppelte, hat sich der Betrag der durch Pfändung eingezogenen Beträge vervierfacht. (1907: 1306 *M*; 1908: 3776 *M*; 1909: 7203 *M*.) Dadurch wird naturgemäß der Unterhalt der Kinder geregelter, und andrerseits wird der Armenetat der Stadt entlastet. Nicht allein, daß Kinder dadurch aus der öffentlichen Fürsorge entlassen werden konnten (1908: 16), es vermochten sogar von der Armenkasse geleistete Vorschüsse zurückerstattet zu werden. (1908: 775 *M*.) Auch Ersparnisse werden auf diesem Wege für die Kinder eher ermöglicht, so waren 1908 für 43 Kinder 3324 *M* auf Sparkassenbücher eingezahlt.

Da die Berufsvormundschaft am besten die Beobachtung der Bewegung der Unehelichen, namentlich ihre Abnahme durch Tod und Legitimation, ermöglicht, bietet sie auch wichtiges Material für die Bevölkerungsstatistik; die Ausscheidung der Mütter der Unehelichen nach Stand und Beruf ist für den Moralstatistiker von Bedeutung. *M. Rusch.*

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Elternsprechstunde und Berufswahl 1909/10. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Mai 1910.

Die Kompliziertheit unseres wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Lebens erschwert heute die Berufswahl ungemein, so daß hier Hilfe von seiten einer Stelle, die fortlaufend orientiert wird und das Wirtschaftsleben einigermaßen zu überschauen imstande ist, im Interesse des einzelnen wie der Allgemeinheit außerordentlich erwünscht erscheint. Deshalb wurden in Halle vom Leiter des statistischen Amtes wie bereits im Vorjahre im Winter dem Publikum wöchentlich 2 Stunden als Elternsprechstunde für die Berufswahl zur Verfügung gestellt. Der Besuch hat sich mit 54 Ratsuchenden gegen das Vorjahr verdoppelt, die Ratsuchenden setzten sich aus den verschiedensten Bevölkerungsklassen zusammen. Die Vorbildung war sehr mannigfach, in der Regel hatten die Kinder die Volksschule absolviert, es waren aber auch Schüler mit dem Einjährigenzeugnis und mit dem Reifezeugnis der 9klassigen Vollanstalten unter den Ratsuchenden. Die meisten Personen, für die um

Rat gefragt wurde, befanden sich im Alter von 13 und 14 Jahren. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß auch Leute von 30—50 Jahren die Sprechstunde für sich aufsuchten, ein Beweis, wie auch für ältere Leute ein Bedürfnis nach Raterteilung vorliegt. Dem weiblichen Geschlecht gehörten nur 9 Ratsuchende an. Bei den Berufsvorschlägen wurde möglichst individuell verfahren und die verschiedensten Berufe berücksichtigt. Als äußerst günstig erwies sich der Umstand, daß der Leiter des statistischen Amtes gleichzeitig Vorsitzender eines von der Kommune unterstützten, öffentlichen Arbeitsnachweises ist, so daß in vielen Fällen Ratsuchenden Stellen nachgewiesen werden konnten. Auch sonst wurde mit Behörden und Privaten in Verbindung getreten. Vielfach wurden Mitteilungen aus Interessentenkreisen über die Lage des Gewerbes aus eigenem Antriebe gemacht. Gerade hierdurch kann die Elternsprechstunde dazu dienen, die Bedürfnisse und Anforderungen der einzelnen Berufe zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und weiteren Kreisen damit zu nutzen.

M. Rusch.

XXII. Justizstatistik.

Die Kriminalität der Jugendlichen. Nach Österr. Statistik, 87. Bd., 3. Heft, S. CIV—CLX, Preis 15 K 40 h (ganzes Heft).

Die moderne Jugendfürsorgebewegung hat bewirkt, daß auch der Kriminalität der sogenannten Jugendlichen größere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Auf Grund höchst detaillierter Zählkarten konnte bereits für die Berichtsjahre 1905, 1906 und 1907 ein überaus reiches statistisches Material über diesen Gegenstand zur Verarbeitung gelangen. Im folgenden sollen in Kürze die wichtigsten Ergebnisse des Jahres 1907 dargestellt werden. Im übrigen muß auf die obige Veröffentlichung verwiesen werden, welche mit Rücksicht auf die Reichhaltigkeit des Gebotenen unter allen Veröffentlichungen auf diesem Gebiete gegenwärtig wohl in erster Reihe stehen dürfte. — Unter Unmündigen werden im folgenden Personen vom vollendeten 10. bis zum vollendeten 14. Lebensjahr und unter Jugendlichen Personen vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr verstanden. Der Raumersparung wegen wird in den weiteren Ausführungen bei männlichen Jugendlichen, weiblichen Unmündigen usw. die Abkürzung m. J., w. U. usw. gebraucht — Wegen Verbrechen wurden im Jahre 1907: 5896 (darunter 3530 wegen Diebstahls, 793 wegen Totschlags und schwerer Körperbeschädigung) m. J., 945 (darunter 770 wegen Diebstahls und 73 wegen Betrugs) w. J., 968 (darunter 750 wegen Diebstahls) m. U. und 154 (darunter 129 wegen Diebstahls) w. U. verurteilt. Auf je 10 000 Personen desselben Geschlechts und derselben Altersstufe entfielen im Jahre 1907 in den Altersstufen von 10—12, 12—14, 14—16, 16—18, 18—20 und 20—25 Jahren der Reihe nach Verurteilte: wegen Verbrechen überhaupt: m.: 4,90, 12,05, 17,45, 38,26, 58,00 und 67,10; w.: 0,61, 2,06, 3,85, 6,16, 7,25 und 7,13; wegen Verbrechen des Diebstahls, als der am häufigsten vorkommenden Straftat, m.: 3,78, 9,35, 12,73, 24,17, 30,86 und 30,05; w.: 0,57, 1,66, 3,43, 5,10, 5,51 und 4,99. Alle höheren Altersstufen nehmen beständig und rasch ab. Auf je 10 000 Personen desselben Geschlechtes und derselben Altersstufe kamen Verurteilte: wegen Verbrechen überhaupt 37,3 m. J., 5,7 w. J. und 21,1 m. und w. J. zusammen; 8,47 m. U., 1,33 w. U. und 4,89 m. und w. U. zusammen; wegen Verbrechen des Diebstahls: 22,30 m. J., 4,66 w. J. und 13,29 m. und w. J. zusammen; 6,56 m. U., 1,12 w. U. und 3,83 m. und w. U. zusammen. Hieraus kann leicht das Fortschreiten der Straffälligkeit in den einzelnen Altersklassen sowie das Verhältnis der männlichen zur weiblichen Straffälligkeit berechnet werden. — Von den 6841 wegen Verbrechen verurteilten J. waren dem Berufe nach: 0,8 % Selbständige in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie, 1,2 % Studierende, Angehörige freier oder sonstiger Berufe, 67,1 % Arbeiter, 7,7 % Dienstboten, 23,2 % Taglöhner und Personen ohne bestimmten Erwerb. Diese Berufsgliederung wird natürlich wieder nach dem Geschlechte, den Straftaten, nach Berufsuntergruppen usw. durchgeführt. Von den 1,122 verurteilten U. standen mehr als ein Viertel (ungefähr 27 %) bereits im Erwerbsleben. Die Eltern der verurteilten J. waren hauptsächlich Lohnarbeiter (30,3 %), Taglöhner oder Personen ohne bestimmten Erwerb (24,9 %) und Grundbesitzer oder Pächter (20,8 %); die der verurteilten U. gehörten zu 34.3 % dem Arbeiterstande an, während 28,2 % Taglöhner oder Personen ohne bestimmten Erwerb und 27,1 % in besserer Lebensstellung waren. Ungefähr ein Drittel der Verurteilten 10—20jährigen waren subsistenzlos, etwas mehr als zwei Fünftel lebten in ärmlichen und der Rest in guten Verhältnissen. Von den verurteilten J. waren 22,6 % verwaist, von den U. 18,7 %. Ein weiterer Unterschied wird nach dem Geschlechte, dem Alter der Verwaisung und der Art derselben gemacht. 42,6 % der J. und 65,5 % der U. lebten im Elternhaus, 44,8 % beziehungsweise 15,9 % im fremden Haushalte. 37,2 % der verurteilten J. waren bereits vorbestraft. Von den wegen Verbrechen verurteilten vorbestraften Jugendlichen sind 37,1 % innerhalb von 6 Monaten rückfällig geworden. Untersucht wird ferner die Intensität des Rückfalles geschlechterweise bei den einzelnen Straftaten, die Steigerung des Rückfalles in den einzelnen aufeinander folgenden Altersklassen, der Rückfall im Berichtsjahr usw. Bei den 37,2 % rückfälligen J. handelte es sich bei 14,6 % um einen gleichartigen, bei 3,7 % um einen verwandten und bei 18,9 % um einen gemischten Rückfall. In den einzelnen aufeinander folgenden Altersklassen (14—16, 16—18 und 18—20) sind die Anteile hinsichtlich des gleichartigen Rückfalles nur bis zur 2. Altersklasse, hinsichtlich des verwandten und gemischten Rückfalles aber bis zur 3. Altersklasse ansteigend. Bei fortschreitendem Alter wird die Kriminalität vielseitiger. Es ergeben sich auch wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern. Die männliche Kriminalität ist in diesen jungen Jahren weit vielseitiger als die weibliche. — Im allgemeinen wäre am Schlusse noch zu bemerken, daß die Ergebnisse der drei Beobachtungsjahre 1905, 1906 und 1907 im großen und ganzen übereinstimmen.

H. Forcher.

XXIII. Finanzstatistik.

Statistik der Inhaber - Schuldverschreibungen. Vierteljahrsh. z. Stat. d. D. Reichs 1910 S. II 135—139.

Die genannte erstmalig aufgemachte Statistik (für den 31. Dezember 1909 als Stichtag) soll die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen der deutschen öffentlich-rechtlichen Schuldner mit Ausnahme der Schuldverschreibungen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten erfassen. Eine Statistik über die Reichs- und Staatsanleihen wird bekanntlich seit einigen Jahren in der Statistik der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten, gleichfalls in den „Vierteljahrsheften", geboten. Als Schuldner der neuen Statistik kamen in Betracht außer den Stadt- und Landgemeinden die größeren Selbstverwaltungskörper (Kreise, Provinzen, Bezirksregierungen), die Kirchengemeinden und die aus mehreren solchen Gemeinden gebildeten Synoden, ferner die noch vereinzelt bestehenden besonderen Schulgemeinden, die Handels- und Gewerbekammern nebst den Innungen (einschl. der alten Braugilden), die Deich-, Kanalisations- und Meliorationsverbände, die in besonderen Gesetzen ihre Grundlage haben, schließlich auch die öffentlichen Sparkassen.

Die Erhebung erfolgte auf Grund von Fragebogen, welche die Stadt- und Landgemeinden sowie die sonstigen Schuldner ausfüllten.

Aus einer kleineren Übersicht der Veröffentlichungen ist zu ersehen, welcher Art die 684 verschiedenen Schuldner sind und wie sie sich ihrer Zahl nach auf die einzelnen Staaten und Landesteile des Deutschen Reichs verteilen. Die Hauptübersicht 1 bringt zunächst den Gesamtumlauf an Inhaber-Schuldverschreibungen am 31. Dezember 1909 zur Darstellung. Des weiteren ist aus ihr zu ersehen, welche Beträge vom Gesamtumlaufe von 5408,066 Mill. ℳ die einzelnen Arten von Schuldnern auf Inhaberpapiere hin schuldeten. Ferner bietet die Hauptübersicht 1 die Verteilung der Schuldverschreibungen nach dem Zinsfuß, Angaben über die Börsenzulassung, die Eintragung in „Schuldbücher" und die Umschreibung auf den Namen. Die Hauptübersicht 2, welche die Stadt- und Landgemeinden nach Einwohnergrößenklassen scheidet, soll einen Überblick darüber gewähren, ob und in welchem Umfange Stadt- und Landgemeinden mit geringer oder großer Einwohnerzahl zwecks Beschaffung ihres Geldbedarfs zur Ausgabe von Inhaber-Schuldverschreibungen schreiten. Acht Größenklassen sind gebildet. *E. Moll.*

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes in Ostpreußen seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts. Von Syndikus Dr. Richard Pape. Insterburg. Verlag von Gräfe & Unzer, Buchhandlung in Königsberg. Preis 2 ℳ.

Verfasser ist geborener Ostpreuße und hat das obige Thema als Doktorarbeit behandelt. Er erstreckt seine Untersuchungen auf das verflossene Jahrhundert und betrachtet die Wohlstandsentwickelung nach deutschen, litauischen und slawischen Bezirken und zieht gleichzeitig einen Vergleich zu anderen Provinzen der Monarchie.

Eine besondere Methode ist bei dieser Untersuchung nicht berücksichtigt worden, weder die von Krug und Dieterici vorgenommene Berechnung des Verbrauchs unter Vorwiegen der Schätzung, noch die von Soetbeer vertretene rein subjektive Ermittelung des Geldbetrages der Einzeleinkommen. Verf. hat vielmehr eine Kombination aller wissenschaftlichen Methoden eintreten lassen und auch die württembergischen Vertreter Schmidlin, Rümelin und Schall berücksichtigt, die eine Berechnung des Wertes und Ertrages der Objekte nach Preisen anstellten. Diese objektive Methode kommt der Wirklichkeit am nächsten.

Das gesamte Volksvermögen in Ostpreußen gibt Verf. auf insgesamt 7 Milliarden ℳ, dagegen das sogenannte Landesvermögen auf rund 16 Milliarden ℳ an. Innerhalb der Provinz zeigt sich, daß die deutschen Güterkreise in bezug auf Wohlhabenheit am günstigsten stehen, dann folgen die deutsch-litauischen und rein-litauischen Gebiete und schließlich an letzter Stelle die masurischen Kreise, die in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung am schlechtesten gestellt sind. *R. Pape.*

Barmbeck als Dorf um 1750, als Vorort von Hamburg um 1867 und als Stadtteil von Hamburg 1894 bis 1910. Eine historisch-statistische Skizze mit drei Kärtchen. Von Dr. F. Voigt. Herausgeg. v. Statistischen Bureau. Hamburg 1910. Verlag von Lütcke & Wulff. 1 ℳ.

Auf der XXIV. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hamburg (2.—7. Juni 1910) sollten in einem besonderen Bau auch die hamburgischen Landeskulturverhältnisse und die Beziehungen der Hamburger Wissenschaftlichen Anstalten zur Landwirtschaft dargestellt werden. Dabei war auch an die Berücksichtigung früherer Verhältnisse und deren historische Entwicklung gedacht. Der frühere erste juristische Beamte der Landherrenschaften Dr. F. Voigt, ein bedeutender Landeshistoriker, übernahm es, den hamburgischen Stadtteil Barmbeck zurückzuverfolgen bis in die Zeit, wo er ein rein landwirtschaftliches Dorf inmitten einer großen Feldmark war. Die Darstellung beginnt mit der älteren Zeit. Das Dorf Barmbeck im alten Stormarn-Gau ist im Jahre 1355 an Hamburg gekommen (vom Hospital zum Heiligen Geist erworben). Die Besiedelung und die Kulturarten der alten Dorfflur sind aus noch vorhandenen Karten und Vermessungsbüchern ersichtlich. Es waren ursprünglich 9 Vollhufen. Um das Jahr 1600 finden sich 11 Vollhufen, 1 Halbhufe und 8 Katenstellen vor. Die Halbhufe war aus einer Vollhufe hervorgegangen und ist später wieder zu einer Vollhufe geworden. Schon im 17. Jahrhundert wird auch das Herrenhaus der Hospitalverwaltung, die Kate des Schulmeisters, die Kate des Schmiedes und die Kate für die beiden Dorfhirten angetroffen. Zu dem Hauptgebäude jeder der 12 Vollhufen gehörten außer landwirtschaftlichen Nebengebäuden noch einige Mietswohnungen und gewöhnlich ein besonderes Altenteilshaus. Die erste Vermessung Barmbecks wurde im Jahre 1767 beendet, die zweite im Jahre 1798, die dritte im Jahre 1867;



sie ergab eine Gesamtfläche von 904 ha. Auf Grund älterer Karten und der Vermessung vom Jahre 1767 ist für obige Ausstellung eine Karte (1 : 4000) mit dem Flurbestande um das Jahr 1750 angefertigt und in kleinem Maßstabe (1 : 22 400) der Abhandlung beigefügt. Die Weiden sind grün schraffiert, die Wiesen in grüner Farbe, die Saatländereien gelb angelegt. Die verschiedenen Gewanne (Kampe) der Feldmark waren in Ackerstreifen geteilt, von denen je einer (oder auch mehrere) in abwechselnder Folge einem Hufner gehörte. So waren die Landstücke eines Hufners über die Flur zerstreut. Der Besitz eines der Hufner ist auf der Karte durch Schraffur hervorgehoben.

In den folgenden 100 Jahren bis 1867 haben sich die Besitzverhältnisse namentlich im südlichen Teile Barmbecks wesentlich geändert. Im übrigen hat die Feldflur nur insofern ein anderes Aussehen erhalten, als größere Weideflächen in Ackerland verwandelt sind und im Süden der städtische Anbau eingesetzt hat; sonst aber zeigt die Flurkarte von 1867 noch ungefähr dasselbe Bild wie Jahrzehnte zuvor. Von den zwölf alten Vollhufen haben sich sieben mit ihrem bisherigen Betriebe bis gegen das Jahr 1900 erhalten. In den Jahren 1897 und 1898 hat der Staat in Hinsicht auf spätere Eisenbahn- und Kanalbauten sowie auf den Bebauungsplan etwa 240 ha Ländereien in Barmbeck angekauft und größtenteils vorläufig verpachtet. Von drei Hufnern wird noch jetzt Landwirtschaft in bäuerlicher Art getrieben; zwei bewirtschaften allerdings überwiegend gepachtetes Land, der dritte aber noch seine eigene Hufe. Doch wird die Wirtschaft nicht mehr von den alten Hofstellen aus betrieben.

Wenn man den beigegebenen dritten Plan betrachtet, der Barmbeck im Jahre 1909 darstellt, so findet sich der Teil südwestlich vom alten Dorf dicht städtisch bebaut, der östliche und nördliche Teil dagegen noch fast ganz frei. Es sind noch etwa 450 ha Ackerland, Wiesen und Weiden in diesem äußeren Stadtteil Hamburgs vorhanden, der Ende 1909 bereits 85 000 Einwohner zählte. Die Berufsaufnahme von 1907 wies 71 895 Bewohner für Barmbeck auf, darunter 33 181 Erwerbende einschließlich 998 Dienstboten. Von den Erwerbenden gehörten 367 oder nur 1,1 % dem Beruf der Landwirtschaft und Gärtnerei an. Unter je 100 Erwerbenden (ohne Dienstboten) sind 61⅓ Arbeiter. Barmbeck stellt sich demnach als Arbeiterstadtteil dar. Charakteristisch ist der Unterschied gegen den wohlhabenderen benachbarten Stadtteil Hohenfelde. Von je 100 Einwohnern sind

in	Erwerbende	Dienende	Angehörige
Barmbeck	44,76	1,39	53,85
Hohenfelde	45,58	9,67	44,75.

Ferner entfällt in Barmbeck auf 1 Einwohner an versteuertem Jahreseinkommen 416 ℳ, in Hohenfelde 1613 ℳ, an Steuerertrag dort 8,04 ℳ, hier aber 83,83 ℳ.

Der alte Barmbecker Dorfplatz ist als solcher erkennbar geblieben. Auf einer der alten Hofstellen stehen noch unversehrt das mächtige Wohn- und Landhaus nebst der alten Scheune aus dem Jahre 1615, beide mit Strohdach, die Scheune auch noch mit Storchnest. *W. Beukemann.*

Vermischte Mitteilungen.

Ludwig Bodio, der gegenwärtige Präsident des Internationalen Statistischen Instituts und frühere Generaldirektor der Statistik des Königreichs Italien, vollendet am 12. Oktober 1910 sein 70. Lebensjahr.

In einer Zuschrift an die Redaktion wird auf einige Lücken in dem jüngst erschienenen Arbeitsprogramm der Statistischen Abteilung der **Internationalen Hygiene-Ausstellung** in Dresden 1911 hingewiesen, aus denen sich ergebe, daß die Klagen des Publikums „über zuviel Statistik“ ungerechtfertigt sind. So entbehre die Statistik der Krankenhäuser der Gliederung der verpflegten Personen nach ihrer beruflichen und sonstigen sozialen Zugehörigkeit, nach ihrem Alter, Familienstand usw. Erst durch derartige Nachweise könnte man sich ein Bild davon machen, welche Bedeutung die Krankenanstalten für die einzelnen Bevölkerungsgruppen haben. Ferner sollte man nachforschen, ob die im Staate vorhandenen Krankenanstalten dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Bei der Bearbeitung der Statistik über die Tätigkeit der Säuglingskrippen und Kinderbewahranstalten soll vor allem festgestellt werden, ob diejenigen Volksschichten, an die man bei ihrer Errichtung zunächst gedacht hatte, den Hauptanteil der Benutzer stellten.

Die Redaktion ist in der Lage, die Stellungnahme der Statistischen Gruppe und Abteilung der Internat. Hygiene-Ausstellung zu diesen Fragen darzulegen. Angesichts der großen Gebietserstreckung der Statistik konnten die statistischen Einzelheiten in dem erwähnten Arbeitsprogramm nur nach allgemeinen Gesichtspunkten aufgeführt werden. In der Gruppe „Krankenfürsorge“ läßt sich z. B. nur ein internationaler Vergleich über die Zunahme der Krankenanstalten, der Zahl der Betten und der verpflegten Personen ermöglichen, abgesehen von der Heilpersonalstatistik. Es ist nun klar, daß dort, wo die Zergliederung des betreffenden Materials eine viel eingehendere ist, diese räumlich beschränkte Statistik insoweit herangezogen werden wird, als sie bedeutsame Einzelheiten beleuchtet. Ob es freilich möglich sein wird, eine Statistik der Gliederung der verpflegten Personen in der oben gezeichneten Weise irgendwo ausfindig zu machen, muß bezweifelt werden. Es wäre allerdings sehr zu begrüßen, wenn wenigstens unsere größten Anstalten sich mit der Statistik der persönlichen Verhältnisse ihrer Kranken etwas eingehender als bisher beschäftigen würden.

Die Frage, ob die vorhandenen Krankenanstalten dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen, ist eine rein lokale; denn es geht doch nicht an, die Kranken in die verschiedenen Anstalten eines Landes gemäß dem vorhandenen Platze zu verteilen. Lokale Fragen müssen jedoch bei einer internationalen Ausstellung zurücktreten, zumal wenn sie sich wie jene nicht einheitlich behandeln lassen.

Eine Bearbeitung der statistischen Ergebnisse der Tätigkeit der verschiedenen sozialhygienischen Mustereinrichtungen ist geplant. Da einzelne Einrichtungen, wie besonders die Säuglingsanstalten, sehr eingehende Erhebungen über den Beruf der sie aufsuchenden Eltern anstellen, so dürfte sich ergeben, daß es in der Hauptsache doch Angehörige des Arbeiterstandes sind, welche die Hilfeleistungen der für sie geschaffenen Anstalten in Anspruch nehmen.

Der Hinweis auf die wünschenswerte Bildung einer **Deutschen Statistiker-Gesellschaft** in unserer Nummer 3 Sp. 91 hat der „Sozial-Korrespondenz“ Anlaß zu einem



diese Anregung begrüßenden längeren Artikel in ihrer Nummer vom 12. Juli 1910 gegeben, in dem zugleich ein Arbeitsprogramm für eine solche Vereinigung aufgestellt wird. Von den hierbei genannten Gesichtspunkten sind als besonders bedeutsam hervorzuheben die Schaffung einer Zentralstelle für rein wissenschaftliche, nicht bloß amtlichen Bedürfnissen folgende Erörterung statistischer Fragen — wobei es sich hauptsächlich um klare Begriffsbestimmungen für die statistischen Erhebungen handeln wird —, Vorschläge für neue Erhebungen, Herbeiführung einer größeren Fruchtbarmachung der statistischen Produktion.

Bei statistischen Behörden verwendete mechanische Hilfsmittel. Zur Ergänzung der in Nr. 4 und 5 gebrachten Angaben über diese Hilfsmittel folgt nachstehend eine Zusammenstellung, aus welcher ersichtlich ist, bei welchen unter den Behörden, die die von der Redaktion erbetene Auskunft erteilt haben, die verschiedenen Maschinen, und in welcher Anzahl sie in Verwendung sind. Der Kürze halber ist, anstatt der Bezeichnung der statistischen Stellen, der Name des Reiches, des Landes oder der Stadt angegeben, von welchen sie unterhalten werden. Die Namen der Stellen siehe D. St. Z. Jahrg. 1, Nr. 3 und 5.

A. Zählmaschinen.

Hollerith: Österreich 10.
Classicompteur imprimeur: Frankreich 25.

B. Additionsmaschinen.

Burrough: Deutsches Reich 18; Bayern 1; Hessen 1; Hamburg 2; Bremen 2; Lübeck 1; Österreich 1; K. K. öst. Handelsmin. 17; Ungarn 13; Bosnien 3; Frankreich 1; Belgien 1; Niederlande 3; Chemnitz 1.
Wales: Deutsches Reich 10; Schweden 1; Hamburg 1; Frankfurt a. M. 1.
Standard: Deutsches Reich 4; Sachsen 1; Niederlande 1; Mannheim 1.
Comptograph: Deutsches Reich 1; Berlin 1; Basel 1.
Comptometer: K. K. öst. Handelsmin. 4.
Gom: Böhmen 1.
Mercantile: Kanton Zürich 1.
l'Adix: Belgien 1
Comptator: Leipzig 1; Magdeburg 1.
Heinitz: Dresden 2; Leipzig 1.
Calcumeter: Chemnitz 1.
Greiff: Basel 1.
Conto: Zürich 3.

C. Rechenmaschinen.

System Thomas, Original: Deutsches Reich 3; S. Meiningen 1; Elsaß-Lothr. 1; Frankreich 1.
Desgl. Burkhardt: Deutsches Reich 5; Preußen 17; Sachsen 4; Statist. B. d. Sächs. Staatseisenb. 1; Braunschweig 1; K. K. öst. Handelsmin. 2; Kanton Freiburg 1; Berlin 4; München 1; Dresden 1; Frankfurt a. M. 3; Basel 1; Magdeburg 1; Charlottenburg 1; Kiel 1; Elberfeld 1; Halle 1; Wiesbaden 1.
Desgl. Archimedes: Deutsches Reich 7; Meckl.-Schwerin 1.
Desgl. Tim Unitas Saxonia: Deutsches Reich 2; Preußen 1; Statist. B. d. Sächs. Staatseisenb. 2; Elsaß-Lothr. 1; Luxemburg 1; K. K. öst. Handelsmin. 20; Berlin 1; Leipzig 1; Barmen 1; Nürnberg 2.
Desgl. Bunzel-Delton: Deutsches Reich 2; Österreich 1; Ungarn 5; Österreich u. d. E 1; Berlin 1; Hamburg 1.
Desgl. $X \times X$[1]: Sachsen 2.
Millionär: Deutsches Reich 1; Bayern 1; Württemberg 1; Ungarn 2; Aargau 1; Düsseldorf 1; Schöneberg 1.
System Odhner, Original: Niederlande 2; Schweden 3.
Desgl. Brunsviga: Deutsches Reich 1; Bayern 2; Luxemburg 4; Bosnien 2; Belgien 1; Mannheim 1; Straßburg 1; Stuttgart 1; Posen 1; Dortmund 1; Karlsruhe 1; Schöneberg 1.
Desgl. Berolina: Deutsches Reich 1.
Desgl. Triumphator: Bayern 1; Hessen 1.
Desgl. Monopol: Deutsches Reich 1; Chemnitz.
Andere Maschinen: Ungarn 1; General Register Office für England 4; Aachen 1; Freiburg i. Br. 1; Dortmund 1.

D. Rechenwalzen und Rechenapparate.

Daemen Schmid: Württemberg 1; Österreich 3; Ungarn 2; Böhmen 2; Kanton Zürich 2; Belgien 1.
Billeter: Preußen 1; Lübeck 1; Frankreich 3; Sachsen 1; Dresden 1; Mannheim 1; Basel 1; Zürich 2; Barmen 1; Dortmund 1.
Slide Rule: Gen. Reg. Office, für England 3.
Langesche Stab-Rechenapparate: Deutsches Reich 8; Sachsen 1.
Rechenschieber von Dennert & Pape: Sachsen 1; Bremen 1.

1) In Nr. 4 u. 5 D. St. Z. noch nicht aufgeführt. Die eine ist eine Taster-, die andere eine Schiebermaschine.

Titelanzeigen.

5. Literatur der Statistik über Armenwesen, Wohlfahrtspflege, Wohltätigkeit und Innere Mission
des Jahres 1909.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl die betr. Spalte des I. od. II. Jg. an. Abkürzungen wie in Nr. 2 des II. Jahrg. des D. St. Z., Sp. 61.
Ordnung der Titel: Allgemeines. — Deutsches Reich. — Einzelländer u. deren Teile. — Deutsche Städte. — Österreich. — Schweiz. — Sonstiges Ausland.
Die in den MStA, StJ, JB u. Jahresübersichten fortlaufend aufgeführten einschlägigen Rubriken sind nicht besonders nachgewiesen worden.

Verwaltungsberichte der größeren deutschen Städte, welche fast alle mehr oder minder ausführliche statistische Mitteilungen über Armenpflege, Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit enthalten, sind hier nicht berücksichtigt worden. Ebenso ist auch der statistische Inhalt der von den Armenverwaltungen der Städte: Charlottenburg, Breslau, Dortmund, Frankfurt a. M., Halle, Hamburg, Kiel, Leipzig, Mannheim, Posen, Stettin, Straßburg herausgegebenen amtlichen Organe („Blätter", „Nachrichten") hier nicht berücksichtigt worden.

Bericht, 50., des Zentral-Ausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Berlin W, 09. (144 S.)
Bestands- und Verkehrsnachweisung der deutschen Herbergen zur Heimat 1908. Wanderer 09. 5.
Böhmert, W., Fürsorge für weibliche Dienstboten. StJdSt, S. 261—75.
Handbuch d. jüdischen Gemeindeverwaltung u. Wohlfahrtspflege. 19. Jg. (234 S.) Berlin, D.-Israel. Gemeindehaus 09. ℳ 2.—
Breslauer, Wohltätigkeit u. Wohlfahrtspflege, jüdische, in Deutschland. Ztschr. f. Demogr. u. Statistik d. Juden. 09. 3.
Deutschland für Gott! Bericht über die Tätigkeit der Heilsarmee in Deutschland. (VIII + 84 S.) Berlin, Heilsarmee-Grundstücksgesellschaft. ℳ —.50.
v. Gerlach, M., Die deutschen Brüderhäuser zu Neujahr 1908. Monatsschr. f. Innere Miss., April 09, S. 131 bis 154.
(I, 117) Liese, W., Die charitativ-soziale Tätigkeit der Katholiken Deutschlands. In: Krose, Kirchliches Handbuch, Freiburg 09, S. 319—404.
(I, 116) Schneider R., Innere Mission in Deutschland 1909. In: Kirchliches Jahrbuch, Gütersloh 1909, S. 472—575.



Silbergleit, H., Finanzstatistik der Armenverwaltungen von 130 deutschen Städten 1901 bis 1905. (V. 536. m. 2 Tab.) (Schriften d. deutschen Vereins f. Armenpflege und Wohltätigkeit, H. 89.) Leipzig, Duncker und Humblot. ℳ 1.80.

Statistik der deutschen Arbeiterkolonien 1908. Der Wanderer 09, 1.

Statistik des (deutschen) Evangelischen Diakonievereins. Stand am 11. April 1909. Berlin.

Weydmann, J., Die Wanderarmenfürsorge in Deutschland. (104 S.) M.-Gladbach, Volksverein. ℳ —.80.

Lohse u. Samter, Zwangsmaßregeln gegen Arbeitsscheue u. gegen säumige Nährpflichtige. (Erhebungen des D. Ver. für A. u. W. Schriften H. 88.) Leipzig, Duncker u. Humblot.

Armenaufwand, Der öffentliche, in Baden. StM Großh. Baden 09. S. 109.

Beiträge der Staatskasse zum Landarmenaufwand der Kreise im Großh. Baden im Jahrzehnt 1899—1908. StM Großh. Baden 09, S. 195.

Fierck, Leistungen der gemeindlichen Armenpflege in den größeren Städten Bayerns. Bayrische Caritasbl. 09. April u. Mai.

Statistisches über die Frequenz der [bayrischen] Arbeiterkolonien Simonshof und Herzogsägmühle. Jubiläumsbericht — 25. — des Vereins für Arbeiter-Kolonien in Bayern 1908/09, München 09, S. 23—26.

Zwangserziehung, Die, in Bayern 1904—1908. Ztschr. d. St. L. A. 09, 3 u. 4.

Ortsarmenverbände, Die [sächsischen], nach ihrer Zusammensetzung und Bevölkerung. Ztschr. St. L. A. 1908 II, S. 187—202, Dresden 09.

Statistik der „Sächsischen Fechtschule" 1884—1909. Jubiläumsnummer d. S. Fechtztg. v. 1. VII. 1909. Dresden.

Vorlage und Ordnung über die Einrichtung, Unterhaltung u. Verwaltung der Wanderarbeitsstätten im Regierungsbezirk Cassel. Anlage 40 der Verhandlungen des Provinziallandtages des Reg.-Bez. Cassel 1909. (12 S.)

Bericht über die Tätigkeit der Zentralleitung des Württembergischen Wohltätigkeitsvereins im Rechnungsjahr 1. April 1907/08. Stuttgart 09.

Rothert W., Die innere Mission i. d. Provinz Hannover in Verbindg. mit der sozialen u. provinzialen Volkswohlfahrtspflege. III. Auflage. (582 S.) Gütersloh, Bertelsmann.

42. Jahresbericht des Landesver. f. innere Mission im Kgr. Sachsen. Dresden 09.

Jahresbericht d. Schlesischen Provinzial-Ver. f. Arbeiterkolonien 1908/09. Breslau. (54 S.)

Bogenhard, A., Bericht über die diesjährige u. über die Tätigkeit von 1882—1907 des Weimarischen Kreisverbandes zur Bekämpfung des Vagabundentums und zur Unterstützung hilfsbedürftiger wandernder Handwerker und Arbeiter. Weimar 09.

Fürsorgeerziehung Minderjähriger, Die, in Württemberg im Jahre 1907/08. Bl. f. d. Armenwesen, Stuttgart 09, S. 105 ff.

v. Prott, Fürsorge für die wandernden Arbeitslosen im Reg.-Bez. Liegnitz. Der Arbeitsmarkt 09, 5.

Festschrift des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit. Zum 75jährig. Jubiläum 1834—1909. (144 S.) Aachen 09.

Marien-Anstalt, Die, für kath. Dienstmädchen i. Augsburg 1889—1909. (62 S.) Augsburg, Lit. Institut. ℳ —.80.

Festschrift zur Feier des 25j. Bestehens des Hauptvereins Kinderhort in Berlin 1883—1908. Berlin 09.

Fünfundsiebzig Jahre des Vereins zur Beförderung der Kleinkinderbewahranstalten zu Berlin. 1833—1908. Berlin 09.

Hachtmann, P., Aus der Arbeit des Berliner Hauptvereins für Innere Mission. 24. März 1899—1909. Berlin 09.

Verwaltungsbericht d. Armen-Direktion u. d. Deputation für die Waisenpflege d. Stadt Charlottenburg f. 1907. Charlottenburg 09.

(II, 90) Statistik der während des Rechnungsjahres 1908 in Cöln in offener Armenpflege Unterstützten. Cöln 1909. (14 S.)

Bericht über die Armen- u. Waisenpflege d. Stadt Cöln im Rechnungsjahre 1908. Cöln 09. (86 S.)

Spann, O., Die unehelichen Mündel des Vormundschaftsgerichts in Frankfurt a. M. Statistische Untersuchungen über Vormundschaftsführung usw. (112 S.) [Probleme der Fürsorge, Bd. V.] Dresden, Böhmert.

Saeltzer, 50 Jahre evangelische Liebesarbeit. Festschrift z. Feier des 50j. Jubiläums des ev. Stifts in Freiburg i. Br. (77 S.) Freiburg i. Br., Troemer. ℳ —.20.

Handbuch der Wohltätigkeit in Hamburg. Herausgegeben vom Armenkollegium u. in dessen Auftrage bearbeitet von Dr. H. Joachim. 2. Aufl. (XV + 501 S.) Hamburg, Commission L. Gräfe.

Jahrbuch d. Hamburger Arbeiter-Kolonie für 1909. Hamburg 09. (26 S.)

Jahresbericht des Armenkollegiums in Hamburg für 1908. Hamburg 09. (32 S.)

Übersicht über den Bestand an Armenparteien in Hamburg [Zweckmäßiges Konzentrationsformular.] Bl. f. H. Ar. 09. 9.

(II, 54) Jahresbericht, 1., der Armenverwaltung Karlsruhe 1906—1908. (61 S.) Karlsruhe 09.

Fiesel, Bericht über die 25jährige Tätigkeit der Arbeiterkolonie Kästorf. Osterwieck 09. (16 S.)

Bericht, 15. allg., der Lübecker Zentral-Armen-Deputation 1903—1907 und Jahresbericht f. 1907. Mit 3 Anlagen, betr. die Statistik der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten. Lübeck 09.

Vieregge, K., Der Stadtverein f. innere Mission in Magdeburg 1884—1909. (83 S.) Magdeburg 09, Holtermann. ℳ 1.—.

Schrenk, S., 75 Jahre innere Mission i. Straßburg i. E. 1834—1909. (51 S.) Straßburg, Buchh. d. ev. Ges. ℳ —.40.

Bericht des Landesausschusses des Erzherzogtums Oesterreich u. d. Enns über d. Zustand d. öst. Armenpflege während der Jahre 1906 u. 1907. Wien 09.

Jahrbuch der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen. 2. Jg. (IX. 489 + 56 S.) Prag 09, Calve. Kr. 5.—.

(I, 250) (II, 112) Armenwesen in Steiermark 1908. Jährlicher Bericht des Landesausschusses. X. Landt. Per. I. Sess. Beil. 1. Graz 09.

Müller, R., Städtische Wohlfahrtseinrichtungen (VIII + 73 S.) Wien, Eberle & Co. 09. Kr. 3.—.

Statistik der Staatsbeiträge an die Armenausgaben der Gemeinden des Kantons Zürich 1907. (Statist. Mitt. betr. Kanton Zürich, Heft 101, Anhang. Zürich 09.)

Jahrbuch, Zürcher, f. Gemeinnützigkeit. 1907/1908. (VIII, 304 u. 77 S. m. 12 T.) Zürich, 09, Gebr. Leemann & Co. ℳ 2.—.

Ewald, Die deutsche Arbeiterkolonie bei London. Die Innere Mission 09. 10.

Muensterberg, Elsa, Dr. Bernardos Liebestätigkeit in London. Ztschr. f. d. Armenwesen 09. 2.

Richert, J., Das Familienheim [„Familisterium"] zu Guise. (Jahresber. d. Ind. Gesellsch. zu Mülhausen 1909, Straßburg 09, S. 187—276.)



Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 8 2. Jahrgang 15. November 1910

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Die Einsendung von Besprechungen statistischer Quellenveröffentlichungen durch ihre Verfasser ist erwünscht. Formulare, denen die für solche Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung. Die Beiträge werden honoriert.

Die amtliche Statistik auf der Allgemeinen Städtebau-Ausstellung in Berlin im Jahre 1910.

Von Dr. **R. Kuczynski**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg.

Die erste Städtebau-Ausstellung in Europa fand im Mai und Juni d. J. in Berlin statt. Voraufgegangen war eine Ausstellung in Boston im Herbst 1909. Das Verständnis und das lebhafte Interesse des Amerikaners für Zahlen brachten es mit sich, daß die Statistik dort stark vertreten war. Und die statistischen Ergebnisse und die graphischen Tafeln sollen denn auch auf die Besucher der Bostoner Ausstellung die stärkste Wirkung ausgeübt haben. Als daher der Generalsekretär der Bostoner Ausstellung, Dr. Hegemann, in gleicher Eigenschaft an die Berliner Ausstellung berufen wurde, richtete er von vornherein sein Augenmerk darauf, auch eine möglichst rege Beteiligung der amtlichen Statistik in Deutschland herbeizuführen. Wenn seine Bemühungen bei diesem ersten Versuche insofern nicht von vollem Erfolge gekrönt waren, als die statistische Ausstellung nur einen sehr mäßigen Umfang erreichte, so lag dies daran, daß vor Eröffnung der Ausstellung der Sinn und das Interesse für Städtebau in Deutschland außerhalb der Kreise der Techniker nur gering waren. Der weit über Erwarten große Erfolg der Berliner Ausstellung (der nicht zuletzt dem organisatorischen Genie Dr. Hegemanns zu danken ist) und das allseitige Interesse, das die statistischen Darstellungen hier erweckt haben, machen es aber wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit eine Städtebau-Ausstellung in noch größerem Stile veranstaltet werden wird, auf der dann der Statistik eine hervorragende Rolle zufallen dürfte. Deshalb und weil die statistische Ausstellung wenn auch nicht quantitativ so doch qualitativ Ausgezeichnetes bot, erscheint es angezeigt, die Leistungen der einzelnen statistischen Ämter[1]) in einem kurzen Überblick festzuhalten.

Am reichhaltigsten war die Ausstellung des Statistischen Amts der Stadt Berlin. Eine Einführung in den Umfang der Leistungen, die der Städtebau seit Begründung des Deutschen Reiches zu bewältigen hatte, bot eine Tafel, die die Bevölkerung in den Gemeinden mit unter 2000, 2000—5000, 5000—20000, 20000—50000, 50000 bis 100000 und über 100000 Einwohnern nach den Ergebnissen der Volkszählungen von 1871 bis 1905 in Gestalt farbiger vierseitiger Säulen darstellte. Daß dabei insbesondere die Aufgaben, die dem Städtebau in Berlin gestellt waren, soweit die Wohnweise der großen Masse der Bevölkerung in Frage kommt, in unzulänglicher

1) Wenigstens anmerkungsweise sei erwähnt, daß neben den statistischen Ämtern auch einzelne Privatpersonen und Privatgesellschaften, wie Kemmann, die Große Berliner Straßenbahn, die Hochbahngesellschaft Berlin, die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, und ferner auch das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Ausstellung mit Darstellungen der Ergebnisse statistischer Erhebungen beschickt hatten.

Weise gelöst worden sind, ging aus einer sehr lehrreichen graphischen Darstellung hervor, die in Form horizontaler Streifen die bewohnten Wohnungen und die darin wohnenden Haushaltungen nach der Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1905 enthielt. Der Flächeninhalt der Streifen gab die Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen jeder Größenklasse an, wobei die verschiedenen Arten von Wohnräumen bei den kleineren Wohnungen besonders eingehend berücksichtigt waren. Für jede Größenklasse war einmal das Vorhandensein oder Fehlen von Zimmerabmietern oder Schlafleuten in den Haushaltungen unter weiterer Unterteilung jeder der so entstandenen vier Haushaltungsgruppen nach der Art ihrer Zusammensetzung aus Familienmitgliedern, Gewerbegehilfen und Dienstboten usw. und ferner die Zahl der die Haushaltung bildenden Personen eingetragen. Eine gewisse Ergänzung zu dieser Tafel bot eine kartographische Darstellung, die für Berlin und Vororte nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 die durchschnittlich auf 1 ha der Gesamtfläche entfallende Bevölkerungszahl wiedergab. Auf Groß-Berlin erstreckte sich auch ein Plan, der die Verteilung und Besetzung von Gewerbe und Handel bei der Betriebszählung am 12. Juni 1907 zur Darstellung brachte. Die Gesamtzahl der im Gewerbe und Handel von Berlin und einer größeren Zahl von Vororten beschäftigten Personen war für jede Gemeinde durch einen Kreisring dargestellt, während die Besetzung der einzelnen Gewerbegruppen durch Zerlegung der Kreisringe in farbige radiale Streifen veranschaulicht war. Den Glanzpunkt der Ausstellung des Berliner Amts und zugleich der statistischen Ausstellung überhaupt aber bot ein Übersichtsplan des Gewerbes und des Handels von Berlin, der jedes einzelne Unternehmen, das am 12. Juni 1907 mindestens 25 Personen beschäftigte, nach seiner örtlichen Lage, ferner in seinen nach der Zahl der beschäftigten Personen bestimmten Größenverhältnissen, endlich nach seinem gewerblichen Charakter — unter Berücksichtigung der für Personen- und Gütertransport vorhandenen Verkehrswege und Verkehrsanstalten — zur Darstellung brachte. Es ist nur zu bedauern, daß eine Verkleinerung und Vervielfältigung dieses umfangreichen Stadtplans, der, ganz abgesehen von dem großen sachlichen Interesse, das er bietet, ein Meisterwerk statistischer Darstellung bedeutet, wohl mit Rücksicht auf die erheblichen technischen Schwierigkeiten und die hohen Kosten unterbleiben wird. Um so dringender aber muß verlangt werden, daß die verkehrsstatistischen Tafeln des Berliner Amtes, die hier zum ersten Male gezeigt wurden, der Allgemeinheit durch eine Veröffentlichung, die zugleich die sehr interessante Erhebungsmethode schildern müßte, zugänglich gemacht werden. Diese Tafeln behandeln den Verkehr auf dem Potsdamer Platz, in der Leipziger Straße, in der Königstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße und Unter den Linden, Auf der Tafel z. B., die den Verkehr auf dem Potsdamer Platz, und zwar in der Richtung nach dem Platz darstellt, ist für jede der sieben Zufahrstraßen der Fußgänger- sowie der Wagenverkehr — letzterer in der Unterscheidung nach Straßenbahnen, Omnibussen und sonstigen Fahrzeugen — stundenweise von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends und ferner der gesamte sechzehnstündige Verkehr für Personen und für Wagen dargestellt.

Während so das Berliner Amt die Probleme des Städtebaus von den mannigfachsten Gesichtspunkten aus beleuchtete, beschränkte sich das Statistische Amt der Stadt Schöneberg darauf, einzelne Wirkungen des Städtebaus auf das Wohnungswesen zu veranschaulichen. Einkommen und Miete und Wohnungsgröße und Miete bildeten den Gegenstand der Darstellungen. Auf drei Tafeln wurde die Ausgabe für Wohnungsmiete in Prozent des versteuerten Einkommens nach Einkommensstufen für Schöneberg (1906), Essen (1900), sechzehn sächsische Mittel- und Kleinstädte (1905), Breslau (1880, 1900) und Hamburg (1868, 1874, 1882, 1891, 1901) wiedergegeben. Eine vierte Tafel enthielt den durchschnittlichen Mietspreis eines Kubikmeters Wohnraum nach Größenklassen der Wohnungen für Fürth (1901/02), Augsburg (1904) und Posen (1905/06). Die Forderung nach Veröffentlichung der ausgestellten Tafeln ist für Schöneberg bereits erfüllt. Der Katalog der Ausstellung enthielt eine verkleinerte Wiedergabe der Tafeln; dieselbe findet sich auch in den Vierteljahrsberichten des Statistischen Amts, 3. Jahrgang 1910, zweites Heft.

Das Wohnungswesen bildet auch den Gegenstand der graphischen Tafel, die das Statistische Amt der Stadt Budapest auf die Ausstellung geschickt hatte. Auf Grund des Materials, das das Amt für das seit Jahren in Vorbereitung befindliche internationale statistische Jahrbuch der Großstädte gesammelt hat, war hier für 17 europäische Städte die durchschnittliche Bewohnerzahl pro Zimmer nach Größenklassen der Wohnungen und ferner die prozentuale Gliederung der Wohnungen nach der Zimmerzahl wiedergegeben.

Mit einer Tafel war auch das Statistische Amt der Stadt Breslau vertreten. Sie enthielt einen sehr lehrreichen Vergleich des Stadtgebiets und der Bevölkerung der 86 deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern am Jahresschlusse 1870 und 1908.

Vielseitiger als alle andern Ämter mit Ausnahme von Berlin hatte endlich das Statistische Amt der Stadt München die Ausstellung beschickt. Zur Darstellung gelangten das Anwachsen der Einwohnerzahl und des Burgfriedens von München, der Zuwachs neuer Wohnungen und die Schwankungen der Bautätigkeit in München seit 1901, die Geburten- und Sterbeziffern Münchens seit 1845 und die Abminderung der Sterblichkeit an Lungentuberkulose.[1]

---

[1] Nach Schluß der Ausstellung in Berlin wurde ein Teil der Ausstellungsgegenstände nach Düsseldorf überführt. Dazu gehörten von den oben behandelten Darstellungen die von Schöneberg, Breslau und Budapest und teilweise auch die von Berlin. Aus dem Katalog der Düsseldorfer Ausstellung (August bis September) ergibt sich, daß dort auch das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf sehr reichhaltig vertreten war. Recht dürftig hingegen war die amtliche Statistik auf der Städtebau-Ausstellung in London (Oktober) vertreten. Nur eine spärliche Auslese der Düsseldorfer Bestände war hier zu finden, und von einer Ergänzung etwa durch englisches Material war vollständig Abstand genommen worden.

An dieser Stelle sollte nur kurz skizziert werden, was die amtliche Statistik für die Berliner Städtebau-Ausstellung geleistet hat. Es würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen zugleich zu erörtern, in welchen Punkten sie versagt hat. Die Leitung der Ausstellung bereitet gegenwärtig ein zusammenfassendes Werk über die Ausstellung vor. Nach Erscheinen wird sich vielleicht Gelegenheit bieten zu erörtern, in welchen Richtungen sich eine planmäßige Beschickung einer zukünftigen Städtebau-Ausstellung seitens der amtlichen Statistik zu bewegen hätte.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Der Überschuß an deutschen Frauen und ihre Heiratsaussichten. Nach: Schmollers Jahrbuch f. Verwaltung u. Gesetzgebung. 1910, 3. Heft.

Die ganz allgemein verbreitete Ansicht, daß wir in Deutschland jetzt eine Million mehr Frauen als Männer haben und die daraus bezüglich der Heiratschancen des weiblichen Geschlechts und der vielen großen Gebiete, die mit ihr zusammenhängen — wie z. B. die Vorbildung der Mädchen für Hauswirtschaft und Beruf — gezogenen Schlußfolgerungen, haben den Verfasser veranlaßt, die Richtigkeit dieser Ansicht einer Prüfung zu unterziehen. Er beweist, daß das Plus der weiblichen Reichsbevölkerung über die männliche (nach der Volkszählung vom 1. Dez. 1900 892 684, vom 1. Dez. 1905 nur noch 871 916 weibliche Personen) keinen Schluß auf den Frauenüberschuß zuläßt, für den nur die Zahl der Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter in Betracht kommt. Aber auch diese dürfen nicht mechanisch einander gegenübergestellt werden, sondern nach dem für beide Geschlechter verschiedenen Hauptheiratsalter, das an der Hand der Reichsstatistik über das Alter der Eheschließenden für Mann und Frau ermittelt wird. — Dabei stellt sich heraus, daß man den Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren die Männer im Alter von 21 bis mindestens 40 Jahren und höchstens noch den Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahren die Männer im Alter von 21 bis mindestens 45 Jahren gegenüber zu stellen hat. Ferner stellt sich heraus, daß die Frauen vom 30. Lebensjahre an überwiegend jüngere Männer heiraten, daß also die Heiratschancen der Frauen wesentlich verbessert würden, wenn nicht so viele ältere Frauen zu nicht rein ehelichen Zwecken jüngere Männer wegheirateten. Das Resultat der Untersuchung ist, daß im Hauptheiratsalter überhaupt kein Frauenüberschuß vorhanden ist und daß die Männer erst knapp werden für diejenigen Jahrgänge des Frauenalters, für die die Heirat nur noch in geringem Grade, oder auch gar nicht mehr den Hauptzweck der Ehe erfüllt. Das Plus der Frauen liegt nicht im Heiratsalter, sondern entsteht erst nach demselben. Der Gesamtüberschuß derselben beträgt nicht rund eine Million — wie allgemein angegeben wird — sondern über 2½ Millionen Frauen (930 433 ledige und 1 573 095 verwitwete und geschiedene Frauen). Aber hiervon sind im Hauptheiratsalter erst 284 000 vorhanden, die sich bei Berücksichtigung der Prostituierten auf rund 200 000 reduzieren, und auch diesem Überschuß stehen noch Männer höheren Alters gegenüber, während im Heiratsalter bis zum 30. Lebensjahre der Frau einerseits und bis zum 40. Lebensjahre des Mannes anderseits, ein Frauenüberschuß überhaupt noch nicht vorhanden ist. Die Schlüsse, die bezüglich der Heiratschancen der Frau aus der Tatsache des Überschusses der weiblichen Bevölkerung gezogen werden, oder daraus, daß von irgendeiner Altergrenze ab die Zahl der unverheirateten Frauen die der unverheirateten Männer bei weitem übertrifft, sind also falsch.

Der Verfasser schließt seine Untersuchung mit dem Hinweis, daß „alle Mütter zu ihrem Teil dazu beitragen können, die Heiratschancen ihrer Töchter zu verbessern, indem sie ihre Söhne selbst nähren", und berechnet, daß bei allgemein natürlicher Säuglingsernährung das Plus der 200 000 im Heiratsalter vorhandenen Frauen verschwunden, ja vielleicht sogar in ein Plus der im Heiratsalter befindlichen Männer verwandelt worden wäre.

R. E. May.

Wohlhabenheit und Frauenüberschuß. Nach dem Abschnitt „Bevölkerungsverhältnisse" der Festschrift zur Einweihung des neuen Dresdner Rathauses, „Dresdens Entwicklung in den Jahren 1903—09", Dresden 1910.

Aus den Mitteilungen über die Zusammensetzung und die Entwicklung der Bevölkerung der Stadt Dresden dürfte eine Aufstellung, die die Analogie der Abstufung der Stadtbezirke nach dem Ergebnis der Einschätzungen zur Einkommensteuer einerseits und nach dem Frauenüberschuß anderseits dartut, weitergehende Bedeutung besitzen. Eine Untersuchung über die entsprechenden Verhältnisse in der Stadt Berlin, die an die Volkszählung von 1880 anknüpfte, hat ein ganz ähnliches Ergebnis geliefert. Ebenso scheinen die Bezirke und Vororte, die in einem im Februarheft 1910 der statistischen Monatsberichte über „Großberlin" erschienenen Artikel als die frauenärmsten bezeichnet werden, solche mit meist unbemittelter Bevölkerung zu sein, während in den frauenreichen die bessergestellten Klassen stärker vertreten sind. Es ist dies zweifellos nicht bloß auf das zu den wohlhabenderen Haushaltungen gehörende weibliche Haus- und Dienstpersonal, sondern auch darauf zurückzuführen, daß die Haustöchter der ärmeren Klassen früher als die der bessergestellten ihre Familie zu verlassen pflegen, sei es um einem Berufe nachzugehen, sei es um zu heiraten. In den 8 Dresdner Einkommensteuerdistrikten, die unter im ganzen 58 die höchste durchschnittliche Steuerleistung zeigen, kamen nach der letzten Volkszählung nicht weniger als 150 weibliche auf 100 männliche Personen.

E. Würzburger.

Citybildung und Bevölkerungsdichte in Großstädten. Von H. Schmidt. Ernst Reinhardt, München 1909. 2 ℳ

Auf die Forderung einer möglichst zentralen Lage von geschäftlichen und öffentlichen Einrichtungen, ferner auf Straßendurchbrüche und Er-

weiterungen ist die neuzeitliche Abnahme der inneren Großstadtbevölkerung zurückzuführen. Diese Erscheinung wurde erstmals für die Altstadt Londons, die City, beobachtet. Seitdem ist diese Erscheinung daher als Citybildung allgemein bekannt. Ist nun an sich schon die Frage interessant, wie sich die Bevölkerung auf das Stadtgebiet verteilt, zur Beantwortung drängt sie sich eigentlich von selbst dem auf, der wie der Verfasser vorliegender Untersuchung, mit erstgenannter Erscheinung sich beschäftigt. Zwischen beiden Erscheinungen besteht ein letzten Endes auf soziale Ursachen zurückgehender Zusammenhang, so daß die eine ohne die andere kaum behandelt werden kann. Diese Studie bedeutet eine Bereicherung unseres auf exakt zahlenmäßige Beobachtung gegründeten Wissens über die Großstadt. Daß gerade hier der Umstand, daß unsere Volkszählungen Zählungen der Nachtbevölkerung sind, von grundlegender Bedeutung für die statistische Erkenntnis ist, sei hier wenigstens gestreift. Für die Studie konnte nur die Einteilung in Bezirke in Frage kommen, dagegen nicht die nach Straßen- oder Baublöcken, weil nur für jene einigermaßen brauchbares Material sich fand. Größere Wasserflächen, Plätze usw. wurden von der Gesamtfläche abgezogen, um ein möglichst korrektes zu Vergleichen geeignetes Bild entwerfen zu können. Außer der Abgrenzung des räumlichen Momentes bei der Untersuchung über Citybildung galt es auch noch den Zeitpunkt des Beginns derselben festzulegen. Dafür war nun maßgebend das erste Zähljahr nach der durch vorangegangenes Anwachsen verursachten Höchstzahl an Citybewohnern. Aus der Differenz zwischen diesem Maximum und der zuletzt ermittelten Nachtbevölkerung ergab sich der Grad der Abnahme in der City.

Untersucht wurden Städte, für die möglichst vollständige und vergleichbare Angaben vorlagen. Und auch gute Stadtpläne mußten zugänglich sein, da ohne sie die privaten Berechnungen unmöglich gewesen wären. Die Citybildung gewinnt nun erst nach 1850 größere Bedeutung. In Leipzig wird erst nach 1875, in München um 1880 eine zunehmende Entvölkerung der inneren Bezirke bemerkt. Aber der Prozeß geht nicht überall gleich intensiv vor sich. Während in London sich die Gesamtabnahme für die eigentliche City auf vier Fünftel des Höchststandes berechnet, so in Berlin nur auf dessen Hälfte, in München gar nur auf ein Siebentel. Sind auch die Berechnungen über die Bevölkerungsverteilung nach verschiedenen Abstufungen der Dichte, wenn auch nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen, nicht durchaus vergleichbar, für die Bebauungs- und Verkehrspolitik einer wachsenden Großstadt, zumal wenn sie wiederholt werden, dürften sie immerhin von praktischem Nutzen sein.

E. Müller.

Erhebung über die wirtschaftliche Lage der Privatbeamten. Publikationen der Ständigen Kommission für Statistik des Großh. Luxemburg. 34. Heft. 1910. 50 Ct.

Die luxemburgische Erhebung schließt sich eng an die Denkschrift über die im Deutschen Reiche im Oktober 1903 angestellten Erhebungen an. Als Stichtag war der 31. Dezember 1909 bestimmt. Die Beteiligung war selbst nach wiederholten Aufrufen in der Presse sehr mangelhaft, indem nur 1224 männliche und 113 weibliche Angestellte die ausgesandten Fragebogen dem Statistischen Amte wieder übermittelten; es sind im ganzen nur 54 % der männlichen und 36 % der weiblichen Angestellten von der Erhebung erfaßt worden. In Anbetracht dieser geringen Beteiligung sind die Ergebnisse denn auch mit der gebotenen Vorsicht aufzunehmen.

Von den 1337 Privatbeamten gehören an den Berufsgruppen: Bergbau, Hüttenwesen, Industrie 810, Handel 393, Rechtspflege usw. 91, Landwirtschaft 66, anderen Berufsarten 27. Von den 1224 männlichen Personen sind 800 verheiratet. Die Zahl der Väter von Kindern unter 18 Jahren stellt sich auf 623 und die der Kinder selbst auf 1588; es entfallen somit auf einen Angestellten überhaupt 1,30 und auf einen Vater 2,55 Kinder. Von sämtlichen Vätern haben 196 ein Kind, 179 zwei Kinder, 115 drei, 57 vier, 38 fünf, 17 sechs und 21 sieben oder mehr Kinder.

Das Einkommen der männlichen Personen betrug bei 213 weniger als 1500 Franken, während 472 zwischen 1500 und 2400, 332 zwischen 2400 und 3500 und 207 über 3500 Fr. verdienen; von den weiblichen Personen hat über die Hälfte nur ein Einkommen von weniger als 1000 Fr. Das durchschnittliche Gesamteinkommen beträgt für die männlichen Beamten 2518, für die weiblichen 962 Fr.

Von besonderer Wichtigkeit bei der Erhebung war die Befragung nach dem Umfange der bereits bestehenden Fürsorge durch Abschluß von Versicherungen. Nach den Ergebnissen dieser Fragen sind von den männlichen Angestellten 170 eine Lebensversicherung, 4 eine Pensionsversicherung, 2 eine Witwenversicherung und 211 eine Unfallversicherung bei Privatgesellschaften eingegangen; ferner gehören 233 Personen einer von der Firma eingerichteten Pensions- und Witwenkasse an. Die Angaben über Zugehörigkeit zur Unfallversicherungsgenossenschaft schienen zu unvollständig, weshalb von deren Verarbeitung abgesehen wurde.

Von den angeführten 233 Privatangestellten, die einer von der Firma eingerichteten Pensionskasse angehören, haben 174 über die Höhe der Beiträge berichtet. In diesen sämtlichen 174 Fällen nehmen sowohl die Angestellten als auch die Firmen an der Speisung der Kasse teil, und zwar werden jährlich entrichtet von den Angestellten 16 766,48 und von den Arbeitgebern 16 241,56 Fr.; die Gesamtbeiträge stellen sich somit auf 33 008 Fr. oder für jeden Angestellten auf durchschnittlich 189,70 Fr. jährlich. Da das gesamte Diensteinkommen dieser 174 Privatbeamten 560 510 Fr. ausmacht, so belaufen sich die Beiträge auf 5,89 Fr. für je 100 Fr. Einkommen.

Diese Summen geben jedoch nicht die gesamten für Versicherungszwecke ausgegebenen Beträge wieder, indem eine große Anzahl von Beamten mehrere Versicherungen abgeschlossen haben. Es wurde daher auch über die Gesamthöhe der Versicherungsbeiträge berichtet. Es liegen dazu Angaben von 254 Privatbeamten vor. Im ganzen machen die Prämienzahlungen dieser Personen für die verschiedenen Versicherungen 84 619 Fr. oder durchschnittlich 333 Fr. aus. Dieser Beitrag

beläuft sich auf 13,23 % des durchschnittlichen Einkommens. Es wird betont, daß bei diesen Versicherungsbeiträgen sowohl die von den Angestellten eingezahlten Summen, als auch die Zuschüsse der Arbeitgeber einbegriffen sind.

Das Ergebnis der Frage über Stellenlosigkeit zeigt, daß von den 1224 männlichen Privatbeamten 90 in den letzten fünf Jahren wenigstens einmal stellenlos waren. Von diesen 90 Personen haben 84 im ganzen 110 Fälle von Stellenlosigkeit angegeben, während 86 über deren Dauer berichteten; für jeden dieser betroffenen Angestellten beträgt die durchschnittliche jährliche Dauer der Stellenlosigkeit 44,5 Tage. *L. Goergen.*

II. Bewegung der Bevölkerung.

Statistik der Säuglingssterblichkeit im Großherzogtum Hessen in den Jahren 1863 bis 1908. Von Regierungsrat Knöpfel. 1. Heft der Schriften der Großh Zentrale für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Hessen. Darmstadt 1910, Staatsverlag. 55 S. ℳ 0,80

Die Schrift verdankt ihre Entstehung der im Jahre 1909 gegründeten Großherzoglichen Zentrale für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Hessen, die die Absicht hat, Untersuchungen über die Mutter- und Säuglingsfürsorge im Großh. Hessen in zwangsloser Folge zu veröffentlichen. An die Spitze dieser Schriften sollte eine zusammenfassende Darstellung über die Säuglingssterblichkeit im Großherzogtum Hessen treten, die zugleich für alle folgenden Untersuchungen, wie überhaupt für die Arbeiten der Zentrale die statistischen Unterlagen abgeben könnte. Die vorliegende Schrift enthält vor allem für das Großherzogtum Zusammenstellungen über die Geburten im Zeitraum von 1822 bis 1908 und über die Säuglingssterblichkeit nach Kalender- und Lebensmonaten für 1863 bis 1908. Ferner ist die Säuglingssterblichkeit für die einzelnen Gebietsteile und die größeren Gemeinden des Großherzogtums dargestellt; für die Stadt Mainz konnte sogar das ganze 19. Jahrhundert berücksichtigt werden. Einige typische Gemeinden wurden einer eingehenderen Untersuchung unterzogen.

Die Säuglingssterblichkeit ist in den einzelnen Gebieten des Großherzogtums sehr verschieden, aber überall ist eine große Besserung zu verzeichnen. So ist die Säuglingssterblichkeit in Oberhessen von 16,4 in 1863/70 auf 8,2 in 1906/8 gesunken, in der Umgebung von Mainz von 29,7 auf 19,1, im Großherzogtum im ganzen von 20,8 auf 13,3. Trotz dieses erfreulichen Rückganges bleibt der Zentrale noch ein weites und dankbares Feld für ihre Tätigkeit beschieden. Wieweit die Säuglingssterblichkeit herabgemindert werden kann, beweisen auch die Verhältnisse bei der jüdischen Bevölkerung in Hessen, deren Säuglingssterblichkeit von 14 zu Ende der 70er Jahre auf 7 in den letzten Jahren heruntergegangen ist. Überall lenkt die Untersuchung darauf hin, daß vor allem die hohe Sommersterblichkeit in den Städten und deren Umgebung bekämpft werden muß. Dies kann hauptsächlich dadurch geschehen, daß den Müttern die Pflicht des Stillens warm empfohlen wird. *L. Knöpfel.*

Die Ehescheidungen in Halle a. S. 1906—08. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Februar 1910.

Die Anzahl der Ehescheidungen beträgt im Deutschen Reich 18—20 auf 100 000 Einwohner, in den 20 größten deutschen Städten für 1907 dagegen 62. Für Halle beläuft sich diese „allgemeine Scheidungsziffer" für 1906 auf 42,41, 1907 auf 43,74 und 1908 auf 61,42. Mit der letzten Zahl ist Halle dicht in die Nähe des Jahresmittels der 20 größten Städte gerückt. Auf 1000 Eheschließungen entfielen 1906: 51,63, 1907: 52,03 und 1908: 70,69 Ehescheidungen. Mithin ergibt sich für Halle, wie im allgemeinen, ein starkes Anschwellen der Ehescheidungen. Für die Jahre 1906—1908 zusammen ergab die Untersuchung der Geschiedenen nach dem Alter zur Zeit der Eheschließung, daß von den Frauen 20,85 % im Alter von 15—20 und 49,81 % im Alter von 20—25 Jahren standen. Bei den Männern verschiebt sich das Verhältnis um 5 Jahre. Der Altersunterschied der geschiedenen Ehegatten ist im allgemeinen nicht zu groß. Die Beobachtung des Alters der Ehegatten zur Zeit der Ehescheidung zeigt ein Anschwellen der Scheidungsgefahr mit zunehmendem Alter, das bis zum 35. Lebensjahr andauert. Die meisten Ehescheidungen fallen in das 30.—40. Lebensjahr. Die Differenzierung der geschiedenen Ehen nach ihrer Dauer ergab 5 Ehen, welche nach mehr als 30 Jahren auseinander gingen. Die meisten Scheidungen traten nach 5—10 Jahren ein, bei 3 Ehen sogar schon im 1. Jahr. Scheidungsgrund ist am häufigsten der Ehebruch (44,8 %), es folgt die eheliche Zerrüttung (36,6 %) und dann die böswillige Verlassung (10,4 %). Die Schuld an der Scheidung ist in weit überwiegendem Maße dem Manne zuerkannt worden. Bemerkenswert ist die Abnahme der Scheidungsgefahr mit der wachsenden Kinderzahl. Der Vergleich der Haushaltungen in Halle nach der Personenzahl mit den geschiedenen Ehen nach der Kinderzahl zeigt, daß von 1000 Haushaltungen bzw. Ehen durch Scheidung gelöst wurden, solche

mit 2	Personen	bzw.	0	Kindern	13,4 ‰
„ 3	„	„	1	„	8,3 ‰
„ 4	„	„	2	„	7,2 ‰
„ 5	„	„	3	„	5,4 ‰
„ 6	„	„	4	„	3,6 ‰
„ 7 u. mehr P.		„	5 u. mehr K.		2,3 ‰.

Der Konfession nach treten im Verhältnis zu den evangelischen die katholischen und konfessionell gemischten Ehen völlig zurück. Der Beruf der geschiedenen Männer liegt entsprechend der starken Vertretung von Industrie, Handel und Verkehr vorwiegend in diesen Gewerbegruppen. Angestrengt war die Scheidungsklage zu 35,1 % vom Manne und zu 64,9 % von der Frau. *M. Rusch.*

III. Todesursachenstatistik.

Der Selbstmord in seiner detailgeographischen Ausgliederung im Deutschen Reich. Von F. Wiedemann. J. Schön, München 1910.

Der Selbstmord ist bis heute mehr als ein anderer Teil der Moralstatistik zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gemacht worden. Aber dennoch ist das vielbehandelte Thema wissenschaftlich noch nicht als erledigt zu betrachten. Denn im wesentlichen bildeten die Grundlage jener wissenschaftlichen Forschungen nur statistische Zahlen-

reihen für größere Gebietsabschnitte oder ganze Staaten. Ursächliche Zusammenhänge lassen sich nun aber bei einer der stat. Beobachtung unterworfenen sozialen Masse nur mit Hilfe geographisch möglichst detaillierter Nachweise aufdecken. Denn nur diese Methode, die „geographisch-statistische Methode“, wie v. Mayr sie nennt, vermag wissenschaftlichen Anforderungen zu genügen. Von den Durchschnittsergebnissen ganzer Länder läßt sich das nicht sagen. Derartige Durchschnitte bedeuten eben immer nur eine erste allgemeine Orientierung. Wo aber wie beim Selbstmord die Grenzen ganzer Länder oder großer Landesteile von den Grenzen der natürlichen Gruppen der Tatsachenerscheinungen abweichen, also sog. „stat. Provinzen“ bilden, läßt sich wissenschaftlich nur mit der geographisch-statistischen Methode etwas anfangen; wenn man also mit den Ergebnissen möglichst kleiner Beobachtungsgebiete operiert. Der Verfasser kam so zu einem wesentlich anderen Ergebnis der bildlichen Darstellung als Krose in seinem Buch „Der Selbstmord im 19. Jahrhundert“. Kr. scheidet seine Karte nur nach Regierungsbezirken. Es fehlen bei ihm darum die interessanten Übergangsstufen sowie die wiederholte Durchbrechung der äußeren Grenzen der einzelnen Regierungsbezirke durch die verschiedenen Gruppen der Selbstmordhäufigkeit. Unsere amtliche Statistik liefert nun zwar schon seit 1892 in den „Medizinalstat.. Mittlg.“ des Kais. Gesundheitsamtes brauchbares detailgeographisches Material; eine eingehendere Bearbeitung liegt indes erst in der Studie Wiedemanns vor, die aus dem stat. Seminar des Herrn v. Mayr hervorgegangen. Dem Verfasser war es hauptsächlich darum zu tun, die Gliederung und räumliche Ausgestaltung der deutschen Selbstmordsterblichkeit in der Zeit von 1892—1906, von der wir bis heute nur eine ungenaue Vorstellung besessen, zutage zu fördern. Nur ein voller detailgeographischer Einblick in die Größe und die verschiedenen Grade des Übels soll gegeben werden. Auf die Frage nach den Gründen wird nur wenig eingegangen, weil dem für sich arbeitenden Privatstatistiker für derartig verwickelte Untersuchungen die nötige Kenntnis der konkreten Verhältnisse und aller einzelnen zur Kausalitätsforschung heranzuziehenden Momente regelmäßig fehlt. Es sind also nur die in vollständiger geographischer Gliederung vorliegenden stat. Tatsachen vorgeführt. Als bemerkenswert sei noch genannt die in der Einleitung gegebene Kritik des Wertes und der Brauchbarkeit der Selbstmordstatistik. Die einzelnen Staaten sind nach der Art der Stoffgewinnung geteilt in solche mit Verzeichnungen 1. im standesamtlichen Sterberegister, 2. in medizinal-polizeilichen Urkunden, 3. polizeilicher Art, 4. gerichtlicher Art. Was die Altersgliederung der Selbstmörder anlangt, so ist nur zu bedauern, daß es hier noch an gutem detailgeographischen Material fehlt. Und für die richtige Erkenntnis der Morphologie der Selbstmordmasse dürfte doch das Alter der Selbstmörder in Kombination mit dem Geschlecht von einschneidender Bedeutung sein. *E. Müller.*

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die gemeinnützigen Kleinwohnungsanlagen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern nach den Ergebnissen der Erhebung vom 17. April 1909. Auf Veranlassung und mit Unterstützung des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten bearbeitet und zusammengestellt von dem Bureau der k. k. statistischen Zentralkommission.

Diese Publikation bringt die Bearbeitung der Ergebnisse einer Erhebung, welche das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten für den 17. April 1909 zu dem Zwecke angeordnet hatte, Art und Zahl der gemeinnützigen Kleinwohnungsanlagen in Österreich festzustellen. Die Erhebung wurde auf Grund eines von der Zentralstelle für Wohnungsreform entworfenen, vom Ministerium approbierten Frageheftes durchgeführt, das in 18 Fragen die für die Beurteilung einer gemeinnützigen Kleinwohnungsanlage relevanten Verhältnisse klarlegen sollte und aus dessen gesamter Anlage und Struktur die Tendenz ersichtlich war, hauptsächlich nur solche Kategorien von Wohnungsanlagen bzw. von Kleinwohnungen in die Erhebung einzubeziehen, welche durchschnittlich nur kleine Wohnungen (bis zu 3, höchstens 4 Wohnräumen) umfassen, und 1. durch Unternehmer (Arbeitgeber), 2. durch gemeinnützige Anstalten, 3. durch Selbsthilfe errichtet worden sind. Das Hauptgewicht war auf das Moment der Gemeinnützigkeit zu legen; das wesentliche Merkmal für deren Zuerkennung war, daß die betreffenden Objekte nicht den Charakter einer gewöhnlichen Kapitalsanlage aufwiesen. Auf keinen Fall durfte die Verzinsung des in solchen Anlagen investierten Kapitals der bestimmende Zweck der Errichtung der Anlage sein. Ausgeschlossen von der Erhebung waren alle reinen Humanitätsanstalten, ferner alle Anstalten, die nur zur vorübergehenden Aufnahme von Personen bestimmt sind, alle Deputats-, Amts- und Dienstwohnungen, endlich alle Wohnungsanlagen, welche von Bahnunternehmungen errichtet wurden, da sie bereits in einer eigenen Publikation behandelt waren.

Zur Bearbeitung gelangten 1756 Fragehefte, welche auf Zählkarten übertragen wurden. Bei der Aufarbeitung des Zählkartenmaterials wurde auf folgende Gruppen gemeinnütziger Kleinwohnungsanlagen Rücksicht genommen: 1. solche physischer und solche juristischer Personen, 2. solche für Arbeitnehmer des Inhabers a) bei landwirtschaftlichen Betrieben, b) bei gewerblichen Betrieben und solche nur für andere Personen (ohne Verbindung mit einem Betrieb). Für die Unterscheidung der Wohnungsanlagen nach dem Gründungsmotiv in solche für Arbeitnehmer des Inhabers und solche „nur für andere Personen“ war insbesondere die Erwägung maßgebend, daß im ersten Falle neben dem Moment der Gemeinnützigkeit auch ein Interesse des Unternehmers vorhanden ist, während im zweiten Falle die Wohnungsanlage für einen außerhalb der Interessensphäre des Inhabers stehenden Personenkreis bestimmt ist und sich auf ein altruistisches Gründungsmotiv zurückführen läßt. Im Zuge der Bearbeitung wurden an den angeführten Gruppen noch weitere Unterteilungen vorgenommen. Der tabellarischen Darstellung wurde folgende auf der territorialen Größe beruhende methodologische Gliederung zugrunde gelegt: das Moment der Wohnungsfürsorge überhaupt, welches durch Zusammenfassung aller



einem Inhaber gehörigen Wohnungsanlagen zum Ausdruck kommt, die Anlage, das Haus, die Wohnung und der Wohnraum.

Es wurden 1756 Wohnungsanlagen mit 16 234 Häusern, 105 Baracken, 81 244 Wohnungen und 345 629 Bewohnern gezählt; von diesen Anlagen entfallen 63 % auf den Besitz physischer Personen, 37 % auf den juristischer Personen, 24 % wurden von Aktiengesellschaften und 4,3 % durch autonome Körperschaften ins Leben gerufen. Von den gesamten Kleinwohnungsanlagen sind 95,2 % für die Arbeitnehmer des Besitzers, die übrigen „nur für andere Personen" bestimmt, 85,2 % bilden die dem Inhaber eines gewerblichen Betriebes gehörigen, 10 % die einem landwirtschaftlichen Betriebe angegliederten Wohnungsanlagen. An den ersteren partizipieren die Stein- und Glasindustrie mit 19,5 %, die Textilindustrie mit 18,7 % und Bergbau und Hüttenwesen mit 13,8 %; die übrigen verteilen sich hauptsächlich auf die Metall- und Maschinen-, Holz-, Papier-, Nahrungsmittel- und chemische Industrie. Bei der Berechnung des Durchschnittes gelangt man für den Staat zu folgenden Zahlen: auf eine Wohnungsanlage entfallen 9,3 Häuser, 48,2 Wohnungen (davon 18,5 unentgeltlich überlassene), 92,8 Wohnräume und 211,1 Bewohner, auf ein Haus 5,2 Wohnungen (darunter 4 mit eigener Küche und 1,1 ohne eigene Küche), ferner 4,7 Haushaltungen und 22,5 Personen, auf eine Wohnung 35,7 qm Bodenfläche und 4,6 Personen, auf einen Wohnraum eine Bodenfläche von 17,5 qm und 2,2 Bewohner.

Von der gesamten Zivilbevölkerung des Staates wohnten rund 12 ‰ in gemeinnützigen Kleinwohnungsanlagen.

Ein reichhaltiges Tabellenmaterial gibt Aufschluß über Steuerbefreiung, Berufsstellung der Bewohner, Mietsverhältnis, Wohlfahrtseinrichtungen, über die Gliederung der Wohnungsanlagen nach der Zahl der Häuser, Wohnungen, Haushaltungen und Personen, über die Zahl der Geschosse und Wohnungen der Häuser, über die Art der Wohnungen nach Zahl ihrer Wohnräume, ihrer durchschnittlichen Bodenfläche, nach dem Vorkommen eigener Küchen und nach der Höhe des monatlichen Mietzinses.

Erwähnt sei noch, daß der verbreitetste Typus nicht die Zinskaserne, sondern das Kleinhaus ist; und zwar beträgt der Anteil der Häuser mit 4 Wohnungen 21,4 %, der Einfamilienhäuser 18,8 % und der Zweifamilienhäuser 17,7 % der Gesamtzahl.

Die Aufarbeitung nimmt auch Rücksicht auf die einzelnen Länder und bringt die für diese charakteristischen Momente zum Ausdruck.

Schließlich sei noch auf einige in der letzten Zeit erschienene Publikationen, welche ebenfalls in das Gebiet des Wohnungswesens fallen, hingewiesen; es sind dies: „Statistische Grundlagen zur Beurteilung des Wohnungswesens in Österreich" von Dr. Edmund Palla (Statistische Monatschrift, Neue Folge XV. Jahrg., Maiheft) und die vom k. k. Finanzministerium herausgegebene „Statistik der hauszinssteuerpflichtigen Wohnungen nach dem Stande von 1908" sowie die „Statistik über die Ergebnisse des Arbeiterwohnungsgesetzes ex 1902 in den Jahren 1902 inklusive 1908" (Beilage 1 und 2 zu Heft I der Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums, XVI. Jahrg. 1910). *E. von Humbourg.*

V. Preis- und Konsumstatistik.

Statistik der Preise pro 1905—1909. Mitteil. des bernischen statistischen Bureaus, Jahrg. 1910, Liefg. I. Fr. 1.59.

Die Arbeit zerfällt in zwei Teile, nämlich A. die Lebensmittelpreise auf dem Markte Bern pro 1905—1909, und B. die Schlachtvieh- und Fleischpreise in 23 größeren Ortschaften und Städten der Schweiz pro 1909. Die dem ersteren Teil zugrunde liegenden Ergebnisse wurden mittelst eines auf die wichtigeren Marktwaren beschränkten monatlichen Berichts über den Stand der Preise für gebräuchlichste Qualität nebst Angabe des niedrigsten und höchsten Preises gewonnen. Diese Preisnotierungen werden im Auftrag der städtischen Polizeidirektion durch einen Marktinspektor regelmäßig besorgt und beziehen sich auf Getreide und Hülsenfrüchte, nebst Brot und Mehl, Fleisch und Fette, Gemüse und Obst und verschiedene andere Lebensmittel, wie Käse, Butter, Milch, Eier, Heu, Stroh und Brennmaterial, im ganzen auf 35 Gegenstände. Die Preisangaben beziehen sich meistenteils auf das Einheitsgewicht von ½ und 1 Kilogramm, beim Getreide und bei Kartoffeln dagegen auf 100 Kilogramm, bei den Hülsenfrüchten auf 15 Liter, bei Gemüse und Obst auf 5 Liter, Torf auf 4 Ster und Kohlen auf 100 Kilo.

Diese Preisberichterstattung nach einheitlichem Formular besteht im Kanton Bern schon seit mehr als 35 Jahren und es darf wohl gesagt werden, daß dieselbe bis dahin in der Schweiz die einzig amtlich organisierte und regelmäßig fortgesetzte Lebensmittelpreisstatistik darstellt; weder vom Bunde noch von den übrigen Kantonen wurde dieser Teil der Wirtschaftsstatistik bis jetzt offiziell direkt gepflegt. Den zeitweisen Lebensmittelpreisermittlungen des Herrn Polizeidirektors Zuppinger in St. Gallen für eine Anzahl Städte der Schweiz kommt der Charakter eines verdienstlichen Privatunternehmens zu und sie basieren rein auf dem Prinzip der Freiwilligkeit; dasselbe ist von anderen gelegentlichen Preisstatistiken ähnlicher Art zu sagen. Eine vom Bunde organisierte amtliche Preisstatistik der wichtigeren Lebensmittel für die ganze Schweiz wäre jedenfalls sehr zeitgemäß und notwendig. In Ermangelung einer solchen sahen sich die bernischen Behörden u. a. gezwungen, mit Beginn des Jahres 1909 noch eine regelmäßige monatliche Berichterstattung über die Schlachtvieh- und Fleischpreise für 23 Städte der Schweiz zu organisieren, deren erstmalige Ergebnisse, wie bereits bemerkt, den zweiten Teil der vorliegenden Arbeit bilden. Den Anstoß zu dieser Ermittlung gaben Klagen über Fleischverteuerung in Bern, an welcher das von der bernischen Regierung im Interesse der Vermeidung von Viehseucheneinschleppung ursprünglich einer Großfirma erteilte Fleischimportmonopol schuld sein sollte. Die von den Polizeibehörden und Schlachthausverwaltungen zu liefernden monatlichen Berichte erfolgen nach zwei Formularen; Formular A ist für die Schlachtviehpreise der Metzger, d. h. für Mastschweine und Mastochsen (mit Unterscheidung von Lebendgewicht und ausgeschlachtet gewogen, inländischer und aus-

ländischer Herkunft) und Formular B für die Fleischpreise im Detailverkauf bestimmt. Diese durchaus objektiv ermittelten Nachweise pro 1909 haben die Unbegründetheit der angedeuteten Klagen bereits schlagend bewiesen, indem bezüglich der Fleischeinfuhr im Monopolwege kein verteuernder Einfluß auf die Fleischpreise wahrgenommen werden konnte und übrigens die Fleischpreise in der Stadt Bern im Vergleich zu den übrigen 22 schweizerischen Städten relativ als mäßige zu bezeichnen sind, ja zum Teil sogar unter dem Mittel stehen. Allerdings ergibt sich aus der allgemeinen Lebensmittelpreisstatistik, daß die Fleischpreise seit vielen Jahren eine steigende Tendenz zeigen; für die letzten Jahre gilt dasselbe auch für Getreide und Mehl; aber im übrigen kann von einer namhaften Preisverteuerung der Lebensmittel in den letzten Jahren nicht gesprochen werden; jedenfalls kann dieselbe nicht den betreffenden Zollansätzen, sondern muß anderen Ursachen und Faktoren (wie vermehrte Herstellungskosten der gewerblichen und industriellen Produkte und nebstdem quantitativer Ausfall bei einzelnen Artikeln der landwirtschaftlichen Produktion usw.) zugeschrieben werden.

C. Mühlemann.

VII. Grundbesitzstatistik.

Die Hypothekenbewegung in Preußen im Zeitraume 1904—1908. Von Prof. Dr. F. Kühnert. Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. Jahrg. 1910. S. 149—186.

Die buchmäßige Bewegung der Realschulden ist in Preußen seit dem Jahre 1886 Gegenstand fortlaufender Ermittelung. Letztere wird durch die Amtsgerichte bewirkt, welche alljährlich Nachweisungen über die in ihren Bezirken eingetragenen und gelöschten hypothekarischen Schulden, und zwar nach städtischen und ländlichen Bezirken gesondert, jedoch ohne Unterscheidung der auf Liegenschaften und der auf Gebäude entfallenden Eintragungen und Löschungen, überhaupt ohne jede Mitbezeichnung der be- oder entlasteten Grundstücke, zu liefern haben. Berücksichtigt werden außer den Hypotheken und Grundschulden auch die hypothekarisch eingetragenen Renten zum 20fachen Kapitalbetrage sowie die Vormerkungen, Sicherungshypotheken und Arreste nach ihrem Betrage, eventuell nach dem Höchstbetrage der zu sichernden Forderung. Als städtische Bezirke gelten nicht nur Stadtgemeinden, sondern auch die Landgemeinden mit städtischem Wesen, insbesondere Fabrikorte und Vorortsgemeinden der Großstädte. Seit 1889 werden die im Anschlusse an Zwangsversteigerungen erfolgenden Eintragungen und Löschungen besonders kenntlich gemacht, ferner seit 1904 die eingetragenen und gelöschten Hypothekenbeträge nicht nur für die Amtsgerichtsbezirke, sondern auch für die einzelnen Kreise ermittelt und demgemäß die Ergebnisse nach den den Konsumenten der Statistik und überhaupt der Bevölkerung geläufigeren Verwaltungsbezirken zusammengestellt.

Das Tabellenwerk der Arbeit enthält nach städtischen und ländlichen Bezirken getrennt für den Staat, die Provinzen und Regierungsbezirke die in jedem der Berichtsjahre und im Jahresdurchschnitte 1904—1908 überhaupt sowie infolge von Zwangsversteigerungen eingetragenen und gelöschten Hypothekenbeträge, außerdem dieselben Angaben kreisweise für das letzte Berichtsjahr und den Jahresdurchschnitt 1904—1908.

Einer Einleitung, in der die zurzeit geltenden Erhebungsgrundsätze der vorliegenden Statistik dargestellt und die frühere preußische Hypothekarstatistik der Jahre 1804—1824 berührt wird, folgt eine Besprechung der Hauptergebnisse für 1904 bis 1908 mit Rückblick auf die Vorjahre bis 1886; hieran schließt sich eine zusammenfassende Wiedergabe der bedeutsamsten erläuternden Bemerkungen an, welche von den Amtsgerichten — gemäß einer Anordnung des Justizministeriums vom Jahre 1889 — zwecks Beleuchtung des eingereichten Zahlenmaterials, insbesondere zur Aufklärung der Ursachen der Hypothekenbewegung, in ihren Begleitberichten gemacht worden sind.

Der Jahresüberschuß der Hypotheken-Eintragungen über die -Löschungen betrug in Mill. ℳ

	1904	1905	1906	1907	1908
Stadt. . . .	1531	1742	1627	1335	1274
Land . . .	407	469	515	556	584.

In den ländlichen Ziffern kommt unzweideutig die neuerliche Steigerung der ländlichen Bodenwerte zum Ausdruck, welche eine größere Beleihungsfähigkeit des Grundbesitzes, aber auch eine zunehmende Häufigkeit des Eigentumswechsels unter hypothekarischer Eintragung von Kaufgelderrückständen usw. zur Folge gehabt hat, während im Stadtgebiete das Sinken der jährlichen hypothekarischen Mehrbelastung seit 1905 hauptsächlich durch einen erheblichen Rückgang der Bautätigkeit infolge ungünstiger Wirtschaftskonjunktur, insbesondere Geldknappheit, vielfach auch durch große Zurückhaltung des Kapitals bei Beleihung städtischer Grundstücke verursacht worden ist.

In einem Schlußworte wird die Notwendigkeit erörtert, bei der Erhebung künftig die auf den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz bezüglichen Hypotheken-Eintragungen und -Löschungen zu kennzeichnen, weil bei der fortschreitenden Industrialisierung des platten Landes die bisherige getrennte Aufnahme der auf städtische und auf ländliche Bezirke entfallenden Eintragungs- und Löschungsbeträge auf die Dauer kein klares Bild der den landwirtschaftlichen Grundbesitz betreffenden Be- und Entlastungen mehr bieten kann.

F. Kühnert.

IX. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Hotelstatistik und Rentabilität im Hotelgewerbe. Nach: P. Damm-Etienne, Das Hotelwesen. Seite 18, 19, 98. (B. G. Teubner, Leipzig 1910; geb. 1.25 ℳ.)

Das moderne Hotelgewerbe repräsentiert heute einen wesentlichen Faktor unseres Wirtschaftslebens. Seine wirtschaftliche Bedeutung in Deutschland kann zahlenmäßig leider nicht dargestellt werden. Unsere Berufsstatistik erfaßt nämlich das Hotelgewerbe gemeinsam mit dem Restaurationsgewerbe. Da aber recht brauchbare private Hotelstatistik existiert, glauben wir an dieser Stelle einmal auf diese aufmerksam machen zu müssen.

Wir kamen zu diesem Entschluß durch die Lektüre einer Arbeit über das Hotelwesen, woselbst folgende Ziffern sich finden.

Durch die im Jahre 1908 vom Internationalen Hotelbesitzerverein in Köln vorgenommenen statistischen Erhebungen, die sich nur auf das organisierte europäische Hotelwesen erstrecken, sind folgende aus 1800 Betrieben gewonnene Durchschnittsziffern festgestellt worden: Auf einen Hotelbetrieb kamen 1 200 000 ℳ Anlagekapital (auf die deutschen im genannten Verein insgesamt 1 Milliarde ℳ), 93 Fremdenzimmer, 135 Fremdenbetten, 130 000 ℳ Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, 6000 ℳ Steuerbetrag, 6560 Fremde, 16 457 Übernachtungen, 46 Angestellte.

Auf Grund der vorzüglichen Statistik des Hoteliervereins der Schweiz — dieses ist ja das Fremdenland Κατ' ἐξοχήν — haben vom Jahre 1880 bis 1905 die Hotels sich von 1002 auf 1924 vermehrt. Die Zahl der Fremdenbetten stieg von 58 000 auf 125 000 in dieser Zeit. Die Anzahl des Personals wuchs von 16 000 auf 33 000, das angelegte Kapital von 320 auf 778 Mill. Frcs. Von den Hotels verfügten im Jahre 1905 über eine Bettenzahl von 10—50 58 %, von 51—100 27 %, von 101—200 12,5 %, von 201 u. mehr 2,5 %.

Wie steht es mit der Rentabilität der großen Hotels? Von 37 deutschen Aktiengesellschaften erzielten im Jahre 1907 26 eine Verzinsung von durchschnittlich 7,9 % Reingewinn des investierten Aktienkapitals. 11 arbeiteten mit Verlust, so daß die Durchschnittsverzinsung aller 37 Betriebe nur 5,6 % beträgt. *E. Müller.*

XIII. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

I. Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf 1908/09. II. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Denkschriften des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf. Heft I. 4°. 17 Seiten mit einer graphischen Darstellung. Düsseldorf. Voß & Co. Preis 50 Pfg.

Der erstgenannte Bericht schließt sich an die früheren entsprechenden Veröffentlichungen (vgl. Deutsches Statistisches Zentralblatt, I. Jahrg. S. 20) an. Sie behandelt die größte Aktion zur Beschäftigung von Arbeitslosen, die jemals seitens einer deutschen Stadt in die Wege geleitet worden ist. In der Zeit vom 17. November 1908 bis zum 15. April 1909 hat die Stadtgemeinde Düsseldorf insgesamt 2354 Personen an 91 045 Arbeitstagen beschäftigt. Über die Zusammensetzung dieser Arbeitslosen nach Beruf, Alter und Familienstand, über ihre Arbeitswilligkeit, Arbeitsdauer und Arbeitsleistung, die Lohnsätze, die gezahlten Löhne, die Art und der Umfang der Arbeiten, sowie deren Kosten macht der Bericht eingehende Mitteilungen. Gegenüber den vorausgegangenen Jahren ist der Anteil der ledigen Personen an der Zahl der Beschäftigten infolge deren Beschränkung auf Personen mit Familienlast wesentlich zurückgegangen (nur 21,0 % gegen 45,4 % im Vorjahre); eine Folge der starken Notlage war auch die wesentliche Quote, die im Gegensatz zu den Notstandsarbeiten bei Beginn des Jahrhunderts die gelernten Arbeiter stellten (36,7 % der Gesamtzahl); von rund 4500 sich meldenden Arbeitslosen insbesondere waren rund 700 gelernte Bauhandwerker. Was die Arbeitswilligkeit vieler Arbeitsloser anlangt, so ist charakteristisch, daß von 2841, die seitens der Stadt Arbeit angeboten erhielten, diese antraten 2354. Die der Stadt durch die Arbeitslosenbeschäftigung erwachsenen Gesamtkosten beliefen sich auf 498 522,30 ℳ; als reiner Verlust (Differenz zwischen den bei Ausführung durch gewöhnliche Arbeiter zu erwartenden Kosten und den tatsächlich entstandenen Aufwendungen) sind rund 200 000 ℳ anzunehmen.

Die Höhe dieses Betrages einerseits, das mit der Durchführung der Arbeitslosenbeschäftigung im bisherigen Stile verbundene moralische Bedenken (angesichts der zu beobachtenden Minderung des Selbstverantwortlichkeitsgefühls in der Arbeiterschaft) anderseits hat zur Abfassung der an zweiter Stelle im Heft enthaltenen Denkschrift und ihrer Behandlung in der Düsseldorfer Stadtverordneten-Versammlung geführt. Die Arbeit behandelt kurz und knapp den Zweck der Arbeitslosenversicherung und die bisherigen Erfahrungen, wobei der Berichterstatter dazu kommt, sowohl das Genter-System wie das fakultative Cöln-Leipziger-System zu verwerfen und sich für die Gründung von Arbeitslosenversicherungskassen auf kommunaler Grundlage mit Beitrittszwang für die in Betracht kommenden Volksklassen auszusprechen.

Die Düsseldorfer Stadtverordneten - Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 21. Juli 1909 diesen Standpunkt akzeptiert. *O. Most.*

XV. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908/09. — Die Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. und sonstigen in deutschen Handelsregistern eingetragenen juristischen Personen; Bestand am 30. September 1909. (Ref.: Reg.-Rat Dr. Moll). Ergänzungsheft II z. d. Viertelj.-H. z. St. d. D. Reich, 1910. 83 S., 1 ℳ.

Die erstgenannte Arbeit ist eine Fortsetzung der im I. Jahrg. Nr. 8 (Sp. 246) besprochenen gleichen Statistik für 1907/08.

Die zweite Arbeit lehnt sich an die im I. Jahrg. Nr. 4 (Sp. 109) besprochenen Bestandsstatistiken der deutschen tätigen und nicht-tätigen Aktiengesellschaften vom 31. Dez. 1906 an. Jene erstmaligen Bestandsstatistiken des Kaiserlichen Statistischen Amtes stützten sich in der Hauptsache auf das private „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften.“ Am 15. Juli v. J. ordnete der Bundesrat an, daß die deutschen Handelsregistergerichte über sämtliche eingetragenen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften m. b. H., Kolonialgesellschaften, bergbaulichen Gewerkschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und sonstigen juristischen Personen teils Zählkarten teils Listen ausfüllen und dem Kais. Stat. Amt einreichen sollten. Gleichlautende Anordnungen erließen die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, des Reichs-Kolonialamts und des Reichs-Marineamts bezüglich der Eintragungen bei den deutschen Konsulargerichten und den Gerichten in den deutschen Schutzgebieten einschl. Kiautschou. Als Stichtag der Bestandsaufnahme

wurde einheitlich der 30. September 1909 bestimmt. Gegenüber der ersten Bestandsstatistik hat die neue den Vorzug, daß sie sich auf amtliche Unterlagen stützen, die Zweigniederlassungen in- und ausländischer Aktiengesellschaften miterfassen und in gleicher Weise auch auf die übrigen im Handelsregister eingetragenen privaten Unternehmungsformen mit juristischer Persönlichkeit ausgedehnt werden konnte. Diesen Ausbau der Statistik hatte der Referent auch in seiner Schrift „Das Problem einer amtlichen Statistik der deutschen Aktiengesellschaften" (Berlin 1908) in Anregung gebracht. Nach der neuen Statistik gab es am 30. September 1909 im Deutschen Reich 5222 tätige Aktiengesellschaften mit 14 737,33 Mill. *M* Aktienkapital. Die 5222 tätigen Gesellschaften hatten im Deutschen Reich 1943 eingetragene Zweigniederlassungen, die sich auf 679 Gesellschaften verteilen. Am Stichtage gab es 368 nicht-tätige Aktiengesellschaften, nämlich 288 in Liquidation mit 356,42 Mill. *M* und 80 in Konkurs mit 47,23 Mill. *M* Kapital. In den Registern des deutschen Reichsgebiets waren 376 Zweigniederlassungen von 288 verschiedenen ausländischen Aktiengesellschaften mit einem Gesamtaktienkapital von 2513,31 Mill. *M* in Reichswährung eingetragen.

Gesellschaften m. b. H. gab es am 30. September 1909 16 508 tätige mit 3538,52 Mill. *M* Stammkapital (hiervon 1500,29 Mill. *M* = 42,4 % Sacheinlagen) und 2479 nicht-tätige, nämlich 1970 in Liquidation mit 305,16 und 509 in Konkurs mit 72,11 Mill. *M* Stammkapital. Die 16 508 tätigen Gesellschaften m. b. H. hatten 982 Zweigniederlassungen, welche zu 587 Hauptniederlassungen gehören. In Registern des deutschen Reichsgebiets waren 6 Zweigniederlassungen von Gesellschaften m. b. H. mit dem Sitz im Auslande eingetragen.

Gemäß § 2 H.-G.-B. waren im Deutschen Reiche noch nachstehende tätige Gesellschaften eingetragen: 28 Kolonialgesellschaften, 303 bergbauliche Gewerkschaften und 110 Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Eintragungen sonstiger privatrechtlicher juristischer Personen waren 177 erfolgt. Auf Grund des § 36 H.-G.-B. hatten sich eintragen lassen: 8 staatliche und 47 gemeindliche Unternehmungen.

Die beiden letzten Tabellen machen Angaben über die entsprechenden Eintragungen in den Handelsregistern der deutschen Schutzgebiete und Konsulargerichtsbezirke. *E. Moll.*

XIX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

Aus der Kinderfürsorge zu Halle a. S. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Juni 1910.

Der moderne Industrialismus und die weitgehende Differenzierung im Erwerbsleben hat in unerfreulichem Maße auch die verheiratete Frau ins Erwerbsleben hineingezogen. Neben den vielfach unerfreulichen Konsequenzen dieser Erscheinung macht sich vor allem die Frage geltend, was aus den Kindern während der Abwesenheit der Mutter wird. Als Maßnahmen gegen diesen Übelstand kommen in Betracht: 1. Kinderkrippen für Säuglinge im Alter von 6 Wochen bis 2 Jahren, 2. Kinderbewahranstalten für die noch nicht schulpflichtigen Kinder über 2 Jahre, 3. Kinderhorte für schulpflichtige Kinder.

Halle verfügt über 2 Kinderkrippen, die mit 45 Kindern belegt sind, 10 Kinderbewahranstalten, die täglich 850 Kindern, Knaben wie Mädchen, Unterkommen gewähren und 10 Kinderhorte für 400 Knaben und 5 Mädchenhorte für 200 Mädchen. Der Verein für Kinderhorte kann jetzt auf eine 25jährige segensreiche Tätigkeit zurückblicken. An der Hand der Jahresberichte dieses Vereins aus den letzten 10 Jahren ist eine Übersicht über die häuslichen Verhältnisse der Kinderhortszöglinge zusammengestellt worden, die einen äußerst interessanten Einblick in die einschlägigen sozialen Verhältnisse bietet und gleichzeitig einen Beweis für die dringende Notwendigkeit der Kinderfürsorge liefert. Das größte Kontingent stellen die Kinder, bei denen der Vater auf Arbeit und die Mutter aus irgend welchen Gründen außerstande zur Beaufsichtigung ist (34—48 %); ihnen schließt sich die Kategorie der Kinder an, bei denen die Mutter infolge des Todes des Mannes die Ernährerin der Familie darstellt (20—29 %). Ziemlich den gleichen Anteil stellen die Zöglinge, bei denen der Vater und die Mutter tagsüber auf Arbeit außer dem Hause sind (16—31 %), und zwar zeigt sich gerade hier im Gegensatz zu den anderen Kategorien eine andauernde Steigerung. Die Folgen eines unglücklichen Familienlebens treten nur bei den Kindern entgegen, deren Eltern getrennt leben (4—8 %). Bedauerlich sind die Fälle, in denen die Frau wegen Krankheit des Mannes den Unterhalt für die Familie bestreiten muß (1,25 bis 3,9 %). Verhältnismäßig wenige Zöglinge haben den Verlust der Mutter zu beklagen und vermissen aus diesem natürlichen Grunde das Heim (0,6—2 %). Den Schluß bilden die außerehelichen Kinder (0,4—1 %), für die durch die Berufsvormundschaft offenbar auch in Sachen der Schule und Erziehung eine weitgehende Hilfe und Aufsicht stattfindet. Eine erfreuliche Begleiterscheinung der Kinderhorte liegt in der Anregung und Betätigung des Sparsamkeitssinns.

M. Rusch.

XXIII. Finanzstatistik.

Die Bedeutung der Progression bei direkten Staats- und Gemeindesteuern in der Schweiz. Nach: Dr. Weiler (Steglitz b. Berlin), Direkte Staats- und Gemeindesteuern in der Schweiz usw. Art. Institut Orell Füßli, Zürich Juli 1910. 8.— Frs. (7.— *M*)

Wegen der Eigenart und der großen Verschiedenheit der kantonalen und kommunalen Steuer- und Progressionssysteme auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiet eignet sich die Schweiz in jeder Beziehung zu einer vergleichenden Darstellung und kritischen Würdigung der Höhe der direkten Steuern. Eine solche Untersuchung ist auch von hohem praktischen Interesse, da bei den schweizerischen direkten Steuern alles im Fluß begriffen ist, vieles jährlich von Kanton zu Kanton, von Gemeinde zu Gemeinde eine Änderung erfährt. Soll gewissen Gefahren zu hoher Steuersätze erfolgreich begegnet werden, so ist es nötig, daß die Finanzbehörden bei Einführung neuer Progressionsskalen oder bei Festsetzung des jährlich zur Erhebung gelangenden sog. einfachen Steuersatzes stets

sorgfältig Veränderungen der Steuer- und Progressionssysteme der Nachbarstaaten beachten.

Von großem Einfluß auf die Höhe der Steuersätze ist der Umstand, ob sich die Progression im Steuersystem überhaupt vorfindet, dann aber auch die Ausgestaltung der Progression, die Art ihrer technischen Durchführung. Es ist daher verständlich, daß in der Schweiz für und wider Progression mit beispielloser Leidenschaftlichkeit gekämpft wurde. Verhältnismäßig früh verschaffte sie sich Eingang; heute gilt die Schweiz als für die Progression gewonnen. In den einzelnen Kantonen finden sich alle erdenkbaren Formen offener und verschleierter Progressionen vertreten.

Ein richtiges Bild von der Belastung des Bürgers durch direkte Steuern wird — was hin und wider übersehen wird — nur dann gewonnen, wenn die Gemeindesteuern in weitestgehender Weise Berücksichtigung finden. Hohe Gemeindesteuern können die Spannung zwischen dem niedrigsten und höchsten Staatssteuersatz in erheblicher Weise modifizieren; sie können verschärfend oder, falls es sich um hohe proportionale Gemeindesteuern handelt, verflachend wirken. In fast allen schweizerischen Kantonen übertreffen aber die Sätze der Gemeindesteuern die der Staatssteuern, in vielen Kantonen erreichen sie das Doppelte, in einigen das Drei- bis Achtfache. Wenn in den diesen einleitenden Worten folgenden Darlegungen von Gemeindesteuern die Rede ist, so sind, um Vergleiche zu erleichtern, stets die Gemeindesteuern nur der Kantonshauptorte gemeint. Hierbei kann freilich die Frage, ob auf diese Weise ein treffendes Bild von der durchschnittlichen Belastung durch Gemeindesteuern im Kanton gewonnen wird, im Rahmen dieser Darlegungen nicht beantwortet werden. Die Einbeziehung der Gemeindesteuern erschwerte die Untersuchung, da nicht nur die Steuern der eigentlichen politischen Gemeinden, sondern auch die der Schul-, Armen-, Kirchen-usw. Korporationen auf Vermögen, Einkommen resp. Erwerb und Kopf geschlagen werden.

Eine zwanglose Einteilung bei der kurzen Wiedergabe der wichtigsten Ergebnisse der für die Schweiz gemachten Untersuchungen ergibt sich, wenn wir auch die Verwirklichung der Forderung der höheren Belastung fundierter Bezüge beachten, d. h. die Höhe der Sätze bei den Steuern auf fundierte und auf unfundierte Bezüge gesondert betrachten. Besondere Aufmerksamkeit schenken wir alsdann der Belastung der kleinen und kleinsten Steuerpflichtigen, da hierbei neben der Progression noch andere Forderungen der modernen Finanzwissenschaft eine bedeutungsvolle Rolle spielen.

P. H. Weiler.

XXV. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Düsseldorfs im Jahre 1910. Jahresbericht des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf. Kommissionsverlag bei L. Voß & Co. Düsseldorf 1910. 4°. 34 S. ℳ 1.

Der Jahresbericht hat eine nicht unwesentliche Erweiterung erfahren durch mehrfache Vergrößerungen der Tabellen infolge der am 1. 4. 1909 erfolgten Eingemeindung einer Anzahl Vororte, dann aber auch durch Einbeziehung neuer Materien. Die Ausweisungen über Fremdenverkehr sind vermehrt worden durch eine Aufstellung des Fremdenverkehrs nach Vierteljahren. Neu ist die Tabelle über die Durchschnittsbörsenkurse der Düsseldorfer Stadtobligationen in den einzelnen Monaten, desgleichen eine solche über die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rechtsauskunftsstelle, worin die Zahl der Besucher und der bearbeiteten Fälle für die einzelnen Monate sowie die Verteilung der Auskünfte auf die einzelnen Rechtsmaterien angegeben ist. Ferner erschienen erstmalig detaillierte Nachweisungen über die im Berichtsjahre veranstalteten Lustbarkeiten, sowie die Besucher und Abonnenten der Theater und Konzertlokale. Diese Tabellen sind interessant für die Beurteilung der Geschmacksrichtung des Publikums, und besonders kraß tritt in ihnen die wachsende Bedeutung der Kinematographentheater und die durch sie den seriösen Theatern gemachte Konkurrenz zutage. Entfallen doch von 1909 2 206 580 in Düsseldorf ausgegebenen lustbarkeitssteuerpflichtigen Einzelbillets nicht weniger als 907 465 (!) = 41 % auf Kinematographentheater.

Schließlich fand zum ersten Male eine Nachweisung der Großhandelspreise für einige Lebens- und Futtermittel Aufnahme. Weggefallen dagegen ist die bisher im Jahresbericht des Statistischen Amts stets geführte Tabelle über die Besetzung der Waisen- und Erziehungsanstalten, da die weitere Einholung des Materials allzugroßen Schwierigkeiten begegnete.

O. Most.

Vermischte Mitteilungen.

Entgegnung. Zu dem in Nr. 4 unter der Marke „Lohnstatistische Beiträge“ erschienenen Bericht von Dr. A. Jacobssohn über eine von ihm verfaßte Schrift, die sich gegen eine Arbeit von Dr. A. Günther richtet, wird der Redaktion von dem Verfasser der letzteren geschrieben: „Die Ausführungen des Herrn Dr. Jacobssohn bedürfen einer Berichtigung dahin, daß ich gegen die auf lohnstatistischem Gebiete gegen mich unternommenen Angriffe dieses Verfassers eine eingehende Erwiderung in Nr. 15 der „Deutschen Techniker-Zeitung“ erscheinen ließ, die durch die Expedition dieses Blattes, Berlin SW., Markgrafenstr. 94, erhältlich ist. Hier habe ich durch Vergleich der für die sogenannten Riesenbetriebe angegebenen Lohnzahlen mit den Ergebnissen meiner Münchener Lohnermittelungen den Nachweis mindestens gleich günstiger Lohnverhältnisse in städtischen, tariflich geeinten Gewerben durchgeführt. In einer Reihe von Punkten wird Herr Dr. Jacobssohn selbst zugeben müssen, daß ihm Irrtümer unterlaufen sind.“

Statistik der Holzpreise. Der Herr Verfasser des in Sp. 253/254 folgenden forststatistischen Literaturnachweises teilt der Redaktion in bezug hierauf mit:

Will man sich ein Bild über die Bewegung der Holzpreise in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches machen, so kann dies am raschesten geschehen, wenn man die in den „Mitteilungen des Deutschen Forstvereins“ seit dem Wirtschaftsjahre 1900 regelmäßig veröffentlichten „Statistischen Mitteilungen über die Erträge deutscher Waldungen“ zur Hand nimmt. Denn von den Angaben in den genannten Veröffentlichungen der einzelnen Bundesstaaten sind nur recht wenige halbwegs vergleichbar. Es war daher sehr notwendig, daß der deutsche Forstwirtschaftsrat die Angelegenheit in die Hand nahm, nachdem bereits die erste Versammlung deutscher Forstmänner am 12. September 1872 einen Beschluß gefaßt hatte dahingehend, den Reichskanzler zu ersuchen, eine einheitliche Organisation der forstlichen Statistik im Deutschen Reiche herbeizuführen.

Am 13. September 1902, also genau 30 Jahre später, beschloß der deutsche Forstwirtschaftsrat, daß er behufs Durchführung der von ihm im Jahre 1901 eingeleiteten Erhebungen über die forstliche Produktionsstatistik für das Deutsche Reich die Bearbeitung des einlaufenden statistischen Materials selbst übernehmen wolle. Bei der Zusammenstellung trat eine Schwierigkeit besonders hervor, die in der sehr ungleichmäßigen Begrenzung des Wirtschaftsjahrs und in dessen Zusammenhange mit dem Rechnungsjahre begründet war. In Deutschland sind nämlich im wesentlichen 3 verschiedene Wirtschaftsjahre üblich: 1. Oktober bis 30. September, 1. Januar bis 31. Dezember und 1. Juli bis 30. Juni.

Den Bemühungen des deutschen Forstwirtschaftsrates wurde von Jahr zu Jahr größeres Interesse entgegengebracht, so daß immer mehr Forstverwaltungen sich entschlossen haben, sich an der gemeinsamen forstlichen Produktionsstatistik zu beteiligen. Im Jahre 1908 waren bereits 54,5 Proz. der gesamten Waldfläche des Deutschen Reiches vertreten, gegen nur 30 Proz. im Jahre 1900.

Die Zusammenstellungen erstrecken sich auf Einnahmen und Ausgaben, wobei unter „Einnahmen" der durchschnittliche Preis für 1 Festmeter Gesamtholzertrag, Nutzholz und Brennholz, unter „Ausgaben" der Holzhauer- und Rückerlohn im Durchschnitt für 1 Festmeter Gesamtmasse angegeben wird. Der Umstand, daß fast alle Angaben in den besonderen Veröffentlichungen der einzelnen Bundesstaaten umgerechnet werden mußten, um vergleichbar zu werden, zeigt einmal, wie nötig eine solche gemeinschaftliche Produktionsstatistik war, und zum anderen, welches Ausbaues sie noch fähig ist, wenn man zu allen Angaben der Einzelstaaten die Parallelzahlen der anderen Staaten ermitteln und danach alle nach den verschiedensten Methoden gefundenen Zahlen einheitlich zusammenstellen wollte.

Die amtliche Statistik der Hauptstaaten. Das schwedische „Statistische Komittee" hat einen ausführlichen, unter dem Titel *„Sveriges Officiella Statistik och dess allmänna Organisation"* erschienenen Bericht (Stockholm 1910), der eine Geschichte und eine Schilderung des gegenwärtigen Standes der schwedischen Statistik sowie Vorschläge zu ihrer Neuordnung enthält, mit einer Übersicht über die gegenwärtige Einrichtung der **amtlichen Statistik der hauptsächlichsten Kulturstaaten** begleitet. Der Herausgeber kommt zu dem Schluß, daß bestimmte Organisationstypen unterschieden werden können. Dem deutschen Typ, der sich durch starke Zentralisation des statistischen Dienstes in einer großen Zentralstelle kennzeichnet, gehört die Statistik, außer im Deutschen Reich und in seinen größeren Bundesstaaten, in Ungarn, Australien, Dänemark, Norwegen usw. an; auch Österreich steht ihm nahe. Den Gegensatz dazu bildet England, wo die verschiedenen Verwaltungszweige ihre Statistik ohne einigendes Band aufma hen und die Initiative zu neuen statistischen Erhebungen vom Parlament ausgeht. Dazwischen steht der französische Typus, der mit dem englischen die Verbindung der Statistik mit den einzelnen Verwaltungszweigen gemein hat, sich von ihm aber dadurch unterscheidet, daß neue statistische Untersuchungen im allgemeinen von den Verwaltungen ausgehen und daß die „Statistische Zentralkommission" eine gewisse Einheitlichkeit, allerdings mehr in der Form als der Sache nach, aufrechterhält. Diesen Kommissionen im allgemeinen, die niederländisch-belgischen Ursprungs sind, mißt der Bericht eine gewisse Bedeutung insofern zu, als sie sich mit Spezialerhebungen zu beschäftigen haben, was insbesondere von den für bestimmte Zweige der Statistik bestehenden Kommissionen gilt, wie die justizstatistische in Italien, die arbeitsstatistischen in einer Mehrzahl von Staaten.

Ein ähnlicher Unterschied läßt sich in der Organisation der in der genannten schwedischen Veröffentlichung nicht berührten Statistik der örtlichen Verwaltungen erkennen.

Veröffentlichungen der „unausgelösten" Statistik der deutschen Bundesstaaten. Die in Nr. 6, Sp. 185 erschienenen Mitteilungen über die nicht vom Kaiserl. Statistischen Amte ressortierenden statistischen Veröffentlichungen der Reichsstellen werden nachstehend durch entsprechende Angaben über diejenigen regelmäßigen statistischen Veröffentlichungen der deutschen Bundesstaaten, die nicht durch die betreffenden landesstatistischen Ämter erfolgen, ergänzt.

Die Angaben beruhen auf den von den bundesstaatlichen Statistischen Ämtern auf Ersuchen gelieferten Unterlagen, für welche auch an dieser Stelle zu danken der Redaktion eine angenehme Pflicht ist. Für die Staaten, für die keine anderen Unterlagen zur Verfügung waren, wurde Platzers „Jahrbuch der Statistik" benutzt. Bei der Zusammenstellung ging man grundsätzlich davon aus, sich auf die amtliche Gesamtstaatsstatistik zu beschränken. Veröffentlichungen, die sich nur auf einzelne Landesteile oder Städte beziehen, oder die nicht von staatlichen Organen herrühren, waren auszuschließen, wie übrigens auch die rein finanziellen Berichte und Drucksachen. Infolge der Verschiedenheit der Verfassung und der Größe der deutschen Bundesstaaten mußten sich allerdings aus der unterschiedslosen Durchführung dieses Grundsatzes Unstimmigkeiten ergeben; z. B. würde von zwei auf den gleichen Gegenstand bezüglichen Statistiken, von denen die eine eine große preußische Provinz, die andere einen Kleinstaat betrifft, die erstere auszulassen, die letztere, obwohl vielleicht weniger bedeutsam, aufzunehmen gewesen sein. Trotz dieses und mancher anderer Bedenken wurden jedoch im nachfolgenden die Angaben den Mitteilungen der Statistischen Ämter gemäß abgedruckt, soweit dies mit dem Zwecke der Zusammenstellung irgend vereinbar erschien.[1])

Die, weil üblich, auch hier angewandte Bezeichnung „unausgelöste Statistik" ist insofern nicht allenthalben zutreffend, als verschiedene von den nachgenannten Statistiken durch besonderes, ausschließlich mit Statistik beschäftigtes Personal bearbeitet werden; so z. B. in Sachsen die Statistik der Staatseisenbahnen und die der staatlichen Brandversicherung.

1. *Bautätigkeit u. Wohnungsinspektion.*
   Hessen: Jahresber. der Großh. H. Landes-Wohnungsinsp. Hamburg: D. Bautätigkeit H's. innerhalb des Baupolizeigesetzes. Mon. u. jährl. i. Öff. Anz. Braunschweig: Mitt. aus dem Geschäftsber. der Großh. Baudirektion, ersch. in größ. Zeitabst.
2. *Preisstatistik.*
   Hamburg: Vergleich. Übers. üb. den Schlachtviehverkehr u. d. Durchschnittsmarktpr. v. Schlachtvieh. Mon. i. Öff. Anz. Sachsen Meiningen: Mon. Veröffentl. d. Lebensmittelpr. i. d. Städten. Zusammengest. i. d. Hzgl. Ministerialkanzlei. (Reg.-Bl. d. H. S.-M.).
3. *Landwirtschaft.*
   Preußen: Das landwirtschaftl. u. zweckverwandte Unterrichtsw. i. K. Pr. f. d. Jahre ... Auf Grund amtl. Unterl. u. Ber. i. Auftr. des Min. f. L., Dom. u. Forsten bearb. Berl. 8°. Ersch. in bestimmt. Zeitabst. f. mehr. J. Sachsen: Jahresber. üb. d. Landw. i. K. S. Herausg. Landeskulturrat. Baden: Jahresber. des Großh. B. Versuchsanstalt Augustenberg an das Min. d. I. Karlsr. 8°. jährl.
4. *Forstwirtschaft.*
   Siehe Spalte 253/254.
5. *Berg-, Hütten- u. Salinenwesen.*
   Preußen: Zeitschr. f. d. Berg-, Hütten- u. Sal.-Wesen im Prß. Staate. Herausg. im Minist. f. H. u. Gew. Berl. 4°. jährl. 3 statist. Lief. Sachsen: Jahrb. f. d. Berg- u. Hüttenwes. i. K. S.
6. *Handel u. Gewerbe.*
   Preußen: Ministerialbl. d. H. u. Gew.-Verw. Herausg. i. Min. f. H. u. G. Berl. Einz. Nrn. d. Jahresber. der K. Pr. Reg. u. Gew.-Räte u. Bergbehörd. für 19 ... Berl. 8°. Herausg. i. Min. f. H. u. G., jährl. Bayern: Jahresber. der K. B. Gewerbeaufsichtsbeamt., dann der

1) Die Bundesstaaten sind dabei nach ihrer Einwohnerzahl von 1905 geordnet.



K. B. Bergbehörden. I. Auftr. des K. B. Staatsmin. des K. Hauses u. d. Äuß. Münch., jährl. — Übers. üb. d. Geschäftstätigk. d. Eichbehörd. d. K. B., herausg. v. d. K. Norm.-Eichgs.-Komm. Münch., jährl. Sachsen: Jahresber. d. Kgl. S. Gewerbeaufsichtsb. Dresd. Württemberg: Jahresber. d. Gewerbeaufsichtsb. i. K. W. f. . . . Stuttg. Kommiss.-Verlag v. H. Lindemanns Buchh. (P. Kurtz.) Hessen: Ber. üb. d. Tätigkeit d. Gewerbevereins f. d. Gr. H. Jährl. herausg. v. d. Großh. Zentralstelle f. d. Gew. Darmst. Hamburg: Übers. üb. d. Entscheid. d. Behörd. f. d. Schankkonzessionswes. Monatl. u. jährl. i. Öff. Anz.

7. *Verkehrswesen.*
Preußen: Ber. üb. d. Ergebn. d. Betriebs der vereinigt. preuß. u. hess. Staatseisenb. i. Rechnungsj. . . . Berl. Preuß. Verlagsanst. G. m. b. H. Fol. Bayern: Jahresber. d. K. B. Staatseisenb.-Verw. Bearb. i. K. B. Staatsmin. f. Verkehrsangel. Münch., jährl. — Statist. Ber. üb. d. Betr. d. K. B. Posten u. Telegraphen. Bearb. ebenda, jährl. Sachsen: Statist. Ber. üb. d. Betr. der unter K. S. Staatsverw. stehend. Staats- u. Privateisenb. Herausg. Generaldir. d. Staatsb.-Rentabilitätsberechnung f. d. einz. Linien d. K. S. Staatseisenbahnnetzes. Württemberg: Verw.-Ber. d. K. Verkehrsanstalten f. d. Etatsj. . . ., herausg. v. K. Min. d. ausw. Angel. Verkehrsabt. Stuttg. J. B. Metzlersche Buchhdlg. Baden: Jahresber. üb. d. Staatseisenb. u. d. Bodenseedampfschiffahrt i. Großh. B. Herausg. v. d. Generaldir. d. B. Staatseisenb. Karlsruhe. 8°, jährl. — Jahresber. d. Zentralkommiss. f. d. Rheinschiffahrt. Mannh. 8°, jährl. Elsaß-Lothringen: Verw.-Ber. d. Generaldir. d. Reichseisenb. i. E.-L. — Statist. Nachr. üb. d. Post- u. Telegraphenverkehr v. d. Oberpostdirekt. z. Straßb. u. Metz. — Statistik üb. d. Verkehr auf d. Kanälen. Min.-Abt. f. Landw. u. öff. Arb. Hessen: Verkehrsstatist. d. Eisenbahndirektionsbezirke Mainz u. Frankfurt a. M. (getrennt), jährl. Oldenburg: Jahresber. d. Großh. Eisenbahndirektionen üb. d. Betriebsverw. d. Oldenb. Eisenbahn, jährl.

8. *Staatliche Versicherungsanstalten.*
Bayern: Geschäftsber. d. K. Versicherungskammer (Brand-, Hagel-, Vieh-, Pferdevers.). Münch., jährl. Sachsen: Ber. üb. d. Verw. d. Landesbrandversicherungsanst. In den Landtagsdekreten. Württemberg: Ber. d. Staatsmin. d. Inn. betr. d. Ergebn. d. Gebäudebrandversicherungsanst. i. J. . . . Amtsbl. d. Kgl. W. Min. d. I. Braunschweig: Mitteil. üb. d. Verw. d. Braunschw. Landesbrandversicherungsanst., herausg. v. Hrzgl. Finanzkoll., jährl.

9. *Kirchenwesen.*
Preußen: Kirchl. Ges.- u. Verordnungsbl. Jahrg. . . ., herausg. i. Bur. d. Ev. Ober-Kirchenrates. Berl. 8°. Einz. Nmr. Sachsen: Ber. üb. d. Zustand d. ev.-l. Landeskirche i. K. S. All. 5 Jahre. Ev.-L. Landeskonsist. Drsd. — Kirchenstatistik, veröff. im Verordnungsbl. d. Ev.-L. L.-Kons. f. d. K. S. Hamburg: Kirchl.-statist. Zusammenstellungen üb. d. Stadt- u. Landgem. d. ev.-l. Kirche im Hamb. Staat. Jährl. Anhalt: Ber. üb. d. kirchl. Leben vom hzgl. Konsist. zu Dessau.

10. *Medizinal- u. Veterinärwesen.*
Bayern: Jahresber. d. K. Zentralimpfanst. Münch. Jährl. in der Mediz. Wochenschrift. Sachsen: Jahresber. d. Landesmedizinalkoll. üb. d. Medizinalw. i. K. S. Leipzig. — Ber. üb. d. Veterinärw. i. K. S. vom L.-Med.-Koll. Dresd. — Das medizinal- u. veterinärärztl. Personal i. K. S. L.-M.-Koll. Württemberg: Medizinalbericht f. d. J. . . . I. Auftr. d. K. Min. d. Inn. Herausg. v. K. Med.-Koll. Stuttg. — Monatl. Tierseuchenber. Jahrg. . . . (K. Med.-Koll.) Baden: Jahresber. d. Großh. Irrenanstalten. Karlsruhe. 8°, jährl. — Amtl. Bekanntmachung üb. d. Veterinärw. i. Großhzgt. Herausg. v. Min. d. Inn. 8°, mon. Elsaß-Lothringen: Jahresber. d. Medizinalverw. Herausg. v. d. Ministerialabt. d. Inn. — Veterinärstatist. v. Min.-Abt. f. Landw. u. öff. Arb. Hamburg: Ber. d. Medizinalrates üb. d. Mediz. Statistik d. Hamb. Staates, jährl. — Wochenber. üb. d. med. Statist. im Öff. Anz. — Schlachtvieh-Fleischbeschau im Hamburg. Landgeb., viertelj. i. Öff. Anz. Sachsen Meiningen: Jährl. Statist. Ber. d. Herzogl. Landesheil- u. Pflegeanst. in Hildburgh., bearb. v. d. Direktion. (Reg.-Bl. d. H. S.-M.). Lübeck: Jahresber. d. Med.-Koll.

(Fortsetzung folgt.)

Die Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dez. 1905. Zusammenstellung der vom Kaiserlichen Statistischen Amte, den landesstatistischen und den städtestatistischen Ämtern veröffentlichten Ergebnisse von Regierungsrat Prof. Dr. Johannes Rahts (Fortsetzung aus Nr. 5 und 6).

Im Großherzogtum Baden sind die Reichstabellen insofern erweitert worden, als die Zahl der Haushaltungen, die Größenklassen der Gemeinden, die Reichsausländer, soweit sie Österreicher, Schweizer oder Italiener sind, ferner die Konfessionen (Landeskirche, Lutheraner und Reformierte, Römisch-katholische, Altkatholiken, Mennoniten und Taufgesinnte, Baptisten mit Neu- und Wiedertäufern, Freireligiöse, Israeliten) auch für die einzelnen Amtsbezirke ausgezählt worden sind.

Ein Gemeindelexikon bringt für die Gemeinden und abgesonderten Gemarkungen die Fläche, die Anzahl der Haushaltungen und die Bevölkerung nach dem Geschlecht und nach der Religion

Die Ergebnisse der Auszählungen befinden sich in dem Statist. Jahrbuch f. Baden, 36. Jahrg., und in den „Endgültigen Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dez. 1905."

Im Großherzogtum Hessen gruppieren sich die Auszählungen nach Provinzen, Kreisen und den 5 größten Städten. Für diese Verwaltungsbezirke werden gegeben der Flächeninhalt, die Anzahl der bewohnten und unbewohnten Wohnhäuser, die Größenklassen der Gemeinden, die Anzahl der Haushaltungen von 2 und mehr Personen, der Einzelhaushaltungen und der Anstalten. In derselben Einteilnng folgen die Haushaltungen nach Größenklassen (mit 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8, 9 und 10, 11 und mehr Personen), die Auszählung der Anstalten mit Angabe ihres Zwecks, die Angaben über die Staatsangehörigkeit und die Auszählung nach Altersklassen, nach Geschlecht und Familienstand. Die Altersklassen gliedern sich nach dem 1., 2., 3., 4., 5.—10., 10—12, 12.—14, 14., 15.—18., 18.—20. Jahre und von hier ab nach Jahrfünften Die Religionsangaben, ebenfalls nach Kreisen und den fünf größten Städten gegliedert, umfassen 22 Gruppen.

Die Bevölkerungszahl nach Geschlecht ist verglichen mit derjenigen vom 1. Dezember 1900, und unter Berücksichtigung des Geburtenüberschusses ist die Zu- oder Abnahme durch Wanderung für jeden Verwaltungsbezirk bestimmt worden.

Eine besondere Auszählung berücksichtigte (auf Anregung des Bureaus für Statistik der Juden) die jüdische Bevölkerung. Die Angaben beziehen sich auf den Familienstand, die Staatsangehörigkeit und das Alter (in Jahrfünften bis zum 20. Jahre und weiter in Jahrzehnten). Eine Berufstabelle gibt Aufschluß über die Art des Erwerbs der erwerbstätigen männlichen und weiblichen Juden.

Eine weitere Tabelle bringt eine Gliederung der Bevölkerung nach fünfjährigen Altersklassen, Geschlecht und Familienstand unter Berücksichtigung der in Gemeinden von unter 2000 Einwohnern und von über 2000 Einwohnern lebenden Bevölkerung. Angeschlossen ist ein Gemeindeverzeichnis, das Angaben enthält über die Zahl der Haushaltungen und über die Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Religion und Familienstand.

Veröffentlicht sind die Resultate der Volkszählung in den Beiträgen zur Statistik des Großherzogtums Hessen, 58. Bd. 2. Heft.

Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin gruppiert die Auszählungen der Haushaltungen und Einwohner der einzelnen Orte nach der politischen Einteilung des Landes und unterscheidet: Landesherrliches Domanium, Ritterschaftliche Besitzungen, Klostergüter, Städte mit städtischen Gütern. Die Art der Haushaltungen und ihre

Gliederung (mit 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8, 9 und 10, 11 und mehr Personen) wird für die vier ständischen Landesteile zusammenfassend gegeben; die Staatsangehörigkeit dagegen nach Ämtern.

Die Religionstabellen, nach dem Geschlecht geschieden, umfassen 31 Gruppen, die für jedes der einzelnen Ämter, für die vier ständischen Landesteile, für die Aushebungsbezirke und die Wahlkreise des Landes in Betracht kommen.

Außerdem wird noch die Bevölkerungsziffer der Amtsgerichtsbezirke und der Medizinalbezirke nachgewiesen.

Veröffentlicht wurden die Auszählungen in den Beiträgen zur Statistik Mecklenburgs, XV. Bd., 3. Heft und im Statistischen Handbuch für das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, 1910.

Im Großherzogtum Oldenburg ist für die einzelnen Gemeinden und Bürgermeistereien die männliche und weibliche Bevölkerung und der Wanderungsüberschuß nachgewiesen worden.

Die Anzahl der Haushaltungen und ihre Größenklassen wurden gegliedert nach Landesteilen und nach der Zugehörigkeit zu den Orten von über 2000 und denen von unter 2000 Einwohnern. In gleicher Anordnung erfolgte die Auszählung der Wohngebäude.

In den einzelnen Gemeinden sind die Bewohner nach Geschlecht und Familienstand in Altersgruppen von 0—15, 15—40, 40—60 und über 60 Jahren ausgezählt worden. Die Gesamtbevölkerung ist nach dem Geschlecht und den einzelnen Altersjahren ausgezählt, wogegen die Kombination des Geschlechts mit dem Familienstande bis zum 20. Jahre in fünfjährigen, dann in zehnjährigen Altersstufen gruppiert wurde. Die Konfessionstabelle berücksichtigt die Verwaltungsbezirke und Landesteile.

Die Veröffentlichungen der Ergebnisse befinden sich in den Statistischen Nachrichten über das Großherzogtum Oldenburg, 25. Heft.

Für das Herzogtum Braunschweig wurden die Resultate der Zählung nach Kreisen, Städten und Amtsgerichtsbezirken gruppiert. Die Tabelle der ortsanwesenden Bevölkerung unterscheidet Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Religion. Die Alterstabelle gibt die Bevölkerungsziffern nach dem Alter von 0—12, 12—14, 14—18, 18—20, 20—21, 21—25 Jahren mit der Fortsetzung in Jahrfünften. Zugleich wird aber auch der Familienstand berücksichtigt. Ergänzt werden diese Angaben durch die Tabelle der ortsanwesenden Bevölkerung nach den einzelnen Geburtsjahren und nach Geschlecht. Die Haushaltungen werden in der gebräuchlichen Gliederung gegeben und bei den Familienhaushaltungen werden unterschieden solche von 2, 3—5, 6—10, 11 und mehr Personen.

Die Wohngebäude wurden ausgezählt und kombiniert mit der Zahl der Haushaltungen (1, 2, 3—5, 6-10, 11 und mehr Haushaltungen).

Die Größenklassen der Gemeinden (Wohnplätze) wurden in ihrer Verteilung auf die einzelnen Kreise gegeben. Es wurden unterschieden Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern in der Gliederung von 100 zu 100, von 1000—2000 Einwohnern in Abstufungen von 200, von 2000—2500, 2500—3000, 3000—5000, 5000—10 000, 10 000 bis 20 000, 20 000—100 000 und über 100 000 Einwohnern.

Eine weitere Tabelle gibt für Kreise, Amtsgerichte und Städte die Zahl der militärisch im Heere und in der Marine ausgebildeten Landsturmpflichtigen, ferner die der aktiven Militärpersonen, der nicht Landsturmpflichtigen und der Reichsausländer.

Eine gesonderte Tabellenfolge betrifft die katholische Bevölkerung. Diese Tabellen berücksichtigen, wie die vorher erwähnten, die Kreise, Städte und Amtsgerichtsbezirke und geben Aufschluß über die Verteilung der römisch-katholischen, russisch-orthodoxen und griechisch- usw. katholischen Bevölkerung, wobei das Geschlecht unterschieden wird; ferner über Gebürtigkeit, Staatsangehörigkeit, Muttersprache und Alter (unter 15, 15-40, 40—60 und über 60 Jahre). Eine Berufstabelle kombiniert die katholische Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf mit den Berufsabteilungen: Landwirtschaft, Industrie, Handel und Versicherungswesen, Freie Berufsarten, Häusliche Dienste und Übrige Berufsarten. Die Industrie erfährt dann noch eine eingehendere Berufsgliederung.

Eine weitere Tabellenreihe gibt die Resultate der Auszählung der Bevölkerung nach der Muttersprache; auch hier sind die Kreise, Städte und Amtsgerichtsbezirke berücksichtigt worden. Diese Tabellen geben Aufschluß über Geschlecht und Alter (unter 14 und über 14 Jahre) in Kombination mit den Sprachen: Deutsch allein, Deutsch und eine fremde Sprache, eine fremde Sprache, wobei 13 fremde Sprachen angegeben sind. In weiteren Tabellen wird die Bevölkerung der einzelnen Muttersprachen nur noch nach den beiden Gruppen: Städte und Landgemeinden ausgezählt, und zwar nach Geschlecht und Religion, nach Gebürtigkeit und Staatsangehörigkeit und nach Geschlecht, Alter und Familienstand. In dem gleichen Umfange, wie oben erwähnt für die katholische Bevölkerung, wurde schließlich die Bevölkerung nach Muttersprachen und Berufen dargestellt.

Die Veröffentlichung erfolgte in den Beiträgen zur Statistik des Herzogtums Braunschweig, Heft XXII u. XXIII.

Für das Herzogtum Sachsen Meiningen wurden die Resultate nach Kreisen, Amtsgerichtsbezirken und Gemeinden gegeben. Es wurden in diesem Umfange nachgewiesen die Bevölkerung nach dem Geschlecht, die Haushaltungen in ihrer Gliederung von 1, 2 usw. bis 11 und mehr Personen und zugleich die Gesamtzahl der Mitglieder dieser Haushaltungen, die wieder unterschieden wurden als Familienangehörige, Dienstboten für häusliche Dienste, Gewerbs- und Arbeitsgehilfen, Pfleglinge und Pensionäre, andere Personen. Die Anstalten wurden nach ihrer Bestimmung berücksichtigt und dabei die Zahl der untergebrachten Personen nach dem Geschlecht angegeben.

Eine zweite Übersicht gibt für die einzelnen Kreise, Amtsgerichtsbezirke und Gemeinden die Zahl der bewohnten und unbewohnten Gebäude. Die bewohnten Gebäude werden unterschieden nach der Zahl der Haushaltungen und der Zahl der Personen, von denen sie bewohnt werden (1—5, 6—10, 11—15, 16-20, 21—25, 26 und mehr Personen). In gleicher Weise, also bis zu den Gemeinden herab, werden Religion und Staatsangehörigkeit gegeben, während das Alter (bis zu 12 Jahren, von 12—14, 14—18, 18 Jahren und darüber) unter Berücksichtigung des Geschlechts nur für die Kreise und Amtsgerichtsbezirke und für die Gesamtzahl der Gemeinden mit 2000 und mehr und mit weniger als 2000 Einwohnern veröffentlicht wurde.

Ebenfalls nach Kreisen und Amtsgerichtsbezirken gegliedert gibt eine Tabelle die Zahl der militärisch ausgebildeten (Heer und Marine gesondert) und die Zahl der nicht militärisch ausgebildeten landsturmpflichtigen Männer. Eine „Bilanz" der Bevölkerung, die den Wanderungsüberschuß für den Zeitraum vom 1. Dez. 1900 bis zum 1. Dez. 1905 nachweist, macht den Schluß der Veröffentlichung.

In der Statistik des Herzogtums Sachsen Meiningen, Bd. 10, 1908 sind die Ergebnisse der Volkszählung erschienen.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg wurden für die Gemeinden und Gutsbezirke, für die zu denselben gehörenden, einen besonderen Namen führenden Wohnplätze, Güter, Höfe, Mühlen u. dgl. die Bewohnerzahl nach Geschlecht, die bewohnten und unbewohnten Wohnhäuser und die Fläche gegeben.

Die Zählung wurde veröffentlicht in der Hauptübersicht über das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 im Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Das Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha gibt eine Tabelle der Haushaltungen und ortsanwesenden Bevölkerung, die die Landratsamtsbezirke wie die einzelnen Städte und Landgemeinden berücksichtigt. In diesem Umfange bringt sie die ortsanwesende Bevölkerung nach Geschlecht und Alter (unter 12 Jahren, 12, 13, 14, 14 bis 18, 18, 19 Jahre und darüber), ferner die Zahl der Haushaltungen in 11 Gruppen nach der Personenzahl.

Die Tabelle der bewohnten und unbewohnten Gebäude gliedert die bewohnten Baulichkeiten nach der Anzahl der Haushaltungen und zugleich nach der Anzahl der sie bewohnenden Personen. Auch diese Tabelle berücksichtigt die Verwaltungsbezirke, die Städte und Landgemeinden. In gleichem Umfange wird das Religionsbekenntnis (evangelisch, katholisch, andere Christen, Israeliten, sonstige) und die Staatsangehörigkeit (Reichsangehörige und Reichsausländer) behandelt.

Veröffentlicht wurden die Resultate der Zählung in den Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Herzoglichen Staatsministeriums zu Gotha, Jahrg. 1907.

(Fortsetzung folgt.)

Titelanzeigen.

6. Literatur der Forststatistik

von Professor Dr. **Franz Mammen** in Tharandt.

Da die Mehrzahl der amtlichen forststatistischen Veröffentlichungen nicht jährlich erscheint, so werden im folgenden, abweichend von dem bisher bei den Titelanzeigen befolgten Grundsatz, von den sich wiederholenden Veröffentlichungen die neuesten ohne Rücksicht auf das Erscheinungsjahr angegeben.

Arbeiten aus der biologischen Abteilung für Land- und Forstwirtschaft am Kais. Gesundheitsamte. Berlin, Springer.

Forsten u. Holzungen im Deutschen Reiche. In: Vierteljahrsh. z. Statistik d. D. R. Ergänzungsheft.

Forst- u. Jagdkalender von Neumeister u. Retzlaff. Berlin, Springer. M. 2.50.

Mitteilungen des deutschen Forstvereins. Berlin, Springer. M. 2.—.

Zeitschrift für Forst- u. Jagdwesen. Berlin, Springer. M. 16.—.

Wirtschaftsergebnisse in den Staatsforsten des Herzogtums Anhalt. Dessau, Gutenberg.

Nachweisungen, Statistische, aus der Forstverwaltung des Grh. Baden. Jährlich. Karlsruhe, C. F. Müller.

Übersicht der Hauptergebnisse der Forsteinrichtung in den Domänen-, Gemeinden- u. Körperschaftswaldungen. In: Beiträge z. Statistik des Großh. Baden. Karlsruhe.

Mitteilungen aus der Staatsforstverwaltung Bayerns, herausgegeben vom K. Staatsministerium der Finanzen. Jährlich. München.

Zentralblatt, Forstwissenschaftliches, Organ d. kgl. bayrischen forstw. Versuchsanstalt. Berlin, Parey. M. 14.—.

Wirtschaftsergebnisse der Herzogl. Braunschweigischen Forstverwaltung. Herausgegeben von der Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten. Jährlich. Braunschweig, Waisenhausdruckerei.

Beiträge zur Forststatistik von Elsaß-Lothringen, herausgegeben vom Ministerium für E.-L., Abteilung für Finanzen, Landwirtschaft und Domänen. Jährlich. Straßburg.

Mitteilungen aus der Forst- u. Kameralverwaltung des Grh. Hessen in: Beiträge zur Statistik des Grh. Hessen, herausgegeben von der Grh. Hess. Zentralstelle für Landesstatistik. Darmstadt.

Forststatistische Mitteilungen aus Württemberg, herausgegeben von der K. Forstdirektion. Jährlich. Stuttgart, Chr. Scheufele.

Ergebnisse der land- u. forstwirtschaftlichen Betriebszählung im Großh. Mecklenburg-Schwerin. (In: Beiträge zur Statistik, jedesmal nach den Berufs-Zählungen). Schwerin.

Wirtschaftsergebnisse, herausgegeben v. Großh. Finanzministerium (Mecklenburg-Schwerin).

Mitteilungen, Amtl., aus der Abteilung für Forsten des K. Preuß. Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Jährlich. Berlin, Springer.

Resultate d. Forstverwaltung des Reg.-Bez. Wiesbaden. Wiesbaden, Plaum.

Erträge des Staatsforstwesens in Sachsen, nach Mitteilungen des K. Finanzministeriums. Im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen. Dresden, C. Heinrich.

Tharandter forstliches Jahrbuch. Berlin, Parey.

Wirtschaftsergebnisse der Forsten des Domänenfideikommisses des Herzogl. Hauses Sachsen-Altenburg. Altenburg, R. Hiller.

Zusammenstellung der Wirtschaftsergebnisse in den Großherzoglich Sächs. Staatsforsten In: Allgemeine Forst- u. Jagdzeitung, Frankfurt a. M. J. D. Sauerländer.

Forst- u. Jagdstatistik. Heft III des „Statist. Jahrbuchs des k. k. Ackerbauministeriums". Alle 5 Jahre. Wien.

Mitteilungen, land- u. forstwirtschaftliche. Amtliche Verlautbarungen der deutschen Sektion des Landeskulturrats für Böhmen. Prag.

Forst- u. Jagdstatistik. Zusammengestellt im k. k. Ackerbauministerium. S.-A. aus „Statistische Monatschrift". Wien, Frick.

Jahrbuch der Staats- u. Fondsgüterverwaltung. Herausgegeben v. k. k. Ackerbauministerium. Wien.

Zentralblatt für das gesamte Forstwesen. Organ d. k. k. forstl. Versuchsanstalt in Mariabrunn u. d. forstl. Lehrkanzeln an der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien. Wien, Frick. M. 16.—.

Blätter aus dem Walde. Organ des niederösterreichischen Forstvereins u. des österreichischen Landes-Aufforstungskomitee. Wien, Frick. M. 6.—.

Forststatistik, schweizerische, herausgeg. vom eidg. Oberforstinspektorat. Zürich, Meier.

Mitteilungen aus d. schweizerischen Zentralanstalt f. d. forstl. Versuchswesen. Zürich.

Zeitschrift, schweizerische, für Forstwesen. Organ d. Schweizerischen Forstvereins. Zürich.

Forststatistische Mitteilungen über die Schweiz in: Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Bern, A. Francke.

Fragekasten.

Wandsbek. — Zu der Anfrage, wie die in der vorigen Nummer in Spalte 217 gebrauchte Bezeichnung „Statistische Gruppe und Abteilung der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911" zu verstehen ist, erfahren wir von zuständiger Seite, daß diese Ausstellung sachlich in fünf Abteilungen, nämlich die wissenschaftliche, die historische, die populäre, die Sport- und die Industrieabteilung zerfällt, und daß die wissenschaftliche ihrerseits wieder in zwölf Gruppen — 1. Licht, Luft, Boden, Wasser, 2. Ansiedelung, Wohnung, 3. Ernährung, Nahrungsmittel, 4. Kleidung, Körperpflege, 5. Beruf, Arbeit, 6. Infektionskrankheiten, 7. Krankenfürsorge, Rettungswesen, 8. Kinder, jugendliche Personen, 9. Verkehr, 10. Militär, Marine, 11. Tropenhygiene, 12. Statistik, — sowie sechs Sondergruppen für einzelne bestimmte Gebiete geteilt ist. Die Statistik greift als Darstellungsart natürlich in fast alle Gruppen ein und bildet als solche die „statistische Abteilung", einen Zweig der „wissenschaftlichen Abteilung". Räumlich gesondert erscheinen in Gruppe 12 diejenigen statistischen Ausstellungsgegenstände, die nicht ihrer Natur nach in eine der anderen Gruppen gehören. Ähnlich wie die Statistik, wird die Industrie in verschiedenen Teilen der Ausstellung vertreten sein. Die Ausstellungsgeschäfte werden unter der Oberleitung des Direktoriums in der Weise erledigt, daß den „Abteilungen" festangestellte Beamte vorstehen (so der wissenschaftlichen Abteilung der vom Kaiserl. Gesundheitsamt in Berlin zu



diesem Zweck beurlaubte Regierungsrat Dr. Weber, nebst Dr. Roesle für das Statistische Bureau der Ausstellung), während die „Gruppen" von ehrenamtlich tätigen Fachmännern geleitet werden (Gruppe 12 von Geheimrat Dr. Würzburger als Vorsitzendem, Professor Dr. Schäfer als 1. und Geheimrat Dr. Mayet in Berlin als 2. stellvertretendem Vorsitzenden). Eingehendere Mitteilungen im D. St. Z. über die Aufgaben und Leistungen der Statistik bei der Hygiene-Ausstellung bleiben vorbehalten

L. F. in D. — Wie die Redaktion in Nr. 2 des Jahrg. 1909 unter der Marke S. Z. mitgeteilt hat, soll über die Veröffentlichungen zur letzten Deutschen Berufs- und Betriebszählung aus den dort angegebenen Gründen erst berichtet werden, wenn ein Gesamtüberblick möglich sein wird.

Das Kaiserl. Statist. Amt in Berlin hat außer den in Nr. 3 Sp. 94 genannten weiter folgende Bände der Statistik des Deutschen Reichs" mit Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 veröffentlicht oder vorbereitet.

1. Berufsstatistik: 203, 206, enthaltend Bevölkerung des Reichs und der Bundesstaaten nach Alter, Familienstand und Religionsbekenntnis; Witwen und Waisen im Reiche. Im Druck oder in Bearbeitung: 210, 211, enthaltend die Bevölkerung nach Hauptberuf und Gebürtigkeit und eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Berufszählung.

2. Landw. Betriebsstatistik: 212,₁,₂ enthaltend eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung (in Bearbeitung).

3. Gewerbl. Betriebsstatistik: 215, 216, 217, 218, 219, enthaltend Übersichten für die Bundesstaaten über die Gliederung der Betriebe, die in den Betrieben beschäftigten Personen, das Hausgewerbe, die offenen Verkaufsstellen, die Motoren der öffentlichen Betriebe; Übersichten für die Großstädte; Übersichten für die kleineren Verwaltungsbezirke. Im Druck oder in Bearbeitung: Reichsübersichten über Motoren und Unternehmungsformen; zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der gewerblichen Betriebsstatistik.

4. Ergänzungsbände: Verzeichnisse der Berufs- und der Gewerbebenennungen.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



